INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 9

EINLEITUNG 11

I. PARTEIEN 25

A. Methodische und sachliche Vorbemerkungen 27

B. Drei Dualismen 34
1. Ein virtueller Dualismus: Polnische Konservative und Demokraten 34
2. Ein national-kultureller Dualismus: Russophile und Ukrainophile 43
3. Die Juden zwischen deutscher und polnischer Orientierung 51

C. Die Parteien im Zeitalter der Massenpolitik 55
1. Das polnische Parteiwesen 55
a) Die Konservativen 55
b) Die Demokraten 63
c) Die säkulare „Volksbewegung“ und die Polnische Volkspartei 73
d) Die klerikale „Volksbewegung“ und die Christlichsozialen 88
e) Die Sozialdemokraten 102
f) Die Nationaldemokraten 113
2. Das ruthenische Parteiwesen 127
a) Die Radikalen 127
b) Die Sozialdemokraten 132
c) Die Nationalkonservativen/Christlichsozialen 136
d) Die Nationaldemokratische Partei 140
e) Die Russophilen 149
3. Das jüdische Parteiwesen 156
a) Ansätze einer Parteibildung: Die „Jüdisch-Polen“ (*Żydzi-Polacy*) 156
b) Zionismus und Jüdische Nationalpartei 161
c) Jüdische Sozialdemokraten 171

D. Zusammenfassung 175

II. WAHLEN 183

A. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus und seine Ausprägung in Galizien . . 185

B. Das Polnische Zentralwahlkomitee und seine Gegner 1861–1897 190
1. Aufstieg, Blüte und Krise des Polnischen Zentralwahlkomitees 190

2. Ruthenischer Rat und Volksrat als alternative Wahlkomitees 201
3. Ein jüdisches Wahlkomitee 203

C. Die Reichsratswahlen im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts 205
1. Die Wahlen von 1897 205
a) Der Wahlkampf 205
b) Der Wahlausgang 222
2. Die Wahlen von 1900/1901 227
a) Der Wahlkampf 227
b) Der Wahlausgang 241
3. Die Wahlen von 1907 245
a) Die Gründung des Nationalrats 245
b) Der Wahlkampf 250
c) Der Wahlausgang 265
4. Die Wahlen von 1911 272
a) Der Wahlkampf 272
b) Der Wahlausgang 289
c) Das Ende des Nationalrats 294
5. „Galizische Wahlen“ 295

D. Zusammenfassung 308

III. FRAKTIONEN 313

A. Theoretische und statistische Grundlagen 315

B. Zwischen Föderalismus und Zentralismus. Der Polenklub und seine Gegner 1861–1897 320
1. Der Polenklub als Verteidiger galizischer Landesinteressen 320
2. Die Ruthenen auf der Suche nach politischem Profil 337
3. Die Juden als Verteidiger deutscher Kultur 347

C. Die galizischen Reichsratsfraktionen im Zeitalter der Massenpolitik 351
1. Von Badeni bis Koerber (1897–1900) 351
a) Der Polenklub: Die „polnische Regierung“ und ihre Nachwirkungen . . 351
b) Die polnische Opposition: Vom Schulterschluss zu ersten Desintegrationserscheinungen 363
c) Die Ruthenen: Zwischen „Kameralruthenen“ und „Oppositionsruthenen“ 372
2. Von Koerber bis Beck (1901–1907) 378
a) Der Polenklub: Herausforderung Preußen und große Wahlreform 378
b) Die polnische Opposition: Abfall Stojałowskis und soziale Unruhen als politischer Inhalt 396
c) Die Ruthenen: Konsolidierung der Oppositionsrolle. 403
3. Von Beck bis Bienerth (1907–1911) 411
a) Der Polenklub: Föderalisierung und innerfraktionelle Richtungskämpfe. 411

b) Die polnische Opposition: Abfall der Volkspartei und Föderalisierung der Sozialdemokraten. 431
c) Die Ruthenen: Zwischen Opposition und Obstruktion 435
d) Der jüdische Klub: Jüdische Nationalpolitik im parlamentarischen Diskurs 448
4. Von Gautsch bis Stürgkh (1911–1914) 454
a) Der Polenklub: Im Spannungsfeld zwischen Statthalter- und Antistatthalterblock 454
b) Die polnische Opposition: Sozialdemokraten im Alleingang 472
c) Die Ruthenen: Macht dank Obstruktion 480
5. Die Kriegssession (1917/1918) 492
a) Der Polenklub: Der gewundene Weg zur Loslösung 492
b) Die Ukrainische Parlamentarische Vertretung: Trotz Opposition Anhänglichkeit bis zuletzt 502

D. Zusammenfassung 507

IV. ABGEORDNETE 515

A. Theoretische Vorüberlegungen 517

B. Das österreichische Abgeordnetenhaus als Nationalitätenkollektiv, 1897–1918 522
1. Die Definition des Personalkollektivs 522
2. Kontinuitäten und Diskontinuitäten 524
3. Biographische Grundvariablen 528

C. Die Abgeordneten Galiziens, 1897–1918 535
1. Die Polen 535
a) Politische Generationen 535
b) Berufs- und Sozialstruktur 539
c) Parteien und politische Lager 544
d) Soziale Herkunft 548
e) Gesellschaftliche Dekorationen 553
f) Bildung und Bildungsweg 558
g) Vereins- und Verbandswesen 563
h) Politische Karrieren 567
i) Politisches Mandat und Mobilität 576
2. Die Ruthenen 584
a) Überblick. 584
b) Berufs- und Sozialstruktur 585
c) Soziale Herkunft 593
d) Bildung und Bildungsweg 595
e) Vereins- und Verbandswesen 599
f) Öffentliche Karrieren 602
g) Politisches Mandat und Mobilität 604
3. Die Juden 608

D. Zusammenfassung 613

SCHLUSSBETRACHTUNG 616

ANHANG 621
1. Hauptwahlen in Galizien 1897–1911. 623
2. Galizische Abgeordnete des österreichischen Abgeordnetenhauses 1897–1918 670
3. Quellen- und Literaturverzeichnis 695
4. Tabellenverzeichnis 715
5. Abkürzungsverzeichnis 716
6. Namensregister 719
7. Ortsregister 730
8. Sachregister 737

Karte 1: Wahlbezirke 1897–1906

Karte 2: Wahlbezirke 1907–1918

Vorwort

Dieses Buch hat selbst seine längere Vorgeschichte. Angeregt durch die Lehrtätigkeit von Frau Judit Garamvölgyi, emeritierte Professorin für Neueste Geschichte an der Universität Bern, welche in ihren Lehrveranstaltungen den Schweizer Studierenden die Eigenheiten der so ganz anderen Geschichte ihres Nachbarlands und Mitteleuropas nahezubringen verstand, führte mich meine Dissertation nach Wien, das seither zu meinem Lebensmittelpunkt geworden ist. Entgegen der Tendenz jener hier vornehmlich behandelten Zeitepoche an der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert, als es viele Menschen von der östlichen Peripherie in die westlichen Metropolen zog, ging mein wissenschaftlicher Lebensweg in die umgekehrte Richtung: von Wien nach Galizien, vom wiedererwachenden Zentrum in die wiederzuentdeckende Peripherie Mitteleuropas.

Mein Weg nach Galizien ist vornehmlich mit jener Stadt verbunden, die einmal dessen Hauptstadt war, mit Lemberg, dem heutigen L'viv in der Westukraine. Denke ich an meine nun schon zahlreichen Aufenthalte dort, so sind es insbesondere die menschlichen Begegnungen, die mir in wertvoller Erinnerung sind. Manchen und manche habe ich dort als Kollegen und Kollegin kennengelernt, alle sind sie Freunde geworden. Sie, die auch ein Teil der Geschichte dieses Buches sind, möchte ich hier ausdrücklich nennen: Jaroslav Hrycak, Maciej Janowski, Alexej Miller, Vasyl' Rasevyč, Ostap und Viktorija Sereda, Daniel Unowsky und Veronika Wendland. Es ist für mich eine besondere Freude, dass dieser „Lemberger Kreis" nun wieder zusammenkommt im Aufbau eines Instituts für die Geschichte und Kultur jener vielleicht außergewöhnlichsten Stadt Ostmitteuropas.

Eine wissenschaftliche Arbeit zumal eines solchen Umfangs ist nur für Einzelkämpfer zu empfehlen, die bereit sind, beharrlich mit der Materie, den oftmals widrigen Umständen und nicht zuletzt mit sich selbst zu ringen. Dennoch bin ich zahlreichen Institutionen und den hinter ihnen stehenden Personen für ihre vielfältige Unterstützung und Anregung zu Dank verpflichtet. Mein besonderer Dank gilt Peter Urbanitsch, der mit viel Einsatz das Manuskript wissenschaftlich und redaktionell für die Drucklegung vorbereitet hat.

Einleitung

Der historische Raum, mit dem sich dieses Buch beschäftigt, ist das der Habsburgermonarchie zugehörige Kronland Galizien. Gebildet 1772 nach der ersten Teilung Polens, territorial vervollständigt 1846 mit der Angliederung der zwischen 1815 und 1846 als Freistaat existierenden Stadt Krakau[1]), trug es in seiner dynastischen Vollversion den Namen „Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau und den Herzogtümern Auschwitz und Zator". Nach der Schaffung des österreichisch-ungarischen Doppelstaats im Jahre 1867 gehörte Galizien politisch dessen „westlicher", „cisleithanischer", „österreichischer" Hälfte an. Alle diese drei der inoffiziellen politischen Sprache zugehörigen Bezeichnungen waren im Grunde sachlich falsch, denn sie stimmten weder mit der geographischen Lage der Provinz überein noch mit den bemühten geschichtlichen Rückbezügen: Galizien lag nicht „westlich" oder (von Wien aus gesehen) diesseits der Leitha, sondern, grob gesprochen, zwischen Weichsel, Zbrucz und Karpaten, wo es als riesiger Klumpen nur durch die schmale schlesische Brücke mit dem Rest Cisleithaniens verbunden war. Seine Hauptstadt Lemberg befand sich in etwa gleicher Entfernung von der durch die Leitha beschriebenen Linie wie in der anderen Richtung Stuttgart. „Österreichisch" war Galizien insofern nicht, als es gerade eine kurzzeitige ungarische Herrschaft über die vereinigten Rus'-Fürstentümer Halyč und Volodymyr (Galizien-Wolhynien) im 13. Jahrhundert war, die den historischen Anspruch auf das Gebiet begründete und namengebend geworden war. Allerdings hatte man es mit der Geschichte ohnehin nicht so genau genommen, umfasste doch das „Königreich Galizien und Lodomerien" einerseits weit mehr als das historische Halyč (nämlich das ehemalige Kleinpolen) und lag es doch andererseits gänzlich außerhalb des ehemaligen Fürstentums Volodymyr. Aber letztlich passten diese sprachlichen Kapriolen und historischen Ungereimtheiten doch wieder ganz gut in die von Robert Musil literarisch beschriebene Kulturlandschaft „Kakaniens".[2])

Jene eigenartige sprachliche Sonderrolle Galiziens, die immerhin das größte (ca. 80000 km^2) und bevölkerungsreichste (1900: ca. 7,3 Millionen Einwohner = fast 28 %) Kronland Cisleithaniens betraf, war nun allerdings keineswegs zufällig. Als „Spätankömmling" im Habsburgerreich war Galizien nicht wie etwa Böhmen seit Jahrhunderten in die österreichische Geschichte verwoben, sondern hatte bis an die Schwelle des 19. Jahr-

---

[1]) Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Platzökonomie werden hier im Text ausschließlich die in den österreichischen Amtspublikationen vorrangig verwendeten Ortsnamensvarianten berücksichtigt. Konkret heißt dies zumeist deutsche Bezeichnungen vor polnischen (Krakau, Lemberg, Stanislau etc.) und polnische vor ukrainischen (Złoczów, Tarnopol etc.). Die alternativen Ortsbezeichnungen werden im Register angeführt.

[2]) Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Hamburg 1987 (Taschenbuchausgabe), S. 31–35. Zum historisch-territorialen Wandel Galiziens über die Jahrhunderte siehe: Anna Veronika Wendland, Galizien: Westen des Ostens, Osten des Westens, in: Österreichische Osthefte, Sonderband Ukraine, Wien 2000, S. 389–421.

hunderts in der polnischen Adelsrepublik seine eigene bedeutende Staatsgeschichte gehabt, wenn auch nicht als eigenständige administrative Einheit. Schwerer als ein etwaiges legitimatorisches Defizit wogen allerdings sozialhistorische Sachverhalte. Von dem lange Zeit im Selbstverständnis deutsch geprägten Zentrum des Habsburgerreiches aus gesehen gab es kaum historische, kulturelle oder ethnische Verbindungen zu den lokalen Eliten, deren Blick von der Emigration her politisch auf den geteilten Staat hin gerichtet war. Galizien war unter diesen Umständen einer nur sehr weitmaschigen sozialen Vernetzung mit dem Reichszentrum bis zum zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nur bürokratisch zu kontrollieren, kaum aber auf breiterer sozial-kultureller Basis in den Staatsverband zu integrieren.

Umso schmerzloser gelang es dann nach 1867, als Gegenleistung für eine Stützung des neu geschaffenen dualistischen Systems, das Kronland den polnischen Eliten als Exerzierfeld nationalkultureller Selbstverwaltung zu überlassen. Einerseits kam der Rückzug der Zentralverwaltung einer erneuten Peripherisierung gleich, andererseits fand mit der sukzessiven Konsolidierung konservativ-austroloyaler Herrschaft in Galizien eine folgenreiche Integration polnischer Eliten in die österreichische politische Szene statt, die auch durch neue legitimatorische Ideen gestützt wurde. Dazu gehörten etwa der verwandtschaftlich begründete dynastische Anspruch der Habsburger auf den polnischen Thron oder die Konstruktion eines alle Teile überwölbenden katholischen Dachs. Dass diese Verbindungen letztlich nur Postulate gesellschaftlicher Führungsgruppen auf der Basis gegenseitiger Interessenwahrnehmung waren, zeigte sich, als die modernen politischen Massenbewegungen seit den 1890er-Jahren zunehmend die Hegemonie der konservativen Eliten in Frage stellten. Zwar gab es unter den modernen sozialen Bewegungen, insbesondere bei der Sozialdemokratie, zunächst starke Tendenzen, neue transnationale Netze auf der Ebene politischer Organisationen aufzubauen und damit in einem neu definierten Internationalismus auch die periphere Stellung Galiziens zu relativieren. Letztlich aber setzte sich die homogenisierende Kraft des modernen integralen Nationalismus durch und trug zu einer erneuten Verstärkung zentrifugaler und damit aus der Perspektive des österreichischen Staates peripherisierender Kräfte bei. Nun erst bekam die Parole von Galizien als polnischem bzw. ukrainischem Piemont ein ernstzunehmendes realhistorisches Potenzial.

Die periphere Stellung Galiziens war freilich nicht nur historisch, politisch oder ethnisch-sozial begründet, sondern vor allem auch sozialökonomisch und kulturell. Größte Wirksamkeit entfaltete der Topos von der „galizischen Rückständigkeit“. Es ist nicht auszuschließen, dass bei dessen Verfestigung in den west-österreichischen Ländern auch ein kollektivpsychologischer Prozess der Verdrängung der eigenen peripheren Lage im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern wirksam war. Andererseits wurde das Bild der sozioökonomischen Randlage auch von galizischer Seite – mit klaren politischen Absichten – produziert, so etwa in einer äußerst wirkungsstarken Broschüre aus dem Jahre 1888 mit dem bald zum internen Schlagwort avancierenden Titel „Elend Galiziens“.[3]) Allerdings sprachen nicht zuletzt die objektiv verfügbaren Daten in der Tat für eine relative Rückständigkeit im Verband der Länder Cisleithaniens. Das Pro-Kopf-Einkommen Galiziens betrug im Jahre 1900 etwa 55 % des cisleithanischen Durchschnitts, die Beschäftigungs-

[3]) Stanisław Szczepanowski, Nędza Galicji w cyfrach i program energicznego rozwoju gospodarstwa krajowego [Das Elend Galiziens in Ziffern und ein Programm zur energischen Entwicklung der Wirtschaft des Landes], Lwów 1888.

struktur zeigte ein starkes Übergewicht der Landwirtschaft (80 %) gegenüber Handel, Industrie und Gewerbe bei einer extremen Ungleichheit des Landbesitzes zugunsten des Großgüter (37 % der Bodenfläche) und einer Konzentration der Gewerbewirtschaft auf Kleinbetriebe mit geringer Kapitalausstattung. Die Analphabetenrate betrug um die Jahrhundertwende noch über 50 % (Cisleithanien: 21 %), und die Anzahl der Presseorgane oder Vereine pro Kopf lag weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Jenseits von solchen messbaren Größen gab es weitere Schlagwörter, die zur mentalen Peripherisierung beitrugen. Der Terminus der „Galizischen Wahlen", der in Österreich noch bis in die 1930er-Jahre gebräuchlich war und der uns hier noch ausführlich beschäftigen wird, bezeichnete eine spezifische politische Kultur unzivilisierter Gewaltpolitik. Die wirkungsvolle Verbreitung dieses Schlagworts in der westlichen Öffentlichkeit trug entscheidend dazu bei, dass das aus dem Vormärz herrührende positive Bild des polnischen Freiheitskämpfers gänzlich verdrängt wurde. Wirksam war schließlich auch das insbesondere durch Karikatur-Zeitschriften replizierte Bild der fremdartigen galizischen Bevölkerung, das vom vergleichsweise „harmlosen", urwüchsig-pittoresken galizischen Bauern bis zum finsterskurrilen galizischen Kaftanjuden reichte.[4])

In einem sehr zentralen Aspekt stellte Galizien freilich den österreichischen Normalfall dar: hinsichtlich seiner multiethnischen Struktur und, daraus hervorgehend, der für die politische Sphäre vorrangigen Bedeutung eines internen Nationalitätenkonfliktes. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich dieser Konflikt abspielte, sind bekannt: Über das gesamte Kronland gesehen eine nach religiös-konfessionellen Kriterien in etwa gleich starke Vertretung von römisch-katholischer (ca. 45 %) und griechisch-katholischer (ca. 42 %) Bevölkerung mit einer starken jüdischen Minderheit (ca. 11 %), nach sprachlichen Kriterien ein Übergewicht des Polnischen (ca. 55 %) gegenüber dem Ukrainischen (ca. 42 %), dies vor allem bedingt durch die sprachliche Polonisierung der jüdischen Eliten. Daraus den „richtigen" nationalen Verteilungsschlüssel zu konstruieren war vor allem abhängig vom eigenen nationalen Standpunkt und dem daraus abgeleiteten politischen Ziel. Abgesehen von den stets präsenten Tendenzen der Instrumentalisierung demographischer Daten, die in erster Linie bei der Verteilung politischer Mandate (etwa im Zuge der Wahlreformdiskussion) Bedeutung erlangten, war es weniger die großräumige nationale Verteilung als vielmehr die heterogene innere Struktur des Kronlands, welche belastend auf das territoriale und soziale Gesamtgefüge wirkte: in geographischer Hinsicht der Kontrast zwischen einem fast ausschließlich polnisch(-jüdisch)en Westgalizien und einem von rutheni-

---

[4]) Eine Darstellung des kulturellen Fremdbilds Galiziens ist bisher weitgehend ein Desiderat der Forschung. Angaben zur Statistik/Demographie finden sich u. a. bei: Rudolf Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung (=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13), Marburg 1994; Krzysztof Zamorski, Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji: Ludność Galicji w latach 1857–1910 [Statistischer Informator zur sozial-ökonomischen Geschichte Galiziens: Die Bevölkerung Galiziens in den Jahren 1857–1910], Kraków 1989; Die Habsburgermonarchie 1848–1918, hrg. v. Adam Wandruszka/Helmut Rumpler u. Peter Urbanitsch, bisher 7 Bde., Wien 1973–2000. Das Heranziehen der diversen zeitgenössischen statistische Veröffentlichungen (Statistische Zentralkommission bzw. landesstatistisches Amt) erweist sich darüber hinaus meist als unerlässlich.

scher[5]) (ukrainischer) Mehrheitsbevölkerung dominierten Ostgalizien (mit Ausnahme der Städte), in sozialer Hinsicht eine ausgeprägte sozioökonomische Differenzierung entlang der ethnisch-nationalen Linien zwischen einer ganz überwiegend bäuerlichen ruthenischen Gesellschaft mit einer von Klerus und Intelligenz geprägten Elite, einer auf Handel und Kleingewerbe konzentrierten jüdischen Gesellschaft und, dazwischen liegend, einer in städtischen und ländlichen Elitepositionen stark vertretenen polnischen Gesellschaft.

Dass es darüber hinaus in der Masse der Bevölkerung eine alle ethnisch-nationalen Gruppen umfassende große Armutssituation gab, die – insbesondere was die jüdische Bevölkerung betrifft – durch Modernisierungsprozesse noch verschlimmert wurde, änderte nichts an der Tatsache, dass sich die beschriebene, durch politisch gewollte Stereotypenbildung noch potenzierte soziale Rollenverteilung wesentlich verschärfend auf den nationalen Konflikt auswirkte. Sie wurde imaginiert als stets präsentes Spannungsfeld zwischen polnischem Grundherrn und ruthenischem Bauern, zwischen jüdischem Schankwirt/Gutspächter/Kleinkreditgeber und Bauern, zwischen jüdischem Industriellen und polnischem/ruthenischem Arbeiter. Ebenso wie die Nationalitäten vorgestellte Gemeinschaften darstellten, so war auch der Nationalitätenkonflikt ein von der Intelligenz und der politischen Elite stets neu entworfenes, das eigene Handeln legitimierendes Grundmuster, das die gesellschaftliche Realität nicht im selben Maße beherrschte. Foren, in denen dieser Konflikt intellektuell jeweils reproduziert wurde, waren in erster Linie die Druckmedien, die parlamentarischen Organe und in zunehmendem Maße auch Veranstaltungen einer modernen mobilisierten Öffentlichkeit. Durch das Privilegienwahlrecht, welches den höheren sozia-

---

[5]) In dieser Arbeit wird dem Begriff „Ruthene"/„ruthenisch" der Vorzug gegenüber „Ukrainer"/„ukrainisch" gegeben, soweit sich der Kontext auf Österreich bis 1918 beschränkt. Was für die damals amtsübliche Bezeichnung jener im Osten des Kronlands Galizien dominierenden Volksgruppe spricht, ist ihre Unbestimmtheit: „Ruthene", eine latinisierte Abwandlung der Sprachwurzel *Rus*', ist ohne Bedenken auf beide nationalkulturelle Hauptströmungen, Ukrainophile und Russophile, zu beziehen. Demgegenüber kommt es m. E. einem begrifflichen Gewaltakt an der Geschichte gleich, Russophile als „Ukrainer" zu benennen, wo doch jene dem ukrainischen Nationalkonzept wie auch dem Begriff selbst mit aller Entschiedenheit entgegentraten. Damit setze ich mich in Widerspruch ausgerechnet zu Veronika Wendland, die in ihrem Standardwerk zu den galizischen Russophilen konsequent den Terminus „Ukrainer" verwendet. Sie rechtfertigt dies mit der Tatsache, dass dies „das heute in Ostgalizien benutzte und akzeptierte Ethnonym" sei. Dieses Argument mag für die Autorin deshalb besonders gewichtig sein, weil ihr zumindest wissenschaftlich durchaus erfolgreiches Bemühen, den Russophilen „die Rückkehr in die ukrainische Geschichte" zu ebnen, mit einer entsprechenden Kollektivbezeichnung überzeugender zu bewerkstelligen ist. Zu widersprechen ist hingegen der Behauptung, dass dem Begriff „Ruthene" die Konnotation des „österreichischen Kanzleideutschs" anhafte und dass er in der wissenschaftlichen Literatur nur noch ausnahmsweise verwendet werde. Vielmehr diente er (bzw. sein ukrainisches Pendant *Rusyn*) auch den Ukrainophilen lange Zeit als Selbstbezeichnung im internen Diskurs, und zumindest in der Literatur zur Geschichte der Habsburgermonarchie ist „Ruthene"/„ruthenisch" nach wie vor vorherrschend. Siehe: Anna Veronika Wendland, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915, Wien 2001, hier S. 578. Dies., Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte: Neue Aspekte der ukrainischen Nationsbildung in Galizien, 1848–1914, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 49/2001, H. 2., S. 178–199.

len Schichten im Allgemeinen und dem Großgrundbesitz im Besonderen eine weit überproportionale politische Vertretung gewährte, wurde der nationale Konflikt allerdings in einer durchaus realen Weise unmittelbar auf die politische Sphäre und den Kampf um die demokratische Transformation übertragen.

Nun verspricht der Titel dieser Studie nicht allein eine Beschäftigung mit Galizien, sondern spezifischer die Thematisierung eines Verhältnisses zwischen diesem und Wien, der alten Reichshauptstadt, Sitz der zentralen politischen Organe und des habsburgischen Herrscherhauses. Natürlich kannte dieses Verhältnis die mannigfaltigsten Facetten politischer, kultureller und wirtschaftlicher Art. Im Zentrum dieser Studie wird Wien als politischer Ort stehen, und zwar repräsentiert durch das Abgeordnetenhaus, also nach dem Herrenhaus die zweite, gewählte Kammer des österreichischen Reichsrats. Die politischen Vertreter Galiziens handelten in diesem Parlament in einem doppelten Kontext. Einerseits traten sie ausgeprägt im Rahmen ihres galizischen Umfelds auf, trugen also die landespolitischen Konfliktlagen in das Zentralparlament hinein, zumal dieses der bevorzugte Ort war, in dem nationale Konflikte auf diskursive Weise ausgetragen wurden. Zum anderen aber agierten sie bzw. die sie konstituierenden Fraktionen auch als Handlungselemente innerhalb eines länderübergreifenden politischen Organs mit seinen eigenen, autonom erarbeiteten Mechanismen und Eigengesetzlichkeiten. In welchem Verhältnis das eine, das Galizische, zum anderen, dem Gesamtösterreichischen, stand, wird eine der übergreifenden Fragestellungen darstellen. Im weiteren muss betont werden, dass das Abgeordnetenhaus zwar politischer Ort war, jedoch nicht nur politische Arbeit im engeren Sinne leistete. Vielmehr reproduzierte es gerade aufgrund seiner Eigenschaft als zentraler diskursiver Ort kulturelle Bilder, nicht zuletzt von „fernen" Provinzen wie Galizien. Im Austausch mit der medial vertretenen Öffentlichkeit schuf das Parlament ein Gesamtbild des imaginierten Orts Galizien. Auch davon wird ausführlich die Rede sein.

Wir werden uns dieser engsten institutionellen Verschränkung zwischen Galizien und Österreich im Wiener Abgeordnetenhaus allerdings nur schrittweise nähern. Im Abschnitt I geht es zunächst einmal um Parteibildungsprozesse. Parteien, hier im strengen Sinne definiert als außerparlamentarische (freilich auf parlamentarische Beteiligung ausgerichtete) politische Organisationen, waren die Kristallisationskerne der in der Gesellschaft existierenden politischen Ideologien. Eine ausführliche Behandlung der Parteien, inklusive ihrer Spaltungen, Fusionen und Verästelungen, erscheint unerlässlich, um der Komplexität der Prozesse im Parlament gerecht werden zu können. Die Parteien bereiteten gemeinsam mit der Presse letztlich das ideologische Ferment auf, mit dem die Fraktionen operierten, wirkten aber andererseits potenziell zersetzend auf deren Bemühungen, sich im Dienste der Nation zu integrieren und dabei autonomen Handlungsspielraum gegenüber der Öffentlichkeit in Galizien zu gewinnen – ein Spannungsverhältnis, das mehrfach thematisiert werden soll. Es geht in diesem Abschnitt aber auch um Fragen wie die kulturelle Selbstdarstellung von Parteien, um Kommunikation, Sprache und Symbole, um die Frage der rechtlichen Konstituierung der Parteien und den daraus resultierenden Implikationen, schließlich um den internen Organisationsgrad, der nicht zuletzt als Indikator für die Modernität der politischen Gesellschaft im Übergang zur Massendemokratie gelten kann.

Der zweite Abschnitt stellt im Rahmen der gewählten Thematik von Politik und Parlamentarismus die logische Verbindung zwischen „Galizien" und „Wien" her. Es geht um Reichsratswahlen, formell ein prozeduraler Akt, der im Kronland selbst stattfand, in seiner

politischen Intention jedoch ausgerichtet war auf den geographisch weit entfernt liegenden Ort, Wien und das Parlament am Ring. Hier war das Verhältnis also gewissermaßen umgekehrt: Wien als politischer Ort lag in Galizien, denn das Parlament spielte als Zukunftsprojektion politischen Handelns einen entscheidenden Teil in den Diskursen und Selektionsprozessen, die während des Wahlkampfs wirksam wurden. Nach einem Kapitel (B) über die Zeit ab der Einführung des Konstitutionalismus gilt das Augenmerk vier Hauptwahlgängen: 1897, 1900/01, 1907 und 1911. Das zuerst genannte Jahr repräsentiert jene erste einschneidende Wahlreform, bei der zunächst nur partiell, im Rahmen einer Wahlkurie, das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde. 1911 fanden die letzten Hauptwahlen vor der Auflösung des Habsburgerreiches statt. Dazwischen liegt 1907, jenes Jahr also, in dem erstmals nach allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht gewählt wurde. Die Frage nach dem Zäsurcharakter von 1897 und 1907 wird in dieser Arbeit unter verschiedenen Aspekten diskutiert werden. Vor allem geht es aber im Abschnitt II um Organisation, Verlauf und Ausgang von Wahlen in einem Gebiet, das (wie schon erwähnt) begriffsbildend für Wahlmissbrauch und rückständige politische Kultur wurde.

In Abschnitt III ist Galizien dann in Wien angekommen: im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats. In diesem längsten Teil der Studie wird es erneut um die Frage gehen, inwieweit die außerparlamentarisch konstituierte Partei auf die Bildung und interne Organisation der Fraktionen einwirkte, umgekehrt aber auch wie die Fraktionspolitik auf die Parteien zurückwirkte. Gerade die strikte konzeptionelle Trennung zwischen Parteien und Fraktionen (also zwischen Abschnitt I und III) eröffnet die Möglichkeit, Differenzen zwischen beiden in einem Noch-Nicht-Parteienstaat wahrzunehmen und gleichzeitig aber auch die gegenseitige Durchdringung und Beeinflussung zu thematisieren. Zentral für diesen Abschnitt ist allerdings vor allem der Aspekt der Fraktionspolitik, dessen Ausgestaltung durch die jeweiligen dominierenden nationalen Fraktionen weitgehend das politische Verhältnis zwischen der Nationalität und dem Staat und dessen Machtelite in Wien definierte. Auch hier wird der Schwerpunkt (Kapitel C) auf den Jahren ab 1897 liegen, unter Einschluss allerdings der Kriegssession, als das österreichische Parlament unter stark gewandelten Bedingungen ein letztes Mal zusammentrat. Innernational wird die Frage zu stellen sein, inwieweit sich das sozial bedingte Spannungspotential innerhalb der jeweiligen politischen Gesellschaft auf die Fraktion auswirkte, in welchem Verhältnis soziale Desintegration zu nationaler Integration stand, differenziert natürlich nach den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen.

Im letzten Abschnitt IV bleiben wir einerseits in Wien, bei den Abgeordneten, spannen aber andererseits den Bogen wieder zurück ins Kronland, indem wir das Abgeordnetenkollektiv nicht nur als Handlungsfaktor im Parlament, sondern auch als Produkt innergesellschaftlicher Selektionsprozesse in Galizien selbst analysieren. Es geht hier somit zentral um den Aspekt der Elitenbildung. Da es sich im Falle der Abgeordneten um eine klar abgegrenzte sogenannte „Funktionselite“ handelt, ergeben sich sowohl Fragen nach der soziobiographischen Verfasstheit der Gruppe als politischer Elite im Verhältnis zur „non-elite“ als auch nach dem Verhältnis zwischen Biographie und politischem Handeln. Hier hat die moderne Methode der sozialwissenschaftlich ausgerichteten Kollektivbiographie das theoretische Rüstzeug geliefert. Entsprechend viele Tabellen werden hier dem Leser zugemutet, allerdings ohne Ausflüge in die höhere Statistik. Gleichzeitig soll ohnehin versucht werden, Kollektives mit Individuellem, Quantitatives mit Qualitativem zu verbinden, etwa wenn

am Einzelfall das Typische oder eben auch das Atypische von Parlamentarierbiographien herausgearbeitet wird.

Damit wären wir bei den methodischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit. Sie sind schon deshalb sehr vielfältig, weil der Untersuchungsgegenstand breit angelegt ist. Nicht unwesentlich erscheint im Nachhinein aber auch die Tatsache, dass während der Erarbeitung des Textes jener tiefgreifende Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft von der historischen Sozialwissenschaft zur historischen Kulturwissenschaft vonstatten gegangen ist. Die gerade erwähnte Kollektivbiographie ist noch durchaus ein Kind der ersteren Epoche. Ihre Blüte in den 1990er-Jahren erreichte sie in einem wissenschaftsgeschichtlichen Umfeld, das zum einen noch ohne große Bedenken mit synthetisierten Kollektiven operierte und zum anderen bereits mit großen (nicht immer erfüllten) Erwartungen auf die Hilfe des Computers bei der Verarbeitung größerer Datenmengen zurückgreifen konnte. SPSS, das auch hier verwendete statistische Programm, war der Code, der allemal Eindruck unter Kommilitonen machte. Mit der Verschiebung des zentralen Interessensbereichs der Historikerzunft hin zur modernen Kulturwissenschaft eröffneten sich Fragestellungen, die dann später auch in diesen Text einflossen: Fragen der politischen Symbolik, der politischen Kultur, der Sprache und Kommunikation sowie die Diskursanalyse. Jenseits dieses Paradigmenwechsel innerhalb der Geschichtswissenschaft spielte der systematisch-analytische Zugang der Politikwissenschaft zu politischen Phänomenen eine zentrale Rolle für die methodische Grundlegung dieser Studie. Der quer zur Chronologie angelegte systematische Blick auf Strukturen eröffnet einen breiten Raum fruchtbarer Fragestellungen, zu denen durchaus auch Vergleiche mit der heutigen politischen Gesellschaft gehören.

Nun noch ein Wort zu den Quellen. Auch hier ist zu bemerken, dass die Breite des Themas eine entsprechende Vielfalt an benutzten Quellenbeständen mit sich brachte. Über alle vier Abschnitte hinweg bedeutsam für die Erarbeitung dieses Textes war die zeitgenössische Presse, welche ein unerschöpfliches Reservoir für jede politische Geschichte der zweiten Hälfte des langen 19. Jahrhunderts darstellt. Man muss allerdings mit ihr umzugehen wissen, denn gerade die starke Bindung der Zeitungen an die Politik hat zur Folge, dass ein eindimensionales Verwenden dieser Quelle, etwa auf der Grundlage nur eines einzigen oder einer zu beschränkten Auswahl von Presseorganen, zu schwerwiegenden Verzerrungen und Fehldeutungen führen muss. Mehr denn heute war damals jede politische Information Interpretation. Unverzichtbar ist also zunächst die Kenntnis der politischen Orientierung des verwendeten Blatts und das Herbeiziehen anderer, konkurrierender Druckerzeugnisse. Nur unter diesen Voraussetzungen lässt sich quellenkritisch mit der Presse umgehen.

In besonderem Maße stützt sich der dem Parteiwesen gewidmete Abschnitt I auf die Presse, denn gerade die Partei vor dem Parteienstaat wurde zu einem wesentlichen Teil initiiert, konstruiert und konserviert durch das zugehörige Presseorgan. Gleichzeitig macht die Berücksichtigung der gegenparteilichen Zeitungen die jeweilige politisch-ideologische Position in einem mehrdimensionalen diskursiven Raum fassbar. Unter dem Aspekt der Quellenlage hat der niedrige Institutionalisierungsgrad der galizischen Parteien zur Folge, dass eigentliche Parteiarchive nicht existieren. Protokolle und Statuten, so überhaupt vorhanden, verstecken sich zumeist verstreut in den persönlichen Nachlässen der führenden Politiker, die hier zum Teil auch verarbeitet wurden. Bezüglich Archivmaterial sind außerdem jene Bestände der politischen Verwaltung zu nennen, die mit der Registrierung und

weiteren rechtlichen Abwicklung der Vereine zu tun haben. Soweit sich eine politische Partei auf einen Verein stützte, ließen sich hier die relevanten politischen Texte finden. Die Programme der Parteien waren jedoch in der Regel wiederum auch in der Presse zu finden, denn schließlich ging es bei einem Parteiprogramm ja gerade darum, politische Inhalte bekannt zu machen und damit teilzunehmen am Wettstreit der öffentlichen Meinungen. Für den Historiker stellt sich dann die Aufgabe, die Texte hinsichtlich ihres narrativen und logischen Aufbaus sowie ihrer Sprache und Begrifflichkeit zu interpretieren.

Auch Abschnitt II über die Wahlen baut auf der Fülle der Informationen auf, die sich in der zeitgenössischen Presse finden lassen. Gerade Wahlen versetzen das politische Leben in einen erhöhten Erregungszustand, der sich in den Zeitungen widerspiegelt. Manche von ihnen wurden überhaupt erst im Vorfeld von Wahlen gegründet, andere erhöhten ihre Erscheinungshäufigkeit. Hier lässt sich also viel an politischer Kultur ermessen und erspüren. Die Wahlorganisationen veröffentlichten nicht nur Wahlmanifeste und (zum Teil) Wahlabsprachen, sondern insbesondere auch die Listen der Kandidaten in dem eigenen Organ. Auf diese Weise lässt sich das „Personal" des Wahlkampfs parteipolitisch zuordnen, eine unerlässliche Voraussetzung für eine quantitative und qualitative Analyse des Wahlprozesses. Das Wahlresultat mit der Anzahl der Stimmen pro Kandidat findet sich ebenfalls in der Presse, wobei es sich allerdings bei der Veröffentlichung unmittelbar nach dem Urnengang noch nicht um das offizielle Resultat handelt. Soweit Korrekturen an der ursprünglichen Auszählung gemacht wurden, lassen sich diese in den von der Statistischen Zentralkommission veröffentlichten Ergebnissen der Reichsratswahlen nachvollziehen. Diese Publikation hat allerdings den Nachteil, dass die politische Zuordnung der Kandidaten nicht selten inkorrekt bzw. zu undifferenziert ist. Als wichtigste Archivquellen des Abschnitts II sind die in Lemberg aufbewahrten Bestände der polnischen Wahlorganisationen sowie Nachlässe maßgebender Mitglieder derselben zu nennen, welche gedruckte Reglemente, Instruktionen sowie persönliche Korrespondenz enthalten. Im Zusammenhang mit der Thematik Wahlmissbrauch/„Galizische Wahlen" wurden außerdem die relevanten Akten des Justizministeriums eingesehen, die sich heute in Warschau befinden.

Die wichtigste Quelle für Abschnitt III, der sich mit Fraktionsbildung und Fraktionspolitik im Parlament beschäftigt, stellen die gedruckten Stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses dar, in zweiter Linie auch diejenigen der für österreichisch-ungarische Belange (Außenpolitik, gemeinsame Finanzen) zuständigen Delegationen. Hier lässt sich sehr praxisnah historische Diskursanalyse betreiben, wenn man diese zunächst einmal sehr einfach als Versuch versteht, Aussagen in einen zeitlichen, örtlichen und funktionalen Kontext zu stellen.[6]) Dieser Kontext wurde in unserem Fall durch das parlamentarische Forum gegeben, in dem bestimmte Regeln der Kommunikation (etwa die für die Galizier zumeist fremde deutsche Sprache), Formen der politischen Symbolik (etwa Zurufe, Beglückwünschungen, demonstrative Einsprengsel in nicht-deutscher Sprache, aber auch Obstruktionsformen bis zum Singen von Liedern) sowie eine nicht zu unterschätzende, durch den räumlich konzentrierten politischen Prozess bedingte Eigendynamik zum Ausdruck kamen. Auch hier bringt die Berichterstattung der Zeitungskorrespondenten über die tro-

---

[6]) Siehe Achim Landwehr, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001, hier S. 98.

ckene Wiedergabe in den Protokollen hinaus manche farbige Ergänzung. Was die Politik der Fraktionen selbst betrifft, so ist für den hier schwergewichtig behandelten Zeitraum (1897 bis 1914) festzustellen, dass keine Sitzungsprotokolle zur Verfügung stehen. Im Falle des mächtigen Polenklubs, der immerhin im Jahre 1901 ein eigenes Archiv einrichtete, sind die Protokolle lediglich bis 1891 und dann – mit Ausnahme kleiner Fragmente – erst wieder aus den Jahren 1917/18 überliefert.[7]) Da gerade der Polenklub eine offene Informationspolitik betrieb, lassen sich allerdings auch hier die wesentlichen Linien dank der Presse nachvollziehen. In der späteren Zeit, als man vermehrt geschlossene Sitzungen durchführte, kam es öfters zu Indiskretionen, durch die entscheidende Informationen – meist übrigens über die Wiener Presse – dann doch an die Öffentlichkeit gelangten.

Abschnitt IV, die Kollektivbiographie der Abgeordneten, basiert quellenmäßig auf personenbezogenen Einzelinformationen, die zu einem wichtigen Teil mit Hilfe von Biographien, biographischen Nachschlagewerken und Nachrufen gewonnen wurden. Die verbleibenden Informationslücken konnten zum Teil dank zeitgenössischer gedruckter Werke geschlossen werden, etwa anhand von Schematismen zur Erfassung politischer Ämter oder dank publizierter Schulberichte, welche den schulischen Werdegang rekonstruieren halfen. Wichtiger waren allerdings Achivmaterialien, von denen hier einige genannt seien: Geburts- und Trauungsmatrikeln, Taufbücher, Totenbeschauprotokolle (zur Eruierung bzw. Bestätigung der Lebensdaten, aber auch der Konfession), Studenten- und Schülerkataloge (vor allem für den Beruf des Vaters und die Konfession), im weiteren Nobilitierungsakten (mit wichtigen Informationen zum Lebensweg), Qualifikationslisten („Conduite-Listen“) für Offiziere, Personalstandsausweise, Pensionsakten und Diensttabellen (im Falle von Beamten), dann natürlich auch die persönlichen Nachlässe, die für einige Parlamentarier vorhanden sind und abgesehen von der laufenden politischen Tätigkeit zuweilen auch kollektivbiographisch verwertbare Einzelinformationen enthalten. Eine besonders ergiebige Quelle stellten die im Parlamentsarchiv aufbewahrten Fragebogen dar, welche nach zwei Hauptwahlen, 1897 und 1907, von den Abgeordneten ausgefüllt worden waren. Zu den dort eingeforderten Informationen gehörten neben Name, Parteistellung und Geburtstag/-ort auch die Rubrik öffentliche Ämter sowie die eigenhändige Darstellung des Lebenslaufs.[8])

Es kann hier der Anspruch erhoben werden, dass der Großteil der eben genannten Quellen bisher noch nie eingesehen oder zumindest nicht im hier gegebenen Kontext verwertet wurden. Dieses Faktum rechtfertigt nun allerdings noch keine 750 Seiten. Es bleibt vielmehr die Frage der Relevanz des Themas. Wer sich heute in einem westlichen Land ei-

---

[7]) Dieser Befund ergibt sich aus eigener Erfahrung, aber auch aus einer Zusammenstellung, die ich von dem leider verstorbenen Historikerkollegen Zbigniew Fras erhalten habe: Zestawienie protokołów Koła Polskiego w Parlamencie Wiedeńskim znajdujących się w zbiorach lwowskich i krakowskich, lata 1861–1918 [Zusammenstellung der Protokolle des Polenklubs im Wiener Parlament, welche sich in den Lemberger und Krakauer Sammlungen finden, Jahre 1861–1918], unpublizierte Dokumentation, Wrocław 1998.

[8]) Eine ausführliche Darstellung der Typen von Quellen und ihrer Lokalisierung findet sich in meiner Dissertation, auf welche dieses Buch vorwiegend in struktureller Hinsicht zurückgeht: Harald Binder, Polen, Ruthenen, Juden. Politik und Politiker in Galizien, 2 Bde., phil. Diss., Bern–Wien 1997, hier 2. Bd., S. 1–25.

nem Nicht-Fachpublikum als Spezialist für die Geschichte Galiziens zu erkennen gibt, wird zunächst einmal in der Regel Erstaunen auslösen. Vorausgesetzt, dass der Gesprächspartner dabei nicht an einen Spanienurlaub denkt, wird er in der Regel die Meinung vertreten, dass dies schon ein sehr spezielles Thema sei, geeignet vielleicht für einen kleinen Kreis interessierter Personen. In Österreich wird man nicht selten auf gewisse familiengeschichtliche Reminiszenzen stoßen, etwa den Großvater, der noch in Galizien gedient hatte. Aber auch hier: Würde man sich als Historiker des Weinviertels oder der Textilindustrie Oberösterreichs zu erkennen geben, geriete man wohl weit weniger in die Gefahr, jenes in der Öffentlichkeit kursierende Bild des Historikers als eines in der Vergangenheit wühlenden Spezialisten zu bestätigen. Galizien, immerhin (wie schon erwähnt) das größte Kronland der alten Monarchie, ist weitgehend entrückt aus den Köpfen der Zeitgenossen. Verwunderlich ist dies andererseits auch wieder nicht, gehört es doch zu jenen politischen Gebilden, welche die Turbulenzen des 20. Jahrhunderts nicht überlebt haben und daher außerhalb der Feuilletons keine Präsenz in den Medien beanspruchen können.

Bezieht man sich nun allerdings gerade auf denjenigen kleinen Teil der Bevölkerung, der tatsächlich die Feuilletons der Tageszeitungen liest, so muss man das eben entworfene Bild doch auch wieder korrigieren. Grundlegend erscheint dabei der Hinweis auf die gewandelten Umstände nach der Großen Wende von 1989–1991. Galizien erlebt derzeit tatsächlich eine gewisse Renaissance, wobei auch innerhalb derjenigen Gesellschaftskreise, die überhaupt Zugang finden zu einem derartigen Thema, sicherlich verschiedene Interessensfelder vorhanden sind. Am stärksten wirkt wohl nach wie vor jenes Bild, das Galizien in erster Linie als literarisch-kulturelle Landschaft entwirft. Zunächst waren es die deutschjüdischen Autoren, allen voran Joseph Roth, aber auch Manès Sperber und Karl Emil Franzos, deren verstärkte Rezeption einerseits das enorm gestiegene Interesse am Judentum reflektierte, andererseits aber der Bildung eines „Mythos Galizien" Vorschub leistete.[9]) Heute sind es nun auch nicht-deutschsprachige Zeitgenossen wie der Pole Andrzej Stasiuk („Galizische Erzählungen") oder der Ukrainer Jurii Andruchovyč, die ihren Weg in deutsche Verlage finden. Sie entwerfen eine wiederum sehr eigenartige, lokal geprägte poetische Welt, die durchaus, explizit oder implizit, kulturelle Bezüge zu Galizien aufweist. Hinzu kommen zahlreiche Fernsehsendungen über Galizien, Lemberg, die Bukowina (die meist großzügig „galizisiert" wird, zumal damit Paul Celan inkorporiert werden kann). Und auch diese Bilder sind dunkel, düster, melancholisch: umgefallene jüdische Grabsteine, alte erzählende Menschen in unverständlicher Sprache, desolate Städte und zerbrochene Industrieanlagen. Galizien ist keine fröhliche Landschaft, das war es nie und wird es nach den Schrecken des 20. Jahrhunderts auch nie werden.

Hier geht es nun allerdings primär um Galizien als politisch-soziales Gebilde, und dieser Aspekt blieb denn doch größtenteils den Fachhistorikern vorbehalten. Deren Zahl ist seit einigen Jahren im stetigen Wachsen begriffen. Wer ein galizienbezogenes Thema bearbeiten wollte, hatte nun mit der Öffnung der politischen Grenzen und der Archive die große

---

[9]) Kerstin S. Jobst, Der Mythos des Miteinander. Galizien in Literatur und Geschichte (Die Ostreihe, NF 8), Hamburg 1998; Dietlind Hüchtker, Der ‚Mythos Galizien'. Versuch einer Historisierung, in: Nationalisierungen von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, hrg. von Michael G. Müller und Rolf Petri (=Tagungen des Herder-Instituts zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16), Marburg 2002, S. 81–107.

Chance, jenes komplexe und deshalb so faszinierende Gebilde näher, quellennäher zu erforschen. Zusätzlich motivierend war der gesamtpolitische Kontext im aufbrechenden Ost- und Ostmitteleuropa: neuer Nationalismus, ethnische Kriege, Migrationswellen. Galizien erwachte als historischer Raum, in dem sich die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zwar keinesfalls harmonisch gestalteten, wo aber immerhin Zusammenleben möglich, teilweise sogar fruchtbar war und nationale Antagonismen politisch in Schach gehalten werden konnten. Das Stigma, zu den Abfallprodukten der Geschichte zu gehören, geriet angesichts des neuen Interesses an Multikulturalität in den Hintergrund. In Österreich entdeckten zudem auch Politik und Kultur Galizien wieder als Teil des eigenen Erbes im Osten, insbesondere seitdem mit der anvisierten Erweiterung der Europäischen Union auch ein politischer Legitimationszusammenhang konstruiert werden konnte. Dass gerade mit dieser Erweiterung das ehemalige Kronland entlang seiner alten ethnischen Grenze (die 1945 eine politische wurde) gewissermaßen erneut geteilt wird, gerät kaum ins Bewusstsein. Bei aller nicht selten romantisierenden Mitteleuropa-Euphorie bleibt auch weitgehend ausgeblendet, dass das tatsächliche, historische Verhältnis zwischen Galizien und Wien keinesfalls auf Liebe und positivem Interesse gebaut war, sondern seine Prägung durch Kontrolle und Herrschaft, dann politischen Pragmatismus und schließlich nationalistische Stereotypen erhalten hatte.

Wie sieht nun Galizien und das Verhältnis Galiziens zu Wien aus der Perspektive derjenigen Länder aus, welche das Territorium heute beanspruchen? Dazu gibt es eine polnische und eine ukrainische Geschichte, die typischerweise zunächst jeweils sehr unterschiedlich verliefen, heute aber interessanterweise einander wieder näher kommen. Grundsätzlich gilt, dass die beiden Nationalgesellschaften des späten 19. Jahrhunderts schon auf der Definitionsebene zwei unterschiedliche Narrative über Galizien kannten. Die ruthenische Seite identifizierte mit diesem Begriff ein ur-ruthenisches Territorium, nämlich jenes Fürstentum Halyč, dessen Hauptstadt im Jahre 1264 nach Lemberg verlegt worden war. Die politischen Exponenten der Ruthenen zur Zeit der Blüte der Nationalbewegung sahen die Adoption des Namens durch Österreich als politischen Missbrauch oder waren zumindest bemüht, jenen historischen Konnex in Erinnerung zu rufen, der ihnen nach ihrer Meinung das Recht gab, von dem mehrheitlich ruthenisch bevölkerten Ostteil der Provinz als dem „eigentlichen Galizien“ zu sprechen. Besonders aktuell wurde dieser Diskurs stets in den Kontroversen um den verfassungspolitischen Status des Kronlands. Noch heute muss man, wenn man in Lemberg über Galizien spricht, erklären, welches Galizien man denn nun meine: das ruthenische (ukrainische) oder das österreichische.

Einer solchen Erklärung bedarf es in Krakau nicht. Was nach ukrainischer Diktion das „eigentliche Galizien“, also Ostgalizien, war, galt in polnischer historischer Sicht als Teil des zum polnisch-litauischen Großreich gehörenden Rotreußen (*Czerwona Ruś*). In Krakau kann also mit Galizien nur jene österreichische Provinz gemeint sein, die im Jahre 1918 zwar nicht aus der Vorstellungswelt und der Alltagssprache, aber doch von der politisch-administrativen Landkarte verschwand. Aufgrund seiner Identifizierung mit der Epoche der Teilungen nahm im polnischen Verständnis Galizien nicht jenen positiven Platz ein, der ihm im ukrainischen Diskurs grundsätzlich sicher ist. Bezogen auf das späte 19. Jahrhundert erscheint dies insofern paradox, als die polnische politische Erfahrung im österreichischen Galizien wesentlich positiver war als die ukrainische. Gerade die Polen hatten seit der Erringung ihrer nationalkulturellen Eigenständigkeit das zunächst als Pro-

dukt eines historischen Unrechts ungeliebte Galizien umdefiniert als autochthon polnisches Land. Gerade um jenem ukrainischen Diskurs von dem „eigentlichen Galizien" im Osten eine eigene Interpretation entgegenzuhalten, galt es nämlich, das österreichische Kronland als unverbrüchliche Einheit im Rahmen der historisch-politischen Individualitäten der Monarchie zu deklarieren.

Mit dem Aufkommen des modernen Nationalismus und den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs wurde jenes vor allem von den Konservativen geprägte positive Bild Galiziens dann allerdings erschüttert, noch bevor der wiedererrichtete polnische Staat seine eigenen legitimatorischen Muster kreierte. Im Bemühen, sich als Nationalstaat in der Staatengemeinschaft zu etablieren, musste sowohl der Regionalismus Südpolens in Frage gestellt werden als auch und vor allem die unmittelbare Vergangenheit als negative Folie, als Zeit der Unfreiheit, dienen. Galizien wurde zum „gewesenen Galizien" (była Galicja), das alte Territorium, um dessen Bewahrung als Einheit man so gekämpft hatte, nun unter der Gewissheit eigener staatlicher Kontrolle unterteilt in zwei administrative Einheiten. Umgekehrt sahen sich die Ukrainer, denen ein eigener Staat versagt blieb und deren Elite zu einem großen Teil ins Exil ging, auf die Historie zurückgeworfen, auf „ihr" Galizien, aber auch auf das österreichische, unter dem dann doch vergleichsweise freiheitlichere Bedingungen geherrscht hatten als unter dem neuerrichteten polnischen Nationalstaat.

Während der kommunistischen Ära erlebten die beiden Nachfolgestaaten auf dem Territorium des ehemaligen Galiziens, also das im Rahmen der politischen Realitäten des Ostblocks relativ „freiheitliche" Volkspolen und die in das Zwangssystem der Sowjetunion inkorporierte Ukraine, unterschiedliche Entwicklungen, die sich auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Galizien niederschlugen. In Polen bestand der geistig-kulturelle Freiraum, sich der ehemaligen österreichischen Provinz nun auf wissenschaftlichem Gebiet wieder anzunähern. So entstanden viele Arbeiten, und zwar keineswegs nur über die ideologiekonforme Sozial- und Wirtschaftsverfassung oder über die Arbeiterbewegung, sondern auch über rechts-, politik-, kultur- und ideen- geschichtliche Aspekte. Sieht man einmal von dem Einfluss der Annales-Schule ab, wurden theoriegeleitete Methoden aus dem Westen kaum rezipiert. Arbeiten zur politischen Geschichte Galiziens im Speziellen blieben weitestgehend einem positivistisch-narrativen Schema verhaftet. Ungleich schwieriger gestaltete sich allerdings die Situation in der Ukraine, wo es vor allem nordamerikanischen Wissenschaftlern mit ukrainischen Wurzeln vorbehalten war, das Interesse an Galizien unter ukrainischer Perspektive wach zu halten.

Nach der Großen Wende stellt sich die Situation erneut anders dar. Nun hat Nostalgie wieder eine Chance, aber auch Erinnerungen an eine hier angeblich traditionsreichere Zugehörigkeit zum Westen, die nun also – im Falle Polens – erneut auch auf staatlicher Ebene wiederhergestellt werden soll. Eine Chance hat vor allem auch wieder der Regionalismus: Galizien wird in erster Linie in der Westukraine, aber auch in Südpolen zur positiven Chiffre für eine Andersartigkeit gegenüber den jeweiligen Zentren, Kiew bzw. Warschau. In beiden Teilen des ehemaligen österreichischen Kronlands lässt sich am national-konservativeren (antikommunistischen) Wahlverhalten die jeweilige regionale Identität und politische Kultur festmachen: ein Zeichen erstaunlicher Langlebigkeit des historischen Erbes der Habsburgermonarchie. Politische Sprengkraft besitzt der Regionalismus allerdings nur in der Ukraine, in jenem so stark zwischen West- und Ostorientierung zerrissenen Land. Hier geht der antirussisch bzw. anti-ostukrainisch inspirierte Regionalismus mittlerweile

sogar so weit, dass geistiger Boden geschaffen wird für eine romantisch-utopische Vision einer „unabhängigen Republik Galizien“[10]).

Das ist die eine, wenn man so will positive Seite der Entwicklung. Auf der anderen Seite aber hat sich in der postsowjetischen Zeit eine stark national gefärbte Geschichtsschreibung breit gemacht, wobei dieser Wandel vom einen (sowjetisch-marxistischen) zum anderen (nationalistischen) Paradigma bis in die Biographien der Wissenschaftler nachvollziehbar ist. Das gilt nun wieder insbesondere für die Ukraine, kaum für Polen. Unzweifelhaft braucht der junge ukrainische Staat seine Nationalgeschichte, um seine Legitimät zu untermauern. Dabei sind es wieder die Westukraine und Lemberg, die hier die Vorreiterrolle spielen. Identitätsstiftung gegen außen heißt nun in erster Linie Abgrenzung gegenüber Russland, während der ehemalige innergalizische Feind Nummer eins, Polen, nun seinem problematischen Nachbarn im Osten einen Weg zu bahnen scheint in die westliche Gemeinschaft – dorthin also, wo man (bzw. die westukrainische Intelligencja) sich gerade in Anbetracht der österreichischen Vergangenheit ohnehin zugehörig fühlt. Freuen kann man sich als Historiker zwar durchaus, wenn der eigenen Kaste so viel gesellschaftliche Bedeutung zugemessen wird; für eine Beschäftigung mit der eigenen Geschichte *sine ira et studio* und für eine gegenüber der internationalen wissenschaftlichen Gemeinde offene Auswahl von Themen und Methoden sind eine solche Leitfunktion und ein zu starkes inneres Triebmoment allerdings nicht selten hinderlich.

An diese Feststellung lässt sich nun direkt jene Leitidee anschließen, welche dieser Arbeit zugrunde liegt. Auch in der neueren Forschung wird nämlich Galizien sowohl in Polen und der Ukraine als auch in den „westlichen“ Ländern fast durchwegs unter dem Aspekt der Nationalgeschichte behandelt. Ohne dass mit einem solchen Ansatz unbedingt eine nationalistische Verengung verbunden wäre, ist alleine durch die Zugangsweise und übergeordnete Fragestellung doch die Perspektive vorgegeben. Um bei dem hier relevanten Teilbereich, der politischen Geschichte, zu bleiben: Es gibt Studien über die polnische Nationaldemokratische Partei und es gibt solche über die ruthenische (ukrainische) Nationaldemokratische Partei. Es gibt eine Studie über die ukrainische Fraktion im galizischen Landtag und über die Polen im Wiener Reichsrat. Es gibt ein Buch über die Russophilen, eine neuere Dissertation über die Ukrainophilen und eine weitere neue Dissertation über den Jüdischen Nationalismus in Galizien. So berechtigt derartige Eingrenzungen vom forschungspraktischen Gesichtspunkt her sind: immer wird dabei das andere (also das „Polnische“ bzw. „Ukrainische“ bzw. „Jüdische“) zwar thematisiert, zwangsläufig jedoch als exogener Faktor, nicht als ein integrierter Bestandteil des Ganzen. Nur ganz wenige Arbeiten sind übergreifend angelegt, etwa dann, wenn es sich von der Thematik anbietet (die Sozialdemokratie, welche zunächst tatsächlich nationsübergreifend war) oder wenn eine verbindende soziale Schicht Vergleichsstudien sinnvoll macht (Bauerntum).[11])

---

[10]) Siehe Andrei Kurkow, Galizien ist anders, in: Neue Zürcher Zeitung 10. 5. 2003. Der Artikel ist typisch für die ukrainische (ostgalizische) Definition von Galizien, obwohl auch Elemente des österreichischen Gesamtgaliziens hineingemischt werden.

[11]) Es soll diese Einleitung nicht dazu dienen, einen eigentlichen Forschungsbericht mit der entsprechenden Fülle von Buchtiteln zu erstellen. Literaturverweise finden sich vielmehr konzentriert in den vier Hauptteilen der Arbeit.

Dieses Buch setzt sich nun zum Ziel, auf einer breiteren Basis Galizien als Untersuchungseinheit zu thematisieren. Ein solcher Zugang ist durchaus nicht konstruiert, sondern liegt in den historischen Realitäten begründet. Schließlich bedingte die in der Dezemberverfassung von 1867 festgeschriebene föderalistische Struktur Cisleithaniens, dass die Kronländer stark ausgebildete politische Entitäten waren – trotz aller ethnisch begründeten Verwerfungen oder gar Dualismen wie im Falle Galiziens. Ein ganzheitlicher Blick auf das Kronland impliziert nun natürlich nicht, dass hier über die Nationalität als konstituierende Größe hinweggesehen werden sollte. Würde man die Nationalität ignorieren, wäre man im späten 19. Jahrhundert in der Tat wissenschaftlich auf dem Holzweg. Die Orientierung an der Nationalität als Konstrukt war zumal für die späteren Jahre absolut konstitutiv, wenn auch das Zeichnen nationaler Trennlinien keineswegs bedeutet, dass nicht im Bereich der kulturellen Identität Vermischung, Pluralität und Vieldeutigkeit herrschten. Es ist ja im Allgemeinen so, dass die Politik viel mehr nach Ausschließlichkeit, nach scharfen Trennlinien verlangt als die auf kulturellem Selbstverständnis beruhende individuelle (oder auch kollektive) Identität. Trotz der unabdingbaren Berücksichtigung der Nationalität als Kategorie der Analyse und Darstellung wird im Rahmen dieser Arbeit dennoch stets versucht, die Gemeinsamkeiten, das „Galizische", mitzureflektieren und eben nicht das eine oder andere als nur exogen zu betrachten.

Die jeweils einleitenden Bemerkungen zu den vier Abschnitten (A) sowie die Zusammenfassungen (D) sollen in besonderem Maße dazu verwendet werden, einerseits Vergleiche zwischen den jeweiligen politischen Formationen (Parteien, Fraktionen, kollektivbiographische Profile etc.) der verschiedenen Nationalitäten anzustellen und andererseits die gemeinsame historisch-politische Bedingtheit in jenem „System Galizien" wie auch die zahlreichen Phänomene wechselseitiger Beeinflussung und Verflechtung plastisch werden zu lassen. Damit befindet sich diese Studie im Trend der neuesten Forschung zur Geschichte der Habsburgermonarchie, welche, sei es bei der Individualbiographie oder sei es am Beispiel einer einzelnen Stadt, die bisherige Dominanz nationalgeschichtlicher Interpretationen in Frage stellt.[12]) In einem weiteren Rahmen soll darüber hinaus jenes von Jürgen Kocka nachdrücklich bezeichnete Potenzial einer transnational orientierten Geschichtsschreibung Ostmitteleuropas, welches gerade einerseits im Vergleich und andererseits in der Verflechtung liegt, hier nutzbar gemacht werden.[13])

---

[12]) Ian Reifowitz, Imagining an Austrian Nation, Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity 1846–1918, New York 2003; Jeremy King, Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948, Princeton 2002.

[13]) Jürgen Kocka, Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159–174, hier 170–174.

I. Parteien

A. Methodische und sachliche Vorbemerkungen

Wer sich im Rahmen einer historischen Studie mit Parteien beschäftigt, muss sich zunächst einmal mit der Begrifflichkeit auseinandersetzen. Klarheit ist diesbezüglich insbesondere deshalb gefordert, weil der Parteibegriff im 19. Jahrhundert erstens starken Veränderungen unterlag und zweitens in einen normativen Diskurs eingebettet war, dessen Replizierung es zu vermeiden gilt. Zunächst, in der Ära vor der Entstehung der Massenparteien, wurde „Partei" in einem sehr allgemeinen Sinne verwendet, als ein auf irgendwelche Weise institutionalisierter Meinungsträger im politischen Raum. Er setzte damit zwar sehr wohl einen gewissen diskursiven Rahmen voraus, blieb jedoch bei der Beschreibung des institutionellen Trägers unbestimmt. Eine Partei konnte also durchaus zum Beispiel eine Zeitung sein, wenn sich diese als selbständiger Meinungsträger einbrachte und nicht nur Sprachrohr einer politischen Organisation war. Am weitesten verbreitet war die Kennzeichnung einer bestimmten Fraktion im Parlament als Partei, auch wenn diese in keiner Weise außerparlamentarisch institutionalisiert war. Diese Identifizierung von Partei und Fraktion entsprach dem Charakter der Honoratiorenpolitik: Das Parlament war faktisch der alleinige institutionelle Träger politischer Inhalte, und daher konstituierten die dort handelnden Gruppen die Teile (partes) des politischen Diskurses. Erst mit dem Aufkommen der Massenparteien wandelte sich der Parteibegriff. Er war zwar durchaus noch auf das politische Handeln in den parlamentarischen Körperschaften bezogen. Gleichzeitig kam ihm nun jedoch eine zweite Dimension zu, indem er ein Segment der als Masse imaginierten politischen Gesellschaft bezeichnen sollte.

Dieser Sachverhalt gilt für westliche Gesellschaften ebenso wie für den Raum, mit dem wir uns hier beschäftigen. Eine solche Kongruenz ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass mit der Etablierung der Institutionen auch ein Transfer der Begrifflichkeit stattfand. Immerhin gab es im Polnischen und Ukrainischen zwei sprachliche Varianten, welche *grosso modo* die beiden historischen Konnotationen des Parteibegriffs (also den parlaments- und den gesellschaftsbezogenen) repräsentierten: *stronnictwo* bzw. *storonnyctvo* und *partia* bzw. *partyja*. Mit dem letzteren Begriffspaar war allerdings bereits jene normative Ebene vermischt, die wir als zweite „Gefahr" für eine auf die Zeitgenossenschaft abgestellte Sprachverwendung genannt haben. *Partia* / *partyja* bezeichnete nämlich zunächst einmal ein Selbstbild und den Anspruch, einen neuen, auf die Massen gestützten Typus von Partei zu verkörpern. Das aus dem Westen importierte Fremdwort stand demnach für einen Diskurs der politischen Linken, der die Partei als ein effizientes Instrument des gesellschaftlichen Fortschritts und eventuell der sozialen Revolution betrachtete. Daneben sind eine Reihe weiterer zeitgenössischer Diskurse zu nennen: zunächst der konservative, wonach die Partei die „natürliche" Harmonie der Gesellschaft zerstöre (eine Abwehrstrategie gegen die modernen Massenparteien) und der nationale, demzufolge die Partei die Einheit der Nation in Frage stelle, die ihrerseits als höchstes moralische Gut zu gelten habe. Konservativ und national inspirierte Interpretationen des Parteibegriffs waren negativ konnotiert. Allerdings gilt im letzteren Fall, dass mit der „Erfindung" der modernen integrationistisch-nationalistischen Partei dieser Organisationsform wieder eine positive Rolle zugeschrieben werden konnte. Auf nur geringe Resonanz stieß die liberal-demokratische Sichtweise, die ihre Blützezeit in den 1860er- und 1870er-Jahren erlebte. Sie sah Parteien als notwendiges Requisit in einem pluralisierten liberalen Staatswesen und war ihrerseits

nicht selten kombiniert mit dem Rückständigkeitstopos, der da lautete: Wir in Galizien haben keine „echten" Parteien, sondern nur politische Cliquenwirtschaft und Nepotismus. Im Übrigen gilt jedoch, dass die genannten Diskurse gesamteuropäisch Gültigkeit hatten, nur eben in verschiedener Ausprägung und relativer Bedeutung je nach politischer Gesellschaft.[1])

Besteht also auf der einen Seite, bei einer unkritischen Übernahme zeitgenössischer Parteibegrifflichkeit, die Gefahr der analytischen Unschärfe und der normativen Verzerrung, so ist andererseits auch zu warnen vor einer Beschränkung des Parteibegriffs auf die moderne Massenpartei. Eine solche Verengung hat Tradition insbesondere unter den Historikern des ostmittel- und osteuropäischen Raums, welche generell Parteigeschichte im späten 19. Jahrhundert mit den sozialdemokratischen und radikal-intellektuellen Parteien der Moderne ansetzen. Die Vorgeschichte wird in der Regel ausgeblendet, weil die Ansätze der historisch orientierten Soziologen und Politologen nicht rezipiert wurden. Auch deren Interesse am Gegenstand gründete zwar nicht unwesentlich auf der Faszination und Wirkungskraft der Massenpartei des 20. Jahrhunderts. Sie suchten aber auch nach deren Wurzeln tief im 19. Jahrhundert. Zu nennen sind vor allem Max Weber mit seinem Konzept der Honoratiorenpartei, das sich auf den Politikertypus und die Frage der Professionalisierung der Politik konzentriert, und Maurice Duverger, der mit seiner Kategorie der Komitee- oder Rahmenpartei das Hauptaugenmerk auf die Organisationsform legte. Inhaltlich beziehen sich beide auf dasselbe historische Phänomen, die „vormoderne" Partei. Wenn wir versuchen, vergleichbare politische Formationen auch hier historisch zu lokalisieren, so ist dies zu verstehen als Teil der übergeordneten Fragestellung dieses Buchs nach dem Übergang von traditionalen Mustern zu modernen Formen in einem angeblich rückständigen politisch-kulturellen Raum.[2])

Um sowohl den Erfordernissen der Flexibilität als auch der analytischen Präzision gerecht zu werden, lässt sich die Partei also folgendermaßen definieren: als eine organisierte Gruppe, die auf der Basis eines formulierten politischen Programms die Beteiligung an Entscheidungskompetenzen in parlamentarischen Gremien anstrebt. Dieser weite Definitionsrahmen ermöglicht es, zum einen den Wandel von Organisationsformen fassbar zu machen und andererseits politische Gruppierungen einzubeziehen, denen gemeinhin „Parteiqualität" abgesprochen werden. Gleichzeitig soll durchaus nach politikwissenschaftlichem Ansatz funktional gedacht werden. In Anlehnung an den von Klaus von Beyme aufgestellten Katalog wollen wir die folgenden drei Funktionen als konstitutiv definieren.

---

[1]) Siehe dazu auch: Harald Binder, Perspektyvy doslidžennja istoriji partij v austrijs'kij Halyčyni [Forschungsperspektiven einer Parteiengeschichte im österreichischen Galizien], in: Ukrajina moderna 8 (2003), S. 143–155 sowie Ders., Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen, in: Österreichische Osthefte, Sonderheft Ukraine, Wien 2000, S. 211–240. Zur normativen Ebene in der Geschichte des Parteibegriffs vgl.: Klaus von Beyme, Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1974–1984, Bd. 4, S. 678–733.

[2]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen [5]1972, insbes. S. 837–851; Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959.

Durch diese wird gleichzeitig der vorliegende Abschnitt von den folgenden Teilen II und III abzugrenzen sein[3]):

a) Zielfunktion: Das primäre Ziel der Partei nach unserer Definition ist die Erringung von Mandaten bei den Wahlen in eine parlamentarische Körperschaft. Damit berufen wir uns auf die klassische Definition von Max Weber, der die Parteien als Organisationen zur Erlangung von Macht beschrieben hat und dabei als Mittel zur Erreichung dieses Ziels bei Bestehen parlamentarischer Institutionen die Werbung von Wahlstimmen bestimmte.[4]) Mit der primären Orientierung am Wahlprozess sind die Parteien abgegrenzt von den Interessenverbänden oder nicht-politischen Vereinen mit rein innergesellschaftlichen Zielsetzungen. Die Rechtsform kann, muss aber nicht diejenige eines politischen Vereins sein.

b) Programmfunktion: Die Partei muss aufgrund eines frei gewählten, öffentlich bekannt gemachten Programms identifizierbar sein. Diese Programmfunktion ist eng mit der Zielfunktion verbunden, da eine Organisation als eine überpersönliche Vergesellschaftungsform sich überhaupt nur aufgrund eines politischen Programms in den Wahlprozess einbringen kann. In ihrer Eigenart als Organisation ist die Partei damit von Einzelpersonen („Honoratioren-Politikern") sowie von Zeitungen als Meinungsorganen abgegrenzt, welche ihren Einfluss auf Wahlprozesse ebenfalls auf ein Programm stützen können. Die Presse bildet jedoch insofern ein zentrales Element dieser Funktion, als sie das Programmatische öffentlich macht. Diese Überlegung schafft die Verbindung zur dritten Funktion:

c) Öffentlichkeitsfunktion: Über die reine Beteiligung am Wahlprozess hinausgehend, erhebt die Partei den Anspruch, als Mobilisierungs- und Sozialisationsinstrument „in der Gesellschaft" zu wirken. Dadurch unterscheidet sie sich von der reinen Wahlorganisation (Abschnitt II), deren Bestehen auf die Teilnahme an der Wahl beschränkt ist. Der Partei kommt folglich im Gegensatz zur Wahlorganisation auch die Eigenart einer dauerhaften Organisation zu, die auch entsprechende rechtliche Formen anstrebt. Parteien besitzen selbst insofern einen öffentlichen Charakter, als die Mitgliedschaft in ihnen nicht beschränkt sein darf durch einen vorangehenden Selektionsprozess. Damit sind die parlamentarischen Fraktionen (Abschnitt III) nicht als Parteien in unserem Sinne zu bezeichnen.

Begibt man sich nun in diesem Sinne auf die Suche nach Parteien, so hat man zunächst einmal auf das Verhältnis zwischen politischem Inhalt und dessen Vermittlung und Institutionalisierung in der Öffentlichkeit zu achten. Die zentrale Rolle bei der Definierung gesamtstaatlich relevanter politischer Inhalte spielten, wie erwähnt, zunächst beinahe monopolartig die parlamentarischen Körperschaften. Daher erscheint es angebracht, deren rechtliche Institutionalisierung und Abgrenzung kurz zu besprechen. Das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom Februar 1861 und dessen novellierte Fassung von 1867, die

---

[3]) Klaus von Beyme, Parteien in den westlichen Demokratien, München [2]1984, S. 25. Die Funktion der Elitenrekrutierung, welche Beyme als letzten Punkt nennt, grenzt die Partei nicht definitorisch von anderen gesellschaftlichen Organisationen ab, ist aber natürlich als „reines" Funktionselement von zentraler Bedeutung und wird Teil der Fragestellung des letzten Abschnitts sein.

[4]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 167. Auch moderne Definitionsversuche sehen im Faktum der Beteiligung an Parlamentswahlen den Kernbestandteil des Parteibegriffs. Siehe Rainer-Olaf Schultze, „Partei", in: Pipers Wörterbuch zur Politik, München–Zürich [3]1989, S. 659.

als Teil eines konstitutionellen Verfassungspakets (Dezemberverfassung) verabschiedet wurde und bereits auf dem neu geschaffenen Doppelstaatscharakter der Monarchie aufbaute, schufen als Gebietskörperschaften konzipierte Vertretungsorgane, welche zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen wurden. Die Landesparlamente, also auch der galizische *Sejm*, gründeten ihre Existenz weiterhin auf die im Februarpatent festgelegten Landesordnungen und Landtagswahlordnungen, während der gegenüber 1861 mit mehr konstitutionellen Rechten ausgestattete Reichsrat auf dem Gesetz von 1867 beruhte. Gleichzeitig veränderte das revidierte Reichsvertretungsgesetz jedoch das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Zentralorgan und Landesparlamenten zugunsten der Letzteren, indem es in Umkehrung der Bestimmung von 1861 alle nicht dem Reichsrat ausdrücklich zugewiesenen Kompetenzen den Landtagen zusprach.

Obwohl theoretisch der Reichsrat für die Gesamtstaatsinteressen und die Landtage für die Länderinteressen verantwortlich waren, konnte man nicht von klar geschiedenen politischen Organen mit autonomen Kompetenzen sprechen, so wie dies im modernen Länderföderalismus auf parlamentarischer Grundlage der Fall ist. Dem Konzept der konstitutionellen Monarchie entsprechend, waren Reichsrat und Landtage auf den Monarchen und seine Regierung ausgerichtet, ohne jeweils über eigene Regierungsgewalt zu verfügen. Den Landtagen stand also keine verantwortliche Landesregierung gegenüber, sondern einerseits der vom Kaiser ernannte Statthalter und andererseits die zuständigen Ministerien der Zentralregierung. Gesetze in Landesangelegenheiten waren denn auch keine eigentlichen Landesgesetze, sondern gesamtstaatliche Gesetze mit einem auf das Land beschränkten Geltungsbereich. Die Länder hatten somit keinen eigenen staatlichen Charakter, sondern mussten als Kommunalverbände höchster Ordnung angesehen werden. Andererseits aber, in wahlrechtlicher Hinsicht, ging das Abgeordnetenhaus des Reichsrats wiederum aus den Landtagen hervor, denn bis 1873 wurde es nicht durch direkte Wahl, sondern über die Länderparlamente bestellt und auch nach 1873 konstituierte es sich nach einem bestimmten Länderschlüssel. Die wahlrechtliche Auseinanderentwicklung der beiden Parlamente, akzentuiert in den beiden Wahlreformen von 1897[5]) und 1907, veränderte allerdings im gleichen Zeitraum den politischen Charakter beider Organe.[6])

Es ist nicht Ziel dieses Abschnitts, das durchaus komplexe und teils widersprüchliche, von der Eigendynamik der Verfassungswirklichkeit mitbestimmte Verhältnis der parlamentarischen Körperschaften zueinander näher darzulegen. Hier ist alleine die Tatsache entscheidend, dass beide Parlamente aufgrund der ihnen verliehenen gesetzgebenden Kompetenzen, ihrer Eigenart als zur Allgemeinheit hin offene diskursive Foren und infolge

---

[5]) Streng genommen ist die „kleine“ Wahlreform, durch welche die bestehenden vier Wahlkurien durch eine fünfte, allgemeine, ergänzt wurden, auf das Jahr der gesetzlichen Verankerung, also 1896, zu beziehen. Da es in diesem Buch aber vor allem um die Auswirkungen der Wahlreform auf Parlament und Parteien geht, wird hier in der Regel von 1897 gesprochen werden, dem Jahr also, als das neue Wahlrecht erstmals in die Praxis umgesetzt wurde.

[6]) Zum Verhältnis zwischen Reichsrat und Landtagen vgl. Wilhelm Brauneder, Friedrich Lachmayer, Österreichische Verfassungsgeschichte, Wien [5]1989, S. 149–151; Wilhelm Brauneder, Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 69–237, hier S. 213–216; Friedrich Tezner, Die Volksvertretung, Wien 1912, S. 641–668.

der ihnen innewohnenden Tendenz der Selbstorganisation in einzelnen Fraktionen das Potenzial hatten, auf außerparlamentarische Institutionalisierungsprozesse, also Parteibildungen, einzuwirken. In dieser Hinsicht sind beide parlamentarischen Organe, Abgeordnetenhaus und Landtag, zunächst auf derselben Ebene einzuordnen. Demgegenüber wirkten die autonomen Vertretungsorgane von Gemeinde und Bezirk kaum auf die Bildung von Parteien ein, wenn auch in der späteren Zeit und ausgehend vor allem von den beiden kommunalen Zentren Krakau und Lemberg indirekte Einflüsse auf jene Prozesse feststellbar sind. Eingeordnet in den Gesamtkontext der Modernisierung des politischen Systems ist zu betonen, dass die prägende Wirkung der politischen Auseinandersetzungen in den Parlamenten – Reichsrat und Landtag – auf die Ausbildung der politischen Gesellschaft so lange dominierend blieb bis neue massendemokratisch abgestützte Institutionen neue ideologisch-weltanschauliche Inhalte formulierten. Das gilt in Westeuropa genauso wie im hier behandelten politisch-kulturellen Raum.

Die Vermittlung der in den Repräsentativkörperschaften erarbeiteten politischen Inhalte an die Öffentlichkeit sowie ihre diskursive Verarbeitung ist ein zweites konstitutives Element einer auf Parteien gründenden politischen Ordnung. Voraussetzung hierfür ist ein freiheitliches Pressegesetz, dessen Einführung in Österreich ebenfalls ein Produkt der liberalen Ära war. Wie manche liberal-progressive Kritiker das Weiterbestehen ständisch-autoritärer Elemente in der Verfassungsordnung von 1867 bedauerten, so wurde auch das Pressegesetz von 1862[7]) von vielen Zeitgenossen als zu restriktiv angesehen.[8]) Dennoch bedeutete dieses Pressegesetz gegenüber seinem aus der neoabsolutistischen Ära stammenden Vorgänger von 1852 eine erhebliche Verbesserung, indem es das Konzessions- und Verwarnungssystem sowie das Recht auf administrative Einstellung beseitigte. Weitere Maßnahmen zur Liberalisierung folgten in den Jahren nach der definitiven Einführung des Konstitutionalismus (1868, 1874, 1894). Am heftigsten kritisiert wurde das sogenannte „objektive Verfahren", das zwar den Verfasser eines Artikels von strafrechtlicher Verfolgung befreite, der Staatsanwaltschaft jedoch praktisch freie Hand gab in der Konfiskationspraxis. Mit dem Aufkommen der oppositionellen Massenparteien wurde dies zu einem erstrangigen politischen Thema, wobei gerade der Reichsrat als Ventil für das Öffentlichmachen zuvor konfiszierter Text missbraucht wurde. Trotz der restriktiven Elemente gab es eine heute kaum mehr vorstellbare Vielfalt und Dynamik in der Presselandschaft. Dies zeigt die Tabelle I.1, welche sich auf die politischen periodischen Druckschriften beschränkt[9]).

---

[7]) RGBl Nr. 6/ex 1863. Gesetz vom 17. 12. 1862.

[8]) Im Grunde stellt jedes Pressegesetz *per se* eine Begrenzung der Freiheit der Meinungsäußerung dar, und ein wirklich freiheitliches Pressgesetz – so der Chefredakteur der damaligen Arbeiterzeitung – heißt kein Pressegesetz: Friedrich Austerlitz, Pressfreiheit und Pressrecht. Eine Studie über den Pressgesetz-Entwurf, Wien 1902, hier S. 5 f. Siehe jetzt auch: Thomas Olechowski, Das Pressrecht der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (im Druck).

[9]) Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch, Wien 1881 ff. (Volkszählungen sowie jährliche statistische Erhebungen zur Entwicklung der Presse).

Tabelle I.1: Politische Zeitungen in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910

Kronland	1880		1890		1900		1910	
	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*
Deutsche Erbländer[1]	168	34099	230	26929	360	18915	361	20864
Südländer[2]	46	34897	39	44148	61	30467	87	23741
Böhmische Länder[3]	116	71377	170	51327	366	25784	598	16971
Galizien	*36*	*165525*	*49*	*134853*	*82*	*89219*	*130*	*61736*
Bukowina	4	142918	7	92370	14	52158	36	22225
TOTAL	370	59849	495	48274	883	29616	1212	23574

* Anwesende Bevölkerung pro politische Zeitung
[1] Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten
[2] Krain, Istrien, Görz/Gradiska, Dalmatien, Triest
[3] Böhmen, Mähren, Schlesien

Bei aller Vereinfachung, welche das Zusammenfügen einzelner Kronländer zu Kronländergruppen ohne Berücksichtigung ihrer ethnisch-nationalen inneren Grenzen mit sich bringt, macht Tabelle I.1 doch die Stellung Galiziens innerhalb der Länder Cisleithaniens deutlich. In Sachen Mediendichte lag die Provinz über den ganzen Zeitraum hinweg mit einem Faktor 2,6 bis 2,8 unter dem cisleithanischen Durchschnitt und damit weit abgeschlagen an letzter Stelle. Nicht wesentlich anders sieht die Lage aus, wenn man die Erscheinungshäufigkeit und die Auflagenzahlen heranzieht. Andererseits: Im Zeitverlauf ist für Galizien eine überdurchschnittliche expansive Entwicklung festzustellen, insbesondere wenn man die in der Tabelle nicht wiedergegebenen Umlaufzahlen der Presse berücksichtigt. Trotz Konfiskationspraxis ist also auch in Galizien von einem funktionierenden Pressewesen auszugehen, das zudem mit der gesamteuropäischen Modernisierungsdynamik mithielt. Die Rückständigkeit gegenüber den anderen Reichsteilen insbesondere in Westösterreich, die dem Zahlenmaterial gemäß nur teilweise aufgeholt wurde, ist im Übrigen keineswegs gleichzusetzen mit einer entsprechend niedrigeren funktionalen Bedeutung der Presse im politischen System und entsprechend bei der Herausbildung von Parteien. Darauf wird zurückzukommen sein.[10])

Politische Inhalte, die durch die Presse vermittelt werden, können nun wiederum außerhalb der parlamentarischen Körperschaften nur dann rezipiert und institutionalisiert werden, wenn die staatliche Ordnung der Gesellschaft entsprechende Freiräume der Selbstorganisation gewährt. Als dritter entscheidender Faktor für die Herausbildung eines Parteiwesens hat demnach ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht zu gelten. In Österreich wurde ein solches in zwei separaten Gesetzen im November 1867 verabschiedet, also noch einige Wochen vor jenen Staatsgrundgesetzen, welche gemeinsam die „Dezemberverfassung“ bildeten. Faktisch war das Vereins- und Versammlungsrecht ein elementarer Bestandteil der freiheitlichen Ordnung, was auch darin zu Ausdruck kommt, dass das „Staats-

[10]) Zur Entwicklung der galizischen Presse siehe die ältere Darstellung von Jerzy Myśliński, Prasa polska w Galicji w dobie autonomicznej 1867–1918 [Die polnische Presse in Galizien zur Zeit der Autonomie], Warszawa 1976 sowie jetzt Harald Binder, Die polnische Presse, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch sowie: Ders., Die ruthenische Presse, ebd. (im Druck).

grundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ explizit darauf Bezug nahm.[11]) Besondere Beachtung verdient das Vereinsgesetz, denn dieses sah ausdrücklich als eigene Kategorie politische Vereine vor, welche nach Interpretation des angesehensten zeitgenössischen Staatsrechtslexikons „kompulsiv auf die Bildung des staatlichen Willens, sei es durch Beeinflussung der zur Bildung staatlicher Organe führenden Wahlen, sei es durch sonstige diesem Zwecke dienende Tätigkeit“ bestimmt waren.[12]) Allerdings schränkte das Gesetz gerade die Bildung von Parteien als übergreifende Organisationen stark ein, indem es (nach § 33) untersagte, dass politische Vereine Filialen gründen oder überhaupt untereinander in Kontakt treten dürften. Diese Regelung, die auf den Willen der Staatsverantwortlichen zurückging, die Kontrolle über die Politik zu wahren und die befürchtete Eigendynamik selbstgesteuerter politischer Prozesse einzudämmen, stand im Mittelpunkt liberal-progressiver Kritik am Vereinsgesetz. Es wird für Galizien herauszuarbeiten sein, wie dieses Verbot auf Parteibildungsprozesse einwirkte und in welchem Verhältnis generell der politische Verein zur politischen Partei stand.[13])

An dieser Stelle soll nun zunächst einmal auch für die politischen Vereine die quantitative Entwicklung nachgezeichnet werden. Der Vergleich Galiziens mit den übrigen Kronländern (bzw. Kronländergruppen) gibt einen Hinweis auf den Entwicklungsstand der autonom organisierten politischen Gesellschaft[14]):

Tabelle I.2: Politische Vereine in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910

Kronland	1880		1890		1900		1910	
	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*	Abs.	Rel. zu Bev.*
Deutsche Erbländer	273	20984	292	21211	509	13378	736	10234
Südliche Länder	10	160528	19	90619	56	33187	165	12518
Böhmische Länder	142	58308	289	30192	548	17220	979	10366
Galizien	*3*	*1986302*	*9*	*734202*	*34*	*215174*	*161*	*49848*
Bukowina	1	571671	5	129318	13	56169	100	8001
TOTAL	429	51618	614	38918	1160	22544	2141	13345

* Anwesende Bevölkerung pro politischer Verein Weitere Erläuterungen: Siehe Tabelle I.1.

---

[11]) RGBl. Nr. 134/ 1867, 135/1867, 142/1867 (§ 12). Dazu insbesondere: Peter Urbanitsch, Zum Verhältnis von Staatsmacht, (politischen) Vereinen und Parteien, in: Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, hrg. von Ulfried Burz u. a., Klagenfurt 2000, S. 279–304.

[12]) Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hrg. von Ernst Mischler und Josef Ulbrich, Wien ²1905–1909, Bd. 4, S. 717.

[13]) Zur zeitgenössischen Rechtfertigung des Verbotsparagraphen siehe etwa S. Freund, Das in Österreich geltende Vereins- und Versammlungsgesetz, Wien 1900, S. 182 f.: „Die Bestimmung des § 33 will verhindern, dass die Strebungen die Agitationen eines politischen Vereines durch den Verkehr mit anderen Vereinen in weite Kreise getragen werden, und einer mit der Zeit in ihrer Tragweite vielleicht ganz unberechenbare, uncontrolirbare und nicht mehr zu bezwingende, den gesetzlichen Zustand bedrohende Macht bilden.“ Zur Problematik der realen Umsetzung des Verfassungsgebots siehe Urbanitsch, Verhältnis, insbes. S. 286–293, zu den seit 1909 intensivierten Bemühung um eine Revision des Vereinsgesetzes ebd. S. 298–304.

[14]) Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch, Wien 1881 ff.

Tabelle I.2 zeigt ein auffallend ähnliches regionales Muster wie wir es zuvor bei der Presse festgestellt hatten. Auch hier lag Galizien zunächst weit zurück in der Entwicklung, näherte sich dann jedoch bei einer anhaltenden länderübergreifenden Dynamik sukzessive dem Durchschnitt an. Freilich blieb es auch noch vor dem Ersten Weltkrieg um einen Faktor 3,7 unter dem cisleithanischen Durchschnitt und lag damit auch weit hinter dem östlichen Nachbarland Bukowina, welches in erster Linie dank der besonderen Rolle von Czernowitz seit der Jahrhundertwende ein reges gesellschaftlich-politisches Leben entwickelt hatte.

B. Drei Dualismen

1. Ein virtueller Dualismus: Polnische Konservative und Demokraten

Liberalismus und Konservatismus gelten gemeinhin als die leitenden politischen Ideensysteme des 19. Jahrhunderts. Eine entsprechende Dichotomie lässt sich auch für die polnische politische Gesellschaft nachweisen. Zwei Faktoren haben allerdings hier eine eigene Ausprägung vorgezeichnet: Zum einen geht es um die Tatsache, dass während des gesamten Zeitraums der Teilungen der stets gegenwärtige Fluchtpunkt allen politischen Denkens und Strebens die Wiedererlangung der national-kulturellen Souveränität darstellte. Auch im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, als das Engagement in und für die Gesellschaft gegenüber unmittelbaren nationalpolitischen Zielen in den Vordergrund rückte, blieb das politische Handeln stets durch ein moralisch höher bewertetes Fernziel, die Vorbereitung der Nation für die politische Freiheit, überwölbt. Zum anderen waren die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine starke Entwicklung liberalen Denkens aufgrund der geringen Urbanisierung und Industrialisierung nicht gegeben. Die hegemoniale Bedeutung des nationalen Gedankens und die Schwäche des Liberalismus prägten die Frontstellung zwischen Liberalismus und Konservatismus auch im österreichischen Galizien.[15])

Bezeichnend für die spezifische Ausprägung jenes politischen Dualismus im polnischen Raum erscheint der Umstand, dass in Entsprechung zur zeitgenössischen Begrifflichkeit bis heute als Antipode des konservativen Lagers ein „demokratisches“ Lager angenommen wird. Diese polnischen Demokraten waren demnach eine als Kollektiv identifizierbare Gruppe und Hauptträger liberalen Gedankenguts, vor allem wieder nach 1867, als sich „organische Arbeit“, positivistisches politisches Denken und eine gewisse Orientierung an der Ökonomie durchsetzten. Wenn nun aber von einer „liberalen Strömung unter den ga-

[15]) Als Gesamtschau des politischen Denkens und des Parteiwesens in Galizien steht bisher nur das zweibändige Werk von Wilhelm Feldman zur Verfügung, welches bei aller Informationsdichte und scharfsinnigen Analyse die einseitige, oftmals polemisch vorgetragene Sichtweise des zeitgenössischen Publizisten und Politikers reflektiert: Wilhelm Feldman, Stronnictwa i programy polityczne w Galicyi 1846–1906 [Parteien und politische Programme in Galizien 1846–1906], 2 Bde., Kraków 1907.

lizischen Demokraten“ die Rede ist[16]), so kann der Liberalismus nicht ihr Wesen ausgemacht haben. Vielmehr definierte sich der politische Gehalt der polnischen Demokraten genau aus jener oben erwähnten dominanten Bedeutung des Nationalen. *Demokracja Polska* (polnische Demokratie) als feste semantische Verbindung wurde der eigenen Geschichte und Tradition einverleibt: Freie Urgemeinde, Adelsrepublik, 1791er-Verfassung, Kościuszko, Mickiewicz, europäische Freiheitskämpfer, alles verdichtet schließlich in der Romantik durch den Historiker Joachim Lelewel in der Konzeption von der polnischen Geschichte und Gesellschaft, der das Demokratische schlechthin inhärent sei. Der Vormärz erzeugte auch den ersten Namensträger, der weit in die folgenden Jahrzehnte ausstrahlte, die „Polnische Demokratische Gesellschaft“ (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*). Inwieweit über eine solche idealistische Konzeption der eigenen Tradition hinaus der mit der Namensgebung erweckte egalitäre Anspruch dann in einem institutionalisierten konstitutionellen System eingelöst wurde, wird hier zu fragen sein.

Eine vergleichbare Inkorporierung in das imaginierte Eigene gilt für den Liberalismus nicht. Schon im Vormärz wurde dieser Begriff mit seinen sprachlichen Ableitungen in der Regel für die Beschreibung fremder Verhältnisse, politischer Gruppierungen oder Gedankensysteme verwendet.[17]) Während „Demokratismus“ für Gemeinschaft und kollektive Werte stand, die für den „inneren“ Aufbau der Nation unerlässlich seien, meinte Liberalismus gerade die Befreiung von kollektiven Bindungen oder dann ein von fremder Hand aufgestülptes Institutionengefüge, von dem die Nation allerdings immerhin indirekt profitieren konnte. Liberal waren Gesetze, ein Ministerium, eine Wiener Partei. Das „Fremde“ im Liberalismus wurde in den 1860er- und 1870er-Jahren noch negativ akzentuiert, als der Liberalismus zunächst im Gewand des Deutschzentralismus erschien und dann des Antiklerikalismus, der bei aller partiellen Desakralisierung der Gesellschaft dem polnischen Nationsverständnis doch entgegenstand.[18]) Nach der Wirtschaftskrise und der konservativen Wende in den 1880er-Jahren bot der inzwischen weithin diskreditierte Begriff des Liberalen dem politischen Gegner aus dem konservativen und klerikal-antisemitischen Lager ein willkommenes verbales Kampfinstrument. Unter allen diesen Umständen konnte „liberal“ zwar einzelne Aspekte des politischen Handelns (insbesondere hinsichtlich Wirtschaft oder Kirche) der Demokraten positiv beschreiben, im Gegensatz zu „demokratisch“ jedoch niemals als gruppendefinierender Integrationsbegriff dienen.[19])

---

[16]) Zbigniew Fras, Die liberale Strömung unter den galizischen Demokraten 1848–1882, in: Liberale Traditionen in Polen (Histor. Kolloquium), hrg. von Hans-Georg Fleck und Ryszard Kołodziejczyk, Warszawa 1994, S. 143–158. Die oftmals pauschalisierende Meinung über die Schwäche des polnischen Liberalismus wird korrigiert durch die Arbeit von Maciej Janowski, Polish Liberal Thought before 1918, Budapest–New York 2004 (polnisches Original Kraków 1998).

[17]) Siehe dazu Franciszek Pepłowski, Słownictwo i frazeologia polskiej publicystyki okresu Oświęcenia i Romantyzmu [Wortschatz und Phraseologie der polnischen Publizistik in der Zeit der Aufklärung und Romantik], Warszawa 1961, hier insbes. S. 165 und S. 249–250.

[18]) Zur engen Verbindung von Nationalbewusstsein und Religion siehe Peter Kriedte, Katholizismus, Nationsbildung und verzögerte Säkularisierung in Polen, in: Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrg. von Hartmut Lehmann, Göttingen 1997, S. 249–274.

[19]) In der polnischen Historiographie wurden diese unterschiedlichen ideengeschichtlichen Wurzeln bisher nicht herausgearbeitet. Es findet vielmehr nicht selten eine Vermischung mit der aus den

Auch der polnische Konservatismus hatte sowohl eine allgemein-europäische Dimension, die sich aus der negativen Abgrenzung gegenüber dem Gedankengut der Französischen Revolution ergab, als auch eine spezifisch polnische, die vor dem Hintergrund der verlorenen Eigenstaatlichkeit zu verstehen ist. Im Hinblick auf die Staatlichkeit ist seit der Großen Emigration und dem Wirken des Czartoryski-Kreises um das Hotel Lambert ein nationales Denken in diplomatischen Kategorien, im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung und auf der sozialen Grundlage der „legitimen" traditionellen Eliten (Hochadel, dann Kleinadel und schließlich „Geistesadel") kennzeichnend. Auf dieser Grundlage erhielt der Staatsloyalismus im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts infolge der negativen Bewertung der Aufstandstradition den Stellenwert eines ideologischen Pendants zum Prinzip der inneren „organischen Arbeit". Der Grundgegensatz zum demokratischen Lager spielte sich also immer auf zwei miteinander gekoppelten Ebenen ab, der gesellschaftspolitischen und der nationalpolitischen.

Eine dichotomisches Verständnis der politischen Realität lässt sich vor allem im Rahmen einer zwangsläufig vereinfachenden ideengeschichtlichen Zugangsweise begründen. Die institutionell erfassbare politische Realität sieht dagegen meist komplexer aus. Die Voraussetzung dafür, dass sich politisches Gedankengut institutionell äußern konnte, war in Galizien erstmals im Jahre 1848 gegeben. Kennzeichnend für das Revolutionsjahr war aber gerade der Umstand, dass die Freiheitsidee stark von der nationalen Warte aus verstanden wurde. Gerade das Vertrauen in den demokratischen Urcharakter Polens verstärkte noch zusätzlich die ohnehin dem „Völkerfrühling" immanente Utopie, wonach mit der äußeren Befreiung der Völker die innere Freiheit einhergehe. Entsprechend dominierend war die Konfliktlinie, die zwischen „reaktionärer Bürokratie" und gesamtpolnischem Freiheitsstreben lief, entsprechend schwach der innerpolnische Antagonismus zwischen Demokraten und Konservativen, der etwa in der Grundentlastungsfrage zum Tragen kam. Eine entsprechende Dominanz der nationalen Perspektive gilt auch noch für die dem neoabsolutistischen Zwischenspiel folgenden frühen 1860er- Jahre bis zum Januaraufstand und seinen galizischen Nachwirren, die zur Ausrufung des Ausnahmezustands führten.

Man ist geneigt, die eigentliche Zäsurmarke im Hinblick auf eine innere politische Differenzierung in der Schaffung der konstitutionellen Doppelmonarchie im Jahre 1867 zu sehen. Tatsächlich entstanden im Zuge der Auseinandersetzung um die Stellung des Kronlands Galizien (und damit implizit der polnischen Nation) innerhalb der Habsburgermonarchie erstmals im Landtag voneinander abgegrenzte politische Meinungsgruppen, denen aufgrund ihres losen Charakters die Qualität von Fraktionen nur in einem weiteren Sinne zuzuschreiben ist. Gerade in der eindimensionalen Ausrichtung auf jene staatspolitische Frage lagen die Grenzen dieser Lagerbildung. In der Sache selbst bestand darüber hinaus ein Grundkonsens hinsichtlich des Zieles, die durch den Dualismus und die Dezemberverfassung geschaffene Realität für Galizien zu revidieren. Konstitutiv für die Einordnung im politischen Spektrum wurde der Grad der Ablehnung der bestehenden staatspolitischen Ordnung: von Dualismus-bejahend mit Hoffnung auf Einzelkonzessionen über Dualis-

---

westeuropäischen politischen Gesellschaften bekannten Bedeutung von liberal als gemäßigt-bürgerlich und demokratisch als sozialradikal statt. Für eine interessante zeitgenössische Gegenüberstellung siehe Zygmunt Balicki: Demokratyzm i liberalizm – studium socjologiczne [Demokratismus und Liberalismus – eine soziologische Studie], in: Przegląd Spoleczny 1886, VIII–X.

mus-bejahend plus verfassungsmäßige Sonderstellung bis schließlich föderalistisch-antidualistisch. Im zeitgenössischen politischen Diskurs waren die beiden Pole jenes politischen Felds durch die moralisch aufgeladenen Schlagwörter „Utilitarismus“ gegen „Prinzipienpolitik“ besetzt. Innerhalb dieses derart definierten Raums waren Konservative und Demokraten, als solche klassifizierbar aufgrund ihrer politischen Vergangenheit, ihrer gesellschaftspolitischen Ziele und ihres sozialen Profils, verstreut zu lokalisieren. Der Grund für diese politische Streulage ist letztlich in der Tatsache zu suchen, dass „demokratische“ Ziele in ihrer nationalen wie auch in ihrer gesellschaftlichen Dimension nicht mehr nur gegen, sondern auch mit der liberalen Regierung in einem konstitutionellen Staat zu erreichen waren, zumal Teile der in Wien bestimmenden, grundsätzlich zentralistisch gesinnten Deutschliberalen bei Galizien zu einer Ausnahme bereit schienen.[20])

In der Ecke der „Utilitaristen“ fand sich der alte 1848er-Demokrat Florian Ziemiałkowski gemeinsam mit dem gesinnungskonservativen Gouverneur Agenor Gołuchowski. Die Gruppe nannte sich offiziell „Polnischer Kreis“ (*Koło Polskie*), die Gegner sprachen von „Mameluken“ (*Mamelucy*).[21]) Andere Demokraten vertraten jene oben umschriebene Mittelposition. Sie organisierten sich im Lemberger „Resolutionisten-Klub“[22]), der die als Kompromiss zustande gekommene Landtagsresolution vom September 1868 propagierte, die eine staatspolitische Sonderstellung Galiziens im Rahmen Cisleithaniens anstrebte.[23]) Als „Resolutionisten“ im Landtag galten auch die meisten konservativ-autonomistisch gesinnten ostgalizischen Gutsbesitzer sowie zwei ganz unterschiedliche Lemberger Gruppen, der „Politische Kreis“ (*koło polityczne*), der seine Hauptaufgabe in der Erziehung der Gesellschaft zu autonomem Bürgerbewusstsein sah, am ehesten also genuin liberale Ziele verfolgte[24]), und die gesellschaftspolitisch in die andere Richtung tendierenden Krakauer Konservativen, die (zunächst vor allem von ihren Gegnern) nach ihrem programmatischen politischen Pamphlet „Stańczyken“ genannt wurden.[25]) Am konsistentesten „demokra-

---

[20]) Zur Geschichte der Demokraten bis 1873 siehe die Studie von Zbigniew Fras, Demokraci w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873 [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens in den Jahren 1848–1873], Wrocław 1997, hier insbes. S. 169–219. Mit einem stärkeren Akzent auf der politischen Ideengeschichte: Halina Kozłowska-Sabatowska, Ideologia pozytywizmu galicyjskiego 1864–1881 [Die Ideologie des galizischen Positivismus], Wrocław–Kraków 1978.

[21]) Die Bezeichnung leitete sich aus der als bedingungslos herrschertreu geltenden Mameluken-Kompanie Napoleons I ab. Zu Ziemiałkowski Zbigniew Fras, Florian Ziemiałkowski (1817–1900). Biografia polityczna [F. Z. Eine politische Biographie], Wrocław–Warszawa–Kraków 1991.

[22]) Siehe die Statuten des Vereins in Gazeta Narodowa 13. 7. 1869 (175), S. 2.

[23]) Abgedruckt bei Edmund Bernatzik, Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, Wien ²1911, S. 1132–1134. Der polnische Originaltext in: Stanisław Grodziski, Sejm Krajowy Galicyjski 1861–1914 [Der galizische Landtag 1861–1914], Warszawa 1993, 2. Bd., S. 313–315.

[24]) Vgl. das Statut in Kraj 25. 11. 1869 (222), S. 1, sowie die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Simon Samelson anlässlich der ersten Vollversammlung im Januar 1870, bei welcher der Aufbau einer Zivilgesellschaft eindeutig im Zentrum stand, in: Ebd. 15. 1. 1870 (11), S. 3.

[25]) Namensgebend für die Gruppe war die sogenannte „Mappe des Stańczyk“ (*Teka Stańczyka*), eine Sammlung fiktiver Briefe mit satirischem Inhalt, veröffentlicht in der Monatsschrift *Przegląd Polski* von vier nachmals äußerst einflussreichen Publizisten und Historikern. Stańczyk“ war der Name des Hofnarren am Hofe König Zygmunts im 16. Jahrhundert. Eine Auswahl der Texte findet sich bei Michał Bobrzyński, Władysław L Jaworski, Józef Milewski, Z dziejów odrodzenia po-

tisch“ im Sinne der Kombination von staatspolitischem Maximalismus (Föderalismus und Reichsratsboykott) und gesellschaftspolitisch egalitären Parolen war der „National-Demokratische Verein“ (*Towarzystwo Narodowo-Demokratyczne*, TND) unter Franciszek Smolka, der sich nicht nur in der Namensgebung an der Pariser Demokratischen Gesellschaft orientierte und den die Gegner als „Lärmmacher“ (Tromtadraci) titulierten. Schließlich entstand im Jahre 1871, zu einem Zeitpunkt, als die mobilisierende Kraft der „Resolutionskampagne“ bereits im Abklingen war, aus der Erbmasse von Resolutionisten, Politischem Kreis und dem (noch bis Ende des Jahres nominell weiter existierenden) TND der „Polnische Fortschrittsklub“ (*Klub Postępowy Polski*), der nicht nur hinsichtlich der bisherigen Meinungspositionen des demokratischen Lagers integrierend wirkte, sondern auch eine Brücke zwischen dem Lemberger und Krakauer Milieu herstellte. Tonangebend wurde in ihm eine junge Generation, die unter dem doppelten Motto *Polskość i Postęp* (Polentum und Fortschritt – in dieser Reihenfolge!) einen aktiven, aber gemäßigten Patriotismus mit gesellschaftspolitischer Arbeit verbinden wollte.

Wie sind nun diese verschiedenen Gruppierungen hinsichtlich ihrer organisatorischen Verankerung zu bewerten? Darum geht es ja bei der Frage der Parteibildung. Ausgangspunkt war der Landtag und die in ihm vertretenen Meinungsgruppen. Der wichtigste Verbindungsstrang vom Landtag hin zur Öffentlichkeit, dem sich jede Gruppierung (außer dem ostgalizischen Gutsbesitz) bediente, stellte die Presse dar, deren Nutzung als unabdingbare Voraussetzung für das Bestehen im Meinungsstreit und bei Wahlen zu gelten hatte.[26]) Ein zweiter Verbindungsstrang ist im politischen Verein zu sehen. Über einen solchen verfügten jedoch nur diejenigen Gruppierungen, die erstens vorwiegend städtisch lokalisiert waren, zweitens der breiteren politischen Abstützung bedurften und drittens ein entsprechendes gesellschaftspolitisches Konzept ihr Eigen nannten. Eine derartige Konstellation von Bedingungen galt nicht für das konservative Lager, für den „Polnischen Kreis“, die Stańczyken und die ostgalizischen Gutsbesitzern, die sich also alle nur über die Landtagsfraktion und (außer bei letzteren) über Zeitungsorgane konstituierten. Demgegenüber hatte man es beim „Resolutionisten-Klub“ (1869–70), dem „Politischen Kreis“ (1869–70), der TND (1868–71) und dem „Fortschrittsklub“ (1871–75) mit politischen Vereinen zu tun, zugelassen nach dem Vereinsgesetz von 1867, deren Ziel es war, einen erweiterten Kreis (100 bis maximal 250 Vereinsmitglieder) in den politischen Prozess einzubeziehen und über Vereinsbeschlüsse oder, im Falle der TND, durch öffentliche Manifestationen die Position „ihrer“ parlamentarischen Gruppe (deren Meinungsführer meist selbst zu den Gründungsmitgliedern zählte) zu stärken. Es stellt sich nun die Frage, ob man bei diesen politischen Vereinen bereits von Honoratioren- bzw. Komiteeparteien sprechen kann, wie dies im Speziellen für die TND gelegentlich geschieht.[27])

---

litycznego Galicji 1859–1873 [Aus der Geschichte der politischen Wiedergeburt Galiziens], Warszawa 1905, S. 335–357.

[26]) Polenklub: *Dziennik Polski*; Resolutionisten-Klub: *Gazeta Narodowa*; Stańczyken: *Przegląd Polski* und *Czas*; Politischer Kreis: *Kraj;* TND: *Dziennik Lwowski*; Fortschritts-Klub (ab 1871): *Dziennik Polski*, *Kraj*.

[27]) Rett R. Ludwikowski, Główne nurty polskiej myśli politycznej 1815–1890 [Hauptströmungen polnischen politischen Denkens], Warszawa 1982, S. 299.

Fürs erste scheint die soziale Zusammensetzung (Adel, Journalisten, Freiberufe), die zwar lose, aber doch vorhandene Struktur wie auch der ausgeprägte Bezug zum parlamentarischen Gremium für eine solche Einordnung zu sprechen. Hinsichtlich des letztgenannten Kriteriums ist allerdings gerade eine entscheidende Eigenheit zu beachten: Jener Bezug zum Vertretungsorgan war inhaltlich auf ein Thema hin definiert (die staatspolitische Stellung Galiziens) und nicht, wie für die Komiteepartei typisch, im Hinblick auf Wahlen, die eine tiefgreifendere Organisation und aufgrund der periodischen Wiederholung des Wahlakts auch eine gewisse dauerhafte Basisstruktur erfordert hätten. Die inhaltliche Fixierung auf die Resolution hatte demgegenüber zur Folge, dass sich im Zuge der Abschwächung von deren mobilisierender Kraft die genannten Vereine sukzessive auflösten. Die schwache programmatische Basis zeigt sich auch darin, dass das formulierte Programm mit dem im Statut definierten Vereinsziel identisch war, also nicht über den gesetzlich vorgeschriebenen Akt der Selbstdefinition hinausging. Zu einem eigentlichen politischen Programm kam es erst im Jahre 1870, als die genannten demokratischen Vereine eine koordinierte Aktion mit Blick auf die Landtagswahlen anstrebten. Es war dies auch die erste Manifestation des später vielfach beobachteten Phänomens einer organisatorischen und programmatischen Verdichtung aus Anlass von Wahlen.[28]) An diese letztlich an internen Differenzen gescheiterte Anstrengung knüpfte der im Folgejahr entstandene „Fortschrittsklub“ an, der erstmals als politischer Verein ein eigenes, weiter gefasstes (Bildung, Wahlreform) Grundsatzprogramm (1871) und später ein Wahlprogramm (1873) formulierte. Auch er wurde jedoch, etwas verspätet, Opfer der innenpolitischen Wende von 1873.

Das Jahr 1873 schließt jenen Abschnitt der Landesgeschichte ab, der durch die Frage des Verhältnisses Galiziens zum österreichischen Staatsverband dominiert war. Die Einführung direkter Reichsratswahlen und die Komplettierung der „galizischen Autonomie“ begünstigten eine Wendung nach innen hin zur Landespolitik selbst. Gleichzeitig förderte die Klärung der staatspolitischen Frage eine ideologische Konsolidierung des konservativen und demokratischen Lagers hinsichtlich der beiden Grundelemente Gesellschaftspolitik und Nationalpolitik.[29]) Auf der konservativen Seite begann nun der politische Siegeszug der schon erwähnten Stańczyken. Den Kern ihrer politischen Ideologie, der nicht zufällig von zwei Historikern (Józef Szujski und Stanisław Tarnowski) geprägt wurde, bildete die kompromisslose Abrechnung mit der gesamten polnischen romantisch-patriotischen Vergangenheit und eine aus dieser Optik heraus entwickelte dezidierte Hinwendung zu Pragmatismus und Loyalismus, gepaart mit gesellschaftspolitischem Konservatismus.[30]) Hin-

---

[28]) Zu dieser ersten auch Krakau und Lemberg übergreifenden politischen Aktion siehe: Zbigniew Fras, Zjazd polityczny stronnictw postępowych we Lwowie (8–9 VI 1870) [Die politische Zusammenkunft der fortschrittlichen Parteien in Lemberg (8.–9. VI. 1870)]. In: Studia Historyczne 24 (1981), S. 17–40.

[29]) Eine entsprechende Zäsur haben bereits die Zeitgenossen konstatiert: Tadeusz Romanowicz, Polityka Stanczyków. Odpowiedź na referat Prof. Dra Leona Bilińskiego o stronnictwie Stańczyków [Die Politik der Stańczyken. Antwort auf ein Referat von Prof. Dr. Leon Biliński über die Partei der Stańczyken], Kraków 1882, hier S. 21.

[30]) Zum politischen Denken der Stańczyken sind bereits einige Studien erschienen; etwa: Marcin Król, Konserwatyści a niepodłegość. Studia nad polską myślą konserwatywną XIX wieku [Die Konservativen und die Unabhängigkeit. Studien zum polnischen konservativen Denken im

sichtlich des Grundsatzes der „organischen Arbeit“ bestand also im Prinzip Einigkeit mit den Demokraten, welche ebenfalls sukzessive eine entsprechende Wende vollzogen. Hinsichtlich der Interpretation gab es allerdings gravierende Unterschiede, die auf die Fundamente eines konservativen bzw. liberal-demokratischen Denkens hinwiesen: im einen Fall „organische Arbeit“ von oben über die parlamentarischen Eliten und mittels der Etablierung eines Dachs von sozial-exklusiv zugänglichen Institutionen, im anderen Fall „organische Arbeit“ von unten, insbesondere mit Hilfe des Assoziationswesens und einem Schwerpunkt auf dem Volksbildungs- und Genossenschaftswesen. Da dem nationalen Paradigma nach wie vor eine Leitqualität im politischen Diskurs zukam, war es den Demokraten daran gelegen, jene basisnähere Aktivität als Beweis für ihren lebendigeren Patriotismus zu deuten, während ihre praktische Umsetzung aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen vorerst schwer fiel. Auf einer Metaebene spielten sich auch andere Aspekte des nationalpolitischen Antagonismus ab: Insbesondere die kontroversen historischen Interpretationen (Einschätzung der aufständischen Vergangenheit, insbesondere des Januaraufstands[31])) und der Bereich der kollektiv-symbolischen Handlungen (vor allem die Bedeutung nationaler Gedenktage[32])) fungierten als Ersatz für nicht vorhandene politische Gestaltungsräume. Lediglich zur Zeit der Orientkrise 1876–1878, als die Lemberger Demokraten die polnische Frage zu reaktualisieren versuchten, bekam die nationalpolitische Dimension ein gewisses reales Potenzial. Allerdings blieb dies eine „romantische Episode“ (W. Feldman), an der auch nur einige Exponenten aus der Landeshauptstadt beteiligt waren. Diese Jahre markierten im Übrigen auch einen Höhepunkt in der politischen Entfremdung zwischen einem demokratisch-nationalpatriotischen Lemberg und einem konservativen, staatsloyalen, von den Stańczyken beherrschten Krakau.[33])

Polarisierend – immer vorwiegend auf der rhetorischen Ebene – wirkte nicht zuletzt die stetig wachsende Machtstellung der Stańczyken in der Landespolitik, dem die Demokraten mit einem konsistenten Oppositionsreflex begegneten. Seit 1879 stützte sich jene Macht-

---

19. Jh.], Warszawa 1985; Michał Jaskółski, Kaduceus Polski. Myśl polityczna konserwatystów krakowskich 1866–1934 [Polnischer Kaduceus. Politisches Denken der Krakauer Konservativen]. Warszawa 1990; Jakub Forst-Battaglia, Die polnischen Konservativen Galiziens und die Slawen 1866–1879, phil. Diss. Wien 1975.

[31]) Auch die Kontroverse um die Einschätzung der aufständischen Vergangenheit spielte sich eher auf einer „virtuellen“ Ebene ab. Die Demokraten und auch viele ostgalizischen Konservative verurteilten die *Teka Stańczyka* als Verhöhnung einer ganzen Generation, unterstrichen aber gleichzeitig ihre negative Einschätzung des Januaraufstands und ihre Ablehnung des Aufstandsprinzips als politisches Mittel im Allgemeinen.

[32]) Exemplarisch lässt sich dies verdeutlichen an der unterschiedlichen Haltung zur Beisetzungsfeier für Kasimir den Großen im Jahre 1869, die von konservativer Seite als unpolitische, vornehmlich religiöse Veranstaltung, von demokratischer Seite aber als national-politische Manifestation verstanden wurde. Siehe dazu: Harald Binder, Kirche und nationale Festkultur in Krakau 1861 bis 1910, in: Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrg. von Martin Schulze-Wessel (im Druck).

[33]) Harald Binder, Politische Öffentlichkeit in Galizien: Lemberg und Krakau im Vergleich, in: Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939 (=Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 14), hrg. von Andreas R. Hofmann und Anna Veronika Wendland, Stuttgart 2002, S. 259–280.

stellung nicht zuletzt auch auf Wien, da der von Konservativen beherrschte Polenklub einen der Hauptträger des konservativ-föderalistischen Kabinetts Taaffe bildete. Damit wurden nun endgültig konservative Grundhaltung und Regierungstreue der Stańczyken einerseits und liberal-demokratische Prinzipien und „virtuelle" Oppositionshaltung gegenüber Wien andererseits auf eine Linie gebracht. Der Katholizismus, grundsätzlich ein zentraler Bestandteil eines konservativen Ordnungsdenkens, wurde nun darüber hinaus zur wichtigen historisch-kulturellen Brücke zum österreichischen Staat und seiner Dynastie, in höchster Vollendung zelebriert in der Sobieski-Feier von 1883.[34]) In Abgrenzung zu dieser herrschaftsstabilisierenden Rolle der Kirchenhierarchie emanzipierten sich gleichzeitig die Demokraten sukzessive von ihrer romantischen Nationsvorstellungen hin zu einem rationaleren kollektiven Selbstverständnis. Jene zunehmend beherrschende Stellung der Stańczyken in den parlamentarischen Gremien des Polenklubs und des Landtags beruhte weniger auf ihrer numerischen Stärke als vielmehr auf ihrer politischen Bindungskraft gegenüber anderen ideologisch und organisatorisch weniger kompakten konservativen Gruppen, insbesondere den ostgalizischen Gutsbesitzern, die inzwischen den abschätzigen Namen „Podolaken" (von Podolien) erhalten hatten. Die verschiedenen Versuche der Konsolidierung einer letztlich profillosen und daher auch starken Schwankungen unterworfenen „Mittelpartei" in dem seit Mitte der 1870er-Jahre fraktionell gefestigten Landtag[35]) weisen nicht etwa auf eine politische Pluralisierung hin, sondern bestätigen im Gegenteil die vorherrschende Polarität – eine Polarität der kompakten Ideensysteme allerdings, nicht der Machtbalance.

Die faktische Machtlosigkeit der Demokraten, die etwa darin zum Ausdruck kam, dass sie nach den Wahlen von 1883 nicht einmal eine eigene Fraktion bildeten, kompensierten diese durch eine selbstzugeschriebene moralische Qualität, die wieder stark an romantische Vorstellungen des polnischen Nationalschicksals erinnerten: Wie für den nationalen Leidensweg kennzeichnend, stand auch im galizischen Dualismus politische Macht gepaart mit moralischer Schwäche auf der einen, politische Schwäche mit moralischer Stärke auf der anderen Seite. Die Moral würde letztlich siegen, dort die Nation, hier die *Demokracja Polska*: Im Einzelnen lautete das Vokabular jenes moralisch-virtuellen Dualismus: Charakterlose Servilität gegen aufrechte Unabhängigkeit, hermetische Klüngelherrschaft gegen öffentlich-nationale Legitimität, engstirniger galizischer Provinzialismus gegen gesamtnationale Perspektive. Betrachtet man die politischen Inhalte, so wird deutlich, dass jene Zuweisung der Stańczyken an den rechten politischen Rand tatsächlich nur hinsichtlich ihrer herrschaftsstützenden Rolle und ihres ausgeprägten Staatsloyalismus gerechtfertigt war. Im

---

[34]) Binder, Kirche und nationale Festkultur.

[35]) Bis etwa 1876 bestanden im Landtag keine festen Fraktionen. Erst die Lancierung der Verwaltungsreform durch den späteren Finanzminister Julian Dunajewski hatte deren Ausbildung zur Folge. Es entstand der „Reformklub" (*Klub Reformy*), kurz darauf der von Demokraten beherrschte „Fortschrittsklub" (*klub postępowy*), der heterogene, von Literaten geprägte „Athener-Klub" (*Klub Ateńczyków*) sowie der aus streng antizentralistischen Podolaken gebildete „Autonomisten-Klub" (*Klub Autonomistów*). Nach einer teilweisen Abkehr von seinem Reformeifer im Jahre 1881 zerfiel der Reformklub. Der konservativere Flügel (Stańczyken) verbündete sich mit den Podolaken, während der reformfreudigere im Jahre 1883 mit den Ateńczyken den „Zentrumsklub" (*Klub Srodka*) gründete, welcher trotz seiner deklarierten Mittelposition der Rechten zweifellos näher stand als den Demokraten.

Hinblick auf die wichtigste, auch fraktionsstrukturierende Frage des Landtags in den 1870-er und 80er-Jahren, nämlich die Verwaltungsreform, zeigten die Stańczyken dank ihres legalistischen, auf einen starken Ordnungsstaat hin orientierten Denkens eine wesentlich größere Reformbereitschaft als die auf Erhaltung des Status Quo bedachten Podolaken, an denen ein im Landtag von 1866 getätigter Ausspruch als Charakteristikum ihrer politischen Haltung haften blieb: „Es bleibe, wie es gewesen ist" (*Naj bude jak buwało*).[36]) Auch gegenüber den nicht-polnischen Nationalitäten, insbesondere den Ruthenen, zeigten sich die vom sozialen Geschehen in Ostgalizien entrückten „Krakauer" offener und toleranter, nicht selten sogar im Vergleich zu manchen Lemberger Demokraten.

In den 1880er-Jahren erlangte die soziale Dimension im demokratisch-konservativen Gegensatz eine wachsende Bedeutung. Im Hintergrund stand der beschleunigte gesellschaftliche Wandel insbesondere in den Städten, der auch bereits erste Manifestationen der neuen politischen Massenbewegungen mit sich brachte. Die integrale politische Präsenz der Demokraten im Lande verbesserte sich ab 1882, als unter der Leitung des Aktivsten der jungen Generation, Tadeusz Romanowicz, die Zeitung *Nowa Reforma* zu erscheinen begann, und zwar in Krakau, in der bisher unbestrittenen Hochburg der Stańczyken. Neben der unerlässlichen Aktivität im Feld der politischen Rhetorik diente dieses Organ dazu, den Aufbau einer urbanen basisorientierten Vereinsbewegung weiter voranzutreiben, eine Tätigkeit, die wiederum von konservativer Seite mit dem bisher der nationalpatriotischen Bewegung vorbehaltenen Etikett der „Anarchie" versehen wurde, da sie danach strebe, die politischen Institutionen zu untergraben und die harmonischen Gesetze in der Gesellschaft zu zerstören. Immer stärker trennend wurde auch das soziale Profil. In der Rhetorik wie bisher das „Volk" im Visier, rückte für die Demokraten immer deutlicher der (städtische) Mittelstand als Hoffnungsträger für die Zukunft ins Zentrum der Perspektive. Im Rahmen einer makroökonomischen Argumentationsweise, wie sie insbesondere für die bereits erwähnte Broschüre „Das Elend Galiziens" (*Nędza Galicji*) von Stanisław Szczepanowski kennzeichnend war, wurde die Umwandlung in eine moderne Industriegesellschaft nach englischem Muster offen befürwortet. Hand in Hand mit jenem verschärften sozialen und politischen Profil wuchs die Distanz zu den agrarisch dominierten Eliten, der *Szlachta*, die immerhin noch in den retrospektiven Selbstbetrachtungen der 1860er-Jahre als Verkörperung der historischen Adelsfreiheit und Gegenstück zur Aristokratie ein positives Element der *Demokracja Polska* dargestellt hatte. Der Blick nach vorne veränderte diese Optik. Die zunehmend schärfer konturierte Oppositionshaltung gegenüber der konservativ beherrschten gesellschaftlichen und politischen Realität kulminierte schließlich im „Städtetag" und den Landtagswahlen von 1889, bei welchen die Demokraten erstmals mit Parolen, die offen gegen die soziale Gruppe des Großgrundbesitzes gerichtet waren, gänzlich eigene Wege gingen und in deren Folge es auch im *Sejm* erstmals zu einer Zweiteilung in eine konservative Rechte (*Unia konserwatywna*) und eine „demokratische" Linke (*Lewica*) kam. Damit war der virtuell-diskursive Gegensatz zu einem real fassbaren politischen geworden.

Ein kurzer Blick sollte noch der Frage der Organisationsbildung gelten. Er kann schon deshalb kurz sein, weil es tatsächlich im Zeitabschnitt zwischen 1873 und 1889 zu keiner-

---

[36]) Zum Ursprung dieser politischen Formel der Podolaken siehe: Michał Bobrzyński, Z moich pamiętników [Aus meinen Erinnerungen], Wrocław–Kraków 1957, S. 178, Anm. 5.

lei Parteibildung im polnischen Lager kam. Nicht weiter verwunderlich ist dies bei den konservativen Gruppierungen, die sich weiterhin auf ihre teils institutionellen, teils gesellschaftlichen Elitepositionen stützen konnten. Die starke Stellung der Stańczyken im Bereich der politischen Ideologie fußte nie auf einem konsistent formulierten politischen Programm, sondern ergab sich aus Stellungnahmen zu Zeitfragen oder zur Tagesaktualität, die in den Leitorganen *Przegląd Polski* und *Czas* verbreitet wurden.[37]) Erstaunlicher scheint der Umstand, dass auch die Demokraten keine gesellschaftlich abgestützte politische Organisationen aufbauten. Abgesehen von strukturellen Hindernissen, wie etwa der mangelnden Kommunikationsdichte, welche die Schaffung übergreifender politischer Milieus erschwerte, ist ein wichtiger Grund für diesen Mangel in der Tatsache zu sehen, dass die Demokraten selbst Teil des etablierten Systems geworden waren, zahlreiche Mandate in der autonomen Verwaltung auf Gemeinde, Landes- und Reichsebene bekleideten und daher getrost ihre Opposition (und damit ihre eigenständige politische Legitimität) auf jenen rhetorisch-virtuellen Raum beschränken konnten, den ihnen das Zeitungswesen bot. Einen gewissen Ersatz bot auch das Vereinswesen, welches im Rahmen der städtischen Sphäre ein adäquates Betätigungsfeld für den Drang nach eigener gesellschaftlicher Gestaltung schuf. Dass es im Zusammenhang mit den Wahlen in die parlamentarischen Organe nicht zur Ausbildung von Komiteeparteien kam, lag in erster Linie an der dominierenden Rolle des Polnischen Zentralwahlkomitees, das im Abschnitt II näher beleuchtet wird. Unter dem moralisch überhöhten Motto des Schutzes vor Feinden des Polentums wirkte dieses als Sammelkraft für alle politischen Strömungen und verhinderte dadurch das Entstehen eigenständiger Parteiorganisationen. Nie trat ein Kandidat unter einem politischen „Label" an, sondern nur als Kandidat (oder allenfalls Gegenkandidat) des Zentralwahlkomitees. Diese integrierende Funktion konnte nur so lange Bestand haben, als die Gräben innerhalb der polnischen Gesellschaft noch nicht zu tief waren. Auch in dieser Hinsicht bedeutete das Jahr 1889 eine Zäsur in der Parteigeschichte, gelang es doch den Demokraten erstmals, eine eigene Wahlorganisation aufzustellen und damit einen wichtigen ersten Schritt in Richtung Parteibildung zu gehen.

2. Ein national-kultureller Dualismus: Russophile und Ukrainophile

Auch die Ruthenen hatten ihren politischen Dualismus, ihre zwei antagonistischen Lager, die im Widerstreit lagen, bevor sich das politische Spektrum im Zuge der Entstehung der modernen Parteien verbreiterte. Im Dualismus von „Russophilen" und „Ukrainophilen" lassen sich auch manche politischen Felder wiedererkennen, die aus dem polnischen Beispiel von Konservativen und Demokraten bekannt sind und die auf den epochalen Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus hinweisen: elitär gegen volksverbunden, kirchlich gegen säkular, traditionsverbunden gegen zukunftsorientiert, all dies freilich in einer spezifischen, durch den historisch-kulturellen Raum bestimmten Ausprägung. In zweierlei Hinsicht sind freilich fundamentale Unterschiede zwischen dem polnischen und dem ruthenischen Fall zu erkennen: Die sozialen Trägerschichten der zunächst bestimmen-

[37]) Czas 17. 7. 1878 (161), S. 1.

den konservativen Eliten, hier Klerus, dort landbesitzender Adel, waren ganz unterschiedlich strukturiert, eine Tatsache, welche die jeweilige politische Perspektive selbstverständlich prägte. Vor allem aber: Im ruthenischen Fall war der Konflikt nicht nur ein politischer im engeren Sinne, sondern auch ein solcher um die eigene nationalkulturelle Identität im Spannungsfeld zwischen Polen, Russland und einer neu zu definierenden Ukraine. Im Revolutionsjahr 1848, das später sowohl von Russophilen als auch von Ukrainophilen zum zentralen Ereignis der jeweils eigenen politischen Vergangenheit erklärt wurde, erklang die berühmte Proklamation des Ruthenischen Hauptrats (*Holovna Ruska Rada*), die, an die politische Umwelt vorwiegend in Lemberg und Wien gerichtet, zunächst einmal vor allem signalisierte: „Wir sind anders", und das hieß im lokalen Kontext: „Wir sind nicht Polen". Sondern: „galizische Ruthenen", ein eigenes Volk mit einer eigenen Sprache, Religion und Geschichte.[38]) Man hatte sich also vor allem negativ definiert, in Abgrenzung zu den universellen politischen Ansprüchen der polnischen Eliten auf die Vergangenheit und Zukunft des Territoriums, das Galizien hieß. Was das Ruthenentum positiv zu bedeuten hatte, war dagegen alles andere als klar. Die Liberalisierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die Schaffung diskursiver Foren seit den 1860er-Jahren schufen die Voraussetzungen dafür, dass jener nationalkulturelle Konflikt zu einem parteipolitischen Dualismus werden konnte, der das autonom entstehende Gefüge der politischen Gesellschaft bis ins Innerste hinein prägte.[39])

Die 1850er-Jahre standen unter dem Zeichen eines intern faktisch unbestrittenen kulturellen und politischen Definitions- und Repräsentationsmonopols der galizischen Ruthenen durch eine kulturkonservative, habsburgloyale Elite, die stark von dem hohen griechisch-katholischen Klerus geprägt war. Noch an der Wende zu den 1860er-Jahren konnten sich diese Kreise als einzige Behüter des Ruthenentums effektvoll in Szene setzen, als unter maßgeblicher Involvierung der „polnischen" Landesverwaltung unter Statthalter Gołuchowski im sog. Alphabetstreit (Latinisierung des kyrillischen Alphabets) und der Ritusbewegung (Purifizierung von Ritus und äußerlichen Symbolen im Sinne der Orthodo-

---

[38]) Zu 1848 noch immer unüberholt die ursprünglich polnisch erschienene Studie von Jan Kozik, in gekürzter Fassung als zweiter Teil in: Jan Kozik, The Ukrainian National Movement in Galicia 1815–1849, Edmonton 1986.

[39]) Als Alternative zu diesem dualistischen Konzept der ruthenischen politischen Gesellschaft nach 1848 hat Paul Robert Magocsi vorgeschlagen, von drei Lagern zu sprechen, einem „alt- ruthenischen" (konservativ-habsburgloyalen), einem russophilen (radikalen, politisch russlandorientierten) und einem ukrainophilen. Bereits in den 1860ern wahrnehmbar, hätten alle drei bereits am Ende des 19. Jahrhunderts nebeneinander existiert. Der zeitgenössische innerruthenische politische Diskurs und insbesondere die bis 1909 bewahrte einheitliche Organisationsbildung des russophilen Lagers sprechen allerdings gegen eine gegenüber den Ukrainophilen gleichrangige Differenzierung in eine „altruthenische" und eine „russophile" Richtung. Auch im Sinne der Studie von Veronika Wendland wird hier von einem einzigen russophilen Lager ausgegangen, innerhalb dessen sich allerdings die verschiedensten Tendenzen, Strömungen und Persönlichkeiten manifestierten. Paul R. Magocsi, Old Ruthenianism and Russophilism: A New Conceptual Framework for Analyzing National Ideologies in Late 19th Century Eastern Galicia, in: American Contribution to the Ninth International Congress of Slavists, Kiev, September 1983, hrg. von Paul Debreczeny, Columbus 1983, 2. Bd., S. 305–324. Veronika Wendland, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915, Wien 2001.

xie) die Kernbereiche der noch durchwegs elitär definierten nationalkulturellen und religiösen Eigenständigkeit zur Disposition standen.[40]) Zur selben Zeit, zu Beginn der 1860er-Jahre, wurden freilich auch Ansätze zu einer inneren politischen Differenzierung sichtbar, als eine aus dem Russischen Reich kommende Bewegung, welche Volkskultur und Volkssprache zur Grundlage einer eigenen Nationalkultur erheben wollte, in Widerspruch zu jener herrschenden kirchlich-elitären Gedankenwelt geriet. Die Gruppe selbst nannte sich nach dem Vorbild anderer europäischer national-idealistischer Bewegungen auch „Junge Rus" (*Moloda Rus'*). Sie war zunächst fast ausschließlich literarisch ausgerichtet. Ihre Foren waren literarische Journale, die sich ganz besonders der Rezeption Taras Ševčenkos annahmen. Ihr Selbstverständnis als junge Bewegung vergleichbar ähnlicher Gruppierungen bei anderen Nationalitäten der Habsburgermonarchie führte später zu dem (im innergalizischen Diskurs wenig verwendeten) Begriff „Jungruthenen", die Kontrahenten der bisher dominanten „Altruthenen". Ihre Orientierung an einer Ukraine-Idee, die zu dieser Zeit wiederum unter dem Einfluss Ševčenkos mehr einen idealistischen als einen politischen Gehalt hatte, prägte später die Wortschöpfung „Ukrainophile" – wiederum als Gegenstück zu dem oftmals polemisch eingesetzten, antirussisch zugespitzten Begriff „Russophile". In der politischen Sprache bürgerte sich diese dichotomische Umschreibung der ruthenischen Lagerbildung erst sukzessive ein, verstärkte dann aber in der nahen und ferneren politischen Umwelt die Konzeption eines fundamentalen Dualismus in der ruthenischen Gesellschaft. In der Anfangszeit sahen sich die konservativen Eliten jedoch schlicht als die legitimen Repräsentanten eines galizischen Ruthenentums, während sich ihre idealistischen Kontrahenten am liebsten als *Narodovci* (Populisten) deklarierten, denn in der Volksverbundenheit sollte die zentrale Botschaft der Bewegung liegen: Volkssprache als Literatursprache gegen kirchlich geprägte Elitensprache, phonetische gegen etymologische Orthographie, Volkskultur gegen Elitenkultur. Dies war zumindest der Anspruch, mit dem die Populisten ins Feld zogen. Weder genügten sie selbst immer diesem Anspruch, noch entsprach ihr Kontrahent durchwegs dem von ihnen selbst entworfenen Feindbild.[41])

Genuin politisch wurde der Konflikt erst gegen Mitte der 1860er-Jahre. Zunächst spielte sich die Debatte – wie üblich – zwischen Presseorganen ab, die als Betätigungsfeld einer intellektuellen Elite und zudem als Ersatz für eine nicht vorhandene Parteienpluralität in den Vertretungskörperschaften fungierten. *Meta* (Ziel) hieß die zunächst als literarisches Journal in phonetischer Schreibweise redigierte erste politische Zeitschrift der Populisten, deren Nachfolger *Pravda* (Wahrheit) noch bis Ende der 1890er- Jahre erscheinen sollte. Ihr Kontrahent war der seit 1861 herausgegebene *Slovo* (Wort), zu dieser Zeit das einzige, nach dem Vorbild der polnischen Zeitungen redigierte Nachrichtenorgan der Ruthenen und Sprachrohr der altruthenischen Konservativen. Wichtigster Hintergrund der politisierten Debatte war der polnische Januaraufstand und die ihm folgende Suppressionspolitik der zaristischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten, Polen und Ukrainern. Diesem Faktum stand die zunehmend offene Russophilie der konservativen ru-

---

[40]) Dazu ausführlich ebd., S. 98–131.

[41]) Zur Entstehung und frühen Entwicklung der ukrainophilen Bewegung in den 1860er- und 1870er-Jahren siehe jetzt: Ostap Sereda, Shaping of a National Identity. Early Ukrainophiles in Austrian Eastern Galicia, 1860–1873, phil. Diss. Budapest (CEU) 2003.

thenischen Eliten in Galizien gegenüber, die ihren klarsten Ausdruck im „Russenmanifest" von 1866 fand.

Für die Wahrnehmung und sprachliche Charakterisierung als „Parteikonflikt" fehlte allerdings noch der Bezug zu den politischen Organen. Diese Voraussetzung erfüllte sich am Ende der 1860er-Jahre. Beherrschendes Thema der galizischen „Innenpolitik" war nun die Resolution des Landtags von 1868, in der die „nationale Selbstverwaltung" des Kronlands verlangt wurde. Im Wissen um das Streben der Polen nach einem Bild der galizischen Solidarität initiierte einer der einflussreichsten ruthenischen Abgeordneten, der Richter Julijan Lavrivs'kyj, Begründer des ersten ruthenischen Geselligkeitsvereins *Rus'ka Besida*, einen schließlich von den Konservativen um *Slovo* torpedierten Versuch, den bisherigen nationalen Konfrontationskurs über verschiedene Konzessionen zu beendigen. Der Zusammenhang zwischen diesem Streit um den landespolitischen Kurs einerseits und dem innerruthenischen Konflikt um Sprache, Kultur und nationale Identität andererseits findet sich in der unterschiedlichen Wahrnehmung des ruthenisch-polnischen Verhältnisses: Die jungen Populisten blickten auf Russland, auf das gemeinsam mit den Polen erlittene Schicksal der Unterdrückung, während gleichzeitig die konservativen Eliten aus ihrer galizischen Perspektive eines politisch-kulturellen Dauerkampfes mit den Polen den Antipolonismus als Maxime internalisierten. Der über Galizien hinausweisende Horizont der Jungruthenen legte ein konziliantes und pragmatisches, dem Dogmatismus der Altruthenen entgegengesetztes Verhalten auch im Landtag nahe.[42])

Gegen Ende der 1860er-Jahre waren also alle Ingredienzen für die Entstehung einer auch parteipolitisch verfestigten Dualität gegeben: eine unterschiedliche nationalkulturelle Perspektive, eine trennende politische Ideologie, eine meinungsintegrierende Presse, die Involvierung des Parlaments und schließlich auch gewisse, die jeweiligen Kollektive bindende Organisationskerne: Die russophil gesinnten Konservativen beherrschten die noch im Revolutionsjahr 1848 gegründete und seit den 1860er Jahren wiederbelebte Bildungsorganisation *Halycko-Ruska Matycja*, welche sich vor allem mit der Publikation von Literatur und Schulbüchern beschäftigte und daraus den Anspruch ableitete, eine die Nationalkultur schlechthin definierende Institution zu sein. Ihr konservatives, insbesondere gegen die phonetische Schreibweise gerichtetes Profil führte zur Gründung einer ukrainophilen Gegenorganisation im Jahre 1868, der *Prosvita* (Aufklärung/Bildung).[43]) Kulturelle Ausdrucksformen, Phonetik und Sprache, dienten nun in einem zunehmend politisierten Umfeld als Codes zur Kennzeichnung einer bestimmten politischen Haltung im Verhältnis zu „externen" Größen, zu Russland und seiner konservativen Machtpolitik, aber auch zur Kirche als konservativer Werteinstitution, deren traditionsgebundene Autorität man mit der Wahl der Schreibweise mehr oder eben weniger zu achten gedachte. Darüber hinaus hat eine Institutionalisierung geistiger oder gesellschaftlicher Tendenzen stets eine Verfes-

---

[42]) Zur politischen Situation in den 1860er-Jahren, zu Russenmanifest und Ausgleichsversuch, der anfänglich auch von der Mehrheit der Russophilen unterstützt wurde, siehe Wendland, Russophile, S. 141–193.

[43]) Alla Seredjak, Dijal'nist' tovarystva „Prosvita" v 1868–1914 rr. [Die Tätigkeit des Vereins „Prosvita" von 1868–1914], in: Narys Istoriji „Prosvity" [Abriss der Geschichte der „Prosvita"], hrg. von Roman Ivanyčuk u. a., L'viv–Kraków–Paris 1993, S. 18–41.

tigung von Grenzen zur Folge, auch wenn diese nicht primär politisch definiert sind. Nicht zufällig sprach man deshalb auch von einer „*Prosvita*-Partei".

Die Schnittstelle zur „großen" Politik erfolgte dann wie so oft durch Wahlen in die Repräsentativorgane. Konkret ging es um die Landtagswahlen von 1870, in deren Vorfeld erstmals eine im engeren Sinne politische Organisation der Ruthenen entstand, deren Zweck es war, dem zunehmend erfolgreichen Dominanzstreben der polnischen Eliten bei der Bestellung der politischen Organe ein geeintes und effizient organisiertes ruthenisches Lager gegenüberzustellen. Der „Ruthenische Rat" (*Rus'ka* bzw. *Russkaja Rada*) sollte bewusst an den 1851 aufgelösten Ruthenischen Hauptrat und damit an das inzwischen auch im Sinne der inneren Harmonie idealisierte Jahr 1848 anschließen. Einerseits war es wohl dessen Misserfolg, andererseits aber die Tatsache, dass nach den Wahlen der Konsolidierungszwang nicht mehr gegeben war, dass die von Russophilen dominierte Leitung des Ruthenischen Rats ihr anfängliches konsolidierendes Motiv ins Gegenteil umkehrte. Der Vorstand verweigerte „*Prosvita*"-Mitgliedern den Zutritt zum neugegründeten Verein, worauf gleich bei der ersten Vollversammlung im Herbst 1870 das Gründungsmitglied Lavrivs'kyj sowie der spätere Populisten-Führer Julijan Romančuk demonstrativ den Saal verließen – ein üblicher symbolischer Akt, der einer offiziellen Spaltung einer Organisation vorauszugehen pflegt. Als auch die übrigen ukrainophilen Mitglieder des Ruthenischen Rats diesen verließen, erkannten schon die Zeitgenossen in diesen Ereignissen das definitive Ende einer nationalen Einheitspolitik, denn nun war, wie ein kritischer Beobachter bemerkte, der Ruthenische Rat selbst „von einem nationalen Rat zu einer bestimmten Partei geworden".[44]) Aus der Sicht der jungen Opposition hieß diese „bestimmte Partei" wegen ihres elitären Charakters im Klartext „rückschrittliche Partei", der die eigene „Volkspartei" gegenüberstand.[45])

Der Ruthenische Rat, der in den nun kommenden Jahren als die zentrale politische Organisation der Russophilen agierte, war als politischer Verein nach dem Vereinsgesetz von 1867 konstituiert.[46]) Darüber hinaus kam ihm allerdings insofern Parteicharakter zu, als er auf der Grundlage eines politischen Programms direkt auf die Vertretungsorgane einzuwirken versuchte und gleichzeitig selbst Repräsentanten in diesen Organen stellte. Zwei Aufgaben standen im Vordergrund, die Organisierung von Wahlen und die Einbringung von Petitionen an die zuständigen Gremien. Die Abgeordneten, welche als Initiatoren der Organisation zeichneten, nutzten den Ruthenischen Rat also einerseits zur persönlichen Machterhaltung und andererseits als scheinbar externen Sukkurs, der ihrer parlamentarischen Tätigkeit zusätzliche demokratische Legitimation verleihen sollte. Das der liberalen Vereinsidee innewohnende Moment der Mitgliederpartizipation war hingegen kaum verwirklicht. In der Praxis war der Ruthenische Rat weitgehend identisch mit seinem Leitungsausschuss, der seinerseits aus den Kernbereichen der Macht, den parlamentarischen Mandatsträgern, der Presse und den Lemberger russophilen Kulturvereinen, bestand. Die Vollversammlung tagte bis 1885 nur noch vier Mal, jeweils vor Wahlen, und die örtlichen

---

[44]) Slovo 17. 9. 1870 (70), S. 1.

[45]) Binder, Parteiwesen und Parteibegriff, S. 215.

[46]) Statuti političeskoho obščestva „Russkaja Rada" [Statuten des politischen Vereins ‚Russkaja Rada'], L'viv 1870, abgedruckt auch in: Slovo, 28. 5. 1870 (38), S. 1 f. Darin wird als Ziel des Vereins lapidar „Die Verteidigung der Rechte der ruthenischen Nation" genannt.

Mitglieder entfalteten keinerlei eigenständige Arbeit, sondern wurden lediglich vor den Wahlgängen als „Vertrauensmänner“ (ukr.: *muži dovirja*) aktiviert. Bezeichnend für die geringe Bedeutung der Organisationsbasis erscheint die Tatsache, dass das vom Ausschuss verabschiedete Programm von der nur wenig später tagenden Generalversammlung weder diskutiert noch formell gebilligt wurde. Inhaltlich ging es kaum in die Tiefe und nahm größtenteils die seit 1848 bekannten Forderungen auf, allerdings ohne die Zweiteilung Galiziens: Loyalität gegenüber der Dynastie, Einheitsstaat mit direkten Reichsratswahlen statt Föderalisierung nach Muster der Landtagsresolution von 1868, Maßnahmen zur Gewährung nationaler Gleichberechtigung.[47])

Gerade die eben genannten Strukturmerkmale und Defizite waren allerdings auch den Honoratiorenparteien in westlichen Ländern eigen: zentrale Stellung der Abgeordneten, Konzentrierung auf Wahlaktivität, lose organisatorische Strukturen, schwache Programmatik. Innerhalb der Habsburgermonarchie läge der Vergleich mit der tschechischen Nationalpartei (Alttschechen) nahe. Alttschechen und Altruthenen verband auch das langwährende faktische Monopol über die politischen Organe. Die Nichtzulassung bzw. der demonstrative Austritt der Jungruthenen aus dem Ruthenischen Rat hatte nämlich vorerst nicht die Gründung einer alternativen politischen Organisation zur Folge. Es fehlte den *Narodovci* vorerst noch das notwendige gesellschaftliche Prestige, die Machtbasis und, nach dem frühen Tod Lavrivs'kyjs (1873), auch eine politische Integrationsfigur. Kristallisationskern der Ukrainophilen blieb neben den Meinungsorganen (*Pravda*) vorerst die *Prosvita*, die sich sukzessive und im Zuge zweier grundlegender Revisionen ihrer Vereinsstatuten (1876, 1891) von einem der Förderung der Volksliteratur und -sprache verpflichteten Intellektuellenklub zu einem in den Orten und Bezirken organisierten Netz von Bildungsinstitutionen mit Lesezirkeln, später auch wirtschaftlichen Institutionen, entwickelte. Gerade die intensivierte Aktivität der Jungruthenen im Bereich der Basisarbeit führte zu einem weiteren Schritt in der ukrainophil-russophilen Dialektik der Organisationsgründungen: Der 1874 gegründete *Kačkovs'kyj*-Verein war als russophiles Gegenstück zur *Prosvita* konzipiert. Dem Ziel, die Verbindung zur bäuerlichen Bevölkerung zu intensivieren, dienten auch zwei im Jahre 1871 gegründete russophile Zeitschriften, *Nauka* (Lehre) und *Russkaja Rada* (Ruthenischer Rat), beides Schöpfungen des im Volk äußerst populären Predigers und politischen Agitators Ivan Naumovyč. Auch bei den Studentenvereinen waren beide Richtungen vertreten. Schon die Zeitgenossen erkannten jene durchgreifende Bipolarität als Grundmerkmal ihrer eigenen politischen Gesellschaft.

Erst seit der Mitte der 1870er-Jahre begann sich der Umschwung auch in den politischen Kräfteverhältnissen abzuzeichnen. 1879, nach der verheerenden Niederlage der Ruthenen bei den Reichsratswahlen diese Jahres, kam es zu einem Versuch, die Populisten in den Ruthenischen Rat zu integrieren, implizit eine Anerkennung ihres inzwischen gewachsenen politischen Gewichts. Ähnlich wie neun Jahre zuvor führte das Scheitern dieses internen Ausgleichs zu einer weiteren politischen Offensive auf jungruthenischer Seite, der Gründung zukunftsträchtiger neuer Organe (*Bat'kivščyna*, *Dilo*) sowie der Abhaltung der ersten öffentlichen politischen Manifestation in Lemberg im Jahre 1880, die zwar unter

---

[47]) Das Programm in ebd., 4. 3. 1871 (15), S. 2. Allgemein zur Russkaja Rada auch Wendland, Russophile, v. a. S. 141–193 und 243–262.

Beteiligung der Russophilen durchgeführt wurde, den Populisten aber seither als Markstein ihrer eigenen Geschichte gelten sollte. Mit der Kennzeichnung als *Narodna Viče* wurden Anspruch und Deutung gleich mitgeliefert: nämlich sowohl einen repräsentativen Charakter hinsichtlich der zeitgenössischen ruthenischen Nationalgesellschaft zu haben als auch in der Kontinuität einer slawischen demokratischen Tradition zu stehen.

Dieser nach außen medienwirksam zur Schau getragenen Dynamik stand die Stagnation der Russophilen gegenüber, deren Schwächung aktiv betrieben wurde von Seiten der polnischen Landesbehörden. Diese machten sich den seit der konservativen Wende von 1879 feststellbaren Rückzug des Zentralstaates aus den Landesangelegenheiten ebenso zunutze wie ihren eigenen gewachsenen Einfluss in Wien. Der dritte im Bunde war der griechisch-katholische Metropolit, der insbesondere in der Person von Sylvester Sembratovyč (seit 1882, zunächst als Administrator der Lemberger Eparchie) einen dezidierter antirussophilen Kurs steuerte. Sein Vorgänger (und Onkel) Josyf Sembratovyč war unter anderem gerade aufgrund seiner angeblich zu laschen Haltung gegenüber jener Strömung abgelöst worden. Eine wichtige Rolle hatte dabei der nur wenige Monate vor der Ablösung abgehaltene große Russophilenprozess gespielt, der gemeinhin als Zäsur für das konservativ-russophile Lager insgesamt gilt, da er das Lager ideell lähmte und ihm einige seiner wichtigsten Aktivisten entzog. Obwohl die Populisten den Russophilenprozess nicht so sehr als Triumph für die eigene Sache als vielmehr als Angriff auf die Ruthenen verstanden, kam er doch ihrer eigenen Position im innerruthenischen Machtkampf zugute. Ihr Aufrücken auf das Stärkeniveau des Rivalen wurde vollends 1883 klar ersichtlich, als der Ruthenische Rat sein exklusives Recht auf Organisierung der (Landtags-)Wahlen aufgab und zusammen mit den Populisten ein im Ausschuss paritätisch besetztes Zentralwahlkomitee gründete. Die Idee der nationalen Solidarität, welche die Russophilen bisher für sich gepachtet hatten, war nun nicht mehr über eine Negierung der Existenz einer rivalisierenden Partei zu erreichen, sondern nur noch über die Zusammenarbeit der als existent anerkannten Parteien, also über das Zurückstellen von Parteipolitik gegenüber Nationalpolitik.

Die erste Phase überparteilicher Kooperation, die auch weitere gemeinsam durchgeführte Volksversammlungen umfasste, dauerte noch bis nach den Reichsratswahlen von 1885. Nach einem neuerlichen Misserfolg verbreitete *Dilo* effektvoll die Erkenntnis, dass nur eine neue Organisationsbasis das Potential des „national erwachten" Volkes ausschöpfen könne. Zentral sollte die neue Qualität von *Rus'kost* („Ruthenentum") sein, die, bisher nur von den Kanzeln verkündet, inzwischen – dank der eigenen Arbeit in den vergangenen Jahren – ins „Volksblut" gelangt sei. Die neue politische Organisation sollte „Volksrat" (*Narodna Rada*, NR) heißen, eine Namensgebung, mit der ebenfalls an das Vermächtnis von 1848 und die Tätigkeit des Ruthenischen Hauptrats erinnert werden sollte, auf dessen Proklamation des 15-Millionen-Volks (das nun als 20-Millionen-Volk tituliert wurde) man sich gerne berief. Mit *narodna* parierte man die stetige Beschwörung von *russkij narod* durch die Russophilen. In deren politischem Dauerkampf mit den Polen hatte dieses Wort vor allem das Streben nach Anerkennung und Gleichberechtigung der Ruthenen unter den Nationalitäten Österreichs symbolisiert. *Narod* war „äußerlich" vorbestimmt, durch eine gemeinsame Kirche, Sprache und Geschichte. Obwohl diese im intra-nationalen Diskurs essentiellen Dimensionen auch für die Populisten – in ihren jeweils eigenen Interpretationsvarianten – von großer Bedeutung waren, legten diese, ihrem demokratischen Selbstverständnis entsprechend, doch zumindest rhetorisch relativ mehr Gewicht auf die auto-

nom gesteuerte innere Reifung der Nation. Dazu gehörte auch ein Aktivismus, den man gerne zu einem der Abgrenzungsmomente gegenüber den Altruthenen stilisierte. Das hatte sich bereits in der Benennung des Hausblatts – *Dilo* (Tat), gegen *Slovo* (Wort) – ausgedrückt und kehrte nun in den Statuten des neugeschaffenen politischen Vereins wieder: Nicht die „Verteidigung" wurde als Ziel proklamiert, sondern die aktive „Entwicklung der Ruthenen als eigenständige slawische Nationalität", und zwar „abgesondert von der polnischen und der russischen Nation".[48]) Polen und Russen waren also im gleichen Maße anders als die eigene Nation, dies ein deutlich anderer Akzent als ihn die Russophilen mit ihrer Beschwörung der gemeinsamen ostslawischen Rus'-Tradition bevorzugten. Unterschiede ließen sich auch in den Mitteln finden, welche die Statuten nannten, zu denen neben dem Ausbau des Vereinswesens auch explizit die Durchführung von Volksversammlungen nach dem Muster derjenigen von 1880 gehören sollten.[49]) Die politischen Grundpositionen wurden in einem programmatischen Manifest im Jahre 1888 als liberal-fortschrittlich, demokratisch und föderalistisch umschrieben. In allen drei Punkten setzte man sich bewusst vom russophilen Gegenspieler ab, wobei die föderalistische Position kombiniert werden sollte mit einer Garantie nationalautonomer Rechte innerhalb der bestehenden Kronländer. Vier Jahre später, zu einem Zeitpunkt, als in Galizien die ersten Massenparteien bereits entstanden waren, wurde ein erstes umfassendes politisches Programm des Volksrats verabschiedet (s. u.).

Trotz seiner proklamierten Basisideologie gründete der Volksrat prinzipiell auf denselben Funktions- und Bauprinzipien wie sein Gegenpart. Auch er war auf die politischen Organe ausgerichtet mit den Hauptfunktionen Wahlorganisation und Petitionspolitik. Bestimmenden Einfluss hatten auch hier die im Ausschuss versammelten leitenden Funktionsträger in den Bereichen Vereinswesen, Presse und Parlament. Die Hauptversammlungen dienten vorwiegend der medial vermittelten Selbstdarstellung dieser Exponenten. Dennoch fand auch eine gewisse Aufwertung der Basis statt. Die Hauptversammlung tagte häufiger, etwa alle zwei Jahre, und sie wurde stärker eingebunden in die Formulierung der politischen Grundlinien. Die Parteiprogramme wurden jeweils von der Versammlung verabschiedet, später, 1894 sogar eine Grundsatzentscheidung der politischen Praxis (s. u.) gefällt. In solchen Vorgängen zeigte sich die Tendenz, die bisher nur lose verbundenen in- und außerparlamentarischen Organisationen stärker zusammenzuführen, ein wichtiger Schritt hin zur Entstehung einer modernen Partei. Die *Prosvita*-Filialen konnten zwar aufgrund des Vereinsgesetzes nicht als Bausteine in die politischen Organisationen der Populisten eingebaut werden, blieben aber dennoch durch Doppelfunktionen vieler ihrer Aktivisten mit dem politischen Verein in Lemberg verbunden. Im Übrigen hatte sich inzwischen, an der Wende zu den 1890er-Jahren, das Netz von Vereinen, welche den Populisten nahe standen, vervielfältigt. Es umfasste Wirtschaftsorganisationen (*Narodna Torhovlja*) Versicherungsgesellschaften (*Dnister*), Theatervereine (*Rus'ka Besida*), Wissenschaftsvereine (Ševčenko-Gesellschaft), eine Pädagogische Gesellschaft sowie Studentenvereine. Al-

---

[48]) Die Programme des Volksrats in Dilo 7. 2. 1888 (20), S. 1 und Kost' Levyc'kyj, Istorija polityčnoji dumky halyc'kych Ukrajinciv 1848–1914 [Geschichte des politischen Denkens der galizischen Ukrainer], L'viv 1926, S. 259–261.

[49]) Das in den Statuten definierte Programm in Dilo 24. 10. 1885 (113), S. 1. Die Interpretation der neuen Lage mit den wiedergegebenen Zitaten in Dilo 6. 11. 1885 (118), S. 1.

len gemeinsam war das Ziel, eine solide und eigenständige ukrainische Nationalgesellschaft aufzubauen.

3. Die Juden zwischen deutscher und polnischer Orientierung

Der umfassende Prozess der geistigen, kulturellen, rechtlichen und sozioökonomischen Modernisierung des 19. Jahrhunderts, der das Gesicht des europäischen Judentums fundamental veränderte, traf in Galizien auf eines der Zentren des Ostjudentums mit seiner eigenen spezifischen Kultur und Tradition.[50]) Das Erbe aus der Teilhabe an der polnischen *Rzeczpospolita* überschnitt sich im 19. Jahrhundert mit der politischen Gegenwart, der Zugehörigkeit zur habsburgischen Monarchie. Diese Zugehörigkeit schuf einen Kanal, durch welchen die modernisierenden Einflüsse des Westens in einer anderen, tiefergehenderen Weise eindrangen als sonstwo im ostjüdischen Raum.[51]) Die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden in den 1860er-Jahren ging einher mit der Umwandlung des Habsburgerreiches in einen liberalen Verfassungsstaat. In Galizien wurde sie nach kontroversieller Debatte in Landtag und Öffentlichkeit im November 1868 definitiv sanktioniert. Von großer Bedeutung war die Tatsache, dass die Juden damit zwar individuell gleichgestellt waren, dass sie jedoch als Kollektiv nur im Sinne einer Religionsgemeinschaft, nicht aber als Nationalität anerkannt waren. Solange der Glaube noch intakt war, dass der rechtlichen Gleichstellung die gesellschaftliche folgen würde, konnte aber die Überzeugung bewahrt werden, dass es möglich sei, Jude und Österreicher zu sein und gleichzeitig einer der zur Auswahl stehenden Nationalitäten anzugehören.[52])

---

[50]) Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, München [3]1991, S. 158. Dieses Buch, das einen Überblick über das ostjüdische Erbe vermittelt, setzt allerdings den Schwerpunkt auf Russland und Großpolen. Auf Galizien konzentriert: Piotr Wróbel, The Jews of Galicia under Austrian-Polish Rule 1869–1918, in: Austrian History Yearbook 25 (1994), S. 97–138 sowie die ältere Darstellung von Filip Friedman, Dzieje Żydów w Galicji (1772–1914) [Geschichte der Juden in Galizien], Warszawa 1933. Überblicke: Wolfdieter Bihl, Die Juden, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, 3. Bd.: Die Völker des Reiches, hrg. v. Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 880–948; William O. McCagg Jr., A History of Habsburg Jews 1670–1918, Bloomington 1989. Über die Parteien auch hier: Feldman, Stronnictwa, 2. Bd., S. 265–314.

[51]) Jerzy Holzer, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jh., in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 37/1989, S. 217–227, hier 219.

[52]) Siehe dazu allgemein: Gerald Stourzh, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3: Die Völker des Reiches, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 975–1206. Mit besonderer Berücksichtigung Galiziens: Ders., Galten die Juden als Nationalität Altösterreichs? Ein Beitrag zur Geschichte des cisleithanischen Nationalitätenrechts, in: Ders., Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates (=Studien zu Politik und Verwaltung 29), Wien–Köln 1989, S. 259–307. Die Negierung der Juden als eigener Nationalität hatte ihr rechtlich-statistisches Fundament in der Tatsache, dass ihnen keine der offiziellen Umgangssprachen zugewiesen wurde. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Statistik als Grundlage nationaler Forderungen wurden die Juden daher zum Objekt politischer Werbung von Seiten der Polen und Ruthenen. In diesem Zusammenhang

Als zweites großes Stichwort steht neben und verbunden mit dem Prozess der rechtlichen Gleichstellung dasjenige der Assimilation bzw. Akkulturation.[53]) Nach der gängigen Interpretation fand der Assimilationsprozess in Galizien in zwei Phasen statt, einer deutschen und einer polnischen. Der zunächst maßgebende deutsche Einfluss wirkte auf verschiedenen Ebenen: Über das Medium der deutschen Sprache fand die Aufklärungsbewegung (*Haskala*) Eingang in die jüdische Kultur, die Einrichtung deutschsprachiger Schulen und Universitäten bewirkte eine Intensivierung der (durch das Jiddische vorgebildeten) Verbindung mit der deutschen kulturellen Tradition und die Sogwirkung Wiens führte zu einer (geistigen und physischen) Mobilität zwischen Galizien und der Reichshauptstadt, welche wiederum auf die Juden Galiziens zurückwirkte. Hinzu kam die politische Affinität zur deutschen Nationalität als Trägerin des Liberalismus in Österreich. Die zweite, polnische Akkulturationsphase stand in engem Zusammenhang mit der „galizischen Autonomie". Die Ersetzung des Deutschen als Amts- und Schulsprache durch das Polnische und die schrittweise Polonisierung beruflicher Elitepositionen waren hierbei von besonderer Bedeutung. Das Bemühen jüdischer Bevölkerungsgruppen, sich beruflich und gesellschaftlich zu integrieren und in der sozialen Hierarchie aufzusteigen, war damit notwendigerweise von einer zunehmenden Adoption der polnischen Sprache und polnischer kultureller und politischer Werte und Ziele begleitet. Gerade der überdurchschnittlich hohe Anteil von Juden in akademischen Berufen wirkte verstärkend in diese Richtung. Auch dieses Nahverhältnis ließ sich schließlich kulturell verankern mit dem Hinweis auf die jahrhundertealte polnisch-jüdische Geschichte, den vielen wechselseitigen Wohltaten, die angeblich den Juden zum polnischen Patrioten und den Polen zum Freund der Juden machen würden, schließlich mit dem Messianismus, der sowohl im polnischen als auch im jüdischen Selbstverständnis verwurzelt war.

Eine solche scharfe, chronologisch bestimmte Zweiteilung kann selbstverständlich nur eine grobe Vereinfachung darstellen. Zunächst muss nach sozial-kulturellen Kriterien differenziert werden. Dass nur eine dünne Schicht, bestehend vor allem aus der städtischen Intelligenz, von diesem Vorgang überhaupt erfasst wurde, ist im Falle Galiziens (und des polnischen Raumes allgemein) insofern von besonderem Gewicht, als es hier tatsächlich eine jüdische Masse gab, die in den Kleinstädten und Dörfern weitgehend unberührt ihr von der Umwelt gesondertes, von Tradition und Religion geprägtes Leben führte. Unterschiede gab

---

auch Emil Brix, Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910, Wien 1982, hier S. 381–389.

[53]) Diese beiden Begriffe, obwohl noch immer vielfach synonym verwendet, werden von der Forschung inzwischen differenziert gehandhabt. Teilweise wird die Akkulturation als ein erster Schritt in einem als Kontinuum betrachteten Assimilationsprozess verstanden, der nicht unbedingt zur völligen Assimilation führen muss. Gerade weil ihm das Vordeterminierte, Unausweichliche anhaftet, wird auch vorgeschlagen, den Begriff der Assimilation überhaupt zugunsten von Akkulturation aufzugeben, zumal Letzterer nicht durch die zeitgenössische Polemik aufgeladen ist. Siehe dazu Marsha L. Rozenblit, Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität (=Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 12), Wien–Köln–Graz 1989, S. 9, sowie Trude Maurer, Plädoyer für eine vergleichende Erforschung der jüdischen Geschichte Deutschlands und Osteuropas, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 308–326.

es aber auch hinsichtlich der zwei urbanen Zentren der Assimilation, Krakau und Lemberg. Die jüdische Gemeinde Krakaus, eingebettet in das Herz polnischer Geschichte und Aufstandstradition, war schon viel früher von polnischer Assimilation berührt gewesen als diejenige der galizischen Hauptstadt mit ihrer multiethnischen Struktur. In Lemberg behielten germanophile Tendenzen auch noch während der „polnischen" Phase nach 1868 ihre Prägekraft und Wirksamkeit. Generell ist zu konstatieren, dass auch bei denjenigen Schichten, welche im späteren 19. Jahrhundert in größerem Masse einer Polonisierung ausgesetzt waren, selbstverständlich sowohl eine jüdische Teilidentität als auch die traditionelle Nähe zum deutschen kulturellen und geistigen Erbe von Bedeutung blieben.

Grob wirkt die Unterteilung in zwei Phasen aber vor allem deshalb, weil sie zu sehr von der Politik ausgeht. Politik lässt im Gegensatz zum kulturellen Selbstverständnis von Individuen und Gruppen selten Mehrdeutigkeiten zu, verlangt klare Positionsbezüge und Stellungnahmen, wo eigentlich eine differenzierte Meinungslage besteht. Im Sinne des Assimilationsgedankens politisch zu handeln hieß, sich den jeweiligen Organisationen derjenigen Nationalität anzuschließen, welche der Lage und den Interessen der jüdischen Bevölkerungsgruppe (bzw. ihrer Elite) am nächsten stand. Das schloss freilich die Bildung eigener Organisationen auf einer tieferen Ebene nicht aus, welche dann zwar nicht im Namen einer jüdischen Nationalität agierte (denn eine solche gefährdete den Assimilationsgedanken), wohl aber doch im Namen der Juden. Als wichtigster und lange Zeit einziger Kern einer jüdischen Politik im Rahmen einer politischen Assimilationsideologie wirkte eine von oben eingeführte Institution, die Kultusgemeinde (*Kahal*). Dank des äußerst restriktiven Wahlrechts wurde der *Kahal* lange Zeit vollständig beherrscht von einem engen Kreis jüdischer Honoratioren. Diese, meist dem hohen Bildungs- oder Wirtschafts (v. a. Finanz-)bürgertum zuzurechnen, verbanden oftmals ihre Funktion im Ausschuss der Kultusgemeinde mit einem politischen Mandat in der Stadt, in der Handelskammer und/oder im Gemeinderat. Bei Wahlgängen auf Landes- und Reichsebene wurde der *Kahal* zur eigentlichen jüdischen Wahlorganisation und hinsichtlich der parlamentarischen Tätigkeit zum Bindeglied zwischen politischen Funktionsträgern und jüdischer Bevölkerung.[54])

Die gefestigte Rolle der Kultusgemeinden nicht nur als religiöse, sondern auch als politische Vertretungskörperschaften erschwerte die Entstehung politischer Vereine, welche sich der Interessen der Juden Galiziens angenommen hätten. Es gibt allerdings prominente Gegenbeispiele. An erster Stelle, nicht nur chronologisch, ist der 1868 geschaffene Verein *Schomer Israel* (Wächter Israels) zu nennen, die erste rein politische Organisation der Juden nicht nur in Galizien, sondern in ganz Österreich. Seine Gründung fiel in eine Zeit, als die verfassungsrechtlichen und nationalpolitischen Debatten über die Stellung Galiziens im Verband der Monarchie an ihrem Höhepunkt waren. Entstehungs- und Wirkungsort war daher nicht zufällig Lemberg, die Hauptstadt des Kronlands und gleichzeitig diejenige Stadt, wo die Juden am stärksten Eigenständigkeit gegenüber dem Polonisierungsdruck wahren konnten. *Schomer Israel* wandte sich gegen die aktuellen Bemühungen von polnischer Seite, die autonome Stellung des Kronlands zu stärken. Vielmehr sollte das seit der Revolution von 1848/49 gepflegte enge Verhältnis mit den Deutschliberalen bewahrt und

---

[54]) Andrzej Żbikowski, Żydzi krakowscy i ich gmina w latach 1869–1919 [Die Krakauer Juden und ihre Gemeinde 1869–1919], Warszawa 1994, vor allem S. 77–109.

gemeinsam mit diesen ein deutsch-zentralistischer Staat aufgebaut werden. So sehr sich die nationalbewegten Polen mit liberalem Gedankengut schmückten, mehr Verständnis für politische Freiheit, Gleichberechtigung und Emanzipation war doch von den Deutschliberalen zu erwarten. Gleichzeitig sah sich der Verein klar den jüdischen Interessen verpflichtet, wie denn auch der Untertitel seines Organs „Der Israelit" lautete: „Zeitschrift zur Belehrung und Heranbildung des jüdischen Volkes".[55])

Aber auch die Oppositionshaltung gegenüber den politischen Eliten der Polen, die während der Reichsratswahlen von 1873 ihren Höhepunkt erlebte, war keineswegs eine grundsätzliche. Nach 1876 wechselte lediglich die dominante Option hin zu einem polenfreundlichen Kurs, der zementiert wurde durch den Regierungsantritt des konservativen Kabinetts Taaffe, zu dem die Deutschliberalen in Opposition standen. Die Option der nun im Polenklub agierenden jüdischen Deputierten aus Galizien für dieses Kabinett war keine Option gegen die Deutschen, sondern die Aufrechterhaltung des Bekenntnisses zur liberalen Verfassung, den österreichischen Staat und seinen Kaiser. Das Nebeneinander verschiedener Optionen unter Verschiebung der dominanten Akzente lässt sich an der Person des damaligen Präsidenten von *Schomer Israel* Emil Byk ablesen, einer der Gründungsväter während der „deutschen" Phase, dann Präsident während der „polnischen" Phase (seit 1878) und selbst Mitglied des Polenklubs (seit 1891). Byk war in der Kultusgemeinde führend tätig, sprachlich und gesellschaftlich im Polnischen und Deutschen gleichermaßen zuhause und ebenso sehr ein steter Vertreter jüdischer Interessen. Propolnisch bedeutete also nicht antideutsch („Der Israelit" blieb deutschsprachig!) und vor allem nicht „unjüdisch" im Sinne eines bedingungslosen „Assimilationismus". Das war eher der Diskurs der politischen Gegner, die sich seit den 1890er Jahren als „echte" nationale Alternative formierten.[56])

In Krakau reichte – wie bereits erwähnt – die Tradition der Polonisierung infolge des besonderen politisch-kulturellen Milieus der Stadt weiter zurück. Zu einer Zeit, als noch in der Landeshauptstadt die deutsch-zentralistische Option von *Schomer Israel* vertreten wurde, agierte in Krakau ein Verein, der sich mit aller Deutlichkeit der polnischen Option verschrieben hatte. *Dorsche Schalom* (Friedensstreben), nicht zufällig von einem ehemaligen Teilnehmer des Januaraufstands, Bernard Goldman, gegründet, gab auch ein polnischsprachiges Vereinsblatt, *Zgoda* (*Ugoda*) (Ausgleich), heraus. Im Jahre 1882 entstand eine weitere, noch prononcierter polenfreundliche und gleichzeitig stärker religiös-reformerische Vereinigung, *Agudas Achim* (Bruderverein), welche das Organ *Ojczyzna* (Vaterland, 1881–1892) übernahm.[57]) Die 1880er-Jahre fielen dann freilich bereits in die beschriebene

---

[55]) Der originale Wortlaut des Statuts von *Schomer Israel* konnte weder in gedruckten Zeugnissen noch in den Archivbeständen eruiert werden. Auszüge finden sich in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 1115 (anlässlich der Statutenänderung von 1874).

[56]) *Schomer Israel* wurde zum eigentlich Wegbereiter des ersten Lemberger jüdisch-nationalen Vereins, *Mikra Kodesch* (gegründet von Ruben Bierer), des Vorläufers von *Zion* (s. u.).

[57]) Statut towarzystwa „Agudas Achim" – „Przymierze Braci" we Lwowie [Statut des Vereins ‚Agudas Achim' – Przymierze Braci; in Lemberg], Lwów 1883. Das Vereinsziel lautete: Förderung des Bürgergeistes unter den galizischen Juden durch Verbreitung des Assimilationsgedankens, Hinführung der Juden zu Landwirtschaft und Handwerk, Erziehung der Jugend im polnischen Geiste und Pflege der mosaischen Religion in polnischer Sprache.

neue Epoche, in der die polnische Orientierung der tonangebenden jüdischen Kreise in Galizien insgesamt, auch in Lemberg die vorherrschende wurde.

Neben der dominant deutsch-zentralistischen und der dominant polnisch-patriotischen (dezentralistischen) gab es noch eine dritte Richtung, die aus diesem Schema herausfällt, die religiös-orthodoxe. Deren Wurzel lag in der weiter zurückgehenden Oppositionshaltung gegenüber der Tradition der *Haskala* und ihren religiösen und kommunalen Reformbestrebungen und war demnach im Grundsätzlichen sowohl von der deutsch- wie der polenfreundlichen Tendenz abzugrenzen. Im Jahre 1879 wurde ein Zentralverein dieser Richtung gegründet, *Machsike Hadas* (Wahrer der Religion), der eine gleichnamige Zeitschrift herausgab. Seine führende Figur, Simon Schreiber, wurde sogar noch im selben Jahr in den Reichsrat gewählt. Damit freilich reihte er seine in der Tendenz apolitischere Bewegung ein in die damals aktuelle politische Konstellation. Dass er dem Polenklub beitrat (wo er keinerlei aktive Rolle spielte), hing also vornehmlich damit zusammen, dass zu dieser Zeit die politische Kraft hinter Aufklärung und religiöser Reform vorwiegend im Liberalismus deutsch-zentralistischer Prägung gesehen wurde. Gerade aus der Zugehörigkeit des Jüdisch-Orthodoxen Simon Schreiber zum Polenklub wird daher erneut erkennbar, dass politische Entscheidung und (national)kulturelle Identität unterschiedlichen Sphären zuzuordnen sind, dass die Teilnahme an polenfreundlichen Institutionen nicht automatisch eine kulturelle Orientierung am Polentum bedeutete.[58])

C. Die Parteien im Zeitalter der Massenpolitik

1. Das polnische Parteiwesen

a) Die Konservativen

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Jahr 1889 als Zäsurmarke in der durch den konservativ-demokratischen Dualismus geprägten politischen Geschichte vor der Entstehung der Massenparteien gedeutet. Die Gründung der „Konservativen Union" (*Unia konserwatywna*) als übergeordneter Landtagsfraktion war ein Produkt des offensichtlichen politischen Nahverhältnisses zwischen westgalizischen Konservativen und ostgalizischem „Zen-

[58]) Ein anderes Beispiel bietet der bereits erwähnte Joseph Samuel Bloch, der als einer der ersten für ein modernes Stammesbewusstsein der Juden eintrat, dennoch aber wegen seiner Abneigung gegen die Deutschliberalen dem Polenklub beitrat. Siehe dazu Robert S. Wistrich, The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph, Oxford 1989, S. 194–200 und 277–309. Die Orthodoxen, welche später auch parteiähnliche Organisationen aufbauten und mit eigenen Zeitungen am politischen Geschehen teilnahmen, wurden auch nach der Jahrhundertwende von den polnisch-konservativen Parteien unterstützt, dann aber vorwiegend wegen ihrer Funktion als Gegenkraft gegen die jüdischen Reformparteien sozialdemokratischer und jüdisch-nationaler Provenienz. Ein Hinweis darauf findet sich bei Henryk Piasecki, Sekcja Żydowska PPSD i Żydowska Partia Socjalno-Demokratyczna 1892–1919/20 [Die jüdische Sektion der PPSD und die Jüdische Sozialdemokratische Partei], Wrocław 1982, S. 249.

trum“, *grosso modo* also zwischen adlig unterlegtem akademisch-professoralem Krakauer Milieu und „podolakischem“ Gutsbesitzer-Milieu.[59]) In den im Oktober 1889 beschlossenen Fraktionsstatuten wurde der Konservatismus als gesellschaftliches Ordnungsmodell umschrieben, welches für Erhaltung von Eintracht und Harmonie als Voraussetzung für die Bewahrung nationaler Tradition und eines „gesunden Fortschritts“ stünde.[60]) Dieses den gemeinsamen Nenner des galizischen Konservatismus definierende Harmonieprinzip beruhte im einen Fall auf einem theoretisch fundierten Gesellschaftskonzept, im anderen hingegen weitgehend auf den sozialen Interessen einer wenn nicht aktuell bedrohten, so doch angegriffenen sozialen Schicht. Die in der Vergangenheit spürbaren politischen Gegensätze zwischen diesen beiden Polen, insbesondere was die Regierungsnähe, den Stellenwert der Landesautonomie oder die sozialpolitische Ausrichtung betrifft, gerieten in dem Moment in den Hintergrund, als jene Harmonie durch einen unerwarteten politischen Akt radikal in Frage gestellt wurde, nämlich die erwähnte, von den Demokraten betriebene Konsolidierungsaktion gegen die beherrschenden Eliten und deren politische Instrumente. Jener weiter unten zu beschreibende „Städtetag“ von 1889 wurde von konservativer Seite zwar taktisch heruntergespielt, führte aber gleichzeitig zu einer Flut von Stellungnahmen und Broschüren, die als Grundlage für den konservativen Schulterschluss zu dienen hatten.[61])

Der somit letztlich defensiv-reaktive Charakter jenes Gründungsakts der Konservativen Union war kennzeichnend für die eine Seite konservativen Verhaltens in der Ära der Massenpolitik. Die andere Seite hieß Flexibilität gegenüber den neuen Erfordernissen, eine vorsichtige Öffnung gegenüber den Volksschichten und die Einsetzung moderner Mittel, namentlich der Presse.[62]) Ein solcher Weg der graduellen Modernisierung und Selbsterneuerung stand freilich weit eher dem elitär-aufgeklärten Milieu des Krakauer Konservativismus offen, welches mit der Gründung des „Konservativen Klubs“ (*Klub konserwatywny*) im Jahre 1896 einen ersten Schritt in diese Richtung unternahm.[63]) Dessen Gründungskreis rekrutierte sich zwar ebenfalls aus dem schon für die Stańczyken typischen akademi-

---

[59]) Als Unterfraktionen bestanden neben dem Krakauer Kreis die „Autonomisten“, welche den größten Teil des ehemaligen Zentrums ausmachten, eine lokale Gruppierung namens *Grupka* sowie ein sog. Landwirtschaftsklub (*Klub rolniczy*). Da der Beitritt zur Konservativen Union kein kollektiver Akt der bestehenden Fraktionen darstellte, sondern auf individueller Basis erfolgte, gehörten zahlreiche Mitglieder der Unterfraktionen der Konservativen Union nicht an. Siehe Jan Trzecieski, O stronnictwach Sejmowych w latach 1889 do 1900 [Über die Landtagsparteien in den Jahren 1889 bis 1900], Kraków 1900.

[60]) Gazeta Narodowa 23. 10. 1889 (245), S. 3.

[61]) Das bevorzugte politische Vokabular der Konservativen, „Zerrüttung“ (*rozstrój*), *Targowica* und (erneut) „Anarchie“, findet sich konzentriert in den damals veröffentlichten Broschüren, von denen vor allem zu erwähnen sind: Stanisław Tarnowski, Z doświadczeń i rozmyślań [Erfahrungen und Betrachtungen], Kraków 1891; Michał Bobrzyński, Z chwili rozstroju [Aus Zeiten der Zerrüttung], Kraków 1889; Entgegnungen: Dwie opinie. Odpowiedź „Nowej Reformy“ na książkę Stanisława hr. Tarnowskiego p.t. „Z doświadczeń i rozmyślań'“ [Zwei Meinungen. Entgegnung der „Nowa Reforma“ auf das Buch des Grafen Stanisław Tarnowski u.d.T. „Erfahrungen und Betrachtungen“], Kraków 1891.

[62]) Exemplarisch formuliert bei Stanisław Madeyski, Nasza opozycja [Unsere Opposition], Kraków 1889, S. 27.

[63]) Dazu auch Feldman, Stronnictwa, Bd. 1, S. 210–226.

schen Milieu (mit individuell hohem sozialem „Background“) – eine Tatsache, die nun allerdings nicht mehr nur mit paternalistischem Denken (geistige Führungsfunktion gegenüber den orientierungslosen Massen), sondern explizit mit der drohenden Majorisierung der Eliten durch die unaufgeklärten Massen gerechtfertigt wurde.[64]) Die bestimmende Rolle unter jenem Akademikerkreis spielten nun außerdem nicht mehr Historiker oder andere humanistisch geschulte Intellektuelle, sondern in erster Linie Rechtsgelehrte, und zwar der jüngeren Generation, meist geboren in den 1860er- und 1870er-Jahren.[65]) Mit diesem Wandel des Berufsbilds vollendete sich auf der Ebene der Kollektivbiographie die Hinwendung von einer Generation, die das Prinzip der organischen Arbeit historisch zu rechtfertigen suchte, hin zu einer solchen, die jenes durch eigene berufliche Tätigkeit verkörperte. Geprägt durch ihren juristischen Bildungs- und Berufshintergrund, akzentuierten die Neokonservativen, wie sie bald genannt wurden, einen politischen Ansatz, der bereits für die Stańczyken kennzeichnend gewesen war: die Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Verwerfungen der Gegenwart durch institutionelle Reformen zu bewältigen seien. Insbesondere griffen sie die bereits seit 20 Jahren aktuelle Frage der Verwaltungs- und Gemeindereform sowie die Verschuldungs- und Parzellierungsproblematik in der Landwirtschaft auf. In Abgrenzung zu ihren politischen Ahnen beanspruchten die Neokonservativen allerdings für sich eine realistischere, von den Lasten der Vergangenheit und von einem abstrakten Ordnungsdenken befreite Optik, die auch eine größere Bereitschaft einschloss, sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen.[66])

Was war nun der „Konservative Klub“? Formell ein politischer Verein. Seine Statuten sprachen von zwei Zielen, nämlich (a) von der Schaffung politischer Reife in der Gesellschaft und der Beeinflussung des öffentlichen Lebens nach konservativen, den nationalen und religiösen Interessen entsprechenden Grundsätzen und (b) von der Erforschung und der Reflexion über zeitgemäße ökonomische, rechtlich-administrative und gesellschaftliche Reformen, welche auf legalem Weg eine Chancengleichheit der Individuen sicherzustellen hätten.[67]) Politische Reife und Chancengleichheit waren im Grunde liberale Werte der 1860er-Jahre, die nun, 30 Jahre später, von den Neokonservativen übernommen wurden. Abgrenzungsmoment war nicht der tradierte europäische Liberalismus, sondern die neuen Massenbewegungen: „legal“ stand in Opposition zu den aufkommenden revolutionären Strömungen, die angeblich den auf individuellem Eigentum beruhenden Rechtsstaat unterminierten; „national“ zum neuen, sozial fundierten Internationalismus, „religiös“ zu der modernen agnostischen bis antiklerikalen politischen Gesinnung. Ließen sich damit also inhaltlich konservative Positionen positiv umschreiben, so galt dies nicht für den Konservatismus als Begriff. In weiten Teilen der Gesellschaft war dieser eher unpopu-

---

[64]) Zawiązanie Klubu Konserwatywnego [Die Gründung des Konservativen Klubs], Kraków 1896.

[65]) Betrachtet man etwa den 1898 gewählten Ausschuss (inkl. Stellvertreter), so findet man unter den 12 Personen nicht weniger als 10 promovierte Juristen, drei davon Rechtsprofessoren, die Mehrheit mit *Szlachta*-Hintergrund. Siehe die Namen der Ausschussmitglieder in Ruch Społeczny 15. 2. 1898 (4), S. 83. Die Mitgliederzahl betrug in diesem Jahr etwas über 100.

[66]) Władysław L. Jaworski, Dwanaście lat istnienia Klubu Konserwatywnego [Zwölf Jahre Konservativer Klub], Kraków 1908.

[67]) Statut towarzystwa ‚Klub Konserwatywny‘ w Krakowie [Das Statut des Konservativen Klubs in Krakau], Kraków 1901.

lär, so dass seine Verwendung den eigenen Bemühungen um eine moderne Aufpolierung des eigenen Images entgegenlief. Um den Namensballast aufzuwiegen, war man stets bemüht, in den inhaltlichen Kontroversen an der positiv besetzten Begrifflichkeit der Gegenwart teilzuhaben, so insbesondere an den Termini „Fortschritt" und „Demokratie", welche nach eigenem Dafürhalten bisher zu Unrecht von den Demokraten monopolisiert worden seien. In diesem Streit um die Besetzung politische Begriffsfelder erhielt hingegen der Liberalismus wiederum die klarste Absage, da er dem Prinzip der freien Konkurrenz huldige, welches dem Grundgedanken der „organisierten Gesellschaft" entgegenstünde. In der Tat benützten auch die Neokonservativen „liberal" als einen dem Eigenen negativ entgegengesetzten Begriff, obwohl, wie gesagt, gerade sie sich wie keiner ihrer politisch Verwandten inhaltlich dem Liberalismus (als Rechtssystem) angenähert hatten.

Hinsichtlich der Mittel sahen die Statuten einerseits Forschungsaktivitäten, Versammlungen und Vorträge vor, ein weitgehend interner Diskurs der beteiligten Mitglieder also, andererseits aber auch eine Hinwendung nach außen, durch die Publikation von Zeitschriften. Das betraf zunächst eine Publikationsreihe, in welcher die hauseigenen Vorträge und Abhandlungen über ökonomische, administrative und juristische Zeitprobleme veröffentlicht wurden[68]), dann aber auch eine allerdings nur kurzlebige Halbmonatsschrift mit dem bezeichnenden Titel *Ruch Społeczny* (Soziale Bewegung), in welche neben theoretischen Abhandlungen auch Stellungnahmen zur aktuellen Politik Eingang fanden.[69]) War also das Publikationswesen die eine Schnittstelle des Konservativen Klubs hin zu Politik und Öffentlichkeit, so war die andere die politische Tätigkeit der führenden Mitglieder selbst: Die nicht wenigen Parlamentarier unter den Vereinsmitgliedern fungierten als persönliche Bindeglieder, welche vom Verein ausgearbeitete Vorstöße über eine Petition an den Landtag und seine zuständigen Ausschüsse weiterleiteten, in welche sie später selbst Einsitz nahmen.[70]) Ein weitergehendes politisches Profil wurde vom „Konservativen Klub" nicht angestrebt, weder Beschlüsse politischen Inhalts noch Schritte in Richtung Fraktionsbildung oder Wahlorganisation unternommen. Von einer Honoratiorenpartei kann daher mit Sicherheit nicht gesprochen werden, wohl aber von einem Honoratiorenverein, der den reformistischen Flügel der Konservativen im Landtag durch persönlichen Einsatz und wissenschaftliche Kompetenz unterstützte. Dabei spielte sich ein ähnlicher Vorgang ab wie im Falle der Stańczyken dreißig Jahre zuvor, nämlich die sukzessive Integration der kritischen Jungen in das konservative Krakauer politische Establishment und damit gleichzeitig die Wandlung desselben in Richtung der von den Jungen vertretenen politischen Ideen.[71])

Für unseren Zusammenhang liegt die Bedeutung des Konservativen Klubs in der erstmaligen Hinwendung eines Teils des konservativen Milieus zur organisierten politischen Tätigkeit außerhalb der parlamentarischen Gremien. Als sich der Verein im Jahre 1908

---

[68]) Wydawnictwa Klubu Konserwatywnego, Kraków 1896–1908, insgesamt 17 Hefte.

[69]) Die Zeitschrift, die zwischen 1898 und 1899 erschien, gehörte formell einzelnen Klubmitgliedern, wurde aber vom Klub subventioniert und verbreitete dessen Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

[70]) Ruch Społeczny 15. 2. 1898 (4), S. 83.

[71]) Dieser Integrationsprozess erfolgte insbesondere auch durch die Einbindung einzelner Führungspersönlichkeiten (etwa Władysław L. Jaworski) in die Redaktionen der altgedienten konservativen Organe, *Czas* und *Przegląd Polski*.

freiwillig auflöste, geschah dies im Zuge der Erkenntnis, dass die in den Statuten vorgesehenen Mittel nicht mehr den Zielen und Aufgaben seiner Mitglieder entsprächen, die sich nun über politische Aktionen und Volksversammlungen direkt den Massen zuzuwenden hätten. Die in diesem Sinne konzipierte Nachfolge sollte eine Organisation antreten, deren Gründung unmittelbar nach den Reichsratswahlen von 1907 eingeleitet worden war und die im Herbst desselben Jahres mit der ersten Vollversammlung offiziell ins Leben trat: die „Partei der Nationalen Rechten" (*Stronnictwo Prawicy Narodowej*, SPN). Unter den Gründern befanden sich prominente Mitglieder des Konservativen Klubs, unter ihnen dessen führender Kopf Władysław Leopold Jaworski, neben einem gewichtigen Kreis aus dem westgalizischen Landadel um den Landwirtschaftsverein (*Towarzystwo rolnicze*), der schon seit längerem zur Schaffung einer Parteiorganisation aufgerufen hatte.[72]) Der dreigliedrige Parteiname implizierte ein dreifaches Bekenntnis: die anerkannte Notwendigkeit einer Parteistruktur auch für die Konservativen; das Bekenntnis zur politischen Rechten (*Prawica*) im Landtag und gleichzeitig die Vermeidung des belasteten Begriffs des Konservativen; schließlich eine neue Akzentuierung des Nationalen.

Der letzte Punkt bildete gleichzeitig den Kernbestand der politischen Selbstdefinition. In Zeiten der Desintegration des nationalen Lagers trat die SPN mit dem Anspruch an die Öffentlichkeit, die einzige „gesamt-nationale" (*ogólno-narodowa*) Partei zu sein, die im Gegensatz zu den modernen „Kasten- und Klassenparteien" ein übergeordnetes Gesellschaftskonzept anzubieten hätte. Damit erfuhr das politisch obsolet gewordene Konzept der gesellschaftlichen Harmonie zwischen führungsbegabter Elite und Volk eine Transformation in die Richtung eines zwar nicht neuen, aber doch von den Konservativen auf neue Weise angeeigneten Harmoniekonzepts der nationalen Solidarität. Letzterer Begriff trug zweifellos eine ausgeprägte moralische Komponente in sich. Ähnlich wie zuvor die Rivalen aus dem demokratischen Lager zeigten sich nun die Konservativen bemüht, die eigene politische Schwäche mit einem Anspruch auf moralische Stärke zu kompensieren, und erneut war es also die imaginierte Nation, die diesen moralischen Gehalt zu stellen hatte. Neben der nationalen Solidarität benannte der erste Paragraph der Statuten die „religiöse Grundlage" als Basismerkmal der neuen Partei.[73]) Nation und Religion gingen hier also erneut eine enge Verbindung ein, allerdings unter anderen Prämissen als bisher: Nicht mehr eine

---

[72]) Vgl. insbesondere Tadeusz Starzewski, Sursum Corda! Partya konserwatywna a ruch ludowy [Sursum Corda. Die konservative Partei und die Volksbewegung], Kraków 1899, hier S. 5. Zu den Entstehungsbedingungen vgl. den Bericht des vorläufigen Ausschusses während der ersten Generalversammlung: Czas, 9. 9. 1907 (206): Sonderbeilage: Pierwsze Walne Zgromadzenie Stronnictwa Prawicy Narodowej [Erste Generalversammlung der Partei der Nationalen Rechten].

[73]) Statut Stowarzyszenia „Stronnictwo Prawicy Narodowej" [Statut der Gesellschaft ‚Partei der Nationalen Rechten'], Kraków 1910. Abgedruckt auch bei: Ignacy Pawłowski, Stronnictwa i programy polityczne w Galicji 1864–1918 [Parteien und politische Programme in Galizien 1864–1918], Warszawa 1966, S. 133–138. Vgl. insbes.: Walne zgromadzenie Stronnictwa Prawicy Narodowej odbyte w dniu 7 maja 1910 roku w sali Rady powiatowej w Krakowie [Generalversammlung der Partei der Nationalen Rechten am 7. 5. 1910 im Bezirkssaal in Krakau], Kraków 1910, S. 8–25 (Referat Starowieyski). Aus der politischen Zusammenarbeit waren daher explizit alle „antinationalen und Klassenparteien" ausgeschlossen (§ 3), die damit den Status von politischen „outcasts" erhielten. Vgl. auch die von der SPN herausgegebene programmatische Schrift: Najbliższe zadania [Die allernächsten Aufgaben], Kraków 1907.

Bedrohung von außen, seitens der feindlichen nicht-katholischen Mächte Russland und Preußen, stand im Vordergrund, sondern die Bedrohung von innen, insbesondere durch den Vormarsch der Sozialdemokratie. Die von den Konservativen in den 1880er-Jahren aufgebaute ideelle Funktion der Religion als Bindeglied von der Nation zu Dynastie und Staat geriet nun wieder in den Hintergrund gegenüber ihrer Funktion einer erhofften inneren nationalen Identifikation.

Neben jenen Elementen einer Grundpositionierung der Partei wurden die politischen Ziele „im Einzelnen" (§ 2a–c) formuliert: a) die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Stands der breitesten Schichten unter Bewahrung des patriotischen Gefühls, der Achtung des Rechts und der gesellschaftlichen Ordnung; b) die Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Arbeiterschutz; c) die Ausdehnung der Autonomie bzw. die Föderalisierung des Staats. Der letzte Punkt, seit 50 Jahren eine der Konstanten im Forderungskatalog der Polen, war mit der Einführung des neuen Wahlrechts zum Reichsrat in die Reihe der aktuellen Forderungen zurückgekehrt. Demgegenüber erinnerten die ersten beiden Punkte noch immer stark an den institutionell-technokratischen Ansatz der alten Konservativen gegenüber der Gesellschaft (freilich mit dem Arbeiterschutz als neuer Komponente), in deren Reformtradition man sich auch explizit einordnete. Die Volksschichten wurden also noch immer als zu manipulierende Kollektivobjekte betrachtet, nicht als Subjekte, denen gewisse politische Fundamentalrechte wie insbesondere das gleiche individuelle Stimmengewicht bei Wahlen zustanden. Das zeigte sich insbesondere in der Haltung der Konservativen gegenüber der Landtagswahlreform, die seit der ersten Vollversammlung eine beherrschende Stellung im internen Parteidiskurs einnahm. Eine Reform im Prinzip bejahend (schon um dem Reichsrat sein Übergewicht zu nehmen), musste eine solche aber gleichzeitig die Bewahrung einer polnischen, politisch gemäßigten und führungsbegabten Mehrheit garantieren. Nur dem Prinzip der allgemeinen, aber ungleichen Wahl (also der Beibehaltung des Kuriensystems) war man folglich bereit zuzustimmen, da nur eine langsame, „organische" Heranführung der Massen in die volle politische Verantwortung den Vertretern des „gesunden Fortschritts" (so die Selbstzuschreibung) genügend Zeit gebe, den zersetzenden Ideologien der Gegenwart entgegenzuwirken.[74])

Das Neuartige an der SPN war weniger an den Zielen, als an den Mitteln (§ 4) und an der Organisationsstruktur (§ 9–11) abzulesen. Zu den Organen gehörten neben der jährlich stattfindenden Vollversammlung ein Ausschuss, eine Kanzlei und die Institution der sogenannten Vertrauensmänner, die auf lokaler Ebene Arbeit für die Partei leisten und den Kontakt zur Zentrale aufrechterhalten sollten. Die SPN erreichte in ihrem Gründungsjahr 600 Mitglieder, dies ein Hinweis auf eine neue Qualität von Organisation, die allerdings noch fern von einer Massendimension war. Mit der Durchführung von öffentlichen Vorträgen und Diskussionen, von Publikationen[75]) und Petitionen an die politischen Gremien

---

[74]) Zur inhaltlichen Positionierung bei der ersten Vollversammlung siehe Czas 9. 9. 1907 (206), Sonderbeilage. Vgl. auch Antoni Górski, Stronnictwa konserwatywne wobec reformy wyborczej [Die konservativen Parteien gegenüber der Wahlreform], Kraków 1907. Zur Landtagswahlreform siehe Józef Buszko, Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905–1914 [Die Landtagswahlreform in Galizien 1905–1914], Warszawa 1956.

[75]) Als Presseorgan diente die Wochenschrift *Rola*. Außerdem erschienen periodisch Sonderveröffentlichungen zu einzelnen Themen.

(§ 4a–b) knüpfte man an den aufklärerischen Ansatz des Konservativen Klubs an. Neu waren dagegen die Teilnahme an Wahlen (c) und die Gründung von „Vereinen und anderen Unternehmungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben“. Während letzteres Ziel weitgehend Wunschdenken blieb, wurde der Präsenz bei Wahlen (Landtag 1908; Reichsrat 1911) besondere Aufmerksamkeit verliehen. Aufgrund der bescheidenen Mitgliederzahl, der eher geringen Bedeutung der Vollversammlungen gegenüber der Aktivität des Ausschusses in Wahlzeiten, des Organisationsprinzips der Vertrauensmänner und nicht zuletzt der elitären sozialen Zusammensetzung der Führungsriege lassen sich bei der SPN durchaus Züge einer Honoratiorenpartei erkennen, freilich nicht der westlich-bürgerlichen Art, sondern in einer adlig-akademischen Variante.

Besondere Aufmerksamkeit verlieh die SPN seit Beginn ihres Bestehens der Schaffung einer gesamtgalizischen, also den ostgalizischen Flügel miteinbeziehenden konservativen Partei. Die Krakauer Konservativen hatten zwar stets auf ebenso gesinnte Freunde im Ostteil des Kronlands zählen können, die auch ihre austrophile Grundhaltung teilten. Darüber hinaus konnte allerdings der Krakauer Konservatismus mit seiner personellen Dichte und seinen konsistenten politischen Ideen nie auf ein entsprechendes Milieu in der Landeshauptstadt zurückgreifen, die stets von Demokraten unterschiedlichster Art (nun zunehmend nationalistischer Färbung) beherrscht gewesen war und deren national radikalisierte Universität sich zunehmend entfernte von dem behäbigen Konservatismus der Jagiellonischen Universität. Immerhin schien ein Schritt in Richtung einer weiteren Konsolidierung auf institutioneller Ebene nach den Landtagswahlen von 1908 zu gelingen, als in Reaktion auf den Vormarsch der Oppositionsparteien eine geeinte Fraktion der „Landtags-Rechten“ (*Prawica Sejmowa*) mit erweiterten Befugnissen geschaffen wurde.[76])

Dann aber, gleichzeitig mit der Eröffnung des *Sejm* im Herbst 1908, rückte die Frage der Landtagswahlreform und des politischen Ausgleichs mit den Ruthenen in den Vordergrund der Landespolitik und damit ein Thema, das in den Kern der konservativ-konservativen West-Ost-Spaltung Galiziens traf, nämlich die unterschiedliche Perspektive der ländlichen Eliten im „polnischen“ und im „ruthenischen“ Teil des Landes. Treibende Kraft in den Bemühungen, die nationale Konfrontation durch eine Konzessionspolitik zu entschärfen, wurde ausgerechnet eine Figur, die zum Führungskreis der SPN gehörte: der im Jahre 1908 neu ernannte galizische Statthalter Michał Bobrzyński. Dessen Konzept war es, einerseits getreu der Prinzipien des aufgeklärten Konservatismus der SPN das Kronland im Innern zu stabilisieren und damit auch dem österreichischen Staat insgesamt zu dienen. Nur eine Konzessionspolitik gegenüber den Ruthenen war im Stande, deren (links-)radikale Elemente, die auch für das Attentat am galizischen Statthalter Andrzej Potocki im April 1908 verantwortlich gemacht wurden, zu isolieren und zu schwächen. Zum anderen ging es darum, vor dem Hintergrund der neuen österreichisch–russischen Spannungen (Annexionskrise) und des wachsenden Zuspruchs slawophiler Gesinnungsgruppen der Gefahr einer weitergehenden Einflussnahme Russlands zu begegnen, welches sich im ruthenischen Parteiengefüge auf die neuerdings ebenfalls radikalisierten Russophilen stützen konnte. Diesem durchwegs rationalen politischen Konzept stand die bedingungslos auf ge-

---

[76]) Czas 17. 9. 1908 (213), S. 1. Zu diesem Zeitpunkt bestand neben der Rechten mit 70 Mitgliedern der Klub der Linken (Demokraten), der Volkspartei (*Ludowcy*) sowie zwei Klubs der Ruthenen.

sellschaftliche Selbsterhaltung bedachte Perspektive der ostgalizischen Konservativen gegenüber. Diese, die Podolaken, besaßen zwar nach wie vor keine parteiähnliche Organisation, verfügten aber doch inzwischen über ein Presseorgan, die ehemals demokratische *Gazeta Narodowa*, und hatten insofern ebenfalls einen gewissen Modernisierungsschritt unternommen und ihre Schlagkraft im politisch-ideologischen Wettstreit um die öffentliche Meinung verstärkt.[77])

Im Herbst 1908 kam es im Zusammenhang mit der Wahl eines ruthenischen Landesausschussbeisitzers erstmals zu einer wegweisenden Konstellation, als die Krakauer Konservativen, die liberal-bürgerlich orientierten Demokraten und die Polnische Volkspartei im einen Sinne, ostgalizische Konservative und Nationaldemokraten im anderen Sinne stimmten. Wenig später brachen die weiter unten zu besprechenden, vorwiegend auf Fraktionsebene realisierten Bündnisse der „Demokratischen Union“ (zwischen Liberaldemokraten und Nationaldemokraten) und des klerikalen „Polnischen Volkszentrums“ auseinander. Zusammen mit der wachsenden Entfremdung zwischen den beiden konservativen Flügeln trugen diese Veränderungen dazu bei, dass sich jene erwähnte Konstellation vom Herbst 1908 sukzessive zu einem permanenten Dualismus zwischen dem sog. Statthalterblock (*blok namiestnikowski*) und dem ihm entgegengesetzten, nun durch klerikale Elemente ergänzten „Antiblock“ verfestigte. Ostgalizische Konservative warfen im Verein mit den Nationaldemokraten dem Westblock (*blok zachodni*) – wie er aus dieser Perspektive genannt wurde – vor, sich nicht in die gesellschaftliche Realität Ostgaliziens hineindenken zu können. Teile des ostgalizischen Gutsbesitzes begannen auch im Zuge der wachsenden internationalen Spannungen eine zunehmend freundliche Haltung gegenüber Russland einzunehmen, die dem traditionellen österreichloyalen und antirussischen Verständnis der westgalizischen Konservativen ebenfalls diametral zuwiderlief. Als daher anlässlich der dritten Vollversammlung der SPN im Jahre 1910 das Scheitern der Integration des galizischen konservativen Lagers auf den „mangelnden Anklang“ der Idee im Osten des Kronlands zurückgeführt wurde, war dies eine ausgesprochene Beschönigung eines weit fundamentaleren politisch-ideologischen Antagonismus.[78])

Die Reichsratswahlen von 1911 hatten zur Folge, dass sich die Fronten zwischen den beiden Blöcken weiter verhärteten. Innerhalb des ostgalizischen konservativen Lagers gaben sie einem weiter nach rechts tendierenden Flügel Auftrieb, der sich zur Fraktion des „Zentrum“ im Landtag zusammengefunden hatte und nunmehr unter starkem personellen Zuzug eine scharfe Oppositionspolitik gegen den Statthalter betrieb. Führende Figuren waren die Abgeordneten Włodzimierz Kozłowski und Jerzy Czartoryski. Einzurechnen ist auch der einflussreiche Tadeusz Cieński, der Vorsitzende der polnischen Wahlorganisation „Nationalrat“ (*Rada Narodowa*), die nun zu einem politischen Instrument des „Antiblocks“ wurde. Auch die *Gazeta Narodowa* wurde seit 1911 von diesem Flügel beherrscht.[79]) Gegen Ende des Folgejahres spitzte sich dann die Auseinandersetzung um die

---

[77]) Schon zu Beginn des Jahres 1909 sprach das Leitblatt der westgalizischen Konservativen, *Czas*, in aller Offenheit von „zwei Konservatismen“, einem reformfähigen (westgalizischen) und einem starr-reaktionären (ostgalizischen). Czas 5. 1. 1909 (3), S. 1.

[78]) Walne zgromadzenie 1910, S. 11.

[79]) Zu den Reichsratswahlen von 1911 und dem Wirken des Nationalrats vgl. ausführlich Abschnitt II. Während sich das „Zentrum“ außerhalb der Landtags-Rechten positionierte, agierte der gemä-

Landtagsreform zu. Zunächst hatten die Konservativen beider Landeshälften insoweit an einem Strang gezogen, als sie alle Forderungen von links nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht abzuwehren vermochten. Stattdessen sollte nach dem Muster der Reichsratswahlreform von 1897 das Kuriensystem durch die Schaffung einer allgemeinen Kurie ergänzt werden. Als nun 1912/13 die Anzahl der Mandate für die Ruthenen im neuen Landtag zur Debatte stand, einigte man sich zunächst polnischerseits auf 26,4 %, entsprechend der Quote im Reichsrat. In dem Moment aber, als die Blockparteien im Februar 1913 den Ruthenen einen zusätzlichen Schritt entgegenkamen und zwei weitere Sitze konzedierten, war es im Mai desselben Jahres der galizische Episkopat, der dem Antiblock zu Hilfe kam und durch einen offenen Brief den von den Ruthenen mitgetragenen Kompromiss torpedierte. Mit dem darauffolgenden Rücktritt Bobrzyńskis verschwand die zentrale Figur des vorangegangenen Allianzsystems.

Die Abkanzlung der bisherigen Politik durch die Kirchenhierarchie, traditionell immerhin eine der wichtigsten ideellen Stützen der Krakauer Konservativen, verlangte nach Konsequenzen. Es wuchs der Druck in den Reihen der SPN, sich neu zu orientieren und mit den Nationalkonservativen und Klerikalen gegen die nun wieder entfesselten linken Kräfte, insbesondere in der Volkspartei, einen Ausgleich zu finden. Ein entsprechender Antrag im Leitungsgremium der SPN erhielt im Juni 1913 immerhin mehr als ein Drittel der Stimmen. Die Landtagswahlen von 1913, die gemeinsam mit der veränderten internationalen Lage die erhöhte Nervosität wesentlich mitverursacht hatten, endeten bereits mit einer empfindlichen Niederlage der ehemaligen Blockparteien. Zwar stellten die westgalizischen Konservativen auch den neuen Statthalter, Witold Korytowski, unter dessen Ägide es auch gelang, die Landtagswahlreform doch noch zu einem positiven Abschluss zu bringen. Der eigentliche ideelle Kern der SPN musste jedoch noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen schweren Schlag hinnehmen, als ihr Führer, Władysław L. Jaworski, infolge der Verwicklung in einen Geldtransfer zugunsten des PSL-Führers Stapiński (s. u.) zur Niederlegung seines Reichsratsmandats gezwungen wurde. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nahmen die (west)galizischen Konservativen in führender Stellung an dem alle polnischen Parteien vereinigenden Obersten Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) teil, dessen programmatische Konzeption eines polnisch-habsburgischen Mitteleuropas in zentralen Belangen Jaworski zuzuschreiben war. Die militärische Niederlage der Mittelmächte besiegelte jedoch dann nicht nur das Schicksal des Habsburgerreichs, sondern auch dasjenige seiner loyalsten polnischen Mitstreiter, der (westgalizischen) Konservativen, die im neuen polnischen Staat keine politisch signifikante Rolle mehr spielen sollten.

b) Die Demokraten

Das Lager der Demokraten ging im Jahre 1889 mit dem bereits kurz erwähnten Lemberger „Städtetag“ (*wiec miast i miasteczek*) in die Offensive. Eine Versammlung von Städ-

---

ßigte Flügel der Podolaken unter dem greisen Dawid Abrahamowicz, die sog. „Autonomisten“ (*autonomiści*), noch im Rahmen jener 1908 zusammengefügten konservativen Fraktion. Vgl. die Zusammensetzung des Landtags zu Beginn des Jahres 1912 in: Słowo Polskie 11. 1. 1912, (17), S. 3. Das Zentrum umfasste zu diesem Zeitpunkt 15 Abgeordnete, die Autonomisten 25.

tevertretern mit politischen Zielen hatte bereits im Frühjahr 1885 und im Herbst 1888 in der Landeshauptstadt stattgefunden. Die erstgenannte Veranstaltung war weitgehend ein Produkt des Wahlkampfs gewesen, während es sich die breiter angelegte Manifestation von 1888 zum Ziel gesetzt hatte, die Öffentlichkeit mittels Diskussionen und Berichten über die politischen und wirtschaftlichen Probleme und Interessen der Städte aufzuklären. In beiden Fällen war das Lemberger demokratische Milieu die treibende Kraft gewesen, dessen Machtzentren nach wie vor im Gemeinderat und in den wichtigsten Zeitungsmedien der Stadt lagen. Das führende Organ der Demokraten auf der Ebene der Landespolitik war aber inzwischen die Krakauer *Nowa Reforma* geworden, deren Chefredakteur Tadeusz Romanowicz just in jenem Jahre 1889 nach Lemberg zurückkehrte, um gleich als erstes unter kräftiger Mithilfe jener Zeitung eine Hauptrolle bei der Inszenierung des Städtetags zu spielen. Unter den Einladenden befanden sich auch die Redakteure zweier Lemberger Blätter (*Kurjer Lwowski* und *Dziennik Polski*), eine Reihe von Abgeordneten, Bürgermeistern und Gemeinderäten von Krakau und Lemberg wie auch der Präsident der Krakauer Handels- und Gewerbekammer. Man zählte etwa 80 Anwesende, vor allem Bürgermeister sowie offizielle „Delegierte“, welche einen Großteil der galizischen Provinzstädte vertraten. Der Städtetag von 1889 kann demnach als die erste gesamtgalizische politische Manifestation des demokratischen Lagers bezeichnet werden, die nicht nur die traditionelle Kluft zwischen den beiden „Metropolen“ überwand, sondern auch das Milieu der mittelgroßen Provinzstädte in ein politisches Unterfangen einband. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass nicht wie bisher üblich eine Schicht (etwa Intelligenz oder Wirtschaftsbürgertum) als ideeller Träger eines demokratischen Konzepts erschien, sondern die Stadt als „inklusive“ politische Körperschaft. In der imaginierten Stadt, in ihrer Rolle als Vorreiterin des gesellschaftlichen Fortschritts sollten sich die sozialen Gegensätze aufheben und die Nation der Zukunft geprägt werden.[80])

Der Städtetag war – und dies stellte wiederum keine Besonderheit dar – an einem Wahlgang orientiert, den Landtagswahlen vom Juli 1889. Die Resolution, welche den Delegierten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wurde, bestand demnach aus zwei Teilen: einem politischen Programm und einer Wahlorganisation mitsamt Wahlstrategie. Beide Teile hingen insofern zusammen, als sich jeder Kandidat, der auf die Unterstützung des prospektiven Wahlkomitees hoffte, auf jenes Programm zu verpflichten hatte. Darüber hinaus ist das Programm des Städtetags jedoch ein Zeitdokument von Bedeutung, da es auf einer bisher nicht erreichten gesellschaftlichen Breite die politischen Grundpositionen des demokratischen Lagers umschrieb. Die zwölf Punkte, von denen zwei durch die Versammlung modifiziert wurden, berührten ein breites Spektrum von liberalen, demokratischen, sozialen und nationalen Postulaten. Liberal waren die Forderungen nach Abbau und Effizienzsteigerung der Verwaltung und nach Stärkung der Gemeinden, aber auch die Unterstützung der „gerechtfertigten Anliegen der Ruthenen“. Von demokratischer Gesinnung

---

[80]) Der Aufruf in Nowa Reforma 26. 4. 1889 (96), S. 2. Zur Geschichte der galizischen Demokraten in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg mit Schwergewicht auf dem Ideengeschichtlichen siehe: Maciej Janowski, Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy ideowe polskiej demokracji liberalnej w Galicji w latach 1889–1914 [Die Intelligenz gegenüber den Herausforderungen der Moderne. Ideelle Dilemmata der polnischen Liberaldemokraten in Galizien in den Jahren 1889–1914], Warszawa 1996.

zeugte die Forderung nach Aufhebung der Kurien und Stärkung der Städtevertretungen sowie allgemein das Eintreten zugunsten einer Politik für das Volk. In eine sozialpolitische Richtung wies die Aufforderung an die Gesetzgeber, die öffentlichen Lasten gerechter nach den Möglichkeiten jedes einzelnen zu verteilen und die Grundlagen für eine Sozialversicherung zu schaffen. National inspiriert waren zweifellos die Berufung auf die Resolution von 1868, die Proklamation einer unabhängigen Haltung gegenüber der Regierung sowie die Forderung nach Durchsetzung der polnischen Sprache in denjenigen Ämtern, wo noch das Deutsche verwendet wurde. Manche Punkte waren sicherlich der tradierten Phraseologie zuzuordnen und ließen daher auch innere Widersprüche erkennen, wie die Forderung nach konsequenter Polonisierung der Verwaltung bei gleichzeitiger Anerkennung der gerechtfertigten Forderungen der Ruthenen auf sprachlichem Gebiet. Andere Punkte wie die sozialpolitischen Postulate und die Wahlreform wiesen hingegen durchaus in eine neue Richtung.[81])

Die Demokraten sahen im Städtetag von 1889 ein historisches Ereignis, auf welches sie sich später in diversen Konstruktionen ihrer eigenen Geschichte immer wieder berufen sollten. Tatsächlich markiert er den entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Demokraten von einer im virtuell-diskursiven Raum anzusiedelnden Gruppe zu einer politischen Organisation. Mehr noch als die an sich schon bemerkenswerte Tatsache des physischen Zusammenkommens politisch Gleichgesinnter aus allen Teilen Galiziens wirkten die Beschlüsse des 28. April 1889 anspornend für die Herausbildung eines in sich konsistenten politischen Lagers. Fassbar wurde dies zunächst einmal im Landtag, wo die Demokraten nun eine eigene, festgefügte Fraktion bildeten, den „Klub der *Sejm*-Linken“ (*Klub Lewicy Sejmowej*) unter der Obmannschaft des ehemaligen Krakauer Bürgermeisters Ferdynand Weigel. Diese Fraktion war es auch, die knapp zwei Jahre später ein zweites einheitsstiftendes Manifest veröffentlichte, den Wahlaufruf zu den Reichsratswahlen von 1891.[82]) Eine Konstituierung als eigene parlamentarische Gruppe im Wiener Parlament kam nicht in Frage, weil das solidarische Auftreten vis-à-vis der anderen nationalen Vertreter und der Regierung auch von den Demokraten als politische Maxime aufrecht erhalten wurde. Unrealisiert blieb allerdings auch ein Hauptziel des Städtetags, nämlich die Verankerung einer dauerhaften Organisation außerhalb des Landtags. Die zu diesem Zweck initiierte Gründung eines politischen Vereins mit eigenem Statut konnte nie umgesetzt werden. Die Abstützung auf einem landesweiten Vereinswesen blieb einer späteren Phase vorbehalten.

Die Bemühungen des demokratischen Lagers um Konsolidierung und Organisierung in einer Zeit des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs konnten nicht verhindern, dass die nun anbrechenden 1890er-Jahre zunächst einmal in die entgegengesetzte Richtung wiesen, nämlich in die Richtung von Zerfall und Zersplitterung. Ein Teil der radikaleren Elemente des Lemberger Milieus schuf im Jahre 1894 den „Polnischen Demokratischen Verein“ (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP), die Keimzelle der ein Jahr später gegründeten Volkspartei (*Stronnictwo Ludowe*, SL, s. u.), ein anderer Teil verhalf den noch

---

[81]) Zur Wahlorganisation siehe Abschnitt II. Die Resolution des Städtetags wörtlich in Nowa Reforma 30. 4. 1889 (99), S. 1. Abänderungsanträge ebd. 2. 5. 1889 (101), S. 1. Siehe auch Feldman, Stronnictwa II, S. 30 f.

[82]) Siehe Nowa Reforma 27. 1. 1891 (21), S. 1 sowie die erhellende Interpretation von Programm und Organisation als Instrumente politischer Modernisierung ebd. 6. 2. 1891 (29), S. 1.

außerhalb des Landtags agierenden Sozialdemokraten zu eigenen Parteiorganisationen (s. u.). Dadurch verlor das alte Lemberger demokratische Milieu seine linksliberale Hälfte, zumal der in die Hauptstadt zurückgekehrte Romanowicz im Jahre 1890 zum Mitglied des Landesausschusses ernannt wurde und deswegen (wie er selbst in einer Wählerversammlung bekannte) nicht mehr wie bisher „den Säbel der Opposition schwingen" konnte.[83]) So wurde nun, in den 1890er-Jahren, in Umkehrung der bisherigen Rollenverteilung, Krakau zum Zentrum der Linksdemokraten. Programmatischer Kristallisationspunkt war die Tageszeitung *Nowa Reforma*, zentrale Figur der Landtagsabgeordnete Jan Rotter. Die Gründung der SL stimulierte die Krakauer Liberal-Progressiven, die bei den Reichsratswahlen von 1897 mit einem Programm der sozialen und politischen Reform und einer Sympathieerklärung für die 1895 gegründete Volkspartei an die Öffentlichkeit trat. Sie tat dies unter dem Namen „Demokratische Partei" (*Stronnictwo Demokratyczne*), ohne allerdings Parteikriterien (also vor allem eine feste Struktur und Organisation) aufweisen zu können.[84])

Zur Schaffung einer modernen Partei auf Programmbasis, welche sowohl über die lokale Beschränkung örtlicher Milieus als auch über die Konstitution einer Landtagsfraktion hinausgereicht hätte, wäre eine einheitliche Standortbestimmung hinsichtlich der großen Themen der Zeit – soziale Frage, Demokratisierung und Massenbewegung – eine notwendige Voraussetzung gewesen. Spätestens seit 1896 wurde auch für die Demokraten die Wahlrechtsreform zum zentralen internen Problem. Diese Thematik übernahm damit eine ähnliche Leitfunktion im politischen Diskurs wie dies für die staatspolitische Kontroverse in den 1860er- oder die Frage der Verwaltungsreform in den 1880er-Jahren gegolten hatte. Ein Teil der Demokraten blieb der alten Forderung nach einer Erhöhung der Städtemandate im Landtag verhaftet, während der progressivere Krakauer Flügel zusätzlich eine allgemeine Wahlkurie nach dem Muster der Reichsratswahlordnung von 1896 oder gar die Abschaffung der Kurien befürwortete. Genau entlang dieser Linie spaltete sich im Jahre 1898, nach zwei entsprechenden Wahlreformanträgen im *Sejm*, der demokratische Landtagsklub. Der rechte Flügel, die „Sezession" (*secesja*), formierte am Ende dieses Jahres ihre eigene Fraktion, den „Klub des Linken Zentrums" (*Klub Lewego Centrum*), der sich gleichzeitig der übergeordneten „Konservativen Union" annäherte.[85]) Der verbliebene „Demokratische polnische Klub" (*Klub demokratyczny polski*), zahlenmäßig deutlich geschwächt, suchte sich demgegenüber noch stärker an die linken Kräfte im Lande anzulehnen und intensivierte die Zusammenarbeit mit der Fraktion der Volkspartei (*Klub ludowców*). Erst jene durch die Abspaltung des rechten Flügels geschaffene ideologische Klärung schuf im Verein mit der Welle von Parteigründungen in den späten 1890er-Jahren und einem erneut wirksamen Impetus eines anstehenden Wahlaktes (der Reichsratswahlen von 1900/1901) die Voraussetzung für die Proklamierung der ersten parteiähnlichen Organisation der galizischen Demokraten.

Diese „Polnische Demokratische Partei" (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*, PSD[86])) wurde offiziell in einer Versammlung in Lemberg im August 1900 ausgerufen, an der ne-

---

[83]) Kurjer Rzeszowski 14. 3. 1897 (11), S. 1 f.
[84]) Nowa Reforma 4. 3. 1897 (51), S. 1.
[85]) Nowa Reforma 30. 12. 1898; Trzecieski, O stronnictwach.
[86]) Zunächst verwendete man, auch in den offiziellen Verlautbarungen, zumeist die Bezeichnung *Stronnictwo Demokratyczne Polskie*, SDP. Erst mit der Neukonstituierung im Jahre 1907 wurde die

ben Abgeordneten einflussreiche Vertrauensmänner, lokale Funktionsträger und Journalisten, teilnahmen, insgesamt etwa 80 Personen. Das hierbei beschlossene und in der Folge in Hunderten von Exemplaren verteilte „Programm“[87]) war keineswegs eine konzise politische Absichtserklärung, sondern viel eher ein ausschweifender politischer Traktat in der besten Tradition galizischer Essayistik. In einem ersten Teil musste die explizit benannte politische Zeitenwende, in den die Verfasser das Dokument an zentraler Stelle eingebettet sehen wollten, verdeutlicht werden anhand eines in vier Schritten schematisierten Narrativs: Desolate Lage der politischen und sozialökonomischen Gegenwart – Zuweisung der Verantwortlichkeit an die bisher herrschende „konservative Partei“ – Erwachen der bäuerlichen und städtischen Massen zu politischer Reife und nationalem Geist – schließlich die Lösung: Konsolidierung aller demokratischen Kräfte als antikonservative „Demokratische Union“. Dem folgte das eigentliche politische Programm. Neben den altbekannten Punkten Autonomie, Bildungspolitik und Gemeindereform lag das größte Gewicht (etwa zwei Drittel des programmatischen Teils) auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik: integrale Wirtschaftsförderung (inkl. Großindustrie) und gleichzeitig aktive Sozialpolitik zum Schutz der Schwachen vor einem „falschen ökonomischen Liberalismus“. Im Weiteren wurde explizit auf nationale Toleranz gegenüber den Ruthenen Wert gelegt und die Schädlichkeit des konfessionellen Zwistes konstatiert. In der Wahlrechtsfrage bestätigte man die zwei Jahre zuvor im Landtag aufgestellte Forderung nach einer allgemeinen Wahlkurie für den *Sejm*, faktisch also den Nachvollzug des Reichsratswahlrechts, während man im übrigen in nationalpolitischer Beziehung abgesehen von der Erwähnung der „nationalen Pflichten“ (*narodowe obowiązki*) gegenüber der Bukowina und Österreichisch-Schlesiens streng im Rahmen einer galizischen Optik blieb. Der dritte Teil des „Programms“ verkündete schließlich eine neue politische Taktik, die sich aus den Grundsätzen des ersten und dem programmatischen Selbstverständnis des zweiten Teils ergeben sollte: einerseits Bruch mit dem Zentralwahlkomitee und gegebenenfalls Schaffung eines „demokratischen“ Wahlkomitees; andererseits zwar Bekenntnis zum Wiener Polenklub, aber unter Forderung einer grundlegenden Veränderung von dessen innerer Verfasstheit nach Muster des föderalistisch strukturierten Polenklubs im Landtag.

Die Schöpfer des Programms von 1900 wollten dieses als zweiten Markstein (nach 1889) in der Geschichte der galizischen Demokraten verstanden wissen. Dieser Anspruch wurde untermauert mit einer entsprechend opulent vorgetragenen politischen Vision: Die alte Idee der *Demokracja Polska* solle gerade jetzt, in Zeiten der politischen Segmentierung, verwirklicht werden in der Form eines demokratischen Bündnisses zwischen Stadt, ländlichem Volk (*lud*) und „werktätiger Masse“ (*masa pracująca*) gegen Oligarchie, Egoismus und politischer Reaktion und mit den höchsten moralischen Gütern vor Augen: „denn in unserem Lager das Land, die Nation, die Heimat“. Wenn nun ein größerer Sturm in der galizischen politischen Arena ausbrach, so lag dies weder an den rhetorischen Ausflügen zur Sozialdemokratie oder zu Grillparzer (dessen Gebrauch des Wortes „Lager“ natürlich missverstanden oder uminterpretiert wurde) noch an dem Programm, welches doch nur

---

umgekehrte Wortfolge üblich. Da es sich jedoch um ein und dieselbe politische Richtung handelte, wird hier schon für 1900 ff. der Name PSD verwendet.

[87]) Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego, Lwów 1900. Auszugsweise auch in Feldman, Stronnictwa, 2. Bd., S. 40–43.

bedingt (man denke an die Wahlrechtsfrage) dem Leitslogan des Texts – „nach links!“ (*na lewo*) – entsprach, sondern an den konkreten Konsequenzen, die man von einer effektiven geeinten Opposition zu befürchten hatte. In den nun folgenden rhetorischen Gefechten war selbstverständlich auch der konservative Gegner darum bemüht, mit der nationalen Parole auf dem Banner ins Feld zu ziehen, ließ sich doch die angedrohte Aufkündigung der nominell auf nationaler Solidarität gründenden politischen Organe und die Eventualität einer Zusammenarbeit mit der „antinationalen“ Sozialdemokratie trefflich als doppelter nationaler Verrat brandmarken.

Die Folgen für die praktische Politik standen allerdings in keinem Verhältnis zur aufgeregten Stimmung. Die Allianz mit der Volkspartei blieb auf gemeinsame politische Auftritte und kurzfristige taktische Manöver beschränkt, während man gegenüber der Sozialdemokratie bald wieder Distanz markierte. Die Unterschiedlichkeit des Rekrutierungsmilieus und die programmatischen Differenzen, insbesondere wieder in der Wahlrechtsfrage, schlossen eine weitergehende Annäherung aus. Folgenlos blieb auch das bei der Gründungsversammlung des 24. August 1900 beschlossene Organisationsstatut, das (immerhin erstmals für die galizischen Demokraten) eine feste innere Struktur mit einem Parteiausschuss vorgesehen hatte. Am folgenschwersten war der Zersetzungsprozess, den die Demokraten infolge des Programms von 1900 durchlitten. Die Mehrheit des Landtagsklubs distanzierte sich von dessen politischer Intention, insbesondere auch der zunächst am Prozess beteiligte starke Lemberger Flügel, der auch den dortigen Stadtrat beherrschte und den Bürgermeister (Godzimir Małachowski) stellte. Fortan gab es die Partei der „Konzentrierten Demokraten“ (*koncentraci*) und die Partei der „*Sejm*-Linken“ (*Stronnictwo Demokratyczne Lewicy Sejmowej*). Die Erstere konnte sich auf eine „Zeitungskoalition“ (*Nowa Reforma* in Krakau und *Słowo Polskie* in Lemberg) verlassen und wusste zwei populäre politische Figuren (Jan Rotter und Tadeusz Romanowicz) hinter sich, während sich die Letztere insbesondere auf das national gesinnte Lemberger Bürgertum stützte. Empfindliche Wahlniederlagen in den Jahren 1900 und 1901, die vor allem die „Konzentrierten“ heimsuchten, führten dann bereits im Jahre 1902 zu einem breiten Versöhnungsakt im *Sejm*, der freilich nur unter dem Preis einer vollständigen Aufgabe des von den „Konzentrierten“ angestrebten oppositionellen Kurses gelang: keine Infragestellung des Polenklubs (vorangegangen war allerdings eine milde Statutenreform), keine festen Bündnisse mit anderen Parteien und vor allem kein explizites Eintreten für eine allgemeine Wahlkurie, sondern nurmehr eine unverbindliche Erklärung zugunsten einer Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten.[88])

Während in Lemberg das linksdemokratische Element durch den Verkauf von *Słowo Polskie* an die Nationaldemokraten weiter geschwächt wurde, widersetzte sich ein Teil der Krakauer einer solchen Rückkehr zur Politik des Kompromisses und der programmatischen Unverbindlichkeit. Unter Führung von Rotter, der jenem neuvereinigten Landtagsklub nicht beigetreten war, kam es zu einem neuerlichen Versuch, auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis eine städtische Partei progressiv-oppositionellen Zuschnitts rechts von der Sozialdemokratie zu initiieren. Kristallisationskern wurde der bereits 1901 in Kra-

[88]) Bericht über den gemeinsamen Beschluss der demokratischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten vom Mai 1902 in Nowa Reforma 21. 5. 1902 (114), S. 2.

kau gegründete „Demokratische Verein“ (*Towarzystwo Demokratyczne*), dessen politischem Profil sich auch *Nowa Reforma* verpflichtet fühlte.[89]) Politisches Leitthema blieb die Wahlrechtsfrage. In dem Moment, als diese im Oktober 1905 durch die Diskussion im Reichsrat in eine neue Phase eintrat, entschloss sich der Landtagsklub nun doch, in Ergänzung zur altbekannten Forderung nach einer Erhöhung der Städtemandate für die Einführung der fünften Wahlkurie (allerdings unter Beibehaltung der indirekten Wahl in den Landwahlbezirken) einzutreten. Gleichzeitig ging der Krakauer „Demokratische Verein“ noch einen entscheidenden Schritt weiter und forderte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für beide Vertretungskörperschaften. Für einen demokratisch gewählten Landtag sprach nicht allein ein „linkes“ Selbstverständnis, sondern mindestens in gleichem Maße eine nationalpolitische Überlegung: Ein nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht bestelltes Wiener Parlament würde unweigerlich die Bedeutung des Landtags schwächen und damit den auf Autonomisierung des Kronlands hinwirkenden Bestrebungen zuwiderlaufen. Nur die linken Demokraten um den „Demokratischen Verein“ konnten zu diesem Zeitpunkt also aufgrund ihrer Propagierung der „großen“ Wahlreform auch für den Landtag für sich in Anspruch nehmen, den altgedienten ideellen Konnex der Demokraten zwischen Volks- und Nationspostulat konsequent politisch zu Ende zu denken.

War der „Demokratische Verein“ also auf der Höhe der Zeit, so sah er sich auch in einer ausreichend starken politischen Position, um im Vorfeld der Reichsratswahlen von 1907 die Initiative zu ergreifen. Im Februar dieses Jahres erklärte er in Krakau (in den Lokalitäten von *Nowa Reforma*!) seine Organisation zum Kern einer neuerlich, nun allerdings auf breiterer Basis fundierten „Polnischen Demokratischen Partei“ (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*, PSD). Dieser formell durch eine Versammlung von Vertrauensmännern vollzogene Akt war erneut von der Proklamierung und Verabschiedung eines politischen Programms begleitet.[90]) Die Verfasser nahmen zwar Bezug auf das Programm der „Konzentration“ von 1900, sahen aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Revision begründet in den zwei großen Veränderungen der vergangenen sieben Jahre: der Reichsratswahlreform und dem politischen Wandel in den anderen Teilungsgebieten, insbesondere natürlich im russischen. So bekam das dem Text vorangestellte höchste Ziel der „nationalen Wiedergeburt“ (*odrodzenie*) in seiner Formulierung von 1907 im Vergleich zu 1900 eine andere Note. Neu waren aber vor allem einzelne inhaltliche Punkte, zunächst das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf allen politischen Ebenen, sodann die Forderung nach einer umfassenden Gleichberechtigung der Frauen (allerdings ohne explizite Erwähnung des Frauenstimmrechts) und einer Sozialversicherung gegen Alter, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit, schließlich die Demokratisierung der Kreditinstitute, Verstaatlichung der öffentlichen Institutionen (Eisenbahnen) und die Verringerung der Militärlasten. Neu definiert war auch das Verhältnis zu den konkurrierenden Kräften. Nicht mehr der Gegensatz zu den Konservativen, deren Schwächung in den Wahlen voraussehbar war, stand im Zentrum der politischen Legitimation, sondern die doppelte Abgrenzung gegenüber den Konkurrenten der Zukunft, der Sozialdemokratie und der Ideologie des Klassenkampfs einerseits, der Nationaldemokratie und der Ideologie des „Chauvinismus“ (*szowinizm*) anderer-

---

[89]) Siehe: Statut Towarzystwa Demokratycznego, Kraków 1901.
[90]) Nowa Reforma, Beilage zu 27. 2. 1907 (96).

seits. Eine freundliche Haltung nahm man wieder gegenüber der Polnischen Volkspartei ein, mit welcher eine Wahlallianz geschlossen wurde, ohne dass man den ideologischen Überschwang des Jahres 1900 wiederholte.[91])

Trotz ihres durch die Namensgebung unterstellten umfassenden politischen Anspruchs war auch die PSD des Jahres 1907 zunächst einmal eine Krakauer Organisation, geschaffen nicht zuletzt im Hinblick auf die Wahlen in der Stadt. Abwesend war hingegen die gesamte Lemberger demokratische Elite, die vorderhand keine entsprechende Organisation schuf. Aber auch in Krakau hatte sich ein Teil der etablierten Demokraten nicht mit dem aus dem „Demokratischen Verein" herausgeschälten Profil der neuen Partei anfreunden können und stattdessen eine eigene, weiter rechts stehende „Bürgerpartei" (*stronnictwo mieszczańskie*) ins Leben gerufen. Eine führende Rolle spielten dabei der Bürgermeister der Stadt, Juliusz Leo, und einer der größten und bekanntesten Fabrikanten Krakaus, Edmund Zieleniewski. Der von der Gründungsversammlung gewählte Parteivorstand der PSD versammelte seinerseits prominente Abgeordnete (Ignacy Petelenz, Adam Doboszyński u. a.) und einflussreiche Redakteure (u. a. der Chefredakteur von *Nowa Reforma*, Michał Konopiński), aber auch etwa den Bahnhofsvorsteher von Krakau. Insgesamt war ein starkes Übergewicht der Intelligenzberufe nicht zu verkennen, trugen doch zwei von drei Mitgliedern des Parteivorstands den Doktortitel.[92]) Dieser Vorstand sollte laut Parteistatuten mit zu gründenden Ortskomitees in Verbindung stehen, also eine zentrale Funktion beim Aufbau einer tatsächlichen Landesparteiorganisation spielen. Diese Idee wurde jedoch kaum in die Tat umgesetzt, und es war vielmehr der vom selben Personenkreis gebildete Demokratische Verein, der sich über die Wahlen hinaus als dauerhafte Institution in Krakau etablierte und in anderen Städten vornehmlich Westgaliziens Nachahmer fand.

Das große politische Desiderat der Demokraten nach 1907 blieb also die Schaffung einer in der territorialen Weite und gesellschaftlichen Tiefe verankerten Parteiorganisation. Weiterhin diffus blieb auch die programmatische Ausrichtung, zumal zwei der ideell prägenden Figuren der vergangenen Jahrzehnte, Tadeusz Romanowicz und Jan Rotter, kurz nacheinander (1904/1906) verstorben waren. Das vor allem fraktionstaktisch motivierte Bündnis mit den Nationaldemokraten („Demokratische Union"[93])) erschwerte zusätzlich die Schaffung einer gemeinsamen ideologischen Plattform, auf der man eine integrierte Parteiorganisation hätte aufbauen können, zumal das demokratisch–nationaldemokratische Nahverhältnis vor allem eine Sache des national besonders sensibilisierten Lemberger Milieus war. Trotz teilweise gemeinsamen Wurzeln und programmatischen Berührungspunkten beider Parteien gab es im politischen Stil und in Sachfragen gravierende Differenzen zwischen Nationaldemokraten und „adjektivlosen Demokraten" (*demokraci bezprzymiotkowe*), wie es damals im galizischen politischen Jargon gängigerweise hieß. Ein zentraler Punkt war die seit Herbst 1908 neu aktualisierte Frage der Landtagswahlreform, bei der die Demokraten hauptsächlich mit Rücksicht auf ihre jüdischen Exponenten und Wähler die von den Nationaldemokraten propagierte Einführung eines nationalen Katasters ablehnten und an dessen Stelle „traditionelle", nach sozialen Kriterien definierte Formen der Wahlrechtsabstufung vorschlugen.

---

[91]) Siehe dazu auch Abschnitt II.
[92]) Nowa Reforma 25. 2. 1907 (92), S. 1.
[93]) Vgl. Näheres in Abschnitt III.

Es kann daher kaum überraschen, dass die Beendigung des demokratisch–nationaldemokratischen Experiments den Bemühungen der Demokraten um eine Konsolidierung ihres eigenen Lagers Auftrieb verlieh. Zunächst, noch im Januar 1909, betraute eine Versammlung der demokratischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten eine Kommission mit der Aufgabe, gemeinsam mit dem Hauptrat der PSD ein konsensträchtiges Programm auszuarbeiten.[94]) Im Folgejahr kam es zur großen Parteikrise der Nationaldemokraten, welche den Demokraten zwei prominente Lemberger Exponenten zuführte (s. u.). Einer von ihnen, Roger Battaglia, initiierte die Gründung eines „Demokratischen Vereins" in Lemberg nach Muster der bereits bestehenden Vereine in Krakau, Bochnia und Przemyśl. Weitere solche Vereine sollten bald folgen. Ihre Aufgabe war es, auch im Osten den notwendigen gesellschaftlichen Unterbau für eine Parteigründung zu schaffen.[95]) Formell waren diese Vereine aufgrund der beschriebenen gesetzlichen Vorschriften unabhängig. Tatsächlich bildeten sie ein personell-ideelles Netz, ein Umstand, der nicht zuletzt dank der inzwischen großzügigeren Handhabung des § 33 Vereinsgesetz möglich war. Gleichzeitig nutzten die Demokraten die verbreiterte personelle Basis dazu, auf der Ebene der Vertretungskörperschaften die Strukturen zu vereinheitlichen. Noch im September 1910 beschloss eine Versammlung führender west- und ostgalizischer Demokraten die Einrichtung eines dauerhaften Parlamentarier-Ausschusses unter Beteiligung wichtiger externer Personen (im Speziellen wiederum von Redakteuren). Die neue Einigkeit wurde bei den Reichsratswahlen von 1911 getestet, als erstmals eine landesweit agierende Wahlorganisation auf Basis der bestehenden Partei- und Vereinsorganisationen sowie der parlamentarischen Elite der Demokraten zustande kam (s. u.).

Der nächste Schritt folgte bereits im März 1912 mit der Ausrufung einer landesweit konstituierten demokratischen Partei. Die Gründungsversammlung in Lemberg vereinigte 172 Personen, Vertreter der inzwischen auf sechs angewachsenen Demokratischen Vereine, eingeladene Vertrauensleute aus anderen Provinzstädten, Bürgermeister aus neun Städten sowie natürlich die politische Elite der Partei, die Parlamentarier. Die Versammlung übernahm von der Krakauer Partei nicht nur den Namen „Polnische Demokratische Partei" (PSD)[96]), sondern basierte auch ihr Programm weitgehend auf demjenigen von 1907. Zu diesem gehörte auch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag. Viel hatte allerdings dieser letzte Punkt gerade aus der Feder der Demokraten nicht zu bedeuten: Gerade sie hatten seit 1908 mit einer Doppelstrategie geglänzt, die auf der einen Seite, gegenüber der Öffentlichkeit, die populäre, inzwischen zur Leerformel degenerierte integrale Demokratisierung des Wahlrechts gepriesen hatte, während gleichzeitig mit den anderen politischen Akteuren Kompromisse in Richtung eines Kurienwahlrechts eingegangen wurden. Vordergründig rechtfertigte man die inkonse-

---

[94]) Nowa Reforma 11. 1. 1909 (14), S. 1.

[95]) Nowa Reforma 23. 9. 1910 (434), S. 1 und 10. 10. 1910 (462), S. 1; Czas 23. 5. 1911 (233), S. 1. Siehe auch die Registrierungsakten in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 396–401.

[96]) Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego uchwalony we Lwowie dnia 25. marca 1912 na krajowym zjeździe delegatów i mężów zaufania Stronnictwa [Programm der Polnischen Demokratischen Partei beschlossen in Lemberg am 25. 3. 1912 auf der Landesversammlung der Delegierten und der Vertrauensmänner der Partei], Lwów o. J. (1912). Abgedruckt auch in: Nowa Reforma 26. 3. 1912 (139), S. 1.

quente Haltung mit dem Argument, man könne eine „radikale“ Lösung gegenüber der konservativen Mehrheit im *Sejm* nicht durchsetzen; tatsächlich handelte es sich jedoch um ein probates Mittel, die eigenen heterogenen Ansichten und Prioritäten (Erhaltung der eigenen Mandatsstärke, Bewahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien) mittels einer Externalisierung der Problemursache zulasten der Konservativen zu überspielen.

Zu den Aufgaben der Gründungsversammlung von 1912 gehörte auch die Verabschiedung eines Organisationsstatuts, das die neue Partei auf eine dauerhafte Grundlage stellen sollte. Man ging von den inzwischen gegründeten politischen Vereinsorganisationen aus, die, soweit mehrere an einem Ort vorhanden, gebündelt werden sollten und der jährlich abzuhaltenden „Landesvertrauensmännerversammlung“ (*Krajowy zjazd mężów zaufania*) ihre Delegierten zu schicken hatten. Diese Versammlung hatte einen 25 Mitglieder umfassenden „Hauptrat“ (*Rada Naczelna*) zu wählen sowie für zwei Jahre den Präsidenten und seinen Stellvertreter. Dem Hauptrat sollten außerdem automatisch die Abgeordneten angehören. Die Gründungsversammlung von 1912 wählte zunächst nur den Präsidenten (den Lemberger Advokaten und Landesausschussbeisitzer Władysław Jahl) sowie die drei Vizepräsidenten. Die durch das Statut vorgesehenen strukturellen Bedingungen für die Bestellung des Hauptrats waren noch nicht gegeben, so dass hierfür bis zur Einberufung der nächsten Vollversammlung das Kooptationsprinzip zur Erreichung der Mitgliedszahl von 25 vorgesehen wurde. Diese Folgeversammlung fand erst im Juni 1914 statt, unter Beteiligung von 95 Personen. Das Schwergewicht hatte sich nun wieder nach Lemberg zurückverlagert, welches nicht weniger als 20 Delegierte (gegenüber 3 aus Krakau) entsandte. Neben den beiden „Metropolen“ waren die meisten größeren Provinzstädte aus beiden Teilen Galiziens vertreten, nicht aber kleinere Städte. Das Rekrutierungsmilieu hatte sich also nicht auf die „Landstädte“ ausgebreitet, die ländliche Bevölkerung blieb der PSD trotz aller Volksrhetorik bis zum Schluss verschlossen.

Die verschiedenen Elemente der „Erblast“ der Demokraten – der Widerspruch zwischen Programmatik und Praxis, die Präponderanz der Parlamentarier und die schwache Verankerung in der Gesellschaft – ließen bereits im Vorfeld der Lemberger Gemeinderatswahlen eine zunächst kleine, aber gut organisierte und schnell wachsende Alternative entstehen, die sich personell teilweise aus dem linksdemokratischen Milieu der 1890er Jahre (Adam Lisiewicz, Mitbegründer des TDP) nährte, vor allem aber Zulauf von der linken Jugend in der Landeshauptstadt bekam: die „Polnische Fortschrittspartei“ (*Polskie Stronnictwo Postępowe*, PSP). Eng mit der paramilitärischen Schützenbewegung verbunden, war diese Partei bereits im Jahr nach ihrer Gründung in 20 Städten organisiert, besaß zwei Abgeordnete im Reichsrat sowie ein Presseorgan (*Wiek nowy*: Neues Zeitalter). Ihr Programm umfasste die vollständige Demokratisierung des Wahlrechts, eine kirchenkritische Komponente, weitergehende Zugeständnisse gegenüber den Ruthenen sowie eine Nähe zur Sozialdemokratie, um deren Integration in die polnische politische Gesellschaft sie sich bemühte.[97]) In den Reichsratswahlkampf von 1911 zog sie mit der Parole einer Wiederbele-

---

[97]) Siehe das Parteiprogramm in Michał Janik, W służbie idei niedpodległości. Pamięci Hipolita Śliwińskiego [Im Dienste der Unabhängigkeitsidee. Die Erinnerungen von Hipolit Sliwiński], Kraków 1934, S. 28. Das Organisationsstatut von 1913 bei Pawłowski, Stronnictwa, S. 138–144 sowie den Bericht über die Parteiversammlung vom März 1912 in Nowa Reforma 27. 3. 1912 (70), S. 1 und Czas 26. 3. 1912 (139), S. 1.

bung der polnisch – ruthenischen Union auf dem Boden des Volkes und Demokratie sowie der vollen Gleichberechtigung des jüdischen Volkes.[98]) Aufgrund des Engagements in der Schützenbewegung bestand im weiteren eine ausgeprägte Nähe zum Piłsudski-Lager. Gemeinsam mit diesem sowie anderen linken politischen Kräften Kongresspolens und Galiziens (namentlich der PPSD, s. u.) gründete die PSP Ende 1912 die „Provisorische Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien" (*Tymczasowa Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych*, TKSSN, ab 1913 KSSN), deren Ausschuss auch ihre beiden Parlamentarier angehörten. Erst das Aufgehen der KSSN in der NKN (s. o.), welche in den ersten Monaten unter der Präsidentschaft des Demokraten Juliusz Leo stand, führte die PSP zusammen mit der PSD in eine gemeinsame politische Organisation.

Besaß also die PSP eine kleine Spitze und eine große potenzielle Basis, so stützte sich die Stellung der Mehrheits-Demokraten um die PSD bis zum Ende auf ihre politische Funktionselite. Dazu gehörten in jenen Jahren der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses (Ludomił German), der Obmann des Polenklubs und Bürgermeister von Krakau (Juliusz Leo) und der Vizebürgermeister von Lemberg (Tadeusz Rutowski). Damit erreichten die Demokraten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt sowohl hinsichtlich ihres formellen Organisationsgrads als auch ihrer Machtstellung in Galizien. Diese im österreichischen wie auch gesamteuropäischen Rahmen ungewöhnliche späte Blüte der „altliberalen" galizischen Demokraten war einerseits auf den Niedergang des alten Rivalen, der Konservativen, und die temporäre Schwäche des neuen Rivalen, der Nationaldemokratie, zurückzuführen. Entscheidend war aber auch die Tatsache, dass die überlieferten Privilegienstrukturen teilweise fortexistierten und daher der Prozess des Verdrängens der traditionellen Eliten und ihrer politischen Ideen unvollständig blieb. Zu den erhaltenen Strukturen gehörten das Privilegienwahlrecht zum Landtag, der Einfluss der Administration auf die politischen Machtstrukturen (Statthalterblock gegen die Nationaldemokratie, s. o.), aber auch die gesellschaftlich begründete eingeschränkte Aktionsbasis der Sozialdemokratie. In dieser Nische von „Semimodernität" konnten sich die Demokraten bis zum Ersten Weltkrieg gut behaupten. Dann allerdings erlosch ihr Stern, denn mit Ausnahme von einzelnen Exponenten des Wirtschaftsunternehmertums konnten die Demokraten weder individuell noch als Parteiorganisation in der Zweiten Polnischen Republik Fuß fassen.[99])

c) Die säkulare „Volksbewegung" und die Polnische Volkspartei

Die *Demokracja Polska*, gedacht als eine der polnischen Tradition innewohnende Qualität, stand in unmittelbarer Nähe zu einem zweiten Begriff, der nicht weniger auf der Ebene der Imagination angesiedelt war und gerade deshalb höchste politische Wirkung entfaltete: *Lud*, das Volk (im Allgemeinen) oder die bäuerliche Masse (im Speziellen). Während im Vormärz und im Jahre 1848 jene politisch-idealistische Dimension eines der *Demokracja Polska* verwandten allgemeinen Volksbegriffs (*peuple*) von Bedeutung war,

---

[98]) Czas 17. 5. 1911 (222), S. 1.

[99]) Die letzte große Vertrauensmännerversammlung fand im Juni 1914, also unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs statt, bei der in einer Resolution nochmals die gemäßigte Position der Partei, ihre Abgrenzung gegen Radikalismen aller Art betont wurde. Siehe Nowa Reforma 15. 6. 1914 (227), S. 1.

wurde im Zuge der Liberalisierung und der ihr folgenden politischen Differenzierung der Volksbegriff zunehmend auf die bäuerliche Masse beschränkt. Dem zeitgenössischen Sprachverständnis gemäß bezog sich die Bezeichnung *Ruch ludowy* (Volksbewegung), eine seit den 1890er-Jahren zentrale Form der kollektiven Selbstzuschreibung, eindeutig auf eine Aktivierung der ländlichen Gesellschaft. Die allgemeine Dimension wurde dagegen immer exklusiver durch den Begriff *naród* (Nation) abgedeckt.

Konservative und Demokraten standen zunächst den Bedürfnissen des Bauerntums ebenso verständnislos gegenüber wie sie sich skeptisch zeigten gegenüber dessen historisch-politischer Rolle. Die *Jacquerie* von 1846, bei der sich die Bauern unter umstrittener Mitwirkung der österreichischen „Besetzer" gegen den konnationalen Grundherrn erhoben hatten, saß der gesamten Elite in den Knochen. Priorität bei beiden Gruppierungen genoss daher die Erziehung des Bauern zum Patrioten mittels in „Volkszeitungen" ausgebreiteten nationalen Legenden und im paternalistischen Erzählstil dargebrachter politischer Aufklärung im eigenen Sinne und Interesse. Das bäuerliche Volk diente der imaginierten Nation zwar positiv als visualisierbarer folkloristischer Zierat oder, vor allem den Demokraten, als Ornament in der politischen Rhetorik einer Volksnation, nicht aber als eigenständige, zu aktivierende politische Größe. Die Konservativen sahen die bäuerliche Gesellschaft vorwiegend durch die Optik des adligen Grundbesitzes, dessen Prosperität und Stabilität das Wohlergehen des ihm anvertrauten Volkes nach sich ziehen müsse. Die hiervon abgesetzte Hinwendung der Demokraten zu einer basisnäheren, der Vereinsidee verpflichteten Politik beschränkte sich ihrerseits weitgehend auf die städtische Gesellschaft, obwohl in der Theorie einer „Arbeit für und in der Nation" die ländliche Gesellschaft durchaus inbegriffen gewesen wäre. Diese doppelte Vernachlässigung der bäuerlichen Gesellschaft, deren deutlichstes Zeichen die komplette Absenz bäuerlicher Abgeordneter im galizischen Landtag von 1876 bis 1889 war, ließ ein großes politisches Vakuum entstehen, das in dem Moment seine Sogkraft entfaltete, als die Gesellschaft insgesamt in Bewegung geriet und neue demokratische Ideen Einzug hielten.

Der eine Strang dieser politischen Volksbewegung der bäuerlichen Gesellschaft ist mit dem von der säkularen Intelligenz getragenen „Populismus" verbunden, dessen Zentrum in den 1870er-Jahren bei den russischen *Narodniki* und dem *Narodničestvo* lag. Auf dieses Milieu geht denn auch das politische Denken und Wirken des Begründers des polnisch-galizischen Populismus zurück, Bolesław Wysłouch, der seine Studentenzeit in diesen Jahren in St. Petersburg verbracht hatte.[100]) Nach drei Jahren Gefängnishaft kam er gegen Ende 1884 nach Lemberg, wo er zwei Jahre später mit der Herausgabe eines theoretischen Organs, *Przegląd Społeczny* (Soziale Rundschau) begann, in dessen Seiten er das erste Programm des polnischen Populismus auf strikt ethnischer Grundlage veröffentlichte.[101]) Auf

---

[100]) Peter Brock, Boleslaw Wyslouch, Pioneer of Polish Populism, in: Ders., Nationalism and populism in partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 181–211; Andrzej Kudłaszyk, Myśl społeczno-polityczna Bolesława Wysłoucha 1855–1937 [Das gesellschaftlich-politische Denken von Bolesław Wysłouch], Warszawa 1978.

[101]) Bolesław Wysłouch, Szkice programowe [Programmatische Skizzen], in: Przegląd Społeczny 1886, Nr, 4, S. 251–253; abgedruckt in: Materiały źródłowe do historii polskiego ruchu ludowego [Quellenmaterialien zur Geschichte der polnischen Volksbewegung], Bd. 1: 1864–1918, hrg. v. Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Warszawa 1966, S. 52–56.

einer programmatischen Idee alleine war eine massengestützte politische Partei allerdings nicht zu gründen. Zwei weitere Voraussetzungen mussten erfüllt sein: eine breite Präsenz im Forum der anvisierten Öffentlichkeit durch ein entsprechendes Massenorgan und die Anbindung an die Landespolitik und ihre etablierten Machtträger. Die erste Voraussetzung wurde erfüllt durch die Gründung von *Przyjaciel Ludu* (Volksfreund) im Jahre 1889, das sich einer gezielten bäuerlichen Interessenpolitik verschrieb.[102]) Herausgeber und verantwortlicher Redakteur war Wysłouch, dem seit 1894 der nachmalige Führer der Volkspartei, Jan Stapiński, zur Seite stand.

Die zweite Voraussetzung ergab sich durch die Anbindung an eine seit Ende der 1880er Jahre in Gang gekommene Bewegung zugunsten einer politischen Vertretung der Bauernschaft in den Repräsentativorganen.[103]) Dieser Bewegung lagen einerseits „autochtone", aus den Landgemeinden selbst hervorgehende Kräfte zugrunde (vgl. unter d), andererseits (hier maßgebend) Bestrebungen eines linken Flügels der Demokraten, die Umgestaltung von Politik und Gesellschaft im demokratischen Sinne konsequent und unter Einschluss der Bauernschaft voranzutreiben. Entscheidende Bedeutung sollte der linksdemokatischen Zeitung *Kurjer Lwowski* zukommen, aus deren Kreis im Mai 1894 unter Beteiligung der Wysłouch-Gruppe der „Polnische Demokratische Verein" (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP) gegründet wurde. Dessen unter der dreifachen Losung der Französischen Revolution stehendes Programm reflektierte das der Tradition der städtischen Demokraten entnommene allgemeine freiheitlich-emanzipatorische Gedankengut, ohne dass hier der Bauernschaft die zentrale Rolle zugeschrieben wurde. Der Vereinspräsident Karol Lewakowski, Landtagsabgeordneter und bekannt als engagierter Aktivist der Demokraten, war als Advokat nicht der einzige Exponent aus der arrivierten städtischen Intelligenz, wie auch die gesamte Vereinsbasis dem Lemberger Intelligenzmilieu zuzurechnen war.[104])

Die mobilisierende Tätigkeit des TDP konzentrierte sich auf die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung. In zunehmender Dichte wurden „Volksversammlungen" (*wiece ludowe*) in Provinzorten durchgeführt, die unter der Leitung der wichtigsten Exponenten des TDP standen und bei denen unter Beteiligung von bis zu 2000 Menschen politische Postulate vornehmlich zugunsten der Landbevölkerung beschlossen und verkündet wurden. Die Intensivierung der politischen Präsenz und schließlich der Weg zur nominell deklarierten „Partei" ergab sich, wie so oft, durch den Impuls anstehender Wahlen, hier zum Land-

---

[102]) Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Czasopismiennictwo ludowe w Galicji [Die Volkszeitung in Galizien], Wrocław 1952. Zum Programm von *Przyjaciel Ludu*: S. 114.

[103]) Zur Rückkehr der Bauern in die politischen Repräsentativköperschaften siehe ausführlicher: Keely Stauter-Halsted, The Nation in the Village. The genesis of peasant national identity in Austrian Poland 1848–1914, Ithaca (NY) u. a. 2001, S. 216–242.

[104]) Statut Towarzystwa Demokratycznego Polskiego [Das Statut des Polnischen Demokratischen Vereins], Lwów 1894. Józef Kowal, Towarzystwo Demokratyczne Polskie we Lwowie i jego rola w organizowaniu Stronnictwa Ludowego w Galicji [Der Polnische Demokratische Verein in Lemberg und seine Rolle bei der Organisierung der Volkspartei], in: Studia z dziejów ruchu ludowego [Studien zur Geschichte der Volksbewegung], Warszawa 1969, S. 47–58. CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 388. Bezeichnend nicht nur für das demokratisch-nationale Milieu, sondern für die politische Kultur insgesamt war es, dass eine nationale Manifestation, nämlich die Kościuszko-Feier von 1894, den Ansporn für die Gründung des TDP gegeben hatte. Ein Jahr nach seiner Gründung zählte der TDP ca. 100 Mitglieder.

tag im Jahre 1895.[105]) Im Juli dieses Jahres wurde in Rzeszów aus dem Kern des TDP und unter Teilnahme von über 80 Personen aus 37 Wahlkreisen die sog. „Volkspartei“ (*Stronnictwo ludowe*, SL) gegründet. Dieser Wechsel der Selbstdefinition vom Verein zur Partei ging auf einen Beschluss des TDP von Ende Mai zurück, bei dem die Gründung eines selbständigen „Zentralwahlkomitees der Volkspartei“ (*Centralny komitet wyborczy stronnictwa ludowego*) beschlossen worden war. Ende Juli wurde dieser Beschluss bestätigt, das Wahlkomitee mit einem auf Bezirkskomitees gegründeten Organisationsstatut versehen, personell besetzt und in der Form eines Aufrufs an die Wähler programmatisch definiert.[106])

Das in 21 Punkten zusammengefasste Programm, auf das ein potentieller Kandidat inhaltlich zu verpflichten war, galt dem von der konservativen Vorherrschaft angeblich vernachlässigten Volk im Allgemeinen, dem „Schicksal der Millionen“ (*los milionów*). Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wohlergehen der Gemeinde in allen ihren Facetten gewidmet, aber auch generellen ökonomischen Belangen unter besonderer Berücksichtigung der Protektion von Kleingewerbe und Handwerk gegen „betrügerische“ industrielle Unternehmungen, sowie auch der Kirchenreform und der Auswanderungspolitik. Das Programm war durchwegs gemäßigt und im Grundcharakter reformistisch ausgerichtet. Das zeigte sich nicht zuletzt an der Behandlung der Wahlreformfrage in der Gründungsversammlung. Während das Prinzip der direkten und geheimen Wahl als Mittel gegen den Wahlmissbrauch seitens des konservativen Apparats unumstritten war, führte die vorgeschlagene Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zu einer längeren Kontroverse, aus der die unbestimmte Formulierung hervorging, man strebe eine „Verbreiterung des Wahlrechts im Geiste bürgerlicher Gleichheit“ an. Volksrhetorik war auch hier nicht gleichbedeutend mit dem Willen zur politischen Demokratisierung.[107])

Der Gründungsakt von 1895 war also zunächst ausschließlich auf die Landtagswahlen ausgerichtet, die neue Organisation ein Wahlkomitee und das Programm eine Sammlung von Anweisungen an prospektive Kandidaten. Die Wahlkampagne war auch tatsächlich von Erfolg gekrönt, zogen doch 9 Abgeordnete in den Landtag ein. Im Hinblick auf die Frage nach der typologischen Charakterisierung ist uns allerdings bereits vom vorigen Abschnitt her bekannt, dass man in der damaligen politischen Sprache eine solche Wahlorganisation gerne mit dem Etikett einer „Partei“ (*stronnictwo*) versah, ohne dass dies die Herausbildung einer Partei im Sinne einer dauerhaften Institution nach sich gezogen hätte. Ähnlich wie im Falle des Krakauer Demokratischen Vereins von 1903 und der aus seinem Kreis gegründeten Demokratischen Partei wäre möglicherweise auch hier der Verein die

---

[105]) Zur Geschichte der Volkspartei siehe Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Dzieje Stronnictwa Ludowego w Galicji [Geschichte der Volkspartei in Galizien], Warszawa 1956. Hier außerdem Stanisław Kowalczyk, Ruch ludowy wobec wyborów do Sejmu w Galicji w 1895. Materiały i dokumenty [Die Bauernbewegung gegenüber den Landtagswahlen in Galizien im Jahre 1895], in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 7 (1965), S. 280–318.

[106]) Der programmatische Aufruf wie auch ein aus *Przyjaciel Ludu* übernommener Versammlungsbericht in: Materiały źródłowe, S. 61–73.

[107]) Zur Entstehung der PSL neuerdings zusammenfassend: Maria Ewa Ożóg, Powstanie stronnictwa ludowego [Die Entstehung der Volkspartei], in: Chłopi–naród–kultura, Bd. 2: Działalność polityczna ruchu ludowego [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätgkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 23–32.

Dauerorganisation geblieben und die „Partei“ erst wieder bei Wahlen, im Sinne einer neuerlichen begrifflichen Umprägung, aufgetaucht.

Dies trat jedoch nicht ein: Vielmehr übertrug der Lemberger Intelligenzverein, der TDP, seine Führungsriege, unter Einschluss seines Präsidenten (Lewakowski), Vizepräsidenten (Rewakowicz, Chefredakteur von *Kurjer Lwowski*) und Sekretärs (Stapiński) auf die Partei und löste sich auf. Im Namen der neu gegründeten Volkspartei, in deren Leitung nun immerhin zu über einem Drittel Bauern Einsitz nahmen, wurde in der Folge der Aufbau einer politisch und gesellschaftlich in den Orten und Bezirken verwurzelten Organisation vorangetrieben. Die Konzeption der Partei als eine Stadt und Land übergreifende Nationalpartei auf Volksbasis war zwar für die theoretische Legitimation – nicht zuletzt als Abwehr gegen den im galizischen politischen Diskurs omnipräsenten Vorwurf, „Kastenpartei“ zu sein – von Bedeutung, hatte aber für die praktische Ausrichtung keine Konsequenzen. Als man im Jahre 1900 in der „Demokratischen Konzentration“ (s. o) eine Allianz mit den städtischen Demokraten schloss, war dies nichts anderes als eine Bestätigung einer politischen Arbeitsteilung zwischen den beiden Gruppen, bei der die SL den Part der Bauernpartei zu spielen hatte.

Mit dem stetigen Ausbau einer im ländlich-kleinstädtischen Milieu verwurzelten Organisation wurden jedoch auch immer deutlicher die Bedingungen ersichtlich, unter denen eine polnische Bauernpartei aufzubauen war: Auf breiter Basis war dies nur in Westgalizien zu realisieren, nicht im mehrheitlich von ruthenischer Landbevölkerung bewohnten Ostteil des Kronlands. Eine Konsequenz dieser durch die politische Praxis bedingten Verlagerung vom ursprünglichen, demokratisch-intellektuellen Zentrum des TDP in Lemberg nach Westgalizien war die Übersiedlung des Parteiorgans *Przyjaciel Ludu* in die westgalizische „Metropole“ im Jahre 1903. Im Hintergrund stand nicht zuletzt die zu Beginn des Vorjahres erfolgte Übertragung der redaktionellen Leitung dieses Blatts von Wysłouch auf den ambitiösen politischen Praktiker Stapiński, der insbesondere nach dem Rückschlag bei den Landtagswahlen von 1901 (Erringung von nur zwei Mandaten) eine neue Dynamik zu entfalten suchte. Als eigentlicher institutioneller Neubeginn mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten hat allerdings das im Februar 1903 von einer Sitzung des Hauptrats (*Rada Naczelna*) und der delegierten Vertrauensmänner beschlossene Parteiprogramm zu gelten, dessen Inhalt in wichtigen Punkten auf den Parteikongress in Tarnów vom Juli 1901 zurückging. Gleich zu Beginn des ersten von drei Abschnitten, welcher den „Grundsätzen und Zielen“ (*zasady i cele*) der Partei gewidmet war, wurde das Volk erneut integral gedeutet als eine alle Schichten, ländliche und städtische, umfassende Entität, die „sich mit physischer oder geistiger Arbeit beschäftigt und allein in der Arbeit Verdienst, Recht und Pflicht erkennt“. Aus dieser dem sozialistischen Gedankengut entlehnten „Werktätigen-Ideologie“ folgte die Qualifizierung des Volks als „Kern der Nation“ (*rdzeń narodu*).[108])

Dieses Parteiprogramm von 1903, das nun im Gegensatz zu demjenigen von 1895 nicht mehr nur eine Wahlplattform, sondern ein voll gültiges und inhaltlich spezifiziertes politisches Manifest darstellte, war mit einer Namensänderung der Partei verbunden, die, schon zuvor in Verwendung, nun offiziell wurde: „Polnische Volkspartei “ (*Polskie Stronnictwo*

---

[108]) Program PSL uchwalony 27. 2. 1903 w Rzeszowie [Das am 27. 2. 1903 in Rzeszów beschlossene Programm der PSL], Lwów 1903. Abgedruckt in Materiały źródłowe (73–85) und Pawłowski, Stronnictwa (76–93).

Ludowe, PSL). In dieser Umbenennung kam eine Entwicklung zum Abschluss, an deren Anfang der übernationale Mitarbeiterkreis von *Kurjer Lwowski* und *Przegląd Społeczny* und der im Wesentlichen anationale, dem Emanzipationsgedanken verpflichtete Grundcharakter des Programms von 1895 gestanden hatte und der nun im Zuge der Veränderungen des gesamtpolitischen Klimas (im speziellen: die verstärkt antipolnische Politik Preußens), des allgemeinen parteipolitischen Differenzierungsprozesses (insbesondere der Sozialdemokratie) und auch der Hinwendung von der intelligenzgeprägten Theorie zur politischen Praxis in eine nationale Schiene geführt hatte.

Auch Sprache und Inhalt des Programms wiesen deutlich in die Richtung einer Nationalisierung. Es war vom Kampf um die Bedingungen nationaler Existenz die Rede, von der Nationalisierung der Bildung, von einer Bevorzugung von Landesprodukten, vom Schutz der nationalen Interessen außerhalb der galizischen und österreichischen Grenzen und von der sprachlichen Polonisierung der Verwaltung. Vor allem gehörte zu diesem Kanon aber die altbekannte Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Autonomisierung Galiziens gemäß dem Föderalisierungskonzept Smolkas von 1868, die nun mit einer Angliederung des polnischen Teils Österreichisch-Schlesiens verbunden wurde. Bisher war die Kategorie des politischen Territoriums gegenüber dem Volksgedanken vernachlässigt worden. Nun wurde die Verselbständigung (*usamodzielnienie*) Galiziens sogar explizit als zweites großes Ziel neben die Emanzipation gestellt, eine gewaltige Zumutung für die dem Zentralstaat und der Dynastie traditionell wohlgesinnte ländliche Gesellschaft.[109])

Im Gegensatz zu den Demokraten, welche die angestrebte Sonderstellung in erster Linie mit der Wahrnehmung eines historischen Rechtes begründeten, wurde sie hier zumindest argumentativ als Mittel zum Zweck verstanden: Autonomie versprach ökonomischen Fortschritt dank der Aufhebung der Peripherisierung durch den Zentralstaat und gesellschaftlichen Fortschritt dank der Kraft der „polnisch-autochtonen" Selbstemanzipation des Volkes. Mochte in beiden Punkten das Erbe der Demokraten mitschwingen – im ersten das Schlagwort vom „Elend Galiziens", im zweiten die Konzeption der eingeborenen *Demokracja Polska* – neu war doch das Vertrauen in die politische Umsetzbarkeit, auf das emanzipatorische Potential des mehrheitlich bäuerlichen *Lud*, das dann zum Tragen kommen könne, wenn der Einfluss des Fremden (und damit auch der im Innern mit dem Fremden verbundenen Kräfte, sprich der Stańczyken) eliminiert würde.

Als derartiger Erneuerer des Konzepts der galizischen Autonomie, das einer von den Ruthenen propagierten ethnischen Sichtweise (Teilung des Kronlands) diametral entgegenlief, hat ausgerechnet der Schöpfer der ethnischen Konzeption des Staates, Bolesław Wysłouch, zu gelten. Dieser hatte bereits zwei Jahre zuvor, während des Parteikongresses von 1901, jenes Autonomiekonzept eingebracht und in einer langen, auch als Broschüre veröffentlichten Rede begründet.[110]) Nicht nur aufgrund des Gleichheitspostulats, sondern auch um den Ruthenen und manchen bäuerlichen Skeptikern die Angst vor einer ungebändigten Dominanz durch die polnischen Eliten in einem autonomisierten Galizien zu

---

[109]) Vgl. dazu auch die Einschätzung Stapińskis aus dem Jahre 1906, in: Listy Jana Stapińskiego z lat 1895–1926 [Briefe von Jan Stapiński aus den Jahren 1895–1926], hrg. von Janusz Albin und Józef R. Szaflik, Wrocław etc. 1977, S. 106.

[110]) Die Rede Wysłouchs am Tarnówer Kongress findet sich in voller Länge in Kurjer Lwowski, 5.–7. 7. 1901 (184–186).

nehmen, hatte er schon damals explizit jene Forderung mit derjenigen nach der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht verknüpft, die gegebenenfalls durch nationale Kurien zu ergänzen sei. Jene dreiteilige Resolution vom Juni 1901 – galizische Verselbständigung, Angliederung des östlichen Schlesiens und demokratisches Wahlrecht – wurde nun wörtlich in das Parteiprogramm von 1903 inkorporiert. Damit war die PSL nach der Sozialdemokratie die zweite politische Kraft, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht offiziell in ihr Programm aufnahm – noch bevor der Reichsrat diesen Weg beschritt und das Problem der politischen Peripherisierung des Landtags gegenüber dem Zentralparlament aktuell wurde.[111])

Die in den Grundsätzen der Partei proklamierte nationale und religiöse Toleranz, die nach bewährtem Schema als Teil der ruhmreichen polnischen Vergangenheit gedeutet und daher ebenfalls gewissermaßen nationalisiert wurde, stieß dort an ihre Grenzen, wo sie mit den polnischen Interessen in Konflikt geriet und in Richtung Germanisierung (bei den nicht-polonisierten Juden) bzw. „Moskowisierung" (bei den Russophilen) wies. Den Zionisten wünschte man die Realisierung ihres Traums, die Auswanderung nach Palästina. Zeigten diese Formulierungen einen plakativ-simplifizierenden Umgang mit der komplexen galizischen ethnisch-kulturellen Vielfalt, so wurde das dadurch aufgeweichte Toleranzprinzip auch noch durch einen anderen, in dieser Deutlichkeit neu von der Volkspartei aufgenommenen Gedanken potenziell relativiert: nämlich durch den allgegenwärtigen Topos von der „außergewöhnlichen Rolle der katholischen Religion für das Leben unserer Nation". Damit verabschiedete man sich von einer rein politischen, also laizistischen Bestimmung nationaler Identität und degradierte die eben erst im Text willkommen geheißenen „jüdischen Polen" wieder zu Patrioten zweiter Klasse, da sie eben nicht teilhaben konnten an jener „außergewöhnlichen Rolle". Diese betont religionsfreundliche Note des Programms von 1903, die auch eine realpolitisch begründete Konzession an das Empfinden der anvisierten ländlichen Schichten darstellte, wurde freilich ergänzt durch eine explizite Kritik am Klerus, dem teilweise nationale Gleichgültigkeit und Parteinahme zugunsten der „Unterdrücker" (*uciskający*) angelastet wurde.

Es war freilich nicht das Programm, welches in der Öffentlichkeit das größte Echo auslöste, sondern bestimmte Wortmeldungen von Abgeordneten der Partei, die in einem Beschluss kulminierten, der den eigentlichen politischen Nerv der Volkspartei nach der Jahrhundertwende berührte: das Verhältnis zum Polenklub des Reichsrats. Die Frage des Eintritts in den Polenklub ging weit über den Rahmen einer fraktionspolitischen Weichenstellung hinaus (als solche wird sie in Abschnitt III behandelt). Sie war für die PSL vielmehr eine Frage der politischen Identität. In der Opposition gegen die herrschende Privilegienordnung groß geworden und aus ihr die politische Legitimität ziehend, musste der Eintritt in den Polenklub den Stellenwert eines symbolischen Akts der Versöhnung mit dem Establishment bekommen. Solange sich aber die politischen und gesellschaftlichen

---

[111]) Siehe dazu die Interpretationen des Programms von 1903 bei Feldman, Stronnictwa, Bd. 2, S. 72–75 und Dunin-Wąsowicz, Dzieje, S. 150–153. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime (Männer-)Wahlrecht war bereits im Wahlaufruf von 1900 erstmals als Postulat der SL verkündet worden und wurde zu Beginn des Jahres 1906 zur Zeit der Verhandlungen um die Wahlreform von einer eigens einberufenen Parteiversammlung feierlich bekräftigt. Siehe Przyjaciel Ludu 21. 1. 1906 (3), S. 1–3.

Gegebenheiten nicht grundsätzlich gewandelt hatten, war ein solcher Schritt schwer zu rechtfertigen.

Aber auch das Agieren außerhalb des Polenklubs musste stets neu begründet werden im Hinblick auf den in der Öffentlichkeit kursierenden Vorwurf, dass man in „fremdem" politischem Territorium (Wien) die nationale Solidarität verletze. Am Tarnówer Kongress von 1901 hatte man erstmals klar Stellung bezogen, die Bedingungen für einen Beitritt als nicht reif erklärt und gleichzeitig dem Kongress, dem höchsten Parteiorgan, die Entscheidungsgewalt in dieser Frage übertragen. Den offensichtlichen Versuchungen, zu denen nicht zuletzt Posten und Privilegien für die Abgeordneten im Rahmen des Polenklubs gehörten, waren die Parlamentarier der PSL nach der Jahrhundertwende ansatzweise erlegen und in Verhandlungen mit dem Polenklub eingetreten. Diese Schwäche beichteten sie nun – allen voran der Führer unter den eigentlichen Bauernabgeordneten der Partei, Jakub Bojko – vor dem Kongress von 1903 und gaben gleichzeitig ihre Läuterung, ihre Rückkehr zur Prinzipienpolitik, bekannt, worauf der Kongress ihnen die Absolution erteilte und das Abseitsstehen im Sinne des Beschlusses von 1901 bestätigte.

Die Frage des Beitritts zum Polenklub war auch das große Thema des folgenden Kongresses vom März 1908, der allerdings unter ganz anderen Bedingungen stattfand. Das wichtigste vorangehende Ereignis waren die nach dem neuen Wahlrecht durchgeführten Reichsratswahlen von 1907, welche infolge der Erringung von 16 PSL-Mandaten den Polenklub vor eine innerpolnische Opposition ganz neuen Ausmaßes stellten und gleichzeitig der PSL die Machtposition verschufen, ihr schon im Januar 1907 in einem Präsidiumsbeschluss formuliertes prinzipielles Bekenntnis zur Solidarität der polnischen Vertretung in Wien mit konkreten Forderungen zu untermauern. Die auf dieser Grundlage intensivierten Verhandlungen führten zunächst im Januar 1908 zu einem auf die Landtagswahlen gerichteten Wahlpakt mit den Konservativen, der mit einer Verpflichtung seitens der PSL verbunden war, dem Wiener Polenklub beizutreten. Zusätzlich gestärkt durch den tatsächlich eintretenden Wahlerfolg (19 Mandate), aber auch durch die neue antipolnische Offensive in Preußen (Enteignungsgesetz), die dem Argument der Solidarität neue Nahrung gab, gelang es der Parteileitung unter Stapiński mühelos, zwei Monate später den Kongress dazu zu bewegen, sein faktisches Veto hinsichtlich eines Beitritts zum Polenklub aufzugeben. Die offizielle Beitrittsfeier folgte nach einer Liberalisierung der Statuten des Klubs bereits im April dieses Jahres.[112])

Der Beitritt zum Polenklub stellt tatsächlich einen Einschnitt in der Geschichte der PSL dar. Politiker, die später den Schritt zu rechtfertigen hatten, sprachen von einer „Zeit der Empörung" (*okres burzenia*), der eine solche der Realpolitik folgte, während Kritiker – und dazu gehören auch viele ideologisch voreingenommene Historiker – zwischen einer Zeit der standfesten Interessenpolitik und der nachfolgenden Epoche des Opportunismus unterschieden.[113]) Ein zentraler Teil der Realpolitik war die proklamierte Aussöhnung mit

---

[112]) Zur Vorgeschichte und Abwicklung des Beitritts der PSL zum Polenklub siehe Dunin-Wąsowicz, Dzieje, S. 172–180.

[113]) Vgl. etwa die Ausführungen von Michał Olszewski in Przyjaciel Ludu 10. 4. 1910 (15) mit dem Wortlaut des oppositionellen Antrags von Jan Dąbski während des Kongresses von 1910 in Nowa Reforma 14. 6. 1910 (265). Zu den erwähnten Historikern ist vor allem Krzysztof Dunin-Wąsowicz zu zählen (vgl. Dzieje, Abschnitt 11).

dem Klerus, die sogar zu den Vereinbarungen mit den Konservativen gehört hatte, und die sich unmittelbar in entsprechenden Landtagsreden, im vermehrten Einstreuen religiöser Floskeln im Parteiorgan sowie nicht zuletzt im Beitritt von Priestern aus den Reihen der Abgeordneten ausdrückte.[114]) Eine zukunftsträchtige Partei mit Massenbasis musste auch für agrarische Eliten, vor allem aus dem Kreis der Erdölunternehmer attraktiv werden. Genannt sei hier nur Władysław Długosz, 1911–1913 Minister für Galizien. Die Versöhnung mit dem „System" ebenso wie die veränderte Sozialstruktur der Parteieliten führten dazu, dass sich neue Wege der Institutionalisierung auftaten. Die (bereits 1899 gegründete) Parzellierungsbank und die Feuerversicherungsanstalt *Wisła* (1908) wurden zu mit der Partei affilierten Großunternehmen, während auf lokaler Ebene Raiffeisenkassen, Bauerngenossenschaften und Lesevereine ausgebaut wurden.

Jeder fundamentale Kurswechsel produziert zwangsläufig interne Unruhe und Opposition, insbesondere dann, wenn die betreffende Organisation derart von einer Person beherrscht wird, wie dies bei der PSL inzwischen der Fall war: Jan Stapiński hielt sämtliche Führungspositionen in seiner Hand: Reichsrats- und Landtagsfraktion, Chefredakteur und Eigentümer des Parteiorgans und Vorsitzender des Parteipräsidiums. Während auf der einen Seite ein regelrechter Kult um den Parteiführer entstand, sollte auf der anderen Seite fortan jede sachlich begründete Opposition gegen die politische Linie der Partei untrennbar verbunden sein mit persönlichen Aversionen gegen ihren zum Despoten erklärten Führer. Die Art und Weise, wie Stapiński in seinen Leitartikeln die Partei gegenüber der Leserschaft wie sein Eigentum darstellte und das Volk zum Gehorsam gegenüber seinen Anweisungen verpflichtete, kann dahingehend gedeutet werden, dass der Parteiführer die paternalistische Manier gegenüber dem erziehungsbedürftigen Landvolk von den Konservativen übernommen hatte, weist aber andererseits auch auf eine neue Qualität von politischer Organisation hin, deren Legitimation gegenüber den Massen sich eben auf bedingungslose Treue und Gehorsam zu stützten hatte. Darauf wird zurückzukommen sein.

Jene Opposition, die sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1908 innerparteilich zu regen begann, kannte auf sehr ausgeprägte Weise diese Dimension des personenkonzentrierten Antagonismus, wies aber auch ein inhaltliches Profil aus, nämlich die Infragestellung der neuen Politik des Kompromisses mit den Konservativen und der Regierungsgewalt. Und sie war sozial und lokal zuzuordnen: in jenem intellektuellen Lemberger Milieu, wo der Ursprung der Partei lokalisiert war und das nach der Jahrhundertwende seine Führung an die bäuerlichen „Praktiker" unter Stapiński abgegeben hatte. Man nannte die Gruppe daher im Allgemeinen „Lemberger Fronde" (*fronda lwowska*) oder „Fronde der Volksparteiler" (*fronda ludowa*), während die Gruppe selbst sich als „Linke Volksparteiler" (*lewica ludowa*) bezeichnete. Zu den bestimmenden Figuren gehörte denn auch der ideelle Begründer Bolesław Wysłouch, der in der Person von Jan Dąbski, Chefredakteur der 1907 gegründeten Wochenschrift *Gazeta Ludowa* (Volkszeitung) einen Weggefährten hatte. Geringer Zuspruch kam hingegen aus den Reihen der Abgeordneten, die ihren Aufstieg ja zumeist der Person und politischen Strategie Stapińskis verdankten. Das interne Ringen zeichnete sich ab, als die beiden genannten „Frondisten" unmittelbar nach dem denkwür-

---

[114]) Dunin-Wąsowicz, Dzieje, S. 177. Als wegweisend galt die Rede Stapińskis im Landtag im November 1908 dar, wiedergegeben in Przyjaciel Ludu 22. und 29. 11. 1908 (47 u. 48), jeweils S. 2–4.

digen Kongress ihre Wahl in den Ausschuss nicht annahmen. Im Dezember 1908 sah sich Stapiński dann genötigt, die Vertrauensfrage zu stellen und seine Präses-Funktion nochmals vom Hauptrat bestätigen zu lassen.[115])

Zum vorläufigen Höhepunkt wurde der zwei Jahre später, im Juni 1910, einberufene Parteikongress in Tarnów, der dem Parteiführer ebenfalls dazu diente, seine Macht zu konsolidieren, die inzwischen wegen der Misserfolge bei der Landtagswahlreform, dem Zusammenbruch der Parzellierungsbank und verschiedenen anhängigen Prozessen angeschlagen war. Die oppositionelle Position der Fronde wurde in einem Antrag von Dąbski formuliert, in dem faktisch der Verrat am Parteiprogramm von 1903 postuliert und die Rückkehr zum Prinzip des Kampfes gegen die Konservativen und für die Interessen des „arbeitenden Volks" (*lud pracujący*) und der Freiheit gefordert wurde. Während dieser Vorstoß chancenlos blieb, erhielt der weit unverbindlichere Antrag Wysłouchs breite Unterstützung, wonach die Politik der PSL „selbständig, prinzipientreu, moralisch und national" zu sein hätte. Die Gefolgschaft Stapińskis wusste sodann, die offenbar günstige Stimmung in der Parteibasis dem Parteiführer auch langfristig zunutze zu machen, indem sie in einem Antrag die Wahl des Präsidenten durch den Kongress (und nicht wie bisher durch den unzuverlässigeren Hauptrat[116])) durchsetzte. Unmittelbar umgesetzt, wurde diese Wahl bei nur 15 Gegenstimmen von über 1200 Delegierten zum Triumph für Stapiński.[117])

Die scheinbare Ruhe in den Parteigremien, die dieser eklatanten Niederlage der Frondisten folgte, war allerdings nur eine Vorbereitung auf deren endgültige Abspaltung. Im Februar 1912 wurde an einer eigenen Versammlung die Gründung einer neuen PSL-Partei beschlossen, die den Namen „Polnische Volkspartei – Vereinigung der Unabhängigen Volksparteiler" (*Polskie Stronnictwo Ludowe – Zjednoczenie Niezawisłych Ludowców*", PSL-ZNzL) annahm. Damit nahmen die Gründer für sich in Anspruch, die wahren Vertreter des PSL-Programms zu sein, das sie in Unabhängigkeit (sprich: von den konservativen Eliten) zu verwirklichen suchten. Wysłouch, als Vorsitzender des Exekutivorgans und Herausgeber von *Kurjer Lwowski* in einer potentiell ähnlichen Machtstellung wie sein großer Rivale, begründete die organisatorische Verselbständigung mit der Nichteinhaltung der vier von ihm selbst aufgestellten Maximen von 1910, deren Postulierung sich nun also als zukunftsgerichteter Schachzug erwies.[118])

Die sukzessive Abspaltung der „Fronde" geschah vor dem Hintergrund des 1908/9 geschmiedeten Allianzsystems, innerhalb dessen die Hauptpartei der PSL zu einem der drei Verbündeten des Statthalterblocks (s. o.) gehörte, während sich die ausschließlich im national hypersensibilisierten politischen Milieu der Landeshauptstadt verwurzelte PSL-ZNzL dem Antiblock anschloss. Nur unter diesem Gesichtspunkt lässt sich letztere als rechte Kraft im politischen Spektrum einordnen, während sie im übrigen, auch in ihrem

---

[115]) Przyjaciel Ludu 20. 12. 1908 (51). S. 1 f. sowie, mit eigenen Worten vorbereitend, 13. 12. 1908 (50), S. 1 f. – „Przed sąd ludu" (vor dem Gericht des Volkes).

[116]) Dieser hatte sicherlich gegen den Willen des Parteiführers in einer vorbereitenden Sitzung die Entflechtung der Präses-Funktionen (Partei, Klubs, Wahlkomitee) beschlossen, eine Maßnahme, die allerdings nie umgesetzt wurde.

[117]) Berichte über den Tarnower Kongress in Przyjaciel Ludu 19. 6. 1910 (25), S. 1–8.

[118]) Über den Gründungskongress Kurjer Lwowski 12. 2. 1912 (67), S. 1 sowie die folgenden Ausgaben.

deklarierten Selbstverständnis, links von der Hauptpartei stand, wie schon ihre ursprüngliche Selbstbezeichnung suggeriert. Politischer Feind Nummer eins der PSL-Hauptpartei waren die Nationaldemokraten. Ausschlaggebend war nicht deren zentrale Position im Antiblock, sondern vielmehr die Tatsache, dass sich die *Endecja* nach 1907 als der ernsteste Rivale im Kampf um die ländliche Gesellschaft in Westgalizien erwies. Die Einbindung der PSL in den Statthalterblock hatte selbst vorwiegend wahltaktische und machtpolitische Gründe und schloss keineswegs die offene Kritik an den Konservativen in Sachfragen aus.

Das betraf gerade auch die Landtagwahlreform. Die PSL bestätigte mehrfach ihre im Programm von 1903 aufgestellte Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Der von Stapiński selbst eingebrachte Dringlichkeitsantrag vom Herbst 1908, der schließlich im Landtag erst an der qualifizierten Mehrheit scheiterte, wirkte als eigentliche Initialzündung für jene große Auseinandersetzung, welche die Landespolitik bis zum Ersten Weltkrieg bestimmen sollte.[119]) Mit dem Argument, eine solche „radikale" Lösung sei im polnischen Lager nicht durchzusetzen, gaben jedoch die PSL-Abgeordneten in einem vielbeachteten Beschluss ihren Widerstand gegen die Beibehaltung von Wahlkurien und das Pluralwahlrecht auf. Auch der unter konservativen Einfluss geratenen PSL nach 1908 konnte also der Vorwurf gemacht werden (und die „Fronde" tat dies auch), eine Doppelstrategie zu verfolgen, nämlich die eigennützig motivierte Abkehr von der demokratischen Prinzipienpolitik durch eine angebliche politische Zwangslage zu kaschieren. Tatsächlich versuchte Stapiński gelegentlich, der mittel- und großbäuerlichen Klientel die Einführung des Doppelstimmrechts für die Direktsteuer-Leistenden mit dem Hinweis schmackhaft zu machen, dass es sich hierbei um eine Maßnahme zugunsten der sesshaften bäuerlichen Schicht handelte.[120])

In der Folge führte allerdings der schleppende Gang der Verhandlungen innerhalb des polnischen Lagers zu einer sukzessiven Rückkehr der PSL zu radikaleren Parolen namentlich in der Wahlrechtsfrage: Im Oktober 1912 ließ die Partei mit der ultimativen Drohung aufhorchen, zur ursprünglichen Forderung nach Abschaffung des Kuriensystems zurückzukehren, dann, als vorläufiger Höhepunkt, im April 1913 mit einer gemeinsam mit den Sozialdemokraten durchgeführten Manifestation im Lemberger Sportpalast zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Wenig später brachte das erwähnte „Vetoschreiben" des Episkopats und die Demission Bobrzyńskis, des Mentors des Ausgleichs zwischen Konservativen und PSL, das gesamte seit 1908/9 konstruierte politische Gebäude zum Einsturz. Die wiedergewonnene Handlungsfreiheit der PSL fand sogleich ihren Ausdruck in den Landtagswahlen von 1913, als es zur offenen Konfrontation mit dem Bündnispartner von damals kam. In dieselbe, radikalisierende Richtung wirkte die seit dem ersten Balkankrieg (Oktober 1912) gespannte gesamtpolitische Lage und die darin begründete intensivierte Aktivität der paramilitärischen Schützenbewegung, mit der die PSL von Beginn an offen sympathisierte. Der in einer Hauptratssitzung im Februar 1913 beschlossene offizielle Beitritt zur TKSSN verstärkte den Eindruck in der Öffentlichkeit, dass sich die Volkspartei mit der Sozialdemokratie zu einem antikonservativ-antikirchlichen Block zusammengeschlossen habe, der aus Lemberger (nicht nur nationaldemokratischer) Perspek-

---

[119]) Bestätigt wurde die Maximalforderung in der Wahlrechtsfrage auch vom Parteikongress von 1910 und in einer Sondersitzung des Hauptrats im Januar 1912.

[120]) In diese Richtung argumentierte Stapiński selbst: Vgl. Przyjaciel Ludu 16. 10. 1910 (42), S. 2.

tive zudem „antinational“ war, da er angeblich dem Gleichheitsprinzip die Wahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien opferte.

Die radikalisierte Haltung in der Wahlrechtsfrage und der Eintritt in die TKSSN hatten zunächst nur wenige Parteiabgänge zur Folge, auch wenn diese wie im Falle des äußerst populären Schöpfers der galizischen Landwirtschaftskassen Franciszek Stefczyk schmerzlich waren. Allerdings begannen im Verborgenen bereits die Vorbereitungen zur große Spaltung, welche die Partei wenig später heimsuchte. Die polnische Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit sah in der Parteispaltung von 1913/14 in erster Linie das Wirken des 1908 an die Macht gekommenen „bourgeoisen“ Flügels der PSL, dem sich der zu seinen linken Grundsätzen zurückgekehrte Stapiński, politischer Exponent der „bäuerlichen Massen“, widersetzte. Tatsächlich spricht zwar einiges für die Wirksamkeit politisch-ideologischer Motive. So richtete sich der zunächst isoliert im Vorfeld der Landtagswahlen lancierte Angriff des Grafen und Gutsbesitzers Zygmunt Lasocki (Parteiausschluss im Juli) tatsächlich gegen die „progressiven“ Elemente der PSL-Politik: Distanz zur Kirche, demokratische Wahlreform, Kompromissbereitschaft gegenüber den Ruthenen. Auch ist nicht zu leugnen, dass der Hauptinitiator der darauf folgenden internen Opposition gegen Stapiński, der Erdölunternehmer und amtierende Minister für Galizien Władysław Długosz, nationalklerikal-antisemitische Töne anschlug, wie man sie vom Antiblock-Lager kannte. Schließlich ist auch der Werte-Konservatismus mancher zur parteiinternen Opposition gehöriger bäuerlicher Politiker (etwa Jakub Bojko) bekannt.

Im unmittelbaren Umfeld des politischen Disputs spielte eine solche politisch-ideologische Dimension jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Zuvorderst stand die Person Stapiński, der man neben anderen aufgestauten Sünden vorwarf, zur persönlichen Bereicherung und unter Versprechung zweifelhafter politischer Gegenleistungen Gelder aus den verschiedensten „schmutzigen“ (*brudne*) Händen entgegengenommen zu haben – konservativen Politikern, jüdischen Kapitalisten (Baron Popper) und vor allem der Regierung. Am Ende war derjenige, der die Affäre angezettelt hatte, nämlich Długosz, selbst kompromittiert und musste seinen Sessel als Landsmannminister räumen. Wichtig in unserem Zusammenhang sind nicht die Einzelheiten oder die Frage nach den Schuldigen, sondern die Tatsache, dass die Angriffe auf beiden Seiten letztlich inhaltlich in dieselbe Richtung gingen, nämlich den Gegner der Unterwürfigkeit gegenüber der Regierung und des Verrats am reinen Dienste am Volke zu bezichtigen. Eine programmatische Debatte um Politik oder Gesellschaft fand dagegen kaum statt.[121])

Der institutionelle Verlauf der Spaltung ist schnell erzählt. Am Anfang standen geheime, gegen Stapiński gerichtete Unterredungen im Kreise der Parlamentarier (Oktober 1913), es folgte die Nicht-Berücksichtigung desselben für die Wahl in die Delegation und sein dadurch bedingter Rücktritt vom Posten des Vorsitzenden der PSL-Unterfraktion und des Vizepräsidenten des Polenklubs (November), dann die Gründung der Zeitung *Piast* als Forum der Opposition (Dezember), schließlich die entscheidende Hauptratssitzung vom 13. Dezember, bei der Stapiński die Oberhand behielt und die Opposition den Saal verließ – das übliche Ritual also bei einer Parteispaltung. Zu diesem Zeitpunkt gab es demnach

---

[121]) Eine ausführliche Untersuchung der Parteispaltung von 1913 bietet die chronologische Studie von Andrzej Garlicki, Powstanie Polskiego Stronnictwa Ludowego–Piast 1913–14 [Die Entstehung der Polnischen Volkspartei–Piast 1913–14], Warszawa 1966.

eine klare Trennung der Machtbasis: Partei (Stapiński) gegen Parlamentarier (Opposition). Der Reichsratsklub, der mit 19 zu 5 deutlich zur Seite von Długosz neigte, schloss Stapiński kurz nach der als obsolet erklärten Hauptratssitzung aus seinen Reihen aus, und dies wiederum hatte den Austritt der Stapiński-Gruppe aus dem Polenklub zur Folge.

Eine entsprechende Trennung vollzog sich im Landtag. Schließlich kam es im Januar und Februar 1914 zu zwei getrennten Parteikongressen, die beide im Namen der Polnischen Volkspartei veranstaltet wurden, da beide Gruppen das Recht auf das ideelle Erbe der Partei im Sinne des Programms von 1903 beanspruchten. Ein unabhängiges Volkspolen und das allgemeine und gleiche Wahlrecht waren ebenfalls Parolen, die an beiden Orten zu vernehmen waren. Beim Kongress der Oppositionellen kam es außerdem zur Vereinigung mit den ursprünglich „linken", aber in nationalen Belangen „rechten" Abweichlern von 1908, der PSL-ZNzL. Was beide zusammenführte war, abgesehen von der Front gegen Stapiński und der Anlehnungsbedürftigkeit der schwach gebliebenen „Unabhängigen", tatsächlich die stärkere Betonung nationaler Politik, der auch die Solidarität im Polenklub dienen sollte. Die Spaltung in PSL-„Piast" (unter Führung von Wincenty Witos) und PSL-„Lewica" (unter Stapiński) sollte sich über die Kriegsjahre hinaus in der Parteienlandschaft des unabhängigen Polen fortsetzen.

Zu erörtern bleibt die Frage nach der typologischen Charakterisierung der PSL. Intuitiv ist wohl bereits ein qualitativer Unterschied zur demokratischen PSD (mit deren Vorgeschichte sie ja verbunden war) deutlich geworden. Argumentativ sind drei Ebenen zu verfolgen: das Organisationsstatut, die politische Praxis und die Selbstdarstellung. Die Organisation der Partei basierte auf einem vom Parteitag von 1901 verabschiedeten Statut, das in den großen Zügen bis zum Jahre 1914 gültig blieb. Danach war das höchste Parteiorgan der „Kongress" (*kongres*), der sich aus Vertretern der Bezirks- und Ortsgruppen sowie aus ernannten Vertrauensmännern zusammensetzte. Dieser Parteikongress, der in der späteren Zeit über 1000 Personen versammelte, wählte den Hauptrat (*Rada Naczelna*), und zwar wiederum geordnet nach Bezirk einen Vertreter, dem noch der Vorsteher der jeweiligen Bezirksorganisation an die Seite gestellt wurde. Hinzu kamen separat gewählte Berufsgruppenvertretern (Lehrer, Posthalter, Organisten), alles in allem an die 80 Personen. Das eigentliche Präsidium der Partei setzte sich aus dem 15-köpfigen Ausschuss dieses Hauptrats zusammen, dem Präsidenten (*prezes*), den Vizepräsidenten und den Sekretären. Hinzu kamen der Wahlausschuss, das Schiedsgericht sowie gegebenenfalls ad hoc gebildete Kommissionen.

Lässt sich also von einer recht differenzierten formellen Organisationsstruktur sprechen, so folgt unmittelbar die Frage nach deren Umsetzung in die politische Praxis. Zunächst ist festzustellen, dass das Statut weder eine Periodizität festlegte noch die Kompetenzen der Organe definierte, und es daher dem Hauptrat und seinem Ausschuss überlassen war, wann und zu welchem Zweck der Parteikongress einzuberufen war. Dies geschah zwischen 1901 und 1914 nur fünfmal, und der Zweck war jeweils primär die Legitimierung einer in Frage gestellten politischen Taktik – 1901, 1903 und 1908 hinsichtlich des Verhältnisses zum Polenklub, 1910 und 1914 hinsichtlich der Person des Parteiführers. Der Hauptrat als Zwischenorgan tagte zwar öfters – so etwa zwischen März 1908 und September 1910 sechsmal[122]) – freilich meist entweder in Vorbereitung auf den Kongress, in Konstituierung

[122]) Siehe die Übersicht in Kalendarz Przyjaciel Ludu na roku 1911, Kraków 1911, S. 8 f.

nach dem Kongress oder ebenfalls in Krisensituationen, selten aber (mit Ausnahme der Frage der Parteiorganisation) als inhaltlich Anstoß gebendes Gremium. Die eigentliche Macht konzentrierte sich auf das Präsidium, das in stetigem Kontakt mit den Parlamentariern stand, und nicht zuletzt auf den Parteiführer, der kraft seiner multiplen Funktionen die bestimmende Rolle im politischen Alltag spielte. Die Verwaltung der Parteiangelegenheiten (Korrespondenz, Organisation der Versammlungen, Kontakt zu den Ortsgruppen) übernahm im Jahre 1910 eine Kanzlei unter der Leitung des engen Vertrauten Stapińskis, Władysław Dunin-Wąsowicz.

Die formalisierte Organisation mit hierarchischer Struktur, die zentralisierte Machtkompetenz eines zur Kultperson stilisierten Parteiführers, die auch außerhalb von Wahlzeiten gegebene politische Präsenz und schließlich die Institution der Parteikanzlei und des Parteiorgans sind Eigenschaften, welche die PSL als moderne Partei erscheinen lassen. Neben dem Institutionengefüge ist das Verhältnis zur politischen Basis ein essentielles Kriterium. Im Jahre 1912 bestanden laut Parteikanzlei 680 Ortsgruppen, davon 152 in Ostgalizien[123]), die über die Delegiertenwahl zum Kongress in die Gesamtpartei eingebunden waren. Eine außerordentlich wichtige Funktion hatten die sog. „Volksversammlungen" (*wiece*), die das ganze Jahr hindurch in kleinen Gemeinden stattfanden und den Abgeordneten dazu dienten, sich vor der Wählerschaft zu präsentieren und ihre Politik zu rechtfertigen.[124]) Die größte Bedeutung als Bindekraft zwischen der Partei und ihrer Basis kam allerdings dem Parteiorgan zu. Wer von „Angehörigen" der Partei sprach, bezog sich denn auch vorzugsweise auf den Abonnentenkreis von *Przyjaciel Ludu*, der im Jahre 1910 in etwa 15000 Personen umfasste. Vervielfältigt durch einen Multiplikationsfaktor, konnte man in etwa den Kreis der Sympathisanten errechnen, der mit der Anzahl der Wählerstimmen zu vergleichen war.

Gerade die Identifizierung der Partei mit ihrem Organ, der „Mitglieder" mit den Abonnenten deutet jedoch auf die Grenzen der PSL als moderner Massenpartei hin. Die PSL war weder eine juristische Person noch verfügte sie über finanzielle Mittel. Rechtlich und wirtschaftlich „definiert" war lediglich die Zeitung, die Partei selbst war ein Personenverband. Um juristisch handlungsfähig zu werden, beschloss der Hauptrat im Jahre 1910 die Initiierung von politischen Vereinen auf Bezirksebene, die dann im Jahre 1912 als „Landesvolksverband" (*Krajowy Związek Ludowy*) zusammengefasst wurden, eine Parallelorganisation zur Partei also, die von denselben Organen kontrolliert wurde. Die Konstituierung der PSL als wirtschaftlich handlungsfähige Organisation warf die Frage auf, wo die potentiellen Geldquellen lagen. Zunächst wieder beim Parteiorgan, das allerdings Stapiński gehörte. Da die Gründung einer mit der Partei personell gekoppelten Herausgebergemeinschaft scheiterte, blieb die Zeitung zwar formell im Besitz des Parteiführers, seit 1. Juli

---

[123]) Przyjaciel Ludu 7. 7. 1912 (28), S. 2. Zu Ortsgruppen als Charakteristika von Massenparteien siehe Duverger, Politische Parteien, S. 41–46. Die schwache Präsenz in Ostgalizien war ein Grundproblem bis hinauf in die oberen Parteigremien. Während etwa im 1910 gewählten Hauptrat alle westgalizischen Bezirke vertreten waren, galt dies nur für etwa ein Viertel der ostgalizischen Bezirke.

[124]) So fanden etwa zwischen August und Mitte Oktober 1908 nicht weniger als 88 solche Versammlungen unter Beteiligung von 21 Abgeordneten statt. Siehe Przyjaciel Ludu 22. 11. 1908 (47), S. 6.

1910 flossen jedoch die Gelder direkt in die Parteikasse. Tatsächlich arbeitete die Zeitung jedoch defizitär, nicht zuletzt wegen der miserablen Zahlungsmoral der Abonnenten, die auch durch innovative Instrumente (Preisverlosungen) kaum verbessert werden konnte.

Eine bessere Alternative der Geldrequirierung war natürlich das System der zahlenden Parteimitglieder, die allerdings erst zu erfassen waren. Im Jahre 1910 verschickte die Parteikanzlei zuhanden der Zeitungsabonnenten Fragebögen, in welche Sympathisanten und also potentielle Parteimitglieder eingetragen werden sollten. Ein anderer, pragmatischer Vorschlag ging dahin, den bisherigen Beitrag von 4 Kronen, den die Abonnenten von *Przyjaciel Ludu* jährlich leisteten, in einen bindenden Mitgliedsbeitrag umzudefinieren, der dann zum Gratisbezug des Parteiorgans berechtigt hätte.[125]) Davon erhoffte man sich auch mehr Zahlungsdisziplin, denn gleichzeitig wäre die Mitgliedschaft mit politischen Rechten verbunden gewesen, dem individuellen Stimmrecht in einem Parteikongress, der sich dann also nicht mehr nach dem Delegations-, sondern nach dem Mitgliederprinzip definiert hätte und zudem jährlich abzuhalten gewesen wäre.[126]) Das wäre tatsächlich ein markanter Schritt in Richtung moderner Massenpartei gewesen. Er wurde jedoch nicht vollzogen, nicht allein wegen der organisatorischen Hürden, sondern auch weil die inneren Turbulenzen die Partei bald lähmen sollten. Einzig die Parteielite, die mit Diäten versehenen Abgeordneten und die Mitglieder des Hauptrats, konnten zu einem jährlichen Beitrag verpflichtet werden, auch das allerdings mit nur partiellem Erfolg.[127])

Schließlich geht es noch um den Aspekt der Selbstinterpretation und -repräsentation. Jede politische Organisation, unabhängig von ihrer Modernität, musste bestrebt sein, gegenüber der Öffentlichkeit ein kohärentes Bild von sich selbst abzugeben. Dazu gehörte neben der Programmatik die Einbettung in eine geschichtliche Tradition und die Vereinnahmung von Helden oder Ereignissen aus der Vergangenheit zum Zwecke der kollektiven Identifikation. Die Demokraten hatten sich immer besonders stark auf den 3. Mai 1791 bezogen, die Proklamierung der Verfassung. Für die ideellen Konstrukteure der Volkspartei war es der 4. April, die Erinnerung an den Sieg Kościuszkos in der „Bauernschlacht" von Racławice von 1794 (historisch eine an sich marginale Episode), welcher zum eigentlichen „Volksfeiertag" (*Swięto ludowe*) erklärt wurde.[128]) Der Anstoß zur Gründung der TDP, des Vorläufers der Volkspartei, ging auf eine Gedenkmanifestation am 4. April 1894 zurück, wobei es wiederum dem progressiv-demokratischen Charakter jenes Gründerkreises entsprach, dass die offizielle Proklamierung gerade auf den 3. Mai gelegt wurde. Im Zuge der Verdrängung ihrer liberaldemokratischen Ursprünge und der universellen politischen Ideen zugunsten der Konzeption einer bäuerlichen Interessenpartei geriet der 3. Mai gegenüber dem 4. April stärker in den Hintergrund. In gewisser Weise endete auch die Ge-

---

[125]) In der militaristisch durchsetzten politischen Sprache der Vorkriegsjahre sprach man gerne von der Notwendigkeit eines „stehenden Heeres" im Kampfe mit dem politischen Gegner.

[126]) Siehe Przyjaciel Ludu 10., 17. und 24. 4. (15–17).

[127]) Letzteres ging auf einen Beschluss des Finanzkomitees vom Dezember 1912 zurück. Danach hatten die Reichsratsabgeordneten 100, die Landtagsabgeordneten 25 und die Hauptratsmitglieder 4 Kronen zu zahlen. Siehe Przyjaciel Ludu 4. 12. 1910 (49), S. 6; Kalendarz 1911, S. 13.

[128]) Dazu auch Keely Stauter-Halsted, Patriotic Celebrations in Austrian Poland. The Kościuszko Centennial and the Formation of Peasant Nationalism. In: Austrian History Yearbook 25 (1994), S. 79–95. Die Deutung als „Volksfeiertag" unter anderem in: Kalendarz 1911, S. 14.

schichte der PSL im Rahmen der Habsburgermonarchie mit diesem Datum, denn der letzte Parteikongress (der *Lewica*) wurde ebenfalls bewusst an jenem Apriltag im Jahre 1914 veranstaltet.

Unter den polnischen Herrschern spielte Kasimir der Große als „Bauernkönig" eine besondere Rolle, von dem parteidevote Historiker eine direkte Linie bis zu Stapiński als „König-Volksparteiler" (*król-ludowiec*) zogen. Solche Geschichtsvereinnahmungen waren, wie gesagt, in Varianten auch bei Parteien ohne Massencharakter anzutreffen. Kennzeichnend für die Massenpartei war hingegen der exzessive Gebrauch von politischen Schlagwörtern als Formeln, mit denen die Partei auf prägnante Weise ihre politische Identität umschreiben konnte. Besonders beliebt bei der PSL war der (freilich nicht von ihr erfundene) Slogan „durch das Volk fürs Volk" (*przez lud dla ludu*). Weiters ging es darum, die Zugehörigen (die Guten) von den Nicht-Zugehörigen abgrenzen. Typisch waren Verbrüderungsformeln wie „Freunde" (*przyjaciele*) oder „Brüder" (*bracia*), in der ersten Zeit, vor der konzeptionellen Verengung auf das Bauerntum, aber auch „Bürger" (*obywatel*) im weitesten, politischen Sinne. „Volk" (*lud*) war natürlich omnipräsent, insbesondere in der personalisierten Form *Ludowiec*, die den aktiven Parteianhänger bezeichnete. Nach Vorstellung der hauseigenen Ideologen zeichneten diesen neben der Treue gegenüber der Partei auch bestimmte charakterliche Eigenschaften aus, namentlich gesellschaftliches Bewusstsein, Gerechtigkeitssinn und tatkräftiges Verantwortungsbewusstsein – die idealisierte Konstruktion des aufgeklärten Bauern als Bürger.[129]) Schließlich gab es Formen der visuellen Repräsentation. Bei Festangelegenheiten getragene Kostüme gehörten eher der älteren Tradition der Ständerepräsentation an, die auch gerne von Konservativen manipulativ eingesetzt wurden. Charakteristisch für die Massenpartei war hingegen das Abzeichen, von der PSL im Jahre 1910 eingeführt im Kontext der angestrebten Umwandlung in eine moderne Mitgliederpartei. Von den Männern als Plakette und von den Frauen als Brosche zu tragen, stellte es drei goldene Ähren dar, umgeben von einem Schriftzug mit dem Namen der Partei.[130])

d) Die klerikale „Volksbewegung" und die Christlichsozialen

In den Jahren nach 1907, als sich die PSL in Westgalizien als bestimmende politische Kraft auf dem Lande etabliert hatte, interpretierte sie ihre Überlegenheit im Sinne eines Monopols auf die Zukunft der „Volksbewegung" (*Ruch ludowy*) in Galizien. Blickte sie hingegen zurück, insbesondere auf die 1870er- und 1880er-Jahre, so musste sie anerkennen, dass sie nicht deren Schöpferin war. Tatsächlich stieß sie zur Zeit ihrer Entstehung in den 1890ern auf einen bereits politisch vorbereiteten Boden. Dabei musste vor allem der Name eines Mannes fallen, der dann zu einem der erbittertsten Gegner der (P)SL werden sollte: Stanisław Stojałowski, Jahrgang 1845, zunächst Jesuit und Priester, dann durch eine Auslandsreise konfrontiert mit der katholischen Soziallehre, seit Mitte der 1870er-Jahre ein Faktor in der politischen Arena Galiziens. Am Anfang stand auch bei ihm eine Zeitung, genauer zwei redaktionell verbundene, wechselweise wöchentlich erscheinende Halbmo-

---

[129]) Przyjaciel Ludu 13. 5. 1906 (19), S. 5 f.: *Co to są ludowcy i czego oni chcą* [Was sind Ludowcy und was wollen sie].

[130]) Kalendarz 1911 (Frontabbildung), Przyjaciel Ludu 11. 12. 1910 (50), S. 1.

natsschriften – eine damals geläufige Form zur Umgehung der Kautionspflicht – mit den Namen *Wieniec* (Kranz) und *Pszczółka* (Bienchen). 1875 übernommen, wurden diese beiden Blätter zur Grundlage der politischen und gesellschaftlichen Tätigkeit Stojałowskis in den Folgejahren. Der Grundton war religiös-moralischer und sozialharmonisierender Art, mit dem übergeordneten Ziel, den polnischen Bauern zu nationalem Bewusstsein zu erwecken. Nicht das war das Neue, sondern die Nähe zu den bäuerlichen Alltagsproblemen, von denen Stojałowski im Gegensatz zur konservativen *Szlachta* und den städtischen Intellektuellen durch seine seelsorgerische Tätigkeit Kenntnis hatte. Neu war aber auch die publizistische Grundidee, das anvisierte Publikum durch veröffentlichte Briefe und Berichte aus dem Dorf in die Zeitung einzubinden und damit den Grad der Identifizierung zwischen dem Organ und seinem Herausgeber einerseits und der Leserschaft andererseits zu erhöhen.[131])

1876 tauchte Stojałowski bereits im Landtagswahlkampf mit Forderungen nach einer vom Zentralwahlkomitee unabhängigen Wahlkampforganisation „von unten" auf. Diese Zielrichtung wie auch Stojałowskis Eintreten für nationale Inhalte machte ihn den Demokraten sympathisch, während er andererseits aufgrund seines religiös motivierten Standpunkts als „Ultramontaner" dort auch wieder Skepsis auslöste.[132]) 1877 organisierte Stojałowski erstmals eine große Bauernversammlung in Lemberg, die gleichzeitig den Startschuss für die Schaffung eines bäuerlichen Selbsthilfeorganisationswesens abgab, insbesondere Einkaufsläden, Kreditgenossenschaften und Leseklubs. Diese organisatorische Aktivität des umtriebigen Priesters, die zunehmend ergänzt wurde durch bäuerliche Eigeninitiative, geschah im Ganzen ohne Behinderung der konservativen Eliten und teilweise sogar mit deren Unterstützung. Im Jahre 1882 wurde die von Stojałowski initiierte Organisation mit der von der *Szlachta* dominierten Landwirte-Gesellschaft zur „Gesellschaft der Landwirtschaftskreise" (*Towarzystwo Kółek Rolniczych*) vereinigt, die fortan eine eminent wichtige Rolle in der Transformation der ländlichen Gesellschaft spielen sollte. Wesentlich mehr Sprengkraft als diese Seite von Stojałowskis Tätigkeit entfaltete dessen politischer Stil, die unmittelbare Mobilisierung der Bauern in Volksversammlungen unter freiem Himmel und Massenpilgerfahrten. Ein Höhepunkt bedeutete die von ihm eigenhändig or-

---

[131]) Zu Stojałowski fehlt noch eine Gesamtbiographie. Für die frühen Jahre: Franciszek Kącki, Ksiądz Stanisław Stojałowski i jego działalność społeczno-polityczna [Pater Stanisław Stojałowski und seine gesellschaftlich-politische Tätigkeit], Lwów 1937. Eine Darstellung seiner Rolle in der christlich-demokratischen Bewegung bei: Konstanty Turowski, Historia ruchu chrześcijańsko-demokratycznego w Polsce [Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Polen], 1. Bd., Warszawa 1989, S. 29–62. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zum Vatikan: Anna Staudacher, Der Bauernagitator Stanisław Stojałowski: Priester, Journalist und Abgeordneter zum Österreichischen Reichsrat. Ein biographischer Versuch, in: Römische Historische Mitteilungen 25 (1983), S. 165–202. Allgemein zu diesem Abschnitt auch: Jan Konefał, Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim na przełomie XIX i XX stulecia [Katholisch-völkische politische Organisation im österreichischen Teilungsgebiet an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert], in: Chłopi–naród–kultura, Bd. 2: Działalność polityczna ruchu ludowego [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätgkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 35–46; Czesław Lechicki, Chrześcijańska Demokracja w Krakowie [Christliche Demokratie in Krakau], in: Studia Historyczne 17 (1974), H. 4., S. 585–608.

[132]) Czas 9. 7. 1876 (154), S. 1 und 21. 10. 1876 (241), S. 1.

ganisierte und geleitete Pilgerfahrt zur großen Sobieski-Feier von 1883 in Krakau. Mit dem Abhalten separater Veranstaltungen und Predigten störte Stojalowski die ansonsten perfekt von den Stańczyken kontrollierte Inszenierung einer loyalistisch-patriotischen Feier.[133])

Der im Jahre 1889 nach 13 Jahren Absenz geglückte Wiedereinzug bäuerlicher Abgeordneter in den Landtag war auch eine Frucht dieser zu neuen Formen der Selbstorganisation und des Selbstbewusstseins erwachten ländlichen Gesellschaft. In dem Streben nach Verbesserung des bäuerlichen Schicksals fand sich jene von Stojałowski entfachte „autochtone" bäuerliche Bewegung zusammen mit den Populisten um Wysłouch, die ja in jenem Wahljahr 1889 ihre eigene auf das Bauerntum gerichtete Zeitung, *Przyjaciel Ludu*, gegründet hatten. Dennoch war der ideelle und soziale Unterbau fundamental verschieden – hier säkular-intellektuell mit einem gesamtgesellschaftlich-emanzipatorischen Anspruch, dort katholisch-bäuerlich mit einer Konzentration auf eine bäuerliche Interessenwahrnehmung. Eine aus der ländlichen Gesellschaft selbst heraus geschöpfte politische Ideologie konnte zu diesem Zeitpunkt nicht anders als weltanschaulich konservativ sein. So war es denn auch nicht verwunderlich, dass sich die kleine Gruppe von vier bäuerlichen Abgeordneten im Landtag den Namen „Katholischer Volksklub" (*Klub katolicko-ludowy*) gab. Mit diesen beiden Eigenschaftswörtern waren die zwei zentralen identitätsstiftenden Elemente des galizischen Bauerntums im 19. Jahrhundert bezeichnet – *Katolik*, nicht *Polak* (Pole), als Kategorie pränationaler politischer Identität und *lud*, nicht *ziemianin* (Grundherr), als Kategorie soziokultureller Identität. Der Begriffsinhalt von *lud* war also hier entsprechend ein ganz anderer als der intellektuell konzipierte, breit angelegte der Populisten.

Der Landtagsklub wurde zum Ausgangspunkt bei der Gründung der ersten galizischen (und überhaupt: polnischen) Bauernpartei im Jahre 1893, zwei Jahre vor der Ausrufung der Volkspartei. Zunächst erschien im März 1892 im Stojałowski-Blatt *Pszczółka* ein „Programm der Bauernpartei", das die Unterschrift der führenden Figur in der Fraktion trug, Stanisław Potoczek.[134]) Der Text war kein für den internen Gebrauch gedachtes Fraktionsprogramm, sondern ohne Zweifel im Hinblick auf eine bevorstehende weitere Organisationsbildung verfasst. Nach einer Gründungsversammlung im Sommer trat sodann im Februar 1893 der politische Verein „Verband der Bauernpartei" (*Związek Stronnictwa Chłopskiego*, ZSCh) formell ins Leben. Maßgebend für dessen Entstehung war neben der Fraktion und den Zeitungsorganen ein bereits bestehendes, traditionell aktives politisches Milieu im südwestlichen Bezirk Neusandez (Nowy Sącz), aus dem Stanisław Potoczek und dessen Bruder Jan, seit 1891 Reichsratsabgeordneter, sowie eine Reihe anderer initiativer Personen stammten. Hier sollte sich die Aktivität der Partei konzentrieren. Das Statut der Partei sah eine mindestens einmal im Jahr einzuberufende Hauptversammlung vor.[135])

---

[133]) Siehe Binder, Kirche und nationale Festkultur.

[134]) Pszczółka 10. 3. 1892 (6), S. 81–84.

[135]) Statut i program Związku Stronnictwa Chłopskiego oraz regulamin zgromadzeń towarzystwa [Statut und Programm des Verbands der Bauernpartei sowie das Versammlungsreglement des Vereins], Gródek 1894. Das Programm auch in Pawłowski, Stronnictwa, S. 53–58 und Materiały, S. 57–61. Das Statut auch in Związek chłopski 1. 3. 1894 (1), S. 6 f. und 15. 3. 1894 (2), S. 13 f. Die (zunächst abgelehnte) Registrierung als Verein in: CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 388. Allgemein dazu: Antoni Gurnicz, O „równą miarkę" dla chłopów. Poglądy i działalność pierwszej

Das Programm von 1892 definierte einleitend, dem Parteinamen entsprechend, die Partei als Interessenorganisation des Bauernstands (*stan chłopski*). Dem folgten sechs Grundsätze, von denen die ersten beiden als die eigentlichen politischen Fundamente zu gelten hatten: 1. Gott und heiliger Glaube. 2. Vaterland in gesellschaftlicher Harmonie. Dann: 3. Gleichwertigkeit des Bauernstands mit anderen Ständen. 4. Treue dem Thron und Achtung der Regierung. 5. Schutz des bäuerlichen Eigentums (statt Fürsorge durch andere). 6. Einigkeit in der Partei. Das Programm las sich mitunter wie ein sakraler Text, sollte doch die Partei zum Ruhme Gottes gegründet werden und dienten doch zahlreiche Bibelzitate der Legitimation des politischen Handelns. Auch das ein Jahr später sanktionierte Statut nannte die Einigkeit mit der „Lehre der heiligen katholischen Kirche“ als programmatische Grundlage. Welten lagen zwischen dieser Tonart und dem nüchternen, auf Sachpolitik gegründeten Programm der SL von 1895.[136]) Ebenso deutlich unterschied sich der Glaube an gesellschaftliche Harmonie, die sich durch Gleichstellung des Bauerntums herstellen ließe, sowie das Treuegelöbnis gegenüber dem österreichischen Staate vom Gedankengut des drei Jahre später veröffentlichten Textes der SL, der auf eine Gesamtkritik von Staat und Gesellschaft und auf eine Kampfansage gegen Reaktion und Unterdrückung hinauslief. Der neugegründete ZSCh sah im Bauerntum nur die größte Gruppe einer im übrigen legitimerweise in Ständen segmentierten Nation, während die TDP/SL es zum Kern einer zu homogenisierenden Gesellschaft hochstilisierte. Die Konzentration und gleichzeitig Beschränkung des ZSCh auf eine bäuerliche Interessenpolitik zeigte sich schließlich auch in den Leitsprüchen der Partei, etwa: „Bauern, vereinigt Euch!“; „Bauern, wählt Bauern!“; und: „Gleiches Maß für Bauern“, alles allerdings eingebettet in ein prononciert christliches Fundament.

Wie stand nun Stojałowski, der wichtigste Initiator der galizischen Bauernbewegung, zur neu gegründeten Partei? Das Verhältnis war einerseits ein enges, denn der Priester gehörte selbst zu deren Mitbegründern und seine beiden Zeitschriften galten als ihre offiziellen Organe, in denen auch das erste Programm erschienen war. Jede Ausgabe stand unter dem Leitsatz „Gelobet sei unser Herr Jesus Christus“, zeugte also nicht weniger als das Programm des ZSCh von einer christlichen Unterlegung des sozialen Engagements für das Bauerntum. Andererseits gab es wachsende Spannungsmomente. So forderte die von Stojałowski geleitete Redaktion mehrfach einen strikteren Oppositionskurs. Im Visier stand insbesondere der Vertreter im Reichsrat, der unmittelbar nach seiner Wahl dem Polenklub beigetreten war und dort, so weit überhaupt nötig, von der erdrückenden konservativen Mehrheit domestiziert wurde. Diese oppositionelle Haltung Stojałowskis kam nicht von ungefähr, stand er doch selbst seit einigen Jahren in einer Dauerfehde mit den Landesbehörden und der Justiz. Im Vorfeld der Wahlen von 1889, faktisch zur Verhinderung seines drohenden Einzugs in den Landtag, war er erstmals im Gefängnis gelandet, wo er im Laufe der 1890er-Jahre noch viele Monate verbringen sollte. Gravierender, weil in den Kern seiner eigenen Persönlichkeit und seines öffentlichen Status zielend, war aber sein höchst

---

chłopskiego organizacji politycznej w Polsce – Związku Stronnictwa Chłopskiego 1893–1908 [Über das gleiche Maß. Ansichten und Tätigkeit der ersten politischen Bauernorganisation in Polen – der Verband der Bauernpartei 1893–1908], Warszawa 1963.

[136]) „Wo ist ihr Gesetz?“ fragte das nachmalige Parteiorgan *Związek Chłopski* an die Adresse von *Przyjaciel Ludu*. „Unseres lautet: Gott und Vaterland.“ Związek chłopski, 1894/7, S. 62.

konfliktreiches Verhältnis zur katholischen Hierarchie. 1888 war er von seiner Pfarrstelle suspendiert, im Folgejahr in einem kanonischen Prozess verurteilt worden. Im Dezember 1893 verhängte ein Hirtenbrief ein Leseverbot gegen seine Zeitschriften und im Jahre 1896 folgte schließlich der Höhepunkt, die Exkommunikation. Dieser permanente Kampf mit der Kirchenhierarchie war es, der die Führung des ZSCh zu Beginn des Jahres 1894 dazu veranlasste, mit dem streitbaren Priester zu brechen, dem man vorwarf, trotz einer intern getroffenen Vereinbarung weiterhin kirchenfeindliche Agitation zu betreiben und mittels seiner nunmehr mit dem Bann belegten Organe im Namen der Partei einen eigenen Kurs zu steuern. Ab März 1894 erschien daher ein eigenes Parteiorgan, *Związek Chłopski*, herausgegeben und geleitet von Stanisław Potoczek.

Gegen Mitte des Jahres 1894 gab es also drei Richtungen in der politischen Bauernbewegung mit je einem Zeitungsorgan, allerdings nur zwei von ihnen (ZSCh, TDP) als legalisierte politische Vereine verfasst. Für den Alleinkämpfer Stojałowski war noch immer die Option vorhanden, sich der dynamisch agierenden TDP anzuschließen, die ja ebenfalls ein staats- und kirchenkritisches Profil vorzuweisen hatte und nach des Priesters Vorbild Volksversammlungen auf dem Lande veranstaltete. Zwischen Stapiński und Stojałowski existierten zu dieser Zeit über die Gefängnismauern von Teschen hinweg enge persönliche Kontakte.[137]) Zudem konnte der TDP die Einbindung einer derart bekannten und populären Figur nur recht sein. Tatsächlich wurde Stojałowski während des Gründungskongresses der SL – in Absenz – zum stellvertretenden Ausschussmitglied gewählt. Bald darauf folgte jedoch auch hier der Bruch, und zwar entlang der zu erwartenden ideologischen Spannungslinie: Stojałowski versuchte beim Ausschuss der neugegründeten Partei durchzusetzen, dass diese die Bezeichnung „christlich" in ihren Namen aufnähme. Dieses Vorhaben scheiterte an der distanzierten Haltung der bestimmenden Lemberger Intellektuellen gegenüber der Kirche. Folglich gründete Stojałowski zu Beginn des Jahres 1896 seine eigene Partei, der er konsequenterweise den Namen „Christliche Volkspartei" (*Stronnictwo Chrześciańsko-Ludowe*, SChL) gab.[138])

Abgesehen von diesen rein innergalizischen politischen Ausmarchungen gab es einen Wirkungsfaktor, der hier von grundlegender Bedeutung war: die Initiierung der sozial-politisch engagierten Kirche durch die päpstliche Enzyklika *Rerum Novarum* von 1891 und der Anschluss Stojałowskis an die christlichsoziale Bewegung. *Rerum Novarum* konnte in Stojałowskis Verständnis nichts anderes sein als die von höchster Autorität erlassene Bestätigung seiner gesamten bisherigen Tätigkeit im Dienste der sozial Benachteiligten. Eine neue von ihm gegründeten Zeitschrift (*Dzwon* = Glocke) machte er gewissermaßen zum offiziellen Organ der päpstlichen Enzyklika. Allerdings rettete ihn die Huldigung Leos XIII als geistiger Führer seiner Zeit, als „höchster Verteidiger des Volks" (*najwyszszy obrońca ludu*) nicht vor den Angriffen seitens der lokalen Kirchenhierarchie und vor Versuchen der weltlichen Machtträger, ihn aus dem politischen Leben Galiziens zu entfernen.

---

[137]) Listy ks St. Stojałowskiego do Jana Stapińskiego z lat 1894–1896 (Briefe von Pater St. Stojałowski an Jan Stapiński aus den Jahren 1894–1896), bearb. v. Krzysztof Dunin-Wąsowicz, in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 4 (1962), S. 215–219.

[138]) Im Herbst 1895 hatte Stojałowski die Namensänderung mitsamt einem nach seinen Prinzipien revidierten Programm eingebracht. Der negative Beschluss des SL-Komitees vom 2. Januar 1896 hatte den Austritt Stojałowskis aus der SL zur Folge.

In dieser Situation fand Stojałowski seinen einzigen Verbündeten in den mächtig aufstrebenden Wiener Christlichsozialen, die auf derselben geistigen Grundlage wie er selbst in Opposition zu den Mächtigen in Kirche und Staat standen. Während seinen Aufenthalten in der Reichshauptstadt nahm Stojałowski denn auch Teil an diversen Veranstaltungen, unter anderem auch an der Gründung des Christlichsozialen Arbeitervereins. Umgekehrt erhielt er von der christlichsozialen Presse ideellen Beistand und von Lueger selbst, dessen Gottgesandtheit er gelegentlich betonte, manifeste politische und persönliche Unterstützung, nicht zuletzt im Forum des Reichsrats.[139]) Schließlich nutzte er die kurzen Episoden, in denen er in Freiheit weilte, um nach den gegebenen Vorbildern, mit derselben Namensprägung Vereine in Galizien und Schlesien zu gründen, so etwa Mitte 1893 einen christlichsozialen Bauernbund und Ende 1894 einen christlichen Volksverein in Krakau.[140])

An diese Tätigkeit schloss sich das Parteiprogramm der 1896 gegründeten „Christlichen Volkspartei“ unmittelbar an.[141]) Wie das Programm des ZSCh von 1893 ging auch dieser Text von einer religiösen Grundlage aus, allerdings nicht von Gott und Kirche, sondern konzentriert auf Christus, auf einen politischen Christus, der eine auf Gleichheit und Gerechtigkeit ruhende Ordnung in der Welt begründet habe, die in der Gegenwart durch Hochmut, Gier und Ausbeutung im Innersten verletzt werde. Die mit der Enzyklika konforme Zeitkritik war jedoch, abweichend von deren positiver Anerkennung der Staatsautorität, verbunden mit einer unverhohlenen Anprangerung der politisch Mächtigen, deren repressives Ordnungsverständnis nichts mit der neu zu gründenden Ordnung nach Maßgabe Christi zu tun habe. Auf den in einem zweiten Teil des Programms aufgestellten ideellen Grundlagen von Religion und göttlich begründetem Naturrecht, von Familie, Arbeit und Brüderlichkeit wurden schließlich die konkreten Forderungen formuliert, die man in einem legislativen Organ umzusetzen gedachte: Befreiung der Kirche vor staatlicher Bevormundung, Verständigung mit anderen „gottgeschaffenen“ Nationalitäten (Ruthenen), Schaffung national-patriotischen Bewusstseins, allgemeines (nicht explizit: gleiches), direktes und geheimes Wahlrecht, Landesselbstverwaltung, dann die bekannten Freiheitsrechte und wirtschaftspolitischen Postulate, schließlich mit besonderem Gewicht sozialpolitische Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter und Handwerker und begleitend dazu eine Regulierung bzw. Eindämmung des Fabrikwesens.

Das Programm der SChL zeugte von der Wandlung Stojałowskis vom klerikalen Bauernagitator zum sozial übergreifend orientierten Christlichsozialen. Die besondere Betonung der Arbeiterfrage lag ja auf der inhaltlichen Linie von *Rerum Novarum*, hing aber auch damit zusammen, dass Stojałowski während seines Aufenthalts in Schlesien seit Beginn der 1890er-Jahre intensiv mit dem Schicksal der Arbeiterschaft konfrontiert worden war. Auf dieser programmatischen Basis, in Kurzfassung wiederholt in einem eigens erlas-

---

[139]) John W. Boyer, Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897, Chicago 1981, S. 344.

[140]) Siehe das Statut dieses Vereins in Nowy Wieniec Polski 1894 (Beilage Nov./Dez.) sowie die Registrierungsakten in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 390.

[141]) Program stronnictwa ‚chrześciańsko-ludowego‘ czyli ‚chrześcijańsko-społecznego‘ oraz Statut ‚Związku chrześciańsko-społecznego‘ w Białej [Das Programm der Christlichen Volkspartei bzw. der Christlichsozialen Partei sowie das Statut des christlichsozialen Verbands in Biała], o. J. (1896). Abgedruckt auch in: Pawłowski, Stronnictwa, S. 62–69.

senen Wahlaufruf, zog die SChL trotz der physischen Absenz ihres Führers (der sich gerade im ungarischen „Exil“ befand), aber mit Unterstützung der Sozialdemokraten im Jahre 1897 mit sechs Abgeordneten in den Reichsrat ein, um dort die Reihen der außerhalb des Polenklubs agierenden Opposition zu verstärken.[142]) Der zweite Triumph folgte wenig später: Im Herbst desselben Jahres konnte er in Rom seine Wiederaufnahme in die Kirchengemeinschaft erwirken und wiederum nur ein halbes Jahr später zog er selbst in den Reichsrat ein. Befreit von den moralischen Fesseln des Kirchenbanns und ausgestattet mit der Immunität des Abgeordneten, intensivierte nun Stojałowski seine politische Tätigkeit, einerseits durch eine unablässige Agitation auf dem Lande und andererseits durch Versuche, seine Partei auf eine solide organisatorische und finanzielle Basis zu stellen.[143])

Rerum Novarum war allerdings Inspirationsquelle nicht nur für den rebellischen Priester, sondern auch für die „offizielle“ Kirche, die durch ihr Oberhaupt zum Handeln aufgerufen worden war. Die kirchliche Autorität hatte traditionell ihren festen Platz im Schoße des Krakauer Konservatismus, dessen politische Grundtendenz sie gemeinsam mit den Eliten aus adligem Großgrundbesitz und Wissenschaft bestimmte. Dieses solide Bündnis prägte auch noch jene Großveranstaltungen der 1890er-Jahre, welche unter dem unmittelbaren Einfluss der Enzyklika stattfanden: die Katholikentage, der erste im Jahre 1893 in Krakau, der zweite drei Jahre später in Lemberg, beide von den höchsten politischen Autoritäten protegiert. Unter den gefassten Beschlüssen sollten zwei besondere Folgewirkungen zeigen: die Schaffung einer katholischen Volkspresse und der Aufbau eines katholischen Vereinswesens. In den 1890er-Jahren entstanden etwa 30 solche der „katholischen Bewegung“ (*Ruch katolicki*) verpflichtete Zeitungen, von denen allerdings etliche nur kurzlebig waren. Parallel dazu verlief die nicht weniger produktive Vereinsbewegung, die politische Vereine wie den von der Tageszeitung *Głos Narodu* protegierten „Christlichsozialen Verein“ (*Stowarzyszenie chrześcijańsko-społeczne*) in Krakau[144]), vor allem aber eine schnell wachsende Zahl christlicher Arbeiter- und Berufsvereinigungen entstehen ließ.[145]) Im Rahmen der letztgenannten Vereinsbewegung zeigten sich in der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre zwei parallel laufende Entwicklungen: zum einen das Streben nach einer Zusammenfassung der bestehenden Vereine in einem bürokratisch strukturierten Dachverband, zum anderen das Eindringen in das Feld der Politik. Nachdem während der Reichsratswahlen von 1897 erstmals auf der Basis der westgalizischen katholischen Arbeiterver-

---

[142]) Vgl. Abschnitt II.

[143]) Allein zwischen November 1897 und Februar 1898 veranstaltete die Stojałowski-Partei etwa 100 Manifestationen: Wieniec Polski 20. 2. 1898 (6), S. 1. Der Organisationsfrage widmete sich vor allem die Versammlung vom März 1899 in Krakau.

[144]) Ziel dieses im Juli 1897 gegründeten Vereins war die „praktische Erweiterung der christlichen Idee in sozialer Hinsicht durch Schutz und Unterstützung der geistigen und materiellen Interessen der christlichen Bevölkerung“ und insbesondere der „hartnäckige Kampf gegen den verderblichen Einfluss des jüdischen Elements“, dessen Entfernung aus Gericht und Schule man anstrebe. Ab 1898 geriet der Verein in den Einflussbereich Stojałowskis (Organ: *Hasło*, Losung), wo er als städtisches Pendant zur SChL gedacht war. Als Nukleus einer eigenständigen Partei blieb er allerdings bedeutungslos.

[145]) Als bedeutendste seien die Arbeitervereine „Freundschaft“ (*Przyjaźń*; Krakau), „Einigkeit“ (*Jedność*; Lemberg) und „Arbeit“ (*Praca*; Tarnów) sowie der gleichnamige Gesellenverein (Krakau) und der Handwerkerverein „Eintracht“ (*Zgoda*; Krakau) genannt.

eine eine allgemeine Wahlempfehlung sowie ein eigener Kandidat aufgestellt worden war, beschloss der im selben Jahr gegründete „Verband der katholischen Arbeitervereinigungen“ (*Związek stowarzyszeń robotniczych katolickich*) in seiner dritten Vollversammlung im Sommer 1898 die Gründung einer Partei, die im Dezember desselben Jahres als „Katholisch-Nationale Partei“ (*Stronnictwo Katolicko-Narodowe*, SKN) ausgerufen wurde. Offizielles Organ wurde *Łączność*. Die SKN erklärte die christliche Religion und Moral sowie Vaterlandsliebe und Gleichberechtigung der Nationalitäten und sozialen Schichten zu ihren Grundsätzen. Im weiteren stellte sie – ganz im Sinne der katholischen Soziallehre – der individualistischen Konkurrenzgesellschaft die Vision der auf Gleichberechtigung und Harmonie beruhenden Ständegesellschaft auf Basis der Berufsvereinigungen gegenüber.[146]) Der harmonistische Grundzug, die Idee vom „Ausgleich der Stände“ (*zgoda stanów*) unterschied die SKN von dem klassenkämpferischen Ton der SChL, während die gesamtgesellschaftliche Optik der Hauptunterschied zum bäuerlichen ZSCh darstellte. Neben Krakau wurden lokale Zentren in Tarnów gegründet, wo der dortige Bischof Ignacy Łobos mit Unterstützung des Abgeordneten Michał Żyguliński eine intensive politische Kampagne gegen den dreieinigen Feind, Sozialdemokraten, PSL und Stojałowski, entfaltete. In Lemberg bestand zur selben Zeit ein um den Erzbischof Józef Bilczewski agierender Kreis unter der Führung des Chirurgen Ludwik Rydygier dem – gewissermaßen als zweites offizielles Parteiorgan – die Tageszeitung *Ruch katolicki* (katholische Bewegung) verpflichtet war.

Nach dem Erfolg der SChL bei den Wahlen von 1897 und der mit viel publizistischem Aufwand gefeierten Gründung der SKN ein Jahr später setzte in den Folgejahren eine Phase der Stagnation ein. Der publizistische Schwung erlitt einen Rückschlag, als im Sommer 1898 nach schweren antisemitischen Exzessen über weite Teile Westgaliziens der Ausnahmezustand verhängt wurde und die antisemitische Presse (allerdings in geringerem Maße als die nicht involvierte sozialdemokratische) teilweise unter strengere behördliche Aufsicht kam. In den Jahren 1899 und 1900 verstarben sodann zwei besonders aktive Figuren der klerikalen Bewegung, der Jesuitenobere Jan Badeni und der erwähnte Bischof Łobos. Auch nahm wohl die neue der sozialen Frage gewidmete Enzyklika *Graves de communi* (Januar 1901) etwas von dem durch ihre Vorgängerin ausgelösten Schwung, mahnte sie doch zu Behutsamkeit bei der Umsetzung der „christlichen Demokratie“.[147]) Die Hauptursache für die fortdauernde innere Schwäche der christlichsozial-klerikalen Bewegung war jedoch ihre Zersplitterung. Schon Ende 1898 hatte sich die Fraktion der SChL – paradoxerweise als Folge der Wahl ihrer Leitfigur Stojałowski in den Reichsrat – gespalten, worauf (wie üblich) eine entsprechende Spaltung in der Presseszene folgte.[148]) Die Abtrün-

---

[146]) Program Stronnictwa Katolicko-Narodowego [Das Programm der Katholisch-Nationalen Partei] (Sonderbeilage Grzmot 12. 11. 1898, 46). Die Programmpunkte im einzelnen umfassten jeweils einen Teil zu Administration, Schulwesen, allgemeiner Wirtschaft und Arbeiterschaft. Im Juni 1899 wurde aus dem Kreis der neu gegründeten Partei ein gleichnamiger politischer Verein in Krakau gegründet. Siehe Łączność 14. 5. 1899 (20), S. 1 und 25. 6. 1899 (26), S. 1 f.

[147]) Turowski, Historia ruchu, S. 83. Der nicht nur von letzterem geäußerten Vermutung, *Graves communi* habe bremsend auf den politischen Klerikalismus in Galizien gewirkt, steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass die Aktivisten dieses Lagers in den folgenden Jahren stets positiv und gleichgeordnet mit *Rerum Novarum* auf die Enzyklika von 1901 Bezug nahmen.

[148]) Siehe die Hintergründe in Abschnitt II. Das Organ hieß *Obrona Ludu* (Volksverteidigung).

nigen, der Priester Andrzej Szponder und der Anwalt Michał Danielak, fanden bei den Reichsratswahlen von 1900/01 die Unterstützung des einflussreichen Chefredakteurs von *Głos Narodu* Kazimierz Ehrenberg. Die in diesem Zusammenhang proklamierte „National-Antisemitische Partei" (*Stronnictwo Narodowo-Antysemickie*, SNA) war samt ihres angeblichen Parteiausschusses allerdings nicht viel mehr als ein Phantom, das mit Hilfe des erwähnten Zeitungsorgans am Scheinleben gehalten wurde. Über die Propagierung von Kandidaten kam diese „Partei", deren großes Vorbild die Wiener Christlichsozialen waren, nicht hinaus. Sie trug nur zur weiteren Fragmentierung der antisemitisch gesinnten Wählerschaft vor allem in Krakau bei.[149])

Ein neuerlicher Aufschwung sollte erst gegen Ende des Jahres 1905 eintreten. Ausgangspunkt war nun nicht die Aktivierung einer Basisbewegung, sondern ein Akt der politischen Konsolidierung „von oben", aus dem Kreis der politischen Elite heraus. Die Voraussetzungen dafür waren bereits 1901 geschaffen worden mit dem Eintritt der SChL-Fraktion in den Polenklub. Dieser bei einer Parteiversammlung im November desselben Jahres gutgeheißene Schritt sollte in erster Linie als Signal der Solidarität in einem zunehmend bedrohten nationalen Umfeld (vor allem durch Preußen) verstanden werden.[150]) In einer zweiten Resolution wurde zudem die Eventualität einer Zusammenarbeit mit den anderen katholischen Gruppen (also SKN und ZSCh) formuliert, deren Abgeordnete schon bisher dem Polenklub angehört hatten. Diese Option wurde nur wenig später mit der Begründung des „Zentrum" (*Centrum*) als Fraktion innerhalb des Wiener Polenklubs in die Tat umgesetzt, allerdings explizit mit der Perspektive, eine solche gemeinsame Plattform auf den Landtag und auf gemeinsame politische Aktionen im Land auszudehnen.[151])

Dazu kam es jedoch erst vier Jahre später, als der wichtigste Fürsprecher einer Konsolidierung des klerikalen Lagers, der Priester Leon Pastor, auch in den Landtag gewählt wurde und zudem die innenpolitische Situation gegen Ende 1905 in Bewegung geriet. Als erster Schritt hin zu einer vertieften Integration der diversen katholischen Kräfte im Lande wurde typischerweise die Presse ins Visier genommen. Die Schaffung einer solchen homogenisierten Teilöffentlichkeit gelang allerdings nur partiell, denn anstelle eines zentralen Parteiorgans wurde nur eine wechselseitige Unterstützungsvereinbarung von sechs Zeitungsorganen erreicht. Im März 1906 folgte die offizielle Konstituierung und die Veröffentlichung des Programms.[152]) Neu war darin, dass nun dem nationalen Grundsatz dieselbe fundamentale Bedeutung zugesprochen wurde wie dem Prinzip der „Christlichen Demokratie" (*Demokracja Chrześcijańska*). Genannt wurde die Verteidigung der gesamtpolnischen Interessen gegen ihre Feinde, die (Sprach)-Nationalisierung des Schulwesens und der Ämter sowie die Garantie der „polnischen Nationalrechte" (*praw narodowych polskich*) in Schlesien und der Bukowina. Zur christlichen Demokratie gehörten neben den moralischen Werten – Glaube, Nationalität, Familie und Eigentum – die demokratischen Postulate, der Schutz der „arbeitenden Schichten" (*pracujące warstwy*), Bauern, Handwer-

---

[149]) Siehe dazu Näheres in Abschnitt II.

[150]) Zum Parteikongress von 1901 und dessen Resolution: Wieniec 24. 11. 1901 (47), S. 722–726.

[151]) Näheres dazu in Abschnitt II.

[152]) Program Polskiego Centrum Ludowego czyli stronnictwa chrzesciańskiej demokracyi [Das Programm des Polnischen Volkszentrums oder der Partei der christlichen Demokratie], Biała 1906. Das Programm bei Pawłowski, Stronnictwa, S. 128–132.

ker, Arbeiter. Weniger genau nahm man es mit der politischen Gleichberechtigung, wurde doch nach wie vor (und trotz der veränderten Lage) nur das allgemeine, nicht aber das gleiche Wahlrecht als Forderung aufgestellt. Schließlich kam als dritter Hauptpunkt die insbesondere von der SKN eingebrachte Vertretung der Interessen der Kirche und des geistlichen Standes hinzu.

Auf dieser politischen Plattform nahm das „Polnische Volkszentrum" (*Polskie Centrum Ludowe*, PCL) unter der Führung Pastors zunächst erfolgreich an den Wahlen zum Reichsrat von 1907 teil. Nur ein halbes Jahr später, im Oktober 1907, kam es jedoch bereits zum Bruch, und zwar genau entlang der 1906 übertünchten Grenze zwischen der SKN, die den konservativen Klerikalismus repräsentierte und von Geistlichen getragen wurde, und der SChL, die sich in der agitatorischen Tradition Stojałowskis als volksnah und basisdemokratisch verstand. Die Position des dritten Partners, des ZSCh, war vorerst noch in der Schwebe. Klärung brachte das Jahr 1908 mit dem Eintritt der PSL in den Polenklub und der Berufung Bobrzyńskis zum Statthalter. In der sich nun sukzessive verfestigenden Blockbildung wurde das klerikale Lager endgültig zerrissen. Einzelne Exponenten schlossen sich der „geläuterten" PSL an und gerieten dadurch in das Bobrzyński-Lager. Dazu gehörten Pastor (allerdings nur kurzzeitig) sowie Stanisław Potoczek, dessen Übertritt das faktische Ende des ZSCh als Partei bedeutete. Das „Zentrum" selbst existierte nominell weiter, geriet aber unter die Führung ostgalizischer Gutsbesitzer (Włodzimierz Kozłowski) und agierte nach den Wahlen von 1911 als konservativster Kern im Rahmen des Landtags gegen den Statthalter.

Die SChL ging im Jahre 1909 ein Bündnis mit den Nationaldemokraten ein in Gestalt des sogenannten „Nationalen Volksverbands" (*Związek Narodowo-Ludowy*, ZN-L). Die vier Grundsätze, auf denen dieses Bündnis beruhen sollte, trugen freilich stärker die Handschrift der Nationaldemokraten als diejenige der Christlichsozialen, eine Tatsache, die zweifellos die Stärkeverhältnisse richtig widerspiegelte[153]). Über taktische Motive der Partnersuche oder aktuelle politische Forderungen hinaus gab es zwischen beiden Parteien gewisse Gemeinsamkeiten der politischen Weltanschauung. Dazu zählte vor allem die ausgeprägt anti-deutsche Haltung, welche sich Stojałowski in seinen vielen Jahren in Schlesien angeeignet hatte, während sie für die Nationaldemokraten zum Kernbestand ihrer politischen Orientierung gehörte. Dazu gehörte, als Gegenstück, der seit 1905 stark auflebende Neoslawismus in beiden Gruppierungen. Verbindend war vor allem in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auch der Antisemitismus, der sich in diesem Bündnis als klerikal-rassistische Verbindung manifestierte.

Foren, in denen diese Gemeinsamkeiten zum Ausdruck kommen konnten, waren die Parlamente sowie koordinierte Auftritte bei den offiziellen Parteianlässen und Wahlkämpfen. 1910 ging das altgediente Leitorgan der SChL, *Wieniec–Pszczólka*, in die Hände des Nationaldemokraten und Präses des ZN-L, Jan Zamorski, über, der auch die Nachfolge des im Oktober 1911 verstorbenen Stojałowski als Parteivorsitzender der SChL übernahm. Im

---

[153]) Die Grundsätze lauteten: Nationalisierung des Volkes, Gleichstellung aller Schichten auf Grundlage christlicher Gerechtigkeit, politische Selbstverwaltung, kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Außerdem gab es, im speziellen Teil, eine Übernahme des nationaldemokratischen Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit nationalem Kataster. Das Programm in: Ojczyzna 13. 6. 1909 (24), S. 1 f.

Mai 1913 traten unter dem Eindruck des bischöflichen Sukkurses des Antiblocks westgalizische klerikal-konservative Exponenten des ehemaligen Zentrums um die Krakauer Zeitung *Prawda* dem nationaldemokratisch-christlichsozialen Bündnis bei. In Vorbereitung auf einen unter gemeinsamer national-christlicher Losung zu führenden Landtagswahlkampf verbündete man sich als „Nationaler Christlicher Volksverband" (*Narodowy Związek chrześcijańsko-ludowy*, NZCh-L) und setzte dieses Bündnis als Fraktion im Landtag fort. Auf der Ebene der Parteiorganisationen folgte im September desselben Jahres die faktische Fusion der Leitungsgremien und lokalen Komitees von SDN und SChL, im Mai 1914 schließlich die Fusion der beiden zugehörigen Parteiblätter, *Ojczyzna* und *Wieniec–Pszczólka*.[154])

Eine vierte Gruppe des ehemaligen „Zentrums" nützte das entstandene politische Vakuum, um eine neue Organisation zu gründen, die „Polnische Christlichsoziale Partei" (*Polskie Stronnictwo Chrześcijańsko-Socjalne*, PSChS).[155]) Diese im November 1908 in Krakau ausgerufene Partei knüpfte insofern an die Tätigkeit der SKN an, als sie ebenfalls eng mit den christlichsozialen Berufsverbänden verbunden war, insbesondere mit dem 1906 unter dem Patronat des Kardinals Puzyna gegründeten „Polnischen Verband der Katholischen (seit 1908: Christlichen) Arbeiter" (*Polski Zwiqzek Zawodowy Katolickich/Chrześcijańskich Robotników*). Ihre eigenständige Präsenz in der Öffentlichkeit verdankte sie allerdings in erster Linie den zahlreichen öffentlichen Auftritten der verantwortlichen Redakteure derjenigen Zeitungen, die sich zu ihren Organen erklärten: *Głos Narodu*, *Postęp* (Fortschritt) und *Myśl Robotnicza* (Arbeitergedanke), die letzteren beiden gleichzeitig Verbandsorgane. Entsprechend besetzt war der Parteivorstand: Redakteure, Verbandsvertreter und – als Brücke zu den Parlamenten – fünf Abgeordnete, drei von ihnen Priester.

Wurden hier moderne Züge einer gesellschaftlich solide abgestützten Organisation erkennbar, so versuchte man diesen Zug noch dadurch zu akzentuieren, dass man sich das positive Image einer jungen, unverbrauchten Generation zulegte, die insbesondere an der Dynamik der deutschösterreichischen Christlichsozialen teilzunehmen gedachte, die mittlerweile im Reichsrat zu den stärksten Kräften gehörten. Auch dem umfangreichen Programm war der Versuch eines Modernitätsschubs anzumerken, etwa hinsichtlich der besonderen Hervorhebung einer ökonomischen und sozialpolitischen Organisationstätigkeit, der Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht oder dem Betonen des polnischen Unabhängigkeitsstrebens. Etwa ein Drittel des Textes war der „Judenfrage" gewidmet. Unter Bewahrung einer bemüht sachlichen, scheinobjektiven Argumentationsweise rückte man auch hier das nationale Moment in den Vordergrund. Den Juden wurde zwar die Pflege ihrer (als durchwegs fremd taxierten) Eigenart zugestanden, im „polnischen Haus" (*dom polski*) seien sie jedoch nur Gäste, und zwar gefährliche Gäste, vor denen sich die „legitimen", christlichen Hausbewohner zu schützen hätten.[156])

---

[154]) Zum Vereinigungsprozess siehe Słowo Polskie 23. 9. 1913 (443), S. 1, 24. 9. 1913 (445), S. 1 und 23. 5. 1914 (215), S. 1.

[155]) Außerhalb von Wahlzeiten firmierte diese Organisation zumeist unter dem Namen „Christlichsozialer Verband" (*Związek chrześcijańsko-socyalny*) und definierte sich als „Vereinigung von Menschen einer Religion, einer Nationalität auf dem Feld der national-gesellschaftlichen und volksbezogenen Arbeit auf Grundlage der Lehre von Christus". Polski Kalendarz chrześcijańsko-socyalny na rok 1910 [Polnischer christlichsozialer Kalender für das Jahr 1910], Kraków 1910, S. IV.

[156]) Das Programm findet sich ausführlich bei Turowski, Historia Ruchu, S. 105–108.

Die PSChS erreichte nie den Status einer in sich festgefügten Partei. Nicht der Parteitag (nach der Gründungsversammlung wurde nur noch ein solcher, im Mai 1910, einberufen), sondern die spontane politische Kundgebung in und um Krakau wurden ihr Signum. In dieser durchaus lokal beschränkten agitatorischen Präsenz, unterstützt durch die beträchtliche Reichweite der ihr nahestehenden Organe, *Głos Narodu* und *Postęp*, lag ihre Bedeutung. Schwach war die Verbindung zu den parlamentarischen Gremien, zumal die ihr zugehörigen Abgeordneten nicht einmal einen eigenen Klub bzw. eine Unterfraktion bildeten.[157]) Derart marginalisiert im Rahmen der seit 1907 agierenden politischen Gruppierungen und deren Blockbildungen, ging die PSChS bei den Reichsratswahlen von 1911 leer aus und verschwand daher bereits im Folgejahr von der Bildfläche. Noch einen letzten Versuch einer Parteibildung gab es schließlich vor dem Ausbruch des Weltkriegs. Nicht zum ersten Mal war die oberste Garde der Kirche involviert und ebenfalls nicht zufällig die stets besonders aktive Tarnówer Diözese. Deren Bischof Leon Wałęga initiierte im Dezember 1913 die „Katholische Volkspartei" (*Stronnictwo Katolicko-Ludowe*, SKL), die im Mai des Folgejahres noch zu einer Art Gründungsversammlung gelangte. Als Präses fungierte der Mitbegründer des ZSCh von 1893, Jan Potoczek, der, stets konservativ geblieben, sich mit seinem Bruder Stanisław nach dessen Abgang zur PSL endgültig überworfen hatte. Die SKL und ihr Organ *Lud Katolicki* (Polnisches Volk) blieben über 1918 hinaus als vorwiegend lokale Kraft von einer gewissen Bedeutung.[158])

Damit kommen wir zu einer abschließenden Evaluierung des in diesem Kapitel besprochenen politischen Lagers. Auffallend ist zunächst die Vielzahl an Parteiformationen (insgesamt sechs), die zwischen 1893 und 1914 entstanden. Trotz der Zersplitterung ist ein gemeinsamer Nenner zu erkennen. Er lässt sich in der sog. „Christlichen Demokratie" festmachen, welche etwa das PCL in Anlehnung an die päpstliche Enzyklika von 1901 zu ihrem Leitspruch erklärte. Kennzeichnend war demnach eine im jeweiligen Falle in spezifischer Weise interpretierte Kombination von basisbezogener, volksnaher Politik und einem christlichen, katholischen politischen Bekenntnis. Große Unterschiede gab es freilich in der Gewichtung. So stand ja das „Ch" des ZSCh für „bäuerlich" (*chłopski*), während das christliche Bekenntnis als selbstverständlich für ein gesundes bäuerliches Selbstverständnis galt. Im Falle der SChL stand es hingegen für „christlich" (*chrześciański*), musste also zentral sein sowohl als integrierender Begriff (gerichtet an alle arbeitenden, unterdrückten usw. Volksschichten) als auch als exkludierender Begriff (hinsichtlich der Juden). SKN und PSChS richteten sich demgegenüber in erster Linie an die städtische Unterschicht und untere Mittelschicht – Arbeiter, Gesellen und Handwerker. Abgesehen von dieser Differenzierung hinsichtlich des sozialen Zielpublikums bestand das größte interne Spannungsmo-

---

[157]) In ihrer zweiten Hauptversammlung im Mai 1910 wurden eine Reihe interner Vorhaben beschlossen, jedoch keinerlei Position in der vorherrschenden politischen Frage der Zeit, der Landtagswahlreform, eingenommen. Siehe Postęp 21. 5. 1910 (21), S. 1 f.

[158]) Konefał, Katolicko-ludowe organizacje, S. 42–46. Als Verein nannte die Partei sich „Polnischer Katholischer Volksverband" (*Związek katolicko-narodowy*). Programm und Statut finden sich gesondert veröffentlicht in der Broschüre: Instrukcya dla mężów zaufania Polskiego Związku katolicko-ludowego [Instruktion für die Vertrauensmänner des katholischen-völkischen Verbands], Tarnów o. J. Zum Leitspruch erkor man (freilich nicht als erste Organisation): „Gott und Vaterland" (*Bóg i Ojczyzna*).

ment im Verhältnis zur Kirchenhierarchie, das auch nach der „Absolution" Stojałowskis von 1897 wirksam blieb. Nach 1908 wirkte zudem die Ausrichtung in der landespolitischen Blockbildung zunächst eher desintegrierend als vereinigend. Erst der berühmte Hirtenbrief vom April 1913, der den Sturz Bobrzyńskis zur Folge hatte, gab ein Signal für das katholische Lager West- und Ostgaliziens, sich hinter die konservative Autorität seiner obersten Kirchenvertreter zu scharen. Ausdruck hiervon war der schon erwähnte „Nationale Christliche Volksverband" (NZCh-L), dem sich sowohl klerikal-konservative, christlichsoziale wie auch nationalklerikale Zeitungen zuordneten.

Erstrangige Bedeutung als gemeinsam eingesetztes, aktives Instrument der politischen Mobilisierung kam dem Antisemitismus zu, auch dies freilich in verschiedenen Schattierungen (von primitivsten bis zu pseudowissenschaftlichen Formen), Intensitäten (am Schwächsten beim ZSCh) und zeitlichen Kontexten (am Stärksten in den Jahren 1897/98). Beide erwähnten Elemente, die volksverbundene Attitüde (der Schutz vor der jüdischen „Ausbeutung") und die christliche Rahmenideologie (die „unchristliche" Ethik der Juden) verstärkten sich dabei wechselseitig. Zunächst, seit den 1890er- Jahren ging es schwerpunktmäßig um die Identifizierung von jüdischer Gesinnung mit gesellschaftlicher Zersetzung und um die angebliche Unterhöhlung einer bislang intakten christlichen Welt durch den mit dem Aufstieg des Judentums verbundenen modernen Säkularismus. Der wirtschaftliche Kampf gegen die Juden stand im Vordergrund, ausgedrückt in dem durch fast alle „christlich-demokratischen" Teilgruppen (wieder mit Ausnahme des ZSCh) gehenden Slogan: „Kauft nur bei Christen" (*Kupujcie tylko u Chrześćijań*).[159]) Im Zuge der fortschreitenden nationalen Aufladung der Ideenwelt des christlichen Lagers nach 1907, die im Bündnis des Antiblocks auch ihren politischen Ausdruck fand, rückte die bereits zuvor wirksam behauptete „antinationale" Gesinnung der Juden weiter in den Vordergrund. Dass der Triumph des Antiblocks gegen den liberal-reformerischen Kurs des Bobrzyński-Lagers mit Hilfe der höchsten kirchlichen Würdenträger geschah (Hirtenbrief vom April 1913, s. o.), wurde von den christlich-antisemitischen Parteien als Bestätigung ihres eigenen Glaubenssatzes gedeutet, der von einem Dualismus von christlicher und jüdischer Welt ausging. Nicht anders ist die Resolution des Hauptrats der SChL im Mai 1913 zu verstehen, die in ihrem vierten Punkt lautete: „Recht und Gerechtigkeit gibt es nur dort, wo keine Juden sind, und das Wohl der Nation ist auf der Seite, wo unsere ehrwürdigsten Erzbischöfe stehen."[160])

Von großer Bedeutung war überhaupt das Feld der Leitsprüche, Embleme und Symbole. Gerade die Stilisierung der Sozialdemokratie zum Inbegriff einer bösen Gegenwelt der Unmoral und Gottlosigkeit ließ es angebracht erscheinen, gewissermaßen zur Neutralisierung parallele Sprachschöpfungen zu kreieren. Etwa der Leitspruch des ersten Katholikentags: „Katholiken aller Stände, vereinigen wir uns" (*Katolicy wszystkich stanów łączmy się!*) oder der Untertitel des Stojałowski-Blatts *Pszczółka:* „Schrift für die christlichen arbeitenden Klassen" (*Pismo dla chrześcijańskich klas pracujących*). Ebenso groß und vielfältig war die Welt der Bilder. So illustrierte *Pszczółka* den ebengenannten Spruch mit einer Art

---

[159]) Erstmals nachweisbar ist dieser Slogan im Jahre 1893 in Głos Narodu. Der nationale Kampf mittels propagiertem Wirtschaftsboykott war freilich keine galizische Erfindung, sondern nahm wie so vieles in der modernen politischen Kultur der Monarchie seinen Anfang in Böhmen.

[160]) Słowo Polskie 27. 5. 1913 (241), S. 1.

Heiligen Familie zu dritt, wobei die eine der beiden anmutigen weiblichen Personen eine Säge, Symbol der Arbeitstätigkeit, in der Hand hielt. Zentrale Bedeutung als Symbol hatte allerdings in den verschiedensten Varianten das Kreuz, nicht nur auf Abbildungen, sondern auch als übergroßes „Mahnmal" in den Dörfern, wo seine Aufpflanzung und Segnung als Akt der geistigen Inbesitznahme des Ortes verstanden werden konnte. Schließlich sind die Parteilieder nicht zu vergessen, deren Melodie dem bekannten patriotischen Liedschatz entnommen wurden oder aber wiederum dem politischen Gegner entwendet und dem Eigenen hinzugefügt wurden.[161])

Eine andere Frage richtet sich nach den typologischen Merkmalen der hier besprochenen Parteien. Ähnlich wie das ideologische Profil war der erreichte Organisationsgrad höchst unterschiedlich. Solide konstituiert schien der auf den Bezirk Neusandez und Umgebung beschränkte bäuerliche ZSCh. Das lässt sich in erster Linie darauf zurückführen, dass dieser eben ein politischer Verein war, dem von Gesetzes wegen eine Periodizität der Versammlungen und eine Basis aus zahlungspflichtigen Mitgliedern vorgeschrieben war. Dasselbe gilt nicht für die SChL, die zwar Ansätze einer Parteireform in Richtung zahlender Mitgliedschaft und Parteiverwaltung (Kanzlei) kannte, jene aber kaum in die Tat umsetzte. Hinderlich war hier zweifellos die überragende Autorität Stojałowskis, der nicht bereit war, sich ernsthaft internen, nicht von ihm selbst gesteuerten Regulierungsmechanismen unterzuordnen. Es herrscht hier zuweilen der Eindruck vor, dass die SChL nur nominell als Organisation bestand, um dem Verband der „Anhänger Stojałowskis" (so der inoffizielle Name der Gruppe im Reichsrat) das Gewicht einer kollektiven Verankerung zu geben. Die stark unter bischöflicher Kuratel stehende SKNˇ der Jahrhundertwende wie auch die dem Bruch von 1907 folgende PSChS entsprachen wiederum dem Gewerkschaftsmodell, ging ihnen doch ein organisiertes Verbandswesen voraus. Allerdings wurden die christlichen Berufsvereinigungen nie zu Teilen der Partei (wie das Modell der „indirekten Komiteeparteien" dies vorgibt[162])), sondern existierten parallel zur Parteiorganisation, verbunden mit dieser mittels personeller Doppelfunktionen und gemeinsamen Presseorganen. Im Laufe der Zeit lässt sich zudem deutlich eine Tendenz zur Verselbständigung der Parteiorganisation feststellen.

Das PCL von 1906/7 schließlich kann überhaupt nur bedingt als Partei bezeichnet werden, da es faktisch ein Zusammenschluss der parlamentarischen Eliten von ZSCh, SChL und SKN darstellte. Es war allerdings auch wieder mehr als eine Fraktion, denn es umfasste Reichsrat und Landtag, stützte sich auf eine entsprechende Koalition von Presseorganen und führte sogar politische Manifestationen im Lande unter ihrem Namen durch. Nie gelang es jedoch dem klerikalen Lager, eine Parteiorganisation zu schaffen, die territorial übergreifend und gleichzeitig in der Tiefe verankert war. Die Zentren blieben lokal verortet, in Abhängigkeit von der Aktivität des jeweiligen Bischofs oder von besonderen lokalen Verhältnissen (Neusandez). Das große Vorbild, die deutsch-österreichischen Christlichsozialen, blieb bei weitem unerreicht.

---

[161]) So wurde die ZSCh-Hymne „Noch lebt das polnische Volk" (*Jeszcze żyje naród polski*) unter Verwendung der Melodie von „Noch ist Polen nicht verloren" gesungen (Związek Chłopski 21. 11. 1900, 33, S. 265 f.), während derjenige der katholischen Arbeiter die sozialdemokratische „Rote Fahne" (*Czerwony Sztandar*) zur Grundlage hatte. Die Hymne der SChL „Fahne des Kreuzes" in Wieniec-Pszczółka 8. 12. 1901 (49), S. 761 f.

[162]) Duverger, Politische Parteien, S. 36–41.

e) Die Sozialdemokraten

Von allen politischen Richtungen in Galizien war die sozialdemokratische die am stärksten von externen Einflüssen geprägte – ideologisch, organisatorisch und kollektivbiographisch. Auf der Suche nach ihren galizischen Wurzeln stößt man jedoch sehr bald auf das nationalpatriotische Milieu der Demokraten und damit auf Lemberg in den 1870er- und 1880er-Jahren. Dorthin übersiedelte im Jahre 1870 Bolesław Limanowski, später gemeinhin bekannt als Begründer des nationalen Flügels des polnischen Sozialismus. Damals in seinem fünfunddreißigsten Lebensjahr stehend, hatte er als Beteiligter an der Vorphase des Januaraufstands und Verbannter in Sibirien seine patriotische Feuerprobe hinter sich. Soziologische Studien in Moskau und Dorpat und intensive Lektüre während seiner Verbannung hatten ihn aber auch mit Denken in gesellschaftlichen Kategorien und, vor allem über die Schriften von Ferdinand Lassalle, mit sozialistischem Gedankengut vertraut gemacht. „Galizien" bedeutete nun, dass Limanowski Foren fand, in denen er auf legale Weise seine progressiven Ideen verbreiten konnte: in den Lemberger demokratischen Zeitungen *Dziennik Polski* und *Gazeta Narodowa* und in den von den Demokraten geschaffenen Vereinen.

Ein als Sonderdruck veröffentlichter Vortrag im Handwerkerverein *Gwiazda* („Über die Arbeiterfrage", 1871) sollte dem Verfasser größere Bekanntschaft verschaffen. Der Grundgedanke dieser Schrift, die Forderung nach einer Organisierung der Arbeiter als Träger des dritten Produktionsmittels (neben Land und Kapital) nach Muster des westlichen Auslands, zeugte nicht nur von wissenschaftlicher Bildung, sondern auch von seiner Kenntnis über internationale Trends in der Arbeiterbewegung. Er fiel aber auch in Lemberg selbst auf fruchtbaren Boden: Unter Führung der Drucker, die aufgrund ihrer Nähe zum Buchstaben nicht nur in Galizien eine Vorreiterrolle spielten, hatte sich hier bereits ein aktives, klassenbewusstes Milieu der Handwerkergesellen zu entwickeln begonnen, dessen erste kollektive Aktion, die Druckerstreiks von 1870, zu jenem Zeitpunkt bereits ein Jahr zurücklag und sich bis 1873 ausweiten sollte. Parallel dazu erfolgte die Herausgabe von Zeitschriften, zunächst reine Interessenorgane, dann, ab Ende der 1870er-Jahre, mit deutlich politischem Profil. Eine Führungsrolle bei der Koordinierung dieses sich zunehmend radikalisierenden Milieus übernahmen wiederum junge Intellektuelle, einerseits polnische, die ihre nationalpolitischen Ideale mit sozialpolitischem Engagement verknüpften, andererseits ruthenische, die durch die Schriften von Mychajlo Drahomanov zu national- und sozialemanzipatorischem Denken gekommen waren. Solange der Idealismus und die prekären Umstände ihres Handelns sie verband, gab es noch keine Widersprüche in nationaler Hinsicht.[163])

---

[163]) John-Paul Himka, Socialism in Galicia. The Emergence of Social Democracy and Ukrainian Radicalism 1860–90, Cambridge/Mass. 1983; Elżbieta Hornowa, Ukraiński obóz postępowy i jego współpraca z polską lewicą społeczną w Galicji 1876–95 [Das ukrainische fortschrittliche Lager und dessen Zusammenarbeit mit der polnischen sozialen Linken in Galizien 1876–1895], Wrocław 1968. Grundlegend: Walentyna Najdus, Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska 1890–1919 [Die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens], Warszawa 1983. Der gedruckte Vortrag Limanowskis: Bolesław Limanowski, O kwestii robotniczej [Über die Arbeiterfrage], Lwów 1871.

Der Lemberger Sozialistenprozess vom Januar 1878 gilt allgemein als Zäsur in der Geschichte des galizischen Sozialismus. Er machte einerseits den Sozialismus in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und trieb andererseits die führenden Aktivisten ins ausländische Exil oder in eine semi-konspirative Sphäre, die der ideologischen Geschlossenheit förderlich war. In Lemberg wurde die Zeitschrift *Praca* zum eigentlichen Kristallisationskern sozialistischer Kreise. In ihren Spalten erschienen 1879 und 1880 umfassende politische Programme, die trotz ideologischem Unterbau pragmatisch auf demokratische Reformen (allgemeines Wahlrecht) und Arbeiterschutzmaßnahmen abzielten. Im Januar und Mai 1881 wurden sodann in Genf zwei grundlegende Programme veröffentlicht, das „Programm der galizischen Sozialisten" und das „Programm der galizischen Arbeiterpartei". Verfasser waren die Lemberger Ivan Franko, Bolesław Czerwieński und Ludwik Inlaender, die alle auch zum Redaktionsstab von *Praca* gehörten.

Die Autoren legten besonderen Wert auf einen theoretischen Positionsbezug, der nun deutlich marxistisch ausfiel, allerdings unter Annahme einer sanften, „evolutionären Revolution". Vor allem ließ sich das Lemberger multinationale Linksmilieu (und im speziellen die Handschrift des Ruthenen Franko) in den Erörterungen der Nationalitätenproblematik erkennen, die, weder als „bourgeois" ignoriert noch nach der Art von Marx und Engels in den Kategorien „historischer" und „nicht-historischer" Nationalitäten wertend differenziert, sondern konsequent im Sinne einer anzustrebenden nationalen Gleichberechtigung (inklusive der Juden) behandelt wurde. Die damit einhergehende Verwerfung des Konzepts von Polen in den Grenzen von 1772, das als historisches Symbol der Unterdrückung verstanden wurde, machte nicht weniger als die Adoption des marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsverständnis die Distanz zum Lemberger liberaldemokratischen Milieu deutlich, aber auch zu Limanowski und dem um ihn gruppierten Verein „Polnisches Volk" (*Lud Polski*), der in seinem ebenfalls 1881 veröffentlichten Programm das nationale Unabhängigkeitsstreben mit sozialistischen Ideen verknüpfte.[164])

In Krakau, der Stańczyken-Hochburg, fehlte sowohl das aktive soziale Milieu der Lemberger Handwerkerbewegung als auch die intellektuell fruchtbare multinationale Mischung der Landeshauptstadt. In dieses Vakuum zog es die exilierten Exponenten der polnisch-sozialistischen Bewegung aus dem Königreich, allen voran deren Führungsfigur Ludwik Waryński (seit 1878 in Krakau), Begründer des sozialrevolutionär-internationalistischen Flügels des polnischen Sozialismus, der im „Brüsseler" Programm von 1879 seinen Niederschlag fand. Die agitatorische Tätigkeit eines rasch entstandenen Krakauer Waryński-Kreises unter Studenten und Handwerkern kam zu einem abrupten Ende, als zwei Jahre nach Lemberg (1880) auch in Krakau ein – wesentlich größerer – Sozialistenprozess stattfand. In dessen Folge emigrierte Waryński ebenfalls zunächst nach Genf, um dann 1882 in Warschau die erste sozialistische Partei, *Proletariat*, zu gründen, deren Organ *Robotnik* (Arbeiter) allerdings bezeichnenderweise wiederum in Krakau erschien. Die Schließung dieses Organs und die folgenden harten Maßnahmen gegen den angeschlossenen Sympathisanten-Kreis (Warschauer Prozess von 1885) bereiteten dem auf externe Inspiration angewiesenen Krakauer Sozialismus ein vorläufiges Ende, während die Lemberger Bewegung zwar

---

[164]) Polskie Programy Socjalistyczne 1878–1918. Zebrał i opatrzył komentarzem historycznym Feliks Tych [Polnische sozialistische Programme 1878–1918, zusammengestellt und historisch kommentiert von F. T.], Warszawa 1975, S. 81–97 (*Praca*), S. 141–146 (*Lud Polski*).

stagnierte, aber dank dem Fortbestehen von *Praca* und einer reduziert aktiven Handwerkerbewegung doch nicht zum Stillstand kam.

Der Wendepunkt kam auch hier am Ende der 1880er-Jahre. Ursächlich waren allerdings nicht wie in den bisherigen Fällen die schicksalhaften Landtagswahlen von 1889, sondern externe Faktoren, der Hainburger Einigungskongress von 1888/89 und die II. Internationale von 1889. Der dort beschlossene 1. Mai als Arbeitertag wurde bereits im Folgejahr begangen, propagandistisch unterstützt von *Praca* und einer neugegründeten zweiten Lemberger Arbeiterzeitung, die vor allem die Eisenbahner im Visier hatte, *Robotnik* (Arbeiter). Getragen vom Erfolg dieser Veranstaltung und zusätzlich ermuntert durch die Nicht-Verlängerung des 1886 eingeführten Anarchistengesetzes und die Gründung der ruthenischen „Radikalen Partei“ (s. u.), riefen diese beiden Zeitungen im November 1890 die erste galizische sozialdemokratische Partei aus, die „Arbeiterpartei“ (*Partia Robotnicza*, PR).

Die PR war zunächst nicht mehr als eines jener hohlen Gebilde, konstruiert aus einem Kreis von Aktivisten (vor allem Handwerkern und Studenten) und deren konsolidierter veröffentlichter Meinung (*Praca* und *Robotnik* erklärten sich als Parteiorgane). Es fehlte sowohl ein Programm (im Aufruf war lediglich von „sozialdemokratischen Prinzipien“ die Rede) als auch eine Organisation. Schon im Folgejahr wurde allerdings einiges an innerer Substanz und äußerem Gewicht hinzugewonnen, einerseits durch die Initiierung eines der Partei zugeordneten, rasch wachsenden Bildungsvereinswesens (*Si a* = Kraft), andererseits durch die Teilnahme ihrer führenden Exponenten an zwei externen Anlässen, dem 2. Kongress der Österreichischen Sozialdemokratischen Partei und dem Brüsseler Kongress der Internationale. Hinsichtlich der Problematik des nationalen Selbstverständnisses der Partei, die von Beginn an virulent gewesen war, gaben die beiden Veranstaltungen allerdings konträre Signale aus: In Wien trat man als Vertreter eines Kronlands auf, das Polen, Ruthenen und Juden beheimatete, während man sich in Brüssel mit den polnischen Delegierten aus den anderen Teilungsgebieten zusammenschloss und sich also implizit als polnische Partei definierte. Die Frage, ob Territorium oder Nation sollte in den folgenden Jahren zentrale Bedeutung erlangen.[165])

Mit der Abhaltung des ersten Parteikongresses in Lemberg zu Beginn des Jahres 1892 gelang es, die neue Partei öffentlichkeitswirksam in der politischen Arena zu etablieren. Ihre Teilnahme an der Struktur der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs und damit die Adoption von deren Programm legte eine Namensänderung nahe. Mit der ebendort beschlossenen Umbenennung in „Galizische Sozialdemokratische Partei“ (*Galicyjska Partia Socjaldemokratyczna*, GPSD[166])) wurde diese Affiliation präzisiert, allerdings mit

---

[165]) Zum Verhältnis von Parteibildung und nationaler Problematik siehe vor allem Kerstin S. Jobst, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996.

[166]) Unter diesem Namen ist die Partei in die Geschichte eingegangen, obwohl die zeitgenössisch üblichere Form zumeist anders lautete, nämlich „Sozialdemokratische Partei in Galizien“ (*Socjalnodemokratyczna Partia w Galicji*). Infolge der Einbeziehung der Nachbarkronländer in die Partei wurde die territoriale Kennzeichnung durch Schlesien und die Bukowina (bis zu deren Verselbständigung 1897) erweitert.

Rücksicht auf die besondere Rolle der Intelligenz ohne die einschränkende Nennung der Arbeiterschaft. Gleichzeitig wurde das territoriale Kriterium (Galizien) durch diese revidierte Namensgebung nachdrücklich bekräftigt. Damit befand man sich in einer Linie mit der Tendenz in der Gesamtpartei, welche anlässlich ihres 2. Parteitages im Juni desselben Jahres den Aufbau eines Organisationsprinzips nach Maßgabe der administrativen Grenzen beschlossen hatte. Derselbe Parteitag hatte der neuentstandenen innerparteilichen radikalen Opposition eine Abfuhr erteilt, die revolutionäre mit partei-föderalistischen Ideen zu verbinden versuchte.

Auch Galizien hatte eine Spielart dieser sogenannten „Unabhängigen". Zentrum war ein Kreis um den Redakteur der schon traditionsreichen Zeitung *Praca*, Józef Daniluk. Dieser, selbst ruthenischer Herkunft, widersetzte sich dem Beschluss des ersten Parteikongresses der PR/GPSD, sein Organ der neu konstituierten Partei unterzuordnen und trat für die Bewahrung der alten Werte ein: Beibehaltung konspirativer Traditionen statt bedingungsloser Reformismus, Unabhängigkeit und Föderalismus statt Gehorsam gegenüber dem Wiener Partei-„Zentralismus", Internationalismus statt schleichende Polonisierung.[167]) Diese Bewegung der Lemberger „Unabhängigen" erlangte wegen mangelnder programmatischer Klarheit und fehlendem organisatorischem Potenzial, aber auch infolge ihrer internen Zersplitterung nie die Kraft, eine eigene Partei zu bilden. Sie blieb auf Zeitungsorgane (nach der bereits 1892 eingestellten *Praca* die Wochenschrift *Monitor*), populäre Einzelpersonen (Ernest Breiter) und einen wenig erfolgreichen Bildungsverein (*Świt*: Morgenrot) beschränkt.

Die Absonderung der Lemberger „Unabhängigen" stellte sich als Niederlage der älteren, übernational orientierten Generation dar, die noch außerhalb bürokratisierter Parteistrukturen agiert hatte. Die neue Generation wurde vor allem verkörpert durch den jungen, dynamisch aufstrebenden Ignacy Daszyński, der an das sozialistische Potenzial der polnischen Freiheitsidee und an den Sonderstatus der Polen glaubte, den er in seiner vielzitierten Rede während des gesamtösterreichischen Parteikongresses von 1892 ausdrückte.[168]) Seine auf dieser Grundlage (nicht etwa auf einem antiruthenischen Reflex) beruhenden Bemühungen, die GPSD als polnische Partei zu konstituieren, trugen nach 1892 sukzessive Früchte. Förderlich war zunächst eine Verlagerung von dem durch die Sezession der „Unabhängigen" geschwächten Lemberger Milieu nach Krakau, dem traditionellen polnisch-patriotischen Zentrum. Hier war inzwischen dank des beachtlichen Erfolgs des lokalen *Si a*-Vereins ein günstigerer Boden für ein sozialdemokratisches Milieu entstanden, das nun entscheidend gestärkt wurde durch die Gründung einer neuen Parteizeitung, *NaprzÛd* (Vorwärts), die seit 1893 unter Daszyńskis Leitung stand. Parallel dazu verstärkten sich innerhalb der mit der GPSD kooperierenden ruthenischen Radikalen Partei (s. u.) die marxis-

---

[167]) In diesem letzten Punkt stellt dies eine Kehrtwende zu früheren Positionen dar, als gerade *Praca* im Vergleich zu *Robotnik* nationalere Töne, etwa hinsichtlich der 1. Mai/3. Mai-Kontroverse, angeschlagen hatte. Dazu Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 47 f. und 58.

[168]) Wegen der Verpflichtungen gegenüber den Stammesbrüdern jenseits der Grenzen könne man nicht wie die anderen ganz in die österreichische Partei eingefügt werden. Zitiert unter anderem bei Walentyna Najdus, The Relation of the Polish Social Democrats in Galicia to the Habsburg Empire and the Austrian Social Democratic Workers Party, in: Studies in East European Social History, hrg. von Keith Hitchins, Leiden 1977, Bd. 1, S. 66–93, hier 80 f.

tisch orientierten Kräfte, die auf die Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Partei drängten.

Beide Tendenzen erhielten einen entscheidenden Anstoß durch die vor allem von tschechischer Seite forcierte Entwicklung der österreichischen Gesamtpartei von einer deutsch dominierten, auf Basis der Länder organisierten Partei hin zu einer auf nationalen Grundlagen konstituierten Parteienföderation. Intern abgeschlossen wurde dieser Prozess am 6. Gesamtparteitag im Juni 1897 durch das neue Parteistatut, seine gesellschafts- und staatspolitische Erweiterung erfuhr er im Brünner Nationalitätenprogramm von 1899. Noch im Herbst 1897, also im Anschluss an den 6. Gesamtparteitag, beschloss der 5. Parteitag der GPSD, sich in dem Moment als polnische Partei zu konstituieren, wenn die Ruthenen zu einer eigenen Parteigründung schritten. Diese Bedingung erfüllte sich – unerwarteterweise – erst zwei Jahre später, am Ende des Jahres 1899, so dass die Partei das neue Jahrhundert als „Polnische Sozialdemokratische Partei" (*Polska Partia Socjalno-Demokratyczna*, PPSD) in Angriff nahm.[169])

Damit war die nationale Problematik innerhalb der Partei freilich noch nicht ganz gelöst, verblieb doch die Frage des jüdischen Separatismus, der vor allem durch die Gründung des „Bund" (1897) im russischen Teil großen Auftrieb erhalten hatte. Im Gegensatz zur ruthenischen Organisationsbildung war für die Absonderung einer jüdischen Partei weder die Unterstützung der Parteiführung noch das Desinteresse der Wiener Zentrale zu erwarten. Viele der Assimilation verpflichtete jüdische Parteiexponenten wandten sich im Gegenteil vehement gegen einen solchen Schritt. Erst als es dennoch im Mai 1905 zur Gründung einer jüdischen sozialdemokratischen Partei kam, antwortete die PPSD mit der Schaffung einer jüdischen Sektion innerhalb der Partei, die sich freilich später ebenfalls verselbständigte (s. unter 3c).

Die nationale Problematik war ein zunächst verdrängtes Problem der als Klassenpartei angelegten österreichischen Sozialdemokratie, die dem immensen desintegrativen Druck der nationalen Ideologie letztlich nicht standhalten konnte. Die Situation in der galizischen Partei war zusätzlich dadurch gekennzeichnet, dass der zum Wohlgefallen der Wiener Parteiführung vorgebrachte theoretische Anspruch, übernational zu sein, von Beginn an mit der sozial bedingten Realität, der faktischen Dominanz der Polen, in krassem Widerspruch stand. Zweitens wirkte die Etablierung der sozialdemokratischen Parteien jenseits der Grenzen als mächtiger Ansporn für die PR/GPSD, sich als überstaatlich verankerte polnische Partei zu legitimieren. Der Umstand, dass man auf diese Weise politisch „nationaler" vernetzt war als die Rivalen, wäre als Bonus gegenüber den anderen polnisch-galizischen Parteien zu verbuchen gewesen, welche die nationale Parole vorwiegend in ihrer Rhetorik führten. Tatsächlich aber sah man sich im politischen Alltagsgefecht gerade mit dem Etikett der „unnationalen" oder „antinationalen" Partei konfrontiert.

Diese Ausgrenzung der Sozialdemokratie aus dem jeweiligen Verband der national definierten politischen Gesellschaft war zwar ein europaweit verbreitetes Phänomen. Im Kontext des österreichischen Vielvölkerstaates konnten jedoch in der Öffentlichkeit verankerte Abwehrreflexe gegen den Deutschzentralismus, der nun in Gestalt der Österreichischen

---

[169]) Dieser neue Parteiname wurde nie durch einen offiziellen Beschluss sanktioniert. In der Vollversion nannte sich die Partei „Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska".

Sozialdemokratischen Partei wiederzukehren schien, nutzbar gemacht werden. Umso bedeutsamer war der Beschluss jenes 6. Gesamtparteitags, der eine national-föderative Struktur einführte. Wenn demnach in Zukunft die Kompetenz des Gesamtparteitags auf solche Fragen zu beschränken war, die für alle nationalen Organisationen (Landesparteitage) gemeinsam waren, dann klang dies auffallend ähnlich wie die seit langem von den progressiven galizischen Demokraten in der Nachfolge Smolkas vergeblich angestrebte, strikt föderative Kompetenzverteilung zwischen Reichsrat und Landtag.[170])

Dennoch waren dem autonomen Handeln der GPSD/PPSD durch ihre Einbindung in die gesamtösterreichische Partei reale Beschränkungen auferlegt. Verbindlich war zunächst vor allem das Parteiprogramm: Hainfeld 1889 (ergänzt 1892) und dann das revidierte, im Akzent etwas stärker reformistische „Wiener" Programm von 1901.[171]) Demnach lauteten die politischen Grundlinien: Wissenschaftlicher Sozialismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Vorreiterrolle des Proletariats, Erziehung zu Klassenbewusstsein und Stärke durch die Partei; dann: Aufhebung aller Freiheitsbeschränkungen, Demokratisierung (insbesondere das allgemeine und gleiche Wahlrecht) und Sozialgesetzgebung zugunsten der Arbeiter (insbesondere Achtstundentag), 1901 unter anderem zusätzlich: Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung der Todesstrafe, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und Gleichstellung der Frau. Die marxistischen Grundannahmen konnten ohne weiteres übernommen werden, da sie nur theoretische Bedeutung hatten, gleichzeitig aber das Gefühl einer wissenschaftlichen Fundierung vermittelten.

Die praktischen Vorgaben, also im Speziellen die politischen und sozialpolitischen Forderungen waren wiederum flexibel den Landesbedürfnissen anzupassen und durch eigene Akzente zu ergänzen, vor allem über das Instrument der Resolutionen, welche der Landesparteitag zuhanden der Gesamtexekutive und des Parlamentsklubs beschloss. Diese beiden Instanzen waren die Schaltstellen, welche Gesamtpartei und Landespartei inhaltlich und personell verknüpften. Deren Beschlüsse wie auch die Resolutionen des Gesamtparteitags wurden mittels der Parteiorgane der politischen Gefolgschaft in den Ländern und Sprachregionen zugänglich gemacht und gegebenenfalls später durch die Landesparteitage offiziell als Grundlage der eigenen Politik zur Kenntnis genommen. Nach 1899 war es wiederum Pflicht der jeweiligen Parteiexekutiven, dem Gesamtparteitag Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Schließlich gab es symbolische Gesten, welche die innere Verbindung und Solidarität der nationalen Parteien unter Beweis stellen sollten, etwa die Gepflogenheit, wechselseitig einen Gast zu schicken oder zumindest durch ein Begrüßungstelegramm anwesend zu sein.

Im Zeitverlauf verselbständigten sich die national konstituierten Landesparteien gegenüber der Gesamtpartei. Die dem Beschluss einer Umgestaltung in eine Föderativpartei (1897) folgenden acht Jahre lassen sich als Periode des produktiven Miteinanders der autonomisierten nationalen Parteien der österreichischen Sozialdemokratie umschreiben.

---

[170]) Zur nationalen Problematik der österreichischen Sozialdemokratie insgesamt siehe Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Bd. 1, Wien 1963 sowie Raimund Löw, Der Zerfall der „Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreichs 1889–1914, Wien 1984.

[171]) Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 137–139 und 145–148.

Erstrangige Bedeutung als kohäsives Element hatte zweifellos der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, der ohne regionale Anpassungsschwierigkeiten propagiert werden konnte und im reichsweiten Generalstreik vom November 1905 auch in Galizien seinen symbol- und machtträchtigen Höhepunkt erlebte. Unmittelbar vorangegangen war der ganz dem Wahlkampfthema gewidmete Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der denn auch bezeichnenderweise der letzte sein sollte. Nach der großen Reichsratswahlreform verlagerte sich der Wahlrechtskampf auf die Länder, insbesondere in Galizien, wo die Landtagswahlreform überhaupt zum politischen Leitthema werden sollte. Wichtiger noch für die fortschreitende Desintegration waren jedoch insbesondere im polnischen Fall die gesamtpolitischen Veränderungen – die Umwälzungen in Russland und das sich stetig aufheizende nationalistische Klima. Beides verstärkte die Orientierung hin zu den nationalen Bruderparteien jenseits der Grenzen, aber auch eine Annäherungstendenz gegenüber den nicht-sozialistischen polnischen Parteien Galiziens.

Nach 1905 wurde also jenes Miteinander der sozialdemokratischen Parteien sukzessive zu einem Nebeneinander, das sich allerdings im polnisch–deutschen Falle als ein durchwegs harmonisches gestaltete. Diesem positiven Verhältnis lag ein Gefühl der Dankbarkeit der polnischen gegenüber der deutsch-österreichischen Partei zugrunde, die – so Daszyński während deren Parteitag von 1912 – die einzige Schutzmacht war, welche ihre Hand über die noch schwache polnische Organisation gehalten hatte. Tatsächlich zehrte diese während vieler Jahre von beträchtlichen materiellen Zuwendungen seitens der Wiener Partei. Die Loyalität der Polen zeigte sich insbesondere in der ebenfalls weit zurückreichenden vermittelnden Tätigkeit im deutsch–tschechischen Antagonismus, der eine interessante Parallele zur vermittelnden Rolle des Polenklubs zwischen denselben Antagonisten in der Reichspolitik darstellte.

Das sollte sich insbesondere in der großen Krise von 1911 zeigen, die von der separatistischen Bewegung der tschechischen Gewerkschaften ausging und in einer Parteispaltung der tschechischen Sozialdemokratie endete. In diesem Fall kam hinzu, dass die Polen zur selben Zeit mit einer strukturell ganz ähnlich begründeten Sezession der ebenfalls unter einem Hegemonisierungstrauma leidenden ruthenischen Partei zu kämpfen hatten. Nach dem Zerfall des Reichsratsklubs (siehe Abschnitt III) kam es schließlich Ende 1912 zu einem letzten, allerdings durch die Internationale inspirierten, konzertierten Akt der Gesamtpartei, als die Exekutivkomitees der nationalen Parteien ein Antikriegsmanifest erließen. Für die Polen war dies zweifellos eine halbherzige Sache, waren ihre führenden Parteiexponenten doch gleichzeitig intensiv mit dem Aufbau einer paramilitärischen Organisation beschäftigt.

Als Forum für die Entwicklung und Präsentation eines eigenständigen Profils fungierten, wie erwähnt, die Landesparteitage, die zwischen 1892 und 1914 dreizehn Mal abgehalten wurden. Nicht minder wichtig war die Presse, welche auch während der „zentralistischen“ Phase aufgrund der Sprachbarriere einer engeren ideologischen Kontrolle seitens der Exekutivorgane der Gesamtpartei entzogen war. Überblickt man die Verhandlungen und Resolutionen der Parteitage sowie die von der Parteipresse erarbeiteten zentralen inhaltlichen Schwerpunkte, so ergeben sich vier Bereiche, in denen die polnische Sozialdemokratie Galiziens stets wiederkehrend einen selbstgewählten inhaltlichen Schwerpunkt setzte, der ihr gegenüber der Gesamtpartei ein eigenes Gepräge gab: das Verhältnis zu den polnischen „Bruderparteien“ jenseits der Staatsgrenzen, die Agrarfrage, die Gewerkschafts-

frage sowie die Parteiorganisation. Schließlich stand auch das Feld der Selbstrepräsentation im Spannungsfeld zwischen Gesamtsozialdemokratie und national-regional geprägter Identität.

Zunächst das Verhältnis zu den Bruderparteien. Dieses wurde in dem Moment zu einem politischen Problem, als die polnische Sozialdemokratie der anderen Teilungsgebiete sich in mehrere Richtungen spaltete und damit die propagierte dreifache Solidarität parteipolitisch konkretisiert werden musste. Enge Beziehungen bestanden von Beginn an zur Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS), die, unter Führung Limanowskis in Paris gegründet, seit 1893 in Kongresspolen aktiv wurde und für die bekannte Vorrangigkeit der nationalen Unabhängigkeit gegenüber der sozialen Revolution stand. Dieser nationalen, strikt antirussischen Linie sah sich die Führung der PPSD in der Folge bei allen nach links abweichenden Strömungen verpflichtet. Zunächst spielte Daszyński eine aktive Rolle bei der versuchten Ausgrenzung der von Rosa Luxemburg geführten Sozialdemokratie des Königreichs Polen (ab 1900: und Litauens) (SDKP/SDKPiL) aus der Internationale.

Nach der Jahrhundertwende verlagerten die rivalisierenden Gruppen selbst – PPS, PPS-Proletariat (eine 1900 gegründeten Splittergruppe) und SDKPiL – ihre Hauptorgane in die westgalizische Metropole, wodurch sich ein Einflusskreis um diese Organe herausbildete, der das lokale politische Monopol der PPSD auszuhöhlen drohte. Zusätzlich veranlasst durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges, proklamierte darauf das Exekutivkomitee der PPSD das offizielle, als exklusiv verstandene Bündnis zwischen PPSD und PPS (*Sojusz bratni*: brüderliches Bündnis), das trotz erheblicher Gegenwehr durch den (9.) Parteikongress vom Herbst 1904 abgesegnet wurde. Nach Ausbruch der Russischen Revolution geriet jedoch die strikt nationale Linie Daszyńskis verstärkt ins Wanken, als innerhalb der PPS ein linker Flügel für die aktive Zusammenarbeit mit den russischen Sozialdemokraten zur Erreichung der politischen Ziele eintrat.

Angesichts der beträchtlichen Unterstützung, welche diese „Jungen“ (seit Ende 1906 „PPS-Lewica“) auch in der PPSD fand, konnte die Mehrheit der Parteiführung ihre Unterstützung der „Alten“ unter Piłsudski (dann „PPS-Frakcja“) nicht offiziell machen (Neutralitätserklärung des 10. Parteikongress vom Mai 1906). Der vorwiegend von Krakau aus organisierte, von der PPSD mitunterstützte Aufbau paramilitärischer Formationen unter der Führung Piłsudskis stärkte jedoch in der Folge nachhaltig die Achse PPSD – PPS und schwächte die Präsenz der Linken in Galizien. Unter diesen Umständen konnte es die Parteiexekutive im Jahre 1912 wagen, beide Parteien unter das Dach der TKSSN (s. o.) zusammenzuführen. Der ein Jahr später folgende 13. Parteikongress, der letzte vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, segnete trotz neuerlicher Kritik an der eigenmächtigen Vorgangsweise der Exekutive diesen Schritt ab und legte damit endgültig den Weg fest in der bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung.

Ein zweiter thematischer Bereich, der wiederholt zu Debatten und Richtungsstreitigkeiten führte, betraf die Haltung in der Agrarfrage, dessen besondere Relevanz in Galizien durch die stark landwirtschaftlich geprägte sozial-ökonomische Struktur gegeben war. Auf die spezifischen Voraussetzungen Galiziens hatte bereits der einzige polnische Delegierte am Hainfelder Parteikongress aufmerksam gemacht, ohne dass seine Anregungen berücksichtigt worden wären. Weder das damals beschlossene noch das Wiener Programm von 1901 widmete sich gesondert der Agrarbevölkerung. Im Hintergrund standen die großen

Schwierigkeiten der gesamteuropäischen Sozialdemokratie, aus dem durch Marx und seinen Interpretatoren vorgegebenen theoretischen Raster heraus dem Bauerntum eine positive Rolle zukommen zu lassen. Die Galizier selbst, deren Stärke im Rahmen der Gesamtpartei nie in Beiträgen zu dogmatischen Fragen lag, konnten auch in den internen Debatten keine Klarheit in dieser Frage finden.

Auch die Parteiführung der GPSD/PPSD war schließlich von städtischen Intellektuellen und Handwerker- bzw. Arbeitereliten dominiert. Daher kam es auch hier trotz verschiedener Anstöße von Seiten der ruthenischen Radikalen, aber auch polnischer Aktivisten (Jan Kozakiewicz) in den 1890er-Jahren (3. bis 5. Parteikongress, 1894–1897) nie zu einem ideologisch kohärenten Agrarprogramm. Letztlich beschränkte man sich auf eine pragmatische Zugangsweise, welche sich auf eine allgemeine agitatorische Präsenz auf dem Lande konzentrierte: Seit 1896 erschien eine eigene sozialdemokratische Bauernzeitung, *Prawo Ludu* (Volksrecht), ab 1902 unterstützte man aktiv den als Klassenkampf gewerteten Agrarstreik (8. Parteikongress von 1903) und während des 10. Parteikongresses von 1906 beschloss man die Einrichtung einer Zentralorganisation für die Landbevölkerung, die allerdings nie ins Leben trat.[172])

In allen europäischen Ländern stand die Geschichte der Sozialdemokratie in einem engen Verhältnis zum frühen Arbeiterassoziationswesen. Das galt auch für Galizien und die polnische Sozialdemokratie. Auch hier waren die Assoziationen älter als die Partei und hatten in der Form der Handwerker- und Gesellenbewegung sowie der Arbeiterbildungsvereine zu deren Entstehung wesentlich beigetragen. Nach Gründung der Partei kehrte sich dieses Verhältnis um, und nun wurde diese, vor allem mittels ihrer Presseorgane, zum wesentlichen Motor beim weiteren Ausbau der Assoziationen. Der Anstoß kam jedoch wiederum zu einem wesentlichen Grad von außen, von der Gesamtpartei, welche aufgrund der fortgeschritteneren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung noch wesentlich stärker auf die Assoziationen als Bausteine der Partei setzte. Schon Hainfeld hatte zum Aufbau von „Gewerkvereinen" aufgerufen. Am ersten österreichischen Gewerkschaftskongress im Jahre 1893 war die ideelle Verbindung zur Sozialdemokratie festlegt worden, und das im Folgejahr beschlossene Parteistatut empfahl den Parteiangehörigen, sich ihrer jeweiligen Branchenorganisationen anzuschließen – oder auch einem Bildungsverein oder politischen Verein. Gerade die Inkludierung der Bildungsvereine war eine Konzession an die „rückständigen" Regionen der Monarchie, nicht zuletzt an Galizien.

Die Zugehörigkeit zur österreichischen Gesamtpartei lieferte in den Folgejahren einen wichtigen Impuls für die polnisch-galizische Partei und ihre Aktivisten, die Organisierung von Gewerkschaften voranzutreiben. Während des 5. Parteitags (1897) wurde beschlossen, noch stärker als bisher die Gewerkschaften in die politischen Anstrengungen einzubeziehen und der 6. Parteitag (1899) bestätigte die „unauflösliche Einheit" von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung und verpflichtete die Parteimitglieder, Arbeiterassoziationen anzugehören. Vielfach wurden auch die Mitgliedsbeiträge über diese eingezogen. Wie eng das Verhältnis war, zeigt sich schließlich auch an der Tatsache, dass der erste galizische

---

[172]) Dazu Näheres bei Michał Śliwa, Kwestia rolna w myśli programowej Polskiej Partii Socjalno-Demokratycznej Galicji i Śląska [Die Agrarfrage im programmatischen Denken der PPSD], in: Studia Historyczne 28/2 (1985), S. 245–265 sowie Najdus, Polska Partia Socjalno-Demokratyczna, S. 175–192; Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 62–72 und 125–128.

Gewerkschaftskongress von 1899 schlicht eine Erweiterung des damaligen Parteitags war. Nach der Jahrhundertwende war man, auch dies dem allgemeinen Trend folgend, aus prinzipiellen Überlegungen heraus bemüht, jene enge Verflechtung sukzessive zu lösen. Im Parteistatut von 1901 wurde zwar die verpflichtende Zugehörigkeit zu Gewerkschaft bzw. Arbeiterbildungsverein verankert, jedoch gleichzeitig die Vertrauensmänner auf lokaler Ebene von den Assoziationen entkoppelt, zugunsten der Konzeption einer reinen Mitgliederpartei auf individueller Basis. Am 10. Parteitag von 1906 waren erstmals keine Assoziationsvertreter anwesend, und auch das hierbei beschlossene Statut führte eine klare Trennung der beiden Bereiche ein, nicht zuletzt, um die zu diesem Zeitpunkt ganz auf die Wahlreform konzentrierte Partei von zusätzlichem Konfliktstoff zu entlasten.

Damit ist schon das vierte Dauerthema der Partei angesprochen: die Organisationsfrage. Deren besondere Bedeutung für die Sozialdemokratie im allgemeinen ergab sich aus ihrem Selbstverständnis als politisches Instrument der Massen, deren Erfassung einen ganz anderen Grad der Penetration in die Gesellschaft und der internen Effizienz bedingte als die periodische Mobilisierung einer Gemeinschaft von Wählern. Allerdings handelte es sich hierbei insbesondere für die Sozialdemokratie in den „rückständigen" Provinzen zunächst einmal um eine theoretische Zielvorgabe, deren Umsetzung nur äußerst langsam realisiert werden konnte. Als der österreichische Gesamtparteitag von 1892 das Ziel formulierte, die Rolle der Zeitungsredaktionen als Zentralpunkte der Partei durch ein System von gewählten Vertrauensmännern auf Bezirksebene zu ersetzen, gab der polnische Delegierte (Daszyński) zu bedenken, in Galizien müsse man noch länger beim alten System bleiben, weil etwaige Vertrauensmänner sofort aus ihrem Orte abgeschoben würden.[173])

Im Vordergrund stand in der Tat weit mehr die Agitation via Medienpräsenz, Versammlungen und Streiks als die Schaffung einer stabilen, örtlich lokalisierten Organisationsbasis. Um hier dennoch voranzukommen, wurden in Ausführung der revidierten Organisationsstatuten der Gesamtpartei von 1894[174]) zwei Kreisorganisationen als „Agitationsbezirke" geschaffen, einen jeweils für West- und einen für Ostgalizien mit Sitz in Krakau bzw. Lemberg, deren erste „Landeskonferenzen" Ende 1893 bezeichnenderweise in den jeweiligen Zeitungsredaktionen (*Naprzůd* bzw. *Robotnik*) stattfanden. Die Parteiorgane dienten als Verwaltungszentrum und Zahlstelle, die Geldmittel wiederum kamen einem sogenannten „Agitationsfond" und einem „Pressefond" zugute.

Jene Zweiteilung der Partei in einen west- und einen ostgalizischen Bezirk wurde erst 1897 aufgehoben, als man die Einrichtung eines zentralen Exekutivorgans in Krakau beschloss, dem nun vier Agitationsbezirke (Lemberg, Krakau, Przemyśl sowie Teschen) untergeordnet waren. Im Jahre 1901 gelang es dann, die inzwischen gewachsenen Organisationen und Strukturen zu dem schon erwähnten Parteistatut zusammenzuschnüren, das sich zwar an dasjenige der deutschen Partei anlehnte, aber gleichzeitig die spezifischen Verhältnisse im Kronland berücksichtigte. Grundelement war nun das Parteimitglied, das nicht mehr wie zu Beginn lediglich aufgrund seiner politischen Gesinnung definiert war, sondern zur Zahlung einer Parteisteuer verpflichtet wurde, die teils der lokalen Organisa-

---

[173]) Verhandlungen des dritten österreichischen socialdemokratischen Parteitages abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 in den Drei Engel-Sälen, Wien 1892, S. 134 f.

[174]) Verhandlungen, S. 193–196 (Absatz III). Das erste Statut wurde 1892 erlassen.

tion (in dezentral zu beschließender Höhe) und teils der zentralen Parteiverwaltung zufloss. Das Parteimitglied war seinem Wohnort zugeordnet, wo es ein Ortskomitee wählte.

Die nächst höher liegende Ebene wurde von den erwähnten vier Bezirksorganisationen gebildet, denen später zwei weitere (Stanislau und Stryj) hinzugefügt wurden. Als höchstes Organ fungierte der alle zwei Jahre einzuberufende „Kongress" (Parteitag), der sich aus den Orts- und Bezirksdelegierten sowie dem Parteivorstand und den Abgeordneten zusammensetzte. Das revidierte Parteistatut von 1906 schaltete im Hinblick auf die große Wahlreform zwischen Orts- und Bezirksebene noch die Wahlkreisorganisation ein. Im Rahmen der Gesamtpartei bildeten bereits seit 1897 die Wahlkreise der allgemeinen Wahlkurie die territorialen Grundeinheiten, während galizienintern dieses Prinzip wegen der ernormen Größe der Wahlkreise damals nicht durchgeführt werden konnte. Ausführende Organe waren schließlich der vom Kongress zu wählende Vorstand sowie das mit dem laufenden Geschäft betraute Exekutivkomitee, das faktisch den größten Einfluss auf den Kurs der Partei ausübte.[175])

Die mangelhafte Aktivität der Ortskomitees und deren geringe Kommunikation mit der Zentrale ließen den 11. Parteikongress (1908) erneut Ergänzungen des Statuts vornehmen und Resolutionen beschließen, welche die Parteibasis aufwerten (direkte Delegiertenwahl, Präsenz in den Vororten, Einrichtung von Arbeiter- und Bauernbibliotheken) und gleichzeitig die Parteiexekutive stärken sollten (Erhöhung der Mitglieder des Exekutivkomitees, einheitliche Parteisteuer, Einrichtung eines Parteisekretariats). In dieselbe Richtung ging die Resolution des 12. Parteitags (1911), die zur Gründung von politischen Vereinen in den Orten aufrief. Die Diskussionen in den Parteigremien und die verabschiedeten Resolutionen zeigen deutlich, dass weite Teile des Statuts nicht über die Normvorgabe hinauskamen. Das Parteisekretariat blieb vorerst unrealisiert, die Erfassung der Mitglieder bruchstückhaft und die Einziehung der Parteisteuer ineffizient. Ein einheitliches System von Mitgliederlegitimation gegen Beitragsleistung konnte nur ansatzweise durchgeführt werden, da alte Formen (Koppelung von Parteisteuer mit Zeitungsabonnement, Assoziationen als Zwischeninstanzen) weiterbestanden. Immerhin wuchs die Zahl der registrierten Parteimitglieder bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf 16000 Personen (gegenüber 30000 organisierten Gewerkschaftern und 70000 Wählern). Allerdings blieben große weiße Flecken auf der sozialdemokratischen Landkarte bestehen, denn noch an den letzten Parteitagen waren nur etwas über ein Drittel der politischen Bezirke (fast ausschließlich durch die Hauptorte) Galiziens mit Delegierten vertreten.

Als letztes wäre die kulturelle Identität und Repräsentation der Partei anzusprechen, die sich in der politischen Sprache, der Symbolik und den historische Identifikationen erfassen lässt. In diesem Feld scheint die bindende Kraft der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie gegenüber der Tendenz zur nationalen Desintegration überwogen zu haben. So wurde der überwiegende Teil der sprachlichen Elemente von der internationalen Sozialdemokratie übernommen, etwa die diversen Wortschöpfungen wie „Genosse" (*Towarzysz*, später auch „Genossin": *Towarzyszka*) oder der Spruch der Internationale, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch", der bei jeder Gelegenheit die Zugehörigkeit zu einer

[175]) Der Vorstand setzte sich jeweils in etwa je zur Hälfte aus Vertretern der Intelligenz und der „Arbeiterschaft" (nach wie vor viele aus dem Druckergewerbe) zusammen.

größeren politischen Bewegung kenntlich machte. Dasselbe gilt auch für die diversen Symbole und Embleme: rote Nelke, rote Fahne (generell die Farbe Rot), dann die verschlungenen Hände mit dem Hammer als häufigstes Parteiemblem auch der GPSD/PPSD.

Besondere Bedeutung kam der 1. Mai-Feier zu, darüber hinaus ganz allgemein der manifestierenden Masse (etwa als politische Demonstrationsgemeinschaft oder als Streikgemeinschaft) als Symbol der Macht und Legitimation der Vielen. Der 1. Mai stand zwar in den polnischen Gebieten in einem pikanten Verhältnis zum großen nationalen Gedenktag des 3. Mai. Mit Ausnahme des 100. Jahrestags von 1891, als es in jener Frühphase der Parteigeschichte zu internen Kontroversen über die Beteiligung hier und dort kam, stellte der 1. Mai jedoch den zwei Tage später begangenen, als „bourgeois" erklärten Feiertag klar in den Schatten. Bei den Liedern handelte es sich ebenfalls zum großen Teil um Importware (Internationale, Arbeiter-Marseillaise), das beliebteste Lied allerdings war eine eigene (galizische) Schöpfung (*Czerwony Sztandar*: Rote Fahne).

Hinsichtlich der historischen Helden und damit der Selbsteinordnung in die geschichtliche Entwicklung standen an vorderster Stelle die großen Ahnen der Sozialdemokratie: Marx und Lassalle, gelegentlich Engels, die genau wie bei den deutsch-österreichischen Parteitagen zumeist als Büsten den Kongresssaal schmückten. Immerhin erschienen die polnischen Figuren zuweilen in Porträts an den Wänden, verstorbene Aktivisten wie der Bruder Daszyńskis (Feliks), die Mitbegründer der ersten Partei Antoni Mańkowski und Bolesław Czerwieński (letzterer auch Schöpfer von *Czerwony Sztandar*), oder der frühe Märtyrer Ludwik Waryński. Wäre Limanowski nicht erst in der Zwischenkriegszeit 100-jährig verstorben, hätte er es bestimmt schon vor dem Krieg bis zur Büste gebracht. So wurde er, der seit 1907 in Krakau lebte und als einer der wenigen auch weiterhin theoretische Beiträge leistete, als lebender „Patriarch des polnischen Sozialismus" verehrt, dem man im November 1910 aus Anlass seines 75. Geburtstags, seiner 50-jährigen literarischen Tätigkeit und seiner 40-jährigen „Arbeit für den Sozialismus" eine Huldigungsfeier darbrachte. Abgesehen von diesen Helden der Parteigeschichte vereinnahmte man zentrale Figuren der nationalen Geschichte und interpretierte sie als Vorläufer der Sozialismus, so insbesondere Mickiewicz und Kościuszko, an deren Erinnerungstagen man, ausgestattet mit den parteieigenen Symbolen, teilnahm. Nach der Jahrhundertwende bedurfte es allerdings im Zuge der Nationalisierung der Gesamtgesellschaft immer weniger einer solchen parteiideologischen Rechtfertigung, wie sich vor allem an der vorbehaltlosen Teilnahme an der antipreußisch akzentuierten Grunwald-Feier von 1910 zeigte.[176])

f) Die Nationaldemokraten

Die polnischen Nationaldemokraten gelangten als letzte politische Gruppierung in Galizien, erst nach der Jahrhundertwende, zu einer Parteigründung. Politische Ideologie und personelle Rekrutierung lassen sich wie im Falle der PSL und der Sozialdemokraten in den späten 1870er- und 1880er-Jahren im Königreich Polen (mit starken Verbindungen zur russischen Inteligencja) lokalisieren. Eine neue, nicht mehr von der Katastrophe von 1863 geprägte Generation von Intellektuellen stellte der etablierten Welt der Rationalität, des Fortschrittsglaubens, der sozialen Exklusivität eine Gegenwelt des Idealismus, der politi-

[176]) Dazu kurz Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 202–204.

schen Tat und des sozialen Engagements gegenüber. Im Rahmen dieser Oppositionshaltung gegenüber der bestehenden geistigen Ordnung waren die Grenzen zwischen zukünftigen Nationaldemokraten, Sozialdemokraten und Volksparteilern noch durchaus undefiniert, zumindest durchlässig.

Die gemeinsamen Wurzeln der drei genannten Parteirichtungen lassen sich nicht zuletzt biographisch festmachen: Jan Ludwik Popławski, einer der wichtigsten Theoretiker und Organisatoren der Partei, hatte die Schule der russischen *Narodniki* durchlaufen, ebenso wie Bolesław Wysłouch, der nachmalige Gründer der Volkspartei. Die von Popławski geleitete Zeitschrift *G os*, die als erstes nationaldemokratisches Organ gilt, war weitgehend ein Warschauer Pendant zu Wysłouchs *Przegl d Spo eczny* (s. o.), zu dessen regelmäßigen Beitragenden wiederum unter anderen Limanowski gehörte, aber auch der zweite Theoretiker der frühen Nationaldemokratie, Zygmunt Balicki. Dieser war damals von seiner Studienzeit in St. Petersburg her ebenso bekennender Sozialist wie der spätere galizische Parteiführer Stanisław Grabski, der noch in den frühen 1890er-Jahren leitender Redakteur der Berliner polnischsprachigen *Gazeta Robotnicza* (Arbeiterzeitung) war. Eine entsprechend diffuse Orientierung hatten auch die in den 1880er-Jahren gegründeten, nachmalig nationaldemokratisch beherrschten Organisationen – die 1887 in der Schweizer Emigration geschaffene „Polnische Liga" (*Liga Polska*) sowie ihr Ableger im Königreich, die Studentenorganisation „Verband der Polnischen Jugend" (*Zwi zek M odzie y Polskiej*, kurz *Zet*). Gemeinsam war allen die Verbindung von nationalem Tatendrang und sozialem Befreiungsideal und die vage politische Vorstellung einer zukünftigen Nationalgesellschaft auf der Grundlage des Volkes, des *Lud*.[177])

Die Separierung dieses zunächst verwobenen intellektuell-oppositionellen Milieus in divergierende politische Strömungen geschah im wesentlichen in den 1890er-Jahren. Als wichtigste Schritte sind zu nennen: die Gründung der „Nationalen Liga" (*Liga Narodowa*) in Warschau als Nachfolgeorganisation der Polnischen Liga (1893); die Proklamation des ersten politischen Manifests der Nationalen Liga als „Programm der Nationaldemokratischen Partei" (1897); schließlich die Neugründung der Studentenorganisation *Zet* auf einer neuen, schärfer formulierten ideologischen Plattform (1898). Als führende Figur bei allen diesen Initiativen, die den Weg in eine schlagkräftige, vom Königreich aus agierende Geheimorganisation wiesen, wirkte der junge Roman Dmowski. Gleichzeitig trat in der politischen Ideologie eine konzeptionelle Verengung ein. Die Antwort, welche die nationaldemokratischen Theoretiker auf die Krise der modernen Gesellschaft, auf die Entwurzelung der Menschen, auf das soziale Elend und auf die geistige Orientierungslosigkeit entwarfen, fand sich nun immer expliziter in der Konstruktion und Hypostasierung der Nation – gedacht als eine zu homogenisierende Gemeinschaft (Verschmelzung von *Lud* und *Nar d*), deren Entstehung man nicht dem Wirken der Zeit anvertrauen könne, sondern die aktiv geschaffen werden müsste durch (männliche) Willenskraft, Ordnung, Disziplin und Autorität, ohne moralische Restriktionen und mit klarer Benennung der ewigen, „natürlichen" Feinde. Diese Gedankenwelt eines modernen, integralen Nationalismus wurde

---

[177]) Zur Formierungsgeschichte der nationaldemokratischen Ideologie und ihrer Fortentwicklung in eine Ideologie des Hasses vgl. die Studie von Brian Porter, When Nationalism Began to Hate: Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, New York 2000, hier insbes. S. 75–134.

kurz nach der Jahrhundertwende in zwei Schlüsseltexten festgehalten, in Dmowskis „Gedanken eines modernen Polen“ und in Balickis „Nationaler Egoismus und Ethik“.[178])

Beide eben genannten Schriften erschienen im Jahre 1902 und nicht zufällig in Lemberg. Tatsächlich spielte Galizien in dieser Phase der ideologischen Formierung der Nationaldemokratie vor allem die Rolle eines publizistischen Freigeheges. Seit 1895 schon redigierten Dmowski und Popławski von Lemberg aus das theoretische Hauptorgan der Bewegung, *Przegląd Wszechpolski* (Allpolnische Rundschau, daher auch der Beiname „Allpolen“) und seit 1896 zeichnete Popławski von Krakau aus verantwortlich für das der Landbevölkerung gewidmete Blatt *Polak* (Pole). Der unmittelbare Einfluss dieser vorwiegend auf das Königreich ausgerichteten Organe auf die politische Szene in Galizien war zunächst gering. Als mittelfristig bedeutsamer erwies sich der Einfluss auf die akademische Jugend insbesondere in Lemberg sowie die Unterwanderung bestehender Organisationen wie des Volksschulvereins (TSL), des Sokol und (etwas später) der Gesellschaft der Landwirtschaftskreise (TKR) mit nationaldemokratischem Gedankengut und Personal. Immerhin war auch in Galizien genügend Raum vorhanden für eine politische Kraft, welche mit der Politik der provinziellen Selbstgenügsamkeit brechen wollte und an deren Stelle eine in ein national-integratives Vokabular eingebettete gesamtpolnische Vision anbot.

Tatsächlich verdankte die polnische Nationaldemokratie Galiziens ihre Entstehung keineswegs nur der ideologischen und organisatorischen Inspiration von außen. Vielmehr hatte sie auch autochtone, galizische Wurzeln, und zwar im Milieu der Demokraten der Landeshauptstadt Lemberg. Verfolgt man einige der politischen Biographien, so lässt sich die Loslösung der Nationaldemokraten von ihren ideellen Ziehvätern wiederum auf jene Wende von 1889/90 zurückführen, als die Demokraten ihren ersten Schritt hin zu einer dezidierteren Oppositionspolitik wagten. Zu dieser Zeit wirkte der Lemberger Ökonomieprofessor Stanisław Głąbiński, später Führer der galizischen Nationaldemokraten, als amtierender Chefredakteur der *Gazeta Narodowa*. In Reaktion auf jene Wende nach links plädierte Głąbiński in einem programmatischen Artikel für die Unterordnung demokratischer, fortschrittlicher und anderer „westlicher Parolen“ (*has a zachodnie*) unter das nationale Ziel und begründete dies mit dem polnischen Sonderfall, dem Fehlen eines selbständigen Nationalstaats. In einer Zeit der politischen Krise im polnischen Lager formulierte er damit eine Maxime, die nicht nur für ihn selbst, sondern auch für jenes ehemalige Paradeorgan der Demokraten gültig bleiben sollte. Sie entsprach zweifellos den Bedürfnissen einer neuen Generation urbaner Mittelschichten, die anstelle der tradierten Werte von Vernunft und Toleranz dezidiertere Antworten auf den Zerfall der nationalen Gesellschaft in Klassenparteien, auf die antipolnische Unterdrückungspolitik in Preußen und auf die wachsenden nationalen Spannungen in Ostgalizien, verlangten.[179])

---

[178]) Vgl. dazu die vornehmlich ideengeschichtlich orientierte Studie von Roman Wapiński, Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami mysli nacjonalistycznej [Nationale Demokratie 1893–1939. Studien über die Geschichte des nationalistischen Denkens], Wroc- ław etc. 1980. Die erwähnten Primärtexte: Roman Dmowski, Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], Lwów 1902; Zygmunt Balicki, Egoizm narodowy wobec etyki [Nationaler Egoismus und Ethik], Lwów 1902.

[179]) Stanisław Głąbiński, Wspomnienia polityczne. Część pierwsza: Pod zaborem austriackim [Politische Erinnerungen. Erster Teil: Unter dem österreichischen Teilungsgebiet], Pelpin 1939, S. 20 f.

Das Jahr 1902 markierte eine weitere Zäsur in der Geschichte der galizischen Nationaldemokratie, und zwar nicht nur in Bezug auf deren Verhältnis zu den Demokraten, sondern allgemeiner hinsichtlich ihres Entwicklungsprozesses hin zur einer der wirkungsmächtigen Faktoren der galizischen politischen Szene. In diesem Jahre gelangte eine der größten galizischen Tageszeitungen, das Lemberger *S owo Polskie* (Polnisches Wort), in die Hände der Nationaldemokraten. Die Übernahme dieses bisher von den (Links-)Demokraten kontrollierten Blatts öffnete den „Allpolen" definitiv die Türen zur Arena der galizischen Landespolitik. Nur wenige Monate später eroberten sie auch einen Platz im höchsten repräsentativen Organ des Staates, als der erwähnte Głąbiński im Zuge einer Nachwahl als erster nationaldemokratischer Abgeordneter in den Reichsrat einzog. Als neue Akteure im Kreise der politischen Meinungsbildner des Kronlands gaben sich die Exponenten der galizischen Nationaldemokratie als gemäßigte oppositionelle Kraft zu erkennen, die wiederum ähnlich wie die Demokraten Teilnahme am Polenklub mit kritischer Distanz in Sachfragen und im politischen Stil kombinierten. Die Kritik gründete nicht wie im Falle der Volkspartei und der Sozialdemokraten auf einer sozialen Alternativ-Vision, sondern richtete sich gegen die von den Stańczyken geprägte Politik des Loyalismus und der allgemeingesellschaftlichen Stagnation, die eher mit institutionellen Reformen denn mit demokratiepolitischen Neuerungen angegangen werden sollte.

Besonderes Gewicht legte die neue Kraft auf die alte Forderung nach der Sonderstellung Galiziens, die sie allerdings nicht alleine nationalpolitisch, sondern vor allem auch ökonomisch begründete.[180]) Ein zweites, allerdings aus dem Lemberger nationalkonservativen Milieu bereits bekanntes Element war der direkte, pauschalisierende antiruthenische Standpunkt, der nach der Jahrhundertwende durch den Konflikt um die Lemberger Universität und den Agrarstreik in Ostgalizien besondere Brisanz verliehen bekam. Unter dem Aspekt der Wahrung des nationalen Besitzstands in Ostgalizien und nicht der Demokratisierung wurde denn auch die ebenfalls aktuelle Wahlrechtsfrage behandelt, in der die Nationaldemokraten eine mittlere Position einnahmen.[181]) Keine Rolle spielte hingegen vorerst der Antisemitismus. Im Gegenteil: Die ausführliche und gleichzeitig sachliche Berichterstattung zu in- und ausländischen Pogromen oder auch der Abdruck einer positiv kommentierten Proklamation jüdisch-polnischer Öffentlichkeitspersonen machen deutlich, dass ein Nahverhältnis zu polnisch-national gesinnten jüdischen Kreisen bestand, deren (auch finanzieller) Einfluss auf die frühe Partei in Galizien tatsächlich groß war.[182]) Bekämpft wurden nicht anders als bei den anderen Parteien der „antipolnische" Zionismus,

---

Zur nationaldemokratischen Partei in Galizien Adam Wątor, Działalność Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w zaborze austriackim do roku 1914 [Die Tätigkeit der Nationaldemokratischen Partei im österreichischen Teilungsgebiet bis 1914], Szczecin 1993, hier insbes. S. 13–34.

[180]) Stanisław Głąbinski, Idea samodzielnosci a finanse Galicji [Die Idee der Selbständigkeit und die Finanzen Galiziens], Lwów 1902; Władysław Studnicki, Wyodrębnienie Galicji [Die Aussonderung Galiziens], Lwów 1902.

[181]) Słowo Polskie 3. 1. 1903 (4), S. 1 f.

[182]) Siehe die sachliche Berichterstattung zu den russischen Pogromen in: Słowo Polskie 11. 12. 1905, S. 3 sowie den Aufruf in der Beilage derselben Ausgabe „An unsere Mitgläubigen" (*Do naszych Wspû wyznawcû w*). Vgl. auch Wator, Działalność, S. 41. Ergänzend dazu Abschnitt IV über die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten.

während die von den nationaldemokratischen Theoretikern vom Schlage Dmowskis bereitgelegte integrale Ausgrenzung der Juden aus der polnischen Nationalgesellschaft (noch) keine Resonanz fand. Man brauchte die Juden als Verbündete gegen die Ruthenen. Auch sonst bewegte sich im Zeitraum zwischen der Etablierung der Medienpräsenz in Galizien und der eigentlichen Parteigründung der politische Stil im Rahmen der üblichen politischen Polemik. Die Hinwendung zur Landespolitik kam der Adaptierung eines sachlich-pragmatischen Tons zugute, der in auffälligem Kontrast zur radikalen Ideologie der theoretischen Schriften der Nationaldemokratie stand.

Bereits 1903 begannen die zunächst geheimgehaltenen Vorbereitungen für die Gründung einer politischen Partei in Galizien, nachdem im selben Jahr ein zweites Programm der Partei im russischen Teil realpolitischere Töne angeschlagen hatte. Als Kristallisationskern der späteren Parteibildung agierte auch in Galizien die Nationale Liga, welche Filialen in Lemberg und Krakau unterhielt, zum zweiten aber auch ein Netzwerk von Personen, die sich um den erworbenen *S owo Polskie* gruppierten und daher nicht selten aus dem Milieu der Demokraten kamen. Während Popławski nach wie vor eine zentrale Rolle spielte, blieben die beiden anderen Chefideologen Balicki und Dmowski eher im Hintergrund und verließen bei Ausbruch der Russischen Revolution das Land in Richtung St. Petersburg. An einer ersten Versammlung im Januar 1904 unter Beteiligung von 60 Personen wurde eine Kommission gewählt, welche mit der Ausarbeitung von Programm und Organisation betraut wurde. Erst knapp zwei Jahre später, im Dezember 1905, gelangte man im Zuge einer zweiten Parteiversammlung an die Öffentlichkeit und gab das Parteiprogramm der „Polnischen Demokratisch-Nationalen Partei im Staate Österreich“ (*Polskie Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe w Państwie Austryackiem*, SDN), kurz „Nationaldemokratische Partei“, bekannt. Gleichzeitig wurde die Parteiorganisation beschlossen. Diese sah zahlende Mitglieder (nach Maßgabe der Einkommenshöhe) vor sowie eine gerade für neue Parteien typische Form der Organisation, welche auf lokalen „Vertrauensmännern“ beruhte, die für die Rekrutierung von Mitgliedern und den Aufbau lokaler Strukturen, hier von sog. „Kreisen“ (*ko a*) bzw. (ab 20 Mitgliedern) „Komitees“ (*komitety*) verantwortlich waren. Vertrauensmänner und Delegierte waren berechtigt, am Parteitag teilzunehmen, welcher neben der Beratung der Hauptrichtlinien der Partei den Vorstand zu wählen hatte. Dieses sog. „Hauptkomitee“ (*komitet g ûwny*) wurde erstmals während jener Parteiversammlung von 1905 gewählt und bestimmte den Reichsratsabgeordneten Głąbiński zu seinem Vorsitzenden.[183])

Für die Öffentlichkeit bestimmt war jedoch vor allem das Parteiprogramm.[184]) Darin wurde als Ausgangspunkt „die Einheit der polnischen Nation, ihr Recht und ihre Fähigkeit zu einem unabhängigen politischen Dasein“ proklamiert. Um diesem als natürlich verstandenen Recht Geltung zu verschaffen, sollten drei Ziele im Vordergrund stehen: Stärkung der politischen Autonomie, Verteidigung der nationalen Interessen und Mobilisierung der

---

[183]) Zur Vorgeschichte vgl. Wątor, Działalność, S. 35–44.

[184]) Program Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w Państwie Austryackiem. Uchwalony na II. Zjeździe stronnictwa w dn. 8. i 9. XII. 1905 r. we Lwowie [Das Programm der Demokratisch-Nationalen Partei im österreichischen Staat. Verabschiedet an der zweiten Parteiversammlung am 8. und 9. 12. 1905 in Lemberg], Lwów 1905. Abgedruckt auch bei Pawłowski, Stronnictwa, S. 94–116.

breiten Massen. Die Kräftigung des nationalen Geistes hinsichtlich seiner kulturellen und materiellen Güter war einerseits durch eine Befreiung vor fremden (explizit: deutschen) Elementen und andererseits durch den Glauben an die Kraft des polnischen Volkes (*lud*), seinen „gesunden Geist und angeborenen nationalen Instinkt“ zu bewerkstelligen. Diesem kollektiven Vorgang im Innern sollte die staatsübergreifende Bewusstseinsbildung des Polentums entsprechen. Bemerkenswerterweise wurde dieses Polentum selbst explizit als eine überethnische und überkonfessionelle Gemeinschaft derjenigen definiert, die „die polnische Kultur angenommen haben und ohne Vorbehalt die nationalen Bestrebungen teilen“. Hier bestätigte sich nochmals die oben festgestellte „pragmatische“ Haltung gegenüber den Juden. Auch im Verhältnis zu den außerhalb der nationalen Gemeinschaft Stehenden wollte man sich „entsprechend der politischen Traditionen unserer Geschichte“ in Toleranz und gutnachbarschaftlichen Beziehungen üben. Auch hier wird also nicht der in den theoretischen Schriften reflektierte Bruch mit dem liberal-freiheitlichen Erbe der *Demokracja Polska* erkennbar, sondern dieses sogar explizit der eigenen Tradition zugeordnet. Ambivalent war hingegen das Verhältnis zur Demokratisierung. In deutlichem Kontrast zu den sozial-oppositionellen Kräften und den Links-Demokraten wurde die zentrale Stellung der Wahlrechtserweiterung als Instrument des „politischen Fortschritts des Volkes“ in Frage gestellt und auf die Belastung des Volkskörpers durch die Wahlrechtskämpfe hingewiesen. Dem als mechanistisch-formalistisch abqualifizierten Instrument des allgemeinen und gleichen Wahlrecht, das auf eine individuelle Gleichberechtigung abziele, wurde ein organisches, auf kollektiven Werten aufbauendes Konzept gegenübergestellt, welches auf einer „wahren Vertretung aller Schichten und Interessen“ und auf einer Schulung des nationalen und gesellschaftlichen Bewusstseins durch eine gestärkte Gemeinde- und Bezirksautonomie aufbaute. Von der Selbstverwaltung als Lebensschule hatten schon die Demokraten der 1860er-Jahre gesprochen, damit aber die Erziehung zum mündigen Bürger gemeint. Nun ging es nicht um politische Reife im Staatswesen, sondern um nationale Kraft und Einheit im Kampf gegen eine feindliche Umwelt.

Im zweiten, den politischen Zielen im Einzelnen gewidmeten Teil des Programms wurde jene verfassungsmäßige Umgestaltung der Verhältnisse in Richtung einer Verselbständigung (*samodzielno*[illegible]) Galiziens und einer Stärkung der Selbstverwaltung auf dem Wege einer Verwaltungsreform spezifiziert. Dazu gehörte neben der Dezentralisierung von Kompetenzen auch die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtag. Zur Stärkung der Gemeindeselbstverwaltung wurde nicht die Vereinigung von Gemeinde und Gutsbesitz verlangt, die schon lange einen zentralen Platz im Forderungskatalog der Demokraten und Liberalkonservativen einnahm, sondern der Weg über beiden Seiten verantwortliche Organe und über eine Zusammenlegung von Gemeinden gesucht. Diese Kompromisshaltung war zweifellos Zeichen einer Rücksichtnahme auf die in der Partei einflussreichen Kreise des ostgalizischen Großgrundbesitzes.

Im Kapitel über die „Sicherung und Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten“ wurde die Wahlreform ausdrücklich im Hinblick auf die „Wahrung des Übergewichts des polnischen Elements“ beurteilt und daher dem Gleichheitsprinzip eine Absage erteilt. Auch die Förderung des Schulwesens behandelte man vorrangig unter der Perspektive der nationalen Interessenwahrnehmung. Abgesehen von der bekannten Forderung nach Polonisierung von Sprache und Unterrichtsstoff, hier radikalisiert durch die explizit verlangte Abschaffung des obligatorischen Deutschunterrichts, sollte ein Schwergewicht auf Leibeserziehung

und selbständige Charakterbildung gelegt werden, beides im Dienste der nationalen Kräftigung. Ein weiteres Unterkapitel war der Hebung der Wirtschaft (Finanzpolitik, Förderung des Bauernstands, Industrialisierung) sowie, als bereits fester Bestandteil politischer Programme seit den 1890er Jahren, der Sozialgesetzgebung gewidmet. Schließlich ging es in einem letzten Teil um die Erhöhung des Einflusses der Polen im österreichischen Staate. Dieser Punkt widersprach in gewisser Weise der auf nationale Autonomisierung hinzielenden Grundtendenz des Programms, da er letztlich auf eine stärkere Einbindung der Polen in die zentralstaatlichen Institutionen hinauslief. Fünf Ziele wurden hier genannt: Erhöhung der Anzahl galizischer Mandate im Reichsrat, Solidarität der polnischen Vertreter ebendort, Förderung strikt national gesinnter Repräsentanten, Verantwortlichkeit der Reichsrats- gegenüber den Landtagsabgeordneten und schließlich Erhöhung der Anzahl polnischer Beamter in den Zentralbehörden.

Radikal am nationaldemokratischen Programm von 1905 waren keineswegs die politischen Forderungen, sondern alleine die Konsequenz, mit der alle Probleme unter dem Aspekt der nationalen Interessenwahrnehmung behandelt wurden. Im Parteienspektrum Galiziens stand die neue Kraft trotz ihrer oppositionellen Vergangenheit nun der politischen Rechten näher als der Linken. Deutlich wurde diese politische Orientierung etwa an der strikt ablehnenden Haltung gegenüber den revolutionären Entwicklungen in Russland, die als anarchistisch, also dem eigenen elitären Ordnungsdenken zuwiderlaufend, verurteilt wurden und auch unter dem Aspekt der nationalen Solidarisierung eine negative Beurteilung erfuhren. Als innenpolitischer Indikator erwähnt wurde bereits die Position in der Wahlreformfrage. Das von den Nationaldemokraten abgelehnte Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts (für Männer) wurde ja im Zeitpunkt der Aktualisierung dieser Frage im Herbst 1905 bereits von Linksdemokraten, Volkspartei und Sozialdemokraten gefordert. Die Situation änderte sich jedoch bald darauf grundsätzlich. Zunächst spielte der zum Parteiführer avancierte Abgeordnete Głąbiński eine führende Rolle in den Verhandlungen der Wahlrechtskommission des Reichsrats. Diese endeten in einer Sonderregelung für Galizien, die insofern den Zielvorstellungen der Nationaldemokraten entsprach, als zwei ihrer leitenden Postulate im Wahlgesetz Berücksichtigung fanden: die Wahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien (dank einer Aufweichung des Gleichheitsprinzip durch die Einführung der Doppelmandate in den Landwahlkreisen) und die Forderung nach einer weitergehenden Autonomisierung des Kronlands.[185])

Konnte Głąbiński dies als persönlichen Sieg seines Verhandlungsgeschicks verbuchen, so folgte der Triumph für die Partei kurze Zeit später, in den Reichsratswahlen selbst, als die Nationaldemokratische Partei schlagartig zur stärksten polnischen Gruppierung im Abgeordnetenhaus avancierte. Damit änderte sich aber auch die Position in der Frage der Landtagswahlreform, die nun in den Vordergrund rückte. Da sie sich von einem entsprechend ausgestalteten Landtagswahlrecht einen ähnlichen Erfolg versprach, engagierte sich die SDN an vorderster Front für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum *Sejm*, allerdings auch hier unter Garantieforderungen hinsichtlich des „nationalen Besitzstands“ im Osten. Als Bündnispartner dienten die Demokraten, mit denen sie eine „Demokratische Union“ (*Unia Demokratyczna*) schlossen, welche im Vorfeld der Landtagswahlen von 1908

[185]) Siehe dazu Näheres in Abschnitt III.

jene Forderung der Landtagswahlreform als politisches Programm auf ihre Fahnen schrieb.[186]) Zu Zeiten dieser „Union", als Demokraten und Nationaldemokraten im Landtag gemeinsam den „Klub der Landtagslinken" (*Klub lewicy Sejmowej*) bildeten und im Reichsrat mit vereinigten Kräften den ersten nicht-konservativen Präses des Polenklubs, Stanisław Głąbiński, durchsetzten, wurde auch die politische Rhetorik den taktischen Erfordernissen angepasst, die Abgrenzung gegenüber den in der Landespolitik nach wie vor dominierenden Konservativen hervorgehoben und das verbindende Erbe der demokratischen Idee beschworen.

Eine der Ursachen für den politischen Erfolg von 1907 war die zeitopportune Verbindung von rhetorischer Scheinradikalität und nationalem Fanatismus einerseits mit einem sozial strukturerhaltenden politischen Profil andererseits. Diese Kombination ließ die Nationaldemokraten sowohl die wachsenden Schichten der neuen Mitte, insbesondere der Akademiker und Beamten, als auch einflussreiche konservative Kreise vor allem in Ostgalizien gewinnen. Den politischen Erfolg nutzend, intensivierten die Verantwortlichen die unmittelbare Präsenz im Lande, einerseits mittels politischer Adhoc-Versammlungen, andererseits über den systematischen Aufbau lokaler Parteiorganisationen. Parallel dazu wurde unter Leitung der jungen, autoritären Führungsfigur Stanisław Grabski das Organisationsgefüge gestrafft: Das am Sonderparteitag von Ende 1907 beschlossene revidierte Parteistatut sah zusätzlich zu den bestehenden Organen eine unter Grabskis Leitung stehende, sog. „Organisationskommission" (*komisja organizacyjna*) vor, die weitgehende Kontrollbefugnisse gegenüber den örtlichen Komitees besaß. Außerdem wurde ein Parteibüro eingerichtet mit insgesamt sechs Planstellen. Eine weitere Stärkung der Parteileitung auch gegenüber den parlamentarischen Gremien wurde am nachfolgenden Parteitag im Januar 1909 beschlossen, zu einem Zeitpunkt, als die Rivalität zwischen Partei und Fraktion bereits spürbar war. Die Konzeption der Partei als schlagkräftige politische Kampftruppe hatte tendenziell Vorrang gegenüber der Herstellung eines hohen Identifikationsgrads zwischen Organisation und Öffentlichkeit. Folglich wurde die letztere nur äußerst selektiv über die parteiinternen Entscheidungsprozesse oder die personelle Zusammensetzung der diversen Organe in Kenntnis gesetzt. Das Parteistatut wurde nie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch die als „Versammlung" (*zjazd*) titulierten Parteitage hatten nicht denselben Stellenwert, wie dies bei den „Kongressen" der Sozialdemokraten oder der Volkspartei der Fall war.[187])

Trotz dieser letztlich elitären Parteikonzeption war seit 1907 auch eine starke Entwicklung der Parteimitgliedschaften und der organisierten örtlichen Parteikomitees festzustellen. Versammelte der Parteitag von Ende 1907 200 bis 300 Leute, so waren es gut zwei Jahre später etwa 500 bis 600. Ende 1908 ging man bereits von ca. 20000 Parteimitgliedern aus. Hauptsächlich waren diese Gewinne an lokalen Parteistellen und registrierten Mitgliedern auf die nun einsetzende Verbreitung auf dem flachen Lande zurückzuführen. Was den „alten" Demokraten nie gelungen war, nämlich die Gewinnung der polnischen (und das hieß vor allem westgalizischen) Landbevölkerung, wurde nun zu einem Schwer-

---

[186]) Abgedruckt in Ojczyzna, 19. 1. 1908 (3), S. 35–37. Die Nationaldemokraten legten schon im Herbst 1908 einen Wahlrechtsentwurf vor, der allerdings im Gegensatz zum Reichsratswahlrecht von der Schaffung nationaler Kataster ausging.

[187]) Dazu auch Feldman, Stronnictwa, Bd. 2, S. 223.

punkt nationaldemokratischer Parteipolitik, dem nicht zuletzt das erwähnte Bündnis mit der hier bereits recht gut verankerten SChL Stojałowskis diente. Zur Unterstützung erschien das 1903 gegründete Bauernblatt *Ojczyzna* seit 1907 in Krakau. Getragen durch dieses Presseorgan, setzte die wohl heftigste parteipolitische Rivalität in der galizischen Spätzeit (die gleichzeitig bereits auf die Zweite Republik hinwies) ein, diejenige zwischen Nationaldemokraten und Polnischer Volkspartei um die Kontrolle der ländlichen Organisationen (TSL, TKR) und um die Stimmengunst der westgalizischen Landbevölkerung. In der städtischen Politik Krakaus spielten die Nationaldemokraten hingegen dank der vereinigten Kraft von Stańczyken und Demokraten nur eine geringe Rolle. Erst im Jahre 1910 wurde in Krakau – in den Redaktionsräumen von *Ojczyzna*! – überhaupt eine Filiale des Lemberger Parteibüros eingerichtet.

Die ersten sechs Parteitage, von 1904 bis 1912, fanden allesamt in der ostgalizischen „Metropole" statt, erst der letzte derartige Anlass wurde im Mai 1913 im zentralgalizischen Rzeszów abgehalten, einer alten Hochburg der politischen Bauernbewegung und der PSL. Die Ereignisse ab 1909, der Konflikt um den Landtag und die Universität, verstärkten eher noch die Rolle Lembergs als intellektuelles Zentrum und Steuerzentrale der SDN. Die Umsetzung der für die Nationaldemokraten zentralen Vision, eine Partei jenseits ständischer Schranken zu sein, wurde somit erheblich erschwert durch die spezifisch galizische Problematik von Westgalizien und Ostgalizien: Dort beruhte die potenzielle Stärke auf der Masse der Landbevölkerung, hier auf dem im städtischen Milieu virulenten nationalen Antagonismus.[188]) Das Selbstverständnis als „gesamtnationale" (*ogólno-narodowa*) Partei ließ sich ebenfalls schwer umsetzen im Hinblick auf die Arbeiterschaft. Ein im Königreich im Jahre 1905 gegründeter „Nationaler Arbeiterverband" (*Narodowy Związek Robotniczy*) fand im wenig industrialisierten Galizien geringe Resonanz. Hinzu kamen permanente interne Streitigkeiten und die nur schwer anfechtbare Führungsposition der PPSD, so dass letztlich der Einfluss auf die Arbeiterschaft gering blieb. Im Vergleich zur wesentlich machtpolitisch bedingten Rivalität mit der Volkspartei blieb daher der Gegensatz zur Sozialdemokratie primär ideologisch-diskursiv bestimmt – Internationalismus gegen Nationalismus, Anarchie gegen Ordnung, Sozialisierung gegen Bewahrung des Privatbesitzes.

Dem großen Aufschwung nach dem Wahlsieg von 1907 folgten eine Reihe von Rückschlägen in den Jahren 1909 bis 1911, deren Vorgeschichte allerdings zumindest bis 1908 zurückging. Die Ernennung Michał Bobrzyńskis zum Statthalter machte einen dezidierten Gegner der Nationaldemokraten zum mächtigsten Mann in Galizien, der konsequent danach trachtete, die als aufrührerisch, rücksichtslos und in allen Belangen unberechenbar qualifizierte Partei zu schwächen, um damit gleichzeitig eine innenpolitische Stabilisierung über einen von den Nationaldemokraten perhorreszierten Ausgleich mit den Ruthenen herbeizuführen. Der bis Mitte 1909 vollzogene fliegende Wechsel der SDN vom Bündnis mit den Demokraten (Demokratische Union) hin zur klerikal-konservativen Christlichen Volkspartei (Nationaler Volksverband) war zunächst ein deutliches Signal einer Wende nach rechts und gleichzeitig ein entscheidender Schritt bei der Formierung des mehrfach

---

[188]) Bezeichnend daher die Äußerungen Grabskis anlässlich des Parteitags vom Januar 1909, wonach die Aufgabe der Organisationstätigkeit in Westgalizien eine Konsolidierung der erreichten Stärke zu sein habe, während im Osten der Widerstand gegen die „feindliche ruthenische Bewegung" im Vordergrund zu stehen habe. Słowo Polskie 7. 1. 1909 (9), S. 2.

erwähnten Dualismus zwischen (Statthalter-)Block und Antiblock. Innerhalb des Antiblocks spielte die SDN als die am besten organisierte politische Kraft die zentrale Rolle, insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Sie machte nun endgültig die Ruthenenfrage zur Schicksalsfrage Galiziens und, wie eine Resolution des Parteitags von 1909 besagte, die Verteidigung des polnischen „nationalen Besitzstands" vor dem Vordringen der Ruthenen auf allen Gebieten zur ersten Aufgabe nationaldemokratischer Politik.[189])

Im öffentlichen Diskurs entwickelte die Partei bis zum Exzess das Bild der omnipräsenten Bedrohung der polnischen Nation, deren einzige Rettung die Nationaldemokratie selbst sein könnte. Als eigentliche Schutzmacht vor der „Ruthenisierung" (*rutenizacja*) Galiziens sah sie sich in der Rolle eines Verteidigers vor Anarchie und kulturellem Zerfall, wurde doch der nationale Rivale als inhärent gewalttätig und kulturell minderwertig qualifiziert. Dieser durch die Verhärtung der innerpolnischen Fronten radikalisierte Positionsbezug kam zwar mittelfristig der Stellung der Partei in Teilen der Öffentlichkeit insbesondere Lembergs zugute, ging aber kurzfristig auf Kosten der inneren Einheit und wenig später der politischen Stellung in den Repräsentativorganen. Dass die radikalisierte Haltung die innere Einheit gefährdete, hing mit dem autoritären Führungsstil in der Partei (Stanisław Grabski) zusammen, der einem innerparteilichen Diskurs nur geringen Spielraum gewährte. Eine erste Sezession trat mit der Absonderung einer Gruppe von „Jungen" aus der Nationalen Liga ein, welche seit 1909 mit der Zeitung *Rzeczpospolita* ein Forum der ideellen Opposition gegen die Parteilinie schufen, ohne die Grundsätze nationaldemokratischer Politik in Frage zu stellen.[190]) Ein gravierenderer Bruch ereignete sich ein Jahr später, und nun waren die höchsten Entscheidungsgremien beteiligt. In diesem Fall waren strukturelle Ursachen mitentscheidend: Im Gegensatz zu PSL und PPSD war im Falle der SDN die Funktion des Parteiführers und des Vorsitzenden der Fraktion (bzw. der Unterfraktion innerhalb des Polenklubs) nicht in einer Person vereinigt, seitdem Głąbiński die Führung des Polenklubs übernommen hatte und die Parteizentrale in Lemberg durch das Duo Jan Gwalbert Pawlikowski und Stanisław Grabski geleitet wurde. Während die Fraktion lokal, also „galizisch" bzw. „österreichisch" dachte, tendierte die in enger Verbindung zur Nationalen Liga stehende Parteiführung dazu, ihre politischen Visionen stärker in gesamtpolnischen Maßstäben zu entwickeln. Fern vom Wiener politischen Parkett, vom Knäuel persönlicher Loyalitäten, von wechselseitiger Postenvergabe und parlamentarischer Taktik, nahm die Parteiführung eine „prinzipiellere" Haltung ein als die Fraktion, insbesondere wiederum hinsichtlich der Person des Statthalters.

Zum Eklat kam es im Mai 1910, als der Parteitag in bisher nur aus der Pressepolemik bekannter Schärfe zum Kampf gegen das „System der Landesregierung" aufrief, dem die Opferung „nationaler Interessen zugunsten der uns feindlich gesinnten ukrainischen Partei" und die Demoralisierung des öffentlichen Lebens vorgeworfen wurde. Obwohl Parlamentarier an jenem Parteitag anwesend waren und der Resolutionstext sogar von einem Reichsratsabgeordneten (Jan Zamorski) eingebracht wurde, führte der nachfolgende Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit dazu, dass sich die Fraktion von der Resolution

---

[189]) Słowo Polskie 8. 1. 1909 (11), S. 2.

[190]) Näheres dazu bei Adam Wątor, Powstanie grupy „Rzeczpospolitej" [Die Entstehung der Gruppe ‚Rzeczpospolita'], in: Szczecińskie Studia Historyczne 6 (1992), S. 91–120.

distanzierte. Um eine Parteispaltung entlang der Linie Partei/Fraktion zu verhindern, rang sich eine Ende Juni 1910 einberufene Krisensitzung des Hauptkomitees zu einer einigermaßen schwammigen Erklärung durch, wonach Parteitagsbeschlüsse zwar in jedem Fall verbindlich seien, die parlamentarische Taktik zur Erreichung der vorgegebenen Ziele aber der Fraktion überlassen bliebe. Nicht verhindern konnte man allerdings, dass die Fraktion durch drei Austritte geschwächt wurde. Die Konsequenzen zeigten sich im folgenden Jahr auch bei den Reichsratswahlen von 1911. Deren für die SDN desaströser Ausgang erbrachte aber vor allem den Beweis, dass auch nach 1907 in Galizien nur derjenige gewinnen konnte, der die administrative Macht, verkörpert durch den Statthalter, auf seiner Seite oder zumindest nicht gegen sich hatte.[191])

Folgt man der Chronologie weiter bis zum Ersten Weltkrieg, so lässt sich ab 1912 wieder von einem Aufschwung der galizischen Nationaldemokraten sprechen. Drei Erfolge sind vor allem zu benennen: der Triumph in der Universitätsfrage, die Abdankung Bobrzyńskis und die Landtagswahlen von 1913. Alle drei Ereignisse waren in der damaligen Konstellation gleichzeitig politische Erfolge des gesamten „Antiblocks“, wurden aber doch zurecht in erster Linie der Agitationstätigkeit der Nationaldemokraten zugeschrieben. Zugute kam der Partei die allgemeine politische Stimmung unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, die nationalistischen Parolen einen fruchtbaren Boden lieferte und paramilitärischen Formationen wie den parteinahen Sokoln zusätzlichen Auftrieb verliehen. Die von ruthenischer Seite seit langem geforderte Schaffung einer eigenen Universität in Lemberg, für die es in der Habsburgermonarchie bereits namhafte Vorbilder (namentlich Prag) gab, wurde von der Nationaldemokratie im Jahre 1912 zur Schicksalsfrage hochstilisiert, von der ähnlich wie vom Ausgang der Wahlreformdebatte der „nationale Besitzstand“ der Polen in Galizien und insbesondere der polnische Charakter (*polskość*) Lembergs abhing.

Als nun die im Polenklub herrschende „Block“-Mehrheit bereit schien, die Obstruktion der Ruthenen sowie die drohende Blockierung der Wehrvorlage im Reichsrat mit jener Konzession zu begegnen, war dies ein Signal für die SDN, alle Kräfte gegen einen solchen Schritt zu mobilisieren. Petitionen, Delegationen und vor allem Manifestationen nicht nur in den Straßen Lembergs, sondern in vielen Provinzstädten zeigten die organisatorische Potenz, über welche die Partei inzwischen verfügte. Dem Stärkebeweis folgte der politische Triumph, das Abrücken des Polenklubs von der Idee einer Universität in der Landeshauptstadt, den die SDN als Sieg der „nationalen Meinung“ (*opinia narodowa*) feierte. Ein Jahr später folgte der zweite Triumph, der bereits mehrfach erwähnte, im Sinne des Antiblocks geschriebene apostolische Brief gegen die Wahlreform und die Demission Bobrzyńskis, wenig später der Erfolg bei den Landtagswahlen, welche dem Antiblock eine Mehrheit und der Parteienkoalition des „Nationalen Volksverbands“ ein Plus von fünf Mandaten bescherten, allerdings unter Hinnahme einiger schmerzlicher Niederlagen, insbesondere derjenigen des Parteiführers Grabski. Der letzte Parteitag der SDN vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der mitten in jene Zeit des Umschwungs im Mai 1913 fiel, wurde denn auch als eine eindrucksvolle Demonstration einer Großpartei inszeniert, die über 2000 Delegierte zu versammeln vermochte.

---

[191]) Siehe den Wortlaut der Resolution unter anderem in: Gazeta Narodowa 24. 5. 1910 (116), S. 3. Näheres zu den Implikationen für die Fraktion unter Abschnitt III.

Zwei Aspekte der nationaldemokratischen politischen Ideologie sind noch gesondert zu betrachten: die Haltung zu Kirche, Klerikalismus und Antisemitismus einerseits, die Frage der „außenpolitischen" Orientierung, insbesondere die Haltung zu Russland andererseits. Im erstgenannten politischen Feld spiegelte sich mit aller Deutlichkeit die Wendung von einer linken zu einer rechten Partei wider. Das von den Parteiideologen vorwiegend in den 1890er Jahren konstruierte national-ideologische Fundament gründete gerade nicht auf der noch unter den Demokraten lange wirksamen Idee der Katholizität der polnischen Nation, sondern auf einem „modernen" Konzept einer Nation aus in Gegenwart und Zukunft gebundenem Willen und kollektiver Stärke. Im Parteiprogramm von 1905 fehlte denn auch jeder Hinweis auf Religion und Kirche, sowohl in den Grundsätzen als auch im speziellen Teil (etwa im Schulwesen).

Als Zäsur hat der große politische Erfolg des Jahres 1907 zu gelten, der vom Beitritt einer Reihe von Priestern begleitet war. Gerade auch mit dem Ziel, sich von der PSL, dem schärfsten Rivalen im Kampf um die Landbevölkerung, ideologisch abzugrenzen, forcierte die SDN nun, seit 1907, ihr Profil als kirchen- und religionsbejahende Partei. So wurde am Parteitag von Ende 1907 das bestehende Programm mit einem Passus ergänzt, wonach sich die nationaldemokratische Partei der Pflege der religiösen Grundsätze und Gefühle der „mehrheitlich katholischen" polnischen Nation verpflichtet fühle. In den programmatischen Grundsätzen des „Nationalen Volksverbands" (Bündnis mit Stojałowski, s. o.) von 1909 wurde die christliche Gerechtigkeit als Grundlage eines schichtübergreifenden Nationskonzepts festgelegt. Die folgende Blockbildung sah alle mehr oder weniger säkularen Parteien (Liberaldemokraten, Volkspartei und Sozialdemokratie) beim Gegner, die klerikalen aber (neben der SChL auch das von hohen Klerikern mitgeprägte „Zentrum" innerhalb der podolakischen Fraktion) auf der eigenen Seite des Antiblocks, eine Konstellation, welche die Aufnahme klerikaler Inhalte und rhetorischer Versatzstücke ebenfalls förderte. Gleichzeitig begannen einige der Partei nahestehende hohe kirchliche Würdenträger wie Suffraganbischof Władysław Bandurski eine gesellschaftlich äußerst wirkungsvolle Rolle bei der Nationalisierung öffentlicher Gedenkereignisse („Grunwald", 1910) zu spielen.[192])

Auch eine Wandlung im politischen Stil wurde bemerkbar: Dem Parteitag von 1913, kurz nach der Torpedierung der Wahlreform, ging erstmals in der Parteigeschichte ein Gottesdienst voran. Es folgte eine Huldigung der Bischöfe als Verteidiger der moralischen Grundlagen der Nation und ein Angriff gegen die Blockparteien, denen vorgeworfen wurde, die Bauern im Osten den Ruthenen und die katholischen Bürger den Juden ausgeliefert zu haben. Diese antisemitische Note war nicht gänzlich neu, hatte sich allerdings bisher im Rahmen der üblichen Alltagspolemik gehalten, eingesetzt gegen die „verjudeten" Demokraten und Sozialdemokraten. Ungewohnt war vor allem die gleichrangige Behandlung des antisemitischen mit dem bisher dominierenden antiruthenischen Reflex. Letzterer hatte bis dahin im Verhältnis zum Ersteren nicht zuletzt deshalb eine untergeordnete Rolle gespielt, weil die Partei nach wie vor einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Wählerschaft im gehobenen, stark jüdisch geprägten Bürgertum besaß. Auch im Vorfeld der Wahlen von 1913 gab es denn auch genau aus diesem Grund Bedenken hinsichtlich der taktischen Klugheit eines forcierten Antisemitismus. Insgesamt lässt die parallele Entwicklung von

[192]) Binder, Kirche und nationale Festkultur.

steigendem klerikalem Einfluss und wachsendem Antisemitismus die These zu, dass der in Galizien relativ spät entwickelte nationaldemokratische Antisemitismus nicht primär auf das in den 1890er-Jahren vor allem von Roman Dmowski entworfene ethnisch-rassische Fundament zurückzuführen war, sondern auf die innenpolitisch bedingte Blockkonstellation und die begleitende Klerikalisierung des nationalkonservativen Lagers in Ostgalizien.

Die Frage der Orientierung der SDN in der Konstellation der staatlichen Mächte gewann mit den Veränderungen in Russland und den wachsenden internationalen Spannungen seit 1908 zunehmend an Brisanz, sowohl im innerparteilichen Diskurs als auch, angesichts des gestiegenen Einflusses der Partei in den parlamentarischen Gremien, aus der Perspektive der anderen politischen Kräften und des Staates. Die Nationaldemokratische Partei gilt vielfach als diejenige Kraft, welche die polnische Unabhängigkeit mit der Hilfe Russlands anstrebte. Nicht immer kommt deutlich genug zum Ausdruck, dass es sich hierbei um eine vage politische Option (keinesfalls um eine feste oder gar unumstrittene Doktrin) handelte, die vor dem Ersten Weltkrieg vorwiegend im russischen Teilungsgebiet im Umkreis von Roman Dmowski erwogen wurde, konzentriert in den Jahren 1905 bis 1909. In Galizien stieß sie kaum auf fruchtbaren Boden. Zwar galt auch im österreichischen Teilungsgebiet: Der größte Feind war Preußen, das mit seiner Germanisierungspolitik Methoden der nationalen Machtstrategie anwandte, zu denen das im Innern schwache Russland gar nicht fähig war. Ging es um moderne Kategorien des „nationalen Besitzstands", ging es also um Boden und Menschen, drohte die Gefahr einer Beeinträchtigung der polnischen Lebensinteressen im Dauerkampf der Nationen weit mehr von Westen her als von Osten, wo noch „traditionelle" Methoden der Unterdrückung durch Herrschaft dominierten.

Es war denn auch kein Zufall, dass die angewandten politischen Mittel wie auch die Formen der Selbstdarstellung und des Vokabulars der SDN an den Vorgaben des deutschen Gegners orientiert waren, denn nur mit denselben Waffen konnte man sich erfolgreich verteidigen. In der Hierarchie der äußeren Feinde befand sich also Preußen klar an oberster Stelle, während Russland verblasste – genauso wie im Innern der Antiruthenismus den Antisemitismus in den Schatten stellte. Gegen Deutsche und Ruthenen befand sich Polen im Zweifrontenkrieg, wie Parteiführer Grabski schon Ende 1907 in einer lokalen Parteiversammlung bemerkte.[193]) Genau wie im Falle des Verhältnisses zu den Juden war die freundliche Haltung gegenüber Russland lediglich eine Sache der Relativität, beruhend auf oberflächlicher Taktik, nicht auf tiefergehender Sympathie. Entsprechend war auch der Neoslawismus ein Produkt des Antigermanismus und nicht der Russophilie. Gerade in Galizien stand letzterer zum einen das tief sitzende antirussische Erbe des galizischen demokratischen Milieus entgegen, aus dem sich die Handlungsträger der Nationaldemokraten zu einem gewichtigen Teil rekrutierten, und zum anderen die innerrussische Situation nach 1909, vor allem die Chełm-Affäre (1912) und die Rückkehr zur russischen Unterdrückungspolitik, die einmal mehr zeigten, wie gut es einem doch in Österreich ging.

Wenn die Option für Österreich dennoch nur selten offen erklärt wurde, so hatte dies drei Ursachen. Man wollte einen innerparteilichen Konflikt mit den pro-russischen Strömungen vermeiden; man wollte sich gegenüber dem bitter bekämpften, angeblich bedingungslos austrophilen Statthalterblock abgrenzen, der die Ruthenen stärken wollte, um die

---

[193]) Ojczyzna 12. 1. 1908 (2), S. 19.

Russen zu schwächen und dabei die eigene Nation im Ostteil des Landes opferte; schließlich: Österreich war Verbündeter des Erzfeinds Deutschland, und es war keineswegs ausgeschlossen, dass sich beide im Falle eines Sieges die Beute aufteilen würden. Trotz diesen Vorbehalten vermehrten sich seit dem Ausbruch des ersten Balkankrieges die Signale der galizischen parteieigenen oder -nahen Organisationen in Richtung einer pro-österreichischen Option, etwa durch den Beschluss des Parteitags vom März 1912, im Aufruf des als Gegenstück zur KSSN ausgerufenen Zentralen Nationalkomitees (*Centralny Komitet Narodowy*) vom August 1913 und schließlich in der Gründung des „Obersten Nationalkomitees" (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) in Wien im August 1914.[194])

Als letztes sollte auch hier kurz der Aspekt der symbolischen und verbalen Selbstpräsentation der SDN betrachtet werden. Die Partei gab infolge ihres erwähnten elitären Selbstverständnisses als politische Kaderorganisation zunächst nur ein schwaches Bild ihrer spezifischen Identität in der Öffentlichkeit ab. Die Tatsache, dass sich die Nationaldemokratie nicht mit einer sozialen Schicht identifizierte, sondern gerade eine solche Identifikation zugunsten einer gesamtpolnischen Vision zu überwinden suchte, wirkte ebenfalls nicht förderlich auf die Präsentation eines einprägsamen Bildes. Ihr imaginierter politischer Brennpunkt, die polnische Nation, war ein Konstrukt, das nur schwer in konkrete Bilder zu fassen war. Bemühte man die Historie, so ließ sich auch hier, in einer erfolgreichen oder zumindest heldenhaften Nationalgeschichte nicht viel Neues entdecken, das nicht schon die Demokraten (und viele andere) beansprucht hatten. Kościuszko, der Feldherr, mehr als Mickiewicz, der Dichter; für bäuerliche Bedürfnisse speziell Kasimir der Große.

Von den historischen Gedenktagen spielte die Grunwald-Feier von 1910 infolge ihrer antipreußischen Implikationen eine außerordentlich wichtige Rolle, drei Jahre später auch die 50-Jahr-Feier des Januaraufstands. Zum „Nationalfeiertag" (*Święto narodowe*) erklärte man mit mehr Nachdruck als die übrigen politischen Exponenten den 3. Mai, als Lied sang man bevorzugterweise das Lied der Legionen. Erst spät (wenn man etwa mit der Sozialdemokratie vergleicht) setzte sich ein einheitliches Parteisymbol durch, der weiße Adler auf rotem Grund, der auf den Ausgaben der Parteikalender und während des letzten Parteitags auch in der Form eines Parteiabzeichens zu sehen war. Stärke und Disziplin, zwei zentrale Elemente der Parteiideologie, waren am ehesten in den streng gegliederten Massenaufmärschen der Sokoln auf eine in Abbildungen replizierbare, quasi-symbolische Ebene zu heben.

Schließlich das weite Feld der politischen Sprache. Das allen modernen Parteien gemeinsame Stereotyp „Einigkeit im Innern/Stärke nach außen" wurde über die Partei hinaus zur Überlebensideologie für die Gesamtgesellschaft erklärt und in die verbale Leitformel des „Nationalen Besitzstands" gefasst, den es zu erweitern und vor allem zu verteidigen galt. Jene im Diskurs der Nationaldemokratie (und nicht nur dieser) allgegenwärtige Leitformel umfasste wiederum insbesondere drei Kernelemente, denen ihrerseits ein Requisit von Schlagwörtern zugeordnet war: das nationalegoistische („Jedem das Seine"), das integrationistische („Nieder mit den Ständen, es lebe die Nation") und das kämpferisch-aktio-

---

[194]) Wątor, Działalność, S. 165–179; Wapiński, Narodowa Demokracja, S. 104–140; Antoni Giza, Neoslavizm i Polacy 1906–1910 [Der Neoslawismus und die Polen], Szczecin 1984.

nistische („Kampf aller in der Verteidigung aller"). Mit Hilfe dieser eingängigen verbalen Formeln, aber auch ausgestattet mit der inzwischen gesammelten politischen Erfahrung ihrer Eliten und einem stetig erweiterten Rückhalt in der Gesellschaft, wurde die Nationaldemokratische Partei eine der Hauptkräfte im politischen Spektrum der Zweiten Polnischen Republik.

2. Das ruthenische Parteiwesen

a) Die Radikalen

Bei der Besprechung des polnischen Parteiwesens wurde im Hinblick auf die Entstehung moderner Parteien das Jahr 1889 als Zäsurmarke identifiziert. Für das ruthenische Parteiwesen lässt sich dasselbe über das Jahr 1890 sagen. Im Grunde handelt es sich denn auch um eine einzige, für die politische Geschichte Galiziens insgesamt gültige Zäsurmarke. Innere Veränderungen wie die Ernennung des gegenüber den Ruthenen reformfreundlicher gesinnten westgalizischen Konservativen Kazimierz Badeni zum Statthalter (1888), vor allem aber die Landtagswahlen von 1889, welche die uneingeschränkte Hegemonie der polnischen Konservativen erschütterten, brachten die politische Szene Galiziens in Bewegung. Sie gaben jenen alternativen Kräften in beiden nationalen Lagern einen signifikanten Anstoß, die ohnehin durch die Liberalisierung im Gesamtstaat (Nicht-Verlängerung des Anarchistengesetzes) und die organisatorische Konsolidierung der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie Aufwind spürten. Die erste galizische Partei, welche vor dem Hintergrund dieser Gesamtkonstellation ins Leben gerufen wurde, war die ruthenische Radikale Partei, deren Gründungsdatum (Oktober 1890) demjenigen der ersten galizischen sozialdemokratischen Partei sogar noch um einen Monat vorausging.

Die Vorgeschichte der Radikalen Partei geht allerdings auf die 1870er-Jahre zurück, als der Ethnograph und politische Theoretiker Mychajlo Drahomanov, Führer der progressiven Ukrainophilen in Russland, zunächst über Studentenzeitschriften und anschließend von seinem Genfer Exil aus Einfluss auf junge ruthenische Intellektuelle ausübte. Seine alternativen gesellschaftliche Entwürfe und seine weder Alt- noch Jungruthenen aussparende Kritik an den politischen Zuständen in Galizien hatten eine enorme Wirkung auf die ruthenischen Studenten der Lemberger Universität. Im Unterschied zur primär literarisch inspirierten ersten ukrainophilen Welle ein Jahrzehnt zuvor handelte es sich nun von Beginn an um eine genuin politische Bewegung, untermauert freilich durch den sozialen Realismus des Schriftsteller-Politikers Ivan Franko. Wie in jenem Fall folgte erst nach einer gewissen politischen „Inkubationszeit" in den 1880er Jahren mit Schwergewicht auf Pressearbeit eine zweite Phase, die Gründung von Organisationen und das Eindringen in Institutionen. Die erste Phase verlief noch in Kooperation mit Vereinen und Organen der ruthenischen Populisten (*Narodovci*), aber auch polnischer progressiver Gruppen. Die unverkrampfte Nähe zur polnischen Linken hatten die Radikalen ebenfalls von den Populisten der 1860er- und 1870er-Jahre geerbt, deren Nachfolger sich inzwischen infolge ihrer Beteiligung am politischen Alltagsgeschäft emanzipiert hatten und in ihrem antipolnischen Nationalstolz den Russophilen kaum nachstanden.

Die endgültige Abkehr der Radikalen von den Populisten geschah, wie erwähnt, an der Wende zu den 1890er-Jahren vor dem beschriebenen gesamtpolitischen Hintergrund. Hinzu kamen gestiegene soziale Unruhe auf dem Lande und Streiks in den Städten, ein Konsolidierungsprozess innerhalb den bisher eher verstreut operierenden radikalen Aktionszentren (Lemberg, Stanislau, Kolomea) sowie schließlich persönliche Rivalitäten und Ambitionen wie die Absetzung Mychajlo Pavlyks, des neben Franko führenden Aktivisten, von der Redaktionsleitung von *Batíkivscyna*. Zunächst entstand denn auch hier, wie so oft, ein eigenes, von Pavlyk und Franko im Januar 1890 gegründetes Zeitungsorgan, *Narod* (Volk), das von Beginn an schwerpunktmäßig gesellschaftspolitisch ausgerichtet war und in seine Spalten zahlreiche programmatische Beiträge Drahomanovs aufnahm, aber auch der Öffentlichkeit die programmatische und organisatorische Unzulänglichkeit der Populisten vor Augen zu führen versuchte. Dabei spielten bereits Vorboten einer politischen Neuorientierung der Populisten eine Rolle, welche später als „Neue Ära" in die Geschichte eingehen sollte: Auf Initiative des neuen Statthalters und unter Einbindung des Metropoliten sollten die polnisch–ruthenische Dauerfehde beendet und die gegenseitigen Beziehungen mittels Einzelkonzessionen an die ruthenischen nationalen Wünsche auf eine neue Grundlage gestellt werden. Diese Kompromissbereitschaft der führenden Populisten mit dem polnischen Establishment diente den Radikalen als wichtiges Abgrenzungsmotiv gegenüber der ukrainophilen Hauptströmung. Zum Zeitpunkt ihrer faktischen öffentlichen Kundmachung im Landtag (s. u.) lag allerdings die Gründungsversammlung der „Ruthenisch-Ukrainischen Radikalen Partei" (*Rusińska-Ukrajińska Radykalína Partija*, R-URP) vom Oktober 1890 bereits mehr als ein Monat zurück.[195])

Der Name der neuen Partei war in mehrfacher Hinsicht innovativ. Hier erschien erstmals auf dem Banner einer politischen Organisation der Name „ukrainisch", allerdings noch nicht alleinstehend: Die galizische Öffentlichkeit assoziierte mit diesem Begriff im allgemeinen noch die russische Ukraine jenseits der Grenzen. Der Bindestrich in „Ruthenisch-Ukrainisch" sollte gerade dieser Erläuterung dienen, also nicht etwa zwei Teile zusammenführen, was einer sprachlichen Verfestigung der politisch bedingten Trennung bedeutet hätte. Der Begriff „Radikal" signalisierte nichts anderes, als dass man eine vor allem von polnischer Seite verwendete, negativ besetzte Bezeichnung der eigenen Gruppe von Aktivisten positiv umdeutete und als Parteisignum verwendete. „Radikal" war man vor allem aufgrund der gesellschaftspolitischen Forderungen und der kritischen Haltung gegenüber Kirche und Traditionen. Schließlich der Begriff „Partei", auch er erstmals als offizielle Bezeichnung einer Organisation verwendet. Es war kein Zufall, dass hier *partija* und nicht *storonnyctvo* verwendet wurde. Man fühlte sich der westeuropäischen Linken zugehörig und gedachte, gleich dieser eine neue Form von politischer Organisation darzustellen, die sich auf die Massen stützte.[196])

Das Neue an der Radikalen Partei war jedoch nicht auf dieses Selbstverständnis beschränkt. Im Gegensatz zu den „Räten" wurde die R-URP nicht auf der Grundlage von

---

[195]) Zur „Neuen Ära" Ihor Čornovol, Pol's'ko–ukrajins'ka ugoda 1890–1894 rr. [Der polnisch-ukrainische Ausgleich], L'viv 2000 sowie Czesław Partacz, Od Badeniego do Potockiego: stosunki polsko–ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908 [Von Badeni bis Potocki. Polnisch–ukrainische Beziehungen in Galizien in den Jahren 1888–1908], Toruń 1996, S. 45–83.

[196]) Näheres zur Entstehung der Radikalen Partei bei Himka, Socialism, S. 141–172.

Machtpositionen in den parlamentarischen Gremien oder mit dem institutionellem Rückhalt bestehender Vereinsorganisationen gegründet. Sie definierte sich vielmehr alleine über ein konkretes politisches Programm und ließ dabei die Phrase vom homogenen nationalen Volkskörper hinter sich. Nicht mehr ein einheitsstiftendes, nationales Ziel war der Ausgangspunkt, sondern konkrete sozioökonomische „Realitäten". Parteitage wurden nicht mehr aus Anlass von Wahlen oder außergewöhnlichen politischen Situationen einberufen, sondern als jährliche Veranstaltungen institutionalisiert. Dies geschah – im Gegensatz zu den meisten polnischen Parteien – in konstanter Regelmäßigkeit in den letzten Dezembertagen jedes Jahres, bis zum letzten Parteitag von 1913 insgesamt 24 Mal. Es entstand erstmals eine Parteipresse im engeren Sinne des Wortes, ein Zeitungsblatt, das sich offiziell als Parteiorgan deklarierte. Man bediente sich auch einer neuartigen politischen Rhetorik, welche derjenigen der Sozialdemokratie entlehnt war – etwa: *Tovarys* (Genosse) oder *Robitnyj narid* (werktätiges Volk). Loyalitätsparolen galten nun nicht mehr der Nation, sondern dem Volk – und der Partei. Freilich war man in anderen Belangen bei der realen Umsetzung noch weit entfernt von westlichen Vorbildern. Es lässt sich noch lange nicht von einer breit abgestützten „Mitgliederpartei" sprechen, zumal die primär anvisierte Bauernbevölkerung eine schwer zu organisierende Masse war. Im Jahre 1899 hatte das vier Jahre zuvor gegründete Monatsblatt *Hromads'kyj Holos*, welches unter der Leitung des jungen Aktivisten Vjačeslav Budzynovs'kyj die Nachfolge von *Narod* als Hauptorgan der Radikalen angetreten hatte, gerade einmal 650 Abonnenten.[197]) Die R-URP kam kaum über den Zustand eines verstreut agierenden, auf einzelne Bezirke konzentrierten Adhoc-Verbands hinaus. Sie blieb eine vor allem in der Anfangsphase von Universitätsstudenten geprägte säkulare Intelligenzpartei. Die Landbevölkerung versuchte man, mittels politischer Aktionen wie Volksversammlungen und Agrarstreiks zu mobilisieren. Später wurden einzelne parteinahe Vereine geschaffen, ein eigener Bildungsverein (*Postup*: Fortschritt) sowie Schützenvereine (*Sic*).[198])

Das Parteiprogramm von 1890 hatte neben dem „Drahomanovismus" noch einen zweiten Ideenlieferanten, den Marxismus. Marx und Drahomanov hatten einiges gemeinsam, mehr aber noch Trennendes[199]): Dem Geschichtsdeterminismus stand der Glaube an die Gestaltbarkeit der Zukunft durch politische Arbeit gegenüber, dem Industrieproletariat als revolutionärer Klasse die Bauernschaft als Basis für die Umgestaltung der Gesellschaft und der positiven Bewertung der Nationalstaaten der Hang zu Staatsskepsis und Subsidiaritätsprinzip. Der erstgenannte Konfliktpunkt zwischen passiver Revolutionserwartung und politischem Aktivismus stellte einen Grundwiderspruch dar, mit dem die marxistisch orientierte Sozialdemokratie selbst überall zu kämpfen hatte. Auch seine Lösung ist bekannt, von Hainfeld 1889 und dann Erfurt 1891: Neben einem Grundsatzprogramm („Maximalprogramm", „Prinzipienerklärung"), in dem von wissenschaftlichem Sozialismus und Kollektivierung die Rede war, stand ein „praktischer" Teil („Minimalprogramm"), der die

---

[197]) Hromads'kyj Holos 15. 12. 1899 (24), S. 1.

[198]) Zum studentischen Charakter: Beim Parteikongress von 1895 etwa bildeten Studenten den weit überwiegenden Teil der etwa 50 Teilnehmer und auch über die Hälfte der Redner. Siehe Dilo 31. 12. 1895 (282), S. 3.

[199]) Ivan L. Rudnytsky, Drahomanov as a Political Theorist, in: Essays in Modern Ukrainian History, hrg. von Peter L. Rudnytsky, Edmonton 1987, S. 203–253.

kurz- und mittelfristigen Reformpunkte enthielt. Im Falle der R-URP umfasste dieser letztere Teil diverse wirtschaftliche und rechtliche Maßnahmen, allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter, Unentgeltlichkeit und Entdogmatisierung der Schulbildung. Rhetorisch ins Visier nahm man das „gesamte werktätige Volk", tatsächlich galten die wirtschaftspolitischen Forderungen aber vorwiegend der Agrarbevölkerung. Das dritte Spannungsmoment war von besonderer Brisanz, wurde doch mit dem problematisierten Stellenwert nationalstaatlicher Ziele die Frage einer zukünftigen ruthenisch-ukrainischen Staatlichkeit aufgeworfen. Ein solches Ziel wurde tatsächlich nicht erwähnt, sondern vielmehr dem Prinzip der territorial definierten Autonomie ohne Berücksichtigung nationaler Gesichtspunkte das Wort geredet. Das Nationale wurde auf eine Förderung des entsprechenden Bewusstseins beschränkt. Im Ganzen trug das Programm von 1890 also trotz einiger marxistischer Einsprengsel weit mehr die Handschrift Drahomanovs und seiner pragmatisch denkenden und handlungswilligen Anhänger in Galizien.[200])

Bis zu den Parteigründungen von 1899 blieben dennoch die genannten drei Punkte als Spannungsmomente vorhanden. Nach der Abspaltung des sozialdemokratischen Flügels, die seit dem Parteitag von 1897 vorgezeichnet war, konnte sich die R-URP offen als eigenständige, dem Aktivismus verpflichtete Agrarpartei deklarieren, die sich für den staatsgestützten Kauf oder die Enteignung des Großgrundbesitzes einsetzte. Bei der nationalen Frage trat mit dem schwindenden Einfluss der Anhänger Drahomanovs und der nationalen Radikalisierung in Galizien eine Hinwendung zu einer positiven Beurteilung einer ukrainischen Staatlichkeit ein, die sich bereits im revidierten Programm von 1895 ausdrückte, hier allerdings noch in einem Zweckverhältnis zur sozialen Revolution: Nur auf dem Boden nationaler Unabhängigkeit sei Sozialismus zu verwirklichen, woraus die Forderung nach einem selbständigen Territorium bestehend aus den ruthenischen Teilen Galiziens und der Bukowina abgeleitet wurde. Den schärfsten Ausdruck fand dieser Gedanke allerdings in der im selben Jahr erschienen Schrift „Ukraina irredenta" des Parteiaktivisten Julijan Bačyns'kyj, in dem zum ersten Mal die Unabhängigkeit der Ukraine unter Einbeziehung des russischen und österreichischen Staatsgebiets gefordert wurde.

Nach der Abspaltung des nationalliberalen Flügels und der Gründung der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (UNDP, s. u.) geriet die R-URP in eine schwere Existenzkrise, zumal sich auch ihr Aushängeschild Franko der neuen Sammelkraft zugewandt hatte. Nachdem der R-URP bei den Reichsrats- und Landtagswahlen von 1900/01 sämtliche Mandate verloren gegangen waren, beschloss die Parteiführung im Jahre 1902 die Selbstauflösung und die Einstellung des bisherigen Parteiorgans. Faktisch blieben allerdings in einigen lokalen Zentren, so insbesondere im Bezirk Kolomea unter dem Advokaten Kyrylo Tryl'ovs'kyj, gewisse Strukturen erhalten. Dies kam den Radikalen zugute, als sie im Herbst 1904 nach einer Veranstaltung zur Feier der dreißigjährigen publizistischen Tätigkeit Pavlyks die Wiederbelebung der Partei beschlossen. Hintergrund war die Aussöhnung der beiden in den Parlamenten verbliebenen ukrainophilen Kräften, der Natio-

---

[200]) Vgl. das Parteiprogramm in: Narod 15. 10. 1890 (20), S. 1 und die breitere Erörterung bei Himka, Socialism, S. 167–169 sowie bei Kerstin Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 42–45. Zum Problem der Staatlichkeit im Speziellen John-Paul Himka, Young Radicals and Independent Statehood: The Idea of a Ukrainian Nation-State 1890–1895, in: Slavic Review 41 (1982), S. 219–235.

naldemokraten und der Nationalkonservativen. Auch der von der UNDP enttäuschte Franko schloss sich der Partei nun wieder an.

Dank der frisch belebten politischen Szene seit dem Umbruchsjahr 1905 konnte die Radikale Partei ihre Stellung nun dauerhaft festigen. 1907 zog sie auch wieder in das Parlament ein. Infolge der Einbeziehung der zunehmend hegemonial auftretenden UNDP in die politische Verantwortung im Reichsrat und Landtag sahen sich die Radikalen in ihrer Rolle als linke Alternative zur angeblich allzu kompromissbereiten ruthenischen Führungsclique bestärkt. Das zeigte sich insbesondere in der Wahlreformfrage, deren halbherzige Sonderlösung für Galizien die Exponenten der R-URP aufs Schärfste verurteilten. Diese Haltung kam besonders deutlich in der Resolution des Parteitags vom Dezember 1906 zum Ausdruck: Aus dem Ergebnis der Wahlrechtsverhandlungen müsse der Schluss gezogen werden, dass von Österreich nichts Gutes mehr zu erwarten sei und daher nur solche Kandidaten zu wählen seien, welche die Unabhängigkeit anstrebten. Als Ziel am Horizont stünde die ukrainische Republik. In einem ähnlich resoluten Ton wurde die Überführung allen Bodens – gutsherrlichen, staatlichen und kirchlichen – in bäuerliche Hände gefordert. In den Verhandlungen um die Landtagswahlreform, bei denen die Radikalen trotz ihrer wiedererlangten parlamentarischen Präsenz ohne Einfluss blieben, setzte sich jene Oppositionsrolle fort, in Gestalt der bedingungslosen Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, einem Punkt, der immerhin von Beginn an in ihrem Programm gestanden war.[201])

Die symbolische Ebene figurierte seit der Gründung der R-URP als wichtiges Element ihrer Selbstdarstellung als Partei. Wenn dabei das Singen von Liedern einen besonders hohen Stellenwert einnahm, so lässt sich dies unmittelbar auf den großen Einfluss des studentischen Milieus gerade in der Entstehungsphase zurückführen. Studentenkultur, ausgeprägt vorhanden in den universitären Korporationen, floss direkt ein in die von Parteien und Parteiversammlungen geprägte politische Kultur. Als eigentliche Parteihymne fungierte das im Jahre 1880 von Ivan Franko gedichtete *Ne pora*. Die erste von vier Strophen lautete folgendermaßen:

„Es ist nicht an der Zeit, nicht an der Zeit, nicht an der Zeit
Dem Russen und dem Polen zu dienen
Genug des alten Unrechts gegen die Ukraine
Für uns ist die Zeit gekommen, nur für die Ukraine zu leben.“[202])

Aufgrund seines politischen Inhalts und dem unverhohlen herrschaftskritischen, aufwieglerischen Ton wurde das Franko-Lied immer wieder zum Signal eines Eingreifens der Behörden. Gerade dies hatte jedoch wiederum zur Folge, dass es sehr bald über die R-URP hinaus weite Verbreitung in der zunehmend radikalisierten ruthenischen Gesellschaft fand. Viele Volksversammlungen auf dem Land schlossen mit dem Lied, und es diente insbesondere auch wieder den Studenten als identitätsstiftende Hymne, als sie nach der Jahrhundertwende in ihren Umzüge durch die Stadt Lemberg für eine eigene Universität eintraten. Neben „Noch ist die Ukraine nicht verloren“ (*Sce ne umerla Ukrajina*, s. u.) bekleidete *Ne*

---

[201]) Das Programm von 1895 in Dilo 31. 12. 1895 (282), S. 3 und die Resolution von 1906 ibid., 2. 1. 1907 (273/1906), S. 1 sowie in Levyc'kyj, Istorija, S. 283 f. bzw. 430.

[202]) Ivan Franko, Z veršyn i nyzyn. Zbirnyk poezij [Von Höhen und Niederungen. Sammlung von Gedichten], L'viv 1887, S. 69 f.

pora die Funktion einer Nationalhymne, zumal ihr Verfasser in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ebenfalls parteiübergreifend bereits den Rang eines lebenden Nationalhelden einnahm.[203])

Abgesehen von Liedern gab es auch andere, visuelle Formen der Symbolik, welche insbesondere an den Parteikongressen zum Ausdruck kamen. In diesem Fall ging es nun nicht mehr primär um das Stiften emotionaler Gehalte, sondern um die Darstellung der politischen und geistigen Wurzeln der Partei. Dabei kam deutlich jene doppelte Orientierung zum Ausdruck, welche schon oben angedeutet wurde: Nation und Revolution. So wehten sowohl gelb-blaue, die Ukraine repräsentierende Fahnen in den Versammlungssälen als auch rote Fahnen, welche den revolutionären Anspruch darstellen sollten. Als Büsten repräsentiert waren sowohl Ševčenko, der Nationaldichter, als auch Karl Marx. Der Letztere verschwand allerdings nach der Trennung von der ruthenischen Sozialdemokratie, die Thema des folgenden Unterkapitels ist.[204])

b) Die Sozialdemokraten

Die ruthenische Sozialdemokratische Partei hatte ihrerseits zwei miteinander verwachsene parteigeschichtliche Wurzeln, so dass ihre Gründung kurz vor der Jahrhundertwende als ein zweifaches Herausschälen aus bereits bestehenden Parteiorganisationen zu verstehen ist: Zum einen handelte es sich um die gerade besprochene Radikale Partei, die R-URP. In dieser gab es von Beginn an eine Strömung, die sich unzufrieden zeigte mit der im Parteiprogramm von 1890 reflektierten Reverenz an Drahomanov und die bemüht war, den auch noch im Parteiprogramm von 1895 beschworenen „wissenschaftlichen Sozialismus“ marxistisch zu deuten, um damit gleichzeitig Anschluss zu finden an eine überregional bedeutsame, dynamische Kraft, die internationale Sozialdemokratie. Die andere Wurzel war gerade die galizische sozialdemokratische Partei (PR bzw. GPSD, s. Kapitel 2.2.e) selbst, ein Zweig der österreichischen Partei, in deren Reihen bekanntlich auch Ruthenen Platz hatten. Kam also dort, in der R-URP, im Laufe der 1890er-Jahre ein ideologischer Klärungsprozess in Gang, so handelte es sich hier um einen Prozess der nationalen Desintegration, der von polnischer Seite forciert wurde: Wie bereits bemerkt, litt der übernationale Anspruch der galizischen Sozialdemokratie von Beginn an unter dem allgemeinen galizischen Syndrom der polnischen Dominanz, die allerdings von polnischer Seite positiv dazu benutzt wurde, die Umwandlung der Partei in eine auch offiziell polnische voranzutreiben und zu diesem Zweck den Prozess der Verselbständigung der Ruthenen hin zu einer eigenen Parteigründung zu fördern.

Die entscheidenden internen Debatten und institutionellen Vorgänge, die zur Gründung dieser Partei führten, spielten sich in der R-URP ab, die von der GPSD gerne als Schwesterpartei behandelt wurde, regelmäßig bei deren Parteitagen Gaststatus erhielt und gemeinsam mit ihr politische Aktionen durchführte. 1896 wurde im Rahmen der R-URP

---

[203]) Harald Binder, Der nationale Konflikt um die Universität Lemberg, in: Místo národnich jazyku ve výuce, vědě a vzdělání v Habsburské monarchii 1867–1918/Position of National Languages in Education, Educational System and Science of the Habsburg Monarchy 1867–1918, hrg. von Harald Binder, Barbora Křivohlavá und Luboš Velek, Praha 2003, S. 183–215.

[204]) Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 92.

ein eigenes Gremium gegründet, das sich „Komitee der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei“ nannte. 1897 kam es während des Parteitags zum Bruch mit dem sozialdemokratischen Flügel. Dieser besaß allerdings in der Parteiexekutive eine starke Position, wie sich im Mai 1899 zeigte, als der Vorstand sich zunächst zugunsten einer Umbenennung und Statutenveränderung im Sinne einer sozialdemokratischen Partei aussprach. Die kurz darauf abgehaltene Vertrauensmännerversammlung verwarf allerdings diese Entscheidung, worauf die sozialdemokratische Minderheit unter Protest den Saal verließ und damit das Signal zur Abspaltung gab. Offiziell gegründet wurde die Partei im September in Lemberg unter dem Namen „Ukrainische Sozialdemokratische Partei“ (*Ukrajins'ka Socijalnodemokratycna Partija*, USDP). Parteiorgan wurde die seit 1900 in Lemberg erscheinende Halbmonatsschrift *Volja* (Freiheit), seit 1906 dann das aus Czernowitz nach Lemberg transferierte Blatt *Zemlja i Volja* (Land und Freiheit).[205])

Die USDP erbte viele der Strukturprobleme der alten R-URP. Auch bei ihr gab es eine Kluft zwischen dem von der Partei proklamierten Selbstverständnis und der politischen Realität. Das Selbstverständnis leitete sich vornehmlich aus der Zugehörigkeit zur großen Familie der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie ab, das einerseits politische Rückendeckung, andererseits aber Einschränkung der Selbständigkeit bedeutete. Programmatisch war man gebunden, vor allem an das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 und das Wiener Programm von 1901. Diese Tatsache wurde am ersten Parteikongress im Jahre 1903 diskussionslos zur Kenntnis genommen. Anpassungen an die politische und gesellschaftliche Realität des so anderen „galizischen Schauplatzes“ konnten folglich (wie bei der polnischen PPSD) nur im Rahmen von Parteitagsresolutionen erfolgen. Eine zentrale Bedeutung musste auch hier die Frage nach der sozialen Zielgruppe erlangen. Die ruthenische Sozialdemokratie war wie ihre Vorgängerpartei in erster Linie dem Schicksal der Landbevölkerung verpflichtet. Auch diese Haltung war anhand des Parteitags von 1903 deutlich ablesbar, der unter dem starken Eindruck der ostgalizischen Agrarstreiks stattfand. Demnach erkannte man die äußerst wichtige Rolle der Bauernschicht im ruthenischen (ukrainischen) nationalen Leben an und maß der Vermittlung von Klassenbewusstsein für die Bauernbevölkerung und deren Organisierung höchste Priorität zu. Eine Brücke zum Selbstverständnis der internationalen Sozialdemokratie und gleichzeitig ein Element der Abgrenzung gegenüber der R-URP wurde in der besonderen Hervorhebung des landlosen Agrarproletariats gesehen, das gemeinsam mit dem Kleinbauerntum die zukünftige „proletarische Armee“ bilden sollte. Auch andere sozialdemokratische Kernforderungen wie diejenige nach Arbeiterversicherung und Arbeitsinspektoren sowie die Unterstützung der Agrarstreiks konnten dadurch glaubwürdig vertreten werden.[206])

Das ebenfalls am Parteitag von 1903 beschlossene Organisationsstatut sah eine Struktur vor, welche auf örtlichen Institutionen und Vertrauensleuten aufbauen und als Parteigremien ein Exekutivkomitee, eine Parteikonferenz und einen Parteikongress umfassen sollte. Diese Struktur konnte nie in vollem Maße verwirklicht werden. Die Parteikonferenz blieb bedeutungslos, während der Kongress bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs lediglich fünfmal einberufen wurde und vornehmlich der inneren Konsolidierung der Partei in kri-

---

[205]) Näheres zum Prozess der Parteibildung bei Jobst, Zwischen Nationalismus und Najdus, Polska Partia Socjaldemokratyczna.

[206]) Die Parteitagsresolution von 1903 in: Naprzód 28. 3. 1903 (86), S. 1.

tischen Phasen diente. Für eine darüber hinaus gehende festere Einbindung der Basis in den institutionellen Prozess der Parteientwicklung, die eine regelmäßige Abhaltung der Kongresse nahegelegt hätte, war gerade diese Basis zu schwach entwickelt. Als äußerst schwierig erwies es sich, eine eigene politische Klientelschicht in der ländlichen Gesellschaft zu isolieren und in irgendeiner Weise dauerhaft an die Partei zu binden. Aber auch die für westliche Länder charakteristische operationelle Grundlage im städtischen Arbeitervereinswesen war hier nicht gegeben, weil die soziale Basis einerseits zu schmal war und andererseits deren Ausbau zu einem selbständigen organisatorischen Gefüge durch die politischen Umstände in der galizischen Sozialdemokratie behindert wurden:

Die freiwillige Einbindung in eine übernationale Organisation hieß nämlich im galizischen Kontext, dass man sich weiterhin in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der weit mächtigeren polnischen Partei befand, insbesondere bei der Durchführung von Wahlen und anderen gemeinsam veranstalteten politischen Aktionen. Die polnische PPSD aber duldete keinerlei Konkurrenz zu ihren eigenen Berufsorganisationen in den Städten. Wenn also zunächst die Aufgabenteilung Stadt/Land von der ruthenischen Partei geduldet wurde, so entsprach dies einer realistischen Einschätzung der eigenen Stärke, ließ sich aber auch in Verbindung mit gewissen polonophilen Neigungen (oder gar einer partiellen Polonisierung) von Exponenten wie Mykola Hankevyč und Semen Vityk bringen, welche die Vorreiterrolle der Polen für die ruthenische Organisation anerkannten und außerdem dem Freiheitspotential eines unabhängigen polnischen Staates im Gegensatz zu ihren Konnationalen der anderen ruthenischen Parteien Einiges abgewinnen konnten. Letztlich hatten sie die USDP auch nur deshalb gründen können, weil sie den wachsenden antipolnischen Reflex ihrer damaligen Parteikollegen aus der R-URP nicht geteilt hatten. Im Übrigen wirkte die Beteiligung der Parteispitzen der USDP (namentlich wiederum Hankevyč) an den Führungsgremien der PPSD wie auch der Fraktionen ebenfalls vorerst einer Desintegration entgegen.

Der Abbau des relativ reibungslosen wechselseitigen Harmonieverhältnisses erfolgte schleichend und war selbstverständlich nicht unabhängig von der Entwicklung des allgemeinen zwischennationalen Klimas, welches nach der Jahrhundertwende gerade im akademischen Milieu, dem Hort der ruthenischen Sozialdemokratie, durch den angeheizten Universitätsstreit eine signifikante Verschlechterung erfuhr. Im Jahre 1903 kam es zur Gründung eines selbständigen ruthenischen Arbeiterbildungsvereins (*Volja*), einem wichtigen Schritt also bei den Emanzipationsbestrebungen des ruthenischen Arbeitermilieus. Von großer längerfristiger Bedeutung waren dann die Entwicklungen in Russland und die Gründung der dortigen ukrainischen sozialistischen Parteien schon im Vorfeld der Ereignisse des Jahres 1905. Damit ergab sich wie schon für die polnischen Sozialdemokraten in den 1890er-Jahren eine parteipolitische Alternative zum innergalizischen sozialdemokratischen Bezugssystem, nämlich die national definierte parteiliche Solidarität über die Grenzen hinweg, was sich bei den Ruthenen umso mehr als Aufwertung ihres stets prekären politischen Selbstwertgefühls niederschlug.

Entscheidend zur Verschärfung trugen allerdings innergalizische Vorgänge bei. Eine bereits während des zweiten USDP-Kongresses im Januar 1906 erkennbare innerparteiliche Opposition unter der Führung von Volodymyr Levyns'kyj, welche die Vernachlässigung des ruthenischen Proletariats in den Städten beklagte, erhielt wichtigen Auftrieb durch den polnisch–ruthenischen Disput um die Reichsratskandidatur Hankevyčs in Lemberg. Diese

Kandidatur wurde am Ende von der Krakauer PPSD-Führung mit dem Argument des „polnischen Charakters“ der Landeshauptstadt vereitelt, worauf von ruthenischer Seite mit der Gründung eigener städtischer Parteisektionen begonnen wurde. Am dritten Parteikongress im März 1909, der wie üblich unter reger Teilnahme polnischer „Genossen“ stattfand, wurde die Gewerkschaftsfrage und die Schaffung selbständiger ruthenischer Fachverbände erneut thematisiert. Eine offene Konfrontation konnte jedoch vermieden werden. Stattdessen wurden Maßnahmen beschlossen, welche den ruthenischen Wünschen entgegenkamen, ohne die Einheit der Gewerkschaften zu gefährden, namentlich die Herausgabe ukrainischsprachiger Fachblätter, die Berücksichtigung des Ukrainischen bei Parteidokumenten und die Berufung von Gewerkschaftssekretären mit ukrainischen Sprachkenntnissen.

Einen wichtigen Anstoß zur Spaltung der Partei gaben die parallel laufenden separatistischen Strömungen in der tschechischen Partei, die ebenfalls ihre primäre Ursache in der Gewerkschaftsproblematik hatten. Tatsächlich gab es auch enge Kontakte zwischen den beiden oppositionellen Strömungen. In einer Parteikonferenz in Lemberg 1911 kam es erstmals zum Eklat, als die der polnisch–ruthenischen Zwitterpolitik angeklagten Hankevyč und Vityk unter Protest den Versammlungssaal verließen. Endgültig vollzogen wurde die Spaltung in ein ruthenisch-autonomistisches und ein propolnisches Lager während des vierten Parteikongresses im Dezember desselben Jahres, als es die Separatisten um Levyns’kyj waren, welche den Sitzungsort verließen, nachdem die Versammlung es knapp abgelehnt hatte, die polenkritischen Beschlüsse der erwähnten Parteikonferenz vom Januar zu übernehmen. Wie üblich reklamierten beide Seiten die rechtmäßige Nachfolge der bisher geeinten Partei für sich, und wie üblich wurde die Trennung sogleich verfestigt durch die Gründung eines selbständigen Presseorgans: *Vpered* (Vorwärts) erschien seit Ende 1911 als Gegenpart zu *Zemlja i Volja*. Dabei blieb es aber, denn zum Aufbau einer getrennten Organisation und Mitgliederbasis fehlten politische Kraft und personelle sowie materielle Ressourcen, zumal ja schon die geeinte Mutterpartei an solchen Mängeln gelitten hatte. Folglich standen sich also nicht zwei Parteiorganisationen gegenüber, sondern zwei Meinungsgruppen, welche sich um einzelne Personen und Redaktionen scharten.[207])

Dieser Zustand erinnerte an den Anfang galizischer Parteigeschichte, betraf aber nun ein politisches Lager, das stets besonders bemüht war, Modernität und Effizienz zu verkörpern. Die Differenzen zwischen *Vpered*-Fraktion und *Zemlja i Volja*-Fraktion waren dabei kaum programmatischer Natur. Sie leiteten sich aus dem ruthenischen Grundproblem in Galizien ab, dem Verhältnis zu dem stets mächtigeren nationalen Gegenüber, den Polen. In der von den jeweiligen Presseorganen getragenen Rhetorik erhielt diese nationalpolitische Differenz dann die übliche Verstärkung in Gestalt von wechselseitigen Etikettierungen wie nationalistisch gegen polenhörig oder – im Kontext der Krise der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie – Separatismus gegen Zentralismus. Für die Wiener Parteileitung verschwammen aus der Distanz tatsächlich tschechischer und ruthenischer Separatismus zu einem Gesamtphänomen, und entsprechend harsch war die Kritik an den zurückliegenden Ereignissen in jener fernen Ecke des Reiches, die man doch sonst so bequem der

---

[207]) Zum vierten Parteikongress siehe auch ausführlich: Naprzód 6. 12. 1911 (282), S. 5 und 7. 12. 1911 (284), S. 5.

polnischen Obhut hatte überlassen können – ganz ähnlich übrigens, wie dies auch die ministeriellen Stellen in Wien mit Galizien zu tun pflegten.

Angesichts der schwachen programmatischen Basis und der geringen Ressourcen beider Fraktionen kann es wenig erstaunen, dass jene Parteispaltung nur vorübergehender Natur war. Als wesentlichste Triebkraft für die sukzessive Wiederannäherung wirkte allerdings die bei allen Nationalitäten der Habsburgermonarchie, insbesondere aber auch bei den Polen, feststellbare Tendenz der unmittelbaren Vorkriegsjahre, das eigene nationale Lager unter Überwindung von Parteigrenzen zu konsolidieren. Parallel dazu bemühte sich nicht nur die autonomistische Fraktion, sondern auch der stärkere, weil nach wie vor materiell gestützte „polenfreundliche" Flügel um einen Ausbau der Präsenz in den Berufsvereinigungen. Eine schwerwiegende Kontroverse zwischen PPSD und *Zemlja i Volja*-Fraktion und gleichzeitig eine gravierende Schwächung der letzteren trat schließlich Mitte Juni 1913 ein, als der damals einzige ruthenische Reichsratsabgeordnete, Semen Vityk, aufgrund angeblichen persönlichen Fehlverhaltens aus dem deutsch-österreichischen Parlamentsklub ausgeschlossen wurde, wo er Hospitantenstatus genoss. Diese Diskreditierung des langjährigen Kämpfers für eine geeinte polnisch–ruthenische Sozialdemokratie in Galizien lasteten die Ruthenen der PPSD an. Als während des 5. USDP-Parteitags im März 1914 die Wiedervereinigung vollzogen wurde, war dies nicht zuletzt tatkräftiger Hilfe externer sozialdemokratischer Kräfte aus dem russischen Reich und der Bukowina (Parteiblatt *Borba*) zu verdanken. Als sich schließlich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs die ruthenischen Sozialdemokraten den überparteilichen nationalen Organisationen anschlossen, hatte das Prinzip der nationalen Solidarität endgültig die übernationale Klassengesinnung verdrängt.

Am Ende sollte auch hier noch kurz die Frage von Repräsentation und Parteisymbolik berührt werde. In dieser Hinsicht war die USDP zunächst fraglos sozialdemokratisch, also „internationalistisch" geprägt, etwa hinsichtlich des politischen Vokabulars, das man bereits von der Radikalen Partei übernommen hatte. In zweiter Linie war aber auch die dominierende polnische Partei bestimmend. Bei den Parteitagen sang man nicht nur das „eigene" Lied, *Salijte*, sondern auch die Czerwieński-Hymne von der „Roten Fahne", und zwar sowohl in einer ukrainischen Sprachversion (*Cervonyj Prapor*) als auch im polnischen Originaltext.[208]) Auch eigene Helden besaß man keine, keinen Waryński und keinen Limanowski. Die Schwäche im Bereich der Selbstdarstellung entsprach daher der gesamtpolitischen Schwäche der ruthenischen Sozialdemokratie in Galizien.

c) Die Nationalkonservativen/Christlichsozialen

In den frühen 1890er-Jahren liegt auch die Geburtsstunde eines anderen politischen Lagers, dessen Wurzeln allerdings ebenfalls weiter zurückgingen, zumindest bis in die 1880er-Jahre. Damals hatte sich unter tatkräftiger Unterstützung des Metropoliten Sylvester Sembratovyč ein politischer Kreis um die Zeitschrift *Myr* gebildet, welcher umfassende politische Mäßigung mit klerikal-konservativer Gesinnung gegen die aufkommenden säkular-materialistischen Strömungen verband. Dieses Lager war „national" im Sinne einer ukrainischen Nationsidee in entschiedenster Ablehnung der Russophile. Es war klerikal-konservativ im Sinne seiner politischen Gesamtvision einer konstruierten ruthenischen

[208]) Vgl. etwa den Bericht zum Parteitag von 1903 in Naprzód 28. 3. 1903 (86), S. 1.

Gesellschaft mit der griechisch-katholischen Kirche als ideeller Leitinstanz. Bei der Entstehung einer eigentlichen politischen Organisation spielte dann die erwähnte „Neue Ära" (1890–1894) die Hauptrolle. Im Jahre 1894, als bereits alles auf das Scheitern jener Politik des Ausgleichs und der Verständigung hindeutete, traten zwei der prominentesten Populisten der ersten Stunde, Oleksandr Barvins'kyj (bereits Chefredakteur von *Myr*) und Anatol Vachnjanyn, für eine Fortsetzung jener Politik in Galizien ein (s. u.). Bei der Landtagswahl von 1895 trat die Barvins'kyj-Gruppe erstmals mit einem eigenen Wahlkomitee auf, das sogar eine Mehrheit der ruthenischen Sitze eroberte, freilich mit kräftiger Hilfe von administrativen und kirchlichen Stellen.[209])

Auf dieser Basis entstand im Oktober 1896 der Katholische Ruthenisch-Nationale Verband (*Katolyákyj rusko-narodnyj Sojuz*, KRNS). Sein Ziel war die Hebung des Volkswohls auf moralisch-religiöser, katholischer Grundlage und eine Politik des Pragmatismus und der Zusammenarbeit.[210]) Zwischen diesen beiden Grundelementen, Katholizismus und nationalpolitischer Kompromissbereitschaft, bestand eine sachliche Verbindung. „Schaltstelle" war der griechisch-katholische Metropolit, der als Institution stets in einer Doppelrolle agierte, einerseits als nationale Autorität, als höchste moralisch-religiöse Instanz in der ruthenischen nationalen Gemeinschaft, andererseits als katholische Autorität, eingespannt in ein religiös-politisches Loyalitätsdreieck zwischen Lemberg, Wien und Rom. Hierauf gründete das Konzept der nationalpolitischen Mäßigung, das insbesondere Sylvester Sembratovyč seit seiner Amtsübernahme 1885 durch aktive Einmischung in die Wahlen zu fördern trachtete. Wer für die Fortsetzung der von Sembratovyč mitinitiierten „Neuen Ära" plädierte, zeigte sich also kirchenloyal und hoffte, den Katholizismus zur geistigen Grundlage eines harmonischen Zusammenlebens in Galizien zu machen. Allerdings wäre es unrichtig, im KRNS nur den verlängerten Arm des Metropoliten zu sehen. Eine zentrale Rolle bei der Bewahrung eines eigenständigen politischen Profils spielte die ebenfalls 1896 gegründete, als offizielles Organ des KRNS firmierende Tageszeitung *Ruslan*, die im Gegensatz zum erwähnten Blatt *Myr* unabhängig vom Metropoliten blieb und daher nur mit Vorbehalt als dessen ideeller Nachfolger zu bezeichnen ist.[211]). Die Eigenständigkeit von KRNS und *Ruslan* zeigte sich mit aller Deutlichkeit bereits im Dezember 1896 anlässlich eines neuerlichen politischen Vorstoßes Sembratovyčs und wenig später bei den Reichsratswahlen von 1897.[212])

---

[209]) Vgl. Taras Antoševs'kyj, Do istoriji chrystyjans'ko-suspil'noho ruchu v. Schidn. Halyčyni kincja XIX – poč XX st. (Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Ostgalizien) (L'viv 1997). Wichtig auch die Erinnerungen Barvins'kyjs: Oleksandr Barvins'kyj, Spomyny z moho žyttja. Obrazky z hromadianskoho i pysmenskoho rozvytku rusyniv [Erinnerungen aus meinem Leben. Bilder aus der gesellschaftlichen und literarischen Entwicklung der Ruthenen], 2 Bde., L'viv 1912–1913. Allgemein zu Religion und Kirche John-Paul Himka, Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia 1867–1900, Montreal-Kingston 1999.

[210]) Das Programm in Narodna Časopys 16. 10. 1896 (224), S. 1.

[211]) *Ruslan* verdankte seine Qualität und dauerhafte Präsenz innerhalb der politischen Öffentlichkeit Galiziens jedoch ebenfalls einer starken externen Unterstützung, wie eine Reihe von Archivbelegen demonstrieren. CDIAL, Fond 146, Opis 4, Spr. 871. Neben *Dilo* war *Ruslan* wohl das am besten redigierte ukrainischsprachige Blatt der Zeit.

[212]) Siehe Abschnitt II.

Die Gründung der KRNS ist zu einem wichtigen Teil auf die innergalizischen politischen Entwicklungen, namentlich die Konsolidierung des Parteiwesens, zurückzuführen. Darüber hinaus bereitete sich jedoch in der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre europaweit ein fruchtbarer Boden für einen modernen politischen Katholizismus vor, in dessen Namen eine polnisch-ruthenische Versöhnung trotz der hier gegebenen vielfachen Belastungen aus der Vergangenheit (Katholisierung als kaschierte Polonisierung) greifbar schien. In Lemberg war nur wenige Monate vor der Gründung des KRNS der zweite Katholikentag über die Bühne gegangen, an dem Barvins'kyj und Vachnjanyn als Hauptpersonen aktiv teilgenommen hatten. Der gemeinsame Kampf galt den neuen atheistisch-materialistischen, die soziale Ordnung sprengenden Ideologien, die auch in der ruthenischen Gesellschaft in Gestalt der Radikalen und Sozialdemokraten ihren Niederschlag gefunden hatten. Im ideologischen Abgrenzungskampf zwischen Klerikalkonservativen und „Mehrheits-*Narodovci*" des Volksrats erhielt erneut der Begriff *narod* die diskursive Schlüsselfunktion. Beide Seiten erklärten, die wahren Populisten zu sein und reduzierten den Gegner zu einer Personenclique (*Barvincuky* gegen *Romancukysty*). Beide sprachen dem Gegner „nationale Qualität" ab, weil er mit „anationalen Elementen" kooperierte: im einen Fall mit den Russophilen, im anderen Fall mit den polnischen Eliten. Hinzu kam der Vorwurf an die KRNS, ihrem Namen entsprechend nur konfessionelle Partei zu sein, während doch *Narod* eine absolut zu setzende moralische Qualität impliziere, die ohne Einschränkungen irgendwelcher Art zu gelten habe.

Dies waren die in Galizien üblichen intellektuellen Scharmützel, an denen die KRNS dank *Ruslan* als ebenbürtiger Partner teilnehmen konnte. Auf welch schwachen Füßen die Bewegung jedoch politisch stand, zeigte sich im Zuge des Heranwachsens der 1899 gegründeten UNDP zur dominierenden Kraft in der ruthenischen politischen Gesellschaft. Nun zog das bisherige Markenzeichen Antirussophilie nicht mehr, da die Nationaldemokraten deutlich Distanz zu den Russophilen markierten. Dem Grundgedanken einer polnisch-ruthenischen Kooperation wurde die Grundlage entzogen, als die Leitfigur Barvins'kyj nach 1900 zurück zu einer schärferen Oppositionshaltung fand. Die sukzessive Versöhnung der UNDP mit der Kirchenspitze unter Andrij Šeptyc'kyj ließ das Gespenst des Antiklerikalismus verblassen. Schließlich ging auch noch mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die politische Basis im Reichsrat verloren. Erst im Jahre 1911 kam es neuerlich zu einem gewissen Aufschwung, der vor allem mit dem politischen Erfolg der deutschösterreichischen Christlichsozialen zusammenhing. Deren Abkehr von den eigenen sozialradikalen Wurzeln hin zu einer integrierenden konservativen Volkspartei entsprach zweifellos dem Wunsch der ruthenischen Klerikalkonservativen, eine ähnliche Rolle in Galizien spielen zu können. Gemeinsamer Orientierungspunkt mit den christlichsozialen Parteien anderer Völker, auf die man sich ausdrücklich bezog, sollte die ordnende Autorität der katholischen Kirche sein.

Kurz nach den Reichsratswahlen von 1911 kam es daher unter diesen Prämissen zur Gründung des „Christlichsozialen Verbands" (*Chrystyjans'ko-Suspil'nyj Sojuz*, ChSS). Vorangegangen war bereits eine unter gleichem Namen stehende Vereinsgründung, in deren Statuten als Vereinsziel die „Bewahrung und Unterstützung der geistigen und materiellen Angelegenheiten der christlichen Bürger" definiert wurde.[213]) Da es sich hier also um eine

[213]) Statut Chrystyjans'ko-Suspil'noho Sojuzu u L'vovi [Das Statut des Christlich-Sozialen Verbands in Lemberg], L'viv 1911. Zitiert auch bei Antoševs'kyj, Do istoriji, S. 28.

Partei mit dem rechtlichen Status eines politischen Vereins handelte, war man gesetzlich dazu verpflichtet, nicht nur eine statutarisch festgelegte Organisationsstruktur (Hauptversammlung, siebenköpfiger Ausschuss inkl. Präsident und Vizepräsident) zu begründen, sondern auch die Hauptversammlungen streng periodisch (einmal jährlich) durchzuführen.

An der eigentlichen Gründungsversammlung im Juni 1911 nahmen etwa 70 Personen teil. Sie waren einem Aufruf gefolgt, der die Leitgedanken der neuen politischen Kraft in den vier Punkten zusammenfasste: Erweckung und Unterstützung des nationalen Bewusstseins im Volk; christlicher Gedanke und Bewahrung der kirchlichen Rechte; Mobilisierung des Volks für das staatliche Leben; wirtschaftliche Entwicklung. Während die einleitende Beschwörung des nationalen Gedankens zur parteiübergreifenden Standardformel der Zeit gehörte, setzten die beiden folgenden Punkte doch eigene Akzente. So sollte das Christlich-Katholische auch die Grundlage für gute Beziehungen mit den Polen abgeben, welche im Kontext der Auseinandersetzungen um die Landtagswahlreform einer Dauerbelastung ausgesetzt waren. Das Verhältnis zum österreichischen Staat sollte von einem neuen, gesunden Loyalismus des Volkes zu seinem Staat geprägt sein, denn ein wechselseitiges Wohlverhältnis zwischen beiden sei Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben, zumal die Habsburgermonarchie noch immer die besten Verhältnisse für die Entwicklung des Volkes schaffe.[214])

Die der Öffentlichkeit präsentierten politischen Vorstellungen der ruthenischen Christlichsozialen klangen ebenso wie das umständlich formulierte Vereinsziel seltsam weltfremd und anachronistisch angesichts der Verhärtung der nationalen Fronten in Galizien und des sich verschärfenden Diskurses von der Vernachlässigung der Ruthenen durch Wien und der daraus gezogenen Schlussfolgerung, nur mit eigener Kraft zu Selbständigkeit zu gelangen. Der ChSS teilte denn auch das Schicksal seiner Vorgänger, nämlich „Kopfgeburt" zu sein, ohne Glieder in der Gesellschaft. Der erste gewählte Ausschuss (*Starsyna*), bestehend aus 13 Personen mit der altgedienten Leitfigur Oleksandr Barvins'kyj als Parteipräsidenten, war ein akademisch-geistliches Gremium, nahmen doch in ihm nicht weniger als sechs Professoren und fünf Priester Einsitz.[215]) Die Mobilisierung konservativ gesinnter Massen misslang oder wurde nicht angestrebt, wie die Meidung von Massenveranstaltungen oder die weitgehende Ignorierung des Antisemitismus als Ideologie mit Mobilisierungspotenzial auch in der ruthenischen Gesellschaft zeigen.

Die Begrenzung auf christliche Mitglieder war zwar, dem Grundgedanken folgend, statutarisch festgelegt, als offensives politisches Mittel wurde der Antisemitismus jedoch nicht eingesetzt. Dazu fehlte nicht zuletzt ein entsprechend vordisponiertes soziales Milieu von ruthenischen Handwerkern und Arbeitern. Auf dem flachen Land hingegen war weder die operationelle Basis noch offenbar der Bedarf an einer explizit kirchlichen politischen Kraft vorhanden. Die Ukrainische Nationaldemokratische Partei, die stärkste politische Kraft, hatte es vermocht, gerade auf der lokalen Ebene die Geistlichkeit zu gewinnen und sich dadurch den Charakter einer Integrationspartei zu verleihen. Unter diesem Aspekt erschie-

---

[214]) Ruslan 2. 7. 1911 (145), S. 1. Ein detailliertes Parteiprogramm mit offiziellem Charakter wurde nie ausgearbeitet, wohl aber verschiedentlich Resolutionen verabschiedet, so etwa am Parteitag von 1912, als in insgesamt 24 Punkten der Öffentlichkeit die Grundpositionen der Partei dargelegt wurden. Ruslan 31. 12. 1912 (294), S. 2.

[215]) Die Zusammensetzung des Ausschusses in: Ruslan 2. 7. 1911 (145), S. 1.

nen die aus dem eigenen *Narodovci*-Lager kommenden Nationalkonservativen bestenfalls als überflüssige Erscheinung oder dann als erzkatholisch oder polonophil. Dass letzteres eine polemische Überspitzung darstellte, zeigte der dezidiert im Sinne der nationalen Interessenwahrnehmung gehaltene Resolutionskatalog des zweiten Parteitags vom Dezember 1912, in dem sowohl bei der Wahlreformfrage als auch in der Angelegenheit der ruthenischen Universität in Lemberg der Standpunkt der tonangebenden Kraft im ruthenischen politischen Spektrum übernommen wurde.[216])

d) Die Nationaldemokratische Partei

Nur wenige Monate nach der Ausrufung der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei kam es im Dezember 1899 zur Gründung der nun schon mehrfach erwähnten Nationaldemokratischen Partei (UNDP), die sich in der Folge als stärkste politische Kraft unter den Ruthenen etablieren sollte.[217]) Im Wesentlichen handelte es sich bei dieser Partei um eine Fortführung des beschriebenen politischen Verbands der Populisten, der auf der Basis einer kleinen Gruppe von Parlamentariern sowie dem affiliierten Vereins- und Pressewesen auch nach der Wende von 1890 weiterbestanden hatte. Die Gründung der R-URP wurde den Populisten zum Ansporn, sich selbst in die Richtung einer modernen Partei zu bewegen. Dazu gehörte auch die Formulierung einer umfassenderen programmatischen Grundlage. Zum anderen verlangte die erwähnte „Neue Ära", also die von den Populisten des Volksrats (gegen den Willen der Radikalen und Russophilen) getragene polnisch–ruthenische Entspannungspolitik, eine Anpassung des politischen Erscheinungsbilds, das in einem neuen Programm zu entwerfen war.

Nach dem zuweilen als epochal qualifizierten (und überschätzten) Auftritt des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Julijan Romančuk am 27. November 1890 im *Sejm*, der als Geste der Versöhnung durch die Öffentlichkeit ging, hatte der Volksrat in seiner Plenarsitzung am Jahresende der neuen Linie seine volle Unterstützung gegeben und Romančuk zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Jene auch programmatisch unterlegte Landtagsrede Romančuks sowie die Verlautbarungen der Reichsratsfraktion mussten in jenem neuen Programmentwurf berücksichtigt werden, den der Ausschuss des Volksrats dann im Frühjahr 1892 verabschiedete, zu einem Zeitpunkt also, als die Politik der kleinen Konzessionen, der eigentliche Inhalt der „Neuen Ära" aus der Sicht der Ruthenen, die meisten positiven Resultate brachte.[218])

Als politisches Subjekt, als „Wir" wurden im Programm von 1892 die „galizischen Ruthenen" (*My Rusyny halyćki*) angerufen, die ein Teil des ruthenisch-ukrainischen 20 Millionen Volkes mit einer tausendjährigen historischen Vergangenheit seien. Die ersten sechs von zehn Punkten des folgenden Programms bezogen sich auf die bereits vielmals be-

---

[216]) Ruslan 29. 12. 1912 und 31. 12. 1912 (293 bzw. 294).

[217]) Grundlegend auch hierfür Levyckyj, Istorija, insbes. 324–332, sowie die Dissertation von Vasyl' Rasevyč, Ukrajins'ka Nacjonal'no-Demokratyčna Partija 1899–1918 [Die Ukrainische Nationaldemokratische Partei 1899–1918], Geisteswiss. Kandidaten-Dissertation, Universität L'viv 1996.

[218]) Die wichtigsten Konzessionen gehörten in den Bereich der Kulturpolitik: die Einrichtung eines Lehrstuhls für ukrainische Geschichte in Lemberg, die Einführung des phonetischen Alphabets in den Schulen und die Gründung eines ruthenischen Gymnasiums in Kolomea. Siehe ausführlich Čornovol, Pol's'ko–ukrajins'ka ugoda, S. 133–162.

schworene Zukunftsvision für die ruthenische Nationalität als einer nationalbewussten, innergesellschaftlich harmonischen, von Demokratie, Fortschritt und Wissenschaft getragenen und im Verband der anderen Nationalitäten gleichberechtigten Volksgemeinschaft. In den folgenden Punkten spiegelte sich hingegen die momentane politische Situation wider, die einen Ton der Mäßigung nahe legte und unverkennbar an die Landtagsdeklaration vom November 1890 anknüpfte: Bekenntnis zu Glaube und Sitte, Schutz der kirchlichen Rechte, Versöhnung mit den Polen, Zusammenarbeit mit einer den Ruthenen geneigten Regierung. Als die Hauptversammlung im Dezember desselben Jahres dieses Programm guthieß, passten die von Parteiführer Romančuk dargebotenen Begleittöne schon nicht mehr ganz zu jener harmonischen Grundmelodie des Programms, denn inzwischen hatte sich aufgrund kleinerer Vorkommnisse das zwischennationale Verhältnis verschlechtert, so dass manche dem Ausgleichsgedanken nicht wohlgesonnene Exponenten im Anschluss an jene Vollversammlung bereits vom Ende der Entspannungspolitik sprachen.[219])

Ihr eigentliches Ende fand die „Neue Ära“ allerdings erst zu Beginn des Jahres 1894, als ihr Hauptinitiator, Statthalter Badeni, mit einer schnöden Bemerkung im Landtag den Stolz der Ruthenen verletzte. Institutionell besiegelt wurde die Beendigung des tiefgreifendsten und längsten nationalen Ausgleichsexperiments in Galizien dann während einer außerordentlichen Hauptversammlung des Volksrats im Mai desselben Jahres. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits zwei Meinungslager innerhalb der Populisten herausgebildet. Das erste, angeführt von Oleksandr Barvins'kyj und Anatol Vachnjanyn, stand für eine Fortsetzung der Ausgleichspolitik und setzte insbesondere auf eine „Koalition“ mit der Regierung in Wien. Es besaß die Mehrheit in der Reichsratsfraktion. Das zweite unter Romančuk plädierte für eine Rückkehr zur Oppositionsrolle unter dem Motto der Prinzipienpolitik. Es bekam die überwältigende Unterstützung von der Versammlung, die gleichzeitig an Romančuk die Empfehlung aussprach, den Reichsratsklub zu verlassen.[220])

Nach der institutionellen Verselbständigung der Gemäßigten als Wahl- und dann Parteiorganisation (1895/1896, s. o.) wurde das ideologische Erscheinungsbild der Verbliebenen entsprechend kompakter – eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Parteigründung einige Jahre später. Der nationale Alleinvertretungsanspruch, ein bedeutsames legitimatorisches Instrument im zeitgenössischen politischen Diskurs, war fortan in drei Richtungen zu definieren – gegenüber den russophilen Altruthenen, den „internationalistischen“ Radikalen (aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten) und nun auch den „polonophilen“ Konservativen. Andererseits ließ die Abkehr von der „Neuen Ära“ und die neue Rivalität mit den von polnischer Seite unterstützten Nationalkonservativen eine taktische Annäherung an die Russophilen zu, ungeachtet der dem russophilen Konservatismus entgegenstehenden Reorientierung des Volksrats nach links. Unter diesem Vorzeichen standen gemeinsam mit den Russophilen durchgeführte Volksversammlungen (*Vice*) in den Jahren 1895 und 1897 sowie das weiter unten zu beschreibende Wahlbündnis von 1897. Die Rückkehr zur Prinzipienpolitik, welche von der durch beispiellosen Machtmissbrauch gekennzeichneten Wahlen von 1895 und 1897 nur gefördert wurde, schlug sich nieder in Hauptversammlungsresolutionen, so etwa Ende 1897, als erneut die Forde-

---

[219]) Čornovol, Pol's'ko–ukrajins'ka ugoda, S. 169. Zum Parteitag die ausführlichen Berichte in Dilo 27. – 30. 12. 1892 (282–285), jeweils S. 1 f.

[220]) Bericht in Dilo 4. 5. 1894 (89), S. 1 f.

rung nach einer Teilung Galiziens ausgesprochen wurde, ein Punkt, der im (nach wie vor theoretisch gültigen) Programm von 1892 nicht berücksichtigt worden war.

Weniger der Bedarf an einer neuerlichen programmatischen Grundlage, als vielmehr die Vorgänge innerhalb der Radikalen Partei (der erwähnte doppelte Absetzungsprozess von sozialdemokratisch und national gesinnten „Jungen") waren es dann, welche den politischen Kreis der Populisten zur Schaffung einer institutionellen Neugründung am Ende des Jahres 1899 veranlasste. Für den explizit national-integrativ gesinnten Teil der Radikalen war nach der Abkehr des Volksrats von der Ausgleichspolitik der „Neuen Ära" die Bedingung für eine Wiederannäherung an denselben gegeben. Wie erinnerlich, hatte die R-URP selbst in ihr Programm von 1895 eine national-territoriale Komponente aufgenommen. Die Landtagswahlen von 1895 sahen dann erstmals ein konsolidiertes Vorgehen von Radikalen und Populisten. Eine wichtige Rolle sollte auch der nach Lemberg auf den Lehrstuhl für Geschichte berufene Mychajlo Hruševs'kyj spielen, dessen Idee einer Konsolidierung der national-progressiven Kräfte auch Ivan Franko, Aushängeschild der Radikalen, zu überzeugen vermochte. Wahrnehmbar als eigenständige politische Kraft innerhalb der Radikalen wurde der nationale Flügel erst zu Beginn des Jahres 1899, zunächst mit der Schaffung eines eigenen programmatischen Zeitungsorgans, *Buducnist* (Zukunft), und dann durch die Gründung eines überparteilichen „Komitees der Lemberger Ruthenen" (*Komitet Lívivśkych Rusyniv*). Die Verhandlungen zwischen diesem und dem altetablierten Volksrat führten im Dezember 1899 zur Proklamierung der „Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei" (*Ukrajinśka Nacjonalíno-Demokratycna Partija*, UNDP).[221])

Auch in diesem Fall war der Parteiname politisches Bekenntnis und Programm. Der Begriff „Ukraine" war zwar noch nicht Teil der offiziellen Behördensprache, hatte sich aber doch in seiner grenzüberschreitende Dimension inzwischen verbreitet. „Nationaldemokratisch" (unter Verwendung des modernen *nacjonalíno*) signalisierte die Erkenntnis, dass die Schaffung einer ukrainischen Nationalgesellschaft untrennbar mit einer Demokratisierung verbunden sein müsse. Dieser schon bei den Populisten bestehende Grundsatz war nun in Zeiten einer sich intensivierenden Diskussion um die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu einer der aktuellsten politischen Forderungen geworden. Der Begriff *partija* schließlich bürgerte sich erst sukzessive ein. In der Anfangszeit war *storonnyctvo* weit üblicher (etwa auch auf dem Parteistempel), was eventuell mit der erwähnten „Linkslastigkeit" des erstgenannten Terminus zusammenhing. *Partija* implizierte noch immer eine sozial definierte Teileinheit, während man sich selbst, die Tradition des Volksrats fortsetzend, als integrative Kraft im Hinblick auf das Volksganze verstand. Am liebsten verwendete man daher eine integralistische Terminologie: Die jährliche Hauptversammlung galt nicht als Parteiveranstaltung, sondern als „Volkskongress" (*Narodnyj Zíjizd*) mit der Funktion eines „Volksparlaments" (*Narodnyj Sojm*). Das Programm vom Dezember 1899 wurde nicht als solches einer Partei vorgestellt, sondern (wie schon 1892) als dasjenige der „galizischen Ruthenen" mit dem Charakter eines National- oder Volksprogramms (*Narodna programa*). Ab etwa 1905 wurde die Partei auch von außen, von Seiten der politischen Gegner, vermehrt schlicht als „ukrainische Partei" (*ukrajinśka partija*) bezeichnet, was auch mit ihrer inzwischen erreichten dominierenden Stellung in der ruthenischen Gesellschaft zusammenhing.

---

[221]) Zu diesem Prozess siehe ausführlich Rasevyč, Partija, S. 14–43.

Das Parteiprogramm von 1899 ersetzte offiziell dasjenige des Volksrats von 1892. Es behielt grundsätzlich seine Gültigkeit bis zum Ende der Monarchie, ergänzt durch Parteitagsresolutionen, etwa Ende 1906 und 1913. In seinem nationalen Blickwinkel stand es durchaus in der Tradition seines Vorgängerprogramms, formulierte allerdings dazu ein weit konkreteres Maßnahmenpaket. Als Endziel wurde die Schaffung eines einheitlichen ruthenisch-ukrainischen nationalen Organismus proklamiert, mittelfristig die Vereinigung Ostgaliziens und der Nordbukowina zu einer autonomen Provinz und kurzfristig, unter Zugrundelegung der gegebene Staatsstruktur, die Teilung der Behörden und die nationale Autonomie im Lande. Hinsichtlich der russischen Ukraine und der Karpato-Ukraine wollte man sich auf Anstrengungen zur Hebung des nationalen Bewusstseins beschränken. Weiters wurde die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts bei Abschaffung der Wahlkurien (also faktisch auch des gleichen Wahlrechts) sowie eine proportionale Vertretung der nationalen Minderheit gefordert, in wirtschaftlicher Hinsicht die Nationalisierung der Landwirtschaft durch Ankauf „fremdnationalen" Grundbesitzes und die Hebung des Bauernstands durch verschiedene ökonomische und institutionelle Maßnahmen, in kultureller Hinsicht den Ausbau des ruthenischen Schulwesens mit dem Ukrainischen als Unterrichtssprache- bzw. Pflichtfach, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, die Gründung einer ruthenischen Universität, die Schaffung eines eigenen Landesschulrats und schließlich die Befreiung der „ruthenischen Kirche" von Fremdelementen.[222])

Die Nationaldemokratische Partei schuf sich Ende 1899 nicht nur ein Programm, sondern auch ein Organisationsstatut, das am Parteitag von 1901 in revidierter Fassung verabschiedet wurde.[223]) Nicht unüblich für die Zeit, sah es ein mehrstufiges Modell vor mit drei Organen, dem erwähnten Volkskongress (*Narodnyj Zíjizd*), sodann dem Weiteren Volkskomitee (*Syrsyj Narodnyj Komitet*) und dem Engeren Volkskomitee (*Tisnijsyj Narodnyj Komitet*). Das Engere Volkskomitee war das eigentliche Ausschussorgan, dem zum einen die Steuerung des politischen Alltagskurses oblag, inklusive etwa der Herausgabe politischer Broschüren und der Organisation öffentlicher Manifestationen, und zum anderen die Organisation der parteiinternen Angelegenheiten, insbesondere Aufbau, Kontakt und Kontrolle der Bezirks- und Ortskomitees. Versammlungen wurden je nach Bedarf einberufen, besonders häufig in Wahljahren, 1911 etwa insgesamt 55, 1913 45-mal.[224]) Die Mitglieder des 13-köpfigen Engeren Volkskomitees wurden zur einen Hälfte vom Volkskongress gewählt, zur anderen Hälfte direkt durch den Ausschuss des weiterexistierenden Volksrats gestellt, dessen Vorsitzender (als dreizehntes Mitglied) zudem gleichzeitig Parteipräsident der UNDP war.

Das Weitere Komitee hatte zunächst vor allem die Funktion, die wichtigsten Entscheidungsträger und die Verbindungsinstanzen zur Öffentlichkeit institutionell einzubinden. Einsitz nahmen also die Abgeordneten von Landtag und Reichsrat sowie die verantwortlichen Redakteure der Parteiblätter: *Dilo* und *Svoboda,* dann auch die in Wien herausgege-

---

[222]) Das Programm in Dilo 28. 12. 1899 (281), S. 1. Vgl. auch die Analyse bei Rasevyč, Partija, S. 82–92.

[223]) Erstmals veröffentlicht in Dilo 24. 1. 1903 (8), S. 1 (*Narodna organizacyja*).

[224]) Vgl. den Tätigkeitsbericht an den jeweiligen Parteitagen in: Dilo 26. 12. 1911 (285) und 26. 12. 1913 (287), S. 1 ff.

bene Monatsschrift „Ruthenische Revue“ bzw. „Ukrainische Rundschau“ sowie das populär gestaltete *Narodne Slovo* (Volkswort, seit 1912). Als dritte das Weitere Komitee konstituierende Gruppe war eine unbestimmte Anzahl hervorragender Aktivisten bestimmt, welche durch den Parteitag gewählt werden sollten. Der Aufgabenkreis des Weiteren Komitees war nicht ausdrücklich definiert. Praktisch ergab es sich, dass dieses Gremium zu wichtigen Fragen, etwa hinsichtlich parlamentarischer Taktik, Wahlvorbereitungen oder Organisationsfragen Stellung bezog und auch Entscheidungen fällte, die dann vom Engeren Komitee umgesetzt wurden. Von großer Bedeutung war etwa das Manifest zur Wahlreform im Dezember 1905, das die Grundlage für einen entsprechend lautenden Resolutionskatalog des wenig später tagenden Volkskongresses abgab.[225])

Der Volkskongress selbst schließlich sollte, wie bereits bemerkt, die Funktion eines nationalen Parlaments erfüllen, der Idee nach also dem galizischen *Sejm*, in dem sich die Ruthenen in einer permanenten Minderheitsrolle befanden, als legitimes Organ gegenübergestellt werden. Tatsächlich verliefen diese alljährlich Ende Dezember abgehaltenen Veranstaltungen nach dem Muster anderer Parteitage. Im Vordergrund standen die Berichte der politischen Funktionsträger in den Repräsentativorganen und den Parteigremien, dann die in Resolutionen verpackten Vertrauensbezeugungen seitens der Versammlung gegenüber jenen Funktionsträgern und schließlich allgemeine politische Entschließungen, welche der Parteitag wiederum zuhanden seiner politischen Vertreter verabschiedete. Teilnahmeberechtigt waren neben dem gesamten Weiteren Volkskomitee die „Organisatoren“ und ihre Stellvertreter sowie dort, wo bereits ein Bezirksorgan bestand, von diesem gewählte Delegierte. Die Zahl der Teilnehmer an den Parteitagen wuchs folglich mit dem Ausbau der Parteiorganisationen und den politischen Vereinen, die trotz massiver Behinderung der Behörden unter verschiedenen Namen (zumeist *Narodna Rada* oder *Ruśka Rada*) nach dem Muster des Lemberger Volksrats gegründet wurden.[226]) Zur Vergrößerung trug auch die wachsende Zahl der Abgeordneten bei sowie der vertretenen Presseleute, welche als Mitglieder des Weiteren Komitees teilnahmeberechtigt waren. Insgesamt nahmen an den Parteitagen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Hundert Personen teil.

Im Organisationsstatut der UNDP von 1901 fanden die zwei Wurzeln – Populisten und Radikale Partei – ihren Niederschlag. Die Populisten hatten in der neuen Partei lediglich die programmatisch etwas klarer definierte, neu etikettierte Fortsetzung ihres Volksrats erblicken wollen, der auf der Grundlage eines zentralisierten Vereinsnetzes mit beherrschendem Einfluss der politischen Funktionsträger zu agieren hätte. Die Exponenten der Radikalen um *Buducnist* hatten sie hingegen als einen neuen Typus von Massenpartei interpretiert, den sie selbst in der R-URP mangels operationeller Basis nicht hatten realisieren können. Die Konzeption der Radikalen blieb weitgehend in der Rhetorik stecken, während sich in der Praxis die Vorstellung der Populisten durchsetzte. Das lässt sich an den strukturellen Gegebenheiten ablesen, namentlich am bestimmenden Einfluss der politischen Funktionsträger gegenüber der Parteibasis, sodann an der Parteiterminologie, namentlich am Vorzug des älteren Begriffs *storonnyctvo* gegenüber *partyja*, schließlich und vor

---

[225]) Dilo 13. 12. 1905 (267), S. 1

[226]) Aufschlussreich hierzu der Bestand in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 406–414, in dem sich die Anträge auf Gründung ruthenischer politischer Vereine wie auch deren Behandlung durch die Behörden befinden.

allem an der Stellung des Volksrats im Rahmen der Parteistruktur: Der Volksrat blieb, wie gesehen, als selbständiger politischer Verein bestehen, der nicht zufällig unmittelbar vor dem jährlichen Parteitag seine eigene Jahresversammlung abhielt.

Das hatte praktische Gründe, denn viele Vereinsfunktionäre waren gleichzeitig Parteifunktionäre, vor allem aber legte das erwähnte Recht des Volksrats, die Hälfte des Engeren Volkskomitees zu stellen, eine zeitliche Zusammenlegung beider Versammlungen nahe. Diese Konstruktion war umso problematischer, als der Vorsitzende des Volksrats gleichzeitig Parteipräsident war und folglich die eigentliche Parteiversammlung weder ihren Präsidenten wählen konnte noch überhaupt die Mehrheit seines eigenen Exekutivorgans.[227]) Einem Beschluss des Parteitags von 1911 zufolge wurde diese Inkongruenz nur insoweit korrigiert, als fortan auch der Parteipräsident durch den Volkskongress gewählt werden sollte und sich damit auch das Mehrheitsverhältnis zwischen gewählten und delegierten Ausschussmitgliedern (neu jeweils sieben plus Präsident) zugunsten der ersteren umkehrte. Vorstöße, welche das Delegationsrecht des Volksrats stärker reduzieren oder ganz abschaffen wollten, blieben erfolglos.[228])

Die im Organisationsstatut von 1901 umrissene Parteistruktur war Gegenstand ständiger interner Debatten. Zunächst ging es vor allem darum, die Präsenz in den politischen Bezirken Ostgaliziens außerhalb Lembergs zu verstärken. Wollte man sich tatsächlich als ruthenisches Ersatzparlament legitimieren, so musste diese Präsenz möglichst flächendeckend realisiert werden. Ein wesentlicher Schub in die Richtung einer in der territorialen Breite agierenden Parteiorganisation ergab sich durch die Reichsratswahlreform. Gewissermaßen als Auftakt dazu wurden im November und Dezember 1905 etwa 100 Manifestationen in der ostgalizischen Provinz durchgeführt, koordiniert, geplant und publizistisch verbreitet durch die zentralen Instanzen und Presseorgane der Partei.[229]) Im Folgejahr erging ein Katalog von Instruktionen an die lokalen Stellen, welche deren Kompetenzen und Verpflichtungen auf Bezirks- und Gemeindeebene fester umrissen.

Die Stellung der Bezirksorgane im Gefüge der Parteigremien wurde im weiteren durch die erwähnte, vom Parteitag von 1911 verabschiedete Statutenreform aufgewertet. Demnach sollten die Bezirks-„Organisatoren“ und deren Stellvertreter, also die wichtigsten Kontaktpersonen in der Provinz, direkt im Weiteren Volkskomitee Einsitz nehmen und die Bezirksorganisationen selbst ein Vorschlagsrecht bezüglich der vom Volkskongress zu wählenden „hervorragenden Männer“ (s. o.) erhalten, deren Zahl nun auf 50 festgelegt wurde. Mit der Integration der Bezirksvertreter in das Weitere Volkskomitee erhielt dieses

---

[227]) Als Inhaber dieser Doppelfunktion eines Vereins- und Parteipräsidenten wurde im Jahre 1902 der altgediente Julijan Romančuk durch den Advokaten Kost’ Levyc’kyj abgelöst, der sich insbesondere nach seiner Wahl in den Reichsrat und Landtag (1907/1908) als stärkste Figur innerhalb der UNDP etablierte.

[228]) Das revidierte Statut von 1911 in Stepan Baran, Naša prohrama i organizacyja. Prohrama i organizacyja ukrajins’koji nacyonal’no demokratyčnoji (narodnoji) partyji [Unser Programm und unsere Organisation. Programm und Organisation der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei], L’viv 1913. Das Gewicht der Versammlungen des Volksrats nahm im Laufe der Zeit im Verhältnis zu den Parteitagen deutlich ab, so dass sich am Ende dessen Funktion praktisch auf die Wahl der Delegierten der Parteivorstands beschränkten.

[229]) Dilo 27. 12. 1905 (277), S. 1 f.

den Rang eines „kleinen Parteitags“, der etwa im Jahre 1911 250 Personen umfasste. Am eigentlichen Volkskongress desselben Jahres erschienen Delegierte von 82 Gerichtsbezirken, womit etwa zwei Drittel aller Gerichtsbezirke Ostgaliziens vertreten waren.[230])

Ein Problem, welches die UNDP mit allen zeitgenössischen Parteien teilte, war dasjenige der Parteimitgliedschaft und, damit zusammenhängend, der Parteifinanzierung. Wie in anderen Fällen definierte sich das Mitglied zunächst nach seiner Gesinnung und seinem auf das Wohl der Partei ausgerichteten Handeln. Entsprechend unbestimmt war die Formulierung im Organisationsstatut von 1901. Die wiederum allgemein feststellbare Entwicklung hin zu einer Mitgliedschaft auf Basis eines finanziellen Beitrags war wegen der erwähnten Doppelstruktur von Verein (Volksrat) und Partei zusätzlich erschwert, da viele politische Aktivisten bereits Jahresbeiträge in den Volksrat (bzw. dessen politischen Pendants in der Provinz) einzahlten und damit aufgrund der engen Verknüpfung von beiden Organisationen auch die Partei indirekt finanzierten. Gleichzeitig verlangte aber insbesondere der seit 1903 initiierte und ab 1905 beschleunigte Ausbau der Präsenz in den Provinzen eine genauere Erfassung und damit Definition der Parteimitglieder. Hinzu kam mit dem wachsenden Aufgabenkreis die dringende Notwendigkeit, die Partei auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Prinzipiell finanzierte sich die Partei aus so genannten Fonds: dem „Volksfond“ (*Narodnyj Fond*), seit 1906 zusätzlich einem eigens eingerichteten Wahlfond (*Bojevnyj Fond* = Kampffond). Zur Speisung derselben wurde die Öffentlichkeit in den Parteiorganen aufgerufen.

Eine gesicherte Grundlage bot dies nicht. Der Parteitag von Dezember 1908 beschloss daher nach einem vorangehenden Entscheid des Weiteren Komitees endgültig die Einführung einer Parteisteuer, und zwar in unterschiedlicher Höhe, ob Intelligenz oder „gewöhnlicher“ Bürger bzw. Bauer. Es folgte die Ernüchterung, denn aufgrund der dauerhaft beklagten schlechten Zahlungsmoral konnte nur ein kleiner Teil der Parteikosten tatsächlich über die Parteisteuer finanziert werden, im Jahre 1911 zum Beispiel gerade einmal 13 %.[231]) Man reagierte mit der festgeschriebenen Regelung, dass fortan nur diejenigen zum jährlichen Volkskongress zugelassen würden, welche die Parteisteuer zur Gänze bezahlt hätten. Damit war der Parteitag der UNDP endgültig umdefiniert von einer Veranstaltung, die nur auf dem Delegationsprinzip beruhte, zu einer solchen, die auf der Basis einer Kombination von Delegations- und Mitgliedschaft beruhte. Alle diese Veränderungen gingen einher mit einer Bürokratisierung der Partei. Zentrale Verwaltungsstelle war die zu Beginn des Jahres 1903 eingerichtete sogenannte „Volkskanzlei“ (*Narodna Kanceljarija*), die einerseits kostenlose Rechtsberatung für jedermann anbot, also ganz im Sinne des umfassenden Selbstverständnisses der Partei als Dienststelle für das Volk definiert war, zum anderen innerparteilich die Korrespondenz und Verwaltung der Partei wie auch des Volksrats besorgte. Im Jahre 1904 waren es noch 1500, sieben Jahre später bereits 5500 Briefe, Zirkulare und Anweisungen, welche, verfasst von zwei Angestellten, die Kanzlei am Marktplatz 10 in Lemberg, dem sog. *Prosvita*-Haus verließen.[232])

Die Korrespondenz der Kanzlei, die Beratungen und Beschlüsse des Weiteren Volkskomitees, die Communiqués und Maßnahmen des Engeren Volkskomitees, schließlich die

---

[230]) Dilo 29. 12. 1911 (288), S. 5.
[231]) Dilo 27. 12. 1911 (286), S. 2.
[232]) Dilo 25. 7. 1904 (154), S. 2.

Tätigkeitsberichte, Debatten und Resolutionen der Parteitage geben Aufschluss über die Schwerpunkte der politischen Tätigkeit der UNDP in den Jahren 1899 bis 1914. Zu den Themen, welche die Partei in ihren Anfangsjahren mehrfach beschäftigten, gehörte die Migrationsfrage, die, soweit es die temporäre Arbeitsbeschäftigung in westlichen Ländern betraf, im Sinne der Kaufkraftgewinnung positiv beurteilte wurde, während die Emigration nach Übersee eher ein Verlust an „Volkssubstanz" darstellte.[233]) Ein weiterer zentraler Bereich stellte die Agrarfrage dar, wo die Partei einerseits legale Wege der Überführung von Gutsbesitz in bäuerliches (und damit nationales) Eigentum anstrebte, andererseits aber auch den Agrarstreik als politisches Mittel befürwortete.[234]) Zu einem kohärenten Agrarprogramm gelangte die Partei nie, obwohl der Parteitag von 1906 in einem der wenigen Fälle von Eigeninitiative den Ausschuss zu einem entsprechenden Schritt veranlasst hatte.[235]) Nationalpolitik besaß die uneingeschränkte Priorität, und dazu gehörte insbesondere die Förderung der eigenen institutionellen Stellung und damit die Wahlreform, das Dauerthema schlechthin. Bereits ein Schwerpunkt im Programm von 1899, wurde die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht seit 1905 zum Standardrepertoire der Parteitage, und zwar, dem Gang der Dinge entsprechend, zumeist in der Form eines Protestes gegen die Aufweichung dieses Prinzips als Folge politischer Konzessionen an die polnische Seite.

Eine Zäsur markierte zweifellos der überwältigende Sieg der UNDP bei den Reichsratswahlen von 1907, der die Partei in ihrem Anspruch bestätigte, in einem Volksparlament die einzig legitime, weil nationalintegrative Kraft zu sein. Obwohl sie diese Führungsrolle im *Sejm* zunächst mit den Russophilen zu teilen hatte[236]), wurde die Partei auch in der Landespolitik zur dominierenden Kraft. Dies lag vor allem auch an der politischen Strategie des Statthalters Michał Bobrzyński, dessen Ausgleichspolitik nur noch auf die ruthenischen Nationaldemokraten als Verhandlungspartner bauen konnte, nachdem die Klerikal-Konservativen kein Volksmandat erhalten hatten. Damit gerieten die Parteiführer der UNDP allerdings in das stets mit der Übernahme von Verantwortung einhergehende Dilemma zwischen Pragmatismus und Prinzipienpolitik. Die Lösung war eine Doppelstrategie von einerseits deklamatorischen Beschwörungsformeln, Drohgebärden, selektiver Obstruktionspolitik im Landtag und Oppositionspolitik im Reichsrat und andererseits flexibler Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft.

Nur auf diese Weise konnten die politischen Niederlagen im Hinblick auf die beiden nationalpolitischen Hauptanliegen der Vorkriegsjahre einigermaßen verkraftet werden: die gewaltige Zurückstufung der eigenen Erwartungen hinsichtlich der ruthenischen Man-

---

[233]) Die Parteikanzlei war die wichtigste Beratungsstelle für Ausreisewillige. Im Jahre 1904 waren fast 2/3 der Korrespondenzen der saisonalen Migration gewidmet. Dilo 25. 7. 1904 (154), S. 2.

[234]) Vgl. dazu den Entschluss des Weiteren Volkskomitees vom 29. 9. 1902, der auch die Einrichtung eines Streikfonds beinhaltete, zitiert bei Levyc'kyj, Istorija polityčnoji dumky, S. 371. Der Hauptteil der Resolution in *Dilo* wurde zensuriert: Dilo 3. 10. 1902 (210/211), S. 1.

[235]) Dilo 27. 12. 1906 (268), S. 1.

[236]) Lautete das Verhältnis von Nationaldemokraten zu Russophilen nach den Reichsratswahlen von 1907 17 zu 5, so ergaben die Landtagswahlen von 1908 ein Gleichstand von 9 zu 9. Das sollte sich erst, und zwar drastisch, 1913 ändern, als 24 errungenen nationaldemokratischen Mandaten nur mehr 2 russophile gegenüberstanden. Siehe Binder, Parteiwesen und Parteibegriff, S. 239 f.

datszahl im Landtag (von ursprünglich 40 über 30 auf 27 Prozent) und der Misserfolg in Sachen Gründung einer ruthenischen Universität in Lemberg. Wiederholt definierte sich die UNDP als Partei der strikten Opposition gegen die Regierungen und holte sich die Bestätigung dieses Selbstverständnisses von den Parteitagen. Gleichzeitig blieb jedoch die Loyalität zum Staat und seiner Dynastie intakt. Das im UNDP-Programm formulierte Fernziel, die Gründung eines geeinten, unabhängigen ukrainischen „nationalen Organismus" wurde nie, auch nicht in Zeiten schärfster Oppositionspolitik, in konkrete politische Aktionen umgesetzt. Die Einheit mit den Ukrainern jenseits der Grenzen, seit 1905 zunehmend ein Element in der politischen Rhetorik, blieb stecken im weiten Feld der Imagination. Gerade vor dem Hintergrund der gewachsenen internationalen Spannungen vor dem Ersten Weltkrieg wurde man sich wie selten zuvor der eigenen Schwäche im internationalen Machtspiel bewusst, erinnerte sich der Vorzüge des österreichischen Verfassungsstaats und griff zurück auf den angestammten Thronloyalismus, der ja gerade bei den neu zu integrierenden einfachen Volksschichten in kaum vermindertem Maße verbreitet war.

Das Selbstverständnis der UNDP als moderner nationaler Integrationspartei schlug sich in der politischen Sprache nieder. Bereits erwähnt wurde die in vielen Ausprägungen vorhandene sprachliche Identifizierung der Parteigremien als Institutionen des Volkes bzw. der Nation. Gerade die harmonisierende Zusammenführung aller Volksschichten sollte die Partei von anderen politischen Kräften abheben, insbesondere von den mit der eigenen Parteigeschichte am engsten verwobenen Radikalen, deren politische Hetze gegen die städtische Intelligenz und den Priesterstand man verurteilte.[237]) Als ebenso einseitig ausgerichtet, aber auf die andere Seite hinneigend, lehnte man die Klerikal-Konservativen (Christlichsozialen) als „konfessionalistisch" ab.[238]) Die Mitte war das Idealmaß, politisch (im Sinne der Mäßigung) und soziologisch (im Sinne der sozialen Integration). Ein Blick auf die faktische soziale Zusammensetzung des (Weiteren und Engeren) Volkskomitees, also des Parteiausschusses, zeigt jedoch, dass die säkulare und geistliche Intelligenz die bestimmende Rolle in der Partei spielte, die bäuerlichen Schichten hingegen nur selten in die oberen Sphären der Partei gelangten.[239])

Das Feld der Parteisymbolik schließlich war eher schwach besetzt, und das lag wohl wiederum an dem erwähnten integrationistischen Selbstbild. Je schwächer der politisch-soziale Fokus, desto geringer die Möglichkeiten und auch der Bedarf an einer prägnanten Symbolik. Die „Nationalfarben" blau-weiß und der verbreitetste Nationalhymnus (*Sce ne umerla*, daneben auch *Ne pora*) tauchten gelegentlich auf, spielten aber keine mit den radikalen Parteien vergleichbare Rolle der Identitätsstiftung. Erst am letzten Parteitag, im Jahre 1913, wurde erstmals auch ein Parteiabzeichen ausgehändigt, allerdings gegen Entgelt, ging es doch gerade damals vorwiegend um die Sanierung der Parteifinanzen.[240])

---

[237]) Dilo 2. 1. 1907 (273/1906), S. 1.

[238]) Dilo 26. 10. 1896 (232), S. 1.

[239]) Von den 87 (durch den Volksrat bzw. Volkskongress) gewählten Mitgliedern des Weiteren Volkskomitees gehörten 44 der weltlichen Intelligenz (davon 20 Advokaten und 10 Professoren/Lehrer), 23 dem Priesterstand und 11 dem Bauernstand an. Im Engeren Komitee war der letztere allerdings bereits gar nicht mehr vertreten. Siehe die Namensliste in Dilo 27. 12. 1906 (268), S. 1 f. und, ergänzend, 28. 12. 1906 (269), S. 2.

[240]) Dilo 23. 12. 1913 (284), S. 1.

e) Die Russophilen

Die Russophilen erholten sich in den 1890er-Jahren von der großen Krise, die sie nach dem Hochverratsprozess von 1882 erfasst hatte. Willkommene Hilfe bot ihnen dabei der Richtungswechsel der Populisten, ihres großen innerruthenischen Rivalen: Die „Neue Ära" verschuf den russophilen politischen Akteuren die Möglichkeit, sich als wahre und konsequente Vertreter der ruthenischen Volksinteressen zu profilieren. Nach der wegweisenden Rede Romančuks im Landtag im November 1890 spalteten sich daher die sieben russophilen Abgeordneten vom Ruthenenklub ab und schufen eine eigene Fraktion, die sich dem Kampf gegen die Kompromisspolitik der Populisten verschrieb. Die Opposition der Russophilen gegen die „Neue Ära" war nicht nur darin begründet, dass sie sich ins Abseits gestellt sahen durch das taktische Manöver ihrer politischen Mitstreiter der unmittelbaren Vergangenheit. Eine der wichtigsten Neuerungen, welche den Populisten von polnischer Seite zugestanden wurden, traf nämlich ins Herz der althergebrachten russophilen politischen Identität: die Einführung der phonetischen Schrift in den Schulen, die im Jahre 1892 vom Landesschulrat beschlossen wurde. Gegen diesen Schritt, als „Attentat gegen unser Alphabet und unsere Orthographie" bezeichnet, mobilisierte der Ruthenische Rat alle seine Kräfte (Petitionen, Delegationen, Publikationen), letztlich vergebens.[241])

Im Zusammenhang mit der Opposition gegen die „Neue Ära" kam es auch zu einer scheinbar unmöglichen Gesinnungskoalition mit den Radikalen, die allerdings auf russophiler Seite gerade nicht von jenen traditionsverpflichteten, konservativen Kulturrussophilen getragen wurde, sondern von einer jungen Generation pro-russisch gesonnener Intellektueller, die mit Hang zur russischen Linksintelligenz ähnlich progressive Ansichten vertrat wie die galizischen Radikalen. Eine wichtige Rolle als Zentrum dieser „Jungen" spielte der Wiener Studentenverein *Bukovyna*, der sich denn auch im Dezember 1890 ebendort mit der akademischen Verbindung der Radikalen, *Sic*, im Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen die Neue-Ära-Ideologie verbrüderte.[242]) Weitere wechselseitige Sympathiekundgebungen spielten sich in den jeweiligen Zeitungsorganen ab, umso mehr, als sich beide Pressemilieus zusammenfanden als Opfer kirchlich verordneter Leseverbote.[243]) In die Offensive ging allerdings auch der von den Etablierten beherrschte Ruthenische Rat, der im Jahre 1892 die erste russophile „Volksversammlung" (*Vice*) in Lemberg gegen die „Neue Ära" durchführte. Im selben Jahr wurde auch beschlossen, die Aktivität des Vereins auf den verschiedensten Feldern zu intensivieren und das Leitungsgremium gegenüber Außenstehenden stärker zu öffnen. Im Laufe der 1890er Jahre bemühte man sich im Weiteren, die Präsenz in der Provinz auszubauen, wo in verschiedenen Bezirken selbständige Komitees mit einer eigenen Organisations- und Führungsstruktur entstanden.[244])

---

[241]) Siehe dazu den Tätigkeitsbericht für die Jahre 1892 bis 1900 in: Halyčanin 26. 5. 1900 (108), S. 2; dort auch das Zitat.

[242]) Čornovol, Pol's'ko–ukrajins'ka ugoda, S. 186.

[243]) So richtete sich das bischöfliche Rundschreiben vom Dezember 1892 sowohl gegen die radikalen Blätter *Narod* und *Chliborob* als auch gegen das russophile *Halyckaja Rus*. Siehe dazu auch Binder, Ruthenische Presse.

[244]) „Halyčanin" 26. 5. 1900 (108), S. 2.

Das Ende der „Neuen Ära“ und die Formierung der kirchen- und staatsprotegierten Gruppe der Klerikal-Konservativen führten zu einer neuen Phase der Kooperation der Russophilen mit den „linken“ Populisten um Romančuk. Diese sogenannte „Konsolidierung“ (*konsolidacyja*) zwischen Ruthenischem Rat und Volksrat wurde in einer Vollversammlung des letzteren im Dezember 1896 offiziell gutgeheißen. Zu Höhepunkten der neuen ukrainophil-russophilen Freundschaft wurden die Schaffung eines einheitlichen Wahlkomitees bei den Reichsratswahlen von 1897 und die gemeinsame Planung und Durchführung der 50-Jahr-Feiern zur Grundentlastung im Jahre 1898. In dieser Zeit waren auch die russophilen Presseorgane, die seit 1893 bestehende Tageszeitung *Halycanyn* (Galizier) und das Wochenblatt *Russkoje Slovo* (Ruthenisches Wort), bemüht, die Gemeinsamkeiten beider Lager herauszustreichen und die Differenzen, insbesondere die nationalpolitischen, herunterzuspielen.

Dieses politische Experiment fand jedoch mit der Gründung der UNDP im Dezember 1899 ein abruptes Ende. Die Russophilen reagierten auf diesen als Verrat gebrandmarkten Schritt nur eine Woche später mit der Proklamierung einer eigenen neuen Organisation, der sie ebenfalls das Etikett einer „Partei“ verliehen, der „Ruthenisch-Nationalen Partei“ (*Russko-narodnaja partija*, RNP). Dies geschah zunächst in der Form einer Kundmachung (*otziv*) des Ruthenischen Rats in den beiden erwähnten Parteiblättern. Mitgeliefert wurden gleich die programmatischen Prinzipien: Nationale und kulturelle Einheit des gesamten ruthenischen Volkes (*russkoho naroda*); Entwicklung von Bildung und Kultur ohne Bruch mit den überlieferten Grundlagen; Verteidigungshaltung gegenüber dem nationalen Gegner und dem Sozialismus und Förderung der eigenen nationalen Kräfte; Wertschätzung des galizischen Dialekts bei Anerkennung der Hilfe, welche die allgemeinrussische Sprache (*obscerusskij jazyk*) und Literatur für den Selbstausdruck des Volkes anbietet; Nützung aller politischen Mittel zur Erreichung der folgenden Ziele: Nationale Autonomie, Sprachen- und Schulgesetzgebung nach Bedürfnissen der ruthenischen Nation, Steuerreform, Förderung der ökonomischen Entwicklung.[245])

Die Gründung der RNP war eine Trotzreaktion, aber nicht nur. Die Schaffung von Parteien lag im Trend der Zeit. Außerdem waren Parallelen zur Entstehungsgeschichte der UNDP nicht zu verkennen: In beiden Fällen agierte als Kernorganisation ein bestehender politischer Verein, auf den nun als eigentlicher Katalysator für die Umwandlung in eine (zumindest dem Anspruch nach) moderne Partei eine Gruppe junger, in Kategorien der Massenpolitik denkender Aktivisten einwirkte. Dennoch war die Rolle der jungen Radikalen in der Vorgeschichte der UNDP wiederum eine ungleich bedeutsamere als diejenige der jungen Russophilen bei der Schaffung der RNP. Erstere verfügten in der R-URP und dem Presseorgan *Buducnist* über Organisation und Meinungsforum, letztere bildeten vorderhand noch eine weitgehend unorganisierte Gruppe „junger Wilder“ mit nur vereinzelten Exponenten in den Parteiorganen. Das zitierte Programm war ohne Zweifel nach wie vor dem Konzept der Kultur-Russophilie verpflichtet. Eine neuartige, politische Russland-Neigung war nicht zu erkennen.

Eine deutliche Sprache spricht auch die Zusammensetzung der Teilnehmer an der eigentlichen konstituierenden Versammlung im Februar 1900: Von den 182 erschienenen Delegierten waren nicht weniger als 128 Priester – ein klarer Hinweis auf die ungebrochen

---

[245]) „Halyčanin“ 4. 1. 1900 (287/1899), S. 1 f.

prägende Rolle jenes im Kern konservativen Standes- und Berufsmilieus der Russophilen. Während dieser Versammlung wurde auch ein Organisationsstatut verabschiedet, das wiederum in Teilen wie eine Kopie des UNDP-Statuts anmutet: Der Ausschuss mit Namen „Volksrat" (*Narodnij Sovet*) sollte auch in diesem Fall vom Vorsitzenden des bestehenden politischen Vereins – hier des Ruthenischen Rats – präsidiert werden, im Weiteren zu gleichen Teilen aus Delegierten desselben und von der Vertrauensmännerversammlung (entsprechend dem Parteitag) gewählten Mitgliedern und schließlich aus den Redakteuren der Parteizeitungen bestehen. An der zweiten Parteiversammlung im Februar 1903, die (gemäß eigenen Angaben) immerhin bereits 350 Personen umfasste, wurde neben einer Aufstockung der Ausschussmitglieder auf 18 auch die Einrichtung eines „Weiteren Volksrats" beschlossen, in den wie im Falle der UNDP die Bezirks-Vertrauensmänner Einsitz nehmen sollten, die allerdings vom engeren Ausschuss bestimmt, also nicht autonom delegiert wurden.[246])

Wurde hier zunächst die Nationaldemokratische Partei zum ungeliebten Vorbild der eigenen Parteistruktur, so zeigte die politische Praxis der Folgejahre, dass sich die Aufgabenteilung zwischen den diversen Organen nicht in gleicher Weise umsetzen ließ. Die RNP blieb weitgehend ein Produkt der politischen Phantasie, geboren einerseits aus dem krampfhaften Bemühen, den Zug der Zeit nicht zu verpassen, andererseits aus dem ernsthaften Bestreben, die Provinz erfolgreicher in die Gesamtstrukturen einzubinden. Letzteres Vorhaben misslang weitgehend. Die Vormachtstellung des Ruthenischen Rats, als Lemberger Verein, und damit der politischen Elite der Hauptstadt blieb auch nach 1900/1903 bestehen. Dessen Ausschuss war es, der als zentrale Wahlorganisation fungierte und der auf die aktuellen politischen Ereignisse reagierte, beispielsweise auf die Ankündigung der großen Wahlreform Ende 1905, die man ohne Einschränkung unterstützte. Beide Funktionen, Wahlen und politische Proklamationen, hatten bekanntlich im nationaldemokratischen Fall das Volkskomitee, also die Parteiexekutive, übernommen.

Jene „undemokratische" Kompetenzverteilung bedurfte der Legitimation. Man fand sie in einer Analogie zu den staatlichen Organen: Der Parteitag als Parlament (dies noch konform mit der UNDP), der Volksrat aber als parlamentarische Kommission und der Ruthenische Rat als Regierung, die nicht primär repräsentieren, sondern handlungsfähig sein müsse.[247]) Das Faktum der weitgehend missglückten territorialen und sozialen Integration weist noch auf einen zweiten Unterschied zu den Nationaldemokraten hin, der wieder mit der Entstehungsgeschichte zusammenhängt: Während die UNDP ein gelungenes Experiment der Integration auch der verschiedenen politisch-ideologischen Gruppen darstellte, besaß die RNP von Beginn an kein vergleichbar solides Fundament. Die RNP sollte vielmehr einige Jahre später gerade die erste Organisation sein, in der die Parteispaltung vollzogen wurde.[248])

---

[246]) Vtoryj zjezd mužej dovirja Russko-narodnej partii vo Lvovi [Die zweite Vertrauensmännerversammlung der Russisch-Nationalen Partei in Lemberg], Lvov 1904; Halyčanin 8. 2. 1903 (20/21) S. 1 f. Starker Mann, weil Vereins- und Parteipräsident, war in diesen Jahren der Advokat Ivan Dobrjans'kyj, der erst durch den Coup von 1909 (s. u.) abgesetzt wurde.

[247]) Halyčanin 28. 12. 1907 (280), S. 1 f.

[248]) Zur Gründung der RNP siehe Halyčanin 4. 1. 1900 (287/1899), S. 1 sowie zur ersten konstituierenden Sitzung der Partei mittels einer Vertrauensmännerversammlung im Februar 1900 Halyčanin 13. 2. 1900 (25), S. 1.

Das politische Profil, welches die Russophilen in den Jahren nach der Gründung der RNP über ihre Zeitungsorgane der Öffentlichkeit präsentierten, fand folglich seinen konzentrierten Ausdruck weiterhin in den jährlichen Versammlungen des Ruthenischen Rats. Im Juni 1902 wurde bei einem solchen Anlass eine umfangreiche Resolution verabschiedet, die acht Monate später in weiten Teilen wörtlich von der erwähnten zweiten „Partei"-Versammlung der RNP übernommen wurde.[249]) Das narrative Grundmuster dieser Resolution folgte der bekannten Logik vieler anderer Reden und Verlautbarungen, wie wir sie auch von der UNDP kennen: Die Nation als natürliches Subjekt mit einem Recht auf gleichberechtigte Existenz im Staate – Verletzung dieses Rechts durch die Machthaber vor allem im Kronland selbst – historisch begründeter (1848!) Anspruch der eigenen Organisation auf die politische Vertretung der Nation – schließlich Aufruf zur Opposition und zur inneren Stärkung der Volksgemeinschaft. Auch der Forderungskatalog glich in vielen Punkten demjenigen der Nationaldemokraten: administrative Teilung Galiziens und Angliederung der Nordbukowina, sprachliche Gleichberechtigung, Demokratisierung des Wahlrechts, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landbevölkerung. Die Differenz lag noch immer vornehmlich in den ideellen Grundlagen, in der Beurteilung derjenigen beiden Elemente, welche nach russophiler Meinung die „Existenz, Kraft und Würde" der ruthenischen Nation ausmachte: die stammesmäßige und kulturelle Einheit mit der „gesamtrussischen" (*obscerusskij*) Nation und die untrennbare Einheit von ruthenischer Nationalität und ruthenisch/russischer (*russkij*) Kirche.[250])

Wenn sich hier die Russophilen zu Beschützern der Kirche, deren nationalkultureller Führungsrolle und Eigenständigkeit gegenüber dem Staat, erklärten, so teilten sie diesen Anspruch mit den ukrainophilen Nationalkonservativen – allerdings gingen die jeweiligen Vorstellungen über das Wesen dieser Kirche zwischen katholischer und orthodoxer Welt auseinander. Ein Nahverhältnis zu jenen ukrainophilen Klerikal-Konservativen bestand auch hinsichtlich der Beurteilung der Agrarstreiks, die in einer eigenen Resolution im Jahre 1903 als leichtfertige und unbedachte Aktion kritisiert wurden. Gerade in jenen Jahren des verschärften sozialen Klimas akzentuierte das russophile Lager seine Rolle als Kraft der Tradition und Beständigkeit, der politischen Seriosität und Besonnenheit. Ein letztes Mal konnte diese Rolle im April 1908 konsequent wahrgenommen werden, als die Russophilen den Mord an Statthalter Potocki klar verurteilten. Jenem Selbstbild entsprechend, lauteten die Formen der kollektiven Selbstbezeichnung: „konservative" oder „historische" Partei.[251]) Die politische Außenwelt – Polen und nationalukrainische Ruthenen – rezipierte und multiplizierte dagegen mit eindeutigen politischen Absichten ausschließlich die nationale Orientierung und sprach von Moskalophilen bzw. Moskvophilen, im Wissen um die vielfältigen negativen Assoziationen, die sich in der Öffentlichkeit mit diesen Bezeichnungen erwecken ließen.[252])

---

[249]) Halyčanin 3. 6. 1902 (113), S. 1 und Halyčanin 5. 2.–8. 2. 1903 (18–20/21), jeweils S. 1 f.

[250]) Halyčanin 8. 2. 1903 (20/21), S. 1.

[251]) Beispiele für diese Selbstbezeichnung finden sich etwa in den Grundsatzreden der Versammlung des Ruthenischen Rats im Mai 1902. Siehe Halyčanin 31. 5. 1902 (111), S. 1.

[252]) Der Begriff „Russophile" war vornehmlich im Deutschen gebräuchlich, da sich in diesem Sprachraum unmissverständlich die Verbindung zum russischen Staat herstellen ließ. Bei den slawischen

Mit den Umwälzungen in Russland im Jahre 1905 verschoben sich so manche Koordinaten in der galizischen Politik. In besonderem Maße traf dies für diejenigen zu, die seit langem die intensivsten Beziehungen zum Zarenreich gepflegt hatten: die Russophilen. Die Jungen in der Partei erhielten durch die Ereignisse gewaltigen Auftrieb, da sich nun der Koloss im Norden auch politisch in die Richtung eines modernen, demokratischeren Staates zu bewegen schien. Auch wenn zunächst in der Kampagne für die Reichsratswahlreform (schon weniger dann bei den Reichsratswahlen selber) Solidarität innerhalb des russophilen Lagers vorrangig blieb, wagte man es doch immer mehr, auf Nebenschauplätzen auch öffentlich den altgedienten Herren entgegenzutreten, etwa im *Kackovśkyj*-Verein, in der *Matycja* oder im *Narodnyj Dim*-Verein, wo es während der Hauptversammlung im Jahre 1906 zu einem symptomatischen Streit um die Person des Bibliothekars kam, der sich in seinen Schriften gegen den angeblichen Obskurantismus und die Verschrobenheit der Alten aussprach und die Jungen aufrief, sich den Idealen der russischen Kreise anzuschließen, welche den zaristischen Despotismus bekämpften.[253]) Die Revolte der Jungen gegen die Etablierten stellte ein klassisches Beispiel einer Generationenablösung dar, wie sie die ruthenische Gesellschaft schon in den 1860er- Jahren beim Aufstieg der Ukrainophilen erlebt hatte. Bedingt durch die Plötzlichkeit des massendemokratischen Wandels sowohl in Russland als auch in Österreich ging nun allerdings alles wesentlich schneller.

Entscheidende Bedeutung sollte den Geschehnissen in den Sommermonaten des Jahres 1907 im Umfeld des gerade neu eröffneten demokratischen Reichsrats zukommen. Eine zunächst mühevoll zusammengefügte gesamtruthenische Fraktion (allerdings ohne die Sozialdemokraten) zerbrach unter dem Getöse eines heftigen medialen Disputs im begrifflichen Spannungsfeld zwischen „kleinrussischer", „ruthenischer" und „ukrainischer" nationaler Identität.[254]) Im Zuge dieser Auseinandersetzung verschwanden nicht nur die letzten Hoffnungen auf eine Versöhnung zwischen Ukrainophilen und Russophilen. Gleichzeitig spielte sich ein nicht minder heftiger Konflikt innerhalb des russophilen Lagers ab, zwischen Gemäßigten und Radikalen. Mitte Juli 1907 rief eine von etwa 1000 Personen besuchte Parteiversammlung der RNP diejenigen russophilen Abgeordneten, welche noch an eine gemeinsame ideelle Basis mit den Ukrainophilen glaubten, dazu auf, den Ruthenenklub zu verlassen. Außerdem wurde ein Protest gegen die Nicht-Anerkennung der russischen Nation und des Russischen als Landessprache beschlossen. Mit Letzterem nahm die Parteiversammlung Bezug auf ein nur wenige Tage zurückliegendes, denkwürdiges Ereignis im Wiener Reichsrat: auf die in russischer Sprache gehaltene Parlamentsrede des radikalen „Neukurslers" Dmitryj Markov, die mit einem Wortentzug geendet hatte. Ovationen für den zum parlamentarischen Helden erkorenen Markov und faule Eier für den Gemäßigten-Führer Mychajlo Korol' schienen zu unterstreichen, dass die Basis den Radikalen zuneigte. Allerdings wurde die Rechtmäßigkeit der Parteiversammlung des 15. Juli angezweifelt, da man feststellte, dass eine Menge nicht autorisierter Personen vor allem aus dem Studentenmilieu teilgenommen und prägend mitgewirkt hatte.

Völkern und Sprachen war hingegen der Wortstamm „Rus" zweideutig, implizierte er doch insbesondere für die Ukrainer eine positiv rezipierte Vergangenheit.

[253]) Siehe den Bericht in Dilo, 28. 12. 1906 (269), S. 2.

[254]) Dazu und zum Folgenden siehe Näheres in Abschnitt III, S. 435 f.

Die Rede Markovs stellte insofern einen Bruch in den bisherigen Gepflogenheiten im russophilen Lager dar, als dieses sich hinsichtlich seiner Außenwirkung bisher geflissentlich um Unschärfe in der Konturierung seiner Russophilie bemüht hatte. Die heftigste Gegenreaktion kam jedoch von Seiten der ukrainophilen Nationaldemokraten, welche in den Bemühungen, das Russische in Österreich zu etablieren, den bedrohlichsten Angriff auf ihren eigenen, jahrelangen Kampf um die Gleichberechtigung des Ukrainischen sahen. Die Sommermonate standen im Zeichen einer Flut nationaldemokratisch geleiteter Versammlungen in der Provinz gegen den angeblichen nationalen Verrat Markovs und seiner Kumpanen. Vor diesem Hintergrund wurde die Spaltung innerhalb des russophilen Lagers selbst in den Hintergrund gedrängt, zumal der Prager Slawenkongress vom Sommer 1908 die Möglichkeit bot, auf einer breiteren Basis Gesinnungsgemeinschaft zu demonstrieren. Ein entscheidender Schritt in Richtung Parteispaltung folgte dann doch noch im Herbst desselben Jahres. Ausgangspunkt war erneut eine parlamentarische Rede, dieses Mal im Landtag. Korol' nutzte die Gelegenheit einer Plenardebatte, um in aller Öffentlichkeit zu bekräftigen, was er schon in lokalem Rahmen vertreten hatte: sein ausschließliches Bekenntnis zur Kulturrussophilie, seine heimatliche Verwurzelung im Kleinrussischen bzw. Ruthenentum und gleichzeitig seine Ablehnung jeglicher finanzieller Unterstützungen seitens Russlands.[255])

Dieser Auftritt löste erneut eine Medienkampagne aus, nun vor allem angetrieben durch eine neu gegründete Zeitung, *Ruś*. In deren Umkreis wurde die verächtlich als *Rutenci* (germanisierte bzw. austrifizierte Version von „Ruthenen" ohne Wortstamm *Rus*) bezeichnete Gruppe um Korol' des Verrats an den echtrussischen Werten bezichtigt.[256]) Dieses Blatt war es auch, welches maßgeblich die Spaltung auf der Ebene der Parteiorgane vorbereitete. In seinen Spalten fand sich der Aufruf, zur definitiven Eroberung der RNP zu schreiten. Im Dezember 1908 sprach eine Vertrauensmännerversammlung in Brody ein Misstrauensvotum gegen Korol' und die Parteiführung aus, und drei Monate später, im Februar 1909, gelang es dann, in einem Handstreich Volodymyr Dudykevyč zum Präsidenten zu küren, dies nachdem die Gemäßigten den Saal verlassen hatten. Als kurz darauf auch der Ruthenische Rat in die Hände der Radikalen geriet, lief die Situation auf eine Konfrontation zwischen den Parteiorganisationen (RNP und RuR) und der russophilen Fraktion im Reichsrat und Landtag hinaus, wo die gemäßigte Mehrheit Dudykevyč zum Rücktritt als Fraktionsvorsitzenden zwang.

Die endgültige Trennung folgte im November 1909: Die nunmehr von Neukurslern beherrschte Leitung der RNP schloss die Gruppe der Gemäßigten aus und gründete auf

---

[255]) In der polonisierten Orthographie der Landtagsprotokolle: *Ja niko y ne buw i niko y ne budu we ykorussom* (Ich war nie Großrusse und werde es nicht sein). Das war einer der Kernsätze, die insbesondere für diejenigen (polnischen) Ohren bestimmt waren, welche in jenen Tagen die Wahl eines ruthenischen Landesausschussmitglieds und dessen Stellvertreter zu bestimmen hatten.

[256]) Traditionell lautete der korrespondierende Begriff zu Ruthene *Rusyn*, ein Wort, das dank seines Stammes („Rus") auch von den Russophilen positiv gedeutet werden konnte. Demgegenüber war *Rutenci* eine Verballhornung von „Ruthenen". In der polnischen und ukrainischen Presse wurde erst jetzt die Differenzierung „Altruthene" (*starorusyn*)/Russophiler (*rusoÝl*) zur Charakterisierung von konservativ-habsburgloyalen zu progressiv-russlandorientierten Gruppen oder Aktivisten üblich.

dieser Basis eine neue Organisation, die „Russische Nationale Organisation“ (*Russkaja Narodnaja Organizacja*, RNO). Die Gemäßigten erklärten sich dagegen als wahre Erben der RNP und gründeten von dieser aus ebenfalls eine neue politische Organisation, den „Galizisch-Ruthenischen Rat“ (*Halyćko-Russkaja Rada*, HRR). Es dauerte allerdings anderthalb Jahre, bis eine ins Lemberger „Volkshaus“ (*Narodnyj Dim*) einberufene Vollversammlung das Grundsatzprogramm der neuen politischen Organisation verabschiedete.[257]) Darin berief man sich auf die Erkenntnisse der Wissenschaft und auf eine tausendjährige Geschichte, welche die national-kulturelle Einheit der Rus bis in die Gegenwart konstituiere.

Dabei wurde zur Selbstbezeichnung konsequent, auch etwa im Zusammenhang mit der Sprache, der Begriff „Kleinrussen/„kleinrussisch“ verwendet, eine Wortwahl, die im Zusammenhang stand mit dem Überhandnehmen von „Ukraine“/„ukrainisch“ auf der politischen Gegenseite und bereits bei der Gründung des reichsrätlichen Ruthenenklubs verwendet worden war.[258]) Loyalität wurde explizit gegenüber der griechisch-katholischen Kirche erklärt, nicht jedoch gegenüber der Dynastie oder dem Staat. Obwohl dieses Gemäßigten-Programm vom Frühjahr 1911 außerdem in einem breiten Katalog von Forderungen die Bedürfnisse der Massen berücksichtigte, waren es doch die radikalen Neukursler, welche eher glaubhaft machen konnten, dass sie sich auf der Höhe der gesellschaftlichen Dynamik befanden. Mitbedingt durch ihre effizientere Organisation, konnten sie, die Radikalen, die politischen Wettkämpfe der Folgejahre zwischen den beiden russophilen Richtungen für sich entscheiden.

Angefügt seien hier noch einige Bemerkungen zur repräsentativen Selbstdefinition der Russophilen. Gerade die Tatsache, dass man sich gegenüber den ukrainophilen Rivalen vor allem kulturell abzugrenzen versuchte – etwa als „historische“ Partei – lässt erahnen, dass Formen der Repräsentation eine wichtige Rolle spielten. An erster Stelle standen zweifellos Sprache und Orthographie, die bewusst als Erkennungsmerkmal der russophilen Presse eingesetzt wurden. Einen zentralen Platz nahm dabei das Doppel-S in *russkyj* ein. Diese Schreibweise entsprach der russischen und sollte symbolhaft die Zugehörigkeit der galizischen Ruthenen zur gesamtrussischen Geschichte und Kultur anzeigen. Als man zu Beginn der 1890er-Jahre beschloss, dieses Wort in deutschen Texten mit „russisch“ zu übersetzen, war dies noch immer in diesem Sinne gemeint. Erst die Neukursler nach 1900 bezogen *russkyj* tatsächlich auf das russische Volk, dem sie angehören wollten, wie die erwähnte Rede Markovs – gerade sie ein hochsymbolischer Akt – zeigte.

Zum kulturellen Repräsentationsgut gehörten neben Sprache und Orthographie auch die Verwendung des Datums, das in den russophilen Presseorganen noch lange dem julianischen Kalender folgte. In späteren Jahren wurde das westliche (gregorianische) Datum in Klammern beigefügt – allerdings nachgestellt, nicht umgekehrt, wie bei den ukrainophilen Organen, die später auf das in der Orthodoxie gebräuchliche Datum gänzlich verzichteten. Die Bevorzugung des Kirchenkalenders hatte primär mit der klerikalen Prägung der Russophilen zu tun, welche sich etwa auch im Stil der Parteiversammlungen niederschlug. Der Gottesdienst als Initiationsakt war üblich, und noch im Jahre 1902 wurde die Versammlung des Ruthenischen Rats von einem älteren Mitglied dazu aufgerufen, zunächst den

---

[257]) Halyčanyn 31. 5. 1911 (63), S. 1. Vgl. auch Czas 3. 4. 1911 (152), S. 1.
[258]) Vgl. Abschnitt III.

Auferstandenen Christus anzurufen.[259]) Solches kam bei den Ukrainophilen nicht mehr vor. Entsprechende Tendenzen finden sich auch in den für die Landbevölkerung bestimmten Parteiorganen.

Auch die Lieder der Russophilen waren andere. Weder war es opportun, die Ukraine anzurufen (wie in *Sce ne umerla Ukrajina*) noch Russland vor die Tür zu weisen (wie in *Ne pora*). Allerdings brachte erst die junge Generation der radikalen Russophilen die Tradition des Liedersingens in die Parteitage ein. Nationaler Radikalismus verband sich nun auch hier mit sozialrevolutionärem Eifer, denn die Jungen sangen ein Lied, das schon die russischen *Narodniki* in den 1880er-Jahren für sich entdeckt hatten: *Dubinuska* (Knüppelchen), ein aus den 1860er-Jahren stammendes Arbeiterlied mit russischer Volksmelodie, dessen Inhalt immer auch für politische Deutungen gut war.[260])

3. Das j¸dische Parteiwesen

a) Ans‰tze einer Parteibildung: Die ŇJ¸disch-Polenì (Żydzi-Polacy)

In den Abschnitten über das polnische und ruthenische Parteiwesen wurde die Wende zu den 1890er-Jahren als Zäsurmarke im Entstehungsprozess moderner politischer Parteien interpretiert. In der Folge entstanden nicht nur Organisationen mit neuartigen Namen, Inhalten und Ideologien, welche eine Politik für die Massen auf ihre Fahnen schrieben; auch die älteren politischen Kräfte, die auf Honoratiorenstrukturen und -gesinnung beruhten, wurden sukzessive von jenem Paradigmenwechsel hin zur Massenpolitik erfasst – nicht zuletzt im Wissen darum, dass es im Zeitalter des Massenwahlrechts um das eigene politische Überleben ging. Die Frage stellt sich nun, wie die jüdischen politischen Eliten, die im Rahmen polnischer Organisationen agierten (also „politisch assimiliert" waren) und zunehmend auch national-kulturell dominant polnisch gesinnt waren, auf die politisch-sozialen Herausforderungen reagierten. Genügte es, jene Neuorientierung hin zu den Massen gemeinsam mit den polnischen Organisationen zu vollziehen, oder lag in der Massenpolitik ein emanzipatorisches Potential, das wegführte von der polnischen Bevormundung hin zu einer selbständigen jüdischen Politik, freilich ohne jüdischen Nationalismus?

Es gab diesen Weg. Der erste, der ihn beschritt, war Joseph Samuel Bloch, Rabbiner in Wien-Floridsdorf, der im Jahr der russischen Pogrome (1881) mit seiner gegen August Rohling gerichteten Schrift „Gegen die Antisemiten" die Grundlage bildete für eine Neudefinition jüdischer Politik. Bloch, seine „Österreichische Wochenschrift" (gegr. 1883) und die von ihm gegründete „Österreichisch-Israelitische Union" (1884) schufen eine neue Qualität bei der Bewertung jüdischer Politik. Während bisher die Teilnahme an den polnischen Organisationen eine Zurückstellung der jüdischen Perspektive hinter polnisch-national-liberale Inhalte und Deutungen implizierte, machte Bloch die gezielte Abwehr des Antisemitismus gepaart mit einer Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins und einem Österreich-Patriotismus zum zentralen Anliegen seines Wirkens. Der Floridsdorfer

---

[259]) Halyčanyn 31. 5. 1902 (111), S. 1.

[260]) Gazeta Narodowa 4. 11. 1909 (252), S. 1. Zum Thema Symbole, Rituale, Vorbildkult der Russophilen siehe auch Wendland, Russophile, S. 313–321.

Rabbiner entfaltete große Wirkung unmittelbar in Galizien, von wo er im Übrigen selbst stammte. 1883 wurde er in einem galizischen Wahlbezirk in den Reichsrat gewählt und gehörte während der folgenden 12 Jahre als galizischer Mandatsträger dem Polenklub an. Die damit einhergehende Verbindung zur lokalen Wählerschaft wie auch die Verbreitung seiner „Wochenschrift" unter den nach wie vor in der deutschen Sprache beheimateten jüdischen Eliten Galiziens sicherten ihm und seiner sog. „Jüdischeren Richtung" eine wichtige Stellung im Lande.[261])

Der Antisemitismus als gesteuerte Massenbewegung war allerdings in Galizien selbst in den 1880er-Jahren noch von geringer Bedeutung. Die polnisch teil-akkulturierten, innerhalb polnischer Organisationen agierenden jüdischen Eliten konnten noch einigermaßen glaubwürdig die Meinung vertreten, der Antisemitismus sei ein Phänomen unzivilisierter russischer Horden oder deutscher intellektueller Spießer, während er dem polnischen Freiheitsdenken grundsätzlich entgegenstünde. Eine solche Externalisierung des Antisemitismus ging noch konform mit dem polnischen nationalen Selbstbewusstsein, das gerne auf seine historisch-moralische Sonderrolle rekurrierte. Diese Koordinaten änderten sich fundamental in den 1890er-Jahren, als der Antisemitismus zunächst in seiner national-klerikalen Spielart auch in die polnische politische Gesellschaft einbrach und dabei teilweise mitgetragen wurde von jenen polnischen konservativen Eliten, mit denen die jüdischen Kreise über die bestehenden politischen Organisationen verbunden waren.

Signalcharakter kam der Rede des Grafen Stanisław Tarnowski anlässlich des ersten Katholikentags von 1893 zu, als dieser unverhohlen zu einem ökonomischen Kampf gegen das jüdische „Fremdelement" aufrief. Gleichzeitig aber grenzte er sich ab von dem Antisemitismus, den er als pöbelhafte Massenerscheinung verurteilte. Dies hinderte die Angesprochenen selbstverständlich nicht daran, die Ausfälle des konservativen Grafen für die eigenen Zwecke zu verwenden. Die „politisch Assimilierten" gerieten außerdem innerjüdisch unter Druck von Seiten der jungen nationaljüdischen Bewegung, die sich ebenfalls in jenem Jahre 1893 erstmals organisatorisch konsolidierte. Obwohl noch politisch machtlos, musste deren doppelte Stoßrichtung zweifelsohne potenziell bedrohlich wirken: Bruch mit dem offensichtlich gescheiterten Konzept der politischen Assimilation und Bruch mit der tradierten Elitenpolitik zugunsten der jüdischen Massen – eine junge, unverbrauchte Generation mit neuen, klaren Antworten auf die sozialen, politischen und nationalen Fragen der Zeit.

In dieser Zeit des Übergangs vollzog sich auch ein Wandel auf der Ebene der Selbst- und Fremdbezeichnungen. Während im nationaljüdischen Vokabular „Assimilation" und alle seine sprachlichen Variationen zum Schimpfwort gegen die „polonisierten" Eliten wurden, wandte sich der innerpolnische Diskurs zunehmend ab von der älteren Kollektivbezeichnung des „Polen mosaischer Konfession". An deren Stelle setzte sich eine Alternative ohne religiös-konfessionelle Bedeutungskomponente durch, welche das Jüdische formal-linguistisch auf dieselbe Ebene hob wie das Polnische: *Żyd-Polak*, wörtlich „Jude-Pole", hier (im Grunde unbefriedigend) als „Jüdisch-Pole" übersetzt. Insoweit dieser Wandel nicht nur Ausdruck der gesunkenen Bedeutung religiöser Inhalte war, sondern auch ein neues Selbst-

[261]) Zu Bloch jetzt Ian Reifowitz, Imagining an Austrian Nation, Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity 1846–1918, New York 2003.

bewusstsein der jüdischen Eliten reflektierte, muss man dem die neue Desorientiertheit gerade dieser Jüdisch-Polen innerhalb des polnischen Lagers entgegenhalten.

Traditionell lag deren politische Heimat seit den 1860er-Jahren bekanntlich bei den polnischen Demokraten. Mit ihnen hatte man die vielen Jahre der Zusammenarbeit mit den Konservativen bestritten und sich teilweise in oppositioneller Rhetorik geübt. Das Nahverhältnis war verständlich: Die Demokraten setzten sich ein für mehr Patriotismus (und den wollten gerade die Juden gerne zeigen), für mehr Bürgergesellschaft (die mangelnde gesellschaftliche Implementierung der liberalen Ordnung war gerade ihr Anliegen), für eine Laizisierung der Gesellschaft (eine ideelle Grundvoraussetzung für die soziale Gleichstellung der Juden) und für die Förderung der Städte und ihrer Wirtschaft (das überwiegende Milieu der galizischen Juden). Mit den Demokraten bestritt man aber folglich auch die beschriebenen Krisen, die sich seit den 1890er-Jahren in diesem Lager manifestierten. Gesucht waren Antworten auf die soziale Frage und auf das Phänomen der nationalen Desintegration. Die Alternative lautete auch für die Jüdisch-Polen: Mehr Patriotismus unter Inkaufnahme von weniger sozialer Progressivität oder Bewahrung des progressiven Kerns unter Aufgabe der absoluten Vorrangigkeit einer national-polnischen Ideologie. Die Lösung in ihren Extremvarianten lautete schließlich: Nationaldemokratie oder Sozialdemokratie. In diesen beiden Lagern finden wir denn auch Abkömmlinge aus dem tradierten jüdisch-demokratischen Milieu.[262])

Es gab aber auch Möglichkeiten, dem angestammten polnisch-demokratischen Lager die Treue zu halten und gleichzeitig die jüdische Komponente zu akzentuieren. Diesen Weg bestritt die 1895 erschienene, dem Lemberger linksdemokratischen Milieu um den Polnischen Demokratischen Verein (TDP, s. o.) nahestehende Zeitung *Postęp* (Fortschritt) unter dem nachmaligen sozialdemokratischen Führer Herman Lieberman, die sich der „Bildung des jüdischen Volkes“ verschrieb. Im Vorfeld der Wahlen zur allgemeinen Wählerkurie des Jahres 1897 entstand in Krakau die sog. „Partei der Unabhängigen Juden“ (*Partia Niezawis ych Żydûw*, PNŻ). Gründer und Vorsitzender war Adolf Gross, prominente Figur im Krakauer Milieu der polnischen Demokraten. Seit 1905 erschien eine eigene Wochenschrift in Krakau (*Tygodnik*), die sich zum Organ dieser Partei, nun auch „Jüdische Demokratische Partei“ (*Żydowska Partia Demokratyczna*) genannt, erklärte.

Postęp und „PNŻ/*Tygodnik*“ waren gleichzeitig „assimiliert“ und „jüdisch“: Sie verneinten zwar das Bestehen einer eigenen jüdischen Nationalität, bekannten sich aber zu einer jüdischen „Individualität“, einer gruppenbildenden Qualität also, die über das gemeinsame religiöse Bekenntnis hinaus ginge. Politisch bekämpften sie den Zionismus, betrieben aber gleichzeitig eine diesem verwandte dezidiert jüdische Politik. Dazu gehörte die vollumfängliche Emanzipation der Juden (als in der Tradition des Liberalismus stehendes Hauptziel), die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Kampf gegen den Antisemi-

---

[262]) Ein solches Beispiel bildet der links von den Demokraten stehende Publizist und Politiker Wilhelm Feldman, der bereits zu derjenigen Generation gehörte, welche durch die Polonisierung der Schulen im Geiste des polnischen Patriotismus politisch sozialisiert war. Siehe dazu: Ezra Mendelsohn, Jewish Assimilation in L'viv. The Case of Wilhelm Feldman, in: Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia, hrg. von Andrei S. Markovits und Frank E. Sysyn, Cambridge/Mass. 1982, S. 94–110.

tismus und eine Wahlreform der Kultusgemeinden, welche den niederen jüdischen Schichten eine Vertretung ihrer Interessen ermöglichen würde.[263])

Die Angriffe gegen die „Jüdisch-Konservativen" der *Kahal*-Majoritäten, ein wichtiger geistiger Nährboden für die Partei, und die Wahlallianz mit den Sozialdemokraten verunmöglichten es Gross, nach seiner Wahl in den Reichsrat dem Polenklub beizutreten. Unter Inkaufnahme einer gewissen Selbstisolierung namentlich gegenüber seinen polnisch-demokratischen Weggefährten war es dem Parteiführer der PNŻ damit möglich, ohne Rücksicht auf Fraktionszwänge jüdische und demokratiepolitische Postulate in das parlamentarische Forum einzubringen.[264]) Erst nach 1910 kam es zu einer stärkeren Annäherung an das galizische (jüdische und polnische) Establishment. Ab diesem Zeitpunkt und nach der De-facto-Spaltung der Nationaldemokraten wurde die inzwischen konsolidierte Partei der galizischen Demokraten tatsächlich zum wichtigsten Sammelbecken der jüdischen Eliten rechts der Sozialdemokraten.

Die genannten Organe und Organisationen stellten zweifellos eine Antwort auf die Krise der Demokraten im Sinne einer Option für deren emanzipatorische Tradition dar. Gleichzeitig implizierte diese Option eine Distanzierung gegenüber den konservativ beherrschten polnischen Institutionen, denen man vorwarf, gleichgültig zu sein gegenüber dem Schicksal der Juden und unverzeihbare Kompromisse einzugehen mit antisemitischen Elementen, dies ausschließlich mit dem Ziel, die eigene Vormachtstellung im Lande (unter Missbrauch der nationalen Parole) zu bewahren.[265]) Tatsächlich lassen sich aber auch beim liberalkonservativen Teil des politisch assimilierten jüdischen Establishments, das vor allem aus Wirtschaftstreibenden und Freiberuflern bestand, Bestrebungen erkennen, auf die Herausforderungen der Massenpolitik zu reagieren und dem Antisemitismus entgegenzutreten, also polnisch zu bleiben und dennoch die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerungsgruppen zu vertreten. So wurde Mitte der 1890er-Jahre auf Initiative jüdischer Landtagsabgeordneter ein „Komitee zur Unterstützung der jüdischen Bevölkerung" (*Komitet pomocy dla ludności żydowskiej w Galicyi*) geschaffen, das unter anderem eine Enquete zur Erhebung einer Berufsstatistik durchführte.[266]) Im Zusammenhang mit den Pogromen von 1898 setzte sich ein Teil der Jüdisch-Polen in den parlamentarischen Gremien für die verfolgten Glaubensgenossen ein und trat damit allen Bestrebungen entgegen, die Ursachen zu verwischen oder zu ideologisieren oder gar die Schuldigkeit an den Ereignissen zulasten der Juden umzudrehen.[267])

---

[263]) Das im Jahre 1905 in der ersten Nummer von „Tygodnik" veröffentlichte Parteiprogramm auszugsweise in Feldman, Stronnictwa, 2. Bd., S. 311 f. Siehe auch den Grundsatzartikel zur Assimilationsfrage in Tygodnik 5. 1. 1906 (1), S. 1. Feldman gibt irrtümlicherweise 1900/1901 als Gründungszeit der Partei an. Siehe auch Żbikowski, Żydzi krakowscy, S. 91.

[264]) Vgl. dazu Näheres in Abschnitt III.

[265]) Ein solcher Fall war etwa die Aufnahme des Chefredakteurs des antisemitischen *G os Narodu* in die Reihen des konservativ beherrschten Zentralwahlkomitees. Siehe Postęp 6. 9. 1895.

[266]) Ebd. 13. 9. 1895.

[267]) Im Juni traten die jüdischen Abgeordneten aus Galizien zu Beratungen zusammen und beschlossen, vom Statthalter Piniński Abhilfe für die materiellen und immateriellen Schäden zu verlangen. Siehe Neue Freie Presse 7. 6. 1898 (12146), S. 8.

In diesen Handlungsweisen waren zwar Ansätze vorhanden, den aktuellen Problemen, insbesondere dem Antisemitismus und der sozialen Frage, zu begegnen, jedoch noch nicht im Rahmen einer separaten Organisationsbildung. Beschleunigend in letztere Richtung wirkte erst die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum Reichsrat. Im Januar 1907 kam es in Lemberg zu einer von assimilierten Abgeordneten unter der Führung des Advokaten Natan Loewenstein einberufenen politischen Versammlung, die von ca. 200 Teilnehmern besucht wurde. Resultat war die Gründung einer „Jüdischen Landesorganisation" (*Krajowa organizacja żydowska*) bestehend aus einem Zentralkomitee in Lemberg und diversen Ortskomitees.[268]) Als Ziel wurde die Förderung der politischen und ökonomischen Interessen der Juden definiert, gleichzeitig aber im Hinblick auf die inzwischen stark angewachsene zionistische Bewegung mittels einer Resolution unmissverständlich erklärt: „Wir sind polnische Juden und wollen es bleiben."[269]) Zwei Monate später trat diese Jüdische Landesorganisation mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der diese doppelte politische Zielrichtung erneut bekräftigte: für eine jüdische Interessenpolitik und für eine Solidarität mit dem Polenklub. Ähnliche Vorgänge spielten sich im Jahre 1911 ab, als jüdische Vertreter von der polnischen Wahlorganisation nicht nur eine bestimmte Anzahl von Mandaten verlangten, sondern auch inhaltliche Forderungen stellten, wie etwa eine Revision der Schankgebühren und eine judenfreundliche Ausgestaltung des zur Diskussion stehenden neuen Landtagswahlrechts.[270])

In diesen Entwicklungen seit 1907 finden wir in der Tat Ansätze zu einer selbständigen Parteibildung. Ähnlich wie im Falle der jüdischen Sozialdemokratie (s. u.) lag der Ursprung dieses Vorgangs in der Notwendigkeit begründet, in Zeiten der Demokratisierung die eigene Volksgruppe bei Wahlkämpfen für die übergeordnete politische Organisation zu gewinnen: dort für die gesamtösterreichische sozialdemokratische Partei, hier für die polnischen Organe. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Fall kam es jedoch nie zu einer durchgreifenden organisatorischen Verselbständigung der Jüdisch-Polen. Dies lag zum einen an der großen Sogkraft der nationalen Ideologie in Zeiten gesteigerter nationaler Erregung vor dem Ersten Weltkrieg. Jede Schaffung einer straffer konzipierten jüdisch-polnischen Parteiorganisation hätte gerade die fürs eigene politische Überleben unabdingbare Integration der jüdischen Eliten in die mächtigen polnischen Organisationen aufs Spiel gesetzt. Ohne eine solche Separierung insbesondere wieder im Bereich der Wahlorganisation war aber andererseits auch keine weitergehende Verselbständigung zu erzielen. Angesichts der – trotz Überwiegens des demokratischen Lagers – ausgeprägten inneren Heterogenität der Jüdisch-Polen wäre es zudem schwierig gewesen, ein konsistentes gemeinsames Programm aufzustellen, das weiter gegangen wäre als die Proklamierung einer jüdischen Interessenpolitik bei Bewahrung der Loyalität zum Polentum und zum österreichischen Staat. Auch hier sollte jedoch abschließend darauf hingewiesen werden, dass die politische Notwendigkeit, sich dem polnischen Lager einzufügen, nicht bedeutete, dass nicht auch hier,

---

[268]) Tygodnik 11. 1. 1907 (2), S. 1.

[269]) Kurjer Stanisławowski 13. 1. 1907 (1112), S. 1.

[270]) Gazeta Narodowa 3. 5. 1911 (101), S. 2 (nach einem Bericht der *Nowa Reforma*). Bereits in den 1890er Jahren war es üblich gewesen, den Jüdisch-Polen von Seiten der Polen eine Anzahl Mandate einzuräumen. Vgl. Landau, Hausjuden, S. 11.

unter den Eliten, im Privaten eine stärkere Orientierung an den eigenen jüdischen Wurzeln stattgefunden hätte.[271])

b) Zionismus und J¸dische Nationalpartei

Die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufkommende und sich rasch verbreitende jüdische Nationalbewegung speiste ihre Kraft aus jenem durch den modernen Antisemitismus initiierten neuartigen kollektiven Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der Juden Europas, das in Österreich als erstes von dem erwähnten Joseph Samuel Bloch verkörpert wurde. Die durch die Feindschaft der Umwelt bedingte Rückbesinnung auf die jüdische Identität fiel dabei in der Habsburgermonarchie auf fruchtbaren Boden, da hier im Gegensatz etwa zum Deutschen Reich jüdisches Stammesbewusstsein auch unter aufgeklärten Kreisen lebendig geblieben war. Dieses Faktum lässt sich hauptsächlich mit der politischen Situation im habsburgischen Vielvölkerstaat erklären, in welchem geringerer Assimilationsdruck und mehr Spielraum für alternative (und multiple) Identitäten bestand.[272]) Der Weg von einem mehr als nur konfessionell begründeten ethnischen Bewusstsein zur Selbsterklärung als Nation war hier nicht weit, insbesondere deshalb nicht, weil ja Prozesse der Nationsbildung in der Habsburgermonarchie als Vorbilder zur Verfügung standen.

In besonderem Maße gilt dies für das in sich multiethnische Galizien. Hier kam aber noch entscheidend hinzu, dass man nur in diesem ehemals polnischen Gebiet überhaupt von einer jüdischen Massenbevölkerung sprechen konnte, welche abgesehen von einer dünnen urbanen Schicht weitestgehend ihre sprachliche und kulturelle Eigenheit bewahrt hatte. So erscheint es denn nicht erstaunlich, dass Galizien zum eigentlichen Zentrum der jüdischen Nationalbewegung in der Habsburgermonarchie wurde, sobald die Massen als Faktor in der Politik Geltung erlangten. Ebenso wenig kann es überraschen, dass gerade in diesem Kronland die neue politische Bewegung aufs engste mit dem Element der sozialen Emanzipation gekoppelt war. Die Mobilisierung der bisher im politischen Abseits stehenden, nicht oder nur geringfügig akkulturierten Schichten in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts kann als Bedingung und Folge der national-jüdischen Bewegung bezeichnet werden.[273])

---

[271]) Siehe dazu auch den Bericht in Czas 1911, 237 (26. 5. 1911), S. 1. „Die galizische Assimilationspartei hat sich gespalten in Alt- und Jungassimilanten. Die Jungen sind radikale Allpolen und machen in Demokratie. Die Alten sind zumeist fortschrittliche Demokraten und machen in Konservatismus." Jüdische Zeitung 16. 2. 1912 (7), S. 3.

[272]) Marsha L. Rozenblit, The Jews of Germany and Austria. A Comparative Perspective, in: Austrians and Jews in the Twentieth Century. From Franz Joseph to Waldheim, hrg. von Robert S. Wistrich, New York 1992, S. 160–180.

[273]) Für die folgenden Ausführungen wurden vor allem verwendet: Adolf Gaisbauer, Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien 1988; Moses Landau, Geschichte des Zionismus in Österreich-Ungarn, phil. Diss. Wien 1932 sowie die bereits zitierten Überblicksdarstellungen und die Presse. Zur Frühphase des Zionismus jetzt auch: Joshua Shanes, Neither Germans nor Poles. Jewish Nationalism in Galicia before Herzl, 1883–1897, in: Austrian History Yearbook 34 (2003), S. 191–213.

Zwischen Blochs „Jüdischerer Richtung“ und dem frühen Zionismus bestanden zweifellos starke ideelle und politische Affinitäten. Der fundamentale Unterschied, welcher dann in den 1890er-Jahren mit aller Deutlichkeit zum Tragen kam, betraf das divergierende nationalpolitische Konzept. Bloch verneinte das Bestehen einer eigenen jüdischen Nation und bekämpfte mit Entschiedenheit den Gedanken einer eigenen „Heimstätte“ für das jüdische Volk. Im selben Jahr 1882, als der Floridsdorfer Rabbiner mit galizischen Wurzeln seine Anti-Rohling-Schrift veröffentlichte, erschien, wie oben erwähnt, noch eine zweite Schrift, welche dann zur Bibel des Zionismus vor Herzls „Judenstaat“ werden sollte: Leon Pinskers Broschüre „Autoemanzipation“, geschrieben unter dem unmittelbaren Eindruck der russischen Pogrome.

Bereits im Jahre 1883 kam es zur Gründung des ersten zionistischen Vereins in der galizischen Landeshauptstadt, *Mikra Kodesch* (Heilige Schrift), später umbenannt in *Zion*. Dieser Verein sollte für die nächsten zehn Jahre als der kleine (1891: 90 Mitglieder), aber sehr aktive Kern der jüdisch-nationalen Bewegung in Galizien fungieren. Es war dies ein Kulturverein, wie es auch polnische und ruthenische Kulturvereine in Lemberg gab. Auf dem Veranstaltungsprogramm standen Vorträge (etwa zur jüdischen Geschichte), Lesungen (vornehmlich der hebräischen Sprache), Sprachkurse (Hebräisch) und Feste (Makkabäerfeier). Charakteristisch für diese Jahre war die enge Verbindung mit dem jungen nationaljüdischen Milieu in Wien, das sich im akademischen Verein *Kadimah* (Vorwärts, gegr. 1883) sammelte. Im Prinzip lieferte Galizien Wien weitgehend das Personal, bestand doch der Kern von *Kadimah* aus Galiziern, die dann (wie der Mitbegründer von *Mikra Kodesch* Ruben Bierer) wenig später in ihre Heimat zurückkehrten, um dort den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Nathan Birnbaum, ebenfalls Mitbegründer von *Kadimah* und die zentrale Figur des österreichischen Frühzionismus, war nur eine Generation von Galizien entfernt. Die von ihm gegründete und geleitete Zeitung „Selbst-Emanzipation“, benannt nach Leon Pinskers erwähnter Schrift, fungierte faktisch auch als Organ des Lemberger *Zion*, da nur hier regelmäßig und wohlwollend über dessen Tätigkeit berichtet wurde. Umgekehrt trug *Zion* durch seinen dadurch erreichten hohen Bekanntheitsgrad dazu bei, dass sich das Wort „Zionismus“ seit den frühen 1890er-Jahren als Bezeichnung der gesamten jüdisch-nationalen Bewegung durchzusetzen begann.[274])

Im Jahre 1891 begann dann eine neue Ära in der nationaljüdischen Bewegung Galiziens, die gleichzeitig eine Phase der Rivalität zwischen Wien und Lemberg einleitete. Auch sie ging vom Lemberger *Zion* aus, und die Schlagworte hießen „Organisation“, „Parteibildung“. Das bedeutete zunächst einmal Zusammenfassung des Erreichten zur effizienteren Umsetzung der gemeinsamen Ziele der galizischen nationaljüdischen Bewegung. Dabei war dieses Erreichte zu jenem Zeitpunkt eher bescheiden: Zu Beginn des Jahres 1891 gab es neben dem Lemberger Verein lediglich noch drei weitere zionistische Vereine in Galizien, insgesamt etwas über 200 Mitglieder. Alle lagen wie Lemberg im Osten des Kronlands: in Stryj, Drohobycz und in Bołszowce (Bezirk Rohatyn).[275]) Die Notwendigkeit, die

---

[274]) Jakob Toury, Die jüdische Presse im österreichischen Kaiserreich. Ein Beitrag zur Problematik der Akkulturation 1802–1918, Tübingen 1983, S. 94.

[275]) Selbst-Emancipation 2. 1. 1891 (1). Gaisbauer, Davidstern, S. 63. Seit der Mitte der 1880er-Jahre waren außerdem Vereine in Stanislau, Tarnów und Rzeszów entstanden, die jedoch offenbar zu Beginn der 1890er-Jahre nicht mehr existierten. Siehe ebd. S. 47.

Organisation der Bewegung auf eine höhere Ebene zu bringen, kam also nicht aus einer inneren Zwangslage heraus. Sie wurzelte vielmehr in den unmittelbaren politischen Zeitumständen, der politischen Dynamik der frühen 1890er- Jahre und insbesondere in den Parteigründungen der galizischen Sozialdemokratie, welche ihre hohe Attraktivität für junge, politisierte galizische Juden bereits zu zeigen begann. Dieses Streben nach organisatorischer Zusammenfassung, gekoppelt mit der Lancierung einer verbindlichen Programmatik, geriet nun in Konflikt mit ähnlichen Bemühungen aus den Wiener Kreisen um Nathan Birnbaum, *Kadimah* und dem Kolonisationsverein *Admas Jeschurun*, die ebenso vom herrschenden politischen Zeitgeist vorangetrieben waren.

Der nun entstehende Konflikt zwischen „Wien" und „Lemberg" gründete in den ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen in den beiden Zentren jüdischnationale Politik wahrgenommen und umgesetzt wurde. Die Wiener Kreise sahen die habsburgische Haupt- und Residenzstadt als zukünftigen Mittelpunkt einer internationalen zionistischen Bewegung. Begründung: Wien als Hauptstadt eines Nationalitätenstaates und als Begegnungsort von West und Ost. Demgegenüber verstanden die Galizier die Funktion Lembergs als lokales Zentrum einer jüdischen Landespolitik, das infolge seiner weiter entwickelten Vereinsaktivität und seines großen jüdischen Bevölkerungsanteils als Ausgangspunkt und Kristallisationskern für die weitere Entwicklung der Bewegung dienen sollte. „Galizien macht den Anfang" lautete hier die Parole.[276]) Im Prinzip folgte man in Lemberg also eher einem föderalistischen Modell, indem man argumentierte, dass die sprachlichen und kulturellen Bedingungen in den verschiedenen Regionen in Ost und West zu unterschiedlich für eine zentrale Steuerung seien. Akzentuiert wurde diese Betrachtungsweise durch den Umstand, dass „Wien" bis dahin in seiner Grundausrichtung auf den Kolonisationsgedanken konzentriert war, während in Lemberg die nationalkulturelle Erweckung – „Landespolitik" und „Gegenwartsarbeit" als die beiden zentralen Begriffe – im Vordergrund stand. In der Tat konnte nur hier eine jüdische Volksbewegung zu einer eigenständigen nationalen Kraft werden, als dritte neben der polnischen und ruthenischen. Allerdings waren die Widersprüche zwischen einer Kolonisation Palästinas und einer gegenwartsorientierten Landespolitik wiederum nicht derart gravierend. Gerade für den von Pinsker geprägten Birnbaum erschienen beide Elemente auch als Bestandteile eines Gesamtkonzepts: Palästina als geistige Heimstätte und Zufluchtsort für europäische Juden sowie als Projektionsfläche zur Stärkung des kollektiven Selbstbewusstseins auch in der Diaspora, nicht aber als ein Ziel der totalen Massenemigration.

Die Kontroverse um die Gewichtung des zionistischen Programms wurde letztlich vor allem durch den Verlauf der Zeit entschärft, wenn auch nie aufgehoben. Die starke Beschränkung der Einwanderung durch die Hohe Pforte nahm der „reinen" Kolonisationsidee viel von ihrem Schwung, worauf Birnbaum seinen „Neuen Kurs" proklamierte, die Hinwendung zu Propaganda und Agitation. Andererseits führte eine breite Kampagne zur Gründung zahlreicher auf die Unterstützung der Kolonisation konzentrierter Vereine, die sich seit 1893 in einem österreichweiten Verband (*Zion*) sammelten. Dieser war allerdings wiederum stark galizienlastig, stammten doch 19 der 23 Einzelvereine im Jahre 1895 aus

---

[276]) Selbst-Emancipation 1. 6. 1891 (11), S. 5.

diesem Kronland.[277]) Schließlich machte der Gang der Dinge klar, dass tatsächlich nur in Galizien die Bedingungen für die Gründung einer politischen Partei vorhanden waren. Seit Ende 1892 verfügte der Lemberger Verein über ein eigenes, polnischsprachiges Organ, *Przysz o*[illegible] (Zukunft), das den selbständigen Weg zu einer Parteigründung ebnen sollte.

Nach Vorbereitung durch ein vorwiegend aus Mitgliedern des Lemberger *Zion* bestehenden Komitees fand bereits im April 1893 in der galizischen Landeshauptstadt eine sog. „Konferenz der Nationaljuden" statt. Anwesend waren Vereinsdelegierte und Gruppen aus sieben galizischen Städten und aus Czernowitz sowie Birnbaum als Herausgeber der „Selbst-Emanzipation". Obwohl die delegierenden Einzelvereine dieselben waren wie im Falle der parallel laufenden Bemühungen um einen österreichweiten Verband der Kolonisationsvereine, ging man hier einen Schritt weiter. Man verlieh der Veranstaltung den Rang eines Parteitags, und im Namen einer damit konstituierten „Jüdisch-Nationalen Partei in Galizien" beschloss man einen Katalog programmatischer Grundsätze. Im Gegensatz zum üblichen Verfahren, wonach das Gründungskomitee der konstituierenden Sitzung ein ausgearbeitetes Programm vorlegte, welches durch den Parteitag nur in Einzelheiten modifiziert oder ergänzt wurde, stellten sich die 1893 verabschiedeten „Grundsätze" der Jüdisch-Nationalen Partei als eine Summe von Anträgen dar, welche im Zuge dieser Versammlung eingebracht worden waren.[278])

Wie lauteten diese „Grundsätze"? Als Ziel der Parteitätigkeit wurde „die Wiedergeburt des jüdischen Volkes mit dem Endziel des Wiederaufbaus eines jüdisch-nationalen Körpers in Palästina" erklärt. Zur Erreichung dieses Ziels bemühte man die bekannten Requisiten einer national-kulturellen Bewegung: Gründung von Schulvereinen, Lesehallen und Leihbibliotheken sowie Herausgabe von Broschüren und preiswerten Büchern zur Stärkung des national-kulturellen und historischen Bewusstseins. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Förderung des Hebräischen gelegt, und zwar nicht primär mit dem Ziel, das Hebräische als säkulare Literatursprache zu heben, sondern vor allem (und dies ist bekanntlich das Spezifikum der jüdischen nationalen Bewegung in ihrer sprachlichen Komponente) erst einmal diese Sprache als „nationale Konversationssprache" zu verbreiten, beispielsweise mittels hebräischer Konversationsvereine oder der Herausgabe jiddisch- und polnischsprachiger Broschüren zur „Erweckung eines Interesses für die hebräische Sprache". Gleichrangig (aber nicht vorrangig) wurde die Unterstützung der Kolonisationsbewegung nach Palästina genannt. Beides zusammen, nationalkultureller Aufbau und Kolonisation, wies auf die verbindenden Bestrebungen der gesamteuropäischen zionistischen Bewegung hin und wurde daher nicht zufällig von Birnbaum als Antrag eingebracht.

Die „reinen" Galizier aus dem Vorstand von *Zion* unterstrichen dagegen in einem gesonderten zweiten Punkt die Notwendigkeit, „die Interessen der Juden im Lande zu verteidigen" und daher „eine selbständige Politik in Galizien zu betreiben". Dazu gehörte an erster Stelle der Kampf um die Vorherrschaft in der Kultusgemeinde, desjenigen innerjüdischen politischen Ortes, wo sich die Macht der Assimilierten, der „*Kahal*-Juden" (so die despektierliche Bezeichnung) konzentrierte. Dazu gehörte im Weiteren der ökonomische Bereich, insbesondere die Gründung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

---

[277]) Gaisbauer, Davidstern, S. 80.
[278]) Selbst-Emancipation 18. 5. 1893 (6), S. 2 f.

Letzteres war wiederum ein Feld, in dem die jüdische Bevölkerung gerade in jüngster Zeit massiv in die Defensive geraten war infolge der gezielt gegen den jüdischen Handel gerichteten Kampagne der Bauernparteien und der „christlich" inspirierten Kreise, die nur zwei Monate später, im Juli 1893, durch den erwähnten Katholikentag von oberster Stelle sanktioniert wurde. Als dritter Punkt wurde schließlich die Gründung von „jüdischen Volksvereinen zur Hebung des geistigen und moralischen Niveaus der Volksmassen angestrebt", ein für alle Nationalbewegungen charakteristischer Bestandteil basisbezogener politischer Arbeit.

Die Konferenz legte im weiteren die Umrisse der Organisationsstruktur fest. Delegiertentage (Parteitage) sollten jährlich stattfinden und jeweils Anlass geben zur Wahl eines Exekutiv- und Agitationskomitees. Das Selbstverständnis des Zionismus als einer internationalen Bewegung verlangte im Weiteren eine Klärung des Verhältnisses zur jüdischen Nationalbewegung insgesamt. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die mit einer ähnlichen Grundproblematik konfrontiert war, gab es jedoch noch gar keinen organisierten politischen Verband weder auf internationaler Ebene noch innerhalb des österreichischen Staates, zu dem man organisatorisch in ein Verhältnis treten konnte. Folglich war der verabschiedete Passus, wonach sich die galizische Partei der Leitung und den Beschlüssen der „jüdisch-nationalen Partei aller Länder" unterwerfe, eine Projektion in die Zukunft, die keine unmittelbare Relevanz hatte.[279]) Realeren Wert kam dagegen dem Beschluss zu, alle galizischen Kolonisationsvereine dem tatsächlich existierenden, bereits erwähnten Verband *Zion* einzugliedern. Schließlich wurden, auch dies ein fester Bestandteil jeder Parteigründung, die Parteiorgane festgelegt. Dabei gelangte man wiederum zu einem Kompromiss zwischen internationaler (österreichischer) und galizischer Ausrichtung, indem sowohl die Wiener „Selbst-Emanzipation" als auch das Lemberger *Przysz o₩* in diesen Rang gehoben wurden.

Unerwähnt blieb im Grundsatzprogramm von 1893 ein anderer fundamentaler Bestandteil politischer Parteien: der Bezug zu den Staatsorganen und insbesondere das Streben nach einer Machtbeteiligung an den parlamentarischen Vertretungen. Dieses Versäumnis wurde am zweiten Parteitag im September 1894 nachgeholt, den bereits etwa 100 Delegierte aus 30 Städten besuchten. Dem Beschluss dieses Parteitags gemäß wollte man auf der Basis entsprechend erarbeiteter politischer Grundsätze an den galizischen Wahlkämpfen teilnehmen und darüber hinaus für das allgemeine Wahlrecht agitieren. Übertragen wurden diese Aufgaben, zu denen auch die Schaffung eines im inneren demokratisierten Kultusgemeindeverbands gehörte, einem unmittelbar danach gegründeten politischen Verein, welcher im November 1894 den Segen der Statthalterei erhielt. Schließlich wurde während des Parteitags vom September auch die Parteileitung mittels einer Diversifikation der Aufgabenbereiche (Schaffung zweier Agitationskomitees, für West- bzw. Ostgalizien) sowie durch die Gründung eines Parteisekretariats effizienter gemacht. Alle diese Bemü-

---

[279]) Im November 1893 wurde in Krakau durch eine Vertrauensmännerversammlung unter Leitung von Birnbaum eine gesamtösterreichische nationaljüdische Partei ausgerufen, die sich an den Lemberger Beschlüssen orientierte und auch einen Vorstand wählte, faktisch jedoch in diesem Stadium der Proklamation stecken blieb, da sich neben der galizischen Organisation keine zweite Landespartei etablieren konnte. Siehe Selbst-Emancipation 15. 11. 1893 (18), S. 3–5.

hungen um die Schaffung einer handlungsfähigen jüdischnationalen Kraft in Galizien blieben ohne Parallelen in anderen Teilen der Österreich-Ungarischen Monarchie.

Die „Jüdisch-Nationale Partei in Galizien“ ist bedeutsam als erster Versuch einer programmatisch fundierten zionistischen Parteibildung im Kontext der politisch so regsamen 1890er-Jahre in Galizien. In der Landespolitik spielte sie jedoch faktisch keine Rolle. Von wesentlich größerer Tragweite waren Ereignisse, die sich zunächst ohne Zutun der selbstbewusst agierenden Galizier abspielten: Um die Mitte der 1890er-Jahre trat Theodor Herzl auf die Bühne des Geschehens („Der Judenstaat“: 1896) und setzte mittels der Zionistenkongresse neue Maßstäbe in der Organisationsarbeit. Herzl steckte auch die inhaltlichen Ziele neu ab. Das auf dem Basler Gründungskongress von 1897 festgestellte oberste Prinzip, die Gewinnung eines eigenen Staates für das jüdische Volk durch diplomatische Mittel („politischer Zionismus“), stand im Widerspruch sowohl zum Prinzip der Gegenwartsarbeit („Galuth-Nationalismus“) wie auch zur praktischen Kolonisationsarbeit („praktischer Zionismus“), welche beide in Galizien durch ein fest verankertes, sehr aktives Vereins- und Verbandswesen vertreten waren. Galizien wurde daher zum Hort der innerzionistischen Opposition gegen Herzl. Hinzu kam die Tatsache, dass in Galizien die Religiös-Orthodoxen, die sich vom westlich-aufgeklärten Denken und Handeln Herzls abgestoßen fühlten, eine nicht unbedeutende Gruppe unter den Anhängern des Zionismus bildeten.

Erst die außerordentliche Dynamik der Herzlschen Bewegung, dann die organisatorisch unterstützte sukzessive Durchsetzung der Grundsätze des „politischen Zionismus“ auch in den galizischen Kolonisationsvereinen (Auflösung des Hauptvertreters des „praktischen Zionismus“, des Tarnówer *Ahavas Zion*, um 1900) und andererseits die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsarbeit in das offizielle Programm am ersten österreichischen Zionistentag im März 1901 in Olmütz ermöglichten die Eingliederung der galizischen Organisationen. Eine von den galizischen Vereinen beschickte Landeskonferenz im Juni 1901 segnete diese Eingliederung ab, wurde doch in einer Resolution das Basler Programm mit dem schlichten Wortlaut „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ als verpflichtend erklärt. Schließlich folgte ein nicht minder bedeutsames Signal in Richtung Föderalisierung von Seiten des fünften Zionisten-Kongresses im Januar 1902, der in seinem revidierten Organisationsstatut den Landesorganisationen weitgehend freie Hand bei der Ausgestaltung ihrer internen Strukturen ließ.[280])

Dank der institutionellen Vorgänge in den Jahren 1901/1902, die im zweiten österreichischen Zionistentag im Mai 1902 ihren Abschluss fanden, konnte sich die galizische zionistische Bewegung wie die Sozialdemokratie als Teil einer internationalen Bewegung verstehen, deren Exekutivorgane sich allerdings abgesehen von der Geldrequirierung (Schekel) wenig in die praktische Umsetzung der programmatischen Vorlagen einmischte. Die drei institutionell verankerten Stufen lauteten: Auf internationaler Ebene der „Kongress“ bzw. sein Exekutivorgan, das (engere und weitere) „Aktionskomitee“; auf der staatlichen Ebene die „Landesorganisation“ bzw. das „Landeskomitee“; und schließlich auf Kronland-Ebene die Distriktsorganisation bzw. das Distriktskomitee. Baustein des Distrikts und da-

[280]) Siehe die entsprechenden Berichte im zionistischen Zentralorgan „Die Welt“: 29. 3. 1901 (13), S. 1–5 (Olmützer Zionistentag); 21. 6. 1901 (25), S. 2–6 (Galizische Landeskonferenz); 10. 1. 1902 (2), S. 1–12 (Zionistenkongress).

mit der Gesamtorganisation waren die einzelnen zionistischen Vereine, die ein breites inhaltliches Spektrum vom Bürgerverein über den Turnerverein, Studentenverein und Arbeiterverein bis zum Frauenverein umfassten. Galizien nahm aufgrund seines besonders aktiven Vereinswesens auch wiederum eine Sonderstellung ein, gab es hier doch nicht eine Distriktsorganisation, sondern (seit Mai 1902) deren drei: West-, Ost- und Südgalizien, später (seit 1907) sogar deren vier (Podolien). Sowohl der Distrikt Südgalizien (mit dem Zentrum Stanislau) als auch der Distrikt Podolien (mit Tarnopol) lagen im Ostteil des Kronlands. Hieraus wird ersichtlich, dass Ostgalizien gegenüber Westgalizien ein deutliches Übergewicht besaß, welches auch aus dem Verhältnis der Anzahl von Vereinen deutlich wird: Im Jahre 1907 brachte es Westgalizien auf 50 Vereine in 21 Städten, Ostgalizien insgesamt aber auf 203 Vereine aus 77 Städten.[281])

Gestärkt durch die institutionelle Absicherung, intensivierten die galizischen Exekutivorgane nach der Jahrhundertwende ihre Bemühungen, in die diversen Vertretungskörperschaften einzudringen. Der Kampf um die Kultusgemeinden war das Hauptthema des 3. österreichischen Zionistentags im Juni 1903 und des ostgalizischen Distriktstags desselben Jahres, der sich gegen jede Kompromisspolitik in dieser Sache wandte.[282]) Bei den Kultusgemeinden wie auch bei den parlamentarischen Körperschaften auf allen Ebenen stellte vorderhand das restriktive Wahlrecht das größte Hindernis für einen Erfolg im größeren Stil dar. Im Reichsrat saß immerhin bereits seit 1897 ein Abgeordneter aus der Bukowina, Benno Straucher, der sich der jüdisch-nationalen Idee verpflichtet sah. Bei den Reichsratswahlen von 1900/01 kam es erstmals auch in Galizien zur Kandidatur eines Jüdischnationalen.

Einen veritablen Einschnitt bedeutete die seit Herbst 1905 lancierte große Wahlreform, und zwar nicht nur im Hinblick auf die tatsächlich erfolgreiche Wahl jüdischnationaler Kandidaten zwei Jahre später, sondern auch hinsichtlich der inneren Organisation der galizischen Zionisten und ihres Verhältnisses zur österreichischen Gesamtorganisation. Angesichts der nun erstmals realistisch gewordenen Perspektive einer Vertretung jüdischnationaler Abgeordneter im höchsten österreichischen Repräsentativorgan sahen sich die galizischen Zionisten dazu veranlasst, neue Wege in der Parteiorganisation zu beschreiten, um ihre politische Schlagkraft im Lande zu erhöhen. Auf ihre Initiative hin wurde eine außerordentliche Landeskonferenz für den 1./2. Juli 1906 nach Krakau einberufen, deren einziges Traktandum lautete: „Stellungnahme der Zionisten zur innerpolitischen Betätigung". In der Tat brach nun vor dem Hintergrund der veränderten innenpolitischen Lage in Österreich der alte Grundsatzkonflikt um das Wesen der zionistischen Bewegung in neuer Schärfe aus. Die Debatte war nun keine akademische mehr. Mit den dramatisch gestiegenen Erfolgsaussichten einer landespolitischen Betätigung wuchsen die Befürchtungen der „reinen" Zionisten, mit einer solchen Ausrichtung würde von der langfristig allein erfolgversprechenden Lösung der „Judenfrage", der Gewinnung Palästinas als Heimstätte für das jüdische Volk, auf verhängnisvolle Weise abgelenkt. Andererseits bedeutete für die in Galizien konzentrierten Exponenten einer „reinen" Landespolitik die langfristig angestrebte Besiedlung des Heiligen Lands einen nicht weniger verhängnisvollen Abzug der nun zum realen Faktor gewordenen Massenwählerschaft.

---

[281]) Siehe die Auflistung bei Gaisbauer, Davidstern, S. 239–244.
[282]) Gaisbauer, Davidstern, S. 111–115.

Den Planern und Teilnehmern der außerordentlichen Landeskonferenz von 1906 war klar, dass die Umformung der österreichischen Landesorganisation in eine exklusiv der Landespolitik gewidmete nicht mit dem Gründungsgeist und den herrschenden Ansichten in der zionistischen Weltorganisation zu vereinbaren war. Als einzige Lösung bot sich die institutionelle Auslagerung durch die Neugründung einer „politischen Partei" im engeren Sinne an. Die Konferenz erteilte grünes Licht für einen solchen Schritt, bestimmte aber gleichzeitig vier programmatische Grundsätze, unter denen eine solche zu agieren hätte: jüdisch-national, sozialfortschrittlich, gut österreichisch und massenorientiert. Unter diesen Vorgaben konstituierte sich unmittelbar im Anschluss an die Landeskonferenz die neue Organisation inoffiziell unter dem Namen „Jüdische Nationalpartei" (JNP), der man euphorisch die Qualität einer West- und Ostjudentum vereinigenden Organisation zuschrieb.

Tatsächlich zeigte die Zusammensetzung der Teilnehmer auch hier wiederum eine Vorherrschaft Galiziens, kamen doch 92 der 135 Delegierten aus diesem Kronland. Bezeichnenderweise sprach man sich unter Vorbehalt eines endgültigen Beschlusses seitens der zu wählenden Parteileitung gegen eine zionistische Namensgebung der Partei aus, erkannte aber dennoch das Basler Programm als Grundlage an. Die programmatischen Vorgaben der Landeskonferenz wurden durch eine Reihe von Punkten ergänzt und präzisiert: im Bereich der individuellen und kollektiven Freiheit (strikte Umsetzung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung, nationale Autonomie und Minderheitenschutz), der politischen Rechte (allgemeines und Proportionalwahlrecht für alle Vertretungskörper), der Kulturpolitik (Schaffung einer jüdischen theologischen Fakultät, Akademie und eines Lehrerbildungsseminars) sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Revision der Gewerbegesetzgebung, Wirtschaftsförderung). Schließlich beschloss man die Gründung eines politischen Reichsvereins sowie die Schaffung eines Zentralwahlkomitees und bestellte die Parteileitung, deren Vorsitz der bewährte und populäre Abgeordnete Straucher übernahm.[283])

Die Gewinnung von drei galizischen Mandaten bei den Reichsratswahlen von 1907 und die erstmalige Konstituierung eines national-jüdischen parlamentarischen Klubs veränderten die Bedingungen jüdischer Politik in Galizien. Neben den Vereinen und der zionistischen Parteiorganisation entstand nun eine dritte Formation, die jüdisch-nationale Fraktion. Durch sie ergaben sich nicht nur neue Möglichkeiten der Einbringung und Öffentlichmachung jüdischnationaler Forderungen. Der gesamte Stellenwert des zionistischen Anliegens in Österreich und Europa erhielt durch diesen Schritt in die offizielle politische Repräsentation eine neue Qualität. Gleichzeitig sah sich die inner- und außerjüdische Gegnerschaft nun einem ernsthafteren politischen Widersacher gegenüber, dem nicht mehr nur mit Rhetorik zu begegnen war. Und schließlich veränderte sich auch das innerzionistische Verhältnis der „Galizier" zur österreichischen Gesamtorganisation, mittelbar auch zum zionistischen Weltkongress.

Zunächst stärkte die mit den Wahlgängen verbundene außerordentliche Aktivität des galizischen Milieus dessen Selbstbewusstsein und gleichzeitig dessen Drang, sich noch

---

[283]) Die Welt 13. 7. 1906 (28), S. 7–10; Österreichische Wochenschrift 6. 7. 1906 (27), S. 452 und 13. 7. 1906 (28), S. 468–470; Jüdische Zeitung 11. 5. 1907 (1), S. 2. Das Programm wurde entgegen der Ankündigung nie abschließend redigiert und auch nicht veröffentlicht, was später als schwerer Fehler angesehen wurde.

deutlicher auf die eigenen Füße zu stellen. Vorbereitet durch einen entsprechenden Beschluss des 5. österreichischen Zionistentags im Juni 1907, beschloss eine im November desselben Jahres durchgeführte galizische Landeskonferenz die Schaffung eines eigenen Zentralkomitees in Lemberg, dem die nunmehr vier Distriktkomitees untergeordnet wurden. Da sich kurz darauf die westösterreichischen Distrikte in entsprechender Weise in Wien bündelten, war seither der inhärente Dualismus zwischen Wien und Lemberg auch institutionell in den beiden Zentralkomitees verankert.[284])

Nachdem sich eine weitere galizische Landeskonferenz im April 1909 mit großer Mehrheit für eine aktive Landespolitik eingesetzt hatte, forcierte das mit der Arbeit betraute neunköpfige Zentralkomitee (5 Lemberger Delegierte sowie je zwei aus den Distrikten) die politischen Agenden mit den Schwerpunkten: Nationalpolitik (Anerkennung der jüdischen Nationalität, Revision der Registrierpraxis bei den Volkszählungen und den Studentenkatalogen, jüdische Wählerkurie in der Bukowina und in Galizien, Gleichberechtigung der Juden in Armee und Verwaltung), Kulturpolitik (Gründung von Schulvereinen, Lesehallen u. s. w.), Wirtschaftspolitik (Gründung von Kreditinstitutionen, Bekämpfung der diskriminierenden Wirtschaftsgesetzgebung) sowie Kultusgemeinde-Politik (Streben nach einem nationaljüdisch beherrschten Kultusgemeindeverband). In der für Galizien zentralen Frage der Landtagswahlreform verlangte man die vollständige Demokratisierung unter Einbeziehung der Frauen, die Schaffung einer jüdischen Kurie und 20 von 200 vorgesehenen Sitzen im neuen Landtag. Dieser Forderungskatalog wurde vom Lemberger Zentralkomitee zu Beginn des Jahres 1912 aufgestellt, zu einem Zeitpunkt also, als die galizischen und österreichischen Zionisten infolge des Verlustes aller Reichsratsmandate im Jahre 1911 über keine politische Basis mehr im Zentralparlament verfügten. Dieses Missverhältnis zwischen politischer Dynamik der jüdisch-nationalen Bewegung und ihrer mangelnden Repräsentation in den Vertretungskörperschaften dauerte an bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Die zionistische Bewegung in Galizien war, wie beschrieben, zunächst ein Konglomerat von Vereinen, welche sich der Idee des Nationaljudentums und des in einem unterschiedlichen zeitlichen und praktischen Rahmen gefassten Ziels einer Besiedlung Palästinas verschrieben hatten. Die heterogene Struktur und die breit interpretierbare politische Grundlage ließen eine Reihe von unterschiedlich ausgerichteten Strömungen zu, von denen zwei gesondert zu nennen sind: der sozialistische Zionismus um die Organisation *Poale Zion* und der orthodoxe Zionismus um *Misrachi*. Beide Richtungen begannen nach der Jahrhundertwende organisatorisch Gestalt anzunehmen, und in beiden Fällen spielte Galizien eine zentrale Rolle.

Nach dem von Ber Borochov, dem Haupttheoretiker von *Poale Zion*, konstruierten Zusammenhang zwischen Zionismus und Sozialismus konnte ein erfolgreicher Klassenkampf nur auf der Basis „normaler" innerjüdischer Klassenstrukturen geführt werden, die wiederum erst nach der Gewinnung und Besiedlung eines eigenen Territoriums eintreten würden.[285])

---

[284]) Die Bukowina gliederte sich erst im Jahre 1910 als faktisch dritte selbständige Landesorganisation aus. Angeführt durch den Wiener „Jüdischen Nationalverein", fanden insbesondere nach 1909 verschiedentlich Bemühungen statt, jenen Zerfall der gesamtösterreichischen Organisation rückgängig zu machen (Gesamtkonferenz vom April 1910), allerdings ohne durchgreifenden Erfolg.

[285]) Robert S. Wistrich, Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary, London–Toronto 1982, S. 148 f. und Gaisbauer, Davidstern, S. 388–391.

Seine im Jahre 1900 in Jekaterinoslaw gegründete Organisation breitete sich rasch nach Galizien aus, wo sie vor allem in den Handelsangestellten-Vereinigungen Fuß fasste. Auf deren organisatorischer Basis kam es im Mai 1904 zum Gründungsparteitag der „Zionistisch-Sozialistischen Arbeiterpartei Österreichs" in Krakau. Schließlich sollten alle sechs Parteitage (1904–1912) in Galizien (Krakau und Lemberg) abgehalten werden. In die „große" Politik konnte diese Strömung jedoch nie aktiv eingreifen. Ihre Rolle in den Reichsratswahlen beschränkte sich auf Unterstützungserklärungen, die interessanterweise 1907 (Jüdischnationale) und 1911 (Sozialdemokraten) unterschiedlich ausfielen. Ihre damit ausgedrückte ungeklärte Zwischenstellung zwischen Zionismus und Sozialismus war neben dem auch bei ihr ungelösten Spannungsverhältnis zwischen Gegenwartsarbeit („Galuth-Klassenkampf") und „reinem" Zionismus das größte ideologische Belastungsmoment der Partei.

Die orthodoxen Zionisten waren innerhalb der Gemeinschaft der Rechtgläubigen eine Minderheit. Der weit größere Teil der Orthodoxen fasste es als schwere Sünde auf, vor dem Erscheinen des Erlösers ins Heilige Land zurückzukehren. Dennoch verstanden es die orthodoxen Zionisten, eine internationale Organisation aufzubauen, die zunächst ebenfalls von Russland ausging. Eine der drei Zentralstellen wurde in Kolomea eingerichtet und ihre Zuständigkeit auf Galizien und die Bukowina festgelegt. Die *Misrachi* sahen sich als das „jüdische Gewissen" des Zionismus und beschränkten ihre Tätigkeit auf den Versuch, die zionistische Weltorganisation im Sinne eines jüdischen Traditionalismus zu beeinflussen. Ganz auf ihre Mission im zukünftigen Palästina konzentriert, gab es für sie kein Konfliktmoment zwischen Gegenwarts- und Zukunftspolitik, ein Umstand, der sich auch in ihrem insgesamt passiven Verhalten bei den Wahlauseinandersetzungen ausdrückte.

Auch dieser Unterabschnitt sollte mit einem Blick auf die Formen der Symbolik und rhetorischen Repräsentation beschlossen werden. Unter den Symbolen spielten der Davidstern, der Sechsarmige Leuchter sowie (als universelles Symbol der Zukunftsverheißung) die aufgehende Sonne die zentrale Rolle. Sie wurden von der internationalen zionistischen Bewegung übernommen.[286]) Im Unterschied zu den anderen nationalen Bewegungen, welche über ein breites Angebot an verwendbarem Lied- und Textgut verfügten, konzentrierten sich die Zionisten auf ein einziges Lied, welches stets bei den politischen Anlässen gesungen wurde: die *Hatikwah*, die spätere Nationalhymne des Staates Israel.[287]) Die politische Rhetorik wurde vor allem verwendet, um sich von der innerjüdischen Konkurrenz abzugrenzen. „Assimilation" selbst wurde zum zentralen Gegenbegriff der eigenen Gruppenidentität erklärt und damit in das Arsenal der politischen Schlagwörter aufgenommen, zuweilen verstärkt durch Abwandlungen wie „Assimilationssucht".[288])

---

[286]) Vgl. etwa die entsprechend gestaltete Anzeige zugunsten des Jüdischen Nationalfonds in Jüdische Zeitung vom 23. 7. 1909 (30), S. 8.

[287]) Der von dem gebürtigen Galizier Naftali Herz Imber verfasste Text von *Hatikwah* (hebr. „Hoffnung") war interessanterweise nach dem Vorbild oder zumindest unter dem Einfluss der polnischen Hymne geschaffen. Siehe Shlomo Avineri, The Presence of Eastern and Central Europe in the Culture and Politics of Contemporary Israel, in: Eastern European Politics and Societies Vol. 10, Nr. 2 (1996), S. 163–172.

[288]) Siehe die frühe Schrift von Nathan Birnbaum, Die Assimilationssucht. Ein Wort an die sogenannten Deutschen, Slaven, Magyaren etc. mosaischer Confession von einem Studenten jüdischer Nationalität, Wien 1884.

Von seiner propagandistischen Dimension abgesehen, war der Assimilationsbegriff hier ausschließlich im Sinne der abgelehnten politischen Unterordnung unter die Organisationen der „herrschenden" Nationalitäten zu verstehen. Individuell zumeist ebenfalls assimiliert an die westliche Welt, hatten die Jüdischnationalen als Gruppe kulturelle Formen der Repräsentation von den bestehenden nationalen Bewegungen (etwa das Stereotyp von der Stärke und Einheit, ausgedrückt in der Turnerbewegung) übernommen, die sie sogar „assimilierter" erschienen ließen als ihre innerjüdischen Rivalen. Zur Konstituierung einer Gruppenidentität gehörten schließlich auch ein Vokabular und spezifische Festanlässe zum internen Gebrauch. Häufigste Verwendung fand der „Gesinnungsgenosse" (abgekürzt Gg) als Pendant zu entsprechenden Verbrüderungsformeln anderer Massenparteien. Unter den Festlichkeiten ragten von Beginn an (bereits bei der Entstehung von *Kadimah*) die Makkabäerfeiern heraus, nach Herzls Tod dann auch die Herzlfeiern.

c) J¸dische Sozialdemokraten

Der Aufstieg der jüdischen Sozialdemokratie Galiziens wurde begünstigt durch die große Armut weiter Teile der jüdischen Bevölkerung in diesem Kronland. Man schätzt, dass ca. 85 % der jüdischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebten und 50 % ohne feste Arbeit waren.[289]) Obwohl die Industrialisierung in Galizien nur langsam voranschritt, wirkte sich der mit ihr verbundene gesamtwirtschaftliche Strukturwandel besonders stark auf die traditionellen jüdischen Berufsbereiche – Kleinhändler, Hausierer und Kleinhandwerker – aus. Hinzu kam eine ungünstige staatliche Wirtschaftspolitik (Sonntagsruhe, Salzmonopol, Alkohol-Gesetzgebung, Lizenz-Nachweise), die wiederholt nachweisbare Benachteiligung der Juden im öffentlichen Dienst und im Militär sowie die zunehmende wirtschaftliche Selbstorganisation der polnischen und ruthenischen Gesellschaft, welche sich nicht nur den Juden verschloss, sondern zeitweise sogar zu Boykottmaßnahmen aufrief.[290]) Andererseits schufen Kapitalismus und Industrialisierung die Voraussetzung für den materiellen Aufstieg eines kleinen Kreises von Juden zu Reichtum. Das in sich widersprüchliche doppelte Negativ-Bild des Juden als elende Existenz einerseits und als reicher Ausbeuter andererseits prägte sich in das Bild der nicht-jüdischen Umgebung ein und schuf gleichzeitig die Grundlage für große innerjüdische soziale Spannungen, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert auch politisch manifestierten. Eine sozial motivierte politische Massenbewegung musste sich von den bisher tonangebenden liberalen, assimilierten und weiterhin assimilationswilligen Eliten abgrenzen, welche die sozial Privilegierten repräsentierten und als „Hausjuden" die polnisch-konservative Politik unterstützten.

Unter den sozialistischen Theoretikern wie auch unter den politischen Aktivisten spielten Juden bekanntlich in ganz Europa eine besonders wichtige Rolle. Die traditionelle Affiliation zu radikal-emanzipatorischen Bewegungen, der hohe Anteil an entwurzelten Intellektuellen, die kulturelle Prägung durch den innerweltlichen Messianismus und schließlich der Antisemitismus, der den bis dahin gepredigten liberalen Lösungsansatz der Judenfrage kompromittierte, sind hier zu nennen. Diese Voraussetzungen galten gerade auch im ostjüdischen Raum, wo städtische Kultur und säkularer „Intellektualismus" noch weit

---

[289]) Wistrich, Socialism, S. 185.

[290]) Haumann, Ostjuden, S. 92–109. Wróbel, Jews of Galicia, S. 117–120.

deutlicher von Juden geprägt waren als im stärker urbanisierten Westeuropa. In Galizien kam ein wichtiger Teil der sozialistischen Aktivisten jüdischer Herkunft aus der polnischen linksdemokratisch-patriotischen Bewegung.[291]) Sowohl ihre polnisch-patriotische wie auch ihre sozial fortschrittliche Gesinnung führten sie zu einer ostentativen Entfernung von ihren jüdischen Wurzeln. Im Spektrum zwischen jüdischer kultureller Identität und polnischer Akkulturation neigten gerade sie zu einem Bekenntnis zum Polentum.[292]) Während dieses noch lange mit der Aura der Fortschrittlichkeit umgeben war, stand das spezifisch Jüdische für kulturelle Rückständigkeit und religiösen Aberglauben. Jede Betonung einer jüdischen Andersartigkeit musste als eine der modernen Klassengesellschaft nicht mehr gemäße Gewichtung der Konfession abqualifiziert werden und der marxistischen Theorie vom Primat des Klassenkampfs widersprechen. Zudem spielten Elemente des sozialistischen Antisemitismus eine Rolle, welche unter den jüdischen Aktivisten möglicherweise durch den bekannten jüdischen Selbsthass verstärkt wurden.[293])

Führende sozialdemokratische Aktivisten jüdischer Herkunft trugen wesentlich dazu bei, dass auch auf der Ebene der Partei die Negierung eines jüdischen Problems und später die Abwehr gegen Verselbständigungstendenzen – und zwar im Einklang mit der internationalen sozialistischen Bewegung – offizielle Politik wurde. Wenn der Parteiführer Ignacy Daszyński anlässlich des Gründungskongresses der GPSD erklärte, die Judenfrage sei für den Sozialismus irrelevant, demonstrierte er damit wohl weniger seine Theoriehörigkeit und Realitätsferne als vielmehr ein gewisses Wunschdenken, die Klassensolidarität möge zur Stärkung der galizischen Sozialdemokratie gewahrt bleiben. Eine selbständige jüdische Organisationsbildung hatte nämlich bereits zu dieser Zeit eine Vorgeschichte.[294]) Im Jahre 1889 war ein erster jüdischer „Unterstützungsverein" gegründet worden (1894 Umwandlung in den Bildungsverein „Brüderlichkeit"). Während in der Folge der Versuch, im Rahmen des polnischen Arbeiterbildungsvereins *Si a* eine eigene jüdische Organisation zu gründen, scheiterte, gelang dies im Rahmen der Organisation *Praca* (*Jad Chazaka* = starke Hand, gegr. 1892). Im selben Jahr entstand in Lemberg sogar eine eigene jüdische Arbei-

---

[291]) Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 7 f.

[292]) Aufgrund dieser politischen Herkunft aus dem polnisch (politisch) assimilierten Lager erscheint eine Abgrenzung zu den im vorigen Unterkapitel behandelten Assimilierten fragwürdig. Eine solche Abgrenzung ist jedoch andererseits deshalb gerechtfertigt, weil die internationale Sozialdemokratie zu einer neuen politischen Heimat wurde, die freilich im Falle der polnischen sozialdemokratischen Partei weiterhin – wie oben gezeigt – einen stark national-patriotischen Charakter besaß.

[293]) Die besonders im Ostjudentum relevanten negativen Stereotypen waren: Der Geldverleiher, welcher mit betrügerischen Mitteln und überhöhten Zinsen die Notdürftigen ausnahm, der Schankwirt, der zur Trunksucht verleitete, und der Pächter, der dem Großgrundbesitz als Handlanger diente. Hinzu kam die prominente Rolle von Juden im modernen Kapitalismus. Siehe Wistrich, Socialism, S. 309–319. Wistrich meint jedoch, dass hier nicht von Antisemitismus zu sprechen sei, weil sich diese negativen Assoziationen nur gegen eine bestimmte Funktion der Ostjuden richtete, nämlich den „Parasitismus" jüdischer Zwischenhändler. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass gerade diese Stereotypen von erklärtermaßen antisemitischen Parteien zur Propaganda verwendet wurden und in der sozialdemokratischen Partei selbst einem energischeren Entgegentreten gegen den Antisemitismus im Wege standen.

[294]) Zum folgenden Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 40–59.

terpartei, die einerseits von den polnischen Unabhängigen um Ernest Breiter (s. o.), andererseits von Drahomanov inspiriert war. Sie und ihre jiddisch-sprachige Zeitung, „Die Arbeiterstimme“, existierten freilich nur während eines Jahres.

Diese Organisationsbildungen verfolgten zunächst nicht den Zweck, eine von der Partei divergierende inhaltliche Linie durchzusetzen, sondern stützten sich auf das Faktum der sprachlichen und gesellschaftlichen Andersartigkeit der jüdischen Arbeiter und Gesellen.[295]) So konnte auch die sozialdemokratische Parteiführung trotz ihrer Abneigung gegen eine Verselbständigungstendenz ihrer jüdischen Gefolgschaft die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass letztlich nur mit einer Propagandatätigkeit in jiddischer Sprache die jüdischen Arbeiter und Gesellen zu mobilisieren seien. Es gelang denn auch, innerhalb der Partei einen eigenen jüdischen Agitationsausschuss zu gründen (1893) sowie die Subvention jiddisch-sprachiger Zeitungen durchzusetzen („Der Arbeiter“, 1893–1896; „Jüdisches Volksblatt“, 1896–1899). Dem separatistischen Gefahrenpotential wurde dadurch begegnet, dass als Leiter dieser Institutionen gerade diejenigen Aktivisten der Partei eingesetzt wurden, welche am dezidiertesten gegen eine jüdische Verselbständigung auftraten. Zu ihnen gehörte an erster Stelle der nachmalige Abgeordnete Herman Diamand, der sowohl Vorsitzender des Agitationsausschusses als auch – trotz seiner offen erklärten Verachtung für die jiddische Sprache –, hauptverantwortlicher Redakteur der letztgenannten Zeitung wurde.[296])

Die aus praktischen Erwägungen gewährte Unterstützung jüdischer Komitees und Presseerzeugnisse konnte die Tendenzen in Richtung einer eigenen jüdischen Organisationsbildung jedoch nicht aufhalten. Verschiedene Ereignisse trugen dazu bei, dass diese Kräfte um die Jahrhundertwende wesentlich gestärkt wurden: das Bekenntnis der österreichischen Gesamtpartei zu innerparteilichem Föderalismus und nationaler Autonomie (1897/99), die erfolgreiche Loslösung der Ruthenen von der polnischen Partei (1899), die Gründung des alsbald zum organisatorischen Vorbild genommenen „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund für Russland, Polen und Litauen“ (kurz: „Bund“, 1897 in Wilna) und schließlich der wachsende Antisemitismus, dessen mangelnde Bekämpfung der Parteiführung angelastet wurde.[297])

Bemühungen, eine eigene jüdische Parteiorganisation zu schaffen, wurden in den Jahren 1897 (Gründungskongress der PPSD in Przemyśl), 1899 und 1903 (eigens einberufene Parteiversammlung der jüdischen Mitglieder) sowie im Jahre 1904 (Parteikongress in

---

[295]) Feldman, Stronnictwa, 2. Bd., S. 134.

[296]) Für Diamand war die jiddische Sprache ein der jüdischen Tradition fremdes „Relikt des Ghettos“ und gleichzeitig Ausdruck alles Reaktionären in der jüdischen Gegenwartskultur. Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 81.

[297]) Im Jahre 1894, anlässlich des dritten Kongresses der galizischen Partei, wurde ein Antrag eines der aktivsten jüdischen Mitglieder der Partei, Salomon Rubinstein, in Richtung einer dezidierteren Abwehr der antisemitischen Ausfälle der klerikalen Bauernpartei Stojałowskis mit einer Gegenkampagne gegen den Antragsteller beantwortet, die schließlich zu dessen Austritt und Wechsel zur zionistischen Arbeiterbewegung führte. Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 57 f. Im Jahre 1903 wurde der Antisemitismus gleichwertig neben dem sprachlichen Problem als Motiv für eine jüdische Organisationsbildung genannt. Ebd., S. 82. Zum musterhaften Charakter des „Bund“ für die nachmaligen Separatisten siehe ebd., S. 70.

Krakau) von den Gegnern aus dem „assimilatorischen“ Lager unter der Führung von Diamand zurückgewiesen. Als die Parteiführung den wachsenden Separatismus sogar mit der Auflösung bestehender jüdischer Organisationen zu begegnen versuchte (jüdisches Agitationskomitee, Vereine „Brüderlichkeit“ und *Postęp* = Fortschritt), kam es schließlich am 1. Mai 1905 zur lange erwarteten, aber dennoch von einem innerparteilichen Beben begleiteten Abspaltung und zur Gründung der „Jüdischen Sozialdemokratischen Partei“ (*Żydowska Partia Socyalno-Demokratyczna*, ŻPSD). Diese rekrutierte sich zunächst vornehmlich aus ehemaligen PPSD-Mitgliedern (Henryk Grossman) und Aktivisten der sozialistischen Jugendorganisation *Zjednoczenie* in Krakau (Organ: „Der jüdische Sozialdemokrat“). Sie stand zwar dem russischen „Bund“ nahe, strebte jedoch – erfolglos – danach, Teil der österreichischen Gesamtpartei zu werden, deren Parteiprogramm sie auch adoptierte.[298])

Erst als Antwort auf diese Abspaltung ließ die Partei die Gründung einer eigenen jüdischen Sektion zu (Mai 1906), die nicht zuletzt als Konkurrenzorganisation die ŻPSD bekämpfen sollte. Das Kräftemessen zwischen PPSD und ihrer jüdischen Sektion einerseits und der ŻPSD andererseits erreichte seine intensivste Phase zwischen 1905 und 1907 und ging, was die Anzahl der Mitglieder und affilierten Berufsorganisationen betraf, klar zugunsten der Letzteren aus. Im Gegensatz zur Entstehungsphase in den 1890er Jahren, als der praktisch-propagandistische Gesichtspunkt im Vordergrund gestanden war, ging es nun auch um die Durchsetzung des Konzepts einer eigenen jüdischen Nationalität. Da jedoch die „Sektion“ nicht die organisatorische Kraft der Wählerbasis besaß, der ŻPSD aber die Anerkennung und materielle Unterstützung der österreichischen Gesamtpartei fehlte, kam es bereits anlässlich der Reichsratswahlen von 1907 zu einer ersten partiellen Zusammenarbeit auf der Basis der Wahlkreise. Die Annäherung beider Organisationen wurde durch die Tatsache erleichtert, dass sich die jüdische Sektion bald von der Hauptpartei zu entfernen begann und zunehmend an Selbstbewusstsein gewann.

Als Ausdruck des zu Beginn unentschlossenen Hin- und Herpendelns zwischen gestärktem nationalem Selbstverständnis und Gehorsam gegenüber der Hauptpartei kann der widersprüchliche Beschluss des Hauptausschusses der „Sektion“ aus dem Jahre 1907 gelten, als zwar konstatiert wurde, dass das jüdische Proletariat sich als eigene Nationalität fühle, gleichzeitig aber die Forderung nach kultureller Autonomie (die ja im Sinne des Brünner Programms gerade auf der Nationalität fußte) abgelehnt wurde. Seit diesem Jahre trug die „Sektion“ den Namen „Jüdische Sozialdemokratie Galiziens“. Vier Jahre später, anlässlich der Wahlen von 1911, kam es zu einer Zusammenarbeit auf noch breiterer Grundlage und schließlich, nach dem erfolgreichen Abschneiden bei diesen Wahlen, zur Verschmelzung der ehemaligen „Sektion“ mit den Sezessionisten aus dem Jahre 1905. Diese Vereinigung fand auch den Segen der zwei großen Gegner einer selbständigen jüdisch-sozialdemokratischen Partei, Ignacy Daszyński und Herman Diamand. Die neue Organisation blieb denn auch zunächst mit der Mutterpartei (PPSD) verbunden. Die fundamentalen Meinungsunterschiede über das Bestehen einer eigenen jüdischen Nationalität und der daraus abgeleiteten Berechtigung, als selbständige Organisation vollständige Handlungsfreiheit zu genießen, blieben aber gegenwärtig und bildeten – gemeinsam mit der zunehmenden polnisch-

---

[298]) Dazu auch Gaisbauer, Davidstern, S. 381–383.

nationalen Linie der PPSD im Zeichen der internationalen Spannungen vor dem Ersten Weltkrieg – den Hintergrund für den im Jahre 1913 erfolgten endgültigen Bruch zwischen der polnischen und der jüdischen sozialdemokratischen Partei.[299])

D. Zusammenfassung

Die in diesem Abschnitt beschriebene chronologische Struktur der Parteibildungsprozesse, die zur inneren Ausdifferenzierung führenden ideologischen Spannungslinien und schließlich die Formen der Repräsentation, der Symbolik und der Ritualisierung der Politik machen deutlich, dass alle drei ethnisch-nationalen Gruppierungen Galiziens, welche selbständige politische Formationen ausbildeten, dies unter übergreifend gültigen Bedingungen taten. Der prägende gesellschaftliche und politische Rahmen war zunächst durch die administrativ vorgegebene Einheit des Kronlands Galizien gegeben, welches seit Etablierung der „galizischen Autonomie" einen gewissen Sonderweg innerhalb der Monarchie ging, nicht weniger aber durch die gesamtstaatlich (cisleithanisch) verankerten Formen des liberalen Verfassungsstaats mit seinen Repräsentationsgremien und seinen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Selbstorganisation und schließlich durch gesamteuropäisch gültige Formen von Massengesellschaft, Industrialisierung und Kapitalismus. Die moderne Kommunikation schuf immer offenere Wege des Transfers politischer Ideologien und der ihnen zugehörigen symbolischen Formen über bestehende Staats-, Nations- und Sprachgrenzen hinweg.

In chronologischer und struktureller Hinsicht ist die Etablierung parlamentarischer Vertretungsorgane seit 1861 von fundamentaler Bedeutung. In diesen politischen Körperschaften fokussierte sich übergreifend die Ausdifferenzierung der politischen Kräfte. Inhaltlich stand bis in die erste Hälfte der 1870er-Jahre die Frage nach der Stellung Galiziens im Verband des österreichischen Staates im Vordergrund. Das gilt zunächst für den polnisch–ruthenischen Konflikt, dessen primäre strukturierende Qualität sich darin zeigte, dass von 1861 an der Landtag (später mittelbar auch der Reichsrat) in entsprechend definierte Parlamentariergruppen (Polenklub, Ruthenenklub) gegliedert war. Vom Ausgang jener staatsrechtlichen Kontroverse hing der Grad der Realisierung der nationalen Forderungen ab: Autonomisierung des Kronlands als Mittel zur Erreichung national-kultureller Selbständigkeit im polnischen Falle, Zentralismus als Garantie für die Emanzipation vor polnischer Dominanz und Anerkennung der gleichberechtigten Stellung im Nationalitätenverband im ruthenischen Falle. Gleichzeitig richtete sich jedoch auch die innernationale Frontstellung nach jener Debatte, sowohl bei den Polen (Resolutionisten-Klub, Nationaldemokratische Gesellschaft, Politischer Kreis) als auch bei den Ruthenen (der strikt anti-autonomistische russophile Ruthenische Rat gegen die von polnischer Seite protegierte Lavrivs'kyj-Gruppe, parlamentarischer Kern der Jungruthenen). Die dominierende Bedeutung der staatsrechtlichen Frage für die politische Lagerbildung zeigte sich auch da-

---

[299]) Zum Einigungskongress siehe Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 255–261, zum Bruch zwischen PPSD und ŻPSD ebd., S. 299–303. Die ŻPSD vereinigte sich im Jahre 1920 mit dem „Bund".

rin, dass die Grenzlinien zwischen den seit der Großen Emigration fassbaren polnischen politisch-ideologischen Lagern (Konservative, Demokraten) sich nicht mit denjenigen der neu entstandenen Formationen deckten, sondern teilweise quer zu diesen verliefen.

Ausgehend von dieser inhaltlichen Prägung ist die Frage zu stellen, inwieweit den politischen Formationen der 1860er- bis 1880er-Jahre Parteicharakter im einleitend definierten Sinne zukam, inwieweit also über die ersten beiden funktionalen Kriterien (Machtbeteiligung und programmatische Grundlegung) hinaus politische Inhalte in der Öffentlichkeit durch Einbeziehung eines weiteren Kreises von Akteuren institutionell verankert wurden. Tatsächlich konstituierten sich viele (wenn auch nicht alle) der im Zusammenhang mit der „Resolutionskampagne" aktivierten kollektiven Handlungsträger als politische Vereine. Im polnischen Fall konnte sich jedoch keiner von diesen über die frühen 1870er-Jahre hinaus behaupten und jenseits der eindimensionalen programmatischen Ausrichtung dieser Jahre ein integriertes Profil als politische Partei erlangen.

Dass letztlich weder die polnischen Konservativen noch die Demokraten vor den 1890er-Jahren eine dauerhafte Organisation außerhalb ihrer jeweiligen Landtagsfraktionen aufbauten, lag sicherlich zunächst daran, dass eine dauerhafte strukturelle Verankerung zum Erreichen des politischen Erfolgs in Zeiten des Privilegienwahlrechts nicht erforderlich war. Bedeutsam erscheinen jedoch auch drei andere Faktoren: das Kurien-Wahlsystem, die territoriale Zersplitterung der politischen Milieus und die von beiden politischen Lagern getragene Wahlorganisation, mit der sich Abschnitt II beschäftigen wird. Das Wahlsystem und die territoriale Zersplitterung (nicht zuletzt auch die Dualität Lemberg – Krakau) verhinderten großräumige kompetitive Strukturen, da beide Gegebenheiten es den Lagern ermöglichten, sich auf ihre gesicherten Kurien bzw. politischen Milieus (stets konservativer Großgrundbesitz, stets demokratische Stadt Lemberg) zurückzuziehen. Im Weiteren verhinderte das mit der selbstzugeschriebenen Autorität des Bewahrers nationaler Solidarität agierende Zentralwahlkomitee die Emanzipation der Demokraten im Rahmen des Wahlaktes, aus der wiederum eine selbständige Parteiorganisation hätte erwachsen können.

Prinzipiell agierte auch das ruthenische Lager unter den Prämissen des Privilegienwahlrechts und einer nur dünnen, informell vernetzten Schicht politischer Akteure. Im Unterschied zu den gleichzeitig aktiven polnischen Organisationen war der ebenfalls als politischer Verein konstituierte konservativ-russophile Ruthenische Rat nicht nur auf die parlamentarischen Vertretungsorgane ausgerichtet, sondern auch als Wahlorganisation tätig. Damit war seine politische Autorität ungleich größer und vor allem auf Dauer angelegt. Auch das Problem der territorialen sowie kurialen Zersplitterung war im ruthenischen Fall nicht gegeben, da sich die Wählerbasis auf die ostgalizische Landbevölkerung beschränkte. Dem Ruthenischen Rat kann man daher durchaus die Qualität einer auf Honoratiorenbasis organisierten Nationalpartei zusprechen, wobei die Honoratioren nicht dem bürgerlichen Typus entsprachen, sondern sich vorwiegend aus dem Klerus rekrutierten. Im Rahmen der politischen Geschichte der Habsburgermonarchie lässt sich der Ruthenische Rat mit den als Nationalpartei ähnlich dominanten Alttschechen in Böhmen vergleichen, die freilich einen weit höheren Grad an Organisation und personeller Dichte aufwiesen.

Die 1890er-Jahre bilden die zweite Zäsur in der Parteiengeschichte Galiziens. Mit Ausnahme der polnischen Nationaldemokraten und Konservativen formierten sich zwischen 1890 und 1900 alle inzwischen entstandenen politisch-ideologischen Strömungen in Or-

ganisationen, die sich selbst als „Partei“ deklarierten und damit den Anspruch erhoben, etwas Neuartiges, Modernes zu sein. Das Neue lag in der proklamierten Rolle der Volksmassen, die zwar schon zuvor in zunehmender Weise als Objekt einer aufzubauenden Nationalgesellschaft vorgekommen waren, nun aber zumindest in der Rhetorik zur eigentlichen Grundlage und Substanz einer zukünftigen Gesellschaft erklärt wurden. In allen Fällen kam der wesentliche intellektuelle Anstoß zu einer solchen Parteigründung zunächst von außen, wobei allerdings der heimische Boden aufgrund der seit 1867 herrschenden freiheitlichen Verhältnisse wohl vorbereitet war. Dies gilt für die ruthenischen Radikalen (R-URP), die Sozialdemokraten (GPSD) wie auch (als Spezialfall) für die Jüdisch-Nationalen. Vorausgegangen war eine Phase der ideologischen Formierung und organisatorischen Vorbereitung in den 1870er- und 1880er-Jahren, die vorwiegend in den intellektuellen Zentren der Teilungsmächte und in der Emigration stattgefunden hatte. Am stärksten autochtone Züge wiesen die Bauernparteien auf, vor allem der nur lokal verankerte Verband der Bauernpartei (ZSCh), aber auch die Volkspartei (SL bzw. PSL), die nicht nur auf das Gedankengut der *Narodniki*, sondern auch auf das demokratische Milieu Lembergs zurückgreifen konnte.

Auch die christlichsozial-antisemitischen Parteien vermochten einerseits auf einem soliden katholischen Fundament sowie einer galizischen Einzelerscheinung (Stojałowski) aufzubauen, verdankten aber andererseits ihre am Ende der 1890er-Jahre kulminierende Aktivität außergalizischen Inspirationsquellen, der päpstlichen Enzyklika *Rerum Novarum*, den Katholikentagen sowie der Ausstrahlung des Volkstribuns Karl Lueger. Lassen sich also die Parteigründungen der früheren 1890er-Jahre als Konsequenz und Abschluss vorangegangener politisch-ideologischer Entwicklungen externer und interner Art verstehen, so stand die Zeit um die Jahrhundertwende im Zeichen der Umwandlung der bestehenden älteren Formationen („Fraktionsparteien“, Honoratiorenparteien und -vereine) in modernere Organisationen. Dieser Vorgang kann als verspätete Reaktion der traditionellen Kräfte auf die Schaffung jener neuartigen Parteiorganisationen verstanden werden, deren Konkurrenz infolge der Wahlrechtserweiterung von 1897 (Einführung der Allgemeinen Wählerkurie) nun unmittelbar spürbar wurde. Konkret zu nennen sind die Polnische Demokratische Partei (PSD, 1900), die ukrainophile Nationaldemokratische Partei (UNDP, 1899) und die russophile Ruthenisch (Russisch)-Nationale Partei (RNP, 1900). Während im Falle der PSD der Innovationsschub von einem in Krakau konzentrierten linken Flügel der Demokraten kam, erhielt die UNDP ihren wesentlichen Anstoß zur Neukonstituierung auf der Grundlage des bestehenden Volksrats durch Sympathisanten aus der Radikalen Partei. Die RNP war hingegen zunächst nicht viel mehr als eine Reaktion auf jene vorangegangenen ruthenischen Parteibildungen der Jahrhundertwende.

Als dritte Zäsurmarke lassen sich die Jahre 1905 bis 1907 erkennen, bedingt durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum österreichischen Reichsrat und den Widerhall der politischen Umwälzungen in Russland. In diesen Jahren fanden wichtige Neugründungen (Polnische Nationaldemokratische Partei 1905, Jüdische Nationalpartei 1906, Partei der Nationalen Rechten 1907) bzw. Abspaltungen (Jüdische Sozialdemokratische Partei 1905) statt. Auch die Spaltung der Russophilen im Jahre 1909 hatte ihren Ursprung in jenen fundamentalen Neuentwicklungen. Gleichzeitig mit der Verfestigung der politischen Landschaft in Gestalt eines weiter diversifizierten Parteienspektrums wurde jedoch ein gegenläufiger Prozess wirksam, nämlich der Versuch, die nationalen La-

ger im Sinne einer Überbrückung der internen Gegensätze wieder zu konsolidieren. Das war kein spezifisch galizisches Phänomen. Aufschlussreiche Parallelen gibt es in anderen Teilen der Monarchie, denkt man etwa an die tschechischen „Volksräte“ in Böhmen.

In Galizien erfuhren die nationalistischen Emotionen den stärksten Auftrieb nach der Jahrhundertwende einerseits durch die gesamtpolnische Reaktion auf die preußische Germanisierungspolitik und andererseits durch den im Zuge der Demokratisierung und Massenmobilisierung intensivierten polnisch–ruthenischen Konflikt. In der politischen Alltagsrhetorik fand diese nationale Bedrohungslage allerdings viel stärkeren Niederschlag als in der eigentlichen Organisationsbildung. Nachdem die Statthalterschaft Bobrzyńskis zunächst zur Bildung zweier feindlicher Blöcke im polnischen Lager geführt hatte, gelang es tatsächlich erst in den unmittelbaren Vorkriegsjahren, überparteiliche Organisationen aufzubauen. Einigungsbestrebungen gab es zwar auch im jüdischen Lager, wie die Verschmelzung von ŻPSD und „Sektion“ und die zunehmende Beschäftigung der „politisch Assimilierten“ mit dem jüdischen Schicksal zeigte. Andererseits wirkte sich der nationale Sog der Vorkriegsjahre, der mehr denn je von den Juden Solidaritätsbekundungen zugunsten der dominanten Nationalitäten einforderte, hinderlich auf die weitere Entwicklung gesamtjüdischer politischer Organisationen aus.

Man kann die Gründungsphase der aufgezählten „modernen“ Parteien seit 1890 auch nach typologischen Kriterien zu ordnen versuchen. Als ein erster solcher Typus hat der direkte Weg von der Zeitung zur Partei zu gelten. Das Presseorgan fungierte als Kristallisationskern eines politischen (meist radikalen) Milieus, und dieses wiederum erklärte sich zu einem bestimmten Zeitpunkt selbst zur „Partei“ und sah dies als einen Schritt von der Theorie zur Praxis an. Im Zentrum stand das Programm. Nicht vorhanden war die öffentlich-rechtlich legitimierte Machtbasis außerhalb des Presseorgans. Beispiele sind die ruthenischen Radikalen und die Sozialdemokraten des Jahres 1890. Ein zweiter Typus bildete der Weg von der Fraktion zur Partei. Hier bestand bereits eine politische Machtposition, die nun durch eine Parteigründung in der Gesellschaft verankert werden sollte. Dies war der Weg des aus der katholischen Bauernfraktion geschaffenen ZSCh (1893) und der ruthenischen Nationalkonservativen (KRNS, 1896), typischerweise aber vor allem derjenige der alten Eliten, der Demokraten (PSD, 1900) und der Konservativen (SPN, 1907).

Das häufigste Modell führte vom Verein zur Partei. In diesem Fall bestand bereits eine Präsenz in der Gesellschaft (aber nicht unbedingt in den Repräsentativgremien) durch einen oder mehrere – nicht unbedingt politische – Vereine bzw. Vereinsverbände. Der Schritt zur Proklamation der Partei war dann gleichbedeutend mit einer angestrebten Partizipation an den parlamentarischen Vertretungskörpern. Folglich wirkten hier oftmals Reichsrats- oder Landtagswahlen als Initialzündung für den Gründungsakt. Dieser Weg war kennzeichnend für die Volkspartei (aus dem Lemberger Polnischen Demokratischen Verein), die Jüdische Nationalpartei (aus zionistischen Vereinen), die Katholische Nationalpartei (SKN 1896; aus christlichen Arbeitervereinen), die ruthenische Nationaldemokratische Partei (UNDP 1899, aus dem Volksrat), die Ruthenisch (Russisch-) Nationale Partei (RNP 1900, aus dem Ruthenischen Rat), die polnische Nationaldemokratische Partei (SDN 1905; aus der Nationalen Liga) oder die Neugründung der Polnischen Demokratische Partei (PSD 1907; aus dem Krakauer „Demokratischen Verein“). Bei den sozialdemokratischen Parteien entwickelte sich das Arbeitervereins- und Gewerkschaftswesen im Unterschied zum westeuropäischen Modell nicht vor der Gründung der Partei, sondern

parallel zu deren Ausbau. Als vierter Typus hat die Parteigründung durch Sezessionen bzw. Spaltungen einer bestehenden Partei zu gelten. Beispiele hierfür sind die Abspaltungen der ruthenischen und später der jüdischen Sozialdemokraten sowie die Spaltung der Russophilen im Jahre 1909 und der PSL 1912/13.

Dies sind selbstverständlich Idealtypen, die in der Wirklichkeit vor allem in Mischvarianten vorkamen. So spielte die ideelle oder organisatorische Vorbereitung durch ein Presseorgan überall eine entscheidende Rolle, etwa wenn es um die Integration bestehender Vereine als Wegbereitung für ein integriertes politisches Milieu ging oder wenn die Sezession einer Gruppierung durch eine Zeitung angebahnt wurde. Im Falle der UNDP waren neben Bemühungen, den Volksrat auf eine moderne Parteibasis zu stellen, auch sezessionistische Tendenzen in der Radikalen Partei ausschlaggebend. Die SPN war nicht nur eine Schöpfung konservativer Parlamentarier, sondern wuchs auch heraus aus dem politischen Verein des „Konservativen Klubs". Andere Beispiele wären zu nennen.

Hinsichtlich der Rechtsform der seit 1890 entstandenen „modernen" Parteien ergibt sich bereits aus den eben getroffenen Feststellungen (vom Verein zur Partei), dass diese selbst in der Regel keine Vereine waren (Ausnahmen: ZSCh, SPN), sondern Konstruktionen auf der Basis von institutionalisierten Personengeflechten (Vertrauensmännern, Komitees) und dem zugehörigen Meinungsorgan. Dieses Letztere veröffentlichte und interpretierte das Parteiprogramm, zitierte seitenweise die Reden der parteieigenen Parlamentarier und berichtete in aller Ausführlichkeit über die Parteitage. Die Presse konstituierte also gewissermaßen die Partei in einem diskursiven Raum, wo dies auf legal-institutionellem Wege nicht möglich war. Tatsächlich kam der politische Verein als Rechtsform einer den lokalen Rahmen sprengenden Partei nicht in Frage, weil das Vereinsgesetz die Gründung von Filialen verbot (siehe Einleitung). Das Überschreiten des lokalen Rahmens war jedoch zu Zeiten des Massenwahlrechts und der sich verdichtenden Mediengesellschaft eine Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Bestehen in der politischen Zukunft.

Dem Schritt vom Verein zur Partei lag daher entweder die Entscheidung zugrunde, den lokalen Rahmen zu sprengen oder aber ein bereits aufgebautes disparates Vereinsnetz zu einem politischen Verband ohne Vereinscharakter zusammenzubinden. Andererseits trug die ungeklärte Rechtssituation gegen außen, aber auch gegenüber den konstituierenden Elementen selbst wesentlich zur Instabilität der Parteien bei. In nicht wenigen Fällen kam es daher in den Vorkriegsjahren zu Bestrebungen, parallel zu den bestehenden Parteistrukturen den Weg zurück zum Verein zu finden, die Parteistrukturen also mit einem Netz von Einzelvereinen zu verknüpfen und damit in der Basis abzusichern. Die Aufgabe dieser sekundären Vereinsbildung war es also, ein solides Fundament für die Partei und deren Beziehung zur politischen Gefolgschaft herzustellen. Das schien besonders dort angezeigt, wo man sich nicht auf das freie Versammlungsrecht stützen konnte, also in Ostgalizien unter den ruthenischen politischen Organisationen. Dass nach der Jahrhundertwende nun doch die politischen Vereine zu einem kommunizierenden Netz verbunden werden konnten, hing wesentlich damit zusammen, dass angesichts der realpolitisch veränderten Situation die politische und gerichtliche Praxis in keiner Weise mehr der ursprünglichen prohibitiven Intention des § 33 Vereinsgesetz entsprach.

Wie stand es nun aber mit jener sogenannten „Modernität" der Parteien seit 1890? Drei Aussagen sind wesentlich. Erstens: Moderne Partei zu sein war zunächst einmal ein Anspruch auf eine bestimmte Qualität, die mit politischer Handlungsfähigkeit im Dienste

der anvisierten politischen Gemeinschaft (zumeist der Nation) zu tun hatte. Die objektivierbare Wirklichkeit lag vor allem in der Frühzeit von diesem Anspruch zumeist weit entfernt. Zweitens (und andererseits): Betrachtet man die Kriterien für eine moderne Partei (Organisationsdichte, Permanenz, Bürokratisierung, Symbolik etc.), so lässt sich in allen Fällen nachweisen, dass eine Entwicklung in Richtung einer derart verstandenen Modernität stattgefunden hat. Wenn die Umsetzung nur partiell gelang, so lag dies vorwiegend an den strukturellen Problemen einer gesellschaftlich „rückständigen", territorial sehr ausgedehnten und im Innern heterogenen Provinz. Einige Punkte sollten erwähnt werden. Da die Initiative zur Gründung von Parteien beinahe ausschließlich aus dem urbanen Intelligenzmilieu kam (Ausnahme: ZSCh), stellte die politische Mobilisierung und Organisierung des ländlichen Raums eine der großen allgemeinen Herausforderungen für das entstehende Parteiwesen dar. Nur über die erfolgreiche Eroberung der Provinz konnte sich eine Organisation zur Massenintegrationspartei entwickeln. Auf dem Wege dorthin war allerdings die hohe Analphabetenrate und die tief verwurzelte kulturelle Dominanz von Landadel und Klerus zu überwinden. Die territoriale Weite des Kronlands war ebenfalls trotz verbesserten Kommunikationsbedingungen ein allgemeines Problem der effizienten Organisation.

Im Falle der polnischen (teilweise auch der national-jüdischen) Parteien akzentuierte sich dieses Problem in der Schwierigkeit, das unterschiedlich ausgeprägte west- und ostgalizische Milieu mit den jeweiligen Zentren Krakau und Lemberg zu einer Einheit zu integrieren. Auch dort, wo es zum Aufbau bürokratischer Strukturen (Signum: Parteikanzlei) kam, gelang es nur mit Mühe, die Partei von der traditionellen Form der Gesinnungsgruppe mit dem Presseorgan als geistigem und logistischem Zentrum zu einer Organisation mit direkt erfassten, zahlenden Mitgliedern umzuformen. Mangelnde Disziplin der „Vertrauensmänner" bzw. der lokalen Komitees sowie eine ungenügende Zahlungsmoral der Mitglieder führten zu dauernden finanziellen Engpässen der Partei, die dadurch weiterhin in Abhängigkeit der (dank Diäten) zahlungsfähigen Parlamentarier oder einzelner liquider Gönner blieb, anstatt sich zu einer anonymen, atomisierten Organisation zu entwickeln. Drittens: Nimmt man den Stand vor dem Ersten Weltkrieg, so kann man trotz allen Einschränkungen am ehesten PSL, PPSD, SDN und UNDP als moderne Parteien bezeichnen. Weder den polnischen Konservativen noch den Demokraten gelang es, ihre politische Klientel wesentlich auf die Bevölkerungsmasse auszudehnen, obwohl auch sie neue Formen der Organisation schufen. Andere Parteien blieben zu sehr lokal (ZSCh), zu zersplittert (Christlichsoziale) oder insgesamt zu schwach (USDP), um ein dynamischeres Potenzial als moderne Partei zu entwickeln.

Schließlich gibt es noch eine letzte Möglichkeit, das galizische Parteiwesen in seiner Gesamtheit zu betrachten: Quer zur üblichen, nach nationalen Kriterien bestimmten Laufrichtung kann man nach übergreifenden gesellschaftspolitischen Grundpositionen fragen. Allein ein Blick auf die Selbstbezeichnungen legt den Gedanken nahe, dass überall ähnliche politisch-ideologische Mechanismen am Werk waren. So gab es zwei Nationaldemokratische Parteien, eine polnische und eine ruthenische. Ein Vergleich fördert Gemeinsamkeiten zwischen beiden zutage, aber auch fundamentale Unterschiede. Gemeinsam war der Anspruch, eine national-integrative Funktion in der jeweiligen politischen Gesellschaft zu erfüllen, also jene zu Beginn dieses Abschnitts erwähnten negativen Diskurse über den zersetzenden Charakter des modernen Parteiwesen zu überwinden. SDN und UNDP kann-

ten also beide jenen totalen Vertretungsanspruch gegenüber der Gesellschaft, der sie zur Überzeugung brachte, dass ihre eigene Existenz im Grunde alle anderen Parteien überflüssig mache.

Durchaus unterschiedlich war jedoch die Ideologie und Programmatik im engeren Sinne. Dies hing nun primär mit den divergenten Voraussetzungen in den jeweiligen nationalen Gesellschaften zusammen. Die SDN war weit davon entfernt, real eine dominante Rolle innerhalb des polnischen politischen Spektrums zu spielen. Ihr Anspruch auf nationale Integration basierte auf einer – vorwiegend außerhalb Galiziens – formulierten Ideologie, nämlich der politischen Theorie und Weltanschauung des modernen integralen Nationalismus mit all seinen konstitutiven Komponenten der Ausgrenzung des Fremden. Anders die UNDP: Ihr integrativer Anspruch gründete kaum auf einem ausgearbeiteten theoretischen Konzept, sondern schlicht auf dem Faktum, dass sie infolge ihrer vorherrschenden politischen Position innerhalb der ruthenischen Gesellschaft Galiziens tatsächlich die verschiedensten Gesellschaftsgruppen unter ihrem Dach zu vereinigen vermochte. Die Folge zeigte sich in der Programmatik: Die SDN ist uneingeschränkt als nationalistische Partei zu bezeichnen, während die UNDP eher nationalliberale Züge trug.

Gemeinsame Namen können also durchaus zu Fehlschlüssen verleiten, gerade dort, wo es sich um solche Allerweltsbegriffe wie „national“ und „demokratisch“ handelt. Zielführender erscheint die Feststellung, dass es in allen nationalen Lagern ein Kategoriensystem politisch-inhaltlicher Art gab, das eingespannt war in die (rhetorisch aufgeladenen) Positionen konservativ, gemäßigt und radikal. Tatsächlich lässt sich das politische Selbstverständnis der einzelnen Parteien, ausgedrückt in ihren Parteiprogrammen, Parteitagsresolutionen und symbolischen Handlungen, in ein nationalitätenübergreifendes Bezugssystem bringen. „Harmonie“ statt „Anarchie“ etwa war eine Denkkategorie, die von den polnischen Konservativen, den ruthenischen Nationalkonservativen, den Russophilen und den polnisch-„assimilierten“ Juden in ihrem Kampf gegen polnische, ruthenische und jüdische Sozialdemokraten sowie gegen die Ukrainische Radikale Partei (R-URP) angewandt wurde. „Liberale“ Positionen, etwa Toleranz gegenüber anderen Nationalitäten oder Schutz vor staatlicher Willkür zugunsten gesellschaftlicher Eigenverantwortung, wurden auch von der jeweiligen politischen Mitte reklamiert, ebenso sozial und politisch progressive Inhalte (Sozialgesetzgebung, Wahlrechtsreform).

Gerade diese Mitte war es allerdings, deren partielle Progressivität durch den modernen Nationalismus bzw. die Überlagerung aller politischen Inhalte durch das Argument der nationalen Interessenwahrnehmung ausgehöhlt wurde. Das beste Beispiel für die Ambivalenz der politischen Entwicklung zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg bietet wiederum die Wahlreformfrage, bei der die politische Mitte einerseits sukzessive die zuvor linken Demokratisierungspostulate übernahm, andererseits aber zu Ausnahmen flüchtete, um den eigenen „nationalen Besitzstand“ zu retten. Allerdings sind Programme und Parteitage in einer politischen Kultur, in der Rhetorik mehr als Inhalte, Essayistik mehr als Analyse zählte und in einem politischen System, wo inhaltliche Positionen der Parteien nicht im Wechselspiel mit einer potentiellen Regierungsverantwortung standen, ohnehin zu einem nicht unwesentlichen Teil Deklamationen.

II. Wahlen

A. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus und seine Ausprägung in Galizien

Im Konstitutionalismus widerspiegelt die gesetzliche Ausgestaltung des Wahlrechts zu den parlamentarischen Körperschaften die Interessen und das Selbstverständnis der jeweils bestimmenden Eliten. Gleichzeitig determiniert das Wahlsystem zu einem hohen Grade die soziale Zusammensetzung des Parlaments und damit die Qualität politischer Entscheidungen und übt einen maßgeblichen Einfluss auf die Beziehung des Bürgers zum Staat und damit auf die zivilgesellschaftliche Gesamtentwicklung aus. Mit dem „Grundgesetz über die Reichsvertretung" von 1861/1867 wurde in der österreichischen (cisleithanischen) Reichshälfte der Habsburgermonarchie ein Zweikammersystem eingeführt. Das für die gewählte Kammer, das Abgeordnetenhaus, gültige Wahlrecht basierte auf drei Grundgedanken der Repräsentation: (a) der Gebietskörperschaftsvertretung, (b) der Interessenvertretung und (c) der wahlrechtlichen Exklusivität. Die beiden erstgenannten Grundlagen wurzelten in dem alteuropäischen Verfassungsprinzip, wonach nicht das Individuum, sondern das Kollektiv als Rechtssubjekt zur Vertretung in einer Repräsentativkörperschaft legitimiert ist. Die Beschränkung des Wahlrechts lässt sich mit dem bürgerlich-liberalen Modell in Verbindung bringen, welches politische Berechtigung mit Vermögen, Bildung, gesellschaftlichem Status und Geschlecht koppelt.[1])

a) Das Prinzip der Gebietskörperschaften definierte die historischen Länder der habsburgischen Krone als konstituierende Einheiten des Abgeordnetenhauses. Bis 1873 war diese körperschaftsbildende Funktion der Länder besonders ausgeprägt, da der Reichsrat im Sinne eines Ausschusslandtages durch die einzelnen Länderparlamente beschickt wurde. Nach 1873 trat dieser Charakter zurück, blieb jedoch nach wie vor bestimmend, weil die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses weiterhin primär über einen nach Kronländern definierten Verteilungsschlüssel erfolgte. Weder die „kleine" (1897) noch die „große" Wahlreform (1907) stellten dieses Prinzip in Frage. In dieser Hinsicht erweist sich auch die relative Untervertretung des Kronlands Galizien, dem wir uns hier widmen, als Element der Kontinuität über die wahlrechtlichen Einschnitte hinweg. Wenn aus der folgenden Tabelle II.1 dennoch insbesondere für 1907 eine Annäherung der Vertretungsziffer Galiziens an den cisleithanischen Durchschnitt hervorgeht, so hing dies weniger mit dem Gedanken der Volksvertretung zusammen, als vielmehr mit der Verhandlungsstärke der Polen im Wahlreformausschuss sowie dem Prinzip der (unten zu erläuternden) Doppelwahlkreise. Ansprüche auf eine gerechte nationale Repräsentation konnten, obwohl mit statistischen Materialien unterlegbar, gesetzlich nur über eine entsprechende Mandatsdotierung der Kronländer erreicht werden, da das Parlament auf einem territorial-föderalen und nicht einem nationalitäten-föderalen Prinzip beruhte.[2])

---

[1]) Vgl. Brauneder, Verfassungsentwicklung, hier insbesondere S. 213–221.

[2]) Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch, Jg. 1912, S. 4; Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern für das Jahr 1897/1900–1901/1907/1911. Bearbeitet von der k. k. statistischen Central-Commission, in: Österreichische Statistik, Bd. 49/59/84/NF 7. Als Grundlage für die Zivilbevölkerung wurden die Volkszählungen von 1890 (Wahljahr 1891), 1900 (1900/01) bzw. 1910 (1911) genommen, während sich die Zahlen für 1897 und 1907 auf die berechnete Bevölkerung von 1895 bzw. Ende 1906 beziehen.

Tabelle II.1: Vertretung Galiziens im Abgeordnetenhaus

Wahljahr	Zivilbevölkerung Cisleithanien	Zivilbevölkerung Galizien	%	Anz. Mandate Cisleithanien	Anz. Mandate Galizien	%
1891	23,707.906	6,554.415	27,65	353	63	17,85
1897	24,789.932	6,956.699	28,06	425	78	18,35
1900/01	25,921.671	7,224.673	27,87	425	78	18,35
1907	27,355.419	7,670.099	28,04	516	106	20,54
1911	28,324.940	7,962.426	28,11	516	106	20,54

b) Das zweite korporative Prinzip, die Interessenvertretung, kann als eine modernisierte Variante des ständischen Repräsentationsgedankens interpretiert werden. Demnach waren die Wahlberechtigten verschiedenen ihrem Berufsstand entsprechenden Wählerkurien (zeitgenössisch zumeist als „Wählerklassen" bezeichnet) zugewiesen, welche ihrerseits einen bestimmten Anteil am parlamentarischen Gesamtkörper einnahmen. In der Regel, auch in Galizien, handelte es sich um die vier Kurien Großgrundbesitz, Städte, Handels- und Gewerbekammern sowie Landgemeinden. Anzahl, Art und Anteil dieser Kurien im Abgeordnetenhaus hingen von den im Jahre 1861 (Februarverfassung) geschaffenen Landesordnungen ab. Auch nach der Einführung direkter Reichsratswahlen wurde das Prinzip fortgesetzt, dass die Ausgestaltung des Wahlrechts nach Maßgabe der Bestimmungen in den einzelnen Landtagen zu erfolgen habe.[3]) Problematisch war die Zuweisung einzelner Orte zur zweiten (Städte) bzw. vierten (Landgemeinden) Kurie. Die im Jahre 1861 definierte Kurienzugehörigkeit widersprach zunehmend der demographischen Realität, besaßen doch einige in der vierten Kurie wählende Orte eine höhere Einwohnerzahl als manche andere, welche in der zweiten Kurie wählten. Letzteres war abgesehen von der günstigeren Vertretungsziffer insbesondere deshalb ein Privileg, weil die Städtekurie direkt wählte, während die Wähler der Landgemeindekurie ihre Abgeordneten über Wahlmänner (1 Wahlmann pro 500 Einwohner) zu bestellen hatten.[4])

Ein integraler (und politisch intendierter) Bestandteil des Kurienwahlsystems war die unterschiedliche Gewichtung der vertretenen Interessengruppen. Für Galizien galten die in der folgenden Tabelle II.2 wiedergegebenen Vertretungsziffern[5]).

---

[3]) Zu nennen sind etwa die erforderlichen Mindeststeuern bei der Großgrundbesitzer-Kurie, welche zwischen 50 und 250 fl. lagen. In Galizien waren es 100 fl. Im Zusammenhang mit der galizischen Besonderheit der Trennung von Gemeinde und Gutsbesitz stand die zusätzliche Bestimmung, dass diejenigen Großgrundbesitzer, welche jene Steuergrenze nicht erreichten, automatisch den Status eines Wahlmannes in dem jeweiligen indirekt bestellten Landgemeindewahlkreis erhielten. Sowohl hinsichtlich des Prinzips der Direktwahl in der 4. Kurie als auch der Zensusbestimmung lautete der Grundsatz, dass im Falle weitergehender Rechte in den Ländern diese gegenüber dem vereinheitlichten Reichsratswahlrecht nicht geschmälert werden dürften.

[4]) Obwohl eine „Umstufung" der Städte innerhalb der Reichsratswahlkurien prinzipiell möglich gewesen wäre, erwies sich in der Praxis in Galizien die Handhabung des Landtagswahlrechts als flexibler. Hier passte der Gesetzgeber die rechtliche Situation durch zwei Gesetzesnovellen in den Jahren 1896 und 1900 den veränderten Bedingungen an. Einige Jahre zuvor, im Jahre 1889, hatten 30 Städte, darunter solche der Städte- und solche der Landgemeindekurie, spezielle Gemeindestatute erhalten, die sie gemeinsam von dem Rest der Gemeinden abhoben. Siehe Landesgesetzblatt 1889, Nr. 24 und die Zusammenstellung bei Grodziski, Sejm Krajowy, Bd.2, S. 24 f.

[5]) Quelle: Österreichische Statistik 54. Bd., 3. Heft, S. VI, Tab. VIII.

Tabelle II.2: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen und deren Gewichtung in Galizien

Jahr	GG	Abg/Wb	SG	Abg/Wb	HGK	Abg/Wb	LG	Abg/Wb	AWK	Abg/Wb
1891	20	108	13	2.526	3	29	27	19.154	–	–
1897	20	109	13	3.094	3	31	27	19.882	15	88.336
1901	20	110	13	3.454	3	30	27	20.632	15	86.835
1907	–	–	34	5.467	–	–	72	17.527	–	–
1911	–	–	34	6.345	–	–	72	17.855	–	–

GG = Großgrundbesitz-Kurie; SG = Stadtwahlkurie bzw. (seit 1907) Stadtwahlbezirke; HGK = Handels- und Gewerbekammerkurie; LG = Landgemeindekurie bzw. (seit 1907) Landwahlbezirke; AWK = Allgemeine Wahlkurie; Abg/Wb = Abgeordnete pro Wahlberechtigte

Die Hinzufügung einer fünften, „allgemeinen" Wählerkurie im Jahre 1897 führte ein neues Element ein, das abgesehen von seinem gesamtpolitischen Signal einen gravierenden Schritt in der Auseinanderentwicklung von Landtags- und Reichsratswahlrecht darstellte.[6]) Diese Wahlreform tangierte zwar nicht das Prinzip der Kurienwahl, brach aber doch mit der Logik der Interessenvertretung, da die neu repräsentierte „Allgemeinheit" offensichtlich keinen spezifischen Interessen zugeordnet werden konnte. Das 1897 bis 1907 gültige Wahlrecht lässt sich als eine vorübergehende Zwitterkonstruktion zwischen dem korporativen Interessen- und dem modernen Volksvertretungsmodell beschreiben. 1906 wurde das Allgemeinheitsprinzip auf das gesamte Haus ausgedehnt, der Gleichheitsgedanke durch die Abschaffung der Kurien und des Pluralwahlrechts eingeführt und die direkte und geheime Wahl überall verankert. Dieses vierteilig bestimmte „demokratische" Wahlrecht (im Polnischen nannte man es prägnant *czteryprzymiotkowy*, also etwa „viermerkmalig") definierte das Abgeordnetenhaus nun als Volksvertretung, während die Landtage weiterhin als Interessenvertretungsparlamente zu gelten hatten.[7])

Es gab allerdings auch bedeutsame Elemente der Kontinuität über 1907 hinaus. Dazu gehörten das fundamental wichtige Ordnungsprinzip des Mehrheitswahlrechts mit Einerwahlkreisen (hier bildete Galizien seit 1907 teilweise eine Ausnahme, siehe unten), die Beschränkung des Wahlrechts auf Männer und die beibehaltene Trennung in Stadt- und Landwahlkreise. Die Bevorzugung der Stadt- gegenüber den Landgemeinden, welche zu Kurienwahlzeiten durch die Übervertretung des Großgrundbesitzes (der allerdings nur mit Vorbehalt dem Landmilieu zuzuordnen war) etwas ausgeglichen wurde, fand ebenfalls seine Fortsetzung in den entsprechend definierten Wahlkreisen. Freilich waren die Städtewahlkreise von 1907 ff. wiederum nur bedingt als städtisch zu bezeichnen: Gerade in Ga-

---

[6]) Näheres zur innergalizischen Debatte um die Wahlreform von 1897 bei Binder, Polen, Ruthenen, Juden 1. Bd., S. 37–39.

[7]) Zum Verhältnis von Ländern und Gesamtstaat siehe auch Hans Peter Hye, Die Länder im Gefüge der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 2427–2464, hier S. 2458. Zur Wahlreform von 1907 siehe die Darstellungen von William A. Jenks, The Austrian Electoral Reform of 1907, New York 1950 und Mathias Weiss, Die Ausbreitung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der westlichen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, phil. Diss., Heidelberg 1965; Werner Kretschmer, Die Ausbildung des Wahlrechts in Cisleithanien. Die geschichtlichen, rechtlichen und politischen Fundamente des österreichischen Wahlrechts, rechtswiss. Diss., Graz 1990.

lizien hatte man eine geradezu abenteuerliche Wahlkreisgeometrie betrieben, um die nationalpolitischen Intentionen des Wahlgesetzes realisierbar zu machen. Die dabei aus der politischen Karte herausgestanzten „städtischen" Wahlbezirke waren nicht nur territorial zerstückelt, sondern vereinigten in sich Gemeinden verschiedenster Größenordnung, von der mittelgroßen Provinzstadt bis zum 1000-Seelendorf. Nicht selten fehlte innerhalb eines Städtewahlbezirks der Hauptort des ihn konstituierenden Gerichtsbezirks, während eine Reihe völlig unbedeutender Gemeinden dieses Gerichtsbezirks in ihn aufgenommen worden waren.[8])

c) Das Exklusivitätsprinzip bezieht sich nicht auf die politische Gewichtung vordefinierter Kollektive in Bezug auf deren Vertretungsstärke im Parlament, sondern auf die prinzipielle Zulassung des einzelnen Bürgers zur Wahlurne. Sein Gegenprinzip ist das Wahlrecht als demokratisches Volksrecht. Exklusivität wurde in der Kurie des Großgrundbesitzes durch eine Kombination von Besitzklasse (Tabularbesitz) und Steuerleistung (mindestens 100 Gulden direkte Steuern), in der Handels- und Gewerbekammer allein durch die Zugehörigkeit zur entsprechenden Funktionsgruppe (Kammermitgliedschaft) hergestellt. In den Stadt- und Landwahlkurien beschränkte der Zensus das Wahlrecht auf die vermögenderen Schichten. Bemühungen um eine Ausdehnung des Wahlrechts konzentrierten sich denn auch auf diese beiden zuletzt genannten Kurien. Ein erster Schritt in diese Richtung gelang im Jahre 1882 mit der Herabsetzung des Zensus in diesen Kurien von 10 auf 5 Gulden, wobei allerdings wegen der Vorrangigkeit des Gemeindewahlrechts die tatsächlichen Auswirkungen auf den Umfang der Wählerschaft je nach Gemeinde und damit in Summe auch je nach Kronland unterschiedlich waren. Galizien gehörte zu den am geringsten Betroffenen: Der Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung blieb in der Landgemeindekurie unverändert bei 9,2 % (bei einem Anstieg von 6,4 % auf 7,7 % in Cisleithanien) und stieg in der Stadtgemeindekurie nur insignifikant von 6,8 auf 7,0 % (in Cisleithanien von 5,0 auf 7,0 %). Für die polnischen Eliten Galiziens erwiesen sich die staatspolitischen Implikationen dieser Reform, also der mit ihr verbundene zentralistische Grundgedanke, bedeutsamer als die von Taaffe intendierte Erweiterung der Wählerbasis.[9])

In den 1890er Jahren scheiterte zunächst die gänzliche Abschaffung des Zensus in den genannten Kurien (1893), während die abermalige Senkung desselben von 5 auf 4 Gulden (1896) politisch weitgehend unterging angesichts der im selben Jahre beschlossenen Einführung der Allgemeinen Wählerkurie. Unter dem Aspekt der Wahlberechtigung und damit der Definition der politischen Gemeinschaft im engeren Sinne war diese letztgenannte Reform tatsächlich der größte Einschnitt in der gesamten Wahlgeschichte. Weil damit bis-

[8]) Vgl. Karte 2 am Ende dieses Buches.

[9]) Österreichisches Statistisches Handbuch für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, hrg. von der k. k. statistischen Central-Commission, 4. Jg. (1885), Wien 1886, S. 246. Laut Berechnungen der Tageszeitung *Czas* wären bei Anwendung der neuen Zensusbestimmungen im Jahre 1879 in den Städtewahlkreisen nur 1900 Personen mehr wahlberechtigt gewesen. In vier von 11 Wahlkreisen, darunter in Lemberg, wären keine zusätzlichen Wähler hinzugekommen, da in den betreffenden Stadtgemeinden die Fünf-Gulden-Grenze bereits unterschritten war. Das Prinzip der Vorrangigkeit des Gemeinde- bzw. Landtagswahlrechts wirkte sich in Galizien besonders stark gegen eine durchschlagende Veränderung durch die Reform von 1882 aus. Czas 29. 4. 1885 (97), S. 2.

her chancenlose politische Kräfte den Zugang zu den parlamentarischen Foren erhielten, waren die innenpolitischen Erschütterungen in diesen Jahren auch in Galizien ebenso groß wie zehn Jahre später im zeitlichen Umfeld der „großen" Wahlreform. Neben Status und Vermögen beruhte das Exklusivitätsprinzip auf dem Geschlecht. Als einzige Ausnahme bestand das durch einen Bevollmächtigten auszuübende Wahlrecht von Inhaberinnen eines Tabularbesitzes in der 1. Wahlkurie. Auch nach 1897/1907 wurde, einem weitgehend männlich dominierten Konsens folgend, die weibliche Bevölkerung aus dem Diskurs über wahlrechtliche „Allgemeinheit" ausgeklammert. Insgesamt blieb also bis zur Auflösung des habsburgischen Staates die Tatsache maßgebend, dass der Großteil der Bevölkerung nicht wahlberechtigt war und daher nicht zur politisch mündigen Bevölkerung gezählt wurde. Für Galizien gelten ab den 1890er-Jahren die folgenden Zahlenverhältnisse [10]):

Tabelle II.3: Zivilbevölkerung und Wahlberechtigte in Galizien

Jahr	Bevölkerung	Wahlberechtigte	%
1891	6,554.415	550.108	8,39 %
1897	6,956.699	1,325.036	19,05 %
1901	7,224.673	1,302.476	18,03 %
1907	7,670.099	1,447.786	18,52 %
1911	7,962.426	1,501.282	18,81 %

Kennzeichnend für die in diesem Buch vorwiegend behandelte Zeitperiode, also die letzten zwei Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, erscheint es, dass die im Wahlrecht berücksichtigten Kollektive immer weniger denjenigen entsprachen, welche die Gesellschaft als die eigentlich maßgebenden auffasste. Der einigende Sog der Nationalbewegungen stellte sowohl die auf der dynastischen Vergangenheit beruhenden Ländergrenzen in Frage als auch das Prinzip der Interessenvertretung. Das Kurienwahlrecht ebenso wie die Zensuswahl wirkten sich erheblich zugunsten derjenigen Nationalitäten aus, welche die gesellschaftlichen Elitenpositionen besetzten. Das war in Galizien infolge der Übervertretung des Großgrundbesitzes und der vermögenden städtischen Schichten die polnische Nationalität. Folglich wurden alle Wahlreformdebatten insbesondere seit den 1890er-Jahren von dem nationalen Gesichtspunkt beherrscht, sei dies unter dem Stichwort der national gerechten Repräsentation, der Berücksichtigung nationaler Minderheiten oder auch der Entschärfung des nationalen Konflikts. Nur im Falle Mährens fanden die Nationalitäten als Kollektivsubjekte in der Form nationaler Wahlkörper direkt Eingang in das Reichsratswahlrecht, während dies beim Landtagswahlrecht in drei Kronländern (Mährischer, Bukowinaer und Galizischer Ausgleich) der Fall war.[11]) Der übliche Weg führte über die Definition der Wahlkreise und deren möglichst scharfer Abgrenzung nach dem Kriterium

---

[10]) Quellen: Siehe Anmerkung zu Tabelle II.1. Als Maßzahl für das Jahr 1891 wurde die Summe der Wahlberechtigten in den einzelnen Kurien, für die Jahre 1897 und 1900/1901 die Wahlberechtigten der Allgemeinen Wahlkurie angenommen. Die Differenz zwischen 1897 und 1900/01 war primär bedingt durch die exaktere Erfassung der Wahlberechtigten.

[11]) Vasilij Melik, Zusammensetzung und Wahlrecht der cisleithanischen Landtage, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, S. 1311–1352, hier S. 1335–1339.

der nationalen Verhältnisse. Das galt prinzipiell auch für das Reichsratswahlrecht in Galizien, wobei hier allerdings 1907 noch eine Sonderregelung eingeführt wurde: Mit dem Ziel, der polnischen Minderheit unter der ostgalizischen Landbevölkerung eine Vertretung zu sichern, wurden in den Landwahlkreisen ganz Galiziens zwei Mandate vergeben und damit im Kern ein Proportionalitätsgedanke verwirklicht. Da jeder Wahlberechtigte nur eine Stimme zur Verfügung hatte, stellte man bei Überschreitung eines bestimmten, im Wahlgesetz auf 25 % festgelegten Minderheitenanteils unter Annahme eines national-konsistenten Wahlverhaltens sicher, dass der Minderheit das zweite Mandat zufallen würde. Man rechnete und argumentierte also in nationalen Kategorien, ohne dass freilich im Gesetzestext selbst ein expliziter Hinweis auf die Nationalität als vertretungsberechtigtem Subjekt zu finden gewesen wäre. Von den 106 galizischen Mandaten (bei 70 Wahlkreisen) waren auf diese Weise 78 als „polnische" und 28 als „ruthenische" konzipiert. Auf dieser Grundlage ergab sich eine kalkulierte Bevorzugung der polnischen gegenüber der ruthenischen Nationalität im Verhältnis von 2,2 : 1. Inwieweit diese nationalitätenpolitische Intention des Gesetzes in die Realität umgesetzt würde, hing allerdings von der Wahlpraxis ab, von der Politik der Wahlorganisationen ebenso wie vom individuellen Wahlverhalten.[12])

B. Das Polnische Zentralwahlkomitee und seine Gegner 1861–1897

1. Aufstieg, Blüte und Krise des Polnischen Zentralwahlkomitees

Wenn, wie eben beschrieben, das gesamtstaatlich gültige Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus vor allem bis 1907 in ausgeprägter Weise nach den gesetzlichen Verhältnissen in den Ländern und ihren Landtagen individualisiert war, so gilt dies ebenfalls für die Wahlpraxis, die von der historisch unterschiedlich geprägten politischen Kultur der fraglichen Gebiete bestimmt war. In keinem anderen Kronland spielte eine Wahlorganisation eine vergleichbar herausragende Rolle wie das Polnische Zentralwahlkomitee (*Centralny Komitet Wyborczy*, CKW[13])) in Galizien. Diese Dominanz lässt sich einerseits auf die soziale Führungsrolle der Polen im gesellschaftlichen Gefüge des Kronlands zurückführen, andererseits aber auch auf die besondere kohäsive Kraft des nationalen Gedankens innerhalb der sich zum Polentum bekennenden politischen Gemeinschaft. Aufgrund seines national-solidarischen Selbstverständnisses und seiner hegemonialen Rolle in der galizischen Politik erfüllte das CKW als Wahlorganisation diejenige Funktion, welche der Polenklub des Abgeordnetenhaus als parlamentarische Institution wahrnahm.

Darüber hinaus gab es eine institutionelle und personelle Verschränkung zwischen parlamentarischer Fraktion und Wahlorganisation. Die entscheidende Instanz war in diesem

---

[12]) Dazu Harald Binder, Die Wahlreform von 1907 und der polnisch–ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: Österreichische Osthefte 38/1996, S. 293–320, insbesondere 308–314.

[13]) Genau genommen lautete die häufigere, auch offiziell verwendete Bezeichnung *Centralny Komitet Przedwyborczy.* Die Abkürzung CKW hat sich jedoch eingebürgert.

Fall allerdings nicht der Polenklub des Abgeordnetenhauses, sondern derjenige des Landtags (*Sejmowe Koło Poselskie*). Im Gegensatz zu ersterem war der *Sejm*-Polenklub kein dauerhaft institutionalisiertes Organ mit eigenem Statut, sondern eher eine Ad-hoc-Versammlung der polnischen Fraktionen des Landtags, die nur in bestimmten Situationen tagte. Anlass konnte ein in nationaler Hinsicht besonders brisantes Sachgeschäft sein oder auch Wahlen in die parlamentarischen Kommissionen bzw. in den Landesausschuss, welche ein koordiniertes Vorgehen verlangten. Die bedeutungsvollste Funktion des *Sejm*-Polenklubs war allerdings eben die Wahl der Mitglieder des Zentralwahlkomitees, einer Institution, die nun freilich sowohl die Landtags- als auch (seit 1873) die Reichsratswahlen lenkte. Mit anderen Worten: Auch nach der wahlrechtlichen Entkoppelung von Landtag und Reichsrat bestimmten die polnischen Landtagsabgeordneten via Wahlorganisation über die Zusammensetzung auch des reichsrätlichen Polenklubs. Zwar bürgerte es sich mit der Zeit ein, dass die nicht im Landtag vertretenen Reichsratsabgeordneten an diesen Sitzungen teilnehmen durften. Das Verfahren blieb jedoch insofern an den *Sejm* gekoppelt, als die Wahl stets während der Landtagssitzungen stattzufinden hatte.

Die erwähnte Inkongruenz, also die Bevorzugung des Landtags, hatte allerdings einen tieferen Sinn. Die politischen Vordenker im polnischen Lager begriffen anders als die Verfassungsrechtler in Wien das Verhältnis zwischen beiden Parlamenten nicht als ein rein staatsrechtliches. Vielmehr wurde dem Landtag der Stellenwert eines nationalen Parlaments verliehen, welches auch in Zeiten der verlorenen staatlichen Souveränität aus der Tradition der polnischen Landtage heraus den ungebrochenen nationalen Willen verkörpern sollte. Diese Konzeption spiegelt sich auch in der Terminologie wider, verwendete man doch für den Landtag das Wort *Sejm* (nicht die wörtliche Übersetzung, etwa *Rada Kraju*), während das Zentralparlament zumindest bis in die Siebziger- jahre hinein vielfach als „Rajchsrat" sprachlich gewissermaßen „externalisiert" wurde. Erst in der Folgezeit, im Zuge der positiven Integration der polnischen Eliten in den österreichischen Staat, setzte sich die polnische Übertragung (*Rada Państwa* für Reichsrat, *Izba Posłów* für Abgeordnetenhaus) gänzlich durch. Wenn nun auch nach 1873 die Landtagsabgeordneten über die Organisation der Reichsratswahlen bestimmen konnten, dann signalisierte dies die Überzeugung, dass die politisch-moralische Kompetenz der „national" gewählten Abgeordneten sich auch weiterhin auf das Wiener Abgeordnetenhaus erstreckte. Keineswegs wollte man die 1873 gegen den eigenen Willen erfolgte Aufwertung des Reichsrats vermittels einer entsprechenden Anpassung der Wahlorganisation nachvollziehen und damit legitimieren. Vielmehr sollte es – neben der eigentlichen Wahrnehmung der polnischen Interessen in Wien – gerade die Aufgabe der durch die Wahlorganisation gekürten Reichsratskandidaten sein, die „Verbindung zwischen dem Landesparlament und der Landesvertretung im Reichsrat" zu bewahren, wie es in einer späteren Version des CKW-Reglements ausdrücklich hieß.[14])

Die Bestellung der Wahlorganisation durch die bereits installierten parlamentarischen Eliten war ein pragmatisches Verfahren der Machtkonservierung. Dieses Faktum entging den Kritikern am System selbstverständlich nicht. Progressiv-oppositionelle Kreise nannten das CKW im Hinblick auf sein Rekrutierungsprinzip denn auch spöttisch „Wechsel-

---

[14]) Vgl. § 12 des CKW-Reglements von 1896 in LNB, Fond 59, Teka 399, 1. *Utrzymanie łączność między Sejmem krajowym a reprezentacyą kraju w Radzie Państwa*.

seitige Mandatsversicherungsanstalt“.[15]) Sie bezogen sich damit auf den Umstand, dass die amtierenden Abgeordneten über die von ihnen in das CKW entsandten Exponenten wiederum die Kandidatenauswahl und damit nicht selten auch ihre eigene Wiederwahl betrieben. Die These, das CKW sei vor allem der verlängerte Arm der Landtagsmehrheit, war mit dem Vorwurf des Undemokratischen verbunden, da dieses System auf Klüngelwirtschaft beruhe und das Mitwirken der Bevölkerung verhindere. Zweitens sah man in jenem Mechanismus ein pseudolegitimes Mittel der Konservativen, ihre Vormachtstellung zu verfestigen und zu perpetuieren. Diese doppelte Kritik blieb trotz verschiedener Korrekturen bis 1906 an dem CKW haften und konnte mühelos auch auf dessen Nachfolgeorganisation, den „Nationalrat“ (*Rada Narodowa*, RN) übertragen werden.[16])

Die Geschichte des CKW beginnt unmittelbar vor der Auflösung des ersten, im Jahre 1861 konstitutionell gewählten Landtags. Am 30. Dezember 1866 beschloss die nur lose zusammengefügte Gruppe der polnischen Abgeordneten im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen ein Zentralwahlkomitee zu gründen, welches aus zwei Sektionen zu bestehen habe, einem für West- und einem für Ostgalizien. Seine Aufgabe sollte es sein, für die Durchführung der Wahlen im „nationalen Geiste“ unter Beachtung der „Einheit des Landes“ zu sorgen. Unter diesen Stichworten wurden alle Bestrebungen zusammengefasst, die auf eine Stärkung der polnischen Nationalität in der Habsburgermonarchie und eine Autonomisierung des Kronlands Galizien hinzielten, wie es der Landtag bereits in seiner 9. Sitzung im Jahre 1861 anlässlich der Beschickung des Reichsrats beschlossen hatte.[17]) Ab 1868 bildeten sich zwar im Zusammenhang mit der „Galizischen Resolution“ gewisse Meinungslager im Landtag heraus, die aber, wie oben dargestellt, keinen festen Fraktionscharakter besaßen und eindimensional auf jene staatspolitische Frage ausgerichtet waren. Etwaige innerpolnische politische Lagerbildungen setzten sich auch deswegen nicht im CKW fort, weil unter den im Landtag existierenden Schattierungen hinsichtlich der Bekämpfung des „antinationalen“ Gegners (s. u.) im Lande Einigkeit herrschte.

Als nach 1873 die Stańczyken und die politische Ideologie des Austro-Loyalismus zur hegemonialen Kraft in der Landespolitik avancierten, wurde die polnische Wahlorganisation in die daraus entstehende Konfliktlage hineingezogen. In dieser für die Grundidee der nationalen Einheit nicht ungefährlichen Situation wirkte sich ein zweites Konstruktionsprinzip des CKW aus, das ursprünglich aus rein organisationstechnischen Gründen eingeführt worden war: die Trennung in eine westgalizische und eine ostgalizische Sektion. Diese beiden Teile der polnisch-galizischen Wahlorganisation agierten praktisch selbständig im Wahlkampf. Sie veröffentlichten separate Aufrufe an die Wählerschaft, organisierten selbständig Versammlungen, traten unabhängig voneinander in Kontakt mit den lokalen Personen und Komitees und proklamierten die Kandidaten in ihrem Zuständigkeitsbe-

---

[15]) *Instytucja wzajemnej asekuracji mandatów.* Kurjer Lwowski 30. 7. 1895 (209), S. 1.

[16]) Siehe dazu auch die kursorische Darstellung des Zentralwahlkomitees auf Grundlage der Papiere eines seiner langjährigen Vorsitzenden (Leon Chrzanowski): Jerzy Zdrada, Galicyskie wybory Sejmowe i parlamentarne w latach 1861–1889 [Galizische Sejm- und Parlamentswahlen in den Jahren 1861–1889], in: Rocznik Biblioteki Polskiej Akademii Nauk w Krakowie 19 (1973), S. 229–256.

[17]) Vgl. den Aufruf des Zentralwahlkomitees für Ostgalizien im Januar 1867 in: Gazeta Narodowa 31. 1. 1867 (26), S. 1.

reich. Ausgehend von der Landeshauptstadt Lemberg und ihrem spezifischen national-„progressiven“ Milieu kam es nun seit Mitte der 1870er-Jahre zu einer Oppositionsbewegung gegen die im CKW herrschenden konservativen Prinzipien. Signalwirkung hatte eine Wählerversammlung in Lemberg im Juli 1876 im Vorfeld der Landtagswahlen desselben Jahres, die man als eine konzertierte Aktion der Lemberger Zeitungen und im weiteren Sinne als eine solche des Lemberger patriotischen Intelligenzmilieus bezeichnen kann.[18])

Bereits die Inszenierung der eben genannten Veranstaltung im Lemberger Rathaus sollte den Eindruck eines neuen politischen Stils erwecken, denjenigen einer Bürgernähe, die sich positiv von der konservativen Klüngel- und Klientelherrschaft der Krakauer Stańczyken abhebe. In Resolutionen wurde eine Demokratisierung des CKW gefordert, eine stärkere Einbindung der Wähler in die Gremien und Entscheidungsprozesse und eine Berücksichtigung der Minderheit im *Sejm*, die sich nicht mit dem Zentralwahlkomitee identifizieren könne. Noch in derselben Woche wurde dieser Grundgedanke auf eine breitere Basis gestellt. Einem Aufruf der ostgalizischen Sektion des CKW folgend, konstituierte sich in der Landeshauptstadt eine „Delegiertenversammlung“ ostgalizischer Ortskomitees, welche offensichtlich das Ziel verfolgte, der zentralen Wahlorganisation eine neue legitimatorische Basis zu verschaffen und sie damit gleichzeitig von der bestimmenden Mehrheit im Landtag abzukoppeln. In einer Resolution „bestätigte“ die Delegiertenversammlung nach Art eines Vereins (der das CKW nicht war) das amtierende CKW und wählte drei den angesprochenen Tendenzen wohlgesinnte neue Mitglieder hinzu, darunter den liberaldemokratischen Führer Tadeusz Romanowicz und den „Roten Prinzen“ Adam Sapieha. Dieses Vorgehen wurde umgehend von dem Stańczyken-Organ *Czas* als politische Anmaßung einer gar nicht existenten Funktion zurückgewiesen. Das CKW-West, als dessen Sprachrohr *Czas* sich verstand, stand damals unter der Leitung des Krakauer Bürgermeisters Mikołaj Zyblikiewicz, der selbst zum engsten Kreis der Stańczyken zählte und einige Jahre später seine politische Haltung im Amt des Landesmarschalls umsetzen konnte. *Czas* und das von Stańczyken kontrollierte CKW-West widersetzten sich auch einer anderen Forderung der Lemberger Delegiertenversammlung, wonach die Wahlorganisation in Zukunft auf die Grundlage eines dauerhaften Statuts gestellt werden sollte. Die Stańczyken gaben dem bisher praktizierten Gewohnheitsrecht den Vorzug, angeblich weil dieses flexibel und bewährt sei, faktisch aber wegen der drohenden Unterhöhlung der bisherigen Machtverhältnisse durch ein institutionalisiertes und demokratisiertes Verfahren.[19])

---

[18]) Gemeint sind die drei Zeitungen *Gazeta Narodowa, Dziennik Polski* und *Kronika Codzienna*, deren drei Chefredakteure (Jan Dobrzański, Tadeusz Romanowicz und Liberat Zajączkowski) in der Versammlung den Ton angaben und später alle medialen Möglichkeiten nutzten, jene zum großen politischen „Event“ zu stilisieren. Zu den Lemberger Zeitungen gehörten damals auch die Zwillingsblätter *Wieniec* und *Pszczółka*, die ebenfalls durch ihren Chefredakteur und Eigentümer (seit 1875) Stanisław Stojałowski vertreten waren. Tatsächlich hatte der gerade erst aus dem Jesuitenorden ausgetretene Volkspriester bei jener Wählerversammlung einen seiner ersten öffentlichen politischen Auftritte, wurde dabei aber von seinen antiklerikalen Kollegen bewusst an den Rand gedrängt. Siehe den Bericht und die kritische Kommentierung in Czas 9. 7. 1876 (154), S. 1 und 11. 7. 1876 (155), S. 1.

[19]) Siehe die Resolution der Delegiertenversammlung in Dziennik Polski 19. 7. 1876 (163), S. 1 und den Kommentar zu deren Verlauf in Czas vom 12. 7. 1876 (156), S. 1.

Die politische Krise von 1877/78 (s. o.) und der Austritt der „Sezessionisten“ aus der hochgehaltenen polnischen Solidargemeinschaft lief erneut entlang derselben Frontlinien, also zwischen Stańczyken und Lemberger Demokraten. Diese verschärfte Konfrontationslage musste sich erneut auf das CKW auswirken, das sich im Hinblick auf die Reichsratswahlen von 1879 neu konstituierte. Beide Sektionen waren sich zwar einig in der Formulierung des Wahlaufrufs, der die Werte der nationalen Solidarität und der territorialen Selbstverwaltung beschwor. Der Konflikt entzündete sich jedoch erneut am Selbstverständnis, an Machtmechanismen und an einzelnen Personen. Wieder wurde in Lemberg eine von Krakau nicht anerkannte Delegiertenversammlung einberufen, welche das CKW „entlastete“ und diesmal gleich sechs wohl ausgesuchte neue Mitglieder wählte. Ein Argument von konservativer Seite gegen die Wahl von CKW-Mitgliedern „von unten“ zielte auf jene erwähnte unmittelbare Verbindung zwischen Landtag und Reichsrat, die nur durch ein exklusives Wahlrecht der Landtagsabgeordneten gewährleistet sei. Wenn es allerdings um die Absicherung der eigenen Machtposition ging, dann hatte auch das CKW-West seine Methoden, ohne dass der Anschein einer Demokratisierung erweckt wurde. Das CKW-West hatte nämlich seinerseits seinen aus der *Sejm*-Wahl hervorgegangenen Grundbestand von 12 Mitgliedern (darunter neu auch sechs Personen, die nicht dem Landtag angehörten) durch 6 weitere ebenso genehme Mitglieder (darunter den *Czas*-Redakteur Aleksander Szukiewicz) ergänzt. Alle diese Vorgänge liefen weiterhin in einer Grauzone ab, denn nach wie vor gab es weder hier noch dort ein verbindliches Reglement. Während die Krakauer ein solches weiterhin grundsätzlich ablehnten, blieb ein zweiter Vorstoß der Lemberger Delegiertenversammlung im Jahre 1879 vorderhand ohne Folgen.

Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Graf Eduard Taaffe im Jahre 1879 und die Einbindung des Polenklubs in dessen konservativ-föderalistisches Kabinett veränderten nachhaltig die Grundbedingungen der polnisch-galizischen Politik. Trotz anhaltender rhetorischer Scharmützel zwischen Konservativen und Demokraten wurde doch die Basis für einen politischen Grundkonsens gelegt, der sich auch auf die inneren Verhältnisse der zentralen Wahlorganisation positiv auswirkte. Während sich die Vormachtstellung der Stańczyken in der westlichen Sektion weiter festigte, geriet das CKW-Ost zunehmend zum Herrschaftsinstrument der ostgalizischen Podolaken. Die neue Harmonie zwischen Ost und West, die also nicht zuletzt in einer Schwäche der ostgalizischen Demokraten begründet war, ermöglichte erstmals im Jahre 1882 die Aufstellung eines für beide Sektionen gültigen Reglements (auch „Instruktion“ genannt). Dieses war allerdings insofern nicht das von den Demokraten geforderte dauerhafte Statut, als es in seiner Gültigkeit auf den anstehenden Wahlakt beschränkt blieb, in diesem Fall auf die Landtagswahlen von 1883. Wie die Zusammensetzung des CKW war also auch das Reglement selbst als Ausfluss des politischen Willens des Landtags konzipiert, von dessen *Sejm*-Polenklub es kurz vor Beendigung der Wahlperiode beschlossen wurde.

Betrachtet man die Bestimmungen des Reglements im Einzelnen, so werden dennoch gewisse demokratische Praktiken sichtbar, die ursprünglich von der „linken“ Opposition im Ostteil des Kronlands eingeführt worden waren. Dazu gehörte namentlich die Delegiertenversammlung, der das Recht eingeräumt wurde, neben den 10 vom *Sejm* bestellten Mitgliedern pro Sektion 5 Personen aus den eigenen Reihen hinzuzuwählen (§ 6). Alle 15 hatten dann im Zuge ihrer ersten Sitzung weitere 5 Mitglieder (§ 7) zu kooptieren, so dass der Gesamtbestand beider Sektionen jeweils 20 Personen umfasste. Die wechselseitige Un-

abhängigkeit dieser beiden Sektionen, bisher ein ungeschriebenes Gesetz, wurde nun in einem eigenen Paragraphen (9) ausdrücklich bestätigt. Jener zweistufige Ergänzungsmodus des ursprünglichen, aus Landtagsabgeordneten bestehenden Kerns des CKW bezweckte vor allem zweierlei: die demokratische Legitimation (über die Delegiertenwahl) und die breite Abstützung in den wichtigsten gesellschaftlichen Teilbereichen. Nach Gewohnheitsrecht gehörten nämlich zu den fünf kooptierten Mitgliedern Persönlichkeiten, die ihrerseits über einen gewichtigen Einflussbereich verfügten: der jeweilige Stadtpräsident, Führer der religiösen Gemeinschaften und Vertreter der örtlichen Presse. Diese legitimatorischen und wahltaktischen Vorzüge des Reglements gingen allerdings nicht auf Kosten der herrschenden konservativen Übermacht, denn jener aus Landtagsabgeordneten bestehende Kern behielt in jeder Phase die Mehrheit in seinen Händen. Diese Regelung entsprach denn auch nicht den Vorstellungen der Lemberger Demokraten, die eine paritätische Bestellung des CKW durch *Sejm* und Delegiertenversammlung befürwortet hatten.[20])

Der wichtigste Teil des Reglements von 1882 und der ihm folgenden Versionen betraf freilich die Konstituierung der lokalen Wahlkomitees in den Bezirken und deren Einbindung in die zentrale Organisation. Bis dahin hatte hier ein Durcheinander von Strukturen und Organisationen geherrscht, welche teils auf Wahlbezirken, teils auf politischen Bezirken aufgebaut waren. 1882 setzte sich letzteres Prinzip, also der politische Bezirk als Baustein, durch. Allerdings verlangte das Kurienwahlsystem, dass das CKW seine Politik nach den sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen und politischen Bedürfnissen in den einzelnen Kurien differenzieren musste. Diese bereits zuvor existierende Praxis der unterschiedlichen Handhabung wurde nun im Reglement von 1882 festgeschrieben. Es ging hier zu einem wesentlichen Grad auch um Kompetenzen der Zentrale gegenüber den örtlichen Organisationen und ihren teils selbstgewachsenen politischen Milieus.

Die größten Befugnisse besaß das CKW demnach gegenüber den Landwahlkreisen, welche dörfliche und kleinstädtische Milieus vereinigten. Nach §§ 10 und 11 hatten die für die Landgemeindekurie zuständigen örtlichen Wahlkomitees die Pflicht, ihre Kandidaten der Zentrale zur Bestätigung vorzulegen. Das war zum einen politisch zu begründen, denn gerade in diesen Wahlkreisen drohte die größte Gefahr von „antinationalen“ oder zumindest zweifelhaften Kandidaten: Ruthenen in Ostgalizien, ungebildete und unbotmäßige polnische Bauern in Westgalizien. Zum anderen ließ sich hier die Notwendigkeit einer intensiveren zentralen Kontrolle des Wahlkampfs mit den großen Schwierigkeiten begründen, auf die eine rein örtlich konzentrierte Organisation stoßen musste. Die Landwahlbezirke waren territorial sehr ausgedehnt, sozial heterogen und umfassten einen großen Anteil mobilitätsunfähiger oder -unwilliger Bauern. Hinzu kam das in dieser Kurie gültige Prinzip der indirekten Wahl. Danach wurden diejenigen, welche den Abgeordneten wählten, ja erst durch die sogenannten Urwahlen bestimmt. Die geringe Zeitspanne zwi-

---

[20]) Der Wortlaut des Reglements von 1882 in Czas 20. 10. 1882 (240), S. 1 und in seiner lediglich redaktionell revidierten Fassung vom 19. Oktober 1884 (gültig für die Reichsratswahlen von 1885) in Gazeta Narodowa 26. 4. 1885 (95), S. 1. Die Forderung nach paritätischer Bestellung des CKW war Teil eines Statutenentwurfs, den der führende Lemberger Demokrat Jan Dobrzański als Mitglied des von der Delegiertenversammlung eingesetzten Reglementsausschusses ausgearbeitet hatte.

schen denselben und der eigentlichen Wahl des Abgeordneten verunmöglichte eine gezielte, auf die Personengruppe der Wahlberechtigten gerichtete Kampagne.

Aufgrund dieser strukturellen Voraussetzungen war es in den 1870er-Jahren überhaupt nur langsam gelungen, mit Hilfe von Vertrauensmännern örtliche Komitees aufzubauen. So behalf man sich später (und hiervon geht auch explizit das Reglement von 1882, § 4, aus) mit bereits existierenden und offiziell legitimierten Körperschaften, den Bezirksvertretungen. Diese waren in Galizien (als „Gemeinden höherer Ordnung“) zwischen die Ebene der Gemeinde und des Lands eingeschaltet und galten fortan als eigentliche Macher der Wahlen in diesem Kronland. Kritiker nannten diese Komitees denn auch vorzugsweise „Marschall-Komitees“ (*komitety marszałkowskie*), denn der Bezirksmarschall, also der Präses des Bezirksausschusses, war für das CKW die wichtigste Bezugsperson. Ihm oder seinem Stellvertreter wurde die Aufgabe übertragen, das Bezirkswahlkomitee zu konstituieren. Dieses bestand oftmals zunächst aus den Mitgliedern der Bezirksvertretung selbst, welche ihrerseits in einem zweiten Schritt eine größere Anzahl von einflussreichen Personen hinzuwählten. Obwohl der Bezirksvertretung bei dieser Ergänzungswahl im Prinzip freie Hand gewährt wurde, empfahl doch das CKW, auf soziale Ausgewogenheit zu achten und insbesondere Priester sowie in der Großgrundbesitzerkurie nicht-wahlberechtigte Tabularbesitzer zu berücksichtigen. Im Kern setzte sich im Konstituierungsmodus des Bezirkswahlkomitees also dasjenige Prinzip fort, welches bereits bei der Bestellung des Zentralwahlkomitees angewandt wurde: Parlamentarische Organe, der Landtag bzw. in diesem Fall die Bezirksvertretung, kontrollierten direkt oder indirekt (über ihr Kooptationsrecht) die Zusammensetzung der Wahlorganisation. Aufgrund der den Großgrundbesitz bevorzugenden Wahlordnung war hier wie dort eine konservative Wahlpolitik so gut wie gesichert.

Zu den Elementen dieser Wahlpolitik gehörte zunächst die Bestimmung eines Delegierten für die genannte Delegiertenversammlung der jeweiligen Sektion, im weiteren die Bildung von Subkomitees in den Orten zur Überwachung und Beeinflussung der Urwahlen und schließlich, als wichtigste Funktion, die Bestimmung des Kandidaten. In letzterem Fall musste man sich mit den anderen politischen Bezirken abstimmen, mit denen man gemeinsam den Wahlbezirk bildete. Teils in getrennten, teils in gemeinsamen Sitzungen der Bezirkswahlkomitees wurden die potenziellen Kandidaten angehört, worauf zumeist noch am selben Tag über Mehrheitsentscheid der offizielle Kandidat des betreffenden Landwahlbezirks gekürt wurde. Konnte man sich nicht auf einen Kandidaten einigen, wurde das CKW um eine Entscheidung gebeten. War einmal der Kandidat bestimmt und vom CKW bestätigt, folgte die dritte Phase, nämlich die Propagierung von dessen Kandidatur in der Öffentlichkeit. Dies geschah einerseits über die Presse, die ja, zumindest was die Tageszeitungen anbelangt, durch einen Redakteur im erweiterten CKW vertreten war. Parallel dazu verlief ein anderer Kanal von den Bezirkswahlkomitees zur Wählerschaft in den Gemeinden, und zwar über die Person des Gemeindevorstehers, der den Auftrag bekam, mittels Verlautbarungen und Plakaten den jeweiligen Kandidaten zu empfehlen.[21]) An sol-

[21]) Dort, wo die Bezirksausschüsse die Wahlaufrufe gleich in gedruckter Form an die Gemeinden mitlieferten, geriet dieses Vorgehen allerdings an den Rand der Legalität, da den Bezirksvertretungen nach den gesetzlichen Bestimmungen eine selbständige politische Agitation untersagt war. Siehe Nowa Reforma 23. 6. 1889 (142), S. 1.

chen Strukturen und Prozessen wird die große politische Bedeutung erkennbar, welche der Besetzung von öffentlichen Institutionen durch bestimmte Gruppen, seien sie sozial oder national definiert, zukam.

Legt man weiterhin den Maßstab des Kompetenzverhältnisses zwischen zentralem und örtlichem Wahlkomitee an, so sind an zweiter Stelle die Städtewahlkreise zu nennen. Auch hier wurde zunächst eine Amtsperson, nämlich zumeist der Bürgermeister der Stadtgemeinde, mit der Einberufung des örtlichen Wahlkomitees beauftragt (Regl. 1882, § 4), dem gewöhnlich im Kern die Gemeindevertretung sowie eine Anzahl hinzugewählter Personen von Einfluss angehörten. In den 1860er- und 1870er- Jahren erschien über diesen Konstituierungsakt hinaus eine Aufsichtsfunktion der Zentrale gegenüber dem politischen Willen der Stadtgemeinden insofern gerechtfertigt, als sich hier die deutsch-zentralistisch gesinnten jüdischen Kandidaten durchzusetzen versuchten. Diese selbsterteilte Befugnis des CKW stieß allerdings auf den Widerstand der in den Gemeindevertretungen organisierten städtischen Eliten, welche sich gegen Einmischungsversuche in ihre autonomen Rechte verwahrten. Lemberg spielte hierbei nicht zufällig die Vorreiterrolle, denn in der Landeshauptstadt konzentrierte sich ja die demokratische Opposition gegen die im CKW herrschenden Konservativen.

Im Zuge der Gewinnung der jüdischen Eliten für das Konzept der polnisch–jüdischen Interessenharmonie wurde es ab 1879 zunehmend schwierig für das Zentralwahlkomitee, seine Eingriffe in die Kompetenzhoheit der Stadtwahlkomitees mit dem Hinweis auf eine „nationale Bedrohung“ zu rechtfertigen. Davon zeugt nicht zuletzt das Reglement von 1882: Im Gegensatz zu den Landgemeinden war hier nicht von Bestätigung, sondern lediglich von Verkündung der Kandidaten (§ 11) die Rede, welche zuvor vom örtlichen Komitee übermittelt worden waren. Die Möglichkeiten des CKW, die lokale Kandidatenkür zu beeinflussen, beschränkten sich in diesem Fall also auf informelle Kanäle, auf die Presse und auf die Einbindung der Ortskomitees mittels der Delegiertenversammlung. Kam es dennoch zu Meinungsdivergenzen zwischen CKW und Ortskomitee ließ sich Ersteres schwerlich dazu verpflichten, einen nicht-genehmen Kandidaten offiziell zu vertreten.[22]) Ein fundamentaler Unterschied gegenüber der Kandidatenkür in den Landwahlbezirken bestand ferner in den Befugnissen der Wählerschaft. War es in letzterem Fall dem Bezirkswahlkomitee vorbehalten, über den Kandidaten abzustimmen, so fiel diese Kompetenz bei den Stadtwahlkomitees der Wählerversammlung zu, deren Entscheidung das Komitee dann zu vertreten hatte. Theoretisch war also derselbe Personenkreis, der dann die eigentliche Wahl vollzog, bereits die entscheidende Instanz bei der Kandidatenkür. Das reduzierte die Unsicherheit über den Ausgang der Wahl auf ein Minimum. Unsicherheit ergab sich hingegen mitunter aus dem Umstand, dass auch in der Stadtwahlkurie mehrere Städte in einem Wahlkreis zusammengefasst waren. Aufgrund des im Vergleich zu den „Landstädten“ stärker entwickelten kollektiven politischen Bewusstseins der größeren urbanen Zentren war eine Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten nicht immer ohne weiteres zu erzielen. In manchen Fällen wurden zwischen den Städten Verträge abgeschlossen, nach

[22]) Als prominentes Beispiel wäre die Kandidatur von Joseph Samuel Bloch im Städtewahlbezirk Kolomea im Jahre 1885 zu nennen. Das CKW versuchte letztlich vergeblich, den eigenen Kandidaten, Emil Byk, gegen den Willen der Mehrheit der Wählerschaft und der israelitischen Gemeinde durchzusetzen.

denen jede Stadt abwechslungsweise das Recht auf den Erstvorschlag des Kandidaten bekam. Eine solche freiwillige Reglementierung geschah nicht zuletzt im Hinblick auf einen drohenden Schiedsspruch des CKW, den man im Hinblick auf die Bewahrung der kommunalen Autonomie nicht riskieren wollte.[23])

In den Kurien des Großgrundbesitzes und der Handels- und Gewerbekammern waren die Verhältnisse sowohl in organisatorischer als auch in politischer Hinsicht beträchtlich einfacher. In beiden Wahlkurien wurden, so ein zeitgenössischer Kommentator, die Kandidaten unter einem Kreis von Nachbarn, Freunden und Verwandten ausgemacht.[24]) Im Falle der Handels- und Gewerbekammern brachte man allenfalls den jüdischen Kandidaten der Kammer von Brody ins Spiel. Obwohl infolge der fast exklusiv jüdischen Besetzung jenes Berufsstands in der alten ostgalizischen Handelsstadt die Einnahme dieses Mandats durch einen jüdischen Vertreter ohnehin außer Zweifel stand, rechnete man dieses Faktum nämlich gerne zu den „Zugeständnissen" an die jüdische Seite. Damit schuf man sich mehr Spielraum in den Städtewahlkreisen. Im Übrigen hielt sich jedoch das CKW aus der Kandidatenkür der drei Kammern – Lemberg, Krakau, Brody – heraus. Auch das Reglement von 1882 erwähnte keinerlei Kompetenzen der Zentralwahlorganisation gegenüber den Handelskammern. Eine etwas aktivere Rolle schrieb sich das CKW in der Großgrundbesitzerkurie zu. Diese galt allerdings als politisch weitgehend unproblematisch. Aus ihr ging schließlich der Kern der polnisch-konservativen Macht hervor. Das Reglement beschränkte die Kompetenzen des CKW auf die Einberufung von Versammlungen der Wahlberechtigten dieser Kurie und auf die Veröffentlichung einer Liste wünschenswerter Kandidaten, „ohne damit den Beschlüssen der Großgrundbesitzer-Versammlung vorgreifen zu wollen" (§ 12). Wenn beispielsweise wichtige prospektive Parlamentarier aus dem Gutsbesitzerstand bei den stets als erstes durchgeführten Landgemeindewahlen durchgefallen waren, entschloss sich das CKW, dieselben den Wählerversammlungen des Großgrundbesitzes über offizielle Aufrufe ans Herz zu legen.[25]) Diese Versammlungen fanden denn auch in der späteren Zeit erst kurz vor dem eigentlichen Wahlgang in dieser Kurie statt. Kontaktpersonen bei der Einberufung waren erneut der Präses der Bezirksvertretung bzw. dessen Stellvertreter, insoweit einer der beiden zur Gruppe der großen Tabularbesitzer gehörte.[26])

Das Reglement von 1882 war ein Markstein auf dem Weg zur Institutionalisierung des CKW und dessen Konsolidierung als konservativ-adlig geprägtes Machtinstrument. Ver-

---

[23]) Diese Problematik existierte allerdings nur bei den Reichsratswahlkreisen. Hier wählten in drei Wahlkreisen drei und in sechs Wahlkreisen zwei Städte einen Abgeordneten, während Krakau und Lemberg zwei Vertreter in einem jeweils eigenen Wahlkreis nach Wien entsandten. In der Städtewahlkurie des Landtags war hingegen jeweils eine einzige Stadt einem Wahlkreis zugeordnet, während Lemberg vier (ab 1896 sechs) und Krakau drei (ab 1896 vier) Sitze zustanden. Erst im Jahre 1900 wurden bei der Landtagswahlordnung fünf weitere Wahlkreise mit je zwei Städten geschaffen. Siehe den Überblick bei Grodziski, Sejm krajowy, Bd. 2, S. 24f.

[24]) Dziennik Polski 29. 1. 97 (29), S. 1.

[25]) Siehe den Aufruf anlässlich der Landtagswahlen von 1889 in Czas 7. 7. 1889 (153), S. 1.

[26]) Vgl. das Zirkularschreiben bei den Reichsratswahlen von 1885, veröffentlicht in Gazeta Narodowa 21. 5. 1885 (115), S. 2. Auch im Falle der Großgrundbesitzerkurie, deren Wahlbezirke ebenfalls aus mehreren politischen Bezirken bestanden, hatte das CKW schließlich das Recht, im Falle von Uneinigkeit innerhalb der Wählerversammlung sich für einen Kandidaten zu entscheiden.

stärkt durch die gewandelten gesamtpolitischen Bedingungen, schwanden damit gleichzeitig die Möglichkeiten der Demokraten, ihre eigene marginalisierte Rolle auf dem bisherigen Weg der institutionellen Reform zu verbessern. Grundsätzliche Alternativen mussten gesucht werden. Sie fanden sich in einer neu belebten Idee der Stadt als Trägerin eines progressiv-patriotischen Milieus. Als Gegenentwurf zur servilen und statischen Rolle der landgestützten Eliten im Rahmen des habsburgischen Staates und der Landespolitik sollten die Städte ihre Funktion als Vorposten des kulturellen, gesellschaftlichen und materiellen Fortschritts ausspielen und eine ihrer Bedeutung angemessene politische Repräsentation anstreben. Dies war der Tenor einer bahnbrechenden Versammlung von Städtevertretern am 19. Mai 1885 im Vorfeld der Reichsratswahlen desselben Jahres, die seinerseits auf die Initiative der Lemberger Wählerversammlung von Anfang Mai zurückging. Provokativ und bedrohlich aus der Sicht der bestimmenden Kräfte im CKW war diese Aktion deshalb, weil sie gerade die Strukturen des Zentralwahlkomitees verwendete, um letztlich dessen Autorität zu untergraben. So hatte jene Lemberger Wählerversammlung einerseits ihre offizielle Pflicht gegenüber dem CKW erfüllt, also ein Wahlkomitee gebildet und einen Delegierten für die Delegiertenversammlung bestimmt, andererseits aber beschlossen, jenem Komitee die zusätzliche Aufgabe zu übertragen, „eine Verständigungsaktion mit anderen Städten hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens“ durchzuführen. Dazu wandte man sich in einem Aufruf an die Leiter der Wahlkomitees in den Städten und Handels- und Gewerbekammern, die beauftragt wurden, einen Delegierten für jene erwähnte Versammlung vom Mai 1885 zu bestimmen. Anwesend waren fast ausschließlich Vertreter ostgalizischer Städte, ein Hinweis darauf, dass die Kluft zwischen beiden Teilen des Kronlands doch nur scheinbar verringert war. In der verabschiedeten Resolution verschwand der ursprünglich leitende Hauptgedanke der Veranstaltung, nämlich eine angemessenere Vertretung der Städte zu fördern und deren Vorgehen zu koordinieren, vollständig hinter einem eigentlichen politischen Grundprogramm. Den polnischen Reichsratsdeputierten wurde eine „kalt berechnende“ Politik vorgeworfen, die zu wenig im Dienste des „Landes“ (und damit der Nation) stünde. Als Maßstab wurde die *Sejm*-Resolution von 1868 hervorgeholt, welche von den Konservativen bereits seit langem ad acta gelegt worden war. Schließlich folgte ein umfangreicher Katalog von Forderungen, die von der Justiz- bis zur Wirtschaftsgesetzgebung reichten.

Ein zweiter, noch wesentlich tiefer gehender Versuch, die Stadt als ideologische Hülle für eine antikonservative Offensive im Rahmen des CKW zu konstruieren, geschah vier Jahre später ebenfalls im Vorfeld eines Wahlgangs, den Landtagswahlen von 1889. Der an anderer Stelle bereits dargestellte Städtetag vom 28. April 1889 in der Landeshauptstadt zeichnete sich im Vergleich zur Vorgängerveranstaltung des Jahres 1885 nicht nur dadurch aus, dass es nun tatsächlich gelang, die Städte Galiziens praktisch *in toto* zu versammeln. Neu war insbesondere die wahlpolitische Komponente, die nun direkt auf die angestammte Autorität des CKW als alleiniger polnischer Wahlorganisation in Galizien zielte. Tatsächlich schuf der zweite Teil der Resolution vom April 1889 die Grundlagen für eine selbständige demokratisch-städtische Wahlorganisation, die „neben“ (*obok*) dem Zentralkomitee aufgebaut werden sollte. Das CKW selbst diente dabei offenbar als Muster, denn auch die neu angestrebte Organisation sollte in zwei getrennten Sektionen (Krakau/Lemberg) agieren, auf Vertrauensmännern und Ortskomitees gründen, die sich bei der Kandidatenauswahl mit der jeweiligen Sektion zu verständigen hätten. Bedrohlich für das CKW

war vor allem das Ziel, auch in den Kleinstädten mit eigenen Komitees präsent zu sein. Während nämlich die der Städtewahlkurie zugeordneten größeren Städte ohnehin oftmals eigene Wege im Einklang mit den Demokraten gingen, bedeutete die Einbeziehung der Kleinstädte einen Übergriff in das angestammte konservative Terrain der Landgemeindewahlkreise, das bisher unter dem Signum einer paternalistischen Fürsorgehaltung gegenüber dem Volk größtenteils (vor allem in Westgalizien) vom CKW kontrolliert worden war.

Dieser Weg zur organisatorischen Verselbständigung der proklamierten Wahlorganisation war nun allerdings kombiniert mit einem Angebot an das CKW, sich gegenseitig zu verständigen. Dazu sollte insbesondere die Aufnahme von Exponenten des Wahlkomitees der Städte in die Gremien des CKW dienen, sowohl auf Sektions- als auch auf Bezirksebene. Es ging also nicht um eine Infragestellung der bestehenden Organisation, sondern um eine Erhöhung des Einflusses von Exponenten, welche sich zu jenem alternativen Programm bekannten. Derjenige Teil des Programms, welcher sich um die Toleranz gegenüber anderen ethnisch-nationalen Gruppen drehte, wurde im wahlstrategischen Teil nochmals aufgegriffen: Bei der Auswahl der Kandidaten hätte die Konfession keine Rolle zu spielen und bezüglich der Ruthenen seien nur diejenigen zu bekämpfen, welche „ihr Vaterland außerhalb der Rus suchten", die Russophilen also. Da die Ruthenen in den Städten kaum einen relevanten Wahlfaktor darstellten, waren auch diese Worte im Zusammenhang mit der angestrebten politischen Präsenz in den Landwahlkreisen zu verstehen. In der Praxis des Wahlkampfs von 1889 war diesem Ansinnen wie dem demokratischen Wahlkomitee überhaupt allerdings nur ein geringer Erfolg beschieden. Das CKW ignorierte dessen Forderung, Vertreter des Konkurrenzkomitees in die eigenen Gremien aufzunehmen. Ebenso wenig gelang es, ein eigenes Netz von lokalen Organisationen aufzubauen. Lediglich Erklärungen von städtischen Wählerversammlungen zugunsten des Programms waren zu verbuchen, die allerdings wie im Falle Lembergs aufgrund der politischen Zusammensetzung der Wählerschaft ohnehin zu erwarten waren. Auf dieses rein urbane Milieu waren auch die weiteren Wahlerfolge der Demokraten in den 1890er-Jahren beschränkt. Dazu bedurfte es keines eigenen Wahlkomitees. Zu einem solchen fehlte im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts ohnehin die Kraft, bedenkt man die oben beschriebenen fortschreitenden Zersetzungserscheinung im demokratischen Lager.[27])

Das CKW geriet allerdings im Jahre 1889 noch an einer zweiten Front in Bedrängnis. Praktisch zeitgleich mit dem Städtetag hatten im Bezirk Jasło Versammlungen von Bauern stattgefunden, die ihrerseits das erste „Bäuerliche Wahlkomitee" (*Przedwyborczy Komitet Włościański*) ausriefen. Die seit 1879 vorn Landtag ferngehaltene Bauernschaft sollte wieder ihre Vertretung in der ihr zustehenden Wahlkurie finden. Mitgeliefert wurde gleich das weltanschauliche und politische Profil: katholischer Glaube, Bildung, Volksverbundenheit, politisches Engagement für die Bauernschaft und schließlich Förderung der polnisch–ruthenischen Solidarität.[28]) Zwei Jahre später, anlässlich der Reichsratswahlen von 1891, gab es eine ähnliche Initiative aus einem anderen südwestgalizischen Kreis, die nun allerdings nicht mehr nur von lokalen Großbauern und Gemeindevorstehern getragen wurde, son-

[27]) Nowa Reforma 30. 4. 1889 (99), S. 1.
[28]) Nowa Reforma 2. 5. 1889 (101), S. 2.

dern aus dem Kreis der 1889 gewählten Bauernabgeordneten stammte. Erneut wurde dabei der katholische Glaube und eine Politik im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung ins Zentrum gerückt. Hier beginnt die Geschichte der katholischen Bauernpartei, welche im Jahre 1893 in die oben beschriebene Gründung des ZSCh mündete. Die Reichsratswahlen von 1891 waren die letzten Wahlen, bei denen die innerpolnischen Alternativen zum CKW noch von ad hoc gebildeten Wahlkomitees kamen, deren Klientel sich in die Strukturen des CKW integrieren ließen. Bereits bei den Landtagswahlen von 1895 und mehr noch bei den Reichsratswahlen von 1897, welche den Ausgangspunkt des hier detaillierter behandelten Zeitabschnitts bilden, standen dem CKW selbständige politische Organisationen mit partiellem Parteicharakter gegenüber.

2. Ruthenischer Rat und Volksrat als alternative Wahlkomitees

Zu einer Zeit, als sich die Probleme des Polnischen Zentralwahlkomitees gegenüber der eigenen nationalen Gemeinschaft noch auf inaktive Vertrauensmänner, unkooperative Ortskomitees und unbotmäßige Kandidaten beschränkte, rechtfertigte das CKW sein eigenes Dasein ausschließlich mit der Existenz von „antinationalen Feinden". Obwohl über weite Strecken ein inhaltsleeres Schlagwort, mit dessen Hilfe man politische Alternativen aller Art mundtot zu machen versuchte, gab es doch auch konkret benennbare Kontrahenten. In erster Linie waren dies natürlich die Ruthenen und im speziellen die in den 1860er- und 1870er-Jahren dominierenden „Altruthenen" (von den Polen zu dieser Zeit zumeist *Świętojurcy* genannt) aufgrund ihrer proklamierten nationalen Eigenständigkeit, ihrer Russophilie und ihrem Widerstand gegen eine Autonomisierung des Kronlands. Bei den Wahlen von 1867 handelten diese Ruthenen noch im Wesentlichen unkoordiniert und unorganisiert unter Ausnützung der persönlichen Autorität der griechisch-katholischen Priester in den ostgalizischen Landbezirken. Bereits 1870 wurde allerdings in Gestalt des oben beschriebenen Ruthenischen Rats (*Russkaja/Rus'ka Rada*) ein politischer Verein geschaffen, der sich in seinem Statut auch als Wahlorganisation definierte.[29]) Mit Hilfe des Lemberger Zeitungsorgans *Slovo* stellte der Ruthenische Rat in den folgenden Jahren die koordinierende Schaltstelle für die Landtags- und Reichsratswahlen dar.[30])

Der organisatorische Aufbau der ruthenischen Wahlorganisation war insofern wesentlich einfacher als derjenige des CKW, als hier nur eine einzige Wahlkurie in Betracht kam, nämlich die Wählerklasse der Landgemeinden. In allen anderen Wahlkurien waren ruthenische Kandidaten von Beginn an chancenlos. Die Tätigkeit der Wahlkomitees beschränkte sich daher auf jene Wahlkreise, und zwar vornehmlich (aber nicht ausschließlich) in Ostgalizien. Augenfälliger waren jedoch die Parallelen zum großen polnischen Rivalen. Zu nennen ist insbesondere die Institution der Vertrauensleute, welche auch hier die Aufgabe hatten, die örtlichen Wahlkomitees als solides Fundament in den Bezirken zusam-

---

[29]) Statuti političeskoho obščestva „Russkaja Rada" [Statuten des politischen Vereins „Russkaja Rada"], L'vov 1870, § 3.

[30]) Zum Ruthenischen Rat als Wahlorganisation siehe insbesondere auch Wendland, Russophile, S. 243–262.

menzustellen. Der politischen Lage der Ruthenen war es allerdings zuzuschreiben, dass jene Vertrauensleute auch darauf ausgerichtet waren, Rechtsverstöße und Wahlmanipulationen aufzudecken und bekannt zu machen. Von ihren polnischen Pendants unterschieden sie sich selbstverständlich auch hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung. Nicht die politischen Amtsträger dienten ihnen als lokale Bezugsgrößen. Vielmehr bauten sie auf die bestehenden kirchlichen Strukturen und ihre Repräsentanten. Neben den dominierenden griechisch-katholischen Priestern spielte allerdings die weltliche Intelligenz eine zunehmende Rolle, während Bauern von Entscheidungspositionen eher ferngehalten wurden. Gewisse Strukturprobleme erinnerten freilich wiederum an das polnische Wahlkomitee, namentlich das Spannungsverhältnis zwischen den strategischen Vorstellungen der Zentrale in Lemberg und dem sich auf Basisnähe berufenden politischen Willen der örtlichen Komitees und Milieus. Da in den Ortskomitees im Gegensatz zur Zentrale auch Bauern vertreten waren, gab es hier ein gewisses soziales Spannungspotential.[31])

Ein markantes Ereignis in der Geschichte des Ruthenischen Rats stellten die ersten direkten Reichsratswahlen von 1873 dar. Im Gegensatz zu den Landtagswahlen drei Jahre zuvor fand man in diesem zweiten Test der ruthenischen Wahlorganisation in Gestalt der Jüdischen Zentralwahlorganisation (CWJG, s. u.) einen potenten Bündnispartner. Eine schriftliche Übereinkunft zwischen beiden Organisationen ist nicht überliefert. So weit es sie gegeben hat, wurde sie größtenteils auf informellen Wegen, in der Form von Wahlempfehlungen an lokal einflussreiche Wähler und Honoratioren, umgesetzt. Die Presse spielte als Referenzinstanz für gewünschtes Wahlverhalten noch eine verhältnismäßig geringe Rolle, denn Wahlrechtsbeschränkung und der Modus der indirekten Wahl engten den potentiellen Adressatenkreis auf eine überschaubare, individuell erreichbare Personengruppe ein. Den jüdischen Einflussträgern fiel es wesentlich leichter, ruthenische Kandidaten zu unterstützen als umgekehrt, zumal die polnische Seite antisemitische Stereotypen bemühte, um die Ruthenen von einem solchen „unchristlichen" Verhalten abzubringen. Der Wahlerfolg für die Ruthenen war denn auch mit 15 gewonnen Mandaten wesentlich größer als derjenige der Juden, auf die in Kürze einzugehen sein wird.[32])

Einen weiteren Einschnitt brachte das Jahr 1883, als der bisher alleinregierende Ruthenische Rat gemeinsam mit den inzwischen erstarkten „Populisten" (*Narodovci*) ein im Ausschuss paritätisch besetztes Allgemeines Ruthenisches Wahlkomitee (*Holovnyj Rus'kyj Komytet vyborčyj*) bildete, welches auch die Reichsratswahlen von 1885 bestritt. Diese aus ruthenischer Sicht erneut ungünstig verlaufenen Wahlen führten die Populisten zur Gründung des „Volksrats" (*Narodna Rada*), der sich seinerseits als selbständige Wahlorganisation verstand.[33]) Als solche schuf er seine eigenen Strukturen, die zunächst auf den lokalen *Prosvita*-Vereinen, seit den 1890er-Jahren zunehmend auch auf selbständigen politischen Vereine in den Bezirken aufbauten. Ruthenischer Rat und Volksrat gingen in den folgen-

---

[31]) Ebd., S. 244 f.

[32]) Zum ruthenisch–jüdischen Wahlpakt von 1873: Rachel Manekin, Politics, Religion, and National Identity: The Galician Jewish Vote in the 1873 Parliamentary Elections, in: Polin, Vol. 12 (1999): Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918, hrg. von Israel Bartal und Antony Polonsky, S. 101–119.

[33]) § 2, d) des Statuts. Siehe Dilo 24. 10. 1885 (113), S. 1.

den Wahlgängen (1889, 1891, 1895) stets getrennte Wege, was allerdings gemeinsame Kandidaturen und Kooperation in einzelnen Bezirken nicht ausschloss.[34])

Demnach gab es zwei grundsätzliche Unterschiede zwischen polnischer und ruthenischer Wahlorganisation: Die ruthenischen Wahlorganisationen waren offiziell legalisierte und daher dauerhaft institutionalisierte politische Vereine. Auch wenn sie ihre höchste Aktivität jeweils zu Wahlzeiten entfalteten, kam ihnen dennoch infolge ihrer Koppelung von Wahlfunktion und allgemeiner politischer Funktion ein gewisser Parteicharakter zu, wie bereits im vorangegangenen Abschnitt bemerkt wurde. Das Polnische Zentralwahlkomitee war hingegen eine temporäre Organisation, die außerhalb von Wahlen keine Aktivität entfaltete. Die zweite Eigenheit des ruthenischen Falls bestand in der Tatsache, dass sich hier zwei annähernd gleichgewichtige Organisationen gegenüberstanden. Diese bearbeiteten zudem dasselbe politische Terrain, die ostgalizischen Landwahlbezirke, während das CKW, wie gesehen, über weite Strecken die internen Rivalitäten zwischen Konservativen und Demokraten über die stillschweigende Zuweisung zu unterschiedlichen Wahlkurien entschärfen konnte. Eine solche Aufsplitterung einer ohnehin politisch-gesellschaftlich benachteiligten Kraft musste sich zwangsläufig negativ auf den Wahlerfolg auswirken. Hinzu kam, dass sich seit 1885 das polnische Wahlkomitee im Verein mit dem neu ernannten, politisch engagierten Metropoliten Sylvester Sembratovyč aktiv in die ruthenisch dominierten Wahlkreise einmischte, um (nach der Definition der „unabhängigen" Ukrainisch-Nationalen) „Kameralruthenen" bzw. (nach der Definition antiruthenischer polnischer Nationalisten) „ruthenischen Stańczyken" zur Wahl zu verhelfen. Aus diesem Umfeld entstand dann nach dem Scheitern der „Neuen Ära" im Jahre 1896 die Partei des Katholischen Ruthenisch-Nationalen Verbands, der uns bereits zu den Wahlen von 1897 hinführt.

3. Ein jüdisches Wahlkomitee

Zu den das Selbstverständnis des CKW konstituierenden „antinationalen" Kontrahenten gehörte als zweites das deutsche Element, dem man auch nach 1873 in der Bedrohungsformel der „Germanisierung" begegnet. Dieses „Deutsche" war allerdings keineswegs primär ethnisch definiert, sondern stand im Zusammenhang mit den politischen Kämpfen um Zentralisierung und Föderalisierung des Staates. So galten noch in den 1870er Jahren die Verwaltungsbeamten der lokalen Bürokratie kollektiv als „deutsch", wenn sie die Interessen des Zentralstaates gegen eine sich entfaltende polnische Nationalgesellschaft vertraten. Verbote von Urwähler-Versammlungen in den Landwahlbezirken wurden auf diese Weise interpretiert und damit auf bequeme Weise dem herrschenden Paradigma des Nationalen eingeordnet.

Der im Vergleich zur Bürokratie weit größere Faktor unter den angeblichen Germanisierungs- und Zentralisierungskräften stellten allerdings die Juden dar. Wiederum stand nicht deren religiös-kulturelle Andersartigkeit im Vordergrund, sondern die politische Haltung, die von einem Teil der jüdischen Organisationen vertreten wurde, sowie die deutsche Sprache, derer sich die Eliten vor allem in Lemberg bedienten und die sie poli-

---

[34]) Allgemein dazu auch Binder, Parteiwesen und Parteibegriff sowie Levyc'kyj, Istorija.

tisch zu fördern trachteten. Der bereits genannte Lemberger Verein *Schomer Israel*, der sich in den 1870er Jahren eng an die Deutschliberalen in Wien anlehnte und den polnischen Föderalisierungsplänen äußerst skeptisch gegenüberstand, galt dem polnischen Lager nicht als gefährlich wegen seiner jüdischen Trägerschaft, sondern aufgrund seiner Rolle als „Vorposten der Germanisierung“[35]). Das schloss selbstverständlich nicht die Instrumentalisierung negativer antijüdischer Stereotypen aus. Die Voraussetzungen für eine ausschließlich ethnisch definierte Politik und vor allem Abwehrstrategie waren jedoch noch nicht vorhanden.

Schomer Israel war wie der Ruthenische Rat als Verein legalisiert und sah seine eigene Rolle daher nicht zuletzt auch in einer aktiven Beeinflussung der Wahlen. Mehr noch: Es war gerade ein Wahlgang, der die eigentliche Umwandlung desselben von einem primär kulturellen Verein zu einem politischen auslöste, nämlich jene Schicksalswahlen von 1873, die in dem erwähnten ruthenisch–jüdischen Bündnis gipfelten. In diesem Jahr agierte *Schomer Israel* als treibende Kraft bei der Gründung eines „Central-Wahlcomités der Juden in Galizien“ (CWJG). Dieses Komitee bestand vornehmlich aus Vertretern der lokalen Intelligencja, aber auch aus den höchsten Repräsentanten sowohl der progressiven als auch der orthodoxen Gemeinde Lembergs. Der mit seinem Namen verbundene umfassende politische Anspruch konnte allerdings wegen der distanzierten bis ablehnenden Haltung der Krakauer jüdischen Eliten nicht eingelöst werden. Im Rahmen seines auf Ostgalizien beschränkten Wirkungskreises kann man zudem gegenüber den anderen Wahlorganisationen jener Zeit die Besonderheit vermerken, dass sich das Organisationsnetz des CWJG nicht auf politische Verbände (Bezirke, Gemeinden) oder selbst gegründete Wahlkomitees stützte, sondern auf die lokalen Kultusgemeinden (*Kahal*).[36])

Im Laufe der 1870er-Jahre und verstärkt nach 1879 wurde die beschriebene Umorientierung der jüdischen Eliten, insbesondere der aufgeklärten, hin zu einer Politik im Verein mit den Polen immer bestimmender. Seitdem das polnische Establishment und seine Organe in die Wiener politische Sphäre integriert waren, konnte Polentum ungeachtet der konservativen Ausrichtung des Kabinetts Taaffe wieder mit dem Fortschrittsbegriff belegt werden. Fortschritt bedeutete Staats- und Verfassungsloyalität, und die stand in der Blütezeit der „organischen Arbeit“ nicht mehr zur Debatte. Hinzu kamen allmählich die Auswirkungen der Polonisierung von Schulwesen und anderen öffentlichen Institutionen sowie die wachsende kulturelle Attraktivität der polnisch geprägten Umwelt. Parallel zu diesen politischen und gesellschaftlichen Vorgängen kam es auch institutionell zu einer erfolgreichen Integration der jüdischen Institutionen in die Strukturen der polnischen Wahlorganisation. Um sich der Unterstützung der jüdischen Wählerschaft insbesondere in den Städten zu sichern, war es von essentieller wahlstrategischer Bedeutung, die jüdischen Gemeindevertretungen auf die Linie des CKW zu bringen. Deren Verlautbarungen hatten ein großes Gewicht in einer heterogenen, politisch (mit Ausnahme des *Schomer Israel*) noch weitgehend unorganisierten jüdischen Gemeinschaft. Als Gegenleistung für Unterstützungserklärungen durch die Kultusgemeinden wurden seitens des CKW bewusst jüdische Kandidaten portiert, insbesondere in den ostjüdischen Städtewahlkreisen, wo die Wähler-

---

[35]) Czas 22. 6. 1876 (140), S. 1: *forposzta germanizacyi*.

[36]) Manekin, Politics, S. 104–111.

schaft auch tatsächlich mehrheitlich jüdisch war. Im Jahre 1879 etwa sprach das CKW offiziell die Empfehlung aus, in vier ostgalizischen Wahlkreisen jüdische Kandidaten zu wählen. Diese Verlautbarung widersprach der sonst üblichen Maxime der Wahlorganisation, die Kandidaten jeweils individuell nach ihrer Qualität zu beurteilen und wurde daher auch nicht ohne Kritik aufgenommen.[37]) Üblich blieb eine fallweise Behandlung dieser Angelegenheit nach Maßgabe der politischen Opportunität. Auch das Reglement von 1882 schrieb keinerlei Kollektivansprüche dieser Art fest. Es gehörte jedoch zum festen Brauch, dass einer der fünf kooptierten Mitglieder das jeweilige Haupt der israelitischen Gemeinde in Krakau bzw. Lemberg zu sein hatte. Jene institutionell abgesicherte Interessenkoalition zwischen polnischen und jüdischen Eliten blieb bis in die 1890er-Jahre praktisch unangefochten. Sie schuf den polnischen „Hausjuden", der dann von national-jüdischer Seite mit aller Vehemenz unter Beschuss genommen wurde.[38])

C. Die Reichsratswahlen im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts

1. Die Wahlen von 1897

a) Der Wahlkampf

In Galizien waren die Erwartungen und Befürchtungen im Hinblick auf die Reichsratswahlen vom März 1897, den insgesamt fünften seit Einführung der direkten Wahl im Jahre 1873, stark von den keine zwei Jahre zurückliegenden Landtagswahlen geprägt. Diese hatten unter dem Zeichen eines verschärften nationalen Konflikts und einer innerpolnischen Polarisierung gestanden. Das polnisch–ruthenische Verhältnis war auf einem Tiefpunkt angelangt, nachdem die Ausgleichsbemühungen im Zeichen der „Neuen Ära" endgültig gescheitert waren. Machtmissbrauch und Wahlfälschung hatten ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen und die Ruthenen dazu veranlasst, eine von beiden politischen Großlagern getragene „Massendeputation" nach Wien zu entsenden, um beim Kaiser gegen das Vorgehen der mit dem polnischen Zentralwahlkomitee zusammenarbeitenden polnischen Behörden zu protestieren.[39]) Die gleichzeitig feststellbare Polarisierungstendenz im polnischen Lager war von Teilen des urbanen demokratischen Milieus ausgegangen, das sich dezidiert nach links zu bewegen begann. In Lemberg war eine neue organisierte Kraft, die Volkspartei (SL), entstanden, welche mit ihrem auf das Bauerntum zielenden Programm auf einen Schlag neun Landtagsmandate gewonnen und damit die

---

[37]) Dziennik Polski 8. 6. 1879 (131), S. 1.

[38]) Saul Raphael Landau, Der Polenklub und seine Hausjuden. Fort mit den Hausjuden. Grundzüge jüdischer Volkspolitik, Wien 1907.

[39]) Die ruthenische Massendeputation in Wien, Lemberg 1895. Die Deputation bestand aus 221 Personen, mehrheitlich Bauern, und erregte einiges Aufsehen in der Reichshauptstadt. Im Zusammenhang mit dem hier bearbeiteten Thema „Galizien in Wien" stellte sie zweifellos ein markantes Ereignis dar.

Vorherrschaft der Konservativen über die Landwahlbezirke in Frage gestellt hatte. Unruhe hatte auch das CKW zu spüren bekommen, nachdem sich eine Anzahl von Städten – neben dem gewohnt widerspenstigen Lemberg auch Rzeszów, Przemyśl und Stanislau – geweigert hatten, an der Delegiertenversammlung des CKW teilzunehmen. Nun kam für die anstehenden Reichsratswahlen noch die neugeschaffene Allgemeine Wahlkurie hinzu, die eine beträchtliche Anheizung des Wahlkampfes versprach. Es stand insbesondere zu erwarten, dass erstmals die Sozialdemokraten nicht mehr nur die Rolle eines unbequemen Störfaktors, sondern eines ernst zu nehmenden Mitstreiters bei der Erringung von Mandaten spielen würden.

Das CKW bestritt die Wahlen von 1897 nach einem revidierten Reglement, welches der *Sejm*-Polenklub im Februar 1896 – also noch vor der Erarbeitung der Reichsratswahlreform – verabschiedet hatte. Wie erinnerlich, war eines der Merkmale des Reglements von 1882 die nach Wahlkurien abgestuften Machtbefugnisse der Zentrale gegenüber den jeweiligen semiautonom konstituierten Ortskomitees gewesen. Im Jahre 1896 kam nun noch ein zweites Kriterium hinzu, die Differenzierung zwischen Landtags- und Reichsratswahlen: Bei den Wahlen ins Wiener Parlament hatte das CKW nunmehr in allen Kurien das Recht, den Ortskomitees Kandidaten vorzuschlagen und gegebenenfalls autonom genannten Kandidaten die Bestätigung zu verweigern. Bei Landtagswahlen gab es kein solches Vorschlagsrecht, und hinsichtlich der Wahlkurien bestand weiterhin die Regelung von 1882, wonach die Kompetenz der Kandidatenbestätigung nur für die Landgemeindekurie galt. In den übrigen Kurien (nun explizit auch Großgrundbesitz und Handelskammern) hatte das Zentralorgan die Entscheidung der Ortskomitees zur Kenntnis zu nehmen und zu verkünden. In der Summe brachte das neue Reglement also eine Ausdehnung der Machtbefugnisse des CKW, die mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie zu einer neuen „nationalen Gefahr“ auch in den Städten gerechtfertigt werden konnte. Die Beschränkung auf die Reichsratswahlen stellte vornehmlich eine Konzession an die Demokraten dar, die innerhalb der von ihnen kontrollierten Städtekurien den autonomen Gestaltungsraum bei den Landtagswahlen bewahrt wissen wollten.[40])

Zwei weitere Tendenzen zeichneten das Reglement von 1896 aus, die sich in den Folgejahren fortsetzen sollten: Zum einen war das Bemühen um eine Effizienzsteigerung mit einer fortschreitenden Bürokratisierung und Reglementierung der Organisation verbunden. Die Aufgaben der Vertrauensmänner und der Konstituierungsmodus der Ortskomitees wurden durch separate, sogenannte „Instruktionen“ genauestens umschrieben. Sowohl die Zentrale als auch die Ortskomitees sollten ihre Tätigkeit mittels ständiger Ausschüsse auf eine dauerhafte Basis stellen. Die beiden, in Lemberg und Krakau angesiedelten Exekutivkommissionen (*komisya wykonawcza*) führten eine Art Kanzlei, die entsprechend den inzwischen entstandenen Parteikanzleien die alltäglichen politischen Abwicklungen während des Wahlkampfs zu besorgen hatte. Dazu gehörte auch die Einrichtung von Bürostunden an zwei Wochentagen, an denen die zuständigen Funktionäre potentielle Kandidaten oder auch einsatzbereite Aktivisten empfingen.[41]) Trotz der Einrichtung zweier getrennter Kanzleien drückte sich im neuen Reglement aber auch – als zweite Tendenz – das Bemühen aus,

---

[40]) Das CKW-Reglement von 1896 in LNB, Fond 59, Teka 399, 1–2.

[41]) Siehe die Kundmachung in Gazeta Narodowa, 31. 10. 1900 (301), S. 1.

die beiden Teilorganisationen, also CKW-West und -Ost, wieder stärker zusammenzuführen. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Kompetenzen (Wahlaufruf, Kandidatenvorschlag etc.) von den jeweiligen Sektionen auf die Gesamtorganisation übertragen. Man versuchte mit dieser Maßnahme, eine gerade aus polnischer Perspektive besonders bedrohliche Auseinanderentwicklung der beiden Landesteile zu verhindern.[42])

Im übrigen aber zeigt der Verlauf des Wahlkampfs, dass das CKW auf denselben Strukturprinzipien aufbaute wie seine Vorgängerversionen aus den 1880er-Jahren. Lediglich das interne Auswahlprozedere begann früher als bisher üblich, früher auch als die Öffentlichkeit wahrnehmen konnte. Bereits Anfang Dezember, ein Monat vor der offiziellen Auflösung des Parlaments, wandte sich der Präsident des CKW-Ost Wojciech Dzieduszycki in vertraulichen Briefen an ihm bekannte Persönlichkeiten in den Bezirken – nicht unbedingt identisch mit den später aktivierten Vertrauensmännern – mit der Bitte um Vorschläge hinsichtlich potentieller Kandidaten der vierten und fünften Wahlkurie. Die Antwortbriefe enthielten nebst teilweise ausführlichen Beschreibungen der politischen Lage im jeweiligen Bezirk einzelne Namen, meist hohe Funktionsträger der autonomen Verwaltung oder ansässige Gutsbesitzer. Von einer Anpassung der Kandidatenvorschläge an den „Volkscharakter" der neugeschaffenen Allgemeinen Wahlkurie konnte keine Rede sein. Vorherrschend blieb eine elitäre, amtsbezogene und vielfach naive Denkweise: So wurde einem für die Fünfte Kurie empfohlenen Kandidaten der lokalen *Szlachta* attestiert, er kenne das Volk und das Volk kenne ihn, da er seit 20 Jahren Bezirkshauptmann sei und ihm als Gutsbesitzer die Bedürfnisse der Bevölkerung vertraut seien.[43]) Die meisten jener zunächst genannten Namen tauchten dann jedoch im weiteren Verlauf nicht mehr auf. Entweder waren die Angesprochenen gar nicht zur Übernahme eines Mandats bereit (etwa weil ihnen die wirtschaftliche Abkömmlichkeit fehlte) oder ihre Wahlchancen wurden von der politisch denkenden Zentrale doch anders beurteilt als dies bei den lokal verhafteten Persönlichkeiten der Fall war. In einem zweiten Schritt wurden dann Mitte Januar einzelne Vertrauensmänner zu einer ebenfalls vertraulichen Besprechung nach Lemberg im Kreise des CKW geladen, wo erneut die Kandidatenfrage erörtert wurde. Erst Anfang Februar trat das Wahlkomitee offiziell ans Licht der Öffentlichkeit. Rundschreiben an die Vertrauensmänner mit ebenfalls offiziellem Charakter wurden publik gemacht, denen die oben beschriebene, vorschriftsgemäße Aktivierung der örtlichen Komitees folgte.

Dennoch waren einige der seit 1882 eingehaltenen Grundregeln nach der Zäsur der *Sejm*-Wahlen von 1895 und der im Folgejahr verabschiedeten Reichsratswahlreform nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Organisationsprinzip hatte ja letztlich auf der Prämisse aufgebaut, dass die von Honoratioren getragenen örtlichen Milieus grundsätzlich auf einer politischen Linie mit der Zentralorganisation stünden – mit der erwähnten Ausnahme der Lemberger Demokraten und deren Sympathisanten in anderen vornehmlich ostgalizischen Städten. Damit war nun nicht mehr zu rechnen. Die Bezirksvertretungen, bis dahin wichtigste Bezugspunkte für die Bildung der Wahlkomitees auf der nächsttieferen Ebene, waren keine unbedingt verlässlichen Instrumente mehr, da die Volkspartei inzwischen, vor allem in Westgalizien, zu einem Eroberungsfeldzug angesetzt hatte, der ihr in einigen Fällen so-

---

[42]) Vgl. Czas 9. 2. 1896 (33), S. 4.

[43]) CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 12, 29. Weitere typische Antwortschreiben etwa in Spr. 14, 37 und Spr. 16, 23 und 26.

gar bereits den Bezirksmarschall eingebracht hatte. So ist es erklärbar, dass eine Delegiertenversammlung mit Kooptationsrecht, an sich eine wichtige Einrichtung für das auf Repräsentativität bauende Selbstverständnis des CKW, im Jahre 1897 – trotz der Bestimmungen des Reglements – gar nicht erst einberufen wurde. Ihre politische Tendenz musste zweifelhaft erscheinen. Das CKW trat diesem Verlust an gesicherter Machtbasis mit einem Prozess der inneren Konsolidierung und mit neuen diskursiven Mustern entgegen. Die nun teilweise von beiden Sektionen gemeinsam verantworteten Wahlaufrufe lassen erkennen, dass positive Appelle an die nationale Solidarität alleine nicht mehr genügten. Radikale Parteien, welche die Gutgläubigkeit der Menschen missbrauchten, Terroristen und Anarchisten, die das Land ins Chaos stürzen, wurden zu Schreckensbildern aufgebaut.[44]) Große Beachtung in den lokalen Medien fand auch der gesamtösterreichische Hirtenbrief zu den Wahlen von 1897, der insbesondere in den Augen der westgalizischen Konservativen und des inzwischen aufgefächerten klerikalen Lagers ein grundlegendes Dokument blieb.[45])

Das CKW stand im weiteren vor der Herausforderung, seine eigene Organisation den veränderten Bedingungen anzupassen. Das nach Verabschiedung der Wahlreform von 1897 nicht nochmals adaptierte Reglement von 1896 bot keine Handhabe, um auf die besonderen Voraussetzungen der neugeschaffenen Allgemeine Wahlkurie zu reagieren. So wurde die Fünfte Kurie, wie sich schon aus den oben erwähnten vertraulichen Schreiben vom Dezember 1896 erahnen ließ, im Allgemeinen gemeinsam mit der Landgemeindekurie politisch betrachtet und organisatorisch behandelt. Schließlich machte hier wie dort die ländliche Bevölkerung den Hauptteil der Wählerschaft aus, und in beiden Fällen war (mit Ausnahme von Lemberg und Krakau in der Allgemeinen Wahlkurie) das Wahlverfahren ein indirektes. Es wurden denn auch keine eigenen örtlichen Wahlkomitees für die neue Kurie geschaffen, sondern das wie in den Vorjahren im Bezirkshauptort einberufene Komitee mit beiden Kurien betraut. Es mussten dann allerdings zwei Delegationen gewählt werden, welche sich an jeweils unterschiedlichen Orten und Zeiten mit den anderen im Wahlkreis befindlichen Bezirken auf eine gemeinsame Kandidatur zu einigen hatten.

Diese Wahlbezirksversammlungen (*Zjazdy okręgowe*), für die Fünfte Wahlkurie Ostgaliziens einheitlich auf einen Tag gelegt (den 11. Februar), fanden unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen statt, was die Vorbereitung der Delegierten betraf. Manche Bezirke hatten einen Beschluss ihres Wahlkomitees im Gepäck und versuchten diesen durchzusetzen, andere opponierten, die dritten waren noch nicht bereit und erklärten, sich der Mehrheit anschließen zu wollen. Zuweilen kam es vor, dass ein Wahlkomitee oder eine einflussreiche Einzelperson den von der Delegiertenversammlung portierten Kandidaten dann doch nicht goutierte und mit einer entsprechenden Bitte um Revision direkt an den Präsidenten des CKW gelangte. Im Ganzen aber verlief dieses interne Ausscheidungs- und Ausgleichsverfahren trotz der enormen Ausdehnung der Wahlkreise weitgehend reibungslos. Dies lässt sich mit dem Umstand erklären, dass der Grad der Identifizierung der örtlichen

---

[44]) Czas 5. 2. 1897 (28), S. 2 (CKW-West), 10. 2. 1897 (32). S. 1 (Gemeinsamer Aufruf), 9. 3. 1897 (55), S. 1 (CKW-Ost). Laut Zeugnissen wurde der gemeinsame Aufruf an allen Straßenecken von Krakau aufgemacht – auch dies, die intensivere Einbeziehung des öffentlichen Raums, ein Aspekt der neuen Zeit. Czas 13. 2. 1897 (35), S. 2.

[45]) Veröffentlicht unter anderem in Czas 26. 1. 1896 (20), S. 1.

Eliten mit ihren Kandidaten insbesondere im Vergleich zu den dichter gefügten Milieus der Städte doch gering war. Aus der Sicht des CKW ging es weder in der vierten noch in der fünften Wahlkurie darum, sozial adäquate Repräsentation zu erzielen, sondern alleine um die Durchsetzung eines systemkonformen Kandidaten. Nicht dessen Popularität, sondern sein Einfluss (und seine Geld- und Zeitreserven) waren maßgebend. Gerade hinsichtlich der Niederhaltung „radikaler" Kandidaten bot die Allgemeine Wahlkurie wegen der kaum zu bewältigenden Größe der Wahlkreise sogar die besseren Voraussetzungen als die Landgemeindekurie. Wie ein Vertrauensmann gegenüber dem CKW scharf bemerkte, könne unter diesen Bedingungen nur eine Kraft erfolgreich sein, welche mit Unterstützung der überregional vernetzten Behörden agierte.[46])

Die größeren Provinzstädte Galiziens besaßen nicht nur ein anderes soziokulturelles und politisches Milieu, sondern unterschieden sich von den Landgemeinden auch durch ihre eigenen, offeneren Prinzipien der Kandidatenkür, welche in erster Linie mit dem lange ausgeübten direkten Wahlverfahren zusammenhingen. Das Recht auf die unmittelbare Wahl des Abgeordneten verlieh dem einzelnen Wähler erheblich mehr Gewicht. Folglich verlief auch der Prozess der Kandidatenkür demokratischer, unter aktiver Beteiligung von Wählerversammlungen. Diese tradierte politische Kultur der größeren Provinzstädte war zu berücksichtigen, auch wenn dieselben Städte nun im Rahmen der Allgemeinen Wahlkurie indirekt wählten. Die städtischen Wählerversammlungen der Allgemeinen Wahlkurie fanden getrennt von denjenigen der Stadtwahlkurie statt, die ihrerseits jeweils erst zu einem späteren Zeitpunkt – und unter Einladung eines anderen Publikums – folgten. Da jeweils eine beträchtliche Anzahl von Urwählern – Tarnów zum Beispiel 55, Stanislau 41 – zu bestimmen war, kam hier in der Wahlpraxis ein Listenverfahren zum Zug. Die Zusammenstellung möglichst sozial und konfessionell ausgewogener, aber doch verlässlicher Wählerlisten gehörte neben der Bestimmung des Wahlkomitees zu den Hauptaufgaben der Wählerversammlungen. Diese selbst verliefen allerdings selten so ruhig und gesittet wie sich die organisierenden Kräfte dies vorstellten. Wo es nicht gelang, die Teilnehmer auf einen strikt definierten Kreis von Eingeladenen zu beschränken, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit anwesenden Sozialdemokraten, und so manche Versammlung musste gar vorzeitig aufgelöst werden. Das war etwa in Rzeszów der Fall, wo schließlich beide Gruppen singend – die einen „Noch ist Polen nicht verloren", die anderen „Die Rote Fahne" – den Saal verließen.[47]) In Krakau versuchte man es nicht einmal, eine Wählerversammlung einzuberufen. Vielmehr stellten die Vertrauensmänner gegenüber dem CKW fest, dass „wegen der lokalen Verhältnisse, den stark umrissenen Parteien und den ausgebrochenen politischen Leidenschaften die Einberufung einer allgemeinen Wählerversammlung nicht möglich ist". Man schritt also direkt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zur Bestimmung eines Wahlkomitees aus Personen, welche ausschließlich in der neu geschaffenen allgemeinen Klasse wahlberechtigt waren. Damit zog man sich selbstverständlich herbe Kritik von Seiten oppositionell-demokratischer Organisationen zu, die in diesem Rückzug einen weiteren Beweis für die Klüngelwirtschaft des CKW-Establishments fanden.[48])

---

[46]) CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 17, 3. Vgl. die Berichterstattungen der Vertrauensmänner ebd., Spr. 12, 11 und 21; Spr. 13, 31 und 39; Spr. 14, 29; Spr. 15, 8.

[47]) Kurjer Rzeszowski 21. 2. 1897 (8), S. 1.

[48]) Nowa Reforma 7. 2. 1897 (30), S. 1; Gazeta Narodowa 13. 2. 1897 (44), S. 1.

Das Zusammenfügen von stark divergierenden Land- und Stadtmilieus zu einem gemeinsamen Wahlkreis verschärfte nicht zuletzt das Problem der Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten. Ein Beispiel bildete der in Ostgalizien gelegene Wahlkreis 13.[49]) Hier weigerte sich die Stadt Stanislau, den von den Bezirksmarschalls der Landbezirke geforderten Kandidaten, den Gutsbesitzer Józef Bogdanowicz zu unterstützen. Sie konterte mit einem Gegenkandidaten, Jan Walewski, ausgebildeter Advokat und Gutsbesitzer, der von der Wählerversammlung einstimmig auf den Schild gehoben wurde. Hinter diesem stand vor allem die jüdische Wählerschaft, welche die Mehrheit der Bevölkerung Stanislaus stellte, denn Bogdanowicz wurde Antisemitismus vorgeworfen. Zahlreiche Plakate, welche die Unterschriften der Rabbiner von fünf umliegenden Städten trugen, riefen die jüdische Bevölkerung auf, für Walewski zu stimmen. Es kam zu einer jener seltenen Versammlungen von Bezirkswahlkomitee-Delegierten, die nicht im Einvernehmen endeten. Das Resultat lautete nämlich 12 zu 8 zugunsten des Bezirksmarschall-Kandidaten, ein Ergebnis, das niemanden befriedigte. Das Wahlverhalten machte nochmals jenes zugrundeliegende Stadt/Land-Problem deutlich, kamen doch von den zwölf Stimmen zehn von Gutsbesitzern oder Bauern und sämtliche acht Stimmen aus den Städten: Stanislau, Podhajce und Rohatyn. Trotz der knappen Mehrheitsverhältnisse bestätigte das CKW den Sieger jener Delegiertenwahl als offiziellen Kandidaten, also Bogdanowicz. Zum Glück gab es ja noch den Städtewahlkreis, wo dann der unterlegene Walewski aufgestellt wurde (und auch reüssierte). Auch hier zeigte sich also wieder der Gewinn an Flexibilität, der durch die zeitliche Staffelung der Wahlgänge in den einzelnen Kurien geschaffen wurde.[50])

Etwas anderer Art waren die Komplikationen in der Allgemeinen Wählerkurie des Bezirks Krakau und Umgebung. Das Gesicht der westgalizischen „Metropole“ hatte sich gegenüber den 1880er-Jahren markant gewandelt. Die alte, trutzige Hochburg der Stańczyken und galizische Hauptstadt des Triloyalismus war zur letzten Festung der Liberaldemokraten geworden, die sich um die Zeitung *Nowa Reforma* gruppierten. Gleichzeitig hatte sich eine neue, auf das Kleinbürgertum gestützte katholische Massenbewegung mit stark antisemitischen Zügen herausgebildet, deren medialer Hort die Tageszeitung *Głos Narodu* war. Krakau diente zudem der säkular-bäuerlichen „Volkspartei“ als Koordinationszentrum zur Eroberung der westgalizischen Landbevölkerung. Schließlich besaß auch die galizische Sozialdemokratie mit der Zeitung *Naprzód* hier ihr logistisches Zentrum und schickte ihren Parteiführer Ignacy Daszyński ins Rennen. Diese neue Pluralität war es gewesen, welche die Vertrauensmänner des CKW zu jener oben zitierten resignativen Stellungnahme bewogen hatte. Während sich im Falle Lembergs das CKW-Ost auf eine einheitliche Abwehrfront des Stadtbürgertums gegen drei konkurrierende sozialistische Kandidaten und einen Unabhängigen stützen konnte und im ehemaligen Stadtpräsidenten Edmund Mochnacki eine Integrationsfigur fand, konnte das CKW-West den auseinanderstrebenden Kräften nicht standhalten. Neben den zahlenmäßig dominierenden Konservativen waren zunächst auch Vertreter der Liberaldemokraten und der Klerikalen vertreten. Allerdings waren zu Beginn auch die Demokraten noch mit von der Partie, getreu ihrer

---

[49]) Vgl. die Aufschlüsselung in Anhang 1, wo als erste Ziffer jeweils die Wahlkurie (hier also 513) figuriert.

[50]) Siehe die Berichte in Kurjer Lwowski 24. 2. 1897 (55), S. 1 f. und 25. 2. 1897 (56/(Beilage), S. 1; Kurjer Stanisławowski 28. 2. 1897 (597), S. 1, sowie CDIAL, Fond 810, Opis. 1, Spr. 17, 39–41.

Devise „Mitmachen und dennoch Opponieren“. Jene Vertrauensmänner-Versammlung von Anfang Februar, bei der auf eine Kandidatenkür unter Einbezug der Wählerschaft verzichtet wurde, veranlasste dann jedoch die Demokraten, ihren Austritt aus dem städtischen Komitee zu verkünden. Fortan hieß es nur noch Opposition, und diese fand ihren höchsten Ausdruck in der Wahldeklaration von Anfang März 1897. Im Namen eines „Wahlkomitees der Demokratischen Partei“ (die es als Organisation noch gar nicht gab) wurde die alte Rolle der Demokraten als Bewahrer national-politischer Standfestigkeit neu gegenüber zwei Seiten begründet: dem Loyalismus der Konservativen und dem Kosmopolitismus der Sozialdemokraten. Da sich die Deklaration in Anspielung an die klerikal-antisemitischen Kräfte „gegen Konfessionenkampf und für Toleranz“ klar abgrenzte, blieb als einziger „natürlicher Verbündeter“ (*naturalny sprzymierzeniec*) bei den Wahlen die Volkspartei, welche wie die Demokraten selbst auf dem „nationalen und demokratischen Boden“ stünde. Diesen Worten folgten Taten: Die Krakauer Demokraten beschlossen wenige Tage später in einer von Jan Rotter geleiteten Versammlung, den Kandidaten der Volkspartei in der Allgemeinen Wählerklasse Krakau (Szczepan Mikołajski) offiziell zu unterstützen.[51])

Mittlerweile hatte auch das dem CKW unterstehende Stadtkomitee seinen Kandidaten für die Allgemeine Wahlkurie gekürt, und zwar einen Exponenten jener christlichsozial-antisemitischen Bewegung, die damit erstmals ihre gewachsene Bedeutung in Krakau unter Beweis stellte. Für ihn, den Eisenbahnarbeiter Feliks Gawłowicz, hatte sich der katholische Arbeiterverein *Przyjaźń* ins Zeug gelegt, wirksam unterstützt durch *Głos Narodu*, dessen verantwortlicher Redakteur Kazimierz Ehrenberg selbst Mitglied des CKW-West war. Die Krakauer Konservativen hatten versucht, der Reihe nach zwei Kandidaten der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen, scheiterten aber an deren zu wenig populärem Profil und erklärten sich schließlich mehrheitlich dazu bereit, den Christlichsozialen zu unterstützen. Dieser wurde dann auch von der erwähnten Delegiertenversammlung am 24. Februar einstimmig zum Kandidaten der Allgemeinen Wählerklasse Krakau/Umgebung erklärt.

Wenige Tage später aber folgte der Eklat. Das CKW verkündete in einer gemeinsamen Sitzung beider Sektionen seine Kandidaten, und der Name Gawłowicz fehlte auf der Liste. Ursächlich für diesen Rückzug waren verschiedene drohende oder bereits vollzogene Austritte jüdischer Vertreter aus dem CKW bzw. dem städtischen Komitee, die unzweideutig als Protest gegen die Propagierung eines Antisemiten als offiziellen Kandidaten zu verstehen waren. Gawłowicz zog darauf seine Kandidatur zurück, *Głos Narodu* ortete eine jüdische Verschwörung und Ehrenberg legte sein Mandat im CKW nieder. In seiner Erklärung warf der Redakteur den CKW-Verantwortlichen vor, ihre Aufgabe als nationale Verteidiger zu verfehlen und sich statt dessen gerade den antinationalen Elementen, nämlich den „antichristlichen jüdischen“, auszuliefern. Den inneren Turbulenzen folgte die Niederlage an der Wahlurne: Ohne die mediale Unterstützung von *Głos Narodu* war der letzten Figur im Kandidatenkarussel des CKW, dem Gutsbesitzer und Finanzrat Fürst Aleksander Poniński, kein Glück beschieden.[52])

---

[51]) Die Wahldeklaration in Nowa Reforma 4. 3. 1897 (51), S. 1. Bericht über die Wahlversammlung ebd. 5. 3. 1897 (52), S. 1.

[52]) Siehe Głos Narodu 2. und 3. 3. 1897 (49 u. 50). Die Zeitung gab aus Groll gegen das CKW sogar dem Kandidaten der rivalisierenden Volkspartei den Vorzug gegenüber Poniński, während die

Die eben beschriebene Auseinandersetzung musste der Öffentlichkeit vor Augen führen, wie problematisch und vieldeutig die konzeptionelle Grundlage war, auf der sich das CKW bewegte. Die bisher gültige Annahme, die Zugehörigkeit zum national Eigenen definiere sich durch politisches Verhalten im Sinne polnischer Interessen, wurde radikal in Frage gestellt durch eine religiöse, unterschwellig aber auch bereits rassische Definition des Nationalen, das die Juden kollektiv ausschloss. Der dominierende Diskurs im CKW blieb dennoch jener politischen Deutung verhaftet, indem er das bedingungslose Bekenntnis zum Polenklub in Wien zur Kardinalfrage erhob – ein Instrument innerer Konsolidierung, das im übrigen bei den Landtagswahlen nicht in gleicher Weise zur Verfügung stand. Zum Tragen kam dieses Konzept nicht nur in den Leitartikeln der Zeitungen, sondern auch in politischen Versammlungen, bei denen die prospektiven Kandidaten über ihre geplante parlamentarische Tätigkeit Auskunft zu geben hatten. Ausgeschlossen aus dem Kreis derjenigen, die das Gütesiegel des Nationalen in Anspruch nehmen durften, waren also nicht nur „Radikale", „Terroristen" und „Kosmopoliten", sondern alle diejenigen, welche die herrschenden Zustände im Polenklub kritisierten – auch dann, wenn sie sich keineswegs prinzipiell gegen ein solidarisches Vorgehen in Wien stellten. Dazu gehörten die linksdemokratischen Milieus von Krakau und Lemberg (*Nowa Reforma*, *Kurjer Lwowski*), die Volkspartei (SL), die Stojałowski-Gruppe (SChL) und Teile des Verbands der Bauernparteien (ZSCh).[53])

Die Linksdemokraten hatten schon seit längerem das CKW als Instrument konservativen Machtmissbrauchs an den Pranger gestellt. Hinsichtlich nationaler Solidarität hatten sie einen alternativen Diskurs anzubieten, der von der Volkseinheit, der Masse ausging. Die Solidaritätsparole des CKW und der Konservativen sahen sie hingegen als geradezu unmoralische Aneignung eines heiligen Gutes, der alleine zum Zweck verwendet werde, um die eigene Vorherrschaft in jenem Organ und im Land zu sichern. Diese Kritik umfasste nun, wenn auch nicht in der gleichen Schärfe, den Polenklub. Dieser wurde letztlich von denselben Kräften beherrscht wie das CKW, agierte aber doch immerhin in fremden Landen, in Wien unter den Repräsentanten anderer Nationalitäten. Der Forderung nach „bedingungslosem Beitritt" setzten sie das Schlagwort „Statutenänderung" entgegen. Konkret ging es darum, den Mitgliedern des Polenklubs in Belangen, welche nicht die Sphäre der nationalen Interessen berührten, mehr Freiheit zu gewähren. Dies war ein zentraler Punkt sowohl in der bereits erwähnten Wahldeklaration der Krakauer Demokraten als

---

christlichsozialen Vereine (*Przyjaźń*) den Kandidaten des CKW akzeptierten. Im Übrigen unterstützte Głos Narodu konsequent die christlichen gegen die jüdischen Kandidaten, ungeachtet der Parteirichtung, der sie angehörten. Insgesamt erwies sich das christlichsoziale Lager (ohne Stojałowski) als zu schwach, um im Wahlkampf mit eigenen Kandidaten zu reüssieren. So hatten die katholischen Arbeitervereine von Neusandez und Lemberg (*Jedność*) zwar zunächst in ihren jeweiligen Wahlbezirken eigene Kandidaten aufgestellt, zogen diese jedoch später zugunsten des CKW zurück.

[53]) Einen Kandidaten zu unterstützen, der sich nicht zur vollständigen Solidarität im Polenklub verpflichtet, wäre nicht nur ein Fehler, sondern eine große politische Sünde. Die Einheit der polnischen Delegation in Wien schützen, heißt die Bedeutung und den Einfluss der polnischen Nation in Österreich schützen: Dies die moralisierende Argumentationsweise von *Czas*, welches im Weiteren nur dem CKW-Kandidaten die Qualität zuschreibt, auf „nationalem und katholischem Boden" zu stehen. Czas 9. 3. 1897 (55), S. 1.

auch in dem politisch noch bedeutungsvolleren Aufruf des „Zentralkomitees der Volkspartei“ (*Centralny Komitet Stronnictwa Ludowego*) Ende Februar 1897. In diesem letztgenannten Manifest kamen im Übrigen noch immer die liberaldemokratischen Wurzeln der SL mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als leitende Maxime, das verpflichtende Erbe der „polnischen Freiheit“, dessen Tradition es vor der zivilisierten Welt zu bewahren gelte, Schutz der konstitutionellen Errungenschaften, Stärkung des Parlaments als Kontrollinstanz des administrativen Staatsapparats, schließlich Wahlreform auf der Basis des allgemeinen, direkten und geheimen (noch nicht gleichen) Wahlrechts und diverse institutionelle Reformen. Dies war nicht das Wahlprogramm einer Bauernpartei, sondern eine geistige Schöpfung links-liberal-demokratisch orientierter Intellektueller.[54])

Der praktische Wahlkampf der Volkspartei, dort wo es um die Mobilisierung der Basis ging, hatte freilich wenig mit jenen wohlformulierten theoretischen Erörterungen zu tun. Hier, in der „Volksversammlung“ (*wiec ludowy*) wurde weit eher den bäuerlichen Wählern nach dem Munde geredet. Hier ging es um standesspezifische Interessenpolitik und nicht mehr um staatspolitische Maximen. Tatsächlich war es in erster Linie auf die SL zurückzuführen, dass der Wahlkampf die beschriebenen neuen Formen angenommen hatte, dass nun „Große Politik“ bis in die kleinsten Ortschaften vordrang. Nur die Volkspartei hatte das organisatorische Potenzial entwickelt, zumindest in Westgalizien annähernd flächendeckend präsent zu sein. Dazu dienten der Partei die schon 1895 eingerichteten Bezirkskomitees. Einzelnen Mitgliedern dieser Komitees wurden bestimmte Gemeinden „zur Bearbeitung“ zugewiesen, in denen sie Versammlungen einzuberufen hatten.[55]) Bezirksvertreter, höhere Parteifunktionäre und Kandidaten pflegten sodann von Gemeinde zu Gemeinde reisen, um sich den Wählern zu stellen und ihr Programm darzulegen. An einem Tag konnten an verschiedenen Orten über 100 solche Versammlungen stattfinden. Bevorzugt waren Sonntage und Jahrmarkt-Tage, bei denen ohnehin viele Menschen zusammenkamen. Die Volksversammlungen hatten einen anderen Charakter als jene durchgeplanten, auf Basis von Einladungen abgehaltenen politischen Zusammenkünfte in den größeren Städten. Sie waren offener und daher zumeist auch weit turbulenter im Ablauf. Ein Exponent einer bestimmten Parteirichtung mochte der Einladende sein, es kamen aber auch andere, etwa Sympathisanten der Sozialdemokraten oder Stojałowskis zu SL-Versammlungen. Die Folge waren Wortgefechte und Handgemenge, die zumeist darin endeten, dass die Störfaktoren aus dem Saal entfernt wurden und die Versammlung „in Ruhe und Eintracht“ ihre Beschlüsse fasste. Diese Beschlüsse sollten den Versammelten den Eindruck vermitteln, am politischen Prozess teilgenommen zu haben. Jenseits dieser Mobilisierung der Basis entwickelte auch die SL Verfahren, die Kandidatenkür über ein Komiteewesen zu institutionalisieren. Gemeinden entsandten Delegierte an Bezirksversammlungen. Die Bezirkswahlkomitees wiederum verständigten sich über ihre jeweiligen Ausschüsse miteinander, um eine gemeinsame Kandidatur für den gesamten Wahlbezirk zu beschließen. Oft geschah dies in koordinierten Sitzungen für die vierte und die fünfte Wahlkurie. Schließ-

---

[54]) Der vollständige Wahlaufruf der SL in Kurjer Lwowski 28. 2. 1897 (59), S. 1–3. Näheres zum Thema Solidarität und Statutenrevision des Polenklubs in Abschnitt III.

[55]) Siehe das Rundschreiben des Hauptrats der SL an seine Bezirkskomitees in Nowa Reforma 16. 2. 1897 (37), S. 1.

lich musste der Hauptrat zustimmen. Dem folgte die politische Werbekampagne, die hier nun freilich nicht unter dem Motto der nationale Solidarität, sondern des Zusammenstehens im Namen des Volkes (*lud*) und der Partei stand.[56])

Versammlungen und Wahldeklarationen im Namen des Volkes waren nicht allein Sache der SL und ihres zentralen Wahlkomitees, sondern wurden auch von der christlichsozialen SChL veranstaltet, deren Parteigänger gemeinhin aufgrund der überragenden Stellung des Parteiführers als „Anhänger Stojałowskis“ oder „Stojałowczyken“ (*Stojałowczyky*) bezeichnet wurden. „Väterchen“ (*ojczułek*) Stojałowski war während des Wahlkampfs von 1897 nicht in Galizien, wo ihm die Verhaftung drohte, sondern im oberungarischen (slowakischen) Csacza. Dorthin berief er schon am 31. Januar eine Versammlung von potentiellen Gefolgsleuten bei den anstehenden Wahlen. Zu den Anwesenden gehörte wohl auch Ignacy Daszyński, der Führer der galizischen Sozialdemokraten.[57]) Tatsächlich bestand damals zwischen Stojałowski und Daszyński aus den Zeiten ihrer gemeinsamen Haft ein persönliches Nahverhältnis, das sich auch in politischen Hilfeleistungen ausdrückte. Sozialdemokraten hatten dem streitbaren Priester bei seiner Flucht aus dem Gefängnis im Oktober 1896 geholfen, „Pilgerfahrten“ von Bauern zum Fluchtort Csacza organisiert und redigierten nun sogar seine damals in Wien erscheinenden Zeitungen. Eine Wahlkoalition war nur eine logische Folge dieser Verbrüderung. Im Prinzip, so lautete der Beschluss der Versammlung in Czacza, sollten in der Allgemeinen Wählerkurie Arbeiter (Sozialdemokraten) unterstützt werden und in der Landgemeindekurie bäuerliche Kandidaten aus dem engeren Kreis der Stojałowski-Adepten. Darüber hinaus wurden in den folgenden Wochen gemeinsame Wahlveranstaltungen von SChL und Sozialdemokraten durchgeführt. Unter dem Namen der „Christlichen Volkspartei oder der Christlichen Sozialisten“ veröffentlichte das Parteiorgan einen Wahlaufruf, dessen progressiv-emanzipatorische Tonlange deutlich Anklänge an sozialdemokratische Programme vernehmen ließ.[58]) Inhaltliche Bereiche, welche die beiden Richtungen trennten, namentlich der Stellenwert der Religion und der Antisemitismus, wurden dezent behandelt. Statt religiösem Fundamentalismus trat die Kritik am Gebaren der Kirchenhierarchie und das demokratische Postulat des Christus-Wortes in den Vordergrund, und statt antisemitischer Parolen wurde die Bauern und Proletariat verbindende Not des Volkes betont. Die Stojałowski-Organe waren im Übrigen damals deutlich weniger antisemitisch als beispielsweise die für das Krakauer Kleinbürgertum bestimmte Tageszeitung *Głos Narodu*.

Als dritte Kraft, welche unter dem westgalizischen Bauerntum agierte, ist noch der auf den Bezirk Neusandez konzentrierte ZSCh zu nennen. Dessen Parteiführer Stanisław Potoczek ließ sich ebenfalls bereits ganz zu Beginn des Wahlkampfes vernehmen. In einer unerwartet scharfen Erklärung wies er das an ihn ergangene Angebot zurück, die Funktion eines Vertrauensmanns des CKW zu übernehmen. Potoczek lehnte das CKW als „Regierung über die Wahlen“ ab und erklärte sich zum grundsätzlichen Gegner der sie stützenden

---

[56]) Siehe das Reglement für die Bestimmung der Kandidaten der SL in Przyjaciel Ludu 1. 2. 1897 (4), S. 56.

[57]) Gazeta Narodowa 4. 2. 1897 (*35*), S. 1.

[58]) Siehe den Wahlaufruf in Wieniec Polski 2/1897 und auszugsweise in Pawlowski, Stronnictwa, S. 70–72. Berichte über die Versammlung in Csacza in Gazeta Narodowa 4. 2. 1897 (35), S. 1 und Wieniec Polski 6/1897, S. 94.

Partei, die ihre Parteiinteressen unter dem Mäntelchen der Nations- und Landesinteressen hineinzuschmuggeln versuche. Statt der aufoktroyierten bedingungslosen Solidarität forderte er eine echte Solidarität des katholischen Volkes, wie sie im eigenen Parteistatut verankert sei, gegen die Allmacht der Stańczyken-Partei. Im März 1897 adoptierte der Parteiausschuss jene Antwort seines Vorsitzenden an das CKW als die offizielle Position der Partei. Die Heftigkeit der Attacke gegen das polnische Establishment war insofern überraschend, als Stanisław Potoczeks Bruder Jan für den Polenklub im Abgeordnetenhaus saß und sich stets allerlei Vorwürfe gefallen lassen musste wegen seiner allzu konzilianten, anpasserischen Linie. Als dann die beiden gemeinsam ins Rennen gingen, Jan in der vierten und Stanisław in der fünften Wahlkurie, erhielt der erstere sogar die offizielle Unterstützung des CKW, nicht aber sein älterer Bruder, der seinerseits von der SL empfohlen wurde. Ein Jahrzehnt bevor sich die beiden endgültig politisch entzweiten, waren hier also bereits Divergenzen in der politischen Grundhaltung unübersehbar. Da die Parteilinie von dem radikaleren Stanisław bestimmt wurde, lag es auf der Hand, dass man sich in den nicht von eigenen Kandidaten beworbenen Wahlkreisen (neben den Potoczek-Brüdern kandidierte nur noch der Landtagsabgeordnete Franciszek Kramarczyk für den ZSCh) mit der Volkspartei verständigen wollte. Zur Untermauerung dieser Zusammenarbeit schlossen sich die beiden bisher getrennt agierenden Landtagsfraktionen zum Katholischen Volksklub (*Klub Katolicky Ludowe*) zusammen. Wie im Falle des SChL-GPSD Bündnisses brachte also auch hier die Pragmatik des Wahlkampfes zwei Kräfte zusammen, die sich vor allem hinsichtlich des Stellenwerts der Religion fundamental voneinander unterschieden. In diesem Fall hatte vor allem Einigkeit im Sinne der Bauernschaft vor katholischer Solidarität zu rangieren. Das wahltaktische Bündnis war aber vor allem auch deshalb möglich, weil man seine eigenen begrenzten Möglichkeiten im Revier des Partners kannte. Auch das hatte seine Parallele im Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und der Stojałowski-Partei.[59])

Alle drei genannten politischen Kräfte, SL, SChL und ZSCh, waren fast ausschließlich in den Landgemeindebezirken Westgaliziens aktiv. Das erleichterte es insbesondere der SL, auch ruthenische Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Zu den bevorzugten ruthenischen Kandidaten der Volkspartei gehörte die Leitfigur der Radikalen, Ivan Franko, der, „unter ländlichem Strohdach geboren, mit klugen Worten und tapferer Feder" für das Wohl der Landbevölkerung kämpfe.[60]) Insgesamt aber dominierte in Ostgalizien der polnisch–ruthenische Gegensatz den Wahlkampf in der vierten und fünften Wahlkurie, getragen vom CKW-Ost und einer „Großen Koalition" auf der Seite der Ruthenen. Zunächst, noch im September 1896, hatte der ukrainophile Volksrat trotz der schmerzlichen gesamtruthenischen Wahlniederlage bei den Landtagswahlen von 1895 und der unter vereinten Kräften nach Wien entsandten „Massendeputation" beschlossen, die kommenden Reichsratswahlen auf eigene Faust zu bestreiten und zu diesem Zweck Wahlkomitees auf Bezirksebene aufzubauen.[61]) Drei Monate später jedoch führte ein denkwürdiges Ereignis zur Revidierung dieser Entscheidung. Der bekanntermaßen politisch rührige Metropolit Sylvester Sembratovyč organisierte eine Zusammenkunft aller Delegierten der galizischen griechisch-katholischen Geistlichkeit in Lemberg mit dem Ziel, eine organisierte Gegenkraft

---

[59]) Der Antwortbrief Potoczeks in Czas 26. 1. 1897 (20), S. 2.
[60]) Gazeta Narodowa 5. 3. 1897 (64), S. 2, zitierend aus *Przyjaciel Ludu*.
[61]) Dilo 28. 9. 1896 (208), S. 1.

gegen den wachsenden Radikalismus und Antiklerikalismus zu schaffen. Das Treffen endete mit einem politischen Fiasko für das Kirchenoberhaupt. In einer am Folgetag im *Narodnyj Dim* abgehaltenen Versammlung sprachen sich die Kleriker gegen eine eigenständige „offiziös-klerikale" Organisation aus und initiierten stattdessen ein Wahlkomitee aus 30 Personen, dem die Aufgabe übertragen wurde, sich mit den beiden Lemberger politischen Vereinen, dem Volksrat und dem Ruthenischen Rat, zu verständigen.

Auf diese Weise entstand das von *Narodovci* und Russophilen getragene so genannte „Ruthenische Landeswahlkomitee" (*Krajevyj Rusʹkyj Komitet Vyborčyj*, KRKV), die mit Abstand wichtigste Wahlorganisation der Ruthenen im Jahre 1897. Die Öffentlichkeit sollte dieses Komitee allerdings weniger als strategischen Kompromiss zweier Parteien wahrnehmen, sondern vielmehr als legitimen politischen Exponenten der gesamten ruthenischen Gesellschaft. Aus diesem Grund legte man seine Zusammensetzung nicht nach Kriterien parteipolitischer Parität fest, sondern strikt nach einem beruflich-sozialen Verteilungsschlüssel: Neben den 30 Priestern waren 30 Plätze für die weltliche Intelligenz und 30 für Bauern und Bürger reserviert. Hinsichtlich ihres Organisationsprinzips beruhte auch das KRKV auf lokal einberufenen Komitees, welche die Kandidaten im Einverständnis mit der Zentrale auszuwählen hatten. Wichtigste Einheit war das Bezirkskomitee, das sich auf der Ebene der Gerichtsbezirke (hier also nicht der politischen Bezirke) konstituierte und bezüglich des bevorzugten Kandidaten zunächst zur Konsensfindung mit den Komitees der anderen im Wahlkreis befindlichen Gerichtsbezirke aufgerufen war. Gleichzeitig wurde eine rege Wahlagitation durch Volksversammlungen (*Viče*) veranstaltet, deren Durchführung oftmals die in den 1890er Jahren nach dem Muster der Lemberger Vereine entstandenen politischen Vereine (unter den Namen *Narodna Rada, Ruska Rada, Seljanśka Rada* u. ä.) in den Provinzstädten übernahmen. Die Wahlaufrufe, welche in den jeweiligen Hauptorganen der beiden Richtungen, *Dilo* und *Halyčanyn*, verkündet wurden, konnten hingegen nur geringe inhaltliche Substanz vorweisen. Dies war nicht verwunderlich angesichts der Breite der in ihr vertretenen Gruppen und Ideologien. Übrig blieb faktisch nur die Allerweltsparole der nationalen Solidarität, und zwar im Sinne eines nicht näher definierten Ruthenentums, und mit ihr die mobilisierende Hoffnung, dass nun endlich dank der Einführung einer allgemeinen Wählerkurie die Chance für die „am stärksten vernachlässigte Volksgruppe der Monarchie" gekommen sei, sich ein besseres Schicksal im Gleichschritt mit den anderen Nationalitäten zu erstreiten.[62])

Die in dieser Form bisher nicht gekannte politische Kooperation zwischen Ukrainophilen und Russophilen ließ tatsächlich Hoffnungen auf einen Wahlerfolg zu. Gleichzeitig verunmöglichte sie eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen jenen unter der Führung von Julijan Romančuk stehenden Mehrheits-*Narodovci* und den Ruthenischen Radikalen (R-URP). Angesichts der scharfen antiklerikalen und antirussophilen Agitation der R-URP war eine offizielle Einbindung auch dieser Partei in das nationale Wahlbündnis nicht möglich. Die Aufrufe der Radikalen Partei beschworen denn auch deren eigenständige Rolle bei den anstehenden Wahlen im Sinne ihres Parteiprogramms.[63]) Der dezidierte Alleingang der Radikalen schloss allerdings nicht aus, dass am Ende vier von sieben Kan-

---

[62]) Siehe den großen Wahlaufruf des KRKV vom 2. Februar 1897, abgedruckt in Dilo 3. 2. 1897 (17), S. 1.

[63]) Dilo 10. 2. 1897 (23), S. 1 f.

didaten der Radikalen (allerdings nicht Franko) von der KRKV empfohlen wurden. Unterstützung erhielt die R-URP außerdem von der Volkspartei (s. o.) und von den Sozialdemokraten, die ja, obwohl polnisch dominiert, zu diesem Zeitpunkt noch immer übernational konstituiert waren und Ruthenen (oft in Doppelmitgliedschaft mit der R-URP) in ihren Reihen zählten. Sozialdemokratische Wahlveranstaltungen wurden denn auch unter regelmäßiger Beteiligung von Exponenten der R-URP abgehalten.[64])

Als letzte Kraft im ruthenischen Lager wären noch die im KRNS und der Zeitung *Ruslan* gesammelten Klerikal-Konservativen zu nennen. Deren Zwitterstellung zwischen nationalpolitischer Interessenwahrnehmung und ihrem Streben nach Versöhnung mit dem polnischen Kontrahenten kam im Wahlkampf ebenso zum Ausdruck wie ihr ungeklärtes Verhältnis zum Metropoliten. Unter dessen Einfluss wurden erneut, wie schon in den Wahlen der vergangenen Jahre, einige (nach polnischer Lesart) „gemäßigte (*umiarkowane*) Ruthenen" aufgestellt. Obwohl diese von den konkurrierenden ruthenischen Presseorganen gelegentlich als Anhänger Barvins'kyjs (also der KRNS) bezeichnet wurden, erhielten sie tatsächlich zu keinem Zeitpunkt die offizielle Unterstützung der Nationalkonservativen oder ihres Organs. In einer groß aufgemachten Erklärung zog sich der KRNS vielmehr Anfang März gänzlich aus einem aktiven Wahlkampf zurück und begründete diesen Schritt mit den zahlreichen Formen von Machtmissbrauch bei den laufenden Wahlen. Die fortdauernden hegemonistischen Bestrebungen der polnischen Gesellschaft gegenüber der ruthenischen Nation würden es dem KRNS verunmöglichen, weiterhin „unter der Flagge der Versöhnung" (*pid praporom pomyrenja*) an den Wahlen teilzunehmen. Gleichzeitig rief die Kundmachung insbesondere die Priesterschaft dazu auf, den Gläubigen nur Ruthenen zu empfehlen, und *Ruslan* ließ in den folgenden Ausgaben in diskreter Manier seine Unterstützung für die Kandidatenauswahl des KRKV erkennen. Zu ergänzen wäre, dass die großen polnischen Zeitungen mit Ausnahme von *Czas* jene Erklärung totschwiegen, kam sie doch von einer Seite, die man zuvor mächtig hofiert hatte.[65])

Damit kommen wir zu den Städtewahlkreisen. Hier verlief der Wahlkampf in vergleichsweise ruhigen Bahnen. Die Provinzstädte Galiziens erlebten die heißeste Zeit zweifellos in der ersten Phase des Wahlkampfs, als es um die Mandate der Allgemeinen Wählerkurie ging, in die sie ja gemeinsam mit ihrem weiter gefassten geographischen Umfeld einbezogen waren. Bei jenen Wählerversammlungen kam es oftmals zu Tumulten, offizielle Veranstaltungen wurden gesprengt und eigene Parteiversammlungen abgehalten. Aus dem Wahlkampf um die zweite Wahlkurie hielten sich die neu entstandenen Massenparteien hingegen weitgehend heraus. Damit konnte der gewohnte Weg des von oben durch den Bürgermeister und die Stadteliten gesteuerten Verlaufs der Kandidatenkür beschritten werden. Wo Konflikte entstanden, wurden diese zumeist auf dem reglementarisch vorgesehenen Weg beigelegt. Allerdings gab es auch die üblichen Selbständigkeitsdemonstrationen. So erteilte etwa die Wählerversammlungen von Rzeszów ihrem Wahlkomitee den Auftrag, sich nicht als „Subkomitee des CKW-West" zu gerieren, sondern frei und unabhängig seine Entscheidungen zu treffen. Opposition gegen den „offiziellen" Kandidaten kam in einigen Fällen aus lokalen Milieus, die sich um bestimmte Presseorgane gruppier-

---

[64]) Zur nur teilweise geglückten Zusammenarbeit zwischen ruthenischen Radikalen und polnischen Sozialdemokraten bei der Reichsratswahl von 1897 vgl. Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 88 f.

[65]) Siehe den Wortlaut der Kundmachung in Ruslan 9. 3. 1897 (45), S. 1.

ten, öfters auch von der jüdischen Wählerschaft. Im Hintergrund standen dabei nicht nur einflussreiche Personencliquen, sondern durchaus auch alternative politische Programme, die in den Zeitungen vertreten wurden, ohne dass es darüber hinaus zu einer Partei- oder Vereinsgründung gekommen wäre.[66])

Ein anderes Konfliktmuster, welches in drei Städtewahlkreisen relevant wurde, kann man auf eine Situation der Konkurrenz zwischen einzelnen Städten bzw. ihren Wahlkomitees zurückführen. In einem Fall, dem Stadtwahlkreis 5, erleichterte ein seit 1891 schriftlich fixierter Vertrag zwischen den beiden Städten Rzeszów und Jaroslau die Lösung der drohenden Kontroverse. Interessant war dieser Fall deshalb, weil das Komitee von Jaroslau, welche das Vorschlagsrecht für 1897 besaß, eine Entscheidung zu treffen hatte zwischen einem in der Stadt beliebten und angesehenen Bürger, dem Gymnasiallehrer und Gemeinderat Ignacy Rychlik, und einer landesweit bekannten politischen Führungsfigur, Tadeusz Romanowicz. Beide rechneten sich zum Lager der Demokraten. Während Rzeszów gerne dem bereits seit fast 20 Jahren im Landtag sitzenden Romanowicz ein Reichsratsmandat verschafft hätte, verlieh Jaroslau dem Argument der Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen größeres Gewicht und entschied sich für Rychlik. Romanowicz zog darauf seine Kandidatur zurück, und das Wahlkomitee von Rzeszów sprach sich solidarisch zugunsten von Rychlik aus.[67]) Schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse in zwei anderen Bezirken, Kolomea–Śniatyn–Buczacz (10) und Przemyśl–Gródek (6). In beiden Fällen gab es offenbar keinen entsprechenden Vertrag zwischen den involvierten Städten, und folglich war auch keines der Komitees bereit, „seinen" Kandidaten zu opfern. Auch das Votum des CKW, dessen Autorität in den Städten (wie bereits bemerkt) begrenzt war, konnte an dieser Situation nichts ändern. Der Wahlgang und damit letztlich die Größe und Geschlossenheit der jeweiligen Wählerschaft musste entscheiden.[68])

---

[66]) Wichtige Beispiele sind die Zeitungen *Dziennik Krakowski* (Krakau), *Mieszczanin* (Neusandez) und *Pogoń* (Tarnów).

[67]) Siehe die Berichte in *Tygodnik Jarosławski* und *Kurjer Rzeszowski* (zum Vertrag zwischen den beiden Städten dort insbesondere 28. 2. 1897 (9), S. 1). Das Verzichtsschreiben von Romanowicz in Nowa Reforma 17. 3. 1897 (62), S. 2. Abgesehen von den beiden Genannten waren noch zwei unabhängige Kandidaten im Rennen, deren Chancen jedoch von Beginn an minimal waren.

[68]) Im traditionell „jüdischen" Stadtwahlbezirk Kolomea etc. (10) stand dem bereits seit 20 Jahren amtierenden Bürgermeister von Kolomea, Maksymilian Trachtenberg, ein gleichfalls jüdischer Kandidat, Eliasz Goldhammer, gegenüber. Dieser erhielt die einhellige Unterstützung des Wahlkomitees von Buczacz, obwohl er gar kein Lokalmatador dieser Stadt war, sondern aus dem westgalizischen Tarnów stammte. Dort war er zunächst dank der Unterstützung des lokalen *Kahal* als aussichtsreicher Kandidat im Gespräch, ließ sich dann aber in den viele hundert Kilometer entfernten Wahlbezirk Kolomea–Śniatyn–Buczacz „transferieren", um dem angesehenen Demokraten Tadeusz Rutowski in Tarnów keine Konkurrenz zu machen. In dieses Jonglieren mit Mandaten war auch das CKW involviert, welches in einem krassen Überschreiten seines auf die nationale Verteidigung beschränkten Auftrags die Kandidatur Goldhammer unterstützte und damit die Wählerschaft von Kolomea vor den Kopf stieß. Siehe dazu die Berichte in: Gazeta Kołomyjska, insbesondere 13. 3. 1897 (21), S. 1 f. Im Falle von Przemyśl–Gródek gab das CKW zu verstehen, dass es mit beiden Kandidaten gut leben könne, um gleich anzufügen, dass es dennoch den von Gródek aufgestellten Kandidaten (den jüdischen Papierfabrikanten Henryk Kolischer) wärmstens empfehle. Czas 18. 3. 1897 (63), S. 3.

Krakau und Lemberg, die „beiden Hauptstädte“ Galiziens, stellten unter den Stadtwahlkreisen einen Sonderfall dar, nicht nur wegen ihrer politischen und kulturellen Führungsrolle, sondern auch aufgrund ihrer rechtlichen Sonderstellung als Städte mit eigenem Statut. In den Reichsrat entsandten sie im Unterschied zu allen anderen Städten zwei Deputierte der zweiten Wahlkurie. Damit erhöhten sich für die beteiligten politischen Kräfte die Variationsmöglichkeiten bei der Aufstellung von Kandidaten. Die Volkspartei war, wie oben beschrieben, in der Allgemeinen Wählerklasse Krakau im Hinblick vor allem auf die umliegenden ländlichen Bezirke mit einem eigenen Kandidaten ins Rennen gegangen, während sie sich in Lemberg an jenem Wahlgang nicht beteiligt hatte. Im Städtewahlbezirk war es nun bezeichnenderweise genau umgekehrt. Während die Krakauer Linksdemokraten unter Wahrung ihrer Selbständigkeit eigene bewährte Kandidaten portierten, ergriff in der Landeshauptstadt das Gründungsmilieu der SL, das seinerseits einen Teil der Linksdemokraten an die Volkspartei gebunden hatte, die Initiative, indem es die Kandidatur der zwei führenden Köpfe von 1895, Henryk Rewakowicz und Karol Lewakowski, unterstützte. Ihnen gegenüber stand die Doppelkandidatur des national-konservativeren „Bürgerkomitees“ (*komitet obywatelski*), welches auch schon Mochnacki für die Allgemeine Wählerkurie aufgestellt hatte und nun die Rechts-Demokraten Władysław Dulęba und Leonard Piętak portierte. Schließlich gab es noch vier weitere Komitees, welche politisch zwischen Bürgerkomitee und Volkspartei angesiedelt waren und in diversen Kombinationen noch einen fünften Kandidaten ins Spiel brachten.[69]) Wichtig sind hier nicht die Einzelheiten oder die Personen, sondern das Prinzip: Der Wahlkampf in der Städtekurie wurde mit Ausnahme des spezifischen Lemberger Milieus der SL nicht von Parteien, sondern von ad hoc gebildeten Komitees geführt, welche in eigenen Wahlversammlungen ihre Kandidaten anhörten und der Öffentlichkeit empfahlen. Nicht ein Programm, sondern die Person des bzw. der Kandidaten stand dabei im Vordergrund.

Im Vergleich zum Lemberger Komiteewesen spielten im Krakauer Wahlkampf der Zweiten Kurie die politisch klarer konturierten Zeitungsmilieus die Hauptrolle. Es gab nur das dem CKW zugeordnete „offizielle“ Komitee, welches sich Anfang März in einer durch Bürgermeister Józef (Josef) Friedlein einberufenen Versammlung für zwei prominente Demokraten (Ferdynand Weigel und August Sokołowski) und gegen den von *Czas* propagierten konservativen Kandidaten entschied.[70]) Ähnlich wie im Falle der Krakauer Wahl zur Fünften Kurie ergab sich also dadurch erneut die Situation, dass das CKW mit einer Kandidatur konfrontiert wurde, welche auf der Linie der dort bestimmenden konservativen Mehrheit lag. Es entsprach nun allerdings der im alten Statut verankerten Politik der Zurückhaltung bei der Kandidatenaufstellung zur Städtewahlkurie, dass das CKW die Entscheidung des Stadtkomitees akzeptierte und die beiden Demokraten bestätigte. Das hielt

---

[69]) Es handelte sich um das Fortschrittskomitee (*komitet postępowy*), das Allgemeine Komitee (*komitet powszechny*) und dessen linke Abspaltung, das Allgemeine Bürgerkomitee (*Powszechny Komitet Mieszczański*) und schließlich das Christlich-katholisches Komitee (*Komitet chrześciańsko-katolicki*).

[70]) Siehe den Bericht in Czas 3. 3. 1897 (50), S. 1. Der Kandidat der Konservativen war derselbe, der schon in der ursprünglichen Kandidatenkür zur Allgemeinen Wählerklasse gescheitert war, während die beiden demokratischen Kandidaten zu jenen gehörten, welche damals demonstrativ das städtische Komitee verlassen hatten.

nun freilich *Czas* nicht davon ab, weiterhin kräftig für den eigenen Kandidaten zu werben. Ausgerechnet die Konservativen also, welche stets als Gralshüter der im Polenklub und dem CKW verkörperten Solidarität aufgetreten waren, stellten sich nun, da sie sich in ihrem Stammsitz Krakau in der Minderheit befanden, gegen die Entscheidung des Zentralkomitees.

Neben den Genannten bewarb sich noch ein vierter Kandidat um einen der beiden Krakauer Sitze der Zweiten Wahlkurie: Jan Albert Propper, Advokat und Zugehöriger zur der sich immer spürbarer regenden innerjüdischen Opposition gegen die konservative *Kahal*-Mehrheit, die traditionsgemäß eine Stütze der polnischen konservativen Eliten in der Stadt war. Hinter Propper stand dasselbe Segment der jüdischen Wählerschaft, welches bereits den Sozialdemokraten Daszyński mitgetragen hatte: progressiv im Sinne der Linksdemokraten, sozialreformerisch und im Gegensatz zu manch anderen nominellen Demokraten dezidiert „anti-antisemitisch" und antiklerikal. Zu diesem Milieu gehörten zwei weitere jüdische Persönlichkeiten der Stadt: Wilhelm Feldman, bekannter Journalist und Redakteur der vierten Krakauer Tageszeitung jener Jahre, *Dziennik Krakowski* (deren Financier Propper war), sowie Adolf Gross mit seiner im Vorfeld der Wahlen gegründeten „Partei der Unabhängigen Juden". Krakau versprach eine spannende Wahl.[71])

Von einem in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Wahlkampf lässt sich nur in den Kurien II, IV und V sprechen. Wie in den Vorjahren beschränkte sich das CKW in der Großgrundbesitzer-Kurie auf die Einberufung der Wähler-Versammlungen und die Verkündung der in der Regel einstimmig beschlossenen Kandidaturen, während es in den Prozess der Kandidatenkür der Handels- und Gewerbekammer überhaupt nicht eingriff. Die hinsichtlich sozialer Zuordnung und ökonomischer Interessenlage verhältnismäßig homogene Wählerschaft in beiden Kurien wirkte sich dahingehend aus, dass die politische Richtung der jeweiligen Kandidaten ebenfalls weitgehend vorbestimmt war: konservativ bei der Großgrundbesitzer-Kurie, demokratisch bei der Handels- und Gewerbekammer-Kurie. Eine Zusammenstellung der Akteure, wie sie in der folgenden Tabelle vorgenommen wird, lässt sich daher ohne wesentlichen Informationsverlust auf die drei übrigen Kurien beschränken.[72])

Tabelle II.4 macht zunächst nochmals die landesweite und kurienübergreifende Rolle des Polnischen Zentralwahlkomitees deutlich. Unerwarteterweise zeigt sich jedoch, dass die Präsenz des CKW in Ostgalizien (23 von 34 möglichen Kandidaturen), signifikant niedriger lag als in Westgalizien (19 von 21), obwohl die Formel von der „nationalen Bedrohung" hier wesentlich umstrittenerer war als im gemischtnationalen Ostteil des Landes. Im Falle der Stadtwahlkreise lässt sich dies in den meisten Fällen mit den beschriebenen Differenzen zwischen den einzelnen in einem Wahlkreis liegenden Städten erklären, deren

---

[71]) Zur Partei der Unabhängigen Juden siehe oben, Abschnitt I, S. 158. Zum Krakauer *Kahal* in den Wahlen von 1897 Żbikowski, Żydzi krakowscy, S. 82–86. Zwei kontroverse Beurteilungen der Kandidatur Proppers in Nowa Reforma 20. 3. 1897 (65), S. 1 und Dziennik Krakowski 20. 3. 1897 (365), S. 2.

[72]) Quelle: Tagespresse. Hier und in den folgenden Tabellen werden die Wahlkreise zu den beiden Landesteilen (Ost- und Westgalizien) gemäß der entsprechenden Einteilung des CKW zugewiesen.

Tabelle II.4: Kandidaturen 1897 nach Wahlorganisationen bzw. Parteien

	Wahlorganisation Partei, polit. Richtung	Westgalizien			Ostgalizien			TOTAL
		SG	LG	AWK	SG	LG	AWK	
POLEN	*CKW*	4	10	5	4	10	9	42
	Stadtwahlkomitees	1	0	0	6	0	0	7
	Konservative	1	4	5	1	8	7	26
	Demokraten	4	1	0	9	2	2	18
	SL	0	7	4	2	1	2	16
	ZSCh	0	2	1	0	0	0	3
	SChL	0	6	2	0	1	0	9
	GPSD	0	0	4	0	0	2	6
	Unabh. Sozialist	0	0	0	0	0	1	1
	Unabhängige	7	6	1	3	0	2	19
RUTH.	*KRKV*	0	0	0	1	15	7	23
	NR	0	0	0	1	8	1	10
	RuR	0	0	0	0	2	2	4
	R-URP	0	0	0	0	3	4	7
	Nationalkons. (KRNS)	0	0	0	0	6	1	7
	Unabhängige	0	1	1	0	6	1	9
	TOTAL	12 (5)	27 (10)	18 (6)	16 (8)	37 (17)	25 (9)	135 (55)

( ) Anzahl der Wahlkreise; Abkürzungen hier und im Folgenden: s. Abkürzungsverzeichnis. „Wahlorganisation“ und „Partei/politische Richtung“ sind keine sich ausschließenden Kategorien. Die Summenzeile ergibt sich daher allein aus der Addition der für die einzelnen Parteien/politischen Richtungen angegebenen Zahlen.

Uneinigkeit zu schlichten dem CKW die Kompetenz fehlte. Andererseits unterstreicht die wichtige Rolle der Stadtwahlkomitees in Ostgalizien (6 Kandidaturen) deren Eigenständigkeit sowohl gegenüber der Autorität des CKW als auch gegenüber den hier nur langsam vordringenden politischen Parteien. Die noch ausgeprägtere „Abstinenz“ des CKW in der Landwahlkurie Ostgaliziens hängt mit der Rolle der Ruthenisch-Konservativen zusammen, die als „Kameralruthenen“ (so die erwähnte Diktion ihrer Gegner) die passive Unterstützung des CKW genossen. Im übrigen kam dem KRKV im Falle der Ruthenen eine ähnlich dominierende Stellung zu wie dem CKW für die polnische Seite. Während jedoch das KRKV auch Teile des radikal-bäuerlichen Lagers (R-URP) zu integrieren vermochte, bestätigt sich in der Tabelle die führende Rolle der SL als polnischer Oppositionskraft. Wie im Falle der beiden anderen Bauernparteien beschränkte sich diese Präsenz weitgehend auf Westgalizien. Abgesehen vom Sonderfall Stadtbezirk Lemberg (der Hort der SL-Intelligenz) gehörten alle Ostgalizien zugewiesenen Fälle zu den gemischt besiedelten zentralen Bezirken des Kronlands (Sanok, Jaroslau etc.). Die Sozialdemokraten wiederum beschränkten sich auf die Allgemeine Wählerklasse, die sie auch ideell als „Arbeiterkurie“ für sich reklamierten. Schließlich ist auf die große Anzahl politisch unbestimmter bzw. unabhängiger Kandidaten hinzuweisen, die abgesehen von ihrer lokalen Verwurzelung ohne spezifische organisatorische Anbindung an den Wahlen teilnahmen. Hier spiegelt sich die breite Grauzone jenseits des von politischen Organisationen kontrollierten Wahlkampfs sowie die Bedeutung des lokalen Milieus für die Rekrutierung von Kandidaten.

Tabelle II.4 lässt nun zwar die Präsenz der einzelnen politischen Kräfte in den einzelnen Landesteilen und Kurien erkennen, nicht aber die herrschenden Konfliktlagen. Um diese zu analysieren, muss man die Wahlbezirke als Untersuchungseinheiten heranziehen, diejenigen politischen Orte also, wo die Konkurrenz zwischen den Kräften real stattfand – oder eben nicht stattfand. Die Bewerbung eines Wahlkreises durch zwei Kräfte zeigt deren Rivalitätsverhältnis auf, während eine „Leerstelle" in einer entsprechenden zweidimensionalen Kreuztabelle auf dessen Absenz oder aber auf die Umsetzung von Wahlabsprachen hindeutet. Auch in dieser Hinsicht zeigt sich eine Konzentration der Konfliktlagen zwischen dem im CKW konzentrierten „herrschenden Lager" und der außerhalb desselben stehenden Opposition. In fast allen von polnischen Oppositionsgruppen beworbenen Wahlkreisen stellte das CKW den Gegenkandidaten: SL (14 von 15 beworbenen Wahlkreise), SChL (9 von 9), GPSD (7 von 7). Die polnische Opposition selbst zeigt sich im Innern genauso zerstritten wie es die wechselseitigen Angriffe in den Presseorganen erahnen lassen. Besonders ausgeprägt war die Rivalität zwischen SL und GPSD (in 4 von 7 GPSD-Wahlkreisen) sowie zwischen SL und SChL (in 6 von 9 SChL-Wahlkreisen). In Ostgalizien sah sich die „Große Wahlkoalition" des KRKV einerseits dem CKW und andererseits den Ruthenisch-Konservativen gegenübergestellt (15 bzw. 7 von 23 Wahlkreisen). Die explizite oder stillschweigende Verständigung zwischen SL und ZSCh, GPSD und R-URP sowie CKW und Ruthenisch-Konservativen wurden zur Gänze wahlpolitisch umgesetzt, da es zwischen diesen Gruppen keinerlei Wahlkonfrontation gab. Mit einer Ausnahme trifft dies auch für den aufsehenerregenden Pakt zwischen Stojałowskis SChL und den Sozialdemokraten von der GPSD zu.[73])

b) Der Wahlausgang

Die Reichsratswahlen von 1897 fanden im März statt und umfassten eine Zeitspanne von nicht weniger als 12 Tagen. Da in den einzelnen Kurien an getrennten Tagen abgestimmt wurde, kamen Analysen, Kommentare und Emotionen gestaffelt zum Tragen, und erst zur Mitte der letzten Monatswoche, als der Wahlausgang in der Ersten Wahlkurie und das Resultat der engeren Wahl in die Städtewahlkurie (Wahlbezirk Lemberg) vorlagen, konnten die Zeitungen das Endergebnis verkünden.[74])

Das Resultat lässt sich in Tabelle II.5 zusammenfassen[75]).

---

[73]) Auf eine kreuztabellarische Darstellung dieser Sachverhalte wird hier verzichtet. Beschränkt auf die ostgalizischen Landwahlkreise findet sich eine solche bei Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 1. Bd., S. 141.

[74]) Die Daten waren: 11. (Allgemeine Wählerkurie), 16. (Landgemeindekurie), 18. (Städtekurie), 19. (Handels- und Gewerbekammern) und 22. März (Großgrundbesitz), zwischengeschaltet die jeweiligen Stichwahlen.

[75]) Die Ergebnisse wurden mit Stimmenanteilen in unterschiedlicher Ausführlichkeit in der galizischen Tagespresse veröffentlicht. Die offiziellen Zahlen lassen sich nachprüfen in: Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern für das Jahr 1897, in: Österreichische Statistik, Bd. 49, Heft 1, Wien 1897. Die dort angegebenen politischen Affiliationen sind jedoch mit Vorbehalt zu verwenden, da sie die Perspektive der mitteilenden Behörde, nämlich der Statthalterei in Lemberg reflektieren.

Tabelle II.5: Wahlergebnis 1897 nach Parteien bzw. Wahlorganisationen

	Wahlorg./Partei, polit. Richtung	SG		LG		AWK		TOTAL	
		Siege	Niederl.	Siege	Niederl.	Siege	Niederl.	Siege	Niederl.
POLEN	*CKW*	7	1	13 (2)	7	9 (4)	5 (2)	29 (6)	13 (2)
	Stadtwahlkom.	5 (2)	2	0	0	0	0	5 (2)	2
	Konservative	2	0	10	2	8	4	20	6
	Demokraten	10	3	2	1	1	1	13	5
	SL	0	2 (2)	2	6 (2)	1 (1)	5 (1)	3 (1)	13 (5)
	ZSCh	0	0	1	1	0	1 (1)	1	2 (1)
	SChL	0	0	5	2	1	1 (1)	6	3 (1)
	GPSD	0	0	0	0	2	4 (1)	2*	4 (1)
	Unabh. Sozialist	0	0	0	0	0	1	0	1
	Unabhängige	1	9	0	6	0	3	1	18
RUTH.	*KRKV*	0	1	2	13	1 (1)	6	3 (1)	20
	NR	0	1	1	7	0	1	1	9
	RuR	0	0	0	2	0	2	0	4
	R-URP	0	0	1	2	1 (1)	3	2 (1)	5
	Nationalkons. (KRNS)	0	0	5	1	1	0	6	1
	Unabhängige	0	0	0	7	0	2	0	9
	TOTAL	13 (2)	15 (2)	27 (2)	37 (2)	15 (6)	28 (6)	55 (10)	80 (10)

( )=Engere Wahlen
*Plus ein R-URP/GPSD-Doppelmitglied

Tabelle II.5 lässt die Gewinner und Verlierer der Wahl von 1897 deutlich werden. Die höchste Erfolgsquote konnten auf ruthenischer Seite die Klerikal-Konservativen verbuchen mit 6 (von 7) erfolgreichen Kandidaturen. Großes Aufsehen erregte im weiteren der Sieg der Stojałowski-Partei (SChL) (6 von 9), ein eindrucksvoller Beweis der Autorität ihres exilierten Mentors. Schwere Niederlagen erlebten die SL (3 von 16; allerdings fünf Niederlagen erst in der engeren Wahl) und vor allem die „Große Wahlkoalition" der Ruthenen (3 von 23). Die Sozialdemokraten brachten ihre Kandidaten in der Allgemeinen Wählerkurie der „beiden Hauptstädte" durch sowie einen Ruthenen in Ostgalizien, der sich auch zur R-URP rechnete. Unabhängige Kandidaten blieben insgesamt chancenlos, denn der einzige hier aufgeführte Sieger konnte auch ohne offizielle Verlautbarung mit der Zustimmung des CKW rechnen. Der relative Erfolg der Städtewahlkomitees zeigt, dass sich diese aufgrund ihrer lokalen Verankerung in der Bürgerschaft auch ohne offiziellen Sukkurs des CKW (im erwähnten Wahlkreis 10 sogar gegen dasselbe) durchzusetzen vermochten. Absolut gerechnet war allerdings das polnische Zentralwahlkomitee der große Gewinner. 29 Wahlsiege entsprachen etwa einem Drittel der aufgestellten Kandidaturen. Hinzu kamen die 20 Großgrundbesitzer, die praktisch ohne Widerstand (in 14 Wahlkreisen einstimmig) im Sinne der Vorentscheidungen der Wählerversammlungen bestätigt wurden. Das Resultat des CKW war allerdings wesentlich besser in Ostgalizien (18 von 22) als im Westen des Kronlands, wo nur 11 von 20 Kandidaturen reüssierten, fünf von ihnen erst in der engeren Wahl. Auf die Zusammensetzung des konservativen Lagers übertragen, bedeutete dies eine Stärkung der Podolaken, die 14 der 20 Mandate einnahmen, gegenüber den Krakauer Konservativen. Einige Kandidaten des CKW-West scheiterten geradezu kläglich,

wie etwa in den Landwahlbezirken 1 (Krakau–Wieliczka–Chrzanów: 95 von 676 Stimmen) und 3 (Wadowice–Myślenice: 7 von 440 Stimmen). Angesichts solcher Warnzeichen konnte richtige Freude bei den Predigern von Kontinuität, Besonnenheit und Solidarität nicht aufkommen.

Es gehörte nun zu den Aufgaben der Wahlanalysten, diese Zahlen zu übertragen auf die prospektive Größe des Polenklubs und dessen innere Konstitution. Manche Optimisten neigten dazu, gleich alle polnischen Wahlsieger, so sie nicht der SL, SChL oder GPSD angehörten (also 58 von insgesamt 78 galizischen Mandaten), zu den Anhängern des Dogmas der „unbedingten Solidarität" des Polenklubs zu erklären.[76]) Sie vergaßen, dass einige, wie die beiden widerwillig vom CKW bestätigten Krakauer Weigel und Sokołowski, sich öffentlich von einer derartigen Vereinnahmung distanziert hatten und andere ganz ohne die Hilfe des CKW ausgekommen waren. Konkret ging es um die in den Städten gewählten Demokraten, zu denen auch die Mehrheit der Handelskammervertreter zählten. Diese Gruppe der potenziell „bedingten Opposition" gegen die herrschende Majorität im Polenklub umfasste im Minimum 10 Personen. Andere Kommentatoren übertrieben in die andere Richtung und sahen aufgrund des Vormarsches oppositioneller Kräfte bereits den Anfang vom Ende des Polenklubs in Wien. Dazu gehörte die deutschliberale „Neue Freie Presse". Diese Zeitung, von allen gesamtösterreichisch vernommenen Stimmen noch immer die mächtigste, spielte unter weiten Kreisen der polnischen Elite Galiziens schon länger die Rolle einer Negativprojektion für alles angeblich Antipolnische – als altgedienter Verfechter des Deutschzentralismus mit antikirchlichem und pro-ruthenischem Einschlag. Dieselben Kreise, welche dieses Bild innergalizisch vermittelten, instrumentalisierten nun jene gegen den Polenklub gerichteten Analysen der „Neuen Freien Presse", indem sie die entsprechenden Textpassagen vor den engeren Wahlen zum Lemberger Stadtmandat als Wandaffiche gegen den Kandidaten der Volkspartei einsetzten.[77])

Der Blick auf den Polenklub als zukünftigen parlamentarischen Akteur in Wien wurde wie so oft überhöht durch einen Diskurs über den Zustand der polnischen Nation, wie er sich nach den Wahlen angeblich darstellte. Zum Leitthema für alle diejenigen, welche diesbezüglich pessimistische Töne anzuschlagen geneigt waren, wurde der Triumph des sozial-

---

[76]) Gazeta Narodowa 24. 3. 1897 (83), S. 3.

[77]) Gazeta Narodowa 23. 3. 1897 (82), S. 2. Vgl. die Leitartikel auf der jeweiligen Frontseite der „Neuen Freien Presse" vom 14. 3. 1897 (11695) und 17. 3. 1897 (11698). Insbesondere der erstgenannte Beitrag lässt an Schärfe nichts zu wünschen übrig: "Auch in Galizien haben die durch die Wahlreform mündig gemachten Volksschichten naturgemäß die anti-reactionäre Richtung eingeschlagen, und das legt die erste Bresche in die dort so lange behauptete Adels- und Priesterherrschaft, welche bisher in der ‚galizischen Delegation' und durch diese im Reichsrathe einen so unverhältnismäßigen und übermächtigen Einfluß auf die innere Politik in ganz Österreich ausübte. Vom Standpunkte der Regierung, vom Standpunkte der leichteren Lenkbarkeit des Parlaments, vom Standpunkte eines starren und engherzigen Conservatismus mag die geschlossene, einem einzigen Willen gehorchende Polenpartei als ein Vorzug erscheinen, vom gesamtösterreichischen Standpunkte ist sie es nicht, ist sie, wie sich bei unzähligen Gelegenheiten gezeigt hat, das gerade Gegentheil. Es hat seit vielen Jahren keine reactionäre Regierung und keine reactionäre Maßregel gegeben, in deren Dienst sich nicht die Polen gegen entsprechende Gegenleistung an ihr Partei-Interesse gestellt hätten. Deswegen ist jede Abbröckelung, die sich an ihrer Einheit vollzieht, im Interesse der anderen Länder und zumal der freisinningen Parteien."

demokratischen Parteiführers Ignacy Daszyński in der Krakauer Allgemeinen Wahlkurie. Ein Triumph war es allemal, denn der Sieg fiel mit 75 % der gültigen Stimmen nicht nur ungewöhnlich hoch aus (der zweite, im Lemberger Wahlkreis siegreiche sozialdemokratische Kandidat, Jan Kozakiewicz, erreichte etwa 57 %), sondern basierte fast zu gleichen Teilen auf dem Stadtgebiet Krakau und den umliegenden ländlichen Gebieten. Hier hatte zweifellos die Wahlpropaganda Stojałowskis ihre Wirkung getan, dessen mächtige Stimme aus der Ferne sich noch am Vortag der Wahl nochmals zugunsten der Sozialdemokraten erhoben hatte. Das Stańczyken-Organ *Czas* erklärte den Wahlausgang zur moralischen Niederlage für die polnische Gesellschaft: Parlamentarisch habe zwar „ein Extremist mehr oder weniger" keinerlei Bedeutung. Dass aber „ausgerechnet Krakau einen Vertreter der Umwälzung und des internationalen Kosmopolitismus nach Wien entsendet, das ist ein derart beschämendes, trauriges, ungeheuerliches Faktum (…), dass wir uns nicht damit versöhnen und zum Alltag zurückkehren können." Hier fühlte sich der Stańczyk in seinem Heimatgefilde zutiefst verletzt und blickte mit düsterer Miene in die Zukunft.[78]) Für die Sozialdemokraten selbst hatte die glanzvolle „Eroberung Krakaus" ebenfalls einen außerordentlich hohen symbolischen Stellenwert. Allerdings teilten sie nicht die Einschätzung von *Czas* hinsichtlich der Auswirkungen auf die parlamentarischen Verhältnisse, und tatsächlich sollte Daszyński die galizischen Konservativen bald eines Besseren belehren. Die Tatsache nämlich, dass gerade Daszyński in das höchste Repräsentativorgan einzog, sollte tiefgreifende Auswirkungen sowohl auf die politische Reichweite der galizischen Sozialdemokratie als auch auf die innere Entwicklung der Partei selbst haben. Es öffnete sich dem rhetorisch versierten Parteiführer ein Forum, das ihm (wie allen Sozialdemokraten) bisher verschlossen gewesen war und mit dessen Hilfe er nun seine von Lemberg her nicht unbestrittene Autorität festigen konnte. Die Vereinigung der drei entscheidenden Schlüsselpositionen in einer Person – Chefredakteur (von *Naprzód*, seit 1893), Parteipräsident und nun Parlamentarier – steigerte zweifellos die politische Schlagkraft der Partei, barg aber auch die Gefahr des Führerkults in sich.

Andere Oppositionskräfte waren weniger erfolgreich in ihrem Bemühen, ihre Spitzenkräfte in der Wahl durchzusetzen. Sowohl Jan Stapiński (SL) als auch Stanisław Potoczek (ZSCh) scheiterten in der allgemeinen Wahlkurie an einem konservativen Bewerber, beide im übrigen erst in der engeren Wahl. Besonders schmerzlich für die *Narodovci* war die Niederlage ihres erfahrenen Parlamentariers Julijan Romančuk, der gleich in vier Wahlkreisen den Kürzeren zog, allerdings unter äußerst zweifelhaften Umständen. In einem auf Einerwahlkreisen basierenden Wahlsystem war die Mehrfachkandidatur die eine Möglichkeit, einem besonders wichtigen Kandidaten eine Vorzugsstellung im Kreis einer politischen Gruppe einzuräumen. Die andere bestand darin, einen „leichten" Wahlkreis, möglichst mit einem schwachen Gegenkandidaten, auszuwählen. Da aber Romančuk in der abgelaufenen Legislaturperiode derjenige galizische Parlamentarier gewesen war, der den Polenklub vor den versammelten politischen Repräsentanten am heftigsten und wohl auch am wirksamsten kritisiert hatte (nicht zuletzt im Hinblick auf die begangenen Wahlmissbräuche), setzte die polnische Wahlmaschinerie alles daran, gerade ihm den erneuten Zugang

[78]) Czas 13. 3. 1897 (59), S. 1.

zum Abgeordnetenhaus zu versperren.[79]) Ähnlich verfuhr man mit dem nicht weniger prominenten Ivan Franko, der in zwei Wahlkreisen scheiterte. Ein anderer Bösewicht war der linksdemokratische Karol Lewakowski, der wegen seiner Kritik am Polenklub aus diesem ausgeschlossen worden war. Auch dessen Wiederwahl in der Lemberger Stadtwahlkurie wurde erfolgreich verhindert, scheiterte er doch gemeinsam mit seinem Gefährten Rewakowicz am rechtsdemokratischen Duo Piętak/Dulęba. Unter anderen prominenten Opfern des Wahlgangs von 1897 sind insbesondere zu nennen: der langjährige „Wiener" Abgeordnete Joseph Bloch, der erstmals, nach etlichen Versuchen, von seinem ewigen Rivalen und Glaubensgenossen Emil Byk geschlagen wurde; der ehemalige Lemberger Bürgermeister Edmund Mochnacki, der in der Fünften Wahlkurie dem Sozialdemokraten Jan Koziakiewicz unterlag; der streitbare, mittlerweile jedoch gezähmte Priester und langjährige Parlamentarier Adam Kopyciński, dessen ehemaliger Weggefährte Stojałowski (dieser hatte den Schritt zur Aussöhnung noch vor sich) ja, wie erwähnt, schon im Vorfeld der Wahlen verhindert wurde. Die polnischen Konservativen brachten hingegen alle ihre Führungsfiguren (Polenklub, CKW) bereits im ersten Wahlgang durch: Dawid Abrahamowicz, Apolinary Jaworski, Wojciech Dzieduszycki, Włodzimierz Kozłowski. Das versprach Kontinuität, trotz des politischen Erdbebens von Krakau.

Kehren wir nun von dieser individualisierenden Betrachtung nochmals zurück zur Ebene der Kollektiva und zum Krakauer Ereignis. Der national-konservative Diskurs machte im wesentlichen zwei Kräfte für den Sieg Daszyńskis verantwortlich: hinsichtlich der Landbevölkerung hieß das Zauberwort: „Stojałowski"; hinsichtlich der Stadtbevölkerung „die Juden". Hier lag nun ein weiteres längerfristiges Vermächtnis der Wahlen von 1897. Der seit der ersten Hälfte der 1890er-Jahre vor allem über die Medien Platz greifende Antisemitismus erhielt durch jene Wahlen einen kaum zu überschätzenden Auftrieb, zunächst im Wahlkampf selber, vorwiegend durch christlichsozial-klerikale Kreise, dann aber auch im Nachgefecht, in der Form von propagierten Deutungen und Zukunftsperspektiven. Als gedanklicher Hintergrund diente der im Diskurs nach wie vor stark präsente Topos von der Unvereinbarkeit von Polentum und Antisemitismus. Der unschwer feststellbare hohe Anteil jüdischer Wähler unter den Sozialdemokraten erschien nun – *pars pro toto* – als jüdischer Verrat an der polnischen Nation. Dabei kehrte man die Kausalitäten um: Wenn nun nämlich – so die scheinbar logischen und gleichzeitig drohenden Worte – der Antisemitismus auch in den hiesigen Gefilden sich verstärken würde, so trügen die Juden selbst die Schuld an einer solchen Entwicklung. Anstatt die wohl erprobte Loyalität gegenüber den Polen zu erneuern, seien sie exogenen Kräften erlegen – der „Hypnose des Wiener Börsenblatts" oder dem aus Wien, Paris und Berlin fremdgesteuerten Kosmopolitismus der internationalen Sozialdemokratie. Zum ersten Mal habe sich die „Allianz gegen jede Vernunft" zwischen jüdischen Kapitalisten und dem von Juden erfundenen Sozialismus manifestiert. Und sogar das liberale, a-konfessionell orientierte Organ der Krakauer Demokraten, *Nowa Reforma*, benutzte die aufgebaute antijüdische Stimmung in einer Tirade gegen den erwähnten jüdisch-oppositionellen Kandidaten Jan Albert Propper, als die-

---

[79]) Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Brief des CKW-Vertrauensmanns des Landwahlbezirks 16 (Kałusz, Bóbrka etc.), der genau diesen Gedanken zum Ausdruck brachte. Am wichtigsten sei nicht der CKW-Kandidat, sondern das Ziel, nämlich Romančuk zu verhindern. Siehe CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 16, 23.

ser fast den Doppelsieg des demokratischen Duos (Sokołowski/Weigel) vereitelt hätte: Propper sei es mit seiner „konfessionellen Kandidatur“ vor allem darum gegangen, den Krakauern die Macht der Juden zu zeigen, aber „das christliche Krakauer Bürgertum stand in einer nie da gewesenen Solidarität hinter den demokratischen Kandidaten“. Weitgehend vergessen wurde, dass sich nur die Sozialdemokraten (und zumal Daszyński) offen vom Antisemitismus distanziert hatten und dass der Hintergrund für den Verrat an der „geschuldeten Loyalität“ auch eine innerjüdische soziale Bewegung gegen die eigenen Eliten war, die im Jahre 1897 zum ersten Mal politisch zum Ausdruck kam. Es war nicht das erste und nicht das letzte Mal, dass der national bestimmte Diskurs die Möglichkeiten einer vernunftgesteuerten Analyse ins Abseits drängte.[80])

Abschließend sollte darauf hingewiesen werden, dass eine Betrachtung unter analytischen sowie diskursiven Aspekten leicht vergessen lässt, dass auch Tote und Verletzte zum Ergebnis der Wahlen von 1897 gehörten. Weitherum bekannt wurden die Vorkommnisse in den Gemeinden Czerniejów (Bezirk Stanislau) und Dawidów (Bezirk Lemberg). Im ersten Fall hatten angeblich willkürliche Verhaftungen zu Unruhen mit einem Toten geführt, während in Dawidów der amtlich bestellte Wahlkommissär von einer Horde Bauern erschlagen wurde, worauf die Gendarmerie zwei Bauern erschoss. Als wenige Tage später die angeklagten Bauern dem Gericht in Lemberg überstellt wurden, griffen die Unruhen sogar auf die Landeshauptstadt über. Auch diese Ereignisse und Tatsachen wurden selbstverständlich von diversen Deutungen begleitet. Zwei prinzipiell entgegengesetzte Diskurse standen zur Disposition: Der eine lautete, die radikalen Agitatoren in den Dörfern hätten das unzivilisierte, ungebildete Volk in Unruhe versetzt und zu Gewalt angestachelt. Die alternative Version konstruierte hingegen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Machtmissbrauch und Gewalt. Demnach war es gerade nicht das primitive Volk, sondern der gesunde Volkszorn, der sich in einem letztlich legitimen Akt gegen die Arroganz der Herrschenden gewandt habe. Eine ähnliche Polarität der Deutungen werden wir bei der Thematik des Wahlmissbrauchs selber finden, dem ein eigenes Kapitel am Ende dieses Abschnitts gewidmet ist.

2. Die Wahlen von 1900/1901

a) Der Wahlkampf

Die Jahre 1897 bis 1900 gehören zu den turbulentesten in der Geschichte Cisleithaniens. Hauptort des Geschehens war das Abgeordnetenhaus in Wien, Auslöser der Turbulenzen Kasimir (Kazimierz) Graf Badeni. Aus seiner Zeit als Statthalter Galiziens mit den Prinzipien resoluter Politik vertraut, versuchte Badeni, das österreichische Kardinalproblem des deutsch–tschechischen Gegensatzes mit der Brechstange zu lösen, löste dabei aber vielmehr eine Staatskrise bisher nicht gekannten Ausmaßes aus. Die von einer Welle von Gewalt begleitete faktische Sistierung parlamentarischer Tätigkeit zugunsten eines Notregimes kam erst durch die Ministerpräsidentschaft Ernest von Koerbers, nach dem Sturz

---

[80]) Die Kommentare in Czas 13. 3. 1897 (59), S. 1; Gazeta Narodowa 14. 3. 1897 (73), S. 1; Nowa Reforma 20. 3. 1897 (65), S. 1.

dreier Ministerpräsidenten, zu einem Ende. Auch Galizien und seine politischen Eliten waren vielfach involviert, vor allem durch die Figur des Ministerpräsidenten und durch die Rolle der polnischen Abgeordneten im Parlament, die im nächsten Abschnitt untersucht werden soll.

Hier stellt sich zunächst die Frage nach den Auswirkungen der großen Krise des Wiener Parlaments auf den galizischen Wahlkampf von 1900/1901. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Selbstentmachtung des Parlaments seit 1897 ein Thema in den Rechenschaftsberichten und Wahlproklamationen der polnischen Kandidaten war. Weder das individuelle Verhalten einzelner Akteure noch die kollektive Position der polnischen Abgeordneten während jener Turbulenzen standen jedoch im Vordergrund. Bestimmend war vielmehr die Befürchtung, dass die Errungenschaften der polnischen Nation in Österreich seit der Einführung des Konstitutionalismus durch die Ausschaltung des zentralen Vertretungsorgans gefährdet sein könnten. Von dieser heraufbeschworenen Notsituation, also der drohenden Rückkehr des starken Zentralstaates, profitierten vor allem diejenigen, welche die auch 1900/1901 thematisierte Frage der unbedingten Solidarität des Polenklubs auf ihre Fahnen schrieben. Die These lautete, dass gerade in einer Zeit der Gefahr dem Prinzip Stärke durch Einigkeit besonderes Gewicht zukäme.

Bestärkt sah man sich in dieser Ansicht durch die fraktionellen Umgruppierungen, welche infolge der Badeni-Stürme im Abgeordnetenhaus eingetreten waren. Dies galt vor allem für das mit viel Skepsis beäugte deutsche Lager, dessen Konsolidierung in der „Deutschen Gemeinbürgschaft“ man in keinem Fall mit einem eigenen Desintegrationsprozess begleiten dürfe. Solche realpolitischen, zeitbezogenen Konstellationen wurden jedoch stets überlagert von internen moralisch-politischen Diskursen über Nationstreue und Verrat, Solidarität und Aufwiegelung, Herrschaft und Unterdrückung und dergleichen mehr. Lokal verortet wurde der Wahlkampf außerdem, wie immer, durch allerlei persönliche Rivalitäten und eine im Höchststand der Erregung befindliche politische Presse. Als innergalizisches Thema Nummer eins der „Zwischenwahljahre“ (Landtagswahlen fanden zwischen 1897 und 1900 keine statt) hätte sich theoretisch der Ausnahmezustand von 1898 angeboten. Die antisemitischen Pogrome, welche jenem vorangegangenen waren, hatten ja auf unheimliche Weise die antijüdischen Drohungen von 1897 wahr werden lassen. Dennoch fand dieses Thema kaum auf sachbezogene Weise Eingang in den Wahlkampf, sondern wurde höchstens eingeordnet in den allgemeinen Diskurs vom Zerfall der öffentlichen Ordnung und der Krise des Staates.

Für die größte Aufregung im polnischen Lager sorgte jener im Abschnitt I beschriebene Kraftakt der Demokraten vom August 1900, die „Konzentration“ von Linksdemokraten und Volkspartei. Zu dessen programmatischen Punkten hatte ja explizit der Bruch mit dem CKW gehört, das als konservatives Herrschaftsinstrument gebrandmarkt worden war. Diese Parole wurde nun plötzlich und unerwartet aktuell, als zwei Wochen nach jenem demokratischen Konvent der Reichsrat aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben wurden. Konnte die August-Resolution zunächst noch als ein weiteres Kapitel in jener langen Geschichte folgenloser Willenskundgebungen des demokratischen Lagers gesehen werden, so verlangten nun die anstehenden Wahlen eine klare Stellungnahme auch derjenigen demokratischen Protagonisten, welche nicht am Konvent teilgenommen hatten. Mit dem CKW ging es ja schließlich für jeden Einzelnen um die Frage der zukünftigen Teilnahme an der mächtigsten Wahlorganisation Galiziens und damit um die Chancen der eigenen Wiederwahl.

Eine bzw. zwei Wochen nach der Auflösung des Reichsrats kamen zwei Aufsehen erregende Absagebriefe an die Schöpfer der demokratischen „Konzentration“.[81]) Unterzeichner waren eine Reihe von Landtagsabgeordneten des Klubs der *Sejm*-Linken sowie einige demokratische Reichsratsabgeordnete, insgesamt 19 Personen und damit die klare Mehrheit der demokratischen Mandatsträger. Beide Erklärungen enthielten ein klares Bekenntnis zur polnischen Solidarität und den sie tragenden Institutionen. Das Zentralwahlkomitee wurde als Garant der „Kontinuität nationaler Politik“ (*ciągłość polityki narodowej*) gepriesen, da es aufgrund seiner Bestellung durch den Polenklub des Landtags über alle Legislaturpausen und Regierungswechsel hinweg Bestand habe. Keine Gnade fanden folgerichtig die vom Konvent in Aussicht genommenen alternativen Bündnisse. Vor allem betraf dies eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, welche in jener Resolution des 22. August nicht explizit ausgeschlossen worden war. Die einhellig negative Resonanz in diesem Punkt veranlassten dann die Protagonisten der „Konzentration“ in den folgenden Wochen, sich von einem solchen Gedanken zu distanzieren – was freilich die Beschwörer der nationalen Solidarität nicht davon abhielt, von einem linksdemokratisch–sozialistischen Bündnis zu sprechen. Eine Anfang Oktober abgehaltene Zusammenkunft der demokratischen Abgeordneten konnte den eingetretenen fundamentalen Dissens nicht schlichten. Konzentrierte Demokraten und „Restdemokraten“ marschierten getrennte Wege, und das versprach nichts Gutes für die Wahlen.

Im ersten der beiden Absagebriefe wurde die positive Beurteilung des CKW auch mit einer anstehenden Reglementsreform dieser Institution gerechtfertigt. Tatsächlich hatte der *Sejm*-Polenklub bereits im Frühjahr 1900 eine Kommission mit der Aufgabe betreut, erneut eine Revision des CKW-Statuts auszuarbeiten. Die von links unter Druck geratenen, nicht der „Konzentration“ angehörenden demokratischen Abgeordneten des CKW forderten nun die unverzügliche Einberufung jenes Organs, um die Revision noch für die laufenden Wahlen wirksam werden zu lassen. Die Versammlung wurde tatsächlich Anfang Oktober abgehalten. Dass dies erstmals außerhalb einer laufenden Landtagssession geschah, ließ die Wichtigkeit der Veranstaltung erahnen. Das einstimmig verabschiedete neue Statut vom 3. Oktober 1900 musste allerdings diejenigen enttäuschen, die sich eine grundlegende Veränderung des CKW in Richtung einer demokratisch-pluralistischen Institution erhofft hatten. Seine „konservative“ Ausgestaltung war ein deutlicher Hinweis auf die unveränderte Schwäche des (links)demokratischen Milieus in der galizischen Politik.[82])

Das Reglement von 1900 hob die bereits 1896 relativierte Teilung des CKW in eine West- und Ostsektion gänzlich auf. Gleichzeitig wurde der Mitgliederbestand der Organisation verdoppelt, von insgesamt 16 (6 Kernmitglieder + 5 durch die Delegiertenversammlung gewählte + 5 Kooptierte) auf maximal 32 (12 + 10 + max. 10) Personen. Verstärkt wurde die Unterscheidung zwischen Reichsrats- und Landtagswahlen hinsichtlich der Machtbefugnisse der Zentrale gegenüber den Ortskomitees bei der Kandidatenkür. Nunmehr galt bei *Sejm*-Wahlen ungeachtet der Wahlkurie das Prinzip, dass Kandidaten der

---

[81]) Nowa Reforma 25. 9. 1900 (218), S. 1.

[82]) Die originale, an die Presse versandte Kundmachung des Statuts findet sich in etlichen Exemplaren in: CDIAL, Fond 810, op. 1, Spr. 20, 1. Abdruck in Czas 3. 10. 1900 (244), S. 2. Dessen unveränderte Annahme durch den Abgeordnetenkreis ebd., S. 3. Romanowicz als Vertreter der Konzentrierten Demokraten erklärte dort offiziell seine Nicht-Teilnahme an der Sitzung.

Ortskomitees nur „zur Kenntnis genommen“ werden mussten. War die Zentrale dazu nicht bereit, musste sie dies begründen. Das Reglement sah außerdem vor, dass Zentrale und Ortskomitees nunmehr während der gesamten Landtagssession einsatzbereit sein sollten. Schließlich gab es den Versuch, die finanzielle Basis der Organisation auf eine gesichertere Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck wurden in einem Rundschreiben die Vertrauensmänner in den Bezirken dazu veranlasst, über Mittelsmänner (Delegierte) von den Gutsbesitzern 5 % ihrer Grundsteuern einzutreiben, um mit „Energie und Opferbereitschaft“ eine drohende „politische Katastrophe“ zu verhindern. Trotz der dramatischen Worte war dieses Unterfangen allerdings nur schwer umzusetzen, wie sich bald zeigen sollte.[83])

Die Prinzipien der Rekrutierung von Kandidaten im Zusammenspiel mit den lokalen Organisationen erfuhren durch die Statutenrevision keine wesentliche Änderung: Der Aufbau über die örtlichen Funktionsträger als Vertrauensleute, die Konstituierung eines Wahlkomitees in den Bezirkshauptorten, der Prozess der Konsensfindung zwischen den Ortskomitees im Sinne einer einzigen Kandidatur für den Wahlkreis, schließlich die Bestätigung des CKW: So lautete auch 1900 der übliche Prozess. Ebenfalls weitgehend nach bekannten Mustern gestaltete sich der Wahlaufruf des CKW vom 24. November 1900. Allerdings wurde auch hier über die üblichen Parolen hinaus (Pflichterfüllung, Kampfbereitschaft und Hingabe des Wählers gegenüber der Nation und ihrer bevollmächtigten Wahlorganisation) der politischen Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung getragen. Es war von der Pflicht gegenüber dem Staate die Rede, zu dessen Gesundung man beitragen wolle „eingedenk unserer traditionellen Verbindung zu konstitutioneller Freiheit und der Tatsache, dass nur in einem arbeitsfähigen Parlament unsere Abgeordneten für die Interessen unseres Landes tüchtig und erfolgreich arbeiten können“[84]). Zu den unterzeichnenden Mitgliedern des CKW gehörten die Redakteure der beiden in demokratischer Tradition stehenden Lemberger Tageszeitungen *Gazeta Narodowa* (Aleksander Vogel) und *Dziennik Polski* (Kazimierz Ostaszewski-Barański) sowie acht Abgeordnete aus jener Gruppe der Demokraten, welche sich nicht der „Konzentration“ angeschlossen hatte. Im Namen der „*Sejm*-Linken“ (*lewica Sejmowa*) hatte sich diese Gruppe schon zu Beginn des Monats November mit einem eigenen Wahlaufruf an die Öffentlichkeit gewandt und dabei unter der dreifachen Selbstcharakterisierung „freisinnig, fortschrittlich und demokratisch“ die alten demokratischen Tugenden (Hebung der Landeskultur, Bildungsoffensive, Erweiterung des Wahlrechts, wirtschaftliche Förderung, soziales Bewusstsein und Toleranz gegenüber den anderen Ethnien) mit der Parole von der Notwendigkeit der Solidarität im Wiener Polenklub (allerdings modifiziert durch eine Statutenreform) vereinigt.[85])

Konservative und Rechtsdemokraten repräsentierten durch ihre politischen Bekenntnisse und ihre führende Rolle im CKW den Kern der „herrschenden Partei“ bei den Wahlen von 1900/01. Zu dieser zählte sich auch die aus der christlichen Arbeitervereinsbewegung hervorgegangene Katholisch-Nationale Partei (SKN), die bei diesen Wahlen erstmals als eigenständige, integrierte Kraft auftrat. Ihre gegen die Linke und die „Rüpelhaftigkeit

---

[83]) CDIAL, Fond 810, Spr. 19, 42 und 43. Im Bezirk Sokal etwa leisteten nur sieben Grundbesitzer ihren Beitrag. Siehe ebd., Spr. 22, 1.

[84]) Gazeta Narodowa 25. 11. 1900 (326), S. 1.

[85]) Gazeta Narodowa 3. 11. 1900 (304), S. 1.

der ungestümen Opposition“ gerichtete Polemik sowie ihr Bekenntnis zur nationalen Solidarität, deren Heiligkeit kaum derjenigen der Treue zur Kirche nachzustehen schien, wies sie eindeutig dem CKW-Lager zu.[86]) Zum nicht-Stojałowski-hörigen christlichsozial-antisemitischen Lager zählte im weiteren die Katholisch-Antisemitische Partei (SNA), die allerdings (wie oben beschrieben) praktisch identisch mit einer Zeitung (*Głos Narodu*) war, also zwar über mentale Netze, nicht aber über eine Organisationsstruktur verfügte. So wie sich ihr Organ im Krakauer Zeitungsmilieu zur publizistischen Opposition gegen den konservativen *Czas* zählte, nahm entsprechend auch die SNA eine Oppositionshaltung ein gegen das konservativ dominierte politische Establishment. Dabei benützte auch *Głos Narodu*, welches in diesen Tagen seine Spalten mit dem Hilsner-Prozess füllte, den universell einsetzbaren Code „Jude“, nur entschlüsselte er ihr nicht allein die „liberal-jüdisch-sozialistische Konzentration“ (SKN)[87]), sondern auch das „jüdisch-stańczykische Komitee“[88]), also das CKW, in dessen Reihen wie in den Vorjahren der Vorsitzende des Krakauer *Kahal*, Leon Horowitz, Einsitz genommen hatte.[89])

Eine zweifache und daher in sich widersprüchliche Identifizierung der Juden mit dem politischen Establishment einerseits und der oppositionellen Linken andererseits lässt sich auch bei der Stojałowski-Partei (SChL) feststellen, die „ihren“ Juden allerdings stets auch aus den Versatzstücken eines ländlichen Antisemitismus konstruierte. So teilte der Exekutivrat der SChL etwaigen Bündnisplänen seitens der „Konzentrierten“ eine Absage unter anderem mit der Begründung, dass diese sich „mit Juden und Sozialdemokraten“ zusammengetan hätten, während er selbst auf nationalem und christlichem Boden stünde.[90]) Die Statuten des Polenklubs wollte man nicht nur zugunsten von mehr Meinungspluralität liberalisieren, sondern auch im Sinne der religiösen (katholischen) Einheitlichkeit konfessionalisiert wissen.[91]) Allerdings war im Vergleich zu SKN und SNA die Erweckung antijüdischer Ressentiments nicht das hervorstechende Merkmal des Wahlkampfs der SChL im Jahre 1900. Die Feinde waren vielfältiger: Neben dem geistlichen und weltlichen Establishment gehörten dazu die „Abtrünnigen“ von 1898, welche sich in der SNA gesammelt hatten, die Sozialdemokraten, mit denen man nun keinerlei Verbindung mehr eingehen wollte, und neu „die Deutschen“, die sich in der „Gemeinbürgschaft“ verschworen hatten und deren Germanisierungsbestrebungen man in Teschen, wo Stojałowski sein nun vereinigtes Zwillingsblatt *Wieniec-Pszczółka* herausgab, mitzuerleben vorgab. Der in einer Broschüre veröffentlichte Wahlaufruf setzte daher nicht nur auf die Solidarität des katholischen Volkes im Namen der Enzyklika von 1891, sondern lenkte das Hauptaugenmerk auf die aus den Fugen geratenen national-politischen Verhältnisse und insbesondere auf die angeblich germanophile Politik des polnischen Establishments der vergangenen Jahrzehnte. Dem stellte der Parteirat, das Exekutivorgan, die „polnisch-slawische Verbindung“

---

[86]) Siehe das Wahlmanifest in: Łączność 21. 10. 1900 (43), S. 1. Dort auch die zitierten Worte.
[87]) Łączność 7. 10. 1900 (41), S. 4.
[88]) Głos Narodu 20. 10. 1900 (239), S. 1.
[89]) Vgl. auch den Wahlaufruf der SKA in Głos Narodu 12. 12. 1900 (282), S. 1.
[90]) Czas 7. 9. 1900. Die beiden anderen Gründe für die Ablehnung einer solchen Koalition bezogen sich auf den angeblich volksfeindlichen Charakter der städtischen Intelligenz sowie auf das Ansinnen der „Konzentrierten“, eine solche Kooperation nur ohne Stojałowski zu betreiben.
[91]) Wieniec-Pszczółka 28. 10. 1900 (42), S. 628 f.

als Hoffnung für die Zukunft entgegen.[92]) Dieser panslawische Akzent der SChL war auch als Alternative zur Politik des Polenklubs gedacht, der sich im Wahlkampf als Protagonist nationalpolitischer Ausgleichsbemühungen zugunsten des Gesamtwohls verstand (und dabei den hauseigenen, polnisch–ruthenischen, verdrängte).

Nur bedingt zum klerikalen Lager ist schließlich der ZSCh zu zählen, der sich schon zu einem frühen Zeitpunkt, anlässlich jener oben erwähnten Versammlung des *Sejm*- Polenklubs, vom CKW distanziert hatte. „Bauern! Wählt Bauern" war seine leitende Parole, die eine anti-intellektuelle Note enthielt und insbesondere gegen den Advokatenstand gerichtet war. Die vorrangige Wertung des Standeskriteriums gegenüber ideologischen Zuordnungen ist daran erkennbar, dass sich unter den unterstützten Kandidaten sowohl Bauern (bzw. angeblich dem bäuerlichen Lebenselement Nahestehende) aus dem klerikalen Lager befanden als auch solche, die der als antiklerikal verschrieenen Volkspartei nahestanden. Gleichzeitig war die Forcierung eines bäuerlichen Selbstbildes der Versuch, die nach wie vor unklare Position zwischen Opposition und Establishment zu überdecken. Schließlich bot sie die Basis für ein universales Muster, mit dem sich diese Partei erstmals über ihren angestammten südwestgalizischen Bezirk hinauswagte.[93])

Die ambivalente Stellung des ZSCh führt uns zu jener Opposition, die sich klar von jeglichem Klerikalismus distanzierte. Obwohl ein Bündnis nur zwischen den Krakauer Linksdemokraten und der SL bestand und insbesondere die erstere im Angesicht der öffentlichen Meinung stets Distanz zu den Sozialdemokraten zu markieren bemüht war, veranstalteten doch alle drei Parteien gemeinsame Wahlveranstaltungen. Die „Konzentrierten Demokraten" agierten unter ihrer im August definierten Bezeichnung „Polnische Demokratische Partei" (PSD). Gerade ihr Wahlaufruf, in dem sie sich ausdrücklich auf jenes Gründungsmanifest beriefen, machte jedoch deutlich, wie sehr sie sich gegenüber dem abgespaltenen rechten Flügel der Demokraten über eine alternative Wahltaktik und Öffentlichkeitspolitik und wie wenig über eine eigenständige inhaltliche Position definierten. Die Vorrangigkeit nationaler Interessen war auch hier Standardmotiv, freilich etwas kompakter eingepackt in die Parole des „gesunden, nationalen und landesspezifischen Egoismus", dem die Politik der Dienstfertigkeit der Konservativen gegenüberstünde; die Reform des Polenklubs, dem die eigenen Kandidaten beitreten sollten, war auch hier ein Thema, allerdings an zentralerer Stelle und in Verbindung mit dem Wunsch nach Integration des Bündnispartners, der Volkspartei. Opposition war – abgesehen von der verweigerten Teilnahme am CKW – hier also mehrheitlich durch die Tonlage definiert.[94])

Weit mehr Substanz und Eigenständigkeit hatte in dieser Hinsicht der Bündnispartner SL vorzuweisen. Dessen Wahlaufruf nahm direkt Bezug auf die Zerrüttung des Staates und das Wiedererscheinen des „Gespensts des Absolutismus" (*widmo absolutyzmu*). Als Lösung

---

[92]) Odezwa wyborcza Rady stronnictwa chrześciańsko-ludowego do polskiego ludu [Wahlaufruf des Rats der Christlichen Volkspartei an das polnische Volk], Bielsko 1900. Veröffentlicht auch in Wieniec-Pszczółka 7. 10. 1900 (39), S. 573–581.

[93]) Siehe Związek Chłopski 1. 12. 1900 (34), S. 273.

[94]) Nowa Reforma 1. 12. 1900 (275), S. 1. In der Frage des Beitritts zum Polenklub unterschieden sich die beiden Flügel der Demokraten nicht, denn beide bekannten sich zu einer einheitlichen Fraktion unter Einforderung einer Statutenreform. Die PSD orientierte sich allerdings auf das Ziel hin, ihren Bündnispartner von der SL in den Polenklub zu integrieren.

postulierte die Parteiführung eine Reaktivierung des Parlaments mittels eines umfassenden Reformprogramms, welches eine echte Gleichberechtigung der Nationalitäten, die integrale Demokratisierung des Wahlrechts (beschränkt auf Männer) und ein Wirtschaftsprogramm zugunsten des Gesamtvolks umfassen sollte. Die Berücksichtigung polnischer Nationalinteressen kam zwar auch vor, jedoch gepaart mit einem Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Ruthenen. Diesem Postulat wurde dadurch Nachdruck verliehen, dass man auch ruthenische Kandidaten unterstützte. Ein Beitritt zum Polenklub wurde, wie erwartet, unter den gegebenen Umständen abgelehnt. Insgesamt sprach auch aus dem Wahlmanifest von 1900, als dessen Motto erneut die Parolen der Französischen Revolution gewählt wurden, nicht die Ideologie einer Bauernpartei, sondern diejenige einer umfassend definierten Volkspartei.[95])

In ähnlicher Weise wie die SL proklamierten auch die Sozialdemokraten eine integrale Neuordnung der politischen Verhältnisse als Voraussetzung für die Gesundung des Staates. Die nur ein Jahr zurückliegende definitive Trennung der galizischen Sozialdemokratie in eine polnische (PPSD) und eine ruthenische (USDP) Partei hatte keine negativen Auswirkungen auf den Wahlkampf. Vielmehr wurden Wahlveranstaltungen gemeinsam durchgeführt und gleichlautende Empfehlungen von Kandidaten veröffentlicht. Inhaltlich positionierte man sich sowohl in einem österreichischen und internationalen als auch in einem galizischen Kontext. Davon gibt der Wahlaufruf der Partei Zeugnis, der sich unter Verwendung des bereits bewährten deklamatorischen Stils auf vier Hauptpunkte konzentrierte: „Nieder mit der Solidarität der Volksfeinde", „Allgemeines, Gleiches, Direktes und Geheimes Wahlrecht", „Vollständige nationale Selbstverwaltung", und dann: „Nieder mit dem Regime des Polenklubs".[96])

Damit sind zunächst für das polnische Lager die Standpunkte der diversen Akteure umrissen. In substanzieller Hinsicht waren die Divergenzen oftmals weit geringer als dies die Wahlkampfrhetorik erscheinen ließ. Dies gilt insbesondere für die zur Kardinalfrage stilisierten Position gegenüber dem Polenklub. Freund und Feind wurden erst dann deutlich sichtbar, wenn es um die Konfrontationen in den einzelnen Wahlkreisen ging. Besondere Beachtung fanden erneut die Verhältnisse in den „beiden Hauptstädten" Galiziens, Krakau und Lemberg. Krakau ging mit der noch frischen Erinnerung an den „Daszyński-Schock" von 1897 in die Wahl. Eine der wichtigsten Fragen lautete daher, ob eine Einheitsfront im Sinne der „nationalen Solidarität" den sozialdemokratischen Führer diesmal verhindern könne. Das hätte eine Verstärkung der Position des CKW in der Stadt vorausgesetzt. Genau das Gegenteil war jedoch der Fall: In der Hochburg der „Konzentrierten Demokraten" geriet die Gründung eines dem CKW verbundenen Stadtwahlkomitees zum größten politischen Fiasko des Jahres 1900. Der erneut mit der Einberufung des Stadtwahlkomitees betraute

---

[95]) Wahlaufruf vom 30. 9. 1900 in Przyjaciel Ludu 7. 10. 1900 (41), S. 1–5. Der zweite, mit der offiziellen Ausrufung der Kandidaten verbundene Wahlaufruf folgte Anfang Dezember: Ebd., 9. 12. 1900 (50), S. 1–7.

[96]) Der Wahlaufruf vom 23. 9. wurde veröffentlicht in Prawo Ludu 30. 9. 1900 (19), S. 290–293. Unter den 13 sozialdemokratischen Kandidaten befanden sich drei Ruthenen, während die SL einen Ruthenen als *ruski ludowiec* (ruthenischen Volksparteiler) offiziell unterstützte. Dieser, der Landwirt Antoni Staruch, musste darauf eine Erklärung abgeben, dass er im Falle einer Wahl dem Ruthenenklub beitreten würde. Siehe Gazeta Narodowa 16. 12. 1900 (347), S. 2.

Bürgermeister Friedlein beging – aus politischer Naivität, wie man ihm bald vorwerfen sollte – den Fehler, dieselbe Liste von Vertrauensleuten zu verwenden wie 1897, ohne darauf zu achten, dass ein erheblicher Teil derselben inzwischen den Kern jener Anti-CKW-Opposition bildete. Einer von diesen, das PSD-Gründungsmitglied Ernest Bandrowski, brachte bei dieser Versammlung folgende Resolution ein: Da in Krakau kein Sieg eines nicht-nationalen Kandidaten drohe und die Wähler reif genug (*dość dojrzali*) seien, selbständig über ihre Wahl zu entscheiden, werde hiermit eine gemeinsame Wahlaktion mit dem CKW für überflüssig (*zbyteczny*) erklärt und die Gründung eines gänzlich unabhängigen Stadtwahlkomitees beschlossen. Der Coup gelang, die Versammlung stimmte mit 24 zu 12 Stimmen zu und schickte damit faktisch den Kreis der CKW-Beauftragten vor die Tür. Tatsächlich verließen die Unterlegenen, mit ihnen der Bürgermeister selbst, den Saal.[97])

Die „Konzentrierten" setzten nun ihren Handstreich erfolgreich um, indem sie unter dem quasi-autorisierten Namen eines Stadtkomitees (*komitet miejski*) das eroberte Organ zum eigenen Wahlinstrument ausbauten. Die Unterlegenen starteten ihrerseits zwei Wochen später einen neuen Versuch, ein CKW-Komitee mittels einer nun sorgfältiger präparierten Liste von Vertrauensleuten zu gründen, dem sie den Namen „Bürgerkomitee" (*komitet obywatelski*) gaben.[98]) Beide Komitees trafen aufeinander in den Wahlen zur zweiten Kurie, wo zwei Sitze zu vergeben waren. Im Namen des Stadtkomitees kandidierte der Führer der Linksdemokraten, Jan Rotter, sowie der Ex-Bürgermeister Ferdynand Weigel, der sich zuvor weder zum einen noch zum anderen Flügel der Demokraten bekannt hatte. Das „Bürgerkomitee" portierte mit Unterstützung des vorwiegend aus Handwerkern und Gewerbetreibenden bestehenden „Bürgerkreises" (*Koło mieszczańskie*) zwei prominente, außerhalb der Parteipolitik stehende Persönlichkeiten, den Krakauer Großindustriellen Edmund Zieleniewski und den angesehenen Arzt und Philanthropen Henryk Jordan. In der inhaltlichen Kontroverse zwischen diesen beiden Doppelkandidaturen (Rotter/Weigel gegen Zieleniewski/Jordan) ging es wiederum um den Polenklub und die unterschiedliche Akzentuierung der Solidaritätsfrage.[99])

In der Allgemeinen Kurie von Krakau, in welche auch zwei benachbarte politische Bezirke (Wieliczka und Chrzanów) einbezogen waren, war die Konstellation hingegen eine gänzlich andere. Hier kandidierten zwei klerikal-antisemitische Kandidaten: der von der SKN portierte Gymnasialprofessor Kazimierz Krotoski und der Redakteur des SChL-Sezessionsorgans *Obrona Ludu*, Franciszek Ptak, sowie erneut Ignacy Daszyński, der somit auf die Unterstützung eines weiten Teils der progressiv-säkularen Wählerschaft zählen konnte.[100])

---

[97]) Siehe den von Friedlein selbst verfassten Bericht sowie den Wortlaut des Antrags Bandrowski in CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 25, 1. sowie Nowa Reforma 24. 10. 1900 (243), S. 1.

[98]) CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 25, 2. mit der Namensliste der auserwählten Vertrauensmänner.

[99]) Siehe die Berichte über die Wählerversammlungen des Bürgerkomitees in Czas 8. 12. 1900 (300), S. 1 und des Stadtkomitees in Nowa Reforma 13. 12. 1900 (284), S. 1. Neben diesen beiden gab es noch eine Reihe weiterer Komitees, von denen dasjenige der Realitätenbesitzer das wichtigste war. Dieses vermochten ebenfalls Anhänger der PSD unter ihre Kontrolle zu bringen. Siehe die Versammlungsberichte in Nowa Reforma 13. 11. 1900 (259), S. 1 und 14. 12. 1900 (285), S. 1.

[100]) Für Daszyński sprach sich in einer eigens einberufenen Wählerversammlung erneut die von Adolf Gross organisierte Gruppe der fortschrittlichen Juden aus. Siehe Czas 3. 12. 1900 (295), S 2.

In der zweiten Hälfte des Monats Oktober begann auch in Lemberg die heiße Phase des Wahlkampfs. Im Unterschied zu Krakau unternahm das CKW in der Landeshauptstadt erst gar nicht den Versuch, ein ihm zugeordnetes Stadtwahlkomitee zu schaffen. So waren es auch hier die „Konzentrierten Demokraten" bzw. die Lemberger Filiale der PSD, welche die Initiative ergriff. Am 22. Oktober, einen Tag bevor die Krakauer jenen Coup gegen das CKW vollführten, hielten die Lemberger „Konzentrierten" ihre erste Wahlversammlung im städtischen Kasino ab. Nutzten die Krakauer ihren Handstreich gegen das vom Bürgermeister einberufene Komitee dazu, für sich selbst eine erhöhte Legitimität abzuleiten, so spielte sich in Lemberg ein vergleichbares Ringen um Legitimität auf dem Gebiet der räumlichen Inbesitznahme ab. Es ging um den großen Rathaussaal, dessen Benutzung der Bürgermeister Lembergs der PSD verweigerte, vorgeblich aus organisatorischen Gründen und wegen der Wahrung von Neutralität und Dignität. Der Stadtpräsident hieß allerdings Godzimir Małachowski und gehörte als Mitglied der „*Sejm*-Linken" zum Lager der Rechtsdemokraten. Der voraussehbare Kampf zwischen den beiden Flügeln der Demokraten um die beiden traditionell demokratischen Lemberger Stadtmandate nahm also im Kampf um den Rathaussaal – ausgedrückt in zwei wechselseitigen Protestresolutionen – seinen Ausgang.[101]) Die Fortsetzung folgte erst im Dezember, als auf Einladung des Komitees der *Sejm*-Linken die ihr zuzuordnenden bisherigen Abgeordneten Władysław Dulęba und Leonard Piętak (letzterer inzwischen Minister für Galizien) zu einem Bericht ihrer parlamentarischen Tätigkeit eingeladen wurden, den sie vor einem entsprechend ausgewählten Publikum von Wählern präsentierten. Eine Woche später schloss sich, demselben Schema folgend, die PSD mit ihren beiden Kandidaten Romanowicz und Rutowski an, beide im Übrigen zu dieser Zeit Redakteure des Lemberger „Konzentrierten"-Organs *Słowo Polskie*. Als fünfter Kandidat stieg hier ein Sozialdemokrat ins Rennen.

Deutliche Parallelen zwischen beiden Städten gab es in der Fünften Kurie. Auch in Lemberg konkurrierte das christlichsozial-klerikale mit dem sozialistischen Lager, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Während das Milieu der katholischen Arbeiter- und Handwerkervereine und die SKN den Bahnarbeiter Ignacy Witoszyński portierte, war es hier das sozialistische Lager, welches mit einer Zersplitterung seiner Stimmen zu rechnen hatte, denn erneut trat der „Unabhängige Sozialist" Ernest Breiter gegen den Kandidaten der PPSD, Józef Hudec, an. Die PPSD, die in Lemberg ohnehin schwächer verankert war als in Krakau, konnte daher den Wahlen in der Landeshauptstadt weit weniger gelassen entgegensehen als im unmittelbaren Wirkungskreis Daszyńskis in Krakau und Westgalizien.[102])

Die Beispiele Krakaus und Lembergs zeigen, dass trotz der Senkung des Zensus und des Vordringens der Massenparteien noch immer ein großer Unterschied bestand zwischen den Wählermilieus der Vierten und derjenigen der Fünften Wahlkurie. Dominierte in der Städtewahlkurie das Milieu der inzwischen gespaltenen Demokraten, welche das gehobene

---

[101]) In der am 22. Oktober beschlossenen Protestnote der PSD wurde dem Stadtpräsidenten und dem Stadtrat wegen der Verweigerung des Rathaussaals die höchste „Empörung und Verachtung" (*oburzenie i pogarda*) mitgeteilt. Der von einer Reihe von Rechtsdemokraten unterfertigte Gegenprotest des Stadtrats wies die „ungerechte und lügenhafte" Resolution mit ebensolcher Empörung zurück. Siehe Słowo Polskie 23. 10. 1900 (494), S. 1 und Gazeta Narodowa 27. 10. 1900 (297), S. 1.

[102]) Ein Eindruck von der Heftigkeit des Kampfes zwischen Breiter und Hudec geben die jeweiligen Parteiorgane *Monitor* und *Naprzód*.

Wirtschaftsbürgertum bzw. die fortschrittliche Intelligenz repräsentierten, so trug die Wahlauseinandersetzung in der Kurie des Allgemeinen (Männer-)Wahlrechts – ähnlich wie etwa in der Reichshauptstadt Wien – Züge eines Grundkonflikts zwischen national-klerikaler und international-sozialdemokratischer Orientierung um die Gunst der mobilisierten Massenwählerschaft. Dieser zuletzt genannte Trend in der Allgemeinen Wahlkurie war allerdings in denjenigen mittelgroßen Städten Galiziens, denen eine Vertretung in der Städtekurie zukam, weit weniger deutlich abzulesen. Dies lag am indirekten Wahlverfahren wie auch an der Tatsache, dass jene Wahlkreise noch immer stark ländlich geprägt waren. Vor allem befanden sich die entsprechenden politischen Milieus einer sozialdemokratisch bzw. national-klerikal orientierten Handwerker- und Arbeiterbewegung – wenn überhaupt – noch in einem Frühstadium der Entwicklung. Immerhin stellte die PPSD in der Allgemeinen Wählerkurie außerhalb Lembergs und Krakaus sechs Kandidaten auf, die klerikalen Parteien SKN und SNA insgesamt drei, von denen jedoch nur einer, der Priester Michal Żyguliński (Tarnów), wirklich aus dem klerikalen Milieu kam. Im Übrigen beherrschten in jenen Wahlkreisen die Bauernparteien (SL, SChL und ZSCh) bzw., in Ostgalizien, die ruthenischen Gruppierungen das Feld der „Opposition".

Anders stellte sich die Frage hinsichtlich der Städtewahlkurie in den Provinzstädten, nämlich dahingehend, ob inzwischen Parteipolitik im Allgemeinen und die Spaltung des demokratischen Lagers im Besonderen auch in die Elitenmilieus der Provinzstädte eingedrungen war und den traditionell vorherrschenden lokalen Aspekt verdrängt hatte. Neben Krakau und Lemberg hatte sich im Vorfeld der Wahlen nur noch in der ostgalizischen Stadt Stanislau (Städtewahlkreis 9, gemeinsam mit Tyśmienica) eine organisierte Ortsfiliale der PSD gebildet. Tatsächlich gelang es auch hier, ganz nach dem Muster der Krakauer Versammlung, die im Namen des CKW einberufene Wählerversammlung in eine politische Demonstration gegen dasselbe zu verwandeln. Ein eigener Kandidat wurde aufgebaut, der die Zustimmung der Stadtkomitees und schließlich, nachdem er sich für die Solidarität des Polenklubs erklärt hatte, sogar des CKW fand. Gegner war ein Konservativer, der als Unabhängiger ins Rennen ging.

Ähnlich verlief die Kandidatenkür im Wahlkreis Rzeszów–Jaroslau (Nr. 5), wo ebenfalls ein Linksdemokrat die Mehrheit in den Stadtwahlkomitees errang und nach einigem Widerstand vom CKW bestätigt wurde, in diesem Fall gegen einen Rechtsdemokraten. Schließlich ist noch Tarnów–Bochnia (Nr. 4) zu nennen, wo sich beide hier involvierten Städte unabhängig voneinander als eigenständig gegenüber dem CKW erklärten. Tadeusz Rutowski, einer der Führer der Linksdemokraten und Kandidat in Lemberg, stellte sich schließlich im Namen der „Konzentrierten" zur Wahl gegen den von den Stadtwahlkomitees unterstützten Vizebürgermeister der Stadt Tarnów. Aus diesen drei Fällen lässt sich schließen: Es gab eine beschränkte Aktionsbasis der PSD auch in der Provinz, die sich allerdings keineswegs auf eine prinzipielle Oppositionsrolle gegen das CKW festlegte, sondern im Gegenteil teilweise im Einklang mit diesem handelte. Hauptgrund für diese Widersprüchlichkeit ist in der Tatsache zu suchen, dass die PSD noch immer ein Verband von Personen war, der insbesondere in der Provinz auf keiner fest gefügten Organisation mit Parteidisziplin basierte.[103])

---

[103]) Zu den Vorgängen in den genannten Städten siehe neben der Berichterstattung in der Presse die jeweiligen internen Berichte der Vertrauensmänner und Organisationskomitees in CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 27 (Stanislau etc.), 28 (Tarnów etc.).

Bleiben wir noch einen Moment bei der Städtewahlkurie, so finden sich durchaus auch weiterhin Fälle, die dem lokal bestimmten Muster der interurbanen Rivalität folgten. Das gilt etwa für den Wahlkreis 6 (Przemyśl–Gródek), wo beide Stadtwahlkomitees einen in ihrem Bezirk angesehenen Kandidaten ins Rennen schickten, ohne dass es zu einer Einigung gekommen wäre. Allerdings spielte auch hier die Tatsache eine Rolle, dass der Gródeker Kandidat Henryk Kolischer dem Lager der Linksdemokraten nahestand, vor allem aber der Umstand, dass dieser jüdischer Herkunft war. Przemyśl nämlich, die rivalisierende Stadt, hatte bereits ein organisiertes antisemitisches Milieu ausgebildet (Verein *Przyjaźń*, Zeitung *Echo Przemyskie*) und nannte einen entsprechend engagierten Bürgermeister ihren eigenen.

Die Frage, inwieweit die klerikal-antisemitische Bewegung einen Einfluss auf das Wahlverhalten der galizischen Provinzstädte ausübte, stellt sich ganz besonders bei den traditionell „jüdischen" Wahlbezirken, etwa Kolomea und Brody. In beiden Wahlkreisen kam allem Anschein nach eine solche Bewegung nicht zustande. Sie blieb zumindest unter der öffentlichen Wahrnehmungsgrenze. In Kolomea tauchten im Laufe des Wahlkampfes sechs Kandidaten auf, allesamt Juden (zwei davon in Wien ansässig, darunter der Nachfolger von Josef Bloch als Rabbiner von Florisdorf). In Brody gab es ebenfalls ein innerjüdisches Ringen, und zwar zwischen dem alten Bloch-Rivalen und Präsidenten von *Schomer Israel*, Emil Byk, und dem bekannten und umstrittenen Aktivisten der nationaljüdisch-zionistischen Bewegung, Saul Rafael Landau. Dieser war zwar aus Krakau gebürtig, hatte sich jedoch gerade zu dieser Zeit in Wien als Anwalt niedergelassen und enge Verbindungen zu Blochs „Österreichischer Wochenschrift" aufgenommen. Es war dies die erste zionistische Kandidatur in Galizien, in Österreich und in Europa, zwei Jahre nach der Abhaltung des Basler Kongresses.[104])

Mit der Ausnahme von Lemberg waren die Wahlen zur Vierten und Fünften Wählerkurie Ostgaliziens erneut von dem polnisch–ruthenischen Gegensatz bestimmt. Im ruthenischen Lager hatten, wie in Abschnitt I dargelegt, seit den vorangegangenen Wahlen größere interne Veränderungen stattgefunden.[105]) Die Gründung der UNDP hatte nicht nur das national-liberale, unter der Führerschaft Julijan Romančuks stehende *Narodovci*-Lager auf eine breite programmatische Basis und auf eine höhere organisatorische Stufe gehoben. Die unmittelbare Reaktion der Russophilen (Ausrufung der RNP) hatte sie auch als Signal zur Aufkündigung jener ukrainophil–russophilen Freundschaft erscheinen lassen, welche ja bei den Wahlen von 1897 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Voller neuen Selbstbewusstseins wandte sich denn auch nur zwei Wochen nach der Auflösung des Reichsrats die Führungsriege der UNDP an die Öffentlichkeit und erklärte das Volkskomitee (*Narodnyj Komitet*), also das Exekutivorgan der Partei, zum Zentralen Ruthenischen Wahlkomitee und zum „Hauptvertreter der Rus", der die Wahlen in seine Hände zu nehmen gedenke. Von einer innerruthenischen Konsolidierung war keine Rede, umso mehr von den großen politischen Zielen eines erneuerten Parlamentarismus, der Autonomie der Nationalitäten, der Reform der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen und der Kultivierung der eigenen Nation.[106]) Ebenfalls ohne sich mit dem russophilen Gegenüber abzusprechen, unter-

---

[104]) Zu Landau siehe Gaisbauer, Davidstern, S. 56 f.
[105]) Vgl. S. 142 f.
[106]) Dilo 24. 9. 1900 (205), S. 1.

breitete das Volkskomitee dem Ministerpräsidenten ein eigenhändig überbrachtes Memorandum, welches Mittel und Wege aufzeigen sollte, die Abhaltung freier Wahlen zu garantieren.[107]) Auch die erste Sitzung des Weiteren Volkskomitees, welche Ende September unter Einladung von Organisatoren und Vertrauensmännern aus den Bezirken abgehalten wurde, fand keine Fürsprecher einer erneuerten „Großen Wahlkoalition", wenn auch eine pragmatische Zusammenarbeit mit einzelnen gemäßigten Protagonisten des rivalisierenden Lagers befürwortet wurde.[108]) Gleichzeitig waren bereits die vom Volkskomitee koordinierten Vorbereitungen zur Organisierung der Wahlen in Gang gebracht worden.

Bereits im September und verstärkt im Oktober waren allerdings Bemühungen von Seiten der Bezirkskomitees und der lokalen politischen Vereine spürbar geworden, welche die in der Hauptstadt lokalisierten Akteure zu einer Verständigung drängen wollten.[109]) Nach einigem Zögern und verschiedenen Verhandlungsanläufen beschloss schließlich das Weitere Volkskomitee in seiner zweiten Plenarsitzung am 1. November 1900, einen aus je drei Vertretern beider Gruppierungen bestehenden Ausschuss zu schaffen. Dessen Aufgabe sollte allerdings lediglich eine wechselweise Unterstützungsverpflichtung gegenüber einzelnen Kandidaten sein, während einem gemeinsamen Wahlkomitee nach dem Muster von 1897 eine klare Absage erteilt wurde.[110])

Als verantwortliche Organisationen bei den folgenden Wahlaufrufen firmierten also weiterhin das Volkskomitee bzw. der Ausschuss des Ruthenischen Rats. Nur gab es eben Überschneidungen bei den Kandidaturen, die zuvor durch den zwischenparteilichen Ausschuss festgelegt worden waren. Diese Relation zwischen den gemeinsam getragenen und den jeweils exklusiv unterstützten Kandidaturen konnte als Indikator gelten für den Restbestand an politischer Gemeinsamkeit zwischen Ukrainophilen und Russophilen nach den Parteigründungen von 1899/1900. Es zeigt sich, dass der gemeinsame Raum recht groß war, fanden sich doch immerhin 17 Kandidaturen auf beiden Listen – von jeweils 24 (Volkskomitee) bzw. 20 (Ruthenischer Rat) Kandidaturen insgesamt. Dieser personelle Bestand setzte sich erwartungsgemäß vorwiegend aus dem Kreis der Gemäßigten beider Lager zusammen, während die neu aus der Radikalen Partei zur UNDP Gestoßenen ebenso wie die als radikal geltenden Gründungsmitglieder der RNP außerhalb des gemeinsamen Kandidatenpools blieben.

Zu keinerlei offiziell institutionalisierter Wahlvereinbarung kam es zwischen dem nationaldemokratischen „Volkskomitee" und dem ruthenisch-radikalen „Bäuerlichen Hauptwahlkomitee" (*Holovnyj Chlops'kyj Vyborčyj Komitet*). Auch hier gab es eine gewisse Überschneidungsquote, die allerdings mit 5 Kandidaten (von insgesamt 24 des Volkskomitee bzw. 10 des Radikalen Komitee) wesentlich niedriger ausfiel als diejenige zwischen der UNDP und den Russophilen und auch gegenüber 1897 auf eine fortschreitende Entfremdung hindeutete.[111]) Hingegen fanden die drei ruthenischen sozialdemokratischen Kandi-

---

[107]) Vgl. den Wortlaut in Dilo 28. 9. 1900 (208), S. 1.
[108]) Dilo 1. 10. 1900 (210), S. 1.
[109]) Halyčanyn 1. 11. 1900 (237), S. 1; Dilo 3. 11. 1900 (239), S. 1.
[110]) Dilo 6. 11. 1900 (241), S. 1.
[111]) Vgl. den Wahlaufruf des Komitees vom 23. Oktober in Hromads'kyj Holos 25. 10. 1900 (24), S. 201 f. und dessen Beschluss hinsichtlich der Kandidaten am 21. November ebd. 15./22. 11. 1900 (27/28), S. 236.

daten die Unterstützung des Komitees der Radikalen, obwohl (oder weil) alle drei vor der Gründung der USDP als Mitglieder der R-URP agiert hatten. Sie wurden von den Radikalen insbesondere auch in denjenigen Wahlkreisen unterstützt, wo sie gegen Kandidaten der UNDP antraten.[112]) Offensichtlich hatte der hegemoniale Anspruch der letzteren einen innerruthenischen Oppositionsreflex ausgelöst, der wiederum das radikal-sozialdemokratische Milieu zusammenschweißte. Gänzlich eigene Wege gingen auch bei den Wahlen von 1900 die Klerikal-Konservativen, die erneut mit der Unterstützung des politischen und kirchlichen Establishments rechnen durften, ohne eine weitergehende organisatorische Basis in der Bevölkerung ihr Eigen nennen zu können.

Analog zur Tabelle II.4 soll die folgende Zusammenstellung der Kandidaturen nach Landesteil und Wahlkurien einen Überblick über die Akteure bei den Wahlen von 1900/1901 vermitteln. Erneut erscheint eine Beschränkung auf die Kurien II, IV und V vertretbar. Die Handels- und Gewerbekurie sowie die Großgrundbesitzerkurie folgten weitgehend dem bekannten Schema einer internen Kandidatenaufstellung ohne öffentlich geführten Wahlkampf.[113])

Ein Vergleich dieser Zusammenstellung mit der in Tabelle II.4 wiedergegebenen Ausgangslage von 1897 zeigt zunächst ein Anwachsen der Kandidatenzahl auf eine Quote von etwa 3 Bewerbern pro Mandat. Deutlich über diesem Durchschnitt lagen die besonders heftig umkämpften Wahlkreise der Allgemeinen Kurie. Das CKW hatte sich gegenüber den Wahlen von 1897 weiter zurückgezogen, teils freiwillig, teils infolge der öffentlichen Kritik an seiner hegemonialen Politik. Dies galt vor allem für Westgalizien und für die Stadtwahlkreise, wo es offiziell kaum präsent war. Den größten Vormarsch konnte der ZSCh verbuchen, der – wie schon erwähnt – seinen angestammten politischen Wirkungskreis zu erweitern suchte. Ebenfalls expansiv verhielten sich die Sozialdemokraten, welche sich nun in allen drei Wahlkurien um Sitze bewarben. Die Präsenz der PPSD in den ländlichen Bezirken war auch eine Folge der nicht mehr erneuerten Wahlkoalition mit der Stojałowski-Partei. Als neue eigenständig organisierte Kraft kamen im polnischen Lager die PSD sowie die beiden christlichsozial-antisemitischen Gruppierungen (SKN/SNA) hinzu. Neu gegenüber 1897 war auch die Separierung der beiden ruthenischen Fraktionen (trotz koordinierten Kandidaturen) sowie schließlich der zionistische Kandidat. Nicht nur die

---

[112]) Der nachmalige Abgeordnete Roman Jarosevyč figurierte zunächst noch unter den lediglich empfohlenen Kandidaten, wurde später aber unter die offiziell portierten aufgenommenen. Zur Wahlkoordination zwischen Radikalen und Sozialdemokraten im Jahr 1900 vgl. auch Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 108.

[113]) Dies gilt uneingeschränkt für die Handels- und Gewerbekammern, während in der Großgrundbesitzerkurie in zwei Wahlkreisen, Bochnia und Żółkiew, erstmals ein Wahlkampf zwischen zwei bzw. drei Kandidaten stattfand, allerdings ohne irgendwelche programmatische Hintergründe. Im letzteren Fall hatte sich das CKW entgegen seiner üblichen Zurückhaltung für einen Kandidaten, den bisherigen Krakauer Abgeordneten August Sokołowski, eingesetzt, bevor die lokale Wählerversammlung zusammengetreten war. Diese neigte dann eindeutig einem Vertreter eines alteingesessenen Gutsherrengeschlechts zu (Stanisław Starzyński), enthielt sich aber einer offiziellen Stellungnahme, um das CKW nicht zu desavouiren. In der Wahl setzte sich dieser autonome Wille der Wahlberechtigten gegen die Empfehlung des CKW durch. Siehe CDIAL, Fond 810, Opis 1, Spr. 22, 30–37 sowie den Aufruf in Gazeta Narodowa 13. 1. 1901 (13), S. 2.

Tabelle II.6: Anzahl der Kandidaturen pro Wahlorganisation und Wahlkurie 1900

	Wahlorganisation/ Partei, polit. Richtung	Westgalizien			Ostgalizien			TOTAL
		SG	LG	AWK	SG	LG	AWK	
	CKW	1	5	4	2	12	9	33
	Stadtwahlkomitees	4	0	0	7	0	0	11
POLEN	Konservative	0	1	1	0	6	5	13
	Sejm-Linke	2	0	0	6	2	0	10
	PSD	3	0	0	4	0	1	8
	SKN	0	1	2	0	0	1	4
	SNA	1	3	2	0	0	1	7
	SL	0	9	3	0	0	2	14*
	ZSCh	0	5	4	0	0	0	9
	SChL	0	9	4	0	1	1	15
	PPSD	0	1	4	4	0	3	12
	Unabh. Sozialist	0	0	0	0	0	1	1
	Unabhängige	6	6	1	4	4	2	23
RUTH.	UNDP	0	0	0	0	15	5	20
	RuR	0	0	0	0	3	4	7
	R-URP	0	0	0	0	2	0	2
	USDP	0	0	0	0	2	1	3
	Klerikal-kons. Uph.	0	0	0	0	5	0	5
	Unabhängige	0	0	0	2	1	1	4
J	Zionisten	0	0	0	1	0	0	1
	TOTAL	12 (5)	35 (10)	21 (6)	21 (8)	41 (17)	31 (9)	158 (55)

* Plus zwei ruthenische Bewerber in Landwahlgemeindebezirken Ostgaliziens

Anzahl der Kandidaturen, sondern auch die Vielfalt der beteiligten Kräfte hatte also zugenommen.

Die Dynamik und die dominierenden Spannungsmomente des Wahlkampfs lassen sich erneut an einer Wahlkreisanalyse vornehmen. Dabei wird eine erhöhte Ballung der Wahlkonkurrenzen zwischen den drei polnischen Bauernparteien sowie den klerikalen Parteien erkennbar, die der verstärkten Zersplitterung der organisierten Kräfte und der Nicht-Erneuerung von Wahlbündnissen (SL/ZSCh) entsprach. In Ostgalizien konzentrierte sich die Rivalität erneut auf die Konfrontation zwischen CKW und der UNDP bzw. dem Ruthenischen Rat als Wahlorganisation der Russophilen (13 von 20 bzw. 6 von 7 Wahlkreise). Auch 1900 verließ sich das CKW in denjenigen Wahlkreisen Ostgaliziens, in denen ein polnischer Kandidat chancenlos gewesen wäre, auf die ruthenischen National-Klerikalen. Ferner wird der Antagonismus zwischen PSD (Linksdemokraten) und den „offiziellen" Städtewahlkomitees deutlich, der sich ohne Eingreifen des CKW in vier von acht Wahlkreisen (der zweiten Wahlkurie) abspielte. Die Wahlbündnisse waren gegenüber 1897 nicht nur in der Anzahl und Qualität vermindert, sondern ließen sich auch schwerer durchsetzen. Die Schaffung eines utraquistischen Ausschusses von Ukrainophilen und Russophilen (UNDP/RuR) konnte nicht verhindern, dass dort, wo man sich nicht einigen konnte (in zwei Wahlkreisen), Kandidaten beider Organisationen gegeneinander antraten. Die strikte Abgrenzung der wahlpolitischen Interessensphären zwischen PPSD und USDP

funktionierte hingegen reibungslos, ebenso diejenige zwischen PSD und SL im Namen der „Demokratischen Konzentration“.[114])

b) Der Wahlausgang

Die sechsten Direktwahlen zum österreichischen Abgeordnetenhaus fanden zum ersten (und einzigen) Mal über einen Jahreswechsel hinweg, im Dezember 1900 und Januar 1901, statt.[115]) Da die Entscheidungen in der Allgemeinen Kurie und in den Zensuskurien bereits vor dem Jahreswechsel fielen, konnten sich Wahlanalysten und Kommentatoren noch im alten Jahr Gedanken machen über Erfolge und Misserfolge der einzelnen Akteure und über die Zusammensetzung der neuen Vertretung Galiziens im Abgeordnetenhaus mitsamt den eventuellen politischen Konsequenzen.
Folgende Tabelle gibt das Wahlergebnis wieder:

Tabelle II.7: Wahlergebnis 1900 nach Parteien bzw. Wahlorganisationen

	Wahlorganisation/ Partei, polit. Richtung	SG		LG		AWK		TOTAL	
		Siege	Niederl.	Siege	Niederl.	Siege	Niederl.	Siege	Niederl
POLEN	*CKW*	3	0	13 (2)	4 (2)	8 (1)	5 (2)	24 (3)	9 (4)
	Stadtwahlkomitees	7	4 (1)	0	0	0	0	7	4 (1)
	Konservative	0	0	7	0	4	2	11	2
	Sejm-Linke	5	3 (1)	2	0	0	0	7	3 (1)
	PSD	4 (1)	3	0	0	1	0	5 (1)	3
	SKN	0	0	0	1	1 (1)	2	1 (1)	3
	SNA	0	1	1 (1)	2	2	1	3 (1)	4
	SL	0	0	3 (2)	6	0	5 (1)	3 (2)	11 (1)
	ZSCh	0	0	1	4	0	4	1	8
	SChL	0	0	2	8 (2)	3 (2)	2	5 (2)	10 (2)
	PPSD	0	4	0	1	1	6	1	11
	Unabh. Sozialist	0	0	0	0	1	0	1	0
	Unabhängige	4	6	4 (2)	6 (2)	1	2 (2)	9 (2)	14 (4)
RUTH.	UNDP	0	0	2	13 (1)	1	4	3	17 (1)
	RuR	0	0	1	2	0	4	1	6
	R-URP	0	0	0	2	0	0	0	2
	USDP	0	0	0	2	0	1	0	3
	Klerikal-kons. Uph.	0	0	4	1	0	0	4	1
	Unabhängige	0	2	0	1	0	1	0	4
J	Zionisten	0	1	0	0	0	0	0	1
	TOTAL	13 (1)	20 (1)	27 (5)	49 (5)	15 (3)	34 (3)	55 (9)	103 (9)

( )=Engere Wahlen

Die konservativen und rechts-nationalen Kommentatoren feierten die Wahlen von 1900 als einen Sieg für den Polenklub, für das Prinzip der nationalen Solidarität und somit für die

---

[114]) Siehe auch die Kreuztabelle in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 150.

[115]) Im Kronland Galizien waren die Wahldaten der 13. (Allgemeine Wählerkurie), 17. (Landgemeindekurie) und 20. Dezember (Städtekurie) 1900 sowie der 10. (Handels- und Gewerbekammern) und 15. Januar (Großgrundbesitz) 1901.

gesamte polnische Nation und das Land.[116]) Faktisch waren allerdings die Veränderungen gegenüber den so anders gedeuteten Wahlen von 1897 keineswegs derart groß. Die SL als Oppositionspartei mit der breitesten Basis erzielte dasselbe Resultat wie drei Jahre zuvor (3 Mandate), verlor allerdings eines unter Berücksichtigung einer zu ihren Gunsten ausgegangenen Nachwahl im Jahre 1898. Genau umgekehrt die SChL (5 Mandate): Sie verlor ein Mandat im Verhältnis zur vorangegangenen Hauptwahl, gewann aber eines gegenüber dem um zwei Sitze niedrigeren Stand vor der Auflösung des Abgeordnetenhauses. Weit bedeutungsvoller als diese kleinen Verschiebungen und wenig verheißungsvoll für die Konservativen musste die Tatsache erscheinen, dass jene beiden bisher kompromisslos gegeneinander agierenden Kräfte für die engere Wahl eine gegenseitige Unterstützungserklärung veröffentlicht hatten. Diese brachte ihnen dann tatsächlich noch je zwei Mandate ein, zusammengerechnet also über die Hälfte ihrer erzielten Mandate. Während die engeren Wahlen im Jahre 1897 mehrheitlich zugunsten des CKW ausgegangen waren, stellte sich aufgrund jener Absprache das Resultat vier Jahre später in dieser Hinsicht negativ dar. Das taktische Zusammenrücken von SL und SChL war wohl auch darin begründet, dass beide Parteien mit ihrer jeweiligen (1898 nachgewählten) Leitfigur – Jan Stapiński und Stanisław Stojałowski – bereits im ersten Wahlgang gescheitert waren, und zwar jeweils in zwei Wahlkreisen. Nun versprachen sich die Konservativen von den zwei führerlos gewordenen Fraktionen im Parlament eine gesteigerte Bereitschaft, sich unter die Fittiche des Polenklubs zu begeben.

Besonderes Augenmerk musste erneut der Allgemeinen Wahlkurie Lembergs und Krakaus gelten, wo die Sozialdemokraten um eine Bestätigung ihres Mandats von 1897 kämpften. In der Landeshauptstadt misslang dies, denn gewählt wurde der unabhängige Sozialist Ernest Breiter, ein Erzfeind aus den Ursprungsjahren der Sozialdemokratischen Partei. Schuld an dieser Niederlage war in erster Linie eine schwere Misskalkulation der Parteistrategen. An die Stelle des 1897 siegreichen Kozakiewicz, dem man zu geringe Deutschkenntnisse für eine erfolgreiche Ausübung des Mandats nachsagte, war der Führer der Lemberger Sozialdemokraten Józef Hudec angetreten. Während ersterer aufgrund seines engagierten Engagements für ein sozialdemokratisches Agarprogramm äußerst beliebt bei der ruthenischen Landbevölkerung war, hatte Hudec in der Vergangenheit die ruthenische Wählerschaft eher verärgert denn erfreut. So erklärt sich die Tatsache, dass beide Lemberger Linkskandidaten (Hudec und Breiter) zwar in der Stadt stimmenmäßig relativ nahe beieinander lagen, in den umliegenden Vorstadtgemeinden aber das Stimmenverhältnis 10 zu 1 zugunsten von Breiter lag.

Anders war die Lage in Krakau. Hier wurde Ignacy Daszyński bestätigt, wenn auch mit ca. 60 % der Stimmen doch weit weniger glanzvoll als vier Jahre zuvor. Dies lag vor allem an den zum Wahlkreis gehörigen ländlichen Bezirken, deren Wähler nun, da Stojałowski nicht mehr für den Sozialdemokraten agitierte, Daszyński nur noch (oder immerhin) etwa die Hälfte ihrer Stimmen gaben. Unverändert stark blieb die Unterstützung von Seiten der jüdischen Wählerschaft der Stadt Krakau, die erneut von der Partei der Unabhängigen Juden (PNŻ) in diese Richtung gedrängt wurde. Allerdings votierten auch die anderen Stadtbezirke mehrheitlich für Daszyński.[117])

---

[116]) Czas 18. 12. 1900 (307), S. 1; Gazeta Narodowa 19. 12. 1900 (350), S. 1.

[117]) Die detaillierten Wahlergebnisse sowohl für Lemberg als auch für Krakau finden sich nicht in der amtlichen Statistik, sondern nur in der Tagespresse, hier in: Czas 14. 12. 1900 (304), S. 1.

In der Städtekurie musste den Konservativen wiederum der Wahlerfolg der mit der SL verbündeten PSD zu denken geben. Diese Kraft, welche so vehement gegen das CKW opponiert hatte und in ihrer politischen Linie irgendwo zwischen Kooperation und Opposition, zwischen Polenklub und Volkspartei, pendelte, erzielte in Krakau einen durchschlagenden Erfolg, eroberte doch das Zweiergespann Rotter/Weigel gleich im ersten Anlauf beide Sitze. In Lemberg setzte sich zwar im ersten Wahlgang der Rechtsdemokrat und Minister Piętak durch, während seinem politischen Gefährten Dulęba nur zehn Stimmen zum Erfolg fehlten. Das Freiwerden der sozialdemokratischen Stimmen gab dann aber deutlich (Differenz über 1000 Stimmen) den Ausschlag für Tadeusz Romanowicz, der, obwohl schon seit 20 Jahren im Landtag, damit erstmals in den Reichsrat einzog. Während die Umstände seiner Wahl im zweiten Durchgang erneut auf eine Konsolidierung des linken Lagers hindeuteten, versprach die Präsenz des demokratischen Führers im Kreis der Wiener Abgeordneten erhöhten Druck in Richtung Reformierung des Polenklubs. So sehr hatte sich der Polenklub nicht zu freuen, wie das PSD-Organ *Nowa Reforma* hämisch bemerkte.[118])

Auch die Verschiebungen im ruthenischen Lager ließen die Triumphgefühle der Apologeten des Polenklubs zweifelhaft erscheinen. Insgesamt verloren die Ruthenen zwar einen Sitz. Die ruthenische Opposition erhöhte allerdings ihre Mandatsstärke um einen Zähler auf vier (darunter ein Russophiler), während die nach polnischer Sprache „gemäßigten Ruthenen" des national-klerikalen Lagers zwei Mandate verloren und nunmehr ebenfalls auf vier Vertreter kamen. Bedeutsam war außerdem, dass die politische Leitfigur der UNDP, Julijan Romančuk, dessen Einzug ja 1897 noch mit vereinten Kräften hatte verhindert werden können, nun erneut ins Parlament einzog. Hinsichtlich des ruthenisch-konservativen Lagers herrschte zudem Unklarheit darüber, wie sich der gerade 1900 vollzogene Wechsel am Metropolitenstuhl von Sylvester Sembratovyč zu Andrij Šeptyc'kyj auf die politische Orientierung auswirken würde. In einer wesentlichen Hinsicht unterschieden sich die Wahlen von 1900/01 in keinster Weise von den vorangegangenen: Bezogen auf die Masse der ruthenischen Bevölkerung konnte weder bei vier noch bei acht (inkl. der „Gemäßigten") ruthenischen Mandaten von einer auch nur annähernd adäquaten Repräsentation der Ruthenen im Wiener Reichsrat gesprochen werden. In der sogenannten „Volkskurie" hatten sie ein einziges von neun ostgalizischen Mandaten gewonnen. Das UNDP-Organ *Dilo* sprach daher nicht zu Unrecht von einem „traurigen Resultat" (*sumnyj rezul'tat'*). Verantwortlich machte man erneut die vielfältigen Formen des Wahlmissbrauchs seitens der polnischen Behörden und anderer lokaler Machtträger.[119])

Wie in der Vergangenheit orientierte sich also der polnische Diskurs über den Wahlausgang von 1900/01 vornehmlich an der Frage, welche politischen Kräfteverhältnisse Galizien in den Reichsrat einbringen würde, während auf ruthenischer Seite die Frage der gerechten nationalen Repräsentation und der Wahlmanipulationen beherrschend blieb. Von

---

[118]) Nowa Reforma 28. 12. 1900 (295), S. 1. Schmerzlich für die PSD war allerdings das Scheitern von Tadeusz Rutowski gleich in zwei Wahlbezirken, neben Lemberg auch in seiner Heimat-Wahlbezirk Tarnów–Bochnia. In der Stadt Tarnów, wo Rutowski einige Jahre später zum Vizebürgermeister ernannt wurde, erreichte er zwar eine knappe Stimmenmehrheit, scheiterte aber deutlich in den ländlichen Bezirken.

[119]) Dilo 20. 12. 1900 (275), S. 1.

der antisemitischen Presse wurde wiederum die Gegenüberstellung christlich gegen jüdisch zum Hauptthema erklärt. Nach ihrer Überzeugung überwölbten Konfession (und Volk) alle bestehenden politischen Zuordnungen. Entsprechend gab es also unter den Wahlgewinnern der Städtekurie Liberale, Demokraten, Konservative, Parteilose und – Juden.[120]) Dieser Diskurs implizierte die pauschale Ausgrenzung der Juden aus der politischen Mehrheitsgesellschaft. Einzelne Wahlkreise wurden zu einer pseudowissenschaftlichen Untermauerung beispielhaft herangezogen. So hatte angeblich der Wahlsieg der PSD in der Städtekurie von Krakau den Beweis erbracht, dass Christen und Juden zwei einander feindselig gegenüberstehende Körper seien.[121]) Besondere Aufmerksamkeit erhielten Wahlkreise, in denen ein christlicher gegen einen jüdischen Kandidaten antrat. Dies war der Fall im erwähnten Städtewahlkreis Przemyśl–Gródek, wo die Entscheidung letztlich nur dank der größeren Einwohnerzahl von Przemyśl zugunsten des „christlichen Demokraten" Hugo Królikowski ausging.[122]) Die Antisemiten feierten dieses Resultat als einen gelungenen Akt des „Entreißens des Przemyśler Mandats aus jüdischen Händen", während liberal-progressive Kommentatoren den Verlust eines der angesehensten wirtschaftlichen Fachleute (Henryk Kolischer) im Abgeordnetenhaus beklagten, der sich insbesondere auch um die wirtschaftspolitische Förderung Galiziens bemüht habe. Hier zeigten sich exemplarisch die fundamentalen Brüche zwischen einem national-integrativen, supra-ethnischen und einem national-exklusiven, ethno-konfessionellen Diskurs.[123])

Es war kein Zufall, dass es gerade in jenem eben genannten Wahlbezirk zu einem der schwersten Zwischenfälle während der Wahlen von 1900 kam, und zwar in Gródek, der Hochburg des unterlegenen Kandidaten. Zu der während des Wahlkampfs aufgebauten erhöhten Spannungslage kam hinzu, dass in jener Stadt mit ca. 70.000 Einwohnern am Wahltag gerade Jahrmarkt abgehalten wurde. Das bedeutete viele Menschen, viel Lärm und erhitzte Gemüter. Da politisches und wirtschaftliches Zentrum wie meistens örtlich nahe beieinander lagen, drängten sich zwischen den Wägen der Marktfahrer die Wähler hindurch, weit mehr als sonst, denn der heftige konfessionell geführte Wahlkampf hatte viele, insbesondere die jüdischen Wähler der Stadt, für „ihren" Kandidaten mobilisiert. Tatsächlich zeigen die amtlichen Dokumente, dass in diesem Wahlbezirk die Stimmbeteiligung mit 78 % weit über dem für die Städtewahlkurie gültigen Durchschnitt von 57,2 % lag.[124]) Nach einem Streit zwischen einem jüdischen Wahlhelfer Kolischers und einem ru-

---

[120]) Głos Narodu 22. 12. 1900 (291), Sonderbeilage S. 1.

[121]) „Kein nationaler, vom Judentum unabhängiger Kandidat, hat auch nur auf eine einzige Stimme zählen können, auch wenn er noch so sehr die rassische Empfindlichkeit dieses Volksstammes zu schonen bemüht war. Ein für allemal haben die um die Gunst der Juden bemühten Parteien erkannt, dass diese Methode nur die Christen vor den Kopf stößt und entmutigt und die Juden nicht gewinnt. Ein für allemal hat sich die Bürgerschaft Krakaus davon überzeugt, dass es keine Wahl gibt: entweder jüdischer Knecht sein oder offen den Juden den Fehdehandschuh hinwerfen." Głos Narodu 22. 12. 1900 (291), S. 1.

[122]) In Gródek erhielt Kolischer 844 von 980 gültigen Stimmen, Królikowski 134. In Przemyśl lautete das Ergebnis 288 zu 1258. Siehe Ergebnisse der Reichsratswahlen 1900/01, S. 45.

[123]) Głos Narodu 22. 12. 1900 (291), S. 1; Kurjer Lwowski 23. 12. 1900 (355), S. 5. Kolischer gelangte allerdings dann als Kandidat der Handels- und Gewerbekammer von Brody doch noch in den Reichsrat.

[124]) Siehe Ergebnisse der Reichsratswahlen, S. VIII und 44.

thenischen Priester um einen Wahlzettel geriet die Menge in Aufruhr. Es kam zu Straßenschlachten und zu Übergriffen gegen Juden. Die Situation konnte schließlich erst durch das Eingreifen des Militärs beruhigt werden.[125]) Im Ganzen aber zeichneten sich die Wahlen von 1900/01 im Vergleich zum vorangegangenen Urnengang durch einen wesentlich ruhigeren und kontrollierteren Verlauf aus. Nicht zuletzt die seit 1895 einsetzende öffentliche Debatte über die Zustände in Galizien hatte die Behörden offensichtlich dazu veranlasst, behutsamer vorzugehen und Provokationen vorzeitig zu unterbinden.

3. Die Wahlen von 1907

a) Die Gründung des Nationalrats

Die gegen die Mehrheit der polnischen Eliten beschlossene Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Männerwahlrechts zum Reichsrat bedeutete die größte Herausforderung für die politische Klasse Galiziens seit den Weichenstellungen der 60er- und 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts. Gefragt war in dieser Situation auch eine Neudefinitition der zentralen polnischen Wahlorganisation, des CKW. Nur wenige Tage nachdem das Herrenhaus als letzte Instanz vor der kaiserlichen Unterzeichnung die Wahlreform gebilligt hatte, trat der *Sejm*-Polenklub unter Beteiligung zahlreicher Reichsratsabgeordneter zusammen, um über eine schon im Vormonat November initiierte Neukonstituierung des Zentralwahlkomitees zu beschließen. Gleichzeitig mit dem Erlass eines neuen Statuts im Dezember 1906 verabschiedete man sich von jenem altgedienten, seit 50 Jahren gültigen Namen. Neu sollte die Organisation „Verband des Nationalrats“ (*Związek Rady Narodowej*) heißen, kurz „Nationalrat“ (*Rada Narodowa*, RN).[126])

Es war ein angenehmer Nebeneffekt, aber nicht die Hauptsache, wenn mit dieser Umbenennung an die gleichnamige politische Organisation von 1848 angeknüpft werden konnte. Der eigentliche Hauptgedanke, der sich mit der neuen Bezeichnung verband, wurde gleich im ersten Artikel explizit genannt: Der RN habe sich in einem umfassenden Sinne als Institution zur „Verteidigung der nationalen Interessen“ (*obrona interesów narodowych*) zu verstehen. Die Organisierung der Wahlen im nationalen Sinne sollte nur eines von vielen Mitteln sein, um den Herausforderungen der „antinationalen“ Kräfte im Innern und Äußern geschlossen begegnen zu können. Das veröffentlichte Statut selbst bezeichnete diese anderen Mittel zwar nicht näher, sondern beschränkte sich auf die Reglementierung der Wahlorganisation. Sie finden sich aber in den internen Instruktionen, die als handliche Broschüre an die Vertrauensleute verteilt wurden und die Aufgaben der Bezirkskomitees als „Komitees der nationalen Organisation“ beschrieben.[127])

---

[125]) Die Beschreibung der Vorfälle von Gródek unter anderem in Gazeta Narodowa 23. 12. 1900 (354), S. 2 und Kurjer Lwowski 23. 12. 1900 (355), S. 5.

[126]) Vgl. den Wortlaut des Statuts in Czas 29. 12. 1906 (297), S. 1. Ein als Broschüre vervielfältigtes Exemplar findet sich in LNB, Fond 59, Teka 399, 13–14.

[127]) Instrukcya powiatowych komitetów organizacyi narodowej [Instruktion der Bezirkskomitees der nationalen Organisation]. CDIAL, Fond 523, Opis 1, Spr. 3, 14.

Dazu gehörten neben politischen Agenden im engeren Sinne wie der Überwachung von Gemeinde- und Bezirkswahlen und der Kontaktpflege zwischen Bevölkerung und Regierung vor allem kultur- und gesellschaftspolitische Aufgaben: die Erweckung und Stärkung des nationalen Gefühls durch entsprechende Bewusstseinsbildung, der Bau von katholischen Kirchen, die Gründung und Förderung von Vereinen, Genossenschaften, Raiffeisenkassen und Feuerwehren und schließlich auch die Überwachung von Güterparzellierungen im Sinne des „Wohls unseres Landes". Gerade aus letzterem Punkt sprachen die jüngsten Erfahrungen im deutsch–polnischen Gegensatz, konkret das preußische Enteignungsgesetz, welches just in dieser Zeit in allen Teilungsgebieten hohe Wellen schlug. Insgesamt stand hinter jener erweiterten Konzeption der polnischen Wahlorganisation die Überzeugung, dass das nationale Ringen in der modernen Massenära eben nicht mehr nur in den politischen Körperschaften stattfand, sondern direkt unter den Menschen im Kampf um Boden, um Kulturgüter und um die Gesinnung des Einzelnen. „Die Gefahr droht nicht nur bei Wahlen, sondern im alltäglichen öffentlichen Leben", so der Kommentar der inzwischen als Organ der ostgalizischen Podolaken fungierenden *Gazeta Narodowa*.[128])

Obwohl den Zeitgenossen die Gründung des RN als das Ergebnis eines kurzfristig getroffenen Beschlusses erscheinen mochte, der insbesondere mit der großen Wahlreform in Zusammenhang stand, gab es durchaus Entwicklungslinien, die auf das alte CKW zurückweisen. Zu nennen ist der bereits im Jahre 1900 begonnene Versuch, die Bezirksorganisationen auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen und finanzielle Mittel aus dem Großgrundbesitz zu rekrutieren. Das wurde nun systematisch fortgesetzt.[129]) Auch jene zitierte Instruktion war an sich nichts vollkommen Neues, denn schon in den Instruktionen des CKW waren den Vertrauensmännern Kapellen, Schulen, Vereine und Landgüter ans Herz gelegt worden.[130])

Innovativ war hingegen, dass sich die Nachfolgeorganisation des CKW auch als eine Public-Relations-Institution verstand, die im Ausland für die polnischen Gesamtinteressen in allen drei Teilungsgebieten zu agieren habe: Initiiert durch ihren Präsidenten Cieński, wandte sich die Exekutivkommission des RN Ende Juni 1907 an einen ausgesuchten Kreis von Personen mit der Bitte, die Errichtung einer Presseagentur in Paris ideell und finanziell zu unterstützen. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wurde damit begründet, dass private Initiativen nicht mehr ausreichten, um die Öffentlichkeit über die polnische Frage aufzuklären bzw. in der Presse kursierende Fehlinformationen zu korrigieren. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass nicht nur verschiedene Staaten wie Preußen über vergleichbare Institutionen verfügten, sondern dass auch die Ruthenen über ein Netz von Korrespondenten und Mittelsmännern die ausländische Presse in ihrem Sinne beeinfluss-

---

[128]) Gazeta Narodowa 30. 12. 1906 (292), S. 1.

[129]) Eine solche Liste der Beitragszahler findet sich in CDIAL, Fond 523, Opis 1, Spr. 10, 1. Nach den Wahlen wurde der RN auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt. Beitragszahlungen wurden systematisch eingehoben und erreichten im Zeitraum von Juli bis September bereits eine Höhe von über 12000 Kronen. Siehe die Beitragsdeklaration in Fond 524, Opis 1, Spr. 9, 2 und die Einnahmenübersicht in 72.

[130]) Siehe die Instruktion vom Dezember 1902 in: LNB, Fond 59, Teka 399, 104.

ten, was sich insbesondere in der Lemberger Universitätsfrage zuungunsten der polnischen Interessen ausgewirkt habe.[131])

Seit dem 1. August 1907 begann das Presseinformationsbüro unter dem Namen *„Agence Polonaise de Presse"* die ihm gestellte Aufgabe wahrzunehmen, indem es die internationale Presse mit verschiedenen Artikeln zur polnischen Frage aus polnischer Sicht versorgte. Später wurden Zweigniederlassungen in London und Rom gegründet. Dieser hier nicht näher weiterzuverfolgende Aufgabenbereich führte den RN zwar weit weg von seiner Funktion als Wahlorganisation. Zwei Aspekte weisen allerdings auf Entwicklungen hin, von denen auch seine ursprüngliche Kernaufgabe nicht unberührt blieb: Zum ersten: die Rolle von Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Allein während der Reichsrats- und Landtagswahlen von 1907 bzw. 1908 wurden Aufrufe, Broschüren, Flugblätter und populäre Schriften in einer Auflage von über einer Million herausgegeben. Zum zweiten: die Selbstdefinition als überparteiliche Organisation. Mit dem Erstarken organisierter Parteien als politischer Handlungsträger musste das im CKW vorhandene Selbstverständnis als gesamtnationale Organisation neu institutionell verankert werden.[132])

Welche sollten nun aber in Galizien die Parteien sein, die man als Bausteine in die Konstruktion des RN einbauen könnte? Hier griff man auf ein überliefertes Konzept zurück, wonach sich die polnische politische Gesellschaft in drei Lager teilte: ein konservatives, ein demokratisches und ein „Volkslager" (*ludowy*). Allerdings gab es Proteste gegen eine derartige Kategorisierung, und zwar insbesondere von Seiten der Nationaldemokraten, welche ihre zum demokratischen Lager gerechnete Partei nicht weniger als Volkspartei, allerdings in einem modernen, integrativen Sinne, verstanden. Gerade an dieser Kontroverse offenbarten sich exemplarisch die Bruchlinien zwischen traditionellen und modernen politischen Konzepten. Die zweite Frage lautete denn auch: Wer gehörte zu welchem Lager? Einer der wichtigsten Protagonisten bei der Neugründung der polnischen Wahlorganisation, der Fraktionsführer der *Sejm*-Linken (also der Rechtsdemokraten) Albin Rayski war in einem Statutenentwurf von jenen Landtagsfraktionen ausgegangen, welche „die Solidarität des Polenklubs anerkennen" und hatte die PSL (als Vertreterin des „Volkslagers") hinzugerechnet.[133]) Das war entweder blanker Optimismus oder ein Lockmittel, jene für die neue Organisation zu gewinnen. Da die PSL jedoch nicht anbiss, übernahm das 1905 gegründete klerikal-konservative Zentrum (PCL) unter dem Pfarrer Leon Pastor die Rolle der „Volkspartei". Damit gewannen die Klerikalen ein Gewicht in der neu geschaffenen Institution, das weit über ihrer tatsächlichen Bedeutung als organisierter Kraft lag. Hier war bereits Konfliktstoff angelegt, der sich bald manifestieren sollte.

So wurde es denn in § 3 des verabschiedeten Reglements vom 28. Dezember 1906 festgelegt: Das wählende Organ, nach wie vor der *Sejm*-Polenklub (*Sejmowe Koło Polskie*), entsandte je drei Vertreter plus einen Stellvertreter aus dem Parteilager der Konservativen, der Demokraten und des Zentrums in den RN und zusätzlich, als zehnten Mann, noch einen

---

[131]) LNB, Fond 59, Teka 399, 126–127. Dort auch der einige Tage zuvor datierte Brief von Cieński an Włodzimierz Kozłowski (Nr. 125) sowie das Organisationsstatut des Pressebüros (122–123). Dieses auch in BOss, Papiere Jan Rozwadowski, 41–45. Exemplare der Zahlungsaufforderung in CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 9, 2.

[132]) Siehe den vertraulichen Tätigkeitsbericht des RN in: CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 4, 1.

[133]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 2, 5.

Fraktionslosen. Dieser Kernbestand des RN sollte dann (gemäß § 9), ganz entsprechend dem alten CKW-Reglement, in zwei weiteren Schritten ergänzt werden: zunächst durch die Delegiertenversammlung der Orts- und Bezirkskomitees (12 Mitglieder), die ihre Wahl ebenfalls nach jenem Parteischlüssel durchzuführen hatte, und dann durch die Kooptation weiterer 12 Mitglieder. Insgesamt waren also 34 Mitglieder vorgesehen. Bemerkenswert an jener Dreiteilung war der Verzicht der im Landtag nach wie vor dominierenden Konservativen auf eine Mehrheitsposition im Nationalrat. Nicht die drei dort existierenden konservativen Fraktionen (Krakauer Klub, Landwirte-Klub und Autonomisten-Klub) hatten je für sich ein Vertretungsrecht beansprucht, sondern die konservative Gruppe insgesamt. Hier entsprach man unter Vorwegnahme der erwarteten Kräfteverschiebungen im Reichsrat den expliziten Forderungen von Seiten der demokratischen Fraktion (bestehend aus *Sejm*-Linker und Nationaldemokraten), welche sich dezidiert einer Majorisierung durch die Konservativen widersetzte. Die ideell ebenfalls dem Lager der Demokraten angehörende PSD stand außerhalb jener Landtagsfraktion und war daher nicht am Prozess der RN-Gründung beteiligt. Sie bildete vielmehr gemeinsam mit der PSL und den nur im Reichsrat vertretenen Sozialdemokraten die innerpolnische Opposition gegen die neu konstituierte Wahlorganisation.

„Opposition" bedeutete also zum einen, dass die jeweiligen Parteien mit ihren Exponenten an den geschaffenen Gremien des RN nicht teilnahmen, zum anderen aber auch, dass sie der Öffentlichkeit eine alternative Interpretation jener Neuschöpfung lieferten. Schwärmten die Gründer des Nationalrats von dessen national-solidarischem Geist, so sahen die Oppositionellen und ihre Meinungsorgane in ihm lediglich eine umetikettierte Fortsetzung der alten konservativ beherrschten Wahlorganisation, deren Kennzeichen gerade nicht die Förderung, sondern die Hintertreibung der nationalen Solidarität im Dienste einer hegemonialen, anmaßenden Partei gewesen sei. Mittels wortspielerischer Abwandlungen des Namens der neuen Organisation prägte man diese divergierende Sichtweise der Öffentlichkeit ein: *Zdrada Narodowa* (Nationaler Verrat) und *Parada Narodowa* (Nationale Parade). In einem erweiterten Kontext sah man die Neugründung als ein letztes Aufbäumen einer alten Herrschaftselite in ihrem verzweifelten, letztlich hoffnungslosen Kampf ums eigene Überleben. Dabei hätte nur ein leicht durchschaubarer Fassadenwechsel stattgefunden, indem die alte konservativ-gutsherrliche Clique nun durch eine neue konservativ-klerikale ersetzt worden sei. Gleichzeitig habe die Beteiligung der Rechts- und Nationaldemokraten eine Spaltung des demokratischen Lagers zum Ziel.

Zur Stützung ihrer These der Kontinuität von CKW zu RN wiesen die Kritiker darauf hin, dass das letztlich entscheidende Wesensmerkmal des alten Komitees von der neuen Organisation übernommen worden sei: seine Konstituierung durch den Landtag. Dieser Bestellungsmodus aber bedeutete nichts anderes, als dass das Prinzip der Perpetuierung politischer Macht beibehalten wurde, und dies ausgerechnet – aber keineswegs zufällig – zu einem Zeitpunkt, als das Zentralparlament seinen bisher größten Schritt in Richtung Demokratisierung unternommen habe. Letztlich würde ein auf ständischen Prinzipien aufbauendes Kurienparlament (der Landtag) mit einer undemokratisch legitimierten Mehrheit mit Hilfe der von ihm bestellten Wahlorganisation über die Zusammensetzung eines Volksparlaments (den Reichsrat) bestimmen. Im Verständnis der Opposition kehrte sich nun also die oben erwähnte, nationalpatriotisch bestimmte Deutung des Verhältnisses von Landtag und Zentralparlament um: Nicht mehr der *Sejm* in seiner postulierten Qualität als

„Nationalparlament“ war höher legitimiert, sondern der durch das Volk gewählte Reichsrat bzw. die Gruppe der dort vertretenen polnischen Abgeordneten. Strebe man ein solidarisches Vorgehen bei den Wahlen an, so seien die einzigen zeitgemäßen Akteure einer wechselseitigen Verständigung die organisierten politischen Parteien und nicht irgendwelche fragwürdigen Fraktionsgruppen ohne solide Wählerbasis. Auf die Parteien und nicht auf jenes künstlich geschaffene Organ habe sich unter den Bedingungen des demokratischen Wahlrechts die Politik der Zukunft zu stützen.[134])

Die Kontinuitätsthese lässt sich tatsächlich sachlich stützen, wenn man das neue mit dem alten Reglement vergleicht. Auch der RN definierte als sein Hauptziel bei den Wahlen die Erringung einer möglichst großen Zahl von Abgeordneten, welche zum nationalen Lager gehörten, unabhängig von ihrer politischen Anschauungen. Im weiteren zeigten Bestimmungen zur internen Organisation den Modellcharakter des CKW. Bereits erwähnt wurde das dreistufige Konstituierungsverfahren über *Sejm*, Delegiertenversammlung und Mitgliederkooptation. Beibehalten wurde auch das eingeübte Schema der Organisation auf lokaler Ebene, welches sich ebenfalls in drei Schritten zu vollziehen hatte: zunächst, als primäre Kontaktstelle die Aktivierung der Vertrauensmänner, die nun allerdings insofern politisch definiert wurden, als sie einer der Parteien, welche den RN bildeten, nahe stehen sollten; zweitens die von jenen Vertrauensmännern einberufenen Wählerversammlungen und drittens das wiederum von diesen Versammlungen gewählte Bezirks- bzw. Ortswahlkomitee, welches einerseits den Vertreter zur Delegiertenversammlung zu wählen hatte und andererseits unter Verständigung mit anderen im selben Wahlkreis befindlichen Komitees den Kandidaten bestimmen sollte. Sowohl die RN-Zentrale als auch die lokalen Komitees sollten einen Exekutivausschuss schaffen, der dauerhaft während der gesamten Landtagssession bis zur Wahl eines neuen Organs zu agieren habe.[135])

Weiter präzisiert wurde jene bereits 1900 eingeführte Differenzierung der Kompetenzen hinsichtlich der Landtags- und Reichsratswahlen. Prinzipiell durfte die Zentrale über ihr Vorschlagsrecht hinaus nur dann in den Entscheidungsprozess auf örtlicher Ebene eingreifen, wenn hier keine Einigung zustande kam. Im Falle der Landtagswahlen war dieses Interventionsrecht aber auf jene Wahlkreise beschränkt, in denen die Wahl eines „antinationalen Kandidaten“ drohte. Bei den Reichsratswahlen galt es auch für die national „nichtgefährdeten“ Wahlkreise, allerdings unter der Einschränkung, dass eine 2/3-Mehrheit hinter der jeweiligen Entscheidung stünde. Der Tatbestand des „Antinationalen“ bei den Reichsratswahlen wurde definiert durch ein nicht vorhandenes Bekenntnis zur Solidarität des Polenklubs. Damit waren auch polnische Parteien betroffen und der Aktionsradius auf Westgalizien und die ostgalizischen Städte ausgeweitet. In den Instruktionen an die Bezirkswahlkomitees befindet sich sogar die Vorschrift, dass vom Kandidaten eine Erklärung eingeholt werden müsse, in der er sich zum Beitritt und Verbleib im Polenklub verpflichtete. Den Bezirkskomitees war es schließlich überlassen, auf der Ebene der Ortschaften eigene Strukturen aufzubauen. Die Aufgabe der Kontaktpersonen in den einzelnen Ortschaften war es demnach, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl vor Ort zu überwachen, eventuell unterstützt durch Agitatoren, welche zuvor einen entsprechenden Kurs

---

[134]) Kurjer Lwowski 27. 12. 1906 (353), S. 1; Nowa Reforma 27. 12. 1906 (294), S. 1.

[135]) Siehe auch die Instruktion an die Vertrauensmänner in: CDIAL, Fond 524, Opis 1. Spr. 3, 1–9 sowie LNB Fond 59, Teka 399, 113–114.

in Lemberg absolviert hatten.[136]) Reichte also der politische Auftrag an den RN bis hinunter zur Wählerbasis, so warf dies erneut die Frage auf nach dem Verhältnis zu den eventuell bereits örtlich verankerten Parteien. Diesen wurde nämlich ausdrücklich das Recht zugestanden, unabhängig vom RN eigene Wahlversammlungen abzuhalten, und im Weiteren sogar die Pflicht auferlegt, die einmal bestätigten Kandidaturen mit Hilfe der eigenen organisatorischen Kräfte zu fördern. Wie sich jenes Verhältnis zwischen der überparteilichen Wahlorganisation und den als selbständige Akteure anerkannten Parteien tatsächlich gestalten würde, konnte nur die Praxis zeigen.

b) Der Wahlkampf

Die Konstituierung des RN lancierte den Wahlkampf des Jahres 1907. Zum ersten Präsidenten wurde gleich im Dezember 1906 eine bisher im Kreise der polnischen Elite eher weniger bekannte Persönlichkeit gewählt, welche nun allerdings rasch zu einer der bestimmenden Figuren der galizischen Politik heranwachsen sollte: Tadeusz Cieński.[137]) Nominell Vertreter der Fraktionslosen des *Sejm* im RN-Gremium, stand er als ostgalizischer Gutsbesitzer zweifellos den Konservativen nahe. Seine Wahl zum Vorsitzenden war wohl eine Kompensation an das konservative Lager für dessen Verzicht auf die angestammte Führungsrolle in der zentralen Wahlorganisation. Im Übrigen fanden sich unter den Mitgliedern des RN alle parlamentarischen Führer der drei Parteirichtungen. Zu den stellvertretenden Mitgliedern gehörte unter anderen Stojałowski, der sich damit nach dem Eintritt seiner Gruppe in den Polenklub (1901) und seiner persönlichen Wende vom Volkstribun zum klerikalen Nationalisten endgültig dem Establishment angeschlossen hatte.[138]) Der Gründung und Konstituierung des RN folgten gleich zu Beginn des folgenden Jahres eine Reihe von Verlautbarungen, in denen Positionen der diversen politischen Kräfte gegenüber der neuen Organisation abgesteckt wurden. Die Ausschussorgane der Nationaldemokraten und des „Volkszentrums“ hießen die von ihren parlamentarischen Exponenten beschlossene Mitarbeit im Rahmen des RN gut. Den Konservativen fehlte noch ein verantwortliches „Partei“-Gremium, welches dies in entsprechender Weise hätte tun können.

In einer schwierigen Lage befanden sich die Jüdisch-Polen, jene Gruppe also, die stets für eine enge politische Kooperation mit den polnischen Eliten und ihren hegemonialen

---

[136]) Zwei solche Musterinstruktionen finden sich in CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 3, 11 und 13. Die Ankündigung von Agitationskursen in Lemberg ebd., Spr. 13, 91. Ob diese tatsächlich durchgeführt wurden, lässt sich nicht definitiv feststellen, denn es gab Widerstand gegen sie von Seiten der PCL: Ebd., Spr. 42, 113. Viele Belege gibt es hingegen dafür, dass auf Verlangen der Bezirkswahlkomitees Studenten als Agitatoren in die „bedrohten“ Wahlkreise geschickt wurden. Ein Bericht eines solchen Studenten über die im Einsatz befindlichen akademischen Trupps findet sich ebd., Spr. 49, 57. Teilweise wurden diese mit Revolvern ausgerüstet: LNB, Fond 9 (O/N), Nr. 1330, 413 a.

[137]) Zu diesem siehe die Biographie von Adam Wątor, Ziemianin-polityk Tadeusz Cieński 1856–1925. Z dziejów konzerwatyzmu wschodniogalicyjskiego [Der Gutsbesitzer und Politiker T. C. 1856–1925. Aus der Geschichte des ostgalizischen Konservatismus], Szczecin 1997.

[138]) Siehe die Mitgliederliste in Czas 29. 12. 1906 (297), S. 1. Anfang März legte Stojałowski wohl im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten seiner Partei mit dem PCL und dem RN dieses Mandat nieder. Siehe das Rücktrittschreiben in CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 13, 63.

Institutionen eingetreten war. Bisher inoffiziell über die ostgalizischen Städtemandate, die Kultusgemeinden und die Handelskammern in das CKW integriert, drohten sie nun bei einer Schaffung des neuen zentralen Wahlkomitees auf Grundlage einer fest gefügten Parteienproportionalität ins Abseits zu geraten. Zudem erschien es angesichts der jüdisch-sozialdemokratischen (1905) und zionistischen (1906) Parteigründungen essentiell, in der jüdischen Bevölkerung die Idee der polnisch–jüdischen Interessensgemeinschaft neu zu verankern. Vor diesem Hintergrund kam es auf Initiative der jüdischen Parlamentsabgeordneten erstmals zu einer eigentlichen politischen Versammlung jener Richtung. Die im Lemberger Rathaus durchgeführte Veranstaltung gipfelte in der Proklamation einer „Jüdischen Landesorganisation" (*Krajowa Organizacya Zydowska*, KOŻ), die sich – wie alle ihre Vorbilder in Galizien – aus einem Zentralkomitee und einzelnen Ortskomitees zusammensetzen sollte. In den folgenden Wochen kam es zu einer heftigen, nicht zuletzt innerjüdisch geführten Polemik um das „Wesen" dieser Organisation. Die Kritiker von zionistischer und linker Seite sprachen von einer Filiale des RN, während die Vertreter der KOŻ und dessen Meinungsorgan *Jedność* (Einheit) ihre vollständige Unabhängigkeit betonten. Es konnte freilich kein Zweifel über ein gewisses Nahverhältnis zur polnischen Wahlorganisation bestehen. Die Hauptfigur unter den Initiatoren der KOŻ, Natan Loewenstein, Sohn des Lemberger „Fortschrittlichen"-Rabbiners und erfolgreicher Advokat und Landtagsabgeordneter, saß selbst unter den Gründungsmitgliedern des RN. Prinzipiell vertrat die KOŻ die Leitidee des RN gegenüber der jüdischen Wählerschaft: die Wahrung der polnischen Solidarität gegen „antinationale" Kräfte bei Wahlen und im Rahmen des Abgeordnetenhauses.

Obwohl also eine personell und ideell begründete Nähe zwischen KOŻ und RN bestand, war diese an keiner Stelle institutionell verankert. Die Folgen dieser lediglich inoffiziellen Teilnahme der Jüdisch-Polen an der polnischen zentralen Wahlorganisation wurden mit aller Deutlichkeit sichtbar bei der angesprochenen Delegiertenversammlung des RN von Anfang März 1907. Als man feststellte, dass sich unter den vorgeschlagenen Vertretern der Delegiertenversammlung kein einziger Jude befände, gab es keinen abgesicherten Weg, diesen Missstand zu korrigieren. Erst der freiwillige Rücktritt eines der Hinzugewählten aus dem Lager der Konservativen ermöglichte den Einzug des Bürgermeisters von Stanislau, Arthur Nimhin, in das Gremium. Da dieser wie Loewenstein zu den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern der KOŻ gehörte, fanden sich diejenigen bestärkt, welche vom Filialcharakter der jüdischen Wahlorganisation sprachen.[139])

Andererseits ließen jedoch der Aufbau von Ortskomitees in ostgalizischen Kleinstädten und auch in Lemberg die KOŻ als eigenständige Organisation erscheinen. Auch wenn die von ihr durchgeführten Versammlungen stets unter dem Motto der polnischen Solidarität standen, stellte doch das Faktum der Konstituierung selbständiger politischer Organisationen in den Augen mancher polnisch-national gesinnter Kommentatoren einen gefährlichen Präzedenzfall dar. Zumindest in einem – in Kürze zu erwähnenden – Wahlkreis führte dies tatsächlich zu einer oppositionellen Konstellation zwischen RN und KOŻ. Es war kein Zufall, dass die Kritik an einem jüdisch-polnischen Sonderverhalten insbesondere

---

[139]) Beschreibung dieses für den RN peinlichen Ereignisses etwa in Czas 5. 3. 1907 (53), S. 1 und 7. 3. 1907 (55), S. 1 sowie, als „Skandal" tituliert, im jüdisch-nationalen Wschód 8. 3. 1907 (11), S. 1.

von Seiten der polnischen Nationaldemokraten kam. Gerade die SDN betrachtete die ostgalizischen Städte als ihr eigenes politisches Revier, das sie unter Verwendung der örtlichen Strukturen und der moralischen Autorität des RN zu bearbeiten versuchte. Eine separate jüdische Organisationsbildung konnte da nur ein Hindernis darstellen. Hinzu kamen die Meinungsverschiedenheiten auf ideologisch-weltanschaulicher Ebene, standen doch jüdischer liberal-humanitärer Nationalpatriotismus gegen nationaldemokratischen exklusivchauvinistischen Nationalismus.[140])

Der RN wandte sich mit zwei Proklamationen an seine Wählerschaft. Im ersten Aufruf von Mitte Januar wurde als Hauptgedanke die Notwendigkeit eines kraftvollen, solidarischen Handelns des Polenklubs formuliert. Zwei Gegner sollten dabei im Auge behalten werden: zum einen die gestärkten „radikalen, sozialistischen und antireligiösen" Parteien im eigenen nationalen Lager, zum anderen aber auch die Regierung, welche die Wahl unerfahrener und ungeschickter Parlamentarier für ihre angeblich wiedererwachten Zentralisierungsbestrebungen zu nutzen versuche. Aus diesem letzten Punkt sprach eine gewisse Entfremdung der polnischen politischen Elite von den Machtträgern in Wien, die seit der Aufdrängung der demokratischen Wahlreform und dem Aufstieg der Nationaldemokraten Platz gegriffen hatte. Der zweite Hauptpunkt des Aufrufs vom Januar 1907 ließ das erweiterte Selbstverständnis der neuen Organisation deutlich werden. Der RN habe sich dem epidemieartigen Verkauf von Großgrundbesitz zu widmen. Dieser Vorgang bedrohe die gesellschaftliche Ordnung ebenso wie den nationalen Grundbestand. Mit der Zerstückelung von Land werde das Vaterland zerrissen und das Würde- und Pflichtgefühl, welches mit dem Landbesitz verbunden sei, herabgesetzt. Aus dieser Formulierung sprach der konservative Geist und das gesellschaftliche Milieu des Verfassers und unterzeichnenden Präsidenten Cieński.

Der zweite Aufruf, datiert vom 7. April, war sodann von dem inzwischen offiziell durch die Delegiertenversammlung komplettierten RN verantwortet. Mit größter Eindringlichkeit wurden darin die Bedeutung der anstehenden Wahlen und das Gebot der Solidarität des Polenklubs in Erinnerung gerufen und dabei der Blick sowohl in die politisch-geographische Weite als auch in die historische Tiefe gewendet. Der Blick in die Weite führte zum angeblich vorbildhaft solidarischen Verhalten der Polen bei den Wahlen in Preußen und nun auch – dies ein neues Element – im russischen Teilungsgebiet. Die historische Dimension kontrastierte die Epoche der Unterdrückung vor 1861 mit der folgenden Zeit der umfassenden Wiedergeburt durch nationale Eigenverantwortlichkeit, deren Errungenschaften nun „in der schwierigsten nationalen Situation seit 40 Jahren" in Frage gestellt würden. Zusammenstehen müssten nun alle, die treu geblieben seien gegenüber Gott, Vaterland und wahrhaftiger Freiheit und die sich als Erben der tausendjährigen Vergangenheit fühlten, als Nachfahren derjenigen, die als Verteidiger des Christentums im Dienste des Vaterlands gekämpft hätten. Alles in allem war dieser zweite RN-Aufruf von 1907 auf einem durchaus klassisch strukturierten Narrativ aufgebaut, überhöht durch alle Merkmale einer religiös-moralischen

---

[140]) Siehe die Auseinandersetzung zwischen *Jedność* und *Słowo Polskie*, ausgelöst durch einen Artikel im letzteren Organ vom 3. 4. 1907 (154), S. 1 f., in dem mit Hinweis auf die KOŻ auf jene „beunruhigenden" Absonderungstendenzen unter den Jüdisch-Polen Bezug genommen wurde. *Jedność* (12. 4. 1907 (6), S. 1 ff.) gründete seine Replik auf dem Argument, dass eine Eigenständigkeit der jüdischen Interessen faktisch gegeben sei, nicht zuletzt induziert durch die Landespolitik der vergangenen Jahre. Zur ideologischen Charakterisierung ebd. 29. 3. 1907 (4), S. 1.

Sinnstiftung, gleichzeitig aber lanciert in einem historischen Moment, als Staat und Gesellschaft auf neue, „moderne“ Grundlagen gestellt werden sollten.[141])

Die keineswegs neue Beschwörung von Bedrohung und Solidaritätsbedarf konnte auch als ein Zeichen interner Probleme gelesen werden, mit welchen der RN seit seiner Gründung zu kämpfen hatte. Tangiert war genau jenes angesprochene Verhältnis zwischen dem zugestandenen agitatorischen Freiraum der Parteien und deren Unterordnung unter das gemeinsame Dach der überparteilichen Wahlorganisation.[142]) Der Streit begann schon damit, dass die Vertreter der Nationaldemokraten das Recht des PCL auf eine gleichgewichtete Vertretung in den Organen in Frage stellten, setzte sich fort im Gerangel um jene Ergänzungswahl durch die Delegiertenversammlung[143]) und erlebte seinen Höhepunkt in den verschiedenen Konflikten um die Kandidatenkür in den einzelnen Wahlbezirken.

Wie schwierig es war, Parteienkonsens und überhaupt das Prinzip der politischen Partei auf Bezirksebene durchzusetzen, zeigte der westgalizische Landwahlbezirk 41 (Bochnia–Niepołomice). Bochnia selbst wählte im Rahmen eines Städtewahlkreises (Nr. 19), fungierte aber gleichzeitig auch als lokales Organisationszentrum für den Wahlkampf des genannten Landwahlbezirks. So bot die Kleinstadt mit einer Bevölkerung von 10.000 ein sehr lebendiges Bild in diesen Monaten, wechselten sich doch in dichter Folge Versammlungen von Volksparteilern, „konzentrierten“ Demokraten (es bestand ein lokaler „Demokratischer Verein“), Sozialdemokraten, Klerikalen und Nationaldemokraten ab. Ende Februar riefen die durch den RN bestellten Vertrauensmänner eine Versammlung von annähernd 1000 Wählern zusammen, welche ein 90 Personen umfassendes Wahlkomitee zu bestimmen hatte. Der Vorschlag, dieses Komitee gemäß den „Instruktionen“ gleichmäßig auf die drei „föderalisierten“ (wie man zu sagen pflegte) Parteien aufzuteilen, stieß in der Versammlung auf Widerspruch. Die Bauern, welche etwa 40 % der Anwesenden stellten, forderten eine ihrem Bevölkerungsgewicht entsprechende Vertretung, und der Vertrauensmann der Nationaldemokraten erklärte gar, dass seine Partei auf eigene Faust agieren werde, da der Wahlkreis nicht zu den national bedrohten zähle. Schließlich stockte man die Zentrumsliste auf 60 Personen auf und definierte eine zweite 30-Personen-Liste als „Intelligenzliste“, der allerdings wiederum ein Drittel Landwirte angehörten. Unter Verwendung eines entsprechenden Berufsschlüssels verfuhr man mit der Wahl des engeren Komitees. Die lokale Perspektive hatte also das auf Parteiproportionalität begründete Konzept der Zentrale zur Gänze über den Haufen geworfen und das traditionelle Denken in Berufsständen zum Maßstab genommen. Immerhin konnten die Kandidaten, welche schließlich für den RN ins Rennen gingen, den beiden verbleibenden Richtungen zugewiesen werden: Antoni Górski, Rechtsprofessor in Krakau und einer der führenden Köpfe der Krakauer Neokonservativen, sowie Stanisław Stojałowski, der für das Zentrum kandidierte. Die SDN ging tatsächlich eigene Wege.[144])

---

[141]) Gazeta Narodowa 10. 4. 1907 (82), S. 1.

[142]) Vergleiche die diversen Klagen über „Mangel an Disziplin“ (*brak karności*) in Gazeta Narodowa 23. 3. 1907 (69), S. 1 und 8. 5. 1907 (105), S. 1.

[143]) So gab es einen Streit zwischen SDN und PCL um die Anzahl der Lemberger Delegierten. Siehe CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 13, 20.

[144]) Siehe den Bericht in Czas 4. 3. 1907 (52), S. 2 und vergleichend dazu denjenigen in Nowa Reforma 2. 3. 1907 (102), S. 1. Bestätigung der Kandidaturen in Czas 20. 4. 1907 (91), Beilage.

Die westgalizischen Landwahlbezirke boten insofern für die Akteure eine besondere taktische Herausforderung, als ja auch hier pro Wahlkreis zwei Mandate verteilt wurden. In Ostgalizien konnte man sinnvollerweise von Mehrheits- und Minderheitsmandaten sprechen, indem man diese jeweils auf die im Wahlkreis befindliche nationale Mehrheit bzw. Minderheit bezog. Welchen Sinn machte das aber in Westgalizien? Wollte man hier mit denselben Kategorien argumentieren, so konnte man dies nur in Bezug auf die lokale politische Gewichtsverteilung innerhalb des polnischen Parteienspektrums tun. Nur fehlte hierzu selbstverständlich eine der Nationalitätenverteilung vergleichbare statistische Grundlage. Ansprüche basierten folglich auf ungesicherten Erfahrungswerten und dem momentanen Vermögen, Wählerpotenzial zu mobilisieren. Der RN konnte sich ja durchaus in der Position fühlen, beide Sitze in den Landwahlbezirken Westgaliziens zu beanspruchen. War jedoch die Opposition stark, riskierte man mit der Aufstellung zweier Kandidaten, dass diese sich gegenseitig konkurrenzierten und man am Ende nicht einmal die 50 %-Marke erreichte. So fand im Wahlkreis 42 (Radłów–Tarnów) eine PCL-SDN Doppelkandidatur die Zustimmung der Wahlkreisdelegierten nur unter der Bedingung, dass der an zweiter Stelle gesetzte Kandidat, der SDN-Mann, sich auch einem Minderheitskandidaten entsprechend verhielte. Das bedeutete, nur in bestimmten Gerichtsbezirken aufzutreten und jeweils vor den Wählern die Erklärung abzugeben, er agitiere nicht gegen den PCL-Kandidaten.[145]) Diese Rangierung PCL vor SDN (oder allenfalls einem Konservativen) war das Übliche, denn die Klerikalen hatten noch immer einen Vorsprung in der Mobilisierung der bäuerlichen Wählerschaft im Namen von Kirche und Vaterland gegen die „gottlose, antinationale“ PSL.

Für den RN konnte die Vormachtstellung dort zum Problem werden, wo das PCL einen Alleingang mit der Hoffnung auf beide Mandate anstrebte. Ein Beispiel bietet der Wahlbezirk Jaworzno–Chrzanów (35). Hier wurde zwar zunächst ordnungsgemäß im Rahmen des RN eine Wahlkomitee-Liste vorbereitet, welche die drei Parteirichtungen gleichermaßen berücksichtigte. An der entscheidenden Wählerversammlung trat jedoch ein PCL-Mann mit einer alternativen, in der Druckerei von *Głos Narodu* produzierten Liste auf, welche seine Gruppe eindeutig bevorzugte. Die nun folgenden Turbulenzen nahm die Krakauer PCL-Leitung zum Anlass, ihren lokalen Vertretern die weitere Teilnahme am örtlichen Komitee faktisch zu verbieten. Das Bezirkskomitee setzte darauf einen lokalen Honoratioren sowie einen der SDN verpflichteten Gerichtsrat bei der RN-Zentrale durch, während das PCL zwei eigene Kandidaturen propagierte.[146]) Im Wahlkreis Wadowice–Kalwarya (Nr. 37) gerieten die Wahlkomitees ebenfalls gänzlich unter das Kommando des PCL. Allerdings konnte sich die PCL-Leitung in Krakau mit ihrem Doppelvorschlag auf der Ebene der Wahlkomitees nicht durchsetzen. Das Bezirkskomitee von Wadowice räumte einem parteiungebundenen Funktionsträger (Bezirkshauptmann) die besse-

---

Dazu die Protokolle in CDIAL, Fond 532, Opis 1, Spr. 23. In der engeren Wahl agitierte der nationaldemokratische Kandidat, ein lokaler Priester, von der Kanzel aus sogar für den Bewerber der PSL gegen den RN-Kandidaten. Siehe ebd., 35.

[145]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 23, 8 und 10.

[146]) Siehe CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 17, insbes. 4 und 7.

ren Chancen ein, worauf dieser die Bestätigung des RN, nicht aber die Zustimmung des (in den RN ja theoretisch eingebundenen!) PCL fand.[147])

Wenn die Zuverlässigkeit des PCL im Rahmen des RN zu wünschen übrig ließ, so hing dies auch damit zusammen, dass das „Volkszentrum" selbst kein homogenes Gebilde war, sondern ein Konglomerat von Einzelorganisationen und den ihnen zugeordneten Zeitungsorganen. Zusammengehalten wurden SChL, SKN (katholische Handwerker- und Arbeitervereine) und ZSCh lediglich durch ein diffuses Bekenntnis zur katholischen Volksbewegung und durch die gemeinsame Rolle im RN. Erst die Wahlen von 1907 hatten überhaupt übergeordnete „Partei"-Strukturen mit einem handlungsbeauftragten Exekutivausschuss geschaffen. Die geringe Integrationskraft des PCL zeigte sich etwa im Stammbezirk des ZSCh, in Neusandez (Nr. 48). Die Rivalität der beiden Brüder Potoczek hatte bisher dadurch gemildert werden können, dass beide jeweils in verschiedenen Wahlkurien angetreten waren. Diese Möglichkeit war nun ausgeschlossen, und so kam es zu einer direkten Konfrontation. Es bestand zwar auch hier – dank der Doppelmandate – theoretisch Platz für beide, jedoch gab es zwei weitere Kandidaten, darunter einen dritten PCL-Mann. Trotz Drohgebärden von Stanisław Potoczek gegen RN und PCL beschloss das Wahlkomitee von Neusandez, alle vier Kandidaten zu nominieren und die Entscheidung dem RN zu überlassen. Bezeichnend waren die diffusen Unterstützungserklärungen, die nun folgten: Das offizielle Organ des ZSCh, *Związek Chłopski*, unterstützte nur den radikaleren Stanisław (selbst Chefredakteur dieses Blatts), das PCL erklärte sich zunächst für Jan und dann nach einigem Zögern doch auch für Stanisław. Der RN bestätigte schließlich (wie schon das CKW vor ihm) nur den klerikal-konservativeren Jan, nachdem er in vertraulichen Briefen des Vorstehers des Bezirkswahlkomitees über die Agitation des älteren gegen seinen Bruder und die Kirche unterrichtet worden war.[148])

In Westgalizien ließ sich ein politischer Alleingang stets mit dem Hinweis rechtfertigen, dass der Tatbestand der nationalen Bedrohung nicht erfüllt sei. Gleiches galt nicht in Ostgalizien, wo es nach geläufiger Auffassung tatsächlich um die Bewahrung des „nationalen Besitzstands" ging. Im Zentrum standen jene gemischt definierten Landwahlkreise, in denen die Polen mit einem Minderheitsmandat rechnen durften. Jede innerpolnische Stimmenzersplitterung hätte infolge der geringen Marge zwischen dem jeweiligen Anteil der polnischen Nationalität und den erforderlichen 25 % die Gewinnung des Minderheitsmandats in Frage gestellt. Man forderte Disziplin, insbesondere auch von den einzelnen Bezirkswahlkomitees, die angehalten waren, sich auf einen Kandidaten zu einigen. Wenn die Disziplin zumindest unter den im RN aktiven Parteien weitgehend gewahrt werden konnte, so lag dies auch daran, dass hier, in den ostgalizischen Landwahlbezirken, die Gruppe der polnischen Klerikalen ohne Bedeutung war, das Spannungspotenzial PCL/SDN also nicht zum Tragen kam.

Es gab allerdings einige negative Ausnahmen. Wahlkreis 60 (Buczacz etc.) stellte den einzigen Fall in Ostgalizien dar, wo ein römisch-katholischer Priester kandidierte, und prompt gab es Probleme aufgrund der sozialen Zuordnung. Zum einen stellten sich zwei

---

[147]) Ebd. Spr. 19, insbes. 1.

[148]) Vgl den Bericht zur Delegiertenversammlung des PCL in Głos Narodu 7. 4. 1907 (153), S. 1, ergänzend Gazeta Narodowa 11. 4. 1907 (159), S. 2, sowie CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 30, 32 und 34.

Bauern ein und zum anderen ein in Wien tätiger Beamter, der ebenfalls seine Herkunft aus dem lokalen bäuerlichen Milieu herausstrich und dabei gleichzeitig auf seine besonderen beruflichen und sprachlichen Qualifikationen hinwies.[149]) Die zweite Quelle der Opposition kam von der jüdischen Wählerschaft, die sich gegen einen katholischen Priester wehrte, dem zudem antisemitische Tendenzen nachgesagt wurden.[150]) Dieses jüdische Milieu war auch eine der Unsicherheitsfaktoren im Wahlkreis 69 (Trembowla etc.). Hier formierte sich gegen den mit zweifelhaften Methoden durch das Bezirkswahlkomitee geboxten SDN-Kandidaten Widerstand von Seiten des lokalen Zweigs der KOŻ wie auch anderer jüdischer Organisationen. Sie setzten sich für den Bezirksmarschall Jerzy Graf Boworowski ein, für welchen außerdem der Starost (Bezirksobmann) und der Bürgermeister von Trembowla agitierten. So kam es zu einem Seilziehen zwischen Bezirkswahlkomitee, Nationalrat (RN) und Nationaldemokratischer Partei einerseits und der gesammelten Macht der lokalen Amtsträger und der Juden andererseits.[151]) Ähnliches zeichnete sich im Wahlkreis 70 (Skałat etc.) ab, wo die jüdische Wählerschaft einen eigenen Kandidaten als Stellvertreter forderte, ansonsten sie die Wahl des RN-Kandidaten (hier eines Konservativen) boykottieren würde.[152])

Befand sich der RN in diesen gemischten Wahlkreisen in der Defensive, da er das Minderheitsmandat verteidigen musste, so konnte er seine Rolle in den „rein ruthenischen" Wahlkreisen als eine offensive betrachten. Tatsächlich beteiligte sich die polnische Wahlorganisation in acht jener zwanzig Wahlkreise, wo ihr ein Minderheitenstatus verwehrt worden war, ebenfalls am Kandidatenrennen. Die Wahlplaner des RN rechtfertigten diesen Verstoß gegen die offizielle „Abmachung" des Wahlgesetzes mit dem Hinweis, auch die Ruthenen hätten in rein polnischen Wahlkreisen (namentlich in den Städten sowie in Südwestgalizien) eigene Kandidaten aufgestellt.[153])

Abgesehen von diesen internen Problemen hatte sich der RN mit denjenigen polnischen Gruppierungen auseinanderzusetzen, welche außerhalb der eigenen Organisation standen und daher auch die Freiheit hatten, die bedingungslose Solidarität des Polenklubs in Frage zu stellen. Die „Konzentrierten Demokraten" bekräftigten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem RN und dessen Verständnis von Klubsolidarität in einer Versammlung des Krakauer „Demokratischen Vereins" im Januar 1907. Gleichzeitig riefen sie die Bezirks- und Stadtrepräsentanten dazu auf, die Wahl eines Delegierten zur RN-Versammlung zu boykottieren und selbständige Wahlkomitees zu gründen. Dieser Weg der wahlpolitischen Selbständigkeitserklärung wurde fortgesetzt in der großen Vertrauensmännerversammlung vom Februar 1907, bei der unter Wiederaufnahme des Etiketts „Polnische Demokratische Partei" (PSD) sowohl eine Parteiorganisation entworfen als auch ein revidier-

---

[149]) Siehe die Wahlaffiche in CDIAL, Fond 524, Spr. 42, 2 unter dem Titel „Brüder Bauern".
[150]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 42, 99.
[151]) Zu diesem Wahlkreis siehe ebd., Spr. 51, insbes. 21, 42, 62 und 71. Hier kandidierte außerdem ein PSL-Mann.
[152]) Ebd. Spr. 52, insbesondere 7, 32 und 33. Hier kam es tatsächlich zu einem Dreikampf um das Stellvertreter-Mandat, denn der Bewerber des RN erklärte von vornhinein, nicht die ganze Legislaturperiode amtieren zu wollen.
[153]) Gazeta Narodowa 12. 5. 1907 (108), S. 1 f.

tes Programm verkündet wurde.[154]) Das traditionell gute Verhältnis zur (P)SL wurde im Hinblick auf die anstehenden Wahlen durch eine formelle Wahlallianz bekräftigt, der man die etwas pompöse Bezeichnung „Polnischer Wahlverband" (*Polski Związek Wyborczy*) verlieh. Viel Substanz hatte man von diesem nicht zu erwarten, war der Wirkungskreis der PSD doch ohnehin auf die Städte beschränkt, während sich die PSL inzwischen fast ganz auf die ländlichen Gebiete zurückgezogen hatte. Demgegenüber ging das im PSD-Organ *Nowa Reforma* verkündete Prinzip, wonach man in Ostgalizien dem solidarischen Auftreten des RN nicht im Wege stehen wolle, von jener Beschränkung der Legitimität des RN auf die ostgalizischen Landwahlbezirke aus. In den ostgalizischen Städten fand sich die PSD nämlich inzwischen wesentlich stärker vertreten als bei den vorangegangenen Wahlen – ein deutliches Signal ihrer Expansion hin zu einer gesamtgalizischen Partei.[155])

Angesichts der neuerlichen Konsolidierung des PSD-PSL-Lagers malten die Konservativen verschiedenster Couleur vornehmlich in taktischer Absicht, aber auch in Erinnerung an vergangene Ereignisse eine erweiterte Wahlkoalition an die Wand, in der auch die Sozialdemokraten Platz finden würden. Sie ignorierten damit das Programm der PSD vom Februar 1907, in dem deutliche Worte der Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie gefunden worden waren, und sie übersahen mehr oder weniger bewusst die veränderte Gesamtlage: Der gesamtösterreichische Vormarsch der Sozialdemokratie, ihr Anspruch auf die politische Zukunft und ihre großen Chancen bei den anstehenden Wahlen begünstigten eher eine Konsolidierung der bürgerlichen Mitte denn einen groß angelegten Pakt der Linken. Tatsächliche steuerte die PSD genau in diese Richtung, also zur Mitte hin, wo sie sich mit dem Krakauer liberal-konservativen Milieu traf.

Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren Geschehnisse im Krakauer Gemeinderat, wo im selben Monat Januar, als die PSD ihre oppositionelle Haltung gegenüber dem RN bekräftigte, der bisher dominierende konservative „Rätekreis" (*Klub Radziecki*) auseinander fiel und sich dessen stärker liberal-demokratisch orientierter Flügel als „Bürgerklub" (*Klub Mieszczański*) konstituierte. Zentrale Figur war der amtierende Bürgermeister Juliusz Leo, ehemals ein Parteigänger der Neokonservativen.[156]) Zielgruppe war vor allem das mittelständische Wirtschaftsbürgertum der Stadt, welches sich im „Bürgerkreis" (*Koło Mieszczańskie*) sammelte. Genau hier gab Leo im März 1907 ein Plädoyer für die Landtagswahlreform ab, und wenig später doppelte sein Weggefährte, der ehemalige Vizebürgermeister Walenty Staniszewski, im Gemeinderat nach.

Angetrieben durch den kommenden Wahlgang und die Notwendigkeit, neue urbane Wählerschichten zu gewinnen, hatte sich damit in Krakau binnen kürzester Zeit aus einer Gruppe Liberal-Konservativer eine neu definierte Gruppe „gemäßigter Demokraten" herausgebildet, deren führende Gestalt der mächtigste Mann in der Stadt, der Bürgermeister, war. Als nächster Schritt folgte das eigentliche Großereignis des Krakauer Reichsratswahl-

---

[154]) Siehe Abschnitt I.

[155]) Der Wortlaut der Wahlallianz, welche vier Punkte umfasste, findet sich unter anderem in Gazeta Narodowa 24. 2. 1907 (46), S. 1. Die PSD-Strategie in Ostgalizien in Nowa Reforma 26. 2. 1907 (92), S. 1.

[156]) Siehe zu dessen Person und zu den Vorgängen, welche zur Spaltung des Rätekreises führten: Celina Bąk-Koczarska, Juliusz Leo – twórca wielkiego Krakowa, Wrocław 1986, insbesondere S. 40–44.

kampfs von 1907, die Wahlallianz zwischen jenem nun von Leo angeführten Bürgerkreis und der PSD. Ein in den letzten Apriltagen von beiden Organisationen abgesegnetes Communiqué umfasste drei Punkte: Bewahrung der jeweiligen programmatischen Eigenständigkeit, Bekenntnis zur Solidarität des Polenklubs und Verständigung auf Kandidaten in vier von fünf Wahlkreisen. Der erste Punkt hielt beide auf Distanz zueinander, der zweite vereinigte sie unter einem gemeinsamen Dach, dessen Konstruktion im Einzelnen (Statutenreform) allerdings wohl auf Betreiben der PSD nicht festgelegt wurde. Der dritte Punkt, der im Hinblick auf die Wahlpraxis wesentlichste von allen, stellte sicher, dass das neu zusammengefügte demokratische Lager Krakaus vereint gegen alle potenziellen Rivalen marschieren könne.[157])

Der demokratische Wahlkompromiss von Krakau stellte zunächst die konservativen Kräfte der Stadt ins Abseits. Weder die traditionell starken Christlichsozial-Klerikalen noch die Krakauer Konservativen fanden angesichts der breiten Akzeptanz der konsolidierten Demokraten die Kraft, mit eigenen Kandidaten ins Rennen zu steigen. Vor allem aber war der Wahlkompromiss gegen die Sozialdemokraten gerichtet, deren Presseorgane entsprechend wutschnaubend über den Verrat der PSD an den Interessen des Volkes herzogen. Die Empörung hatte einen ganz handfesten Grund, der im Punkt drei, der Aufstellung der Kandidaten, zu finden war. Gegen Ignacy Daszyński trat nämlich im Krakauer Wahlbezirk II (*Wesoła*) niemand Geringeres als derjenige an, der nach dem Tod von Tadeusz Romanowicz und Jan Rotter inoffiziell zum Führer der Krakauer Linksdemokraten avanciert war – der Realschuldirektor Ignacy Petelenz. Angesichts der breiten Rückendeckung für den letzteren, die bis zu den Klerikalen reichte[158]), schien der in den früheren Wahlen so bequem erreichte Einzug Daszyńskis ausgerechnet in jenes erste „Volksparlament“ ernsthaft gefährdet.

Neben dem Wahlkreis II umfasste der Wahlkompromiss noch den Kreis I (Stadtzentrum), der Staniszewski zugesprochen wurde, den Kreis III (Kleparz), in dem erneut Zieleniewski antrat, sowie den Kreis IV (Stradom/Nowy Świat), wo wiederum ein PSD-Mann kandidierte (Tadeusz Sikorski). Nur der Wahlkreis V war aus dem Wahlpakt ausgeschlossen worden. Es handelte sich dabei um Kazimierz, das traditionell jüdische Viertel der Stadt, welches nach dem erwähnten internen Abkommen des Polenklubs auch einem jüdischen Abgeordneten zugesprochen worden war. Dass sich hier die beiden Flügel der Demokraten nicht trafen, hatte seinen guten Grund und einen Namen: die „Partei der Unabhängigen Juden“ (PNŻ). Diese traditionell eng mit den Linksdemokraten verbundene jüdisch-progressive Partei schickte ihren Gründer und Vorsitzenden Adolf Gross ins Rennen. Dessen Hauptkonkurrent war der Vizepräsident von Krakau, Józef Sare, gleichzeitig offizieller Kandidat der Kultusgemeinde und der sogenannten „Partei der gemäßigten Juden“, die allerdings unter diesem Namen nur im Kontext der Krakauer Wahlen von 1907 auftrat. Gross wurde unterstützt von den Sozialdemokraten (welche damit also auf einen stark von Arbeitern bevölkerten Wahlkreis verzichteten) und optierte selbst im Wahlkreis II für Daszyński und damit gegen die PSD, aus deren Exekutivgremium er wegen jenes Wahl-

---

[157]) Die Sitzung des Weiteren Wahlkomitees und der Wortlaut des Communiqués in Nowa Reforma 26. 4. 1907 (191), S. 1, der entsprechende Beschluss des Exekutivkomitees des „Bürgerkomitees“ (*Komitet mieszczański*) in Czas 28. 4. 1907 (97), S. 1.

[158]) Głos Narodu 3. 5. 1907 (195), S. 1.

pakts ausgetreten war. Die PSD gab selbst keine Wahlempfehlung für den Wahlkreis Kazimierz ab, sprach sich also weder für noch gegen ihren alten Weggefährten Gross aus, während der Bürgerkreis seine Stimme für den Vizebürgermeister erhob. Als dritter Kandidat bemühte sich noch ein Zionist um das Mandat von Krakau-Kazimierz.

Auch in Lemberg, welches in insgesamt 7 Wahlkreise unterteilt war, kam es zu einer vergleichbaren Wahlkoalition bürgerlicher Kräfte gegen die Sozialdemokraten. Allerdings war die Situation hier wesentlich diffuser, die Kandidatenzahl deutlich höher. So schickte die auf dem katholischen Arbeitervereinswesen beruhende katholisch-nationale Richtung zunächst in jedem der sieben Wahlbezirke einen Kandidaten ins Rennen, bevor sie unmittelbar vor der Wahl deren sechs wieder zurückzog. Es gab ferner in vier Lemberger Wahlkreisen einen linksdemokratischen Kandidaten, der mit oder ohne Unterstützung der PSD gegen die dominierende Kraft der Hauptstadt, die Nationaldemokraten, zu Felde zog. Die Strategen der SDN selbst schwankten lange Zeit, je nach momentaner Einschätzung ihrer eigenen Kräfte, zwischen einer großen Wahlkoalition und einem Alleingang. Schließlich konnte sich das „offizielle" städtische Wahlkomitee, genannt „Bürgerkomitee" (*Komitet Mieszczański*), in letzter Minute doch noch auf eine Kombination von Kandidaturen einigen, die vier Nationaldemokraten (inklusive des Parteiführers Głąbiński), einen Linksdemokraten, einen Rechtsdemokraten (den ehemaligen Bürgermeister Godzimir Małachowski) sowie den Exponenten der Kultusgemeinde und der Jüdischen Landesorganisation, Samuel Horowitz, umfasste. In dieser gegenüber Krakau deutlich weiter rechts stehenden Liste sammelte sich das polnisch-bürgerliche Lemberg.

Einzelne Wahlbezirke in der Landeshauptstadt verdienten besondere Beachtung. So gab es auch hier einen „jüdisch" zugeschriebenen Wahlbezirk, der freilich im Gegensatz zu Krakau-Kazimierz erst mühevoll aus der städtischen soziopolitischen Topographie herausgestanzt worden war. In diesem Wahlkreis Lemberg III kandidierte denn auch der zuletzt genannte Handelskammerpräsident Horowitz. Seine Gegner waren ein Zionist, Markus Braude (Rabbiner in Stanislau), und ein Sozialdemokrat, Herman Diamand von der PPSD, also nicht ein Anhänger der seit 1905 selbständig agierenden jüdischen Sozialdemokraten (ŻPSD). Letztere hatten an ihrem Parteitag im März 1907 beschlossen, mangels realistischer Chancen auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten.[159])

Die Wahlchancen der Sozialdemokraten in Lemberg wurden weiter gefördert durch ein Wahlabkommen mit dem ewigen Rivalen Ernest Breiter, der sich auf den sozial eher gehobenen, vom Stadtzentrum nach Westen erstreckenden Wahlkreis Lemberg II konzentrierte. Auch PPSD und USDP schienen erneut an einem Strang zu ziehen. Dies war zumindest der Eindruck, der in der Öffentlichkeit entstand. Tatsächlich fand jedoch hinter den Kulissen ein Ringen zwischen der Krakauer Parteileitung und dem Lemberger Flügel um den im nördlichen Stadtgebiet gelegenen Arbeiter-Wahlkreis (Lemberg VII) statt. Rückblickend auf die Niederlage der PPSD bei den vergangenen Wahlen, unterstützen die Lemberger Sozialdemokraten und insbesondere Diamand den Wunsch der USDP nach einem Ruthenen, Mykola Hankevyč. Sie mussten sich aber letzten Endes Krakau, der Parteileitung und namentlich Daszyński beugen, der auf den „polnischen Charakter" der Hauptstadt pochte und damit seinen Beitrag zum anschwellenden Diskurs um die „natio-

[159]) Über den Parteitagsbeschluss der ŻPSD vom März 1907 siehe Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 165.

nale Bedrohung“ der Landeshauptstadt leistete. Offizieller Kandidat wurde also erneut der Verlierer von 1901, Józef Hudec.[160])

Neben Krakau und Lemberg, die also zusammen 12 Wahlkreise beanspruchten, hatte das Wahlgesetz noch 22 weitere Stadtwahlkreise vorgesehen und dabei mit Rücksicht auf politische Ziele Städte zusammengewürfelt, die bisher nichts gemeinsam gehabt hatten und auch auf keinerlei wechselseitige Wahlverträge zurückblicken konnten. Wie erinnerlich, hatte sich das alte CKW aus den Städtewahlkreisen zunehmend zurückgezogen und die Entscheidungen hinsichtlich der Kandidatenkür den auf Eigenständigkeit pochenden städtischen Komitees überlassen. Das änderte sich nun, forcierte doch der RN in 16 jener 22 Wahlkreise einen eigenen, offiziell empfohlenen Kandidaten. Die „nationale Bedrohung“ trug hier den Namen Sozialdemokraten und Zionisten. Erstere proklamierten in 15 provinzstädtischen Wahlkreisen einen eigenen Kandidaten (darunter in zwei Wahlkreisen einen Exponenten der USDP), letztere in 11. Zweifellos stellte die jüdischnationale (zionistische) Partei das augenfälligste neue Element bei den Wahlen von 1907 dar. Wie in Abschnitt I erläutert, hatte der galizische Kern dieser politischen Bewegung im Jahre 1906 einen Sonderweg eingeschlagen und entgegen der Tendenz in der zionistischen Weltbewegung eine auf Landespolitik konzentrierte jüdische Nationalpartei gegründet. Diese schuf ein eigenes Zentralwahlkomitee, welches in den einzelnen Städten insbesondere Ostgaliziens zahlreiche Versammlungen abhielt und nach dem Vorbild der anderen galizischen Wahlkomitees Kandidaturen aufstellte und bestätigte. Zu den Kandidaten gehörten gesamtösterreichisch führende Zionisten wie Nathan Birnbaum, Abraham Salz, Gerson Zipper und Adolf Stand.[161])

Mit diesem unerwartet starken Auftritt der nationaljüdischen Partei erhielt auch die innerjüdische Auseinandersetzung um Mandate eine neue Dimension, und dies insbesondere in den als „jüdisch“ definierten Wahlkreisen. Neben den bereits erwähnten Wahlbezirken Krakau V und Lemberg III handelte es sich hierbei um die Stadtwahlbezirke von Stanislau (14), Tarnopol (15), Kolomea (17), Drohobycz (27), Stryj (28), Brody (31) und Złoczów (33). In allen diesen Wahlkreisen gab es eine deutliche relative oder gar absolute Mehrheit jüdischer Wahlberechtigter im Bereich zwischen 49 % und 55 %.[162]) Die KOŻ forderte allerdings mehr, nämlich im Minimum 12, im Maximum 15 Wahlkreise für die Gruppe der *Żydzi-Polacy*.[163]) Das verstärkte Auftreten jüdisch-nationaler Kandidaten erleichterte es nun den im Namen des Polentums und der Solidarität des Polenklubs auftretenden jüdischen Kandidaten, auch den christlichen Teil der Wählerschaft für sich zu gewinnen.

---

[160]) Dazu Näheres bei Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 165–172 und Najdus, Polska Partia Socjalno-Demokratyczna, S. 451–453.

[161]) Vgl. etwa den Versammlungsbericht in Czas 8. 3. 1907 (56), S. 2.

[162]) Vgl. die Übersicht in Dilo 12. 3. 1907 (48), S. 3, die allerdings auf der Volkszählung von 1890 beruht. Es gab eine Reihe weiterer Stadtwahlkreise vornehmlich Ostgaliziens, die ebenfalls eine jüdische Mehrheit aufwiesen, z. B. Żółkiew (30) mit 54 %, welche aber nicht einem jüdischen Abgeordneten „zugestanden“ worden waren.

[163]) Jedność 22. 3. 1907 (3), S. 1. Als Mindestforderung wurde neben den genannten noch die Wahlkreise 2, 26 und 32 genannt, als Maximalforderung außerdem 23, 30 und 34.

Ein typischer Fall war Stanislau. Hier definierte die Wählerversammlung zunächst das Profil des prospektiven Kandidaten nur dahingehend, dass er auf (polnisch-)nationalem und demokratischem Boden zu stehen habe und für die unbedingte Solidarität des Polenklubs eintreten müsse. Bei der Zusammensetzung des 60-köpfigen Wahlkomitees wurde zwar der konfessionelle Aspekt sehr wohl berücksichtigt, aber im Sinne einer paritätischen Vertretung von Christen und Juden. Erst die politischen Realitäten des Wahlkampfs und die konkreten Perspektiven eines Wahlerfolgs erforderten dann doch eine Grundsatzentscheidung: Christ oder Jude. Zu diesem Zeitpunkt stand tatsächlich je ein Kandidat beider Konfessionen zur Diskussion. Der eine, Paweł Stwiertnia, war als progressiver Demokrat und bisheriger Abgeordneter für den Wahlkreis auch unter den Juden hoch angesehen, während der letztere, der Fabrikant Edmund Rauch, wirtschaftlich mächtig, politisch aber ein unbeschriebenes Blatt war. Es kam zu kontroversen Meinungen im Wahlkomitee, und erst eine eigens einberufene Kommission kam zum Schluss, Stanislau solle trotz der unbezweifelbaren Qualitäten Stwiertnias das ihm Zustehende, einen Juden, wählen. Das entscheidende politische Argument lautete: Nur ein Jude kann einen Juden (nämlich den Zionisten) schlagen. Falls nun das Stadtwahlkomitee einen Christen portieren sollte, würden sich viele Juden um das ihnen zustehende Mandat betrogen fühlen und dem Zionisten den Vorzug geben und damit die (polnisch-)nationale Sache schwächen. Diese Argumentation überzeugte auch die Oberen des RN: Rauch erhielt dessen offizielle Unterstützung, während Stwiertnia trotz Aufforderungen des Stadtwahlkomitees seine Kandidatur nicht zurückzog.[164])

Ein traditionell besonders umstrittener „jüdischer“ Wahlbezirk war auch Kolomea, wo sich viele Jahre Josef Bloch und Emil Byk bekämpft hatten. Letzterer war im Juni 1906 gestorben, und sein Sohn Oswald tauchte gelegentlich als potenzieller Kandidat auf. Das Stadtkomitee hatte seinen Wunschkandidaten bereits früh gefunden, den Papierindustriellen und bisherigen Abgeordneten Henryk Kolischer. Allerdings formierte sich mit Unterstützung eines christlich-nationalen Vereins ein eigenes Wahlkomitee, das diese Entscheidung in Frage stellte. Angesichts der Kandidatur eines Zionisten wie auch eines jüdischen Sozialdemokraten kam es aber auch hier zu einer einvernehmlichen Lösung. Dem politischen Gesichtspunkt – gewissermaßen dem „Polen“ im Jüdisch-Polen – gaben auch die Christen den Vorrang gegenüber dem Argument der eigenen konfessionellen Vertretung.[165])

In Tarnopol formierte sich zwar keine vergleichbare christliche Bewegung, aber die jüdische Wählerschaft selbst war in verschiedene Lager gespalten. Zunächst fasste die dortige Wählerversammlung trotz Störversuchen von anwesenden Zionisten eine vierteilige Resolution, die sich offenbar auf einen breiten Konsens unter den städtischen Eliten stützte: Der Abgeordnete von Tarnopol müsse – in dieser Reihenfolge – Jude sein, dem Polenklub

---

[164]) Außerdem kandidierten hier ein Zionist, eine weiterer „wilder“ polnisch-demokratischer Kandidat jüdischer Herkunft, ein (jüdischer) Sozialdemokrat sowie ein Ruthene. Diese Vielzahl von Kandidaturen war kein Einzelfall. Allgemein gehörten die „jüdischen“ Städtewahlkreise aufgrund ihrer komplexen Ausgangslage zu den Wahlkreisen mit der größten Kandidatendichte. Über den Wahlkampf in Stanislau siehe Kurjer Stanisławowski 21. 4. 1907 (1126), S. 1, 28. 4. 1907 (1127), S. 1 und 12. 5. 1907 (1129), S. 1.

[165]) Goniec Pokucki 11. 4. 1907 (15), S. 2 und 16. 5. 1907 (21), S. 1.

beitreten, vor den Wählern sein politisches Credo abgeben und dürfe sich keiner unsauberen Machenschaften schuldig gemacht haben. In der Folge stellten sich drei Kandidaten ein, welche diese Kriterien erfüllten. Einer von ihnen, der Advokat Michael Landau, konnte die Wahlkommission überzeugen und erhielt offenbar nach einigen internen Schwierigkeiten die Zustimmung des RN. Die anderen beiden, die Industriellen Józef Weiser und Rudolf Gall, erhielten jedoch ihre Kandidatur aufrecht. Damit war auch hier die Wahl eines „jüdisch-polnischen" Abgeordneten gefährdet, bewarben sich doch ein Jüdischnationaler sowie ein ruthenischer Kandidat um das städtische Mandat. Ähnliche Verhältnisse herrschten in Brody, wo ebenfalls drei angesehene jüdische Honoratioren um das Städtemandat konkurrierten gemeinsam mit einem Sozialdemokraten, einem Zionisten und einem Ruthenen.

Bei allen Unterschieden hinsichtlich der jeweiligen lokalen Verhältnisse erscheint doch durchgehend bei allen „jüdischen" Stadtwahlkreisen (dies gilt auch für Drohobycz) das Argument „Jude oder Christ" von erstrangiger Bedeutung gewesen zu sein. Von einer Ignorierung der religiösen Trennlinie, wie dies dem Credo der altliberalen Demokraten entsprochen hatte, konnte keine Rede sein. In der Provinz hatte diese Sichtweise ohnehin wohl nie dieselbe Resonanz gefunden wie im Intellektuellen-Milieu der Hauptstädte. Nun, da die jüdische Gemeinschaft von außen bedroht wurde und im Innern einen beispiellosen Prozess der Mobilisierung, politischen Differenzierung und Nationalisierung erlebte, wurde eine Ignorierung der Trennlinie gänzlich obsolet. Wenn man im Gegenteil von einer Reaktualisierung sprechen kann, so zeigen gerade die Wahlkämpfe, dass dennoch viel Spielraum für Kompromisse und koordiniertes politisches Handeln bestand, alles freilich unter dem Motto eines gemeinsamen politischen Ziels, der Bewahrung der polnischen Solidarität. Nicht Toleranz, sondern Kalkül war der wesentliche Antriebsfaktor.

Explizit einzuschließen in diese politische Denkweise war die Nationaldemokratische Partei, welche auch dort, wo sie über eine eigene Parteisektion verfügte, in keiner Weise Kapital aus dem Antisemitismus schlug. Auch hier bietet der schon genannte Wahlkreis Stanislau das beste Beispiel. Die lokale SDN versuchte zunächst mit aller Vehemenz, den (jüdischen) Bürgermeister Artur Nimhin, über dessen Nachwahl in den RN oben berichtet wurde, zur Kandidatur zu bewegen und sprach sich dann wie das Stadtwahlkomitee für Rauch und gegen Stwiertnia aus. Von dem ideologischen Gebräu der Warschauer und Lemberger Intellektuellenküchen war in der politischen Praxis der galizischen Provinz wenig zu spüren. Im Gegenteil: Hier gab es sogar nicht wenige jüdische Kandidaten, die sich zur Nationaldemokratie bekannten, um ihr aufrechtes Polentum zu beweisen.

Jenseits der politischen Bedingungen der Stadt und der hier drohenden zionistischen Konkurrenz richtete sich der verbindende polnisch-nationale Blickwinkel vor allem gegen einen Gegner: die Ruthenen – das „fremde Meer" um die „polnischen Inseln" Ostgaliziens. Die zwischennationalen Beziehungen hatten sich gegenüber der Jahrhundertwende nochmals deutlich verschlechtert. Gerade während des Wahlkampfs wurden Hassgefühle weiter geschürt, zum einen durch ein vom *Sejm* beschlossenes neues Sprachengesetz, welches die Sprache der autonomen Behörden im Sinne des Polnischen regelte, vor allem aber durch neuerliche schwere Zwischenfälle an der Lemberger Universität. Angespornt durch die demokratische Wahlreform, rüsteten nun die Ruthenen im Jahre 1907 zu einer bisher nicht gekannten Mobilisierung ihrer Wählerschaft. Eine signifikante Steigerung ihrer Mandats-

zahl war ihnen sicher. Deren Ausmaß hing jedoch wie immer nicht wenig von der internen Kompromissfähigkeit ab. Zunächst ließ die UNDP bzw. ihr Leitungsgremium, das Volkskomitee (*Narodnyj Komitet*, NK), Signale vernehmen, welche in die Richtung einer solchen überparteilichen Konsolidierung deuteten. Zu Beginn des Jahres wurde vereinbart, dass sich die jeweiligen Presseorgane der wechselseitigen negativen Propaganda während des Wahlkampfs enthalten sollten. Bei der Aufstellung von Kandidaten wollte man Kompromisse eingehen. Hier bot das neue Wahlrecht im Vergleich zum alten bedeutend mehr Manövriermasse, standen doch nun zumindest in den neun „rein ruthenischen" Landwahlkreisen Ostgaliziens zwei Mandate plus je zwei Ersatzmänner-Posten zur Verfügung. Folglich konnten parteifremde Kandidaten unterstützt werden, ohne dass man damit gleich auf einen ganzen Wahlkreis verzichten musste, während die Empfehlung eines „fremden" Ersatzmannes wiederum Verhandlungsspielraum für eigene Kandidaten in anderen Wahlkreisen eröffnete.

Gerade die Praxis des Wahlkampfs in den einzelnen Bezirken zeigte jedoch, dass manche hehren Ziele der zentralen Wahlplaner in Lemberg illusorisch waren. Das Scheitern wurde bereits Ende März, nach einer misslungenen gemeinsamen Sitzung in Stryj, gewissermaßen offiziell verkündet. Verantwortlich gemacht wurde selbstverständlich jeweils die Gegenseite.[166]) Objektiv betrachtet, ergab sich ein Hauptproblem aus der Tatsache, dass die beiden wichtigsten Kontrahenten, Volkskomitee und Ruthenischer Rat, ihre eigenen Ansprüche nach jeweils unterschiedlichen Kriterien beurteilten. Die Russophilen gingen implizit von einer Teilung der ruthenischen Gesellschaft in zwei nationalkulturelle Lager aus und verlangten daher für sich die Hälfte der 28 den Ruthenen „zustehenden" Mandate. Die ruthenischen (ukrainischen) Nationaldemokraten rechneten dagegen mit den existierenden Parteien und vor allem mit deren jeweiliger politischer Stärke. Aus ihrer eigenen angenommenen Superiorität leiteten sie schlüssig die Forderung nach einer Mehrheit der Mandate für sich selbst ab. Erschwert wurde ein umfassender Wahlkompromiss aber auch durch die inzwischen eingetretene Radikalisierung der Russophilen. So war das NK unter keinen Umständen bereit, im Wahlkreis Stryj den nachmaligen russophilen Führer Volodymyr Dudykevyč auch nur als Ersatzmann zu akzeptieren, während es das Doppelmandat des Wahlkreises Żółkiew ohne weiteres mit dem gemäßigten Mychajlo Korol' teilte.

Am Ende stellte die UNDP mit einer Ausnahme (Sanok: Nr. 51) in allen Landwahlkreisen Ostgaliziens einen eigenen Kandidaten auf, in vier der neun „rein ruthenischen" Wahlkreise sogar deren zwei. Hinzu kamen Bewerber in sechs Wahlkreisen ostgalizischer Provinzstädte, wo die Ruthenen immerhin bis zu einem Drittel der Wahlberechtigten stellten. Demgegenüber hatte die Kandidatur von Jevhen Ozarkevyč, des Führers der Lemberger Stadtpartei, in allen sieben Wahlbezirken der Landeshauptstadt eher demonstrativen Charakter und galt als Test für den erreichten Stand des nationalen Bewusstseins der Lemberger Ruthenen. Die Russophilen überschritten ihrerseits die von den Schöpfern der Wahlreform vorgesehenen Grenzen, und zwar nach Westen, wo sie in ihren traditionellen Domänen der südwestgalizischen Siedlungsgebiete der Lemken jeweils drei Kandidaten auf-

---

[166]) Siehe Dilo 30. 3. 1907 (62), S. 1; Halyčanyn 31. 3. 1907 (62), S. 1; Gazeta Narodowa 3. 4. 1907 (76), S. 1.

stellten. Die R-URP kandidierte nur in drei Wahlkreisen. Ihr Einfluss war weitgehend auf diejenigen Bezirke beschränkt, in denen sich eine lokale Anhängerschaft erhalten hatte (insbesondere Bezirk Kolomea). Die Partei konnte die große Wahlreform offensichtlich nicht für einen politischen Neuanfang nutzen. Noch schwächer präsentierte sich das nationalkonservative Lager, das mit Unterstützung der Zeitung *Ruslan* zunächst zwei Kandidaten zustande brachte. Diese zogen sich jedoch kurz vor der Wahl zurück.[167])

Abschließend lassen sich die Kandidaturen der verschiedenen Akteure von 1907 in folgender Tabelle zusammenfassen[168]):

Tabelle II.8: Kandidaturen und beworbene Wahlkreise pro Wahlorganisation bzw. Partei 1907

	Wahlorganisation/ Partei, polit. Richtung	Westgalizien		Ostgalizien		TOTAL
		Stadtwahl-kreise	Landwahl-kreise	Stadtwahl-kreise	Landwahl-kreise	
POLEN	*RN*	4	18 (11)	13	18	53 (46)
	Stadtwahlkomitees	4	0	9	0	13
	Konservative	4	6	6	9	25
	SDN	3	9	6	9	7
	PCL	2	25 (16)	1	0	28 (19)
	Rechts-Demokraten	5	0	14	0	19
	PSD	7	2	5	0	14
	PSL	1	22 (17)	3	7	33 (28)
	PPSD	11	5	12	1	29
	Unabh. Soz.	0	0	2	1	3
	PNZ	1	0	0	0	1
	Unabhängige	0	14 (11)	6 (4)	5 (2)	25 (17)
RUTH.	UNDP	0	0	14	22 (18)	36 (32)
	RuR	0	3	0	18	21
	R-URP	0	0	0	3	3
	USDP	0	0	2	2	4
	Unabhängige	0	1	2	2	5
JD.	JNP	3	1	11	5	20
	Unabh. Jüdischnationale	0	0	1	2	3
	TOTAL	37 (13)	88 (17)	85 (21)	86 (19)	296 (70)

( ) Anzahl der Wahlkreise

[167]) Zum Wahlkampf der Ruthenen im Jahre 1907 siehe auch Levyc'kyj, Istorija, S. 440–442 sowie Ignacy Winiarski, Rusini w Radzie Państwa 1907–1908 (=Nasze sprawy na Rusi, 3) [Die Ruthenen im Reichsrat (Unsere Angelegenheit in der Rus, 3], Lwów 1909, S. 8–12. Die zwei wichtigsten Wahlaufrufe, welche nochmals die historische Chance der Wahlen unterstrichen und gleichzeitig die Nationsgemeinschaft in moralisierender Weise in die Pflicht nahmen: für die UNDP: Dilo 22. 4. 1907 (81), S. 1 und für den Ruthenischen Rat: Halyčanyn 26. 4. 1907 (84), S. 1.

[168]) Hauptquelle dieser und der folgenden Tabelle ist erneut die Tagespresse. Die Gesamtzahl der Kandidaten lag allerdings auch im Jahre 1907 um einiges höher als die hier angegebene Ziffer, wenn man alle wilden und unorganisierten Kandidaturen mit einbezieht.

c) Der Wahlausgang

Vielfältig waren die konkurrierenden Kräfte, zahlreich die Kandidaten und zusammengestückelt die Wahlkreise. Da war es kaum verwunderlich, dass der Wahlverlauf selbst aufs äußerste verwirrend war. Kaum jemand vermochte es, in den Wahltagen zwischen dem 14. und 31. Mai 1907 den Überblick über den Stand der Dinge zu bewahren. Alle drei bis fünf Tage war in irgendwelchen Wahlkreisen eine Erstwahl, eine Wiederholungswahl, eine Zweitwahl oder eine Stichwahl angesetzt. Verantwortlich für den komplizierten Wahlverlauf war das Wahlgesetz selber, genau genommen der galizische Sonderfall der Doppelwahlkreise in den Landwahlbezirken. Während in den Stadtwahlkreisen das übliche Prozedere des ersten (mit erforderlicher absoluter Mehrheit der gültigen Stimmen) und zweiten Wahlgangs (engere Wahl zwischen den zwei bestplazierten Kandidaten) zur Anwendung kam, gab es in den Landwahlkreisen bis zu drei Wahlgänge und nicht weniger als fünf mögliche Szenarien des Wahlverlaufs:

1) Erstplatzierter Kandidat >50 %, Zweitplatzierter Kandidat >25 % → Mehrheits- und Minderheitsmandat besetzt (1M, 1W): Dieses Szenario ereignete sich in 5 Wahlkreisen
2) Erstplatzierter Kandidat >50 %, Zweitplatzierter Kandidat <25 % → Mehrheitsmandat besetzt (1M). Engere Wahl um Minderheitsmandat zwischen zweit- und drittklassiertem Bewerber des ersten Wahlgangs → Minderheitsmandat besetzt (2EW): 9 Wahlkreise.
3) Kein Kandidat >50 % → Erneute offene Wahl: Erstplatzierter Kandidat >50 %, Zweitplatzierter Kandidat >25 % → Mehrheits- und Minderheitsmandat besetzt (2M, 2W): 3 Wahlkreise.
4) Kein Kandidat >50 % → Erneute offene Wahl: Erstplatzierter Kandidat >50 %, Zweitplatzierter Kandidat <25 % → Mehrheitsmandat besetzt (2M). Engere Wahl um Minderheitsmandat zwischen zweit- und drittklassiertem Bewerber des erneuten offenen Wahlgangs → Minderheitsmandat besetzt (3EW): 2 Wahlkreise.
5) Kein Kandidat >50 % → Erneute offene Wahl: Wieder kein Kandidat >50 % → Um beide Mandate engere Wahl mit relativem Mehrheitsentscheid zwischen den drei in der erneuten offenen Wahlgang bestplatzierten Bewerbern (3R1, 3R2): 17 Wahlkreise

Obige Aufstellung zeigt, dass nur in fünf von 36 Landwahlkreisen beide Mandate bereits im ersten Wahlgang besetzt werden konnten. In 22 Wahlkreisen kam es zu einer erneuten offenen Wahl (Wiederholungswahl: Fälle 3 bis 5), und in 17 Wahlkreisen wurde der Abgeordnete gar erst durch die relative Wahl unter drei Bewerbern erkoren. Zwischen West- und Ostgalizien waren die Häufigkeiten hinsichtlich des Wahlverlaufs in etwa gleich verteilt. Dass es zweier oder dreier Wahlgänge bedurfte, um den Abgeordneten zu küren, war also kein Spezifikum einer der beiden Landeshälften.

Im Weiteren ist zu betonen, dass die verschiedenen realisierten Muster des Wahlverlaufs jeweils spezifische Konstellationen hinsichtlich der Wählerschaft produzierten, die dann in entscheidender Weise das Wahlergebnis bestimmten. Dies wird an einigen Beispielen zu zeigen sein. Die Existenz verschiedener Typen des Wahlverlaufs bedeutete andererseits, dass es für jeden einzelnen erfolgreichen Kandidaten verschiedene Arten gab, gewählt zu werden (siehe die diversen Klammerbezeichnungen). Die wichtigste Unterscheidung betraf diejenige zwischen den sogenannten Mehrheits- und Minderheitskandidaten. Ein Mehrheitskandidat war ein solcher, der im ersten Wahlgang (1M) bzw. bei der erneuten

Wahl (2M) über 50 % der Stimmen erhielt. Ein Minderheitskandidat war ein solcher, der im ersten Wahlgang (1W) bzw. in der erneuten Wahl (2W) mehr als 25 % der Stimmen erhielt oder aber in der ersten engeren Wahl (1EW) bzw. in der engeren Wahl des erneuten Wahlgangs (2EW) die Mehrheit der Stimmen erhielt. Schließlich gab es (gemäß Szenario 5) noch die Möglichkeit, als erst- oder zweitplatzierter Kandidat aus der Entscheidung mit relativem Mehr hervorgegangen zu sein. Von Mehrheits- bzw. Minderheitskandidaten im Sinne des Wahlgesetzes war in diesem Fall nicht zu sprechen. Entsprechend der oben angeführten Häufigkeit der Wahlszenarien kamen fast die Hälfte der in den Landwahlkreisen gewählten Abgeordneten (insgesamt $34 = 2 \times 17$, von 72) durch eine solche relative Wahl zu ihrem Mandat.[169])

Solche Modalitäten der Wahl mochten von gewisser Bedeutung sein für den einzelnen Gewählten, insbesondere hinsichtlich seiner Stellung im Verhältnis zum jeweils zweiten Abgeordneten desselben Wahlkreises. Entscheidender war aber natürlich die Frage nach Sieg oder Niederlage, nach Einzug ins Parlament oder Zuhausebleiben. Daraus ergab sich die Erfolgsbilanz der Parteien und ihre Stärke im zukünftigen Parlament bzw. ihr Gewicht in der überparteilichen Fraktion. In dieser Beziehung stellte sich das Wahlergebnis folgendermaßen dar:

Tabelle II.9: Wahlergebnis 1907 nach Stadt- und Landwahlkreisen

	Wahlorganisation/ Partei, polit. Richtung	Stadtwahlkreise		Landwahlkreise				TOTAL	
		Siege	Niederl.	Siege MK	Siege WK	Siege R	Niederl.	Siege	Niederl.
POLEN	*RN*	13	4	1	10	6	19	30	23
	Stadtwahlkomitees	8	5	0	0	0	0	8	5
	Konservative	7	3	0	3	2	10	12	13
	SDN	7	2	0	4	3	11	14	13
	PCL	1	2	1	5	6	13	13	15
	Demokraten	8	11	0	0	0	0	8	11
	PSD	4	8	0	0	0	2	4	10
	PSL	0	4	10	3	3	13	16	17
	PPSD	4	19	0	0	0	6	4	25
	Unabh. Soz.	1	1	0	0	0	1	1	2
	PNZ	1	0	0	0	0	0	1	0
	Unabh. Polen	0	6	0	1	2	16	3	22
RUTH.	UNDP	0	14	6	2	8	6	16	20
	RuR	0	0	1	0	4	16	5	16
	R-URP	0	0	1	0	2	0	3	0
	USDP	0	2	1	0	1	0	2	2
	Unabh. Ruthenen	0	2	0	0	1	2	1	4
JUD.	JNP	1	13	0	2	0	4	3	17
	Parteilose Jüdischnationale	0	1	0	0	0	2	0	3
	TOTAL	34	88	20	20	32	102	106	190

Abkürzungen: MK = Mehrheitskandidat; WK = Minderheitskandidat; R = Kandidat mit relativem Mehr

[169]) Vgl. auch die Zusammenstellung in Anhang 1.

Wie immer ließ sich auch im Jahre 1907 die Wahlbilanz auf verschiedenen Ebenen betrachten und analysieren. Hinsichtlich der stets vorrangig behandelten nationalen Perspektive waren allerdings die Prämissen andere als in den Vorjahren. Im neuen Wahlgesetz waren ja, wie bereits mehrfach erwähnt, Wahlkreise und Mandate nach national definierten Vorgaben geschaffen worden. So war die Frage nach nationalen Gewinnern und Verlierern gekoppelt mit der staatspolitischen Grundsatzfrage, ob sich jener durch den Gesetzgeber geschaffene Rahmen tatsächlich in entsprechenden nationalen Stimmen- und Mandatsverhältnissen realisiert hatte, oder ob – oft geäußerten Befürchtungen folgend – Stimmenzersplitterung, mangelnde Wählerdisziplin oder auch Wahlmissbrauch ganz andere Resultate hervorgebracht hatten.[170])

Die Vorgabe für die ostgalizischen Landwahlkreise lautete bekanntlich 28 ruthenische Mandate (9×2 plus 10×1) zu 10 polnischen (10×1). Das Resultat hieß jedoch 27 ruthenische Mandate zu 9 polnischen. Beide Seiten hatten also ihr Soll um ein Mandat verpasst. Die Ruthenen verloren das ihnen „zustehende“ Zweitmandat in einem „rein ruthenischen“ Wahlkreis an einen polnischen Bewerber, während die Polen in zwei Wahlkreisen ihr Minderheitsmandat an einen zionistischen Kandidaten abgeben mussten. Die beiden zionistischen Siege verliefen nach identischem Muster, und zwar genau in denjenigen Wahlkreisen 60 und 69, die oben infolge einer ungeschickten Rekrutierungspolitik der lokalen Funktionsträger des RN als „gefährdet“ beschrieben wurden. Wegen der mangelnden Unterstützung für den RN-Kandidaten und der daraus folgenden Zersplitterung der polnischen Stimmen verfehlte in beiden Wahlkreisen zunächst der Minderheitskandidat die nötigen 25 % der Stimmen, während der zionistische Bewerber an dritter Stelle landete, stimmenmäßig zwar weit abgeschlagen, aber doch vor den russophilen Kandidaten und (im Wahlkreis 69) auch vor dem PSL-Mann. Für die engere Wahl zwischen zweit- und drittplatziertem Kandidaten (Szenarium 2 von oben) wurden nun die freigewordenen ruthenischen Stimmen gegen den Polen und für den zionistischen Kandidaten mobilisiert, und dieser erhielt tatsächlich in etwa das Sechs- bis Siebenfache seiner Stimmen des ersten Wahlgangs.[171]) Unter umgekehrten Vorzeichen verlief die Wahl in jenem Wahlkreis (Nr. 54), wo der RN-Kandidat das ruthenische Zweitmandat erobern konnte. Die Aufsplitterung der ruthenischen Stimmen auf einen Sozialdemokraten, Nationaldemokraten und Russophilen und die Konzentration der polnischen Stimmen auf einen einzigen Bewerber hatte zur Folge, dass es zur relativen Wahl (Szenario 5) kam, bei welcher der polnische Kandidat aus einem nicht ohne weiteres ergründbaren Reservoir 40 % mehr Stimmen als zuvor mobilisieren und sich daher knapp vor dem Russophilen platzieren konnte.[172])

Neben dem polnisch–ruthenischen Ringen um die ostgalizischen Landwahlkreise fand auf einem Nebenfeld jene quasi-nationale Auseinandersetzung um die „jüdischen Wahlkreise“ statt. Protagonisten waren nicht nur die eigentlich national gesinnten Juden (also

---

[170]) Diese Befürchtung herrschte insbesondere bei den Ruthenen, welche zeitweilig nur mit 20 der „versprochenen“ 28 Mandate rechneten. Siehe Czas 3. 6. 1907 (124), S. 1.

[171]) Die gegen das polnische Establishment gerichtete Wahlallianz zwischen Ruthenen (insbesondere UNDP) und Zionisten gründete teilweise in einer wechselseitigen Sympathie, die sich aus ihrem Minoritätsstatus entwickelte. Wesentlicher bei den Wahlen war aber das taktische Moment, die Schwächung des übermächtigen Gegners.

[172]) Siehe auch die Analyse bei Binder, Wahlreform, S. 313–320.

die Zionisten), sondern auch diejenigen, welche jüdische politische Rechte einforderten, ohne dies mit dem Argument der nationalen Eigenständigkeit zu tun, also die Jüdisch-Polen. Von jenen neun oben genannten Wahlkreisen, welche vom Polenklub selbst der jüdischen Wählerschaft zugestanden worden waren, wurden sieben tatsächlich von jüdischen Abgeordneten besetzt. Nur drei waren allerdings RN-Kandidaten (2 Demokraten, 1 Nationaldemokrat). In den jüdischen Wahlbezirken der beiden „Metropolen" setzten sich die links orientierten Hermann Diamand (Sozialdemokrat) und Adolf Gross gegen die Exponenten der Kultusgemeinde und des jüdischen Establishments durch. In einem Wahlkreis (Brody) schaffte es der zionistische Kandidat, den offiziellen „RN-Juden" zu schlagen, freilich auch hier erst mit fremder (nämlich sozialdemokratischer) Schützenhilfe in der Stichwahl.[173]) Zu denjenigen beiden „jüdischen" Wahlbezirken, in denen kein Jude gewählt wurde, gehörte jener oben erwähnte Stadtwahlkreis Stanislau: Der Linksdemokrat Paweł Stwiertnia setzte sich gegen den jüdischen Industriellen Edmund Rauch durch und bezwang dann – entgegen des erwarteten jüdischen Solidaritätseffekt – in der engeren Wahl den populären Zionisten und Rabbiner Markus Braude. Im zweiten Fall (Stryj) kam es dagegen zu einer sozialdemokratisch–zionistischen Konfrontation in der engeren Wahl, aus welcher der nicht-jüdische Sozialdemokrat siegreich hervorging. Dies geschah pikanterweise mit Unterstützung der Jüdisch-Polen, obwohl diese den Wahlkreis 28 zu jenem erweiterten Kreis der jüdischen Wahlbezirke (s. o.) gezählt hatten. Für sie stellte der Separatismus des Zionisten die größere Bedrohung dar als der notorische Antisemitismus des Sozialdemokraten.[174])

Abgesehen von diesem nach nationalen Kriterien definierten Diskurs erwartete man sich eine Antwort auf die Frage nach den Stärkeverhältnissen der Parteien unter dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Einigkeit herrschte darüber, dass der RN mit 23 Wahlniederlagen zurückgebunden und der Polenklub signifikant geschwächt worden war. Bis zu einem gewissen Grade war diese Schwächung zwar erwartet worden. Nun stellte sich jedoch heraus, dass der Polenklub nur noch gut die Hälfte der 106 galizischen Sitze im Reichsrat beanspruchen könne.[175]) Eine Schwächung des Polenklubs bzw. eine Veränderung seiner inneren Konstitution wurde aber auch mit der neu definierten Rolle derjenigen Parteien verbunden, welche Teil des RN waren. Deren egoistisches Auftreten würde, so meinte die *Gazeta Narodowa* stellvertretend für das nationalkonservative Lager, den Polenklub in zwei ungute Richtungen drängen, den nationalen Radikalismus der SDN und die

---

[173]) Allerdings war dies nicht im selben Maße der Fall wie bei den in Landwahlkreisen gewählten zionistischen Kollegen. Schon im ersten Wahlgang lag der zionistische Bewerber (Adolf Stand) nur knapp hinter dem wenig populären RN-Kandidaten (Szymon Wollerner) und profitierte dann von der sozialdemokratisch–zionistischen Absprache für die Stichwahl, der auch Diamand seinen Sieg in Lemberg verdankte. Zu dieser Wahlabsprache siehe auch Czas 23. 5. 1907 (116), S. 1.

[174]) Jedność 31. 5. 1907 (13), S. 3. In der Summe, nämlich unter Einrechnung der beiden in Landwahlkreisen gewählten zionistischen Abgeordneten sowie des Sozialdemokraten Herman Lieberman kam es zu zehn „jüdischen" (im weitesten Sinne) Mandaten.

[175]) Czas 1. 6. 1907 (123), S. 1. Die am häufigsten genannte Zahl von 54 Mandaten ergab sich aus der Addition von Konservativen, SDN, PCL, Demokraten und PSD und den drei polnischen Unabhängigen. Eine definitive Zuordnung ließ sich jedoch erst bei der Konstituierung des Parlaments, seiner Klubs und Unterfraktionen vornehmen. Siehe dazu Abschnitt III.

Demagogie des PCL.[176]) Man befürchtete also, dass sich das Gerangel um Mandate im Rahmen des RN als ideologische Konfrontation innerhalb des Polenklubs fortsetzen und dem Bild der politischen Einigkeit der Polen schweren Schaden zufügen würde. Ganz anders interpretierte das demokratische Organ *Nowa Reforma* die neue Situation. Seiner Einschätzung nach stand der Vormarsch der Parteien in einem unmittelbaren Verhältnis zum eigentlichen Hauptereignis der Wahlen von 1907, der Niederlage der Konservativen. Der alte, konservativ beherrschte Polenklub läge in Trümmern, nun müsse ein neuer gebaut werden, kein Käfig mehr für demokratisch Gesinnte, sondern ein Haus für Bürger und Bauern (*mieszczańsko-ludowe*), das zudem offen sei für die Beteiligung der Polnischen Volkspartei. [177])

Während die Linksdemokraten also die Abwahl der alten konservativen Garde feierten, verwiesen die Angesprochenen selbst auf wichtige Kontinuitäten in der personellen Zusammensetzung. Gerade die maßgebenden Führer dieses Lagers seien wiedergewählt worden, darunter der Obmann des Polenklubs Dawid Abrahamowicz (gleich in zwei Wahlkreisen), der Minister für Galizien Wojciech Dzieduszycki, der ehemalige Minister Leon Biliński oder der zunehmend einflussreiche Michał Bobrzyński, außerdem zwei Herrenhausmitglieder. Insgesamt fünf Konservative hatten die Hürde von der alten Großgrundbesitzerkurie zum Volksparlament genommen, alle zudem gleich im ersten Anlauf. Diese Erfolgsbilanz sei einmalig unter den Nationalitäten Österreichs, und sie beweise, dass entgegen allen Vorurteilen gerade die galizischen Konservativen durchaus volksverbunden seien. Aufgrund ihrer politischen Kompetenz müssten sie ein wichtiges Element im neuen Parlament sein.[178]) Bei allem Respekt vor den Wahlerfolgen konservativer Leitfiguren vergaß man bei dieser Argumentation allerdings, dass nun nicht mehr Einzelpersonen, sondern die Vertretungsstärke der Gruppen über die zukünftige Führungsstruktur des Polenklubs entscheiden würde. Und in dieser Hinsicht rechneten die Demokraten vor, dass sie als Gesamtgruppe (also Rechts-, Links- und Nationaldemokraten zusammengenommen) mit 26 Mandaten die Mehrheit im neuen Polenklub stellen würden. Die Folgen sollten sich bald zeigen, wie in Abschnitt III darzustellen sein wird.[179])

Einer der Hauptmerkmale der Wahlen von 1907 war der durchschlagende Wahlerfolg der PSL, die nicht nur mit 16 Mandaten die stärkste polnische Einzelkraft wurde, sondern in 15 der 17 westgalizischen Landwahlkreise reüssierte. Dabei eroberte sie in den überwiegenden Fällen das Mehrheitsmandat, während die meisten Minderheitsmandate und die Zweitrangierten der relativen Wahl (Szenario 5) aus den Reihen des PCL kamen. Aus dieser Tatsache lässt sich der Schluss ziehen, dass auch in Westgalizien die Doppelwahlkreise

---

[176]) Gazeta Narodowa 4. 6. 1907 (125), S. 1.

[177]) Nowa Reforma 4. 6. 1907 (251), S. 1.

[178]) Gazeta Narodowa 6. 6. 1907 (127), S. 1. Galizien stellte hinsichtlich der Kontinuität von Privilegienkurien zum Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts tatsächlich eine Ausnahmeerscheinung dar. Unter Einrechnung der Nachwahlen kamen 6 der 9 erfolgreichen Großgrundbesitzer aus diesem Kronland. Siehe Näheres zur 11. Wahlperiode als „kollektivbiographische Zäsur“ in Abschnitt IV.

[179]) Zur Beurteilung des Wahlergebnisses von Seiten der Krakauer Konservativen siehe auch: Władysław L. Jaworski, Po wyborach [Nach den Wahlen], Kraków 1907. Jaworski identifizierte vor allem die mangelnde Organisationskraft als Grund für die Niederlage der Konservativen.

dem RN und folglich dem polnischen National-Konservativ-Klerikalen Lager zugute kam. Wäre man bei den alten Einmannwahlkreisen geblieben, so hätte die PSL in Westgalizien, relativ gesehen, einen noch größeren Triumph erlebt. Ein einziges Mandat eroberte die PSL im Übrigen auch in Ostgalizien, und zwar genau nach dem gleichen Muster (Szenario 2), wie wir dies bei den von Zionisten gewonnenen Landgemeindemandaten gesehen haben: mit Hilfe der freigewordenen ruthenischen Stimmen gegen einen RN-Kandidaten (Wahlkreis 53).

Der RN bzw. der prospektive Polenklub (dazu zählten auch die Gewählten der Stadtwahlkomitees, der PSD sowie der selbständig agierenden PCL- und SDN-Komitees) verdankten ihre Sitze in etwa zur Hälfte diesen Minderheitsmandaten in den Landwahlbezirken West- und Ostgaliziens. Der andere Teil stammte aus den Stadtwahlkreisen. Letzteres war nur möglich wegen einer eklatanten Niederlage der polnisch-galizischen Sozialdemokraten, die von ihren 29 Kandidaturen nur gerade vier durchbrachten. Diese Niederlage kontrastierte mit dem Triumph, den die Partei österreichweit (87 Mandate) erzielte und versetzte Galizien zurück dorthin, wo es viele aus dem Lager der Linken ohnehin vermuteten, in die „politisch rückständigen" Gebiete. Besonders schmerzlich war die Niederlage Daszyńskis, der in Krakau am Ende tatsächlich an seinem linksdemokratischen Rivalen scheiterte.[180]) Eine PPSD-Gruppe im Wiener Parlament ohne Daszyński war nur schwer vorstellbar. Im Übrigen setzten sich in der westgalizischen „Metropole" alle Kandidaten des demokratisch-demokratischen Wahlkompromisses durch, während in der Landeshauptstadt das nationaldemokratisch beherrschte Bürgerkomitee vier der sieben Sitze eroberte.

Große Klarheit hinsichtlich der innernationalen Kräfteverhältnisse verschafften die Wahlen im ruthenischen Lager. Mit Abstand stärkste Kraft wurde hier, ganz im Sinne ihres eigenen umfassenden Anspruchs als Nationalpartei, die ukrainisch-nationalliberal orientierte UNDP. Mit 16 bzw. (unter Einrechnung des einen unabhängig Kandidierenden) 17 Mandaten gewann sie weit mehr Sitze als alle anderen ruthenischen Parteien zusammen. Diesem Triumph stand eine schwere Niederlage der Russophilen gegenüber, welche nur 5 ihrer 21 Kandidaturen durchbrachten und zudem das Scheitern ihrer neuen Führungsfigur Volodymyr Dudykevyč gleich in drei Wahlkreisen zu beklagen hatten. Diese Niederlage war gleichzeitig ein wichtiger Sieg für die UNDP, welche mit allen Mitteln zu verhindern versucht hatte, dass die Russophilen in Wien von ihrem dezidiert pro-russisch orientierten Politstar angeführt würden. In diesen Zusammenhang gehörte eine beispiellose Wahlabsprache zwischen einem UNDP-Kandidaten und einem polnisch-konservativen Bewerber des RN.[181])

Verbunden mit der Niederlage von Dudykevyč waren aber auch die Ereignisse in Horucko, einem mehrheitlich russophil gestimmten Dorf bei Drohobycz, in dem es zu schweren

---

[180]) Kurz darauf erlebte er noch eine zweite Niederlage: Als ein Parteigenosse im Landwahlbezirk Biała (36) seinen Platz zugunsten des geschlagenen Parteiführers räumte, mobilisierte das PCL alle Kräfte und wies den Sozialdemokraten ein weiteres Mal in die Schranken.

[181]) Es handelte sich um die Absprache zwischen Jevhen Olesnyc'kyj (UNDP) und Henryk Skarbek im Wahlkreis 57 (Stryj etc.) gegen den Russophilen Vasyl' Davydjak. Man erwartete, dass dieser im Falle eines Wahlsiegs sein Mandat zugunsten seines Stellvertreters, eben Dudykevyč, zurücklegen würde. Siehe Gazeta Narodowa 30. 5. 1907 (122), S. 2 und 6. 6. 1907 (127), S. 2.

Ausschreitungen mit vier Todesopfern gekommen war. Die ursprünglich weit eher mit Radikalität assoziierte R-URP konnte alle drei angestrebten Mandate erringen, zwei allerdings durch denselben Mann, Kyrylo Tryl'ovs'kyj, dessen Platz sein Stellvertreter aus derselben Partei im Wahlbezirk 56 einnahm. Schließlich ist zu erwähnen, dass alle Versuche der Ruthenen, aus ihrem angestammten politischen Milieu der ostgalizischen Landwahlkreise auszubrechen und in Richtung Städte bzw. westgalizische Landwahlkreise vorzudringen, scheiterten. Ein Russophiler gelangte im südwestgalizischen Landwahlbezirk Neusandez immerhin in die engere Wahl, während in der deklarierten Hauptstadt der „galizischen Rus" namens Lemberg der ruthenische Zählkandidat gerade einmal 8 % der gültigen Stimmen erhielt.

Letztere Bemerkung führt uns schließlich von der Mandatsverteilung zu den abgegebenen Stimmen, welche in der Tabelle II.10 wiedergegeben werden.[182])

Unter den Voraussetzungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts konnte die Wahlstatistik erstmals ein realistisches Bild der tatsächlichen Stimmstärke der einzelnen politischen Kräfte in Galizien vermitteln. Solches Zahlenmaterial verhalf nicht nur der Öffentlichkeit zu einer politischen Orientierung über das existierende Kräftefeld, sondern schuf auch Voraussetzungen für eine zukünftige gezieltere Wahlstrategie der einzelnen Parteien. Im parteipolitischen Diskurs unmittelbar nach der Wahl gab das statistische Material den diversen politischen Akteuren die Möglichkeit, durch das selektive Herausnehmen einzelner Zahlen ihre eigene Stärke zu akzentuieren bzw. ihre Niederlage zu beschönigen. Die polnischen Sozialdemokraten etwa, die mit einem Stimmenanteil von unter 5 % auch hier als deutlicher Verlierer erkennbar werden (in Cisleithanien insgesamt lag der Anteil sozialdemokratischer Stimmen bei über 22 %[183])) konnten darauf hinweisen, dass sie immerhin in den westgalizischen Städten die stimmenstärkste Partei waren. Die PSL wiederum, auch hinsichtlich der Stimmenanteile Nummer eins im polnischen Lager, lag in Westgalizien mit fast 38 % aller Stimmen weit vor ihren Konkurrenten. Damit war endgültig klar, dass ohne die *ludowcy* keine gesamtpolnisch abgestützte Politik mehr möglich sein würde, eine Erkenntnis, welche dem bald folgenden politischen Integrationsprozess wesentlich zugrunde lag.

---

[182]) Die Zahlen der Tabelle II.10 beruhen auf der veröffentlichten Statistik: Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder für das Jahr 1907, in: Österreichische Statistik Bd. 84, Wien 1907. Die Verwendung dieser Quelle ist allerdings mit Problemen behaftet insbesondere was die oftmals fehlerhafte Zuweisung der Kandidaten zu den einzelnen politischen Richtungen betrifft. Zur Ergänzung und Korrektur wurden daher die Tagespresse, in einzelnen Fällen auch Archivmaterialien herbeigezogen. Als grundsätzliches Problem bleibt die Tatsache bestehen, dass trotz des voranschreitenden Parteibildungsprozesses viele Bewerber nach wie vor ohne parteipolitische Affiliation kandidierten. Bezeichnungen wie „Demokrat" oder „Konservativer" waren daher oftmals vage und keineswegs einheitlich durchgeführte Zuweisungen, deren Sinn sich erst aus der gegenseitigen Abgrenzung im lokalen Kontext ergab. Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen im ersten Wahlgang lag nach offizieller Statistik bei 1,215.184 (Ergebnisse, S. I.108). Die Differenz zur Summenzahl der Tabelle B12 ergibt sich aus den zersplitterten und nicht zuweisbaren Stimmen.

[183]) Ergebnisse, S. IX–X.

Tabelle II.10: Abgegebene gültige Stimmen im ersten Wahlgang pro Partei(richtung) nach Landesteil und Wahlkreistypus 1907

	Partei, polit. Richtung	Westgalizien		Ostgalizien		TOTAL	
		Stadt-Wkrs	Land-Wkrs	Stadt-Wkrs	Land-Wkrs		
POLEN	Konservative	10300	17462	16952	77333	122047	10,20
	SDN	6253	20277	11318	73740	111588	9,32
	PCL	4696	76750	265	0	81711	6,83
	Demokraten	5244	0	18220	0	23464	1,96
	PSD	6480	1307	2911	0	10698	0,89
	PSL	0	139430	1581	19058	160069	13,37
	PPSD	14341	21322	12984	2396	51043	4,26
	Unabh. Soz.	0	0	3445	4577	8022	0,67
	PNŻ	1864	0	0	0	1864	0,16
	Parteilose Polen	0	29188	2277	12140	43605	3,64
RUTH.	UNDP	0	0	8473	281187	289660	24,20
	RuR	0	9630	0	152675	162305	13,56
	R-URP	0	0	0	65092	65092	5,44
	USDP	0	0	2631	25671	28302	2,36
	Parteil. Ruth	0	588	533	11606	12727	1,06
JUD.	JNP	2051	1041	12988	6718	22798	1,90
	Unabh. Jüdisch-Nationale	0	0	639	1203	1842	0,15
	TOTAL	51229	316995	95217	733396	1196837	100

In Ostgalizien gewannen die ruthenischen Gruppierungen über zwei Drittel der Stimmen, fast drei Viertel in den Landwahlbezirken. Auf Gesamtgalizien bezogen lag ihr Anteil bei annähernd 46 %. Diese Ziffer war sogar leicht höher als der Bevölkerungsanteil der Ruthenen Galiziens (43 % im Jahre 1910 nach Maßgabe der Umgangssprache), und umso mehr ließ sie die 27 gewonnenen Mandate (25 %) bescheiden aussehen. Entsprechend konzentrierten sich die politischen Bemühungen der ruthenischen Parteien in den Folgejahren auf jene zwei Elemente des Wahlrechts, welche die unmittelbare Übertragung des demokratischen Willens auf das parlamentarische Organ so deutlich zu ihren Ungunsten verzerrten: die Doppelwahlkreise und die Bevorzugung der Stadt- gegenüber den Landwahlkreisen. Die Jüdisch-Nationalen schließlich, welche sich permanent (und nicht zu Unrecht) mit der Ansicht konfrontiert sahen, sie hätten ihre Wahlerfolge nicht der eigenen Kraft, sondern fremder Schützenhilfe zu verdanken, konnten darauf hinweisen, dass sie sich mit über 22.000 Stimmen immerhin auf der Höhe der polnischen Demokraten und in der Nähe der ruthenischen Sozialdemokraten befanden. Das war zweifellos ein Erfolg für eine Partei, die als politische Kraft überhaupt erst seit wenigen Monaten existierte.

4. Die Wahlen von 1911

a) Der Wahlkampf

Das erste demokratisch gewählte Parlament wurde im Jahre 1911, zwei Jahre vor Ablauf der regulären Legislaturperiode, aufgelöst. Im Verlaufe der vier zurückliegenden Jahre

hatte sich die galizische politische Szene grundlegend gewandelt. Die lange dominierenden Spannungslinien zwischen einem konservativ beherrschten Regierungslager und einer reformerischen bis sozialradikalen Opposition mit Resten einer übernationalen politischen Ideologie war überlagert und teilweise sogar verdrängt worden durch einen innergalizischen West–Ost-Konflikt, zugespitzt auf die Konfrontation zwischen Statthalterblock und Antiblock.[184]) Kaum war die Auflösung des Reichsrats am 31. März 1911 verfügt, musste daher erneut der RN ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dieser war es schließlich, der stets die Fahne der polnischen Solidarität hochzuhalten versuchte und daher am stärksten von Brüchen innerhalb des nationalen Lagers tangiert werden musste. In besonderem Maße galt dies bei Wahlen, die weit unmittelbarer als alle laufenden nationalpolitischen Aktivitäten (Pressebüro, Subventionen, politische Interventionen u. ä.) als Gradmesser der eigenen nationalintegrativen Autorität erscheinen mussten.

In dieser zuletzt genannten Hinsicht konnte der RN zunächst im Jahre 1908 mit der Einbindung der PSL einen Erfolg verbuchen. Nur ein Monat nachdem der PSL-Kongress grünes Licht für den Beitritt zum Polenklub gegeben hatte, leitete der RN in einer außerordentlichen Sitzung erste Schritte für eine Neuregelung seiner internen Verhältnisse ein.[185]) Eine grundlegende Reform der Statuten scheiterte allerdings zunächst an den zwischenparteilichen Querelen und insbesondere an dem umworbenen neuen Mitglied, der PSL. Mit gravierenden Imageproblemen gegenüber dem eigenen Wahlvolk konfrontiert und durch die Affäre um die Parzellierungsbank geschwächt, war es der Volkspartei daran gelegen, eine deutlichere Trennlinie gegenüber dem bisherigen RN zu ziehen. Dazu gehörte insbesondere die Forderung nach eine Umwandlung des alten Namens in „Rat der nationalen Vereinigung“ (*Rada Zjednoczenia Narodowego*).

Als die zwischenparteilichen Verhandlungen nicht fristgerecht beendigt werden konnten, einigte man sich auf eine provisorische Zusammensetzung des neuen RN unter Beibehaltung des Namens und des alten Reglements. Demnach sollten die Konservativen, die Demokraten (hier noch inklusive Nationaldemokraten) und die PSL je sieben Vertreter, das klerikale Zentrum zwei und die Parteilosen einen Vertreter im RN stellen. Der Sitz des Parteilosen war erneut auf Tadeusz Cieński zugeschnitten. Gegen dessen Bestätigung als Vorsitzenden erhoben sich in der konstituierenden Sitzung nun allerdings wiederum die PSL-Vertreter. Darauf zog Cieński indigniert seine Kandidatur zurück und Józef Milewski, ein den Krakauer Konservativen nahestehender Universitätsprofessor, wurde als neuer Präses des RN gewählt. Dies waren bereits Vorboten eines Zwists, der sich später auf das ganze Gremium ausweiten sollte.[186])

Das Provisorium von 1908 wurde notgedrungen in die beiden Folgejahre verlängert. Die zeitgleich wachsenden Spannungen innerhalb des polnischen Lagers wirkten sich inso-

---

[184]) Vgl. S. 61 f.

[185]) BOss, Papiery Rozwadowskich, S. 35. Gleichzeitig wurde auf Anstoß des Exekutivmitglieds Jan Rozwadowski die Abhaltung einer zwischenparteilichen Konferenz über das polnisch–ruthenische Verhältnis beschlossen, die jedoch infolge der bald auftretenden Polarisierung gerade in dieser Frage nie Wirklichkeit wurde.

[186]) Siehe die Beschreibung der Vorgänge in Czas 5./6. 11. 1908 (255/256), S. 2. Milewski legte sein Amt zu Beginn des Jahres 1909 nieder und wurde durch Włodzimierz Kozłowski abgelöst. Siehe dazu auch Wątor, Cieński, S. 43–45.

fern nur beschränkt auf die Verhältnisse im RN aus, als in diesen beiden Jahren keine Hauptwahlen zu bestreiten waren. Allerdings trug eine Ergänzungswahl im Jahre 1909 (Wahlbezirk 26: Sambor-Gródek), bei der ein Krakauer Demokrat einem Nationaldemokraten gegenüberstand, entscheidend dazu bei, dass sich die „Demokratische Union" auflöste und der Prozess der Blockbildung beschleunigt wurde.[187]) Dennoch gelang es schließlich der überfraktionellen Versammlung der polnischen Landtags-Abgeordneten im Oktober 1910, ein neues Reglement des RN zu verabschieden. Gleichzeitig wurde ein neues Präsidium gewählt, dessen Vorsitzender nun doch wieder Cieński hieß. Das neue Statut bestätigte das gleichgewichtete Vertretungsrecht der inzwischen weiter gefestigten politischen Parteien: Westgalizische Konservative, ostgalizische Konservative (Podolaken), Demokraten, Nationaldemokraten und Volkspartei sollten mit je fünf Repräsentanten im RN vertreten sein, während dem Zentrum zwei, den Christlichsozialen ein und den Parteilosen zwei Repräsentanten zugestanden wurden.

Gleichzeitig beschränkte das neue Statut den Aktionsradius des RN strikt auf diejenigen Wahlkreise, in denen „die Wahl eines antinationalen Kandidaten oder eines Kandidaten, der die Solidarität des Polenklubs nicht anerkennt", drohte. Diese strikte Formulierung ging wiederum auf die PSL zurück, welche unter allen Umständen verhindern wollte, dass ihre inzwischen dominante Stellung in den westgalizischen Landwahlkreisen durch eine übergeordnete Organisation geschmälert würde. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit blieb eine dritte grundlegende Änderung gegenüber den Statuten von 1906, nämlich die Abschaffung der von den Bezirkskomitees bestellten Delegiertenversammlung. Damit verzichtete man auf ein wesentliches demokratisches Element. Es betraf ein Verfahren, das den Verantwortlichen des RN in der Vergangenheit stets Kopfzerbrechen bereitet hatte und dessen Umsetzung nun, in Zeiten des verstärkten Parteienkampfes, noch schwieriger zu werden drohte.[188])

Mit seiner Festlegung auf die teilnehmenden politischen Gruppen definierte das Statut diejenigen, welche am höchsten moralischen Wert, der nationalen Solidarität, teilhatten. Wer zu den Geächteten zählte, machte der RN ebenfalls deutlich, und zwar in einem seiner wichtigsten Wahlaufrufe im Juni 1911. Es waren dieselben wie 1907: die „deutsch-gesteuerten" Sozialdemokraten, die als Zerstörer der polnisch–jüdischen Eintracht gebrandmarkten Zionisten und die des Potocki-Mords angeklagten „radikalen" Ruthenen.[189]) Abgesehen von diesem Trio gab es noch zwei kleinere organisierte Gruppen innerhalb der polnischen politischen Szene, die ebenfalls in Opposition zum RN standen. Zum einen handelte es sich dabei um die PSL-Fronde (*lewica ludowa*), jene Gruppe also, welche sich nach dem Eintritt der PSL in den Polenklub von der Parteiführung abgewandt hatte. Die „Fronde" hielt im Vorfeld der Wahlen in der zentralgalizischen Stadt Rzeszów erstmals eine größere, von immerhin 15 Bezirken beschickte Versammlung ab, an der sie auch ihre Kandidaten bestimmte. Führende Figur war Jan Dąbski, der Redakteur der Zeitung *Gazeta Lu-*

---

[187]) Es handelte sich um die Konfrontation Adam Doboszyński gegen Aleskander Skarbek. Siehe dazu auch Bobrzyński, Z moich pamiętników, S. 143. Zur Demokratischen Union Abschnitt III.

[188]) Siehe den kompletten Text des Reglements vom 7. 10. 1910 in Czas 10. 10. 1910 (461), S. 2.

[189]) Czas 10. 6. 1911 (261), S. 1. Dieser Aufruf war – wohl bereits bezeichnend für mangelnden internen Konsens – nicht von dem Kollektiv des Nationalrats bzw. seines Ausschusses unterzeichnet, sondern allein von seinem Vorsitzenden Cieński.

dowa, Hauptstoßrichtung war die Bekämpfung der „Diktatur Stapińskis“. Die zweite angesprochene oppositionellen Kraft war die 1910 in der Landeshauptstadt gegründete linksdemokratische „Polnische Fortschrittspartei“ (PSP).[190]) Diese hatte bei den Lemberger Gemeinderatswahlen jenes Jahres eine Aufsehen erregende übernationale Koalition geschmiedet, bestehend aus PSP, Sozialdemokraten, Zionisten und Ruthenen, gerichtet gegen die dominierende, von den Nationaldemokraten angeführte „nationale Liste“. Obwohl der Erfolg ausgeblieben war, sollten nun die Reichsratswahlen einen zweiten Test für eine übernationale Wahlallianz der Linken bringen, wiederum konzentriert auf Lemberg. Beide genannten Gruppierungen, Fronde und PSP, fanden genügend Gründe, um in ihren Presseorganen gegen die Politik des RN zu agitieren, ohne allerdings den Wert der nationalen Solidarität an sich in Frage zu stellen.

Der RN selbst vereinigte in den genannten sieben Gruppierungen ein äußerst breites politisches Spektrum. Unterschiedlich waren auch die Voraussetzungen, unter denen die einzelnen Kollektivakteure in den Wahlkampf stiegen. Deutlich geschwächt zeigte sich das klerikale Lager, das 1907 noch ein Drittel der Delegierten gestellt hatte, inzwischen aber in seine Einzelbestandteile zerfallen war. Im RN war es einerseits durch das konservative „Zentrum“ vertreten, dem auch die christlichsozial orientierte PSChS angehörte. Über eine ausschließlich von Parlamentariern dieser Richtung besuchte Versammlung im April 1911 kam diese von Włodzimierz Kozłowski angeführte Gruppe nicht hinaus.[191]) Eine eigene Vertretung im RN bekam die SChL, für welche deren altgedienter Führer Stojałowski selbst Einsitz in das Gremium nahm.

Genau in die Gegenrichtung, nämlich hin zu einer erfolgreichen Konsolidierung hatte sich das traditionell zersplitterte Lager der Demokraten entwickelt. Vor allem dank des selbstgesteuerten Einigungsprozesses, aber auch infolge der Integration der ihnen politisch nahestehenden Volkspartei gelang es den bürgerlich-liberal orientierten Demokraten, erstmals geschlossen an der polnischen Wahlorganisation teilzunehmen. Um der inneren Einigkeit Nachdruck zu verleihen, gründeten Mitglieder der entsprechenden Parlamentsfraktionen, der demokratischen Vereine sowie zahlreiche Vertrauensmänner aus beiden Landeshälften im April 1911 das „Landeswahlkomitee der polnischen Demokratie“ (*Krajowy komitet wyborczy polskiej demokracyi*), zu dessen Vorsitzendem das Landesausschussmitglied Władysław Jahl gewählt wurde. Eine Woche später folgte ein Wahlaufruf unter dem Motto „Arbeit, Fortschritt, gesellschaftliche Harmonie und nationale Solidarität“, welcher nochmals deutlich machte, dass jener Konsolidierungsprozess das Schwergewicht der Demokraten hin zur politischen Mitte verlagert hatte.[192])

Die PSL vermochte hingegen trotz ihres nunmehr offiziell gewährten Einsitzes in den RN eine gewisse Portion Skepsis gegenüber demselben nicht abzulegen. Auch sie bekannte sich in einem Beschluss ihres Hauptrats offen zur Solidarität des Polenklubs, betonte jedoch hinsichtlich der Wahlorganisation – nach herrschender Meinung ja das wahlpolitische Äquivalent des Polenklubs – nochmals deren Kompetenzbeschränkung auf die „bedrohten“ Wahlkreise. Noch schwerer tat sich die PSL mit der eingegangenen Verpflichtung, auch die parteifremden Kandidaten des RN propagandistisch zu unterstützen. Die

---

[190]) Vgl. die Ausführungen auf S. 72 f.
[191]) Czas 25. 4. 1911 (187), S. 1.
[192]) Czas 11. 4. 1911 (166), S. 1. Nowa Reforma 19. 4. 1911 (177), S. 1.

Frage lautete: Wie konnte man dem Bauernvolk Kandidaten ans Herz legen, die man wenige Jahre zuvor noch als Vertreter der reaktionären Gutsbesitzer-Klasse vehement bekämpft hatte? Die Antwort zielte weniger in die Richtung einer Notwendigkeit nationaler Solidarität, sondern bediente sich eines parteiegoistischen Arguments: die Schmerzen seien notwendig zur Erreichung der eigenen Ziele in Westgalizien.[193])

Dass die Partei im Ostteil des Kronlands keine Kandidaten aufstellte, begründete sie mit der dort nach wie vor mangelhaften Organisationsbasis. Der vielleicht wichtigste und folgenschwerste Punkt ergab sich ebenfalls aus der Frage der Kandidatenauswahl und berührte das Selbstverständnis der PSL als Bauernpartei. Anlässlich der Parteiversammlung im April 1911 übten der bisherige Reichsratsabgeordnete Andrzej Średniawski sowie ein in Krakau domizilierter „Klub der Volksparteiler" (*Klub ludowców*) Kritik an der gerade von Stapiński propagierten Maxime „Bauern wählt Bauern" (*chłopi wybierajcie chłopów*). Die Kritiker führten vor allem das Argument der Qualifikation ins Feld, welche ein Kandidat mitbringen müsse, um erfolgreich in einem – zumal deutschsprachigen – politischen Gremium für die Partei wirken zu können. Stapiński, im Übrigen stets auf die Wahrung seiner quasi-monarchischen Autorität bedacht, gab nun tatsächlich in diesem Punkt nach und stimmte einer Reihe nicht-bäuerlicher Kandidaten zu, eine Entscheidung, die nicht ohne Folgen bleiben sollte.[194])

In veränderter Konstitution in den Wahlkampf gingen auch die Krakauer Konservativen, die nun über eine eigene Parteiorganisation, die „Partei der Nationalen Rechten" (SPN), verfügten – und über einen engagierten Gesinnungsgenossen an der Spitze der politischen Landesverwaltung, Michał Bobrzyński. In Wahlversammlungen und Zeitungsinterviews brachten die führenden Köpfe der SPN wiederholt das Bestreben ihrer Partei zum Ausdruck, den Wahlkampf zu beruhigen und gleichzeitig durch die Auswahl der eigenen Kandidaten die Qualität der zukünftigen politischen Repräsentation zu heben. Die ostgalizischen Konservativen konnten wiederum mangels einer eigenen politischen Organisation kein entsprechend geschlossenes Wahlprogramm formulieren. Ihr Sprachrohr, die Lemberger *Gazeta Narodowa*, übte sich vor allem als oberste Hüterin des Solidaritätsgedankens und damit der Interessen des RN, dessen Vorsitzender Cieński (trotz nomineller Parteilosigkeit) den Podolaken am nächsten stand. Schließlich sind die Nationaldemokraten zu nennen, die Überraschungssieger von 1907, die inzwischen – zumindest auf der Ebene der Vertretungskörperschaften – einen schmerzlichen Erosionsprozess durchgemacht hatten. Auch die SDN verfolgte eine ausgeprägt parteiegoistische Linie, predigte jedoch im Vergleich zur PSL wesentlich lautstarker die Notwendigkeit der gemeinschaftlich bindenden „nationalen Disziplin" (*karność*) und damit eines starken, einigen RN. In Westgalizien ging sie nun auch im Wahlkampf eine enge Partnerschaft mit der SChL Stojałowskis ein, mit der sie bereits seit 1909 auf allen Ebenen zusammenarbeitete.

Ein Blick zurück auf die ersten allgemeinen und gleichen Wahlen zeigt, dass schon damals die Funktionsfähigkeit des RN durch die partikularistischen Bestrebungen der einzelnen Parteien beeinträchtigt worden waren. Die fortschreitende Differenzierung und Organisierung des galizischen Parteiwesens, nicht zuletzt eine Folge des Demokratisierungs-

---

[193]) Przyjaciel Ludu 28. 5. 1911 (22), S. 1.

[194]) Die relevanten Sitzungsbericht in Czas 10. 4. 1911 (164), S. 1f.; Kurjer Lwowski 11. 4. 1911 (164), S. 1.

schubs von 1907, verschärfte diese Problematik. Durch das Aussparen der westgalizischen Wahlkreise aus dem Tätigkeitsfeld des RN war das Problem keineswegs gelöst. Vielmehr schien es schwer vorstellbar, dass dieselben Parteivertreter, welche sich in Westgalizien erbitterte Wahlschlachten lieferten – zuvorderst also PSL und SDN – bei den ostgalizischen Wahlkreisen einvernehmlich zusammensitzen und zum Segen der Nation über diese oder jene Kandidatur entscheiden könnten. Neu hinzu kam im Jahre 1911 nun noch die polarisierende Kraft der Blockbildung. Beide auseinanderstrebenden Lager waren im RN vertreten. Falls sich das in den parlamentarischen Gremien immer öfters einstellende Allianzsystem zwischen Statthalterblock und Antiblock im RN fortsetzen würde, so war realistischerweise kaum mehr an eine Wahl im Sinne polnischer Harmonie und Solidarität zu denken.

Eine der zentralen Fragen musste also lauten: Welche Rolle würde der Statthalter selbst spielen? Als Exponent der Krakauer Konservativen und als jahrelanger Diener des österreichischen Staates stand er für eine politische Philosophie, die nicht Kampf, sondern Ausgleich, nicht blinden Hass, sondern Vernunft zu ihren Leitprinzipien erklärte. Dennoch sollte sich bald zeigen, dass hier kein Träumer am Werk war, sondern ein politischer Realist, der in seiner öffentlichen Laufbahn erkannt hatte, welch enorme Bedeutung Parlamentswahlen für die politische Konstitution des Landes hatten. Tatsächlich griff wohl kaum ein anderer Statthalter derart aktiv in den Wahlkampf ein wie Bobrzyński im Jahre 1911. Ende April erregte ein im *Słowo Polskie* veröffentlichtes Telegramm Aufsehen, in dem der mittlerweile als Eisenbahnminister amtierende Stanisław Głąbiński dem Vorsitzenden seiner eigenen – nationaldemokratischen – Partei erklärte, die Regierung und der Statthalter würden sich entgegen anderslautenden Gerüchten vom Parteienkampf fernhalten und insbesondere keine Wahlagitation gegen die SDN betreiben.[195])

Diese Einmischung in den Wahlkampf unter Einbezug der Öffentlichkeit durch einen amtierenden Minister schlug Wellen bis nach Wien, wo sich die „Neue Freie Presse“ der Sache annahm.[196]) Begriff das nationaldemokratische Organ das Telegramm als Warnung an den Statthalter, sich tatsächlich neutral zu verhalten, so waren sich die meisten anderen Kommentatoren darin einig, dass es der Partei primär um eine Botschaft an die eigenen Aktivisten ging. Diese setzten sich nämlich vornehmlich in Ostgalizien zu einem gewichtigen Teil aus Staatsangestellten zusammen (man sprach teilweise von der SDN als Angestelltenpartei), und diesen wollte man – so die Interpretation – mit jener pseudo-offiziösen Verlautbarung zu verstehen geben, dass sie sich ungehindert, ohne drohende persönliche Nachteile für den Erfolg der Partei einsetzen durften und sollten. Unbestritten bleibt, dass der Effekt der „Telegramm-Affäre“ genau in die Gegenrichtung des eigentlichen Inhaltes des Schriftstücks ging, vermittelte sie doch der Öffentlichkeit gerade den Eindruck eines Zweikampfes zwischen Bobrzyński und Głąbiński, dem Statthalter und dem Minister.[197])

Wenn das Telegramm vom April 1911 die Einflussnahme des Statthalters auf den Wahlverlauf thematisierte, so gehörte dies zu einem der Standardrequisiten des galizischen poli-

---

[195]) Słowo Polskie 29. 4. 1911 (198), S. 1.

[196]) Neue Freie Presse 2. 5. 1911 (16771), S. 2 f.

[197]) Siehe dazu auch den Kommentar Bobrzyńskis in seinen Erinnerungen: Z moich pamiętników, S. 236 f.

tischen Diskurses. In der Vergangenheit, vor allem vor 1907, wurde diese Einflussnahme in der Regel mit Wahlmissbrauch gegen sozial-radikale oder ruthenisch-nationale Kräfte in Verbindung gebracht. Die Landtagswahlen von 1895 hatten als „Badeni-Wahlen" sogar das verbale Signum des damaligen galizischen Statthalters getragen. Für den Erfolg der SDN im Jahre 1907 hatte man oftmals den Statthalter Andrzej Potocki und dessen politische Sympathien für Nationaldemokraten und Podolaken verantwortlich gemacht. Wenn nun Bobrzyński in seinen Erinnerungen das Recht des Statthalters bekräftigte, im Dienste des Landes auf den Wahlverlauf Einfluss zu nehmen, so tat er dies mit ausdrücklichem Hinweis auf die gleichgearteten Bemühungen seiner Vorgänger. Im Konkreten allerdings zielte seine Wahlpolitik in die entgegengesetzte Richtung, nämlich in jene der strikten Einhaltung der Wahlgesetze einerseits und der Eindämmung der Nationaldemokratie andererseits. So verpflichtete der oberste Staatsrepräsentant Galiziens die Bezirkshauptleute in einem unmittelbar vor dem Urnengang versandten Rundschreiben dahingehend, dass sie für Wahlen im Sinne des Gesetzes, ohne Gewalt, Einschüchterung oder sonstige Schikanen zu sorgen hätten. Auch verfügte er, dass die Schenken geschlossen sein müssten. Aus diesen Maßnahmen sprach wiederum sowohl das Ethos des Staatsdieners, der sich dem Gesetz verpflichtet fühlte, als auch die Überzeugung eines in der ersten Jahrhunderthälfte geborenen Reformkonservativen, der grundsätzlich noch an die positive Kraft des Gesetzes glaubte. In den Bereich der Legalitätswahrung gehörte auch ein anderer, durchaus bemerkenswerter Punkt, für den sich der Statthalter im Sinne der Beruhigung des Wahlkampfs einsetzte: Die im Wahlgesetz von 1907 vorgesehene nationale Verteilung der ostgalizischen Mandate sollte von beiden Seiten strikt eingehalten werden.[198])

Einen entscheidenden Schritt weiter ging der Statthalter allerdings dort, wo er sich (wie er ebenfalls freimütig zugibt) für bestimmte Kandidaten einsetzte – seien es Konservative, gemäßigte Volksparteiler, verlässliche Vertreter des Klerus oder fachlich-politisch Qualifizierte – oder aber andere, namentlich Nationaldemokraten, zu verhindern suchte. Nach seiner Überzeugung geschah selbstverständlich auch dies im Dienste des Landeswohls und gehorchte damit einem höheren Legalitätsprinzip. Man hätte allerdings eine solche Intervention durchaus auch als unzeitgemäßen Eingriff in das von den Parteien definierte Spiel der Kräfte verstehen können, dem letztlich eine undemokratische, manipulative Gesinnung zugrunde lag. In jedem Fall erblickten Bobrzyńskis Kontrahenten, insbesondere wiederum die Nationaldemokraten, in ihr eine Kampfansage an die eigene Partei. Jenes oben erwähnte Telegramm erwies sich tatsächlich als Auftakt eines medial geführten Abnützungskampfs zwischen der SDN und dem Statthalter und keineswegs als das, was sein Inhalt wiedergab, eine politische Verzichtserklärung. Als Einflusskanäle standen dem Statthalter der Weg über die lokalen Amtsträger offen, ferner Gespräche mit Parteiführern (von denen er laut eigenen Angaben unzählige führte), Geistlichen und anderen Teileliten und schließlich der „institutionelle" Weg über die Presse und die politischen Organisationen selbst. Eine entscheidende Rolle musste dabei zweifellos der RN spielen, zu dem wir hiermit zurückkehren. Aufgrund seiner autonomen Autorität als überparteiliche Nationalvertretung konnte dieses Gremium sowohl ein mögliches Vehikel als auch ein schwergewichtiges Hindernis sein, wenn es darum ging, Einfluss auf den Wahlgang zu nehmen.

---

[198]) Bobrzynski, Z moich pamiętników, S. 227–235.

Hinsichtlich der Machtverhältnisse im RN gab es wiederum zwei diametral entgegengesetzte Diskurse. Beide Seiten, der Statthalter (in seinen Erinnerungen) wie auch die Nationaldemokraten, postulierten, dass der jeweilige Gegenblock das Gremium kontrollierte und die Auswahl und Bestätigung der Kandidaturen in seinem Sinne durchzusetzen vermochte. Die nationaldemokratische Version lautete in etwa folgendermaßen: Obwohl das Reglement des RN einen geordneten Verlauf der Kandidatenbestellung mit einer starken, autonomen Position des lokalen Wahlkomitees vorsah[199]), hieß der wahre Herrscher über die politische Realität Michał Bobrzyński. Dieser bediene sich vierer Instrumente, um seine wahlpolitischen Ziele durchzusetzen: der Juden, der Starosten (Bezirkshauptleute), der Vertrauensmänner und des RN. In einem ersten Schritt würde die eingefleischte Gehorsamkeit der jüdischen Bevölkerung gegenüber der politischen Macht dazu missbraucht, den zur Verfügung stehenden populären (sprich: nationaldemokratischen) Kandidaten zu verhindern. Zu diesem Zweck intervenierten die Juden bei den Vertrauensmännern, die ihrerseits über den Bezirkshauptmann schon im Sinne des Statthalters ausgewählt seien. Ein zweiter Kanal führe direkt zum RN, wo die Juden klar machen würden, dass sie dem an sich mehrheitsfähigen Kandidaten keine einzige Stimme geben würden. Nach dieser erfolgreichen Verhinderungspolitik müsse nun lediglich ein genehmer Alternativkandidat gefunden werden. Diese Aufgabe besorge ebenfalls direkt oder indirekt der Statthalter, indem er entweder gleich selbst einen ihm genehmen Bewerber vorschlage oder aber den RN einspanne, der ihm stets mit einer knappen Stimmenmehrheit gefügig sei. Kurzum: Nicht legalisierte Prozesse, sondern Macht, nicht „das Volk“, sondern „die Juden“ beherrschten die Kandidatenkür. Diese selbst wären letztlich die Leidtragenden, denn als Waffe im Kampf zwischen Regierung und Gesellschaft eingesetzt, würden sie sich noch mehr von der Gesellschaft entfremden und in die Fänge der Zionisten geraten.[200])

Diese Schilderung angeblicher politischer Realität enthielt zwei Aussagen, welche unmittelbar auf die eigentliche Funktion bzw. das Selbstverständnis des RN zielten: Mit einer Kandidatenkür gegen den Willen der Wählerschaft drohte die Hauptaufgabe der Wahlorganisation, die Konzentration der nationalen Kräfte auf einen einzigen Kandidaten mit maximalen Wahlchancen, verfehlt zu werden. Und zweitens: Eine unrechtmäßige Bestimmung des Kandidaten stellte das institutionelle Prozedere in Frage, auf dessen Korrektheit der RN seine repräsentative Autorität gründete. Mit Hilfe dieser beiden, miteinander verflochtenen Argumentationsstränge rechtfertigte die SDN die Tatsache, dass sie trotz ihrer Einbindung in die Strukturen des RN in drei Wahlkreisen einen eigenen Kandidaten gegen den offiziellen Bewerber des RN ins Rennen schickte: in den Landwahlkreisen 51 (Sanok etc.) und 70 (Skałat etc.) sowie im Stadtwahlkreis 33 (Złoczów etc.). Kritisiert wurde sie dabei sowohl von den Vertretern des Statthalterblocks, als auch von ihren angeblichen

---

[199]) Das geltende Statut von 1910 hatte den Wahlkomitees das Hauptgewicht bei der Kandidatenkür verliehen. Nur falls sich zwei im selben Wahlbezirk befindliche Wahlkomitees auch nach Vermittlungsbemühungen nicht einigen konnten, sollte der RN das Recht haben, über die Kandidatur zu entscheiden. Im Übrigen beschränkten sich seine Befugnisse auf das Erteilen von Empfehlungen und auf die Bestätigung und Verbreitung der Kandidatur in der Öffentlichkeit. Vgl. Reglement § 13.

[200]) Bobrzyński, Z moich pamiętników, S. 242; Słowo Polskie 12. 5. 1911 (221) und 13. 5. 1911 (223).

Verbündeten, den Podolaken, in deren Hausblatt *Gazeta Narodowa*, das sich – wie erwähnt – gewissermaßen als offizielles Organ des RN verstand.

Es lohnt sich, hier einen etwas genaueren Blick auf den Wahlkreis 70 zu werfen. Während das Wahlkomitee von Husiatyn Adam Gołuchowski, Sohn des „großen" Agenor Gołuchowski (d. Ä.) der 1850er- bis 1870er-Jahre und Bruder des von 1895 bis 1906 amtierenden Außenministers (Agenor d. J.) mit großer Mehrheit auf den Schild hob, kam es in Skałat anlässlich der ersten Wählerversammlung am 3. Mai 1911 zu turbulenten Szenen. Dabei spielte die Inbesitznahme bestimmter Lokalitäten eine wichtige Rolle. Die offiziell einberufene Veranstaltung wurde im Bezirksratssaal, einem Ort offiziell sanktionierter Autorität, abgehalten, während sich die Parteigänger des konkurrierenden SDN-Manns Stanisław Bieniowski im Saal des Sokol-Vereins versammelten, dies gerade eine Örtlichkeit, die mit dem lokalen Aufstieg der Nationaldemokratie verbunden war. Im Sokol-Saal – so die nationaldemokratische Presse – trafen sich die einfachen Leute verschiedenster Herkunft, im Bezirksratsgebäude dagegen vorwiegend die Juden, welche eigens bestochen und nach Skałat „gekarrt" worden seien, um der vorpräparierten Wahlkomitee-Liste zuzustimmen. Im nationaldemokratischen Diskurs standen erneut „Juden" und „Volk" gegeneinander und damit Käuflichkeit und Legitimität, Machtmissbrauch und Demokratie.

Das Chaos brach in Skałat in dem Moment aus, als die Bieniowski-Anhänger ihre Festung verließen und ebenfalls in das Bezirksratsgebäude drängten, wo kurz darauf einer ihrer Führer einer alternativen Liste zum Durchbruch verhelfen wollte. Nun gingen Anhänger beider Gruppen aufeinander los, es kam zu schweren Sachbeschädigungen und schließlich zum Abbruch der Versammlung. Die Anhänger Bieniowskis trugen diesen darauf wie einen Triumphator auf ihren Schultern zurück zum Sokol-Gebäude, wo sie ihn zum Kandidaten ausriefen.[201]) Legitimität hatte diese Wahl natürlich keine. Hingegen gelang es den offiziell ernannten Vertrauensleuten zwei Wochen nach jenen dramatischen Ereignissen doch noch, ein offizielles Wahlkomitee zusammenzustellen, welches sich planmäßig für Gołuchowski aussprach. Eine darauf folgende weitere Protestversammlung im Sokol-Saal und eine von einem lokalen Priester angeführte Delegation, die nach Lemberg zum RN-Vorsitzenden reiste, konnte nicht mehr verhindern, dass die Kandidatur Gołuchowskis von der RN-Zentrale bestätigt wurde.[202]) Diesem Beschluss musste sich schließlich doch auch die SDN fügen, nicht aber der Kandidat, der dann als „Unabhängiger" ins Rennen ging – ohne dass sich die SDN allerdings von ihm offiziell distanziert hätte.[203])

Im Wahlkreis 33 ging es um die Wiederwahl des Bürgermeisters von Złoczów, Józef Gold, der gleichzeitig als Vorsitzender der dortigen Kultusgemeinde amtierte. Gold war noch 1907 im Namen der Nationaldemokraten in den Reichsrat eingezogen und erst aus der Partei ausgetreten, als diese nun, vier Jahre später, seine Wiederwahl zu hintertreiben suchte. Jetzt galt er als Bobrzyński-Mann. Die erbitterte Konfrontation zwischen Anhängern und Gegnern Golds im Wahlkreis selbst hatte ihre Wurzeln jedoch in der lokalen Situation, und sie spaltete von Beginn an das Gremium der vom RN ernannten Vertrauens-

---

[201]) Siehe die Berichte in Słowo Polskie 12. 5. 1911 (220), S. 1 f. und Gazeta Narodowa 10. 5. 1911 (107), S. 1.

[202]) Słowo Polskie 18. 5. 1911 (239), S. 2 und 20. 5. 1911 (234), S. 1. Gazeta Narodowa 18. 5. 1911 (14), S. 2.

[203]) Słowo Polskie 10. 6. 1911 (267), S. 1.

männer. In Złoczów platzte zunächst eine Sitzung der Vertrauensmänner, an der die Wahlkomiteeliste zusammengestellt werden sollte. Die Minderheit (Anhänger Golds) scheiterte mit ihrem Antrag, dieses Komitee dem Anteil der Religionen entsprechend im Verhältnis 2 : 1 Juden zu Römisch-Katholiken zusammenzustellen und verließ darauf aus Protest den Saal.[204]) Eine zweite Versammlung, zu welcher vereinbarungsgemäß beide Lager je 250 Wähler hätten einladen dürfen, wurde durch den Vizebürgermeister (einem Gold-Anhänger) torpediert, der offenbar eine Niederlage befürchtete. Nun ging alles seinen vertrauten Weg: zwei Wahlkomitees, zwei bestätigte Kandidaten, zahllose Versammlungen und Eingaben an den RN von Seiten der verschiedensten Organisationen sowie religiösen und politischen Gemeinden. Anfang Juni entschied sich der RN für Gold, was den Verzicht seines ebenfalls jüdischen Gegenkandidaten zur Folge hatte. Das war jedoch nicht das Ende der Affäre, denn eine Woche vor dem Urnengang proklamierte die SDN eigenmächtig eine neue Kandidatur, den Gymnasiallehrer Stanisław Srokowski, Präses des Volksschulvereins in Tarnopol und einer der aktivsten Nationaldemokraten in der Region. Nach heftiger Kritik von den übrigen im RN vertretenen Parteien, inklusive der Podolaken, sah sich die Partei gezwungen, in letzter Minute diese Kandidatur doch noch zurückzuziehen – erreichte damit aber (bezweckt oder nicht) kaum mehr die bereits für Srokowski mobilisierte Wählerschaft, wie sich zeigen sollte.[205])

Mit ihrem Beharren auf einem alternativen Kandidaten im Wahlkreis 33 setzte sich die SDN nicht nur über den von ihr theoretisch mitzutragenden Entscheid des RN zugunsten von Gold hinweg. Da der in letzter Minute hervorgezauberte Srokowski nicht zur jüdischen Gemeinde gehörte, ignorierte die SDN auch eine interne Vereinbarung des RN hinsichtlich der Anzahl der zu gewährenden jüdisch-polnischen Mandate. Schon Anfang Mai 1911 hatte der RN nämlich nach Anhörung einflussreicher jüdischer Repräsentanten beschlossen, den Jüdisch-Polen wie schon im Jahre 1907 insgesamt neun Wahlkreise zu konzedieren. Allerdings wurde dieses Mal offen gelassen, um welche Wahlkreise es sich konkret handeln solle. Den Entscheidungen der lokalen Wahlkomitees nicht vorgreifen lautete die offizielle Begründung, Flexibilität gewinnen und momentanen Konfliktstoff aus dem RN herausnehmen war wohl das tatsächliche Motiv. Zunächst war die Festlegung auf eine Pauschalzahl von neun Wahlkreisen als Signal an die jüdische Wählerschaft wichtig, um die jüdischen Organisationen, namentlich die Kultusgemeinden, für den RN zu mobilisieren. Wie man von Seiten desselben reagieren würde, wenn der Wille der Wahlkomitees (dem sich der RN ja statutengemäß beugen musste) und jene Pauschalzahl von neun jüdischen Mandaten nicht übereinstimmen würden – dieses Problem schob man vor sich hin und

---

[204]) Man bezog sich dabei wie üblich auf die Wähler-, nicht die Bevölkerungsstatistik. Demnach hatte Złoczów im Jahre 1911 1068 Wähler jüdischer Konfession und 530 Römisch-Katholiken. Dazu kamen die 570 Griechisch-Katholiken, die außerhalb der Betrachtung blieben, weil es sich ja um eine polnische Wahlorganisation handelte. Die Gegner argumentierten etwas scheinheilig, man solle nicht von Beginn an den konfessionellen Graben ziehen, sondern nach Qualifikationskriterien vorgehen.

[205]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 64, 105, 112, 125. Słowo Polskie 12. 6. 1911 (270), S. 1 f.; Czas 13. 6. 1911 (265), S. 1; Gazeta Narodowa 17. 6. 1911 (137), S. 1. Das zwei Tage vor dem Urnengang aufgegebene Telegramm Srokowskis an den RN findet sich in CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 56, 39. Zur Situation Ende März s. Ebd., 43.

vertraute wohl auf die eigenen unterschwelligen Einflussmöglichkeiten. Im Falle des Wahlkreises 33 hatte das Erreichen der Zahl neun vielleicht den Ausschlag gegeben zugunsten des wenig populären Złoczówer Bürgermeisters.[206])

Eine ähnlich aktive Politik des RN zugunsten jüdischer Kandidaten lässt sich in Stanislau und Tarnopol feststellen. Im ersteren Fall kam es zu einer Wiederauflage des von 1907 her bekannten Zweikampfs Paweł Stwiertnia gegen Edmund Rauch.[207]) Stwiertnia hatte nicht nur eine treue Anhängerschaft insbesondere unter den Beamten und Eisenbahnern auf seiner Seite, sondern war in der Fraktion als Vizepräsident des Polenklubs zu Amt und Ehren gekommen. Dennoch setzte nach einem wohl ziemlich fragwürdigen Auswahl-Prozedere das Wahlkomitee und in seiner Folge auch der RN den jüdischen Fabrikanten Rauch durch – trotz dessen Wahlniederlage gegen denselben Kandidaten vier Jahre zuvor.[208]) In Tarnopol lässt sich der Eingriff des RN in die autonomen Prozesse auf Bezirksebene am besten nachweisen. Hier hatte zunächst der örtliche Bezirkshauptmann eine nach seiner Ansicht ausgewogene Liste von Vertrauensleuten zusammengestellt. Nach Intervention des uns bereits bekannten, hier als Lehrer beschäftigten Srokowski und der Präsentation einer SDN-Liste durch das RN-Mitglied Ernest Adam wurde jedoch dann ein Vertrauensmänner-Kollegium geschaffen, das ganz den Bedürfnissen der Nationaldemokraten entsprach. Dieses setzte seinen eigenen Kandidaten durch, den jüdischen Fabrikanten und wichtigen Finanzier der Partei in Tarnopol, Rudolf Gall. Nun kam es zur paradoxen Situation, dass ein großer Teil der jüdischen Wählerschaft diese jüdische Kandidatur wegen der hinter ihr stehenden Partei bekämpfte und statt dessen den ehemaligen Minister für Galizien, Władysław Dulęba, also einen liberalen Nicht-Juden, forderte. Der RN (und hier vor allem dessen nationaldemokratische Exponenten) konnte Gall dennoch als Kandidaten durchsetzen, nicht zuletzt mit dem Argument der neun versprochenen jüdisch-polnischen Mandate.

Kurz vor dem Wahlgang machte die RN-Zentrale nochmals die Namen derjenigen Kandidaten publik, die auf eigensinnige Weise gegen die polnische Wahlorganisation antraten und sich damit des „Verrats an der vaterländischen Sache“ (*zdrada sprawy ojczystej*) schuldig machten.[209]) Neben vier Vertretern der PSL-Fronde (die ja im RN nicht vertreten war und daher nicht gleichermaßen zur Rechenschaft gezogen werden konnte), zwei Nationaldemokraten (Srokowski hatte sich ja zurückgezogen) und dem Demokraten Stwiert-

---

[206]) Die Gruppe der Jüdisch-Polen selbst verzichtete im Jahre 1911 auf eine eigene Wahlorganisation zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber dem RN. Hauptursache waren die vielfältigen negativen Reaktionen, welche die Schaffung des KOŻ vier Jahre zuvor unter den polnischen Parteien hervorgerufen hatte. Zum anderen glaubte man vermutlich, mit der inzwischen erfolgreichen Konsolidierung der Demokraten zu einer landesweit vertretenen Partei eine genügend starke Stütze in der politischen Gesellschaft zu haben. Jedność 5. 5. 1911 (17), S. 1 und 12. 5. 1911 (18), S. 3. Gazeta Narodowa 10. 5. 1911 (107), S. 1.

[207]) Vgl. oben S. 268.

[208]) Jedność 16. 6. 1911 (23), S. 1. Rewera 29. 4. 1911 (15), S. 1 f. CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 55, insbes 12–13 ; 24–25; 26; 28. Die anderen jüdisch-polnisch zugeschriebenen Wahlkreise waren mit einer Ausnahme (Buczacz statt Kolomea) dieselben Stadtwahlkreise wie 1907: Lemberg 3 (s. u.), Krakau 5 (allerdings ohne offizielle Bestätigung seitens des RN), Drohobycz, Stryj, Tarnopol, Brody, Złoczów und Buczacz.

[209]) Gazeta Narodowa 17. 6. 1911 (137), S. 1.

nia stand dort noch ein weiterer Name: Ignacy Steinhaus im Städtewahlkreis 30 (Żółkiew). Dieser Fall sollte am Ende die schwersten Folgen haben, und zwar bis weit über den Wahltag hinaus. Kandidat des RN war nämlich Stanisław Starzyński, einer der prominentesten Figuren im Kreis der ostgalizischen Konservativen und weithin bekannt als unentwegter Verfechter einer Autonomisierung Galiziens. Steinhaus, ein jüdischer Advokat, war hingegen ein Mann der Krakauer Konservativen. Podolaken und Nationaldemokraten, hier nun geeint auftretend, warfen dem Statthalter vor, Steinhaus bewusst gegen den für ihn unbequemen Starzyński einzusetzen, um dessen Wiederwahl zu verhindern. Seine Instrumente seien auch hier die lokale Beamtenschaft und die jüdische Wählerschaft, die in diesem Fall nicht nur aus Regierungsloyalität, sondern auch aus konfessionellen Gründen leicht zu überzeugen war. Da Steinhaus trotz RN-Beschluss im Rennen blieb, trat er formell aus seiner Partei (der SPN) aus, um diese nicht dem Vorwurf der Illoyalität gegenüber dem RN auszusetzen.[210]) Anzufügen ist, dass auch im Wahlkreis 33 mit dem Argument der neun jüdisch-polnischen Mandate gespielt wurde. Steinhaus – so die Sichtweise seiner Gegner – sei eben einer zu viel (Nummer 10), seine Kandidatur verletze damit die getroffene Vereinbarung. Mit verbalen Drohgebährden nach bekanntem Muster ging es weiter: Seine Wahl würde ernsthaft das harmonische Zusammenleben von Polen und Juden aufs Spiel setzen.[211])

Die angeführten Beispiele zeigen, dass die Situation gerade in den jüdisch zugeschriebenen Wahlkreisen äußerst komplex war. Die oben gestellte Frage nach der Politik des RN in Zeiten der Lager-Polarität aufnehmend, lassen sie aber außerdem die Erkenntnis zu, dass es keineswegs eine konsistente Politik des RN im Sinne des einen oder anderen Blocks gegeben hat. Es scheint vielmehr fraglich, ob überhaupt von Blöcken zu sprechen ist. Auf Seiten der Bobrzyński-Kritiker standen sich Nationaldemokraten und Podolaken gleich in mehreren Wahlkreisen gegenüber. Nationaldemokratische Alleingänge wurden von podolakischer Seite heftig kritisiert. Andererseits war der RN auch weit davon entfernt, ein Instrument in der Hand des Statthalters zu sein. Wäre er dies gewesen, hätte Bobrzyński nicht nur Starzyński, sondern auch eine Reihe von Nationaldemokraten verhindern können, deren offizielle Propagierung durch den RN er erklärtermaßen ablehnte. Es sieht eher danach aus, dass die Entscheidungen des RN durch wechselnde Konstellationen geprägt waren und durch Kompromisse in die eine und andere Richtung entschieden wurden. Die stärkste Position nahmen wohl die Podolaken ein, die einmal von dieser und ein anderes Mal von einer anderen Seite unterstützt wurden. Das lässt sich auch am Endergebnis able-

---

[210]) Siehe dazu den Brief von Steinhaus an das Präsidium des RN vom 23. Mai in BOss, Papiery Rozwadowskich, S. 93–96. Darin wies er die Forcierung von Starzyński, für welche er den RN-Vorsitzenden Cieński persönlich verantwortlich machte, als illegitim zurück, da der Tatbestand der nationalen Bedrohung in diesem Wahlkreis fehle. Hinter ihm stehe eine der mächtigsten Parteien (die Krakauer Konservativen) sowie die bedeutendsten Persönlichkeiten der Jüdisch-Polen.

[211]) Gazeta Narodowa 10. 6. 1911 (192), S. 1. Bobrzyński erzählt in seinen Erinnerungen eine andere Version dieser Geschichte. Es sei ihm nicht darum gegangen, Starzyński zu verhindern. Vielmehr habe dieser ihm gegenüber mehrfach erklärt, nicht kandidieren zu wollen, worauf er Steinhaus als Alternative aufgebaut habe. In gleicher Weise wehrt er sich gegen Vorwürfe, im Wahlkampf gegen den einflussreichen Zentrumspolitiker Kozłowski agiert zu haben. Siehe Bobrzyński, Z moich Pamiętników, S. 245 f. und 234 f.

sen: Von den 32 offiziell bestätigten Kandidaten des RN gehörten schließlich sieben dem demokratischen Lager an (alle als Bewerber in Städtewahlkreisen), zwölf den Konservativen (mit einer Ausnahme all ostgalizische Gutsbesitzer und also mehr oder weniger klar dem Podolaken-Lager zugehörig), neun den Nationaldemokraten und einer dem Podolaken-nahen Zentrum. Die restlichen drei waren keiner bestimmten parteipolitischen Linien zuzuordnen.[212])

Abgesehen von den eben geschilderten internen Schwierigkeiten gab es noch einen zweiten Aspekt der RN-Wahlpolitik in Ostgalizien, der ebenfalls Anlass zu vielerlei Diskussionen gab: die Frage der adäquaten Politik gegenüber den Ruthenen. Trotz der Warnung Bobrzyńskis, sich in den rein ruthenisch zugeschriebenen Wahlkreisen zurückzuhalten, stellte der RN im Jahre 1911 in sämtlichen ostgalizischen Landwahlbezirken einen eigenen Kandidaten auf. Das im Zeitalter des Nationalismus zwingend erscheindende Argument, welches schließlich auch den Statthalter überzeugte, lautete, man könne einem polnischen Landsmann nicht zumuten, für einen Ruthenen zu stimmen. Vor 1907 hatte sich die polnische Wahlorganisation dort, wo ein Pole chancenlos war, bekanntlich auf die Gruppe der ruthenischen Klerikal-Konservativen gestützt (die „gemäßigten Ruthenen“ im polnischen Jargon). Da sich jedoch der KRNS als Massenpartei nicht durchzusetzen vermochte, war nun ein neues Konzept gefragt.

Ein solches zeichnete sich erst nach den Wahlen von 1907 ab, wobei allerdings beide Blöcke im polnischen Lager zu durchaus entgegengesetzten Strategien neigten. Von entscheidender Bedeutung war zunächst die Tatsache, dass die UNDP nach jenen ersten allgemeinen und gleichen Wahlen zur beherrschenden ruthenischen Kraft geworden war. Sowohl die Russophilen als auch die Radikalen waren zumindest in den politischen Gremien weitgehend marginalisiert. Dies hatte zur Folge, dass der nationale Gegensatz in Politik und Öffentlichkeit auf ruthenischer Seite fast ausschließlich von der UNDP geführt wurde. Daraus zogen nun die beiden Blöcke unterschiedliche Konsequenzen, wobei auch hier die Figur des Statthalters und die SDN die eigentlichen Pole darstellten. Laut Bobrzyński musste gerade jene stärkste politische Kraft der Ruthenen eingebunden werden, wenn man zu einer einvernehmlichen Lösung des nationalen Problems in Galizien kommen wolle. Eine solche Sichtweise entsprach seinem Pragmatismus. Laut Nationaldemokraten und den extremeren Elementen der Podolaken konnte das Ziel hingegen nur sein, gerade die UNDP zu schwächen, um im ewigen Kampf mit dem nationalen Rivalen die Oberhand zu behalten. Ein Mittel, welches sich hierzu anbot, war es, den innerruthenischen Gegner zu stärken, und das waren die Russophilen.

Auch dieser Diskurs über Ukrainophilie und Russophilie im polnischen Lager war durch ein hohes Maß von Polemik und Übertreibungen gekennzeichnet. Außerdem hatte er eine schwer belastete Vorgeschichte. Die angebliche Unterstützung der Russophilen

---

[212]) Weist man die einzelnen Mitglieder des RN den jeweiligen Parteirichtungen zu, so verfügte der Statthalterblock sowohl im Plenum als auch im Exekutivausschuss über eine knappe Mehrheit. Diese ging allerdings nach zwei Abgängen aus den Reihen der Krakauer Konservativen verloren. Eine hierauf basierende Trendwende in der RN-Politik zugunsten des Anti-Bobrzyński-Lagers lässt sich jedoch ebenfalls nicht feststellen. Siehe Bobrzyński, Z moich pamiętników, S. 253. Die Mitglieder des RN bzw. seines Ausschusses finden sich namentlich unter anderem in: Czas 6. 4. 1911 (158), S. 1.

durch Andrzej Potocki soll das Hauptmotiv für das Attentat vom April 1908 gewesen sein. In der Folge hatten die Russophilen die Mordtat öffentlich verurteilt, während sich die Ukrainophilen und die UNDP zu keiner klaren Stellungnahme hatten durchringen können. Im Herbst 1908, als erstmals im Rahmen des Landtags die Rechts–Links-Allianzen durch jene Block-Konstellation gesprengt worden waren[213]), war es präzise um diesen Aspekt der polnischen „Ruthenenpolitik" gegangen, konkret um die Frage, ob ein Ukrainophiler oder ein Russophiler Landesausschussbeisitzender werden solle. Schon damals hatte sich Bobrzyński zugunsten eines Ukrainophilen durchgesetzt.

Allerdings spielten in diesem Konflikt, der nun im Jahre 1911 auf einen Höhepunkt zutrieb, nicht nur taktische Motive eine Rolle. Es ging wesentlich auch um Prinzipien und um Ideologie. Auf der einen Seite stand der russisch–polnische Gegensatz, der aus der Sicht der „Krakauer" eine Zusammenarbeit mit den angeblich von Russland unterstützten Russophilen von vornherein unmöglich machte. Auf der anderen Seite stand die im Zusammenhang mit dem Antigermanismus entdeckte Slawophilie der Nationaldemokraten und eines Teils der Podolaken. Schließlich spielte auch die Tatsache eine wesentliche Rolle, dass die Russophilen als politisch gemäßigter und vor allem auch als kirchennaher galten als die „säkularisierteren" Ukrainophilen. Der zunehmende Einfluss des Nationalklerikalismus im rechten Spektrum des polnischen Lagers trug daher auch dazu bei, die traditionellen Differenzen zu den Russophilen zu überbrücken.

Vor diesem Hintergrund einer polarisierten polnischen Ruthenenpolitik wird verständlich, dass beide Seiten sich gegenseitig eine „verbotene Liaison" vorwarfen. Es tauchte etwa die Behauptung auf, im rein ruthenischen Wahlbezirk Nr. 68 (Tarnopol etc.) würde der Statthalter den Minderheitskandidaten der UNDP gegenüber dem polnischen Kandidaten (einem SDN-Mann) unterstützen, erstens um seinem Ausgleichsgedanken zu frönen, zweitens um die SDN zu schwächen. Umgekehrt sahen andere eine Allianz zwischen der SDN und den Russophilen gegen UNDP-Kandidaten. Die Angelegenheit war insofern kompliziert, als sich das russophile Lager ja inzwischen in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel gespalten hatte, die sich gegenseitig erbittert bekämpften. Beide Formationen verfügten über eine für den Wahlkampf gerüstete politische Organisation, den Galizisch-Ruthenischen Rat (HRR) bzw. die Russische Nationale Organisation (RNO).[214]) Die Radikalen gingen wesentlich offensiver in den Wahlkampf. In die Provinz schickten sie junge Akademiker zwecks Agitation für ihre Kandidaten. Das galt insbesondere für den Wahlkreis 57 (Stryj etc.), wo ihr populärer Parteiführer Volodymyr Dudykevyč einen zweiten Anlauf machte, ins Wiener Parlament zu gelangen.[215]) Insgesamt nominierten die Radikalen schließlich dreimal mehr Kandidaten als die Gemäßigten. In allen sechs Wahlkreisen, in denen ein gemäßigter Russophiler kandidierte, stand ihm ein Rivale aus dem Lager der Radikalen gegenüber.

Die führende Kraft unter den ruthenischen Parteien, die UNDP bzw. ihr Exekutivkomitee, das Volkskomitee, stellte im April 1911 ihre Wahlstrategie vor. Während man gegenüber den Radikalen (R-URP) und in zweiter Linie auch gegenüber den Ruthenischen Sozialdemokraten (USDP) Flexibilität an den Tag legen wollte, schloss man jegliche Ko-

---

[213]) Vgl. oben S. 61.
[214]) Vgl. oben S. 155.
[215]) Fond 146, opis 4, Spr. 5979, 9.

operation mit den Russophilen aus.[216]) In der Praxis allerdings sollte sich sehr deutlich zeigen, dass in denjenigen Landwahlkreisen, in denen die UNDP nur einen der beiden Wahlplätze beanspruchte und zwei Russophile kandidierten, die Partei durchaus zu differenzieren verstand und den gemäßigten Russophilen nach Kräften zu unterstützen versuchte. Der Wunsch der UNDP, die auf parlamentarischer Ebene geführte Zusammenarbeit mit den Radikalen in den Wahlkampf zu verlängern, erwies sich hingegen sehr bald als Illusion. Zudem ließ ihre Wahltaktik gegenüber den konnationalen Sozialdemokraten die Beschwörung nationaler Solidarität als hohle Phrase erscheinen, als die UNDP in zwei Wahlkreisen einen Polen bzw. einen Nationaljuden dem ruthenischen Sozialdemokraten vorzog.[217]) Anfang Mai erntete die Zeitung *Dilo* auch in der polnischen Presse einigen Beifall, als das Hausblatt der UNDP in einem Leitartikel die R-URP als rein demagogische Partei disqualifizierte.[218]) Dem setzte sie zwei Wochen später ihr eigenes, konstruktives Programm entgegen, das sie im Reichsrat zu verwirklichen gedenke. An erster Stelle stand die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg, gefolgt von der Wahlreform zum Landtag.[219]) Die UNDP beteiligte sich schließlich an den Reichsratswahlen mit nicht weniger als 37 Kandidaturen. Vordergründiges Wahlziel war die Bewahrung des Besitzstands an Mandaten.

Was Ostgalizien betrifft, ist damit die doch ziemlich komplexe Ausgangslage der Reichsratswahlen von 1911 umrissen – mit Ausnahme von Lemberg allerdings, das wie immer seine eigenen Gesetze kannte. Hier wirkten die bereits angesprochenen Gemeinderatswahlen von 1910 nach. Es kam erneut zu einer Wahlkoalition zwischen der im Gemeinderat organisierten gemäßigten Bürgerpartei und der SDN. Gemeinsam stellte dieses nationalbürgerliche Lager Kandidaten in sechs von sieben Wahlkreisen der Landeshauptstadt auf, von denen vier durch Nationaldemokraten beansprucht wurden. Das Muster der Gemeinderatswahlen setzte sich auch auf der Linken fort in Gestalt einer Verbindung von Sozialdemokraten (PPSD), Fortschrittspartei (PSP) und Zionisten. Nicht eingebunden waren nun allerdings die Ruthenen, für welche die UNDP in fünf Wahlkreisen einen eigenen Kandidaten nominierte.

Der komplizierteste Fall war auch hier der „jüdische“ Wahlbezirk Lemberg III, wo erneut der sozialdemokratische Führer Hermann Diamand gegen einen zionistischen Kandidaten, den bisherigen Abgeordneten Adolf Stand, antrat. Im RN kam es nun zu einer Kontroverse über die Frage, ob man in diesem Wahlkreis einen eigenen Kandidaten aufstellen solle. Wortführend unter denjenigen, die sich dieser Idee widersetzten, waren nicht zufällig führende Repräsentanten der Jüdisch-Polen. Diese befürchteten, dass eine solche Kandidatur dem jüdischen Sozialdemokraten Diamand Stimmen kosten und am Ende zu einem zionistischen Sieg in Lemberg führen würde. Das wollten sie mit allen Mitteln verhindern. Als Argument benutzten sie eine der grundsätzlichen Schwachpunkte des Selbstverständnisses des RN, nämlich die Definition von *Polskość* (Polentum) als handlungslei-

---

[216]) Gazeta Narodowa 7. 4. 1911 (80), S. 3.

[217]) Es handelte sich um die Wahlkreise 68 (Landwahlkreis Tarnopol etc.) und 32 (Stadt Buczacz). Siehe die entsprechenden Vorwürfe am USDP-Kongress, berichtet in: Naprzód 6. 12. 1911 (282), S. 5.

[218]) Dilo 6. 5. 1911 (98), S. 1. Gazeta Narodowa 9. 5. 1911 (106), S. 1.

[219]) Dilo 20. 5. 1911 (110, S. 1).

tender Maxime. Diamand hatte sich in seinem langjährigen Abwehrkampf gegen jüdischnationale Bestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie gerade als standhafter Pole hervorgetan (obwohl er nun, in einem jüdisch zugewiesenen Wahlkreis, seine jüdische Herkunft einsetzte). Das schien nun insbesondere im Kontext einer Auseinandersetzung mit den Zionisten in diesem Wahlkreis von weit größerer Relevanz zu sein als Diamands Abseitsstehen vom Polenklub. Polnische Solidarität, so die Implikation, äußerte sich ja schließlich nicht nur im jeweiligen Verhältnis zur polnischen Fraktion in Wien, sondern auch in anderen Feldern politischen Handelns, namentlich im Kronland selbst.[220]) Mit dieser Argumentation konnten sich die Jüdisch-Polen jedoch am Ende nicht durchsetzen. Vor allem auch auf Druck von Wählerorganisationen im Wahlkreis selber beschloss der RN, doch noch einen offiziellen jüdisch-polnischen Kandidaten zu portieren, den jungen (von bürgerlichen Kreisen als radikal verschrienen) Józef (Josef) Ornstein.[221])

Damit wollen wir einen kurzen Blick auf die Situation in Westgalizien werfen. Aufgrund der Tatsache, dass sich der RN in diesem Teil des Kronlands gänzlich von Wahlaktivitäten fernhielt, war die Situation hier wesentlich einfacher. Mit der Absenz einer übergeordneten polnischen Wahlorganisation stellte sich auch nicht die Frage nach der adäquaten Repräsentation der Juden, zumal diese in den westgalizischen Städten keine derart starke Position einnahmen wie im Ostteil des Landes. Im Wissen darum, dass ohnehin ein Pole gewählt würde und dieser, sofern es sich nicht um einen Sozialdemokraten handelte, ohnehin dem Polenklub beitreten würde, konnte man vieles mehr dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Mit einiger Berechtigung lässt sich aber auch sagen, dass anstelle des in Ostgalizien einigermaßen erfolgreichen Ausgleichs der Kräfte unter dem Dach des RN hier, im „polnischen" Teil, der Konflikt zwischen Statthalterblock und Antiblock voll zum Zuge kam – wobei der Antiblock selbstverständlich ohne Podolaken, das heißt nur aus dem „Nationalen Volksverband" (SDN/SChL) bestand. Krakauer Konservative (SPN), Demokraten (PSD) und Volkspartei (PSL) sprachen frühzeitig ihr Vorgehen ab, um mit vereinten Kräften einem Wahlerfolg der Nationaldemokraten entgegenzuwirken. Vor allem galt das für die Landwahlkreise, wo in früheren Jahren Konservative und Volksparteiler die Hauptrivalen dargestellt hatten. Dank der Doppelwahlkreise konnte man nun leichter zu Kompromissen finden, ohne dass eine der beiden Seiten auf einen Kandidaten zu verzichten hatte. Charakteristisch für die Landwahlkreise Westgaliziens war aber auch die große Menge wilder Kandidaturen, die sich als echte Volks- und Bauernvertreter jenseits der moralisch angeschlagenen Parteipolitik darstellten. Hier zeigte sich, dass die PSL zwar in den vergangenen Jahren ein enormes Stück an Mobilisierungsarbeit geleistet hatte, diese nun aber, in einem entscheidenden politischen Moment, nur partiell kontrollieren konnte. Nur ein kleiner Teil der nicht für die PSL agierenden *ludowcy* war organisatorisch mit der PSL-Fronde verbunden.

In den Städten Westgaliziens kam es zu einem starken Auftritt der Sozialdemokraten, während die Zionisten mit einer Ausnahme alle zunächst propagierten Kandidaten kurz vor dem Urnengang zurückzogen – wohl in Erwartung einer krassen Niederlage. Kaum

---

[220]) Siehe das persönliche Schreiben von Adolf Lilien an das Präsidium des RN in CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 53. Czas 26. 5. 1911 (237), S. 1.

[221]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 6, 22, 25–33.

vertreten waren auch die Klerikalen, die damit den Beweis erbrachten, dass sie es nicht vermocht hatten, im städtischen Kleinbürgertum eine stabile Wählerbasis zu gewinnen. Das galt auch für die westgalizische „Metropole" Krakau, wo doch die wichtigsten klerikal-konservativen und antisemitischen Zeitungen erschienen. Politisch war Krakau weiterhin liberal-bürgerlich dominiert. Es kam zur Wiederauflage des Wahlkompromisses zwischen der PSD und dem Bürgerkreis um den nach wie vor amtierenden Bürgermeister Leo. Dieser sowie sein Gefährte von 1907, der Großindustrielle Zieleniewski, kandidierten für den Bürgerkreis, während die PSD den Besitzer und Herausgeber „ihrer" Zeitung, *Nowa Reforma*, Adam Doboszyński und den Bezwinger von Daszyński vor vier Jahren, Ignacy Petelenz portierten.

Kontrovers blieb der jüdische Wahlbezirk Kazimierz, wo erneut die Galionsfigur der „Unabhängigen Juden", Adolf Gross, kandidierte. Als Bedingung für ein Nicht-Engagement in diesem Wahlkreis verlangte der Bürgerkreis, dass Gross sich öffentlich verpflichte, dem Polenklub beizutreten. Als diese Erklärung geleistet worden war, stand Gross praktisch als Alleinkandidat in Kazimierz fest, da sich die Zionisten auch hier zurückgezogen hatten. Größtes Aufsehen erregte allerdings der Wahlkreis Krakau IV (Stradom). Hier versuchte der bisherige Mandatsträger, der ohne Parteibindung agierende Demokrat Tadeusz Sikorski, sein Mandat gegen den Herausgeber von *Nowa Reforma* zu verteidigen. Er erhielt

Tabelle II.11: Kandidaturen und beworbene Wahlkreise pro Wahlorganisation bzw. Partei 1911

	Wahlorganisation / Partei, polit. Richtung	Westgalizien		Ostgalizien		TOTAL
		Stadt-Wkrs	Land-Wkrs	Stadt-Wkrs	Land-Wkrs	
POLEN	*RN*	1	0	12	19	32
	Stadtwahlkomitees	8	0	2	0	10
	Konservative	4	8	4	10	26
	SDN	4	10	7	8	29
	SChL	0	7	0	0	7
	Klerikale	2	7	1	1	11
	Demokraten	6	2	11 (10)	0	19 (18)
	PSP	0	1	3	0	4
	PSL	0	28 (17)	0	0	28 (17)
	Lewica Ludowa	0	4	0	4	8
	PPSD	9	6	6	0	21
	Unabh. Soz.	0	0	2	1	3
	PNŻ	1	0	0	0	1
	Unabh. Polen	6	44 (14)	2	13 (10)	65 (32)
RUTH.	UNDP	0	2	13	22 (19)	37 (34)
	RNO	0	3	0	18	21
	HRR	0	0	0	6	6
	R-URP	0	0	0	8 (7)	8 (7)
	USDP	0	0	1	6	7
	Unabh. Ruth	0	0	3	5	8
J.	JNP	1	0	10	4	15
	Unabh. Juden	0	0	1	0	1
	TOTAL	33 (13)	122 (17)	64 (21)	106 (19)	325 (70)

( ) Anzahl der Wahlkreise

dabei Schützenhilfe von der SDN, die hier – wie auch die konservative SPN – nicht die Kraft hatte, einen eigenen Kandidaten zu stellen. Man munkelte allerdings, dass auch in diesem Fall der Statthalter seine Finger im Spiel habe und für den PSD-Mann agiere, da ihm eine mediale Unterstützung von *Nowa Reforma* gelegen sein musste.

Damit lässt sich nun abschließend die Wahlkonstellation von 1911 und die wahlpolitische Präsenz der verschiedenen Akteure in der Übersichtstabelle II.11 sichtbar machen:

b) Der Wahlausgang

Bei den ersten allgemeinen und gleichen Wahlen im Jahre 1907 hatte der komplizierte Wahlkalender für große Verwirrung gesorgt. Nun vereinfachte man das Prozedere, indem man die Wähler der Stadt- und Landwahlkreise am selben Tag an die Urnen rief – in Westgalizien am 13., in Ostgalizien am 19. Juni 1911. Unabdingbar und mit dem Spezialfall Galizien verbunden war allerdings der Umstand, dass man auch in diesem Jahr bis zu vier Wahlgänge vorsehen musste, bis spätestens am 6. Juli alle Resultate feststanden. Die nochmals gewachsene Zahl der Kandidaten ließ bereits erahnen, dass es auch im Jahre 1911 vielfach zu mehreren Wahlgängen kommen würde. Das war denn auch der Fall, vor allem in den Landwahlkreisen.[222]) Entsprechend der obigen Aufstellung[223]) lässt sich folgende Verteilung der Szenarien feststellen:

Szenario 1: 3 Wahlkreise
Szenario 2: 4 Wahlkreise
Szenario 3: 6 Wahlkreise
Szenario 4: 1 Wahlkreis
Szenario 5: 22 Wahlkreise.

Die Tendenz in Richtung eines verlängerten Wahlverfahrens war noch deutlich ausgeprägter als 1907: In über 60 % der Landwahlkreise kam es zur Besetzung der Mandate erst nach der relativen Wahl zwischen drei Bewerbern (Szenario 5). West- und Ostgalizien steuerten erneut etwa gleichermaßen zu dieser Entwicklung bei. Bezogen auf die Gesamtzahl der Gewählten bedeutete dies, dass 44 ($= 2 \times 22$) der 106 im Jahre 1911 in Galizien gewählten Abgeordneten weder eine absolute Mehrheit hinter sich wussten noch über die 25 %-Quote ins Abgeordnetenhaus gelangten.

Gewinner und Verlierer der Wahlen von 1911 kommen in der Tabelle II.12 zum Ausdruck.

Vergleicht man die Zahlen der Tabelle mit dem Wahlausgang von 1907, so lassen sich größere Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen erkennen. Hinsichtlich der nationalen Verteilung ist von einer markanten Stärkung des polnischen Lagers zu sprechen, das nun auf 80 Mandate (1907: 76) kam. Dieser Zugewinn ging einerseits auf Kosten der Ruthenen, die nun 26 Mandate (1907: 27) errangen, alle wieder in den ostgalizischen Landwahlkreisen. Hatten sie in den vorangegangenen Wahlen nur einen der ihnen zugedachten 28

---

[222]) In den Stadtwahlkreisen kam es trotz einer durchschnittlichen Zahl von drei Kandidaturen pro Wahlkreis nur in fünf von 34 Fällen zu einer Stichwahl.

[223]) Vgl. S. 265.

Tabelle II.12: Wahlergebnis 1911 nach Stadt- und Landwahlkreisen

	Wahlorganisation/ Partei, polit. Richtung	Stadtwahlkreise		Landwahlkreise				TOTAL	
		Siege	Niederl.	Siege			Niederl.	Siege	Niederl.
				MK	WK	R			
POLEN	*RN*	8	5	2	3	7	7	20	12
	Stadtwahlkomitees	8	0	0	0	0	0	8	0
	Konservative	7	1	3	4	6	5	20	6
	SDN	5	6	1	0	4	13	10	19
	SChL	0	0	0	0	1	6	1	6
	Klerikale	0	3	0	0	2	6	2	9
	Demokraten	10	7	0	0	1	1	11	8
	PSP	2	1	0	0	0	1	2	2
	PSL	0	0	5	5	8	10	18	10
	PSL-Fronde	0	0	0	0	1	7	1	7
	PPSD	6	9	1	0	0	5	7	14
	Unabh. Soz	2	0	0	0	0	1	2	1
	PNZ	1	0	0	0	0	0	1	0
	Unabh. Polen	1	7	0	2	2	53	5	60
RUTH.	UNDP	0	13	4	3	11	6	18	19
	R-URP	0	0	0	0	5	3	5	3
	USDP	0	1	0	0	1	5	1	6
	RNO	0	0	0	0	2	19	2	19
	HRR	0	0	0	0	0	6	0	6
	Unabh. Ruth	0	0	0	0	0	8	0	8
JD.	JNP	0	11	0	0	0	4	0	15
	Unabh. Juden	0	1	0	0	0	0	0	1
	TOTAL	34	60	14	14	44	159	106	219

Sitze an einen polnischen Bewerber verloren, so waren es 1911 deren zwei. Einer dieser beiden Wahlkreise war der schon 1907 „verlorene“ Bezirk 54. Hier gab in der entscheidenden relativen Wahl erneut eine größere Anzahl ruthenischer Wähler dem polnisch-konservativen Gutsherrn den Vorzug gegenüber dem ruthenischen Nationaldemokraten bzw. Sozialdemokraten. Maßgebend war dabei jener vielbeschworene Geheimpakt zwischen russophilen und polnisch-nationaldemokratischen Organisationen, der zur Verhinderung ukrainophiler Kandidaten geschlossen wurde.

Im zweiten Fall (Wahlkreis 62) ist die Hauptursache in der Spaltung der Russophilen zu sehen. Es handelte sich dabei um den angestammten Wahlbezirk des Führers der gemäßigten Ruthenen, Mychajlo Korol', der nun nur noch ein gutes Viertel der 1907 mobilisierten Stimmen erreichen konnte. Belastet durch sein Image als offizieller Kandidat des Statthalters, hatte er im ersten Wahlgang keine Chance gegenüber seinem radikal-russophilen Kontrahenten, der seinerseits von jenem erwähnten Wahlpakt mit den „Allpolen“ profitierte. Im entscheidenden letzten Wahlgang ließen diese jedoch – zumindest nach ruthenischer Darstellung – die Russophilen fallen und konzentrierten ihre Stimmen auf den polnischen Kandidaten.[224])

[224]) Siehe dazu auch die Ausführungen von Stanislav Dnistrjans'kyj in Sten. Prot. AH, 21. Session, 7. Sitzung (28. 7. 1911), S. 434–438.

Die zweite Ursache für den polnischen Zugewinn im Jahre 1911 war die Niederlage der Zionisten. Diese konnten nach ihrem spektakulären Einzug in den Reichsrat vier Jahre zuvor nun mit keiner Kandidatur mehr reüssieren. In zwei Stadtwahlkreisen gelangten sie zwar in die engere Wahl, vermochten dann jedoch nicht von sozialdemokratischer Unterstützung zu profitieren. In keinem der vier Landwahlkreise, in denen Zionisten kandidierten, kam es zu einer Wahlkonstellation nach dem Muster von 1907. Infolgedessen war eine Wiederholung der Situation von 1907 ausgeschlossen, obwohl den Jüdisch-Nationalen auch bei den zweiten allgemeinen Wahlen ruthenisches Stimmenpotential zugute kam. Die allgemein als enttäuschend bewertete politische Bilanz der jüdisch-nationalen Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode mochte das Ihre dazu beigetragen haben, dass sich die Wählerschaft nicht in gleichem Maße mobilisieren ließ wie beim ersten konzentrierten Auftreten der Zionisten im Jahre 1907.[225])

Betrachtet man die politischen Kräfte im Einzelnen, so erweisen sich die polnischen Konservativen als die großen Sieger des Jahres 1911. Von 26 angestrebten Mandaten gewannen sie 20 und damit acht mehr als bei den ersten allgemeinen Volkswahlen vier Jahre zuvor. Besonders eindrucksvoll war die Bilanz der westgalizischen Konservativen (SPN), die mit einer einzigen Ausnahme alle ihre Kandidaten durchbrachten (7 Wahlsiege). Hauptverlierer wurden die polnischen Klerikal-Konservativen und Christlichsozialen, deren Mandatsstärke von 13 auf 3 Mandate zurückfiel. Da zur selben Zeit auch die deutschösterreichischen Christlichsozialen eine herbe Niederlage einsteckten, war man geneigt, einen gesamtösterreichischen Zusammenhang zu sehen. Tatsächlich waren die Ursachen jedoch vornehmlich in Galizien selbst zu suchen, namentlich im Zerfall des PCL nach 1907, der seinerseits auch Ausdruck der Unfähigkeit war, die alte christlichsozial-antisemitische Bewegung Stojałowskis mit gesellschaftlich konservativeren Kräften zusammenzubinden.

Die Demokraten wiederum konnten ihre Mandatsstärke in etwa halten, während die PSL ihre Position sogar noch um 2 Mandate auf 18 auszubauen vermochte. Von der konkurrierenden „Fronde“ war nur ein einziger Abgeordneter erfolgreich, der im übrigen später der PSL-Unterfraktion beitrat. Damit wurde die PSL zur klar stärksten Einzelgruppe, denn die SDN, die ihr diese Position im Jahre 1907 streitig gemacht hatte, musste ihrerseits eine bittere Niederlage einstecken. Ihre Mandatsstärke fiel von 14 auf 10 Sitze. Im ruthenischen Lager blieb die Vormachtstellung der UNDP erhalten. Ruthenische Nationaldemokraten und Radikale profitierten von der Niederlage der intern gespaltenen Russophilen, die nurmehr auf zwei Sitze (1907: 5) kamen. Beide Mandate wurden von der radikalen RNO gewonnen, während die ideellen Träger der konservativen Kultur-Russophilie gänzlich aus dem Parlament ausschieden.

Wie der Wahlkampf so wurde auch dessen zählbares Ergebnis unter dem Gesichtspunkt der Dualität zwischen Statthalterblock und Antiblock interpretiert. In dieser Hinsicht hieß der Sieger zweifelsohne Michał Bobrzyński. Der Erfolg der SPN und der PSL sprach ebenso eine deutliche Sprache wie die Niederlage der SDN. Im weiteren spiegelten persön-

---

[225]) Insgesamt kam es im Jahre 1911 zu den angestrebten 9 „jüdischen“ Mandaten (erneut im weitesten – die jüdischen sozialdemokratischen Abgeordneten inkludierenden – Sinne), von denen allerdings nur sechs (inkl. Adolf Gross in Krakau) nach Wunsch von RN und Polenklub gewählt wurden. Die restlichen drei Mandate teilten sich zwei Sozialdemokraten und der oben erwähnte „unabhängige“ Konservative Ignacy Steinhaus.

liche Erfolge und Misserfolge diesen Aspekt des Wahlausgangs von 1911 wieder. Unter den Siegern befanden sich sämtliche Führer der Block-Parteien: Władysław L. Jaworski (SPN), Jan Stapiński (PSL), Juliusz Leo (Demokraten). Im oppositionellen Lager war Stanisław Stojałowski (SChL) eines der prominentesten Opfer. Dessen Niederlage war ebenso im Sinne einer Politik der Mäßigung und des Ausgleichs wie die erneute Verhinderung von Volodymyr Dudykevyč, der Galionsfigur der Radikal-Russophilen. Hier hatten wohl die ruthenischen Nationaldemokraten die politische Hauptarbeit geleistet, deren eigene Führungspersönlichkeiten im übrigen problemlos gewählt wurden.

Die eigentliche Sensation der Wahlen von 1911 war jedoch die Niederlage des Podolaken-Führers Stanisław Starzyński, die man unumwunden dem Statthalter anlastete. Sie entfremdete diesem auch bisher gemäßigtere national-konservative Kreise Ostgaliziens und trug mittelfristig zur Umgruppierung innerhalb des *Sejm* und später zum Sturz Bobrzyńskis bei. Ein zweiter bitterer Nachgeschmack lieferten die blutigen Wahlen von Drohobycz. In dieser am Karpatenrand gelegenen Stadt kam es infolge einer explosiven Mischung von lokalen Familienfehden und einer durch Zionisten und Sozialdemokraten aufgeputschten Wählerschaft am Wahltag zu schweren Ausschreitungen und einer Intervention der Gendarmerie, die 26 Menschenleben kostete – die bei weitem höchste Zahl von Opfern, die jemals bei Wahlen nicht nur in Galizien, sondern in Cisleithanien überhaupt zu beklagen war.[226])

Abschließend soll in Tabelle II.13 anhand der Stimmverteilung des ersten Wahlgangs die politische Stärke der einzelnen Gruppierungen im Jahre 1911 aufgezeigt werden.

Die Stimmenverteilung bei den Reichsratswahlen von 1911 lässt weit mehr Kontinuität gegenüber den ersten demokratischen Wahlen erkennen als dies die Mandatsverschiebungen vermuten lassen. Deutlich erkennbar auch an der Stimmenzahl ist der Sieg der Konservativen. In zwei anderen gewichtigen Fällen lief jedoch die Entwicklung von Mandatszahl und Stimmenanteil in die entgegengesetzte Richtung. Die PSL, welche im Vergleich zu 1907 zwei Mandate mehr erringen konnte, fiel in ihrem Stimmenanteil um beinahe drei Prozentpunkte zurück. Dieser Rückgang lässt sich zum einen mit dem kompletten Rückzug aus Ostgalizien erklären, zum anderen aber auch mit der erstarkten Opposition innerhalb des bäuerlichen Lagers gegen die herrschende Parteilinie der PSL. Da sich diese oppositionellen Stimmen jedoch auf die einzelnen Wahlkreise verteilten, konnten sie kaum in Mandate umgesetzt werden. Dagegen erschienen diejenigen Kräfte, welche potenziell genug Stimmenkraft in einem Wahlkreis konzentrieren konnten, entweder politisch geschwächt (die Klerikalen), oder sie waren ein Wahlbündnis mit der PSL eingetreten (die Konservativen).

Ebenfalls gegenläufig zur Entwicklung der Mandatsstärke zeigt sich die Stimmenveränderung bei den polnischen Nationaldemokraten – allerdings in entgegengesetzter Richtung. Obwohl die SDN drei Mandate verlor, vermochte sie ihre absolute Stimmenzahl zu halten und ihren Stimmenanteil sogar um fast einen Prozentpunkt zu steigern. Hier war die Situation umgekehrt: Wegen einer effektiven, wohl koordinierten Wahlstrategie des

---

[226]) Vgl. dazu die Debatte und den Regierungsbericht in Sten. Prot. AH, 21. Session, 4.–8. Sitzung (25.–29. 7. 1911), S. 198–212, 272–285, 368–378, 427–474, 555–567, außerdem den umfangreichen Aktenbestand in AGAD, Justizministerium, Sign. 324, insbesondere den internen Bericht des Statthalters in JM 18.434/663.

Tabelle II.13: Abgegebene gültige Stimmen im ersten Wahlgang pro Partei(richtung) nach Landesteil und Wahlkreistypus 1911

	Partei, Polit. Richtung	Westgalizien		Ostgalizien		TOTAL	
		Stadtwahl-kreise	Landwahl-kreise	Stadtwahl-kreise	Landwahl-kreise		
POLEN	Konservative	13338	35583	13630	89880	152431	13,17
	SDN	7478	24332	14294	71903	118007	10,20
	SChL	0	16946	0	0	16946	1,46
	Klerikale	1073	11798	699	13323	26893	2,32
	Demokraten	10820	4685	29667	0	45172	3,90
	PSP	0	1340	3184	0	4524	0,39
	PSL	0	123776	0	0	123776	10,70
	PSL-Fronde	0	4938	0	8310	13248	1,14
	PPSD	14775	24629	12542	0	51946	4,49
	Unabh. Soz.	0	0	5362	1153	6515	0,56
	PNZ	2992	0	0	0	2992	0,26
	Unabh. Polen	5130	50992	1324	25149	82595	7,14
RUTH.	UNDP	0	209	5192	276608	282009	24,37
	RNO	0	0	0	110054	110054	9,51
	HRR	0	0	0	14524	14524	1,26
	R-URP	0	0	0	56225	56225	4,86
	USDP	0	0	785	17414	18199	1,57
	Parteil. Ruth	0	0	184	7590	7774	0,67
JD.	JNP	1194	0	14994	7014	23202	2,00
	Unabh. Jude	0	0	0	0	0	0
	TOTAL	56800	299228	101857	699147	1157032	100

Statthalterblocks gegen die Nationaldemokraten konnten diese ihre Stimmen nur schlecht in Mandate umsetzen, insbesondere wenn es zur Stichwahl kam. Dass die Diskrepanz zwischen Mandaten und Wählerstimmen besonders für Westgalizien gilt (Rückgang von 5 auf 3 Mandate trotz über 5000 oder fast 20 % hinzugewonnen Stimmen), wo der Statthalterblock nicht mit teils gegenläufigen Tendenzen des RN zu rechnen hatte, kann jene These nur stützen.

Ernüchterung bei den Ruthenen musste die Tatsache auslösen, dass die Gesamtsumme der für ihr nationales Lager (mit Einschluss der Russophilen) abgegebenen gültigen Stimmen deutlich unter dem Stand von 1907 lag (minus 12 %). Während die nach wie vor dominierende UNDP ihr Niveau praktisch halten konnte, musste die ukrainische Linke – Radikale und die Sozialdemokraten – herbe Verluste einstecken. Zu den Verlierern gehörten auch die nun gespaltenen Russophilen, wenn man beide Richtungen zusammenrechnet. Die radikalen Neukursler konnten allerdings mit ihrem Stimmenanteil zufrieden sein, da sie das Stimmenergebnis der gemäßigten Altkursler (nun auch „Altruthenen“ im engeren Sinne genannt) um ein Mehrfaches überboten. Die Zionisten schließlich hielten ihre Stimmenzahl, obwohl sie alle drei im Jahre 1907 gewonnenen Mandate nicht wiedererringen konnten. Erneut – wie schon im Falle von PSL und SDN – zeigt sich hier die maßgebliche Bedeutung des herrschenden Wahlsystems, bei dem derartige Diskrepanzen zwischen Mandats- und Stimmenentwicklung möglich sind. Bei einem Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel hätten die Verfechter einer jüdischen Nation weiterhin mit einer Vertretung im österreichischen Parlament rechnen dürfen.

c) Das Ende des Nationalrats

Die Reichsratswahlen von 1911 waren die letzten allgemeinen Wahlen in der Geschichte Cisleithaniens. Nicht beendet war jedoch die Geschichte des RN, der dominierenden Wahlorganisation Galiziens mit ihrem Anspruch auf eine Vertretung der polnischen Nation jenseits von Wahlen und auch jenseits der herrschenden politischen Grenzen. Gerade dieser Anspruch musste, wie schon erwähnt, zwangsläufig leiden unter der Spaltung des polnischen Lagers in ein Block- und Antiblocklager, die entscheidend vertieft wurde gerade durch den Verlauf der Wahlen des Jahres 1911. Während der Polenklub des Reichsrats von einer soliden Mehrheit des Statthalterblocks beherrscht wurde, geriet der RN immer mehr unter die Dominanz der ostgalizischen Konservativen und Nationaldemokraten. Da außerhalb von Wahlzeiten die im Leitungsgremium vertretenen Fraktionsführer ihren Einfluss kaum geltend machten, waren es die im RN dominierenden Einzelpersönlichkeiten, welche die Richtung prägten.

Dabei handelte es sich vor allem um den Präses Cieński sowie um seinen Vorgänger Kozłowski, der eine wie der andere Erzfeind Bobrzyńskis. Beide gehörten seit Januar 1912 dem „Zentrumsklub" des Landtags an, einer rechts der aus west- und ostgalizischen Konservativen bestehenden „Konservativen Union" angesiedelten Gruppe, der sich auch der Bobrzyński-Gegner Starzyński anschloss. Hauptmerkmal dieser Fraktion, die nun also den größten Einfluss im RN gewann, war eine kompromisslos antiruthenische Politik in den beiden dominierenden galizischen Kontroversen der Vorkriegsjahre: der Landtagswahlreform und der ruthenischen Forderung nach einer eigenen Universität in Lemberg. Der Polenklub als Hort des Statthalter-Lagers und der RN als Zentrum des Antiblocks gerieten denn auch erstmals scharf aneinander, als der Letztere einen Protest beim Polenklub deponierte wegen dessen angeblich zu konzilianter Gesinnung in der Universitätsfrage. In der Folge nützte er sein inzwischen aufgebautes Organisationsnetz in der Provinz aus, um gemeinsam mit der Nationaldemokratischen Partei die Kampagne gegen eine ruthenische Universität zu führen. Eine entsprechende Rolle spielte der RN in der Landtagswahlreform und beim Sturz Bobrzyńskis im April 1913.

Mit der wenig später erfolgten Ausrufung von Neuwahlen zum Landtag entschied sich das Schicksal des RN. Von Beginn an war abzusehen, dass die Organisation einer solchen Belastungsprobe nun nicht mehr standhalten könne, zumal die PSL eine gezielte Destruktionspolitik betrieb. Am 7. Mai 1913 versammelte sich der polnische Abgeordnetenverband des *Sejm*, um über die Zusammensetzung des RN zu beraten. Stapiński forderte im Namen seiner Fraktion eine Mandatsverteilung, welche dem Statthalterblock (der nach wie vor so hieß, obwohl die zentrale Figur Bobrzyński inzwischen zurückgetreten war) eine Mehrheit von 18 zu 12 gegeben hätte. Als ein Gegenantrag des Führers der „Konservativen Union" Abrahamowicz, welcher die Vertagung einer Entscheidung über die Mandatsverteilung verlangte, mit nur zwei Stimmen abgelehnt wurde, verließen die Abgeordneten des Antiblocks den Sitzungssaal. Unter diesen Umständen wurde ein PSL-Antrag gutgeheißen, der das Ende des RN „wegen mangelnder Verständigung" proklamierte.

Der Statthalterblock konnte im Übrigen nur deshalb die Oberhand gewinnen, weil laut Statuten der Polenklub des Reichsrats bei Versammlungen des *Sejm*-Polenklubs, welche den RN betrafen, ebenfalls teilnahme- und stimmberechtigt war. Nach diesem Eklat folgte der bei Parteispaltungen übliche Meinungsstreit über die Rechtmäßigkeit einer Entschei-

dung, die nach der Sezession eines signifikanten Teils (hier annähernd der Hälfte) der Teilnehmer zustande gekommen war. Der Antiblock bestritt selbstverständlich diese Rechtmäßigkeit und führte die Landtagswahlen unter dem Etikett des RN durch, freilich ohne Teilnahme der Krakauer Konservativen, der PSL und der Demokraten. Gemessen an seiner Grundkonzeption und seinem politisch-moralischen Anspruch auf die Funktion einer überparteilichen Nationalvertretung endete allerdings tatsächlich die Existenz des polnischen Nationalrats am 7. Mai 1913. Da bis zur Auflösung der Monarchie weder auf Reichs- noch auf Landesebene weitere Hauptwahlen durchgeführt wurden, fehlte letztlich die entscheidende Voraussetzung, die am Anfang der Geschichte der polnischen Wahlorganisation gestanden hatte und welche eventuell ihre Revitalisierung im ursprünglichen Sinne ermöglicht hätte: nämlich der Zwang zur Konsolidierung im Kampf gegen einen gemeinsamen äußeren Gegner.[227])

5. „Galizische Wahlen“

In den bisherigen Ausführungen dieses Abschnitts wurde das Thema Wahlen vornehmlich unter dem Aspekt des organisierten Handelns von Parteien, Wahlorganisationen und Einzelpersonen behandelt. Der Wahlgang erschien als ein rechtlich normierter Prozess, an dessen Ende Sieg und Niederlage standen, sei es für den einzelnen Kandidaten, sei es für das Kollektiv, das er repräsentierte. Diese Betrachtungsweise wurde durch einen alternativen Diskurs grundsätzlich in Frage gestellt, der die Rechtmäßigkeit des Wahlprozesses insgesamt und damit gerade die demokratische Legitimierung eines Großteils der Gewählten verneinte. Der Vorwurf lautete, dass dem Gesetz (und auch der politischen Moral) widersprechende Eingriffe in die ungehinderte Organisation der Handlungsträger und in die freie Willensäußerung der Wählenden stattgefunden hätten. In Galizien selbst war dies vornehmlich der Diskurs der Verlierer – Ruthenen, Volkspartei, Sozialdemokraten und andere –, die damit ihre Wahlniederlagen in einen Kontext der Unrechtmäßigkeit stellten. In außergalizischer Perspektive wurden jene aus dem fernen Kronland einlangenden Schilderungen hingegen in ein bereits bestehendes Bild Galiziens als einer Region kultureller Rückständigkeit, nationaler Unterdrückung und unterentwickelter Zivilkultur integriert. Geläufig in dieser Zeit war bereits der Begriff „Tarnopoler Moral“, der eine Art des Tauschhandels bezeichnete, bei dem es nicht mit rechten Dingen zuging. Nun verselbständigte sich ein zweiter, ein politischer Begriff: „Galizische Wahlen“. Mit ihm wurde Ungarn, das bis dahin als das Eldorado des Wahlbetrugs und der Machtwillkür gegolten hatte, in der Vorstellung der Öffentlichkeit vom ersten Rang verdrängt und durch Galizien ersetzt.[228])

---

[227]) Vgl. den Berichte über die Vorgänge unter anderem in: Gazeta Narodowa 9. 5. 1913 (107), S. 1 sowie 10. 5. 1913 (108), S. 2. Wie weit der RN sich inzwischen von seinen auf das CKW zurückgehenden Ursprüngen als Wahlorganisation entfernt hatte, zeigt ein Überblick über seine Tätigkeit zwischen Anfang 1912 und Ende März 1913. Siehe ebd. 8. 5. 1913 (106), S. 1.

[228]) Zu Ungarn siehe Robert W. Seton-Watson, Ungarische Wahlen. Beitrag zur Geschichte der politischen Korruption, Leipzig 1912. Vgl. auch die diesbezüglichen Äußerungen in der in Kürze zu besprechenden „Galizien-Debatte“ von 1897: Sten. Prot. AH, 12. Session, 4. Sitzung (7. 4. 1897), S. 141–142.

Obwohl der Tatbestand des Wahlmissbrauchs in Galizien keineswegs eine Neuerfindung der 1890er-Jahre war, lässt sich die Entstehung des Begriffs „Galizischen Wahlen" doch erst im Zusammenhang mit den Landtagswahlen von 1895, den sog. „Badeni-Wahlen", nachweisen.[229]) Im Hintergrund stand die zunehmende Mobilisierung der Opposition gegen die herrschenden Kräfte im Lande, die über die Presse auch Wege fand, nach außen zu dringen. So veranstaltete nach Beendigung der damaligen Wahlen in die Landgemeindekurie das noch übernational (polnisch–ruthenisch) konstituierte radikal-demokratische Milieu in der Landeshauptstadt eine große Wählerversammlung, in der die Landesbehörden des massiven Wahlbetrugs beschuldigt wurden. In der Berichterstattung über diese Versammlung tauchte erstmals in den Wiener Blättern die Behauptung auf, dass der Terminus „Galizische Wahlen" zukünftig ein Synonym für Korruption und Missbrauch sein würde. Keine geringe mediale Beachtung fand auch die bereits erwähnte ruthenische Deputation, die im selben Jahr beim Kaiser in der Reichshauptstadt vorsprach. Die Badeni-Stürme von 1897 trugen über die Person des Ministerpräsidenten und seiner „polnischen" Regierung wesentlich dazu bei, dass sich ein negatives Galizien-Bild – identisch mit der Herrschaft der polnischen Unterdrücker – weiter verfestigen konnte. Darauf wird im folgenden Abschnitt zurückzukommen sein. Bei den durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten gekennzeichneten Wiener Wahlen des Jahres 1900 wurde der Terminus „Galizische Wahlen" bereits auf die eigenen Verhältnisse angewandt.[230])

Eine besondere Rolle bei der Verbreitung des Begriffs in der westösterreichischen Öffentlichkeit spielten die parlamentarischen Foren, vor allem der Reichsrat. Das begann unmittelbar nach den Landtagswahlen von 1895 und erlebte einen ersten Höhepunkt in einer großen Galizien-Debatte zu Beginn der 12. Session (März 1897), die ebenfalls im folgenden Abschnitt thematisiert wird. Hier sollen zunächst jene Tatbestände ins Auge gefasst werden, die man mit dem Terminus „Wahlmissbrauch" bezeichnete.[231]) Der Begriff selbst macht deutlich, dass es stets um einen zentralen Sachverhalt ging: Träger von Macht- und Herrschaftspositionen – Statthalter, Bezirkshauptmann, Bürgermeister, Wahlkommissär sowie Polizei- und Militärpersonen – wurden des Eingriffs in den freien Prozess der politischen Willensbildung und -äußerung beschuldigt.

Auf der Ebene des makropolitischen Diskurses wurde die Verantwortung auf den obersten Repräsentanten staatlicher Macht in der Provinz zugespitzt, den Statthalter – hieß er nun Badeni, Potocki oder Bobrzyński – und innerhalb der Regierung auf den Innenminister. Ausgespart blieb in jedem Fall die Krone, und dies keineswegs nur aufgrund der stets drohenden Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Der Kaiser war der Machtinkongruenzen des politischen Alltags enthoben, ja er fungierte im Gegenteil gerade für die Ruthenen als

---

[229]) Kurjer Lwowski 27. 9. 1895 (268), S. 3. Zu Beispielen der Wahlmanipulation in den 1870er- und 1880er-Jahren siehe Wendland, Russophile, S. 243–250. Zu den Zuständen bei den Landtagswahlen: Olena Arkuša, Halyc'kyj Sejm. Vyborči kampaniji 1889 i 1895 rr. [Der galizische Landtag. Die Wahlkampagnen von 1889 und 1895], L'viv 1996.

[230]) Nowa Reforma 4. 12. 1900 (277), S. 2.

[231]) Detaillierte Schilderungen von Wahlmissbrauch bei den Reichsratswahlen von 1897 finden sich in großer Menge in der ruthenischen und polnisch-oppositionellen Tagespresse sowie in dem vom Ausschuss des Ruthenischen Landeswahlkomitees veröffentlichten Druckwerk: Die Reichsrathswahlen in Ostgalizien im Jahre 1897, Wien 1898.

letzte Berufungsinstanz, wenn es darum ging, Klage zu führen gegen die Vernachlässigung oder Schlechterstellung des eigenen Volkes. Die „Galizischen Wahlen“ bildeten ein zentrales Element im ruthenischen Selbstbild von der treuen und doch vergessenen Nation. Dies war der Kontext der erwähnten ruthenischen „Massendeputation“ von 1895 gewesen. Zahlreiche Bittschriften und Telegramme sollten in späteren Jahren folgen.[232])

Spricht man über die gezielte Manipulation von Wählern, so gerät man in eine Grauzone von Machtgebrauch und Machtmissbrauch, von Legalität und Illegalität. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass während der Wahlen viel Geld floss, teils aus privaten Händen, teils durch Organisationen, und dies ohne jegliche Kontrolle seitens staatlicher Stellen. Manch einer, der nicht oder nur ungenügend auf organisierte Unterstützung zählen konnte und daher seine Kandidatur aus der eigenen Tasche finanzieren musste, ruinierte sich dabei. So ist von dem polnisch-jüdischen Kandidaten der Stadt Brody, Simon Wollerner, ein erschütternder Brief an den Landmarschall (Vorsitzender des Landesausschusses) erhalten, in dem er sich nach seiner Wahlniederlage von 1907 über die mangelnde Unterstützung seiner Kandidatur durch den lokalen Bezirkshauptmann beklagt. Insgesamt habe er für die Wahlagitation 32.000 Kronen ausgegeben und stehe jetzt vor dem Nichts, ein materiell und moralisch ruinierter Mann.[233])

Um Logistik, aber eben auch Wahlbestechung zu finanzieren, unterhielten die Wahlorganisationen jeweils einen eigenen Wahlfond, zu dessen Speisung unter anderem in den Zeitungen aufgerufen wurde. Viele Geldtransaktionen gingen aber auch durch die Hände von Funktionsträgern der höchsten Hierarchieebene. Albin Rayski, einflussreiches Mitglied des RN, berichtete während der *Sejm*-Ergänzungswahlen an Włodzimierz Kozłowski über sein Engagement zugunsten der Wahl des ihm als Rechtsdemokraten nahestehenden Władysław Dulęba in der Stadt Stryj: „War bei Bobrzyński am 1. 8., erhielt 2000 Kronen, fuhr dann gleich aufs Land und war am 5. und 6. 8. in Stryj, habe dort etwa 14 Besuche bei verschiedenen Honoratioren gemacht, vor allem Juden. Nach meiner Berechnung sollte die Wahl Dulębas jetzt gesichert sein.“[234])

Versucht man nun, die Erscheinungsformen von Wahlmanipulation im engeren Sinne einer typologischen Ordnung zu unterwerfen, so lässt sich dies am ehesten nach einem chronologischen Schema tun. Jede Phase im Verlauf des Wahlkampfes und des Wahlaktes selbst schuf spezifische Bedingungen, unter denen Handlungen außerhalb der Legalitäts- und Freiheitsnorm stattfinden konnten. Zu Beginn einer solchen Chronologie standen Wege und Mittel der Machtträger, die Meinungsfindung der Wahlberechtigten zu beeinflussen. Dazu gehörten etwa die Konfiskation von Zeitungen und anderer Publikationen,

---

[232]) Die erste Strophe des zum Anlass von 1895 geschaffenen Bittgedichts an den Kaiser lautete: „In schwerer Not, in bittrer Lage/Nun treten wir an Deinen Thron,/um darzulegen Dir die Klage/ Der hartbedrückten Nation –/Des Volkes, das in trüben Zeiten/Des „Aufruhrs und der Meuterei“/Gieng freudig für die Kron zu streiten/Hieng an dem Throne treu.“ Zitiert in: Ruthenische Massendeputation, S. 27. Zwei Jahre später schickte das Ruthenische Landeswahlkomitee ein auch in Wiener Zeitungen veröffentlichtes Telegramm an den Kaiser, in dem es gegen Gewalt und Betrug bei den Reichsratswahlen von 1897 protestierte. Kurjer Lwowski 16. 3. 1897 (75), S. 3.

[233]) CDIAL, Fond 524, Opis 1, Spr. 13, 43.

[234]) LNB, Fond 59, Teka 399, 52–53.

das Verbot oder die Zwangsauflösung von Versammlungen sowie die Verhaftung einflussreicher Persönlichkeiten in den Wahlbezirken. Die gesetzlichen Grundlagen gaben der Polizei einen breiten Spielraum bei der Handhabung dieser Mittel, denn Drucksachen, Versammlungen und Einzelpersonen konnten relativ leicht als Quellen von Unruhe qualifiziert werden.

Solche im Zeitalter der Massenmobilisierung ohnehin geläufigen Maßnahmen traten in Wahlzeiten gehäuft auf, so wie sich ja das politische Leben insgesamt, auch im Positiven, zu beleben pflegte. Ein prominentes Beispiel war der seit 1889 unter Dauerbeobachtung stehende, in Wahlzeiten aber üblicherweise eingekerkerte oder flüchtige Stanisław Stojałowski. Ein anderes betraf einen seiner Weggefährten: Tomasz Szajer, ein Landwirt aus der Umgebung von Rzeszów, der während einer Wahlveranstaltung wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurde. Diese Tatsache hätte nicht besonders hohe Wellen geschlagen, wenn nicht Szajer dennoch gewählt worden wäre. Er erhielt seine Legitimationsunterlagen im Gefängnis, und dem Abgeordnetenhaus stellte sich die Frage, wie in diesem speziellen Fall mit dem Grundsatz der parlamentarischen Immunität umzugehen sei. Der Fall Szajer wurde zum ersten politischen Traktandum des Abgeordnetenhauses im Jahre 1897 und leitete über zur bereits erwähnten und noch zu besprechenden großen Galiziendebatte jenes Jahres.[235])

Die gröbsten Eingriffe in den freien Wahlprozess geschahen unter dem Kurienwahlrecht in den nach indirektem Wahlverfahren bestellten Abgeordneten der vierten und fünften Wahlkurie, insbesondere in Ostgalizien. Hier standen zunächst die sog. Urwahlen an, also die Wahl der „Wahlmänner“. Eine zentrale Rolle auf örtlicher Ebene spielten die Gemeindevorsteher, die zunächst für die Erstellung der Wählerlisten zuständig waren. Hier gab es bereits viele Klagen sowohl wegen gezielter Manipulation der Listen als auch wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Pflicht, jene der öffentlichen Einsichtnahme zugänglich zu machen. Das ebenfalls gesetzlich verankerte Recht auf Reklamation stieß in der Praxis insofern auf enge Grenzen, als die Einsprachen vom Bezirkshauptmann zu bearbeiten waren, der selbst wiederum als organisatorische Drehscheibe des galizischen Wahlmissbrauchs schlechthin galt – als Empfänger von politischen Weisungen des Statthalters und als Austeiler von Instruktionen an die Gemeindevorsteher.

Letztere waren allerdings, das muss betont werden, keineswegs nur treue Vasallen der Macht. Schließlich verdankten sie ihre Wahl der Gemeinde und standen dem Volk und seinen Bedürfnissen näher als die lokale Beamtenschaft oder der zur Wahl delegierte Wahlkommissär, von dem in Kürze die Rede sein wird. Für die Ruthenen bildete die autonome Gemeindevertretung das einzige Organ, in dem sie bestimmenden Einfluss ausüben konnten, begrenzt allerdings durch die Aufsichtsbefugnisse der übergeordneten Gremien der Bezirks- und Landesebene.[236]) Das Ruthenische Landeswahlkomitee nennt das Beispiel widerspenstiger Gemeindevorsteher, die sich bei den Wahlen von 1897 im Bezirk Turka der Weisungen des Bezirkshauptmanns – pikanterweise eines Bruders des amtierenden Finanzministers Biliński – widersetzten. Als trotz der Drohungen des Bezirkshauptmanns einige

---

[235]) Vgl. Abschnitt III, S. 354–356.

[236]) Andreas (Andryi) Kos, Die gegenwärtige politische Lage der galizischen Ruthenen, in: Ruthenische Revue 1 (1903), S. 17–22, hier S. 19.

Priester zu Wahlmännern gewählt wurden, konfrontierte jener die Gemeindevorsteher mit dem Vorwurf, sie hätten eine solche Wahl „zugelassen“.[237])

Einschüchterung und Drohung mit negativen Sanktionen gehörten überhaupt zu den häufigsten Klagen über Machtmissbrauch. Adressaten waren nicht nur exponierte Sozialgruppen, sondern die gewöhnlichen Urwähler selbst, Akteure nicht nur die mit politischer Gewalt ausgestatteten Behörden, sondern die kleinen Machtträger im dörflichen Sozialgefüge. Besonders häufig wurde den Forstwarten nachgesagt, dass sie einzelnen Personen kleine Dienste wie das Sammeln von Holz verweigerten bzw. anboten, wenn sie auf die eine oder andere Weise stimmten. Der Tatbestand der Nötigung durch Einflussträger kam allerdings auch in jenem von Graf Badeni exemplarisch vorgetragenen Terrorismus-Diskurs vor. Nach dieser Version waren es in Ostgalizien gerade die griechisch-katholischen Priester, welche ihre geistliche Autorität missbrauchten, um die Gläubigen mit allerlei kirchlichen Sanktionen zu einem wunschgemäßen Wahlverhalten zu zwingen. Dazu gehörte auch das gezielte Verbreiten von Gerüchten, etwa die Instrumentalisierung eines seit 1848 nicht verstummten bäuerlichen Schlagworts, *lisy i pasovys'ka* (Wälder und Weiden): Gemeint war die Behauptung, die Obrigkeit bzw. der zur Wahl stehende Gutsherr würde demnächst gegen den Willen des verstorbenen guten Kaisers Joseph II. den Frondienst wieder einführen.[238])

Das eigentliche Geschehen konzentrierte sich freilich auf den Tag der Urwahlen selbst. Obwohl nach geltendem Wahlgesetz der Gemeindevorsteher verpflichtet war, die Wahlberechtigten über Zeit und Ort der Urwahlen in Kenntnis zu setzen, wurden diese oftmals als Nacht- und Nebelaktion durchgeführt. Nicht selten wurde der Wahltermin auch kurzfristig verschoben oder der Wahlakt vorzeitig abgebrochen, wenn das Stimmverhalten in eine ungünstige Richtung zu weisen schien. Im Zentrum der Kritik stand der für die Leitung und Überwachung der Urwahlen zuständige Wahlkommissär. Dieser, zumeist ein untergeordneter Verwaltungs- oder Justizbeamter, wurde laut Wahlgesetz wiederum vom Bezirkshauptmann ernannt, besaß also keineswegs eine unabhängige Stellung. Er traf öfters ohne Ankündigung früh morgens ein, um innerhalb weniger Stunden die Wahl durchzuführen und ohne dafür zu sorgen, dass alle Wahlwilligen berücksichtigt wurden. Gegen diese Überrumpelungstaktik hatte sich in manchen Orten wiederum der lokale Priester gerüstet: Sobald der Kommissär in Sicht war, ließ er die Kirchenglocken im Sturm läuten und signalisierte damit der Bauernbevölkerung, dass sie sich umgehend zum Wahllokal zu begeben habe, um ihre politischen Rechten wahrzunehmen.

Die Örtlichkeit der Wahldurchführung war ein weiterer umstrittener Punkt. Nicht selten fanden die Urwahlen weder in dem zentral gelegenen Gemeindeamt noch in der Gemeindeschule statt, sondern in der Schenke oder in der Mühle. Beides waren „jüdische“ Orte, die Schenke zudem belastet mit der geläufigen Annahme, die Bauern würden zum Nutzen jüdischer Wucherer gezielt zur Trunkenheit verleitet. Hier, im Kontext der Wahlen, lautete der Vorwurf, dass aufgrund dieses „Heimvorteils“ regelmäßig ein Jude als Wahlmann gewählt würde, der dann seinerseits – wir kennen bereits das Stereotyp des obrigkeitsservilen Juden aus dem vorangehenden Kapitel – den „Regierungskandidaten“

---

[237]) Reichsrathswahlen in Ostgalizien, S. 54 f.

[238]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 4. Sitzung (7. 4. 1897), S. 152 (Rede Badeni zur Wahlmissbrauchsdebatte).

wählte. Der Wahlakt selbst, ob in der Schenke oder dem Gemeindeamt durchgeführt, ging oft keineswegs in der vom Wahlgesetz vorgesehenen Ordnung vor sich. Erneut machten die Ankläger die örtliche, gezielt mobilisierte Judenschaft für die Behinderung oppositionell gesinnter Wähler verantwortlich, während der Terrorismus-Diskurs von den „Bauernhorden" sprach, welche, unmittelbar nachdem sie von den Kirchenglocken zur Urne gerufen worden waren, das Wahllokal besetzten und keine Andersdenkenden hineinließen.

Vielfach wurde andererseits wiederum dem Wahlkommissär und der ihn unterstützenden Gendarmerie oder gegebenenfalls dem Militär vorgeworfen, dass sie unliebsamen Urwählern aus fadenscheinigen Gründen den Zugang verwehrten. Im Zentrum der Kritik stand in diesem Abschnitt der Wahlen allerdings das Prozedere der Urwahlen selbst, die offene, also mündliche Wahl. Im Sozialgefüge des Dorfes befand sich die große Mehrheit der Urwähler in einer vielfältigen Abhängigkeitssituation von den sozialen und politischen Autoritäten, und daher brauchte es eine große Portion Mut (und die Inkaufnahme möglicher Retorsionsmaßnahmen), sich im Wahllokal im Angesicht der versammelten Personen für einen oppositionellen (evtl. ruthenischen) Wahlmann zu erklären. In der Übertragung von der Mündlichkeit zur schriftlichen Form gab es schließlich ebenfalls vielfältige Möglichkeiten, den Willen des Urwählers zu verfälschen.

Nach den Urwahlen stand die eigentliche Wahl des Abgeordneten auf dem Programm, die an einem zentralen (klein)städtischen Ort stattfand. Die teils lange Reise dorthin war für viele der zuvor gewählten Wahlmänner mit großen Unannehmlichkeiten und Kosten verbunden. Zudem gab es mannigfache Klagen darüber, dass die Wahlmänner ihre Legitimationskarten erst so kurzfristig erhielten, dass es ihnen nicht mehr möglich war, den Wahlort rechtzeitig zu erreichen. Wenn dies dennoch gelang, so sah sich der Wähler oftmals der Gewalt organisierter (angeblich von den Machthabern bezahlter) Banden ausgesetzt, welche es insbesondere auf seine Legitimationskarte abgesehen hatten. Als Komplizen dieser Räuberbanden sah man die bestenfalls passiv zuschauende Gendarmerie und – erneut als Träger einer negativen Rolle – „die Juden", die auch mit etlichen Fällen von versuchtem Legitimationskartenhandel in Verbindung gebracht wurden. Andere Wähler wurden mit Schnaps und Speisen – die „Wahlwurst" (*kiełbasa wyborcza*) wurde sprichwörtlich – gefügig gemacht. Das Wahllokal selbst befand sich zumeist in einem ebenfalls durch die Amtsträger kontrollierten Gebäude, meist in der Bezirkshauptmannschaft. Hier, unter engen räumlichen Verhältnissen, kam es erneut zu groben Unregelmäßigkeiten wie dem Entreißen von Legitimations- und Stimmkarten, Stimmenkauf und Einschüchterungsversuchen.

Die Abgeordnetenwahl unterschied sich in zwei wesentlichen Punkten von den Urwahlen, und beide hätten theoretisch in die Richtung eines vergleichsweise faireren Wahlverlaufs wirken müssen. Zum einen schrieb das Gesetz eine Kommission vor, welche den Wahlakt zu überwachen hatte. Zur einen Hälfte war diese von den Wählern selbst und zur anderen Hälfte von dem Wahlkommissär zu bestimmen. Ein siebtes Mitglied sollte dann von den bereits Bestimmten kooptiert werden. Diese Regelung nahm dem Wahlkommissär die absolute Machtposition, auf die er sich bei den Urwahlen stützen konnte. Allerdings war es ihm erlaubt, bei Unterschreitung der „erforderlichen Anzahl der Wahlberechtigten" die Wahlen ohne Kommission durchzuführen, eine Bestimmung, die er offenbar nicht selten missbrauchte. Außerdem war die Wahl der Kommission, dort wo sie zustande kam, oftmals Manipulationen ausgesetzt, in deren Folge sich die Wähler nicht rechtmäßig ver-

treten sahen und die Kommission ihre Kontrollfunktion nicht befriedigend wahrnehmen konnte.[239])

Der zweite grundsätzliche Unterschied zu den Urwahlen bestand darin, dass die Abgeordnetenwahl seit der Reform von 1896 durchwegs in der schriftlichen Form durchgeführt wurde. Diese Änderung ging auf eine unerwartete Willensdemonstration des Abgeordnetenhauses im Mai 1896 zurück, als dieses sich in der Spezialdebatte gegen die Meinung seines vorbereitenden Ausschusses stellte. Sowohl die ursprüngliche Regierungsvorlage als auch die Fassung des Wahlreformausschusses hatten es bei dem bisher geltenden Prinzip belassen, wonach bei der Frage des Wahlmodus – offene oder geheime Wahl – die Bestimmungen der jeweiligen Landtagswahlordnungen maßgeblich zu sein hätten. Widerstand gegen diese in § 41 getroffene Regelung kam in der Debatte von (deutsch-)sozialdemokratischer und deutschnationaler Seite. In deren Argumentation spielte das Bild von Galizien und der Topos der „Galizischen Wahlen“ eine Schlüsselrolle, obwohl auch die Bukowina und Dalmatien unter die Länder mit beibehaltener offener Wahl gefallen wären.

Der Grund für dieses Interesse an Galizien war in der gesamtpolitischen Situation zu suchen. Nach Überzeugung der Gegner des § 41 in der vorliegenden Fassung war es der *influenza polonica* (so ein verbreitetes Schlagwort), der Tatsache, dass „dieses Haus und alle Länder dieses Reiches von den Galizianern regiert werden“, zuzuschreiben, dass die mündliche Wahl überhaupt im Gesetzestext vorgesehen sei. Dank ihr könnten die „Schlachzizen“ ihren Einfluss auf die eingeschüchterte Bevölkerung auch noch im Wahllokal spielen lassen. Dieser Form des Machtmissbrauchs hätten sie es schließlich zu verdanken, dass sie in so großer Zahl ins Parlament einziehen und der österreichischen Politik ihren Stempel aufdrücken könnten. Allerdings blieb eine mit dieser Argumentation verbundene Grundannahme, dass nämlich schriftliche Wahlen weniger anfällig seien für Wahlmissbrauch als mündliche, nicht unwidersprochen. Bei Ländern mit einer hohen Analphabetenrate, so die Gegenthese, konnte der Wähler nur auf mündlichem Weg seinen Willen direkt ausdrücken, während die schriftliche Form die Vermittlungstätigkeit eines Schreibers bedinge, die ihrerseits eine potenzielle Quelle von Wahlbetrug darstelle. Dass solche Befürchtungen nicht unbegründet waren, sollten die Wahlen von 1897 in Galizien dann tatsächlich zur Genüge beweisen.[240])

Nach jener skizzenhaften Darstellungen einer Wahlmissbrauchs-Chronologie sind wir damit bereits beim Abgeordnetenhaus angelangt. Hier fand die Chronologie insofern ihre Fortsetzung, als es nun, beginnend unmittelbar nach der Eröffnung des Parlaments, um den politischen Umgang mit der Problematik ging. Hier trat die galizische Opposition auf den Plan, um mittels eines Dringlichkeitsantrags auf die fundamentale Bedeutung des Wahl-

---

[239]) Zur Wahlkommission, ihrer Zusammensetzung und ihren Kompetenzen siehe GO § 32–34.

[240]) Siehe die Debatte Sten. Prot. AH, 11. Session, 488. Sitzung (5. 5. 1896), S. 24669–24708, insbesondere die Wortmeldungen der Abgeordneten Bareuther, Pernerstorfer und Kaiser sowie die Replik des Polnisch-Konservativen Wojciech Dzieduszycki, der vor allem mit der Beschneidung der autonomen Rechte der Landtage argumentierte. Nach der überraschenden Annahme des Abänderungsantrags Bareuther (durchgehende Schriftlichkeit der Abgeordnetenwahl) gab es noch den Versuch, dieses Prinzip auch bei den Urwahlen (§ 29) durchzuführen. Dieses Ansinnen scheiterte jedoch, nachdem einige Redner darauf hingewiesen hatten, dass gerade hier, bei der Urwählerschaft, die Problematik des Analphabetismus besonders stark ins Gewicht fiele.

missbrauchs für die innere Verfassung des Parlaments und die Legitimität seiner Mitglieder hinzuweisen. In einem ersten Schritt erkannte das Haus am Ende jener bereits erwähnten Debatte den „Galizischen Wahlen" den Tatbestand der Dringlichkeit zu, versagte aber den inhaltlichen Forderungen der Anträge (Schaffung eines Sonderausschusses mit dem Recht der Einvernahme von Zeugen) die Zustimmung, indem es einem Alternativvorschlag (der Zuweisung der beiden Anträge an den Legitimationsausschuss) den Vorzug gab.

Dieses scheinbar widersprüchliche Verhalten erklärt sich aus der politischen Disposition der Parlamentsmehrheit: Ohne sich dem Willen der Opposition zu beugen, signalisierte man doch die Bereitschaft, die Vorfälle ernst zu nehmen, um insbesondere die Autorität des Parlaments und seiner Mitglieder zu wahren. Wiederholt wurde die Meinung geäußert, solche rechtswidrigen Exzesse entsprächen nicht dem Niveau eines Gemeinwesens, das sich zu den zivilisiertesten der Welt zähle. Auch hier war also eine kulturelle Wertung Galiziens impliziert, projiziert auf den Hintergrund des Gesamtstaates und dessen Bild in der Außenwelt. Karl Lueger brachte diesen Gedanken auf den Punkt, indem er feststellte, es ginge nicht nur darum, dass „wir doch endlich einmal wissen, wie es in diesem Lande (Galizien, H. B.) aussieht", sondern auch um die „Ehre des Staates".[241])

Interpellationen von Abgeordneten bildeten ein zweites Mittel, den parlamentarischen Betrieb mit dem Phänomen der galizischen Wahlmissbräuche zu konfrontieren. Von zwölf Interpellationen zu irregulären Vorkommnissen bei den Reichsratswahlen von 1897 beschäftigten sich acht mit galizischen Wahlkreisen.[242]) Allerdings wurde bei der Interpellation das parlamentarische Forum und damit indirekt auch die Öffentlichkeit weit weniger direkt involviert als dies beim Dringlichkeitsantrag der Fall war. Die Interpellation konnte im besten Fall Gegenstand einer Beantwortung, nicht aber Anlass für eine Debatte sein. Adressat waren die Ministerien, hier insbesondere das Innenministerium, dem die Statthalterei und damit mittelbar alle untergeordneten politischen Verwaltungsstellen des Landes unterstanden.

Ein Blick in die Aktenbestände zeigt, dass die Interpellationen zwar sehr wohl die Landesbürokratie in Gang setzten, dass aber andererseits kaum ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, die Sachverhalte auf objektive Weise aufzuklären. Das war auch kaum zu erwarten, denn weder der Ressortleiter noch die ihm unterstellten Beamten hatten ein Interesse daran, eigene Verfehlungen zuzugeben und damit den Ruf des pflichtbewussten Staatsbeamten zu schädigen. Zudem wurden mit der Untersuchung der Vorfälle genau diejenigen betraut, welche stets als die wichtigsten Glieder in der Kette der Wahlmissbräuche angeprangert wurden, nämlich die Bezirkshauptleute (Starosten). Um es ihnen besonders bequem zu machen, konnten diese auf ein schon in Formularform vorgedrucktes Schriftstück zurückgreifen, in dem sie die Beschwerden als unbegründet qualifizierten.[243]) Da

---

[241]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 4. Sitzung (7. 4. 1897), S. 142.

[242]) Index zu Sten. Prot. AH, 12. Session, S. 223 f. Zu nennen ist außerdem eine in diesem Zusammenhang stehende Ministeranklage gegen Badeni, eingebracht am 10. November 1897 durch den Ukrainophilen Teofil Okunevs'kyj. Siehe dessen Wortlaut in: Reichsrathswahlen in Ostgalizien, S. 243–260.

[243]) Diese in großer Zahl vorhandenen Formulare lauteten: „In Befolgung des Erlasses vom (…) betreffend die rückfolgende telegraphische Beschwerde des (…) beehre ich mich die den Sachverhalt aufklärenden Berichte des Bezirkshauptmann (…) zur Kenntnis E. E. mit dem Beifügen vorzulegen, dass ich angesichts des dargestellten Sachverhaltes keinen Grund gefunden habe, aus Anlass

keine inhaltliche Substanz aus diesen behördeninternen Abklärungen zu gewinnen war, blieben alle Interpellationen letztlich irgendwo zwischen Statthalterei und Ministerium hängen. Das Schicksal der unbeantworteten Interpellationen teilten sie allerdings mit der großen Mehrheit der Interpellationen in jener sehr kurzen 12. Session (27. 3.–2. 6. 1897) des Abgeordnetenhauses.[244])

Schließlich gab es ein spezifisches parlamentarisches Verfahren im Umgang mit angefochtenen Wahlen, das in der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses festgelegt war. Jeder, ob wahlberechtigt oder nicht, hatte das Recht, Wahlproteste zuhanden des Parlamentspräsidiums einzureichen, deren Behandlung einem eigens eingerichteten Legitimationsausschuss übertragen wurde. Auch hier zeigte sich eine gewisse Sonderrolle, aber doch keineswegs eine exklusive Stellung Galiziens in der Frage des Wahlmissbrauchs, betrafen doch von den 96 Wahlprotesten des Jahres 1897 (12. Session) 57 galizische Wahlkreise.[245]) Hinsichtlich seiner politischen Wirksamkeit war dieser Weg allerdings kaum besser geeignet, die Legitimation der Gewählten zu gefährden. Dagegen sprachen zunächst die Verhältnisse im Ausschuss, dessen Zusammensetzung ein Spiegel der Mehrheitsverhältnisse im Parlament war. Mit der Rolle der Referenten in den jeweiligen Fällen wurden kaum je Oppositionelle betraut. Außerdem mussten Informationen wiederum von der Landesbürokratie eingeholt werden, womit man im selben Verfahren stecken blieb, wie dies bei den Interpellationen der Fall war. Insofern also das Haus in seinem gleich zu Sessionsbeginn durchgeführten eigenen Wahlprüfungsverfahren keine Bedenken äußerte, konnten auch diejenigen Abgeordneten, bei denen ein Protest im Legitimationsausschuss anhängig war, getrost die Vereidigung als Parlamentarier leisten. Zu einer nachträglichen Ungültigkeitserklärung der Wahl durch den Legitimationsausschuss ist es nie gekommen. Dieses strukturell unbefriedigende System durch Einrichtung eines außerparlamentarisch konstituierten Wahlgerichtshof zu ersetzen, wurde mehrfach im Abgeordnetenhaus angeregt. Umgesetzt wurden die Vorstöße jedoch nie.[246])

Wie bereits an anderer Stelle bemerkt wurde, waren die Wahlen von 1900/01 von einem signifikanten Rückgang der Wahlmanipulationen gekennzeichnet.[247]) Dieser Umstand ist nicht auf veränderte gesetzliche Grundlagen zurückzuführen, sondern alleine auf interne Weisungen an die Verwaltungs-, Justiz und Polizeibehörden, nach den Erfahrungen von 1897 und dem großen Echo in der Öffentlichkeit behutsamer vorzugehen. Völlig neue Bedingungen schuf erst die demokratische Wahlreform von 1907. Grundsätzlich ist davon

---

der fraglichen Beschwerde irgendwelche weitere Verfügungen zu treffen.“ Siehe unter anderem CDIAL, Fond 146, Opis 8, Spr. 5980, 18 ff. (Original deutsch).

[244]) Von den insgesamt 294 Interpellationen wurden nur gerade sieben beantwortet: Siehe Karl Neisser, Otto Neisser, Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates. Ihre Geschichte und ihre praktische Handhabung 1861 bis 1909, 2 Bde., Wien 1909, 1. Bd., S. 471. Laut G. O. § 68 bestand keine terminliche Fixierung der Beantwortung einer Interpellation.

[245]) Ebd., S. 355–360.

[246]) Zum Wahlakten-Verfahren siehe Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 2. Bd., S. 21–24 sowie Friedrich Tezner, Volksvertretung, S. 602–606.

[247]) Siehe S. 245. Diese Tendenz zeigt sich nicht zuletzt an der Anzahl der Wahlproteste, die auf 29 galizische (von insgesamt 43) zurückging. Siehe Index zu Sten. Prot. AH, 17. Session, Sachregister, S. 90 f.

auszugehen, dass demokratische Wahlen, die unter Beteiligung einer Massenwählerschaft abgehalten werden, schwerer zu manipulieren sind als Wahlen zu einem Privilegienparlament. Wenn mit Zehntausenden von Wählern zu rechnen ist, wird der Einzelne weit weniger in Versuchung geraten, mit unlauteren Methoden in den Wahlprozess einzugreifen als wenn der voraussehbare Abstand zwischen den rivalisierenden Kandidaten nur einige Dutzend Stimmen beträgt. Genau solche geringen Stimmdifferenzen waren jedoch bis 1907 die Regel gewesen, auch in der „demokratischen" (fünften) Kurie, wo ja infolge der indirekten Wahl der Faktor der Massenwählerschaft als Selbstkorrektiv für den Wahlprozess ebenfalls unwirksam geblieben war. Weiters ist festzustellen, dass mit der Abschaffung der für Wahlmissbrauch stets besonders anfälligen Urwahlen auch das einzige verbliebene Moment der mündlichen Wahl der Vergangenheit angehörte. Schließlich ist an die Intention des Gesetzgebers zu erinnern, mit der Abgrenzung der Wahlkreise nach nationalen Kriterien und der Schaffung der Doppelwahlkreise dem nationalen Kampf um Mandate und damit wiederum der Versuchung des Wahlmissbrauchs Grenzen zu setzen.

Solche Überlegungen gaben umso mehr zu Optimismus Anlass, als zeitgleich mit der Wahlordnung ein Gesetz zum Schutz der Wahl und Versammlungsfreiheit, das sogenannte Wahlschutzgesetz, erlassen wurde. Die darin in 16 Paragraphen gesammelten Straftatbestände lesen sich wie eine Rekapitulation der in Galizien – aber nicht nur hier – praktizierten Formen von Wahlmissbrauch: Bestechung, Bewirtung am Wahltag, Nötigung, Verbreitung falscher Nachrichten, Ergebnisfälschung, Wahlbehinderung, Verletzung des Wahlgeheimnisses und Behinderung der Wahlwerbung, schließlich Schutz der Versammlungsfreiheit.[248]) Das Wahlschutzgesetz erschien als logische Ergänzung der demokratisierten Wahlordnung, denn nur eine wirksame strafrechtliche Handhabung von Verstößen gegen die Wahlfreiheit konnte die unverfälschte Umsetzung des demokratischen Willens sicherstellen.

Zu dieser demokratiepolitischen Deutung des Wahlschutzgesetzes war allerdings eine konkurrierende Sichtweise im Umlauf, die uns zurückweist zum Terrorismus-Diskurs, den Badeni in jenem Akt der parlamentarischen Selbstverteidigung im Jahre 1897 exemplarisch vertreten hatte. Demnach war das Wahlschutzgesetz gar nicht eingebracht worden, um behördliche Willkür in den Griff zu bekommen, sondern um gegen die freie Wahlagitation (eben jenen „Terrorismus") der aufstrebenden Massenparteien und insbesondere der Sozialdemokratie, ein adäquates Rechtsmittel zu haben. Victor Adler qualifizierte es daher als „Gesetz der Angst vor der Sozialdemokratie".[249]) Er konnte dabei auf den § 13 verwei-

---

[248]) RGBl 1907, Nr. 18 (26. 1. 1907). Es ist zu betonen, dass sich dieses Gesetz nicht alleine auf die Reichsratswahlen bezog, sondern ausdrücklich auf alle Arten öffentlichkeitsrelevanter Wahlen anwendbar war. Bis 1907 waren aufgrund einer Strafgesetznovelle von 1862 (RGBl 1863, Nr. 8) nur die Tatbestände des Stimmenkaufs (allerdings ohne das nun inkludierte bloße Anbieten eines solchen Handels) und der Wahlfälschung (nun ohne Qualifizierung als „listige" Vorgehensweise) einer speziell auf den Wahlakt hin definierten Strafnorm unterworfen. Bei allen anderen Tatbeständen, wie insbesondere demjenigen der Nötigung, waren nur die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzes anwendbar, die sich in der Praxis als unzweckmäßig erwiesen. Vgl. Alfred Handl, Gesetz vom 26. Jänner 1907 betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit, Czernowitz 1907.

[249]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 471. Sitzung (11. 1. 1907), S. 41441–41453. Siehe auch die Replik des Ausschusssprechers Gessmann ebd. S. 41461–41465.

sen, der den so oft angeprangerten Wahlkommissär sowie die Mitglieder der Wahlkommission und den Schriftführer ausdrücklich aus der Wirksamkeit des Gesetzes ausnahm, indem er diese Personen aufgrund ihrer temporären Funktion im Wahlprozess als Beamte definierte, die den Normen (Missbrauch der Amtsgewalt, § 101 St. G.), aber auch dem Schutz (Aufstand gegen die Obrigkeit, § 68) des Strafgesetzes unterstanden.[250]) Bemühungen von Seiten einer Ausschussminderheit, die Beamtenschaft in dieses Gesetz zu inkludieren „weil die Erfahrung gelehrt hat, dass Beamte und Funktionäre sehr häufig von der ihnen anvertrauten Gewalt manchen Missbrauch treiben“, blieben ohne Erfolg. So sehr die Debatte teilweise in allgemeine staatspolitische Bahnen gelenkt wurde: Diese Worte ließen den Hörer wieder unwillkürlich an Galizien denken.[251])

Die faktische Ausnahme der breit definierten Beamtenschaft von der Wirksamkeit des Wahlschutzgesetzes ließ mitunter Zweifel aufkommen, ob das Jahr 1907 wirklich die erhoffte Zäsur bringen würde. Wer sich auf diese Weise zum Skeptiker erklärte, sollte vollumfänglich Recht bekommen: Die ersten allgemeinen und gleichen Wahlen brachten nicht einen Niedergang oder gar eine Beseitigung des galizischen Wahlmissbrauchs, sondern einen neuen Höhepunkt in dieser leidvollen Geschichte. Wie zehn Jahre zuvor wurde die Öffentlichkeit auch im Jahre 1907 durch eine Reichsratsdebatte mit dieser Tatsache konfrontiert, ausgelöst erneut durch Dringlichkeitsanträge (diesmal waren es fünf) von ruthenischer, sozialdemokratischer und nationaljüdischer Seite. Hinzu kamen 24 Interpellationen (von insgesamt 30 in dieser Angelegenheit).[252]) Wegen der großen Anzahl protestierter Wahlen konnten von den 106 galizischen Mandaten zunächst gerade einmal 26 bestätigt („agnosziert“) werden.[253]) In weiteren sechs Fällen wurde die Wahl nachträglich für gültig erklärt, als der Legitimationsausschuss den jeweiligen Wahlprotest für unbegründet erklärte.[254]) Daraus folgt, dass annähernd 70 % der galizischen Abgeordneten ihr Mandat ausübten, ohne dass ihre Wahl für offiziell gültig erklärt worden war.

Zur Annullierung von Wahlen ist es freilich auch nach 1907 nicht gekommen, obwohl die Bedingungen für eine effektive Aufarbeitung nun deutlich besser waren: Eine neu eingeführte Bestimmung der Reichsratswahlordnung von 1907 schrieb dem Legitimationsausschuss ein speditiveres Arbeiten vor, während gleichzeitig dessen Referentenstellen aufgrund der geänderten politischen Zusammensetzung des Hauses nun auch mit Vertretern der anklagenden Parteien besetzt wurden.[255]) Das Problem blieb bestehen, dass die Minis-

---

[250]) Vgl. Handl, Gesetz, S. 37.

[251]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 471. Sitzung (11. 1. 1907), S. 41426. Minoritätsvoten ebd, Beilage 2273, S. 21 f.

[252]) Sten. Prot. AH, 18. Session, Index, Bd. 1, S. 959 f. Die Auflistung der Wahlproteste in Sten. Prot. AH, 18. Session, 2. Sitzung (20. 6. 1907), S. 10.

[253]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 2. Sitzung (25. 6. 1907), S. 56 f.

[254]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 20. Sitzung (24. 7. 1907), S. 1826.

[255]) So hatte etwa der ruthenische Sozialdemokrat Semen Vityk den Wahlakt des polnisch-konservativen Wojciech Dzieduszycki zu betreuen. Siehe AGAD, Justizministerium, Sign. 316, Nr. 104/226a. In rechtlicher Hinsicht war bis 1907 die Konstituierung und Arbeitsweise des Legitimationsausschusses alleine durch die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses festgelegt. Der § 41 der neuen Reichsratswahlordnung verfügte nun, dass der zuständige Referent vor dem Plenum Bericht zu erstatten habe, falls die Untersuchung binnen eines Jahres nicht abgeschlossen sei. Diese Gesetzesnorm blieb jedoch faktisch ohne Folgen, da die notwendigen Informationen für

terien, insbesondere das Justizministerium, nur zögerlich die Akten zur Verfügung stellten. Die Gerichte hatten selbst alle Hände voll zu tun, standen sie doch vor einer Flut von Anklagen wegen Verstoßes gegen das Wahlschutzgesetz. Dieses schien zu einem Instrument der wechselseitigen Überwachung und Denunziation auf unterster gesellschaftlicher Ebene auszuarten. Nicht selten stand eine der lokal organisierten Parteien im Hintergrund, welche hier ein Mittel fanden, Anhänger und Aktivisten der Gegenpartei bereits während des Wahlkampfs zu neutralisieren. Besonders häufig betroffen waren die Delikte der Bestechung (§ 3), Nötigung (§ 5) und Wahlbehinderung (§ 8).[256])

Das Parlament und damit die Öffentlichkeit waren allerdings wiederum in erster Linie mit Klagen wegen Machtmissbrauchs der Behörden konfrontiert, und erneut stand der Statthalter im Zentrum der Kritik. Man sprach von einem „Potocki'schen Wahlschwindelsystem", das sich von der auf plumper Gewalt beruhenden Badenischen Variante durch seine Raffinesse unterscheide.[257]) Es ist hier nicht der Ort, nochmals das ganze Spektrum der angeprangerten Vorfälle auszubreiten, denn vieles war bereits bekannt unter dem alten Wahlsystem. Erwähnenswert scheint eine besondere Form der behördlich sanktionierten Wahlbestechung, die mit der Jahreszeit des Wahlgangs von 1907 zusammenhing. Im Frühjahr nämlich schritt die mit der sanitären Inspektion von Häusern und Läden beauftragte Gewerbepolizei durchs Land, deren ergänzter Auftrag nun angeblich lautete, Milde und Härte entsprechend des Wahlverhaltens der Haus- und Ladenbesitzer zu verteilen. Dort, wo man schärfere Bestimmungen in das Wahlgesetz von 1907 eingebaut hatte, etwa bei der Offenlegung der Wählerlisten, fanden sich dennoch Möglichkeiten, Missbrauch zu betreiben. Die Ausstellung fiktiver Wahllegitimationen stellte ein besonders häufig beobachtetes Phänomen dar: In einer der zahlreichen humoristischen Momente der Dringlichkeitsdebatte sah sich einer der „Ankläger" veranlasst, das Bild von Galizien als dem Land der nicht-allgemeinen und nicht-gleichen Wahlen umzudrehen und zu behaupten, gerade hier hätten wirklich allgemeine Wahlen stattgefunden – denn nur in Galizien wählten auch die Toten und die Sträflinge.[258])

Nur bedingt wirksam wurde auch eine in das neue Wahlgesetz aufgenommene Bestimmung, wonach der so oft kritisierten Wahlkommission ein Gremium von Vertrauensmännern zur Seite gestellt wurde, die von den „wahlwerbenden Parteien" zu benennen waren. In einem Staat ohne Parteiengesetz und einem Kronland, wo Politik noch stark persönlichkeitsbezogen und nur ansatzweise von institutionalisierten Parteien organisiert war, führte diese Bestimmung jedoch zu mannigfaltigen Schwierigkeiten. So vermochte etwa der Wahlkommissär einer Gruppierung die Qualität einer „wahlwerbenden Partei" abzusprechen, ohne dass diese unmittelbar wirksame rechtliche Schritte dagegen unternehmen konnte.

---

eine solche Berichterstattung von behördlicher Seite nicht ausreichten. Nach einer internen Diskussion beschloss der Ausschuss, auch nach Verstreichen dieser Frist weiter zu tagen. Siehe Arbeiterzeitung 26. 6. 1908 (175), S. 5.

[256]) Siehe die außerordentlich reichen Bestände in AGAD, Justizministerium, Sign. 315 und 316.

[257]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 567 ff. (Rede Ernest Breiter). Die Parlamentsdebatte von 1907 ließ hinsichtlich Länge und verbaler Heftigkeit diejenige von 1897 weit hinter sich, wie insbesondere diese von Injurien gespickte Rede des unabhängigen Sozialisten zeigte.

[258]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 565–567 (Rede Adolf Stand).

Nichts Neues brachte auch die geheime Wahl, die nun zum allgemeinen Prinzip erhoben war und dennoch weiterhin eine Quelle von Wahlmissbrauch darstellte. Viel Kritik erntete etwa die Praxis der Bezirkshauptmannschaften, die Wahlzettel erst im Wahllokal auszuteilen und dann nur offiziell benannte (sprich: korrumpierte) Schreiber mit dem Ausfüllen zu beauftragen. Ein beliebtes, gerade mit der Schriftlichkeit der Wahl verbundenes Mittel des Missbrauchs war es, die verschiedenen Schreibvarianten eines Namens (inkl. Titel und Beruf) separat zu zählen bzw. einzelne Varianten zu annullieren, auch wenn über den bezeichneten Kandidaten absolute Klarheit herrschte. So wurden etwa Markus B und Marcus B oder Pater Hrynevec'kyi und Pfarrer Hrynevec'kyj zu jeweils zwei verschiedenen Kandidaten erklärt.[259])

Die Oppositionsstellung zwischen Anklägern und Behörden war nur einer der Leitdiskurse jener Dringlichkeitsdebatte von 1907. Als Gegenentwurf zur ruthenischen Anklage an „die Polen“ als die Urheber von Wahlbetrug wurde mit zahlreichen Beispielen die Behauptung belegt, dass auch die Ruthenen dort, wo sie sich in einer Machtposition befanden, Wahlmissbrauch betrieben hätten. Damit suchte man, die Kontroverse in nationaler Hinsicht zu neutralisieren. Im weiteren gab es einen im Parlament mit großer Heftigkeit geführten Disput über die angeblich destruktive Rolle der Sozialdemokratie. Sobald diese im Spiel war, wurden sofort – die Zwischenrufe lassen es erkennen – in stärkerem Maße außergalizische Parlamentarier mit einbezogen. Dennoch stand als prägende Grundthese über der Debatte wie schon zehn Jahre zuvor der politisch-kulturelle „Sonderfall“ Galizien. Er diente nun umso mehr als Folie für die parlamentarische Kontroverse, als der zwischenzeitliche politische Modernisierungsschub von 1907 die scheinbar unveränderte Situation der Rückständigkeit in jenem Kronland in noch grellerem Licht erscheinen ließ. Allein die Provenienz der Initianten und Redner wie auch die inhaltlichen Forderungen der Dringlichkeitsanträge – erneut die Einrichtung eines Sonderausschusses für Galizien – legten die Wahlmissbrauchsdebatte auf dieses Kronland fest.

In ihren Wortmeldungen brachten die „Ankläger“ ihre Konzeption der Rückständigkeit Galiziens auf den Punkt, indem sie forderten, endlich „Galizien in Europa zu verwandeln“, damit eine „europäische Verwaltung“ und nicht mehr „barbarisch asiatische Zustände“ in diesem Land herrschten.[260]) Diesem Bild widersetzten sich nun allerdings die Verteidiger, wenn sie Wahlmissbrauch als nicht exklusiv galizisches Phänomen verstanden wissen wollten, sondern als Ausdruck menschlicher Verfehlungen in Zeiten kollektiver politischer Erhitzung. Ihren Opponenten warfen sie vor, „Galizien zu kompromittieren vor dem Forum der Geschichte und vor der Welt“.[261]) Es konnte kaum verwundern, dass ein Mitglied des Polenklubs Urheber eines solchen positiven Gegenbildes von Galizien war, denn gerade dem Polenklub musste es über den engeren Kontext der Debatte hinaus darum gehen, seine eigene politische Arbeit der vergangenen Jahrzehnte vor der heimischen nationalen Öffentlichkeit zu verteidigen.[262])

---

[259]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 8. Sitzung (4. 7. 1907), S. 711 (Adolf Stand), 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 560–565 (Teofil Okunevs'kyj).

[260]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 565–567 (Stand); 18. Session, 8. Sitzung (4. 7. 1907), S. 684–691 (Jędrzej Moraczewski) und 711 ff. (Teofil Okunevs'kyj).

[261]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 578–586 (Godzimir Małachowski).

[262]) Die Debatte wurde eigens ins Polnische übertragen und als Broschüre veröffentlicht: Sąd nad Wyborami Galicyjskimi w Parlamencie Austryackim. Stenograficzne sprawozdanie z 7 i 8 posiedzenia

Die Reichsratswahlen von 1911, obwohl als „Bobrzyński-Wahlen“ ebenfalls heftig umstritten, zeichneten sich durch einen signifikanten Rückgang der Wahlmissbräuche aus, soweit diese über die politischen Gremien vermittelt wurden: Keine Dringlichkeitsdebatte, eine weit geringere Anzahl von Interpellationen und eine Quote Galiziens im Bereich der Wahlproteste, die unter 50 % der insgesamt angefochtenen Wahlen lag.[263]) Der deutliche Rückgang der parlamentarischen Klagen wegen Wahlmissbrauchs „von Amtes wegen“ lässt den Schluss zu, dass der Wechsel des Statthalters letztlich den größeren Einfluss auf das veränderte Verhalten der Behörden hatte als die demokratische Wahlordnung von 1907 und das ihr angegliederte Wahlschutzgesetz. Obwohl sich also das Image Galiziens bei den letzten allgemeinen Reichsratswahlen vor dem Ersten Weltkrieg eindeutig verbesserte und bald andere Bilder, insbesondere diejenigen vom östlichen Kriegsschauplatz und den ankommenden Flüchtlingen, die bestehenden überlagerte, blieb der Begriff noch lange Zeit haften: So sprach man noch in der österreichischen Zwischenkriegszeit, als Galizien bereits der Geschichte angehörte, von Galizischen (zuweilen auch „Galizianischen“) Wahlen, wenn man Zustände des Betrugs und der Gewalt zu Wahlzeiten benennen wollte.[264])

D. Zusammenfassung

Eine Zusammenfassung dieses Abschnitts könnte sich insbesondere unter dem Eindruck seines letzten Kapitels an dem Leitkonzept der Rückständigkeit orientieren: Eine ländlich geprägte Gesellschaft ohne Tradition des aufgeklärten politischen Denkens und ohne einen tragenden Mittelstand, nicht abgetrennt, aber doch entrückt von den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ressourcen das Westens, wird nach der Angliederung an einen westlich orientierten Staat mit dem liberal-demokratischen Prinzip der rechtsstaatlich normierten Wahlen konfrontiert, und dieses Prinzip kann oder will jene Gesellschaft nicht oder nur unvollständig umsetzen. Eine solche Interpretation hätte in der damaligen Zeit viele Anhänger gefunden, nicht nur solche aus den sich selbst dem Westen zuordnenden, also vorwiegend deutschsprachigen Gebieten der Habsburgermonarchie, wo die Vorstellung der kulturellen Überlegenheit des Westens fest verwurzelt war. Unterstützung hätte die These auch in Galizien selbst gefunden.

Allerdings wäre mit zwei entgegengesetzten Varianten des Rückständigkeitstopos zu rechnen gewesen, die mit jeweils unterschiedlichen kausalen Zusammenhängen operierten. Prägnant formuliert lautete die Alternative: Rückständigkeit des Volkes oder Rückständigkeit der Herrschenden. Entweder lag also das Problem auf der Seite der unvorbereitet und daher eventuell verfrüht zu politischen Rechten gelangten Volksmasse, die – einer

---

Izby poslów z dnia 3 i 4 lipca 1907 [Das Urteil über die Galizischen Wahlen im österreichischen Parlament. Stenographische Protokolle von den Sitzungen …], Kraków o. J.

[263]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 2. Sitzung (19. 7. 1911) S. 9 f. und 3. Sitzung (21. 7. 1911), S. 76. Entsprechendes gilt allerdings nicht für die gerichtlichen Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Wahlschutzgesetz. So wurde alleine im Landesgerichtssprengel Lemberg die Staatsanwaltschaft in 350 Fällen aktiv. Siehe AGAD Justizministerium, Sign. 320, Folgenr. 271/4.

[264]) Siehe etwa: Der „Wahlsieg“ der Schande. Galizianische Wahlmethoden in Graz, Graz 1926.

zeitgenössischen Formulierung folgend – „nicht auf der Höhe der politischen Reife steht“ und nach Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts „im Rausche ihrer neuen Macht sich noch nicht klar darüber werden konnte, was mit der neuen Machtbefugnis anzufangen.“[265]) Nach dieser Auffassung blieb also das noch im Stadium der Infantilität verharrende galizische Volk vormundschafts- und leitungsbedürftig, und damit ließen sich wiederum nicht zuletzt manche Besonderheiten des Wahlgesetzes (etwa die offenen Wahlen) rechtfertigen.

Die Gegenseite sah die Rückständigkeit bei den Herrschenden, welche, anstatt sich den modernen rechtstaatlichen Normen zu beugen, ihre traditionelle Machthegemonie und die mangelnde Autorität des Staates zum eigenen Vorteil ausnützten. Obwohl dieser Vorwurf wiederholt von Seiten der politischen Elite zurückgewiesen wurde und obwohl andererseits sicherlich manche Verzerrungen und Übertreibungen bei den geschilderten Vorkommnissen in Rechnung zu stellen sind, kann es keinerlei Zweifel darüber geben, dass auch nach 1907 massive Eingriffe in den rechtmäßigen Wahlablauf stattgefunden haben. Wie gezeigt wurde, geschah dies zum einen unter Ausschaltung oder Behinderung der vom Gesetzgeber vorgesehenen Kontrollmechanismen (Wahlkommission, Partei-Vertrauensmänner), vor allem aber mit Hilfe der mit staatlicher Autorität agierenden Amtspersonen. Zu nennen sind insbesondere der Vorsteher der Bezirksverwaltung und der von ihr zur Durchführung der Wahl bestimmte Wahlkommissär, aber auch Verantwortliche der Militär- und Polizeigewalt.

Inwieweit der Bezirkshauptmann und die in seiner mittel- oder unmittelbaren Einflusszone agierenden Personen auf Anweisung des Statthalters oder in eigener Regie handelten, ist pauschal schwer zu beurteilen. Beide Sachverhalte treffen wohl zu, freilich in unterschiedlicher Ausprägung je nach den herrschenden lokalen Bedingungen. Im ersteren Falle handelte ein Repräsentant des Staates zwar unter der rechtfertigenden Annahme, seine Maßnahmen seien im Sinne des Staates und des Gemeinwohls, verwendete dazu jedoch rechtsstaatlich zweifelhafte Methoden. Sieht man den Amtsträger hingegen als eigenmächtig Handelnden, so muss man ihn als Teil seiner gesellschaftlichen Schicht begreifen, also eben jenes landgestützten Adels, dem es vor allem um die Abwehr modernisierender bis radikal-umstürzlerischer Elemente ging. Es handelte sich nämlich beim größten Teil der obersten Funktionsträger auf Bezirksebene (sei es der Bezirksverwaltung, sei es der autonomen Bezirksvertretung) selbst um Gutsbesitzer, die überdies sozial, wenn nicht sogar verwandtschaftlich mit dem jeweiligen konservativen Bewerber um das Landgemeindemandat verbunden waren.

Ist also das Paradigma der Gegensätzlichkeit von einer westlich geprägten Rechtskultur (ausgedrückt in der normativen Kraft des Wahlgesetzes) und einer östlich geprägten politischen Kultur (ausgedrückt in der faktisch wirksamen Wahlpraxis) gerechtfertigt? Beide Teile dieser Gegenüberstellung sind durchaus anfechtbar, wenn man sich jeweils eine erweiterte Perspektive zueigen macht. Was zunächst das zweitgenannte Element, die politische Kultur, betrifft, so war diese keineswegs nur galizisch, also lokal-„östlich“ geprägt. Vielmehr kamen die Methoden des Wahlkampfs und vor allem auch viele sprachliche Ele-

---

[265]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 8. Sitzung (4. 7. 1907), S. 701 (Äußerung Natan Loewensteins während der Dringlichkeitsdebatte zu den Reichsratswahlen in Galizien).

mente aus den westlichen Kronländern der Monarchie und, vermittelt durch diese, aus anderen westlichen Staaten. Man denke nur an die zahlreichen Termini der Wahlagitation („Terrorismus", „Wahlhyänen" etc.), an ihren pseudoreligiösen Stil – der eigene Kandidat wird zum Erlöser, der Gegner zum Volksfeind erklärt – und an den imaginierten moralischen Pakt zwischen Gesellschaft und Wähler, wenn letzterem Treue, Pflichterfüllung und Gehorsam im Sinne der Gesamtheit (Zusammenstehen „wie ein Mann") auferlegt wird.

All das sind ebenso wenig Erfindungen Galiziens oder Ostmitteleuropas wie die alltäglichen Wahlveranstaltungen und Aufmärsche, welche für die an westlichen Mustern orientierten Massenparteien charakteristisch wurden. Die wachsende Emotionalisierung der Wahlen in Sprache und kollektiver Gestik lief parallel zu einem signifikanten Wandel der Öffentlichkeit und einer neuen Funktion der Presse als Mobilisierungsinstrument, die ihrerseits in anderen Ländern vorexerziert worden war. Viele für die Wahlkultur charakteristische Elemente sind ohnehin weder im Westen noch im Osten zu verorten, sondern beruhen auf einer gewissen in Wahlzeiten wirksamen Eigengesetzlichkeit, welche durch die Rolle der Presse als dynamisierendem Element nur verstärkend zur Geltung kamen: Wahlen stellten (und stellen bis heute) Höhepunkte des gesellschaftlichen und individuellen Machtkampfs dar und sind daher gewissermaßen Ausnahmezustände im politischen Leben. Auf diese universelle Gesetzlichkeit verwies wiederum gerade im Jahre 1907 ein Galizier jüdischer Herkunft, Nathan Loewenstein, der während jener Dringlichkeitsdebatte des Abgeordnetenhauses meinte: „Die Wahlaktion gehört nicht zu den Schulen politischer Keuschheit; in ihr wird die politische Ethik, die höchste politische Tugend wohl selten gelehrt."[266])

Zum anderen ist nun jene Gegenüberstellung von West und Ost auch von der Seite der angeblich nicht vorhandenen Rechtskultur zu hinterfragen. Es ist davon auszugehen, dass die Achtung gesetzlicher Normen durchaus auch in Galizien ein Element des Denkens und Handelns der Amtsträger war. Das von der oppositionellen Rhetorik entworfene Bild des machtgierigen Despoten, der allein im Dienste eigener sozialer und nationaler Interessen agierte, ist sicherlich überzeichnet. So zeigt sich die Einbindung des lokalen Verwaltungsbeamten in eine Befehlshierarchie gerade in der disziplinierenden Wirkung, welche die Rundschreiben Bobrzyńskis auf die Wahlen von 1911 ausübten. Allerdings bedurfte es dazu eines Statthalters, dessen historisches und politisches Denken im Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und der Staatsautorität verwurzelt war.

Rechtsbewusstsein der Bevölkerung musste im übrigen nicht immer gleichbedeutend sein mit der Achtung der legislativ gesetzten Rechtsnormen: Im Jahre 1907 sorgte ein Dorf im westgalizischen Bezirk Myślenice für Aufsehen. Alle zuvor über die Region ergangenen Wahlveranstaltungen ignorierend, hatte eine Mehrheit der Wahlberechtigten beim Urnengang jenen einzigen Namen niedergeschrieben, der nach ihrer Meinung das Vertrauen verdiene: Kaiser Franz Joseph. Die Wähler wollten trotz mehrfacher Aufforderung nicht von ihrer Entscheidung abrücken, sondern blieben bei ihrer Auffassung, welche lautete: Die Abgeordneten würden immer nur Versprechungen abgeben, ohne danach zu handeln. Sie verdienten daher nicht wiedergewählt zu werden. Der Kaiser allein halte seine Versprechen. Man kann dieses Denken und Verhalten durchaus als Zeichen einer positiven politi-

---

[266]) Ebd.

schen Kultur sehen, da die Wählerschaft sich offenbar unbeeindruckt zeigte von Einflüssen der lokalen Machtträger und der politischen Propaganda der inzwischen ins Dorf gelangten Parteiaktivisten. Andererseits steht es natürlich für „Rückständigkeit“ , da es die Grenzen aufzeigt, auf welche die Vermittlung der Prinzipien des modernen Verfassungsstaats und der repräsentativen Demokratie in dieser Region der Habsburgermonarchie stieß.[267])

Auf der Ebene der politischen Organisationen wurde hingegen wiederum der Stellenwert rechtsnormierter Abläufe vielfach sichtbar, und dies spricht erneut gegen die These der mangelnden Rechtskultur. Als Beispiel diene das Organisationsprinzip der Wahlkomitees, insbesondere des szenebeherrschenden CKW bzw. RN, denen hier besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Tatsächlich war die polnische Wahlorganisation nicht nur eine hegemoniale, ohne Rücksicht auf Verluste agierende Wahlmaschine. Vielmehr gibt sie auch Zeugnis von entwickeltem Rechtsbewusstsein, etwa dort, wo Verfahren der Differenzbereinigung innerhalb eines Wahlbezirks zwischen verschiedenen Wahlkomitees (durch Delegiertenversammlungen) oder einzelner Städte (in der Form von Verträgen hinsichtlich des Rechts auf Kandidatenernennung) konzipiert und praktiziert wurden. Im Entwicklungsverlauf zeigt die polnische nationale Wahlorganisation eine für politische Organisationen in West und Ost insgesamt kennzeichnende Tendenz zur Normierung, Kodifizierung, Bürokratisierung und inneren Demokratisierung.

Der Kodifizierung diente insbesondere das Reglement des Jahres 1882, dem verschiedene adaptierte Versionen folgten. Eine Tendenz zur Bürokratisierung ließ sich vor allem nach der Jahrhundertwende feststellen, als man ein ständiges Büro einrichtete und Maßnahmen zugunsten einer gesicherten finanziellen Grundlage anstrebte. Der Einbau demokratischer Elemente in die Organisation ergab sich aus der zunehmend spürbaren Notwendigkeit, die Wählerschaft an Entscheidungsmechanismen partizipieren zu lassen. Diese Funktion erfüllte zunächst der Delegiertenkongress der Bezirkskomitees, welcher als Gegenpol zum Prinzip der Ernennung der CKW-Mitglieder „von oben“, durch die Landtagsabgeordneten (Stichwort „Wechselseitige Mandatsversicherungsanstalt“) konzipiert war. Durch diese Einbindung der lokalen politischen Eliten in die oberste Entscheidungsebene des CKW gelang es immerhin, die lokalen Wählerversammlungen aufzuwerten und damit die Wahlpolitik näher an die Bevölkerungsbasis heranzuführen. Selbstverständlich war der Kreis der auf diese Weise institutionell integrierten Wählerschaft an den vor 1907 keineswegs demokratischen Maßgaben des Wahlgesetzes orientiert – ganz zu schweigen von den zahlreichen Fällen bewusster Manipulation der Wählerversammlungen.

Seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum Reichsrat ließen sich Bestrebungen ausmachen, die neukonstituierte polnische Zentralwahlorganisation (nun RN) auf das Fundament der Parteien zu stellen. Zu einer konsequenten Umsetzung dieser Idee kam es allerdings nicht. Hemmend wirkte zunächst (bis 1908) die Ausgrenzung der PSL, immerhin einer der maßgeblichen Parteien, aus dem polnischen Wahlverband, im weiteren der höchst unterschiedliche Organisationsgrad der Parteien selbst und schließlich der nach wie vor maßgebende Einfluss der Konservativen, welche ihre nach wie vor intakte Machtstellung im Landtag umzusetzen versuchten. So blieb der *Sejm* bzw. jener vordefinierte „In-Kreis“ der polnischen Landtagsabgeordneten diejenige Instanz, welche die Zu-

[267]) Gazeta Narodowa 23. 5. 1907 (116), S. 2.

sammensetzung des RN bestimmte, wenn auch nun durch einen festen Verteilungsschlüssel. Maßgebend war dabei die Fraktionsstärke, und diese konnte bei dem beibehaltenen Kurien- und Privilegienwahlrecht des Landtags eben nicht als Spiegel der Parteistärke im Lande gelten. Aus dieser Inkongruenz ergaben sich zahlreiche interne Probleme des RN. Hinzu kamen die Reibereien in den Wahlbezirken selber, wo die Strukturen des RN mit denjenigen der bereits existierenden Parteien in Konflikt gerieten. Trotz aller Schwierigkeiten und aller Zaghaftigkeit der Modernisierung gilt jedoch auch hier: Es wurden Strukturen und Reglementierungen aufgebaut, die keineswegs dem Bild einer „östlichen" Willkürherrschaft entsprachen, sondern einem rational gelenkten, zumindest dem Anspruch nach auf Effizienz ausgerichteten Prinzip. Der Kampf um Wählerstimmen fördert eben doch nicht nur die politische Untugend, wie Loewenstein meinte, sondern wirkt auch modernisierend durch Organisation und Integration einer vorerst zersplitterten politischen Gesellschaft.

Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, dass der Topos von der rückständigen politischen Kultur, der im Begriff der „Galizischen Wahlen" seinen prägnantesten Ausdruck fand, von einer Einheitlichkeit des Kronlands ausgeht, die in der Wirklichkeit nicht existierte. Die Verhältnisse in den Städten waren ganz andere als auf dem Lande. Selbstgesteuerte, demokratische Prozesse nahmen dort einen vergleichsweise großen Raum ein, ebenso wie „moderne" Formen des Parteienkampfs. Zweitens konnte ein West-Ost-Gefälle innerhalb Galiziens konstatiert werden. Im national umkämpften Ostteil des Kronlands waren Erscheinungen von Machtwillkür bei Wahlen häufiger als im Westen. Das hing nicht nur generell mit der Dynamisierung politisch-sozialer Konflikte durch den Nationalitätenkampf zusammen, sondern auch mit institutionellen Prozessen. Während sich die polnische Zentralwahlorganisation zunehmend auf den Ostteil konzentrierte und hier die bedingungslose Kampfparole ausgab, wirkte die schnell wachsende Präsenz der PSL in den Institutionen Westgaliziens als ein Gegengewicht, das zudem seit 1908 im Sinne der polnischen Nationalparteien offiziell „legalisiert" wurde. Die Verhältnisse in West- und Ostgalizien unterschieden sich auch, hier freilich nur graduell, hinsichtlich der Rolle der Juden. Deren Sonderposition vor allem in Ostgalizien wurde in diesem Abschnitt in vielerlei Hinsicht erkennbar. Gerade im Kontext von Wahlen wurden die Grenzen einer Integration der Juden in die bestehenden nationalen Institutionen und Prozesse deutlich, und dies lange bevor sie sich selbst in eigenen politischen Organisationen absonderten.

III. Fraktionen

A. Theoretische und statistische Grundlagen

Fraktionen sind organisierte Handlungseinheiten einer parlamentarischen Körperschaft. In Österreich nannte man sie und nennt sie noch heute „Klubs". Als sprachliches Relikt weist diese Bezeichnung zurück auf den Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts, als Gruppenbildungen in den Vertretungsorganen noch weitgehend informellen Mustern folgten. Im Honoratiorenparlamentarismus waren Fraktionen viel eher lose politische Gesinnungsgemeinschaften denn festgefügte Organisationen mit einem dauerhaft angelegten Statut und Programm. Gründe für diese Informalität sind sowohl im Verfassungssystem der konstitutionellen Monarchie zu suchen, welches dem Parlament nur eine bedingte politische Verantwortung zuschreibt, als auch im Wahlsystem, das einer privilegierten sozialen Schicht den Zugang zur Politik öffnet, ohne dass es einer festen organisatorischen Verankerung außerhalb des Parlaments bedürfte. Als Ausdruck dieser Sachlage und gleichzeitig als ein Element ihrer Begründung hat die Tatsache zu gelten, dass die Fraktionen im Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts in der Regel keinen rechtlich definierten Status besaßen. Das gilt auch für die österreichische Rechtsordnung vor 1918, wo sie weder im Geschäftsordnungsgesetz von 1873 (bzw. seinen Vorgängern von 1861 und 1868) noch in der autonomen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von 1875 aufscheinen.[1])

Die für die innere Konstitution des Abgeordnetenhauses gültigen Rechtstexte teilten dessen Mitglieder nach dem Kriterium ihrer durch den Wahlprozess definierten politischen Herkunft ein. Soweit die Abgeordneten als Gruppen definiert erschienen, waren sie dies also nur durch ihre Eigenschaft als Repräsentanten eines Kronlands (als historisch-politischer Grundeinheit des Staates) und einer Wahlkurie (als Verkörperung der gesellschaftlichen Interessenvertretung). Wo das parlamentarische Handeln begann, hörte die Wirksamkeit dieser durch die Staatsstruktur und die Wahlordnung definierten Kategorien auf. Eine Verlängerung in den Bereich der Selbstorganisation des Parlaments hätte auch der Idee der neu zu konstituierenden organischen Einheit des parlamentarischen Körpers widersprochen. Somit nahm schon der erste Akt eines jeden neugewählten Parlaments, die Auslosung der Abteilungen zwecks Prüfung der Wahlakten, keine Rücksicht mehr auf die politisch-territoriale Herkunft der Abgeordneten. Nur eine einzige Ausnahme gab es: Die Wahl in die Delegationen erfolgte nach Maßgabe der Länder und durch deren Vertreter.[2])

Die Herausbildung der Fraktionen folgte dagegen ausschließlich der Logik und dem autonomen Recht der parlamentarischen Selbstorganisation. Ein gewisser offizieller Status wurde ihnen lediglich dadurch verliehen, dass sie in eigenen Klubverzeichnissen aufgeführt wurden, welche die Parlamentskanzlei periodisch veröffentlichte. Optisch in Erscheinung traten sie in der Sitzordnung des Hauses, deren Festlegung in Absprache mit den Klubs

---

[1]) Zur Geschichte der Geschäftsordnung bis 1909 siehe Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 1. Bd., S. 3–56. Wortlaut ebd., Beilage. Auf die Diskrepanz zwischen der realen politischen Bedeutung der Fraktionen und ihrer Existenz im rechtsfreien Raum hat schon der Verfassungsrechtler Friedrich Tezner hingewiesen: Vgl. Ders., Die Volksvertretung, Wien 1912, S. 509 f.

[2]) RGBl 40/1873, Art. II. Die Stellung der Länder als konstitutive Teileinheiten ergab sich dadurch, dass das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom Dezember 1867 den Reichsrat als „gemeinsame Vertretung" eben dieser historisch-politischen Einheiten definierte und sein Wirkungskreis auf die allen cisleithanischen Ländern gemeinsamen Angelegenheiten beschränkte.

ebenfalls von der Parlamentskanzlei festgelegt wurde. Den wichtigsten Beitrag zur Institutionalisierung und inneren Verfestigung der Fraktionen leistete der parlamentarische Betrieb selbst. Mit der zunehmenden Komplexität des politischen Systems formalisierte sich die Kommunikation zwischen den Parlamentsklubs in der Form eines Kontaktforums der Fraktionschefs, den sogenannten Obmännerkonferenzen (Seniorenkonvent). Diese waren insbesondere auch verantwortlich für die Kommunikation mit der Regierung. Diese selbst, welche ja im monarchisch-konstitutionellen System als ein politisches Gegenüber des Parlaments konzipiert war, hatte ein eminentes Interesse an der Existenz festgefügter Fraktionen und förderte daher auch deren Stabilisierung. Je segmentierter die politische Landschaft, desto mehr musste eine auf Verlässlichkeit ausgerichtete Regierung darauf bedacht sein, mit einem strukturierten Gegenüber im legislativen Prozess zu tun zu haben. Auf Teile desselben konnte sie sich gegebenenfalls stützen, von anderen hatte sie sich abzugrenzen. Diese stabilisierende Funktion der Fraktionsbildung wurde allerdings seit den Badeni-Wirren von 1897 radikal in Frage gestellt.[3])

Wenn von einer gewissen Eigengesetzlichkeit bei der Herausbildung von Fraktionen ausgegangen werden kann, dann ist vor allem auf die Meinungspluralität hinzuweisen, nach der sich politische Körperschaften im Innern differenzieren. Betrachtet man nun freilich in einem ersten Schritt die Fraktionsnamen im österreichischen Abgeordnetenhaus, so erkennt man eine Vermischung solcher politisch-ideologischer Kennzeichnungen mit territorialen, wahltechnischen, personenbezogenen und schließlich nationalen Kategorien. Für ein rein politisches oder weltanschauliches Etikett stehen etwa „Fortschrittsklub“, „Klub der Konservativen“, „Antisemiten“, übersetzt auf die aus der Frühgeschichte des Parlamentarismus bekannte Position im Sitzungssaal „Linke“, „Linkes Zentrum“, „Rechtes Zentrum“. Daneben blieb die Bedeutung der Kronländer („Mährische Mittelpartei“, „Dalmatinischer Klub“) ebenso erkennbar wie zuweilen die Wahlkurie („Verfassungstreuer Großgrundbesitz“) in der Namensgebung zum Ausdruck kam. In der Regel war jedoch ein politischer Inhalt mit der territorialen bzw. wahltechnischen Kategorie verbunden. Auf die Bedeutung von Einzelpersönlichkeiten und damit wiederum auf den informellen Charakter der Fraktionsbildungen wiesen Klubbezeichnungen hin, die mit bestimmten führenden Parlamentariern verbunden waren („Herbst–Kaiserfeld-Klub“, „Coronini-Klub“, „Hohenwart-Klub“). Schließlich sind solche Fraktionen zu nennen, welche sich ausschließlich auf die nationale Zugehörigkeit ihrer Mitglieder bezogen („Polenklub“, „Südslawischer Klub“, „Ruthenenklub“). In diesem Fall bestand offenbar ein hoher integrativer Anspruch, bezogen auf die Pluralität innerhalb einer nationalen Gemeinschaft.

Die hier nur angedeutete Vielfalt der in den Klubnamen berücksichtigen Kategorien gibt Zeugnis von der Komplexität parlamentarischer Gruppenbildungen in einem großen, heterogenen Staat wie ihn das Vielvölkerreich der Habsburger darstellte. Neben dem Faktum der politischen Meinungspluralität förderten innerparlamentarische Gesetzlichkeiten die Herausbildung von Fraktionen. Dazu zählt insbesondere die Tatsache, dass bestimmte

---

[3]) Wilhelm Brauneder, Das Regierungssystem bis 1918, in: Österreichs Parlamentarismus. Werden und System, hrg. von Herbert Schambeck, Berlin 1986, S. 169–184, hier S. 174–176. Zur theoretisch-begrifflichen Grundlegung mit Bezug auf die österreichische Parlamentarismusgeschichte auch Helmut Widder, Parlamentarische Strukturen im politischen System, Berlin 1979, hier S. 22–57.

parlamentarische Instrumente nur einem Kollektiv zugänglich waren. So waren für die Einbringung eines Antrags im Abgeordnetenhaus 20 Unterschriften erforderlich, für eine Interpellation 15. Nur die Einbringung einer Petition war nicht an Gruppenrechte gebunden.[4]) Vereinzelte, nicht in einen Klub eingebundene Abgeordnete hatten außerdem Nachteile bei der Wahl in einen parlamentarischen Ausschuss, soweit sie sich nicht zu einem Adhoc-Verband mit anderen Fraktionslosen zusammenschlossen. Sie hatten zudem geringere Chancen, als Redner zum Zuge zu kommen, weil sie nicht von der Möglichkeit des Rednerabtausches innerhalb einer bestehenden Gruppe profitieren konnten.[5]) Die diversen objektiven Vorteile, die mit einer Konstituierung als Gruppe verbunden waren, führten mitunter zur Schaffung von Fraktionen, die aufgrund ihrer politisch-ideologischen Heterogenität geringe innere Stabilität aufwiesen. Ein Zusammenfügen und Auseinanderbrechen kennzeichnet vor allem die spätere Fraktionsgeschichte des Abgeordnetenhauses.[6])

Gerade im Vergleich zur politischen Partei erweist sich demnach die Fraktion in einem monarchisch-konstitutionellen System als wesentlich instabileres Gefüge. Während die Partei in der Gesellschaft strukturell und über den politischen Verein teilweise auch rechtlich verankert ist und in einem permanenten Diskursverhältnis mit einer aktiv oder passiv partizipierenden Öffentlichkeit steht, ist die Fraktion primär ausgerichtet auf ein Handeln innerhalb der gesetzlichen Vertretungskörperschaft. Die Fraktion nimmt teil an den konstitutionell garantierten Kompetenzen des Parlaments gegenüber dem Monarchen und der Regierung, also der Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierungstätigkeit. Nicht autonom festgelegte Parteitage, sondern Abläufe des staatlich-konstitutionellen Lebens, die teils extern (Einberufung und Schließung des Parlaments durch den Kaiser), teils intern (vom Parlamentspräsidium beschlossene Tagesordnung) festgelegt werden, bestimmen den Rhythmus der Fraktionstätigkeit. Anstelle eines dauerhaft verankerten Parteiprogramms kennzeichnet die Fraktionen unter den Bedingungen der konstitutionellen Dualität von Parlament und Regierung ein variabler, stets neu zu definierender Stellungsbezug im Verhältnis zur Regierung. Im Gegensatz zur Partei geht ihre Existenz in der Regel der Konstituierung des Parlaments nicht voraus, sondern ist als Folge innerparlamentarischer Vorgänge zu verstehen und zu analysieren.

Um sich nun als Teilhaber an der Mehrheit oder Minderheit im Parlament zu platzieren, mitunter als Regierungsfraktion (man sprach auch von „Arbeitsparteien“) oder Oppositionsfraktion zu deklarieren, boten sich in der parlamentarischen Praxis des österreichischen Abgeordnetenhauses wiederum mannigfaltige Instrumente an. Eine der ersten politischen Signale war die Wahl des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, das im Sinne der Mehrheit besetzt wurde. Dies eröffnete den Mehrheitsfraktionen die Möglichkeit, sich zu profilieren und den parlamentarischen Betrieb in ihrem Sinne zu steuern. Ab 1907 war

---

[4]) RGBl 94/1873, §§ 12, 13; Geschäftsordnung §§ 18, 68, 70.

[5]) Geschäftsordnung § 52D.

[6]) Als historischer Überblick dient die Darstellung von Lothar Höbelt, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, S. 895–1006, hier S. 899–954. Vgl. auch die ältere Darstellung von Klaus Berchtold, Die politischen Parteien und ihre parlamentarischen Klubs bis 1918, in: Österreichs Parlamentarismus, hrg. von Herbert Schambeck, S. 137–167.

man darum bemüht, das Konfliktpotenzial aus diesem politischen Akt herauszunehmen, indem man das Parlamentspräsidium auf eine immer größere Zahl (zunächst fünf, dann sieben Mitglieder) erweiterte und dabei auch die Oppositionskräfte, vor allem aber je einen Vertreter jeder Nationalität berücksichtigte. In der weiteren Folge bot die von einer Debatte begleitete Thronadresse, also die Antwort des Parlaments auf die Eröffnungsrede des Kaisers, den Fraktionen die erste Möglichkeit, sich inhaltlich zu positionieren.[7])

In den späteren Jahren versuchte man allerdings auch die Thronadresse den wachsenden politischen Spannungen innerhalb des Abgeordnetenhauses zu entziehen. Schließlich verlangte die Loyalität gegenüber der Dynastie, dass man den Kaiser möglichst aus den Parteikämpfen heraushalte. Seit 1891 wurde daher die Adressdebatte von einer simplen Loyalitätskundgebung abgelöst. Seit der 12. Session (1897) übernahm dann die Debatte über die Regierungserklärung die Stelle der alten, dem Monarchen geltenden Adressdebatte ein – ein kleiner Schritt in Richtung Parlamentarisierung des Systems. Die Wahl des Präsidiums und die Debatte über die Adresse bzw. Regierungserklärung waren gewissermaßen Inaugurationsakte jedes neu konstituierten Parlaments. Bei einem Regierungswechsel während einer Legislaturperiode diente zumeist die erste Lesung des Haushaltsentwurfs den Fraktionen dazu, ihre Stellung gegenüber der neuen Regierung kundzutun. Das Pro und Kontra gegenüber der Budgetvorlage bekam unabhängig von deren inhaltlicher Gestaltung den Stellenwert einer Grundsatzposition gegenüber der Regierung. Schließlich ist das breite Spektrum der verbalen Stellungnahmen und Handlungsweisen im parlamentarischen Alltagsbetrieb zu nennen. Dazu gehörten Regierungsvorlagen und hauseigene politische Vorstöße, Dringlichkeitsanträge und Anträge zur Eröffnung einer Debatte über eine Interpellationsbeantwortung oder etwa auch die Umstellung der Tagesordnung im Sinne der Wünsche der Regierung oder gegen diese. Schließlich ist die Obstruktion anzuführen, die wiederum in verschiedenen Varianten eine Extremform der Opposition gegen die Regierung darstellte, indem sie die ordnungsgemäße Erledigung der politischen Sachgeschäfte verhinderte. Die Zäsur liegt auch hier im Jahre 1897.

Allerdings ist nicht nur von Zäsuren zu sprechen, sondern auch von kontinuierlichen Veränderungen, welche das Abgeordnetenhaus wie alle Parlamente im europäischen Raum im Laufe der Jahrzehnte durchlief. Von seiner Konstituierung in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wandelte sich das österreichische Parlament von einer unter den Nationalitäten verfassungsrechtlich umstrittenen Institution, die sich ihrer eigenen Spielregeln noch zu vergewissern hatte, zu einem zwar institutionell festgefügten, andererseits aber durch den politischen Streit über weite Strecken gelähmten Organ inmitten einer Medien- und Massengesellschaft. Der ideellen Stärkung des Parlamentarismus dank einer fortschreitenden Demokratisierung stand eine Schwächung gegenüber, die sich aus der wiederholten Selbstausschaltung und der Einrichtung eines als semiabsolutistisch gebrandmarkten Notverordnungsregimes ergab. Allein die Statistik spricht eine deutliche Sprache.[8])

---

[7]) Zur Thronadresse vgl. insbesondere Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 2. Bd., S. 20.

[8]) Siehe Gernot D. Hasiba, Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917). Notwendigkeit und Missbrauch eines ‚staatserhaltenden Instruments' (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 22), Wien 1985, hier insbes. S. 169–182.

Die Fraktionen verfestigten sich einerseits intern durch eine fortschreitende Institutionalisierung und stabilisierten sich andererseits im parlamentarischen Gesamtgefüge aufgrund ihrer stärkeren Rückbindung an die Gesellschaft. Gleichzeitig schlugen sich die gesamtpolitischen Veränderungen im Fraktionswesen als Pluralisierung und Nationalisierung nieder. Um dies deutlich zu machen, wird in der folgenden Tabelle von der Anzahl der Klubs und ihrer nationalen Konstituierung ausgegangen. Da die Ausdehnung eines derartigen Überblicks auf die Zeit vor der Einführung der direkten Wahlen in das Abgeordnetenhaus schwierig ist, wird hier mit der fünften Legislaturperiode begonnen. Als Zeitpunkt gilt jeweils die Situation zu Beginn der Legislaturperiode.[9])

Tabelle III.1: Anzahl der Fraktionen des Abgeordnetenhauses nach Nationalitäten 5.–12. Legislaturperiode

LP	Jahr	Abg.	Dtsch.	Tsch.	Polen	Südslw.	Ital	Rum.	Ruth.	Juden[1]	Übernat.	TOTAL
5	1873	353	2+	Boykott	1	+	+	+	+	–	2	5
6	1879	353	2+	1+	1	+	0	+	+	–	1	5
7	1885	353	3++	1+	1	+	1	+	1	–	2	9
8	1891	353	2+++	1+	1	1+	1	+	1	–	3	10
9	1897	425	8++o	1+++o	3+o	+o	1	1	++o	0	3	17
10	1901	425	7++o	3+++	1++o	1+o	1	1	1+	0	3	18
11	1907	516	5+o	4+o	2+o	2	2+	1+	1+	1	1	19
12	1911	516	4 o	6 o	2 o	3 o	2 o	1	3 o	0	–	21

LP = Legislaturperiode, Abg=Anzahl Abgeordnete
\+ Abgeordnetengruppen, die sich einer übernationalen Fraktion anschlossen.
o Abgeordnete, die sich keinem Klub anschlossen (Fraktionslose)
[1] Juden jüdischnationaler Orientierung
Hospitanten werden als Klublose gezählt

Die Tabelle lässt zunächst einen wichtigen Unterschied erkennen zwischen den drei „großen“ nationalen Gruppen im Abgeordnetenhaus, Deutschen, Tschechen und Polen, und den vier „kleinen“, also Südslawen, Italienern, Rumänen und Ruthenen (die Juden stellten einen Sonderfall dar). Das Größenmaß bezieht sich selbstverständlich auf die Repräsentation im Abgeordnetenhaus, nicht auf die Bevölkerungsverhältnisse. Zwischen beiden lag ja im Privilegienparlament, teilweise aber auch nach 1907 (besonders was das polnisch–ruthenische Verhältnis betrifft) eine erheblich Diskrepanz. Die Gestaltung der politischen Achse der großen Drei, welche etwa 80 % aller Deputierten stellten, war eine der konstanten Probleme in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus. Angesichts der Dominanz des deutsch–tschechischen Konflikts um Böhmen kam dem Polenklub eine Mittelstellung zu, wie sich im Laufe dieses Abschnitts zeigen wird. Hier geht es jedoch zunächst um die Fraktionsbildung. Während die drei Großen von Beginn an selbständige nationale Klubs bildeten, beteiligten sich die Kleinen vorerst an übernationalen Fraktionen namentlich der Parlamentsrechten (gegen den Zentralismus der Deutschliberalen) oder agierten überhaupt ohne Klubbindung. Letzteres gilt etwa für die Ruthenen, welche erst ab der 8. Legislaturperiode (1885) einen eigenen Klub bildeten. Darauf wird noch zurückzukommen sein. In-

[9]) Als Quellen dienten: Höbelt, Fraktionen; Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde., Wien-Leipzig 1902–1914; Klubverzeichnisse des Abgeordnetenhauses; Tagespresse.

nerhalb der drei Großen wird die Sonderstellung des Polenklubs bis 1897 deutlich. Nur ihm gelang es, über diese ganze Zeitspanne hinweg eine Einheit zu bilden. Weder eine Beteiligung an einer übernationalen Fraktion noch eine Sezession ist hier zu verzeichnen, Letzteres freilich mit Ausnahme kurzfristiger Austritte im Verlauf bestimmter Legislaturperioden, welche an der entsprechenden Stelle weiter unten zu erwähnen sein werden.[10])

Ungeachtet der Differenz zwischen Großen und Kleinen lassen sich die beiden genannten Entwicklungstendenzen, also Pluralisierung und Nationalisierung, erkennen. Die Anzahl der Fraktionen vervierfachte sich von 1873 bis 1911, allerdings bei einem beinahe um die Hälfte vergrößerten Parlament. Hinsichtlich der Fraktionsvielfalt hat das Jahr der Einführung der allgemeinen Wahlkurie als größte Zäsur zu gelten. Die Hauptursache für die Diversifizierung lag zunächst im Zerfall der Großfraktionen im deutsch-österreichischen und polnischen, dann 1901 auch im tschechischen Lager. Daneben spielte sich ein Prozess der politischen Ausdifferenzierung bei den „kleinen" Nationalitäten ab, bei Südslawen, Rumänen und Ruthenen. Dieser Prozess ging zunächst nicht auf Kosten der übernationalen Fraktionen, denn der alt-mächtige konservativ-föderalistische Hohenwart-Klub, der auch deutsch-österreichische Abgeordnete umfasst hatte, reduzierte sich lediglich auf seinen slawischen Bestand (Slawisches Zentrum). Als übernationaler Verband neuer Art kam zudem im Jahre 1897 die Sozialdemokratie hinzu.

Den übernationalen Fraktionen versetzte erst das allgemeine und gleiche Wahlrecht den Todesstoß, zunächst (1907) den böhmischen Feudalen, dann (1911) der Sozialdemokratie. Allerdings muss die Slawische Union erwähnt werden, welche in den Jahren 1909 bis 1911 tschechische, slowenische und ruthenische Abgeordnete vereinigte. Im weiteren ist zu berücksichtigen, dass innerhalb der (hier zusammengefassten) Südslawen in Gestalt der Kroatisch-Slowenischen Vereinigung bzw. des Südslawischen Klubs auch nach 1911 eine übernationale Vereinigung existierte. Am auffälligsten war der Trend zur nationalen Vereinheitlichung in der Sozialdemokratie. Während des Weltkriegs kam es bei Polen und Ruthenen sogar zu einer Vereinigung derselben mit den jeweiligen gesamtnationalen parlamentarischen Vertretungen. Der weite Weg bis dorthin wird in den nun folgenden Ausführungen nachzuvollziehen sein.

B. Zwischen Föderalismus und Zentralismus. Der Polenklub und seine Gegner 1861–1897

1. Der Polenklub als Verteidiger galizischer Landesinteressen

Die einleitenden Feststellungen dienten dazu, den Gegenstand dieses Abschnitts, die Fraktionsbildung und Fraktionspolitik der galizischen Abgeordneten, in einen allgemeinen

---

[10]) Als übernationale Klubs wurden gezählt: 1873: Hohenwart-Klub, Klub der Linken; 1879: Rechtes Zentrum (Hohenwart); 1885: Rechtes Zentrum, Coronini Klub; 1891: Konservativer Klub, Coronini Klub, Mährische Mittelpartei; 1897–1901: Slawisch-christlicher Verband/Slawisches Zentrum, Böhm.-kons. Großgrundbesitz, Sozialdemokratischer Verband; 1907: Sozialdemokratischer Verband.

Zusammenhang zu stellen. Einige Besonderheiten der polnischen und ruthenischen Fraktionsbildung in der Phase bis zur Einführung der allgemeinen Wählerkurie wurden bereits erwähnt, die Einheit des Polenklubs und die verspätete Bildung einer Fraktion durch die Ruthenen. Noch unspezifiziert blieb der Fall der jüdischen Abgeordneten aus Galizien, welche sich in dieser Zeit, also vor der Entstehung des modernen jüdischen Nationalismus, entweder den Deutschliberalen oder dem Polenklub anschlossen oder aber ohne Fraktionsbindung blieben. Eine Übersicht über die Verhältnisse unter den galizischen Abgeordneten bis zur 8. Legislaturperiode gibt die folgende Tabelle[11]):

Tabelle III.2: Fraktionszugehörigkeit der galizischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus 1861–1891/97

LP	Jahr	AH	Ga	Polen		Ruthenen				Juden		
				Polen-klub*	Klub-los	Ruth.-klub	Polen-klub	Dtsch-Lib	Klub-los	Dtsch-Lib	Polen-klub	Klub-los
1	1861	203	38	25 (25)	1	–	–	12	–	–	–	–
2	1867	203	38	33 (34)[1]	–	–	1	1	3	–	–	–
3	1870	203	38	34 (34)	–	–	–	–	4	–	–	–
4	1871	203	38	34 (34)	–	–	–	–	4	–	–	–
5	1873	353	63	42 (45)[2]	–	–	1	–	15	4	1	–
6	1879	353	63	55 (58)	–	–	1	–	3	1	2	1[4]
7	1885	353	63	54 (57)[2]	–	4	–	1	–	1[4]	2	1
8	1891	353	63	52 (58)[3]	–	7	–	–	–	–	4	–

AH=Abgeordnetenhaus; Ga=Galizien (Mandatszahl)
* In Klammern: Gesamtfraktionsstärke
[1] Darunter ein Abgeordneter, der sein Mandat nie angetreten hat (Alfred Potocki)
[2] inkl. ein Abg. aus Schlesien
[3] inkl. je ein Abg. aus Schlesien und der Bukowina
[4] Abg. deutscher Nationalität (Eduard Sochor)

Tabelle III.2 macht zunächst ein deutliches Übergewicht des Polenklubs unter den Abgeordneten Galiziens deutlich, wobei ein Ansteigen dieser Dominanz von 2/3 bis über 9/10 mit einer klaren Zäsur in der fünften Legislaturperiode (1879) erkennbar wird. Dieser dominierenden Kraft unter den galizischen Formationen soll also hier zunächst die Aufmerksamkeit gelten. Eine Besonderheit muss eingangs erwähnt werden: Der polnische Name *Koło Polskie*, wörtlich „Polenkreis“, stimmte nicht überein mit der deutschen Bezeichnung „Polenklub“. Diese sprachliche Diskrepanz blieb über die ganze Epoche hinweg bestehen, dies obwohl Prozesse der Sprachadaption in dieser Zeit gerade bei politischen Begriffen keine Seltenheit waren. Die Selbstbezeichnung *Koło Polskie* war allerdings keine

[11]) Als maßgeblicher Zeitpunkt für die Erhebung wurde jeweils der Beginn einer Legislaturperiode angenommen. Schwankungen innerhalb derselben, ob bedingt durch Ungültigkeitserklärungen der Wahl, Mandatsverzicht oder Ableben einzelner Abgeordneter, blieben also unberücksichtigt. Quellen für die Zusammenstellung: Hahn, Reichsrathsalmanach für die Session …, Prag/Wien 1867–1891; Kolmer, Verfassung und Parlament; Buszko, Polacy; Mitgliederverzeichnisse des Abgeordnetenhauses; Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 1.–8. Legislaturperiode; Tagespresse.

Erfindung der polnischen Abgeordneten im österreichischen Parlament, sondern wurde übernommen von den Konnationalen im preußischen Landtag. Er etablierte sich in allen parlamentarischen Körperschaften: im galizischen *Sejm*, im deutschen Reichstag und schließlich auch in der russischen Duma. Diese bewusst gewählte sprachliche Symmetrie sollte kennzeichnend sein für das Selbstverständnis der Polen, die sich mit Hilfe eines solchen einheitlichen Terminus eine die Grenzen der Teilungsmächte überschreitende Gemeinschaft ihrer politischen Vertretungen schufen.

Die Frage, warum sich die polnischen Reichsratsdelegierten bereits in der ersten Stunde des erneuerten konstitutionellen Lebens in Österreich als Fraktion etablierten und diese innere Festigkeit über 36 Jahre zu bewahren verstanden, lässt sich zunächst mit dem Bestehen einer verhältnismäßig homogenen politischen Elite beantworten, die im Bewusstsein einer eigenen Nationalgeschichte über eine ausgereifte kollektive Identität verfügte. Das Vorhandensein einer gesellschaftlichen Elite war andererseits unter den herrschenden Bedingungen eines Privilegienwahlrechts dafür verantwortlich, dass die Gruppe mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Deputierten vertreten war. Ein bedeutsamer Anteil am Gesamtparlament implizierte wiederum potenzielle Mitverantwortung für das politische Geschehen, und Mitverantwortung verlangte einen höheren Grad der Organisation. Eine ideelle Festigkeit, eine handlungsfähige Elite, ein verspätetes Auftreten sozial-oppositioneller Strömungen und das Potenzial einer gewissen kritischen Größe im parlamentarischen Betrieb sind also zunächst die Faktoren, welche gewissermaßen als günstige Startbedingungen dem Polenklub auf den Weg gegeben wurden.

Für die Polen sprach allerdings noch etwas anderes, das gerade in der politischen Praxis der 1860er- und 1870er-Jahre von fundamentaler Bedeutung war. Es war dies die Inkorporierung des Ländergedankens in den nationalen Diskurs. Dadurch, dass Galizien, jenes von den Polen zunächst ungeliebte diplomatische Kunstprodukt von 1772, als „polnisches Land" nationalisiert wurde, konnte man eine politisch wirksame Brücke schlagen zwischen den eigenen nationalen Interessen und dem offiziell als staatstragend sanktionierten Konzept der habsburgischen historischen Länder als politische Individualitäten. Die zentrale Rolle spielte dabei der Landtag, wo die polnischen Eliten wiederum eine solide Mehrheit bildeten. Die Formel lautete demnach: Die Nation ist das Programm, und dieses Programm findet seinen Ausdruck im souveränen Willen des „nationalen Parlaments", des *Sejm*. Die politische Schwäche der Ruthenen konnte dem nur wenig entgegensetzen. Am prägnantesten widerspiegelte sich diese Idee in der Landtagsresolution von 1868, die noch zu erwähnen sein wird.

Über vergleichbar günstige Bedingungen hinsichtlich der Konstruktion des Kronlands als nationales Territorium verfügte keine der anderen im Parlament vertretenen Nationalitäten. Gerade an der Geschichte der deutschösterreichischen Fraktionen zeigt sich in exemplarischer Weise, wie das historische Gewicht der Ländertradition und der politische Eigenwille der Landesparlamente immer wieder einer Konsolidierung der Kräfte entgegenwirkten, bevor noch die sozialen Differenzen die Einheit sprengten. Aber auch die Italiener und Südslawen waren über mehrere, teilweise sehr unterschiedlich strukturierte Kronländer verteilt. Die einzige vergleichbare Chance hätte sich den Tschechen in Böhmen geboten, die jedoch wegen der weit stärkeren Gegenwehr der Deutschböhmen einen ungleich schwereren Stand hatten. Aufgrund ihrer Politik des Reichsratsboykotts konnten sie ohnehin erst ab 1879 Fraktionsgeschichte stiften, um dann bald vom internen Konflikt zwi-

schen Alt- und Jungtschechen zerrissen zu werden. Kurz: Geschichte mit einem derart weiten zeitlichen Horizont vom Honoratioren- zum Massenparlament schrieb wirklich nur der Polenklub. Alle anderen Geschichten waren entweder Kurzgeschichten oder aber multiple Geschichten einer nationalen Vertretung mit verschiedenen Ausprägungen im Parlament.

Nicht nur Instabilität, sondern auch Informalität wurde im Einleitungskapitel dieses Abschnitts als Kennzeichen der Fraktionen im Honoratiorenparlament benannt. Auch in dieser Hinsicht bildete der Polenklub eine Ausnahme. Im Zuge seiner erstmaligen Konstituierung im Jahre 1861 verabschiedeten die versammelten Mitglieder ein Statut, auf das sich die Fraktion in Zukunft stützen wollte. Die Schöpfer dieses sogenannten „Gesetzes der Abgeordneten des galizischen Sejm, welche in den Reichsrat gewählt wurden" stützten sich dabei auf ein bereits bestehendes, mehrere Jahre getestetes Fraktionsreglement, nämlich auf das Statut des Polenklubs im preußischen Landtag von 1857. Tatsächlich wurde nicht nur der Aufbau entsprechend konzipiert, sondern eine Reihe von Paragraphen wörtlich übernommen. Das vom reichsrätlichen Polenklub verabschiedete Fraktionsstatut blieb trotz periodischen Anfechtungen und einigen größeren Revisionen, die weiter unten zu besprechen sein werden, in seinen Grundzügen bis zur Auflösung der Monarchie erhalten. Es bildete seinerseits ein entscheidendes Element der inneren Stabilität der Fraktion und garantierte Kontinuität über die Grenzen der Legislaturperioden hinweg. Während also andere Fraktionen sich erst im Zuge der Konstituierung des Parlaments formierten, stand der Polenklub bereits vorher als gegebene Größe fest.[12])

Der Grundgedanke jedes Fraktionsstatuts in einem parlamentarischen Körper ist die Beschränkung der Handlungsfreiheit seiner Mitglieder zugunsten der Einheitlichkeit des Ganzen. In eine politisch-moralische Sprache übersetzt, lautete das Losungswort „Solidarität": „Der Grundsatz des Abgeordnetenkreises (Koło Posłów) ist die Solidarität seiner Mitglieder überall, wo sie in der Funktion von Abgeordneten auftreten (…)" hieß es gleich zu Beginn des Statuts von 1861. Dieses „Auftreten" war nun kein beliebig zu interpretierender Sachverhalt, sondern wurde definiert durch die Regeln des parlamentarischen Betriebs. Darauf hatte das Fraktionsstatut konkret Bezug zu nehmen. Stets ging es um dreierlei: um den Auftritt vor dem Parlamentsplenum in der Funktion eines Redners, um die Einbringung von Anträgen und Interpellationen und schließlich um das Abstimmungsverhalten.

Alle drei Elemente parlamentarischen Verhaltens waren durch das Statut von 1861 an einen einfachen Mehrheitsbeschluss der Fraktion gebunden. Grundsätzlich ausgenommen von der Solidaritätspflicht war der religiös-konfessionelle Bereich. Zum einen trug man mit dieser Ausnahme der Tatsache Rechnung, dass persönliche Stellungnahmen zu weltanschaulichen, also gewissermaßen über-politischen Fragen dem einzelnen nicht aufgezwungen werden dürften. Zum anderen berücksichtigte man im Speziellen die Bedürfnisse der jüdischen Mitglieder der Fraktion. Abgesehen von dieser Ausnahme kannte das Statut noch eine Einschränkung des Solidaritätszwangs bei so genannten schwerwiegenden Gründen, die allerdings nicht näher spezifiziert waren. Darüber hinaus war es jedem

---

[12]) Der Wortlaut des Statuts von 1861 findet sich bei Jerzy Zdrada, Organizacja i stanowisko prawne Koła Polskiego Wiedeńskiej Rady Państwa w 1861–1862 r. [Organisation und rechtliche Stellung des Polenklubs des Wiener Reichsrats in den Jahren 1861–1862] (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiej 71, Prace Historyczne 12), Kraków 1963, S. 45–78, hier S. 73–74.

Einzelnen erlaubt, an einer Abstimmung nicht teilzunehmen, falls er sich dem Beschluss der Mehrheit nicht fügen wollte. Grundsätzlich musste aber der Klubversammlung in Falle eines vom Mehrheitsbeschluss abweichenden Verhaltens zuvor Mitteilung gemacht werden.

Allerdings setzte die parlamentarische Praxis einer solchen allein durch die Gesamtfraktion vordefinierten und verantworteten Politik ihre Grenzen. Gerade bei der Größe des Polenklubs brauchte es einen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Ausschuss, der die politische Arbeit während der Sitzungen koordinierte. Er musste über die notwendige Autorität unter den Fraktionsmitgliedern verfügen und gleichzeitig flexibel genug sein, um auf nicht vorhersehbare Entwicklungen (etwa Anträge auf Eröffnung einer Debatte zu einer ministeriellen Erklärung, Anträge auf Namensabstimmung oder Anträge auf Schluss einer Debatte) zu reagieren. Dies war die Aufgabe der dreiköpfigen parlamentarischen Kommission, die gemeinsam mit dem Präsidium (Klubobmann, dessen Stellvertreter sowie zwei Sekretäre) die eigentliche Funktionselite innerhalb des Polenklubs bildete. Zu den Kompetenzen der Kommission gehörte es, im Falle eines *ad hoc* eingereichten parlamentarischen Vorstoßes das Abstimmungsverhalten der anwesenden Fraktionsmitglieder zu verordnen sowie bei einer notwendigen mündlichen Stellungnahme selbst das Wort zu ergreifen bzw. andere Redner aus den Reihen der Fraktion damit zu beauftragen.

Nationale Solidarität als oberste Maxime, regulativ umgesetzt durch ein Statut, welches den individuellen Freiheitsraum beschnitt und – darauf wird noch hinzuweisen sein – entsprechend Kritik evozierte: In mancher Hinsicht erscheint der Polenklub als Zwillingsbruder des Zentralwahlkomitees auf parlamentarischem Parkett. Beide Organisationen waren, wie bereits im vorigen Abschnitt erwähnt, auch unmittelbar aufeinander bezogen: Der Polenklub (in diesem Fall ergänzt durch die Landtagsmitglieder) wählte das Zentralorgan des CKW, und umgekehrt waren die von diesem unterstützten Kandidaten dazu angehalten, ihren zukünftigen Beitritt zum Polenklub zu erklären. Während allerdings die Wahlorganisation notwendigerweise, aus organisationspraktischen Gründen auf das Kronland und seine inneren Grenzen (Wahlkreise, politische Bezirke) festgelegt war, konnte sich die Fraktion gerade wegen der angesprochenen mangelnden Reglementierung der Gruppenbildung im parlamentarischen Raum autonom als kronlandübergreifend, das heißt nach dem Kriterium der Nationalität organisieren. Das Statut von 1861 war zwar noch von „galizischen Abgeordneten“ als Mitgliedern des Polenklubs ausgegangen. In der unten zu besprechenden ersten Neufassung von 1874 war diese Beschränkung jedoch bereits eliminiert, und in den folgenden Jahren waren die in der Landeshauptstadt konzentrierten nationalprogressiven Elemente darum bemüht, die Eingangsbestimmung des Statuts derart umzuformulieren, dass explizit auch die Abgeordneten Österreichisch-Schlesiens willkommen seien. Offen war der Polenklub schließlich auch gegenüber den diversen Ethnien, gegenüber Juden, Ruthenen und Armeniern. Diese Offenheit in ethnischer Hinsicht entsprach dem von den Eliten propagierten historisch-politischen Verständnis der polnischen Nation, die ja im Polenklub ihren repräsentativen Ausdruck finden sollte.

Im Folgenden soll nun die Geschichte des Polenklubs bis zur Wende von 1897 erörtert werden. Dass die fünf Zeitabschnitte, welche jeweils ein Kapitel in der Geschichte des Polenklubs definieren, weitgehend deckungsgleich sind mit den Perioden einer Gesamtgeschichte der Fraktionen des Abgeordnetenhauses, weist bereits darauf hin, dass der Polen-

klub eine zentrale Rolle in der wechselhaften Geschichte des österreichischen Parlamentarismus spielte[13]):

1861–1863: die Ära der Opposition gegen das Februarpatent und des Januaraufstands
1867–1873: die Ära der galizischen Resolutionskampagne
1873–1879: die Ära der loyal-konstruktiven Opposition
1879–1891: die Ära der Regierungspartei
1891–1897: die Ära der wechselnden Bündnisse.

Beginnen wir bei der ersten Legislaturperiode, welche Ende April 1861 eröffnet wurde und noch unter dem Signum des „Engeren Reichsrats", also dem Verfassungsrahmen des Februarpatents stand. Die politischen Voraussetzungen, unter denen die polnischen Delegierten des galizischen Landtags in das Zentralparlament eintraten, waren in den Vormonaten mehrfach formuliert worden, insbesondere in der zu Beginn des Jahres überreichten Denkschrift an die Regierung und in der historisch-staatsrechtlichen Verwahrung, mit welcher der Landtag die Entsendung seiner Deputierten nach Wien verknüpfte. Politisches Hauptziel der polnischen Vertreter Galiziens in der Reichshauptstadt war demnach die Bewahrung und Stärkung der autonomen Rechte der Länder. Hinsichtlich des Februarpatents und der zentralistisch orientierten Regierung Schmerling bedeutete dies die Einnahme einer Oppositionsrolle, die auch dadurch zum Ausdruck kam, dass die polnische Delegation ganz am rechten Rand im Plenarsaal Platz nahm, in unmittelbarer Nachbarschaft der Tschechen.[14])

Freilich wurden die Bemühungen, gegen außen ein Bild der Geschlossenheit Galiziens zu präsentieren, dadurch wesentlich geschmälert, dass sich mehr als ein Drittel der 38 Delegierten dieses Kronlands nicht zu jenem polnisch-autonomistischen Programm bekannte und auch im Sitzungssaal separat, nämlich in der Mitte, saß (siehe unten). Der Dissens, der schon im Landtag geherrscht hatte und nun in den Reichsrat hineingetragen wurde, war verbunden einerseits mit der Frage des national-kulturellen Bekenntnisses (Pole oder Ruthene), andererseits mit dem sozialen Antagonismus zwischen landbesitzendem Adel und Bauernschaft, der sich damals vor allem auf den Kampf um die Servitutenrechte – eine Hinterlassenschaft der Bauernbefreiung von 1848 – konzentrierte. Das gemeinsame Interesse an einer bauernfreundlichen Gesetzgebung vermochte noch die Grenzen des nationalen Bekenntnisses zu überwölben, wie der Fall jenes polnischen Bauerndeputierten Westgaliziens zeigt, der sich im Reichsrat nicht der polnischen Fraktion anschloss, sondern vielmehr die politischen Vorstöße der ruthenischen Bauernvertreter Ostgaliziens unterstützte.[15])

---

[13]) Höbelt, Parteien und Fraktionen, S. 894–954. Neben den im Einzelnen angeführten Quellen basiert dieses Unterkapitel vor allem auf der Arbeit von Philip Pajakowski, The Polish Club and Austrian Parliamentary Politics 1873–1900, Ann Arbor 1989 sowie Buszko, Polacy.

[14]) Der Reichsrath. Biographische Skizzen der Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrathes nebst den Programmen der verschiedenen Parteien, Wien 1861 (beigehefteter Sitzungsplan).

[15]) Siehe die Petition der galizischen Bauernabgeordneten, unterstützt von den griechisch-katholischen Priestern vom 13. 5. 1861, abgedruckt in Czas 5. 6. 1861 (126), S. 2.

Am 10. Mai 1861 konstituierte sich der Polenklub und verabschiedete jenes bereits erwähnte Statut und außerdem ein Programm, das allerdings ebenfalls primär internen Zwecken diente, der Öffentlichkeit jedenfalls nicht bekannt gemacht wurde. In ihm fanden sich die Richtlinien des politischen Handelns im Reichsrat: das Streben nach politischer und kultureller Landesautonomie unter besonderer Berücksichtigung der polnischen Sprache in Amt und Unterricht; das Bekenntnis zum föderalistischen Oktoberdiplom als staatsrechtlicher Grundlage und damit verbunden die erklärte Opposition gegen das Februarpatent; das Bekenntnis zur Mitarbeit im Reichsrat, allerdings ohne den Austritt aus demselben als letztes Mittel auszuschließen; der Verzicht auf Widerstand gegen die separatistischen Bestrebungen der Ungarn, freilich unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass damit eine engere Einbindung Galiziens in den verbleibenden cisleithanischen Teil nicht präjudiziert werde; schließlich die Erklärung zugunsten eines Bündnisses mit den Autonomisten im Abgeordnetenhaus, wiederum allerdings mit dem Zusatz, dass mit einer solchen Prioritätensetzung die Verständigung mit anderen politischen Richtungen nicht ausgeschlossen werde.[16])

Die drei zuletzt genannten Punkte zeigen, dass die Schöpfer des Programms bei aller Betonung des national-autonomen Standpunkts die Vorzüge einer flexiblen Politik erkannt hatten. Bemühungen von tschechischer Seite, die Polen in einen erweiterten Klub der föderalistisch-konservativen Rechten einzubinden, waren daher zum Scheitern verurteilt. Obwohl es durchaus Befürworter einer engeren Kooperation mit den Tschechen gab, namentlich den Führer der Demokraten Franciszek Smolka, war eine solche Option im Polenklub unter der Präsidentschaft des ostgalizischen Gutsbesitzers Kazimierz Grocholski nicht mehrheitsfähig. Es überwog die Meinung, dass eine unabhängige Politik und insbesondere eine offene Haltung gegenüber der deutschzentralistischen Parlamentsmehrheit die bessere Wahl sei. In den ersten Stunden des österreichischen Parlamentarismus der konstitutionellen Ära zeigte der Polenklub also bereits jene Kombination von national-autonomistischer Prinzipienhaftigkeit und politischem Pragmatismus, die das Signum seiner Politik in den folgenden Jahren werden sollte.

Flexibilität und Realitätssinn waren nicht zuletzt die Folge einer Angst vor der Isolation gegenüber der Macht im Staate, die gerade dem galizischen landbesitzenden Adel seit der *Jacquerie* von 1846 im Nacken saß. Wenn man schon oppositionell war und sich dennoch nicht der Gefahr der Isolation aussetzen wollte, so war es umso wichtiger, dass man im Parlament mit Gleichgesinnten zusammentraf. Tatsächlich wurde die gemeinsame Grundhaltung des Polenklubs und der anderen Fraktionen der Rechten bei etlichen Gelegenheiten sichtbar: bei der Enthaltung des Polenklubs während der Debatte und Abstimmung über die Adresse, beim Eintreten desselben für eine Vertagung des Reichsrats wegen mangelnder staatsrechtlicher Kompetenzen oder beim kollektiven Verlassen des Sitzungssaals während der Budgetdebatte. Dort, wo Mitarbeit weniger den Anschein der Anerkennung des staatsrechtlichen Status Quo trug, sondern mit der Fundierung einer freiheitlichen Grundordnung verbunden werden konnte, also etwa dem Gemeindegesetz oder dem Presserecht, war der Polenklub aktiv in die parlamentarische Arbeit involviert.[17])

---

[16]) Siehe das Programm bei Zdrada, Organizacja, S. 75–76.

[17]) Jerzy Zdrada, Udział Koła Polskiego w pracach ustawodawczych pierwszej austriackiej Rady Państwa (1861–1862) [Die Teilnahme des Polenklubs an der Gesetzgebungstätigkeit des ersten österreichischen Reichsrats (1861–1862)], in: Małopolskie Studia Historyczne 5 (1962), S. 49–78.

Die 1. Legislaturperiode dauerte für die Polen noch etwas weniger lang als für die Vertreter der übrigen Kronländer, denn die Ausrufung des Ausnahmezustands über Galizien als Folge des Januaraufstands im Königreich Polen verhinderte die Teilnahme der galizischen Deputierten in der dritten Session von 1864/65. Als dann im Mai 1867 nach zweijähriger Sistierungsperiode der Reichsrat erneut einberufen wurde, war bereits eine fundamentale Entscheidung gefallen. Die Habsburgermonarchie sollte in einen österreichisch-ungarische Doppelstaat überführt werden. Die staatsrechtlichen Verhältnisse im österreichischen Teil waren damit allerdings noch nicht geklärt. Hier galt nach wie vor das Februarpatent, und die föderalistischen Kräfte konnten noch immer auf eine Umgestaltung der westlichen Reichshälfte, Cisleithaniens, in ihrem Sinne hoffen. Im Gegensatz zu den Tschechen votierte denn auch am 2. März 1867 eine Mehrheit des galizischen Landtags für die bedingungslose Beschickung des Zentralparlaments, freilich erst nachdem aufgrund einer Drohung aus Wien, den Landtag aufzulösen, eine oppositionell-föderalistisch ausgerichtete Adresse fallengelassen worden war.[18]) Immerhin konnte dank der zu ihren Gunsten verlaufenen Landtagswahlen von 1866 die polnisch-galizische Delegation wesentlich gestärkt in das Abgeordnetenhaus einziehen, wo sie jenseits des von den abstinenten Tschechen gelassenen Lochs in den Sitzreihen isoliert am rechten Rand Platz zu nehmen hatte.

Die erste und wichtigste Gelegenheit zur Proklamation des eigenen Standpunkts im neugewählten Haus bot erneut die Adressdebatte. Vorausgeschickt werden muss, dass gerade in diesem historischen Moment der staatsrechtlichen Neugestaltung der Monarchie, wenige Tage vor der Krönung in Budapest, eine einhellige Solidaritätsgeste des Abgeordnetenhaus gegenüber dem Kaiser von größter symbolischer Bedeutung sein musste. Die Wortmeldungen des Polenklubs, der sich mehrfach an der Debatte beteiligte, versprach jedoch in dieser Hinsicht nichts Gutes. Zur allgemeinen Überraschung stimmte der Polenklub dann doch im Einklang mit der erdrückenden Mehrheit des Hauses für die Adresse. Die offizielle Begründung lautete, man wolle damit die Unterstützung für die Hauptsache, nämlich den Ausgleich mit Ungarn, bekunden, zumal man dessen Prinzip einer staatsrechtlichen Verselbständigung auch für Galizien angewandt wissen wollte.

Tatsächlich entscheidend für die Umkehr waren jedoch die Vorgänge hinter den Kulissen, und diese waren dramatisch genug: Als nämlich die Mitglieder des Polenklubs während der dritten Lesung den Saal verließen, trat Ministerpräsident Friedrich von Beust mit den drei maßgebenden Abgeordneten des Polenklubs nochmals in Verhandlung, um schließlich das Versprechen abzugeben, eine Selbstverwaltung des galizischen Schulwesens einzurichten und die sprachliche Polonisierung der Verwaltung voranzutreiben. Danach erst kehrten die Mitglieder des Polenklubs in den Saal zurück und stimmten für die Adresse.[19]) Dieser Vorgang hatte richtungsweisende Bedeutung, denn es war das erste Mal,

---

[18]) Siehe den Wortlaut in Grodziski, Sejm krajowy, S. 259 f.

[19]) Siehe die Beschreibung bei Kazimierz Bartoszewicz, Dzieje Galicji. Jej stan przed wojną i „wyodrębnienie“ [Die Geschichte Galiziens. Ihr Stand vor dem Krieg und die Sonderstellung], Warszawa–Kraków 1917, S. 161. Der zunächst geheim gehaltene Tauschhandel wurde allerdings sehr bald der Öffentlichkeit bekannt. Siehe NFP 9. 6. 1867 (996), S. 1.

dass der Polenklub seine Macht im Parlament nutzte, um auf informellem Wege eine maßgebende Konzession einzuhandeln.[20])

Die größte Probe stand dem Polenklub jedoch noch bevor. Nicht einmal vierzehn Tage nach der Verabschiedung der Thronadresse initiierte die Regierung ein revidiertes Grundgesetz über die Reichsvertretung, welches, nach intensiver Bearbeitung durch den Verfassungsausschuss des Reichsrats, ein halbes Jahr später gemeinsam mit den vier Staatsgrundgesetzen und dem Ausgleichsgesetz als „Dezemberverfassung" die konstitutionell-freiheitliche Grundordnung in Österreich verankerte.[21]) Bei der parlamentarischen Behandlung dieses Gesetzeswerks stellte sich erneut die Frage „Mitmachen oder Verweigern", und wieder wurde ein Mittelweg gewählt. Man nahm formell teil an den Verhandlungen des Verfassungsausschusses und an den Plenardebatten, brachte aber gleichzeitig unumwunden zum Ausdruck, dass man das ganze Prinzip, nämlich die Zuständigkeit des Reichsrats und der Zentralverwaltung, ablehne. Im Wissen darum, dass er die Annahme der Vorlagen nicht gefährdete, stimmte der Polenklub gegen sämtliche „Dezembervorlagen" einzig und alleine aus dem Grund, weil er in ihnen eine Vergewaltigung der autonomen Rechte des Kronlands erblickte.

In seinen Rechtfertigungsversuchen geriet er dabei zwischen zwei Fronten. Auf der einen Seite stand die Heimatfront in Galizien, wo die Presse und eine mobilisierte Öffentlichkeit in der schieren Präsenz des Polenklubs in Wien einen Verrat an der nationalen Widerstandskraft witterte, auf der anderen Seite stand die liberale Mehrheit im Parlament, welche einen Verrat an der sprichwörtlichen polnischen Freiheitsliebe diagnostizierte. Es war kein Zufall, dass sich gerade der alte 1848er Florian Ziemiałkowski, neben Kornel Krzeczunowicz, und Mikołaj Zyblikiewicz der aktivste Redner in dieser Sache, angesprochen fühlte und in seinem Verteidigungsversuch den Begriff der „freisinnigen Autonomie" ersann, auf welcher die Freiheit der Völker zu beruhen habe. Eine solche Argumentation stand allerdings insofern zu diesem Zeitpunkt auf schwachen Füßen, weil mit dem berühmten § 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger dieses kollektive Freiheitsrecht als integrativer Teil des Ganzen gerade verankert wurde. Auch diesem Gesetz versagten die Polen ihre Zustimmung.[22])

Der gemeinsame Weg des Polenklubs durch die parlamentarischen Wirrnisse der zweiten Hälfte des Jahres 1867 täuscht darüber hinweg, dass es auch im Innern der Fraktion brodelte. Diese selbst war in Wahrheit noch zu keinem stabilen Konsens gekommen in jener zentralen Frage Kooperation oder Fundamentalopposition. An die Spitze der „Mitma-

---

[20]) Konkret handelte sich um die Gründung des Landesschulrats, die durch ah. Beschluss am 25. 6. 1867 Gesetzeswirklichkeit wurde. Siehe Wojciech M. Bartel, Zur Geschichte des galizischen Landesschulrates 1867–1918 (= Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 114), Wien 1977.

[21]) Barbara Haider, Die Protokolle des Verfassungsausschusses des Reichsrates vom Jahre 1867 (=Fontes rerum Austriacarum, II/88), Wien 1997.

[22]) Sten. Prot. AH, 4. Session, 32. Sitzung (8. 10. 1867), S. 790–791 („Meine ganze Vergangenheit, meine Herren, gibt mir das Zeugnis, dass ich die Freiheit liebe"). Siehe auch: Ebd., S. 785–787 (Zyblikiewicz). Die Namensabstimmung zum Gesetz über die Reichsvertretung in Sten. Prot. AH, 4. Session, 39. Sitzung (17. 10. 1867), S. 997. Das Stimmverhalten zu den vier Staatsgrundgesetzen in: Gazeta Narodowa 12. 10. 1867 (236), S. 1.

cher“ stellte sich nun nach diesem gemeinsamen Kraftakt vom Dezember 1867 Ziemiałkowski, und dies keineswegs nur, weil er als alter Demokrat den Wiener Liberalen ideologisch nahe stand, sondern auch weil er seit Mai 1867 als zweiter Vizepräsident des Abgeordnetenhauses fungierte und von dort zwangsläufig eine andere Perspektive entwickelte. Wie der zum Statthalter wiederernannte Agenor Gołuchowski sah auch er die Welt nicht mehr nur von Lemberg, sondern auch von Wien aus. Neben seinem ehrenvollen parlamentarischen Amt bekleidete er allerdings auch die Funktion des Präses des Polenklubs, die er wenige Tage nach seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses von Grocholski übernommen hatte. Mit seinem pragmatischen Kurs gegenüber der Regierung stand er einer starken „fundamentalistischen“ Minderheit gegenüber, die angeführt wurde von Krzeczunowicz sowie Adam Potocki und die im Kern aus denselben Männern bestand, die schon am 2. März 1867 gegen die Beschickung des Reichsrats gestimmt hatten. Franciszek Smolka, der Radikalste der nationalen Opposition, war zwar zu diesem Zeitpunkt nicht im Reichsrat, organisierte aber die Bewegung an der Heimatfront, wie an anderer Stelle gezeigt wurde.[23])

Zwei Momente wirkten dennoch am Ende stabilisierend auf die Verhältnisse im Polenklub: die Resolutionskampagne und die Fortführung der national-kulturellen Konzessionen. Als Resolutionskampagne wurde der Versuch der galizisch-polnischen Reichsratsabgeordneten bezeichnet, den Beschluss des Landtags vom September 1868 hinsichtlich einer semiautonomen Sonderstellung Galiziens im Reichsrat durchzusetzen.[24]) Wie bereits die Resolution selbst ein Akt des Kompromisses war, wirkte jenes gemeinsame Ziel integrierend auf das Handeln der polnisch-galizischen Deputierten in Wien. Zwischen den beiden Polen von „Lärmmachern“ und „Mameluken“ entstand eine breite Mitte von „Resolutionisten“, die mit der Rückeroberung des Fraktionsvorsitzes durch Grocholski im Mai 1869 auch die Führung des Polenklubs übernahmen und auch die stetig abnehmenden bäuerlichen Vertreter zu integrieren vermochten. Zur Stabilisierung gehörten allerdings auch gewisse radikale Gesten gegenüber dem Reichsrat. Da die Resolution inzwischen den Rang eines eigentlichen Programms des Polenklubs einnahm, sah man sich bei schwereren Rückschlägen in dieser Sache zu entsprechend dezidiertem Handeln genötigt. Dazu gehörte der demonstrative Auszug aus dem Reichsrat Ende März 1870. Die Rückkehr ein halbes Jahr später, zu Beginn der 3. Legislaturperiode, vollzog sich unter dem Eindruck des französisch–deutschen Krieges und zeugte von neuen Hoffnungen, welche Alfred Potocki, der erste polnische Regierungschef in Österreich, unter den Mitgliedern des Polenklubs auslöste.

Am nächsten kam der Polenklub dem ersehnten Ziel allerdings unter dem folgenden Kabinett Hohenwart, welches unter tatkräftigem Lobbying des zum ersten galizischen Landsmannministers ernannten Grocholski (April 1871) ein eigenes Regierungsprojekt für

---

[23]) In der entsprechend gesinnten Presse wurde das österreichische Parlament in dieser Zeit auch auf einer sprachlichen Ebene als unpolnisch verfremdet: „Beustowski Rajchsrat“. Gazeta Narodowa 28. 5. 1867 (123), S. 1. Zu den Vorgängen innerhalb des Polenklubs in dieser Zeit siehe auch die Quellensammlung: Protokoły Koła Polskiego w wiedeńskiej Radzie Państwa (lata 1867–1868) [Die Protokolle des Polenklubs im Wiener Reichsrat (Jahre 1867–1868)], hrg. u. eingeleitet von Zbigniew Fras und Stanisław Pijaj, Kraków 2001.

[24]) Vgl. den Text der Resolution in Bernatzik, Verfassungsgesetze, S. 1132–1135.

eine Sonderstellung Galiziens lancierte.[25]) Größtes Hindernis für die Umsetzung der galizischen Resolution waren die stets wachen Befürchtungen von deutschliberaler Seite, ein derartiger Eingriff in die Grundstrukturen der Dezemberverfassung würde entsprechende Folgewirkungen in Böhmen zeitigen. Hohenwart stürzte denn auch folgerichtig über den deutsch–tschechischen Gegensatz. Dem nachfolgenden zentralistischen Kabinett Auersperg gelang dann ein Einschnitt anderer Art, die Einführung der direkten Reichsratswahlen. Dass der Polenklub gegen dieses Unterfangen nur relativ milde Mittel der Opposition ergriff – den Beratungs- und Abstimmungsboykott im Reichsrat – lag vor allem an den nach 1868 veränderten Grundbedingungen: Das Prinzip der konstruktiven Kooperation als Gegenleistung für nationalkulturelle Zugeständnisse auf dem Gebiet der Verwaltung, des Bildungswesens und der Sprachenpolitik hatte jene stabilisierende Funktion übernommen, welche zuvor der Resolution zugekommen war. Es bildete seither die Grundlage für eine dauerhafte Integration der polnischen Elite in das politische Gefüge des Habsburgerstaates.

Die positiven Auswirkungen zeigten sich deutlich in der nächstfolgenden Ära (seit 1873), die man aus dem Blickwinkel des Polenklubs als diejenige der loyalen Opposition bezeichnen kann. Passend dazu trat nun der Hauptvertreter einer Politik des pragmatischen Loyalismus, Florian Ziemiałkowski, das Amt eines galizischen Landsmannministers an, das er 15 Jahre lang innehatte. Die nun einsetzende Herrschaftsperiode der Deutschliberalen wurde dazu benutzt, das Prinzip der selektiven Kooperation als dauerhaft konstruktive und thronloyale Haltung zu verstetigen. Gerade unter den Bedingungen einer deutschzentralistischen Vorherrschaft fürchtete man, bei einem konsequenten Abseitsstehen die eben erst errungenen nationalkulturellen Zugeständnisse wieder zu verlieren. Demgegenüber hatte eine bedingte Kooperation in Wartestellung auf einen Regierungswechsel den Vorteil, dass man bremsend auf die zentralisierenden und säkularisierenden Tendenzen der Regierung einwirken konnte. Das zeigte sich besonders deutlich im Bereich des Schulwesens, wo sich die polnischen Deputierten vehement – und größtenteils erfolgreich – Bestrebungen widersetzten, die Sonderstellung des Landesschulrats zugunsten einer einheitlichen Regelung wieder rückgängig zu machen.[26])

Auch eine positive Instrumentalisierung des Zentralparlaments gehörte zum neu gefundenen politischen Pragmatismus: Im Gegensatz zur Vorperiode, als einer klaren Abgrenzung zwischen Reichsrat und Landtag das Wort geredet worden war und man versucht hatte, jeden Anschein einer Aufwertung des ersteren zu vermeiden, wurden nun bereits etliche politische Vorstöße aus dem Landtag heraus in den Reichsrat zwecks Erarbeitung eines Reichsgesetzes hineingetragen. Von der doktrinär autonomistisch-konservativen Rechten trennte die Polen außerdem das Bekenntnis zum starken Staat. Unter den mittlerweile tonangebenden konservativ-loyalistischen Stańczyken dominierte die historisch unterlegte Überzeugung, der Staat dürfe keinesfalls gegen außen geschwächt werden, denn der Hauptnutznießer einer solchen Schwäche des mitteleuropäischen Großreiches wäre erneut

---

[25]) Vgl. den Text der Regierungsvorlage sowie die abgeänderte Fassung des Parlamentsausschusses in Bernatzik, S. 1135–1141.

[26]) Sten. Prot. AH, 8. Session, 92. Sitzung (11. 12. 1874), S. 3284–3290 sowie 145. Sitzung (9. 11. 1875), S. 5035. Verteidiger nationaler Interessen war der Gymnasiallehrer Eusebiusz Czerkawski.

Russland, das ja nicht nur unter den „hauseigenen“ Ruthenen, sondern auch bei den in Boykotthaltung verharrenden Tschechen einige Sympathisanten zählte.

Die liberale Vorherrschaft in Wien stellte allerdings auch die Einheit des Polenklubs auf die Probe. So spaltete ein Vorstoß von deutschliberaler Seite, die Stempelsteuer auf periodischen Druckwerken aufzuheben, regelrecht die Fraktion. Die konservative Mehrheit, welche bei einer verbilligten Presse vor allem ein Anwachsen oppositionell-agitatorischer Kräfte befürchtete, setzte sich gegen eine starke Minderheit durch, die vor allem mit dem Postulat der Freiheit und dem breiteren Zugang zu Information und Bildungsgut argumentierte. Der Polenklub trug schließlich entscheidend dazu bei, dass der Antrag im Parlament abgelehnt wurde, durfte doch gemäß Statut die Fraktionsminderheit ihre entgegengesetzte Ansicht nur durch ein Fernbleiben von der Abstimmung ausdrücken.[27]) Weit weniger belastend für den Zusammenhalt der Fraktion waren die Religionsgesetze, auch sie ein Großprojekt der liberalen Regierung. Bezeichnenderweise wurde für deren Ablehnung nicht die von polnisch-liberaler Seite angezweifelte fundamentale Bedeutung der katholischen Religion für die polnische Nation hervorgebracht, sondern erneut das konsensfähigere Argument des Eingriffes in die autonomen Rechte der Länder. Die erwarteten Beschuldigungen von deutschliberaler Seite, die Polen hätten ihre alte freiheitliche Gesinnung verloren, parierten diese mit dem Hinweis, dass gerade der Schutz der Kirche vor staatlicher Bevormundung ein Akt der Freiheitsliebe sei.[28])

Allerdings hatte es der Polenklub auch seinem gerade revidierten Statut zu verdanken, wenn er die Auseinandersetzung um die Religionsgesetze unbeschadet überstand. Mit der Neukonstituierung des Abgeordnetenhauses als nunmehr unmittelbar gewähltem Parlament war es nämlich notwendig geworden, das alte Statut von 1861 einer Revision zu unterziehen. Eine schon 1873 mit der Ausarbeitung beauftragte dreiköpfige Kommission, welcher der „assimilierte“ Jude Albert Mendelsburg angehörte, geriet im Zusammenhang mit der anstehenden Religionsdebatte ins Schussfeld der Kritik, da sie dem Fraktionsplenum vorschlug, auch in der revidierten Fassung konfessionelle Fragen aus dem Geltungsbereich der Klubsolidarität auszunehmen. Diese Meinung wurde angefochten von Seiten eines Teils der Konservativen, der unter starkem Druck der Klerikalen stand. Diese Konservativen argumentierten mit einer identitätsstiftenden Rolle der Kirche für die polnische Nation, während die Liberalen gerade umgekehrt auf das überkonfessionelle, auf Toleranz begründete Erbe der polnischen Geschichte hinwiesen. Mitbedingt durch eine gehörige Portion politischen Pragmatismus, den ja gerade die Krakauer Konservativen beherzigten, setzte sich schließlich die liberale Sichtweise und der Vorschlag des Ausschusses im internen Verhandlungsprozess durch. Der Konfessionsparagraph blieb bestehen.[29])

Dank diesem internen Bereinigungsprozess war das den Religionsgesetzen innewohnende Konfliktpotenzial schon im Vorfeld der Abstimmungen im Reichsrat entschärft.

---

[27]) Vgl. den Bericht in: Kraj 22. 2. 1874 (43), S. 2 sowie Sten. Prot. AH, 8. Session, 21. Sitzung (20. 2. 1874), S. 666 f. (Namensabstimmung).

[28]) Zu den Religionsgesetzen siehe die Wortmeldungen von Jerzy Czartoryski (Sten. Prot. AH, 8. Session, 26. Sitzung, 5. 3. 1874, S. 850–854 und vor allem von Kornel Krzeczunowicz (ebd., 30. Sitzung, 10. 3. 1874, S. 982–89).

[29]) Siehe die Berichte und Kommentare zu den Verhandlungen in: Kraj 10. 2. 1874 (32) bis 17. 2. 1874 (38).

Die wenigen Liberalen, die dies wollten, konnten für die Vorlagen stimmen. Das neue Statut, welches im Februar 1874 angenommen wurde, sah im Übrigen nur geringfügige substantielle Änderungen vor. Es ging vor allem um Präzisierungen und um die Berücksichtigung von Elementen des parlamentarischen Betriebs, die sich erst mit der Zeit herausgebildet hatten.[30]) Das leitende Prinzip, der Solidaritätszwang und damit im gegebenen Kontext die Majorisierung der demokratischen Minderheit durch die Konservativen, blieb uneingeschränkt erhalten. Das veranlasste eines der Mitglieder dieser Minderheit, dem Polenklub nicht beizutreten – ein noch nie da gewesener Fall, der entsprechend emotionale Reaktionen auslöste. Der Abgeordnete hieß Ferdynand Weigel und wurde wenige Jahre später Bürgermeister von Krakau und eine der Führungsfiguren der Demokraten im Reichsrat und Landtag.

Das Ausscheren Weigels aus dem „natürlichen" nationalen Bund des Polenklubs war ein Einzelfall und auch nur von kurzer Dauer. Die Sezessionen, die den Polenklub wenige Jahre später infolge der Orientkrise beschäftigten, waren ganz anderer Natur. Nun stellte nämlich die Destabilisierung der internationalen Ordnung jenen inneren Konsens zwischen nationalpolitischen Aktivisten vor allem des demokratischen Flügels und den nationalpolitischen Bremsern, angeführt von den Stańczyken, auf die Probe. Die Politik des österreichischen-ungarischen Außenministeriums zielte darauf hin, einen Konflikt mit Russland nach Möglichkeit zu vermeiden und stattdessen durch eine Okkupation von Bosnien-Herzegowina die eigene lokale Einflusssphäre auf dem Balkan und damit auch das Mächtegleichgewicht zu wahren. Die Mehrheit im Polenklub übernahm diese Position. Gleichzeitig setzte sie das parlamentarische Instrument der Interpellationen ein, um den Eindruck zu erwecken, dass sie sehr wohl auf unabhängige Weise den national-polnischen Standpunkt im Verhältnis zu Russland einzubringen wusste.

Damit konnte ein Teil der unruhigen Geister innerhalb der Fraktion beruhigt werden, nicht aber jene, die bereits unter der erregten Stimmung der Öffentlichkeit im Jahre 1877/78 in den Reichsrat nachgewählt worden waren. Die oppositionelle Haltung dieser Gruppe gegenüber der „Servilität" der Majorität kulminierte im Juni 1878, als drei Mitglieder des Polenklubs – Otto Hausner, Ludwik Wolski und Ludwik Skrzyński – ihren Austritt aus der Fraktion bekannt gaben, unter großem Beifall der Deutschliberalen übrigens, welche ebenfalls (wenn auch teils aus anderen Gründen) die Balkanpolitik der Regierung verurteilten. Zwei bemerkenswerte Momente kamen hier also zusammen: Zum einen waren der Zusammenhalt und die Exklusivität des Polenklubs erstmals auf gravierende Weise in Frage gestellt, planten doch die Sezessionisten sogar die Gründung eines alternativen Klubs polnischer Abgeordneter, dem sie den vielsagenden Namen „Patriotischer Klub" (*Klub Patriotyczny*) geben wollten. Zum zweiten war es erstmals die Wählerschaft, konkret die Lemberger städtische Öffentlichkeit gewesen, welche durch jene Nachwahlen

---

[30]) Vgl. den Wortlaut des neuen Statuts in Dziennik Polski 4. 3. 1874 (51), S. 1. Es ging vor allem um die 1861 „vergessenen" parlamentarischen Kommissionen, gegenüber denen der Polenklub nun ebenfalls ein Bestimmungsrecht reklamierte, sowohl was die Ernennungen als auch was die politischen Inhalte betraf. Neu wurden die Anzahl der Mitglieder der fraktionseigenen parlamentarischen Kommission auf fünf erhöht und ein Zweidrittelmehr für Ausnahmen von der Solidaritätspflicht festgelegt. Die einzige wichtige Veränderung war das Recht von mindestens fünf Mitgliedern, vom Obmann die Einberufung einer Fraktionssitzung zu verlangen.

in die Politik der Fraktion eingegriffen hatte, indem sie bereits entsprechend vordisponierte Kandidaten in den Reichsrat gewählt hatte. Insofern erlebte hier die polnische politische Gesellschaft eine seltene Sternstunde direkt-demokratischer Mitbestimmung.[31])

Jede Situation erhöhten internen Dissenses musste sofort Rufe nach einer Liberalisierung der Statuten laut werden lassen, die es der unzufriedenen Minderheit erlauben würde, ihre Position nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch parlamentarisch zu vertreten. Der entsprechende Vorstoß der demokratisch-nationalen Opposition während der Orientkrise ging tatsächlich zum Teil in die Richtung einer Lockerung des Fraktionszwangs. So wurden eine Erweiterung der Redefreiheit sowie ein Initiativrecht für eine Gruppe ab fünf Abgeordneten gefordert. Paradoxerweise wollten die Initiatoren jedoch das Zwangsmoment in einem anderen Bereich wieder verschärfen. Namentlich sollten die tolerierten Ausnahmen von der Solidaritätspflicht auf solche Themen beschränkt werden, die nicht nationale Angelegenheiten oder (landes)autonome Rechte und Institutionen berührten. Im Weiteren wollte man statutarisch verankern, dass der Polenklub den Abgeordneten Galiziens und Schlesiens offen stünde (von der Bukowina war noch nicht die Rede), eine rein deklamatorische Maßnahme, denn faktisch befand sich bereits seit 1873 ein schlesischer Abgeordneter in den Reihen der Fraktion. Auch sollte das Solidaritätsprinzip nicht nur zwischen den Mitgliedern gelten, sondern diese auch an den Landtag binden, um eine „erfolgreiche Vertretung der polnischen Interessen und der Landesautonomie“ zu ermöglichen. Schließlich verlangte man, dass auch die Mitglieder der Delegation, des Kontrollorgans der gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Außenpolitik, dem Polenklub verantwortlich seien.[32])

Im Allgemeinen ging es der Opposition im Polenklub also darum, den Gestaltungsraum der eigenen Gruppe zu erhöhen und gleichzeitig die nationalpolitische Schlagkraft der Fraktion durch eine Kompetenzerweiterung auf den Bereich der Außenpolitik zu steigern. Hier wirkte am stärksten die aktuelle außenpolitische Lage auf die Ausgestaltung des Textes ein. Die Demokraten wollten mit der vorgeschlagenen Statutenrevision vor allem zum Ausdruck bringen, dass sie die besseren Patrioten seien, frei von jenem staatsrechtlichen Korsett, welches die Verfassung der Nation aufzwängte, und frei von der servilen Ängstlichkeit, die angeblich die Politik der Stańczyken gegenüber der österreichischen Regierung kennzeichnete. Ihr Vorstoß wurde von der konservativen Mehrheit freilich nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Dieses schnöde Abweisen war letztlich der unmittelbare An-

---

[31]) Zur Gründung eines eigenen Klubs kam es allerdings nicht. Die drei Abgeordneten blieben bis zu den Neuwahlen ohne Klubbindung. Gazeta Narodowa 8. 6. 1878 (130), S. 1. Der eigentliche Höhepunkt in dieser Affäre in parlamentarischer Hinsicht bedeutete die Rede Hausners im Abgeordnetenhaus. Diese löste nicht nur Begeisterung bei den Deutschliberalen aus, sondern verschaffte Hausner sogar die Ehrenbürgerschaft von Lemberg. Sie wurde auch auf Polnisch in einer eigenen Broschüre publiziert.

[32]) Siehe den Abdruck des Statutenentwurfs der Demokraten mit Gegenüberstellung der bestehenden Version in Gazeta Narodowa 28. 5. 1898 (123), S. 2 sowie den Kommentar ebd 4. 6. 1878 (128), S. 1 f. Eine Rolle im Statutenentwurf spielten auch eine Verschärfung der Urlaubsbestimmungen (deren Laschheit es vielen Konservativen ermöglichte, nicht viel mehr zu tun als die Diäten abzukassieren), eine strengere Protokollführung und eine offenere Informationspolitik vis-à-vis der Medien.

lass dazu, dass die erwähnten Abgeordneten der Fraktion den Rücken kehrten. Trotz ihrer Niederlage bedeutete das Jahr 1878 im kollektiven Gedächtnis der dezidiert national gesinnten Demokraten eine Sternstunde ihres Handelns im Rahmen des Polenklubs. Noch viele Jahre später erinnerte man sich an die alten „1878er“ und wies auf die turbulenten Auseinandersetzungen der Orientkrise, wenn es galt, Standfestigkeit und Mut gegenüber der konservativen Mehrheit zu beweisen.

Zunächst aber, am Ende der 1870er-Jahre, veränderten sich die politischen Grundbedingungen. Das Jahr 1879 brachte den Fall der Regierung Auersperg, die vor dem Widerstand der Deutschliberalen gegen den Berliner Vertrag und die Okkupation von Bosnien-Herzegowina kapitulierte. Nach den Wahlen desselben Jahres waren es dann der Wiedereinzug der Tschechen in den Reichsrat und die Niederlage der Liberalen (und auch ihrer galizischen Verbündeten, der Ruthenen), welche die Kräfteverhältnisse im Wiener Parlament grundlegend veränderten. Der politische Richtungswechsel hin zu einem konservativ-föderalistischen Regime vollzog sich keineswegs ebenso abrupt, denn der neue Ministerpräsident Taaffe, ein Jugendfreund Franz Josephs, begriff sich zuerst ganz im Sinne der konstitutionellen Monarchie als politischer Diener seiner Majestät, der eine zu enge Bindung an parlamentarische Mehrheiten zu vermeiden trachtete. Sein Beharren auf Unabhängigkeit und Flexibilität hatte viel gemeinsam mit der Position des Polenklubs, der diese Maximen in den vergangenen Jahren zum Vorteil der eigenen Nation erfolgreich praktiziert hatte.

Nicht zuletzt dank seiner Loyalität in der Orientkrise, welche ihm viel Sympathie beim Kaiser eingebracht hatte, konnte kein Zweifel bestehen, dass der Polenklub erneut zu den tragenden Elementen der Regierung zählen würde. Er wurde letztlich sogar stärker in die Regierungsverantwortlichkeit einbezogen als Taaffe ursprünglich gewollt hatte, denn dessen Konzept der Flexibilität im Verhältnis zum Parlament konnte nicht lange aufrechterhalten werden. Schon gegen Mitte des Jahres 1880 wurde der Ministerpräsident von der politischen Realität eingeholt, die sich ihm in Gestalt der Unabdingbarkeit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit offenbarte. Als Gegenreaktion zur Konsolidierung der Rechten kam es zur Abdankung der liberalen Minister und dem Zusammenschluss der Deutschliberalen zur „Vereinigten Linken“. Von diesem Zeitpunkt an bildeten die Polen gemeinsam mit dem Hohenwart-Klub und den Alttschechen jenen „Eisernen Ring“, der die Monarchie in den nächsten zehn Jahren fest im Griff haben sollte.

Im Hinblick auf die Teilnahme des polnischen Partners war die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen dieses slawisch-konservativen Schulterschlusses die ungeteilte Unterstützung, die ihm von Seiten der mächtigen Stańczyken zuteil wurde. Die anfängliche Skepsis der „Krakauer“ gegenüber den Tschechen, die auf deren zweifelhafter Verlässlichkeit in außenpolitischen Belangen sowie in ihrer unklaren Haltung gegenüber der Verfassung beruhte, erwies sich als unbegründet. Zudem amtierte seit 1880 einer aus dem Kreis der Stańczyken als Finanzminister, Julian Dunajewski, der als eigentliches Schwergewicht im Kabinett galt und daher zur bevorzugten Zielscheibe der Deutschliberalen und Deutschnationalen wurde. Auch die ostgalizischen „Podolaken“, die einem konservativ-föderalistischen Kabinett ohnehin geneigt waren, sahen sich gut eingebunden in die bestehenden Strukturen, konnten sie doch auf den maßgeblichen Einfluss von Kazimierz Grocholski, Obmann des Polenklubs, zählen. Die Demokraten sahen ihren alten Haudegen Franciszek Smolka, der allerdings inzwischen einen bemerkenswerten Weg der

politischen Mäßigung zurückgelegt hatte, seit 1881 auf dem Präsidentenstuhl des Abgeordnetenhauses sitzen.

Kritische Stimmen gab es dennoch. Diese warnten vor einer allzu weitgehenden Entfremdung von den Deutschliberalen und wurden teilweise getragen von denselben Exponenten, welche sich während der Orientkrise als Hüter nationaler Interessen hervorgetan hatten (Hausner, Wolski), teilweise aber auch von einer neuen Generation von Politikern (Stanisław Madeyski). Dann gab es diejenigen, welche die schleichende Denationalisierung der polnischen Elite und das sukzessive Absinken des Landtags in die Bedeutungslosigkeit befürchteten. Deren Fürsprecher war der Lemberger Linksdemokrat Karol Lewakowski, der im Jahre 1885 den Antrag einbrachte, der Polenklub solle seine Tätigkeit auf ein politisches Programm stützen, welches das Verhältnis der Fraktion zur Regierung und zu den verbündeten Klubs definiere. Dieses Programm solle dem *Sejm* zur Genehmigung vorgelegt werden. Gleichzeitig solle die Einberufung des Landtags zur notwendigen Voraussetzung für eine Unterstützung der Regierung erklärt werden.[33])

Der Vorstoß Lewakowskis hatte viel gemeinsam mit jenem Aspekt des demokratisch-nationalen Statutenentwurfs, der eine stärkere Einbindung des Landtags in die Politik des reichsrätlichen Polenklubs gefordert hatte. Auch er war erwartungsgemäß chancenlos. Gerade die Absenz eines bindenden Programms war laut Meinung der überwiegenden Mehrheit das Erfolgsrezept der vergangenen Jahre gewesen. Flexibilität, nicht Dogmatik sollten das herrschende Prinzip bleiben. Sehr laut wurden solche kritischen Stimmen in den 1880er-Jahren allerdings ohnehin nicht angesichts des funktionierenden Systems des Gebens und Nehmens zwischen den partizipierenden politischen Blöcken und des stabilen Einflusses auf die Regierungstätigkeit, das auch einer festen Kontrolle im eigenen Haus, in Galizien, zugute kam. Zu den größten Erfolgen des Polenklubs in den Jahren des „Eisernen Rings“ gehörten die Regelung des Propinationsrechts und der Grundentlastungs-Entschädigung. Da beide politischen Agenden eng mit den spezifischen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Galizien verbunden waren, fanden sich die oppositionellen Deutschliberalen in ihrer Annahme bestärkt, dass Wien von jenem „rückständigen“ Kronland und der dort herrschenden polnischen *Szlachta* dominiert würde.

Es war vor allem der Beständigkeit des Polenklubs zu verdanken, dass sich der „Eiserne Ring“ trotz Zersetzungserscheinungen bei den Koalitionspartnern die ganzen 1880er-Jahre hindurch zu halten vermochte. Erst die Wahlen von 1891, die mit einer vernichtenden Niederlage der Alttschechen gegen ihre jungtschechischen Rivalen endeten, brachten den Verlust der bisherigen parlamentarischen Mehrheit. Taaffe blieb zwar vorläufig Ministerpräsident, konnte sich nun jedoch nur noch auf temporär zusammengestellte Mehrheiten stützen. Der Polenklub fand sich erneut in der Rolle des umworbenen Partners vor allem von Seiten der Vereinigten Deutschen Linken, deren Einladungen zu einer festen Verbindung er jedoch wegen des ungebrochenen Misstrauens gegen den Deutschzentralismus mühelos widerstand. Der nach dem Tod Grocholskis (Ende 1888) neugewählte Obmann des Polenklubs Apolinary Jaworski konnte sich mit seiner Vorstellung einer Politik der freien Hand aber vor allem gegen starke Elemente innerhalb der Fraktion durchsetzen, welche für eine Fortführung einer konservativ-autonomistischen Koalition unter Ein-

---

[33]) Czas 9. 10. 1885 (230), S. 1

schluss der Jungtschechen plädierte (Jerzy Czartoryski). Als Taaffe im Jahre 1893 am ersten Versuch einer demokratischen Wahlreform scheiterte und zum Rücktritt gezwungen wurde, folgte das Zwischenspiel einer Großen Koalition zwischen Vereinigter Deutscher Linker, Hohenwart-Klub und Polenklub. Es war dies ein Defensivbündnis, gerichtet gegen die Demokratisierung und die sie tragenden neuen politischen Kräfte im Abgeordnetenhaus – Jungtschechen, Deutschnationale und Christlichsoziale. In dieses Defensivbündnis passte gerade der Polenklub gut hinein, verdankte doch keiner so sehr wie er dem restriktiven Wahlrecht die seit 1873 aufrechterhaltene führende Rolle im Reichsrat.

Paradoxerweise war es jedoch dann die „polnischste" aller österreichischen Regierungen unter der Leitung des ehemaligen Statthalters von Galizien, Kazimierz Badeni (seit 1895), welche den Schritt zum allgemeinen (aber noch ungleichen) Wahlrecht vollzog. Zunächst verhielt sich der Polenklub, seiner heiklen Lage entsprechend, ambivalent, drückte seine Skepsis gegenüber dem Vorhaben aus, betonte jedoch umso mehr die grundsätzliche Unterstützung der Regierung Badeni, welche unter dem Zeichen der informellen Fortsetzung der Großen Koalition amtierte. Wenn die Fraktion dann doch geschlossen für die Wahlreform votierte, so lag dies nicht nur am abgemilderten Inhalt des Gesetzestexts, sondern auch an der erkannten Notwendigkeit, durch eine Kompromissformel die Einheit zwischen konservativem und liberalem Flügel im Polenklub selbst zu erhalten.[34])

Diese Einheit war aufgrund der sozialen und politischen Entwicklungen im Kronland zunehmenden Belastungen ausgesetzt, und ein „Opfer" war bereits zu beklagen: Jener oben erwähnte Linksdemokrat Lewakowski schied im März 1896 aus dem Polenklub aus, nachdem er entgegen dem Beschluss des Polenklubs einen Dringlichkeitsantrag der Christlichsozialen zur behördlichen Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts unterstützt hatte.[35]) Als führender Vertreter der im Vorjahr gegründeten Volkspartei (SL) war Lewakowski mit dem Problem der polizeilichen Willkür gegenüber Parteiversammlungen in seinem eigenen Kronland bestens vertraut, eine Tatsache, die er nun nach seiner Entbindung von der Klubsolidarität mit eigenen Dringlichkeitsanträgen zu diesem Thema unter Beweis stellte. Damit wurde er zum Vorboten einer Entwicklung, die dann nach den Wahlen von 1897 mit voller Kraft einsetzte: der Sprengung der polnischen Einheit im Abgeordnetenhaus.[36])

---

[34]) Waldemar Łazuga, Rządy polskie w Austrii. Gabinet Kazimierza hr. Badeniego 1895–1897 [Polnische Regierungen in Österreich. Das Kabinett Kasimir Graf Badeni 1895–1897], Poznań 1991, S. 137–139. Zur Haltung des Polenklubs gegenüber der Wahlreform von 1896 auch Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 1. Bd., S. 36–40.

[35]) Der Dringlichkeitsantrag Gessmann in Sten. Prot. AH, 11. Session, 492. Sitzung (9. 3. 1896), S. 23235. Dem Antrag wurde überraschenderweise die Dringlichkeit zuerkannt. Zum faktischen Ausschluss von Lewakowski aus dem Polenklub siehe Gazeta Narodowa 12. 3. 1896 (72), S. 2 und 19. 3. 1896 (79), S. 1.

[36]) Siehe die Dringlichkeitsanträge Lewakowski vom 3. 10. 1896 in Sten. Prot. AH, 11. Session, 512. Sitzung, S. 26182 f. und vom 11. 1. 1897 in Sten. Prot. AH, 11. Session, 559. Sitzung, S. 28794 sowie (als Hauptmitunterzeichner) den Dringlichkeitsantrag Romančuk ebenfalls vom 11. 1. 1897 in Sten. Prot. AH,. 11. Session, 559. Sitzung, S. 28794 f. Gerade diese enge Kooperation mit dem jungruthenischen Politiker, auf die unten noch zurückzukommen sein wird, verstärkte den Eindruck einer übernationalen Linksopposition gegen die etablierte polnische Herrschaft in Galizien.

2. Die Ruthenen auf der Suche nach politischem Profil

Die Stellung des Polenklubs wurde hier im wesentlichen unter zwei Aspekten betrachtet. Zum einen war der Polenklub dank seines quantitativen Gewichts und seiner institutionell abgesicherten Geschlossenheit ein dauerhafter politischer Faktor im Parlament, dem jede Regierung Rechnung tragen musste. Zum anderen war seine numerische Stärke in Beziehung zu setzen zur Gesamtvertretung Galiziens im Abgeordnetenhaus, stellte er doch den Anspruch, insgesamt im Namen dieses Kronlands zu handeln. Unterschiedlich war im Einzelfall die Gewichtung dieser beiden Aspekte: Beim Abstimmungsverhalten mochte eine Stimme mehr oder weniger für oder gegen eine Vorlage kaum ins Gewicht fallen, sehr wohl aber, wenn diese Stimme in den Debatten hinsichtlich Galiziens ein anderes Lied sang als das polnische. Diese alternativen Stimmen zu einer polnischen Deutung der Geschichte und Gegenwart Galiziens gab es in zwei Ausprägungen. Hier soll zunächst die im politischen Kontext bedeutsamere der beiden behandelt werden: die Fraktion der Ruthenen und ihre Präsenz im Abgeordnetenhaus.[37])

Um sich als Ruthene von der Mehrheit der galizischen Deputierten abzuheben, gab es zunächst einmal das Mittel der Sprache. Vorauszuschicken gilt, dass die Multikulturalität des Habsburgerreiches (bzw. Cisleithaniens) nur bedingt Niederschlag fand in einer Vielsprachigkeit seines Zentralparlaments. Hier nahm das Deutsche faktisch die Rolle der Geschäfts- und Verhandlungssprache ein, nicht allerdings aufgrund einer gesetzlichen Norm, sondern infolge der seit 1861 eingeübten parlamentarischen Praxis. Proteste gegen diesen Zustand gab es schon früh, und im wachsenden Ausmaße fanden denn auch die nichtdeutschen Sprachen Einzug in den parlamentarischen Betrieb. Dem lag einerseits der Wandel vom Honoratiorenparlament zum Volksparlament zugrunde, mit dem Deutsch als Kommunikationssprache der Eliten seine Selbstverständlichkeit verlor. Zum anderen wurde im Zuge des wachsenden Nationalismus das Sprechen in der eigenen Sprache auch von den Deutschkundigen als nationalpolitische Manifestation vor der engeren und weiteren Öffentlichkeit gebraucht, auch und gerade im Parlament, wo sich die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten maßen.[38])

Gleich zu Beginn jeder Sitzungsperiode bot sich allen Abgeordneten die Gelegenheit, ihre nationale Zugehörigkeit durch Sprache zu demonstrieren, nämlich bei der Eidesleistung (Angelobung).[39]) Von der Möglichkeit, diese in der eigenen Sprache zu erbringen, machten auch die Ruthenen Gebrauch, wobei beide angedeuteten Motive hierzu, also praktisches Sprachvermögen und nationalpolitische Geste, von Beginn an eine Rolle spielten. Was ersteres betrifft, so lässt sich aus den stenographischen Protokollen eindeutig nachvollziehen, dass die ostgalizischen Bauernabgeordneten, welche bis 1873 immerhin jeweils über die Hälfte der ruthenischen Reichsratsdelegierten stellten, tatsächlich der deutschen Sprache nicht mächtig waren.[40]) Demgegenüber sah die zumindest bis zu einem ge-

---

[37]) Vgl. dazu auch den Überblick von Theodore B. Ciuciura, Ukrainian Deputies in the Old Austrian Parliament 1861–1918, in: Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der ruthenischen Wissenschaften, XIV, München 1977, S. 38–56.

[38]) Stourzh, Gleichberechtigung, S. 1049–1051.

[39]) Dazu Näheres bei Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 2. Bd., S. 425–429.

[40]) Vgl. etwa Sten. Prot. AH, 1. Session, 2. Sitzung (2. 5. 1861), S. 5 f.

wissen Grad deutschkundige Intelligenz, und das hieß bei den Ruthenen zu diesem Zeitpunkt vor allem die griechisch-katholische Priesterschaft, in der Angelobungszeremonie einen Anlass, sich sprachlich abzuheben, und zwar nicht gegenüber dem Deutschen, sondern gegenüber dem Polnischen, mit dem sie im Landtag und in der Öffentlichkeit einen nationalkulturellen Behauptungskampf führte.

Dass gegenüber dem Deutschen keine Berührungsängste bestanden, zeigt eine eingehendere Betrachtung der Protokolle. Bei den nachträglich durchgeführten Einzelangelobungen, bei denen meist nur die deutsche Version verlesen wurde, waren die Abgeordneten der ruthenischen geistlichen Intelligenz ohne weiteres bereit, das deutsche „Ich gelobe" auszusprechen.[41]) Besonders verwunderlich ist dies insofern nicht, als ja durchaus eine positive Sprachbeziehung zum Deutschen vorhanden war. Schließlich waren vom deutschen Sprachmilieu stets wichtige Impulse der nationalen „Erweckung" ausgegangen, angefangen beim Barbareum am Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Wiener Universität als Bildungsstätte der ruthenischen Intelligenz. Nicht von ungefähr meinte daher der Abgeordnete Vasyl' Kovals'kyj im Jahre 1874 während einer Debatte über die Stellung des Deutschen in Galizien: „Alle Herren welche hier sitzen haben zuvörderst der deutschen Wissenschaft und Gesittung jene Bildung zu verdanken, welcher sie sich heute erfreuen." Als konservativ-loyaler „Altruthene" vergaß Kovals'kyj bei gleicher Gelegenheit auch nicht, den österreichischen Patriotismus zu beschwören: „Ohne die deutsche Sprache kann man sich füglich nicht als österreichischer Staatsbürger fühlen". Aus dem Munde eines Polen wäre eine solche Äußerung nie zu vernehmen gewesen, mochte er eine noch so staatsloyale Gesinnung an den Tag legen.[42])

Von polnischer Seite wurde das Bestehen auf Angelobung in ruthenischer Sprache freilich gerade umgekehrt verstanden, nämlich als Entfremdung auch der Ruthenen von dem Deutschen und als Beweis einer sprachlich definierten Landesidentität, die Polen und Ruthenen vereinigte. Als angeblich zwei galizische Bauernvertreter im Jahre 1861 verlangten, man solle ihnen die Angelobungsformel auf Ukrainisch („Ruthenisch") oder Polnisch vorlesen, erblickte die Krakauer Tageszeitung *Czas* darin „Stimmen für die Autonomie des Landes" und fügte bei, dass keine noch so beredte Ansprache eines polnischen Abgeordneten zugunsten der Landesrechte eine ähnlich überzeugende Wirkung hätte erzielen können. Hier ging es laut *Czas* um die „natürliche Forderung" des einfachen Volkes, in der eigenen und nicht einer abgehobenen, fremden Sprache – konkret des Deutschen – angesprochen zu werden. Linguistik und Politik ergänzten einander also gegenseitig im Verwischen von Grenzen: War man ohnehin seit längerem schon geneigt, im Ukrainischen lediglich einen dem „Masurischen" entsprechenden slawischen Volksdialekt, eine Abart des Polnischen, zu erkennen, so konnte man nun außerdem in einem politischen Argumentationsstrang die Grenzen zwischen dem Polnischen und Ukrainischen zugunsten der Idee einer gesamtgalizischen Landessprache aufheben. Argumentierte man im Weiteren mit den autonomen Rechten des Landtags, so lag der Hinweis nahe, dass die beiden Sprachen im *Sejm* als gleichberechtigte Verhandlungssprachen anerkannt waren (das Ruthenische allerdings in lateinischen Lettern). Anzufügen ist, dass jene von *Czas* kolportierte Szene wohl

---

[41]) Sten. Prot. AH, 1. Session, 6. Sitzung (13. 5. 1861), S. 95 und 20. Sitzung (4. 7. 1861), S. 427.
[42]) Sten. Prot. AH, 8. Session, 43. Sitzung (27. 3. 1874), S. 1948.

eine journalistische Erfindung war. Die Stenographischen Protokolle vermerken nämlich für jene Eröffnungssitzung des 29. April, dass ein einziger ruthenischer Abgeordneter, und zwar ein solcher aus der Bukowina, verlangte, die Angelobung in „russinischer" Sprache durchführen zu dürfen. Die Ruthenen aus Galizien nahmen erst an der Sitzung des Folgetags teil, während der Großteil der polnischen Abgeordneten überhaupt erst am 11. Mai eintraf.[43])

Mit diesem zeitlich gestaffelten Eintreffen der Abgeordneten aus Galizien im ersten konstitutionellen Reichsrat hatte es eine spezielle Bewandtnis, aus der wiederum ein gewisses Gruppenverhalten erkennbar wurde noch bevor die Sprache der Angelobungsformel weiteren Aufschluss zuließ. Nach dem Beschluss, den Reichsrat zu beschicken, hatten sich die politischen Führer nämlich nicht nur darauf geeinigt, im Wiener Parlament grundsätzlich zu kooperieren, sondern auch dort gemeinsam erst nach der Thronrede am 1. Mai 1861 zu erscheinen, um auf diese Weise die autonomen Rechte des Landes auszudrücken. Die Idee einer Landesautonomie als Teil eines umfassenden Autonomieprinzips im Sinne liberal-konstitutioneller Selbstverwaltung hatte zu diesem Zeitpunkt ihre politische Unschuldigkeit noch nicht verloren, war also bis zu einem gewissen Grade auch für die Ruthenen noch konsensträchtig. Gleichzeitig wollten diese dennoch ihre Selbständigkeit zum Ausdruck bringen und erschienen daher unter Führung ihrer Leitfigur, Suffraganbischof Spyrydion Lytvynovyč, nicht gemeinsam mit der Mehrheit der polnischen Delegation, sondern bereits am Tag nach der Thronrede.[44])

Die Polen wiederum rechtfertigten ihr kollektives Fernbleiben während der Thronrede – immerhin ein nicht unerheblicher Affront gegenüber dem Kaiser! – mit einem Argument, welches ausgerechnet auf die kulturelle Besonderheit der Ruthenen abzielte. Man habe die österlichen Feiertage respektieren wollen, welche für die Griechisch-Katholiken nach dem Julianischen Kalender gerade in die Tage der Sessionseröffnung fielen. Diese Begründung war keineswegs paradox, sondern im Gegenteil mit Bedacht gewählt: Man machte damit nämlich vor den Abgeordneten der anderen Landesteile zweierlei klar: zum einen, dass Galizien eben anders, komplizierter und also zentralistisch nicht regierbar sei, und zum anderen, dass die kulturelle Vielfalt trotz mancher gegenteiliger Behauptungen dort durchaus respektiert werde. Auf schwachen Füßen stand die Argumentation trotzdem, denn gerade diejenigen, welche davon betroffen gewesen wären, nämlich die griechisch-katholischen Geistlichen, auch diejenigen des Herrenhauses, waren bereits anwesend in jener ersten Woche parlamentarischer Beratungen, welche mit den orthodoxen Osterfeierlichkeiten zusammenfielen.[45])

Neben der Angelobungssprache und dem Zeitpunkt des Eintreffens gab es im ersten Reichsrat noch eine dritte Möglichkeit, Andersartigkeit im Verhältnis zu den übrigen Deputierten Galiziens zu markieren: die Wahl des Sitzplatzes. Während die Mehrheit der pol-

---

[43]) Bartoszewicz, Dzieje Galicyi, S. 124 f.; Czas 2. 5. 1861 (101), S. 1.

[44]) Dieses Verhalten wie auch die bald offenkundig werdenden politischen Differenzen wurden den Ruthenen und insbesondere Lytvynovyč später als Verrat angelastet. Siehe: Bartoszewicz, Dzieje Galicyi, S. 123–125. Zu diesen Vorgängen auch Zdrada, Organizacja, S. 45 f.

[45]) Lytvynovyč bestritt denn auch, dass dies die Ursache für die längere Absenz der polnischen Delegierten sei. Siehe den Disput zwischen diesem und dem römisch-katholischen Priester Aleksander Dobrzański in Sten. Prot. AH, 1. Session, 3. Sitzung (3. 5. 1861), S. 16–17.

nischen Abgeordneten, wie bereits erwähnt, ganz am rechten Rande des Plenarsaals Platz nahmen, ließen sich die Ruthenen (zusammen mit dem einen polnischen – westgalizischen – Bauernabgeordneten) in der Mitte nieder. Die Platzwahl im Rahmen des Gesamtparlaments hatte nun aber abgesehen von der räumlich wahrnehmbaren Trennung der „Galizianer", die so schlecht zum Autonomiekonzept passte, eine weitergehende politische Bedeutung. Sie signalisierte eine Ortsbestimmung im ideologischen Gefüge des Gesamtparlaments, das damals primär definiert war durch den Antagonismus zwischen liberal-zentralistisch und konservativ-föderalistisch. Wenn die ruthenischen Abgeordneten (Geistliche und Bauern) im Zentrum des Saals Platz nahmen, so konnte dies als eine Option zugunsten der Zentralisten gedeutet werden.

Genau auf eine solche Selbstpositionierung liefen Wortmeldungen und Abstimmungsverhalten in einer Angelegenheit hinaus, welche den ersten Reichsrat bereits in einer frühen Phase seiner Tätigkeit beschäftigten, nämlich den Antrag Mühlfeld auf Einrichtung parlamentarischer Ausschüsse zur Erarbeitung von Vereins-, Versammlungs-, Wissenschafts- und Religionsgesetzen. Der von polnischer Seite geäußerten Meinung, eine solche Gesetzgebung sei Landesangelegenheit, traten die zwei aktivsten ruthenischen Parlamentarier, Spyrydon Lytvynovyč und vor allem Antin Mohylnyc'kyj, entgegen mit einem Votum des Misstrauens gegenüber der herrschenden Mehrheit (nicht gegenüber dem Autonomiegedanken an sich) im Landtag. Angespornt durch eine stark pro-ruthenische Äußerung des deutschliberalen Führers Eduard Herbst, entspann sich sogar eine kleine Galizien-Kontroverse, die erste in der Geschichte des Reichsrats. An ihr beteiligte sich auch ein polnischer Abgeordneter ruthenischer Abstammung, nach eigener Äußerung ein „Russine mit Leib und Seele", der die aus der galizischen Öffentlichkeit bekannte Frage nach dem „nationalen Wesen" der Ruthenen in das österreichische Parlament hineintrug.[46])

Die entgegengesetzte Haltung zwischen ruthenischen und polnischen Deputierten zum Gesamtstaat kam noch in zwei weiteren Abgelegenheiten zum Ausdruck. Um ihre Loyalität gegenüber dem Kaiserhaus und ihr Vertrauen in die herrschende liberal-zentralistische Mehrheit auszudrücken, votierte die Gruppe der Ruthenen für die Adresse, während sich die polnische Fraktion in logischer Fortsetzung ihrer Absenz während der Thronrede der Stimme enthielt.[47]) Eine Angelegenheit, welche den Grundkonflikt zwischen Polen und Ruthenen in seiner sozialen Dimension definierte, kam ebenfalls bereits parlamentarisch zur Sprache, nämlich die Sozialbeziehungen zwischen ehemaligem Grundherrenstand und Bauerntum. Während die polnische Fraktion wiederum unter Hinweis auf die Maxime „Galizien ist anders" die Ausnahme dieses Kronlands von dem Gesetz zur Abschaffung der Feudalreste forderte, sprach sich der Ruthene Antin Mohylnyc'kyj im Namen des galizischen Bauerntums für die Rechts- und Reichseinheit und damit für die Gesetzesvorlage aus.[48])

---

[46]) Sten. Prot. AH, 1. Session, 17. Sitzung (25. 6. 1861), S. 357 f., 361, 370–376, 391–394. Die Äußerung von Herbst, der als Berichterstatter der vorberatenden Kommission fungierte, gipfelte in den Worten, die Ruthenen machten in Ostgalizien „die eigentliche Bevölkerung des Landes aus; und sie sind auch nicht spätere Einwanderer, nein sie sind die alten Bewohner des Landes, welche von den Polen erobert wurden (*Rufe rechts: Nein, nein, historisch nicht wahr*!). Der polnische Abgeordnete „gente ruthenus" war der Advokat Teodor Szemelowski.

[47]) Sten. Prot. AH, 1. Session, 5. Sitzung (11. 5. 1861), S. 92 f.

[48]) Sten. Prot. AH, 1. Session, 18. Sitzung (27. 6. 1861), S. 649–51

Gleichzeitig wirkten die ruthenischen Bauernabgeordneten, welche mangels Sprachkenntnissen an den Debatten nicht aktiv teilnehmen konnten, als Übermittler von Hunderten von Petitionen betreffend Macht- und Amtsmissbrauchs der Grundherren gegenüber Bauern und Gemeinden insbesondere im Zusammenhang mit der Regelung der Servitutenfrage.[49])

Die parlamentarische Situation im ersten konstitutionellen Reichsrat wurde hier in größerer Ausführlichkeit dargelegt, weil in ihm bereits die Grundkonflikte und -strukturen der folgenden Jahre angelegt waren. Zu den strukturellen Gegebenheiten gehörte auch die Tatsache, dass die Ruthenen im Gegensatz zu den Polen keinen eigenen Klub gründeten, weder Statuten noch ein Programm erließen, sondern eher als eine informelle Gruppe, bestehend aus Bauern und Priestern, funktionierten. Kein ruthenischer Bauernabgeordneter ergriff jemals das Wort im Parlament bis dieser Berufsstand ab 1879 überhaupt aus dem Reichsrat verschwand.[50]) Zusammengehalten wurde die Gruppe durch einzelne Führerpersönlichkeiten vorwiegend aus der Geistlichkeit, die auch aktiv in das parlamentarische Geschehen eingriffen und das Kollektiv bei der Suche nach einer organisatorischen Anbindung anführten. Als sich noch im Jahre 1861 die deutsch-zentralistischen Abgeordneten zu organisieren begannen, schlossen sich die Ruthenen der größeren der beiden damals existierenden Fraktionen, den Unionisten, an und befestigten damit einen politischen Positionsbezug, der sich konsequent seit den ersten Tagen abgezeichnet hatte. Die programmatischen Grundpfeiler der Unionisten lauteten: Bekenntnis zur geltenden Verfassung und Weiterentwicklung ihrer Grundsätze, Abwehr föderalistischer Bestrebungen und Anerkennung des ungarischen Sonderwegs.[51])

Die Eingliederung ruthenischer Deputierter in parlamentarische Verbände der Deutschliberalen erlebte ihre Fortsetzung in der im Jahre 1867 beginnenden Legislaturperiode, als der Priester Ivan Hušalevyč dem Herbst–Kaiserfeld-Klub beitrat.[52]) Allerdings stand er alleine mit dieser Entscheidung, denn die übrigen drei Abgeordneten der arg dezimierten ruthenischen Gruppe im Reichsrat blieben ohne Klubbindung. Geschwunden war nicht nur die Vertretungsstärke und die innere Einigkeit: Die politische Lage der Ruthenen hatte sich insgesamt seit 1861 deutlich verschlechtert. Die schlimmsten Befürchtungen einer Dezentralisierung der Machtbefugnisse zugunsten der Gesetzgebungskompetenz der Landtage hatten sich bewahrheitet, der *Sejm* war zu einem Ort politischer Niederlagen gegen die polnische Mehrheit geworden. Die Enttäuschung darüber hatten die Ruthenen in einer eigenen Denkschrift in Wien deponiert.[53])

Schienen die Machthaber in Österreich die Ruthenen dem polnischen Hegemoniestreben auszuliefern, so stand dem das harte Durchgreifen der russischen Behörden in der

---

[49]) Sten. Prot. AH, 1. Session, Index, S. 41–93 (Petitionen); Ciuciura, Ukrainian Deputies, S. 42, Anm. 12.

[50]) Siehe dazu Näheres in Abschnitt IV.

[51]) Vgl. das Programm der Unionisten, das damit auch Gültigkeit für seine ruthenischen Mitglieder hatte, in: Der Reichsrath, S. 17 f.

[52]) Gazeta Narodowa 5. 6. 1867 (129), S. 1.

[53]) Denk- und Beschwerdeschrift der galizisch-ruthenischen Landtagsabgeodneten über die Beschlüsse und Vorgänge im galizischen Landtage in der verflossenen sechsjährigen Periode (1861–1866), Lemberg 1867.

Folge des Januaraufstands gegenüber, zumal jenes Durchgreifen nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die mit Skepsis betrachtete junge national-ruthenische (ukrainische) Bewegung gerichtet war. Deren Aufbegehren hatten die russophil-konservativen Eliten in Galizien bereits zu spüren bekommen, wenn auch vorerst nur auf der Ebene der Publizistik. Das Resultat der neuen Konstellation, eine gewisse Distanz zum österreichischen Staat (ohne die Infragestellung der Thronloyalität) gepaart mit einer neu begründeten Nähe zu Russland (ohne Verlassen des Terrains der Kulturrussophilie), kam zuvorderst im berühmten Russenmanifest von 1866 zum Ausdruck, dann aber auch – nicht zuletzt auf dessen großes Medienecho hin – in den Vertretungskörperschaften, so auch im österreichischen Abgeordnetenhaus.[54])

Eine erste Gelegenheit, sich gegen die vom Polenklub beherrschte Mehrheit der Deputierten aus Galizien zu stellen, bot wie so oft die Adressdebatte. Wieder entzündete sich die polnisch–ruthenische Kontroverse an der Frage nach dem Verhältnis zwischen Landtag und Reichsrat. Während die polnische Seite der Sistierungsperiode (1865–1867) viel Positives abzugewinnen wusste, da in ihr die Landtage als einzige legislative Organe den Reichsrat ersetzt hatten, musste Hušalevyč als Sprecher der ruthenischen Seite zwangsläufig das Gegenteil feststellen. Die Nichteinberufung des Reichsrats habe das Band, welches alle Nationalitäten als gleichwertige Glieder in ein Ganzes einzufügen versprach, zerrissen und stattdessen der Zwietracht und der Willkürherrschaft der Majoritäten den Weg gebahnt. Aus ruthenischer Sicht könne nur die gemeinsame Reichsvertretung den Übelständen Einhalt gebieten. Dieses Plädoyer des ruthenischen Priester-Abgeordneten für den Zentralismus als Mittel, dem schwächeren Teil in den Ländern beizustehen, war weniger in der Sache als in der Prägnanz seiner Formulierung beachtenswert.[55])

Den frischen Geist des Russenmanifests atmete jedoch eine andere Äußerung, mit welcher bald die Gegenseite ihre Reden und Pamphlete zu zieren pflegte: Falls die Sistierungsperiode länger andauere, so Hušalevyč, bleibe den Ruthenen nichts übrig, „als den Wanderstab zu ergreifen und in die Fremde zu ziehen. (*Rufe rechts: „Nach Moskau“*). Das war das Stichwort für zwei „Ruthenen polnischer Nationalität“, Mitglieder des Polenklubs, jene schon 1861 debattierte Frage nach dem „nationalen Wesen“ der Ruthenen wieder aufzunehmen und den Anspruch Hušalevyčs auf nationale Exklusivvertretung in Frage zu stellen. Nur war die Folie im Jahre 1867 eine andere, getüncht eben in den Farben Ost und West, Russophilie und Russophobie: „Der eine Theil der Ruthenen“, so der Abgeordnete Zygmunt Sawczyński, „sieht gegen Westen und hängt dort an der Wiege, an der Brust der europäischen Kultur (…). Der andere Theil sieht nach Osten, dort ist sein Schwerpunct.“ Seit letzterer sein Visier gelüftet habe und behaupte, zwischen Ruthenen und Großrussen gebe es keinen Unterschied mehr (eine direkte Anspielung auf das Russenmanifest), könne es keinen gemeinsamen Weg mehr geben. Der emphatische Schlusssatz lautete: „Nur die westeuropäische Cultur, die durch das Medium der polnischen Cultur uns Ruthenen in Galizien und auch in den anderen Ländern des ehemaligen Polens zu Theil geworden war, [hat] uns zu europäischen Bürgern gestempelt.“[56])

---

[54]) Vgl. oben S. 46.

[55]) Sten. Prot. AH, 4. Session, 6. Sitzung (4. 6. 1867), S. 98–99.

[56]) Sten. Prot. AH, 4. Session, 6. Sitzung (4. 6. 1867), S. 99–100. Die andere Wortmeldung stammte von dem Priester und Gymnasialdirektor Toma Barevyč, der im Gegensatz zum ersteren in der Ver-

Solche nationalkulturelle Grundsatzdebatten waren freilich eine Seltenheit. Während der Polenklub eine höchst aktive Rolle spielte und der Versammlung fortwährend „seine" Landtagsresolution unter die Nase hielt, sank die Präsenz der vier ruthenischen Abgeordneten langsam unter die Wahrnehmungsgrenze. Zudem waren diese nicht fähig, eine gemeinsame Position in den entscheidenden Fragen einzunehmen. So stimmte nur das Mitglied des Unionisten-Klubs Hušalevyč für das Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung, während die übrigen drei wie der Polenklub ein Nein-Votum einlegten.[57]) Die bisher gültigen Koordinaten wurden zusätzlich durcheinandergebracht, als der Exponent des ersten polnisch–ruthenischen Verständigungsversuchs Julijan Lavrivs'kyj ganz im Sinne der polnischen Wünsche eine Verlagerung des galizischen Nationalitätendisputs in den Zuständigkeitsbereich des Landtags forderte. Während im Landtag eine polnisch–ruthenische Verständigungskommission tagte, döste die wegen einer Mandatsniederlegung auf drei geschrumpfte ruthenische Splittergruppe des Reichsrats weiter vor sich hin und gab erst wieder ein positives Zeichen von sich, als sie sich nicht an jenem oben erwähnten kollektiven Auszug der Polen aus dem Reichsrat im März 1870 beteiligte. Belebend wirkte im Übrigen auch das Scheitern des polnisch–ruthenischen Ausgleichsversuchs von 1869/70 nicht, das etwa zur selben Zeit offenkundig wurde. Vielmehr schrumpfte die ruthenische Delegation im Reichsrat nach den Neuwahlen von 1871 weiter, wurden doch zwei der vier Mandate wegen Nichterscheinens der beiden Abgeordneten kassiert. Zu dem Votum zugunsten der Einführung direkter Reichsratswahlen, einem Vorhaben, das den Ruthenen an sich schon lange am Herzen lag, konnten diese daher nur gerade zwei Stimmen im Reichsrat beisteuern.[58])

Die magere Beteiligung der Ruthenen an diesem legislativen Akt stand in einem umgekehrten Verhältnis zu den einschneidenden Auswirkungen, welche der neue Wahlmodus unmittelbar auf die Vertretungsstärke der Ruthenen im ersten direkt gewählten Reichsrat haben sollte. Aufgrund der verbesserten Wahlorganisation des 1870 gegründeten Ruthenischen Rats und der in Abschnitt B erwähnten ruthenisch–jüdischen Wahlkooperation zogen die Ruthenen in einem um 150 Sitze vergrößerten Parlament mit einer vierfachen Anzahl von Abgeordneten ein (siehe Tab. III.2). Eine Mehrheit der 15 Gewählten hatte bereits seit 1861 bzw. 1867 ein Landtagsmandat inne, war aber paradoxerweise erst jetzt, nach Abschaffung des Delegationsprinzips, ins Zentralparlament gelangt. Es waren dies also Leute, welche gut trainiert sein mussten im parlamentarischen Schlagabtausch mit ihren polnischen Kontrahenten. Ihre erworbenen Fähigkeiten durften sie nun also im Reichsrat in deutscher Sprache unter Beweis stellen. Eine Persönlichkeit gehörte dazu, die dem Polenklub ganz besonders unangenehm war: Ivan Naumovyč, der demagogisch-charismatische Priester, zentrale Figur der neuen russophilen Selbstvergewisserung und kolportierter Verfasser des Russenmanifests von 1866.

Auch die 1873 gewählten Ruthenen bildeten allerdings weiterhin keinen Klub mit eigenem Statut und Programm, sondern koordinierten ihre parlamentarischen Aktivitäten auf

---

gangenheit tatsächlich mit der russophilen Elite in Verbindung gewesen war und sich wohl erst im Zusammenhang mit den Umwälzungen von 1865/66 von jenem Lager abgewendet hatte. Siehe Wendland, Russophile, S. 384.

[57]) Sten. Prot. AH, 4. Session, 39. Sitzung (17. 10. 1867), S. 997.

[58]) Sten. Prot. AH, 7. Session, 67. Sitzung (6. 3. 1873), S. 1331

informelle Weise. Das mag insbesondere deshalb überraschen, weil ihnen nun aufgrund ihrer gewachsenen Vertretungsstärke viel eher Fraktionsstatus zukam als in den vergangenen Jahren. So bot sich ihnen nun beispielsweise die Möglichkeit, ohne fremde Beihilfe jene 15 Unterschriften zusammenzubringen, welche für eine Interpellation erforderlich waren. Zugunsten einer gestrafften parlamentarischen Organisation hätte sich auch die Tatsache auswirken müssen, dass die Mandatare eine politisch relativ kompakte Gruppe bildeten. Alle fünfzehn waren auf der Basis des Ruthenischen Rats gewählt worden, und dieser hatte sich zuvor der unliebsamen national-ukrainischen (jungruthenisch-populistischen) Opposition entledigt. In der engen Verbindung zwischen Ruthenischem Rat als in der Bevölkerung wirkender politischer „Partei“ und Wahlorganisation einerseits und der Fraktion andererseits lag jedoch wohl gerade die wichtigste Ursache dafür, dass es zu keiner strafferen Fraktionsbildung im Parlament kam. Der Ruthenische Rat in Lemberg bildete eben die organisatorische Klammer für die Deputierten in Wien und definierte die programmatische Linie. Diese Situation kontrastierte mit derjenigen der polnischen Fraktion, welche in Ermanglung einer solchen außerparlamentarischen Stütze, aber auch infolge ihrer inneren Heterogenität umso mehr innerparlamentarisch gefestigt agieren musste.

Der Vergleich mit dem Polenklub lässt einen weiteren Unterschied deutlich werden. Während dieser, wie gesehen, bemüht war, trotz aller Sympathien für den föderalistischen Staatsentwurf einen selbständigen Kurs zwischen den Blöcken von Links und Rechts zu steuern, orientierte sich die ruthenische Fraktion ohne Einschränkung an der seit 1873 herrschenden deutschliberalen Mehrheit. Von ihr erhoffte sie sich Unterstützung im Kampf um jene Positionen, die sie im Landtag verloren hatte. Auch dieser Mangel an eigenständigem Profil machte die Erarbeitung einer strafferen organisatorischen Basis im Abgeordnetenhaus entbehrlich. Der deutsch–ruthenische Schulterschluss im Wiener Parlament in den sechs Jahren liberaler Herrschaft trug denn auch durchaus Früchte. Die Ruthenen entfalteten einen Grad an Aktivität im Abgeordnetenhaus, den sie erst nach 1907 wieder erreichen sollten, und dies lag eben keineswegs nur an ihrer gewachsenen Vertretungsstärke, sondern vor allem an der Unterstützung, die sie von deutschliberaler Seite im Rahmen der parlamentarischen Spielregeln erhielten. Eine deutliche Sprache spricht etwa die signifikante Präsenz in den parlamentarischen Ausschüssen. Der Aktivste von allen, der schon erwähnte Vasyl’ Koval’s’kyj, als Richter noch immer einer der wenigen ruthenischen Abgeordneten aus der säkularen Intelligenz, war in nicht weniger als acht Ausschüssen vertreten und hatte in 15 Fällen Gelegenheit, als Berichterstatter vor das Haus zu treten. Das war präzedenzlos.[59])

Diesem erhöhten Einfluss war es zu verdanken, dass verschiedene Resolutionen aus den vorberatenden Gremien in das Plenum gelangten, welche den Polenklub arg in die Defensive drängten. Das galt insbesondere für die bereits erwähnten Schulgesetze, die im Zusammenhang mit den Budgetvorlagen in die Debatten und Beschlüsse einflossen. Treu zur liberalen Mehrheit standen die Ruthenen auch in den konfessionellen Gesetzen, obwohl nicht weniger als zwei Drittel ihrer Deputierten ausgerechnet demjenigen Berufsstand angehörte, der die negativen Konsequenzen eines erweiterten Staatseinflusses zu tragen hatte, nämlich der Priesterschaft. Dem Vorwurf des kurzsichtigen politischen Opportunismus

[59]) Sten. Prot. AH, 8. Session, Index, S. 204–206.

ausgesetzt, mussten die Angegriffenen ihr Verhalten in einen größeren historischen Bezug stellen. Dieser fand sich in der angeblich positiven Tradition habsburgischer Kirchenpolitik, die selbstverständlich den Namen des „großen, unvergesslichen Kaisers Josef II." trug, der wie seine Mutter dafür gesorgt habe, dass „die ruthenisch-katholische Kirche nur den humanen Gesetzen der österreichischen Regierung ihre Festigung und die gebührende Achtung verdankt".[60]) Diese Rechtfertigung einer von den übrigen Vertretern des Geistlichen-Stands im Abgeordnetenhaus einhellig abgelehnten Vorlage schützte die russophilen Priester-Politiker allerdings nicht vor dem Zorn ihres Metropoliten Josyf Sembratovyč, der gleich mehrere von ihnen mit der Enthebung von kirchlichen Funktionen bestrafte.[61])

Greifbare Resultate für die Ruthenen brachten die sechs Jahre der Regierung Auersperg jedoch im Endeffekt wenige. Entsprechend wuchs die Kritik an dem profillosen Kurs der Parlamentarier, die angeblich nur im Dienste der Deutschliberalen agierten. Es wäre jedoch übertrieben zu behaupten, letztere hätten ihre Verbündeten nur aus opportunistischen Gründen zum Zwecke einer soliden Mehrheitsbildung im Parlament verwendet. Immerhin entsprach die Angleichung der Rechtsverhältnisse im Gesamtstaat, zu dem die Aufhebung des Sonderstatus von Galizien gehörte, einer Grundüberzeugung liberal-zentralistischer Politik – zumindest solange, bis die Sorge um das deutsche nationale Schicksal nicht derart dominierend wurde, dass die ebenfalls stets präsente konkurrierende Idee einer Absonderung Galiziens an Attraktivität gewann. Tatsächlich zogen sich die Deutschliberalen erst nach dem Verlust ihrer Mehrheit und dem Regierungswechsel von 1879 auf eine solche Position zurück: Die zusammengerückte „Deutsche Gemeinbürgschaft" stellte im Jahre 1880 die Sonderstellung Galiziens als eine ihrer hauptsächlichen Forderungen auf, geleitet von der Hoffnung, in einem Parlament ohne Polen wieder zur Mehrheit zu gelangen. Damit begingen sie im Grunde einen Verrat an ihren ruthenischen Verbündeten, die sie noch kurz zuvor gehätschelt hatten und nun im Moment der politischen Schwäche den Machtverhältnissen im Kronland auszuliefern bereit waren. Das fiel ihnen umso leichter, als eine auf drei Mandate geschrumpfte ruthenische Vertretung im Abgeordnetenhaus ohnehin keinen ernst zu nehmenden politischen Partner mehr darstellte.[62])

---

[60]) Sten. Prot. AH, 8. Session, 30. Sitzung (10. 3. 1874), S. 990 (Rede Naumovyč). Die Opportunismuskritik kam insbesondere aus den eigenen, ruthenischen Reihen, nämlich aus dem Munde desjenigen Abgeordneten, der eigentlich der 16. Ruthene war: Stefan Kačala, zweite Hauptfigur des Lavrivs'kyj-Ausgleichs, dann aber angefeindet und 1873 mit polnischer Unterstützung (gegen einen polnischen Demokraten!) in einem Stadtwahlkreis in den Reichsrat gewählt. Er meinte prägnant und ziemlich schlüssig: „Wäre dieses Gesetz im Lemberger Landtage aufgelegen, so weiß ich, dass sich jene Herren (gemeint sind die ruthenischen Priester-Politiker, H. B.) mit Händen und Füßen dagegen gesträubt hätten, aber weil es von Wien kommt, so stimmen sie dafür." Sten. Prot. AH, 8. Session, 34. Sitzung (14. 3. 1874), S. 1135.

[61]) Vgl. die von einer großen Mehrheit der Linken des Abgeordnetenhauses getragenen Interpellation Hoffer in Sten. Prot. AH, 8. Session, 53. Sitzung (23. 4. 1874), S. 1930 f. sowie die Antwort des Kultusministers Stremayr in Ebd., 63. Sitzung (7. 5. 1874), S. 2290 f. Vgl. auch Wendland, Russophile, S. 169.

[62]) Zu den drei ruthenischen Abgeordneten wäre erneut eine Persönlichkeit hinzuzuzählen, welche nationalkulturell als Ruthene zu gelten hatte, die Angelobung aber auf Polnisch leistete und sich dem Polenklub anschloss: Volodyslav Fedorovyč, Gutsbesitzer und den Ukrainophilen nahestehend. Vgl. Gazeta Narodowa 14. 10. 1879 (236), S. 1.

Die Position der Ruthenen veränderte sich nach dem großen Richtungswechsel von 1879 auf längere Sicht, und dies keineswegs nur infolge ihrer verringerten Vertretungsstärke im Abgeordnetenhaus. Vielmehr verfestigte sich bei ihnen eine Rolle, der sie im Grunde ungeachtet der Regierungswechsel der Folgejahre bis zum Ende der Monarchie treu bleiben sollten: die Rolle des Anklägers gegen die Vernachlässigung und Zurücksetzung der eigenen Nationalität. Bevorzugte Anlässe ihrer entsprechenden Wortmeldungen bildeten neben der Adressdebatte nach wie vor die Budgetdebatten, insbesondere dann, wenn es um die finanziellen Posten des Unterrichtsministeriums ging und also das zentrale Thema der ukrainischsprachigen Schulen berührt werden konnte. Neu hinzu kamen Klagen über Wahlmissbräuche in Galizien, zu denen die Beratungen über Anträge des Legitimationsausschusses Gelegenheit boten. Die Ruthenen stimmten weiterhin in der Regel mit der Linken, ohne dass sie sich allerdings je wieder der Illusion hingaben, von deutscher Seite in ihren zentralen Anliegen substanziell unterstützt zu werden. Zu offensichtlich hatte sich die Konstellation im Parlament verändert, war insbesondere das konfrontative deutsch–polnische Verhältnis der Jahre 1861 bis 1873 einem Prinzip der gegenseitigen Duldung und selektiven Kooperation gewichen.

Was sich allerdings grundlegend wandelte, war die politische Zusammensetzung der ruthenischen Vertretung. Nach den Wahlen von 1879 hatten sich die drei verbliebenen Ruthenen zunächst keinem Klub angeschlossen. Als sich dann im Jahre 1881 der Klub des liberalen Zentrums (Coronini-Klub) formierte, traten zwei von ihnen (Koval's'kyj und Denys Kulačkovs'kyj) diesem bei, während der dritte (Ivan Ozarkevyč) weiterhin ohne Klubbindung agierte. Dann kam der Russophilenprozess, der den Strukturen der Russophilen einen schweren Schlag versetzte, gefolgt von den Wahlen von 1885, in deren Folge jene erstmals in eine Minderheitsposition innerhalb der ruthenischen Reichsratsvertretung gerieten. Faktisch blieb nur noch einer übrig: Koval's'kyj, der erneut dem Coronini-Klub beitrat und dort sogar den Posten eines Vizevorsitzenden einnahm. Ozarkevyč hatte trotz einiger Auftritte zugunsten ruthenischer Anliegen, die zumeist mit kirchlichen Belangen verbunden waren, in der vergangenen Legislaturperiode regelmäßig mit der Regierung, der föderalistischen Rechten und den Polen gestimmt, denen er seine Wiederwahl im Jahre 1885 auch verdankte.[63]) Die übrigen drei galten als Schützlinge des Metropoliten Sylvester Sembratovyč. Zusammen gründeten die zuletzt genannten vier ruthenischen Abgeordneten Anfang Oktober erstmals einen eigenen nationalen Klub, den „Ruthenenklub" (*Klub Rus'kyj*), zu dessen erstem Vorsitzenden Ozarkevyč gewählt wurde. Von einem Statut oder einem Programm wurde zwar nichts bekannt. Die politischen Sympathien der Vereinigung galten aber eindeutig der Regierung und der föderalistischen Rechten, wie aus dem Verhalten bei der Adressdebatte und später bei den Namensabstimmungen erkennbar wurde. Auch diese Konstellation – Polen und Ruthenen auf einer politischen Linie im Reichsrat – hatte es bis dahin nicht gegeben.[64])

In der folgenden, 8. Legislaturperiode, welche im Jahre 1891 – noch immer unter Taaffe, aber nun unter Einschluss der gemäßigten deutschen Linken – begann, setzte sich zunächst der milde, regierungsfreundliche Kurs der Ruthenen fort. Aufgrund der Wahlen

---

[63]) Slovo 4. 6. 1885 (54), S. 1.
[64]) Dilo 8. 10. 1885 (106), S. 1 und 27. 10. 1885 (114), S. 1.

war dies nicht unbedingt zu erwarten gewesen, denn im Gegensatz zu 1885 war die Mehrheit der Gewählten (genau genommen fünf von sieben) auf der Liste eines selbständigen ruthenischen Wahlkomitees gewählt worden, dessen Zusammensetzung der nationalukrainsche Volksrat (*Narodna Rada*) wesentlich mitbestimmt hatte.[65]) Außerdem beanspruchte dessen erstmals ins Abgeordnetenhaus gewählter Vorsitzender Julijan Romančuk, eine überaus energische und im Landtag keineswegs immer geliebte Figur, die Führungsrolle im neu konstituierten Ruthenenklub. Der politische Hintergrund für das neuerliche Ertönen ruthenischer Schalmeienklänge war denn auch ein anderer als 1885: Die „Neue Ära", der zweite große zwischennationale Verständigungsversuch, war gerade erst ausgebrochen, und niemand, am wenigsten ihr Mitinitiator Romančuk, hatte ein Interesse daran, den im Landtag eröffneten verheißungsvollen Anlauf zu stören. In einer offiziellen Erklärung gegenüber der Presse betonte Romančuk denn auch die abwartend-freundliche Haltung seiner Fraktion gegenüber der Regierung und ihre Zuversicht, mit dem Polenklub ein Einverständnis erzielen zu können.[66])

Die Hoffnungen erfüllten sich bekanntlich nicht. An dem Scheitern der „Neuen Ära" zerbrach im Jahre 1894 auch der Ruthenenklub, zumal das zweite politische Schwergewicht in der Fraktion, Oleksander Barvins'kyj, gerade zu denjenigen gehörte, welche für eine Fortsetzung der Verständigungsbemühungen plädierten. Angetrieben von den Wahlmissbräuchen von 1895 und der Verschärfung des politischen Kampfes im Zeichen des Regierungsantritts von Kazimierz Badeni und der mit aller Heftigkeit geführten Wahlreformdebatte, schlug nun Romančuk einen scharfen Oppositionskurs ein, mit dem er freilich im Kreis der ruthenischen Deputierten alleine dastand. Unterstützung für seine Dringlichkeitsanträge in den Jahren 1896 und 1897, welche die unhaltbaren politischen Zustände in Galizien beim Namen nannten, bekam er nie von seinen Konnationalen, wohl aber von den deutschen Linksdemokraten (Pernerstorfer, Kronawetter etc.) und den Christlichsozialen sowie von seinem Mitkämpfer aus der Polnischen Volkspartei, Karol Lewakowski. Vor der Einführung der allgemeinen Wahlen lebte also nochmals die alte ruthenisch–deutsche Freundschaft auf, auf deutscher Seite allerdings reduziert auf einen marginalen, oppositionellen Sektor und unter ganz anderen politischen Konnotationen. Einigkeit stiftete nun nicht mehr der Kampf gegen die Föderalisierung des Reiches, sondern die gemeinsame Hoffnung auf eine durchgreifende Demokratisierung, der sich auch Vertreter anderen Nationalitäten anschlossen.

3. Die Juden als Verteidiger deutscher Kultur

Tabelle III.1 berücksichtigt neben „Polen" und „Ruthenen" als ethnisch-politische Gruppierungen noch eine dritte Kategorie, welche getrennt von den beiden übrigen zu behandeln ist. Es handelt sich dabei um jene jüdischen Abgeordneten aus Galizien, die in erster Linie als Interessenträger der deutschen Kultur und Sprache agierten. Im Gegensatz zu

---

[65]) Dilo 27. 2. 1891 (36/37), S. 1 und 3. 3. 1891 (40), S. 1.

[66]) Fremden-Blatt 10. 4. 1891 (98), S. 1. In eine ähnliche Richtung zielten Romančuks Wortmeldungen im Parlament. Siehe (aus Anlass der Budgetdebatte): Sten. Prot. AH, 11. Session, 25. Sitzung (19. 6. 1891), S. 936–940.

den beiden zuerst behandelten Gruppen spielten diese nur während einer bestimmten, relativ kurzen Zeitperiode eine Rolle im österreichischen Abgeordnetenhaus. In den Jahren, als der Reichsrat noch indirekt über die Landtage beschickt wurde und als Schauplatz von Verfassungskämpfen zwischen Zentralisten und Föderalisten diente, gab es keine politischen Vertreter dieser Richtung im Wiener Parlament. Ihre Stimme erhob sich erst nach der Einführung der ersten direkten Reichsratswahlen, als im Grunde die Weichen in Richtung Polonisierung in Galizien bereits gestellt und nur noch Rückzugsgefechte möglich waren. Schon in der 1891 beginnenden 8. Legislaturperiode verschwand diese Gruppe gänzlich aus dem Abgeordnetenhaus.

Den größten Erfolg erzielten die deutsch-jüdischen Abgeordneten aus Galizien im Jahre 1873. Zu den in diesem Jahr gewählten vier Abgeordneten Oswald Hönigsmann, Nathan Kallir, Joachim Landau und Josef Breuer gesellte sich im folgenden Jahr (nach einer Wahlannulierung) ein weiterer, Hermann Mises. Der Wahlerfolg von 1873/74 war allerdings nicht nur jenem oben beschriebenen ruthenisch–jüdischen Wahlpakt zu verdanken, sondern auch der noch schwachen Organisationskraft des Polnischen Zentralwahlkomitees. Dessen Arm reichte, wie im vorigen Abschnitt gesehen, nur bedingt bis in die auf Eigenständigkeit pochenden, stark jüdisch dominierten Städtewahlkurien Ostgaliziens. Hier wurden drei der fünf genannten Abgeordneten (Hönigsmann, Landau und Mises) gewählt. Noch geringer war die Durchsetzungskraft des CKW in der Handels- und Gewerbekammerkurie, denen die übrigen beiden (als Präsidenten der Kammern von Brody und Lemberg) ihr Mandat verdankten. Im Abgeordnetenhaus von 1873 traten sie geschlossen der Fraktion der deutschen Linken bei und leisteten damit ihren kleinen Beitrag zur ohnehin soliden liberal-zentralistische Mehrheit unter der Regierung Auersperg. In den beiden folgenden Legislaturperioden unter dem konservativen Kabinett Taaffe blieb von der Fünfergruppe nur noch einer übrig (Kallir). Neben ihm agierte der Generaldirektor der Karl-Ludwig-Bahn Eduard Sochor, der freilich zum Typus des altösterreichischen Beamten gehörte und folglich eher dank seiner gehobenen Berufsstellung und nicht aufgrund eines nationalen oder politischen Bekenntnisses in den Jahren 1879–1891 einen galizischen Wahlkreis vertrat.[67])

Mit Ausnahme des eben Genannten zeichnete sich die hier besprochene Gruppe durch ein auffallend homogenes berufliches und biographisches Profil aus. Alle hatten ihre biographischen Wurzeln in Galizien, wurden aber dann aus beruflichen oder persönlichen Gründen zeitweilig oder gänzlich in Wien tätig, als Advokaten (Hönigsmann, Landau), als Teilnehmer an der Weltausstellung und in diesem Zusammenhang mit Orden ausgezeichnet (Kallir, Breuer) oder als Journalisten (Mises, Redakteur der Wiener „Morgenpost“). Damit verkörperten sie aus der Sicht der um Polonisierung bemühten Gegenkräfte genau jenen Negativ-Typus des Kosmopoliten, der nicht landesbodenständig sei und schon aus diesem Grund keinen positiven Beitrag zum Aufbau eines polnischen Galiziens leisten könnte. Schlimmer noch, er sprach Deutsch, also jene Sprache, die man gerade auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens unter dem Stichwort der Entgermanisierung zurückzu-

---

[67]) Bei seiner ersten Wahl bekundete Sochor seine Sympathie für das politische Programm des Polenklubs, erklärte jedoch gleichzeitig, er könne diesem nicht beitreten, weil er des Polnischen nicht mächtig sei. Sechs Jahre später schloss er sich dem Coronini-Klub an. Gazeta Narodowa 14. 10. 1879 (236), S. 1 und Czas 6. 10. 1885 (227), S. 2.

drängen suchte. Von untergeordneter Bedeutung war es hingegen, dass die fraglichen Abgeordneten Juden waren. Es ging primär um den Kampf gegen das Deutsche als sprachlich identifizierbarer Code des Fremden, nicht um eine Abgrenzung gegenüber dem Jüdischen, das ja im Kreise der polnischen Gesellschaftseliten dieser Jahre noch durchaus in einen nationalen Identitätsdiskurs integrierbar war. Gegenüber Juden könne man durchaus tolerant sein, so die zynische Diagnose des Abgeordneten Kallir. Unverzeihbar sei hingegen, dass sie „nicht nur Juden, sondern auch Deutsche (seien), und das ist ein verschiedener Casus." Dort, wo die Nationalität und also die Sprache begänne, höre für die Polen der Spaß auf.[68])

Indem auch die deutsch-jüdischen Abgeordneten gegen eine Dezentralisierung politischer Kompetenzen kämpften, die in Galizien zwangsläufig einer weiteren Polonisierung Vorschub leisten würde, sahen sie sich als Streitgenossen der Ruthenen. Jener ruthenisch–jüdische Wahlpakt von 1873 erlebte also durchaus eine Fortsetzung auf parlamentarischem Boden. Im Zentrum stand hier wie dort der sensibelste Bereich kultureller Entfaltung (bzw. Eindämmung), das Schulwesen. Eine Gelegenheit, das Recht der deutschen Sprache in Galizien öffentlichkeitswirksam einzufordern, ergab sich im Jahre 1874 anhand einer Resolution des Budgetausschusses. In dieser wurde die Regierung aufgefordert, die Situation der Unterrichtssprachen in Galizien im Sinne der Heterogenität der Landesbewohner zu verändern und „namentlich der Pflege der deutschen Sprache jene gebürende Rücksicht zu wahren, welche die Wichtigkeit ihrer Kenntnis verlangt." Was damit gemeint war, erläuterten aus ihrer Sicht die Abgeordneten Mises und Hönigsmann während der Debatte. Wie man heute grenzüberschreitende Verkehrswege baue, gelte es, das Deutsche als geistige und wirtschaftliche Verkehrssprache, als Weltsprache, zu erhalten. Mit der einseitigen Sprach-Nationalisierung aller Bewohner des Landes schaffe man „ein nationales Ghetto (…), aus dem selbst die Annahme der Taufe keinen rettenden Ausweg gewährt." Der „jüdische" Standpunkt kam hier also nicht nur in der Wahl der Sprachmetaphern (Ghetto) zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den ruthenischen Deputierten, welche sich bei gleicher Gelegenheit ebenfalls gegen Polonisierungstendenzen wandten, ging es den deutsch-jüdischen Abgeordneten eben gerade nicht um die Identifizierung von Sprache und Nation, sondern um das Gegenteil, um den Ausbruch aus einer solchen verengenden Sichtweise.[69])

Mit ihrem Hinweis auf das Deutsche als internationaler Verkehrssprache schöpften die jüdischen Reichsratsabgeordneten nicht zuletzt aus ihrer eigenen Lebenserfahrung, waren sie selbst doch diesen Weg gegangen, der sie über die Grenzen Galiziens zu einer erfolgreichen internationalen Karriere geführt hatte. Vor allem aber agierten sie als Vertreter eines Berufszweigs, des Handels, der zu einem überwiegenden Teil jüdisch war. Diese Rolle als Interessenvertreter der Juden nahmen sie noch bei zwei weiteren Gelegenheiten wahr. In beiden Fällen ging es konkret um Galizien, und in beiden Fällen kam die Initiative für eine

---

[68]) Sten. Prot. AH, 8. Session, 38. Sitzung (20. 3. 1874), S. 1276.

[69]) Sten. Prot. AH, 8. Session, 43. Sitzung (27. 3. 1874), S. 1518 (Mises). In dieselbe Richtung argumentierte Hönigsmann, der auch vom Deutschen als natürlicher Muttersprache (aber selbstverständlich auch nicht als Nationalsprache) der Juden Galiziens sprach, in der natürlicher- und zweckmäßigerweise die erste Schulunterweisung stattfinden solle: Ebd. S. 1521–1524. Zum Engagement zugunsten des Deutschen vgl auch die Interpellation Kallir betreffend einer deutschsprachigen Volksschule in Brody. Sten. Prot. AH, 8. Session, 364. Sitzung (28. 3. 1878), S. 11853 f.

entsprechende Gesetzesvorlage von Seiten des Landtags, das heißt dessen polnischer Majorität. Sowohl das Antiwuchergesetz als auch das Gesetz zur Bekämpfung der Trunkenheit sollte dem Staat Mittel zur Hand geben, um Erscheinungen zu bekämpfen, welche die Öffentlichkeit in besonderem Maße mit Galizien verband und hier wiederum mit einer spezifischen negativen Rolle der Juden: zum einen als Kleinkreditgeber und zum anderen als Schankwirt. Obwohl beide Gesetze von der liberalen Regierung in Entsprechung der Wünsche des galizischen Landtags mitvertreten wurden, stellten sich die zur liberalen Mehrheit gehörigen jüdischen Vertreter gegen sie, weil sie zurecht eine Schädigung der jüdischen Wirtschaftsinteressen befürchteten. Anzumerken gilt, dass in den Debatten nicht ein einziges Mal antisemitische Stereotypen verwendet wurden. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, dass die Herstellung eines expliziten Konnexes zum Judentum bewusst vermieden wurde. Schließlich war die Errungenschaft der Gleichberechtigung im Jahre 1874 noch eine junge Pflanze. Nur zwanzig Jahre später sollte das alles ganz anders aussehen.

In ihren Auftritten vor dem Parlament sahen sich die jüdisch-zentralistisch orientierten Abgeordneten Galiziens als Teilnehmer in einem diskursiven Feld, das durch Verbündete (Deutschliberale, Ruthenen) und Widersacher (Konservative, Polenklub) definiert war. Von besonderer Brisanz war ein innerjüdisch-galizischer Diskurs, der sich mit den jüdischen Vertretern des Polenklubs abspielte, etwa in jener schon erwähnten Debatte um das galizische Schulwesen. Bei dieser Gelegenheit bestritt der polnisch-„assimilierte“ Delegierte der Krakauer Handelskammer, Albert Mendelsburg, das Recht seiner Glaubensgenossen, die vor ihm zu Worte gekommen waren, im Namen der Juden Galiziens sprechen zu dürfen. Er warnte davor, die patriotische Einigkeit im Habsburgerstaat noch weiter zu zerrütten, indem man neben der nationalen noch eine jüdische religiöse Frage konstruiere. Denn: „Das wäre der Fall, wenn Sie die 600.000 Juden in Galizien als eine Nation hinstellen würden. Galizien bewohnen Polen und Ruthenen und zwischen ihnen leben Juden als Polen oder als Ruthenen; die Juden sind nur als eine Confession zu betrachten, von denen jedoch nur die Minderheit deutscher Zunge ist.“ Dazu ist zum einen zu sagen, dass die zuletzt aufgestellte Behauptung spezifisch den Blickwinkel von Krakau aus reflektierte, wo – wie schon erwähnt – die Identifikation der jüdischen Eliten mit der polnischen Kultur und Sprache weit stärker entwickelt war als in Ostgalizien. Zweitens wurde hier den Kontrahenten ein Standpunkt unterstellt, den sie sicherlich nicht vertraten, nämlich die Propagierung einer jüdischen Nation. Wie gesagt: Diesen ging es gerade nicht um nationale Enge, sondern um übernationale Weite.

Auf längere Frist setzte sich die Konzeption von Mendelsburg, also der Typus des „Polen jüdischer Konfession“ im Abgeordnetenhaus durch, auch in Ostgalizien. Zu den Vertretern dieser politisch-ideellen Richtung gehörten so bedeutende Figuren wie der Sohn des Lemberger Fortschrittlichen-Rabbiners Arnold Rapoport (1879–1907) oder der Präsident der Lemberger Kultusgemeinde Emil Byk. Beiden werden wir aufgrund ihrer langen Mandatsausübung in der Ära nach 1879 noch begegnen. Nicht immer bedeutete jedoch die Mitgliedschaft im Polenklub ein dezidiertes Bekenntnis zur polnischen Nation. Nicht in dieses Schema passen der orthodoxe Rabbiner Simon Schreiber, der in den Jahren 1879–1883 Mitglied des Polenklubs war, oder auch der Vertreter der protonationalen „jüdischeren“ Richtung, der Floridsdorfer Rabbiner und Wiener Zeitungsherausgeber Joseph Samuel Bloch (1883–1895). Obwohl beide biographisch mit Galizien verbunden waren, konnte weder der eine noch der andere von sich behaupten, die polnische Sprache zu be-

herrschen, also eine Mindestqualifikation für die Mitarbeit in der Fraktion mitzubringen. Aber im Wendejahr 1879 hatte sich eben Vieles grundsätzlich neu ausgerichtet, und die Zugehörigkeit zum Polenklub bedeutete nunmehr auch Teilhabe an der Macht und vor allem ein Signum von Staats- und Thronloyalität, die gerade unter den Juden einen hohen Stellenwert einnahm.

C. Die galizischen Reichsratsfraktionen im Zeitalter der Massenpolitik

1. Von Badeni bis Koerber (1897–1900)

a) Der Polenklub: Die „polnische Regierung" und ihre Nachwirkungen

Die Ende März 1897 eröffnete 9. Legislaturperiode begann mit dem alten Ministerpräsidenten (Badeni) und stand doch unter ganz neuen Vorzeichen. Erstmals waren Abgeordnete aufgrund des allgemeinen, aber noch ungleichen Männerwahlrechts in den Reichsrat gelangt. Sie stellten zwar nicht grundsätzlich die Dominanz der etablierten Machtblöcke in Frage, brachten aber dennoch einige Unruhe in das neugewählte Haus. Sitzgewinne für die parlamentarische Rechte, der Zerfall des Hohenwart-Klubs und die Segmentierung der deutschen Linken führten zunächst einmal dazu, dass statt einer Fortsetzung der Großen Koalition ein slawisch–konservatives Bündnis die politische Initiative an sich riss – wie schon unter Taaffe zunächst gar nicht zur Freude des Ministerpräsidenten, der sich eine Einbindung der Deutschliberalen erhofft hatte. Die Führungsrolle beim Schmieden einer festen Koalition kam dabei dem Polenklub zu, der nicht nur der Inbegriff der Beständigkeit war, sondern auch als Garant für einen guten Draht zum polnischen Ministerpräsidenten gelten durfte.

Noch vor Ablauf der ersten Aprilwoche stand die neue Koalition fest. Partner des Polenklubs wurden die Jungtschechen, welche mit 61 Mitgliedern die polnische Fraktion noch um zwei Mandate übertrafen, der Slawisch-Christlich-Nationale Verband (35), die Böhmisch-Feudalen (19), das Zentrum (6), die Katholische Volkspartei (31) und der Rumänenklub (5). Im Großen und Ganzen handelte es sich also um eine Wiederauflage des „Eisernen Rings", dessen slawisch–konservative Bestandteile nun als Einzelakteure wieder in einer neuen Koalition zusammengebunden wurden. Auf der Gegenseite stand wie damals das inzwischen allerdings zersplitterte und mit starken national-radikalen Elementen durchsetzte Lager der deutschen Linken (Fortschrittspartei: 33 Mandate, Verfassungstreuer Großgrundbesitz: 30, Deutsche Volkspartei: 41, Freie Deutsche Vereinigung: 15, Schönerianer: 5), sowie, neu, die mit 15 Sitzen vertretenen Sozialdemokraten. Zwischen Mehrheit und Minderheit lavierten die Christlichsozialen (26 Mandate) unter Karl Lueger. Dieser erlebte zwar wenige Wochen nach der Eröffnung des Reichsrats seinen größten Triumph, als er – im fünften Anlauf – als Wiener Bürgermeister vereidigt wurde, erntete aber noch immer viel Misstrauen.

Die slawisch–konservative Mehrheit rief umgehend eine parlamentarische Kommission zur Koordinierung ihrer Arbeit ins Leben und wählte weiters ein Parlamentspräsidium, das ihren Vorstellungen entsprach: Theodor Kathrein (Katholische Volkspartei) zum Präsiden-

ten, Dawid Abrahamowicz (Polenklub) zum ersten und Karel Kramář (Jungtschechen) zum zweiten Vizepräsidenten. Da Kathrein bereits vom Folgemonat an krankgeschrieben war, lastete die Verantwortung der Sitzungsleitung auf den Schultern des 60jährigen Polen, der im November auch formell die Präsidentenfunktion übernahm. So sah also die sprichwörtliche „polnische Herrschaft" unter Badeni aus: Nicht nur das Amt des Regierungschefs und drei Ministerien (Badeni als Innenminister, Eduard Rittner als Minister für Galizien, Leon Biliński als Finanzminister) sowie das Außenministerium (Agenor Gołuchowski), sondern auch der Präsident des Abgeordnetenhauses und dazu noch die Direktion der Parlamentskanzlei (der auch als Jude angefeindete Heinrich Ritter von Halban–Blumenstock) waren in „polnischen Händen". In den nun einsetzenden parlamentarischen Turbulenzen wurde der feuilletonistische Spott der ersten Tage zum bitteren Ernst, die „polnische Herrschaft" wurde zur „polnischen Gewaltherrschaft" über Österreich und damit der Hauptschuldige an der großen Krise des österreichischen Parlamentarismus am Ende des Jahrhunderts gefunden.

Zunächst soll jedoch noch erörtert werden, in welcher Gestalt sich der Polenklub zu Beginn der neuen Legislaturperiode präsentierte. Im vorigen Abschnitt II war von Prognosen die Rede, die nach den Wahlen von 1897 im Hinblick auf dessen Zusammensetzung aufgestellt worden waren. Prinzipiell muss dazu gesagt werden, dass ja nicht „der Polenklub" eine bestimmte Anzahl von Mandaten gewonnen hatte (wie gelegentlich vereinfachend behauptet wird), sondern zum einen das CKW und zum anderen die polnischen Stadtwahlkomitees, zu denen immer auch Persönlichkeiten gehörten, welche den inneren Verhältnissen des Polenklubs kritisch gegenüberstanden. Eine gesicherte Aussage über die Größe und innere Zusammensetzung konnte erst nach Konstituierung der Fraktion getroffen werden. Als dies am 28. März geschah, zeigte es sich, dass in der Tat alle Wahlsieger des CKW, der Stadtwahlkomitees sowie der Großgrundbesitzer- und Handelskammer-Kurien dem Polenklub beitraten: insgesamt 58 Personen, inklusive der beiden mit einem Mandat ausgestatteten Minister Rittner und Biliński, die freilich einen gewissen – allerdings nirgends festgeschriebenen – Sonderstatus innehatten. Hinzu kam erneut ein Abgeordneter aus Schlesien. Damit war der Anteil des Polenklubs an den galizischen Abgeordneten von 89 % auf 74 % gesunken, während sein prozentuelles Gewicht im Abgeordnetenhaus von gut 16 % auf knapp 14 % zurückgefallen war. Die Tabelle III.3 zeigt die politischen Richtungen/Parteien und ihre Fraktionen im Einzelnen.

Tabelle III.3 gibt neben den Fraktionsbeständen auch die interne politische Zusammensetzung des Polenklubs wieder. Dazu ist zu bemerken, dass zu diesem Zeitpunkt die angeführten Untergruppen keinerlei offiziellen Status innerhalb der Fraktion genossen. Ein solcher war im Reglement des Polenklubs nicht vorgesehen und hätte auch dessen Selbstverständnis widersprochen. Ein gewisser institutionell begründeter Zusammenhalt der Untergruppen ergab sich lediglich dadurch, dass nicht wenige Reichsratsabgeordnete des Polenklubs auch im galizischen Landtag saßen und dort in der Tat durch Fraktionsverbände organisiert waren. Auch dort regierten allerdings lose Verbände, die sich zudem gerade im Falle der beiden konservativen Flügel zumindest zu dieser Zeit noch politisch nahe standen. Hier wie dort, bei Krakauern und Podolaken, gab es freilich einen Kern von politischen Vordenkern, und diese beiden Kerne stießen sich in der Tat stärker ab. Auf der Seite der Krakauer Konservativen waren das die Mitglieder des „Konservativen Klubs", also etwa die Abgeordneten Józef Milewski und Piotr Górski, auf der Seite der Podolaken Per-

Tabelle III.3: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1897–1900[70])

	Partei bzw. polit. Richtung		Fraktionen		
	Name	Mandate	Name	Mandate *	Bestandsveränderungen während der LP**
POLEN	Krakauer Konservative	9	Polenklub	58 (59[1])	• 10/1897: -1 (Ableben) • 3/1898: -1 (Ableben) • 4/1898: -1 (Niederlegung) • 11/1898: +1 (Nachwahl)
	Podolaken	22			
	Unabh. Konservative	12			
	Demokraten	14			
	ZSCh	1			
	SChL	6	Polnisch-Christliche Volkspartei	6	• 3/1898: +1 (Nachwahl) • 11/1898: -3 (Klubaustritte, zu Klublosen)
	SL	3	Polnische Volkspartei	3	• 9/1898: +1 (Nachwahl)
	GPSD	2	Sozialdemokratischer Verband	2 (15)	
RUTH.	Nationalkonservative/KRNS	6	Slawischer Christlichnationaler Verband	6 (35)[2)]	• 9/1898: +1 (Nachwahl) • 9/1898: -1 (Niederlegung)
	NR	1	Klublos (11/1899: „Unabhängige Ruthenen“)	2	
	R-URP	1			
	R-URP/GPSD[3]	1	Sozialdemokratischer Verband	1 (15)	

Abkürzungen: Siehe Abkürzungsverzeichnis
* In Klammern: Gesamtbestand der jeweiligen Fraktion
** Ohne temporäre Vakanzen. Datum (Monat/Jahr) bezogen auf den Eintritt des neugewählten Abgeordneten in Parlament
1 Inkl. ein Pole aus Schlesien
2 Inkl. ein Ruthene aus der Bukowina
3 Doppelmitgliedschaft

sönlichkeiten wie Wojciech Dzieduszycki, Włodzimierz Kozłowski und Dawid Abrahamowicz, die aufgrund ihrer längeren Erfahrung als Parlamentarier oder ihrer Rolle im CKW von größerem politischem Gewicht waren. Um solche „Nuklei“ bildeten sich Dunstkreise von Abgeordneten, die wenig bis keine politische Aktivität entfalteten. Eines wurde allerdings spätestens bei der Wahl des Präsidiums deutlich: Das Sagen im Polenklub hatten nunmehr die Podolaken, die nicht nur den Obmann (Jaworski), sondern auch die Mehrheit der parlamentarischen Kommission stellten, welche für die Koordinierung „vor Ort“, also im Plenum, zuständig war.[71])

---

[70]) Die Klubzugehörigkeit nach: Clubs des Abgeordnetenhauses, 12. Session, 1. Ausgabe (Ende Mai 1897) sowie ergänzend die Fragebogen des Parlamentsarchivs in Wien.

[71]) Apolinary Jaworskis Wiederwahl zum Klubobmann am 28. März fiel mit 56 von 57 Stimmenden glanzvoll aus. Zu seinem Stellvertreter designierte die Fraktion Adam Jędrzejowicz. In der parla-

Wie die Tabelle zeigt, gab es neben den beiden konservativen Flügeln eine Reihe von im weiteren Sinne konservativ orientierter Abgeordneter, die sich weder der einen noch der anderen Gruppe zuordnen ließen, in Teilbereichen den Demokraten näher standen (wie die jüdischen Unternehmer Arnold Rapoport und Henryk Weiser), gute Beziehungen zu den Deutschliberalen pflegten (Stanisław Madeyski) oder eine klerikal-konservative Richtung repräsentierten (Karol Fischer, Ehrendomherr von Przemyśl). Nicht wesentlich klarer konturiert waren die Demokraten selbst, die teilweise mit, teilweise ohne Unterstützung des CKW gewählt worden waren. Manche waren im Wahlkampf gar als „Konservative" eingestuft worden (und waren auch als solche in Tabelle II.5 des vorigen Abschnitts eingegangen). Immerhin trafen sich die 14 Abgeordneten dieser Gruppe schon am ersten Sitzungstag des Parlaments, um noch vor der Konstituierung des Polenklubs über gemeinsame inhaltliche Positionen zu beraten. Dabei ging es vor allem um die Reform der Fraktionsstatuten. Einem Minimalkonsens folgend, brachte die Gruppe am nächsten Tag, während der konstituierenden Sitzung des Polenklubs, einen Antrag auf Einsetzung einer entsprechenden Kommission ein. Federführend war der bei weitem dienstälteste Demokrat, der inzwischen auf eine beinahe 30jährige Erfahrung im Parlament zurückblickende ehemalige Krakauer Bürgermeister Ferdynand Weigel. Schließlich ist noch jener vereinzelte Abgeordnete des Verbands der Bauernpartei (ZSCh), Jan Potoczek, zu nennen, der sozusagen das bäuerliche Gewissen des Polenklubs verkörperte.[72])

Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode hatte das Haus Gelegenheit, sich ausführlich mit dem Polenklub und mit Galizien zu beschäftigen und dabei das in weiten Teilen des deutschen Lagers herrschende negative Bild dieser Provinz mit der vehementen Kritik an der „polnischen Regierung" zu verknüpfen. Zunächst vermieste die in Abschnitt II erwähnte Debatte zum Enthaftungsfall Szajer dem Polenklub ganz gründlich den Einstieg in die neue Legislaturperiode. Das parlamentarische Verhalten der Fraktion in diesem Fall kann getrost als die größte Blamage bezeichnet werden, welche der Polenklub bis dato im Abgeordnetenhaus erlitten hatte. In einer Angelegenheit, bei der es mit der Immunität eines gewählten Abgeordneten um die Grundsätze parlamentarischer Freiheit ging, bestätigte der Polenklub alle Vorurteile politischer Engstirnigkeit, indem er gegen die von den polnischen Oppositionsführern eingebrachte Dringlichkeit stimmte und sich dabei im Hause beinahe völlig isolierte. Schlimmer noch, er vermittelte dabei ein Bild von Uneinigkeit, ja Konfusion und rettete sich schließlich in eine absurd anmutende Geste von Solidarität, die das Haus mit schallendem Gelächter quittierte. Das kam so:

Es gab innerhalb der Fraktion einen starken internen Dissens in dieser Frage zwischen den Demokraten und liberaleren Konservativen einerseits, die trotz der politischen Vergangenheit Szajers auf dem Prinzip der Wahrung des Immunitätsrechts beharrten, und dem erzkonservativen Flügel des Polenklubs andererseits, der weder den Antragseinbringern den Erfolg einer Annahme der Dringlichkeit gönnen noch den „radikalen Bauern" Szajer im Parlament sehen wollte. In dieser schwierigen Lage kam dem Polenklub zunächst

---

mentarischen Kommission saßen Wojciech Dzieduszycki, Dawid Abrahamowicz, Stanisław Madeyski, Leon Piniński und (als einziger Demokrat) Tadeusz Rutowski. Die Vormacht der Konservativen war also ungebrochen. Siehe Czas 30. 3. 1897 (72), S. 1.

[72]) Über die Versammlung der Demokraten, an der auch die neugewählten SL-Abgeordneten teilnahmen, siehe Czas 31. 3. 1897 (73), S. 1 und Kurjer Lwowski 30. 3. 1897 (89), S. 5.

scheinbar der amtierende Alterspräsident des Hauses Emanuel Ritter von Proskowetz zu Hilfe, der sich auf den Standpunkt stellte, ein Dringlichkeitsantrag könne vor der Auslosung der Abteilungen zur Prüfung der Wahlakten nicht zugelassen werden. Als darüber debattiert wurde, schloss sich Jaworski zwar grundsätzlich dieser Ansicht an, fügte jedoch hinzu, der Polenklub werde dennoch für die dringliche Behandlung stimmen, falls die Mehrheit des Hauses die Meinung des Alterspräsidenten nicht teile. Die weiteren Wortmeldungen unter anderem der Deutschfortschrittlichen und der Jungtschechen ließen deutlich werden, dass Letzteres tatsächlich der Fall war.

Als es nun wider Erwarten zu einer Namensabstimmung kam, zeigte sich jedoch, dass einer, der unglücklicherweise ganz vorne im Alphabet stand, dies nicht begriffen hatte oder nicht begreifen wollte: Dawid Abrahamowicz. Dieser rief zum Entsetzen seiner Klubgenossen ein „Nein“ in den Saal. Hektische Versuche, ihn umzustimmen, blieben erfolglos. Die Statuten des Polenklubs verlangten nun, dass alle anderen Mitglieder des Polenklubs dasselbe taten – soweit sie nicht bevorzugten, sich „aus dem Saal zu stehlen“, wie Daszyński wenig später genüsslich vermerkte. Die sprichwörtliche Solidarität, die der Polenklub so gerne als seine große Stärke nach außen trug, war vor dem Forum des Parlaments als scheinheilig entlarvt worden.[73])

Vollkommen ungelegen kam dann eine Woche später auch die ausgedehnte „Galizien-Debatte“ zu den Wahlmissbräuchen, denn sie traf den Polenklub just in dem Moment, als er sein Verantwortungsbewusstsein für den Staat und die Konstitution durch eine neuerliche Majoritätsbeteiligung unterstreichen wollte. Wie war das Bild der Staatspartei zu vereinbaren mit den unzähligen Vorwürfen, die den Polenklub mit Fällen krassester Rechtsmissachtung im eigenen Land in Verbindung brachten und zudem vielen seiner Mitglieder die Legitimität ihrer Mandatsausübung absprachen?[74]) Die Imagebeschädigung war umso schwerwiegender, als sich die regierende Mehrheit gerade zur selben Zeit zu einem politischen Kraftakt aufschwang: den berühmten Sprachenverordnungen für Böhmen (wenig später auch für Mähren), mit denen die Zweisprachigkeit im äußeren und inneren Amtsverkehr in diesen beiden Kronländern eingeführt werden sollte. Die Kritik der vorwiegend deutsch-böhmischen Opposition an der Mitverantwortung des Polenklubs für diesen „verbrecherischen Akt“ konnte nun sehr effektvoll von den Eindrücken zehren, welche das Parlament durch die eben erst inszenierte Galizien-Debatte bekommen hatte. Man konnte den Polenklub also dort treffen, wo er stets am sensibelsten zu reagieren pflegte: im „eigenen“, galizischen Haus. Wer das große Wort von der nationalen Gleichberechtigung im Munde herumführe, so die Quintessenz, solle diese erst einmal bei sich selbst verwirklichen, im Umgang mit der „eigenen“ nationalen Minderheit.

Bei den nun einsetzenden heftigen Kontroversen um Böhmen war gerade wegen der Mitverantwortung des Polenklubs stets auch Galizien als Modell präsent. Symptomatisch war die Wortmeldung eines führenden Mitglieds des Polenklubs aus dem Lager der ostga-

---

[73]) Außer etwa 20 Mitgliedern des Polenklubs stimmte nur noch die von Falkenhayn geführte klerikal-konservative Zentrumsfraktion gegen die Dringlichkeitsdebatte. Siehe Sten. Prot. AH, 12. Session, 2. Sitzung (30. 3. 1897), S. 25 f. sowie die kontroversen Beurteilungen in der Tagespresse, etwa in Kurjer Lwowski 1. 4. 1897 (91), S. 1; Nowa Reforma 2. 4. 1897 (75), S. 1; Czas 2. 4. 1897 (75), S. 1.

[74]) Dazu Näheres S. 301–303.

lizischen Konservativen. Der nachmalige Statthalter Leon Piniński stimmte das Hohelied der Nichteinmischung in Landesangelegenheiten an und gab gleichzeitig mit panslawistischen Nebentönen zu Verstehen, man werde „speciell der böhmischen Nation nicht diese nationalen Errungenschaften verwehren können, die wir in unserem Lande haben". Die nachfolgenden anerkennenden Worte desselben Redners über die deutsche Kultur konnten den verheerenden Eindruck nicht verwischen, den eine solche Parallele unter den deutsch-böhmischen Abgeordneten erwecken musste.[75])

Das war es ja gerade: Böhmen sollte nicht Galizien werden, die Deutschböhmen nicht die Ruthenen des Westens. Wie weit man sich von der nie ganz erloschenen deutsch–polnischen Sympathie entfernt hatte, zeigten jedoch vor allem die vehementen Attacken von deutschnationaler Seite. Hier wurden alle Register eines zeitmodischen Kulturchauvinismus, Antisemitismus und Biologismus gezogen, wenn etwa vom galizischen Export von Schlachzizen, Juden und Ministern die Rede war, oder von der nach Wien eingeschleppten „Tarnopoler Moral", welche als „Gift für alle anderen Völker, welche damit in Berührung kommen" wirke. „Österreich" – so die Prophezeiung des berüchtigten deutschnationalen Hetzers Karl Hermann Wolf – „wird noch einmal schwer an den Folgen dieser Vergiftung zu leiden haben".[76])

Der Polenklub und mit ihm die Majorität des Hauses sahen die Vergiftungserscheinungen allerdings weniger in Galizien als viel mehr im Parlament, bei denjenigen Gruppierungen nämlich, die nun über Dringlichkeitsanträge und Namensabstimmungen alle konstruktive Arbeit zu verhindern trachteten. Die 12. Session musste daher frühzeitig, bereits Anfang Juni 1897, geschlossen werden. Formell geschah dies in der kürzesten und gleichzeitig „polnischsten" Sitzung in der Geschichte des österreichischen Parlaments: Einberufung durch Abrahamowicz, Erklärung durch Jaworski im Namen der Majorität, Verkündung der Schließung der Session durch Badeni, Schließung der Sitzung durch Abrahamowicz.[77])

In der folgenden Herbstsession verschärfte sich dann der Ton weiter. Die antipolnischen Hasstiraden von Wolf führten sogar zu zwei deutsch–polnischen Säbel-Duellen, dem berühmteren mit dem Ministerpräsidenten selbst, provoziert durch Wolfs Äußerung „polnische Schufterei" in der Eröffnungssitzung, sowie dem weniger bekannten mit dem Abgeordneten des Polenklubs Włodzimierz Ritter von Gniewosz, das ebenfalls Resultat einer beleidigenden Äußerung über den Charakter der polnischen Nation war.[78]) Die Majorität

---

[75]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 6. Sitzung (9. 4. 1897), S. 274–276 (Leon Piniński).

[76]) Ebd., S. 239–243. Zu den Sprachenverordnungen, den Badeni-Wirren und der Verrohung parlamentarischer Sitten siehe auch: Hannelore Burger, Helmut Wohnout, Eine polnische Schufterei? Die Badenischen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, in: Politische Affären und Skandale in Österreich, hrg. von Michael Gehler und Hubert Sickinger, Wien 1995, S. 79–98. Allgemein: Berthold Sutter, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer, 2 Bde. (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 46 u. 47), Graz–Köln 1960/1965.

[77]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 20. Sitzung (2. 6. 1897), S. 1149.

[78]) Das Duell mit Gniewosz, der (wie schon Badeni) verletzt wurde, gestaltete sich zu einem Kollektivereignis für den Polenklub. Nachdem bereits ein Mitglied desselben als Sekundant fungiert hatte und andere sich in die Nähe des Austragungsortes begeben hatten, ehrten alle Fraktionsmitglieder

versuchte dennoch unermüdlich, das Parlament auf geordnete Bahnen zurückzuführen. Da die Deutsch-Klerikalen immer mehr von der angeheizten Stimmung in der deutschsprachigen Bevölkerung mitgerissen wurden und wachsende Vorbehalte gegenüber der Regierungspolitik durchblicken ließen, da gleichzeitig die Tschechen als Nutznießer der Sprachenverordnungen in ähnlich radikaler Weise wie die Deutschen ihre Kräfte mobilisierten, blieb es am Polenklub hängen, die Rolle des stets verlässlichen, souverän und objektiv agierenden Partners der Regierung zu spielen. Das war allerdings nicht nur ein Rollenspiel, denn gerade in diesem Moment der herannahenden Staatskrise wurden sich die Polen wieder der Gefahr bewusst, welche gerade ihnen mit der Zerstörung des Parlamentarismus und damit ihres Einflusses auf die Staatsmacht drohte.

Die Waffen, die der Polenklub in seiner politischen Mission für den Konstitutionalismus führte, blieben subtiler Natur, trafen sie doch die staatstragenden bürgerlichen Kräfte aller Nationalitäten, insbesondere aber der deutschen, in ihrem Nerv. Man warnte vor einer weiteren Radikalisierung der Gesellschaft, die etwa dann eintreten würde – so der Gutsbesitzer Kazimierz Ritter von Rojowski – , wenn man der Regierung die Mittel zur Bekämpfung des Notstands verweigerte.[79]) Dem konnte man noch entgegenhalten, dass dies die Optik des auf seinem Gut sitzenden Landherren war, während der Radikalismus in den Städten nicht von Naturkatastrophen, sondern von sozialer Misere induziert war. Hier konnte Rojowskis Kollege Wojciech Dzieduszycki in die Bresche springen. Er warf den Deutschliberalen vor, nicht nur ihre ureigensten Werte der Verfassungstreue zu verraten, sondern auch über ihre Obstruktionspolitik den revolutionären Plänen der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten. Gleichzeitig spielte er mit dem Gefühl des Patriotismus, wenn er die Obstruierung des anstehenden österreichisch-ungarischen Wirtschaftsausgleichs als eine „Obstruktion gegen das Österreichertum“ qualifizierte.[80])

Bei dem Stand der kollektiven Erregung, den das deutsche Lager inzwischen ergriffen hatte, nutzten solche diskursiven Strategien allerdings wenig. So war es denn ausgerechnet wiederum ein Pole, der Parlamentsvorsitzende Abrahamowicz, der den Gang ins Verderben beschleunigte, indem er die Geschäftsordnung restriktiv gegen die Obstruktionisten einsetzte, damit die Gegensätze weiter anheizte und schließlich die Anwendung der formell verfassungswidrigen „Lex Falkenhayn“ durchsetzte. Das Haus versank vollends im Chaos. Eine seiner letzten Aktionen war es, dass ein Pole (Daszyński) einem Polen (Abrahamowicz) auf Deutsch „Sie gehören ins Criminal, Sie Staatsverbrecher“ entgegenschleuderte, bevor Ersterer auf Geheiß des Letzteren von der Polizei aus dem Saal des Wiener Parlaments abgeführt wurde.[81])

Dem Desaster im Parlament folgten Krawalle in den Straßen. Badeni musste gehen und mit ihm Biliński und Rittner. Auch Abrahamowicz, über den sich noch mehr als über den Ministerpräsidenten der Zorn der aufgebrachten Massen in Wien und anderen Städten er-

---

sowie eine zweiköpfige Delegation der Jungtschechen den Verletzten mit einem Besuch bei ihm zuhause. In der folgenden Sitzung des Polenklubs wurde ihm offiziell der Dank ausgesprochen für die „tapfere und mannhafte Verteidigung der nationalen Ehre, die er mit seinem Blut besiegelte“. Siehe Nowa Reforma 11. 11. 1898 (258), S. 3 und Czas 15. 11. 1898 (261), S. 2.

[79]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 28. Sitzung (22. 11. 1897), S. 1729–32.

[80]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 25. Sitzung (12. 11. 1897), S. 1512.

[81]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 31. Sitzung (26. 11. 1897), S. 1820.

goss, war als Präsident des Abgeordnetenhauses nicht mehr tragbar. Seine Entfernung ebenso wie die Aufhebung der „Lex Falkenhayn“ waren eine Geste an die deutschen Parteien von Seiten des übernächsten Ministerpräsidenten Franz Graf Thun (zwischendurch hatte die Übergangsregierung Gautsch das Notwendigste erledigt), der im März 1898 den Reichsrat zur 14. Session einberief. Freundlichkeitsgesten und Ernennungen gemäßigter Deutschösterreicher (Joseph Maria Baernreither) zu Kabinettsmitgliedern vermochten allerdings die verhärteten Fronten nicht aufzuweichen, solange die Sprachenverordnungen gültig blieben.

Unter Thun fand tatsächlich eine Fortsetzung der Rechtskoalition statt, zu der weiterhin auch der Polenklub gehörte, während sich die deutsche Linke (ohne Alldeutsche, aber inklusive Christlichsoziale) als „Gemeinbürgschaft“ zur Obstruktion verpflichtete. Immerhin gehörten die wüstesten Szenen im Reichsrat der Vergangenheit an, und auch die Radikalsten von damals mussten erkennen, dass der Parlamentarismus geschwächt aus den Badeni-Wirren hervorgegangen war. Die Regierungen griffen zur Waffe der Notverordnung, um die Staatsgeschäfte aufrecht zu erhalten, und der Reichsrat drohte gänzlich, ins Abseits zu geraten. Wenn nun überdies das Parlament wiederholt über Ministeranklagen debattierte, so schien es, dass das von der Verfassung vorgesehene Zusammenwirken von Parlament und Regierung bei der Gesetzgebung einem Gegeneinander der beiden konstitutionellen Organe gewichen war.

Der Polenklub musste diese neuesten Entwicklungen im Reichsrat mit gemischten Gefühlen beobachten. Einerseits konnte ihm die Schwächung des Reichsrats im Grunde recht sein, denn damit erhöhte sich tendenziell das Gewicht der Länder und der Landesparlamente. Diese Sichtweise machten sich insbesondere jene Politiker aus dem Kreis der Podolaken zueigen, die seit der Schwächung der Stańczyken zu größerem Einfluss gekommen waren: Neben Dzieduszycki, der nicht zufällig die große Krise von 1897 nutzte, um in einer deutschsprachigen Broschüre das Programm der „Autonomisten-Partei“ zu verkünden[82]), sind auch die beiden Lemberger Rechtsprofessoren Leon Piniński und Stanisław Starzyński zu nennen.

Nach dem Kollaps des Reichsrats und der Demission Badenis nutzten denn auch diese reanimierten galizischen Autonomisten die Gunst der Stunde, um mittels einer Adresse des Landtags an den Kaiser die Gesundheit und das patriotische Verantwortungsgefühl des *Sejm* unter Beweis zu stellen. Es war nicht verwunderlich, dass gerade jetzt, während der Adressdebatte, wieder Stimmen laut wurden, man solle zum System der indirekten Reichsratswahlen zurückkehren.[83]) Als das Haus über die Regierungserklärung von Thun debattierte, bezog sich Jaworski im Namen des Polenklubs mit Nachdruck auf eben jene Landtagsadresse und stellte fest, dass diese sich in ihren Grundzügen mit der Regierungserklärung deckte. Die Adresse des *Sejm* als eine Art Ersatzprogramm für den Polenklub – das erinnerte stark an die Zeiten des Verfassungskampfs in den 1860er Jahren. Inhaltlich gehörte dazu insbesondere auch der obligate Hinweis auf die Ausweitung der Länderautonomie, der auch im Jahre 1898 nicht fehlen durfte.[84])

---

[82]) Adalbert Graf Dzieduszycki, Das Programm der Autonomisten-Partei Österreichs, Lemberg 1897.

[83]) Kolmer, Parlament und Verfassung, 6. Bd., S. 396 f. Der Bericht über die Adressdebatte ausführlich in Czas 28. 1. 1898 (22)–29. 1. 1898 (23). Der Wortlaut wurde mit nur zwei (ruthenischen) Gegenstimmen angenommen.

[84]) Sten. Prot. AH, 14. Session, 2. Sitzung (23. 3. 1898), S. 82–85.

Die andere Seite aber und also der Grund, weshalb es sich der Polenklub dennoch nicht wirklich gemütlich machen konnte, lag in den Gefahren eines Notverordnungsregimes. Zwar verteidigte Klubobmann Jaworski die Anwendung des § 14 im Sinne der Staatserhaltungsdoktrin und verwies dabei in einem geschickten rhetorischen Schachzug auf den von den Deutschnationalen so gerne zitierten Bismarck, der selbst einem funktionierenden Staatsleben Priorität zugewiesen hatte. Diesen Bismarck (eigentlich also den antiparlamentarischen) auf Österreich anwenden hieß nach Jaworski, auch hier dafür zu sorgen, dass „Macht, Ansehen und Bedeutung" des Staates über alle konstitutionellen Krisen hinweg bewahrt blieben. Gerade der Polenklub hege diese Überzeugung und zwar nicht wegen eines Selbsterhaltungstriebs, sondern weil „das höhere, uns innewohnende Pflichtgefühl der Dankbarkeit" ihn dazu führe.[85]) In einem – etwas zurechtgebogenen – Rückgriff auf die eigene Geschichte, die man mit Stolz bis zu den Anfängen von Konstitutionalismus und Parlamentarismus zurückführen könne, reklamierte er für den Polenklub die Rolle einer „Staatspartei" in Österreich.[86])

Gleichzeitig aber erkannten die polnischen Delegierten in Wien die Gefahren, welche mit einer exzessiven Anwendung des Notverordnungsparagraphen verbunden waren, musste doch die Etablierung eines außerparlamentarischen Regimes zwangsläufig auf längere Frist den Einfluss der Polen in Wien unterminieren. Daher verknüpfte der Polenklub seine Unterstützung der Regierung Thun mit der Aufforderung, das Dringendste der anstehenden Geschäfte, den Ausgleich mit Ungarn, auf parlamentarischem Wege zu erledigen.[87]) Damit erhoffte man sich eine Wiedergesundung des Zentralparlaments, auch wenn eine solche die Profilierungschancen der Landtage wieder schmälerte.

Das eben besprochene Dilemma vertiefte auch die Gräben innerhalb des Polenklubs zwischen seinem konservativen und demokratischen Flügel. Stützte die konservative Mehrheit ein österreichisches Notverordnungsregime, so schien dies in dieselbe Richtung zu weisen wie schon ihr dilettantisches Agieren im Falle Szajer suggeriert hatte, bei dem die Demokraten doch in eine so peinliche Lage geraten waren. Nach ihrer Überzeugung deutete alles darauf hin, dass die Konservativen einer antifreiheitlichen, antikonstitutionellen, antiparlamentarischen Ordnung den Weg ebneten, nur um sich selbst an der Macht zu halten. Der letzte Beweis hierfür schien dann der politische Umgang mit dem Ausnahmezustand zu liefern.

Zur Erinnerung: Aufgrund heftiger antisemitischer Unruhen wurde im Juni 1898 der Ausnahmezustand über 33 westgalizische Bezirke verhängt. Obwohl aufgrund der Sondervollmachten der Polizeibehörden die Ruhe relativ bald wiederhergestellt werden konnte, wurden die Ausnahmeverfügungen erst im Laufe des Herbstes sukzessive wieder aufgehoben. Das rief nun im September 1898 die demokratische Minderheit des Polenklubs auf den Plan, die in einer eigens eingebrachten Resolution die Fraktion dazu auffordern wollte, sich für eine Aufhebung des Ausnahmezustands einzusetzen. Die konservative Mehrheit lehnte dies ab und gab einem Alternativvorschlag den Vorzug, durch welchen dem Statthalter das volle Vertrauen in dieser Angelegenheit überbracht wurde. Dieser Statthalter

---

[85]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 17. Sitzung (8. 11. 1898), S. 1038 f.
[86]) Sten. Prot. AH, 14. Session, 2. Sitzung (23. 3. 1898), S. 82–85.
[87]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 4. Sitzung (3. 10. 1898), S. 238.

hieß seit 1898 Leon Piniński und war bis dahin eines der erzkonservativen Mitglieder des Polenklubs gewesen. So schloss sich der Kreis.[88])

Die Statuten des Polenklubs verunmöglichten es den Demokraten, ihre Minderheitsposition in eine entsprechende Initiative im Parlament umzusetzen. So blieb es der außerhalb des Polenklubs stehenden polnischen Opposition vorbehalten, im November 1898 inmitten eines von Obstruktion gelähmten Parlaments eine Debatte über den Ausnahmezustand zu erzwingen. Auch bei diesem Anlass waren die vermittelten Eindrücke der östlichen Provinz des Habsburgerreiches nicht gerade positiv. Neben korrupten Wahlkommissären und Bezirkshauptleuten schienen dort offenbar Juden und raubende Bauernhorden die gesellschaftliche Realität zu bestimmen. Vernichtend war aber auch das politische Urteil, welches die Opposition über die im Polenklub verkörperte Machtelite fällte. Der Ausnahmezustand sei von dieser dazu missbraucht worden, die Opposition mittels „absolutistischer" Sondervollmachten (Versammlungsverbote, Behinderung von Presseorganen, Hausdurchsuchungen) einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Dem Polenklub blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als sich vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. Dazu gehörte der Nachweis, dass die öffentliche Ordnung bedroht gewesen sei (und dieser Zustand noch anhalte), aber auch die Rhetorik der „positiven Errungenschaften" des Polenklubs für das Land Galizien in den vergangenen dreißig Jahren. Eine besondere Note bekam die Debatte durch ihre Einbettung in den offensichtlich gegebenen Kontext des Antisemitismus. Während andere von „Terrorismus" faselten, unternahm es bezeichnenderweise ein jüdischer Abgeordneter des Polenklubs, Emil Byk, das Kind beim Namen zu nennen. Obwohl Teil des demokratischen Flügels, hatte dieser als Jude und Adressat zahlloser Telegramme und Briefe jüdischer Mitbürger eine andere Optik als seine engeren politischen Weggefährten.

Auch Byk musste allerdings zunächst die *Szlachta* und den Polenklub verteidigen, bevor er sich der jüdischen Problematik in Galizien widmete. Diese Chronologie – zuerst Polnisches, dann Jüdisches – war keineswegs zufällig angesichts der Haltung im Polenklub bezüglich einer Thematisierung jüdischer Fragen. Eine allzu offene Parteinahme zugunsten der Juden war im Hinblick auf die Zeitstimmung keineswegs opportun. Schließlich kursierte gerade in diesen Jahren der Name „Dreyfus" auch in Galizien, und außerdem gab es auch im Polenklub erklärte Antisemiten (etwa Teofil Merunowicz). Schon öfters waren Byk oder andere jüdische Abgeordnete zurückgepfiffen worden, wenn sie Klage über das Schicksal der Juden führen wollten. Ein Jahr später, als Emil Byk und Arnold Rapoport eine Interpellation wegen des Hilsner-Prozesses einbrachten, bekamen sie unter Hinweis auf die Ausnahme konfessioneller Fragen aus der Klubsolidarität die notwendigen Unterschriften von ihren Klubkollegen. Im nachhinein aber, als man gewahr wurde, dass die Interpellation den Interessen des Polenklubs geschadet hatte (es ging damals um die Ernennung des Mitunterzeichners Leonard Piętak zum 2. Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses), weil sie den Christlichsozialen einen Angriffspunkt lieferte, kritisierte man jene zuvor durch die Klubstatuten gestützte tolerante Haltung. Schließlich, so die Argumentation, betreffe ein solches jüdisches Thema weder die Interessen der Polen noch diejenigen

---

[88]) Siehe den Bericht über die Sitzung des Polenklubs in Nowa Reforma 29. 9. 1898 (222), S. 1 f sowie den Kommentar in der Folgenummer.

Galiziens. Die Problematik der politischen Symbiose zwischen Polen und „assimilierten" Juden in Zeiten, da der Antisemitismus zum gesellschaftlichen Allgemeingut und zum politischen Druckmittel wurde, kam in diesem Diskurs deutlich zum Ausdruck.[89])

Wollte Byk die jüdische Problematik thematisieren, so durfte er also nicht nur die verzweifelte gesellschaftliche Lage der Juden benennen, sondern musste das Jüdische wiederum in einen polnischen Kontext einbetten. Dies geschah durch die bekannten historischen Bilder der jüdisch–polnischen Geschichte, die nun allerdings in einem neuen Licht erschienen. Emil Byk rief die Tradition der Freiheit und Toleranz in Erinnerung, welche die Juden seit dem Mittelalter in Polen genossen hätten. Der Antisemitismus sei den Polen im Grunde historisch unbekannt, wenn nicht sogar wesensfremd. Er sei vielmehr ein Einfuhrprodukt aus Wien, und der Hauptimporteur heiße Pater Stojałowski. Dieser habe seine Nähe zu den Deutsch-Christlichsozialen oftmals unter Beweis gestellt, indem er ihren Versammlungen in der Hauptstadt beigewohnt habe.[90])

Diese Geschichtsinterpretation musste klarerweise eine Replik erfahren, und es war nur konsequent, dass sie von einem Christlichsozialen, Robert Pattai, geleistet wurde. Pattai zufolge war es gerade jener Vertreibung der Juden aus dem Gebiet westlich von Main und Neckar zu verdanken, dass man heute im Westen keine Judenexzesse habe. Das deutsche Volk, welches um seine innere Reinheit gegenüber dem Judentume kämpfe, liefere ein Beispiel dafür, dass „alle culturell hochstehenden Nationen sich von dem Einflusse des Judenthums freizuhalten wissen, während es nur ein Zeichen bedauerlicher Zustände ist, wenn Juden eine derartige Rolle spielen wie leider auch in Galizien (…)."[91]) In dieser Argumentation ging Geschichte unmittelbar in Gegenwart über, als Teil eines seit den Badeni-Unruhen angeheizten Diskurses über Ost und West und über Slaventum und Germanentum. Wie so oft eignete sich die „Judenfrage" vortrefflich dazu, hier wie dort positive und negative Zuschreibungen zu treffen.

Mit der Demission der Regierung Thun und dem Amtsantritt des provisorischen Kabinetts unter Manfred Clary-Aldringen im Oktober 1899 verschoben sich die Koordinaten, denn nun stand die konservativ–slawische Majorität des Abgeordnetenhauses einer Regierung gegenüber, die ihr offenbar nicht wohlgesonnen war. Zunächst hatte sich das Exekutivkomitee der Rechten nach vermittelnden Bemühungen des Polenklubs noch zu einer milden, abwartenden Erklärung entschlossen, in der eine konstitutionell verankerte Regelung der Sprachenfrage im Sinne der Gleichberechtigung der Völker propagiert und eine Regierung nach Geschmack der Majorität gefordert wurde. Dann aber erfüllte Clary den sehnlichsten Wunsch der deutschen Opposition, indem er die Aufhebung der Sprachenverordnungen verfügte.[92])

Das war nun ein *casus belli* nicht nur für die Tschechen, sondern auch für ihre polnischen Verbündeten. Diese vermeinten außerdem einen „eisigen, centralistischen, bureaukratischen Wind" in der Erklärung des neuen Kabinettschefs zu verspüren, der den „wärmsten

---

[89]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 1. Sitzung (18. 10. 1899), S. 35 f. Die Kritik bei Czas 22. 10. 1899 (242), S. 1.

[90]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 22. Sitzung (24. 11. 1898), S. 1435–1444, Den historischen Diskurs griff Byks Klub Kollege Czecz-Lindenwald auf. Ebd. S. 1482.

[91]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 22. Sitzung (24. 11. 1898); S. 1476–1478.

[92]) Kolmer, Parlament und Verfassung, 7. Bd., S. 383. Czas 7. 10. 1899 (229), S. 1.

Verfechtern der Autonomie“, die sie doch waren, gar nicht behagte.[93]) Polen wurden zwar auch im neuen Kabinett berücksichtigt. Allerdings verpflichteten diese den Polenklub zu nichts, denn weder Seweryn Kniaziołucki als Leiter des Finanzressorts noch Kazimierz Chłędowski, Nachfolger von Adam Jędrzejowicz als Minister für Galizien, hatten direkte Verbindungen zur Fraktion. Die Rechte des Hauses schwor sich also auf einen Oppositionskurs gegenüber der Regierung ein, ohne allerdings dessen Ausprägung zu definieren. Dass sie Herr im Hause, also im Parlament, war, demonstrierte sie hingegen mit ihrer Wahl des Parlamentspräsidiums. Dem Deutsch-Konservativen Victor von Fuchs, Nachfolger von Abrahamowicz auf dem Präsidentensessel, wurde nun der Pole Leonard Piętak als Erster Vizepräsident an die Seite gestellt, erstmals übrigens ein Vertreter des demokratischen Flügels des Polenklubs. Die Empörung darüber, dass man übergangen worden sei, war auf Seite der Deutschen entsprechend groß. Schließlich war ja Fuchs – nach der schlagenden Logik der Deutschnationalen – als Vertreter der Majorität „kein Deutscher“.[94])

Die Majorität in Opposition: Das hätte unter klaren parlamentarischen Verhältnissen die sofortige Demission der Regierung bedeuten müssen, zumal der neue Kabinettschef offiziell erklärt hatte, auf die Anwendung des § 14 verzichten zu wollen. Nicht so in Österreich. Clary hielt sich erstaunliche drei Monate, und das verdankte er in erster Linie der Tatsache, dass die Opposition eben doch weniger geeint war als sie vorgab und der Regierung einige Erfolge gönnte. Gefordert war wieder einmal vor allem der Polenklub, der nun erstmals die zum Dogma erwachsene Staatstreue mit einer Oppositionsrolle vereinen musste. Unter dieser Gratwanderung musste vor allem das polnisch–tschechische Verhältnis leiden, denn die Tschechen zeigten sich ohne Umschweife bereit, die neuen Obstruktionisten zu spielen. Steuerten die Polen nun einen versöhnlicheren, pragmatischeren Kurs gegenüber der Regierung an, so wiederholte sich die Geschichte aus den 1860er Jahren, als der Polenklub dem tschechischen Reichsratsboykott nicht gefolgt war und dafür von den slawischen Brüdern Schelte bekommen hatte.

Nun, Ende des Jahrhunderts, setzte man allerdings ein Verhältnis aufs Spiel, das seit Badeni eine bis dahin nicht gekannte Nähe und Intensität erreicht hatte. Je stärker sich nämlich das deutsche Lager in Erkennung seiner prekären politischen Lage und in Abwehr gegen die Sprachenverordnungen konsolidiert hatte (Stichwort: Pfingstprogramm vom Mai 1899 als „nationalpolitische Forderungen der Deutschen“) und je häufiger und grobschlächtiger die antislawischen Slogans wurden („slawische Pest“ u. a.), desto näher waren Tschechen und Polen zusammengerückt. Dort, wo sich beide Nationalitäten begegneten, in Österreichisch-Schlesien, fand man zudem einen geeigneten Ort, um eine Interessenkoalition gegen die Deutschen in die politische Praxis umzusetzen. Hinzu kam eine neu erlangte gemeinsame Sicht der Außenbeziehungen beider Nationalitäten. Hatte das polnisch–tschechische Verhältnis früher unter der unterschiedlichen Wahrnehmung Russlands gelitten – hier Anlehnungsbedürfnis der Alttschechen, dort Russophobie als Maxime der Stańczyken – so sah man sich inzwischen verbunden in einem schicksalhaften Abwehrkampf gegen die Vertreibungs- und Germanisierungspolitik der preußischen Regierung.[95])

---

[93]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 4. Sitzung (25. 10. 1899), S. 220.

[94]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 4. Sitzung (25. 10. 1899), S. 222.

[95]) Siehe die gemeinsame Interpellation. Allerdings ging der Polenklub im Unterschied zu den Jungtschechen nicht so weit, den Dreibund in Frage zu stellen, zumal ein Konnationaler, Agenor Gołu-

Der Riss im polnisch–tschechischen Bündnis, bedingt durch die Distanzierung des Polenklubs von der tschechischen Obstruktionspolitik, wurde im Laufe der Amtstätigkeit Clarys immer tiefer, womit auch zunehmend der Fortbestand der Rechtskoalition in Frage gestellt schien. Kurz vor dem Fall des Kabinetts, im Dezember 1899, rang sich der Polenklub zu einer Resolution durch, in der er die Behinderung der Staatsnotwendigkeiten durch die Jungtschechen verurteilte und gleichzeitig ein Signal der Öffnung gegenüber den gemäßigten Elementen außerhalb des Bündnisses der Rechten sendete.[96]) Die damit zum Ausdruck gebrachte politische Tendenz setzte sich verstärkt fort unter dem Kabinett Koerber, das im Januar 1900 dem Übergangskabinett Heinrich Wittek folgte und in welches nun als Minister für Galizien bezeichnenderweise wieder ein Exponent des Polenklubs, der bisherige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Piętak, eintrat.

Während die Jungtschechen unmittelbar nach der Regierungserklärung Koerbers die Fortsetzung der Obstruktion verkündeten – ohne diese Androhung allerdings zunächst konsequent umzusetzen –, erklärte der Polenklub seine aufrechte Sympathie für das vor allem im Bereich der anvisierten Wirtschaftsinvestitionen konstruktive Programm. Als dann mit der Einbringung neuerlicher Sprachgesetzentwürfe für Böhmen und Mähren die Tschechen einen Gang in ihrer Obstruktionspolitik zulegten, kam es zum endgültigen Bruch. Am 8. Juni 1900 verkündete Jaworski die Auflösung des Exekutivkomitees der Rechten, womit jenes Bündnis offiziell aufhörte zu existieren, welches seit 20 Jahren die parlamentarischen Geschicke in Österreich bestimmt hatte. Zwei Tage später, nach neuerlichen Tumulten und Vandalismus im Parlament, wurde auch der Reichsrat aufgelöst. Die Karten sollten überhaupt neu gemischt werden.[97])

b) Die polnische Opposition: Vom Schulterschluss zu ersten Desintegrationserscheinungen

Die Wahlen von 1897 brachten erstmals Gruppierungen ins Abgeordnetenhaus, die sich dem Polentum zurechneten und dennoch dem Polenklub nicht angehörten. Austritte aus der Fraktion infolge politischer Differenzen während der Legislaturperiode hatte es, wie gezeigt, schon früher vereinzelt gegeben. Neu war, dass der Weg außerhalb des Polenklubs eine direkte und angekündigte Fortsetzung und Folge einer selbständigen Wahlpolitik war, und vor allem, dass die Gewählten eigene Klubs bildeten und damit nicht nur als Einzelpersonen (Klublose), sondern als parlamentarische Organisationen dem Polenklub entgegentraten. *Ad acta* zu legen war folglich nicht nur die über Jahrzehnte aufrechterhaltene Idee des Polenklubs als einziger vorstellbarer Interessenvertretung der Polen in Wien. Es war vielmehr auch organisierte Gegenwehr zu erwarten, ein innernationaler Kontrahent im Parlament also, der mit denselben, mit parlamentarischen Waffen operierte wie der Polenklub selbst.

Die drei Oppositionsgruppen (Tab. III.3) begründeten ihre Eigenständigkeit auf ihren jeweiligen außerparlamentarisch verankerten Parteiorganisationen mitsamt den dazugehö-

---

chowski d. J., als Außenminister amtierte und energisch für dessen Beibehaltung eintrat. Rumpler, Parlament und Regierung, S. 854–856.

[96]) Kolmer, Parlament und Verfassung, 7. Bd., S. 449. Czas 19. 12. 1899 (289), S. 1

[97]) Dazu ausführlich Kolmer, Parlament und Verfassung, 7. Bd., S. 103–108.

rigen Presseorganen. Zwei von ihnen, die christlichsozial orientierte SChL des Pater Stojałowski und die noch intellektuell-bäuerlich orientierte SL ergänzten in Wien den im Kronland gängigen Parteinamen mit dem nationalen Attribut, um im Nationalitätenparlament adäquat identifizierbar zu sein: „Polnisch-Christliche Volkspartei“ (PChVP, 6 Abgeordnete) und „Polnische Volkspartei“ (PVP, 3).[98]) Hinzu kamen die beiden polnisch-galizischen Sozialdemokraten, welche gemeinsam mit ihrem ruthenischen Genossen in den übernationalen sozialdemokratischen Verband eintraten.[99]) Trotz verschiedener politischer Ideologien einte die Opposition ein gemeinsames Angriffsziel, und dieses hieß: Polenklub. Der Sozialdemokrat Ignacy Daszyński brachte den gemeinsamen Nenner der polnischen Opposition auf den Punkt, als er auf den Polenklub deutete und ausrief: „Diese Herren im Lande unmöglich zu machen, die Herren vom Staatsruder wegzufegen, diesen Herren die Machtzügel zu entreißen, das ist unsere gemeinschaftliche Idee. Das ist dasjenige was uns im Augenblicke der Noth vereinigen wird.“[100])

Verbindend wirkte allerdings nicht nur der gemeinsame Gegner und die politische Notlage, sondern auch eine tiefer gehende Ideologie und – was stets dazu gehörte – eine entsprechende politische Moral. Es war dies die Idee der Massen und die Moral des Volkswillens. Die Opposition sah sich als eine vom Volk getragene Bewegung und deduzierte daraus eine politische Legitimität, die sie den Mitgliedern des Polenklubs absprach. Es kümmerte sie wenig, dass nur vier der elf Abgeordneten tatsächlich in der neu geschaffenen Allgemeinen Kurie gewählt worden waren, sieben dagegen in der Landgemeindekurie (Tab. II.5.). Einigkeit bestand darüber, dass gerade in der Allgemeinen Wählerkurie nur die massiven Wahlmanipulationen von Seiten der Machteliten des Landes einen größeren Wahlsieg verhindert hatten. Aus diesem Grund wurde denn auch der Kampf gegen die „Galizischen Wahlen“ des Jahres 1897 ein gemeinsames Projekt – ein Projekt allerdings, das Teil eines größeren war, welches sich generell gegen die „herrschenden Zustände“ im Heimat-Kronland Galizien richtete. Wenn nun die drei Oppositionsgruppen die galizische Misere im Wiener Parlament thematisierten, kam ihnen die gegebene parlamentarische Konstellation und die Zusammensetzung der Regierung durchaus entgegen. Schließlich konnte man den Polenklub nicht nur für die Zustände in Galizien verantwortlich machen, sondern auch – da er zur regierenden Majorität zählte – für die Befindlichkeit des Gesamtstaates. Die auf Galizien bezogene Oppositionshaltung war also kongruent mit der Oppositionsrolle im Abgeordnetenhaus. Daraus erwuchsen verschiedene Möglichkeiten, den oppositionellen Kurs im Verein mit anderen, auch außergalizischen, Oppositionsgruppen im Parlament zu entfalten.

---

[98]) Die PChVP sollte nach dem Willen einiger Beteiligter „Kreis (Klub) der polnischen christlichen Sozialisten“ heißen, ein Name, der (so die herrschende Meinung) dem Programm eher entsprochen hätte, aber aus taktischen Gründen fallen gelassen wurde. Wieniec 1897, Nr. 6, S. 93. Zur Konstituierung der PChVP und ihrem Programm siehe Głos Narodu 4. 4. 1897 (77), S. 9 und Pszczółka 1897, Nr. 7, S. 107. Die Konstituierung beider Klubs war von je einem Absageschreiben an den Polenklub begleitet. Siehe deren Wortlaut unter anderem in: Kurjer Lwowski 2. 4. 1897 (92), S. 1

[99]) Vgl. dazu neben der in Abschnitt I genannten Literatur zur Sozialdemokratie: August-Karl Ruzicka, Geschichte des Klubs der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten von 1897–1918, phil. Diss, Wien 1953.

[100]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 21. Sitzung (22. 11. 1898), S. 1363.

Das Parlament selbst stellte hierfür diverse Instrumente zur Verfügung, die allerdings in unterschiedlichem Maße der Opposition und hier wiederum insbesondere den Kleingruppen offen standen. Gering waren die Chancen, in einen der parlamentarischen Ausschüsse gewählt zu werden. Nimmt man die zwölfte Session (März bis Juni 1897) als Sample, so zeigt sich, dass der Polenklub in jedem der 11 gebildeten Ausschüsse vertreten war, kumuliert mit 64 Sitzen. In sechs Ausschüssen übernahm eines seiner Mitglieder die Obmann- oder Vizeobmannfunktion. Die polnisch-galizische Opposition war in gerade einmal drei Ausschüssen mit insgesamt vier Sitzen repräsentiert.[101]) Die Opposition setzte denn auch nicht dort den Hebel an, wo sie unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebungstätigkeit hätte ausüben können. Ihr Ressort waren vielmehr diejenigen Instrumente, mit denen sie Kritik am politischen und gesellschaftlichen Status Quo üben konnte, vor allem also Antrag und Interpellation. Beide erforderten zwar jeweils eine bestimmte Anzahl von Unterschriften, unterlagen aber im übrigen keinerlei Einschränkung durch die gegebenen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Auch hier sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Der Polenklub stand in der zwölften Session hinter 21 Petitionen und Anträgen, die sechsfach kleinere Opposition brachte es dagegen auf 32. Eine inhaltliche Analyse zeigt zudem die vorherrschende Richtung der Kritik. Je etwa ein Drittel der parlamentarischen Vorstöße der Opposition richtete sich gegen das Verhalten der Behörden in Galizien, ein weiteres Drittel hatte eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die lokale Bevölkerung, insbesondere die Bauernschaft, zum Ziel und ein letztes Drittel richtete sich gegen allgemeine Missstände.

Kompaktheit zeigte die polnisch-galizische Opposition auch in der formellen Durchführung dieser Verfahren. Darauf war sie auch angewiesen, denn keine der drei Gruppen verfügte alleine über genügend Stimmkraft, um einen Antrag oder eine Interpellation einzureichen. Allein die galizischen Sozialdemokraten konnten durch ihre Einbindung in die sozialdemokratische Fraktion, welche genau die für eine Interpellation erforderliche Stärke von 15 Mandaten erreichte, auf die eigenen Klubkollegen zurückgreifen. Die folgende Tabelle zeigt diesen Aspekt der Verflechtung:

Tabelle III.4: Interpellationen als Instrumente der polnisch-galizischen Opposition (12.–15. Session)

Hauptunterzeichner	Unterstützende Parteien (Klubs)							TOTAL (N)
	Galizische (%)				Außergalizische (%)			
	PChVP	PVP	GPSD	Ukr. Opp.	SD	Chrsoz	DVP/DF/DR	
PChVP	X	99	12	59	14	78	12	91
PVP	87	X	85	53	93	7	1	69
GPSD	13	34	X	11	100	0	3	61

Abkürzungen: PChVP = Polnische Christliche Volkspartei (SChL); PVP = Polnische Volkspartei (SL); SD = (außergalizische) Sozialdemokraten; Ukr. Opp = Ruthenische Oppositionelle; Chrsoz = Christlichsoziale Vereinigung; DVP = Deutsche Volkspartei; DF = Deutschfortschrittliche; DR = Deutschradikale; GPSD = Galizische Sozialdemokraten (ohne Ruthenen)

[101]) Sten. Prot. AH, 12. Session, Index, S. 344–364.

Der linke Teil der Tabelle, der sich auf die innergalizischen Fraktionen (bzw. im Falle der Sozialdemokraten: Fraktionsteile) bezieht, zeigt das hohe Maß an Kooperation zwischen den Klubs der Christlichen Volkspartei und der Volkspartei. Die Repräsentanten der beiden konkurrierenden Flügel der galizischen Bauernbewegung, die im Wahlkampf – wie in Abschnitt II gezeigt – bittere Rivalen um die Stimmen der Landbevölkerung gewesen waren, fanden in ihrer gemeinsamen Rolle als Opposition im Reichsrat zu einem hohen Maß an Zusammenarbeit (99 % bzw. 87 % der jeweiligen Vorstöße). Zur Absicherung ihres gemeinsamen oppositionellen Agierens hatten beide Gruppierungen bereits zu Beginn der Legislaturperiode die sogenannte „Vereinigung der Polnischen Bauernabgeordneten" (*Zjednoczenie Polskich Posłów Ludowych*) gegründet – ein rein taktisches Bündnis, das nie Klubstatus erreichte.[102]) Vergleichsweise unbedeutend war die gegenseitige Unterstützung zwischen galizischen Sozialdemokraten und PChVP (12 % bzw. 13 %). Hier lagen die Verhältnisse also gerade umgekehrt: Kooperation hatte im Wahlkampf eine Rolle gespielt, hörte aber weitgehend auf, als man die parlamentarische Bühne betrat. Interessant scheint auch der Umstand, dass zwei Drittel der Vorstöße der beiden polnischen Bauernparteien von den im Volksrat (*Narodna Rada*) repräsentierten ruthenischen Populisten (nachmaliger Kern der Nationaldemokratischen Partei, UNDP) unterstützt wurden. Opposition gegen die galizische Machtelite war also nicht nur ideologieübergreifend, sondern auch transnational.[103])

Bezieht man nun die in der rechten Tabelle berücksichtigten außergalizischen Kräfte mit ein, so zeigt sich, dass über rein taktische Gesichtspunkte hinaus sehr wohl die politischen Affinitäten eine Rolle spielten. Die PChVP erhielt starke Unterstützung von den ideologisch verwandten, ebenfalls oppositionellen Christlichsozialen, kaum aber von den Sozialdemokraten. Zu Beginn der Legislaturperiode war sogar von christlichsozialer Seite der Plan entwickelt worden, einen übernationalen, deutsch–galizischen Klub auf der gemeinsamen Basis des Antisemitismus zu schaffen. Man spielte mit dem Gedanken, auch die Fraktion der Polnischen Volkspartei sowie die ruthenischen Oppositionellen einzubinden und damit eine Großfraktion zu bilden, der alle Ausschüsse offengestanden wären. Als diese Idee dann doch nicht realisiert werden konnte, erhielt die PVP kaum Unterstützung von den Christlichsozialen (7 % der Interpellationen), umso mehr aber von den ihr ideologisch näher stehenden Sozialdemokraten, wie die Tabelle zeigt.[104])

Das Schreiben und Übersetzenlassen von Interpellationen und Anträgen war eine Sache, der persönliche Auftritt vor dem Plenum eine ganz andere. Hier war die Bilanz der polnischen Opposition in den ersten Sessionen der 9. Legislaturperiode eher bescheiden. Das lag nicht nur daran, dass das Abgeordnetenhaus ab Mitte 1897 in einem solchen Maße vom deutsch–tschechischen Gegensatz und der Obstruktion beherrscht wurde, dass periphere Gruppen wie die beiden galizischen Bauernklubs kaum mehr die Gelegenheit fanden, sich vor dem Plenum verbal zu präsentieren. Das Problem lag vielmehr im Verbalisieren an sich. Ein Auftritt vor der parlamentarischen Versammlung verlangte ein nicht gerin-

---

[102]) Głos Narodu 1. 4. 1897 (74), S. 6. Turowski, Historia, S. 51.

[103]) Die Unterzeichner der Interpellationen und Anträge finden sich in den Sitzungsprotokollen am Tag der Einreichung bzw. in den Beilagen unter der entsprechenden Nummer.

[104]) Głos Narodu 1. 4. 1897 (74), S. 6; Nowa Reforma 2. 4. 1897 (75), S. 1; Fremden-Blatt 31. 3. 1897 (90, A), S. 3.

ges Maß an Sprachbeherrschung. Abgelesene Reden waren nicht nur verpönt, sondern wurden sogar durch die Geschäftsordnung als unstatthaft hingestellt.[105]) Es kam vor, dass der Präsident einen Abgeordneten rügte, der seine Rede ablas statt frei zu sprechen.[106]) Es kann kaum überraschen, dass die Vertreter des Bauernstands, welche nur in den seltensten Fällen über eine höhere Bildung verfügten, unter solchen Bedingungen als parlamentarische Redner kaum reüssierten.

Eine Rede in der eigenen Sprache war zwar möglich. Da ihr Wortlaut jedoch nicht in das Protokoll aufgenommen wurde, musste sie weitgehend wirkungslos bleiben. Von den Tschechen war man solches gewohnt. Dort handelte es sich allerdings um ein Protestritual, gewissermaßen das sprachliche Pendant zur staatsrechtlichen Verwahrung, welche die Tschechen seit 1879 regelmäßig im Parlament deponierten, um ihre Beteiligung am parlamentarischen Betrieb ins „richtige" historische Licht zu rücken. Für die polnische Vertretung im Reichsrat war es daher etwas ganz Neues, als der PChVP-Abgeordnete Michał Danielak – er immerhin ein studierter Jurist – zur Begründung seines Dringlichkeitsantrags in der Causa Szajer seine Rede auf Polnisch begann. Das war durchaus als bewusster Bruch mit der Tradition des Polenklubs zu werten, der seinerseits die konsequente und ausschließliche Verwendung der deutschen Sprache im Parlament als Loyalitätsgeste gegenüber Staat und Dynastie einsetzte. Andererseits geht aus Beschreibungen in der Presse hervor, dass sich Danielak mit seinen polnischen Worten gezielt an seine Kollegen des Polenklubs wandte, die er verständlicherweise nicht gerne mit seinem berüchtigt mediokren Deutsch adressieren wollte.[107])

Der begabteste und fleißigste Redner der galizischen Opposition war zweifellos der Sozialdemokrat Ignacy Daszyński, dessen rhetorische Fertigkeit umso bemerkenswerter war, als ihm mit seinen 30 Jahren die Rolle des Benjamin im neugewählten Haus zukam. Von Achtung vor dem Alter war allerdings nichts zu merken. Vielmehr sah sich der mehr als doppelt so alte Fraktionschef des Polenklubs Jaworski zur Bemerkung veranlasst, er habe in seiner 27jährigen Tätigkeit im Abgeordnetenhaus noch nie solche Invektiven erdulden müssen.[108]) Daszyńskis Brandrede gegen die „Galizischen Wahlen" , gegen Korruption und Machtmissbrauch fand ein großes Echo in allen Teilen der mittlerweile medial gut versorgten Monarchie und wurde noch im selben Jahr auch in polnischer Übersetzung herausgegeben.[109])

Seiner politischen Gewandtheit verdankte der Pole nicht zuletzt auch seine Position als Co-Fraktionschef des sozialdemokratischen Verbands (gemeinsam mit Engelbert Perners-

---

[105]) Vgl. § 55 der Geschäftsordnung von 1874, wonach nur die Berichterstatter und Mitglieder der Parlamentsausschüsse berechtigt seien, schriftlich abgefasste Vorträge zu lesen.

[106]) Als Beispiel siehe die Episode, als der PSL-Fraktionsführer Stapiński durch den Parlamentspräsidenten sogar unterbrochen wurde, weil er aus einem Manuskript las: Sten. Prot. AH, 18. Session, 37. Sitzung (28. 11. 1907), S. 2817.

[107]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 2. Sitzung (30. 3. 1897), S. 31–32; Nowa Reforma 2. 4. 1897 (75), S. 1.

[108]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 2. Sitzung (30. 3. 1897), S. 30–31.

[109]) Wybory Galicyjskie przed sądem parlamentu. Mowy posła Ignacego Daszyńskiego. Według stenogramu [Galizien vor dem Gericht des Parlaments. Die Reden des Abgeordneten I. D.], Kraków 1897.

torfer) – eine keinesfalls selbstverständliche Stellung in einer Gruppe, die sich zu über der Hälfte aus deutschsprachigen Abgeordneten zusammensetzte. In einer modernen Partei, deren Politik von der Parteizentrale gesteuert wurde, kam dem Fraktionschef zwar nicht dieselbe Bedeutung zu wie beispielsweise dem Obmann des Polenklubs, der vielfach auf eigene Verantwortung politische Leitlinien definierte. Dennoch oblag auch dem Klubobmann der Sozialdemokraten die Leitung der Fraktionssitzungen sowie gegebenenfalls die Koordinierung und Anführung spontaner politischer Aktionen im Parlament. So war es denn auch Daszyński, der an jenem dramatischen 26. November 1897 die Ehre hatte, als erster der sozialdemokratischen Rebellen gewaltsam aus dem Abgeordnetenhaus entfernt zu werden.[110])

Herrschte Einigkeit innerhalb der Opposition hinsichtlich des Bestehens der „galizischen Misere", so zeigten sich die Differenzen in der Evaluierung der Schuldigen. Die Alternative, die man dem Parlament anbot, lautete, kurz gesagt: „Schlachzizen" oder Juden. Bereits die Debatte zur Enthaftung Szajers bot dabei ein erstes Indiz. Während Daszyński die Gewaltherrschaft der adlig dominierten Machtcliquen im Lande anprangerte, nutzte Danielak die Gelegenheit, um vor dem Plenum den Inhalt der majestätsbeleidigenden Äußerung Szajers auszubreiten, die da lautete: der Kaiser müsse vor Rothschild einen Knicks machen (also Geld verlangen), bevor er einen Krieg führen wolle.[111]) Da war ein Echo nicht nur bei den hauseigenen Christlichsozialen garantiert (Lueger ließ es sich denn auch nicht nehmen, in einer eigenen Wortmeldung Szajers Äußerung nochmals aufzugreifen), sondern auch bei der entsprechend gestimmten Presse inner- und außerhalb Wiens.

Ein zweites Beispiel findet sich gegen Ende desselben Jahres, als das Parlament über eine Notstandsvorlage debattierte, die nicht zuletzt Galizien hätte zugute kommen sollen. Daszyński geißelte erneut die „Herren Fürsten und Grafen, die keine Ahnung von Leiden des Volkes haben." Auf der anderen Seite waren es diesmal die deutschen Christlichsozialen selbst, welche den mit galizischem Lokalkolorit gewürzten antisemitischen Brei anrührten. Unterstützung bekamen sie durch den Krakauer Pfarrer und Redakteur Andrzej Szponder, der sich dazu als landesansässiger Experte berufen fühlte: „Ich erkläre aufrichtig, dass das, was sie über die galizischen Juden gesagt haben, nicht nur eine große Wahrheit ist, vielmehr haben sie nur zu wenig gesprochen. Um zu begreifen, was für eine Plage die Juden für das galizische Volk sind, muss man unter diesem Volke leben und mit eigenen Augen auf das alles schauen. Ich bin weit von nationalem Hasse entfernt, aber es ist schwer, die abscheulichen Taten der Juden nicht zu hassen. Was für Verluste Galizien sowohl in moralischer als auch in ökonomischer Beziehung von den Juden erlitten hat, da stockt das Blut einem in den Adern, wenn man daran denkt und man wundert sich, dass so etwas geschah und noch geschieht und das noch straflos.[112])

---

[110]) Vgl. die Charakterisierung Daszyńskis anlässlich von dessen erstem Auftritt im Wiener „Fremdenblatt", 31. 3. 1897 (90, M), S. 1 f.: Daszyński ist ein höchst gewandter Redner, der auch die deutsche Sprache völlig beherrscht. Sein lautes Organ schmettert durch das Haus, in allen Räumen gut vernehmbar und verständlich. Die hohe Gestalt, blond behaart, erbebt von der kaum zurückgedämmten Leidenschaft des Sprechers, der, der oratorischen Schule seiner Partei folgend, gern starke und gröbliche Ausdrücke gebraucht.

[111]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 2. Sitzung (30. 3. 1897), S. 31–32.

[112]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 28. Sitzung (22. 11. 1897), S. 1778–1779. Es folgten dann alle gängigen Stereotypen: hier der gutmütige Bauer, dort der schlaue Jude, hier der ehrliche christliche

Diese rhetorische Verwunderung des Krakauer Pfarrers über die – noch – ausstehende Bestrafung der Juden liest sich erneut (wie schon die erwähnten Kommentare zu den Wahlen von 1897[113])) wie ein verbaler Wegbereiter jener antisemitischen Progrome des Folgejahres, die dann im Juni 1898 zur Ausrufung des Ausnahmezustands führen sollten. Es wurde bereits bemerkt, dass die diesbezügliche Parlamentsdebatte im November von der polnischen Opposition erzwungen wurde, und zwar über eine von Daszyński eingebrachte Anklage gegen das Gesamtministerium.[114]) Die Opposition sah einhellig in der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands einen letzten Akt der Verzweiflung, inszeniert durch eine absterbende Machtclique gegen den Freiheitskampf des Volkes. Andererseits ließ aber gerade diese Debatte die gewachsenen Differenzen innerhalb der galizischen Opposition offenkundig werden.

Dabei spielten zwei folgenschwere personelle Neuerungen eine wichtige Rolle. In je einer Nachwahl waren die eigentlichen politischen Führer der Christlichsozialen und der Volkspartei zur Fraktion hinzugestoßen: Stanisław Stojałowski, der weit über die Grenzen Galiziens bekannte Priester und Bauernagitator, und Jan Stapiński, der ehrgeizige Sekretär der Volkspartei und Weggefährte (später Rivale) Wysłouchs. Beide brachten sofort neuen Schwung, aber auch große Unruhe in ihre Fraktionen. Stapiński schlug mit 37 Interpellationen, 8 Anträgen und 4 Dringlichkeitsanträgen allein in der 15. Session alle bisherigen Rekorde, was derartige Aktivitäten eines galizischen Abgeordneten betraf. Er konnte dabei auf die feste Unterstützung der Sozialdemokraten zählen. Stojałowski brillierte dafür als Rhetoriker und machte darin Daszyński Konkurrenz. Nicht ein Wettkampf in Rhetorik war allerdings im Verhältnis zwischen dem Sozialdemokraten und dem Polnisch-Christlichsozialen das Wesentliche, sondern eine tiefgehende politische Entfremdung, die das ohnehin problematische Verhältnis zwischen beiden Gruppen belastete. Es ging dabei zunächst vor allem um Stojałowskis (angebliche) Aussöhnung mit dem weltlichen und kirchlichen Establishment, die Daszyński als Canossagang und Verrat an der Opposition verurteilte.

Die parlamentarische Debatte über den Ausnahmezustand verlieh nun allerdings jener Kontroverse um die Ursachen der „galizische Misere“ eine neue Schärfe, denn nun erhielt ja zwangsläufig die eine Interpretationsschiene, die „jüdische“, einen zentralen Platz. Eine im Kern antisemitische Deutungsvariante (dieser waren auch Stapiński und Potoczek zugeneigt) tendierte dazu, die Übergriffe gegen die Juden herunterzuspielen (auch um die Berechtigung des Ausnahmezustands zu widerlegen), um dann zu behaupten, die selbst mit der Macht verfilzten Juden hätten aus den Ereignissen Kapital geschlagen. Letztlich hätten die Bauern, das Volk, die Zeche zu zahlen gehabt, vor allem diejenigen, welche standrechtlich erschossen worden waren. Opfer wurden hier zu Tätern, angezündete

---

Händler, dort der betrügerische jüdische, schließlich der jüdische Emigrationsagent als Profiteur des leidenden Volkes.

[113]) Siehe oben S. 226 f.

[114]) Die parlamentarische Konstellation unter der Regierung Thun brachte es mit sich, dass die gesamte deutsche Linke unter Angabe formell-politischer Gründe die Ministeranklage unterstützte, die jedoch infolge der Mehrheitsverhältnisse chancenlos blieb. Sten. Prot. AH, 15. Session, 22. Sitzung (24. 11. 1898), S. 1479 (Pfersche). Namensabstimmung ebd., S. 1485 f.

Weinschenken und zerbrochene Fensterscheiben jüdischer Häuser mit inhaftierten und erschossenen Bauern abgewogen.

Daszyński war weit davon entfernt, dieses Bild in der Weise richtig zu stellen, dass er die Juden zu Opfern roher bäuerlicher Gewalt erklärt hätte. Schließlich verfügte auch der Sozialdemokrat über seine Portion Hass gegen die Juden, die er an anderer Stelle einmal als „Pestgeschwür auf dem Leibe unseres Volkes" bezeichnete.[115]) In seinem „Schlachzizen-Galizien" erschienen die Juden also nicht etwa als Menschen in einer Opferrolle, sondern als Elemente gesellschaftlicher Zusammenhänge. Gerade jene Schänker, deren Wirtshäuser bevorzugtes Ziel der aufgebrachten Menge gewesen waren, wurden, so die Interpretation des Sozialdemokraten, nämlich von den Pächtern des Alkoholmonopols, also den Grundherren, wegen des überhöhten Zinses förmlich zu unredlichem Verhalten gezwungen. Sie seien also nur eine untergeordnete Kette in einem viel weiter oben verankerten System von feudaler Korruption und Ausbeutung, unter dem auch die Hunderttausenden von jüdischen Proletariern zu leiden hätten. Als ein dem Rationalismus und der Wissenschaftlichkeit verpflichteter Sozialdemokrat wandte sich Daszyński vor allem gegen volksverdummende Verallgemeinerungen und gegen die Verschleierung der in der Tiefe wirksamen sozial-ökonomischen Faktoren. Und diese führten ihn zum „Schlachzizen" und zum Polenklub, dem er auf der parlamentarischen Tribüne den Kampf angesagt hatte.[116])

Der Gegenstand der Debatte führte Daszyński aber eben nicht nur zum Polenklub, sondern auch zu seinem Oppositionsgefährten Stojałowski, weil dieser höchstpersönlich und mit ihm das gesamte klerikal-antisemitische Lager mitverantwortlich gemacht wurde für die Ausschreitungen vom Juni 1898. Ausschlaggebend waren nicht zuletzt Wahlauftritte der Polnisch-Christlichsozialen gewesen, die gespickt waren mit antisemitischen Hetzparolen. Neben Hasstiraden war das Ausstreuen von Gerüchten ein besonders beliebtes Mittel der Agitation und dazu ein besonders effizientes, denn Gerüchte haben bekanntlich die Eigenschaft, sich ohne weiteren Energieaufwand seitens der Urheber autonom und in großer Geschwindigkeit auszubreiten. Das bekannteste Gerücht, das teilweise sogar als der eigentliche zündende Funke für die Pogrome angesehen wurde, lautete, der Kaiser und der Papst hätten den Bauern die Erlaubnis erteilt, die Juden zu schlagen und zu berauben. In einer Variante dazu war es ein Abgeordneter (einmal Potoczek, einmal Stojałowski), der diese Erlaubnis aus Wien, als Errungenschaft seines Mandats, den Bauern als Geschenk mitgebracht habe.

Die unmittelbar zurückliegende Abbitte Stojałowskis in Rom und sein noch junges Parlamentsmandat sprechen tatsächlich dafür, dass dieser wenn nicht als Urheber so doch zumindest als imaginierte Figur der Bauern gemeint war. Interessant erscheint, dass hier, im parlamentarischen Forum, wiederum sozial-kulturelle Bilder vom galizischen Bauernstand reproduziert wurden, die ihn einerseits mit Naivität (der Politiker aus dem fernen Wien bringt Geschenke mit) und andererseits mit Autoritätsgläubigkeit (ein anderes Gerücht

---

[115]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 27. Sitzung (19. 11. 1897), S. 1633.

[116]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 21. Sitzung (22. 11. 1898), S. 1356–1375. Daszyński erkannte allerdings auch die weiteren politischen und soziologischen Zusammenhänge: Die durch die Badeni-Stürme aufgewühlten Massen hätten eben in Galizien keine Deutschen gefunden (wie in Prag) und so hätten sie eben auf die Juden eingeschlagen, die hier durch ihre Tracht, Lebensweise, Religion und Sprache das Fremde verkörperten. Ebd. S. 1364.

sprach von einem feinen Herren auf einem Fahrrad, der den Bauern das Gesetz auf dem Feld vorgelesen habe) in Verbindung brachten. Die Bauernabgeordneten, die stets die Würde des einfachen Volkes zu vertreten hatten, widersetzten sich solchen Pauschalisierungen, während für Daszyński die Wirkungsmächtigkeit von Gerüchten ins Konzept der systematisch betriebenen Volksverdummung zu Machtzwecken passte.

Der sich immer mehr zuspitzende deutsch–slawische Gegensatz und generell der wachsende Nationalismus in allen Lagern trug schließlich das Seine dazu bei, die Einheitsfront der polnisch-galizischen Opposition aufzubrechen. In der Verurteilung der missbräuchlichen Instrumentalisierung des Ausnahmezustands oder anderer Aspekte der galizischen Misere war ja ein Konsens relativ leicht herzustellen. Wesentlich schwieriger war es, die richtige Taktik und den angemessenen Ton bei jenen politischen Kontroversen zu finden, bei denen es nicht primär um Galizien ging, sondern um die Interessen des Gesamtstaats, um die nationale Frage und insbesondere auch um den alles dominierenden deutsch–tschechischen Konflikt. Die Sozialdemokraten operierten hier als übernationale Sozialpartei auf klaren Grundlagen, nicht jedoch die „Anhänger Stojałowskis“, wie die polnischen Christlichsozialen zumal von Außenstehenden noch immer genannt wurden. Erst Stojałowski selbst, dem die Gesetzlichkeiten parlamentarischer Gruppenbildungen und die Feinheiten politischen Taktierens fremd waren, setzte seit seinem Eintritt in den Reichsrat klare Akzente, die der Fraktion dann zum Verhängnis wurden.

Als Stojałowski nämlich anlässlich einer Budgetdebatte mit jenem ungebremsten sozialen Impetus, dem er seine Popularität im Volk verdankte, zu einem Generalangriff gegen die Regierungsmehrheit blies, geriet er im Parlament in die Falle des nationalen Diskurses. Seine Kritik verschonte keineswegs die stärkste der Regierungsparteien, die Jungtschechen, denen er vorwarf, nichts gegen den Ausnahmezustand zu unternehmen und durch ihr Bündnis mit den Feudalen und dem Polenklub ihre Tradition als Volkspartei zu verraten. Eine solche Kritik traf die dominierende tschechische Kraft nun aber genau dort, wo sie am verletzlichsten war, gab sie doch der im Parlament noch nicht vertretenen nicht-sozialdemokratischen tschechisch-radikalen Opposition eine Stimme. Gleichzeitig, und das war das eigentlich Fatale, ging eine solche Kritik unter den gegebenen Umständen zwangsläufig auf die Mühlen der deutschen Opposition und untergrub damit die von Stojałowski selbst beschworene slawische Solidarität. Die Prinzipienhaftigkeit des Priester-Politikers hatte demnach eine weitgehende Selbstisolierung im Haus und in der eigenen Fraktion zur Folge. Drei von sieben Mitgliedern der PChVP kehrten ihrem Mentor nach dessen verbalem Rundumschlag im November 1898 den Rücken und rechneten sich fortan zu den „Klublosen“ des Parlaments.[117])

---

[117]) Die Anstoß erregende Rede Stojałowskis in Sten. Prot. AH, 15. Session, 12. Sitzung (20. 10. 1898), S. 677–692. Berichte und Kommentar zur Fraktionsspaltung unter anderem in Gazeta Narodowa 12. 11. 1898 (314), S. 1 und Obrona Ludu 26. 11. 1898 (1), S. 1. Wie immer bei Sezessionen spielten persönliche Gründe eine wichtige Rolle, so etwa der Vorwurf der Käuflichkeit (1000 Kronen vom Statthalter) oder Stojałowskis Beziehungen zu russischen reaktionären Kreisen. Trotz der Fraktionsspaltung wurden im übrigen die Kontakte auf parlamentarisch-pragmatischer Ebene keineswegs abgebrochen, wie die gegenseitige Unterstützung von Anträgen und Interpellationen zeigt.

Das Auseinanderbrechen der polnisch-galizischen Opposition und – dazugehörig – die Isolierung Stojałowskis ebneten diesem letztlich den Weg in den Schoß des Polenklubs, der dann in der nächsten Legislaturperiode vollzogen werden sollte. Eine wichtige politische Voraussetzung dafür wurde bereits in der 16. Session geschaffen, als der Polenklub (wie beschrieben) zunächst im Verein mit der Rechten in Opposition ging, um sich dann gänzlich von deren Klammer zu lösen. Stojałowski, der immer für ein funktionierendes Parlament eingetreten war und daher auch die Unterstützung der „Lex Falkenhayn" durch seine damaligen Klubkollegen rechtfertigte, sah sich nun einig mit dem Polenklub in dessen Kritik an der Obstruktionspolitik der Jungtschechen. Kritik an diesen war nunmehr wieder zulässig, ohne dass man gleich der Germanophilie verdächtigt werden konnte.

Seitdem der Polenklub eine unabhängigere Position im Abgeordnetenhaus einnahm, trug zudem eine Annäherung an ihn nicht mehr automatisch das Stigma einer Kapitulation vor dem herrschenden System. Vielmehr konnte man sich bequem auf jene Position zurückziehen, die vor allem von den polnischen Demokraten schon seit längerem vertreten wurde, dass nämlich die galizische Misere nicht einer „polnischen Wirtschaft" sondern einer österreichischen anzulasten sei, also der Vernachlässigung der Provinz durch den Zentralstaat. Kurz: Eine Integration in den Polenklub erlaubte es, sich als Patriot zu gebärden, ohne dass man damit vollkommen der Kritik entsagen musste, wie ebenfalls das Beispiel der Demokraten zeigte.

In einer Rede anlässlich der Ministeranklage gegen Graf Thun im November 1899 verteidigte Stojałowski bereits indirekt die Position des Polenklubs, zu dem er sich, wie er behauptete, immer ausschließlich in einem sozialpolitischen, nicht nationalen Gegensatz befunden habe. Nichts konnte den endgültigen Bruch der ehemals (mehr oder minder) geeinten Opposition besser belegen als die heftigen Wortgefechte mit den polnischen Sozialdemokraten (insbesondere wiederum Daszyński) und den Vertretern der Volkspartei (Stapiński und Winkowski), welche Stojałowskis Rede begleiteten. Schließlich definierten diese beiden Gruppen ihre Oppositionsrolle nach wie vor primär über den Polenklub. „Volksbetrüger", „niederträchtiger Kerl", „nichtswürdiger Mensch" lauteten die Komplimente, die zwischen dem Redner und der linken Seite des Sitzungssaals hin- und herflogen – ein Vokabular, das im übrigen auch bezeugte, welche Sprachkenntnisse alle drei Beteiligten inzwischen im österreichischen Parlament erworben hatten.[118])

c) Die Ruthenen: Zwischen „Kameralruthenen" und „Oppositionsruthenen"

Tabelle III.3 verzeichnet neun ruthenische Abgeordnete aus Galizien, die insgesamt vier politischen Gruppen angehörten. Hinzu kamen zwei ruthenische Deputierte aus der Bukowina, von denen einer dem Slawischen Christlich-Nationalen Verband angehörte und der andere ohne Klubbindung blieb. Unter den neun Galiziern sind zunächst jene sechs Abgeordneten zu besprechen, die hier als National-Konservative bezeichnet werden. Ein solch vager Begriff ist insofern zutreffend, als dieser Gruppe kein gemeinsames, in einer

---

[118]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 17. Sitzung (22. 11. 1899), S. 1060–1069. Stojałowski votierte übrigens in der abschließenden Namensabstimmung dann doch für die Ministeranklage, dies wahrscheinlich, um seinen (noch) treuesten Bundesgenossen, den Christlichsozialen, einen Gefallen zu tun.

Organisation verankertes politisches Programm zugrunde lag. Vielmehr waren es zwei Gegebenheiten, die sie zusammenhielt. Zum einen gehörten fünf von ihnen gleichzeitig dem *Sejm* an und waren dort vereinigt im landtäglichen „Ruthenenklub", der in Fortsetzung der „Neuen Ära" eine kooperative Politik gegenüber der polnischen Mehrheit betrieb – dies in Abgrenzung zu jenen Landtagsabgeordneten ruthenischer Nationalität, welche sich dem Volksrat (*Narodna Rada*) oder der Radikalen Partei (R-URP) zurechneten (die Russophilen waren zu dieser Zeit nicht im Landtag vertreten).[119]) Zwei National-Konservative, Oleksandr Barvins'kyj und Anatol Vachnjanyn, gehörten darüber hinaus zu dem von ihnen begründeten Katholischen Ruthenisch-Nationalen Verband (KRNS), dessen klerikalkonservativem, auf politische Mäßigung bedachtem Programm sie auch als Abgeordnete verpflichtet blieben.[120]) Die übrigen waren unabhängige lokale Funktionsträger oder standen als Geistliche dem Metropoliten nahe.

Zweitens waren die sechs Abgeordneten dieser Richtung durch die Umstände ihrer Wahl in den Reichsrat miteinander verbunden. Ihren Einzug ins österreichische Parlament verdankten sie genau jenem vernetzten Establishment, das sie auch im Landtag unter gelegentlicher Einforderung nationalkultureller Zugeständnisse stützten – also einer Melange aus Polenklub, Zentralwahlkomitee, Administration und griechisch-katholischer Kirchenhierarchie. Daher galten sie im zeitgenössischen Jargon der Opposition als „Regierungsruthenen", auch „Kameralruthenen" oder „Metropolitan-Ruthenen". Sie selbst verwahrten sich gegen solche Titulierungen und wiesen darauf hin, dass sie keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Polen oder der Regierung eingegangen seien. Wie ihr Mentor Barvins'kyj bereits in einer der ersten Reichsratssitzungen ausführte, hätten sie sich dem Programm der politischen Mäßigung verschrieben, weil sie überzeugt seien, nur auf diese Weise für ihre Nation reelle Errungenschaften erlangen zu können.[121]) Damit machten sie sich freilich eine Kennzeichnung zueigen, die ihnen gerade von der polnischen Presse zugeschrieben wurde: „gemäßigte Ruthenen" (*umiarkowane Rusini*). „Mäßigung" stand im zeitgenössischen normativen Diskurs für vernunftgeleitetes, konstruktives politisches Agieren, in Abgrenzung zu „Radikalität", „Anarchie", „Terrorismus".

Da die Wahl jedes einzelnen dieser nationalkonservativen Abgeordneten im Kampf gegen einen ruthenischen Oppositionellen ausgefochten worden war, schien es von Beginn an kaum denkbar, dass nun im Parlament eine einheitliche Fraktion auf dem Boden des gemeinsamen nationalen Bekenntnisses entstehen könnte. Tatsächlich gründeten die nationalkonservativen Ruthenen zunächst einen eigenen Klub und wählten den griechisch-katholischen Pfarrer Kornel Mandyčevs'kyj zu ihrem Obmann. Nach der Konstituierung des Hauses kam es jedoch zu Verhandlungen mit anderen konservativen slawischen Abgeord-

---

[119]) Am Ende des Jahres 1897 hatte es im Landtag Versuche gegeben, einen einheitlichen ruthenischen Klub zu bilden. Die oppositionellen Ruthenen, unter ihnen der Reichsratsabgeordnete Teofil Okunevs'kyj, erbaten sich zunächst Bedenkzeit. Als jedoch ein Monat später der Ruthenenklub für jene oben erwähnten „strategische" Loyalitätsadresse des Landtags vom Januar 1898 stimmte und die Oppositionellen die einzigen Nein-Stimmen beitrugen, wurde klar, dass eine solche Konsolidierung der Ruthenen im *Sejm* außerhalb der politischen Reichweite lag. Dilo 29. 12. 1897, S. 2 und der schon erwähnte Bericht der Landtagssitzung in: Czas 28. 1. 1898 (22)–29. 1. 1898 (23).

[120]) Vgl. Abschnitt I, S. 137.

[121]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 5. Sitzung (8. 4. 1897), S. 227.

neten, die dann in die Ausrufung des „Slawischen Christlich-nationalen Verbands“ mündeten.[122]) Barvins'kyj wurde zu einem der drei Co-Vorsitzenden gewählt. Neben den galizischen Ruthenen gehörten diesem 35-köpfigen Klub vor allem slowenische und kroatische Abgeordnete an sowie je ein klerikal-konservativer Tscheche aus Mähren und ein Ruthene aus der Bukowina. Im wesentlichen schlossen sich also die nationalkonservativen Ruthenen dem slawischen Teil des ehemaligen Hohenwart-Klubs an, dem sie damals nicht angehört hatten. Eine Verbindung von Südslawen und Ruthenen, von zwei Volksgruppen, die in gewaltiger geographischer Entfernung voneinander lebten, gehörte sicherlich zu den originellen Erscheinungen, die im österreichischen Parlament möglich waren. Ein wenig wurde dieses Bündnis auch getragen von der Idee, dass Slowenen und Ruthenen ein ähnliches Schicksal verband – als „kleine“, agrarische und slawische Nationalitäten im Rahmen des Habsburgerreichs.

Nun erst, über ihre Einbindung in eine gemeinsame Fraktion, wurden die sechs nationalkonservativen Ruthenen durch ein verbindendes und verbindliches politisches Programm auch untereinander zusammengehalten. Dieses fußte auf dem Prinzip des Slawentums und des Christentums, wie das offizielle Klubprogramm mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte: „Der Slavisch christlich-nationale Verband wird die Ausgestaltung des öffentlichen Lebens in religiöser, cultureller, socialer und wirtschaftlicher Beziehung auf positiv christlicher Grundlage anstreben, für die unbedingte Gleichberechtigung aller Volksstämme, namentlich für die nationalen Interessen und Rechte aller slavischen Völker auf Grund des nationalen Rechtes und der christlichen Gerechtigkeit sowie für die volle Freiheit der Kirche mit aller Entschiedenheit eintreten.“[123]) Der im Text folgende Hinweis, dass der Verband „die heutige Einrichtung der Monarchie mit Rücksicht auf ihre historische Entwicklung nicht als eine definitive“ betrachte, stand für die Erwartung seiner Mitglieder an den polnischen Ministerpräsidenten, dass dieser eine resolute Umsetzung des § 19 betreffend die Gleichberechtigung der Völker bewerkstelligen würde, so wie es sich zu diesem Zeitpunkt bereits für die damals dominierende böhmische Frage abzeichnete.[124])

Abgesehen von dem Klubprogramm wurde das politische Profil der südslawisch–ruthenischen Fraktion durch deren offizielle Teilnahme an der konservativen Rechten und ihrem Exekutivkomitee definiert. Damit fanden sich die ruthenischen Nationalkonservativen auch auf parlamentarischer Ebene zusammen mit jenen Exponenten des galizischen Establishments, denen sie ihre Wahl verdankten, nämlich dem Polenklub. Ging es um ruthenisch-nationale Themen, so war eine solche Teilnahme an der konservativen Rechten ohne Zweifel mit Beschränkungen verbunden. Schließlich musste jede explizite Kritik an den Zuständen in Galizien und jede Forderung nationalpolitischer oder -kultureller Art belastend auf das rechte Bündnis wirken. Es ist daher bezeichnend, dass der einzige kritische Vorstoß der Nationalkonservativen ganz zu Beginn der Legislaturperiode eingereicht wurde, zu einem Zeitpunkt also, als das rechte Bündnis noch nicht fest installiert war. Das in der Interpellation benannte Thema Wahlmissbrauch wurde allerdings auch deshalb po-

---

[122]) Ruslan 30. 3. 1897 (63), S. 3; 3. 4. 1897 (67), S. 2; 4. 4. 1897 (68), S. 2.

[123]) Slavischer christlich-nationaler Verband. Programm und Statuten, Wien 1897.

[124]) Vgl. Erklärung des Klubobmanns Ivan Šusteršič in Kolmer, Parlament und Verfassung, 6. Bd., S. 240. Die Erwartungshaltung der Ruthenen hatte bereits Oleksandr Barvins'kyj im Jahre 1895 ausgedrückt. Ebd, S. 9.

litisch nicht weiter verfolgt, weil einige nationalkonservative Abgeordnete selbst diesbezüglich auf der Anklagebank saßen.[125])

Von ihren Konnationalen bekämpft und von dem Polenklub gedämpft, entfaltete die Barvins'kyj-Gruppe insgesamt eine höchst bescheidene parlamentarische Tätigkeit. Wenn man sich exponierte, so geschah dies stets im Sinne eines unverbindlichen Harmoniepostulats, welches überhöht wurde durch einen Austroloyalismus, den man vorgab, im Gegensatz zur ruthenischen Opposition aufrechtzuerhalten. In der Debatte um den Ausnahmezustand war der taktische Spagat zwischen Galizien und Wien besonders eindrucksvoll, da man einerseits mit der Opposition gegen dessen Proklamierung Stellung bezog, gleichzeitig aber gegen die Ministeranklage votierte.[126])

Bei der Besprechung des polnischen Lagers wurde als Erkennungsmerkmal von Regierungs- und Oppositionsfraktionen ein jeweils reziprokes Verhältnis zwischen der Anzahl parlamentarischer Funktionen und parlamentarischer Vorstöße festgestellt: Wer sich zum Regierungslager zählte, hatte Zugang zu mehr Ausschussfunktionen und anderen parlamentarischen „Ämtern", wer sich als Opposition definierte, kritisierte den Status Quo mittels Interpellationen und Anträgen. Genau derselbe Sachverhalt lässt sich bei den Ruthenen feststellen. Kumuliert über die fünf Sessionen zwischen 1897 und 1900 hatten die 6 „Regierungsruthenen" insgesamt 43 Ausschusspositionen inne (inklusive dreimal eine Vertretung in der Delegation), die drei oppositionellen Ruthenen gerade einmal vier. Bei Anträgen (ohne Dringlichkeitsanträge) und Interpellationen lautete das Verhältnis hingegen 8 („Regierung") zu 69 („Opposition"). Die regierungsfreundlichen Ruthenen setzten sich in ihren Vorstößen für wenig kontroversielle Themen wie Notstandsangelegenheiten, die Verarmung der Huzulen oder die Bekämpfung von Auswanderungsagenten ein, während die Opposition Amtsmissbrauch (23 Fälle), Wahlmissbrauch (17) und unrechtmäßige Zeitungskonfiskationen (10) anprangerte.[127])

Wer und was war nun aber diese ruthenische Opposition, die ihre politische Rolle auch dadurch untermauerte, dass sie weit entfernt von den konservativen Konnationalen auf der linken Seite des Hauses Platz nahm? „Landespolitisch" gehörten die drei Abgeordneten, wie die Tabelle III.3 zeigt, zunächst einmal drei unterschiedlichen Richtungen und Organisationen an. Der älteste unter ihnen, der Pfarrer und Redakteur Danylo Tanjačkevyč, hatte wie seine nunmehrigen Rivalen Barvins'kyj und Vachnjanyn zu jenen Persönlichkeiten gehört, die schon in der Geburtsstunde der jungruthenischen Bewegung in den 1860er-Jahren dabei gewesen waren. Bei der Spaltung des Volksrats im Jahre 1894 zählte er zu jenen, welche die „Neue Ära" für beendigt erklärten, und galt nun als Exponent des Führers des Volksrats, Julijan Romančuk, im Reichsrat.

Der zweite ruthenische Oppositionelle, der eine halbe Generation jüngere Advokat Teofil Okunevs'kyj, gehörte zu den Mitbegründern der Radikalen Partei (R-URP) und repräs-

---

[125]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 3. Sitzung (6. 4. 1897), S. 108.

[126]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 6. Sitzung (27. 10. 1899), S. 348 (Anatol Vachnjanyn: „Unser Programm, ohne Überhebung gesagt, ist das österreichische Programm.") und Sten. Prot. AH, 14. Session, 22. Sitzung (24. 11. 1898), S. 1460.

[127]) Über die Benachteiligung der Opposition, und insbesondere der ruthenischen, bei der Besetzung von Ausschussmandaten vgl. die Ausführungen von Teofil Okunevs'kyj in Sten. Prot. AH, 13. Session, 12. Sitzung (14. 10. 1897), S. 655 f.

sentierte dort den nationalen, nicht-sozialdemokratischen Flügel. Darin unterschied er sich von dem Dritten im Bunde, Roman Jarosevyč, der neben seiner Zugehörigkeit zur R-URP auch an den Strukturen und Manifestationen der sozialdemokratischen GPSD teilnahm. Folglich trat er der sozialdemokratischen Fraktion bei und ergänzte also in seiner Person die beiden polnischen Sozialdemokraten im Reichsrat durch einen dritten „Galizianer". Die beiden zuerst Genannten gehörten hingegen zunächst keinem Klub an. Erst als sie durch die Gründung der Ruthenischen Nationaldemokratischen Partei (UNDP) im Jahre 1899 unter ein gemeinsames organisatorisches Dach geführt wurden, verbanden sie sich auch im Abgeordnetenhaus zu einem Klub der „Unabhängigen Ruthenen" – mit zwei Mitgliedern das absolute Minimum einer parlamentarischen Fraktion.

Die drei Exponenten der ruthenisch-galizischen Opposition gaben zunächst, während der Konstituierungsphase des neugewählten Abgeordnetenhauses, noch eine gemeinsame Erklärung ab in Bezug auf die amtierende Regierung Badeni. Darin begründeten sie ihre oppositionelle Haltung mit der polnischen Staatsidee, welche von dem Ministerpräsidenten und den österreichischen Beamten durch ihre Wahlpolitik gepflegt werde. Damit wurde deutlich, dass ein Schwerpunkt des gemeinsamen politischen Kampfs den gerade zurückliegenden „Galizischen Wahlen" gelten sollte. Okunevs'kyj trat denn auch gleich zu Beginn der Legislaturperiode mit einem eigenen Dringlichkeitsantrag in dieser Sache auf, der sich in seiner Zielsetzung kaum von demjenigen Daszyńskis unterschied.[128])

Gerade dort, wo es um Machtmissbrauch und Korruption in Galizien ging, schloss sich die ruthenische mit der polnischen Opposition zusammen zu einer vereinten galizischen Opposition gegen die herrschenden Zustände in ihrer Heimatprovinz. Im Unterschied zu ihren polnischen Mitstreitern sahen die Ruthenen jedoch nicht nur „das Volk" als Opfer dieser Politik, sondern in erster Linie die eigene Nation. Auch Jarosevyč vertrat explizit eine national-emanzipatorische Meinung, die weit entfernt war von marxistischen Deutungen, und gerierte sich somit weit stärker als Ruthene denn als Sozialdemokrat.[129]) Bei aller Kritik an der Regierung betonte jedoch auch die ruthenische Opposition ihre loyale Haltung gegenüber dem Staat und der Dynastie. Tanjačkevyč (freilich der Gemäßigtste der drei) proklamierte: „Wir stehen ein für den Ruhm und die Größe Österreichs. Ich muss weiter die Erklärung abgeben, dass das ruthenische Volk es niemals vergessen wird, dass es von Österreich aus der Knechtschaft befreit und zu einem menschlichen Dasein hier berufen wurde. Also, wir sind Patrioten, wir sind eine staatserhaltende Partei (…)."[130]) Letztere Selbstumschreibung war zweifellos auf den gleichlautenden Anspruch des Polenklubs gemünzt, von dem ja gerade jene Bilder einer anarchisch und revolutionär gesinnten ruthenischen Opposition in Umlauf gesetzt wurden.

Abschließend soll die Kompaktheit der oppositionellen Ruthenen und ihr Nahverhältnis zur polnisch-galizischen Opposition analog zum vorigen Unterkapitel mit Hilfe der parlamentarischen Vorstöße belegt werden. Wir beschränken uns dabei erneut auf die In-

---

[128]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 4. Sitzung (7. 4. 1897), S. 137. Vgl. auch den Dringlichkeitsantrag Jarosevyč, mit dem bezweckt wurde, die galizischen Wahlprozesse den heimischen Gerichten zu entziehen: 12. Session, 10. Sitzung (6. 5. 1897), S. 550.

[129]) Siehe etwa Sten. Prot. AH, 15. Session, 8. Sitzung (31. 3. 1898), S. 375 und 16. Session, 4. Sitzung (25. 10. 1899), S. 226

[130]) Sten. Prot. AH, 12. Session, 5. Sitzung (8. 4. 1897), S. 218.

terpellationen der 12. bis 15. Session (1897–1899), also exklusive der Regierungen Clary und Koerber, welche ja einen politischen Richtungswechsel einleiteten.

Tabelle III.5: Interpellationen als Instrumente der ruthenisch-galizischen Opposition (12.–15. Session)

Hauptunterzeichner	Unterstützende Parteien (Klubs)							TOTAL (N)
	Galizische (%)				Außergalizische (%)			
	NR	R-URP	GPSD	Poln. Opp	SD	Chrsoz	DVP/DF/DR	
NR	X	91	57	91	0	87	48	23
R-URP	100	X	80	80	40	20	73	15
GPSD	36	64	X	41	91	0	0	22

Abkürzungen: siehe Abkürzungsverzeichnis. Poln. Opp = Polnische Opposition; SD = Sozialdemokraten; Chrsoz = Christlichsoziale Vereinigung; „DVP/DF/DR“ = Deutsche Volkspartei/Deutschfortschrittliche/Deutschradikale

Die größte politische Affinität innerhalb der ruthenischen Opposition lässt sich erwartungsgemäß zwischen den beiden Exponenten der nachmaligen vereinigten UNDP feststellen, welche auch in einem engen Verhältnis zu den polnischen Oppositionsfraktionen standen. Ein deutlicher Unterschied lässt sich aber hinsichtlich der Beziehung zu den außergalizischen Klubs feststellen. Tanjačkevyč, der Priester, der in seinen Auftritten vor dem Plenum nicht ungern antisemitische Töne anschlug, fand den größten Rückhalt unter den Christlichsozialen, während der national-radikale, eher laizistisch orientierte Okunevs'kyj stärkere Beziehungen zu den Deutschliberalen und -nationalen, ein wenig sogar zu den Sozialdemokraten pflegte. Jarosevyč schließlich, der ruthenische Sozialdemokrat im Abgeordnetenhaus (mit einem Bein in der Radikalen Partei), konnte sich generell des Beistands seiner Klubkameraden sicher sein und war deshalb auf Mitunterzeichner aus der galizischen Opposition weniger angewiesen.

Der Vergleich mit Tabelle III.4 macht deutlich, dass das Verhältnis der ruthenischen Abgeordneten zu den deutschliberalen und -nationalen Fraktionen wesentlich enger war als dies bei der polnischen Opposition der Fall war. Das hatte Gründe, die weit über kurzfristige taktische Manöver zur Gewinnung von Unterschriften hinausging. Während die polnische Opposition aufgrund der pauschalisierenden, also keineswegs auf den Polenklub beschränkten, antipolnischen Rhetorik des konsolidierten deutschen Lagers stets von Neuem in ihrem Nationalstolz herausgefordert wurde, sahen sich die Ruthenen in der Rolle des Vorzeigeobjekts der Deutschen, wenn es darum ging, die nationale Unterdrückungspolitik der Polen in Galizien zu belegen. Es war daher nicht verwunderlich, dass sich die Ruthenen wesentlich wohler fühlten in jener von den deutschen Fraktionen bestimmten gesamtparlamentarischen Opposition.

Die alte tschechisch–polnische Interessengemeinschaft zugunsten einer Autonomisierung der Kronländer wurde schließlich gerade in dem Moment virulent, da sie nicht nur Regierungsmacht ausübte, sondern diese auch für einschneidende nationalpolitische Maßnahmen zulasten der nationalen Minderheit in einem Kronland (Böhmen) einsetzte. Administrative Abgrenzungen nach nationalen Kriterien statt Homogenisierung des Kronlands auf der Basis eines territorial-historischen Anspruchs war die Losung der Ruthenen in Galizien genauso wie der Deutschen in Böhmen. Okunevs'kyj sprach daher auch im

Namen seiner Konnationalen, wenn er sich gegen die Sprachenverordnungen für Böhmen wandte, weil diese „auch in rein deutschen Bezirken die tschechische Amtssprache einführen". Die Regierungserklärung von Thun beurteilte er nicht alleine deshalb skeptisch, weil sie keinerlei Hinweis auf die Sanierung der „corrumpirten galizischen Verwaltung" erkennen ließ, sondern auch weil der neue Ministerpräsident in der Vergangenheit ein böhmisches Staatsrecht anerkannt hatte: „Diese seine Ansicht in der Vergangenheit gibt uns Ruthenen viel zu denken, und wir möchten wissen, wie er sich in der zukünftigen Zeit zu den Volksminoritäten, zu den nationalen Minoritäten verhalten wird."[131])

So sehr sich also das ruthenisch–deutsche Verhältnis wegen des tschechisch–polnischen Schulterschlusses und des angeheizten deutsch–tschechischen Gegensatzes seit 1897 verfestigt hatte, war es doch gleichzeitig einer Belastungsprobe ausgesetzt, die nicht zufällig gerade in dem Moment am deutlichsten verbalisiert wurde, als der Wechsel zum deutschfreundlichen Kabinett Clary vollzogen wurde. Es ging um die Bestrebungen im deutschen Lager, Galizien vom Rest Cisleithaniens abzukoppeln, um jene seltsame Interessenkoalition also zwischen deutschen und polnischen Nationalisten, die, was die deutsche Seite betrifft, erstmals im Linzer Programm von 1882 ihren Ausdruck gefunden hatte. Die seit den Badeni-Wirren in Gang gekommene antipolnische Kampagne verlieh diesem Bestreben mächtigen Auftrieb auch unter den gemäßigten Parteien des deutschen Lagers. Im Pfingstprogramm vom Mai 1899 nahmen die Parteien der „Deutschen Gemeinbürgschaft" auf die Sonderstellung Galiziens Bezug, und so gewunden die entsprechende Formulierung auch war – sie musste zwangsläufig bei den Ruthenen die Alarmglocken zum Läuten bringen.

Jarosevyč hatte noch kurz vor Verkündung des Pfingstprogramms im Abgeordnetenhaus Verständnis gezeigt für jeden, der angesichts der „galizische(n) Pest, (die) über ganz Österreich gekommen" sei, um die „Früchte der westlichen Kultur" bangte. Allerdings, so Jarosevyč, müsse man sich die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft zueigen machen, dass Seuchen nicht abgrenzbar seien, sondern nur am Ursprungsherd bekämpft werden könnten.[132]) Ein halbes Jahr später schlug sein Oppositionsgefährte Okunevs'kyj als Reaktion auf die Regierungserklärung von Clary bereits weit härtere Töne an. Er warf den deutschen Fraktionen nun ohne Umschweife ihre Bereitschaft vor, die Ruthenen den Polen auszuliefern, solange diese sich nicht in die tschechische Frage einmischten. In diesen Worten spiegelte sich nicht nur die gewandelte innenpolitische Konstellation, sondern auch ein neues Selbstbewusstsein der Ruthenen, die erkannten, dass sie sich politisch nur noch auf sich selbst verlassen konnten.[133])

2. Von Koerber bis Beck (1901–1907)

a) Der Polenklub: Herausforderung Preußen und große Wahlreform

Ernest von Koerber hatte bei der Auflösung des Parlaments im Herbst 1900 die Hoffnung gehegt, in einem neu konstituierten Haus einen verlässlicheren politischen Partner

---

[131]) Sten. Prot. AH, 13. Session, 27. Sitzung (19. 11. 1897), S. 1607 f. und 14. Session, 1. Sitzung (21. 3. 1898), S. 14.
[132]) Sten. Prot. AH, 15. Session, 8. Sitzung (31. 3. 1898), S. 375.
[133]) Sten. Prot. AH, 16. Session, 3. Sitzung (24. 10. 1899), S. 153–155.

zu finden. Der Wahlausgang ließ nun solches allerdings nicht mehr erwarten. Die nationaleren Kräfte waren gestärkt worden, insbesondere im deutschen Lager. Die von Georg von Schönerer und Karl Hermann Wolf angeführte Alldeutsche Vereinigung kam nun auf 21 (ab November 1901: 22) Mandate, die Deutsche Volkspartei auf 48, während die Fortschrittspartei (nun inklusive der ehemaligen, nicht weiterbestehenden Deutschen Freien Vereinigung) ein Drittel ihres Bestands eingebüßt hatte und nurmehr 32 Sitze erreichte. Auch die leichten Verluste der Katholischen Volkspartei (nun aufgegangen im „Zentrumklub": 29 Mandate) und der Christlichsozialen (25) sowie die schwereren der Sozialdemokraten (10) waren auf die Hitze der nationalen Auseinandersetzung der vergangenen Jahre zurückzuführen. Im tschechischen Lager hatte sich ebenfalls eine links-nationale Opposition gegen die dominierenden Jungtschechen (nunmehr 53 Sitze) organisiert: Agrarier (5) und Nationalsoziale (4). Im Zeichen der Desintegration stand schließlich auch die Fraktionsbildung der Südslawen, spaltete sich doch im Laufe des Jahres 1901 der von ihnen dominierte Slawische Christlich-Nationale Verband zunächst in zwei (Slawisches Zentrum mit 21, Slowenisch–kroatischer Verband mit 16 Mitgliedern) und dann in drei Gruppen (zusätzlich Südslawischer Fortschrittklub gebildet aus slowenischen Liberalen und Serben: 6 Mandate). Erst im Folgejahr 1902 vereinigten sich Slawisches Zentrum und Slowenisch–kroatischer Klub wieder zum „Slawischen Verband".[134])

In Galizien jedoch liefen die Uhren wieder einmal anders. Hier hatte schon das Wahlresultat kaum Spuren einer Radikalisierung erkennbar werden lassen.[135]) Als nun Ende Januar 1901 der Polenklub zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammentrat, präsentierte er sich mit 61 Mitgliedern (inklusive eines Schlesiers) in einer nie zuvor erreichten Stärke. Sein erneut wiedergewählter Obmann Jaworski ließ es in seiner Eröffnungsrede denn auch nicht an Selbstbewusstsein fehlen: Er unterbreitete im Namen seiner Fraktion der Regierung ein Kooperationsangebot. „Strebe nach unserem Vertrauen" lautete die griffige Formel, die in den folgenden Tagen in den Couloirs des Parlaments und in den Feuilletons der Zeitungen kursierte. Jaworski drehte also die übliche Beziehungshierarchie zwischen Regierung und Fraktionen um, indem er gewissermaßen die Regierung zu sich einlud. Wer wollte ihm das verargen, lautete doch gerade aus der Perspektive des am längsten dienenden Fraktionschefs die politische Realität in Österreich: Die Regierungen kommen und gehen, der Polenklub bleibt. Respekt vor solchem Stolz zollte da sogar die „Neue Freie Presse", an sich der Erzfeind des Polenklubs unter den deutschsprachigen Medien. In einem Leitartikel attestierte das deutschliberale Blatt den Polen die Gabe, „von keiner Sentimentalität geplagt" zu sein, sondern stets „praktisch und kühl" zu kalkulieren. Im Gegensatz zu den innerlich zerstrittenen Deutschen und Tschechen sei es dem Polenklub eben gelungen, das nationale Interesse als „zusammenfassende, parteibildende Kraft" zu bündeln und sich auf diese Weise als unverzichtbare politische Kraft zu institutionalisieren. Unter den polnischen Eliten Galizien, die ja in den vergangenen drei Jahren nicht gerade verwöhnt worden waren mit Sympathiebezeugungen, hörte man solche schmeichelnden Worte nur allzu gerne.[136])

---

[134]) Klubs des Abgeordnetenhaus, 10. Wahlperiode, 17. Session, Ausgaben 1–6, Wien 1901 f. Auch Höbelt, Parteien und Fraktionen, S. 965.

[135]) Vgl. S. 241.

[136]) Neue Freie Presse 30. 1. 1901 (13088), S. 1. Vgl. auch das Echo in: Gazeta Narodowa 1. 2. 1901 (32), S. 1.

Diese starke Stellung des Polenklubs zeigt sich in der folgenden Tabelle, die erneut die Situation unmittelbar nach der Konstituierung des Parlaments wiedergibt:[137])

Tabelle III.6: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1901–1907

	Partei bzw. polit. Richtung		Fraktion		
	Name	Mandate	Name	Mandate*	Bestandsveränderungen während Legislaturperiode (Monat/Jahr)**
POLEN	Krakauer Konservative	10	Polenklub	60 (61[1])	• 6/1901: +4 (Beitritt der PChVP)
	Podolaken	22			
	Unabh. Konservative	8			
	Rechts-Demokraten	12[2]			
	Links-Demokraten	7[3]			
	ZSCh	1			
	SChL	5	Slawisches Zentrum	5 (16)	• 3/1901: -1 (zu Klublosen/PVP) • 4/1901: „Klub der Polnisch-Christlichen Volkspartei“ • 6/1901: -4 (Auflösung wegen Beitritt zu Polenklub)
	SL	3	Klublose	3	• 3/1901: +1 (von Slawischem Zentrum/PChVP) • 4/1903: „Polnische Volkspartei“ • 12/1906: +1 (von Klublosen)
	PPSD	1	Sozialdemokratischer Verband	1 (10)	
	Unabhängiger Sozialist	1	Ruthenenklub (Hospitant) (2/1905: Klublose) (12/1906: PVP)	1	
RUTH.	Nationalkonservative/ KRNS	4	Slawisches Zentrum	4 (16[4])	• 11/1904: -2 (zu Ruthenenklub[5]) ~ 1906: -1 (zu Klublose)
	UNDP	3	Ruthenenklub	4 (5[6])	• 11/1904: +2 (von Slawischem Zentrum[7])
	RuR/RNP	1			

Abkürzungen: Siehe Abkürzungsverzeichnis
* In Klammern: Gesamtbestand der jeweiligen Fraktion
** Nur bezogen auf galizische Abgeordnete; ohne Berücksichtigung temporärer Vakanzen infolge Mandatserledigung
1 Inkl. ein Pole aus Schlesien
2 Inkl. ein Minister (L. Piętak)
3 Inkl. ein zwischen Rechts- und Linksdemokraten Stehender (F. Weigel)
4 Inkl. ein Ruthene aus der Bukowina. Seit Nov. 1902 „Slawischer Verband“ (28 Abgeordnete)
5 Exkl. ein Ruthene aus der Bukowina, der ebenfalls vom Slaw. Zentrum zum Ruthenenklub wechselte
6 Exkl. ein Ruthene aus der Bukowina, exkl. ein Hospitant
7 Exkl. ein Ruthene aus der Bukowina. Gesamtbestand seit diesem Zeitpunkt also: 8 Mandate (2 Bukowiner)

---

[137]) Die Klubzugehörigkeit nach: Clubs des Abgeordnetenhauses, 17. Session, 1. Ausgabe, Mitte Februar 1901.

Dass der Polenklub auf Machtausbau statt Desintegration setzte, fand seine Bestätigung im Juni 1900, als sein Bestand dank dem Eintritt der ehemaligen PChVP (Stojałowski-Gruppe) um weitere vier Mandate anwuchs (s. unter 2b) Der Preis dieses Zugewinns war allerdings, dass die Fraktion im Innern heterogener, also schwerer steuerbar wurde. Schon die seit dem Schulterschluss mit der SL im Jahre 1900 gestärkt agierenden „konzentrierten" Demokraten hatten das – ohnehin trügerische – Bild der inneren Harmonie empfindlich gestört. Sie, die schon im Wahlkampf mit bis dato unbekannt offener Kritik am polnischen Establishment aufgetreten waren, hatten nun konsequenter als zuvor die Rolle der linken Opposition innerhalb der Fraktion übernommen. Sie waren es auch, welche der SChL den Weg in den Polenklub ebneten, um sich Verstärkung am linken Flügel zu holen:

Gemeinsam mit den übrigen Demokraten initiierten sie, wie schon zu Beginn der 9. Legislaturperiode, gleich in der ersten Fraktionssitzung einen neuerlichen Anlauf in Richtung Revision der Klubstatuten. Allerdings traten Links- und Rechtsdemokraten mit zwei unterschiedlichen Anträgen in dieser Sache auf und erbrachten damit den Beweis, dass die vertiefte Spaltung im demokratischen Lager auch im Polenklub ihre Fortsetzung finden würde. Dem rechten Flügel ging es zunächst einmal um die erneute Wahl eines Statutenausschusses und, im Sinne einer Minimalforderung, um die Schaffung einer zweiten Vizepräsidentenstelle, welche der Klubminderheit mehr Geltung verschaffen sollte. Die Linksdemokraten hatten dagegen jenen Beschluss ihres Gründungsparteitags vom August 1900 umzusetzen, der eine Umwandlung des Polenklubs in ein parteienföderatives Gebilde gefordert hatte.[138]) Sie beantragten daher die umgehende Einführung eines uneingeschränkten Interpellationsrechts und stellten zudem die Forderung auf, dass die Arbeit des Statutenausschusses an eine bestimmte zeitliche Frist gebunden werde. Erwartungsgemäß wurde nur die Wahl eines neunköpfigen Ausschusses (also ohne Zeitbindung) beschlossen, in den immerhin Romanowicz als Führer der „Konzentrierten" Einsitz nahm ebenso wie zwei Rechtsdemokraten und das konservative Dreigestirn Jaworski-Dzieduszycki-Abrahamowicz.[139])

Nach tatsächlich nur zwei Wochen dauernden Vorberatungen verabschiedete der Polenklub im Februar 1901 seine nach 1874 zweite große Statutenreform. Sie trug unverkennbar die Züge eines Kompromisspapiers, denn weder diejenigen unter den Konservativen, welche stets strikt gegen eine Aufweichung des Zwangsmoments eingetreten waren, noch die Linksdemokraten, die einen größeren Schritt in Richtung interner Liberalisierung gehen wollten (nicht zuletzt um der verbündeten Volkspartei den Eintritt zu erleichtern), konnten sich mit ihren Vorstellungen durchsetzen. Das neue Statut reflektierte einen Standpunkt, der irgendwo zwischen Rechtsdemokraten und Liberalkonservativen angesiedelt war. Zugestanden wurde zunächst die zweite Vizepräsidentenstelle, die allerdings – entgegen dem Antrag des Linksdemokraten Jan Rotter, der ein Rotationsprinzip befürwortet hatte – der ersten nicht gleichgestellt wurde. Soweit sie das Amt des zweiten Stellvertreters überhaupt erobern konnten (dafür gab es keinerlei statutarische Absicherung), sollten die Demokraten also in der dritten Reihe festgenagelt bleiben. Auf verlorenem Posten standen die Linksdemokraten auch mit verschiedenen anderen Forderungen, etwa hinsichtlich

---

[138]) Vgl. S. 67.
[139]) Słowo Polskie 30. 1. 1901 (51), S. 2.

einer Verkürzung der Amtsperiode des Präsidiums oder einer Lockerung der Geheimhaltungspolitik, welche nach ihrer Meinung den Konservativen die Manipulation der öffentlichen Meinung erleichterte. Andere Bestimmungen brachten einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, beispielsweise die Festlegung einer Frist von drei Tagen bei der Einberufung beantragter Sitzungen oder die Verschärfung der Anwesenheitspflicht. Unbestritten war die Ausweitung des Gastrechts, welches bisher Mitgliedern des preußischen und galizischen Landtags vorbehalten war, auf Landesvertreter Schlesiens und der Bukowina.[140])

Als entscheidendes Kriterium für die Bewertung einer Statutenrevision musste allerdings die Handhabung jener drei oben genannten parlamentarischen Instrumente gelten, die letztlich das Ausmaß des Klubzwangs und damit das stets heikle Verhältnis zwischen kollektiver Solidarität und individueller Handlungsfreiheit der Abgeordneten definierte: parlamentarische Rede, Antrag und Interpellation sowie Abstimmungsverhalten. Nicht zufällig blieb die strikte Regulierung des Abstimmungsverhaltens unbestritten, während man sich hinsichtlich der beiden anderen Elemente erstmals seit 1861 auf eine geringfügige Lockerung des Zwangselements einigte. In Budgetdebatten war es den Abgeordneten des Polenklubs fortan gestattet, ohne entsprechende Bevollmächtigung der Fraktionsversammlung vor das Plenum zu treten. Für die Einreichung einer Interpellation war ebenfalls nicht mehr der Segen der Klubmehrheit erforderlich, sondern lediglich die gemäß Geschäftsordnung erforderliche Zahl von Unterschriften (zum damaligen Zeitpunkt: 15), die freilich – soweit von der Fraktion nicht anders beschlossen – innerhalb des Klubs gesammelt werden mussten. Beide Zugeständnisse unterlagen allerdings gewichtigen Einschränkungen: Inhaltlich durften sie sich nicht auf die Außenpolitik oder den allgemeinen politischen Standpunkt der Regierung beziehen, und sie sollten sich weder gegen die Interessen der polnischen Nation noch gegen die Beschlüsse des Landtags oder den Klub und seine Mitglieder richten. Damit war zweifellos das Potential an kritischer Substanz stark vermindert. Wie sich die Vorgaben des Statuts in die Praxis umsetzen ließen, konnte allerdings nur die Zukunft zeigen.[141])

Nicht unerwartet war es das modifizierte Interpellationsrecht, welches die größte Unruhe in die Fraktion brachte. Dabei ist zunächst die geforderte Zahl von 15 Unterschriften in Beziehung zu setzen zur Größe der im Polenklub bestehenden Gruppierungen. Tabelle III.6 zeigt, dass mit Ausnahme der disparaten, schwach organisierten Podolaken keine der existierenden Fraktionsgruppen diese Zahl erreichte. Eine Interpellation war demnach alleine aus dem Stimmenreservoir einer der festgefügten Untergruppen des Polenklubs nicht zu bewerkstelligen, womit vorerst einmal die Gefahr reduziert war, dass das liberalisierte Interpellationsrecht einer vertieften Gruppenbildung zulasten der Einheitlichkeit der Fraktion Vorschub leisten würde. Die oppositionell gestimmten und daher durchaus interpellationslustigen Linksdemokraten sollten diese Grenze sehr bald zu spüren bekommen, als sie mit ihrem Versuch scheiterten, mit jenem Instrument auf das Schicksal zweier während des Landtagswahlkampfs inhaftierter Gefährten (beide von der SL, dem „Konzentrations“-Part-

---

[140]) Siehe den Bericht über die Fraktionssitzungen mit dem Wortlaut der jeweiligen Neufassung in Nowa Reforma 15. 2. 1901 (38) bis 17. 2. 1901 (40).

[141]) Vgl. auch den Kommentar in Słowo Polskie (damals noch linksdemokratisches Organ) 19. 2. 1901 (83), S. 1.

ner) aufmerksam zu machen. Die Mehrheit in der Fraktion wollte eine solche Schützenhilfe für den außerhalb des Polenklubs stehenden politischen Rivalen nicht zulassen, zumal der ganze Komplex des Wahlmissbrauchs mit der Angelegenheit verbunden war.[142])

Die Chancen verbesserten sich jedoch, als die vier Abgeordneten der ehemaligen PChVP dem Klub beitraten. Mit ihrer Hilfe sowie mit derjenigen zweier Rechtsdemokraten und eines unabhängigen Konservativen brachte Rotter zu Beginn der Herbstsession des Jahres 1901 eine Interpellation zustande, die den altgedienten Herren des Polenklubs schwere Kopfschmerzen bereitete. Es ging auch hier um die unmittelbar zurückliegenden Landtagswahlen, um Amtsmissbrauch und um eine „konservative Partei" in Krakau, welche die Situation schamlos zu ihren Gunsten ausgenützt habe. Der Vorgang war präzedenzlos: Der Polenklub reichte eine Interpellation ein, die sich in unmissverständlicher Weise gegen eine seiner Untergruppen, die Krakauer Konservativen, richtete. Das sah nach Selbstzerfleischung aus. Auf eine durch die Fraktion selbst legalisierte Weise hatte sich ein Schulterschluss zwischen der Opposition innerhalb des Polenklubs und derjenigen außerhalb desselben gebildet, denn etwa zur selben Zeit reichten auch so „unangenehme" Zeitgenossen wie der Ruthene Julijan Romančuk einen Dringlichkeitsantrag in Sachen Wahlmissbrauch bei den Landtagswahlen ein. Das Argument, die Interpellanten hätten nur im eigenen Namen und nicht in demjenigen des Klubs agiert, war kaum dazu angetan, die Geister zu beruhigen und schon gar nicht, den Gegnern die Schadenfreude zu nehmen.[143])

Es war zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht abzusehen, ob der Vorgang nicht Schule machen würde, was das Ende des Polenklubs bedeutet hätte. Zumindest konnte man davon ausgehen, dass sich auf dieser Basis eine gegen das konservative Establishment im Polenklub gerichtete oppositionelle Koalition ausbilden würde, welche mit der Interpellation als Druckmittel grundlegende Änderungen in der Fraktionspolitik herbeiführen würde. Da kam es jedoch im November 1901 zu einem Ereignis, welches die Kräfte im Polenklub neu ordnete. 11 Abgeordnete verschiedenster politischer Herkunft (ZSCh, SChL, Rechtsdemokraten, unabhängige Konservative) schlossen sich unter der gemeinsamen Losung des Christlichen zusammen und gründeten das sog. „Zentrum" im Polenklub. Mit dieser Namensgebung knüpften sie einerseits an Selbstbezeichnungen klerikaler Gruppierungen in anderen Parlamenten an, nahmen andererseits aber auch für sich in Anspruch, die Qualität der „guten Mitte" zu verkörpern: Weder konservativ noch links, trete man stets für das Gute in jeder Sache ein, so die etwas naiv lautende Losung. Das Rahmenprogramm des Zentrums ging von den päpstlichen Enzykliken *Rerum Novarum* und *Graves de communi* aus und setzte mit fünf Punkten fort, welche die Schwerpunkte der parlamentarischen Tätigkeit markieren sollten: Wahlreform im Sinne von Volk und Land (ohne nähere Spezifizierung), Gemeindereform im Sinne der Autonomie, Steuerentlastung, Bekämpfung von Amtsmissbrauch und schließlich allgemeine gesetzliche Maßnahmen zugunsten der niederen Volksschichten. Stojałowski war als Kopf der SChL-Gruppe bei der Gründung anwesend, obwohl er selbst bekanntlich kein Parlamentsmandat innehatte.[144])

---

[142]) Nowa Reforma 2. 3. 1901 (51), S. 3 und 3. 3. 1901 (52), S. 1.

[143]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 68. Sitzung (4. 11. 1901), S. 6360. Nowa Reforma 25. 10. 1901 (246), S. 1.

[144]) Gazeta Narodowa 8. 12. 1901 (340), S. 2; Wieniec-Pszczółka 8. 12. 1901 (49), S. 2. Am Zentrum nahmen neben dem einzigen ZSCh-Vertreter Jan Potoczek auch zwei der vier unter dem Signum

Obwohl das Fünfpunkteprogramm des Zentrums Ansätze einer kritischen Haltung gegenüber den herrschenden Zuständen erkennen ließen, wirkte sich die Gründung vom November 1901 letztlich negativ auf die Konsolidierung der innerfraktionellen Opposition aus. Die Entwicklung der Folgejahre zeigt, dass das Zentrum nicht nur sein fortschrittliches Gründungsprogramm vergaß, sondern auch entsprechende Bestrebungen, ob sie nun von den Linksdemokraten oder aus den eigenen Reihen kamen, eher behinderte als förderte. Das lag zum Teil an der konservativen Gesinnung der tonangebenden Persönlichkeit innerhalb der Gruppe, des Priesters Leon Pastor (seit 1901 päpstlicher Kämmerer), aber auch an der konservativen Wende des von außerhalb der Fraktion agierenden Stojałowski. Dessen nationalistisch inspirierter Hass auf alles Deutsche verdrängte zunehmend sein soziales Programm.

In welchem Maße die Eingliederung der SChL-Deputierten deren oppositionelles Gebaren bremste, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Abgeordneten Andrzej Wilk, der im Jahre 1901 als 52jähriger Landwirt erstmals in den Reichsrat gewählt worden war. Dort war er, was die Interpellationen betrifft, von allen polnisch-galizischen Abgeordneten einer der fleißigsten. Im Moment seines Eintretens in den Polenklub nahm diese Tätigkeit dann drastisch ab. Nur etwa 15 % seiner Interpellationen fielen tatsächlich in seine Zeit im Polenklub, die in seinem Fall allerdings frühzeitig beendet wurde. 1902 war er zunächst knapp dem Fraktionsausschluss entgangen, als er für einen Dringlichkeitsantrag Daszyńskis gestimmt hatte. Zwei Jahre später ereilte ihn dieses Schicksal dann doch, als ein innerfraktionelles Verfahren gegen ihn wegen Entwendung parlamentseigener Papiere angestrengt wurde. Nun aber, nach seinem Ausschluss, setzte Wilks Interpellieren wieder mit ganzer Kraft ein (nun unterstützt durch die Tschechisch-Radikalen und -Agrarier sowie die SL-Abgeordneten), und zwar inhaltlich und stilistisch wieder in jener Schärfe, die seine Eingaben schon vor dem Juni 1901 ausgezeichnet hatten.[145])

Nun sollte man freilich die Bedeutung von Interpellationen nicht überschätzen. Die dem Interpellationsrecht ursprünglich zugedachte Funktion, ein Element der Regierungskontrolle durch die Volksvertretung zu sein, war ohnehin inzwischen pervertiert worden. Je weniger das Parlament seine Hauptaufgabe, das Mitwirken an der Gesetzgebung, zu erfüllen vermochte, desto größer wurde die Flut an Interpellationen, und dies wiederum führte dazu, dass die ohnehin niedrige Quote der beantworteten Anfragen weiter sank.[146])

---

von SKN und SNA gewählten Abgeordneten teil (vgl. Tab. II.7). Die beiden übrigen (darunter der SChL-Abtrünnige von 1898, Danielak) hatten sich seit Sessionsbeginn den Demokraten zugewandt und blieben diesen verhaftet.

[145]) Immerhin gab es von Wilk in seiner Polenklub-Zeit einige regierungskritische Interpellationen und ein Auftritt vor dem Parlament, der im übrigen die Behauptung widerlegte, der Bauernabgeordnete könne wie seine Mitstreiter überhaupt kein Deutsch. Sten. Prot. AH, 17. Session, 122. Sitzung (16. 4. 1902), S. 11442, 165. Sitzung (29. 10. 1902), S. 15099, 109. Sitzung (13. 3. 1902), S. 10328 f.

[146]) In der hier behandelten 17. Session kamen auf eine Sitzung durchschnittlich etwa 24 Interpellationen, von denen ein gutes Viertel beantwortet wurde. 20 Jahre früher, in der 9. Session (1879–1885), hatte die Quote noch unter 1 gelegen und dafür wurde über die Hälfte der Interpellationen beantwortet. Siehe Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 2. Bd., S. 471 (Tab. II). Allgemein: Andreas Nödl, Parlamentarische Kontrolle. Das Interpellations-, Resolutions- und Untersuchungs-

Mit dem Sinken ihres Wertes als politischer Schaltstelle zwischen Parlament und Regierung kam der Interpellation immer mehr eine andere Mittelfunktion zu, nämlich diejenige zwischen Abgeordneten und Wählerschaft. Mit dem wörtlichen Abdruck von Interpellationen in der Massenpresse sollte der Anschein erweckt werden, dass die Abgeordneten trotz Selbstlähmung des Parlaments politisch für das Wohl des Volkes tätig seien. Der Missbrauch des Interpellationsrechts zugunsten agitatorischer Zwecke erreichte im übrigen gerade zu Beginn der 17. Session einen Höhepunkt, als deutschnationale und christlichsoziale Abgeordnete antikatholische und antisemitische Schriften, welche zuvor in der Presse zensuriert worden waren, auf dem Umweg des Parlaments an die Öffentlichkeit bringen wollten. Die sich daraus ergebende Kontroverse über das Zensurrecht des Präsidenten sowie die Frage nach der zulässigen Sprache von Interpellationen führten im März zu Exzessen im Parlament, die an die Badeni-Zeit erinnerten.[147])

Die Politik der großen Fraktionen und zumal diejenige des Polenklubs wurde nicht an der Interpellationsfront gemacht, sondern auf anderen Schauplätzen des parlamentarischen Betriebs: bei den Beratungen mit den anderen Fraktionen, in den Proklamationen gegenüber der Regierung, in den offiziellen Stellungnahmen zu politischen Vorstößen sowie im koordinierten Abstimmungsverhalten. In diesen Belangen hatte weder das Statut von 1901 eine Änderung herbeigeführt noch ließ die Besetzung der entscheidenden fraktionsinternen Funktionen eine Änderung des bisherigen Kurses erwarten: In der parlamentarischen Kommission des Polenklubs, welche für die Steuerung des politischen Alltagsgeschäfts die entscheidende Instanz war, blieben die Linksdemokraten ohne Vertretung, nachdem der unbequeme Romanowicz im April 1901 im dritten Wahlgang knapp gegen den alten Kämpen Abrahamowicz gescheitert war.[148]) Die anderen vier Mitglieder gehörten ebenfalls alle dem konservativen Lager an.

Die durch das neue Statut vorgesehene zweite Vizepräsidentenstelle wurde zunächst durch Ferdynand Weigel besetzt (erster Vizepräsident war seit März 1900 Wojciech Dzieduszycki), ehemals eher ein linker Demokrat, nun aber mit seinen mittlerweile 73 Jahren kaum mehr willens, prägnant alternative Akzente zu setzen. Seine über dreißigjährige Karriere als Abgeordneter des Wiener Parlaments hatte er zu Beginn der neuen Session gekrönt mit der kurzzeitigen Funktion eines Alterspräsidenten des Abgeordnetenhauses. Vier Monate später, im Juni 1901, starb er in Krakau. Sein Nachfolger wurde zunächst der Liberalkonservative Ludwik Ćwikliński und ab 1902 (bis 1908) der Lemberger Advokat Władysław Dulęba, der als schärfster Opponent einer Linksorientierung der Demokraten galt. Zur selben Zeit legte der führende Vertreter der zuletzt genannten Richtung, Romanowicz, sein Mandat wegen angeblicher Unvereinbarkeit mit seiner Tätigkeit im Landesausschuss

---

recht. Eine rechtsdogmatische Darstellung mit historischem Abriss und empirischer Analyse, Wien 1995; Siegbert Morscher, Die parlamentarische Interpellation, Innsbruck 1973.

[147]) Kolmer, Parlament und Verfassung, 8. Bd., S. 163–166.

[148]) Diese Wahl wirbelte viel Staub auf, weil der gekränkte Abrahamowicz zunächst verlauten ließ, das Mandat nicht annehmen zu wollen. Abrahamowicz hatte eine Reihe von Gegnern unter den ostgalizischen Konservativen, aber von einer gegen ihn gerichteten Gruppenbildung (angeblich angeführt von dem umtriebigen Kozłowski), wie sie in deutschsprachigen Blättern kolportiert wurde, konnte keine Rede sein. Nowa Reforma 23. 4. 1901 (93), S. 1, Czas 21. 4. 1901 (92)–24. 4. 1901 (94); Neue Freie Presse 21. 4. 1901, S. 3.

nieder. Damit war die kurze Blütezeit der linksdemokratischen Opposition gegen die Mehrheit im Polenklub endgültig zu Ende gegangen.

Welches war nun aber der Kurs, den die nach wie vor tonangebenden Konservativen im Verhältnis zur Regierung steuerten? Jaworski hatte in jener ersten Fraktionssitzung des Polenklubs Ende Januar 1901 nicht nur das Vertrauen der Regierung eingefordert, sondern auch zwei Grundsätze formuliert, auf die er die Politik des Polenklubs aufzubauen gedachte. Der eine lautete „Politik der freien Hand", eine Absage also an feste Koalitionsbindungen nach dem Muster der 1880er und 90er Jahre. Die zweite Maxime hieß aktive Bekämpfung jeglicher Obstruktionspolitik, womit er die Fortsetzung jener selbstzugeschriebenen Rolle einer staatserhaltenden Kraft im Abgeordnetenhaus signalisierte. Mit einer solchen Politik hatte der Polenklub in den vergangenen beiden Jahren zwar Anerkennung, aber nicht viele greifbare Erfolge ernten können, hatte er doch nicht zu verhindern vermocht, dass das Parlament weiterhin den Kurs der Selbstzerfleischung steuerte.

Nun aber, zu Beginn der neuen Legislaturperiode, hellte sich die Lage unversehens auf. Die Tschechen setzten ihre Obstruktion aus. Im März 1901 gelang die Bewilligung des Rekrutenkontingents, und im Juni desselben Jahres kam erstmals nach langer Zeit wieder einmal ein Budgetprovisorium auf parlamentarischem Wege zustande. Just am Tage der Annahme der Rekrutenvorlage wurde bekannt, dass Jaworski das Großkreuz des Leopoldordens verliehen bekäme. Der offensichtliche politische Zusammenhang zwischen der Ordensverleihung und der Rolle des Polenklubs wurde von Koerber selbst bestätigt. In Beantwortung einer Interpellation von Seiten der polnischen Linken unterstrich er den positiven Beitrag der Fraktion bei der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Dabei ging es ihm vor allem darum, der Auffassung entgegenzutreten, die Auszeichnung stünde mit einem tagespolitische Kalkül in Zusammenhang: Nicht „von dem Wohlwollen für ein bestimmtes Cabinet" habe sich der Polenklub nämlich bei seiner ersprießlichen Tätigkeit leiten lassen, sondern „von dem warmen Interesse für den Staat und das Land Galizien (…)". Das war nichts weniger als die Definition der „Staatspartei" aus dem Munde des amtierenden Ministerpräsidenten.[149])

Der Polenklub vermochte die kritischen Stimmen zu widerlegen, dass er sich mit der Ehrung seines Obmanns der Regierung verkauft habe. Er blieb weiterhin auf Distanz. Die konsequente Verfolgung der proklamierten „Politik der freien Hand" bedeutete freilich nicht nur Unabhängigkeit gegenüber Koerber, sondern auch Abhängigkeit von kurzfristigen Erfolgen, welche die Fraktion vor allem gegenüber den Skeptikern und Nörglern aus den eigenen Reihen vorzuweisen gezwungen war. Der größte Coup gelang ihr mit der Wasserstraßenvorlage. Diese war Teil eines durch vielfache Junktimierungen angewachsenen gewaltigen Infrastrukturprojekts, durch welches große Teile Cisleithaniens mit Eisenbahnen und Kanälen überzogen werden sollten, ergänzt durch umfangreiche Flussregulierungen vor allem in den östlichen Kronländern. Politisch gesehen war das Gesamtvorhaben das kennzeichnende Produkt eines Parlaments, dem statt des einigenden Staatsgedan-

---

[149]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 27. Sitzung (22. 3. 1901), S. 1820. Obwohl der Polenklub seinen gerade erkrankten Obmann mit einer Besuchsdelegation und Glückwünschen ehrte, war die Ordensverleihung doch auch von manch kritischen Stimmen begleitet, die glaubten, dass die Fraktion nach einer solchen Gunstbezeugung von Seiten der Regierung ihre Chancen auf politische Zugeständnisse verwirkt hätte. Nowa Reforma 14. 3. 1901 (61), S. 2.

kens nur noch das Kulminieren von Konzessionen an seine Einzelbestandteile übrig geblieben war.[150])

Das Prinzip Interessenkumulation galt in dieser Angelegenheit aber auch für den Polenklub selbst: Der Großgrundbesitz – grosso modo die Konservativen – freute sich über verbesserte Exportchancen für seine Holzbestände, die Industriellen und gehobenen Bürgerschichten – die Demokraten – hofften auf verbilligte Kohle und damit auf wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Modernisierung, die Bauern – deren Vertreter sich zumeist noch in der Opposition befanden – erwarteten von den Flussregulierungen eine Abnahme der gerade im Jahre 1901 kulminierenden Dauerüberschwemmungen. Während der Polenklub davon schwärmte, dass der Gesamtstaatsidee ein wirtschaftlich sinnvolles Mahnmal gesetzt werde und zudem Galizien endlich einmal Gerechtigkeit widerfahre, meinten allerdings die notorischen Slawenhasser des deutschnationalen Lagers in den projektierten Wasserstraßen vor allem „polnische Kanäle" zu erblicken, welche die galizischen „Schlachzizen" zu weiterem Raubbau treibe und Schleusen für Getreide aus Südrussland öffne. Galizien als Einfallstraße des Bösen war hier für einmal nicht politisch oder rassisch, sondern wirtschaftlich definiert.[151])

Im Polenklub selbst brachte dieser Erfolg, die Verabschiedung der Wasserstraßenvorlage im April 1901, die Opposition inner- und außerhalb der Fraktion nur kurzfristig zum Verstummen. Das Wort von der Servilität gegenüber der Regierung stand weiterhin im Raum. Zu Beginn der Herbstsession überraschten die Linksdemokraten, damals noch in der Blüte ihrer Oppositionskraft, die Fraktion daher mit einem Antrag, der eine völlige Neuausrichtung seines politischen Kurses bedeutet hätte. Der Polenklub solle der Regierung mit dem Aussetzen seiner konstruktiven Politik im Parlament drohen, falls nicht eine Reihe von Maßnahmen (aufgezählt wurde ein Bündel von 10 national und wirtschaftspolitischen Forderungen) verwirklicht würden. Inhaltlich vermochten die meisten Punkte, so etwa die stärkere Einbeziehung des Landtags, die konsequente Umsetzung des Sprachenerlasses von 1869 oder auch die finanzpolitischen Forderungen, auch den Konservativen zu gefallen. Die geforderte offensive Pressionspolitik aber widersprach den Grundsätzen der eingeübten und bewährten Taktik der Freundlichkeit und Geschmeidigkeit, und daher blieb der Antrag erwartungsgemäß chancenlos.[152])

Die größte Herausforderung stellte sich dem Polenklub allerdings auf einem anderen Gebiet der nationalpolitischen Interessenwahrnehmung. Aufgrund des immer erbitterteren Kampfs um den „nationalen Besitzstand" im Habsburgerreich, vor allem aber infolge der alarmierenden Nachrichten über die „preußische Gewalt" (*gwałty pruskie*) gegen polnische Bürger sah sich der Polenklub wachsendem öffentlichem Druck ausgesetzt. Ein nationalpolitisches Thema, das schon seit Beginn der Legislaturperiode zu Spannungen zwischen der zu Aktivismus drängenden demokratischen Minderheit und der taktierenden

---

[150]) Zu Genese und Bedeutung der Wasserstraßenvorlage siehe Harald Binder, Die Wasserstraßenvorlage und die wirtschaftlich-politische Lage Österreichs im Jahre 1901, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3/1 (1992), S. 43–62.

[151]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 52. Sitzung, S. 4429–4451 (Karl Hermann Wolf und Arnold Rapoport als die beiden Generalredner gegen bzw. für die Vorlage).

[152]) Nowa Reforma 20. 10. 1901. (242), S. 1 und 27. 10. 1901 (248), S. 2. Auch hier war Romanowicz der Antragssteller.

konservativen Mehrheit führte, war die Verstaatlichung des polnischen Privatgymnasiums in Teschen.[153]) Im Oktober 1901 sah sich die Fraktion gezwungen, eine Interpellation wegen der Behandlung polnischer Postsendungen in Preußen einzureichen, um dem Sozialdemokraten Daszyński in dieser Sache nicht alleine das Feld zu überlassen.[154])

Wenig später gingen die Wogen noch höher über ein anderes Ereignis in Preußen, die sog. „Wretschener Affäre". Nachdem eine Solidaritätskundgebung von Lemberger Schülern zugunsten der zur Verwendung des Deutschen gezwungenen preußischen Kinder mit polizeilicher Gewalt geendet hatte, sah sich der Polenklub auch hier veranlasst, im Abgeordnetenhaus zu intervenieren.[155]) Eine weitere, ebenfalls von Jaworski als Hauptunterzeichner verantwortete Anfrage machte auf die angebliche Ausweisung polnischer Studenten aus preußischen Universitäten aufmerksam.[156]) Diese parlamentarischen Vorstöße waren allesamt durchaus bemerkenswert, weil sie doch eine gewisse Verschiebung des Schwerpunkts in die Richtung vermehrter Kritik an der Regierung anzeigten und nicht mehr so ganz hineinpassten in jenes Bild des Polenklubs als einer Größe im Parlament, die sich stets informeller Wege bediente. Die Opposition inner- und außerhalb der Fraktion sah in den Vorstößen allerdings vor allem Kosmetik, die zudem erst durch Druck von außen, also von ihr selbst, induziert worden sei.

Diese Gratwanderung des Polenklubs zwischen nationalpolitischer Pflichterfüllung und staatspolitischer Loyalität musste früher oder später einmal zu Abstürzen führen. Das geschah erstmals im Juni 1902, in einem Monat, als die nationale Empörung in Galizien über die Vorkommnisse in Preußen einen neuen Höchststand erreichte. Zunächst verlangte die Minderheit der Linksdemokraten im Polenklub von den Mitgliedern der für die Außenpolitik zuständigen Delegation eine Erklärung, die darauf abzielte, dass Österreich mehr Eigenständigkeit gegenüber Preußen bewahre oder sich gar offen gegen den Dreibund stelle. Ein derartiger Stellungsbezug hätte jedoch nicht nur ein Bruch mit der Tradition des Polenklubs dargestellt, sondern auch die Position eines Konnationalen und einflussreichen Verbindungsmanns der Konservativen, des Außenministers Gołuchowski, nachhaltig geschwächt. Erst die Drohung Jaworskis und Abrahamowiczs, ihr Mandat in der Delegation niederzulegen, veranlasste die Fraktion, für eine vom Klubobmann eingebrachte abgemilderte Version zu stimmen.[157])

Wie ein Schlag ins Gesicht musste es den um Mäßigung bemühten Verantwortlichen des Polenklubs daher vorkommen, als am 5. Juni 1902 Kaiser Wilhelm in seiner berühmt-

---

[153]) Die Demokraten reichten bereits in der ersten Sitzung einen entsprechenden Vorstoß ein. Dennoch wurde die Angelegenheit erst im Jahre 1902 im Sinne des Polenklubs erledigt. Nowa Reforma 21. 3. 1901 (67), S. 1; Janusz Gruchała, Koło Polskie w austriackie Radzie Państwa wobec kwestii czeskiej i Sląska Cieczyńskiego 1879–1889 [Der Polenklub im österreichischen Reichsrat gegenüber der tschechischen Frage und Teschener Schlesiens 1879–1889], Wroclaw 1982.

[154]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 68. Sitzung (4. 11. 1901), S. 6358 f. Nowa Reforma 1. 11. 1901 (252), S. 1.

[155]) Siehe die breit unterstützte (43 Unterschriften) Interpellation in Sten. Prot. AH, 17. Session, 78. Sitzung (6. 12. 1901), S. 7553 f.

[156]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 115. Sitzung (21. 3. 1902), S. 10860. Die Antwort von Koerber ebd., 116. Sitzung (8. 4. 1902), S. 11000 f.

[157]) Nowa Reforma 6. 6. 1902 (127), S. 1.

berüchtigten Rede am geschichtsträchtigen Ort Marienburg den Stolz der Polen aufs Äußerste verletzte. Wenig später folgte ihm Reichskanzler Bülow im preußischen Herrenhaus mit einer Stellungnahme, die ihn ebenfalls als Verteidiger des alldeutschen Gedankenguts erscheinen ließ. Die polnische Presse in Galizien, auch die konservative, reagierte einmütig empört über die Provokationen. Dennoch fehlte Jaworski als Leiter der Polen in der Delegation der politische Mut, seiner Deklaration eine schärfere Wendung zu geben.[158])

Unangenehm für die Verantwortlichen im Polenklub wurde es allerdings in dem Moment, als die Sache vor das Abgeordnetenhaus gebracht wurde, und zwar in einer Konstellation, in der gerade jener neue Widerspruch zwischen Nationalpolitik und Staatspolitik auf prekäre Weise offenkundig wurde. Ausgangspunkt war eine von den Abgeordneten der Polnischen Volkspartei mitunterzeichnete Interpellation des tschechischen Nationalsozialen Vacláv Klofáč, der in den Auftritten Wilhelms und Bülows nicht nur eine Ohrfeige für die Polen, sondern für alle Slawen sah. Die brisante und durchaus tiefgründige Frage des Interpellanten lautete, ob der Ministerpräsident angesichts dieser offiziell proklamierten nationalistischen Mission des Nachbarstaats bereit sei, die alternative historische Aufgabe Österreichs zu verkünden, nämlich die Individualität seiner Nationalitäten zu wahren und zu schützen.[159])

In seiner Antwort gestand Koerber dieser Charakterisierung Österreichs zwar eine „gewisse Berechtigung" zu, nahm aber den Interpellanten ihre hehren, ja im Grunde austrophilen Beweggründe – berechtigterweise – nicht ab. Was nun den Polenklub betraf, so konnte dieser bis zu diesem Zeitpunkt getrost als Zuschauer im Hintergrund bleiben. Dann aber forderte Klofáč den Eintritt des Hauses in eine Debatte über jene in der Tat dürftige Erklärung des Ministerpräsidenten. Nun war unvermutet eine Stellungnahme gefragt. Unterstützte der Polenklub den Antrag, so musste dies als Brüskierung Koerbers und als Schulterschluss mit der Opposition aufgefasst werden. Stellte er sich gegen ihn, so begab er sich in einen gravierenden Widerspruch zu seiner eigenen kritischen Haltung gegenüber diesen Vorgängen und blamierte sich vor der aufgebrachten Öffentlichkeit in Galizien.

Im Gegensatz zu den Vorgängen vier Jahre früher, als der Polenklub in der Causa Szajer auf ähnliche Weise überrascht worden war (s. o.), blieb diesmal nicht einmal Zeit für eine Beratung der parlamentarischen Kommission. Ein Signal Jaworskis war es wohl, das bestimmte, der Klub habe sich gegen eine Debatte zu stellen. Darauf verließen aber fast alle Mitglieder des Polenklubs den Saal, nur Jaworski und drei Getreue gaben ihre Nein-Stimmen ab und trugen damit zur Ablehnung des Antrags Klofáč bei. Am nächsten Tag schon hatte der Obmann Gelegenheit, sein Vorgehen vor der Fraktion zu rechtfertigen. Seine Worte klangen wie ein Echo derjenigen Koerbers, sprach er doch vom Propagandacharakter des tschechischradikalen Vorstoßes. Die innerfraktionelle Opposition erkannte dagegen Zeichen einer Selbstmord-Politik des zur Hofpartei degenerierten Polenklubs, der den Kontakt zur Öffentlichkeit verloren und sein Recht auf die politische Vertretung der Na-

---

[158]) Siehe die Deklaration in Sten. Prot. Deleg., 38. Session, 7. Sitzung (7. 6. 1902), S. 375, in der die Marienburger Rede mit keinem Wort erwähnt wurde. Die liberaldemokratische *Nowa Reforma* (10. 6. 1902 (130), S. 1) kritisierte Jaworskis Auftritt als weiteren Beleg dafür, dass die Konservativen sich „mehr österreichisch wie der Kaiser selbst" gerierten (Original deutsch).

[159]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 156. Sitzung (17. 6. 1902), S. 14419.

tion verwirkt habe. Die Getreuen Jaworskis konnten von Glück reden, dass der Reichsrat am selben Tag suspendiert wurde und die galizische Öffentlichkeit sich anderen politischen Foren, namentlich dem *Sejm*, zuwandte.[160])

Als der Polenklub diese interne Krise durchlebte, befand sich die Regierung Koerber gerade auf dem Höhepunkt ihres Erfolges, war es ihr doch im Mai 1902 gelungen, das Finanzgesetz für dieses Jahr durchzubringen. Ab Herbst verdichteten sich allerdings die Anzeichen einer Verschlechterung der parlamentarischen Lage. Belastend auf die Stellung Koerbers wirkte zunächst die von ihm selbst mitverantwortete Wiederbelebung der Sprachenkontroverse in Böhmen (Oktober 1902 bis Januar 1903), dann die Spannungen mit Ungarn wegen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Reichshälften und der Armeefrage. Angesichts der erneuerten Obstruktion im Parlament und des drohenden Auseinanderbrechens der Monarchie fand der Polenklub wieder verstärkt zurück in die Rolle des bedächtigen Vermittlers und Garanten von Stabilität und Ordnung.

Im November 1903, am Höhepunkt der ungarischen Krise und inmitten lähmender Dauerreden, trat der Vizeobmann des Polenklubs Dzieduszycki vor den Reichsrat mit einer wahren Huldigungsrede an den Kaiser, in dem er den Hüter der konstitutionellen Rechte und der Reichseinheit sah in einer Zeit, da sich die nationalen Parteien in gegenseitigem Hass ineinander verbissen hätten. Nach seiner Meinung war Österreich von drei unheilvollen Prinzipien beherrscht: der nationalen Leidenschaft, der Furcht vor den Wählern und dem „Justament", das heißt des sturen Beharrens auf dem eigenen Vorteil. Der Regierung bot der Sprecher des Polenklubs seine Unterstützung an, unter der Bedingung allerdings, dass diese selbst tatkräftig auf „die Heilung der trostlosen Zustände in diesem Hause" hinwirke – eine unmissverständliche Warnung an Koerber, sich nicht auf ein Notverordnungsregime einzurichten.[161])

Mit diesen sanften Tönen des kultivierten Aristokraten im Angesicht der rohen Parlamentariermeute stand Dzieduszycki allerdings ziemlich alleine da. Auch in Galizien und im Polenklub, in dessen Namen er zu sprechen vorgab, war die Zustimmung zu diesem politischen Stil und zur althergebrachten Rolle der Polen in der österreichischen Politik im Schwinden begriffen. Neue Kräfte meinten, eine Taktik der Geschmeidigkeit sei vielleicht in der Vergangenheit angemessen gewesen; im neuen Zeitalter des nationalen Kampfs müsse sie aber einer Politik der Stärke und Unerbittlichkeit weichen. Wenn jemand die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatte, so war dies in ihren Augen gerade Klubobmann Jaworski, der mit seinen beinahe 80 Jahren in der Tat ein Vertreter einer anderen Generation war.

Die Vorwürfe ließen sich unter dem Motto mangelnder nationaler Standfestigkeit subsumieren: Zu geringe „nationalpolitische Erträge", namentlich bei einer der Hauptforde-

---

[160]) Die Antwort Koerbers in 157/14493 (18. 6. 1902), der abgelehnte Antrag Klofáč ebd. 14496. Der Bericht über die Sitzung des Polenklubs in Nowa Reforma 20. 6. 1902 (139), S. 1 f. Zu ergänzen ist, dass der Polenklub drei Monate zuvor völlig überraschend einem Dringlichkeitsantrag desselben Klofáč zugestimmt hatte, bei dem es um die Misshandlung eines gebürtigen Galiziers in der Armee gegangen war. Der nachfolgende Mediendiskurs über den „Polenklub in der Opposition" hatte damals für einigen Unmut gesorgt, und dieses Risiko wollte man auch bei dem nun wesentlich höheren Preis nicht mehr eingehen.

[161]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 245. Sitzung (24. 11. 1903), S. 22455.

rungen dieser Jahre, der Verstaatlichung der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn, die Galizien mit den westlichen Ländern verband und daher einen nationalen Stellenwert hatte; zu geringe Aktivität in den nationalpolitischen Außenbeziehungen, sowohl gegenüber den radikalisierten Ruthenen als auch gegenüber Preußen, das inzwischen gerade aus der Sicht der jüngeren Mitglieder des Polenklubs Russland den Rang des größten Polenfeinds abzulaufen begann. In taktischer Hinsicht wurde daher ein grundsätzliches Überdenken der bisherigen Rolle im Parlament gefordert. Statt sich in einer isolationistischen und dazu pseudoneutralen Position zu gefallen, die in der politischen Praxis vor allem gegen die Tschechen als gegenwärtig Hauptverantwortliche für die Obstruktion gerichtet war, solle man Solidarität oder gar ein formelles Bündnis mit den westslawischen Brüdern anstreben. Diese gebündelte Kritik an der herrschenden Politik des Polenklubs kam vor allem von einer Richtung der Demokraten, die sich nun immer erkennbarer von diesen loszulösen begann: von den Nationaldemokraten, auch Allpolen genannt, mit ihrem Programm des neuen, integralistischen und aggressiven Nationalismus.[162])

Im Jahre 1904 verschlechterte sich die parlamentarische Lage weiter. Zweimal musste die Frühjahrsitzung wegen andauernder Obstruktion frühzeitig abgebrochen werden. Unter diesen Umständen schien die Reise des Ministerpräsidenten nach Galizien im Frühherbst 1904 vielen zeitgenössischen Beobachtern wie ein Canossagang zu dem einzig verbliebenen treuen Verbündeten. Allerdings provozierte die Reise auch im Kronland selbst viel Unmut und Misstrauen unter den oppositionellen Kräften, so dass Koerber durchaus nicht den Eindruck einer Situation der Stabilität gewinnen konnte. Als letzte große Genugtuung erlebte freilich der Obmann des Polenklubs die Reise des Ministerpräsidenten vor „seine“ Pforte. Im Oktober 1904 starb Jaworski, der annähernd 16 Jahre lang die Geschicke des Polenklubs geleitet hatte. Sein Nachfolger wurde erwartungsgemäß Wojciech Dzieduszycki, dessen erster Stellvertreter überraschend deutlich Dawid Abrahamowicz. Auf der Stelle des zweiten Vizepräsidenten verblieb Dulęba. In die parlamentarische Kommission wurden zwei Krakauer Konservative, ein Podolake, ein (Links-)Demokrat und ein Zentrumsmann gewählt. Damit entsprach die Besetzung der Leitungsgremien in etwa den Kräfteverhältnissen in der Fraktion.[163])

Der neugewählte Obmann des Polenklubs war als Persönlichkeit so ziemlich das Gegenteil seines Vorgängers. War Jaworski vor allem der Inbegriff eines trockenen, glanzlosen,

---

[162]) Słowo Polskie 5. 12. 1903 (569), S. 1 und 6. 12. 1903 (570), S. 3. Anlass in diesem konkreten Fall war eine gegen die tschechische Obstruktion gerichtete Rede Jaworskis am 3. 12. 1903 (Sten. Prot. AH, 17. Session, 251. Sitzung (3. 12. 1903), S. 22884–22886), die von heftigen Protesten von Seiten der Tschechisch-Radikalen („als ein Slave sollen Sie nicht so reden“) begleitet waren. Die Kampagne gegen Jaworski, die von dem nationaldemokratischen Organ *Słowo Polskie* teilweise im Verein mit der inzwischen von den Podolaken beherrschten *Gazeta Narodowa* geführt wurde, ging jedoch bis Mai 1903 zurück, als bereits von einem „Krieg im Polenklub“ und einer bevorstehenden Ablösung des Obmanns die Rede gewesen war. Damals war es auch die von Jaworski stellvertretend für Koerber betriebene Ablösung des bisherigen Statthalters, des Podolaken Leon Piniński, durch den Krakauer Konservativen Andrzej Potocki, welche Unmut in der Fraktion auslöste. Siehe Nowa Reforma 15. 5. 1903 (110), S. 1 und 19. 5. 1903 (113), S. 1; Głąbiński, Wspomnienia, S. 84 f.

[163]) Vgl. den Bericht über die entscheidende Fraktionssitzung vom 17. November 1904 in: Nowa Reforma 19. 11. 1904 (266), S. 1.

aber auch verlässlichen und zähen Politikers mit viel Spürsinn für das Mögliche und Notwendige, so zeichnete sich Dzieduszycki – in Wien liebevoll „Graf Dziedu“, in Lemberg „hrabia Wojtek“ genannt – durch einen außergewöhnlich breiten Bildungshorizont und eine vielfältige Begabung aus, die ihn oftmals weit weg von der Politik in die Höhen von Literatur und Philosophie führten. Brachten Jaworskis stets nach demselben logischen Schema aufgebaute, mit starkem polnischem Akzent vorgetragene Parlamentsreden ihm alles andere als den Ruf eines „Debatters“ oder gar eines „oratorischen Charmeurs“ (Neue Freie Presse) ein, so pflegte der am Theresianum und an der Wiener Universität in Philosophie und Jura ausgebildete Dzieduszycki seine Reden mit tieferen Gedanken zu untermauern und mit Zitaten zu schmücken, vorzugsweise aus der antiken Geisteswelt. Bei diesen starken Gegensätzlichkeiten zwischen dem alten und neuen Fraktionsvorsitzenden war es umso augenfälliger, dass der Neugewählte unverzüglich und unmissverständlich alle Signale auf Kontinuität stellte.[164])

Anlass dazu bot ihm bereits am Tage nach seiner Wahl eine Debatte zur Regierungserklärung Koerbers. Darin beklagte er den „falschen Patriotismus“, der nicht die Liebe zum eigenen Volk, sondern den Hass gegen das Fremde predige. Er schwang sich regelrecht zu einer Lobpreisung multikultureller Begegnungen in Alltag und Schule auf und richtete im speziellen an die Deutschen die Forderung, ihre hohe Kultur nicht in Geiz und Kleinmut vor den anderen zu verschließen. Seine erklärte Loyalität zu Dynastie und Staat, die er für seine Person und Nation nach bewährter Manier mit der kollektiven Erfahrung der Polen in den vergangenen 30 Jahren verknüpfte, kulminierte in den Worten, nur der österreichische Staat könne seinen „welthistorischen Beruf darin suchen und finden (…), dass er verschiedene Völker gleichzeitig zum ruhigen Mitwirken an einem gemeinschaftlichen Kulturwerke bei gegenseitiger Achtung der Nationalitäten und Traditionen führen soll.“[165])

In den Ohren vieler vom Nationalismus getriebener Zeitgenossen mochten solche Worte durch und durch weltfremd und anachronistisch klingen. Andere, insbesondere die Ruthenen, konnten sie nicht anders als scheinheilig empfinden, kamen sie doch von dem ehemaligen Vorsitzenden des keineswegs um „Achtung der Nationalitäten“ bemühten CKW. Eine Episode, die bei der Eröffnung des Reichsrats im Jahre 1897 für Aufsehen erregt hatte, musste wieder in der Erinnerung wach werden. Damals hatte sich der als ausgeprägt liberal geltende ehemalige Abgeordnete des Polenklubs Eduard Gniewosz geweigert, dem gerade wiedergewählten Dzieduszycki bei ihrem Zusammentreffen im Couloir des Parlaments die Hand zu geben. „Reinigen Sie, Herr Graf, Ihre Hand vom Blute, welches bei den letzten Wahlen im Interesse Ihrer Partei gefallen ist“ lautete die später oftmals zitierte Begründung.[166]) Nun also, sieben Jahre später, stand derselbe Dzieduszycki als Obmann des Polenklubs vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses und verkündete, dass der

---

[164]) Zur Charakterisierung Dzieduszyckis siehe Krzysztof Karol Daszyk, Osobliwy Podolak. W kręgu myśli historiozoficznej i społeczno-politycznej Wojciecha Dzieduszyckiego [Ein besonderer Podolake. Im Kreise des historiosophischen und gesellschaftlich-politischen Denkens von W. D.], Kraków 1993, insbes. S. 10–18. Die von politischem Respekt geprägte Beurteilung Jaworskis im Nekrolog der Neuen Freien Presse am 24. 10. 1904 (14428), S. 1.

[165]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 282. Sitzung (18. 11. 1904), S. 15450.

[166]) Zitiert in Neue Freie Presse 7. 4. 1897 (11719), S. 4.

Polenklub weiterhin als vermittelnde Instanz zwischen den Streitparteien zur Verfügung stehe, zum Segen des Ganzen und seiner Teile.[167])

Nur wenige Wochen später, im Dezember 1904, reichte Koerber seine Demission ein. Sein Nachfolger, der zum zweiten Mal berufene Paul Freiherr von Gautsch, durfte zunächst vom vorsichtigen Wohlwollen des Parlaments profitieren, das dieses zuweilen einer frischen Regierung entgegenzubringen pflegte. Im September und Dezember 1905 sprach Dzieduszycki im Namen des Polenklubs aus Anlass zweier Regierungserklärungen des neuen Ministerpräsidenten. Zwischen beiden Wortmeldungen lag allerdings ein Ereignis, das eine fundamentale Wende in den Beziehungen zwischen dem Polenklub und der Regierung einleitete. Bei der von gewaltigen Arbeiterdemonstrationen begleiteten Eröffnungssitzung am 28. November hatte Gautsch angekündigt, dem Haus in Kürze eine Regierungsvorlage präsentieren zu wollen, mit der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime (Männer-) Wahlrecht eingeführt würde. In der folgenden Debatte, die sechs Sitzungen in Anspruch nahm, war es dann allein der Vertreter des Polenklubs, der prinzipiell eine Ablehnung des Vorhabens signalisierte. Er begründete dies mit weitläufigen Ausflügen in die Geschichte, welche nie derartige „grundstürzende Veränderungen" und „jähen Sprünge" honoriert habe. Eine integrale Verfassungsreform und namentlich eine Autonomisierung der Kronländer müsse einer derartigen einschneidenden Maßnahme vorangehen.[168])

Dieser Stellungnahme war eine präzedenzlose, fünftägige Marathonsitzung des Polenklubs vorangegangen, in der deutlich wurde, wie sehr sich die konservative Mehrheit von der Regierung hintergangen fühlte. Dzieduszycki war zu sehr seinem gepflegten parlamentarischen Stil verpflichtet, als dass er das Ausmaß der Verärgerung vor dem Plenum zum Ausdruck gebracht hätte – die Verärgerung darüber, dass man den Polenklub, der sich so sehr als verlässlicher Partner der Regierungen verdient gemacht hatte, nun in diese gravierende Entscheidung überhaupt nicht einbezogen hatte. In jener Fraktionssitzung wurde aber noch anderes deutlich, namentlich die Meinungsdivergenzen, die innerhalb des Polenklubs in dieser Frage bestanden. Zunächst führte ein heftiger Schlagabtausch zwischen Dzieduszycki und dem Galizien-Minister Piętak, der als Regierungsmitglied für die Wahlreform plädierte, beinahe zu dessen Demission. Dann sprachen sich auch die sechs Linksdemokraten (inklusive Danielak) im Polenklub, partiell unterstützt durch die Zentrumsgruppe unter Pastor, im Prinzip für die anvisierte Tendenz der Reform aus, mit der Einschränkung allerdings, dass Galizien die ihm gebührende Mandatszahl bekäme und die polnischen Nationalinteressen gewahrt blieben. Die Gruppe schloss einen Austritt aus dem Polenklub zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus, forderte jedoch das Recht, im Falle einer Abstimmung statt der vorgeschriebenen Stimmenthaltung ein Ja-Votum einlegen zu dürfen.[169])

---

[167]) Weit nüchterner klang eine offizielle Verlautbarung, die der Polenklub 10 Tage später proklamierte und in der nochmals die Bedingungen für eine solche kooperative Haltung formuliert wurden: „Der Polenklub macht sein Verhältnis zur Regierung von dem Verhalten derselben gegenüber den Bedürfnissen Galiziens abhängig und rechnet darauf, dass die Regierung die auf die Sanierung des Parlaments hinzielenden Schritte unterstützen wird." Neue Freie Presse 29. 11. 1904 (14102), S. 6.

[168]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 350. Sitzung (29. 9. 1905), S. 31678 und 359. Sitzung (4. 12. 1905), S. 32569–32574. Jenks, Electoral Reform, S. 45–47.

[169]) Nowa Reforma 7. 12. 1905 (279), S. 1.

Konkret wurde es dann mit der Einbringung der Wahlreformvorlage am 23. Februar 1906. Deren gesetzliche Gestalt erleichterte es zunächst den beiden Lagern, aufeinander zuzugehen. Als wichtige Konzession an die Wünsche der Polen war darin bereits jenes nur in Galizien einzuführende Prinzip vorgesehen, wonach in den Landwahlkreisen zum Schutz der polnischen Minderheit Ostgaliziens zwei statt ein Abgeordneter zu wählen seien.[170]) Eine Bedingung der Demokraten, die Wahrung der polnischen Nationalinteressen, war damit erfüllt, und auch den Konservativen hätte die Bestimmung ein Aufweichen ihrer kategorisch ablehnenden Haltung ermöglichen sollen. Tatsächlich schienen die Zeichen im Polenklub nun auf Konsolidierung zu stehen, denn am 5. März einigte man sich auf eine Resolution, welche die Haltung der Fraktion zur Vorlage von Gautsch zum Ausdruck brachte. Darin hieß es, dass der Polenklub die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts anerkenne, den vorliegenden Gesetzesentwurf aber nicht annehmen könne, weil darin eine zu geringe Mandatszahl für Galizien vorgesehen und eine erweiterte Autonomie der Kronländer nicht berücksichtigt sei. Erstere Forderung war vor allem von den Demokraten, letztere von den Konservativen gestellt worden.[171])

Der Kompromiss war allerdings nur ein scheinbarer, denn der einstimmig angenommene erste Teil der Resolution wurde von den beiden konträren Meinungslagern (Linksdemokraten/Konservative) vollkommen unterschiedlich gedeutet. Während die demokratische Presse das Wort „allgemein“ im Sinne des Gleichheitsgedankens auffasste und die Absenz des vierten Adjektivs („gleiches“ Wahlrecht) darauf zurückführte, dass in Anbetracht der Doppelwahlkreise die Gleichheit im technischen Sinn tatsächlich nicht gegeben sei, pochten die Konservativen darauf, dass jenes vierte Element einer demokratischen Wahlordnung (konkret: die Abschaffung der Wahlkurien) ausdrücklich ausgenommen worden sei. Da das allgemeine Wahlrecht ja seit 1897 in Gestalt der fünften Kurie bereits realisiert war, erblickten die Konservativen lediglich in der direkten und geheimen Wahl Zugeständnisse von ihrer Seite. Beide Lager sprachen also von einem Sieg. Die Demokraten schrieben es ihrer eigenen Überzeugungskraft zu, dass die Mehrheit ihren Widerstand gegen das demokratische Wahlrecht aufgegeben hatte, während die Konservativen in der Resolution einen Sieg des Solidaritätsgedankens sahen, der überdies im Einklang mit ihren eigenen politischen Prinzipien stand.[172])

Der Obmann des Polenklubs machte in seiner Rede vor dem Parlament klar, wie seine Gesinnungsgruppe die Resolution vom 5. März verstand, nämlich als Ablehnung des Gleichheitspostulats. An Schärfe übertroffen wurde er von seinem ersten Stellvertreter Abrahamowicz, dessen polemischer Auftritt zu einer regelrechten Kampfansage an Gautsch wurde. Die oppositionellen Demokraten hofften zunächst auf den nominell

---

[170]) Siehe dazu ausführlich: Harald Binder, Die Wahlreform von 1907 und der polnisch–ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: Österreichische Osthefte 38 (1996), S. 293–320, hier insbes. 298–300.

[171]) Siehe den Wortlaut der Resolution unter anderem in Czas 6. 3. 1906 (53), S. 1.

[172]) Nowa Reforma 7. 3. 1906 (53), S. 1. Czas 6. 3. 1906 (53), S. 1. *Czas* gab allerdings bei aller Beschwörung der nationalen Solidarität seiner Leserschaft nicht bekannt, dass die Demokraten und das Zentrum gegen jenen von den Konservativen geforderten Punkt der Resolution gestimmt hatten, der von einer Ausweitung der Autonomie sprach. Nowa Reforma 8. 3. 1906 (54), S. 3.

noch ins Lager der Demokraten gehörenden Stanisław Głąbiński, doch dieser, seit einigen Monaten Funktionsträger in der neu gegründeten Nationaldemokratischen Partei, sprach sich ebenfalls gegen das gleiche Wahlrecht aus und legte viel Gewicht auf den Gedanken der Autonomisierung. Mit Mühe gelang es den „Konzentrierten" am Ende, zumindest ihren Vertreter Ignacy Petelenz noch zu Wort kommen zu lassen.[173]) Dieser kleine Erfolg wurde allerdings zunichte gemacht, als die Linksdemokraten bei der fraktionsinternen Designierung der Mitglieder des Wahlreformausschusses leer ausgingen. Gewählt wurden drei Podolaken (Dzieduszycki, Abrahamowicz sowie der bald sehr einflussreiche Stanisław Starzyński), ein Krakauer Konservativer (Bobrzyński), zwei Rechtsdemokraten (Głąbiński und Byk, letzterer als Vertreter der Juden im Polenklub) und der Führer der Zentrumsgruppe Pastor, welcher der Position der Linksdemokraten am nächsten stand. Die deutliche Mehrheit der polnischen Vertretung im Wahlreformausschuss stand somit in prinzipieller Opposition zum vorliegenden Gesetzesentwurf und ihres politischen Vertreters Gautsch.[174])

Gautsch war nicht bereit, die Wünsche des Polenklubs zu erfüllen und musste daher – aber auch aufgrund der Widerstände im Herrenhaus – Anfang Mai 1906 seine Demission einreichen. Obwohl der Polenklub schon in früheren Jahren zum Sturz von Regierungen beigetragen hatte, war dies das erste Mal, dass allein seine Position im Abgeordnetenhaus für den Fall eines Kabinetts verantwortlich war. Dabei hatte er über die Jahre seiner Geschichte stets nichts mehr gefürchtet als eine Situation des Alleinseins im Abgeordnetenhaus, denn in einer solchen lag immer die Gefahr von Anti-Koalitionen, die sich zum Schaden der eigenen Interessenwahrnehmung auswirken konnten. Diese Situation der drohenden Selbstisolierung, dann die Entfernung Gautschs, die als moralischer Sieg gewertet wurde, vor allem aber die Konzessionen von Gautschs Nachfolgern, Prinz Hohenlohe und Baron Beck (in dessen Kabinett zwei Polen, Dzieduszycki als Galizien-Minister und Witold Korytowski als Finanzminister, eintraten), vermochten dann doch die Mehr-

---

[173]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 389. Sitzung (8. 3. 1906), S. 34888–34894; 391. Sitzung (13. 3. 1906), S. 35096–35103; 393. Sitzung (15. 3. 1906), S. 35259–35263; 394. Sitzung (16. 3. 1906), S. 35360–35366.

[174]) Nowa Reforma 24. 3. 1906 (68), S. 1. Wie weit sich der Polenklub von der Regierung und den gemäßigten Fraktionen entfernt hatte, zeigte sich auch in einer singulären Episode im Abgeordnetenhaus gegen Ende des Monats März. Um ihrer Forderung nach Autonomisierung Nachdruck zu verleihen, stimmte die Klubmehrheit für zwei Dringlichkeitsanträge der Deutschradikalen Wolf und Schönerer, die eine Sonderstellung Galiziens verlangten. Bisher hatte der Polenklub stets eine Sonderstellung abgelehnt. Dieser Schulterschluss des Polenklubs mit seinen größten Feinden, deren antipolnische Schimpfwörter noch vielen Parlamentariern in den Ohren klangen, löste eine heftige Polemik vor allem von Seiten der Tschechen aus. Die Abstimmung markierte einen Tiefpunkt in den polnisch–tschechischen Beziehungen im Abgeordnetenhaus. Siehe die Ausführungen von Dzieduszycki in Sten. Prot. AH, 17. Session, 400. Sitzung (28. 3. 1906), S. 35769–35770 sowie die Replik des Jungtschechen Adolf Stránský, ebd. S. 35775–35780. Die Namensabstimmung, die nur dem Antrag von Wolf gewährt wurde, ebd. S. 35787. Dieser Dringlichkeitsantrag erreichte eine knappe Mehrheit im Hause, nicht aber die erforderliche 2/3-Quote. Die Mehrheit wäre nicht erzielt worden, wenn nicht 18 Mitglieder des Polenklubs, vor allem aus den Reihen der Linksdemokraten und des Zentrums, zur Stimmenthaltung gezwungen gewesen wären.

heit des Polenklubs nach langwierigen Verhandlungen zugunsten der Wahlreform umzustimmen.

Die Konzessionen betrafen im übrigen genau diejenigen beiden Punkte, welche der Polenklub in seiner Resolution genannt hatte: die Erhöhung der Mandatszahl und die Ausweitung der Autonomie (sog. „Lex Starzyński“), in beiden Fällen allerdings nicht in dem Ausmaße, wie der Klub sich das zunächst gewünscht hatte. Als weiteres (inoffizielles) Zugeständnis wurde nun endlich die Verstaatlichung der Nordbahn eingehandelt, die so lange eine innere Belastung des Polenklubs dargestellt hatte. Was die internen Auseinandersetzungen in der Fraktion betrifft, so trugen am Ende die Linksdemokraten den „Sieg“ über die Konservativen davon, denn ihre Interpretation der Resolution vom 5. März wurde in der neuen Wahlordnung realisiert. In der entscheidenden Abstimmung am 1. Dezember 1906 waren es für einmal nicht die Demokraten, welche sich der Stimme enthalten mussten, um das Solidaritätsgebot des Polenklubs zu erfüllen, sondern die Konservativen, genauer der Podolaken-Flügel. Diesen Triumph verdankten jene freilich nicht ihrer eigenen Kraft, sondern den Zeitumständen, dem Druck der Regierung und der Parlamentsmehrheit.[175])

b) Die polnische Opposition: Abfall Stojałowskis und soziale Unruhen als politischer Inhalt

Als das Abgeordnetenhaus zu Beginn des Jahres 1901 zu seinen ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode zusammentrat, saß die galizische Opposition kompakt zusammen in den beiden hintersten Reihen des rechten Mittelblocks, ziemlich genau gegenüber vom Stenographentisch. In der hintersten Reihe nahmen nebeneinander die fünf Parteigänger der Christlichen Volkspartei Platz, anschließend – jenseits des Zwischengangs – der unabhängige Sozialist Ernest Breiter und schließlich, diesem zur Rechten, die drei Vertreter der Volkspartei. Eine Reihe vor ihnen saßen die vier ruthenischen Oppositionellen. Diese Sitzordnung hatte Breiter mit der Parlamentsdirektion ausgehandelt, und zwar im Auftrag des mandatslosen, „virtuellen“ Fraktionsführers der Christlichen Volkspartei Stojałowski, sowie des Führers der Ruthenen, Romančuk.[176]) Drei ganze Sitzblöcke entfernt auf der Linken saß als einziger verbliebener galizischer Sozialdemokrat Ignacy Daszyński, der ja auch zur galizischen Opposition zu rechnen war. Fast den gesamten Sitzblock ganz rechts im Plenumsaal nahm der Polenklub ein, die größte Fraktion im Haus. Insgesamt folgte die Sitzordnung nur ungefähr dem politischen Links-Rechts-Schema, saßen doch etwa die Christlichsozialen links von den Sozialdemokraten, der Sozialist Breiter rechts vom verfassungstreuen Großgrundbesitz und die politisch radikalen Tschechischen Agrarier ganz hinten im Polenblock, wo auch die „gemäßigten Ruthenen“ ihren Platz hatten. Wesentlich

---

[175]) Die Schlussabstimmung in Sten. Prot. AH, 17. Session, 463. Sitzung (1. 12. 1906), S. 40708. Zu diesem Zeitpunkt kann man 23 Abgeordnete den Podolaken zurechnen. Von diesen verweigerten 15 ihre Zustimmung, während die Krakauer praktisch geschlossen für die Vorlage stimmten. Zu denjenigen Podolaken, die der Vorlage zustimmten, gehörten aus naheliegenden Gründen der Galizien-Minister Dzieduszycki sowie der zu seinem Nachfolger als Fraktionsvorsitzender berufene Abrahamowicz. Siehe Nowa Reforma 4. 12. 1906 (276), S. 1.

[176]) Czas 29. 1. 1901 (24), S. 1. Breiter wurde in diesem Zusammenhang von den Abgeordneten der Volkspartei eigenmächtiges Handeln vorgeworfen.

klarer spiegelte sich die nationale Zugehörigkeit in der Sitzordnung wider: links die Deutschen (mit den „fremden" Einsprengseln der Sozialdemokraten), rechts die Slawen (inklusive der Rumänen).[177])

Was nun die polnische Opposition betrifft, so entsprach ihre sichtbare physische Kompaktheit im Parlamentssaal zunächst durchaus ihrer politischen Geschlossenheit. Das gilt namentlich für die beiden Bauernfraktionen, deren acht Deputierte tatsächlich ausnahmslos dem Stand der Landwirte angehörten. Die Priester und Intellektuellen in ihren Reihen waren nicht wiedergewählt worden oder hatten sich anderen politischen Gruppierungen zugewandt. Wie schon zu Beginn der vorangegangenen Legislaturperiode hatten sich die Mandatsträger der SChL und der SL zu einem Bündnis unter dem Namen „Vereinigung der Volksparteien" (*Zjednoczenie stronnictw ludowych*) zusammengeschlossen, dessen Substanz nun allerdings wesentlich weiter ging. Dieses Bündnis war nämlich bereits vor dem Zusammentritt des Parlaments geschlossen worden unter dem unmittelbaren Eindruck der Wahlniederlage vom Dezember 1900 (die sowohl Stojałowski als auch Stapiński das Mandat gekostet hatte) und der darauf geglückten Wahlkonsolidierung bei der engeren Wahl.[178]) Am 28. Dezember 1900 waren die führenden Vertreter beider Parteien zusammengetreten, um ein gemeinsames Programm zu beschließen und einen Exekutivausschuss zu wählen, der für die weitere politische Koordinationsarbeit zuständig sein sollte. Dazu gehörte nun eben auch die Abstimmung der parlamentarischen Tätigkeit. In einem Communiqué zu Sessionsbeginn ließ die „Vereinigung" verlauten, dass man unter den gegebenen Bedingungen nicht bereit sei, dem Polenklub beizutreten. Drei Hinderungsgründe wurden genannt: der andauernde und nicht gesühnte Wahlmissbrauch, die Gewaltherrschaft der lokalen Bürokratie zulasten der Volksrechte und der unitaristische (nicht parteienföderative) Charakter der Klubstatuten.[179])

Trotz der fester gefügten wechselseitigen Bindung zwischen beiden Flügeln der galizischen Bauernbewegung kam es erneut nicht zu einer gemeinsamen Klubbildung. Der Grund lag wohl weniger an den ideologischen Differenzen, die man gerade – insbesondere was die Frage der Religion betraf – mit Hilfe des gemeinsam erarbeiteten Programms übertüncht hatte. Die Hauptursache hieß wieder einmal Stojałowski, der als Nicht-Parlamentarier über einen gemeinsamen Klub weniger Einfluss gewinnen konnte als über jene außerhalb des Parlaments konstituierte Parteienvereinigung, in deren Vorstand er selbstverständlich Platz nahm. Stojałowski suchte für seine fünf Schäfchen im Parlament einen anderen geeigneten Platz, und zwar bei den großen Fraktionen, mit deren Hilfe die von ihm selbst formulierten Anträge und Interpellationen bessere Chancen auf Realisierung hatten.

Die Reise des Priesters durch die Fraktionszimmer begann bei den Christlichsozialen, setzte sich fort bei den Jungtschechen und endete schließlich im Slawischen Zentrum, in deren Reihen seine Gruppe die ersten Wochen ihrer parlamentarischen Tätigkeit verbrachte. Nicht zuletzt wegen des Mangels an Sprachkenntnissen, der eine positive Integration in den Klub erschwerte, verselbständigten sich die polnischen Christlichsozialen, um

---

[177]) Siehe den Sitzungsplan in Gazeta Narodowa 2. 3. 1901 (61), S. 1.

[178]) Vgl. S. 242.

[179]) Słowo Polskie 28. 1. 1901 (47), S. 1. Zur Vereinigung im Allgemeinen siehe Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Zjednoczenie Stronnictw Ludowych (1900–1901) [Die Vereinigung der Volksparteien (1900–1901)], in: Studia z dziejów ruchu ludowego, Warszawa 1969, S. 60–78.

im April eine eigene Fraktion wiederum unter dem Namen „Polnisch-Christliche Volkspartei“ zu gründen. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings von den ursprünglich fünf Abgeordneten nur noch vier übrig geblieben, denn einer von ihnen, der eigenwillige Jan Kubik, hatte sich unbotmäßig verhalten, als er bei der Frage der Zensurierung von Interpellationen gegen die Anweisungen von oben abgestimmt hatte.[180])

Kubik gesellte sich nach seinem Ausschluss, der von einer Parteiversammlung der SChL bestätigt wurde, zu den Vertretern der Volkspartei, die zu Beginn der Legislaturperiode keinen eigenen Klub gegründet hatten. Dazu hatte ihnen wohl die sprachlich-parlamentarisch versierte Führungsfigur gefehlt, denn weder Stapiński noch der in der vergangenen Session aktive Advokaturkandidat und Redakteur Franciszek Winkowski waren wiedergewählt worden. Erst im Jahre 1903, im Anschluss an die Neukonstituierung der PSL, schufen die nunmehr vier Abgeordneten dieser Partei (also inklusive Kubik) eine eigene Fraktion erneut unter dem Namen „Polnische Volkspartei“. Zu diesem Zeitpunkt lag das Auseinanderbrechen der „Vereinigung der Volksparteien“ (die logische Konsequenz des Eintritts der PChVP in den Polenklub) schon beinahe zwei Jahre zurück.

Erwägt man deren zu Sessionsbeginn formulierte Bedingungen an den Polenklub, so war der konsequente Alleingang der PVP wesentlich leichter zu rechtfertigen als der Beitrittsentscheid der Stojałowski-Gruppe. Schließlich waren weder die ersten beiden Punkte (Maßnahmen gegen Wahl- und Amtsmissbrauch) realisiert worden noch hatte das neue Statut eine parteienföderative Struktur geschaffen. Als Hauptgrund für den Beitritt nannte die polnisch-christlichsoziale Presse denn auch einen externen Faktor, die patriotische Notwendigkeit, die sich durch die gewachsene nationale Bedrohung namentlich aus dem Westen ergeben hatte. Die Versöhnung Stojałowskis mit dem polnischen Establishment, die mit dem Eintritt seiner Fraktion in den Polenklub zu einem gewissen Abschluss kam, war also nicht nur taktischer Natur oder gar auf Altersmilde zurückzuführen, sondern geschah vorwiegend im Kontext der gewandelten nationalpolitischen Gesamtlage.[181])

Schließlich gehörten zur polnischen Opposition noch die beiden Sozialisten Daszyński und Breiter, die sich zwar im Wahlkampf nicht direkt gegenüber gestanden waren, aber in ihren Pressekampagnen kein Mittel gescheut hatten, um sich gegenseitig zu bekämpfen. Daszyński hatte trotz der Schwächung seiner polnisch-galizischen Parteifiliale den Fraktionsvorsitz weitergeführt, auch nachdem die eigentliche große Autorität der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, durch eine Nachwahl im Jahre 1905 zur Gruppe gestoßen war. Ernest Breiter, das *Enfant terrible* Lembergs, hospitierte zunächst im (oppositionellen) Ruthenenklub. Das entsprach seinem sozialen, weitgehend anationalen Programm, welches sich auf die Unterdrückung der Massen durch die „ausbeutenden“ (sprich: polnischen) Klassen bezog. Seine Teilnahme am Ruthenenklub ließ sich aber auch mit dem nicht unbedeutenden Anteil von Ruthenen unter seiner Wählerschaft erklären, war er doch nicht im Lemberger Stadtwahlkreis, sondern in der Allgemeinen Kurie gewählt worden. Gegen Ende der Legislaturperiode, als sich der Ruthenenklub nach rechts wandte (s. u.), entschied sich Breiter zunächst für den Status eines Klublosen, um dann der Fraktion der Polnischen Volkspartei beizutreten.

---

[180]) Wieniec-Pszczółka 17. 3. 1901 (10), S. 145–148; 7. 4. 1901 (13/14), S. 184; 15. 12. 1901 (50), S. 1 f.

[181]) Wieniec-Pszczółka 23. 6. 1901 (25), S. 369–371; Głos Narodu 19. 11. 1901 (264), S. 5.

Nach diesem Überblick über die formelle Organisationsstruktur der polnischen Oppositionsgruppen im Abgeordnetenhaus sollte nun noch deren politische Tätigkeit betrachtet werden. Unverändert nahm die Interpellation den unbestrittenen Rang des beliebtesten parlamentarischen Instruments ein. Zusammengerechnet reichte die polnische Opposition in den Jahren 1901 bis 1907 über eintausend Interpellationen ein. Klar an der Spitze stand Breiter mit insgesamt 361, gefolgt von dem Abgeordneten der Volkspartei Franciszek Krempa mit 301 Interpellationen. Inhaltlich zeichneten sich die Vorstöße durch dieselben Merkmale aus wie zuvor: durch einen fast ausschließlichen Bezug auf Galizien und hier in der Regel auf lokale Begebenheiten, die im Gesamtmaßstab der Reichsprobleme vollkommen marginal, ja fast lächerlich erschienen. Nach dem Motto: „die Wuchergeschäfte des Jakob Berkowicz in Nagnajów“, oder: „die Maßregelung des Kondukteurs Stanisław Dziedziak bei der Staatsbahndirektion Krakau“, oder: „die Ausrodung eines Jungwaldes durch den Gutbesitzer von Baranów“, oder: „die Verweigerung der Unterschrift einer Pensionsquittung für den pensionierten Gendarmeriepostenführer Theodor Semeniuk seitens des Pfarrers Szurmiak in Czermin“.[182]) Weit an der Spitze standen Klagen wegen Amtsmissbrauchs, Unregelmäßigkeiten und Drangsalierungen in der Armee, Wahlschwindeleien auf allen Ebenen, ungerechtfertigte oder unsachgemäße Strafverfolgungen, Konfiskationen von Zeitungen, schließlich auch Bitten um Steuererlass oder Notstandshilfen. In seiner Mittlerfunktion zwischen Öffentlichkeit und Politik war der Abgeordnete zum Ventil geworden, über das die Sorgen, Nöte und kleinen Gemeinheiten des Alltags zuhanden einer scheinbar omnipotenten Macht weit weg von zuhause abgelassen werden konnten.

Interessant blieb die Frage, wer wem bei den parlamentarischen Anträgen und Anfragen Hilfe leistete, um die notwendige Anzahl von Unterschriften zu erreichen. Dass zunächst die beiden Bauerngruppierungen ihre Vorstöße gegenseitig unterstützten, war klar, denn das gehörte zur Abmachung der „Vereinigung“ . Dass dies mit dem Eintritt der vier SChL-Abgeordneten in den Polenklub aufhörte, war nicht minder nachvollziehbar, denn das Unterzeichnen fremder Interpellationen und Anträge war ja der Klubdisziplin des Polenklubs unterworfen. Bei der Suche der verkleinerten Restgruppe der polnisch-bäuerlichen Opposition nach Unterstützung blieben drei Gruppen übrig: Beliebteste Verbündete waren die radikalen Tschechen (Agrarier und Nationalsoziale), insbesondere die Agrarier, mit denen man ja auch das Bauernprogramm gemeinsam hatte, nicht aber die antistaatliche Radikalität. Sukkurs kam im weiteren vom Ruthenenklub, also von den oppositionellen Ruthenen, sowie von den Sozialdemokraten.

Obwohl die Abgeordneten der PVP-Fraktion zunehmend bemüht schienen, sich vor der Öffentlichkeit als national unbedenklich zu präsentieren, blieben sie bei der Unterzeichnung ihrer politischen Vorstöße doch oftmals auch auf die zuletzt genannten Gruppen angewiesen. Andererseits fiel die Unterstützung von Seiten der anderen deutschen Parteien nun zur Gänze weg. Besonders auffallend war dies im Falle der Fraktion der PChVP vor ihrem Beitritt zum Polenklub, deren ehemals herzliche Beziehung zu den deutschen Christlichsozialen praktisch abgebrochen worden war. Man sah die Lueger-Partei seit ihrer Etablierung in Wien zunehmend vom antislawischen Deutschnationalismus erfasst – und

---

[182]) Alle zitierten Eingaben stammen aus dem Interpellationsrepertoire von Franciszek Krempa.

in Galizien wollte insbesondere seit „Marienburg“ keine Kraft mehr riskieren, mit dem Vorwurf der Germanophilie konfrontiert zu werden.

Als Plenarredner traten die Abgeordneten der Opposition in den nun wieder häufigeren „großen“ Debatten um Budget, Rekruten, Regierungserklärungen selten in Erscheinung. Hier sahen sie sich infolge der existierenden Mechanismen der Redezuteilung deutlich im Nachteil. Außerdem war das Deutsche nach wie vor nicht die Stärke der polnischen Bauernabgeordneten, die, wenn sie einmal auftraten, ihre Rede teilweise (mitunter auch zur Gänze) auf Polnisch vortrugen und sich in ihrem deutschen Teil auffallend kurz hielten. Slawisches im Abgeordnetenhaus war nichts Außergewöhnliches mehr, seitdem die Tschechisch-Radikalen das Reden in ihrer Sprache zu einem ihrer Markenzeichen gemacht hatten. Was ihnen darüber hinaus inhaltlich wichtig schien, sagten sie auf Deutsch, damit es im Protokoll Aufnahme fände.

Nun bekam auch bei den polnischen Oppositionellen dieses Sprachverhalten zunehmend den Charakter einer demonstrativen Geste, zumal man sich ja, wie gesagt, auch taktisch in einem Bündnis mit den Tschechisch-Radikalen befand. Am häufigsten traten die polnischen oppositionellen Abgeordneten vor das Parlament zur Begründung von Dringlichkeitsanträgen, die sie zumeist selbst eingebracht hatten. Das gilt vor allem für die beiden Sozialisten Daszyński und Breiter. Diese setzten im übrigen ihre in den Zeitungsorganen ausgetragene Rivalität auf der parlamentarischen Bühne fort. Dabei ging es nicht um eine inhaltliche Kontroverse, denn in ihrer politischen Stoßrichtung waren sich beide im Grunde einig. Formale Zeichen der Kooperation waren jedoch aus prinzipiellen Gründen ausgeschlossen. Folglich fanden sich unter Breiters Interpellationen sehr oft Unterschriften sozialdemokratischer Abgeordneter, niemals aber diejenige Daszyńskis.

Vor allem, wenn es darum ging, die nach ihrer Ansicht ungerechtfertigte oder unverhältnismäßig harte Unterdrückung sozialer Protestbewegungen und Streiks vor das parlamentarische Forum zu bringen, traten Daszyński und Breiter in derselben Sache mit separaten Dringlichkeitsanträgen auf, um jeweils ihren Anspruch auf Vertretung der galizischen Arbeiterschaft zu unterstreichen. Tatsächlich waren die ersten Jahre der Regentschaft Koerbers von ungewöhnlich heftigen sozialen Unruhen gezeichnet. Wie der Ministerpräsident selbst infolge des von ihm initiierten Wirtschaftsprogramms eine gewisse Modernisierung personifizierte, so schienen deren Kehrseiten gerade in seinen Jahren als Regierungschef immer deutlichere Spuren zu hinterlassen. Die folgenschwersten Arbeiterunruhen spielten sich dabei nicht in den am stärksten industrialisierten Gebieten um Wien oder in Böhmen ab, sondern an der Peripherie, in Triest – und in Lemberg.

Im Kontext eines länger andauernden Bauarbeiterstreiks starben in der galizischen Hauptstadt in den Morgenstunden des 2. Juni 1902 drei Arbeiter im Kugelhagel eines Husarenregiments. Wie sehr die verbesserten Kommunikationsbedingungen das Habsburgerreich „kleiner“ werden ließen, zeigt sich daran, dass bereits in der Nachmittagssitzung desselben Tages Daszyński einen Dringlichkeitsantrag in dieser Sache einbrachte. Seiner Aufforderung an die Regierung, den Sachverhalt unverzüglich aufzuklären, stimmte auch der Polenklub zu, in dessen Namen Dzieduszycki tiefe Betroffenheit zum Ausdruck brachte. Wie unterschiedlich allerdings die Deutung und die politische Instrumentalisierung des Ereignisses innergalizisch war, zeigte die Debatte der folgenden Tage. Während Daszyński und Breiter die Verantwortlichen vor allem im politischen Establishment, namentlich in der Person des Statthalters Leon Piniński suchten, nutzte der Vizeobmann des Polenklubs

die Gelegenheit, um das Haus zu konstruktiver Tätigkeit zu animieren, damit „dieses Elend, diese Armut“ in Galizien endlich aufhöre.[183])

Mit etwas Verzögerung wurde das Parlament mit einem weiteren traurigen Ereignis konfrontiert, das sich just am selben 2. Juni 1902 etwa 80 Kilometer südlich von Lemberg ereignete. In Borysław bei Drohobycz, dem Zentrum des galizischen Erdölförderungsgebiets, waren bei einer Schlagwetterexplosion mehrere Grubenarbeiter getötet worden. Die galizische Öffentlichkeit war bereits seit vielen Jahren mit Katastrophenmeldungen aus der „Hölle von Borysław“ (Daszyński), dem „lebendigen Grab der Arbeiter“ (Breiter) vertraut. Mancher galizische Sozialist, so auch Daszyński, sein Mitstreiter Herman Lieberman (seit 1907 im Reichsrat) oder der Ruthene Semen Vityk, hatten hier prägende Erfahrungen für ihr weiteres politisches Engagement gesammelt. Wenn nun dieser besonders krasse Fall von „galizischem Elend“ im Juni 1902 vor das Parlament gebracht wurde, so hatte das freilich auch darin seine Bewandtnis, dass die betroffene Erdölgrube im Besitz der Länderbank war. Damit war der Konnex zur Politik relativ leicht herzustellen. Im Weiteren ging es darum, dass der zuständige Bergbaukommissär von Drohobycz angeblich seiner Inspektionspflicht nicht nachgekommen war und nun gemeinsam mit dem Unternehmensdirektor und dem Betriebsleiter für den Tod der Bergmänner verantwortlich gemacht wurde. Während es dem Vertreter des Polenklubs erneut daran gelegen war, seine Betroffenheit über dieses Ereignis anzumelden, im übrigen aber den Abklärungsbemühungen der Regierung Vertrauen zu schenken, benützten die galizischen Sozialisten die Gelegenheit, um die dringende Gesetzesrevision des Bergwerksinspektionsrechts zu fordern.[184])

Die beiden Ereignisse des 2. Juni 1902, „Lemberg“ und „Borysław“, boten den polnisch-galizischen Sozialisten die willkommene Chance, den westlichen Kronländern zu zeigen, dass es auch in ihren Gebieten nicht nur Adel, Bauern und Intellektuelle gab, sondern auch Arbeiter, Arbeiterdemonstrationen, Arbeiterelend. Wichtig war aber auch, dass die Beteiligten und Opfer kein nationales Gesicht trugen. Dasselbe galt nicht für den großen Feldarbeiterstreik, der sich im selben Jahr über 368 Gemeinden in 18 ostgalizischen Bezirken verbreitete und zu vielen Fällen von Gewalttätigkeit und mehreren Hundert Verhaftungen führte. Als sich der Reichsrat in seiner Herbstsession als Folge von drei Dringlichkeitsanträgen mit dieser Thematik beschäftigte, bot sich der Versammlung ein innergalizischer Diskurs, dessen inhaltliche Grundpositionen erneut durch die jeweilige politische und ideologische Interessenanlage der Kontrahenten vorbestimmt war.

Aus der Sicht der beiden Sozialisten war der Agrarstreik die Folge wirtschaftlicher Not und Ausbeutung durch miserable Löhne. Erst die „polnische Schlachzizen- und ruthenische Chauvinistenpresse“ habe daraus einen nationalpolitischen Konflikt machen wollen, um von den wahren Ursachen abzulenken. Die Vertreter des Polenklubs wiederum, stets bemüht, ihre Fürsorge für das Volk (gerade auch das ruthenische) zu betonen, sahen die politischen Führer und einen Haufen Agitatoren vor allem aus dem radikalisierten Studentenmilieu am Werk, welche das seelengute Volk in die Irre geleitetet hätten. Beide Seiten konnten Argumente für ihre Sichtweise anführen: Für den ökonomischen Grund sprach

---

[183]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 147. Sitzung (2. 6. 1902), S. 13629–31 (Daszyński); 149. Sitzung (4. 6. 1902), S. 13785–88 (Breiter); 149. Sitzung (4. 6. 1902), S. 13795–13799 (Dzieduszycki).

[184]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 150. Sitzung (10. 6. 1902), S. 30883–13886 (Breiter) sowie S. 13886–13889 (Daszyński).

die Tatsache, dass sowohl auf der Seite der Streikenden als auch bei den Bestreikten Vertreter aller Nationalitäten zu finden waren, und die politisch Argumentierenden konnten zahlreiche Proklamationen der ruthenischen Parteien verlesen, die auf eine aktive Propagierung und Organisierung des Streiks unter der Landbevölkerung hindeuteten.[185])

Es war jedoch nicht zu verkennen, dass die polnische Opposition unter Druck stand, ihre Unterstützung für eine angeblich antipolnische Aktion im „national bedrohten" Ostgalizien zu rechtfertigen. Durchaus bezeichnend lauteten die ersten Worte Daszyńskis: „Ehe ich noch hier ein Wort darüber gesprochen habe, hat ein Teil der polnischen Presse mich bereits mit dem Vorwurfe überfallen, dass ich, ein Pole, den Mut haben soll, gegen die Polen, gegen die polnische Wirtschaft hier öffentlich aufzutreten und dass zweitens ich, der Pole, den Mut haben werde, hier in dem ‚deutschen' Parlamente die polnischen rein autonomen Angelegenheiten zur Sprache bringen zu wollen." Der polnische Sozialdemokrat, der sich zur selben Zeit im Kampf gegen die internationalistische sozialistische Partei Rosa Luxemburgs als polnischer Patriot bewährte (und seinen Patriotismus auch öfters deklarierte) befand nun vor dem parlamentarischen Forum, dass „das polnische Volk (…) nicht mit „ein Paar Latifundienbesitzern" in Ostgalizien identifiziert werden dürfe und dass er im Klassenkampf ohnehin auf der Seite des arbeitenden Volkes beider Nationen stünde. Die soziale Utopie, die dem ethnisch-territorialen Denken der Nationaldemokratie diametral entgegenstand, speiste sich auch aus dem Zukunftsoptimismus, „der wahre Fortschritt (treibe) die Nationen nicht auseinander, sondern (führe) sie zur Einigung, Macht und Stärke" (Breiter). Weder aus Daszyńskis noch aus Breiters Worten sprach also eine Verneinung der Nation, weder der eine noch der andere vertrat die These von der Selbstauflösung nationaler Identitäten in der sozialistischen Gesellschaft. Richtungsweisend war vielmehr die Überzeugung, dass beide Nationen miteinander koexistieren würden, sobald der Klassenfeind beseitigt und ein gerechter Staat geschaffen sei.[186])

Ein solches ideologisches Fundament hatte nun die bäuerliche „Volkspartei" nicht aufzuweisen, seitdem sie sich von ihren eigenen Wurzeln als Intellektuellenpartei (Wysłouch) immer mehr zu entfernen begonnen hatte. Gerade weil sie noch immer außerhalb des Polenklubs verblieb und sich in dieser Lage seit dem Eintritt der Stojałowski-Gruppe zunehmend isoliert fand, war sie darauf angewiesen, ihren Patriotismus unter Beweis zu stellen, etwa durch diverse Interpellationen zugunsten der erwähnten Verstaatlichung des polnischen Gymnasiums in Teschen. In der Debatte zu den Agrarstreiks bemühte sich der Sprecher der PVP Michał Olszewski entsprechend, Distanz zu den polnisch-galizischen Sozialdemokraten zu markieren, deren Führer „nicht auf nationalem Boden zu stehen scheint". Da sämtliche Abgeordnete seiner Gruppe aus Westgalizien stammten und daher gegenüber der ostgalizischen Bauernbevölkerung keinerlei politische Vertretung in Anspruch nehmen konnten, fiel es Olszewski relativ leicht, die Agrarstreiks ebenfalls vorwiegend als nationalpolitisches Phänomen zu diagnostizieren. Außerdem hatte eine Gruppierung, die sich vorwiegend aus Großbauern zusammensetzte, also aus Arbeitgebern im ökonomischen Verhältnis zu den streikenden Feldarbeitern, kein Interesse daran, den Agrarstreik zu verteidigen und damit möglicherweise des-

---

[185]) Vgl. die Debatte vom 24. bis 30. 10. 1902 in: Sten. Prot. AH, 17. Session, 163.–166. Sitzung.

[186]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 164. Sitzung (28. 10. 1902), S. 15051–15068 und 166. Sitzung (30. 10. 1902), S. 15221–15235 (Daszyński) sowie 163. Sitzung (24. 10. 1902), S. 14990–15003 (Breiter).

sen Ausdehnung auf die westliche Hälfte des Kronlands zu fördern. Die Abgeordneten der PVP-Fraktion stimmten schließlich für einen abgemilderten, von jungtschechischer Seite eingebrachten Alternativantrag, also gegen die beiden ursprünglichen Dringlichkeitsanträge der beiden galizischen Sozialisten. Es konnte letztlich kein Zweifel daran bestehen, dass die seit Juni 1902 aufgeladene nationalpolitische Atmosphäre, aber auch die soziale Dimension der Unruhen, die Einigkeit innerhalb der polnischen Opposition belasteten.

Es dauerte vier Jahre, bis sich das Abgeordnetenhaus erneut mit sozialen Unruhen in Galizien zu beschäftigen hatte. Der Schauplatz lag wieder in Ostgalizien, im Bezirk Buczacz. Im Anschluss an eine aufgelöste Volksversammlung und der Verhaftung aufgebrachter Teilnehmer waren im Dorf Ladzkie Schüsse gefallen, denen drei Bauern zum Opfer fielen. Die diskursiven Konfliktlinien schienen verwandt mit denjenigen des Disputs um den Agrarstreik. Der politische Kontext war jedoch ein anderer. Zur Zeit der tragischen Ereignisse im März 1906 war nämlich die Kampagne für das allgemeine Wahlrecht voll im Gange, an dem sich die galizische Opposition zunächst politisch mit Dringlichkeitsanträgen (September 1905) und dann durch Mobilisierungsaktionen im ganzen Land zugunsten des Regierungsprojekts beteiligt hatte.[187]) Für die Vertreter des Polenklubs lag es nahe, wiederum an dieser Stelle den Knoten zu knüpfen und zu argumentieren, die politischen Agitatoren hätten die allgemeine Unruhe benutzt, um ihre Wühlarbeit im Volk zu intensivieren. Umgekehrt lautete der Vorwurf der Opposition, die *Szlachta* selbst habe in konterrevolutionärer Absicht das Volk provoziert, um Exzesse hervorzurufen, welche dessen Unreife für das allgemeine Wahlrecht beweisen sollten. Da zu diesem Zeitpunkt gerade der Antrag Starzyński betreffend die Ausdehnung der landesautonomen Rechte aktuell war, sah man hier eine Gelegenheit darauf hinzuweisen, welche blutigen Folgen eine solche Abkoppelung Galiziens von der humanen Zivilisation des Westens haben würde. Einheitlich stellten sich Sozialisten und Volksparteiler gegen dieses Ansinnen, das in ihren Augen nur Schaden bringen könne, solange die alten Eliten die Kontrolle über das politische Gebilde namens Galizien ausüben würden. Dennoch konnte es sich Daszyński nicht verkneifen zu bemerken, dass zwei der drei getöteten Bauern Polen gewesen seien.[188])

c) Die Ruthenen: Konsolidierung der Oppositionsrolle

Die Situation der Ruthenen im Abgeordnetenhaus stellte sich zu Beginn der 10. Legislaturperiode zunächst nicht wesentlich anders dar als vier Jahre zuvor. Nach wie vor war die Gruppe klein und zudem gespalten zwischen den nationalkonservativen Abgeordneten, die mit Unterstützung des politischen Establishments in Galizien gewählt worden waren, und den Oppositionellen, die trotz der Bekämpfung durch dasselbe reüssiert hatten (Tab. III/6). Mit nunmehr je vier Deputierten hatte sich das Gewicht allerdings etwas zugunsten der Opposition verschoben. Zaghafte Versuche, die belastenden Erfahrungen aus

---

[187]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 350. Sitzung (29. 9. 1905), S. 31602 (PVP; Breiter); 352. Sitzung (3. 10. 1905), S. 31921 (Daszyński); 350. Sitzung (29. 9. 1905), S. 31602 (Romančuk). Dringlichkeitsanträge wurden auch von jungtschechischer, tschechischradikaler, südslawischer und christlichsozialer Seite eingereicht.

[188]) Sten. Prot. AH, 17. Session 38. Sitzung (6. 3. 1906), S. 34756–34761 (Daszyński); 387. Sitzung (6. 3. 1906), S. 34752–34755 (Breiter).

der Zeit des Wahlkampfs zu überwinden und zu einer gemeinsamen nationalen Gruppierung im österreichischen Parlament zu gelangen, scheiterten vornehmlich am Widerstand der Opposition. Während sich die Ruthenen der Bukowina für einen solchen Klub einsetzten, war es vor allem der russophile Abgeordnete Mychajlo Korol', der ein Zusammengehen mit den Nationalkonservativen kategorisch ablehnte. Auch für Barvins'kyj, der seit jeher die Russophilen am heftigsten bekämpft hatte, war ein Klub unter Einschluss eines auch noch so gemäßigten Russophilen vorerst schwer denkbar.[189])

Nachdem die Option einer ruthenischen Fraktion ausgeschlossen worden war, traten die Nationalkonservativen unter dem Kollektivnamen „Ruthenisch-nationaler Klub" (*Rus'ko-Narodnyj Klub*) dem von Südslawen beherrschten klerikal-konservativen Abgeordnetenverband bei. Diese Folgeformation des „Slawisch–Christlich-nationalen Verbands" konstituierte sich als „Slawisches Zentrum", allerdings ohne Beteiligung der Kroaten und einiger Slowenen, die gemeinsam den „Slowenisch–kroatischen Verband" gründeten. Dem Slawischen Zentrum gehörten außerdem, wie schon erwähnt, bis April 1901 die Abgeordneten der Polnischen Christlichen Volkspartei (SChL) an, zwei Tschechisch-Klerikale aus Mähren sowie einer der beiden bukowiner Ruthenen (Jerotej Pihuliak). Die politischen Grundsätze dieser Fraktion wurden, soweit bekannt, nicht neu formuliert noch wurde ein Statut erlassen. Dadurch dass die Führer der einzelnen nationalen Gruppierungen gemeinsam mit dem Obmann Ivan Šusteršič eine Art Präsidium bildeten (für die Ruthenen: Barvins'kyj) und die einzelnen Gruppierungen selbst viel Freiheit besaßen, lässt sich das Slawische Zentrum als national-konföderatives Gebilde charakterisieren.[190])

Der innerruthenische Konflikt zwischen den Nationalkonservativen und den ruthenischen Oppositionsgruppierungen wurde auch in der 10. Legislaturperiode in aller Offenheit im Parlament ausgetragen. In einer Debatte über das Für und Wider einer Thronadresse lancierte der UNDP-Deputierte Andryj Kos nicht nur eine im Wiener parlamentarischen Forum beispiellos scharfe Attacke gegen die polnisch-galizische Adelsherrschaft, sondern griff auch seinen ehemaligen Weggefährten Barvins'kyj wegen dessen angeblicher Gefälligkeitspolitik an. In seiner Replik wies dieser den Anspruch des Ruthenenklubs auf alleinige Vertretung der ruthenischen Nation zurück.[191]) Was die beiden Gruppen unterscheide, so Barvins'kyj, sei nicht die nationale Legitimität, sondern ein divergierendes Programm, wobei dasjenige der Nationalkonservativen auf innergalizischen Ausgleich baue, daher realistischer und konstruktiver, in keinem Fall aber weniger ruthenisch sei. Während das Wortgefecht zwischen Kos und Barvins'kyj noch lange in der ruthenischen Presse nachhallte, schienen sich die beiden Gruppen auch sonst voneinander zu entfernen. Barvins'kyj wurde in den erlauchten Klub der Delegation gewählt, wo er die regierungsloyale

---

[189]) Ruslan 5. 2. 1901 (18), S. 1.

[190]) Der Ruthenisch-nationale Klub als Subformation des Slawischen Zentrums hielt periodische Beratungen ab und bestimmte etwa einen Redner, wenn es um innerruthenische Auseinandersetzungen ging. Den durch die Aufnahme ins Klubverzeichnis verliehenen offiziellen Status eines Klubs erhielt er allerdings nicht. Ruslan 22. 2. 1901 (31), S. 3.

[191]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 6. Sitzung (14. 2. 1901), S. 346–351; 7. Sitzung (20. 2. 1901), S. 391 (Barvins'kyj). Die Rede von Kos löste einen Sturm der Entrüstung im polnischen Lager aus und leistete seinen Beitrag dazu, dass sich die polnisch–ruthenischen Beziehungen in den Jahren 1901 bis 1903 signifikant verschlechterten.

Linie Jaworskis und des Außenministers Gołuchowski verfolgte. Auch bei der Beratung des Budgetprovisoriums stellte sich Barvins'kyj pro, Romančuk (aus der erwähnten oppositionellen Grundhaltung heraus) gegen das Ansinnen der Regierung.[192])

Die Gruppe der oppositionellen Ruthenen hatte im Vergleich zur 10. Legislaturperiode nicht nur etwas an Stärke, sondern auch an Homogenität gewonnen. Das war vornehmlich auf die integrative Kraft der Ende 1899 neu gegründeten Nationaldemokratischen Partei (UNDP) zurückzuführen, die drei Abgeordnete stellte. Auch der vierte, der gemäßigte Russophile Korol', stand als zeitweiliges Mitglied des ukrainophilen Volksrats, dem Programm der UNDP nicht allzu ferne. Ruthenische Radikale und Sozialdemokraten waren hingegen nicht mehr unter den Gewählten. In Fortsetzung ihrer Wahlkooperation gründeten nun die vier oppositionellen galizischen Ruthenen unter Beteiligung des zweiten Bukowiners Mykola Vasyl'ko sowie (als Hospitant) des Sozialisten Breiter einen gemeinsamen Klub unter dem Namen „Ruthenenklub". Zum Vorsitzenden wurde Julijan Romančuk gewählt, zu dessen Stellvertreter Vasyl'ko. Zuvor waren Bemühungen, gemeinsam mit den polnischen Oppositionsgruppen einen „Freien Verband der unabhängigen galizischen Abgeordneten" zu gründen, am Veto der Volkspartei gescheitert. Als in der Folge die Stojałowski-Gruppe, deren Mentor sich aktiv für eine solche Vereinigung eingesetzt hatte, im Rahmen des Slawischen Zentrums ausgerechnet mit den Polenklub-freundlichen ruthenischen Nationalkonservativen zusammenkam, sahen sich die Ruthenen ob dieses flatterhaften Verhaltens nicht zu Unrecht vor den Kopf gestoßen.

Nationalkonservative und Ruthenenklub trennten nicht nur die unterschiedlichen politischen Grundpositionen sowie die Tatsache, dass die einen Teil einer übernationalen Gruppierung, die anderen Begründer einer selbständigen Kleinfraktion waren. Für die divergierende innere Verfassung war außerdem von Bedeutung, dass hinter dem Ruthenenklub eben eine formell organisierte Partei stand, die der Fraktion Rückhalt gab, aber auch Vorgaben lieferte hinsichtlich ihrer politischen Strategie im Parlament. So legte bereits vor der Eröffnung des Reichsrats das „Erweiterte Nationalkomitee" der UNDP die Eckpfeiler für das Verhalten der Fraktion fest: Gründung eines selbständigen Klubs, keine Allianz mit den Nationalkonservativen, für eine Normalisierung der parlamentarischen Verhältnisse, aber gleichzeitig Oppositionsrolle in Anbetracht des herrschenden gesellschaftlichen und politischen Systems in Galizien. Das Spannungspotential zwischen Parteiexekutive und Fraktion war insofern als niedrig zu veranschlagen, als sowohl das Nationalkomitee als auch der Ruthenenklub vom selben Mann präsidiert wurden: Julijan Romančuk.

Mit den Vorgaben des Nationalkomitees trat dann nach der Parlamentseröffnung die Fraktion selbst mit zwei Proklamationen an die Öffentlichkeit. In der ersten Verlautbarung meldete der Ruthenenklub eine Rechtsverwahrung an. Diese Art des Protestes gegen die Grundbedingungen politischen Handelns im Abgeordnetenhaus kannte man in der Form der sog. „staatsrechtlichen Verwahrung", welche die Tschechen im Sinne ihres böhmischen Staatsrechts regelmäßig im Parlament einbrachten. Die ruthenisch-oppositionelle Variante bezog sich dagegen ausschließlich auf die Wahlen: Man verwahrte sich dagegen, dass man sich als Mandatsträger rechtlich gleichgestellt sah mit Abgeordneten, denen aufgrund be-

[192]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 56. Sitzung (3. 6. 1901), S. 4881 (Barvins'kyj) und 57. Sitzung (4. 6. 1901), S. 4939 (Romančuk).

trügerischer Wahlen die politische Legitimität abzusprechen sei. In der zweiten Erklärung wurden sechs Punkte aufgestellt, von deren Behandlung die Fraktion ihre Stellung zur Regierung abhängig machen wollte: eine gesetzliche und gerechte Verwaltungspraxis, eine Erweiterung konstitutioneller Rechte und Freiheiten, eine umfassende Wahlreform, die nationale Autonomie und schließlich die wirtschaftliche Förderung des Bauern- und Arbeiterstands im Speziellen und der Länder Galizien und Bukowina im Allgemeinen. Im Weiteren wurde der vom Nationalkomitee formulierte Grundsatz wiederholt, dass der Ruthenenklub für die Wiederherstellung der parlamentarischen Ordnung und für eine konstruktive Arbeit eintreten werde.[193])

Diese zuletzt formulierte Politik der konstruktiven Opposition behielt ihre Gültigkeit während der gesamten 10. Legislaturperiode. Dabei war die Oppositionsrolle nicht etwa durch ein spezifisches Agieren der wechselnden Regierungen definiert, sondern gerade durch den kontinuitätsstiftenden Unwillen der politischen Verantwortlichen, „das System" zu ändern. Dieses System hieß Galizien: die ungleiche politische Machtverteilung, der alltägliche Missbrauch der Amtsgewalt, die gesetzlich sanktionierten Sprachverhältnisse, die Situation im Bildungswesen usw. – alles in allem „ein dem Staate nicht zuträgliches und für das ruthenische Volk geradezu schädigendes und ihm verderbliches und feindseliges" System, wie Romančuk sich im Parlament ausdrückte.[194]) Nach Meinung der ruthenischen politischen Repräsentanten trugen dafür jedoch nicht nur die Herrschaftseliten im Kronland die Verantwortung, sondern auch die Zentralregierung, da diese als politisch zuständige Instanz eines Großreiches die verhängnisvolle Politik ihrer Vorgängerin, des polnischen Staates, fortsetze und damit Abfallsbewegungen und soziale Unruhen unter den Vernachlässigten provoziere.[195])

Im Hinblick auf das konkrete politische Handeln bedeutete dieses Unwohlsein im Staate, dass der Ruthenenklub regelmäßig aus prinzipiellen Gründen gegen die Bewilligung des Budgets stimmte, denn „eine Regierung, mit der man unzufrieden ist, darf nicht verlangen, dass trotzdem gewisse Vorlagen angenommen werden, weil es Staatsnotwendigkeiten seien."[196]) Erneut ist aber an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass bei der gegebenen geringen Anzahl von Deputierten eine solche demonstrative Geste relativ leicht fiel: Das eigene Verhalten gefährdete die Annahme der Vorlage nicht und brachte daher die Handelnden auch nicht in Widerspruch zu ihrem eigenen Bekenntnis zum konstitutionellen Staat Österreich und dessen für die ruthenische Nation positiv gewerteter Vergangenheit.

War damit das Prinzip Opposition definiert, so bedeutete „konstruktive" Opposition zunächst, dass der Ruthenenklub sich nicht an der Obstruktionspolitik beteiligte, die in

---

[193]) Weit schärfer formulierte anfangs Mai 1901 das Nationalkomitee seine Forderungen (unter anderem auch die Teilung Galiziens als Fernziel) an den Ruthenenklub. Aufgrund der Doppelfunktion Romančuks entstand die kuriose Situation, dass diese Deklaration im Namen der Partei vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Kost' Levyc'kyj (in dessen Funktion als Fraktionsobmann) von Lemberg nach Wien gesendet wurde. Dilo 6. 5. 1901 (88/89), S. 1 und Levyc'kyj, Istorija 346.

[194]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 95. Sitzung (21. 2. 1902), S. 9232.

[195]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 245. Sitzung (24. 11. 1903), S. 22469–22473 (Romančuk aus Anlass der zweiten Regierungserklärung Koerbers).

[196]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 351. Sitzung (2. 10. 1905), S. 31797 (Romančuk anlässlich der Regierungserklärung Gautschs).

den Jahren 1903/04 wieder Überhand nahm. Konstruktiv bedeutete aber auch, dass die Fraktion eigene Vorschläge zur Gesundung des Staates einbrachte. Diese Vorschläge gingen in die Richtung einer fundamentalen Neuordnung und bildeten als solche gewissermaßen das positive Gegenstück zur oben definierten Fundamentalopposition. Der Ruthenenklub wandte sich konsequent gegen jegliches Stückwerk, gegen ein Herumflicken am maroden Gesamtkörper. Zu solchem Stückwerk wurde insbesondere eine Sprachenregelung nur für Böhmen und Mähren gerechnet, wie Koerber sie im Herbst 1902 initiiert hatte, oder eine Revision der Geschäftsordnung des Parlaments, das Lieblingskind des Polenklubs in diesen Jahren. Die Ruthenen fürchteten zurecht, dass bei einer partiellen Milderung der Missstände in einzelnen Landesteilen bzw. Politikbereichen die Chancen für eine Gesamtreform unter Einbeziehung des peripheren Galiziens geschmälert würden. Im Falle einer definitiven Lösung des tschechisch–deutschen Konflikts drohte darüber hinaus den Ruthenen ihr letzter Bündnispartner im Parlament abhanden zu kommen – die Deutschen, die sich allerdings seit der Badeni-Krise mit ihrer wachsenden Sympathie für eine Sonderstellung Galiziens als immer weniger zuverlässig erwiesen hatten.

Die periodisch eingebrachten Vorstöße der Ruthenen zugunsten einer derartigen fundamentalen Neuordnung des Reiches basierten stets auf zwei Grundpfeilern: der nationalen Autonomie und dem demokratischen Wahlrecht. Die jeweiligen Gegenkonzepte hießen Landesautonomie und Privilegienwahlrecht und bildeten ihrerseits die wichtigsten Handlungsmaximen des Polenklubs. Die Ruthenen waren allerdings nicht die einzigen, die sich eine neue Verfassung des Staates wünschten. Gegen Ende des Jahres 1903 kam es zu einer Debatte über drei Dringlichkeitsanträge – eingereicht von den Jungtschechen, den Sozialdemokraten und dem Ruthenenklub –, die alle die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zum Ziele hatten. Es geschah dies zu einer Zeit, als infolge der ungarischen Krise und der erneuten Selbstlähmung des Parlaments so manche Stimmen im Ausland bereits über den Zerfall der Donaumonarchie spekulierten.

Während die Jungtschechen ihr Heil weiterhin in der möglichst weitgehenden Selbständigkeit der „historischen Königreiche und Länder“ sahen, forderten die Sozialdemokraten den Abschied von jenen „vergilbten Pergamentpapieren“, welche die Länder konstituierten. Die Ruthenen befanden sich zwischen diesen beiden Polen. Obwohl sie der nationalen Autonomie das Wort redeten, waren sie doch zu stark traditionell-historischen Denkmustern verhaftet, als dass sie sich eine Nation ohne fest umrissenes Territorium hätten vorstellen oder wünschen können. Ostgalizien (das „eigentliche“ Galizien in ihren Augen) als ruthenisches Land blieb ein – nicht immer explizit geäußertes – Endziel, während als Minimalvariante die Ergänzung landesbezogener Rechte durch nationalautonome Komponenten galt. Die Vorstellungen des Ruthenenklubs über eine neue Verfassung, die im erwähnten Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck kamen, tangierten denn auch nicht die Länder als politisch-administrative Grundeinheiten des Staates, sondern beinhalteten ein einheitliches Nationalitäten- und Sprachengesetz, eine Reform der Reichsratswahlordnung, die Schaffung eines Wahlgerichtshofes und schließlich auch die Änderung der Geschäftsordnung des Reichsrats.[197])

---

[197]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 254. Sitzung (10. 12. 1903), S. 23156–23159. Romančuk zog seinen Antrag unmittelbar vor der Abstimmung zurück, da er keine Chance auf Zustimmung sah. Ein Jahr später stellte derselbe anlässlich der letzten Regierungserklärung Koerbers im Namen seines

Einer dieser Punkte, die Revision der Wahlordnung, wurde ja bekanntlich im Rahmen der 10. Legislaturperiode realisiert, nicht allerdings unter Koerber, dessen Prinzip der „leidenschaftslosen Beharrlichkeit“ nach Ansicht Romančuks denkbar ungeeignet war für einen mutigen, zukunftsweisenden Schritt im Sinne des Gesamtstaats und des Wohls aller seiner Glieder.[198]) Die Ankündigung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durch Gautsch im November 1905 löste einen wahren Fieberzustand unter den Ruthenen aus. Umso größer war die Enttäuschung nach der Einbringung der Vorlage im Februar 1906 und umso markanter die nachfolgenden Entrüstungsschübe, als deutlich wurde, dass das nationale Gleichberechtigungsprinzip erneut der Machtkalkulation geopfert werden würde.

Die Beratungen des Wahlreformausschusses und die Plenardebatten boten reichlich Gelegenheit, Klage zu führen über die erneute Zurücksetzung und Schlechterstellung der Ruthenen, zuletzt in der mit der Wahlreform gekoppelten Ausweitung der Landesautonomie (Lex Starzyński).[199]) Am 22. November 1906 legten die ruthenischen Abgeordneten offiziell Protest ein, und bei der folgenden Abstimmung am 1. Dezember verließen die Mitglieder des Ruthenenklubs den Saal, um auf diese Weise ihre Enttäuschung über die neue Wahlordnung zum Ausdruck zu bringen. 14 Tage später benützte ein prominentes Mitglied der Fraktion die Gelegenheit der Budgetberatung, um ein Resumée anzustellen: Die Ruthenen seien durch die Wahlreform erneut als Aschenbrödel behandelt worden und könnten daher nur voller Misstrauen gegenüber der Regierung (Beck) sein. Nur wenn die Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich auf einer nationalautonomistischen oder nationalföderativen Grundlage gelöst werde, könne die Regierung die Ruthenen als feste Stützen der Monarchie sehen, und nur dann werde der Kaiserstaat anziehend auf den benachbarten Osten einwirken können.[200])

Der dies sprach war Oleksandr Barvins'kyj, der Führer jener gemäßigt-loyalen „Kameralruthenen“, welche bisher die politische Einheit der Ruthenen im Abgeordnetenhaus verhindert hatten. Hier ist daher zum Abschluss noch von der Integration dieser Nationalkonservativen in den Ruthenenklub zu berichten. Eine Annäherung hatte sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1901 abgezeichnet. Als „Seismograph“ können erneut die Interpellationen herangezogen werden, die von den oppositionellen Ruthenen ausgiebig eingesetzt wurden. Der UNDP-Abgeordnete Vasyl' Javors'kyj war mit 242 Interpellationen Spitzenreiter unter den Ruthenen und lag damit nicht weit hinter seinen polnischen Kollegen Breiter und Krempa. Bevorzugte Mitunterzeichner waren die Sozialdemokraten und die tschechischen Nationalsozialen. Der erwähnte Abgeordnete Kos hatte außerdem gute

---

Klubs folgende fünf Forderungen auf: Nationale Autonomie, Wahlreform, konstitutionelle Rechte, kulturelle und wirtschaftliche Förderung der Ruthenen sowie eine positive Regelung der Beziehungen zu Ungarn. Sten. Prot. AH, 17. Session 284. Sitzung (22. 11. 1904), S. 25569.

[198]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 254. Sitzung (10. 12. 1903), S. 23157.

[199]) Siehe die Debattenbeiträge der Ruthenen: Sten. Prot. AH, 17. Session, 395. Sitzung (20. 3. 1906), S. 35440–35442; 446. Sitzung (8. 11. 1906), S. 39602; 451. Sitzung (16. 11. 1906), S. 39904; 453. Sitzung (19. 11. 1906), S. 40034. Näheres zur Position des im Wahlreformausschuss durch Mikolaj Vasyl'ko vertretenen Ruthenenklubs bei Binder, Wahlreform.

[200]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 466. Sitzung (19. 12. 1906), S. 40936. Siehe auch die ähnlich negative Bilanz des Abgeordneten Korol' ebd. 468. Sitzung (21. 12. 1906), S. 41106.

Beziehungen zu den Alldeutschen, welche die meisten seiner Interpellationen unterfertigten, während der bedächtigere Romančuk sich an die Vertreter der Polnischen Volkspartei hielt.

Ab Herbst 1901 änderte sich nun also das Szenario. Nun fanden sich unter den meisten Interpellationen Romančuks die Namen der nationalkonservativen Ruthenen, allen voran derjenige Barvins'kyjs. Inhaltlich ging es dabei um die klassischen Punkte galizischer „Systemkritik": Wahlmissbrauch, Amtsmissbrauch, Missachtung von Sprachrechten usw. Betrachtet man zunächst die formelle Seite, so wurde diese offensichtliche Neuorientierung Barvins'kyjs und seiner Genossen hin zu einer oppositionellen Haltung durch die erwähnte lose, föderative Struktur des Slawischen Zentrums ermöglicht. Dank des Fehlens eines eigentlichen Klubstatuts war es dessen ruthenischer Untergruppe, dem „Ruthenisch-Nationalen Klub", unbenommen, parlamentarische Vorstöße anderer Fraktionen zu unterstützen. Indirekt entscheidend war aber, dass das Slawische Zentrum selbst nicht an eine politische Richtung gebunden war, da die Fraktion ja im Gegensatz zu den ersten Sessionen der 9. Legislaturperiode nicht mehr Teil eines Regierungsbündnisses der Rechten war. Der politische Spielraum der Ruthenen wurde sogar noch erweitert, als der Slowenisch–kroatische Verband im Jahre 1902 nach der Sezession seines liberalen Flügels (Südslawischer Fortschrittsklub) wieder mit dem Slawischen Zentrum verschmolz und dieses daher zu einer Großfraktion (28 Mitglieder) unter dem Namen „Slawischer Verband" anwuchs (Barvins'kyj erneut stellvertretender Vorsitzender).

Größte Bedeutung bei der Neuorientierung der ruthenischen Nationalkonservativen hatten allerdings die Vorgänge im galizischen Landtag. Niemand anderer als Barvins'kyj war es, der am 5. Juli 1901 in seiner Funktion als Vorsitzender des landtäglichen Ruthenenklubs den Boykott der weiteren Landtagssitzungen durch die ruthenischen Deputierten verkündete. Als Grund für diesen drastischen Schritt, der ein großes Medienecho in der ganzen Monarchie auslöste, wurde die Missachtung der Wünsche und Empfindlichkeiten der ruthenischen Minderheit im *Sejm* angegeben. Konkret ging es um die schon lange gestellte Forderung nach einem eigenen Gymnasium in Stanislau sowie um eine Vorlage zur Einführung sog. Rentengüter, in denen die Ruthenen ein Mittel erblickten, Ostgalizien sukzessive durch polnische Bauern zu kolonisieren. Der Juli 1901 war also nicht nur eine Zäsur für den Landtag, der das letzte Mal im Jahre 1866 (unter ganz anderen Umständen) eine solche Sezession der Abgeordneten erlebt hatte, und nicht nur eine Zäsur für die ruthenischen „Gemäßigten", die damit ihrer eigenen (vor kurzem noch im Reichsrat wiederholten) Überzeugung von der Nützlichkeit einer Konsenspolitik auf Landesebene eine Absage erteilten. Er signalisierte vor allem auch einen Einschnitt im Hinblick auf die inhaltliche Qualität der polnisch–ruthenischen Auseinandersetzung: Das Stichwort Kolonisierung stand genau für jene neue Ideologie des nationalen Selbstbehauptungskampfs, die sich, von Preußen kommend, nach der Jahrhundertwende in den Köpfen der galizischen Politiker beider Seiten festzusetzen begann.[201])

Die wiedergefundene innerruthenische Solidarität bestand ihre erste Probe bei den Landtagswahlen des Herbstes 1901, deren teilweise irregulärer Verlauf erneut einen Dring-

[201]) Zur Landtagssezession der ruthenischen Abgeordneten und den nachfolgenden Wahlen siehe Levyc'kyj, Istorija, S. 348–351.

lichkeitsantrag im Reichsrat sowie mehrere von Barvins'kyj und Konsorten mitunterzeichnete Interpellationen des Ruthenenklubs zur Folge hatte.[202]) Ein Thema wirkte allerdings mehr als alle anderen integrativ auf die ruthenische Deputation im Reichsrat: die Frage der ruthenischen Universität. Angespornt durch ähnliche politische Vorstöße anderer Nationalitäten, war die Forderung der Ruthenen nach einer eigenen Universität in Lemberg seit 1899 Gegenstand zahlreicher Anträge und Debatten im Abgeordnetenhaus.

Am 19. November 1901, am selben Tag, als es in der Landeshauptstadt erstmals zu Gewalttätigkeiten an der Universität kam, reichte Romančuk einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit ein. Als über diesen ein knappes Jahr später im Abgeordnetenhaus debattiert wurde, leistete Barvins'kyj dem Obmann des Ruthenenklubs Beistand, indem er das Haus von dem hohen kulturellen Niveau der Ruthenen, also von ihrer „Universitätsreife" als Nation, zu überzeugen versuchte. Beide Ruthenen standen unter dem Eindruck der Massensezession der Lemberger ruthenischen Studenten des akademischen Jahres 1901/02, die mit dieser Boykott-Geste dem Vorbild der Landtagsabgeordneten gefolgt waren. Radikalisierend auf das polnisch–ruthenische Verhältnis nach der Jahrhundertwende wirkte schließlich auch der schon erwähnte Agrarstreik. Obwohl dieser von Seiten des ruthenisch-konservativen Lagers nicht gebilligt wurde, scheint es umso bemerkenswerter, dass Barvins'kyj keinerlei Anstalten machte, gegen den Streik im Parlament aufzutreten und damit die Annäherung der beiden Lager zu gefährden.[203])

Zur selben Zeit also, als sich die österreichische Regierung über ordnungsgemäß verabschiedete Budgets und Wirtschaftsvorlagen freuen durfte und der Nationalitätenhader im Abgeordnetenhaus eine Beruhigung erfuhr, erlebte Galizien eine seiner schwersten politischen Krisen und eine zwischennationale Radikalisierung, die innerhalb der beiden nationalen Lager eine entsprechend integrative Wirkung hatte. Diese gegenläufige politische Entwicklung von Reichsrat und Landtag darf als Beweis dafür gelten, dass Reichspolitik und Landespolitik trotz ihrer Verankerung unter einer gemeinsamen Exekutive und einem gemeinsamen Monarchen gegebenenfalls starken Eigengesetzlichkeiten folgten. Vor allem galt dies natürlich für das „autonome" Galizien.

Die Gegenläufigkeit hörte allerdings spätestens mit der Wiederbelebung der Obstruktion im Abgeordnetenhaus ab 1903 wieder auf. Im Herbst dieses Jahres wiederholten nämlich die ruthenischen Landtagsabgeordneten nicht nur ihren kollektiven Austritt aus dem *Sejm*, sondern legten sogar ihre Mandate nieder. Bei den Ersatzwahlen wurden alle „Sezessionisten" wiedergewählt – mit der einzigen Ausnahme von Barvins'kyj, der zuvor schon sein Delegationsmandat an seinen „gemäßigten" Klubgenossen Ivan Dluzans'kyj verloren hatte und nun also auf noch bitterere Weise den Liebesentzug seitens des politischen Establishments in Galizien zu spüren bekam. Umso leichter wurde es für ihn, im November 1904 – im Anschluss an eine politische Versammlung aller ruthenischen Abgeordneten aus dem Landtag und Reichsrat – in aller Form Abschied zu nehmen vom Slawischen Verband

---

[202]) Vgl. die hier nicht näher erörterte Debatte in Sten. Prot. AH, 17. Session, 70. Sitzung (12. 11. 1901), S. 6651–6684 und 71. Sitzung (14. 11. 1901), S. 6743–6765. Der auslösende Dringlichkeitsantrag ebd., 60. Sitzung (17. 10. 1901), S. 5606.

[203]) Sten. Prot. AH, 17. Session, 160. Sitzung (21. 10. 1902), S. 14781–14795. Näheres zur Auseinandersetzung um die Lemberger Universität, insbesondere auch ihrer parlamentarischen Behandlung, in: Binder, Der nationale Konflikt, S. 193–212.

und dem Ruthenenklub beizutreten. Allerdings schlossen sich ihm nur zwei seiner vier Kumpanen an. Diese Tatsache demonstrierte erneut, dass die Nationalkonservativen weder über ein kohärentes politisches Programm noch über eine Organisation verfügten, die ihnen in Krisen die Richtung gewiesen hätte.[204])

3. Von Beck bis Bienerth (1907–1911)

a) Der Polenklub: Föderalisierung und innerfraktionelle Richtungskämpfe

Das erstmals nach Maßgabe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählte Parlament hatte trotz mancher Elemente, die Kontinuität anzeigten, doch ein vollkommen anderes Gesicht als jenes letzte Kurienparlament, das im Januar 1907 geschlossen worden war. Aus zwei eher kleinen Gruppierungen waren zwei mächtige Fraktionen geworden: die Christlichsozialen, welche sich mit der Katholischen Volkspartei vereinigten (96 Mandate), und die Sozialdemokraten, die sich inzwischen eine stärker national-föderative Struktur gegeben hatten (87 Mandate). Überall waren die alten politischen Eliten die Verlierer, sei es, dass sie nationalliberal-mittelständisch orientiert waren wie die Deutschfortschrittlichen (15) und die Jungtschechen (14) oder konservativ wie die Konservativen des Polenklubs. Gewinner waren die Agrarparteien, vor allem die Deutschen Agrarier (19), welche sich mit der Deutschen Volkspartei zum „Deutschen Nationalverband" zusammenschlossen (51), die Tschechischen Agrarier (29) und die Polnische Volkspartei (16), in zweiter Linie aber auch die katholischen Volksparteien – neben den vereinigten Christlichsozialen vor allem die Tschechischen Katholisch-Nationalen (17), der Klub der Italienischen Volkspartei (10) und der größtenteils konservativ orientierte Slowenische Klub (16). Die Anteile der Nationalitäten am parlamentarischen Körper hatten sich insgesamt wenig verändert, allerdings mit zwei Ausnahmen: Die Ruthenen hatten ihre Mandatszahl mehr als verdreifacht und erstmals war ein Jüdischer Klub im Parlament vertreten. Beides betraf Galizien, das insofern abermals aus der Reihe tanzte.

Hier geht es nun allerdings vorerst einmal um den Polenklub. Wir haben bereits im vorigen Kapitel darauf hingewiesen, dass es bezüglich des Wahlausgangs je nach politischer Schattierung unterschiedliche Interpretationen gab. Die einen sahen vor allem Zäsuren, die anderen Kontinuitäten. Kein Zweifel konnte darüber bestehen, dass der Polenklub an Gewicht verloren hatte, sowohl als eigenständige Kraft im Abgeordnetenhaus als auch als politische Vertretung Galiziens bzw. der polnischen Nation. 1901 noch die stärkste Frak-

---

[204]) Zur ruthenischen Parlamentarier-Versammlung, der zweiten Veranstaltung dieser Art (die erste war am 15. 8. 1903 in Lemberg über die Bühne gegangen) und ihrer wenig später veröffentlichten Resolution siehe: Dilo 10. 11. 1904 (243), S. 1 bzw. 17. 11. 1904 (249), S. 1; die Austrittserklärung aus dem Slawischen Zentrum ebd. 18. 11. 1904 (250), S. 3, die Neukonstituierung des Ruthenenklubs mit Barvins'kyj als Mitglied der parlamentarischen Kommission in: Ruslan 20. 11. 1904 (252), S. 3. Die beiden Abgeordneten, welche vorerst im Slawischen Zentrum verblieben, waren der erwähnte Ivan Dluzans'kyj, welcher dann im Jahre 1906 aus dem Slawischen Zentrum austrat, ohne sich jedoch einem Klub anzuschließen, sowie der Pfarrer und langjährige Abgeordnete Kornel Mandyčevs'kyj, der bereits den Landtagsboykott von 1901 und 1903 nicht mitgemacht hatte und nach 1901 auch nicht Mitglied des landtäglichen Ruthenenklubs war.

tion, war der Polenklub nunmehr auf die dritte Position zurückgefallen. Von den 106 Mandaten Galiziens vereinigte er noch 54 auf sich, während sich unter Verwendung eines nationalen Verteilungsschlüssels 55 von 79 polnischen Abgeordneten dem Polenklub zurechneten. Der Verlust seiner dominanten Stellung in der polnischen Nationalgesellschaft war vor allem auf das starke Abschneiden der PSL zurückzuführen, viel weniger auf die Sitzgewinne der Sozialdemokraten. In Galizien trugen außerdem die Ruthenen und die national-jüdischen Abgeordneten dazu bei, dass der Polenklub in seiner politischen Heimat nur knapp über die Hälfte der Mandate beanspruchen konnte.

Die Tabelle III.7 gibt die politische Verteilung der galizischen Abgeordneten zur Zeit der Konstituierung des Abgeordnetenhauses am 17./18. Juni 1907 wieder sowie die Entwicklung bis zum Ende der Legislaturperiode.[205])

Der erste Teil der Tabelle zeigt, dass sich neben der Gesamtgröße des Polenklubs auch dessen innere Zusammensetzung stark gewandelt hatte. Die Konservativen befanden sich erstmals in einer Minderheitsposition, die mit einem Fünftel der Fraktionsstimmen sogar deutlich unter jenem Drittel lag, das sie bei der Konstituierung des RN beansprucht hatten.[206]) Von den beiden übrigen Gruppen, welche die neue Wahlorganisation gebildet hatten, konnte das „demokratische" Lager (also Nationaldemokraten und Rechtsdemokraten zusammengenommen, aber unter Ausschluss der außerhalb des RN agierenden „konzentrierten" Linksdemokraten) mit Abstand am meisten Sitze in der Fraktion erringen, gefolgt vom „Zentrum". Es sollte sich dabei auch 1907 wieder bestätigen, dass die im Wahlkampf relevanten politischen Zuordnungen und folglich auch die nach der Wahl verkündeten Resultate nicht identisch waren mit jener Kräfteverteilung, welche schließlich in der Fraktion Wirklichkeit wurde. So vermochten die Nationaldemokraten aufgrund ihres selbstbewussten, offensiven Auftretens vor und während der Konstituierungsphase des neugewählten Parlaments, vier Abgeordnete auf ihre Seite zu ziehen, die im Wahlkampf entweder im Namen des Zentrums (Adam Kopyciński) oder als parteiungebundene Demokraten (Rudolf Gall, Adolf Dietzius) aufgetreten waren oder schließlich als Stellvertreter des doppelt gewählten Dawid Abrahamowicz in das Abgeordnetenhaus nachrückten. Auch den Linksdemokraten schloss sich ein zunächst unabhängiger Kandidat (Antoni Pawluszkiewicz) an, womit sie mit fünf Mandaten nahe an die im Landtag als *Sejm*-Linke konstituierten Rechtsdemokraten kamen.

Politische Schattierungen innerhalb des Polenklubs hatte es schon länger gegeben. Neu war jedoch die Tatsache, dass sich diese Gruppen nun als Unterfraktionen offiziell zu konstituieren begannen und damit jenes Prinzip im Abgeordnetenhaus durchsetzten, welches das Zentralwahlkomitee mit seiner Konstituierung auf der Basis der Landtagsfraktionen bereits vorgeprägt hatte. Im Parlament ging es aber nicht nur um politische Legitimation vor der Wähleröffentlichkeit, sondern auch um kollektives Handeln. Dieses schien bedroht, wenn jene Einheit und Geschlossenheit nicht mehr galt, die noch zu Zeiten der Dominanz einer Gruppe, der Konservativen, wirksam gewesen war. Es war denn auch kein Zufall, dass gerade die ohnehin aus der Defensive heraus agierenden Konservativen (beider Landesteile) die ärgsten Befürchtungen mit dieser Entwicklung verbanden. Die treibende

---

[205]) Die Klubzugehörigkeit nach Clubs des Abgeordnetenhauses, 18. Session, 1. Ausgabe, 20. 7. 1907.

[206]) Vgl. S. 248.

Tabelle III.7: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1907–1911

	Partei bzw. polit. Richtung		Fraktion		
	Name	Mandate	Name	Mandate*	Bestandsveränderungen während der Legislaturperiode**
POLEN	Krakauer Konservative	3	Polenklub	54 (55[1])	• ~ 2/1908: -1 (zu PVP) • 4/1908: +17 (Beitritt der PVP)
	Podolaken	7			
	Unabh. Konservative	1			
	Zentrum	12			
	Rechtsdemokraten	7			
	Linksdemokraten (PSD)	5			
	Nationaldemokraten	18			
	Unabh. Agrarier	1			
	PSL	16	Poln. Volkspartei	16	• ~ 2/1908: +1 (von Polenklub) • 4/1908: -17 (Auflösung wegen Beitritt zum Polenklub)
	PPSD	4	Klub der poln. Sozialdemokraten	4 (6[2])	
	PNŻ	1	Klublos	1	
	Unabhängiger Sozialist	1	Klublos	1	
RUTHENEN	UNDP	17	Ruthenenklub	25 (30[3])	• 6/1907: -2 (Rad. Rph. zu „Klub der Böhm. Agrarier“ als Hospitanten) • 8/1907: -3 (Gemäß. Rph. zu Klublosen) • Seit 11/1907 Rph. vereinigt in „Altruthenischer Klub“ (1 Hospitant) • 6/1909: -5 (Austritt der Bukowiner Ruthenen, Gründung des „Bukowiner Ruthenenklubs“) • ~ 1/1910: -1 (URP zu Klublosen) • 11/1910: +1 (Mandatsgewinn durch Nachrücken eines Ersatzmanns)
	URP	3			
	RuR/RNP	5			
	USDP	2	Vertretung d. ruthen.-ukrain. Sozialdemokraten	2[4]	
JD.	Jüdisch-Nationale	3	Jüdischer Klub	3 (4[5])	• 7/1910: -1 (Mandatsverlust infolge Ablebens)

Abkürzungen: Siehe Abkürzungsverzeichnis

* In Klammern: Gesamtbestand der jeweiligen Fraktion
** Ohne Berücksichtigung temporärer Vakanzen infolge Mandatserledigung
[1] Inkl. ein Pole aus Schlesien
[2] Inkl. zwei Polen aus Schlesien. Insgesamt Teil des Verbands der sozialdemokratischen Abgeordneten (87 Abgeordnete)
[3] Inkl. fünf Ruthenen aus der Bukowina
[4] Teil des Verbands der sozialdemokratischen Abgeordneten (87 Abgeordnete)
[5] Inkl. ein national-jüdischer Abgeordneter aus der Bukowina

Kraft bei der Selbstkonstituierung als Unterfraktion waren, auch dies kein Zufall, die Nationaldemokraten, die unumwunden die Führung im Polenklub beanspruchten. Sie waren nicht nur die großen Wahlsieger, sondern auch die einzige politische Kraft im Polenklub, welche eine schlagkräftige Parteiorganisation hinter sich wusste und außerdem mit dem Selbstverständnis einer Bewegung auftrat, der die Jugend und damit die Zukunft zu gehören schien.

Bezeichnend für das Verhältnis zwischen der Gesamtfraktion und ihren auseinanderstrebenden Teilen ist die Chronologie der Versammlungen, die sich am 15. Juni 1907, zwei Tage vor der Reichsratseröffnung, unter den polnischen Abgeordneten abspielte. Am Vormittag tagten zunächst separat in Hotelräumlichkeiten die Gruppen der Demokraten (Rechts- und Linksdemokraten gemeinsam) und der Nationaldemokraten, wobei letztere gleich einen Vorsitzenden wählten: Stanisław Głąbiński. Anschließend, am Nachmittag, versammelten sich – bereits im Parlamentsgebäude – die Demokraten aller Schattierungen (zu diesem Zeitpunkt 28 Abgeordnete) zu gemeinsamen Beratungen. Am Abend schließlich, um sechs Uhr, begann die Sitzung der Gesamtfraktion des Polenklubs im so genannten „roten Saal“ (früher Empfangssaal des Parlaments), die etwa zwei Stunden dauerte. Anwesend an dieser vom noch amtierenden Fraktionsvorsitzenden Abrahamowicz geleiteten Sitzung waren auch die beiden Minister Korytowski und Dzieduszycki (beide auch Mitglieder des reichsrätlichen Polenklubs) sowie zwei Herrenhaus- und ein Landtagsabgeordneter. Die vorbereitenden Versammlungen des Vormittags und Nachmittags hatten zweierlei gezeigt: Die seit 1900 gespaltenen Links- und Rechtsdemokraten standen sich nun wieder näher als Rechtsdemokraten und Nationaldemokraten, obwohl diese beiden im Wahlkampf noch gemeinsam unter dem Dach des RN agiert hatten. Und: Es gab Bemühungen, eine gemeinsame Strategie des demokratischen Lagers zu entwickeln, und dies im Bewusstsein, dass man im Polenklub über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügte.[207])

Bei diesen Kalkulationen drehte es sich zunächst um eine Angelegenheit, die bei jeder neuen Legislaturperiode zum Beschluss anstand: die Wahl des Präsidiums und der parlamentarischen Kommission. Zur Überraschung vieler Beobachter zog man nun nicht die Konsequenzen aus dem großen Umbruch im Polenklub, sondern setzte auf Kontinuität, zumindest was die Wahl des Klubobmanns betraf: Dawid Abrahamowicz, Vertreter des altkonservativen Flügels der Podolaken und mittlerweile beinahe 70 Jahre alt, wurde mit einem fast einstimmigen Votum wiedergewählt. Es gab hämische Worte von der Opposition über diese Entscheidung wie auch dadurch induzierte Rechtfertigungsversuche seitens der angegriffenen Demokraten aller Schattierungen. Offiziell hieß es, man wolle gerade in der schwierigen Lage, in der sich der geschwächte Polenklub unter den Bedingungen eines völlig neu strukturierten Parlaments befinde, auf die politische Erfahrung des altgedienten parlamentarischen Führers setzen.

Eine Rolle spielte aber auch die Tatsache, dass sich Nationaldemokraten und „adjektivlose“ Demokraten, die sich inzwischen offiziell zu einer gemeinsamen Unterfraktion zusammengeschlossen hatten, nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Głąbiński, der aufgrund der Stärke der SDN-Fraktion dieser Kandidat hätte sein müssen, stieß doch auf manche Vorbehalte vor allem bei den Linksdemokraten, zum einen wegen

---

[207]) Zu den Sitzungen siehe Nowa Reforma 15. 6. 1907 (271), S. 4; Czas 16. 6. 1907 (136), S. 1.

seiner Rolle bei den vergangenen Wahlen, aber auch wegen seiner ideologische Nähe zum nationalkonservativen Lager, die er nicht zuletzt bei Reichsratsdebatten unter Beweis gestellt hatte.[208]) Sehr wohl berücksichtigt wurden die neuen Kräfteverhältnisse jedoch bei der Vergabe anderer Positionen. Nach einer im Schnellverfahren eingeführten Statutenänderung wurden drei gleichgeordnete Vizepräsidentenstellen geschaffen, die mit den Leitern der drei Unterfraktionen (Dulęba, Głąbiński und Pastor) besetzt wurden. In die parlamentarische Kommission zogen sogar drei Demokraten ein (darunter die beiden Linksdemokraten Petelenz und Stwiertnia), ein Konservativer (Kozłowski) sowie ein Vertreter des Zentrums (Stojałowski!).[209])

Es gab noch zwei weitere Personalentscheidung in der ersten Woche des neu konstituierten Parlaments, die beide allerdings nicht auf eine Konsolidierung, sondern im Gegenteil auf eine Entfremdung zwischen Demokraten und Nationaldemokraten hindeuteten. Der Polenklub hatte sich neu eine sogenannte Initiativkommission geschaffen, deren Mitglieder zur Bearbeitung spezifischer politischer Sachgeschäfte aufgerufen waren – ein Schritt in Richtung Bürokratisierung und Effizienzsteigerung der Fraktion in Zeiten gefragter Sachkenntnis. Präses dieses Ausschusses wurde der erzkonservative Kozłowski, ein rotes Tuch für viele Demokraten, aber wegen seiner stramm nationalen Orientierung ein guter Freund der Nationaldemokraten. Die zweite Personalentscheidung betraf die Designierung der zweiten Vizepräsidentenstelle des Abgeordnetenhauses, die man dem Polenklub zugesprochen hatte. Hier fiel die Wahl auf einen anderen nationalkonservativen Hardliner, Starzyński. Dieser wurde ebenfalls mit besonderer Nachhilfe seitens der Nationaldemokraten gewählt, nachdem es nicht gelungen war, zwischen den nicht-konservativen Gruppierungen des Polenklubs einen Konsens zu erzielen. In diesem Zusammenhang begannen erstmals Mutmaßungen über eine nationaldemokratisch-podolakische Allianz in den Zeitungsblättern zu kursieren. Starzyński erhielt dann bei der Abstimmung im Parlament nur 30 von 55 Stimmen aus dem eigenen Klub. Mit insgesamt 270 Stimmen (von 387 Stimmenden) erzielte er das mit Abstand schlechteste Ergebnis aller drei neugewählten Präsidiumsmitglieder. Dazu leisteten vor allem auch die Ruthenen ihren Beitrag, die in Starzyński einen der profiliertesten Ruthenenhasser erblickten.[210])

Diese Wahl des Parlamentspräsidiums war im übrigen der erste größere Streitgegenstand im neugewählten Haus, bei dem auch der Polenklub seinen Teil abbekam. Dieser unterstützte nämlich den von der stärksten Fraktion, den Christlichsozialen, aufgestellten Richard Weiskirchner und stieß dabei gleich zwei Gruppen vor den Kopf: zunächst seinen

---

[208]) Die Vermutung Buszkos (Polacy, S. 275), die jüdischen Abgeordneten der Demokraten hätten gegen Głąbiński Front gemacht, erscheint wenig stichhaltig, spielte doch der Antisemitismus zu diesem Zeitpunkt keine große Rolle unter den Nationaldemokraten im österreichischen Teilungsgebiet und schon gar nicht in der parlamentarischen Gruppe, die selbst zwei jüdische Abgeordnete umfasste. Głąbiński erinnerte sich später, dass die Demokraten ihn unmittelbar vor der erneuten Wahl Abrahamowiczs zum Klubobmann darum gebeten hätten, die Ablöse auf den Herbst zu verschieben. Auch dies spricht nicht für das Vorhandensein grundsätzlicher Bedenken der jüdischen Abgeordneten gegen die Wahl des Nationaldemokraten zu diesem Zeitpunkt. Siehe Głąbiński, Wspomnienie polityczne, S. 84.

[209]) Nowa Reforma 19. 6. 1907 (277), S. 1; 24. 6. 1907 (285), S. 3; Czas 27. 6. 1907 (145), S. 1.

[210]) Nowa Reforma 21. 6. 1907 (281), S. 2 und 22. 6. 1907 (282), S. 1; Czas 24. 6. 1907 (142), S. 2.

alten Verbündeten, die Jungtschechen, welche unter Hinweis auf die nationalen Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus einen slawischen Kandidaten gefordert hatten (und mit diesem Argument faktisch den Sitz für sich beanspruchten), dabei aber im Polenklub kein Gehör fanden. Was für die Tschechen ein weiterer Verrat an der slawischen Sache war und von dem ewigen Opportunismus des Polenklubs zeugte, schien anderen als Retourkutsche für die wenig polenfreundliche Haltung der Tschechen während der Wahlreformkontroverse von 1905/06, während wieder andere über ein Stillschweigegelöbnis der Christlichsozialen bei der anstehenden Debatte um die galizischen Wahlmissbräuche spekulierten. Die zweite Gruppe, die der Polenklub mit seiner Entscheidung für Weiskirchner unglücklich machte, waren die jüdischen Abgeordneten in den eigenen Reihen. Diese wehrten sich vehement dagegen, dass der Polenklub Hand bot für die Wahl eines Antisemiten zum Parlamentspräsidenten. Am Ende blieb ihnen jedoch nur die Möglichkeit, den Saal zu verlassen bzw. eine leere Stimmkarte in die Wahlurne zu legen. Das war eine bittere Niederlage für die „Jüdisch-Polen", die schon bei der Besetzung von Leitungsfunktionen in der Fraktion weitgehend übergangen worden waren. Damit bekamen sie wohl auch die Quittung für ihr eigenständiges Handeln während des Wahlkampfs.[211])

Nach Erledigung dieser Personalentscheidungen war der Polenklub gerüstet für die große Debatte über die „Galizischen Wahlen", welche zu Beginn des Monats Juli über die parlamentarische Bühne ging. Nicht weniger als fünf Redner aus den eigenen Reihen beteiligten sich an der Auseinandersetzung, über die bereits im vorigen Abschnitt berichtet wurde. Der Polenklub demonstrierte dabei nach den internen Spannungen der vorangegangenen Wochen ein bemerkenswertes Maß an Geschlossenheit in seinem verbalen Mehrfrontenkrieg gegen Sozialdemokraten, Ruthenen und all jene, die „sein" Kronland Galizien schlecht zu machen versuchten. Nach der Sommerpause zeigte es sich jedoch dann, dass die nur halbherzige Flurbereinigung nach den allgemeinen Wahlen die Situation innerhalb der Fraktion doch noch nicht geklärt hatte.

Zunächst schlossen sich in der ersten Woche der Herbstsession die Abgeordneten des demokratischen Lagers zu einer parlamentarischen Aktionsgemeinschaft unter dem Namen „Demokratische Union" (*Unia Demokratyczna*) zusammen. Das Ziel dieser Vereinigung war es nun, die politische Arbeit der beiden Gruppen, die sich mit dem Etikett „Demokraten" versahen (die faktisch vereinigten Rechts- und Linksdemokraten einerseits, die Nationaldemokraten andererseits) zu koordinieren. Das bedeutete in formaler Hinsicht, dass jene oben erwähnte, zunächst einmalige Aktion zu Beginn der Legislaturperiode, die Abhaltung einer vorberatenden Sitzung der Gesamtgruppe der Demokraten vor der Plenarversammlung des Polenklubs, dauerhaft institutionalisiert wurde. Entscheidungen, die von dieser Vorversammlung mit einem Zweidrittelmehr zustande kamen, so der Beschluss, mussten in der Fraktionssitzung des Polenklubs solidarisch vertreten werden. Damit hatte sich eine Unterfraktion innerhalb des Polenklubs gebildet, die eine ähnliche Form des Solidarverhaltens praktizierte wie die Fraktion selbst. Das Statut des Polenklubs kannte zwar

---

[211]) Nowa Reforma 24. 6. 1907 (285) und 25. 6. 1907 (287), jeweils S. 3. Vgl. auch den Kommentar dazu in Słowo Polskie 24. 6. 1907 (288), S. 1 f. Die Ruthenen hatten zuvor klar gemacht, dass sie jeden Kandidaten des Polenklubs für den Vizepräsidentenposten akzeptieren würden – außer Starzyński und Kozłowski. Nowa Reforma 1. 7. 1907 (295), S. 4.

Sanktionen für Einzelmitglieder, bot jedoch keine Handhabe, derartige die Einheit bedrohende Gruppenprozesse zu unterbinden.[212])

Die Vereinbarung der Demokratischen Union unterschrieben 29 Reichsratsabgeordnete, also deutlich mehr als die Hälfte der Mitglieder des Polenklubs. Damit stellte sich auch wieder die Machtfrage in der Fraktion, denn eine ungeschriebene Regel wollte es, dass die stärkste Gruppe einer politischen Körperschaft den Vorsitz beanspruchen durfte. Gerade das Abgeordnetenhaus konnte hier als Beispiel dienen. Mit der Konsolidierung des Lagers der Demokraten war deren Anspruch auf die Fraktionsführung nun nicht mehr zu überhören. Es bedurfte nur eines äußeren Anlasses, einer Krisensituation in der Fraktion, um einen solchen Umsturz herbeizuführen. Genau eine solche trat ein, als noch im selben Oktober 1907 die Regierung Beck mehrwöchige Verhandlungen mit dem kräftig angewachsenen Ruthenenklub begann. Vorrangiges Ziel des Ministerpräsidenten war es, das große anstehende politische Geschäft, den Wirtschaftsausgleich mit Ungarn, durch das parlamentarische Forum zu bringen. Während der geheim gehaltenen Verhandlungen, die lediglich in Anwesenheit des galizischen Statthalters Potocki und des polnischen Finanzministers Korytowski geführt wurden, wuchs die Nervosität im polnischen Lager. Oft genug hatte der Polenklub in der Vergangenheit Konzessionen in Geheimverhandlungen errungen, nicht selten zum Nachteil der Ruthenen. Dass man nun erstmals selbst draußen vor der Türe zu warten hatte, während der politische Hauptgegner Bedingungen für politisches Wohlverhalten zu diktieren schien, war schwer zu ertragen.[213])

Die Schuldigen waren bald gefunden. Eine konzertierte Pressekampagne der nationaldemokratischen und demokratischen Presseorgane (*Słowo Polskie* bzw. *Nowa Reforma*) nahm sie ins Visier: den Klubobmann (Abrahamowicz) und den Minister für Galizien (Dzieduszycki). Vor allem dem ersteren wurde der Vorwurf gemacht, dass er seine Verantwortung als Spitzenvertreter der polnischen Interessen in Wien nicht angemessen wahrnehme und, soweit er selbst über den Verlauf der Verhandlungen informiert war, es verabsäumt habe, den Polenklub darüber zu unterrichten. Am 9. November, inmitten einer größeren Regierungsumbildung im Kabinett Beck, zogen beide altgedienten Konservativen die Konsequenzen und traten von ihren Funktionen zurück. Damit war der Weg frei für die Demokratische Union, ihren Anspruch auf den Fraktionsvorsitz zu realisieren. Nur zwei Tage nach dem Doppelrücktritt wurde Stanisław Głąbiński, Vertreter der stärkeren nationaldemokratischen Gruppe, dem man seit seinem erfolgreichen Einsatz im Wahlre-

---

[212]) Nowa Reforma 23. 10. 1907 (488), S. 1 und 23. 10. 1907 (489). 4. Eine Rolle beim Abschluss der Demokratischen Union spielten auch die unmittelbar zurückliegenden Ereignisse im galizischen Landtag: Hier hatte im Zusammenhang mit der Frage der Landtagswahlreform der einflussreiche Juliusz Leo mit zwei Konsorten der Fraktion der Krakauer Konservativen den Rücken gekehrt und sich den (vereinigten) Demokraten angeschlossen. Damit wurde ein Schritt nachvollzogen, welche der Krakauer Bürgermeister schon bei den Reichsratswahlen durchgeführt hatte. Siehe S. 257 f.

[213]) Auf polnischer Seite fürchtete man vor allem Zugeständnisse an die Ruthenen im Bereich der Landtagswahlreform und der Lemberger Universitätsfrage. Am Ende stellte sich heraus, dass lediglich zwei neue ukrainischsprachige Lehrstühle versprochen worden waren sowie eine Neuregelung der Amtssprache auf Gemeindeebene, die fortan nach dem Wunsch der Gemeinde selbst festgelegt werden sollte. Nowa Reforma 31. 10. 1907 (503), S. 1.

formausschuss politisches Geschick attestierte, zum Obmann des Polenklubs gewählt. Dzieduszycki gestand man einen der beiden Stellvertreterfunktionen zu (zweiter Vizepräsident wurde Paweł Stwiertnia, die dritte Stelle blieb unbesetzt), während Abrahamowicz zum Minister für Galizien bestellt wurde. Es handelte sich bei diesem Revirement also weit eher um ein Abtauschen von Funktionen als um eine regelrechte Entmachtung der alten Elite. Dennoch war durchaus von einer Zäsur zu sprechen, denn erstmals leitete nun ein Nicht-Konservativer (und zudem ein „Bürgerlicher") die Geschicke der polnischen Fraktion im Wiener Parlament.[214])

Sehr lange konnte sich der Polenklub allerdings nicht darüber freuen, dass ihm der Machtwechsel an seiner Spitze ohne größere innere Zerwürfnisse gelungen war. Er hatte nämlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht, und der hieß in diesem Fall: das Abgeordnetenhaus und die Opposition. Es entsprach der parlamentarischen Praxis, dass der Ministerpräsident Rücktritte und Neuernennungen von Ministern dem Parlament bekannt gab. In der Regel wurden solche Erklärungen ohne weitere Umstände zur Kenntnis genommen. Am 22. November 1907, als die Ernennung Abrahamowiczs verlesen wurde, war dies nun allerdings nicht der Fall: Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Herman Diamand gelang nämlich am Ende der Sitzung, als bereits über die Hälfte der Abgeordneten das Haus verlassen hatte, ein unerwarteter Coup. Eine knappe Mehrheit von 119 zu 117 folgte seinem Antrag und beschloss, die Ernennung Abrahamowiczs als ersten Punkt auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung zu setzen. Präsident Weiskirchner, der ja als Christlichsozialer selbst Mitglied der Regierungsmehrheit war, ahnte wohl bereits das drohende Unheil und versuchte vergeblich, die Abstimmung aus formalen Gründen zu verhindern. Er konnte sich jedoch der von Diamands Fraktionskollegen Karl Seitz dargelegten Logik nicht entziehen, dass es einem Parlament freigestellt sein müsse, seine Tagesordnung nach eigenem Belieben festzusetzen. Auch wenn formalrechtlich eine Ministerernennung kaiserliche Prärogative war und daher nicht in die Kompetenz des Parlament fiels, konnte man diesem nicht verwehren, über das Thema zu diskutieren.

Nun kam noch etwas hinzu, eine Laune des Kalenders nämlich, welche den peinlichen Lapsus der Regierungskoalition zu einem mittelgroßen parlamentarischen Skandal werden ließ. Hätte Beck den Terminkalender genau betrachtet, wäre ihm vielleicht etwas aufgefallen, und er hätte es von vornhinein vermieden, Abrahamowicz gerade in der letzten Novemberwoche des Jahres 1907 zu seinem Minister zu berufen. Die schon im voraus festgelegte folgende Sitzung war nämlich für den 26. November anberaumt, und das war genau jener Tag, an dem 10 Jahre zuvor derselbe Abrahamowicz in seiner Funktion als Präsident des Abgeordnetenhauses im Namen der „Lex Falkenhayn" Abgeordnete der damaligen Opposition polizeilich aus dem Parlament entfernen ließ – mit den bekannten desaströsen Folgen für die österreichische Innenpolitik und den Parlamentarismus im besonderen.

Die Bedingungen für eine memorable Inszenierung der Opposition am 26. November 1907 waren also ideal, und sie wurden genutzt. Kurz nachdem die Ministerriege – inklu-

---

[214]) Die Ernennung Abrahamowiczs zum Minister für Galizien war schon vor dessen Rücktritt vom zukünftigen Präses Głąbiński selbst eingefädelt worden. Nur dank dieses Postenschachers konnte die „samtene Revolution" des Novembers 1908 im Polenklub derart reibungslos abgewickelt werden, dass Głąbiński schließlich fast einstimmig zum neuen Klubobmann gewählt wurde. Głąbiński, Wspomnienie polityczne, S. 86 f.

sive des Neuernannten – unter Stürmen des Beifalls und der Entrüstung den Sitzungssaal betreten hatte, hielt der Abgeordnete Breiter ein Plakat hoch mit dem Titel „Zur heutigen Jubiläumsfeier, 1897–1907“, auf dem Abrahamowicz in der Uniform eines Wiener Wachmanns mit Pickelhaube und Halbmond auf der Brust dargestellt war. Während dieses Plakat sowie Hunderte von Ansichtskarten, welche die Polizei im Sitzungssaal von damals zeigten, herumgereicht wurden, war der große Reichsratssaal erfüllt von Geschrei, das vor allem von den Bänken der Deutschradikalen kam: „Verbrecher!“ „Gewaltmensch!“ „Wir wollen keinen Polizeiminister!“ „Vor zehn Jahren hat er uns hinausgeschmissen, heute schmeißen wir ihn hinaus“, und ähnliches. Bei dem etwa einstündigen Tumult, der den Abgeordneten und Stenographen tatsächlich in eindrucksvoll authentischer Weise die Ereignisse von 1897 wieder vergegenwärtigte, gingen die Reden der Parlamentarier, die sich zu dem Tagespunkt Abrahamowicz gemeldet hatten, beinahe unter. Während die Deutschradikalen auch hier vor allem die politische Vergangenheit ansprachen, ging es den ruthenischen und nationaljüdischen Abgeordneten vor allem darum, die Legitimität des ohne allseitige Konsultationen berufenen Abrahamowicz als Vertreter Galiziens zu widerlegen.[215])

Der letztlich doch nicht ohne Sturm vorübergegangene Wechsel in den Machtpositionen der Polen in Wien war nicht ohne Einfluss auf den Hergang des nächsten Großereignisses in der Geschichte des Polenklubs: den Beitritt der Fraktion der Polnischen Volkspartei im April 1908. Diese Entscheidung hatte eine lange Vorgeschichte, die im Grunde auf den erstmaligen Einzug der Volksparteiler (*ludowcy*) in den Reichsrat im Jahre 1897 zurückging. Seither war es immer wieder zu Rechtfertigungsproblemen der Volkspartei und auch zu mannigfaltigen Annäherungsversuchen gekommen, die jedoch stets an den fundamentalen sozial-politischen Differenzen gescheitert waren. Mit den Wahlen von 1907, welche die Volkspartei zur zweitstärksten Kraft unter den polnischen Gruppen im Abgeordnetenhaus machten, war nun allerdings eine vollkommen neue politische Situation eingetreten. Der Anspruch des Polenklubs, die einzig gültige national-moralische Kraft der Polen in Wien zu sein, war ebenso dahin wie sein tatsächlicher Einfluss im parlamentarischen Geschehen geschwunden war. Nur durch eine Einbindung der Volkspartei war beides wieder zurückzugewinnen.

Ein erster wichtiger Schritt gelang bereits zu Beginn der Session, als die beiden Fraktionen übereinkamen, ihre Tätigkeit in wirtschaftlichen und politischen Fragen aufeinander abzustimmen und Ausschussmandate im Verhältnis zur jeweiligen Gruppenstärke aufzuteilen. Die Schaffung der Demokratischen Union zu Beginn der Herbstsession setzte dann einen weiteren wichtigen Markstein. Sie begründete nämlich im Kreise der verbliebenen Konservativen im Polenklub die Überzeugung, dass man neuer Bündnispartner bedürfe, um selbst wieder an Einfluss in der Fraktion zu gewinnen. Da zeitgleich (aber ohne unmittelbaren Kausalkonnex) mit der Schaffung der Demokratischen Union das Zentrum zerfallen war, verblieben als einzige potentielle Partner die Volksparteiler, die ihrerseits enttäuscht waren von dem Richtungswechsel ihrer ehemaligen Bündnisgenossen aus der „Demokratischen Konzentration“ hin zu ihrem neuen Erzfeind, der Nationaldemokratie. Für

---

[215]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 35. Sitzung (22. 11. 1907), S. 2694; 36. Sitzung (26. 11. 1907), S. 2703–2706. Neue Freie Presse 26. 11. 1907 (15541), S. 1 f.

das neue Bündnis wurde auch gleich die passende Gemeinschaftsidee gestiftet: eine von *Szlachta* und Bauern getragene agrarische Union als Gegengewicht gegenüber dem Vorherrschen des von der Demokratischen Union verkörperten städtischen Elements.[216])

Seit November 1907 gab es unzählige Verhandlungen zwischen den Führungsfiguren beider politischer Gruppierungen, die zunächst im Wahlkompromiss rund um die Landtagswahlen von 1908 gipfelten. Allerdings förderten nicht nur die Konservativen die Einbindung der Polnischen Volkspartei, sondern auch der neuernannte Fraktionsvorsitzende Głąbiński, der sich von ihr eine Stärkung der Solidarität der Polen in Wien erhoffte. Als Bedingung für einen Beitritt zum Polenklub forderte die PVP-Fraktion nun allerdings – wie schon die Stojałowski-Gruppe im Jahre 1901 – eine Statutenreform, die es ihr ermöglichen würde, ihr eigenes Profil innerhalb der nationalen Sammelfraktion zu wahren. Einer weiteren Aufweichung des Fraktionszwangs widersetzten sich wie in der Vergangenheit vor allem die Konservativen, obwohl man diesen nun nicht mehr ohne weiteres den Vorwurf machen konnte, die Solidaritätsparole zur Kaschierung ihrer eigenen Interessen einzusetzen. Nachdem sich beide Seiten über die Grundzüge der Revision geeinigt hatten, hieß der Polenklub im Mai 1908 – faktisch also erst ein Monat nach dem offiziellen Beitritt der Fraktion der PVP – die neuen Statuten gut. Es war dies die letzte große Reform der inneren Verfassung des Polenklubs vor der Auflösung des Vielvölkerreiches zehn Jahre später.

In der neuen Version wurde erstmals, und zwar bereits im § 1, das Bestehen verschiedener politischer Richtungen (Parteien) innerhalb des Polenklubs textlich festgehalten. Damit wurde ein Tatbestand formell sanktioniert, der seit einiger Zeit schon die Realität im Polenklub bestimmte. Besetzungen innerfraktioneller Funktionen sollten künftig nur nach Vorschlag dieser Gruppen und unter Berücksichtigung ihrer numerischen Stärke erfolgen. Im weiteren wurde die bisherige starke Stellung des Klubobmanns (im gegebenen Zeitpunkt also der von den Volksparteilern alles andere als geliebte Głąbiński) zugunsten des von den einzelnen Gruppen bestellten Präsidiums beschnitten. Diesem wurde nun das Recht eingeräumt, die Fraktionssitzungen einzuberufen und Verhandlungen mit den anderen Fraktionen und der Regierung zu führen. Was die verschiedenen Aspekte des Fraktionszwangs betrifft, so wurde insofern ein Tabu gebrochen, als erstmals das Kollektivverhalten bei Abstimmungen in die erweiterten Freiheitsrechte einbezogen wurde. Ab sofort konnten drei Fünftel der anwesenden Mitglieder beschließen, dass die Pflicht der solidarischen Stimmabgabe außer Kraft gesetzt werde. Entgegen der ursprünglichen Forderung der Volksparteiler war damit allerdings noch kein Minderheitenrecht verankert, sondern die Stimmfreigabe von dem Wohlwollen der jeweiligen Mehrheit abhängig – auch wenn diese Mehrheit nicht mehr so klar mit einer Gruppe identifizierbar war wie vor 1907. Wo es um personenbezogene Fragen ging, im speziellen um die Verifikation von Wahlen, war den Abgeordneten hingegen freie Hand gewährt. Dasselbe galt nach wie vor bei konfessionellen Fragen. Schließlich sollte es den Mandataren des Polenklubs fortan freistehen, nicht nur Interpellationen, sondern auch Anträge (nicht aber Dringlichkeitsanträge) unter sich, also ohne erforderliches Placet der Klubmehrheit, im Abgeordnetenhaus einzureichen.[217])

---

[216]) Nowa Reforma 8. 11. 1907 (515) und 9. 11. 1907 (517), jeweils S. 1.

[217]) Siehe die revidierten Punkte der Statuten in Nowa Reforma 16. 5. 1908 (227), S. 1. Die ursprünglichen Forderungen der *ludowcy* in Kurjer Lwowski 3. 4. 1908 (158), S. 1. In der umstrittenen Quorumsregelung waren die Vorstellungen der Volkspartei in die Richtung gegangen, dass

Es war freilich nicht nur diese Liberalisierung der inneren Verfassung des Polenklubs, welche der Volkspartei den Weg in die Fraktion ebnete. Eine besondere Rolle spielte ein politisches Ereignis im benachbarten Preußen, welches bereits im November 1907 die polnische Gesellschaft in Aufruhr versetzte und einen nachhaltigen Solidaritätsschub auch unter den politisch Handelnden auslöste. In jenem Monat war ein weiteres antipolnisches Gesetz, das „Ansiedlungs"- bzw. „Enteignungsgesetz", im preußischen Landtag eingebracht worden, in dem man den Ursprung einer konsequenten Ausrottungspolitik der polnischen Minderheit im deutschen Staat erblickte. Zwei Tage später kam es zu einem Nachbeben im österreichischen Abgeordnetenhaus, als eine Reihe von Abgeordneten eine politische Demonstration inszenierte, die es weder in formaler noch in inhaltlicher Hinsicht im Reichsrat je gegeben hatte. Da die Frage die außenpolitischen Beziehungen der Monarchie berührte und daher formell nicht in den Kompetenzbereich der Plenarversammlung gehörte, konnte der Dringlichkeitsantrag, das gängige Instrument in Notsituationen, nicht eingesetzt werden. Als einzige Möglichkeit, das Parlament und damit auch die Öffentlichkeit unverzüglich mit der Sachlage zu konfrontieren, verblieb die sog. „Anfrage an den Präsidenten". An sich war dieses Instrument dazu gedacht, Unklarheiten oder Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Betrieb zur Sprache zu bringen, aber es wurde doch nicht ungern dazu verwendet, politische Inhalte zu transportieren. Es war letztlich nicht schwer, eine politische Botschaft in die Form einer Anfrage zu packen.

Präzedenzlos war also nicht die Zweckentfremdung dieses parlamentarischen Mittels an sich, sondern das Ausmaß, in dem dies geschah. Angeführt von dem neugewählten Obmann des Polenklubs, richteten nacheinander ein Dutzend Abgeordnete eine Anfrage an den Präsidenten des Hauses, die allesamt inhaltlich auf einen Protest gegen die Unterdrückungspolitik der Preußen gegen die polnischen Minderheit hinausliefen. Eine derartige Solidaritätsgeste war spektakulär, ein Novum auch deshalb, weil sich nationale Vertreter an ihr beteiligten, von denen man dies kaum erwartet hätte: Neben vier Polen aller Richtungen (Polenklub, Volkspartei, Sozialdemokraten, unabhängiger Sozialist Breiter), je zwei Tschechen und Südslawen sowie einem Italiener gehörten dazu auch zwei Ruthenen (der Russophile Markov und der Sozialdemokrat Vityk) und ein Vertreter der nationaljüdischen Fraktion (Adolf Stand). Letzteren beiden Gruppen, die zur galizischen Opposition zählten, ging es darum, das Leiden einer unterdrückten Nation just am Beispiel jener Nation thematisieren zu können, die im eigenen heimatlichen Gefilde die Rolle des Hauptunterdrückers spielte. Kennzeichnender für jene „Debatte" des 28. November 1907 war aber nicht die innergalizische Dimension, sondern die Tatsache, dass sie in den Kontext des deutsch–slawischen Gegensatzes gestellt wurde. Typischerweise waren es in erster Linie die tschechischen Deputierten, die im preußischen Vorgehen einen Schlag gegen das Slawentum erblickten, während die Polen ihr ganz individuelles nationales Schicksal beklagten. In der polnischen Rhetorik war das Leiden an den Deutschen vermengt mit einer schweren Enttäuschung über den Zivilisations- und Rechtsbruch einer geachteten, vormals befreundeten Kulturnation. Solche mehr oder weniger subtilen Angriffe gegen die Politik des

---

1/3, später 2/5 der anwesenden Mitglieder des Polenklubs einem politischen Traktandum faktisch den Stellenwert einer nationalen Frage absprechen konnte, womit die Solidaritätspflicht hinfällig und eine individuelle Stimmabgabe möglich gewesen wäre. Der Polenklub kehrte dann das Minderheitenrecht in ein „Mehrheitsrecht" um.

deutschen Kaiserreichs mussten dann doch am Ende Gegenwehr seitens der deutschen Abgeordneten provozieren. Der Deutschnationale Artur Stölzel übernahm diese Aufgabe, indem er behauptete, im „anarchischen" Vorgehen des österreichischen Parlaments gegen das „wohlgeordnete Deutsche Reich" nicht nur eine unzulässige Einmischung zu erkennen, sondern eine gezielte Beleidigung des deutschen Volkes, welche den österreichischen Staat in die „schwersten Gefahren" stürzen könne.[218])

Die antipolnische Offensive in Preußen und ihre diskursive Verarbeitung in den politischen Organen und Medien trug nun also wesentlich zum Entschluss der PSL zugunsten des Polenklubs bei. Am entscheidenden Parteikongress im Frühjahr 1908 begründete Stapiński den Schritt an erster Stelle just mit diesem Sachverhalt. Bald sollte sich zeigen, dass die Volkspartei auch innerhalb des Polenklubs eine Vorreiterrolle in einer pro-slawischen Nationalpolitik zu spielen bereit war. Vorerst ging es einmal darum, dass mit dem Eintritt der vormaligen PVP-Fraktion, der durch die Wahl Stapińskis zu einem der drei Vizepräsidenten (neben Dzieduszycki und dem Demokraten Stwiertnia) auch in personeller Hinsicht abgesichert wurde, der Polenklub eine Mandatsstärke von 71 Mitgliedern erreichte und damit wieder in den Rang einer der drei Großfraktionen des Abgeordnetenhauses aufstieg. Erneut lag der Vergleich mit den Tschechen nahe. Diesen blieb ein ähnlicher Integrationserfolg versagt, denn der im Sommer 1907 geschlossene „Tschechische Verband" besaß als Fraktionsbündnis ein Integrationsniveau, das unter demjenigen des Polenklubs lag. Freilich veränderten sich auch im Innern des Polenklubs durch die Eingliederung der Volkspartei die Koordinaten. Neue Gruppenaffinitäten und Abgrenzungsmechanismen entstanden. So wurde die Gruppe der Volksparteiler zu einem Anziehungspunkt für manche inzwischen verwaiste Abgeordnete der ehemaligen Zentrumsfraktion. Die Wendung der PVP-Unterfraktion nach rechts und insbesondere ihre Distanzierung von der eigenen antiklerikalen Vergangenheit machten es sogar einigen prominenten Priestern (Leon Pastor, Michał Żygulińskis) möglich, dieser Unterfraktion beizutreten. Noch im Laufe des Jahres 1908 vergrößerte die Gruppe daher ihren Bestand auf 21 Abgeordnete, womit sie zur größten Unterfraktion des Polenklubs avancierte. Die Nationaldemokraten kamen nach wie vor auf 18 Mandate, die Demokraten auf 11, während die Konservativen mit ihren ebenfalls 11 Mandaten seit Mai 1908 in der Person von Michał Bobrzyński den starken Mann in der Landespolitik besaßen. Schließlich gab es noch jene zwei Kleingruppen aus der Konkursmasse des Zentrums, die ohne direkte Vertretung im Präsidium waren: die Stojałowski-Gruppe (4 Abgeordnete) sowie drei Deputierte, die sich der im November 1908 ausgerufenen Antisemitischen Partei (PSChS) verpflichtete fühlten.[219])

Damit wäre die interne Entwicklung des Polenklubs in den Jahren 1907 und 1908 in etwa umrissen. Die politische Frage lautet nun, inwieweit sich diese für den Polenklub ungewohnt unstetige Entwicklung auf die Fraktionspolitik im Rahmen des Abgeordnetenhauses auswirkte: zunächst die Phase der trügerischen Kontinuität unter der Präsidentschaft von Abrahamowicz, dann die Übernahme der Klubführung durch den Nationaldemokraten Głąbiński, schließlich, nach der Eingliederung der größten innerpolnischen Oppositionspartei, die Pluralisierung der Führungskompetenzen durch die Aufwertung des

---

[218]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 37. Sitzung (28. 11. 1907), S. 2813–2819.
[219]) Vgl. Abschnitt I, S. 98 f.

Klubpräsidiums zum eigentlichen mehrparteilichen Exekutivausschuss der Fraktion. Wie konnte eine konsistente Fraktionspolitik geführt werden, wenn jene beiden alten politischen Tugenden des Polenklubs immer mehr ausgehöhlt wurden: einerseits der Fraktionszwang durch eine erneute Lockerung der Klubstatuten und andererseits die ehemals von der konservativen Übermacht gestiftete innere Homogenität durch eine mittlerweile offiziell sanktionierte Segmentierung in einzelne Untergruppierungen? Wie war der Polenklub als politische Solidargemeinschaft zusammenzuhalten, wenn gleichzeitig Presseorgane und Parteitage unentwegt Abgrenzungsrhetorik betrieben und Feindbilder entwarfen, insbesondere die beiden modernsten Parteien, die PSL und die SDN?

Es war tatsächlich eine der beachtlichsten Leistungen des Polenklubs, dass er diese mannigfaltigen inneren Brüche nach der Konstituierung des ersten Volksparlaments zwar nicht unbeschadet, aber doch ohne existenzbedrohende Krisen zu bewältigen wusste. Auch die neuen Gruppierungen und ihre parlamentarischen Führer fühlten sich letztlich jenen Grundsätzen verpflichtet, welche den Konservativen während ihrer langjährigen Vorherrschaft als politisch-taktische Leitplanken gedient hatten: Bekenntnis zur gegebenen staatlichen Ordnung und ihren Trägern, gleichzeitig überparteiliche nationale Solidarität als Mittel zur Erringung wirtschaftlicher und kultureller Zugeständnisse für das Land Galizien und die eigene Nation. Als Stanisław Głąbiński zum Klubobmann gewählt wurde, war es seine erste politische Geste, jene Gemüter zu beruhigen, welche die Radikalität der Nationaldemokratie im russischen Teilungsgebiet im Maßstab eins zu eins auf Österreich übertrugen. In seiner Inaugurationsansprache betonte der Lemberger Universitätsprofessor, dass die loyale Haltung gegenüber dem Kaiser, der Dynastie und dem Staat die oberste Maxime des Polenklubs bleiben und daher die Staatsnotwendigkeiten auch weiterhin vom Polenklub unterstützt würden.[220]) Ähnlich klang es ein halbes Jahr später, kurz nach der Eingliederung der Volkspartei, als das neugewählte vierköpfige Präsidium des Polenklubs anlässlich einer allgemeinen Aussprache mit dem Ministerpräsidenten seine politische Grundeinstellung erläuterte: Der Polenklub werde seine Beziehungen zur Regierung und zu den anderen vertretenen Parteien wie bisher halten und nicht danach streben, das bisherige System in der Innenpolitik zu ändern. Kommentatoren sahen darin einhellig die Bekräftigung der Rolle des Polenklubs als „Staatspartei“. Die internen Veränderungen schienen spurlos an der Fraktion vorüberzugehen.[221])

Das änderte sich freilich, als nach der Demission der Regierung Beck im November 1908 infolge des Wiederaufflackerns des deutsch–tschechischen Streits (Obstruktion im böhmischen Landtag) und der unsäglichen Wahrmund-Affäre das Parlament neuerlich in eine Krise geriet. Zu der insgesamt ansehnlichen Erfolgsbilanz (Ausgleichserneuerung, Budget- und Rekrutenvorlage sowie eine Reihe sozialpolitischer Gesetzesvorlagen) der ersten Regierung des österreichischen Volksparlaments hatte der Polenklub als Teilnehmer an der breiten Arbeitsmajorität seinen Beitrag geleistet. Becks Nachfolger, Richard Freiherr von Bienerth, der es zunächst mit einer Beamtenregierung versuchte (Korytowski schied als Finanzminister aus), war hingegen gezwungen, bereits im Februar 1909 die 18. Session zu schließen und sein Kabinett mit Vertrauensmännern der großen parlamentarischen

---

[220]) Nowa Reforma 12. 11. 1907 (521), S. 4.
[221]) Nowa Reforma 12. 5. 1908 (218), S. 1; Kurjer Lwowski 16. 5. 1908 (229), S. 1 f.

Gruppierungen zu ergänzen. Einer der Berücksichtigten war Leon Biliński, der seit 1900 als Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank fungierte und nun zum zweiten Mal zum Finanzminister berufen wurde.

Seine Ernennung löste in der Fraktion allerdings zunächst nicht Freude aus, sondern im Gegenteil eine ernsthafte Krise. Man warf dem Ministerpräsidenten vor, entgegen den Gepflogenheiten den Polenklub in seine Entscheidung nicht einbezogen zu haben, was umso schwerer wog, als es sich beim Auserwählten um ein aktives Mitglied des Polenklubs handelte. Wieder war bald ein Sündenbock für den Mangel an Kommunikation zwischen Regierung und Fraktion gefunden, und wieder hieß er Abrahamowicz, nun amtierender Minister für Galizien. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs sprach ein Misstrauensvotum gegen den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden aus, ein präzedenzloses Vorgehen. Formell stand ihr solches zwar nicht zu, denn nicht der Polenklub delegierte den Minister, sondern der Kaiser berief ihn. In der Realität aber – und gerade die Bestellung Abrahamowiczs zwei Jahre zuvor hatte dies besonders deutlich gezeigt – war der Polenklub die entscheidende Instanz in dieser Sache. Abrahamowicz berief sich freilich auf die formelle Seite und weigerte sich zunächst standhaft, der Aufforderung zum Rücktritt Folge zu leisten. Erst drei Wochen später beugte er sich dem Druck von allen Seiten und legte aus Protest auch sein Abgeordnetenmandat nieder. Sein Nachfolger wurde der Demokrat Władysław Dulęba. Der zweite Teil der Entmachtung der Konservativen hatte stattgefunden.[222])

Die Kabinettsumbildung des Februar 1909 zeitigte darüber hinaus auch nachhaltige Folgen im Bereich der parlamentarischen Gruppenbildung, die ihrerseits bald Rückwirkungen auf die Position des Polenklubs im Abgeordnetenhaus haben sollte. Aus bereits bestehenden Klubs tschechischer, südslawischer und ruthenischer Nationalität wurde ein übergeordneter parlamentarischer Block unter dem Namen „Slawische Union“ ins Leben gerufen, der sich als in Opposition zur Regierung Bienerth stehend deklarierte.[223]) Obwohl dieses Gebilde keine durch die Aufnahme in das Klubverzeichnis offiziell sanktionierte Fraktion darstellte, sondern als ein Fraktionsbündnis ähnlich dem Deutschen Nationalverband zu gelten hatte, veränderte doch die Schaffung einer koordiniert agierenden slawischen Opposition mit über 120 Abgeordneten die Handlungskoordinaten im Parlament – zumindest auf der politisch-psychologischen Ebene. Der deutsch–slawische Gegensatz war deutlicher denn je formalisiert in den Fraktionszusammenschlüssen, wenngleich ein Exponent fehlte, der ebenfalls dem Slawischen zuzurechnen gewesen wäre: der Polenklub. Dieser hatte sich trotz der beschriebenen Verärgerung über die Umstände der Berufung Bilińskis in einer Resolution für eine kooperative Haltung gegenüber dem Kabinett Bienerth II ausgesprochen, die auf den Pfeilern Kronland-Autonomie, Arbeitsfähigkeit des Parlaments und Stärke in den außenpolitischen Beziehungen der Monarchie ruhen sollte.[224]) Mit der Konsolidierung der slawischen Opposition in der Slawischen Union, die auch Formen der

---

[222]) Vgl. die diversen Berichte und Kommentare über den Vorgang aus der Perspektive der liberaldemokratischen Nowa Reforma 11. 2. 1909 (66) bis 5. 3. 1909 (104).

[223]) Siehe Näheres bei Robert Luft, Übernationale Zusammenarbeit im Wiener Parlament. Zur Organisation der Slawischen Union (*Slovanská jednota*) im Jahre 1909, in: Der Reichstag von Kremsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa, Kremsier (Kroměříž) 1998, S. 299–311. Neue Freie Presse 18. 2. 1909 (15983), S. 3.

[224]) Nowa Reforma 10. 3. 1909 (112), S. 3.

parlamentarischen Obstruktion nicht ausschloss, kam es nun zu einer noch stärkeren Annäherung an jene Fraktionen, mit denen der Polenklub schon unter Beck den Kern der „Arbeitsmajorität“ gebildet hatte: Das waren zum einen die Christlichsozialen, mit denen der Polenklub mittlerweile den engsten Kontakt pflegte, zum anderen der Deutsche Nationalverband. Gemeinsam mit den Italienern verfügte diese neue „Regierungskoalition“ über eine äußerst knappe Mehrheit gegenüber der vorwiegend aus Slawischer Union, Ruthenenklub und Sozialdemokraten gebildeten Opposition.

Die Situation war nun allerdings keineswegs angenehm für den Polenklub. Im Beziehungsgeflecht der Nationalitäten im Abgeordnetenhaus war es ihm stets wesentlich lieber gewesen, gemeinsam mit den deutschen und tschechischen gemäßigten Fraktionen Verantwortung zu übernehmen als sich zu sehr an eine der beiden Seiten zu binden. Mit der Formierung der obstruktionsfreudigen Slawischen Union war eine solche Option vorerst ausgeschlossen. Das Verhältnis zu den Tschechen war ohnehin schwerst gestört, seitdem unter der Führung von Karel Kramář deren Liebe zu Russland neu entflammt war. Der Neoslawismus, der im Slawenkongress von 1908 seinen wirksamen politischen Ausdruck gefunden hatte, kannte zwar einige Anhänger auch im polnischen Lager, insbesondere unter Podolaken und Nationaldemokraten; im Polenklub des Wiener Reichsrats blieb er jedoch zu diesem Zeitpunkt ohne Widerhall. Die Einbindung der Südslawen (und zumal ihres katholisch-konservativen Flügels) in die Slawische Union schmerzte wiederum den Polenklub, weil damit ein ehemals treuer Partner des Loyalitätsbündnisses aus den guten alten Zeiten des Hohenwart-Klubs ins gegnerische Lager gewechselt war. Über den Kuschelkurs gegenüber den Christlichsozialen hatten die jüdischen Mitglieder der Fraktion wenig Freude. Allzu große Sorgen vermochte dieser Umstand der Klubleitung allerdings nicht zu bereiten. Solange es nämlich nicht um die Gewinnung jüdischer Stimmen bei Wahlen ging, sah man keine besondere Veranlassung, Bedenken von jüdischer Seite Rechnung zu tragen. In jedem Fall schwerwiegender war das politisch-taktische Nahverhältnis zu ausgesprochen deutschnationalen Elementen im Deutschen Nationalverband, das so gar nicht in jenes Bedrohungsszenario passte, das durch die antipolnische Politik in Preußen evoziert wurde.

Angesichts dieser Situation stellte sich nun zwangsläufig die Frage, wie eine solche politische Festlegung auf die deutsch–polnische Achse vom Polenklub unter den Bedingungen seiner nunmehrigen heterogenen Binnenstruktur zu verkraften sein würde. Tatsächlich staute sich im Laufe der Monate, welche der Regierungsumbildung folgten, ein erhebliches innerfraktionelles Spannungspotential auf, das sich schließlich im Mai/Juni 1909 als neuerliche Krise des Polenklubs entlud. Hauptträger der Kritik an der Fraktionsführung war die neu eingetretene, mittlerweile mandatsstärkste Gruppierung innerhalb des Polenklubs, die Volkspartei. Im Schussfeld ihrer Kritik standen der Klubobmann und nationaldemokratische Führer Głąbiński sowie der vielseitig ungeliebte Finanzminister Biliński. Nun gab es seit geraumer Zeit zwei teure wirtschaftspolitische Vorhaben, die stets an erster Stelle unter den Wünschen des Polenklubs standen: die Ausführung der Wasserstraßenvorlage (insbesondere und prioritär die Kanalverbindung Wien–Krakau), sowie die Sanierung der Landesfinanzen. Beide waren national aufgeladen, das eine wegen seiner verkehrspolitischen Tragweite für das Land, das andere wegen der stets mitschwingenden landesautonomen Komponente. Nun konnte allerdings aufgrund der gegebenen prekären Budgetlage die Fraktion von einem Landsmann, der für die Bereinigung der zentralstaatlichen Finan-

zen verantwortlich war, wenig Unterstützung erwarten. Vielmehr scheint die Vermutung nicht abwegig (wenn auch nicht belegbar), dass die Berufung Bilińskis gerade zum Finanzminister von Beginn an darauf ausgerichtet war, insbesondere die so kostspieligen und im deutschen Lager ungeliebten „polnischen Kanäle“ mittels einer Spaltung des polnischen Lagers zu torpedieren.

Am 11. Mai 1909 kam es während einer Plenarsitzung des Polenklubs zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Biliński und Stapiński, dem Führer der PVP-Unterfraktion. Letzterer warf dem Minister mangelndes Engagement für die Landesinteressen vor, außerdem sein Verhalten in der Frage der bosnischen Agrarbank, deren Konzessionierung von der Opposition und auch von den Vertretern der Volkspartei im Annexionsausschuss heftig bekämpft wurde. Die übrigen Fraktionsgruppen (wie auch zwei Volksparteiler) solidarisierten sich freilich mit dem Finanzminister.[225]) Dies hatte nun wiederum zur Konsequenz, dass die größte Unterfraktion des Polenklubs in den folgenden fünf Wochen einen konsequenten Oppositionskurs innerhalb der Fraktion steuerte. Dieser verlief freilich innerhalb der Grenzen der durch die Statuten definierten Legalität, in der Form von Stimmenthaltung in den Ausschüssen und im Plenum, zuweilen auch als demonstratives Nichterscheinen bei den Fraktionssitzungen. Die größte Aufregung im deutschen Lager provozierte allerdings der angebliche Versuch der Volkspartei, das bisherige polnisch–deutsche Bündnis zu sprengen, die Polen in die Slawische Union zu führen und damit die gegebene Regierungskoalition zu kippen. Ein Antrag der PVP-Unterfraktion, der eine kritische Haltung gegenüber der bisherigen Politik reflektierte, gelangte immerhin in die parlamentarische Kommission des Polenklubs. Da die Sitzung des Polenklubs der Vertraulichkeitsklausel unterworfen worden war, gab es in den folgenden Tagen die mannigfaltigsten Versionen dieser Resolution wie auch verschiedene Interpretationen hinsichtlich der Bedeutung ihrer Zuweisung zu jenem fraktionsinternen Gremium. Ungewissheit herrschte nicht nur über die Haltung des Polenklubs, sondern gleichzeitig auch über das Schicksal der Regierung Bienerth, denn ein fliegender Wechsel der Polen ins slawische Lager hätte ihr sicheres Ende bedeutet.[226])

Die Krise erreichte ihren Höhepunkt am 8. Juni 1909, als das Parlament über einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Šusteršič, eines der Wortführer der oppositionellen Slawischen Union, betreffend die Konzessionierung der bosnischen Agrarbank zu befinden hatte. Eine Zustimmung des Hauses wäre einem Misstrauensantrag gegen die Regierung und insbesondere gegen ihren Finanzminister gleichgekommen, den das Kabinett Bienerth politisch kaum überlebt hätte. Der von Seiten der Südslawen heftig attackierte Polenklub wollte andererseits eine weitere Entfremdung von den slawischen Gruppierungen und eine Vertiefung des Grabens innerhalb der Fraktion vermeiden. Bis weit in die Nacht versuchten die Vertreter des Polenklubs, die Slawische Union mit einer Kompromissresolution zu ködern, letztlich ohne Erfolg. Die Abstimmung ging denkbar knapp aus: Da die Mitglieder der PVP-Unterfraktion erneut den Saal verließen, verdankte es die Regierung vor-

---

[225]) Nowa Reforma 12. 5. 1909 (216), S. 1. Gazeta Powszechna 12. 5. 1909 (110), S. 1. Die Losung der PVP-Unterfraktion hinsichtlich ihrer Beziehung zu den übrigen Fraktionsgruppen lautete: „Streit nicht suchen, aber auch Streit nicht fürchten.“

[226]) Siehe den wohl richtigen Wortlaut in *Gazeta Powszechna* (der politischen Tageszeitung der Volkspartei zu dieser Zeit) 21. 5. 1909 (117), S. 1. Eine völlig andere Version erschien in Nowa Reforma, die aus der „Slawischen Korrespondenz“ übernommen wurde: 21. 5. 1909 (230), S. 1.

nehmlich ihren fünf Ministern (darunter neben Biliński und Dulęba der von den Tschechen scharf attackierte eigene Landsmannminister Jan Žáček), aber auch den Ruthenen aus der Bukowina, dass der Antrag verworfen wurde.[227]) Für den Polenklub wirkte diese parlamentarische Schlacht wie ein reinigendes Gewitter, denn eine Woche später kam es in einer dreitägigen Sondersitzung der Fraktion zu einer groß angelegten politischen Aussprache, einem „Gerichtstag", wie die Presse der Volkspartei titulierte. Nach teilweise heftigen Wortgefechten insbesondere zwischen Volkspartei und Nationaldemokraten einigte man sich auf eine Resolution, die nochmals die (faktisch zur Phrase gewordene) Politik der Freien Hand beschwor, gleichzeitig aber die Hauptforderungen der Fraktion an die Regierung, Kanäle und Landesfinanzen, bekräftigte.[228]) Die heftigste Phase des innerfraktionellen Kampfes schien damit ausgestanden, auch wenn die PVP-Gruppe weiterhin ihren eigenen, oppositionellen Weg ging, wie ihre negative Haltung gegenüber dem sog. Dispositionsfond sowie gegenüber dem Handelsvertrag mit Rumänien (der angeblich eine Schädigung bäuerlicher Interessen mit sich brachte) zeigte. Vor dem Plenum des Hauses setzte Stapiński jedoch allen Spekulationen über eine Spaltung des Polenklubs ein Ende.[229])

Als die 19. Session des Reichsrats am 10. Juli 1909 wegen erneuerter Obstruktion der Slawischen Union geschlossen wurde, war wohl niemand so froh darüber wie die Verantwortlichen des gebeutelten Polenklubs. In der Sommerpause musste es der Fraktionsführung nun in erster Linie darum gehen, den Klub aus seiner Zwangslage als tragendes Element einer ungeliebten Koalition zu befreien. Die Konfrontation zwischen Exponenten einer proslawischen (vor allem protschechischen) und prodeutschen (pro-Regierung) Haltung, die als Riss durch die Fraktion ging, konnte nur dann gelöst werden, wenn sich Deutsche und Tschechen verständigten. Dabei ging es nicht nur um die Gegnerschaft im Reichsrat, sondern auch um die Wiederflottmachung des gelähmten böhmischen Landtags. im August 1909 lancierte daher der Präses des Polenklubs eine groß angelegte Verständigungskonferenz, an der sich tatsächlich alle parlamentarischen Gruppierungen beteiligten. Konkrete Ergebnisse wurden zwar keine erzielt; immerhin wirkte sie positiv auf das Selbstbefinden des Polenklubs, und dessen Obmann Głąbiński konnte sich darüber freuen, auch an Ansehen unter politischen Kreisen in Wien gewonnen zu haben – als „Generalissimus unter allen Generälen der parlamentarischen Armee", wie es in einem Presseorgan hieß.[230])

---

[227]) Sten. Prot. AH, 19. Session, 24. Sitzung (8. 6. 1909), S. 1308–1310 (Rede Głąbińskis) sowie ebd., S. 1334–1338 (Namensabstimmungen). Siehe auch Biliński, Wspomnienia, S. 173 f. Gutgeheißen mit den Stimmen des Polenklubs wurde dagegen eine von deutschliberaler Seite eingebrachte Resolution, welche die Konzessionierung der Agrarbank an feste Vorgaben band.

[228]) Siehe die Berichte in Nowa Reforma 16. 6. 1909 (269) bis 18. 6. 1909 (274) sowie Gazeta Powszechna 17. 6. 1909 (140) bis 19. 6. 1909 (142).

[229]) Sten. Prot. AH, 19. Session, 37. Sitzung (25. 6. 1909), S. 2364–2365. Der Konfrontationskurs Stapińskis gegen die Fraktionsmehrheit kostete der PVP-Unterfraktion zwei Mitglieder: Der ehemalige Zentrumsführer Pastor erklärte unmittelbar nach der Vertrauensabstimmung zugunsten von Biliński am 11. Mai seinen Austritt und der Abgeordnete Antoni Paduch wurde aufgrund seiner Ja-Stimme in der Abstimmung über den Dispositionsfond aus der PVP-Gruppe ausgeschlossen (Anschluss an die Nationaldemokraten).

[230]) Nowa Reforma 19. 8. 1909 (378), S. 1.

Die sommerliche Milde war im Oktober 1909, als das Abgeordnetenhaus zur Herbstsession zusammentrat, wieder verflogen. Auf den Regierungsbänken saßen ja noch dieselben Männer wie zuvor, insbesondere Hochenburger und Schreiner, denen die Tschechen unter ihrem beredten Führer Kramař den Kampf bis ans Ende angesagt hatten. Mit dem lange erwarteten Rücktritt ihrer beiden Regierungsvertreter, Žáček und Bráf, wurde die Situation für die Tschechen immerhin klarer. Für den Polenklub wurde sie hingegen noch unangenehmer. Die offizielle Linie der Fraktion ging dahin, gegenüber der „deutschen" Regierung keinerlei explizite Sympathiebeweise erkennen zu lassen und vielmehr die Verständigungsversuche zwischen den parlamentarischen Klubs fortzuführen. Demgegenüber ging die PVP-Unterfraktion verstärkt auf Konfrontationskurs, zumindest verbal. Der Regierung warf sie einen „antislawischen, hakatistischen Charakter" vor und der eigenen Klubführung eine Politik der Unentschlossenheit, die letztlich das Leben jener für Polen und Slawen unerträglichen Regierungskoalition verlängere. Die Ankündigung, bei Fortsetzung der bisherigen Fraktionspolitik einen Parteitag einzuberufen, war ein unmissverständliches Drohen mit dem Klubaustritt. Erneut gelang es erst auf einer Sondersitzung Ende November 1909, die Fraktion auf eine Linie zu bringen und mittels einer von den Demokraten eingebrachten Kompromissresolution der Klubführung eine Weiterführung ihrer Verständigungsbemühungen zu empfehlen.[231])

Gleichzeitig hellte sich die Lage auch im Parlament auf, als mehrere Dringlichkeitsanträge (zu diesem Zeitpunkt das wichtigste Obstruktionsinstrument) zugunsten eines einzelnen (des Abgeordneten Arthur Stölzel) zurückgezogen wurden. Damit rückte die Möglichkeit näher, das von der Regierung gewünschte Vorhaben, das Budgetprovisorium, doch noch zur parlamentarischen Behandlung zu bringen. Der Polenklub konnte sich darüber aber nur halbwegs freuen, denn der Inhalt des Dringlichkeitsantrags stand seinen eigenen politischen Bestrebungen diametral entgegen, verlangte er doch die Einsetzung eines Ausschusses zur Regulierung der nationalen Verhältnisse in den einzelnen Kronländern. Głąbiński konnte sich noch so sehr dagegen verwahren, dass damit ein Präjudiz zulasten der Kompetenzen der Landtage gesetzt werde. Faktum blieb, dass hier der Polenklub ein schwer verdauliches Opfer für seine Rolle als politischer Vermittlungsagent zu zahlen hatte. Als es daher kurzfristig zu einer Aufweichung der obstruktionistischen Haltung der Slawischen Union kam und Direktverhandlungen zwischen tschechischem und deutschem Lager möglich wurden, benutzte der Polenklub die Gelegenheit, um offiziell seine Vermittlerrolle zurückzulegen. Das Jahr 1909 endete dann tatsächlich mit einem völlig überraschenden Großerfolg, der ohne Zutun des Polenklubs zustande kam: der gegen die Obstruktion

---

[231]) Gazeta Powszechna 23. 10. 1909 (247), S. 5 und 23. 11. 1909 (272), S. 1. Nowa Reforma 22. 11. 1909 (537), S. 1. Ebd. 25. – 26. 11. 1909 (542/544). Stapiński begründete den Rückzug seiner regierungskritischen Resolution damit, dass er den Eindruck gewonnen habe, der Polenklub werde sich nicht mit den Deutschen gegen die Slawen verbünden. Ein wichtiger Hintergrund der Zähmung Stapińskis war dessen Millionendeal mit dem Finanzminister zugunsten der von der Volkspartei gegründeten Parzellierungsbank. Die Vereinbarung ging allerdings laut den – sachlich nicht immer zuverlässigen – Erinnerungen Bilińskis bereits auf den Sommer 1909 zurück, so dass von diesem Standpunkt aus die Vorwürfe der Käuflichkeit, denen sich Stapiński in der Folge ausgesetzt sah, nicht gerechtfertigt waren. Siehe Biliński, Wspomnienia I, S. 181 f.

gerichteten Revision der Geschäftsordnung nach einer 86stündigen Tag- und Nachtsitzung.[232])

Die Annahme der Geschäftsordnungsreform erschwerte nicht nur die Obstruktion, sondern trug auch auf der politisch-taktischen Ebene zu einer wechselseitigen Entkrampfung bei, die dem Polenklub nur recht sein konnte. Die Jungtschechen konnten einen psychologisch wichtigen Triumph verbuchen, und die Slawische Union hatte mit dem Austritt der radikalen Tschechen ihren Charakter als „slawische Einheitspartei ohne die Polen" (allerdings auch ohne die meisten Ruthenen) verloren. Im Vorfeld der Wiedereröffnung des Reichsrats im Februar 1910 reichte zudem der deutsche Landsmannminister Schreiner seinen Rücktritt ein. Angesichts der Rückkehr einer – wenn auch keineswegs spannungsfreien – parlamentarischen Arbeitsatmosphäre fand der Polenklub wieder zurück in die Rolle eines „normalen" Akteurs im Kreis der parlamentarischen Fraktionen, der sich auf seine national-partikulären Bedürfnisse konzentrierte. Innerfraktionell fand dabei ein bemerkenswerter Rollentausch zwischen den beiden verfeindeten Gruppen, Volkspartei und Nationaldemokraten, statt. Während Głąbiński zuweilen einen regierungskritischen Kurs fuhr, war es plötzlich den Stapiński-Leuten vorbehalten, die Loyalität zur Regierung und vor allem zu Finanzminister Biliński einzufordern. In zunehmendem Maße begann sich dabei die Konfrontation in der Landespolitik zwischen Statthalter Bobrzyński und der nationaldemokratischen Partei auch auf die innere Verfassung des Polenklubs auszuwirken. Bereits seit Mitte 1909 war mit der Bildung des Nationalen Volksverbands zwischen Nationaldemokraten und Stojałowski-Gruppe sowie der Auflösung der Demokratischen Union die innerfraktionelle Konstellation auf die neue Frontstellung zwischen „Statthalter-Block" und „Antiblock" vorbereitet.

Die Gratwanderung Głąbińskis zwischen einerseits Kooperation mit der Regierung aufgrund der lange gehegten Klubtradition und andererseits Standfestigkeit in der Wahrnehmung der angeblich vernachlässigten galizischen Landesinteressen geriet in eine neues Spannungsfeld, als jener im Abschnitt I bereits erwähnte Parteitag der SDN in aller Offenheit dem „System der Landesregierung" den Kampf ansagte. Głąbiński selbst war an jenem Parteitag nur kurz aufgetreten und hatte die Delegierten um Verständnis gebeten, dass er in seiner Funktion als Obmann des Polenklubs keine politische Rede halten dürfe. Sicherlich im Wissen um den brisanten Wortlaut der Resolution hatte er vor der Abstimmung über dieselbe den Saal verlassen. Weder dieses taktische Verhalten noch die Tatsache, dass sich die Resolution gegen Lemberg und nicht gegen Wien richtete, konnte jedoch verhindern, dass Głąbiński und mit ihm indirekt auch der Polenklub ins Visier der Kritik gerieten. Schließlich waren ja beide politisch-parlamentarischen Zentren über die gemeinsame Exekutive und das Staatsoberhaupt miteinander verknüpft. Die nationaldemokratische Unterfraktion war folglich gezwungen, in einer Resolution zu konstatieren, dass der Parteitagsbeschluss keinerlei Bedeutung für die parlamentarische Taktik habe und die Gruppe in ihrem Handeln vollkommen selbständig und autonom sei. Diese Resolution konnte freilich nicht den Abgang dreier Abgeordneter verhindern, unter ihnen des bisherigen Führers der nationaldemokratischen Unterfraktion Ludwik German (Głąbiński hatte bei seiner

---

[232]) Siehe dazu unter anderem Höbelt, Parteien und Fraktionen, S. 982 f. sowie die Berichte in der Tagespresse.

Wahl zum Klubobmann auf diese Position verzichtet), und des einflussreichen Industriellen Roger Battaglia. Mit ihrem Wechsel zu den Demokraten gaben diese beiden Abgeordneten einen wichtigen Impuls für die weitere Verfestigung des Lagers der „adjektivlosen" Demokraten.[233])

In der Fraktion und im Verhältnis zu seiner Partei geschwächt, sah sich Głąbiński zunehmend einer feindlichen Koalition von Meinungsorganen des „Statthalter-Blocks" ausgesetzt, die dem Präses die Verantwortung für die innere Zerrissenheit der Fraktion zuschoben. Immer öfter wurden die „Goldenen Zeiten" unter Grocholski und Jaworski beschworen, als der Polenklub stark und geschlossen agiert hatte. Ging es um den Vorwurf der politischen Erfolglosigkeit gegenüber der Regierung, dem sich jeder Obmann in Schwächephasen ausgesetzt sah, so stand im Jahre 1910 ein einziges Thema dauerhaft ganz oben auf der Liste: die Kanalfrage. Eine ganze Reihe von Resolutionen, teils mit drohenden Verbalgesten versehen, auch eine Unterstützungserklärung des landtäglichen Polenklubs nützten nichts, um die Regierung zur Ausführung jenes Koerberschen Politkunststücks zu bewegen, das dessen Nachfolger Bienerth nun in den Kabinettsitzungen einen „Wahnsinn" nannte. Biliński, erneut in einem Loyalitätskonflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Polenklub bzw. den Interessen des Gesamtstaates und des Landes Galizien, ersann einen Kompromiss in der Form einer finanziellen Beitragsleistung, die allerdings weniger als ein Drittel der Kosten gedeckt hätte. Obwohl der Vorschlag im Oktober 1910 von den Fraktionen des Landtags freundlich aufgenommen wurde, fand er keine Gnade bei den mächtigsten Exponenten des Wiener Polenklubs, vor allem bei Głąbiński und dem einflussreichen Kozłowski. Als der Polenklub verkündete, auf seinem „Rechtsanspruch" auf die Kanäle zu bestehen, war dies der Beginn vom Ende für Biliński und damit für die Regierungsmannschaft. Unmittelbar nach einer Erklärung Głąbińskis, er könne das Wohlwollen seiner Fraktion gegenüber den anstehenden Staatsnotwendigkeiten (wieder einmal: Budgetprovisorium) nicht mehr garantieren, zog Bienerth umgehend die Konsequenzen.[234])

Auf Bienerth II folgte im Januar 1911 Bienerth III. Die neuerliche Kabinettsumbildung war wie schon im Februar 1909 mit gewichtigen personellen Konsequenzen im Polenklub verbunden. Mit Biliński schied eine zentrale und im Polenklub äußerst umstrittene Figur aus der Regierung aus, und stattdessen erhielt der bisherige Klubobmann Głąbiński als Leiter des Eisenbahnressorts Ministerwürden. Statt Dulęba übernahm Wacław Zaleski, ein Karrierebeamter ohne parlamentarische Erfahrung, aber mit einem gewichtigen Vater (Filip, ehemaliger galizischer Statthalter) das Ministerium für Galizien. Die Obmannstelle der Fraktion war also vakant, und sofort meldeten sich die verschiedenen Fraktionsgruppen mit Ansprüchen auf die Präses-Funktion, insbesondere diejenigen, die mit keinem Amt im Ministerium bedacht worden waren. Der Streit nahm derart heftige Formen an, dass manche Auguren in Wien ein Auseinanderbrechen des Polenklubs prophezeiten. Umso weiser war dann der Entschluss, der fast einstimmig fiel: Gewählt wurde am 18. Januar 1911 ein Unabhängiger, der bewährte Advokat Stanisław Łazarski, der zuvor als Abgeordneter und

---

[233]) Vgl. die Resolution der nationaldemokratischen Unterfraktion in Gazeta Narodowa 14. 6. 1910 (133), S. 1.

[234]) Biliński, Wspomnienia, S. 1. Bd., S. 199–203. Dort auch die Äußerung Bienerths zu den Kanälen: „Diesen Wahnsinn werde ich nicht mitmachen". (Original auf Deutsch).

Fraktionsmitglied kaum in Erscheinung getreten war. Das Problem, das sich damit hinsichtlich des Vertretungsanspruchs der vier Hauptgruppen im Präsidium stellte, wusste man mit der nötigen Flexibilität zu lösen, indem man flugs die Statuten änderte und eine vierte Vizepräsidentenstelle schuf.[235])

Mit dieser Mannschaft absolvierte der Polenklub die zwei Monate, die der Regierung Bienerth III bis zu ihrem Abgang noch beschieden waren. Die Auflösung des Reichsrats war die Folge einer vergleichsweise harmlosen obstruktionistischen Geste der Slawischen Union, die sich – nach ihrer zwischenzeitlichen Auflösung im Sommer 1910 – im Februar 1911 erneut konstituiert hatte. Offenbar war Bienerth des parlamentarischen Taktierens müde. Selbiges galt jedoch nicht für den Polenklub. Dieser kritisierte in seiner letzten Sitzung der 11. Legislaturperiode die Kapitulation der Regierung vor der Machtdemonstration einer Minderheit. Dieser Schritt bedeutete, so die einhellige Meinung, dass mit vielem wieder von vorne begonnen werden müsse, unter anderem auch mit der leidigen Kanalfrage. Man wäre ja doch durchaus bereit gewesen, nochmals als Vermittler in Aktion zu treten.[236])

b) Die polnische Opposition: Abfall der Volkspartei und Föderalisierung der Sozialdemokraten

Die Geschichte der galizischen Opposition im ersten Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts scheint zunächst durch eine tiefe Zäsur bestimmt gewesen zu sein: den Beitritt der 17-köpfigen Fraktion der Volkspartei zum Polenklub im April 1908. Vor diesem Datum verfügte die polnische Opposition über mehr als ein Fünftel der 106 galizischen Mandate und zusammen mit den ruthenischen und nationaljüdischen Abgeordneten sogar über fast die Hälfte. Nach dem April 1908 blieben von der polnisch-galizischen Opposition nur noch vier Sozialdemokraten (ergänzt durch zwei polnische Genossen aus Schlesien) und zwei Klublose, der unabhängige Sozialist Ernest Breiter und der jüdisch-demokratische Oppositionelle Adolf Gross, als Vertreter der PNŻ, übrig. So sehr allerdings auch schon den zeitgenössischen Beobachtern der 9. April 1908 als Einschnitt in der politischen Geschichte der Polen in der Habsburgermonarchie erschienen sein mochte, lässt sich diese Sichtweise doch im Hinblick auf die reale Politik der PVP-Fraktion im Reichsrat sowohl hinsichtlich des Vorhers als auch des Nachhers relativieren. Bezüglich der Politik der Volkspartei nach ihrem Beitritt wurde bereits oben festgestellt, dass eine Integration der Gruppe in den Polenklub nicht zuletzt wegen der persönlichen Gegnerschaft zwischen Stapiński und dem Fraktionsführer Głąbiński zunächst misslang. Die PVP betrieb also zu einem gewissen Grad weiterhin Oppositionspolitik, nun allerdings eine innerfraktionell

---

[235]) Die Zusammensetzung des Polenklubs unmittelbar vor der Präses-Wahl vom Januar 1911 lautete: 8 Konservative, 17 Nationaldemokraten, 13 Demokraten, 19 Volksparteiler, 5 Zentrum, 5 Christliche Volkspartei, 4 unbestimmte und Wilde. Als Vizepräsidenten wurden gewählt: Józef Ptaś (Nationaldemokrat), Jan Stapiński (Volkspartei), Paweł Stwiertnia (Demokrat) und Antoni Górski (Krakauer Konservativer). Dem Gründer und starken Mann des wiederbelebten Zentrums, Włodzimierz Kozłowski, wurde eine beratende Stimme im Präsidium zugestanden. Siehe Gazeta Narodowa 17. 1. 1911 (13), S. 1; Nowa Reforma 26. 1. 1911 (41), S. 1.

[236]) Siehe den Bericht über die Fraktionssitzung vom vom 29. März in: Gazeta Narodowa 30. 3. 1911 (73), S. 1. Vgl. auch Biliński, Wspomnienia, Teil 1, S. 208.

gebundene, die freilich nicht mehr primär sozial motiviert war, sondern den allgemeinen politischen Kurs des Polenklubs im Visier hatte.

Andererseits zeigt das Erscheinungsbild der PVP-Fraktion vor dem April 1908 schon deutliche Anzeichen einer Vorbereitung auf einen Beitritt zum Polenklub. Betrachtet man die Stellungnahmen Stapińskis während der Debatte zu den „Galizischen Wahlen" oder zu den Budget- und Ausgleichsvorlagen von 1907, so wird unverkennbar deutlich, dass der Fraktionsführer den Polenklub von seiner Kritik ausnahm und sich auf die angeblich antigalizische und volksfeindliche Handlungsweise der Regierung und der Landesverwaltung konzentrierte. Ähnliches ist aus dem im Vergleich zu den Vorjahren äußerst spärlichen Einsatz der Interpellationen abzulesen. Der Grund für dieses schonungsvolle Verhalten gegenüber dem ehemaligen Erzrivalen ist offensichtlich in den erwähnten Vereinbarungen zwischen diesem und der PVP-Fraktion zu suchen wie auch im Umstand, dass man die seit Legislaturbeginn laufenden Beitrittsverhandlungen nicht durch Oppositionsrhetorik stören wollte.[237]) Bei vielen Gelegenheiten agierte die PVP polnischer als der Polenklub. Dazu hatte sie die Freiheit, denn sie war nicht in die Regierungsmehrheit eingebunden. Zu nennen sind die zu Beginn der 18. Session heiß debattierte Frage der Verhandlungssprache im Parlament oder der Auftritt Stapińskis während der Ausgleichsdebatte im Oktober 1907, als der Klubobmann der Volkspartei in seinem patriotischen Eifer antiruthenische Akzente setzte, welche ihn meilenweit entfernten von jenem gemeinsam mit den ruthenischen Fraktionen eingenommenen Oppositionskurs der vergangenen Jahre.

Die PVP mochte zwar aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens zur Opposition zählen – im innergalizischen Diskurs war die Oppositionsrolle praktisch seit Legislaturbeginn auf das sozialdemokratische Lager (inklusive Ernest Breiter und den diesem nahestehenden Adolf Gross) beschränkt. Diese Konzentration der innergalizischen Gegensätze auf eine Konfrontation zwischen Polenklub und Sozialdemokraten entsprach in einem gewissem Sinne der Situation im Abgeordnetenhaus insgesamt. Obwohl sie die zweithöchste Zahl an Mandataren stellten, wurden die Sozialdemokraten im Parlament zum politischen Paria erklärt und damit in jene Oppositionsrolle gedrängt, die sie in den Augen der Eliten durch ihre radikale politische Rhetorik auch in der Gesellschaft einzunehmen schienen. Weder in der Wahl des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde ein Sozialdemokrat berücksichtigt – Engelbert Pernerstorfer blieb deutlich geschlagen – noch in jenen Bemühungen, die Regierung durch Hereinnahme von Parteileuten zu „parlamentarisieren". Für die Sozialdemokraten war damit das Parlament zum Spiegelbild der bürgerlichen Klassenherrschaft geworden. Eine Koalition von Klerikalismus, Agrarkapitalismus und polnischer *Szlachta* hatte im Namen der „besitzenden Klassen der drei führenden Nationen des Reiches die Staatsgewalt ergriffen."[238])

Die sozialdemokratische Parlamentsgruppe hatte allerdings selbst im Zuge ihres Anwachsens auf eine Großfraktion einen tiefgreifenden inneren Strukturwandel durchgemacht. Mit ihrem gleich zu Beginn der Legislaturperiode abgesegneten neuen Organisati-

---

[237]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 8. Sitzung (4. 7. 1907), S. 712; 15. Sitzung (18. 7. 1907), S. 1392–95; 28. Sitzung (28. 10. 1907), S. 2239–41.

[238]) Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. 1. Heft, 18. Session. Hrg. im Auftrage des Klubs der deuschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus, Wien 1909, hier S. 5.

onsstatut konstituierten sich die 87 (später 89) sozialdemokratischen Parlamentarier als ein Fraktionsverband, der sich aus den fünf Klubs der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und ruthenischen Sozialdemokraten zusammensetzte. In nationalen Fragen sollte jeder dieser einzelnen Klubs autonom handeln dürfen, im übrigen aber die Gesamtfraktion als feste Einheit unter dem vereinigenden sozialdemokratischen Programm agieren. Man wollte diese Neustrukturierung der sozialdemokratischen Fraktion keinesfalls als Schwächezeichen gedeutet sehen, sondern im Gegenteil als Beweis dafür, dass die Sozialdemokratie zu zeitgemäßem Handeln fähig war und ihre staatsrechtliche Idee der nationalen Autonomie auf die eigenen Organisationsprinzipien anzuwenden verstand. Noch entsprach dieses Ideal weitgehend der Wirklichkeit, denn im Rahmen der 18. Session (bis Januar 1909) kam es lediglich in drei Fällen zu einem uneinheitlichen Abstimmungsverhalten innerhalb der Fraktion. Betroffen waren bezeichnenderweise die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, während die durchaus vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Ruthenen im Fraktionsverband gegen außen nicht in Erscheinung traten.[239])

Die Konstituierung der sozialdemokratischen Parlamentarier als nationaler Verband implizierte auch eine entsprechende Besetzung der Leitungsgremien. In den Vorstand, der gleichzeitig als parlamentarische Kommission fungierte, wurden in etwa proportional zur Anzahl der jeweiligen nationalen Vertreter in der Fraktion zwölf Mitglieder berufen, darunter zwei Polen und ein Ruthene. In das vierköpfige Präsidium zog der Pole Herman Diamand ein, der gemeinsam mit dem Lemberger Sozialdemokraten Józef Hudec auch die Obmannfunktion des polnischen sozialdemokratischen Klubs – also eine der fünf nationalen Untereinheiten der Gesamtfraktion – innehatte. Wie alle anderen nationalen Klubs hatte auch der polnische das Recht, eigene Sitzungen abzuhalten und Beschlüsse zu fassen wie auch selbständig formulierte Tätigkeitsberichte zu veröffentlichen. Als am Ende des Jahres 1907 der in der Hauptwahl gescheiterte Daszyński von einem zu seinen Gunsten erfolgten Mandatsverzicht seines Parteikollegen Tadeusz Reger in Schlesien profitierte, übernahm er als dominierende Persönlichkeit der polnisch-galizischen Sozialdemokratie die entsprechenden Leitungsfunktionen innerhalb des sozialdemokratischen Verbands.

Als Teil der Gesamtfraktion trugen die polnisch-galizischen Sozialdemokraten Mitverantwortung für die von der tonangebenden deutschen Sektion um Adler und Pernerstorfer definierte politische Strategie des sozialdemokratischen Verbands. Dazu gehörte, dass sie jenen analytischen Diskurs über das Wesen der Regierungen und der konkurrierenden Parteien in ihren internen, galizischen Foren reproduzierten. Die Regierung Beck war demnach eine vor allem gegen die Sozialdemokratie zusammengeschusterte „bürgerliche Regierung“, die allerdings aufgrund der Berücksichtigung bäuerlicher und kleinbürgerlicher Vertreter im Kabinett immerhin das Etikett des Demokratischen verdiente. Daher sei es ihr gelungen, unter aktiver Beteiligung sozialdemokratischer Parlamentarier einige positive legislative Maßnahmen zum Schutz der niederen Volksschichten durchzubringen. Mit Bienerth kehrte jedoch – immer nach sozialdemokratischem Diskurs – eine antidemokratisch-autoritäre, von Hof und Generalstab, Großkapital und Hochadel geprägte Regierung

---

[239]) Siehe Näheres dazu bei Raimund Löw, Der Zerfall der „Kleinen Internationale“. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914), Wien 1984, S. 97–115.

zurück. Obwohl nun erstmals mit Pernerstorfer ein Sozialdemokrat in das Parlamentspräsidium aufrückte, implizierte diese deutlich ins Negative gekehrte Beurteilung der neuen Regierungsmannschaft einen verstärkten Oppositionskurs.

Der erneut in aller Schärfe entfachte nationale Streit wurde sodann ebenfalls in das – nicht frei von Narzissmus – konstruierte sozialdemokratische Deutungsschema eingefügt, indem man ihn als Strategie begriff, die internationale Sozialdemokratie zu schwächen. Mit der Wiederbelebung der Obstruktion in den Jahren 1909 und 1910 etablierte sich der Sozialdemokratische Verband dann als einer der Hauptkämpfer gegen die Obstruktion und für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, in welchem er ein Instrument des Fortschritts gegen die autoritären Tendenzen der Regierung und der reaktionären Herrschaftscliquen in den verschiedenen Landesteilen erblickte. Die Sozialdemokraten sahen sich folglich in einen Zweifrontenkrieg verwickelt. Die eine Stoßrichtung richtete sich gegen die „volksfeindliche Regierung und ihre deutschbürgerlich–polnische Gefolgschaft", die andere aber zielte – gerade im Verein mit dem Polenklub und auch den Christlichsozialen – gegen „die das Parlament zerstörende Obstruktion der Slawischen Union". Die Großtat des Dezember 1909, die Revision der Geschäftsordnung, interpretierte man gerne als eigenen Verdienst, ohne dabei zu erwähnen, dass eines der nun eingeführten Mittel, das Recht auf Entfernung von Abgeordneten aus dem Sitzungssaal, zwölf Jahre zuvor – allerdings im Rahmen des Kurienparlaments – gerade die Sozialdemokraten an erster Stelle getroffen hatte.[240])

Die Einbindung der polnischen Sektion in die Gesamtstrategie der sozialdemokratischen Fraktion war die eine Seite. Die andere betraf jene Bereiche, die durch die Revision des Organisationsstatuts als national-autonom erklärt wurden. Mit dieser Autonomisierung wurde ein Sachverhalt offiziell legitimiert, der im Grunde schon zuvor Realität gewesen war: die Spezialisierung der sozialdemokratischen Abgeordneten auf Themen und Konfliktfelder, die sich in ihrer jeweiligen politisch-nationalen Heimat abspielten. Ging es um Wahlmissbrauch und Verwaltungspraxis in Galizien, um die Berufung Abrahamowiczs zum Minister oder um sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die „galizischen" Wasserstraßen – immer war es selbstverständlich, dass ein Abgeordneter dieses Kronlands den parlamentarischen Vorstoß initiierte und mit der Sache vor das Parlament trat. Besonders deutlich wird dies wieder einmal an den Interpellationen. Von den 93 Interpellationen, die in der 18. Session von Seiten der vier polnisch-galizischen Abgeordneten eingebracht wurden, bezogen sich ganze acht auf allgemeine Sachverhalte; der Rest brachte Verhältnisse in Galizien oder auch in benachbarten polnischen Siedlungsgebieten zum Ausdruck. Auch bei den Budgetberatungen, den sozialpolitischen Vorstößen oder der Forderung nach Einführung demokratischer Wahlen in die Landtage wurde vorzugsweise die engere, nationale Perspektive in den Vordergrund geschoben – nicht zuletzt um die Gelegenheit zu nutzen, vor den Foren der Öffentlichkeit mit den Eliten im eigenen Land und insbesondere mit dem Polenklub abzurechnen.

Nur die Rekrutenvorlage und außenpolitische Debatten dienten öfters generellen Erörterungen, galt es doch gerade in der Folge der Annexionskrise von 1908 die Allgemeinheit

---

[240]) Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. 4. Heft, 20. Session. Hgg. im Auftrage des Klubs der deuschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus, Wien 1911, insbes. S. 3–7.

vor dem wachsenden Militarismus und dem Machtmissbrauch der Militärkaste zu warnen. Andererseits bot die gestiegene Bedrohungsgefahr von außen den polnischen Sozialdemokraten die Gelegenheit, ihren Patriotismus unter Beweis zu stellen. In einer seiner bedeutenderen parlamentarischen Reden rief Daszyński seine Volksgenossen auf, zum Wohle Polens Frieden mit den Ruthenen zu schließen, um mit diesen gemeinsam gegen die russische Gefahr agieren zu können.[241]) Hinsichtlich der antipolnischen Politik der preußischen Regierung bekannte der Lemberger Hudec, dass er sich als Sozialdemokrat und als Pole den protestierenden Stimmen anschließe, „denn die Freuden und Leiden des polnischen Volkes sind […] auch für uns (polnische Sozialdemokraten, H. B.) Freuden und Leiden." Der „Abwehr gegen das geplante Attentat auf die polnischen Volksgenossen" schloss sich auch der Unabhängige Ernest Breiter an, welcher im Übrigen von allen galizischen Abgeordneten am längsten und konsequentesten supranational orientiert war.[242]) Das Wahren der richtigen Balance zwischen polnischen Nationalinteressen und transnationalem Engagement war im Falle Breiters umso schwieriger, als er bei den Interpellationen, von denen er allein in der 18. Session 117 (mehr als alle polnisch-galizischen Sozialdemokraten zusammen) einreichte, auf die Unterstützung der ruthenischen Abgeordneten angewiesen war.

c) Die Ruthenen: Zwischen Opposition und Obstruktion

Unter den anerkannten Nationalitäten Cisleithaniens hatte keine eine vergleichbar drastische Veränderung ihrer parlamentarischen Situation zu verzeichnen wie die ruthenische. Der Sprung von 8 (inkl. Bukowina: 10) auf 27 (inkl. Bukowina: 32) Mandate machte diese schlagartig zu einem ernst zu nehmenden Faktor im parlamentarischen Kräftespiel. In wieweit die Ruthenen ihre Möglichkeiten zu nutzen verstanden, hing wie immer weitgehend von ihnen selber ab, namentlich von ihrer Fähigkeit, interne nationalkulturelle und politische Differenzen dem solidarischen Auftreten im Reichsrat unterzuordnen. Im Wahlkampf von 1907 war eine solche Konsolidierung zwar nicht gelungen. Auf dem politischen Parkett in Wien galten aber stets andere Gesetze als in der galizischen Landespolitik. Schließlich hatte gerade das rivalisierende polnische Lager immer wieder vordemonstriert, dass man trotz Kampfstimmung bei Wahlen und Polemik in den Zeitungsspalten zu einem koordinierten Handeln im Abgeordnetenhaus finden könne.

Zunächst schien die Tat wirklich zu gelingen. Am 19. Juni 1907, zwei Tage nach der Eröffnung des Reichsrats, verkündete die ruthenische Presse die Schaffung eines einheitlichen Klubs bestehend aus allen 30 ruthenischen Abgeordneten mit Ausnahme der beiden Sozialdemokraten. Vorangegangen waren zweitägige intensive Verhandlungen, die vor allem zwischen den Protagonisten der Nationaldemokratischen Partei und den Russophilen geführt wurden. Ein Vorteil war sicher, dass die besonders ausgeprägt antirussophile Barvins'kyj-Gruppe den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatte, also keinerlei Störfaktor darstellte. Einziges Thema der Verhandlungen war die Frage der nationalen Selbstdefinition. Die *Narodovci* verlangten ein klares Bekenntnis zu einer eigenständigen ruthenischen Identität, das jedoch von den Russophilen ohne Preisgabe ihres breiteren Konzepts einer gemeinrussischen Identität nicht ohne weiteres leistbar war. Der Kompromiss baute

---

[241]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 73. Sitzung (21. 5. 1908), S. 4744–4759.
[242]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 37. Sitzung (28. 11. 1907), S. 2815 f.

schließlich auf der bekannten und bewährten Dehnbarkeit nationalkultureller Begriffe. Jongliert wurde konkret mit drei Termini: *rus(s)'kyj* (ruthenisch/russisch), *malorus(s)'kyj* (kleinrussisch) und schließlich *ukrajins'kyj* (ukrainisch). In der offiziellen Verlautbarung wurden die beiden ersten Begriffe verwendet, um den zu konstituierenden Klub und die nationale „Qualität" seiner Mitglieder zu benennen. Die gleichrangige Verwendung des Terminus „kleinrussisch" war ein Zugeständnis an die Russophilen, andererseits kam die Benennung einer „kleinrussischen Nation" (*malorus(s)'ka nacyja*) dem Bestreben der Nationaldemokraten entgegen, die nationale Eigenständigkeit im Resolutionstext (unter Punkt 3) zu verankern. Dem verbreiteten Wunsch der Letzteren, diese Eigenständigkeit begrifflich mit dem Wort „ukrainisch" zu untermauern (wie dies bereits in der Publizistik häufig der Fall war), wurde nur insofern entsprochen, als es jedem Mitglied auch bei offiziellen Anlässen (also auch in parlamentarischen Reden) gestattet sein sollte, bei der Kennzeichnung seines Klubs und seiner Nationszugehörigkeit neben *malorus(s)'kyj* auch *ukrajins'kyj* zu verwenden. Eine weitergehende Verwendung von „ukrainisch" zur Kennzeichnung des reichsrätlichen Klubs selbst wurde im übrigen nicht nur von den Russophilen, sondern auch von den Bukowinern abgelehnt, die zwar den galizischen Nationaldemokraten nahe standen, das Wort „Ukraine" aber als fremd und unösterreichisch, also als ein Signum für Illoyalität, empfanden. Schließlich legte die Resolution auch fest, dass der gemeinsame Klub in deutscher Sprache „Ruthenenklub" heißen solle, was der Tradition entsprach und gleichzeitig alle möglichen Deutungen zuließ.[243])

Die Resolution des 18. Juni führte auf eindrucksvolle Weise vor Augen, in welchem Maße Identitätsdiskurse die politische Selbstorganisation der Ruthenen bestimmten. Über ein eigentliches handlungsweisendes Programm wurde in der Konstituierungsphase zunächst gar nicht debattiert. Erst drei Wochen später verabschiedete die Fraktion ein solches Programm, das nicht zufällig viele Ähnlichkeiten mit demjenigen der UNDP hatte. Allerdings forderten zwei in der Fraktion bestehende Untergruppen freie Hand in politischen Angelegenheiten, die ihnen besonders am Herzen lagen: Die Bukowiner verlangten die Unterstützung der orthodoxen Kirche in ihrem Kronland, während die Radikalen eine Reihe von Postulaten aufstellten, welche im insgesamt gemäßigten Programm der Klubmehrheit fehlten: etwa das Frauenstimmrecht, die Trennung von Staat und Kirche oder Grundenteignungen.[244]) Dass die Russophilen, die dritte Gruppe, keine eigenen Akzente setzten, hatte in erster Linie damit zu tun, dass deren radikale Elemente sich bereits von der Fraktion verabschiedet hatten: Nur wenige Tage nach der Konstituierung des Ruthenenklubs waren nämlich Dmytro Markov und Mykola Hlibovic'kyj aus diesem ausgetreten und hatten sich den Tschechischen Agrariern als Hospitanten angeschlossen. Veranlasst zu diesem Schritt wurden sie nicht zuletzt durch eine Gegenkampagne, die von der russophilen Presse (namentlich der Lemberger Tageszeitung *Halyčanyn*) und von der akademischen Jugend gegen jene Kompromiss-Resolution unmittelbar nach ihrer Proklamation entfacht worden war. Die Tatsache, dass sich die übrigen Russophilen den beiden genannten Mandataren nicht anschlossen, zeigt, dass der Konflikt zwischen Radikalen und Gemäßigten, der sich schon im Wahlkampf angedeutet hatte, nun im Parlament seine Fortsetzung erleben würde.[245])

---

[243]) Dilo 19. 6. 1907 (126), S. 1.
[244]) Dilo 8. 7. 1907 (141), S. 1 f.
[245]) Halyčanyn 21. 6. 1907 (127)–24. 6. 1907 (130).

Personalentscheidungen trugen ebenfalls zum Abgang des Duos Markov/Hlibovic'kyj bei: Zum Klubobmann wurde erwartungsgemäß Romančuk gewählt, zu dessen Stellvertreter der Bukowiner Vasyl'ko. In die parlamentarische Kommission entsandte die Mehrheit neben diesen beiden einen weiteren Nationaldemokraten, Kost' Levyc'kyj, einen Vertreter der Radikalen Partei, Lev Bačyns'kyj, und aus dem Kreis der Russophilen deren gemäßigtsten Exponenten, Mychajlo Korol'. Im weiteren wurden vier Fachausschüsse gebildet, die ihrerseits einen Obmann, einen Stellvertreter und einen Sekretär zugewiesen bekamen: für die Bereiche Konfession, Schule, Recht und Administration sowie Wirtschaft. Ein Schatzmeister war zuständig für die Verwaltung der Klubkasse, die durch Beiträge der einzelnen Mitglieder und Strafgelder infolge Nicht-Erscheinens bei den Klubsitzungen gespeist werden sollte. Diese interne Bürokratisierung und Disziplinierung war ein Novum in der Geschichte der ruthenischen Fraktion des Abgeordnetenhauses. Sie ergab sich primär aus den Erfordernissen, welche die nunmehr erreichte Größe mit sich brachte, widerspiegelte aber auch den Wunsch, sich dem Organisationsniveau der anderen Klubs anzugleichen. Zur Disziplinierung gehörte im übrigen nicht nur die Anwesenheitspflicht, sondern auch der eigentliche Fraktionszwang, dem allerdings durch die Heterogenität der Fraktion Grenzen gesetzt waren. Ebenfalls in Anlehnung an bestehende Vorbilder wurde daher solidarisches Verhalten bei national-politischen Fragen ohne Einschränkungen vorgeschrieben, während in ökonomischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten, die eine derartige Dimension nicht aufwiesen, individuelle Freiheit gewährt wurde. Dass damit knifflige Fragen der Interpretation verbunden waren, kennen wir aus anderem Zusammenhang. Letztlich gilt ja für die ruthenischen Eliten wie für alle Zeitgenossen in der Habsburgermonarchie zu Beginn des 20. Jh., dass es kaum einen für sie relevanten Sachbereich gab, der nicht nationalpolitisch aufgeladen war.[246])

Die erste, noch von den beiden radikalen Russophilen mitverantwortete Handlung des neu konstituierten Ruthenenklubs war mehr als alles andere dazu angetan, den Kollegen im Parlament und der Öffentlichkeit inner- und außerhalb Galiziens zu zeigen, dass die Ruthenen nunmehr die politische Kraft besaßen, sich auf gleichwertiger Basis um das Schicksal ihrer Nation im Abgeordnetenhaus zu kümmern. Erstmals wurde eine vollwertige „staatsrechtliche Verwahrung" eingereicht, die gemeinsam mit drei weiteren entsprechenden Erklärungen von Seiten der Tschechen, Kroaten und Serben am ersten ordentlichen Sitzungstag am 20. Juni 1907 verlesen wurde. Die von sämtlichen Mitgliedern des Ruthenenklubs unterzeichnete Verlautbarung basierte auf dem bekannten Diskurs über den Verrat an der ruthenischen Nation und ihrem noch 1848/49 zugestandenen historischen Recht auf das Gebiet Ostgaliziens mitsamt der Bukowina: „Dieser natürliche Entwicklungsgang, welcher zur Autonomie des ruthenischen Volkes führen sollte, wurde durch Vereinigung der ruthenischen Provinzen Hałycz samt Vladimir mit den zur böhmischen Krone gehörenden Herzogtümern Auschwitz und Zator und mit dem Großfürstentum Krakau wesentlich gestört; es wurde ein unnatürlicher Zustand geschaffen, indem historisch und national ganz verschiedene Ländergebiete mit geradezu diametral verschiedenen rechtspolitischen Richtungen in eine Provinz von monströsem Umfange zusammen-

[246]) Vgl. die Nachweise in Dilo 19. 6. 1907 (126), S. 1; 21. 6. 1907 (128), S. 3; 25. 6. 1901 (130), S. 2.

gedrängt und in der Folge das ruthenische Volk selbst mit Außerachtlassung aller staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen der rücksichtslosen Majorisierung im galizischen Landtag preisgegeben wurde."[247])

In den weiteren Ausführungen der staatsrechtlichen Verwahrung wurde die österreichische Regierung selbst für die Gewährung einer Ausnahmestellung Galiziens zulasten der Ruthenen verantwortlich gemacht, die bei den Sonderbestimmungen des Reichsratswahlrechts ihre Fortführung gefunden hätte. Schließlich seien auch die Wahlen selbst auf „tendenziöse und gesetzeswidrige Weise" durchgeführt worden und damit die Anzahl der den Ruthenen zustehenden Mandate weiter verringert worden. „Diese Tatsachen veranlassen uns, die galizischen und Bukowiner Vertreter des ruthenischen Volkes, als eines Teiles der ruthenischen Nation, welche auf ihre Selbständigkeit nie verzichtet hat, zur Erklärung, dass wir bei unserem Bestreben, die national-territoriale Autonomie im österreichischen Staate zu erlangen, uns gegen die künstliche, auf keinen historischen Rechten basierende Verbindung, respektive Trennung unseres Volkes durch das Prinzip der Landesautonomie verwahren, daher gegen die Erweiterung der Landesautonomie, gegen die Ausnahmsgesetze Galiziens und gegen die Verminderung unserer Repräsentanz durch gesetzeswidrige Durchführung der Wahlen protestieren. Unter dieser Verwahrung treten wir in das Abgeordnetenhaus ein und erklären, dass wir die Beseitigung des auf den Ruthenen schwer lastenden Unrechtes und Wiederherstellung unserer nationalen und politischen Rechte mit allen Mitteln anstreben werden."

Allen derartigen Verwahrungen war die Grundüberzeugung gemeinsam, dass die im österreichischen Parlament verwirklichte staatsrechtliche Form nicht den historischen, „natürlichen" Rechten entspreche, auf die sich die eigene Nation berufen dürfe. Im tschechischen Fall war es das böhmische Staatsrecht, bei Kroaten und Serben die Separierung von Dalmatien und Kroatien und bei den Ruthenen eben sowohl die Vereinigung „ihres" historischen Landes (Ost)galizien mit dem fremden Westgalizien als auch – allerdings stets nachrangig behandelt, weil auch historisch schlechter einklagbar – die Separierung von der Bukowina. Über seine prinzipielle Bedeutung hinaus diente diese Erklärung den Ruthenen in den Folgejahren auch als Basisdokument für ihr politisches Handeln. Durch dieses Dokument war die Rolle der Ruthenen als Oppositionskraft festgeschrieben, solange die Regierungen an dem postulierten Zustand des Unrechts nicht rüttelten. Dies bekräftigte auch das oben erwähnte programmatische Manifest des Ruthenenklubs. Dabei war es den für die Fraktionspolitik Verantwortlichen überlassen, zu entscheiden, auf welche Weise man dieser oppositionellen Haltung im parlamentarischen Alltag Ausdruck verleihen sollte.

Tatsächlich wurde gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine Form des Protestes gewählt, die man von den Ruthenen bislang nicht gekannt hatte. Als Auslöser wirkte jene bereits erwähnte Wahl Stanisław Starzyńskis zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, in welcher die Ruthenen eine schwere Provokation sahen. Romančuk machte darauf aufmerksam, dass der Bewerber als Ruthenenhasser gelte und außerdem aufgrund der zahlreichen Wahlproteste widerrechtlich im Hause sitze. Als die Intervention des Klubobmanns erfolglos blieb und Starzyński gewählt wurde, brach ein Sturm der Entrüstung aus, angeführt von den Ruthenen, mitgetragen von den Sozialdemokraten. „Ein Hund jeder,

[247]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 2. Sitzung (20. 6. 1907), S. 15.

der diesen Starzyński hinaufgeschickt hat." „Schande!" „Abzug!" „Wir werden ihn nicht dulden." „Hinaus mit ihm!" „Blut klebt an Ihren Händen": So und ähnlich lauteten die Injurien, die auf den polnischen Konservativen und seine Wahlhelfer niederprasselten. Die Sozialdemokraten und mit ihnen die Wiener liberale Presse nutzten die Gelegenheit, um die Christlichsozialen als „Schlachzizenknechte" zu beschimpfen. Es dauerte eine ganze Weile, bis sich das Haus wieder beruhigt hatte, die Ruthenen aber – so zumindest die Einschätzung der „Neuen Freien Presse" – hatten mit ihren lautstarken Protesten einen tiefen Eindruck gemacht und auch die Sympathie der sich neutral Gebärdenden gewonnen.[248])

Nur eine Woche später setzten sich die Ruthenen allerdings noch weit eindrucksvoller in Szene. In diesem Fall war der Kontext die große Galiziendebatte, welche durch die von ruthenischer und sozialdemokratischer Seite eingereichten Dringlichkeitsanträge zu den unmittelbar zurückliegenden Wahlmissbräuchen initiiert worden war. Nach Ablehnung der Dringlichkeit durch die Mehrheit des Hauses nutzte ein Vertreter des Polenklubs die Gelegenheit, um mittels einer Anfrage an den Präsidenten auf die bedenklichen parlamentarischen Umgangsformen in den vergangenen Sitzungen aufmerksam zu machen. In diesem Moment brach zunächst ein großer Lärm von den Bänken der Ruthenen und Sozialdemokraten los. Dann aber geschah etwas völlig Unerwartetes: „Plötzlich hörte man eine tiefe, schwere Stimme, die ein Lied zu singen begann", und im nächsten Augenblick „erhob sich der Ruthenenklub wie ein Mann, und in lauten Klängen schallte ein ruthenischer Nationalgesang durch den Saal." Kein wildes Schreien, keine Schlaginstrumente, sondern klagende Melodik prägten für einmal ein parlamentarisches Konzert. Es handelte sich um die Lieder „Noch ist die Ukraine nicht verloren" (*Šče ne umerla Ukrajina*) und das Franko-Lied „Es ist nicht Zeit" (*Ne pora*), also um jene in den Straßen Lembergs inzwischen wohlbekannten politischen Hymnen, die nun von dem gläsernen Deckengewölbe des großen Sitzungssaals im Abgeordnetenhaus widerhallten und die versammelten Parlamentarier ins Staunen versetzten: „Ein schwermütiges Lied, das sonst in den Steppen der Ukraine gesungen wird", meinte der Korrespondent der „Neuen Freien Presse" vernommen zu haben. Im Gegensatz zu den Tschechen, die das Singen als taktisches Mittel der Obstruktion verwendet hätten, sei der ruthenische Gesang ungeplant, spontan gewesen, ein aus der Tiefe der Seele kommender Klagegesang eines in seinem Nationalgefühl schwer verletzten Volkes, der gleichzeitig „den Glauben an eine bessere Zukunft in getragenen Worten" schilderte. „Das war eigenartig und etwas ganz Besonderes".[249])

Bei aller Verwunderung und allem Respekt gegenüber den „warmblütigen Enthusiasten", die in sinnlichster Weise zum Ausdruck gebracht hätten, dass sie „ihre Nation und ihre Heimat nicht verloren" geben, bemerkte auch mancher deutschsprachige Korrespondent ein Detail am Rande, das auf ein noch nicht gelöstes Problem im Ruthenenklub hinwies: Während nämlich der Bukowiner Vasyl'ko den Taktstock zu den kräftigen, gesanglich wohlgebildeten ruthenischen Kehlen schwang, schwiegen – zumindest teilweise – die Russophilen. Manche Beobachter meinten, die gemäßigten, vorläufig noch im Ruthenenklub verharrenden Russophilen hätten nur beim zweiten Lied nicht mitgesungen. Viel wahrscheinlicher ist allerdings, dass sie sich an der Szene überhaupt nicht beteiligten. Die

---

[248]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 3. Sitzung (25. 6. 1907), S. 60; Neue Freie Presse 26. 6. 1907 (15389), S. 2.

[249]) Neue Freie Presse 5. 7. 1907 (15397), S. 1 f.

Beobachtung eines aufmerksamen Anwesenden, dass der Gesang im zweiten Lied merklich schwächer geworden sei, da sich die Russophilen nun nicht angeschlossen hätten, klingt wenig überzeugend, da drei Sänger bei einem Gesamtbestand von 28 Mitgliedern kaum einen derartigen akustischen Effekt gehabt hätten. Die Russophilen, auch die gemäßigten, konnten letztlich mit der Anrufung der Ukraine in *Šče ne umerla Ukrajina* genau so wenig anfangen wie mit der gleichrangig negativen Qualifizierung Polens und Russlands als nationale Gegner im zweiten Lied.[250])

Hielten sie sich während der ukrainophilen Gesangsvorstellung zurück, so rückten die Russophilen einige Tage später, am 9. Juli 1907, umso mehr ins Rampenlicht: Dmytro Markov, gemeinsam mit dem in Lemberg verbliebenen Volodymyr Dudykevyč, Führungsfigur der Hardliner in der Partei, trat vor das Plenum und begann in reinem Russisch zu sprechen. Das merkten allerdings zunächst nur die wenigsten im Hause. Wer konnte schon Russisch von Ukrainisch unterscheiden? Auch der Sitzungsleiter dieses Tages, der Tscheche Žáček, war überfordert, zumal das wilde Protestgeschrei von den Ruthenenbänken („Er spricht russisch, das gibt es nicht"; „Hier ist nicht die Duma"; „Geht nach Petersburg") es ihm verunmöglichte, etwaige selbsterworbene Kenntnisse über die ostslawischen Sprachen einzusetzen. Erst nachdem ihm mehrfach versichert worden war, dass Markov tatsächlich russisch spreche, entzog er dem Redner das Wort.

Das war eine drastische Maßnahme des Sitzungsleiters, die gelegentlich dann angewendet wurde, wenn ein Parlamentarier nicht zur Sache sprach oder gegen die sittlichen Regeln verstieß. Ein Wortentzug wegen der gewählten Sprache – nicht wegen des Inhalts – war an sich schon ein Novum, das zudem nicht einmal gedeckt war durch die Geschäftsordnung des Hauses. Der amtierende 1. Vizepräsident, der im nachhinein in dieser Sache auch durch den Parlamentspräsidenten Weiskirchner unterstützt wurde, begründete den Wortentzug damit, dass Russisch nicht zu den anerkannten Landessprachen zählte. Als Markov wenig später Gelegenheit hatte, seinen spektakulären Auftritt zu rechtfertigen, tat er dies mit dem Hinweis auf einen politischen Auftrag, den er angeblich von 200.000 Wählern der „russisch-nationalen Partei" erhalten habe. Aus Tabelle II.10 wissen wir, dass das sogar dann reichlich übertrieben war, wenn wir alle russophilen Kandidaten dem radikalen Flügel zurechnen würden. Im Plenum löste die Behauptung Markovs dennoch begreiflicherweise Staunen, vielleicht Besorgnis aus („Hört"-Zwischenrufe). Wer von den Abgeordneten in Wien kannte schon die internen Identitätsdispute der Russophilen und wer durchschaute jenen sprachlichen Trick, den Markov anwandte, indem er *russkyj* (in *Russko-narodnaja partija*) schlicht mit „russisch" übersetzte, was nicht der Überzeugung der Gemäßigten entsprach? [251])

Keiner der Gemäßigten ergriff allerdings die Gelegenheit, um – etwa mittels des stets beliebten Instruments der „tatsächlichen Berichtigung" – dieses Bild zu korrigieren. Vielmehr waren es die Ukrainophilen, welche am heftigsten und lautstärksten protestierten. Der Auftritt ihres Konnationalen (soweit dieses Wort nun noch angemessen war) bedeutete für sie einen schweren Bruch mit dem bisher gepflegten Usus unter den ruthenischen

---

[250]) Siehe auch den Bericht im russophilen Halyčanyn (6. 6. 1907 (139), S. 2), wo nur von den „ruthenischen" Abgeordneten die Rede ist, die gesungen hätten.

[251]) Siehe Sten. Prot. AH, 18. Session, 10. Sitzung (9. 7. 1907), S. 891 und 895–896 sowie Neisser/Neisser, Geschäftsordnung, 2. Bd., S. 455.

Deputierten. Nie hatten sich diese im Abgeordnetenhaus einer anderen als der deutschen Sprache bedient. Sie hielten auch weiterhin an dieser Praxis fest, als slawische Idiome immer öfters zur symbolhaften Demonstration nationaler Selbstbestimmung und Volksverbundenheit eingesetzt wurden, zuletzt auch von Seiten der Polnischen Volkspartei.

Das Beharren auf der ausschließlichen Verwendung des Deutschen zeugte sicherlich vom sprachlichen Bildungsniveau einer parlamentarischen Gruppe, die sich vor allem aus Intellektuellen zusammensetzte. In politischer Hinsicht drückte es in erster Linie eine Geste der Verbundenheit gegenüber dem deutschen Kulturelement und mehr noch gegenüber den deutschen Fraktionen als Bündnispartnern im Parlament aus. Bei aller Zurückhaltung, dieses in der Bevölkerung durchaus populäre Instrument einzusetzen, war es umso schmerzlicher, dass die erste nicht-deutsche Rede eines Ruthenen im Abgeordnetenhaus ausgerechnet in russischer Sprache gehalten wurde. Immerhin war der Wortentzug eine Genugtuung für die Apologeten des Ukrainischen als Nationalsprache der galizischen Ruthenen, auch wenn man nicht in Anspruch nehmen konnte (wie Markov dies in seiner Rechtfertigungsrede tat), dass dies die Sprache Dostojewskis und Tolstois sei. Zu einer sprachlichen Gegenoffensive des Ruthenenklubs im Sinne einer Einbringung verbaler Versatzstücke in ruthenischer Sprache, kam es übrigens nicht. Mit Ausnahme des Abgeordneten Tymotei Staruch (nicht zufällig der einzige Bauer in der Fraktion), der seine Reden gelegentlich in Ukrainisch begann und beendete, blieben die Ruthenen gänzlich bei der deutschen Sprache.

Die mit der Rede Markovs noch gesteigerten inneren Zerwürfnisse im russophilen Lager und insbesondere der Druck, dem sich die Gemäßigten ausgesetzt sahen (Parteiversammlung vom Juli 1907[252])), machten eine Klärung der Situation erforderlich. Anfang August gaben die drei im Ruthenenklub Verbliebenen schließlich ihren Austritt aus diesem bekannt. Der Wortlaut der Begründungen macht deutlich, dass sie dem Druck der Basis wichen und nicht etwa die Vereinbarung für obsolet hielten, unter welcher der Ruthenenklub zu Beginn der Legislaturperiode gegründet worden war.[253]) Nach den tiefen Verwerfungen der vergangenen Monate war es dann jedoch zunächst schwierig, einen gemeinsamen Klub unter der Losung des Konservatismus, des Altruthenentums oder der Russophilie zu gründen. Erst einige Wochen nach der Eröffnung der Herbstsession 1907 gelang es, die noch ungebundenen russophilen Abgeordneten in einem gemeinsamen Klub zu vereinigen. Markov allerdings, der sich weiterhin, auch in Parteiversammlungen, als Antipode von Korol' gerierte, trat dem Klub wiederum nur als Hospitant bei. Andererseits wurde nicht Korol', sondern der Priester Vasyl' Davydjak zum Klubobmann bestimmt.

Am interessantesten war aber die Namenswahl, für die wiederum eine raffinierte Lösung gefunden wurde. Offiziell hieß die neue Fraktion „Altruthenischer Klub", gab sich also gut-österreichisch, traditionsbewusst, konservativ. In den heimatlichen russophilen Organen wurde allerdings nicht die Übersetzung dieses Namens, sondern die Bezeichnung *Russko-Narodnyj Klub* (Russisch-Nationaler Klub) verwendet. Mittels einer solchen sprachpolitischen Doppelstrategie befriedigte man also sowohl die Regierungs- und Hofkreise in Wien, welche positive Inhalte mit dem Begriff „Altruthenen" verbanden, als auch die rus-

---

[252]) Vgl. oben S. 53.

[253]) Siehe Dilo 10. 8. 1907 (169), S. 2; 15. 11. 1907 (247), S. 2.

sophile Klientel und Öffentlichkeit in Galizien, die eine Namensgebung in Anlehnung an die Parteibezeichnung (RNP) zur Kenntnis nehmen durfte. Schließlich ließ *Russko* auch innerhalb des auseinanderdriftenden russophilen Lagers selbst wieder alle möglichen Deutungen zu.

Seit der Herbstsession des Jahres 1907 waren also die Ruthenen wieder in zwei separate Klubs aufgeteilt. Dass der weit größere Ruthenenklub auch ungleich einflussreicher war, zeigte sich nicht zuletzt bei jenen oben erwähnten Verhandlungen mit der Regierung Beck, welche diese im Zusammenhang mit dem anstehenden Wirtschaftsausgleich mit Ungarn initiierte. Die Verhandlungen fanden ohne Beteiligung der Russophilen statt und stürzten den Polenklub in die beschriebenen Turbulenzen, was unter den Ruthenen immerhin gewisse Genugtuung verbreitete.[254]) Dennoch vermochten Einzelkonzessionen der Regierung an die Wünsche des Ruthenenklubs diesen erwartungsgemäß nicht zu einem Aufgeben seiner Fundamentalopposition gegenüber dem herrschenden System in Galizien und Österreich zu bewegen. Zudem konnte die Fraktion manche sachbezogenen Vorbehalte gegenüber dem Wirtschaftsvertrag mit Ungarn vorbringen, so vor allem die für die eigene Bauernbevölkerung schädliche Einfuhr billiger Agrarprodukte aus und über Ungarn nach Galizien. Eine Ablehnung des Ausgleichs durch die Ruthenen war jedoch zu verkraften, solange eben das Feld der Obstruktion nicht betreten wurde. Nach Becks dosierten Streicheleinheiten schien diese Gefahr tatsächlich abgewendet zu sein – bis kurz vor der Weihnachtspause ein anderer, ein innergalizischer Konflikt die Ruthenen in Erregung versetzte: die Universitätsfrage. In dieser Situation kam es zu einer weiteren denkwürdigen Sitzung, die in die Annalen der österreichischen Parlamentsgeschichte einging.

Mitte Dezember 1907 kam es während der Immatrikulationsfeiern an der Universität in Lemberg zu Krawallen, die mehrere Verletzte forderten. Weil man das Verhalten der Behörden für die Ereignisse verantwortlich machte, beschloss der Ruthenenklub, erstmals in seiner Geschichte den Schritt von der Opposition zur Obstruktion zu gehen. Neben einem Dringlichkeitsantrag, der sich auf die Vorkommnisse an der Universität bezog, brachte der Ruthenenklub eine Vielzahl von Interpellationen ein, welche nach bisheriger Gepflogenheit vor dem Übergang zur Tagesordnung verlesen werden mussten. Als Präsident Weiskirchner jedoch bekannt gab, die Anfragen würden am Ende der Sitzung verlesen, brach ein Sturm der Entrüstung unter den Ruthenen aus, die sich, aufgewühlt von den Ereignissen in Lemberg, nun auch im Parlament benachteiligt fühlten. Während der ordnungsgemäß eingetragene Redner zur Ausgleichsdebatte sprach, stieg die Erregung unter den Ruthenen weiter. Einige der Hitzköpfe sprangen von ihren Sitzbänken auf, pfiffen, schrieen und schlugen auf die Pulte. Ein Pultdeckel zerbrach unter der Hand des besonders kräftig gebauten Abgeordneten Lev Bačyns'kyj, worauf dieser eines der Bruchstücke in die Saalmitte schleuderte. Unglücklicherweise traf das Holzstück einen Abgeordneten, einen Slowenen, am Kopf, worauf dieser halb betäubt in die Arme der um ihn herum stehenden Kollegen sank. Nun begann eine veritable Saalschlacht: die Christlichsozialen stürzten sich auf die Ruthenen, es wurde geschlagen, gewürgt und gebissen, während der Slowene in einer Nebenkammer von dem polnisch-jüdischen Abgeordneten und Arzt Józef Gold gepflegt wurde. Erst nach einer halbstündigen Unterbrechung konnte der Präsident die Sit-

---

[254]) Siehe dazu auch das offizielle Communiqué in Dilo 28. 10. 1907 (232), S. 1.

zung wieder eröffnen. Er gab seiner tiefen Beschämung Ausdruck, dass sich solche Szenen im Hause des demokratischen Wahlrechts ereignen konnten. Schließlich hatte man ja doch gehofft, dass die wildesten Formen des nationalen Hasses mit dem Privilegienparlament begraben worden seien.[255])

Der parlamentarische Exzess des 16. Dezember 1907 brachte den Ruthenen eine schwere moralische Niederlage und schädigte ihren Ruf nachhaltig. Das von polnischer Seite gezüchtete Bild der Ruthenen als wilde, anarchistische Horden, Nachfahren der räuberischen Hajdamaken, schien sich nach den Ereignissen im Parlament zu bestätigen. Auch die stets wohlwollende „Neue Freie Presse" sprach von Dummheit und einem schweren Missgriff. In Nöte geriet nicht zuletzt auch Romančuk, der sich am Ende der turbulenten Sitzung verpflichtet sah, im Namen seines Klubs sein Bedauern über die Vorfälle auszudrücken. Dem ruthenischen Fraktionschef gelang es in der Tat immer schlechter, die neugewählten radikalen Elemente – neben Bačyns'kyj etwa Kyrylo Tryl'ovs'kyj, der Vater der Sič-Bewegung, sowie der erwähnte Tymotej Staruch – unter Kontrolle zu halten. Seine Position war im übrigen nicht mehr in dem Maße institutionell abgestützt, wie dies früher der Fall gewesen war, teilte er doch die Führungspositionen zumindest mit zwei anderen Exponenten: Kost' Levyc'kyj, als Präses des „Nationalkomitees" (*Narodnyj Komitet*) faktisch Parteivorsitzer und Jevhen Olesnyc'kyj, Obmann des landtäglichen Ruthenenklubs. Die größten Schwierigkeiten für einen besonnenen Politiker, der eine pragmatische Politik im Reichsrat zu verfolgen trachtete, kam jedoch durch den Druck der Öffentlichkeit in Galizien und in Lemberg zustande, vor allem durch die um Konsequenz bemühte Presse und die stark radikalisierte Studentenschaft.

Die Schwierigkeiten zeigten sich exemplarisch an der Verarbeitung des Potocki-Attentats im Frühjahr 1908. Zunächst verurteilte der Ruthenenklub mit deutlichen Worten die Tat des 12. April, und Romančuk nahm an der Beerdigung Potockis teil. Dann aber, unter dem Eindruck der antiruthenische Manifestationen in Lemberg und der Hasskampagne der polnischen Medien, schließlich auch der Modalitäten der Wahl Bobrzyńskis als Nachfolger Potockis, begann der Klub immer stärker die politischen Umstände, also die polnische Unterdrückungspolitik als ursächlichen Hintergrund und damit als Rechtfertigungsbasis zu akzentuieren. Unter diesem Motto stand aus ruthenischer Perspektive auch die Debatte im Reichsrat vom 20. bis 25. Mai, die formell durch drei von ruthenischer Seite eingebrachte Dringlichkeitsanträge zum Verwaltungssystem in Galizien und zu Wahlmissbräuchen bei den vergangenen *Sejm*-Wahlen in Gang gebracht wurde. Ein Zusammenhang zwischen den Landtagswahlen und dem Mordanschlag auf den Statthalter war insofern gegeben, als der Attentäter gerade die angeblich prorussophile Wahlpolitik Potockis zum Hauptgrund für seine Tat erklärt hatte. Mit über zwanzig Rednern, die wiederum fast ausschließlich von Galizien gestellt wurden, gehörten jene drei unter dem Eindruck des April-Attentats geführte Parlamentssitzungen in die Reihe der großen Galizien-Debatten des österreichischen Abgeordnetenhauses.

In unserem Zusammenhang geht es nicht darum, jene Diskurse näher zu beleuchten, die sich zwischen polnischen und ruthenischen Abgeordneten abspielten. Da war auch

---

[255]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 49. Sitzung (16. 12. 1907), S. 3478–3480. Neue Freie Presse 17. 12. 1907 (15562), S. 1–3.

nicht viel Neues zu entdecken, nur der Ton war noch etwas schärfer geworden. Wirklich Neues ereignete sich dagegen innerhalb des ruthenischen Lagers. Gerade die Landtagswahlen hatten die Gegnerschaft zwischen Ukrainophilen und Russophilen in eine neue Dimension gehoben, denn letztere hatten erstmals unter ostgalizischen Konservativen und Nationaldemokraten Verbündete gefunden und hatten mit dieser Hilfe einen erstaunlichen Wahlerfolg erzielen können. Vor diesem Hintergrund kam es erstmals im österreichischen Parlament zu einer regelrechten Verbalschlacht zwischen den beiden Lagern, wodurch nicht nur viele Abgeordnete, sondern auch die deutschsprachige Öffentlichkeit mit einer innerruthenischen Kontroverse konfrontiert wurde, welche vielerorts noch unbekannt war. Protagonisten auf russophiler Seite waren der an der Wiener Universität promovierte Jurist Mykola Hlibovyc'kyj und der griechisch-katholische Priester und Konsistorialrat Vasyl' Davydjak. Auf der Gegenseite wurde die Debatte von Exponenten des radikalen Flügels (nicht unbedingt der radikalen Partei) der Fraktion geführt, dem erwähnten Tryl'ovs'kyj oder dem Juristen Vjačeslav Budzynovs'kyj, aber auch von gemäßigteren Deputierten wie dem Gymnasiallehrer Grygorij Ceglins'kyj oder dem in der Universitätsfrage besonders engagierten Lemberger Professor Stanislav Dnistrjans'kyj. Es konnte kaum jemandem entgehen, dass sich der um diplomatische Zurückhaltung bemühte Romančuk nicht an der Debatte beteiligte.

Die russophil–ukrainophile Kontroverse war sicherlich aufgeladen durch die vergangenen Ereignisse rund um die Landtagswahlen sowie durch das Überhandnehmen der radikalen Strömung im russophilen Lager. Im Kern ging es aber auch hier wiederum um dasjenige Problem, welches schon den Ruthenenklub auseinanderbrechen ließ: die Frage der nationalen Identität. Hlibovyc'kyj betrat die Rednerbühne mit drei voluminösen Büchern, aus denen er im Angesicht der versammelten Parlamentarier zu beweisen versuchte, dass „der kleinrussische Volksstamm Ostgaliziens, der Nordbukowina und Nordungarns, seit dem Jahre 1848 unwissenschaftlich „Ruthenen" genannt, einen nationalen und kulturellen Bestandteil der gesamten russischen Nation bildet."[256]) Er zitierte die Brockhaus-Enzyklopädie, vor allem aber philologische Werke wie dasjenige des Wiener Slawisten Jagić. Von seinen Gegenspielern wurde ihm vorgehalten, dass er und seine Parteigenossen bei Volksveranstaltungen Ukrainisch sprächen und dass es gerade die Volkssprache und die Volkskultur sei, welche das Nationalgefühl ausmache. Als eine der seltenen Stimmen eines Außenstehenden trat schließlich mit professoraler Überlegenheit Tomáš Masaryk auf und dozierte vor dem Plenum, dass sich eine Nation eben nicht nur durch Sprache, sondern im gegebenen Fall auch durch ein konfessionelles Bekenntnis und, noch entscheidender, durch einen gemeinsamen politischen Willen konstituiere. In einem politischen Forum, in dem vorwiegend der nationale Kampf praktiziert und viel weniger analysiert wurde, war diese kleine Lehrstunde in nationaler Theorie eine seltene Stimme. Masaryk, der damals den Sozialdemokraten nahe stand, griff den Ukrainophilen im übrigen nicht nur durch seine intellektuelle Kompetenz unter die Arme, sondern sprach sich auch in der Sache für die Annahme der Dringlichkeitsanträge aus – im Gegensatz zu seinen Konnationalen im tschechischen Lager.[257])

---

[256]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 72. Sitzung (20. 5. 1908), S. 4711–4718.
[257]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 75. Sitzung (25. 5. 1908), S. 4879–4912.

Der hier skizzierte, vorwiegend innerruthenische Identitätsdiskurs war nun allerdings mit einer politischen Dimension verquickt, die nicht zufällig im österreichischen Abgeordnetenhaus in Anwesenheit des Ministerpräsidenten zur Sprache kam. Es ging um die Frage nach den politischen Implikationen des russophilen Kulturbekenntnisses. Hlibovyc'kyj traf die wohl den wenigsten bekannte Unterscheidung zwischen dem national-kulturellen Begriff des Russischen und dem politisch-administrativen Begriff des „Russländischen", um gleich zu betonen, dass entgegen allen Unterstellungen ein Naheverhältnis zu den Machthabern in Petersburg nicht bestünde. Diese Behauptung bildete auch den Anlass dazu, die Russophilen als gesittete Gruppe zu charakterisieren, die Konflikte auf „friedlichem und kulturellem Wege, nicht mit einem Revolver in der Hand" bewältige. Sein Fraktionskollege Davydjak ergänzte dies mit einem eindrucksvollen Treuegelöbnis gegenüber dem österreichischen Kaiser und Staat. Mit diesen Worten wollten sich die Russophilen gegenüber den anwesenden Staats- und Parteivertretern als eine im Vergleich zu den Nationalukrainern verlässliche und vernünftige Kraft empfehlen.

Die radikalen Töne, welche von letzterer Seite kamen, machten ihnen das auch einigermaßen leicht. So schloss Budzynovs'kyj seine mehrstündige, von heftigen Vorwürfen begleitete Rede mit einer veritablen Injurie gegen die österreichischen Staatssymbole: „Ich schließe, indem ich […] zu dem habsburgischen Adler da oben über dem Kopfe des Herrn Präsidenten meine Augen – und meine Fäuste emporhebe und indem ich ihm mit den Worten Heines zurufe: „Du hässlicher Vogel! Wirst du mir einst in die Hände fallen, so rupfe ich Dir die Federn aus und hacke Dir ab die Krallen!". Bienerth (zu diesem Zeitpunkt Innenminister) wies in seiner Replik sowohl den verbalen Radikalismus des ruthenischen Nationaldemokraten als auch die Anbiederungsversuche der Russophilen zurück.[258])

Mit der großen Galiziendebatte waren die spektakulärsten Auftritte der Ruthenen im Abgeordnetenhaus der 11. Legislaturperiode vorüber. Als Beck Ende des Jahres seinen Abschied nahm, endete die Amtsperiode desjenigen Regierungschefs, der sich durch seine Verhandlungsoffensive vom Herbst 1907 gegenüber dem Ruthenenklub bis zu einem gewissen Grad, zumindest moralisch, verpflichtet hatte. Das Versprechen seines Nachfolgers Bienerth, ein Beamtenkabinett einzurichten, löste zunächst immerhin einen gewissen verhaltenen Optimismus unter den Ruthenen aus, denn von einem solchen war immer etwas mehr Objektivität zu erwarten. Gemischt wohlwollend war denn auch die Haltung der Fraktion gegenüber den einzelnen parlamentarischen Geschäften: Enthaltung bei der Abstimmung zum Budgetprovisorium, Ja zur Annexion von Bosnien und Herzegowina, Stimmfreigabe beim sogenannten Ermächtigungsgesetz zum Abschluss von Handelsverträgen.[259])

Als jedoch Bienerth im Februar 1909 sein Kabinett umbildete und mit Vertrauensleuten aus dem polnischen Lager ergänzte, verschlechterte sich die Beziehung zur Regierung. Es war wieder einer der Exponenten des radikalen Lagers in der Fraktion, Tryl'ovs'kyj, der mit schwerem Geschütz auffuhr. Anlässlich der Beratungen der Rekrutenvorlage war es an ihm, die negative Haltung seiner Fraktion zu begründen: So lange die Ruthenen derart stiefmütterlich behandelt würden, könne der Ruthenenklub „keinen Heller und keinen

---

[258]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 75. Sitzung (25. 5. 1908), S. 4804–4842 sowie S. 4879–4880.

[259]) Dilo 24. 12. 1908 (288), S. 1. Die führende ruthenische Tageszeitung kritisierte zu diesem Zeitpunkt die Politik der Reichsratsfraktion als allzu konziliant.

Mann“ gewähren. Tryl’ovs’kyj benützte zudem die Gelegenheit, um die Gendarmerie und die Offiziere der Armee zu kritisieren und insbesondere von Gräueltaten der österreichisch-ungarischen Armee in Bosnien zu sprechen. Das brachte den anwesenden Landesverteidigungsminister Friedrich Freiherr von Georgi aus der Fassung, der dem Redner ins Wort fiel – ein höchst seltenes Verhalten von Seiten eines im Plenum anwesenden Ministers – und ihm eine Beleidigung der Armee vorwarf. Der Ruthenenklub geriet dermaßen unter Druck, dass er sich am Folgetag von den diesbezüglichen Äußerungen seines Mitglieds distanzieren musste – eine neuerliche Beschädigung seines Images vor weiten Teilen der Öffentlichkeit.[260])

In der nun einsetzenden verstärkten Opposition gegen die Regierung Bienerth II übernahm die Slawische Union die Hauptrolle, während der Ruthenenklub – wohl zu seiner eigenen Erleichterung – in den Hintergrund geriet. Da die russophilen Abgeordneten in corpore – also als Russisch (Ruthenisch)-Nationaler Klub – diesem Verband beitraten, waren es nun ausgerechnet sie, die angeblich politisch Milden, welche in den Obstruktionsstrudel gerieten. Der Ruthenenklub pflegte mit jener auf Slawentum und Opposition begründeten supranationalen Fraktion lediglich eine intensive parlamentarische Beziehung, intensiv genug, um den Polenklub in hohem Maße zu beunruhigen. Im Juli 1909 wurde das enge Verhältnis zwischen beiden Fraktionen durch ein Kooperationsabkommen verfestigt, das abgesehen von der wechselseitigen Unterstützung in politischen Angelegenheiten sogar ein Anwesenheitsrecht eines ruthenischen Vertreters bei allen Verhandlungen der Slawischen Union festschrieb.[261])

Angesichts seiner zunehmenden Isolierung auch gegenüber den bislang treuesten Verbündeten, den anti-obstruktionistischen Sozialdemokraten, kam diese Konsolidierung der Opposition den Bedürfnissen des Ruthenenklub sehr entgegen. Gleichzeitig verhärtete sich mit jedem von der Mehrheit abgelehnten politischen Vorstoß des Ruthenenklubs – sei es die Erarbeitung eines umfassenden Sprachengesetzes, die Abschaffung oder Umwandlung des Galizien-Ministers, die Teilung des Landesschulrats oder die Errichtung der ruthenischen Universität in Lemberg – dessen negative Haltung gegenüber der Regierung. Budget- und Rekrutenvorlagen, Symbole des herrschenden Systems, wurden nun regelmäßig zurückgewiesen. Keine Gnade fand aber auch jene oben erwähnte Revision der Geschäftsordnung im Dezember 1909, denn damit würde – so die Argumentation der Fraktionsstrategen vor dem Plenum – gerade denjenigen, die einer Notwehr am meisten bedurften, eben den Ruthenen, eine parlamentarische Waffe gewaltsam entzogen. Das Selbstbild der vergessenen und vernachlässigten Nation war trotz der politischen Aufwertung seit der demokratischen Wahlreform nicht verblasst, sondern hatte im Gegenteil noch an Schärfe und Kontur gewonnen.[262])

Die Politik der verschärften Gangart hatte jedoch auch ihren Preis, denn sie entfremdete die Bukowiner Ruthenen von der Mehrheit der Fraktion. Jene hatten schon seit der Klubgründung gegen einen strikten Antiregierungskurs Widerstand geleistet. Das hing mit dem vergleichsweise loyal-konservativen Charakter der politischen Eliten der Bukowina zusammen, insbesondere aber auch mit der wohlwollenden Politik der amtierenden Regierung

---

[260]) Sten. Prot. AH, 19. Session, 4. Sitzung (15. 3. 1909), S. 188–195; Dilo 17. 3. 1909 (58), S. 2.
[261]) Levyc’kyj, Istorija, S. 521.
[262]) Sten. Prot. AH, 20. Session, 18. Sitzung (15. bis 19. 12. 1909), S. 1123 f.

gegenüber den Wünschen jenes Kronlands und seiner Nationalitäten. Der durchaus unterschiedliche Blick auf die Regierung aus der Perspektive des Landespolitikers lässt sich besonders deutlich an der im Parlament geäußerten Feststellung Vasyl'kos erkennen, dass es „kaum je einen Unterrichtsminister gegeben habe, dem das ruthenische Volk in der Bukowina zu so viel Dank verpflichtet gewesen sei."[263]) Dieser selbe Unterrichtsminister war es, der von den galizischen Ruthenen wegen seiner zögerlichen Haltung in der Lemberger Universitätsfrage unter Dauerbeschuss stand.

Für eine tatsächliche Abspaltung brauchte es allerdings einen besonders kontroversen Anlass, und dieser fand sich in der erwähnten Auseinandersetzung um die Bosnische Agrarbank. Während die Mehrheit des Ruthenenklubs aus Rücksicht auf die Bündnisverpflichtungen gegenüber der Slawischen Union für den Dringlichkeitsantrag Šusteršič eintrat, wollten die Bukowiner aufgrund ihrer regierungstreuen Haltung gerade in außenpolitischen Belangen jenem nicht beipflichten. Die Stimmen der Bukowiner Ruthenen wurden, wie bereits erwähnt, schließlich sogar ausschlaggebend für die Ablehnung des Antrags. Obwohl es keine direkten Beweise gibt, lässt sich durchaus annehmen, dass die Regierung im Vorfeld jener Abstimmung ihren aktiven Beitrag zur Abspaltung der Bukowiner von dem Ruthenenklub geleistet hat.

Die fünf ruthenischen Abgeordneten aus der Bukowina gründeten also im Juni 1909 den sogenannten „Klub der Bukowiner Ruthenen" und wählten Vasyl'ko zu ihrem Obmann. Dieser übernahm nun hinsichtlich der ruthenischen Position in Wien jene Doppelrolle, die bis 1903 der Nationalklerikale Barvins'kyj gespielt hatte: Einerseits trat er weiterhin dezidiert für die nationalen Rechte aller Ruthenen in der Habsburgermonarchie ein und wusste sich zudem als lautstärkster Warner vor der russophilen Gefahr in den Debatten auszuzeichnen.[264]) Andererseits profilierte er sich als Verteidiger einer konstruktiven Kompromisspolitik im Verhältnis zur Regierung und den Mehrheitsparteien. Er grenzte sich damit von der Mehrheit im Ruthenenklub ab, lag aber weit weniger entfernt von der Linie des Fraktionschefs Romančuk. Dessen eigene moderate Haltung, mit der er im Klub immer weniger durchdringen konnte, wurde im Februar 1910 mit der Übernahme eines der Vizepräsidentenposten des Abgeordnetenhauses honoriert.

Auch wenn Romančuk diese Stelle mit sechs anderen teilen musste, wurde die Bekleidung eines solchen Amtes durch einen Ruthenen als signifikante kollektive Aufwertung und damit als Einschnitt in der Geschichte der ruthenischen parlamentarischen Vertretung gewertet. Als Romančuk wenige Monate später die Fraktionsleitung niederlegte, wurde der schleichend voranschreitende Generationenwechsel offiziell sanktioniert: Kost' Levyc'kyj wurde Obmann, Teofil Okunevs'kyj Stellvertreter, während der alte Obmann gemeinsam mit Jevhen Levyc'kyj und Lev Bačyns'kyj (dem einzigen Radikalen) die parlamentarische Kommission bildeten. Die Zurückversetzung des besonnenen politischen Pragmatikers Romančuk ins zweite Glied ebnete den Weg zu einer weiteren Radikalisierung des Ruthenenklubs, die ihren Höhepunkt allerdings erst in der folgenden 12. Legislaturperiode erreichen sollte.

---

[263]) Sten. Prot. AH, 20. Session, 57. Sitzung (16. 6. 1910), S. 3298.

[264]) Siehe etwa seine Rede zum Budgetprovisorium vom Dezember 1909, die wegen der andauernden Wortgefechte mit Markov beinahe unterbrochen werden musste. Sten. Prot. AH, 20. Session, 16. Sitzung (11. 12. 1909), S. 953–959.

d) Der jüdische Klub: Jüdische Nationalpolitik im parlamentarischen Diskurs

Als sich am 17. Juni 1907 im Wiener Abgeordnetenhaus eine vierköpfige Fraktion unter dem Namen „Jüdischer Klub" konstituierte, war dies zunächst einmal eine Sternstunde in der Geschichte der nationaljüdisch-zionistischen Bewegung. Erstmals bestand die Möglichkeit, vor dem Forum eines legitimierten parlamentarischen Körpers die Idee einer jüdischen Nation zu proklamieren. Im Rahmen eines Nationalitätenparlaments war die neue Gruppierung allerdings ein weniger ungewöhnliches Phänomen. Sie verstärkte vielmehr den Eindruck, dass im österreichischen Parlament anstelle der im späten 19. Jahrhundert entstandenen politisch-ideologischen Strömungen das nationale Bekenntnis das primäre gruppenkonstituierende Element bildete. Mochte der nationale Anspruch des Jüdischen Klubs auch kontrovers beurteilt werden, mochte er von Seite des österreichischen Staates nicht anerkannt und gerade innerjüdisch heftig bekämpft werden: Unter dem Aspekt der im Abgeordnetenhaus angebotenen diskursiven Muster fügte sich die neue Fraktion nahtlos in die prägende Tendenz ein, jede politische Forderung mit dem Gewicht eines nationalpolitischen Fundamentalrechts zu untermauern.

Die mit der Konstituierung einhergehende programmatische Erklärung des Jüdischen Klubs widerspiegelt in ihrem textlichen Aufbau diese primäre Bedeutung des nationalen Selbstverständnisses: „Der Jüdische Klub wird stets für die Rechte, Interessen und die Wohlfahrt des jüdischen Volkes eintreten, die Anerkennung der jüdischen Nationalität und die faktische Durchführung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Juden energisch verlangen und unablässig zu verwirklichen trachten und alle von welcher Seite immer kommenden Angriffe auf das Judentum entschieden abwehren." Aus der für alle modernen nationalen Bewegungen typischen Identifizierung von Nationalpolitik mit einer Politik zugunsten der breiten Volksmassen folgt das Bekenntnis zu einer „wahrhaft volkstümliche[n]" Politik im Dienste des Fortschritts, der Freiheit, der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die wesentliche kollektive Freiheit aber, also die „nationale Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Volksstämme" könne nur auf dem Weg der nationalen Autonomie bewerkstelligt werden.[265])

Wie diese nationale Autonomie auszusehen hatte, ließ das Programm offen. In den Wortmeldungen des Jüdischen Klubs lässt sich ebenfalls kein klares Konzept erkennen. Rief man nach nationalen Kurien unter Einschluss einer jüdischen, wie dies der Klubobmann Benno Straucher schon in seiner bisherigen parlamentarischen Arbeit getan hatte, so orientierte man sich am bestehenden staatlichen Gefüge. Forderte man hingegen eine Lösung im Sinne der Renner'schen Personalautonomie, wie dies der stellvertretende Obmann des Klubs Adolf Stand tat, so verabschiedete man sich vom traditionell gültigen Territorialprinzip.[266]) Ein Verzicht auf die bisherige Länderstruktur musste gerade den Juden angesichts ihrer reichsweiten Zerstreuung und ihrer mangelnden historischen Bindung an die Länder relativ leicht fallen. Es gab zwar Strömungen in der Bevölkerung, welche Galizien

---

[265]) Die programmatische Erklärung zitiert bei Gaisbauer, Davidstern, S. 479.

[266]) Vgl. dazu die Ausführungen von Adolf Stand während der Budgetdebatte vom Dezember 1907 in Sten. Prot. AH, 18. Session, 53. Sitzung (19. 12. 1907), S. 3654–3664. Stand fand sich damit in Einklang mit den Dogmatikern der nationalen Autonomie. Siehe Neue Zeitung 30. 8. 1907 (12), S. 3 und 20. 9. 1907 (15), S. 1 f.

als eine Art Heimat der Juden empfanden, doch gerade die den säkularen Nationsbewegungen eigene intellektuell gesteuerte Suche nach den historischen Wurzeln führte nach Palästina.

Trotzdem fehlte Palästina als geistiger Orientierungspunkt und politisches Fernziel im Programmtext des Juni 1907. Das hatte zunächst einmal mit der Logik der politischen Aufgabe zu tun, musste doch bei einer parlamentarischen Fraktion notgedrungen die sogenannte Gegenwarts- oder Landespolitik im Vordergrund stehen, also die kurzfristig erreichbare Verbesserung der Lage der jüdischen Bevölkerung. Gerade Benno Straucher, den man als einzigen Parlamentarier mit Erfahrung unbedingt in der Fraktion halten wollte, war als alteingesessener Bukowiner und politischer Pragmatiker ohnehin ein ausgesprochener Befürworter dieses Konzepts und ein Skeptiker gegenüber dem als radikal apostrophierten zionistischen Ideal. Auf sein Betreiben hin war überhaupt der unverfängliche Klubname gewählt worden, der alle Optionen offen ließ.[267])

Zu den erstrangigen Aufgaben, welche sich die Fraktion stellte, gehörte die Anerkennung der Juden als Nation. Der Kampf für dieses Ziel fand in diversen Sachbereichen statt, die einer gesetzlichen Anpassung zugänglich waren, etwa bei den Inskriptionsformalitäten an der Universität, bei der Durchführung der Volkszählung von 1910 oder bei der Reklamierung einer eigenen Vertretung in einem galizischen Landsmannministerium, das seinem Namen gerecht würde. Auch durch diverse Auftritte mit vorwiegend symbolischem Charakter versuchten die Jüdischnationalen zu unterstreichen, dass sie wie alle anderen Gruppierungen auch im Namen einer eigenständigen nationalen Entität zu sprechen berechtigt seien. Das gilt etwa für das Gedenken zu Ehren des verstorbenen Lev Tolstoi, den der Abgeordnete Artur Mahler als großen „Kämpfer für Menschenrechte und Befreiung der Menschenseele“ pries oder für den schon erwähnten eindrucksvollen Protest zahlreicher Fraktionen gegen die preußische Polenpolitik. Als bei letzterem Anlass Adolf Stand „als Sohn der bedrücktesten Nation, der jüdischen Nation“ das Wort ergriff, wurde diese Äußerung allerdings mit einem Lachen im Saal quittiert.[268])

Tatsächlich gab es jedoch genügend Gründe, von einer bedrückten Nation zu sprechen. Gerade aufgrund des Fehlens einer politischen Lobby im Abgeordnetenhaus seit dem Niedergang des Liberalismus hatte man bisher keine Möglichkeit gehabt, in adäquater Weise auf gesetzliche Maßnahmen zu reagieren, welche die spezifische wirtschaftliche Interessenlage der jüdischen Bevölkerung berührten. Dies betraf vor allem die Gewerbeordnung, etwa das Sonntagsruhegesetz oder das Hausierergesetz. Ebenso machtlos war man gegenüber der anhaltenden Diskriminierung von Juden im öffentlichen Sektor, sei dies beim Militär oder bei der Staatsverwaltung. An diesem Defizit politischer Interessenwahrnehmung wollten die Vertreter des jüdischen Klubs mit ihren parlamentarischen Vorstößen und Reden ansetzen.[269])

---

[267]) Naprzód 19. 6. 1907 (172), S. 1; Tygodnik 12. 7. 1907 (28), S. 1.

[268]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 37. Sitzung (28. 11. 1907), S. 2817. Die Erklärung zum Tode Tolstois durch Mahler ebd. 66. Sitzung (24. 11. 1910), S. 3906.

[269]) „Abstimmen, Interpellieren, Intervenieren und Sprechen“ – dies die vier Aufgaben der Abgeordneten, so Adolf Stand in seiner Bilanz nach zwei Jahren Jüdischer Klub im österreichischen Parlament: Die Welt 30. 4. 1909 (18), S. 385 f.

Angesichts der genannten zentralen politischen Forderungen wie der Anerkennung der jüdischen Nationalität, der nationalen Autonomie oder der tiefgreifenden Demokratisierung kann es kaum verwundern, dass sich der Jüdische Klub ähnlich wie die Ruthenen in der Rolle einer Art Fundamental-Opposition gegenüber dem „System" sahen. Dennoch wurden die wechselnden Kabinette der 11. Legislaturperiode unterschiedlich bewertet. Ministerpräsident Beck galt den Jüdischnationalen immerhin zunächst einmal als „Meister der Wahlreform".[270]) Er war es auch, der im Herbst 1907 der Fraktion zu einem gewissen Maß an öffentlicher Anerkennung verhalf, indem er sie zu einer Audienz einlud und sich ihre Klagen und Wünsche anhörte. Das Motiv war allerdings keineswegs eine selbstlose Gunsterweisung, sondern der Zwang, für den Wirtschaftsausgleich mit Ungarn eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen. Wie im Falle der Verhandlungen mit dem Ruthenenklub, welche die oben beschriebenen Turbulenzen auslösten, konnte auch der Jüdische Klub gewisse Zugeständnisse erreichen, welche ihn letztendlich (dies im Gegensatz zum Ruthenenklub) sogar dazu bewegten, für den Ausgleich zu stimmen. Dank diesem politischen Handel konnte der Jüdische Klub trotz seiner geringen Größe mit Recht von sich behaupten, Teil des politischen Spiels geworden zu sein.[271])

Mit der Regierungsumbildung vom November 1907 und dem Eintritt des Katholisch-Konservativen Alfred Ebenhoch und des Christlichsozialen Albert Gessmann verschlechterte sich nicht unerwartet das Verhältnis des Jüdischen Klubs zur Regierung Beck. Noch negativer war die Haltung gegenüber dessen Nachfolger Bienerth, insbesondere nach der Regierungsumbildung und der Beförderung Weiskirchners zum Minister. Fortan stimmte der Jüdische Klub konsequent gegen das Budget, um gegen den Status Quo im österreichischen Staat zu protestieren.[272]) In der Frühjahrssession des Jahres 1909, welche der Regierungsumbildung folgte, steigerte sich anlässlich der Beratung über das Hausierergesetz der verbale Schlagabtausch zwischen Jüdischnationalen und Antisemiten („jüdische Frechheit", „Lausbub" etc.) zu Handgreiflichkeiten und zu einer – nicht verwirklichten – Duell-Forderung. In einem anderen Fall beschuldigten die jüdischnationalen Abgeordneten den christlichsozialen Parlamentspräsidenten einer seiner Funktion widersprechenden Parteinahme zugunsten eines Parteigenossen, der sich herablassend über die jüdische Religion geäußert hatte. Diese verschärfte Opposition des Jüdischen Klubs infolge des gesteigerten Einflusses der Christlichsozialen überschritt jedoch nie die Grenzen zur Obstruktion. Allerdings hielt man es mit dem Ruthenenklub, als man sich aus genau demselben Grund wie dieser gegen die Revision der Geschäftsordnung wandte: Wer ständig von der Mehrheit überrollt werde, dem bliebe zumindest als Drohmittel die Waffe der Obstruktion erhalten.[273])

Neben dem spannungsreichen Verhältnis zu den Christlichsozialen ist als zweites Element das Verhältnis zum Polenklub und zu den galizischen Eliten zu benennen. Hier war

---

[270]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 53. Sitzung (19. 12. 1907), S. 3663.

[271]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 44. Sitzung (10. 12. 1907), S. 3185–3191.

[272]) Sten. Prot. AH, 19. Session, 31. Sitzung (18. 6. 1909), S. 1845–1849; 20. Session, 24. Sitzung (2. 3. 1910), S. 1505–1510; 20. Session, 56. Sitzung (15. 6. 1910), S. 3188–3191.

[273]) Vgl. den Tumult während der Rede Artur Mahlers in Sten. Prot. AH, 20. Session, 88. Sitzung (7. 2. 1911), S. 5126–5129. Zur Geschäftsordnung eben dieser in 46. Sitzung (13. 5. 1910), S. 2578–2581.

es insbesondere das uns bereits wohl vertraute System der Verwaltungs- und Wahlmissbräuche, dessen Bekämpfung dem Jüdischen Klub einen Platz unter den galizischen Oppositionsgruppen sicherte. Tatsächlich zählte der Jüdische Klub neben den Sozialdemokraten und dem Ruthenenklub zu denjenigen Fraktionen, welche einen Dringlichkeitsantrag zu den Reichsratswahlen von 1907 einbrachten. Adolf Stand war es, der in seinem ersten Auftritt vor dem Parlamentsplenum diesen Vorstoß als gesamtgalizischen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit präsentierte, ausgefochten „Hand in Hand mit der polnischen Demokratie und mit der ruthenischen Demokratie, Arm in Arm mit allem, was jung, modern, was lebensfähig und lebenskräftig in allen drei Völkern des ganzen Landes ist.“[274])

Spätere Debatten sowie Interpellationen boten wiederholt Gelegenheit, der Öffentlichkeit darzulegen, dass auch die jüdische Wählerschaft im Ausdruck ihres freien demokratischen Willens behindert worden sei. In dieses Kapitel der galizischen Landespolitik gehören außerdem Interpellationen zu Zeitungskonfiskationen, zur Behinderung politischer Versammlungen, zu Verboten der Benützung der hebräischen Sprache, zur Misshandlung jüdischer Militärangehöriger und ähnlicher Vergehen der politischen Behörden. Ins Schussfeld der Kritik geriet vor allem der neu ernannte Referent für jüdische Fragen in der Lemberger Statthalterei. Die Schaffung einer solchen Stelle, die im Zusammenhang mit einer groß angelegten Enquete zur Lage der galizischen Juden entstand, musste an sich als Beitrag zu einer objektiven Erfassung dieser mit so vielen Vorurteilen behafteten Bevölkerungsgruppe positiv beurteilt werden; für die nationaljüdische Bewegung galt sie jedoch als Koordinationsstelle zur Bekämpfung ihrer eigenen politischen Bestrebungen.[275])

Die Kritik an den politischen Zuständen im Kronland Galizien brachte den Jüdischen Klub in erster Linie in ein enges Verhältnis zum Ruthenenklub. Dieses Bündnis kann nicht zuletzt als Fortsetzung der Wahlabsprachen verstanden werden, denen zwei der vier Mitglieder der neuen Fraktion ihre Wahl verdankten. Im Abgeordnetenhaus fand der ruthenisch–nationaljüdische Schulterschluss seinen Ausdruck in Bereichen formaler Unterstützung und in einer gemeinsamen politischen Rhetorik. So wurden die von nationaljüdischer Seite eingebrachten Anträge und Interpellationen stets von Mitgliedern des Ruthenenklubs (sowie vom unabhängigen Sozialisten Ernest Breiter) mitunterzeichnet. In diesem Fall war das Abhängigkeitsverhältnis allerdings ein einseitiges, konnte doch der Ruthenenklub bei seinen parlamentarischen Vorstößen auf die Unterstützung der nationaljüdischen Abgeordneten gut und (angesichts antisemitischer Stimmen im ruthenischen Lager) auch gerne verzichten.

Die Mitglieder des Jüdischen Klubs beglichen ihre dadurch erwachsene Schuld gegenüber dem Ruthenenklub, indem sie vor dem Parlamentsplenum den nationalen Bestrebungen der Ruthenen ihre Unterstützung zusagten. Dies fiel ihnen umso leichter, als sie selbst ihre eigene Nation zu den am ärgsten verfolgten und bedrückten Völkern zählten. Die mehrfach beschworene Schicksalsgemeinschaft beider Nationen ging dort zuende, wo es um die Lösung des Problems ging. Dem erwähnten konsequenten Eintreten der Jüdischnationalen für die nationale Autonomie stand die Position des Ruthenenklubs gegen-

---

[274]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 7. Sitzung (3. 7. 1907), S. 567.

[275]) Vgl. dazu die Budgetrede von Heinrich Gabel in Sten. Prot. AH, 19. Session, 31. Sitzung (18. 6. 1909), S. 1845–1849.

über, der dieses Prinzip aufgrund seines historischen Anspruchs auf Ostgalizien stets mit territorialem Denken zu vermengen geneigt war.

Ein drittes Beziehungsgeflecht, in welches der Jüdische Klub im Rahmen des Abgeordnetenhauses eingebunden war, kann als das innerjüdische bezeichnet werden. Was sich in der Öffentlichkeit, vor allem in den Druckmedien, bereits seit den 1890er Jahren abspielte, fand nun erstmals in einem politischen Organ ein diskursives Forum. Da der überwiegende Teil der jüdischen Glaubensgenossen aus anderen Fraktionen ebenfalls das Kronland Galizien repräsentierte, war die innerjüdische Debatte auch zumeist mit einer galizischen Komponente vermengt. Die erste Gelegenheit eines verbalen Schlagabtausches bot sich bereits während der großen Debatte um die „Galizischen Wahlen“ , als der redegewandte Abgeordnete des Polenklubs Natan Loewenstein auf den Anspruch der Jüdischnationalen reagierte, die einzigen Verfechter der jüdischen Demokratie zu sein.

Loewenstein konterte mit seinen eigenen liberalen Vorstellungen von Individualität und Freiheit, die gerade im Gegensatz stünden zum national-separatistischen Streben seiner Antagonisten vom Jüdischen Klub. Anstatt auf dem Gemeinschaftssinn gleichberechtigter Bürger zu bauen, die ohne Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntnis an einer besseren Zukunft arbeiteten, würde die von den Jüdischnationalen geforderte konsequente Durchsetzung einer eigenständigen jüdischen Nationalität die vorhandenen Gegensätze innerhalb der Gesellschaft noch weiter verbreitern und vertiefen. Das aus der Rede Stands aufgegriffene Wort des „Hausjuden“ (als eines vom Wohlwollen der Nicht-Juden abhängigen, Lakaiendienste leistenden Juden) deutete Loewenstein um im Sinne eines galizischen (und polnischen) Patriotismus, der im offenkundigen Widerspruch zum Palästina-Patriotismus seiner Kontrahenten stünde: „Wenn […] ‚Hausjude’ heißen soll ein Jude, welcher sein Haus liebt, welcher an seinem Heim hängt, dem die Scholle teuer ist, in der der Staub seiner Ahnen ruht, dann wollen wir Stolz den Namen eines ‚Hausjuden’ tragen.“[276]) Während also Loewenstein den galizischen Patriotismus der Nationaljuden in Frage stellte, kam von westösterreichischen jüdischen Glaubensgenossen vor allem der Vorwurf der Rückschrittlichkeit und des Klerikalismus. Das war sicherlich das schwächere Argument. Es gab zwar im zionistischen Lager prominente Vertreter der jüdischen Religionslehre; zahlreicher waren diese aber – und darauf wiesen die Parlamentarier des Jüdischen Klubs auch wiederholt hin – im Lager ihrer Gegner, in der nicht-zionistischen Orthodoxie.[277])

Neben Momenten innerjüdischer Auseinandersetzung bot allerdings die 11. Legislaturperiode gerade wegen der prominenten Rolle der Christlichsozialen in ihr auch etliche Gelegenheiten, über die Fraktions- und Parteigrenzen hinweg jüdische Solidarität zu zeigen. Ein Beispiel wurde bereits genannt, die Wahl Weiskirchners zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Die Jüdischnationalen stimmten bei diesem Anlass für den Sozialdemokraten Pernerstorfer. Ein weiteres Beispiel bietet die große Debatte um die Freiheit der Wissenschaft, die vor dem Hintergrund der Wahrmund-Affäre durch einen Dringlichkeitsantrag

---

[276]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 8. Sitzung (4. 7. 1907), S. 706.

[277]) Vgl. auch die Entgegnung des jüdischnationalen Abgeordneten Artur Mahler auf den Vorwurf des Klerikalismus und des Verrats am jüdischen Kosmopolitismus (Sten. Prot. AH, 18. Session, 39. Sitzung (3. 12. 1907), S. 2896–2898 sowie den Wortwechsel zwischen dessen Klubkollegen Heinrich Gabel und dem deutschliberalen jüdischen Abgeordneten Ignaz Kuranda in Sten. Prot. AH, 19. Session, 31. Sitzung (18. 6. 1909), S. 1846.

Masaryks initiiert wurde. Als Karl Lueger die Gelegenheit benutzte, um auf den Hilsner-Prozess anzuspielen und laut über eine zahlenmäßige Beschränkung der jüdischen Hochschüler nachzudenken und als sein Klubkollege Karl Drexel rassistische Theorien über Ariertum und Judentum verbreitete, traten den Genannten nicht nur der Fraktionschef der Jüdischnationalen entgegen, sondern auch Loewenstein (der bei dieser Gelegenheit von Weiskirchner auf sachlich unhaltbare Weise gemaßregelt wurde), der jüdisch-deutschfortschrittliche „Sozialpolitiker" Julius Ofner sowie der unabhängige jüdisch-demokratische Abgeordnete aus Krakau, Adolf Gross.[278])

In ähnlichem Zusammenhang stand ein gesamtjüdischer Protest gegen eine Resolution des Christlichsozialen Heinrich Schmid, der im Budgetausschuss für einen gegen die Juden gerichteten Numerus Clausus bei den Mittelschulen eingetreten war. Schließlich ist die Beratung über das Gesetz zur Beschränkung des Hausierhandels vom Februar 1911 zu nennen, das auf Betreiben der im zuständigen Ausschuss tonangebenden Christlichsozialen und des nunmehrigen Handelsministers Weiskirchner gegenüber früheren Versionen wesentlich verschärft worden war. Da dieses Gesetz gerade in Galizien vor allem die jüdische Bevölkerung treffen sollte (und entsprechend von den Christlichsozialen auch ausgeschlachtet wurde), traten ihm wiederum nicht nur der Jüdischnationale Mahler, sondern auch aus den Reihen des Polenklubs der Industrielle Heinrich Kolischer sowie erneut Ofner und der polnisch-jüdische Sozialdemokrat Herman Diamand entgegen.[279])

Die Existenz einer jüdischnationalen Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhaus blieb auf die Zeitperiode von 1907 bis 1911 beschränkt. Der Niedergang hatte allerdings schon vor den Wahlen von 1911 begonnen. Seit etwa 1909 mehrten sich die Stimmen, dass der Jüdische Klub die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen vermochte. Manche sprachen von einem vollständigen Misserfolg. Zweifellos wirkte sich die Zusammensetzung der Fraktion negativ auf ihre politische Tätigkeit aus. Der Jüdische Klub war in personeller Hinsicht ein Zufallsprodukt, das Resultat besonderer Konstellationen in einzelnen Wahlbezirken. Er bestand aus einer Gruppe völlig divergierender Persönlichkeiten unterschiedlichster Herkunft, Prägung und politischer Überzeugung. Symptomatisch für die Heterogenität der Fraktion, typisch aber auch für die Situation der europäischen Juden insgesamt, war die Tatsache, dass der zu Sessionsbeginn geleistete Eid von zwei Mitgliedern (Stand und Gabel) auf polnisch und von den beiden anderen (Mahler und Straucher) auf Deutsch geleistet wurde.

Weit negativer schlug allerdings für den Jüdischen Klub zu Buche, dass gerade wegen der Zufälligkeit seiner Zusammensetzung der eigentliche vordenkerische Kern der nationaljüdischen Bewegung nicht in ihm vertreten war, mit Ausnahme eventuell von Adolf Stand. Nur eine solche unmittelbare Beteiligung der maßgebenden Figuren an der Fraktion hätte dieser die Kraft verleihen können, im Zusammenwirken mit der parteieigenen

---

[278]) Sten. Prot. AH, 18. Session, 41. Sitzung (5. 12. 1907), S. 3048 f.

[279]) Sten. Prot. AH, 20. Session, 88. Sitzung (7. 2. 1911), S. 5126–5133; 90. Sitzung (9. 2. 1911), S. 5207–5221; 91. Sitzung (10. 2. 1911), S. 5280–5282 und S. 5283–5288. Der Polenklub hatte sich nicht nur wegen des Widerstands seiner jüdischen Mitglieder, sondern auch wegen der Bedeutung des Hausierhandels für die Wirtschaft Galiziens generell auf keinen einheitlichen Standpunkt in dieser Frage einigen können. Am Ende sprach nur Kolischer, als Kontra-Redner, während der Debatte.

Presse eine kohärente und einprägsame Politik im Abgeordnetenhaus zu betreiben. So führten denn Uneinigkeit und mangelnde Fraktionsdisziplin zu einem heftigen, arbeitslähmenden Streit zwischen den Mandataren, so dass nach allgemeiner Einschätzung der Jüdische Klub bereits im Frühjahr 1910 praktisch nur noch auf dem Papier existierte.

Dennoch sollte man ein solches negatives Pauschalurteil über den Jüdischen Klub nicht unkritisch übernehmen. Schließlich handelt es sich dabei um ein Meinungsbild, das zum großen Teil im zeitgenössischen Diskurs entstand, folglich alles andere als frei war von politischen Zwecken und der dazugehörenden Polemik. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Jüdische Klub im Rahmen seiner Möglichkeiten das Parlament und mit Hilfe der Presse auch die Öffentlichkeit über die Lage der Juden insbesondere Galiziens aufklärte – bei allen Vorbehalten hinsichtlich der Bereitschaft der Öffentlichkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Differenzierungen überhaupt wahrzunehmen und etwa antisemitische Stereotypen zu korrigieren. Es sei nochmals daran erinnert, dass den übrigen jüdischen Abgeordneten Galiziens aufgrund ihrer Fraktionsbindung eine ähnlich offene Darlegung der Situation, eine ähnlich klare Beschwerdeführung bezüglich der existierenden Unterdrückungsmechanismen nicht ohne weiteres möglich war. Im Kontext der zunehmenden nationalen Verengung entsprach es ja überdies der Logik, dass der Pole nur über die Misshandlung eines Polen, der Ruthene nur über die Knechtung eines Ruthenen sprach und interpellierte.

Diese Art von Lobbying vis à vis der öffentlichen Meinung zugunsten der Juden übernahm der Jüdische Klub. Eine darüber hinaus gehende Erfolgsbilanz etwa im Sinne einer Anerkennung der jüdischen Nationalität oder einer Umkehr in der antijüdischen Gewerbepolitik wäre von einer vierköpfigen (seit dem Tod Gabels im Jahr 1910: dreiköpfigen) Gruppe gerade unter den gegebenen Umständen einer von Christlichsozialen und Polenklub dominierten parlamentarischen Ära ja wohl kaum zu erwarten gewesen.[280])

4. Von Gautsch bis Stürgkh (1911–1914)

a) Der Polenklub: Im Spannungsfeld zwischen Statthalter- und Antistatthalterblock

Nach Abschluss des zweiten nach demokratischem Männerwahlrecht durchgeführten Urnengangs trat das österreichische Abgeordnetenhaus im Juli 1911 in stark veränderter Zusammensetzung zusammen, um zunächst in einer kurzen, zweiwöchigen Sommersitzung erste parlamentarische Geschäfte zu erledigen. Den stärksten parlamentarischen Block bildeten nicht mehr die vor allem in Wien arg gebeutelten Christlichsozialen (72 Mandate), sondern der Deutsche Nationalverband (99), der unter der Parole der „bürgerlichen Sammlungspolitik“ dem Vormarsch der Sozialdemokraten (44) Einhalt zu gebieten versprach. Bei den Tschechen blieb es bei fünf Gruppierungen, wobei allerdings die Katholisch-Nationalen (7 Mandate) gegenüber den Agrariern (37) und der Gruppe der Nationalsozialen und Fortschrittlichen (20) deutlich zurückgestuft worden waren. Jungtschechen und Tschechische Sozialdemokraten kamen auf 17 bzw. 26 Mandate. Mit Ausnahme

---

[280]) Vgl. dazu auch Gaisbauer, der sich etwas unkritisch dem negativen Bild der Zeitgenossen anschließt: Davidstern, S. 487 f.

eines Einzigen gehörten alle gewählten tschechischen Sozialdemokraten den gegen die Wiener Parteizentrale gerichteten Separatisten an. Für die Ausgestaltung parlamentarischer Mehrheiten waren die Verschiebungen bei den kleineren Nationalitäten hingegen von geringerer Bedeutung, so sehr in ihnen auch bedeutsame regionale und innernationale Entwicklungen, etwa im Erfolg der kroatischen „Reinen Rechtspartei" in Dalmatien, ihren Ausdruck fanden.[281])

Verlauf und Ausgang der Wahlen in Galizien wurden im Abschnitt II ausführlich dargestellt. Im polnischen Lager stand der Sieg der Blockparteien einer Niederlage der Nationaldemokraten gegenüber sowie einer Schwächung der Podolaken, die eine ihrer Führungspersönlichkeiten, Stanisław Starzyński, eingebüßt hatten. Die gegen Ende der abgelaufenen Legislaturperiode eingetretene politische Entfremdung zwischen Krakauer Konservativen, Demokraten und Volkspartei einerseits und Nationaldemokraten und einem Teil der Podolaken andererseits hatte durch die von Bobrzyński koordinierte antinationaldemokratische Wahlpolitik deutlich an Schärfe gewonnen. Dieses belastende Moment aus den Monaten des Wahlkampfs wirkte sich auf die gesamte Legislaturperiode aus. Was die tatsächliche Mandatsstärke und die interne Zusammensetzung betrifft, so konnte wie immer erst die Konstituierungsphase des neugewählten Parlaments letzte Aufschlüsse geben. So machte der zuvor außerhalb des Polenklubs agierende Krakauer jüdisch-polnische Demokrat Adolf Gross sein Versprechen wahr und trat der polnischen Fraktion bei, ebenso die beiden Exponenten der Lemberger Fortschrittsdemokraten (PSP), welche ja im Wahlkampf gemeinsam mit Sozialdemokraten und Zionisten noch gegen das polnische bürgerliche Lager der Landeshauptstadt agiert hatten und nun also gemeinsam mit ihren Kontrahenten aus der SDN im Rahmen des Polenklubs Politik machen sollten. Damit erreichte der Polenklub eine Mitgliederzahl von 71 Mandaten und positionierte sich also in etwa auf der gleichen Höhe wie die Christlichsozialen.[282])

Die Bildung und Entwicklung der galizischen Fraktionen bis zum Jahre 1914 (21. Session) zeigt die Tabelle III.8.[283])

Wie stets zu Beginn einer Legislaturperiode standen auch im Jahre 1911 zunächst zwei Agenden im Vordergrund: Die Konstituierung des Klubs und die Wahl von Präsidium und parlamentarischer Kommission einerseits und der Erlass einer programmatischen Erklärung andererseits. Die Wahl des Unabhängigen Stanisław Łazarski zum Klubobmann zu Beginn des Jahres 1911 war, wie gesehen, eine Art Kompromisslösung gewesen, die sich

---

[281]) Rumpler, Parlament und Regierung, S. 889 und Höbelt, Parteien und Fraktionen, S. 986–988.

[282]) Die Mitgliederzahl von 71 ergibt sich unter Einrechnung des Drohobyczer Mandats von Natan Loewenstein, welches dieser nach den dortigen blutigen Wahlen zurückgelegt hatte, um im Herbst 1911 erneut gewählt zu werden. Im Gegensatz zur 11. Legislaturperiode traten die Abgeordneten aus Schlesien dem Polenklub zunächst nicht bei. Die Angaben hinsichtlich der Mitgliederzahl sind sowohl bei Höbelt (Parteien, S. 987) als auch bei Buszko (Polacy, S. 301) unrichtig. Letzterer beruft sich auf die statistischen Ergebnisse der Reichsratswahlen. Diese ohnehin hinsichtlich der Parteizuordnung zweifelhafte Quelle eignet sich jedoch nur bedingt, wenn es darum geht, die interne Gruppenverteilung nach der Konstituierung der Fraktion zu beschreiben.

[283]) Die Klubzugehörigkeit nach: Clubs des Abgeordnetenhauses, 21. Session, 1. Ausgabe (Oktober 1911). Hinsichtlich der Zuordnung der Mandatare innerhalb des Polenklubs vgl.: Gazeta Narodowa 6. 7. 1911 (152), S. 1.

Tabelle III.8: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1911–1914

	Partei bzw. polit. Richtung		Fraktion		
	Name	Mandate	Name	Mandate*	Bestandsveränderungen während der Legislaturperiode**
POLEN	Krak. Konservative (SPN)	9	Polenklub	71 (71)	• 12/1913: -5 (Austritt der PSL-Lewica und Gründung eines eigenen „Klubs der Polnischen Volkspartei“ • (11/1912 : Beitritt zweier poln. Abg. aus Schlesien)
	Podolaken	6			
	Unabh. Konservative	6			
	Demokraten (PSD)	10			
	PSP	2			
	PNŻ	1			
	PSL	24			
	SDN	10			
	Unabhängige	3			
	PPSD	7	Klub d. polnischen Sozialdemokraten	7 (8+1)[1]	
	Unabhängiger Sozialist	1	Klublos	1	
RUTH.	UNDP	18	Ukrainischer Klub	18[2]	
	URP	5	Ukrainischer Radikaler Klub	5[2]	
	RuR/RNP	2	Tschech. National-Soziale[3]	2	
	USDP	1	Deutsche Sozialdemokraten[3]	1	• 5/1913: Klublose
JD.	Unabhängiger Jüdisch-Progressiver	1	Klublos	1	

Abkürzungen: Siehe Abkürzungsverzeichnis
* In Klammern: Gesamtbestand der jeweiligen Fraktion
** Ohne Berücksichtigung temporärer Vakanzen infolge Mandatserledigung
[1] Inkl. ein polnischer und tschechischer Sozialdemokrat aus Schlesien, letzterer mit Gaststatus
[2] Teilnehmer des „Ukrainischen Verbands“ gemeinsam mit dem „Bukowiner Ukrainischen Klub“ (insges. 28 Abgeordnete)
[3] Mit Hospitantenstatus

nach der Berufung Głąbińskis zum Eisenbahnminister im Moment einer noch intakten Machtbalance innerhalb des Polenklubs ergeben hatte. Nach den Wahlen von 1911 hatte sich die Situation drastisch geändert – der Sieg des Statthalter-Blocks verlangte nach entsprechend klaren politischen Konturen auch in der personellen Zusammensetzung des Präsidiums. Anspruch auf den Posten des Fraktionschefs konnten in erster Linie die Volkspartei und die Konservativen erheben, die jeweils über 20 Mandatsträger auf sich vereinigten.

Nachdem sich die neugewählten Abgeordneten der PSL schon 10 Tage vor der Konstituierung des Hauses für den parteiungebundenen Leon Biliński ausgesprochen hatten und

dieser sich mit seinem Erzrivalen aus dem konservativen Lager, Witold Korytowski, ausgesöhnt hatte, stand der Wahl des zweimaligen Finanzministers zum Obmann des Polenklubs nichts mehr im Wege. Mit 45 Stimmen (bei 68 Anwesenden) erzielte dieser allerdings das schlechteste Resultat eines Obmanns in der Geschichte des Polenklubs. Seine drei Vorgänger in den Zeiten des allgemeinen Wahlrechts (Abrahamowicz, Głąbiński, Łazarski) waren jeweils einstimmig oder beinahe einstimmig gewählt worden. Die 16 leer eingelegten Stimmzettel (6 Stimmen fielen außerdem auf Łazarski, eine auf Abrahamowicz) kamen zuvorderst von den Nationaldemokraten und ostgalizischen Konservativen. Das war kein gutes Zeichen für eine geeinte, solidarische Arbeit des Polenklubs, deren Unerlässlichkeit ja doch ohne Unterlass von allen Teilnehmern beschworen wurde.[284])

Mit der Wahl des Obmanns war die Konstituierungsphase allerdings noch keineswegs zuende. Auch die folgenden Entscheidungen trugen die Handschrift der Wahlsieger von 1911. Zu Beginn des Jahres hatte man ja aufgrund der Wahl eines Unabhängigen zum Klubobmann eine vierte Vizepräsidenten-Stelle eingeführt, um allen Unterfraktionen eine Vertretung im Präsidium zu garantieren. Diese Verlegenheitslösung wurde nun nicht rückgängig gemacht, sondern vielmehr die „überschüssige" Präsidiumsstelle ebenfalls mit einem Konservativen (Abrahamowicz) besetzt – dies unter dem Protest der Nationaldemokraten und auch der Volkspartei, die keinerlei Sympathie gegenüber jenem (gemäßigten) Podolaken hegten. In die parlamentarische Kommission wurden zwei Konservative, zwei Volksparteiler und je ein Demokrat und Nationaldemokrat gewählt. Der siebente Sitz blieb vorderhand unbesetzt.

Derselbe Schlüssel sollte auch bei der Verteilung jener sieben Posten gelten, die dem Polenklub in den großen, 52köpfigen parlamentarischen Ausschüssen zustanden. In diesem Fall sollte das siebente Mandat nicht von den einzelnen Unterfraktionen des Klubs, sondern von der Gesamtfraktion bestimmt werden. Wohl aus Furcht, die Konservativen würden auch hier ihre Muskeln spielen lassen, taten sich nun Volkspartei und Demokraten zusammen – addiert besaßen beide eine hauchdünne Mehrheit in der Fraktion – und setzten den Rest der Fraktion von ihrem Beschluss in Kenntnis, vier der sieben Sitze untereinander aufzuteilen. Die Konservativen nahmen diesen Bruch des Konsensprinzips zum Anlass, um ihre grundsätzliche Ablehnung der internen Parteienföderalisierung im Polenklub zu bekräftigen. Die Nationaldemokraten hingegen sahen sich durch diese Vorgänge in ihrer isolierten Stellung bestätigt, zumal sie auch bei allen anderen einflussreichen Positionen ohne Vertretung blieben: Głąbiński war aus Protest gegen die „Bobrzyński-Wahlen" zurückgetreten, im Ministerium für Galizien verharrte der Konservative Wacław Zaleski, und zu einem der Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses bestimmte der Polenklub den Führer der demokratischen Unterfraktion, Ludomil German.[285])

Die zweite anstehende Aufgabe zu Beginn der Legislaturperiode war nun also eine programmatische Erklärung im Hinblick auf die neue Regierung, die man gerade vom Polen-

---

[284]) Gazeta Narodowa 6. 7. 1911 (152), S. 1; Słowo Polskie 17. 7. 1911 (329), S. 1; Czas 16. 7. 19911 (318), S. 1. Siehe dazu auch Buszko, Polacy, S. 303, der sich allerdings ausschließlich auf die Erinnerungen Bilińskis stützt und deshalb auch dessen teils fehlerhafte Behauptungen wiedergibt.

[285]) Głąbiński, Wspomnienia, S. 156f.; Czas 27. 7. 1911 (337), S. 1; Słowo Polskie 27. 7. 1911 (347), S. 2.

klub als einer der festen Säulen des Parlaments erwartete. Zunächst war es Biliński, der unmittelbar nach seiner Wahl zum Klubobmann die für ihn maßgebenden Richtlinien definierte. Neben einer Loyalitätserklärung gegenüber der Dynastie und einem Bekenntnis zur Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten sendete Biliński freundliche Worte in die Richtung der deutschen Klubs, deren Ausschluss aus der politischen Verantwortung nicht in Frage kommen dürfe. Als politischer Pragmatiker, der als Regierungsmitglied durch die Stürme der Badeni-Zeit gegangen war, sprach er von der kulturtragenden Rolle der Deutschen im österreichischen Staat und in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik, überraschte aber auch mit der Behauptung, die Interessen des Polenklubs würden mit denjenigen der Deutschen in Österreich die wenigsten Reibungsflächen aufweisen.

Abgesehen von dieser auffallend deutlichen Absage an eine slawische Majoritätspolitik, die allerdings enge Beziehungen zu den Tschechen nicht ausschließe, trat der neue Klubobmann dort in die Fußstapfen seiner Vorgänger, wo er die Haltung des Polenklubs gegenüber der Regierung von der Einlösung von Forderungen des Landes (also Galiziens) abhängig machte. An erster Stelle stand dabei die Implementierung der Kanalvorlage, die zur Freude der Fraktion in der Thronrede Erwähnung gefunden hatte. Mit ihr verknüpfte Biliński nicht von ungefähr seine eigene Position als Obmann des Polenklubs, war doch sein Engagement in dieser Sache eine Vorbedingung gewesen für seine Designierung zum Fraktionschef von Seiten der Demokraten und Volksparteiler.[286]) Das klare Bekenntnis Bilińskis zur Kanalvorlage nahm den oppositionellen Nationaldemokraten den Wind aus den Segeln, hatten sie doch in ihrem Votum gegen die Wahl des ehemaligen Ministers zum Klubobmann gerade dessen angeblich negative Rolle in dieser Sache angeführt.

Dagegen barg die zweite programmatische Erklärung, die zwei Wochen später – praktisch zeitgleich mit dem Schluss der Sommersession – von der Fraktion beschlossen wurde, weit mehr Sprengstoff. Darin wurde ein Hauptgewicht auf den Autonomiegedanken gelegt, da „der Polenklub seine Bereitschaft ausdrückt, die Regierung zu unterstützten, wenn sich dieselbe verpflichtet, die nationalen Rechte und die autonomistischen Grundsätze des Landes zu würdigen und die ihr mitgeteilten sehr dringenden kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen.“ Erneut wurden die Kanalvorlage sowie die Sanierung der Landesfinanzen als vordringliche Aufgaben genannt, als Gegenleistung die Bereitschaft des Klubs angezeigt, für die Erledigung der Staatsnotwendigkeiten zu sorgen und zur Lösung des deutsch–tschechischen Konflikts beizutragen. Grundsätzlich wünschte sich der Polenklub die Bildung einer ständigen, auf breiter parlamentarischer Basis agierenden Majorität, die sich programmatisch zu den Bedürfnissen des Staates, seinen Ländern und der Bevölkerung bekannte. Das eigentlich Neue folgte im letzten Abschnitt der Resolution: Die Landesautonomie als zentrale Legitimation politischer Forderungen sollte gewissermaßen institutionalisiert werden durch ein Bekenntnis des Polenklubs zu einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den drei wichtigsten Funktionen der Landespolitik: dem Minister für Galizien, dem Statthalter und dem Landmarschall (Vorsitzenden des Landesausschusses). Diesen dreien sprach der Polenklub in seiner Resolution das Vertrauen aus.[287])

---

[286]) Bilińskis programmatische Rede am ausführlichsten in Gazeta Narodowa 18. 7. 1911 (162), S. 1. Biliński, Wspomnienia, S. 213.

[287]) Siehe den Wortlaut in Gazeta Narodowa 29. 7. 1911 (172), S. 1; Neue Freie Presse 28. 7. 1911 (16857), S. 3.

Aus diesem zuletzt genannten Punkt der Resolution vom 27. Juli 1911 spricht das theoretische Selbstverständnis des Polenklubs in Bezug auf seine Rolle als nationales und landesbezogenes Gremium. Demnach folgte aus dem Geist der Landesautonomie, dass jene drei genannten politischen Positionen als nationale Regierungsfunktionen den polnischen Vertretungskörperschaften, dem Polenklub des Landtags und des Reichsrats, verantwortlich seien. Das entsprach zwar keineswegs der Verfassung: Die auf die Landtagsresolution von 1868 zurückgehende Forderung nach einer Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtag war ja nie Wirklichkeit geworden, und auch die Ernennung des Ministers für Galizien gehörte nach wie vor – trotz gewichtiger Einflussnahme des Polenklubs – zu den Prärogativen des Monarchen, faktisch der Regierung. So konnte man sich zwar nicht auf ein gesetzlich verankertes Recht berufen, aber doch auf ein „moralisches Recht", wie die Formulierung lautete.

Um allerdings diesem – immer mit der Aura des Höheren und Unantastbaren – ausgestatteten Recht der Moral auf symbolische und öffentlichkeitswirksame Weise Nachdruck zu verleihen, war eine verbale Geste, wie sie im Schlussteil jener Resolution des Polenklubs zu finden war, vonnöten. Indem er ein Vertrauensvotum gegenüber Minister Zaleski, dem Statthalter und dem Marschall aussprach – so der konservative *Czas* in seinem euphorischen Kommentar – bekräftigte der Polenklub nochmals den Grundsatz der Autonomie. Dass sich allerdings gerade jenes Blatt, welches dem jeder Romantik abholden, stets in Rechts- und Machtkategorien denkenden Bobrzyński am nächsten stand, so sehr vom Rechtsdenken entfernt hatte, um einer diffusen Sphäre der höheren Moral das Wort zu reden, war nicht ohne Ironie.[288])

Die eben geschilderte Konstruktion einer „virtuellen" nationalen Regierung mit dem Landtag als legislativem Organ und einem reichsrätlichen Polenklub, der – auch 40 Jahre nach Einführung direkter Reichsratswahlen – als moralische Emanation des Landtags (so *Czas*) galt, war nun durchaus über alle politischen Lager hinweg konsensträchtig. Das galt insbesondere auch für die Nationaldemokraten, die in Stanisław Głąbiński einen der exponiertesten Verfechter einer Landesautonomie besaßen. Dennoch konnten sich die Vertreter der SDN im gegebenen Fall nicht mit einer Vertrauenserklärung gegenüber dem Statthalter einverstanden erklären, warfen sie diesem doch vor, sich durch seine unmittelbar zurückliegende antinationaldemokratische Wahlpolitik gerade nicht als Vertrauensmann des Landes oder der polnischen Nation geriert zu haben, sondern als Parteigänger einer bestimmten politischen Richtung. Die parlamentarische Kommission hatte zunächst aus Furcht vor einer Fraktionsspaltung die Einwände der nationaldemokratischen Unterfraktion berücksichtigt und nur von „Zusammenarbeit" gesprochen. In der Plenarsitzung kam jedoch über einen Antrag eines Volksparteilers die Vertrauenserklärung wieder hinein. Als der Forderung von nationaldemokratischer Seite nach getrennter Abstimmung über die drei Vertrauensvoten stattgegeben wurde, zeigte sich, dass Bobrzyński nur 40 Stimmen (gerade einmal vier über dem absoluten Mehr) auf sich vereinigen konnte. Zu den Nein-Sagern gehörten auch zwei PSL-Deputierte, während die Podolaken-Gruppe leer einlegte oder den Saal verließ. Erstmals waren im Polenklub selbst die Fronten zwischen Statthalter- und Antistatthalter-Block klar gezogen worden.[289])

---

[288]) Czas 29. 7. 1911 (341), S. 1.

[289]) Siehe aus nationaldemokratischer Perspektive die Berichte und Kommentare in Słowo Polskie 28. 7. 1911 (349), S. 3 und 29. 7. 1911 (351), S. 1 f.

Die nationaldemokratische Unterfraktion empfand die Resolution des 27. Juli 1911 nicht nur als Provokation, sondern auch als Zeichen der Undankbarkeit. Nach ihrer Meinung hätten die Parteigänger der SDN allen Grund gehabt, die galizische „Regierung" (also den Statthalter) wegen der zu ihren Lasten durchgeführten Wahlmanipulationen vor dem Forum des Reichsrats anzuklagen. Gelegenheit dazu hätte es gegeben, denn auch zu Beginn der 12. Legislaturperiode, in den Tagen vom 25.– bis 28. Juli, hatte sich das Abgeordnetenhaus mit dem Thema der „Galizischen Wahlen" zu beschäftigen – die „Galizische Adressdebatte" wie der sozialdemokratische Abgeordnete Herman Diamand das stets wiederkehrende Ritual nannte.[290]) Dennoch waren die formalen Umstände anderer Art als in den Jahren zuvor. Es ging bei der Mehrzahl der insgesamt acht Dringlichkeitsanträge nicht um eine allgemeine Anklage gegen das herrschende Gewaltsystem in Galizien, sondern um einen spezifischen Fall: die blutigen Wahlen von Drohobycz, denen über 20 Menschen zum Opfer gefallen waren. Einer der Dringlichkeitsanträge kam vom Polenklub selbst. Dessen aktives Engagement in einer derart heiklen Thematik war gerade deshalb möglich, weil man in Drohobycz einen tragischen Einzelfall sehen konnte und nicht einen Systemfehler (wie die Oppositionsfraktionen) und weil einer der Abgeordneten aus den eigenen Reihen, nämlich der nominelle Gewinner der Drohobyczer Wahl, Natan Loewenstein, durch die Rücklegung jenes Mandats moralische (nicht faktische) Verantwortung übernommen hatte.

Dennoch kam es im Vorfeld der Einreichung des Antrags zu Dissonanzen innerhalb des Klubs. Der neu eingetretene jüdisch-demokratische Abgeordnete Adolf Gross forderte nämlich, über die beiden ersten Punkte des Antrags – Aufklärung des Tathergangs und Entschädigung der Opfer – hinaus die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses, der politische und juristische Wege (Wahlgerichtshof) ausarbeiten sollte, welche jene galizischen Zustände bei Wahlen auf immer verhindern sollten. Dieser Teil des Antrags ging nun gerade über jene „Theorie des singulären Ereignisses" hinaus und stand in einer Reihe mit ähnlichen Forderungen der Opposition in früheren Jahren. Die Mehrheit der Fraktion (unterstützt von den Demokraten) lehnte diesen Punkt daher ab, und es blieb Gross als einer der beiden Hauptunterzeichner des auf zwei Punkte reduzierten Dringlichkeitsantrags nur noch die Möglichkeit, während der Debatte seine kritischere Stimme zu erheben.[291]) Der Vorgang hatte dennoch gezeigt, dass Opposition innerhalb des Polenklubs nicht nur von Seiten der Nationaldemokraten und des rechten Podolakenflügels zu erwarten war, sondern auch von Links, von der PNŻ (Gross) und den beiden Vertretern der Polnischen Fortschrittspartei (PSP).[292])

---

[290]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 4. Sitzung (25. 7. 1911), S. 199.

[291]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 8. Sitzung (28. 7. 1911), S. 557–559. Der zweite Redner (und Hauptunterzeichner) des Polenklubs war der Klubobmann Biliński selbst. Dessen salomonische Worte in Sten. Prot. AH, 21. Session, 4. Sitzung (25. 7. 1911), S. 198–212. Am Ende wurde nur der Dringlichkeitsantrag des Polenklubs mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen, ein Resultat, das von der konservativen Presse zurecht als großer Erfolg gewertet wurde. Czas 30. 7. 1911 (342), S. 1.

[292]) Gross unterstrich seine unabhängige Haltung, als er im Herbst 1911 im Zusammenhang mit der Teuerungsdebatte (siehe unter 4b) die den Bedürfnissen des Volks entfremdete Politik der Regierung angriff. Die Abgeordneten der PSP traten unter anderem dafür ein, dass sich der Polenklub

Nach dem Prolog der zweiwöchigen Julisitzung begann der Hauptakt der 12. Legislaturperiode im Oktober 1911 mit einem versuchten Revolverattentat auf Justizminster Victor von Hochenburger, das von einem auf der Galerie sitzenden jungen Anhänger der Sozialdemokraten verübt wurde. Gautsch gelang es nicht, aus diesem präzedenzlosen Ereignis, welches die antisozialdemokratischen Wogen hoch gehen ließen, zu profitieren. Vielmehr scheiterte sein Versuch, vor dem Hintergrund eines erneut eskalierenden deutsch–tschechischen Streits (deutscher Boykott des böhmischen Landtags) eine solide Arbeitsmehrheit zustande zu bringen. Einer der auslösenden Faktoren für den Rücktritt des dreimaligen Ministerpräsidenten Anfang November 1911 war allerdings ein Auftritt Bilińskis unmittelbar im Anschluss an eine durch polemische Schärfe gekennzeichnete programmatische Rede Gautschs zum Auftakt der Budgetdebatte am 27. Oktober 1911.[293])

Vom Obmann des Polenklubs waren unverbindlich-freundliche Worte gegenüber der Regierung erwartet worden, zumal diese sich ja in der Kanalfrage, dem „Glaubensartikel unseres politischen Bekenntnisses“ (wie sich einmal Natan Loewenstein ausdrückte[294])) entgegenkommend zeigte. Stattdessen verteidigte Biliński die zuvor von Gautsch heftig attackierten Sozialdemokraten, und er forderte mit Nachdruck eine breit abgestützte Parlamentarisierung der Regierung – ein Wunsch, der im gegebenen Zeitpunkt, nach der Absage des deutschen Nationalverbands an eine Integration der Tschechen in das Kabinett, offensichtlich nicht zu realisieren war und daher den Ministerpräsidenten nur bloßstellen musste. Biliński selbst erinnerte sich später, dass Gautsch nach seiner Rede „bleich wie eine Wand“ den Saal verlassen habe und dass der Bukowiner Ruthene Vasyl’ko ihn im Couloir mit den Worten empfing: „Aber Excellenz, um Gottes Willen, Sie haben ja die Regierung gestürzt!“[295]) Er selbst war sich der Wirkung seiner Rede wohl nicht bewusst, und Gautsch versicherte ihm später, er sei nicht wegen dieser Rede zurückgetreten.[296])

Der neue Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh gewann die Gunst des Polenklubs, indem er die von seinem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Wasserstraßenvorlage übernahm und gleichzeitig die Versprechung abgab, in Angelegenheiten, welche die Ruthenen betrafen, nicht ohne Einbeziehung der polnischen Seite zu handeln. „Nichts ohne uns“ (*nic bez nas*) wurde die einprägsame Formel, auf welche die Polen in den

---

mit den polnischen Sozialdemokraten auf breiter Basis verständige. Sie selbst waren mit diesen seit den Gemeinde- und Reichsratswahlen in Lemberg eng verbunden. Siehe Gazeta Narodowa 29. 7. 1911 (172), S. 1.

[293]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 22. Sitzung (27. 10. 1911), S. 1277–1284.

[294]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 65. Sitzung (29. 3. 1912), S. 3235.

[295]) Biliński, Wspomnienia, S. 214–218. Die Äußerung Vasyl’kos findet sich dort original auf Deutsch. Dass sich Polen und Ruthenen außerhalb der parlamentarischen Debatten auf Deutsch adressierten, war allerdings nicht üblich, sondern in diesem Fall auf den besonderen Fall Vasyl’ko zurückzuführen, der selbst besser Deutsch als Ukrainisch (und Polnisch) sprach. Biliński konnte fließend Ukrainisch.

[296]) Allerdings vertrat der sozialdemokratische *Naprzód* schon einige Tage vor der Rede Bilińskis die Meinung, dieser arbeite im Stillen gegen Gautsch und warte nur auf die richtige Gelegenheit. Naprzód 24. 10. 1911 (247), S. 1. Zur Rede Bilińskis als einem der auslösenden Faktoren für den Rücktritt Gautschs siehe auch: Neue Freie Presse 1. 11. 1911 (16953), S. 3.

folgenden Jahren Stürgkh verpflichteten.[297]) Außerdem erfüllte Stürgkh nun den Wunsch der Polen nach einer breiten Vertretung der maßgebenden Nationalitäten in der Regierungsmannschaft. Sie selbst kamen nun auf zwei Repräsentanten im Kabinett, ein Maß, welches in ihren Augen dem angemessenen „Normalbestand" der vergangenen 40 Jahre entsprach. Beide Berufenen standen zudem – und das war ein wichtiger Punkt – als Abgeordnete in einem engen Vertrauensverhältnis zum Polenklub: Wacław Zaleski, der zunächst interimistisch das Landwirtschaftsressort übernommen hatte, bekam das schon beinahe traditionell polnische Finanzministerium, während der PSL-Mann Władysław Długosz zum Minister für Galizien berufen wurde. Mit der Ernennung des Erdölindustriellen Długosz wurde erstmals ein Vertreter der stärksten Unterfraktion des Polenklubs mit einem Regierungsposten bedacht. Zwei Jahre später sollte allerdings gerade er eine zentrale Rolle beim Zerfall der PSL und der Fraktion der Volkspartei im Abgeordnetenhaus spielen.

Weder die Aufwertung der PSL noch die stärkere Einbindung des Polenklubs in die neue Wiener Regierung waren freilich dazu angetan, das Misstrauen der fraktionsinternen Opposition gegenüber der Klubleitung und ihrem Obmann zu besänftigen. Im April 1912 beantragte die nationaldemokratische Unterfraktion die Schaffung eines fraktionsinternen Ausschusses zur Abklärung der Vorwürfe gegen den PSL-Führer Stapiński. Ein Monat später lancierten dieselben Kreise eine spektakuläre Kampagne gegen Minister Długosz, dem sie Falschaussage bei Gericht vorwarfen. Beide Vorstöße blieben erfolglos.[298]) Im Hinblick auf das Verhältnis zur Regierung wurde man ebenfalls aktiv. In Abgrenzung zu der von dieser Seite als zu loyal empfundenen programmatischen Rede Bilińskis vom 27. Oktober 1911 forderte ein durch den nunmehrigen Führer der nationaldemokratischen Unterfraktion Aleksander Skarbek eingebrachter Resolutionsantrag eine dezidierter „polnische" statt „österreichische" Politik. Dabei sollte klar gestellt werden, dass die polnischen Interessen nicht mit denjenigen Österreichs gleichzusetzen seien, dass man keinerlei Garantie für eine zukünftige Unterstützung der Dreibundpolitik abzugeben bereit sei und dass man sich mit allen Mitteln für die Gleichberechtigung der Polen in Schlesien einsetzen werde. Erneut fand sich der Kern der Blockparteien zusammen, um das Ansinnen der Nationaldemokraten zurückzuweisen: Diesmal waren es 43 Stimmen, die den Antrag ablehnten und einem weit unverbindlicheren Vorschlag des Konservativen Korytowski den Vorzug gaben.[299])

Eine Annahme des Antrags Skarbek hätte in der Tat die Bemühungen Bilińskis, freundschaftliche Beziehungen zur neuen Regierung und zu Deutschen und Tschechen aufzubauen, torpediert. Die Stellung des Polenklubs gegenüber der Regierung hätte schweren Schaden erlitten, wenn gerade in Zeiten wachsender internationaler Spannungen eine In-

---

[297]) Zu dem schriftlich festgehaltenen parlamentarischen Bündnis zwischen dem Polenklub und Stürgkh zu Beginn von dessen Amtsperiode als Ministerpräsident siehe Biliński, Wspomnienia, S. 215.

[298]) Im letzteren Fall, bei dem es um die angeblich bewusste Verheimlichung einer Zugehörigkeit Długoszs zur Nationaldemokratischen Partei im Ehrenbeleidigungsprozess Stapiński gegen die Zeitung *Ojczyzna* ging, kostete die öffentlich wenig goutierte Kampagne die SDN-Unterfraktion sogar ein Mitglied. Aus Protest verließ der Tarnówer Anwalt Tadeusz Tertil die Gruppe, ohne sich allerdings einer anderen Unterfraktion anzuschließen. Gazeta Narodowa 16. 5. 1912 (112), S. 1

[299]) Vgl. Gazeta Narodowa 10. 12. 1911 (282), S. 1 und den Wortlaut der Rede Skarbeks in Słowo Polskie 9. 12. 1911 (574), S. 2 f.

fragestellung des Dreibunds formuliert worden wäre. Den Verfechtern einer festen Achse Wien–Berlin kam in diesen Tage zugute, dass infolge der Cholm (Chełm)-Frage nach längerer Zeit wieder einmal Russland als Polen-Feind in den Vordergrund rückte. Mit Rücksicht auf die Wünsche des Außenministers Aehrenthal und polnischer Duma-Abgeordneter verzichtete der Polenklub auf eine durch den PSP-Abgeordneten Śliwiński geforderte Interpellation und begnügte sich damit, eine Protestverlautbarung gegen die Ausgliederung Cholms aus dem Königreich Polen zu veröffentlichen.[300])

Hinsichtlich der dritten genannten Forderung des nationaldemokratischen Alternativprogramms, einer Politik der Entschlossenheit in Schlesien, war es ebenfalls nach Ansicht der Mehrheit im Polenklub angezeigt, behutsam vorzugehen, um die parlamentarischen Beziehungen zu den beiden anderen dort vertretenen „großen" Nationalitäten nicht aufs Spiel zu setzen. Obwohl er in der Fraktion letztlich chancenlos blieb, zeigte der Vorstoß der Nationaldemokraten doch, dass es für die Vertreter einer traditionell ausgleichenden Politik immer schwieriger wurde, das richtige Maß in der Nationalpolitik zu finden. Eine pragmatische, vor allem auf die parlamentarischen Realitäten in Wien konzentrierte Perspektive geriet immer mehr in Widerspruch zu den Wünschen einer zunehmend ungeduldigen Öffentlichkeit im Kronland selber – einer Öffentlichkeit, die selbst wiederum – vor allem in Lemberg – von den Nationaldemokraten für ihre eigenen Zwecke mobilisiert wurde.

Der Höhepunkt in dieser Hinsicht wurde im Mai/Juni 1912 erreicht. Dabei ging es um eine Frage, die zwar keineswegs neu war, die jedoch seit dem Frühjahr 1912 unerwartet alle anderen Themen in der galizischen Landespolitik verdrängte und schließlich sogar beinahe zum Sturz der Regierung in Wien führte: die Frage der Errichtung einer ruthenischen Universität in der galizischen Landeshauptstadt. Ursächlich für die Aktualisierung dieser Angelegenheit waren zum einen die dauernden, teils blutigen Auseinandersetzung an der Universität, die am 1. Juli 1910 mit dem Tod des ruthenischen Studenten Adam Koc'ko einen vorläufigen traurigen Höhepunkt erlebt hatten. Auf der politischen Bühne gab es zudem andere Nationalitäten, namentlich die Italiener und Slowenen, welche mit entsprechenden Begehren zur Komplettierung ihres „nationalen Besitzstands" auftraten und die Ruthenen zum Handeln motivierten. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, dass infolge der Reforminitiative Bobrzyńskis und seiner Verbündeten in der galizischen Landespolitik einiges in Bewegung geraten war. Forderungen schienen nun realisierbar, die früher undenkbar gewesen waren.

Bereits im Herbst 1911 hatten erstmals direkte Verhandlungen zwischen den Präsidien von Polenklub und Ukrainischem Klub begonnen, bei denen zunächst die Landtagswahlreform im Zentrum gestanden war. Nachdem diese Bemühungen vorerst erfolglos geblieben waren, hatten die Ruthenen in der Landtagssession der ersten beiden Monate des Jahres 1912 mit einer scharfen Obstruktionspolitik begonnen. Mit der Wiedereröffnung des Reichsrats im März drohte nun, die ruthenische Obstruktion auf den Reichsrat überzugreifen, wo die Wehrvorlage und das Budgetprovisorium zur Behandlung anstanden. In diesem Moment traten die Führer der Ruthenen mit der Forderung nach einer eigenen Universität auf den Plan, der sie nun erste Priorität zumaßen.

---

[300]) Gazeta Narodowa 17. 12. 1911 (288), S. 1. Naprzód 20. 12. 1911 (294), S. 1. Biliński, Wspomnienia, 1. Bd., S. 218 f.

Wenn der Polenklub nun bald in eine schwere Krise geraten sollte, so lag dies primär daran, dass – wie schon bei jenen denkwürdigen Vorgängen im Herbst 1907 – die Regierung bzw. die zuständigen Ministerien direkt mit den politischen Führern der Ruthenen zu konferieren begannen, ohne dass die polnische Fraktion bei jedem Schritt einbezogen worden wäre. Was man selbst stets forderte, den direkten und uneingeschränkten Zugang zum Ministerium, war man weiterhin nicht bereit, dem nationalen Rivalen zu gewähren. Hinzu kam die wachsende Unruhe innerhalb des Polenklubs, das große Misstrauen der nationalkonservativen Opposition gegenüber der Mehrheit der Fraktion, die seit März 1912 – nach der Berufung Bilińskis zum gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Finanzminister – unter der Leitung des westgalizischen Demokraten (und Bürgermeisters von Krakau) Juliusz Leo stand.[301]) So verbreiteten Tageszeitungen, welche dem Statthalter geneigt waren (so insbesondere der Lemberger *Przegląd*) die Meinung, eine ruthenische (ukrainische) Hochschule in Lemberg würde das Zarenreich schwächen, und von der Unterfraktion der Volkspartei wurde bekannt, dass sie nichts gegen entsprechende Pläne einzuwenden hätte. Eine Schlacht um die öffentliche Meinung begann.[302])

Vor allem gegen die drohende Gefahr einer Aushöhlung des polnischen Charakters (*Polskość*) der Landeshauptstadt und damit ganz Ostgaliziens begann nun also die große nationaldemokratisch geleitete Mobilisierungsoffensive. Zahllose Manifestationen und Deklarationen vor allem in Lemberg, aber auch in anderen galizischen Städten versetzten die Öffentlichkeit in einen erhöhten Erregungszustand. In Wien, beim Präsidium des Polenklubs, sprachen gleichzeitig gewichtige Deputationen vor, so etwa eine solche des Lemberger Gemeinderats, des nationalkonservativ beherrschten Nationalrats (*Rada Narodowa*, s. o.) und des Senats der Universität, die alle die Reichsratsfraktion zu dezidiertem Widerstand gegen eine ruthenische Universität in Lemberg aufriefen. Der Erfolg blieb nicht aus: In einer Plenarsitzung am 22. Mai, an der auch einige Landtagsabgeordnete teilnahmen, verabschiedete der Polenklub eine Resolution, in der er zum einen für die Beibehaltung des polnischen Charakters der bestehenden Universität eintrat und sich zum anderen gegen Lemberg als Sitz einer ruthenischen Hochschule aussprach. Als Begründung dienten selbstverständlich nicht diejenigen Argumente, mit denen die Öffentlichkeit in Stimmung gebracht worden war, also vor allem die Erhaltung der *Polskość* Lembergs, sondern andere, welche in Wien, bei regierenden Kreisen Eindruck machen mussten: die Bewahrung des ungestörten akademischen Betriebs und des innerstädtischen Friedens.[303])

Auf besondere Anregung der Nationaldemokraten hin fasste die Fraktion einen Beschluss, der auf bezeichnende Weise die Bedeutung formal-politischer Gedankengänge zum Ausdruck bringt. Es sollte nämlich die eben beschlossene Resolution in der Form eines Antrags dem Polenklub des Landtags vorgelegt werden. Erst wenn dieser als höchste politisch-moralische Instanz in allen nationalen Belangen seine Zustimmung gegeben hätte, würde, so die Implikation, der Beschluss gewissermaßen konstitutionelle Kraft erhalten. Über diesen theoretischen Aspekt hinaus lag es im spezifischen Interesse der natio-

---

[301]) Bei der Wahl Leos legten die Nationaldemokraten leere Stimmzettel ein, ebenso wie der erzkonservative Kozłowski und die beiden politisch „Heimatlosen“ Jan Potoczek und Ludwik Dobija. Siehe Gazeta Narodowa 6. 3. 1912 (53), S. 3.

[302]) Słowo Polskie 8. 5. 1912 (214), S. 1 und 7.

[303]) Gazeta Narodowa 24. 5. 1912 (118), S. 1.

nalkonservativen Opposition, dass das politische Gewicht zum Landtag hin verlagert werde. Im Gegensatz zu seiner prekären Situation im Wiener Polenklub war nämlich der Antistatthalter-Block im Landesparlament nicht in einer vergleichbaren Minderheitsposition. Begünstigt durch das hier nach wie vor gültige Kurienwahlrecht hatte sich im Januar 1912 ein erzkonservativer Flügel der Podolaken als „Zentrumsklub" (*Klub środka*) konstituiert. Der auch im Reichsrat vertretene Kozłowski, einer der Begründer dieser *Sejm*-Fraktion, hatte im Juli 1911 die Formierung einer entsprechenden Gruppe im Wiener Polenklub versucht, war dort aber mangels Unterstützung ohne Erfolg geblieben.[304])

Während die oppositionelle Minorität die Resolution vom 22. Mai 1912 vor allem als einen durch das eigene Wirken herbeigeführten Sieg nationaler Kraft und Moral über politisches Kalkül interpretierte, konnte sich der Polenklub insgesamt darüber freuen, mit der Formel „Universität ja, aber nicht in Lemberg" eine interne Auseinandersetzung vermieden zu haben, an welcher er möglicherweise zerbrochen wäre. Dennoch blieb Leo nach wie vor unter Dauerbeschuss seitens der nationaldemokratischen Presse, die dem Klubobmann aus dem „weltfremden Krakau" vorwarf, sich zu wenig dezidiert für das „polnische Lemberg" einzusetzen. Długosz, der Minister für Galizien, sah sich hingegen mit dem Vorwurf konfrontiert, seine Position als Kabinettsmitglied zu wenig in den Dienst der polnischen Sache zu stellen und Verhandlungen über die Köpfe des Polenklubs hinweg zuzulassen. Vor dem Hintergrund dieser nach wie vor instabilen Verhältnisse im polnischen Lager kam es dann am 18. Juni 1912 zu einem politischen Erdbeben, das weit über die Klubzimmer der Polen und Ruthenen hinaus die Hallen des Hauses am Ring erschütterte. Auf andere Weise als gewohnt standen darauf in den folgenden Tagen die politischen Verhältnisse in Galizien im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Der Hintergrund war folgender: Veranlasst durch die negativen Signale des Polenklubs in der Universitätsfrage und der darin begründeten unentschlossenen Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit, waren die Ruthenen kurzfristig zur Obstruktion übergegangen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand dabei jenes parlamentarische Geschäft, dem insbesondere aus der Sicht des „obersten Heerführers", des Kaisers, die höchste Dringlichkeit zukam: das Wehrgesetz.[305]) Als nun die Führer der ruthenischen Fraktion angesichts der Stimmung im Land die Aufgabe ihrer Obstruktionshaltung im Hinblick auf die Plenarberatung signalisierten, sah sich Franz Joseph zu einem ungewöhnlichen, in gewisser Weise sogar präzedenzlosen Schritt veranlasst. Über seinen Innenminister Freiherr von Heinold ließ er der ruthenischen Fraktion seinen Dank für diesen besonnenen Schritt übermitteln.[306])

Sobald diese kaiserliche Dankesbotschaft in den Couloirs des Parlaments bekannt wurde, gab es im polnischen Lager einen Aufschrei sondergleichen. Die Heftigkeit der Re-

---

[304]) Gazeta Narodowa 18. 7. 1911 (162), S. 1.

[305]) Die große politische Herausforderung für den Staat ergab sich dadurch, dass dieses Gesetz von den Parlamenten beider Reichshälften angenommen werden musste. Inhaltlich ging es vor allem um die Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre bei gleichzeitiger Verlängerung der Reservezeit auf zehn Jahre. Näheres dazu bei: Walter Wagner, Die k. (u.) k. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band 5: Die bewaffnete Macht, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1987, S. 142–633, S. 393 f.

[306]) Vgl. Näheres wie auch den Wortlaut der Deklaration an die Ruthenen unten S. 489.

aktion hatte relativ wenig mit dem Inhalt der Verlautbarung oder gar mit der Universitätsfrage zu tun. Maßgebend waren vielmehr formale Aspekte, die in einem monarchischen Staat und einer traditionalen Gesellschaft, welche nur halbwegs rationalen Beziehungsmustern folgten, großes Gewicht besaßen. Ein Wort des Kaisers, zudem ein unaufgefordertes, gehörte einer ganz anderen Kategorie an als eine jede noch so gewichtige Äußerung des Ministerpräsidenten oder eines Regierungsmitglieds. Vor allem aber konnte aus dem spezifisch galizischen Blickwinkel eine derart massive moralische Aufwertung der Ruthenen in einem Moment, als diese aufgrund ihrer Obstruktionshaltung eigentlich Tadel verdienten, nur auf Kosten der Polen gehen, die ihrerseits vermeinten, in ihrer Rolle als Staatspartei über ein besonderes, unverbrüchliches Nahverhältnis zum Monarchen zu verfügen.

Den kühlen Analysten in Wien bot die in einem hochwichtigen politischen Moment ausgebrochene „Polenkrise“ (so das Schlagwort dieser Tage) die Gelegenheit über die Angemessenheit eines unmittelbaren kaiserlichen Eingreifens in die Tagespolitik zu reflektieren. Es war durchaus nicht das erste Mal, dass dies vorkam. Man erinnerte sich an frühere Interventionen bei wegweisenden parlamentarischen Entscheidungen, die allerdings stets in der patriarchalischen Form der Privataudienzen mit Fraktionsführern abgehalten worden waren. Auch der Polenklub war in den Genuss eines solchen kaiserlichen Auftritts gekommen, als im Jahre 1888 sein damaliger Vorsitzender Jaworski zur Annahme des Branntweinsteuergesetzes bewegt wurde. Präzedenzlos an dem Vorgang im Juni 1912 war gerade die nicht-persönliche Form, die Übermittlung durch einen Minister zuhanden einer Klubversammlung, durch welche die Verlautbarung einen gewissen amtlichen Charakter erhielt. Nicht zuletzt deshalb herrschte die Meinung vor, dass es sich bei der kaiserlichen Botschaft um eine für das Ansehen der Krone schädliche politische Entgleisung gehandelt habe, die man allerdings dem Ministerium anlastete. Indirekte Kritik am Kaiser war immerhin in der Mahnung enthalten, dass sich Franz Joseph von seinen Ratgebern gar nicht erst dazu hätte drängen lassen sollen, „die groben Hausarbeiten der Politik zu verrichten“, sondern dass er sich vielmehr auf die „großen Züge der Machtentwicklung in der Welt“ zu konzentrieren habe.[307])

Fern von jeder objektiven Analyse befand sich hingegen das aufs Äußerste aufgebrachte Polenlager. Hier sprach man von Kriegserklärung und von Satisfaktion – wiederum nicht gegenüber dem Kaiser selbstverständlich, sondern gegenüber Heinold, dem Innenminister. Diesem hatte man schon zuvor aufgrund seiner Rolle in den Universitätsverhandlungen mit den Ruthenen Misstrauen entgegengebracht, und nun erschien er gar als Kopf einer umfassenderen antipolnischen Intrige, in die er den Kaiser eingespannt habe. Trotz einer nachgelieferten zweiten kaiserlichen Botschaft, in der dem Polenklub Anerkennung für seine „kaisertreue, patriotische Haltung und Gesinnung“ ausgedrückt wurde, und trotz eines beschwichtigenden Vorsprechens des Innenministers in einer eigens einberufenen Versammlung des Polenklubs, blieb der verheerende Eindruck der ersten Botschaft bestehen. Dazu gehörte vor allem auch die Art ihrer Vermittlung ohne vorherige Einbeziehung der polnischen Verantwortlichen. In erster Linie betroffen war der Minister für Galizien, der – wie erwähnt – wegen seiner angeblich passiven Haltung von Seiten der Nationaldemokraten ohnehin unter Dauerdruck stand. Długosz reichte konsequenterweise sein Demissi-

[307]) Neue Freie Presse 19. 6. 1912 (17177), S. 1.

onsgesuch ein, während der Polenklub in einer Resolution erklärte, er habe sein Vertrauen in Heinold verloren und werde daher jede Beziehung zu diesem abbrechen.[308])

In diesem Moment hing das Schicksal der Regierung an einem Faden. Ein Rücktritt Heinolds traf auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Fraktionen, die eine krasse Überreaktion des Polenklubs orteten und denen eine Aufwertung der Ruthenen, dem alten Bundesgenossen aus den frühen Jahren des Konstitutionalismus, durchaus nicht ungerechtfertigt erschien. Als sich nun der gerade von einer Augenoperation genesende Ministerpräsident mit seinem Innenminister solidarisierte, konnte wiederum nur noch eine höhere Macht, sprich der Kaiser, die Situation retten. So geschah es denn auch, als erneut Franz Joseph auf die Bühne des Geschehens trat, diesmal wieder persönlich und entrückt, in Schönbrunn. Er empfing Juliusz Leo, den Obmann des Polenklubs, zu einer Privataudienz, und dieser Empfang allein hatte schon wieder ein formales Gewicht, das die „Schmach des 18. Juni" auszugleichen imstande war. Die Botschaft, welche der Kaiser dem Fraktionschef auf den Weg gab, berührte erneut das über Jahrzehnte hinweg gepflegte Loyalitätsverhältnis zwischen dem Polenklub und den Regierungen, wobei der Monarch seiner Überzeugung Ausdruck gab, dass die Polen ihn auch in seinen alten Tagen nicht verlassen würden. Solche Worte des greisen, von Schicksalsschlägen gezeichneten Monarchen machten unter den polnischen Führern verständlicherweise einen tiefen Eindruck.

Weniger emotionsstiftend, aber politisch von großem Gewicht war die Versicherung, dass man die nationalpolitischen Streitfragen in Galizien nur im Einvernehmen zwischen beiden Nationalitäten regeln werde. Mit tiefer Dankbarkeit nahm der Polenklub seinerseits die ihm gegenüber „stets bekundete Huld Sr. Majestät" zur Kenntnis und versicherte gleichzeitig, dass damit „die Ursachen, welche eine Veränderung seiner politischen Stellung zur Regierung beeinflusst haben, entfallen sind." Diesem Teil der Resolution, also gewissermaßen dem rational-politischen, schlossen sich freilich 15 Mitglieder der Fraktion nicht an. Dazu gehörten neben den Nationaldemokraten, die offen den Gang in die Opposition forderten, neu auch Teile der Volkspartei, welche durch ihre härtere Haltung nicht zuletzt ihre Entrüstung über die Desavouierung ihres Parteimanns im Ministerium für Galizien unterstreichen wollten. Trotz dieses fortdauernden Dissenses innerhalb der Fraktion ging der Polenklub dennoch insofern gestärkt aus der „Polenkrise" hervor, als er nun einen unschätzbaren Trumpf in der Hand hielt: eine Zusicherung von höchster Autorität, dass bei den anstehenden politischen Großprojekten nichts ohne sein Wissen und seine Zustimmung geschehen könne.

Als der Reichsrat nach einer verlängerten Sommerpause im Oktober 1912 wieder zusammentrat, herrschte Krieg in Europa. Nicht nur die Öffentlichkeit blickte wie gebannt auf die militärischen Ereignisse im Südosten des Kontinents, auch die Beratungen der politischen Gremien waren von der Erörterung über die politischen und finanziellen Konse-

---

[308]) Obwohl manche Meldungen von einem einstimmigen Beschluss sprachen, gab es doch unterschiedliche Haltungen bei der Formulierung dieser Resolution. Dabei fand sich für einmal die Fraktion der (Krakauer) Konservativen in der Minderheit, deren mildere Fassung den Ministerpräsidenten nicht derart unter Zugzwang gebracht und das Schicksal der Gesamtregierung nicht aufs Spiel gesetzt hätte. Zu den Ereignissen des Juni 1912 vgl. die Lemberger, Krakauer und Wiener Tagespresse, insbesondere wiederum die Neue Freie Presse 18. bis 20. 6. 1912 (17176–17178).

quenzen des ersten Balkankriegs geprägt. Der Schwerpunkt der Politik verlagerte sich dabei vom Plenum des Wiener Abgeordnetenhauses in die Delegationen, in denen die unterschiedlichen Meinungen über die herrschende außenpolitische Lage aufeinander prallten. Mochte man erwarten, dass in einer Situation der erhöhten Bedrohung des Staates gerade der Polenklub als traditionell loyale Kraft den Verantwortlichen den Rücken stärken würde, so stand dieser Tendenz erneut das antipolnische Verhalten des deutschen Bündnispartners entgegen, das just zur selben Zeit durch die Umsetzung der Enteignungsvorlagen eine weitere Verschärfung erfuhr. In dieser höchst schwierigen Lage einigte sich die Fraktion am 25. Oktober 1912 auf einen Beschluss, in dem genau diese Ambivalenz im politischen Befinden des Polenklubs zum Ausdruck kam. Einerseits sprach man sich für die anstehenden Kriegskredite aus, die es der Monarchie erlauben würden, ein selbständiger Faktor in der europäischen Politik zu bleiben; andererseits verwahrte man sich gegen die „von einem der Bündnispartner" betriebene Unrechtspolitik, die nicht ohne Einfluss auf die Haltung des Polenklubs" sein könne.[309])

Dieser Beschluss der Fraktion, der wiederum nur zum Teil die Unterstützung der Nationaldemokraten fand, war auch ein Auftrag an die Mitglieder der Delegation, die nun in der Novembersitzung je nach Parteizugehörigkeit in unterschiedlicher Prägnanz und Gewichtung diesen Doppelbeschluss ausführten. Die größte Bedeutung maß man natürlich den Worten des Obmanns des Polenklubs bei. Juliusz Leo drückte seine Enttäuschung darüber aus, dass es den Leitern der Außenpolitik nicht gelungen sei, den deutschen Bündnispartner von dessen Gewaltpolitik gegen die polnische Nation abzubringen. Dadurch würde eine Situation geschaffen, in der es den „österreichischen Polen schon vom Gesichtspunkte der nationalen Ehre ganz unmöglich gemacht würde, für das bisherige System der auswärtigen Politik einzutreten und es in so gefahrvollen Zeiten zu stützen." Leo sprach wörtlich von einem Warnruf, fügte dann aber die einigermaßen versöhnliche Erklärung bei: „Wenn die polnische Delegation trotz der auf das höchste gestiegenen Empörung und Erbitterung unseres Volkes infolge der angekündigten Ausführungsmaßnahmen des preußischen Enteignungsgesetzes gegen die gegenwärtige Leitung der auswärtigen Politik nicht Stellung nimmt, so erfüllen wir diese uns so schwer fallende Pflicht nur im Hinblicke auf die so ernste internationale politische Lage unserer Monarchie, die es allen staatstreuen Völkern dieses Staates zur heiligsten Pflicht macht, sich in Treue und Einheit um die erhabene Person des a. h. Monarchen zu scharen."[310])

Vergleicht man diese Stellungnahme des Obmanns des Polenklubs mit der Wortmeldung Jaworskis im Jahre 1902 am selben Ort zur selben Thematik (s. o), so wird die Veränderung deutlich, welche der Polenklub in diesen zehn Jahren durchgemacht hatte. Das Ende der Vormacht der Konservativen ebenso wie der stark gewachsene Druck der Öffentlichkeit hatten zur Folge, dass man bei der Wahrung des nationalen Interesses zumindest deutliche Worte fand. Als Alarmzeichen, nicht als akute Bedrohung eines Kurswechsels im polnischen Lager wurden die Worte Leos denn auch in Wien aufgefasst. Unbeachtet davon hatte inzwischen im Kronland selbst die ängstigende Ungewissheit über einen möglichen Krieg mit Russland zu panikartigem Verhalten geführt. Die Wirtschaft geriet unvermittelt

---

[309]) Gazeta Narodowa 26. 10. 1912 (247), S. 3.
[310]) Sten. Prot. Deleg., 47. Session, 4. Sitzung (17. 11. 1912), S. 125–128, hier S. 127.

in eine schwere Krise, als Spareinlagen in großem Umfang abgezogen und Güter und Finanzmittel gehortet wurden. Gleichzeitig wandten sich Teile der Jugend in einer beispiellosen Welle des nationalpatriotischen Aktivismus paramilitärischen Organisationen zu. Politischen Niederschlag fand diese Bewegung in der Gründung der „Provisorischen Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien“ (TKSSN), zu der auch die im Polenklub vertretene Polnische Fortschrittspartei (PSP), später auch die PSL gehörte.

Dieser Herausforderung von innerhalb der polnischen Gesellschaft wandte sich nun der dritte Punkt des Beschlusses vom 25. Oktober 1912 zu: Darin warnte der Polenklub die Gesellschaft vor einer aufwieglerischer Tätigkeit, die ihren Ursprung in politischen Kräften hätte, welche außerhalb der offiziell verantwortlichen nationalen Repräsentanten stünden. Angesichts der aufs Äußerste gespannten wirtschaftlichen und politischen Situation ging am 8. Dezember 1912 eine Vollversammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten über die Bühne, mit der Eintracht, Besonnenheit und Handlungsbereitschaft signalisiert werden sollten. Ermächtigt von dem Ministerpräsidenten persönlich, gab Statthalter Bobrzyński eine beruhigende Erklärung über die herrschende internationale Lage ab und warnte gleichzeitig vor den Gefahren einer paramilitärischen Bewegung. Die versammelten polnischen Abgeordneten beider Parlamente verabschiedeten eine Resolution, in der sie unter Hinweis auf den stets handlungsleitenden national-polnischen Standpunkt ihre Loyalität gegenüber dem Kaiser ausdrückten und nochmals vor den Gefahren unüberlegten Handelns warnten. Das waren beruhigende Signale, die man vor allem auch in Wien dankbar zur Kenntnis nahm.[311])

Gleichzeitig bot diese Veranstaltung den politischen Planern die Gelegenheit, die oben erwähnte Forderung nach einer von den Landtagsabgeordneten mitgetragenen Erklärung zur Universitätsfrage einzulösen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als man bereits intensiv über den Wortlaut eines kaiserlichen Handschreibens in dieser Frage verhandelte. Unter dem Druck selektiver Obstruktionsmaßnahmen der Ruthenen in den Ausschüssen des Reichsrats stimmten zunächst Ende Dezember 1912 beide Seiten einer Fassung zu, in welcher das Jahr 1916 als spätester Termin einer administrativen Abtrennung der ruthenischen Lehrstühle von der bestehenden Universität genannt wurde. Der Text, welcher den Fraktionen drei Wochen später vorgestellt wurde, erregte jedoch dann wegen der Festlegung des polnischen Charakters der bestehenden Institution den Unmut der Ruthenen, ohne dass er gleichzeitig Befürchtungen der polnischen Nationaldemokraten wegen der nicht expliziten Ausschließung Lembergs als Sitz einer ruthenischen Hochschule auszuräumen vermochte.

Mit dem nun folgenden Abbruch der Verhandlungen durch die Ruthenen war die Universitätsfrage vorerst blockiert, und alle Kräfte wandten sich nun der zweiten großen Streitfrage zu, der Landtagswahlreform. Damit verlagerte sich ab dem neuen Jahr das politische Geschehen auf die Landesebene. Die Frühjahrssession des *Sejm* war geprägt von ruthenischer Obstruktion einerseits und intensiven Verhandlungen über die Wahlreform andererseits. Im April/Mai folgte der Wechsel des Statthalters (von Bobrzyński zu Korytowski) sowie als Höhepunkt des Konflikts zwischen Block- und Antiblockparteien die faktische Auflösung des RN in der bisher bestehenden Form. In den Sommermonaten ging der mit

---

[311]) Neue Freie Presse 9. 12. 1912 (17349), S. 1–3.

gewohnter Härte geführte Landtagswahlkampf über die Bühne, in dem die bisherigen Allianzen (Konservative- PSL) schon nicht mehr galten. Auch die Spaltung der PSL im Dezember 1913 war eine innergalizische Affäre, die ihrerseits viel mit der Landtagswahlreform, aber auch mit anderen galizischen Interna rund um die Person Stapińskis zu tun hatten. Im Februar 1914 war es dann schließlich so weit, dass die Landtagsfraktionen die Wahlreform verabschiedeten.[312])

Die mit dieser Chronologie angedeutete sukzessive Verlagerung des politischen Schwerpunkts von der Reichs- auf die Landesebene ab Januar 1913 war verbunden mit einem Bedeutungsverlust des reichsrätlichen gegenüber dem landtäglichen Polenklub. Dieser Umstand hatte wiederum Konsequenzen für die politische Balance im polnischen Lager insgesamt, garantierte doch – wie schon erwähnt – die Bewahrung der Kurien im Landtag, dass hier das in Ostgalizien beherrschende nationalkonservative Lager auch nach den Wahlen von 1913 die stärkere Kraft blieb.[313]) Allerdings zeigte sich bei Versammlungen des „vereinigten Polenklubs“ (Landtag plus Reichsrat), dass der Statthalterblock noch über eine knappe Mehrheit in der polnischen Gesamtrepräsentation verfügte. Dieser Umstand wurde sogar ausschlaggebend, als im Mai 1913 die vereinigten Gremien über die Zukunft des RN entschieden.[314])

Auch in anderer, wesentlich weiter gehender Hinsicht waren die Organe des Zentralparlaments und des *Sejm* nicht scharf voneinander zu trennen. Durch ein spezifisches Moment wirkten nämlich die politischen Konstellationen und Prozeduren im Abgeordnetenhaus auf die Geschehnisse im Landtag und damit auf den Fortgang der Verhandlungen über die Wahlreform ein: durch die offene Pressionspolitik der Ruthenen. Diese hatten, wie kurz erwähnt, schon in der Universitätsfrage das Mittel der Obstruktion im Reichsrat eingesetzt und führten diese Politik nun verstärkt fort, um die polnische Seite zu Konzessionen und die Regierung zu politischer Aktivität in der Frage der Landtagswahlreform zu bewegen. Am deutlichsten wurde dieser Zusammenhang im Dezember 1913, als Reichsrat und galizischer Landtag gewissermaßen parallel tagten, ein ganz ungewöhnlicher Vorgang: Die Reichsratssitzungen wurden gezielt unterbrochen, um dem Landtag die Chance zu geben, die Wahlreform zu erledigen und damit das Zentralparlament von der Obstruktionslast zu befreien. Nie zuvor hatte der galizische Landtag einen derart unmittelbaren Einfluss auf den Fortgang der Geschehnisse im Reichsrat ausgeübt.[315])

Dass der nationale Ausgleich in Galizien in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu einer der böhmischen Frage gleichgewichteten, sprich erstrangigen staatspolitischen Aufgabe heranwachsen konnte, hatte somit zwei Ursachen: Die seit den Balkankriegen angespannte internationale Lage verlangte dringend eine Beruhigung der Verhältnisse in der Grenzprovinz zu Russland, und die Gesundung der innenpolitischen Situation konnte nur über eine Beendigung der ruthenischen Obstruktion sowohl im Reichsrat als auch im Landtag be-

---

[312]) Zu diesen Vorgängen vgl. insbesondere Abschnitt I. Als eingehendste Studie über die Landtagswahlreform gilt nach wie vor Buszko, Sejmowa reforma wyborcza.

[313]) Insgesamt verfügte der Statthalterblock über 54, der Antiblock über 62 Mandate. Gazeta Narodowa 10. 7. 1913 (158), S. 1.

[314]) Dazu Abschnitt II, S. 294 f.

[315]) Siehe dazu und insbesondere zur politischen Strategie der Ruthenen unter 4c.

werkstelligt werden.[316]) In der Geschichte der polnisch–ruthenischen Beziehungen bedeutete diese Konstellation, dass sich die dominierende Nationalität Galiziens erstmals in der Defensive befand. Weite Teile der öffentlichen Meinung in den westlichen Kronländern waren seit längerem schon auf der Seite der bedrückten Ruthenen, ohne dass dies freilich politische Konsequenzen gehabt hätte. Neu war nun also, dass die stets unter dem Zwang des Möglichen handelnden politischen Verantwortlichen in Wien aufgrund der geschilderten Umstände zum Handeln gezwungen wurden.

Die im Vergleich zu den Glanzzeiten des 19. Jahrhunderts geschwächte Stellung des Polenklubs lag aber auch an dessen eigener fortschreitender Desintegration. Zum permanenten Misstrauen von Nationaldemokraten und Podolaken gegenüber der Klubleitung, welches durch den Abgang Bobrzyńskis keineswegs gemildert wurde, kamen noch die Turbulenzen in der Volkspartei hinzu. Die sich seit Herbst 1913 abzeichnende Parteispaltung kostete die Fraktion im Dezember dieses Jahres fünf Parlamentssitze (Austritt der nachmaligen „PSL-Lewica"-Gruppe unter Stapiński), einen Landsmannminister (Długosz) sowie eine für die Fraktion höchst unangenehme Debatte im Abgeordnetenhaus. Die Abhaltung dieser Debatte, der letzten mit Brennpunkt Galizien vor Ausbruch des Weltkriegs, wurde überraschend von einer Mehrheit des Hauses beschlossen, nachdem Stürgkh auf dürftige Weise eine Interpellation in der Affäre Długosz–Stapiński beantwortet hatte. Dabei hatte der Ministerpräsident zugegeben, den für die Spaltung der PSL ursächlichen Erwerb einer Krakauer Zeitung durch Stapiński über den sogenannten „Dispositionsfond" ermöglicht zu haben. Obwohl er die Debatte nicht gewollt hatte, benutzte der Fraktionschef des Polenklubs die Gelegenheit, sich gegen dieses Vorgehen des Ministerpräsidenten zu verwahren. Die Regierung habe sich damit in die inneren Verhältnisse des Polenklubs eingemischt, ohne die zuständigen Personen und Gremien darüber zu verständigen.[317])

Die Kritik des Polenklubs am Ministerpräsidenten war bemerkenswert, kam aber keineswegs aus heiterem Himmel. Seit jener schweren Krise des Sommer 1912 war das Vertrauensverhältnis zwischen Polenklub und Regierung nie mehr wiederhergestellt worden. Eine außerordentlich schwere Belastung brachte die Aufhebung des böhmischen Landesausschusses, der im Juli 1913 infolge der permanenten Lähmung des Landtags durch eine Verwaltungskommission ersetzt worden war. Der Polenklub protestierte im Abgeordnetenhaus offiziell gegen diese seiner Meinung nach verfassungswidrige Maßnahme, welche die Rechte der Länderautonomie auf eklatante Weise verletze.[318]) Der autoritäre, in der Tendenz antiparlamentarische Stil des Ministerpräsidenten löste zunehmend Unbehagen im polnischen Lager aus. Mancher sah sich an die Worte Biliński vom Oktober 1911 erinnert, als dieser von der innigen Liebe der Polen zum Parlamentarismus gesprochen hatte, die aus

---

[316]) Vgl. dazu auch den übernächsten Unterabschnitt zur Politik der Ruthenen in der 12. Legislaturperiode.

[317]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 187. Sitzung (20. 12. 1913), S. 9221–22.

[318]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 173. Sitzung (13. 11. 1913), S. 8547–8549. Zum sog. „Annenpatent" (erlassen am Festtag der Heiligen Anna): Gerald Stourzh, Verfassungsbruch im Königreich Böhmen: ein unbekanntes Kapitel zur Geschichte des richterlichen Prüfungsrechts im alten Österreich, in: Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels. Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag, hrg. von Bernd-Christian Funk u. a., Wien–New York 1992, S. 675–690.

der langen parlamentarischen Erfahrung käme und also „uns allen im Blut stecke“, in jedem Fall „nichts für Österreich Gemachtes“ sei.[319]) Der Ministerpräsident liebte den Parlamentarismus nicht, da gab es kaum Zweifel. Über dieses Allgemeine hinaus erfolgte der Protest des Polenklubs aber vor allem mit Rücksicht auf die eigene prekäre Lage in Galizien, denn man fürchtete eine ähnliche autoritäre Entscheidung gegen den galizischen Landtag, wenn nicht hier bald Ordnung geschaffen würde.

Das abschreckende Beispiel der böhmischen Landesverwaltungskommission hatte einen nicht geringen Anteil daran, dass die galizische Landtagswahlreform im Februar 1914 doch noch zustande gebracht wurde. Verständlicherweise versuchte nun die Regierungsseite, den positiven Impuls des galizischen Beispiels wiederum für Böhmen nutzbar zu machen. Das jahrelange Sorgenkind Galizien wurde auf einmal zum politischen Vorbild ähnlich wie die stets gelobte Staatstreue der Polen in der Monarchie oftmals als beispielhaft für die anderen Völker hingestellt worden war. Tatsächlich wurden nun in der Öffentlichkeit Stimmen laut, der Polenklub solle wieder seine alte Vermittlerrolle zwischen Deutschen und Tschechen aufnehmen. Eine solche Idee wurde jedoch in der ersten Märzwoche, kurz vor der letztlich definitiven Vertagung des Parlaments, von Klubobmann Leo mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Jedem Kenner der politischen Szene hätte klar sein müssen, dass der Polenklub eine Vermittlerfunktion nur unter zwei Voraussetzungen erfolgreich hätte wahrnehmen können: Das Vertrauensverhältnis zur Regierung hätte intakt und der Polenklub jene innere Geschlossenheit aufweisen müssen, die ihn unter der Ägide Jaworskis – des Meisters im Vermittlungsfach – ausgezeichnet hatte. Beide Voraussetzungen waren im Jahre 1914 nicht mehr gegeben.[320])

b) Die polnische Opposition: Sozialdemokraten im Alleingang

Im Dezember 1913, während jener oben erwähnten Debatte um die Affäre Długosz–Stapiński, präsentierte der sozialdemokratische Führer Daszyński seine Version der Geschichte der polnischen Opposition im Abgeordnetenhaus. Anlass für diesen Rückblick war der Austritt Stapińskis aus dem Polenklub, der gleichbedeutend war mit der Rückkehr des ehemals allmächtigen PSL-Führers in den Schoß der Opposition. Nach Daszyński sollten die Ereignisse im polnischen Lager seit der Jahrhundertwende allen Nationen demonstrieren, wie gefährlich es sei, wenn die Abgeordneten des „arbeitenden Volkes mit den Ausbeutern desselben Volkes, den großen Herren in der Politik gemeinsame Sache machen.“ Alle „Volks“-Abgeordneten, die sich dem Polenklub angeschlossen hätten, so das Urteil des Sozialdemokraten, seien letztlich der Korruption oder des Verbrechens anheim gefallen.[321])

Stapiński und seine vier Getreuen, so müsste man ergänzen, hatten den Absprung zwar in letzter Minute noch geschafft. Die einzigen aber, die alles von Anfang gewusst hatten und die somit Garanten einer Kontinuität polnischer Oppositionspolitik gegen Unrecht und Unterdrückung in Galizien und im Gesamtstaat darstellten, waren die polnischen Sozialdemokraten. In der 12. Legislaturperiode stellten diese bis zum Eintritt der PSL-Lewica-Gruppe tatsächlich fast ausschließlich die polnische Opposition. Die beiden übrigen

---

[319]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 22. Sitzung (27. 10. 1911), S. 1278.
[320]) Gazeta Narodowa 8. 3. 1914 (55), S. 3.
[321]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 187. Sitzung (20. 12. 1913), S. 9207–9214.

nicht-ruthenischen Oppositionellen standen faktisch zwischen den Nationalitäten: Der unabhängige Sozialist Ernest Breiter und der Jüdisch-Progressive (jedoch nicht zionistisch orientierte) Henryk Reizes gehörten keinem Klub an, waren aber umso mehr untereinander eng verbunden. Ihre jeweiligen parlamentarischen Vorstöße (Breiter belegte mit 95 Interpellationen wieder den einsamen Spitzenplatz unter den galizischen Abgeordneten) reichten sie mit Hilfe der Ruthenen ein, deren nationalpolitische Forderungen (etwa die Universität) sie auch unterstützten.

Das Hauptaugenmerk gilt daher hier den Sozialdemokraten. Deren Lage hatte sich seit den vergangenen Wahlen markant verändert. Der von den Gewerkschaften ausgehende deutsch–tschechische Konflikt hatte mit der Spaltung der tschechischen Partei in eine separatistische und eine zentralistische Organisation seine Fortsetzung und mit der eklatanten Niederlage der mit deutschen Mitteln aufrecht erhaltenen Zentralisten bei den Reichsratswahlen von 1911 seinen vorläufigen Abschluss gefunden. Unter diesen Umständen konnte in der nun beginnenden 12. Legislaturperiode kein übernationaler sozialdemokratischer Fraktionsverband mehr geschaffen werden. An dessen Stelle traten drei selbständige sozialdemokratische Klubs: ein deutscher mit 44 Mitgliedern, zu dem sich vier nicht-deutsche Hospitanten (3 Italiener und ein Ruthene) gesellten, ein tschechischer mit 25 Mitgliedern (alle „Separatisten“) und ein polnischer mit 8 Mitgliedern (inklusive einem Schlesier), dem der einzige gewählte tschechische Zentralist als Hospitant beitrat.

Die Auflösung des sozialdemokratischen Verbands lässt sich als Schlusspunkt eines Desintegrationsprozesses sehen, der durch die Föderalisierung der Fraktion im Jahre 1907 vorgespurt war. Letzteres war allerdings im Einvernehmen aller Beteiligten geschehen, als Konsequenz von Brünn 1899, während dem Bruch von 1911 ein Konflikt zugrunde lag, zu dem schwerste Schuldzuweisungen in alle Richtungen gehörten. Die polnischen Abgeordneten und die hinter ihnen stehende PPSD machten sich dabei die Sichtweise der deutschen Partei zueigen, indem sie – wenn auch nicht explizit – den Tschechen die Zerstörung des Fraktionsverbands anlasteten. Wie jene wünschten sie sich eine möglichst enge Kooperation der sozialdemokratischen Parlamentarier und setzten sich sogar zum Ziel, den sozialdemokratischen Verband wiederherzustellen. Die polnischen Sozialdemokraten strebten also eine vermittelnde Funktion an, die durchaus an die Rolle des Polenklubs zwischen Deutschen und Tschechen vor der Jahrhundertwende erinnerte.[322])

Eine solche Vermittlerrolle der Polen innerhalb der cisleithanischen Sozialdemokratie hatte allerdings angesichts der Tiefe des deutsch–tschechischen Zerwürfnisses kaum Erfolgschancen. Außerdem war eine neutrale Position der Polen kaum vereinbar mit der unübersehbaren Nähe zwischen polnischer und deutscher Parteiführung, personifiziert durch die Achse Adler – Daszyński. Als den Sozialdemokraten zu Beginn der Julisitzung eine Audienz bei Gautsch gewährt wurde, erschienen die Klubobmänner der Deutschen, der Polen (Daszyński und sein Stellvertreter Herman Diamand) sowie der Italiener Pittoni, um ihre gemeinsamen taktischen Absichten und ihre Wünsche vorzutragen. Die Tschechen blieben dem Anlass fern.[323]) Belastend auf das polnisch–tschechische Verhältnis wirkte auch der Umstand, dass der einzige 1911 gewählte tschechische Zentralist, Petr Cingr, im Po-

[322]) Naprzód 8. 7. 1911 (157), S. 1.
[323]) Ebd. 15. 7. 1911 (163), S. 1.

lenklub als Hospitant „Asyl“ gefunden hatte. Man rechtfertigte dies offiziell mit dem Umstand, dass Cingr in seinem schlesischen Wahlkreis auch viele polnische Wähler repräsentierte und von der PPSD als Kandidat portiert worden war. Hinzu kamen bald jene in Abschnitt I besprochenen separatistischen Tendenzen in der ruthenischen Sozialdemokratie, die von tschechischer Seite mit unverhohlener Sympathie begleitet wurden.

Alle diese Momente wirkten nicht nur hemmend auf eine polnische Vermittlertätigkeit, sondern beeinträchtigten ein koordiniertes Vorgehen der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus. Es gab zwar parlamentarische Vorstöße, die von allen drei Klubs mitgetragen wurden. Dazu gehörte gleich zu Sessionsbeginn ein Antrag auf Anklageerhebung gegen Bienerth, dem die Sozialdemokraten eine verfassungswidrige Anwendung des § 14 vorwarfen.[324]) Andererseits zeigt gerade die Analyse der parlamentarischen Vorstöße die Separierung in ein deutsch–polnisches und ein tschechisches Lager: Ein repräsentatives Sample von 20 polnisch-sozialdemokratischen Interpellationen weist nur in einem einzigen Fall (der sich zudem auf Schlesien bezog) die Unterstützung durch tschechische Genossen auf. Alle anderen trugen die Unterschriften deutscher Abgeordneter.

Ungeachtet dieses Grabens in der sozialdemokratischen parlamentarischen Vertretung trug der Klub der polnischen Sozialdemokraten weiterhin sein charakteristisches doppeltes – polnisches und sozialdemokratisches – Gesicht. In letzterer Hinsicht, im Hinblick auf seine Teilnahme am sozialdemokratischen Programm, war nur insofern eine Änderung eingetreten, als sich die polnischen Abgeordneten mangels eines tschechischen Gegengewichts nun noch stärker an den Führern der deutschen Fraktion zu orientieren hatten. Der von diesen vorgegebene politische Kurs war gekennzeichnet durch eine Mischung aus Oppositionsrhetorik gegen jede „Regierung des kapitalistischen Klassenstaates“[325]) und einer aktiven, konstruktiven Teilnahme am parlamentarischen Geschehen. Trotz der permanenten Minorisierung durch die „bürgerliche“ Mehrheit war man bereit, im Rahmen der parlamentarischen Ordnung, ohne Anwendung obstruktionistischer Mittel für die Verbesserung der materiellen Lage der breitesten Volksschichten zu streiten. Eine besondere Rolle spielte in der Sommer- und Herbstsession die Bekämpfung der Teuerung der Lebenshaltungskosten, die sich entzündet hatte am Verbot der Fleischeinfuhr aus Argentinien. Obwohl diese Verfügung vor allem mit Rücksicht auf Ungarn beschlossen worden war, fiel es den polnischen Sozialdemokraten nicht schwer, das Wirken eines gesamtösterreichischen Agrarier-Kartells zu beschwören, dem auch die „Schlachzizen“ des Polenklubs angehörten. Damit erhielt der Komplex – was für das heimische Publikum im Kronland stets wichtig war – auch eine galizische Note, zumal der Polenklub trotz einer kritischen Stimme durch den Jüdisch-Demokraten Gross wieder einmal Einvernehmen mit der Regierung signalisierte.[326])

---

[324]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 8. Sitzung (29. 7. 1911), S. 526–547 (Beilage 171).

[325]) Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat, 5. Heft (17. Juli bis 20. Dezember 1911), Wien 1912, S. 2.

[326]) Die Rede von Gross in Sten. Prot. AH, 21. Session, 14. Sitzung (13. 10. 1911), S. 894–901. Um eine interne Zerreißprobe zu verhindern und den städtischen Abgeordneten ein Votum zugunsten des Fleischimports zu ermöglichen, beschloss der Polenklub Stimmfreigabe in dieser Sache. Am ausgeprägtesten „galizisch“ war im übrigen jene schon erwähnte Debatte über die Wahlen in Drohobycz, welche von den polnischen Sozialdemokraten mitinitiiert und mitgeprägt wurde.

Im Zusammenhang mit der Frage des Fleischimports und der Teuerung standen auch jene gegen Justizminister Hochenburger abgefeuerten Schüsse im Parlament, die während einer kritischen Rede Adlers im Zusammenhang mit den blutigen Wiener Antiteuerungskundgebungen vom 17. September und deren Bewältigung durch die Gerichte fielen. Als Gautsch mittels eines Zitats aus einer Rede Adlers nachzuweisen versuchte, dass sozialdemokratische Hetze an dem Vorfall mitschuldig sei, war es Adlers treuer Kumpane Daszyński, der den Ministerpräsidenten einer entstellenden Verkürzung der Aussage überführte und dadurch vor der Öffentlichkeit blamierte.[327]) Wenige Tage später warnte der polnisch-sozialdemokratische Fraktionsführer die Regierung nachdrücklich davor, das versuchte Attentat vom 5. Oktober in einen Ausnahmezustand gegen die Sozialdemokratie umzumünzen. Er verband diese Warnung mit einem im Namen der Sozialdemokratie ausgedrückten Bekenntnis zur konstruktiven parlamentarischen Arbeit: „Wir eroberten dieses Parlament, um hier zu arbeiten, um daraus eine Arbeitsstätte zu machen […] Billiges Brot, billiges Fleisch, billige Wohnung und Menschenrechte, politische Freiheiten dazu, das brauchen wir und nicht Attentate.“[328])

Diese Worte vermochten das getrübte Verhältnis zum Ministerpräsidenten allerdings nicht aufzuhellen. Schließlich hatten die sozialdemokratischen Parlamentarier die ganze Teuerungsdebatte mit ihren Anträgen ins Rollen gebracht und damit Gautsch in eine politische Zwangslage gebracht, die schließlich zu seinem Fall beitrug. Belastend wirkte die Kontroverse nicht nur auf das Verhältnis zu Ungarn: Die Staatsangestellten hielten nicht mit Kritik an der Regierung zurück und forderten eine Angleichung ihrer Gehälter, und die Christlichsozialen, bisher eine Stütze Gautschs, wollten den Sozialdemokraten in Sachen Volksnähe nicht nachstehen. Vor dem Hintergrund der offenen persönlichen Feindschaft zwischen Gautsch und den Sozialdemokraten sind auch die gehässigen Worte des Ministerpräsidenten in seiner programmatischen Rede vom 27. Oktober zu verstehen. Bilińskis Replik darauf war, wie bereits geschildert, schließlich eines jener Elemente, welche auslösend auf den Rücktritt Gautschs wirkten. In der Summe lässt sich also feststellen, dass die Sozialdemokraten, obwohl nicht in das „Regierungsbündnis“ aus Deutschen und Polenklub eingebunden, nicht unwesentlich zum Sturz von Gautsch beitrugen.

Gautschs Nachfolger, Karl Graf Stürgkh, wurde von der polnisch-sozialdemokratischen Presse mit unverhohlenem Misstrauen begrüßt, als ein zu hartem Durchgreifen neigender Klerikaler und als talentloser Karrierist ohne Rückhalt im Parlament außerhalb seiner engeren Klientel.[329]) Umso mehr konzentrierte sich die Arbeit der Fraktion auf die politischen Sachgeschäfte im Parlament, vor allem wiederum auf den Bereich der Sozialpolitik: Sozialversicherungsgesetz, Frauen- und Kinderarbeit, Revision der Gewerbeordnung, Erhöhung der Gehalte für Lehrer, Eisenbahner und Staatsarbeiter, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, Steuer- und Finanzpolitik usw. Die inhaltliche Gestaltung der Gesetzesvorlagen versuchte man vor allem in den Ausschusssitzungen zu beeinflussen, wobei die sozialdemokratische Position meist in der Form von Minoritätsvoten ins Plenum gebracht

---

[327]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 9. Sitzung (5. 10. 1911), S. 621–622. An diese Wortmeldung erinnerte sich Daszyński noch Jahre später mit besonderer Genugtuung: Ignacy Daszyński, Pamiętniki, 2 Bde., Warszawa 1957, 2. Bd., S. 96.

[328]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 11. Sitzung (10. 10. 1911), S. 719.

[329]) Naprzód 4. 11. 1911 (256), S. 1.

wurde. Der nach der jeweiligen Fraktionsstärke errechnete Verteilungsschlüssel garantierte auch den polnischen Sozialdemokraten eine angemessene Vertretung in den Ausschüssen. So saß der aus einer Kaufmannsfamilie stammende, wegen seiner Kompetenz in wirtschaftlichen Fragen geschätzte Herman Diamand gleich in drei wichtigen Gremien: Volkswirtschaft, Budget und Finanzen. Abgesehen von ihrer Funktion als vorberatende Organe spielten die Ausschüsse eine wichtige Rolle beim Einüben eines sachbezogenen Diskurses zwischen den Parteimännern diverser politischer Orientierung. Da die Beratungen prinzipiell geheim waren, blieb im Gegensatz zu den Plenardebatten das agitatorische Moment von untergeordneter Bedeutung.[330])

Ein ganz anderer Bereich, dem die Sozialdemokraten ihre besondere Aufmerksamkeit widmeten, waren die Außenbeziehungen und die Armee, ein Komplex, der infolge der internationalen Spannungen und wiederholten kriegerischen Auseinandersetzungen dauerhaft aktuell war. Die Frage des Militärbudgets wurde von den Sozialdemokraten insofern in ein Gegensätzlichkeitsverhältnis zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Vorlagen gestellt, als sie in der Armee einen gefräßigen Moloch erblickten, dessen Appetit zulasten der Gesundung der inneren Verhältnisse und der Lebensumstände der Bevölkerung ging. Unter den polnischen Sozialdemokraten war es Daszyński, der als Mitglied des Wehrausschusses die Haltung seiner Fraktion erläuterte. In Abstimmung mit den Führern der deutschen Genossen trat der Klubobmann der polnischen Sozialdemokraten gegen die große Wehrvorlage von 1912 auf – gegen die mit ihr verbundenen Mehrkosten, die Erhöhung des Armeebestands, die unbereinigten „feudalen Überreste“ und die Sanktionierung des Einsatzes der Armee im Inneren der Monarchie.

Im Unterschied zu den Fraktionen der Majorität, aber auch vielen der Opposition (so etwa der Ruthenen) nahm sich der polnische Sozialdemokrat kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Figur des Kaisers oder die Rolle des Patriotismus ging. Im Gegensatz zu vielen anderen, so Daszyński, würden die Sozialdemokraten kein Gesetz – und zumal kein schlechtes – mit Rücksicht auf „den guten, alten Kaiser“ votieren. Der österreichische Patriotismus sei aus der Sicht der Polen „ein lächerliches Ding […], dem die Zähne herausgerissen wurden.“ Als Staat, der in seiner Geschichte immer auf der Seite der Unfreiheit und der Reaktion gestanden sei und der erst durch zwei verlorene Kriege zur Moderne gefunden hätte, gäbe es nichts, was im Volk die „schönen Erinnerungen, an denen sich das Herz entflammen könnte“, errege. Gleichermaßen abstoßend sei allerdings die Gegenwart, denn: „An allen Ecken und Enden nichts anderes als Frivolität und Leichtsinn gepaart mit Gewalttätigkeit, nationalem Schacher und dem Grundsatze: divide et impera.“[331])

Es gab vor 1914 wohl kaum ein gleichermaßen vernichtendes Urteil eines polnisch-galizischen Politikers über Österreich, seine Geschichte und Gegenwart vor einem politischen Forum. Von der etablierten Elite des Polenklubs war man gewohnt, von dem historischen Unrecht der Teilungen zu hören, dem aber stets die positiv gewertete Gegenwart einer nationalkulturellen Selbstbestimmung der Polen im Rahmen Galiziens entgegengestellt wurde. Ein solches Gegengewicht enthielt Daszyńskis Brandrede nicht. Entsprechen-

---

[330]) Vgl. die Delegierung der polnischen Sozialdemokraten in die jeweiligen Ausschüsse in Naprzód 22. 7. 1911(170), S. 2.

[331]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 60. Sitzung (21. 3. 1912), S. 2947–2955 und 95. Sitzung (21. 6. 1912), S. 4513–4521.

des gilt für die von ihm angesprochene Frage des österreichischen Patriotismus, den die „Bürgerlichen“ (um bei der sozialdemokratischen, für Galizien nur beschränkt zutreffenden Diktion zu bleiben) im polnischen Lager durchaus gerne beschworen. Daszyński nannte solche Behauptungen eine „konventionelle Lüge“. Aus seiner Sicht gab es vielleicht so etwas wie einen naiven Patriotismus oder eine primitive Kaiserverehrung, die aber mehr die Folge eines von den Eliten bewusst herbeigeführten Defizits an Bildung seien denn ein Zeichen der Dankbarkeit des Volkes für die nationale Autonomie.

So sehr man hier Gegensätze zwischen der sozialdemokratischen und der „bürgerlichen“ Sicht des polnischen Österreich-Patriotismus sehen konnte – in Daszyńskis Urteil über „die schönen Erinnerungen“, über dasjenige, was auf der emotionalen Ebene Patriotismus stiftet, fand sich der Pole doch im Einklang mit seinen Konnationalen. Auch für seine politischen Gegner war der polnische Patriotismus gerade mit dem jeweils gültigen Rekurs auf die Geschichte (Adelsrepublik, Maiverfassung, Freiheitshelden) stets der höchste Referenzwert. Auch für die etablierten Eliten, mochten sie noch so sehr in das habsburgische Machtgefüge eingeflochten sein, definierte sich ja der österreichische Patriotismus nicht aus sich selbst, sondern über den polnischen Patriotismus: Österreich war vor allem deshalb gut, weil es den Polen (genauer: deren Eliten) ihre Freiheit gewährte. Das war zumindest die offiziell proklamierte Haltung, die den Erfordernissen der *political correctness* entsprach. Fraglos gab es daneben außerpolitische, emotionale Bindungen an Österreich, die jedoch im hier besprochenen Umfeld selten offen ausgesprochen wurden. Deren Intensität hing auch weniger von der politischen Couleur als vielmehr von Persönlichkeit und sozialer Interaktion des Einzelnen ab. Herman Lieberman etwa, Daszyńskis Parteigenosse, gestand in seinen Erinnerungen seine Liebe zu Wien und bekannte, dass ihn eine tiefe Wehmut erfasste, als er die Stadt im Jahre 1918 verließ.[332])

Die allgemeine Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg erleichterte es den polnischen Sozialdemokraten, ihren national definierten „politischen Patriotismus“ immer offener zu deklarieren und auch danach politisch zu handeln. Im Rahmen des Abgeordnetenhauses spielte das definitive Auseinanderbrechen des sozialdemokratischen Verbands eine wesentliche Rolle. Seither konnte es kaum mehr schwer fallen, sich als national unbedenklich im Diskurs mit den Gegnern des eigenen nationalen Lager zu erklären. Jenes politische Schlagwort von den „Kosmopoliten ohne nationales Herz“ war nun, da die polnischen Sozialdemokraten zumindest formell auf eigenen Füßen standen, nicht mehr derart bequem verfügbar wie noch in den 1890er Jahren. Biliński hatte in seiner bereits mehrfach erwähnten Passage zur Verteidigung der Sozialdemokraten gerade auf diese Aufspaltung in nationale Parteien hingewiesen: Dank ihr, so der Obmann des Polenklubs damals wörtlich, seien die Sozialdemokraten „eigentlich den bürgerlichen Parteien nähergetreten“. Nicht ihre unveränderte klassenpolitische Radikalität sollte also für die Akzeptanz der Sozialdemokraten ausschlaggebend sein, sondern ihre Unbedenklichkeit in nationaler Hinsicht und ihre strukturelle Angleichung an ein auf Nationalitäten gegründetes Parlament.[333])

---

[332]) „Nirgendwo sonst konnte man so glücklich sein wie unter diesen leichtsinnigen, sentimentalen Wienern. Ich schätzte an ihnen vor allem die Weichheit des Herzens, die Güte, das Mitgefühl und die leidenschaftliche Liebe zur Musik“, siehe: Herman Lieberman, Pamiętniki [Erinnerungen], hrg. von Andrzej Garlicki, Warszawa 1996, S. 144.

[333]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 22. Sitzung (27. 10. 1911), S. 1279.

Nun bot sich der polnisch-sozialdemokratischen Fraktion auch manche Gelegenheit, ihre polnische Seite unter Beweis zu stellen. Daszyński, der ja (wie in Abschnitt I dargestellt) schon eine aktive Rolle bei der nationalen Segregation der zunächst gesamtgalizischen Partei gespielt hatte, gehörte auch im Rahmen des Parlaments zu den eifrigsten Förderern einer polnischen Orientierung. So protestierte er etwa in einer Interpellation gegen die Haltung der Wiener Polizei zur polnischen Sprache in politischen Versammlungen oder gegen das Gebaren des schlesischen Landesschulrats gegenüber dem polnischen Volksschulwesen. Sein Fraktionskollege Jędrzej Moraczewski, der ebenfalls für seine ausgeprägt nationale Ader bekannt war und sich schon in seiner Studentenzeit als Mitglied patriotischer Zirkel hervorgetan hatte, beklagte die Beschimpfung der polnischen Nation durch Offiziere. In die Rubrik der polnischen Interessenpolitik gehört auch die Haltung der Fraktion zur Frage der ruthenischen Universität. Dies mag paradox erscheinen, denn die Sozialdemokraten traten mit Entschiedenheit für die Errichtung einer ruthenischen Hochschule in Lemberg ein und setzten sich deshalb gerade dem Vorwurf des nationalen Verrats aus. Betrachtet man jedoch die zugrunde liegenden Motive, wie sie uns in dem entsprechenden parlamentarischen Antrag entgegentreten, so wird deutlich, dass neben dem Postulat der nationalkulturellen Gleichberechtigung eine gehörige Portion nationalen Besitzstandsdenken wirksam war. Die Errichtung einer separaten ruthenischen Institution sollte vor allem die von ruthenischer Seite bekämpfte Existenz der polnischen Universität in Lemberg garantieren. Es sei schlicht ausgeschlossen, dass die Polen auf eine solche „Kulturnotwendigkeit […] jemals freiwillig verzichten" würden. Auch die Sozialdemokraten sahen sich also ganz der Devise verpflichtet, Konflikte um national umstrittene Institutionen wie die Universität nicht über eine gesetzliche Gleichstellung und eine harmonische Kooperation im Rahmen der bestehenden Institution zu lösen, sondern durch konsequente nationale Segregation.[334])

Eine besondere Rolle im Rahmen eines spezifisch polnischen Diskurses spielte auch für die Sozialdemokraten die Kanalvorlage, welche Daszyński in seiner Funktion als stellvertretender Obmann des Wasserstraßenausschusses mit Vehemenz verteidigte. Er stellte sich in dieser Sache sogar gegen die Meinung Adlers, der dem Donau–Oder-Kanal den Vorzug geben wollte und deshalb die im März 1912 im Plenum beratene Wasserstraßennovelle ablehnte. Der parteiübergreifend wirksame, beinahe nationalsymbolische Charakter der Kanalfrage für die polnischen Politiker bestätigte sich, als der Polenklub und der Klub der Polnischen Sozialdemokraten in einer präzedenzlosen gemeinsamen Sitzung am 27. März 1912 den Beschluss fassten, ihre Aktivität in dieser Frage zu koordinieren und in dauerndem Kontakt zu bleiben. Während die stets um Integration der Sozialdemokraten bemühte PSP diese erste offizielle gemeinsame Versammlung der ehemaligen Erzrivalen als eigenen Erfolg feierte und die konservative Presse diese mit einer Mischung von Staunen und Widerwillen kommentierte, benützte Daszyński seinen Auftritt im Plenum, um die Hintergründe des Ereignisses folgendermaßen zu charakterisieren: „Es ist jetzt vielleicht das erstemal, dass der Polenklub – ich sage es unumwunden – im Einverständnis mit uns, als Vertreter des Landes aufgetreten ist, ich sage ganz offen, dass hinter dem Polenklub und hinter uns, die diese Forderung erheben, das ganze Land sich erheben wird."[335]) Trotz aller

---

[334]) Siehe den Antrag Moraczewski in: Sten. Prot. AH, 21. Session, Beilage 488.

[335]) Naprzód 29. 3. 1912 (72), 1. Sten. Prot. AH, 21. Session, 65. Sitzung (29. 3. 1912), S. 3228.

Skepsis gegenüber der Länderautonomie als ein in sozialdemokratischer Sicht konservatives, rückwärtsgewandtes Schema kam doch Daszyński aus seiner national-polnischen Sichtweise der Rhetorik des Polenklubs in diesem Fall entgegen. Für ihn ging es freilich nicht um das Land als historisch-politische Entität, sondern um das darin lebende „werktätige Volk", das durch die Wasserstraßen Arbeit finden und vom akuten Emigrationsdruck befreit werden sollte.

Die eben zitierte Äußerung mag als beredtes Beispiel für die Sogkraft der nationalen Solidarität vor dem Ersten Weltkrieg verstanden werden. Tatsächlich kam es nun vermehrt vor, dass die polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten – ähnlich wie die tschechischen – gemeinsam mit den „bürgerlichen" Fraktionen ihres nationalen Lagers argumentierten und votierten, unter Umständen sogar gegen das Votum der anderen sozialdemokratischen Fraktionen. Ein Beispiel liefert die erwähnte Ausschaltung des böhmischen Landtags durch die Landesverwaltungskommission. Die polnischen Sozialdemokraten forderten im Einklang mit dem Polenklub die Eröffnung einer Debatte zu dieser Frage, während die deutsche sozialdemokratische Fraktion ein solches Unterfangen als unnötige Ablenkung von dringlicheren parlamentarischen Geschäften ablehnte. Allerdings waren auch in diesem Fall die Motive auf beiden Seiten unterschiedlich gewichtet. Für den Polenklub stand trotz seiner erklärten Liebe zum Parlamentarismus die Bewahrung der nationalen Selbstverwaltung auf der Basis der Länderautonomie im Vordergrund, während es den polnischen Sozialdemokraten primär um den Parlamentarismus als Hort der Volksrechte und als Korrektiv gegenüber den zum Autoritarismus neigenden Herrschaftseliten ging.

Von allen Faktoren, welche die polnischen Sozialdemokraten zu einer national-solidarischen Haltung drängten, war die außenpolitische Entwicklung zweifellos der stärkste. Die sozialdemokratische Fraktion beschloss noch im Monat des Ausbruchs des Ersten Balkankriegs eine Verlautbarung, in der sie das Zarenreich als größten Unterdrücker des polnischen Volks zum Gegner im Kriegsfall erklärte und sich damit auf die Seite Österreichs stellte. Diese Haltung entsprach faktisch der Linie des Polenklubs, auch wenn dieser in seiner gleichentags beschlossenen Erklärung (s. o.) weniger deutliche Worte fand. Das mit einer Parteinahme für Österreich stets verknüpfte Problem Dreibund/Preußen löste man im Unterschied zum Polenklub nicht durch Einfügen eines unverbindlichen Warnrufs in Richtung Außenministerium, sondern indem man die antipolnischen Maßnahmen des Nachbarstaats als vom Junkertum ausgehend sozial verortete und damit – im Rahmen eines sozialdemokratischen Fortschrittsdiskurses – als im Innern überwindbar erklärte.[336])

Mit ihren unüberhörbaren Beschwörungen eines nahenden Kriegs stellten sich die polnischen Sozialdemokraten gegen die von der sozialistischen Internationale und der österreichischen Parteiorganisation vertretene Antikriegshaltung. Wenn auch die polnischen Sozialdemokraten an ihren politischen Versammlungen pflichtgetreu Pazifismus predigten, so waren dies nur noch Lippenbekenntnisse. Authentischer klang es im Abgeordnetenhaus, etwa am 17. Dezember 1912, als der Abgeordnete Herman Lieberman mit einer flammenden Rede für die kriegerisch erreichbare Unabhängigkeit Polens Aufsehen erregte.: „Das polnische Volk hält Wacht und ist entschlossen wie dereinst den Türken ebenso jetzt sich der zaristischen Barbarei zu ihrem eigenen Schutze und zum Schutze europäischer Freiheit

---

[336]) Naprzód 27. 10. 1912 (246), S. 1.

und europäischer Kultur entgegenzustellen. […] Wenn wir polnischen Sozialdemokraten unsere Partei zur Bannerträgerin der Unabhängigkeit Polens machen, so tun wir es in dem Bewusstsein, dass wir dadurch den großen Humanitätsidealen, die in der Sozialdemokratie verkörpert sind, die Wege bahnen und ebnen. […] Der Ruf nach der Unabhängigkeit Polens [bedeutet] nichts anderes als: durch Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes zum Siege der völkerbefreienden Sozialdemokratie."[337]) Unverkennbar griff der Sozialdemokrat jüdischer Herkunft aus dem reichen Schatz polnisch-patriotischer Diskurse, mit denen er sich schon seit seiner Jugend identifiziert hatte. National-freiheitliche und sozialistische Mission waren schon damals, in den stürmischen Jugendjahren, eine ideelle Symbiose eingegangen. Nun, unter den patriotischen Aufwallungen der Vorkriegsjahre, wurde sie von der parlamentarischen Tribüne aus verkündet.[338])

So sehr allerdings manche Formeln des patriotischen Bekenntnisses ebenso wie die prooösterreichische Haltung der polnischen Tradition und der vom Statthalterblock geprägten politischen Linie des Polenklubs entsprachen – die Grenzen zwischen beiden Fraktionen waren dennoch nach wie vor deutlich gezogen. Zum einen trennte sie die vom Staat und den herrschenden Eliten nicht kontrollierbare paramilitärische Bewegung, vor welcher (wie oben erwähnt) der Polenklub ausdrücklich warnte. Zum anderen blieb bei dem steten Wandel der militärischen Bedrohungslage die soziale und politische Oppositionsrolle der Sozialdemokraten als Konstante bestehen. Erinnern wir uns nochmals an die eingangs zitierten Worte Daszyńskis vom Dezember 1913 über den Polenklub als Hort polnischer Ausbeutung, so wird deutlich, dass auch unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein Klassengraben das kollektive Selbstverständnis von polnischen Sozialdemokraten und Polenklub trennte. Ein Zusammengehen im Rahmen des letzteren war trotz aller Annäherung noch keineswegs absehbar.

c) Die Ruthenen: Macht dank Obstruktion

In der Geschichte der ruthenischen parlamentarischen Vertretung im österreichischen Abgeordnetenhaus war der Zeitabschnitt zwischen 1911 und 1914 zweifellos der spektakulärste. Das ehemals kleine, weitgehend machtlose Grüppchen, dem man höchstens in den Debatten zu den „Galizischen Wahlen" größere Aufmerksamkeit schenkte, wurde in dieser Legislaturperiode definitiv zu einem parlamentarischen Machtfaktor. Diese Position verdankten die Ruthenen weniger ihrer Vertretungsstärke – die Gesamtzahl ruthenischer Mandate ging sogar um eines auf 31 zurück –, als vielmehr der gezielten Einsetzung ihrer Obstruktionspolitik. Obstruktionistische Strohfeuer von ruthenischer Seite hatte es, wie gesehen, auch in der vorangegangenen Legislaturperiode gegeben. Ihre Urheber waren allerdings vorwiegend aus den Reihen der Radikalen Partei gekommen, worauf die Klubver-

---

[337]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 129. Sitzung (17–19. 12. 1912), S. 6280–6285. Siehe auch die scharf antirussische Rede Daszyńskis vom 30. 10. 1912 (113/5590–5601) sowie diejenige seines Klubkollegen Zygmunt Klemensiewicz vom 12. 12. 1912 (126/6184–6186), in der dieser anlässlich der Beratung des Rekrutenkontingents die kurz zuvor verabschiedete Proklamation des TKSSN verlas.

[338]) Zum patriotischen Eifer des jungen Lieberman, der sich zeitlich deckte mit seinem Engagement für sozialistische Ideale, siehe: Lieberman, Pamiętniki, S. 19–23.

antwortlichen jeweils gezwungen waren, die schädlichen Nachwirkungen wieder auszubügeln. Ausgehend von der Dauerobstruktion im Landtag ab Herbst 1910, wurde nun ab Mitte 1912 die Obstruktion auch im Reichsrat zu einem offiziellen Instrument politischer Strategie. Nach Ansicht der Verantwortlichen rechtfertigte sich dieses schärfste aller parlamentarischen Mittel mit der Ignorierung national-kultureller Lebensrechte. Auf die Zusammenhänge und Hintergründe wird im Einzelnen einzugehen sein.

Vorerst ging es, wie bei jeder Neukonstituierung des Abgeordnetenhauses, um die Selbstorganisation der Mandatare als parlamentarische Klubs. Im Gegensatz zur vergangenen Periode und aller weiter zurückliegenden Sessionen war nun allerdings eines klar: Eine gemeinsame Fraktion von russophilen und ukrainophilen Ruthenen kam definitiv nicht mehr in Frage. Von der russophilen Richtung waren zwei radikale Exponenten (Neukursler) gewählt worden, die sich weit offener als früher zu einer russischen nationalen Identität bekannten. Hatte man noch 1907 auf der Basis der Vieldeutigkeit nationaler Räume und der Schwammigkeit der entsprechenden Terminologie eine einheitliche Fraktion konstruieren können, waren nun mit der klaren, in der Öffentlichkeit verwendeten Scheidung zwischen „russisch" (*russkij*) und „ukrainisch" (*ukrajins'kyj*) die sprachlichen Trennlinien definitiv markiert. Stark belastend wirkte außerdem der unmittelbar zurückliegende Wahlkampf, da man sich gegenseitig vorwarf, fremde Unterstützung (von Seiten Russlands bzw. von der galizischen Statthalterei) in Anspruch genommen und Wortbruch begangen zu haben.

Die beiden Russophilen schlossen sich also erneut den radikalen Tschechen an, diesmal allerdings nicht den Agrariern, sondern den Nationalsozialen. Von diesen erhielten sie aktive Schützenhilfe, als während der schon erwähnten Drohobycz-Debatte der Russophile Kurylovyč von ukrainophiler Seite heftig angegriffen wurde. Die Tschechen versammelten sich bei dieser Gelegenheit um den Redner (das war damals ein übliches Verhalten unter den Parlamentariern) und nahmen ihn im Namen der Redefreiheit in Schutz, während von den Ukrainer-Bänken, insbesondere aber vom ruthenischen Sozialdemokraten Vityk, Rufe kamen wie „Es gibt keine Russen in Österreich!" „Geh nach Kamtschatka, geh nach Sibirien!" Vereinzelte Hoch-Rufe auf Russland von Seiten tschechischer Abgeordneter führten der in Aufruhr gebrachten parlamentarischen Versammlung die gemeinsame ideelle Basis zwischen Tschechen und galizischen Russophilen vor Augen.[339])

Nun bildeten allerdings auch die ukrainophilen Abgeordneten keine Einheit. Eine dominierende Rolle spielten wiederum die Abgeordneten der galizischen UNDP, die 18 Mandatare stellte. Noch in Lemberg, unter der Ägide des Engeren Nationalkomitees der Partei, kamen die Neugewählten zusammen, um sich als parlamentarische Gruppe zu konstituieren. Gleichzeitig wurde aber beschlossen, sich um eine erweiterte Fraktion aller „ukrainischen" Parlamentarier zu bemühen, also unter Einschluss der fünf Bukowiner und der fünf Exponenten der Radikalen Partei. Die Verhandlungen dazu fanden bereits auf Wiener Boden statt. Es stellte sich dabei heraus, dass die Radikalen sich aus Furcht vor einer dauerhaften Minorisierung keiner einheitlich strukturierten Fraktion unterwerfen wollten, die zwangsläufig von den Nationaldemokraten dominiert worden wäre. Um den-

---

[339]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 7. Sitzung, (28. 7. 1911), S. 438–442; Dilo 29. 7. 1911 (166), S. 2 f.; Naprzód 30. 7. 1911 (176), S. 5.

noch eine gemeinsame organisatorische Plattform zur Verfügung zu haben, beschloss man die Gründung eines „Ukrainischen Verbands“ (*Ukrajins'kyj Sojuz*), in dem sich alle drei selbständig konstituierten Klubs – Ukrainischer Klub, Ukrainischer Radikaler Klub, Bukowiner Ukrainischer Klub – zusammenschlossen. Bezüglich der Namensgebung wurde also hier die Konsequenz aus den Bemühungen der vergangenen Jahre gezogen und das Wort „ukrainisch“ zur kollektiven Selbstbezeichnung verwendet. Auch die Abgeordneten der Bukowina, wo es stärkere Vorbehalte gegenüber dem Ukraine-Begriff gab, vollzogen diesen Schritt.

Laut provisorischem Statut wählte die Gesamtheit der Verbandsmitglieder den Vorsitzenden, während die drei Vizepräsidenten von den einzelnen Klubs delegiert wurden. Kost' Levyc'kyj, der alte und neue Obmann der parlamentarischen Vertretung der UNDP, jetzt „Ukrainischer Klub“ , wurde zum Vorsitzenden gewählt, Vasyl'ko (Bukowiner Klub), Mykola Lahodyns'kyj (Radikaler Klub) und Teofil Okunevs'kyj (Ukrainischer Klub) zu Stellvertretern. Das Statut definierte auch das Ziel des Verbands: eine koordinierte parlamentarische Tätigkeit aller ukrainischen Parlamentsabgeordneten in Angelegenheiten, die der Verband als grundsätzliche anerkennt. Um einer Sache den Status des Grundsätzlichen zu verleihen, bedurfte es eines Dreiviertelbeschlusses der Anwesenden. Damit wird der prinzipielle Unterschied zur inneren Struktur des Polenklubs deutlich, welcher sich formal ebenfalls aus größtenteils parteimäßig organisierten Untergruppen zusammensetzte, die auch ihre separaten Versammlungen abhielten. Während aber der Polenklub eine Fraktion auf gruppenföderaler Basis war, konstituierte sich der Ukrainische Verband als nur temporär aktiver Bund dreier selbständiger Klubs. Im ersteren Fall waren besondere Mehrheitsverhältnisse erforderlich, wenn eine Unterfraktion eigene Wege gehen wollte, im letzteren Fall bedurfte es gerade umgekehrt eines qualifizierten Beschlusses, damit eine gemeinsame Linie im Namen des Gesamtverbands zustande kommen konnte.[340])

Abgesehen von der Binnenstruktur wirkte sich das jeweilige Modell einer föderativen Fraktion bzw. eines Fraktionsverbunds auf die Außenbeziehungen aus. Der Ukrainische Verband hatte im Gegensatz zum Polenklub keinen offiziellen Status im Rahmen der Klubs des Abgeordnetenhauses, erschien also auch nicht im periodisch veröffentlichten Klubverzeichnis. In den Klubobmänner-Konferenzen war folglich nur der einzelne Klub, nicht der Verband vertreten. Damit war letzterer der Aufgabe, aber auch der Chance enthoben, eine gemeinsame politisch-taktische Linie unter Einbindung der linken Exponenten zu erarbeiten. Dasselbe galt für die Regierungsaudienzen. Als sich Ministerpräsident Gautsch gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein Bild über die politische Position der Ruthenen gegenüber der Regierung machen wollte, lud er nur die Vertreter des „Ukrainischen Klubs“ ein. Solche Momente belasteten wiederholt die innerruthenischen Beziehungen, vor allem wiederum diejenigen zwischen dem Radikalen Klub und dem Ukrainischen Klub.

Gautsch kam eine solche Vorselektion insofern entgegen, als sie den Vorwurf von polnischer Seite entkräftete, die Regierung würde sich mit politisch Exponenten zusammensetzten, die als Verteidiger wenn nicht gar als Anstifter des Potocki-Mords galten. Den Ra-

---

[340]) Zur Konstituierung der einzelnen Klubs sowie des Verbands siehe Dilo 10. 7. 1911 (150), S. 2; 17. 7. 1911 (155), S. 2; 18. 7. 1911 (156), S. 2. Der Wortlaut des provisorischen Statuts wurde nicht veröffentlicht.

dikalen war hingegen die Möglichkeit verwehrt, Einfluss auf das Geschehen zu nehmen, und dies trieb sie, die ohnehin um Abgrenzung gegenüber den Nationaldemokraten bemüht waren, zusätzlich in eine radikal-oppositionelle Richtung. In vielen parlamentarischen Voten wurde dieser schärfere Ton der Radikalen deutlich, auch in der Tatsache, dass sie sich nun regelmäßig der ukrainischen Sprache bedienten. Die dritte Gruppe, die Bukowiner, hatte dagegen ohnehin einen anderen Status im Rahmen des Wiener Parlaments, da sie nicht dem Komplex Galizien angehörten. Gerade in der 12. Legislaturperiode standen ja vorwiegend landespolitische Agenden (Lemberger Universitätsfrage, Landtagswahlreform, galizische Kanäle) im Vordergrund.

Während also jeder der drei genannten Klubs selbständig über parlamentarische Taktik, Abstimmungsverhalten oder die Designation von Plenarrednern beschloss, brachte die kurze Sommersession 1911 dennoch zwei Momente, die durch den neugeschaffenen Ukrainischen Verband verantwortet wurden. Zum einen handelte es sich um eine organisatorische Maßnahme, die noch im Zusammenhang mit der Konstituierung des Hauses, konkret der Besetzung parlamentarischer Ausschüsse, stand. Ausschussmandate wurden im Abgeordnetenhaus derart unter den einzelnen Klubs aufgeteilt, dass ein Mandat auf zehn Klubmitglieder bei den großen Ausschüssen bzw. auf zwanzig Klubmitglieder bei den kleinen Ausschüssen fiel. Um eine volle Zehnerzahl zu erreichen und den Anspruch auf Ausschussmandate entsprechend zu erhöhen, gab es nun die Möglichkeit, den eigenen Bestand temporär durch parlamentarische „Trabanten“ zu ergänzen. Zwei solche galizische Fraktionslose konnte man mühelos gewinnen, Breiter und Reizes, die ohnehin auch bei den Interpellationen mit den Ruthenen zusammenwirkten. Hoffnung setzte man aber auch in den ruthenischen Sozialdemokraten Vityk, der dem deutschen sozialdemokratischen Verband nur als Hospitant angehörte. Dort hatte er Unterschlupf gefunden, nachdem er von seinem ursprünglichen Wunsch, den polnischen Sozialdemokraten beizutreten, wegen der dort vorherrschenden nationalen Linie abgerückt war. Nicht zuletzt für Vityk hatte man im Statut des Ukrainischen Verbands neben den drei teilnehmenden Klubs die Stelle eines „Wilden“ vorgesehen. Der ruthenische Sozialdemokrat ging jedoch nicht auf das Angebot ein und musste sich entsprechend Vorwürfe von seinen Konnationalen wegen nationalen Verrats gefallen lassen.[341])

Nun gab es zu Beginn der 12. Legislaturperiode einen besonders hohen Bestand an Abgeordneten (insgesamt 15) aus dem deutschen Lager, die sich nicht einem der großen Verbände, also dem Deutschen Nationalverband oder den Christlichsozialen, angeschlossen hatten. Die Mehrheit dieser Klublosen verband sich nun ihrerseits wiederum zum Zwecke der Erringung von Ausschussmandaten zu einer Vereinigung der besonderen Art, einer Art „Klub der Klublosen“. Um nun auch Zugang zu den großen Ausschüssen zu bekommen, begab sich diese politisch durchaus heterogen zusammengesetzte Gruppe erneut auf Partnersuche. Sie fand diesen Partner just im Ukrainischen Verband, dessen eigene innergalizische Expansionsbestrebungen, wie geschildert, nur teilweise erfolgreich gewesen waren. Das Resultat war eine sogenannte „taktische Vereinbarung“ zwischen dem „Verband unabhängiger deutscher Abgeordneter“ und dem Ukrainischen Verband, bei dem allerdings ausdrücklich „ein Aufgeben politischer und ideeller Standpunkte keineswegs gegeben [ist],

[341]) Dilo 24. 7. 1911 (161), S. 2.

da sich beide Teile ihre vollständige Unabhängigkeit in diesen Belangen gewährleisten." Dennoch traten einige der deutschen Klublosen der Vereinigung gerade aus politischen Gründen nicht bei, so der Deutschfreiheitliche Ignaz Kuranda, der sich ausdrücklich zur „Arbeitsmehrheit" im Parlament zählte, während doch die Ruthenen – so seine Meinung – zu den Gegnern der Regierung gehörten. In der Vereinbarung war außerdem festgehalten, dass man sich untereinander die Ausschussmandate derart aufteilen werde, dass jeder der beiden Partner die für ihn und seine Wählerschaft besonders wichtigen Sachgeschäfte vertreten könne. Im Falle der Ruthenen sollten das vorwiegend die wirtschaftlichen Ausschüsse sein.[342])

Der zweite von dem Ukrainischen Verband verantwortete politische Akt war die Proklamation einer „staatsrechtlichen Verwahrung", welche erneut im Reichsrat deponiert und dort auch verlesen wurde. Der Text war in weiten Teilen identisch mit demjenigen des Jahres 1907. Ersetzt wurde allerdings auch hier der Begriff „Ruthene"/„ruthenisch" mit „Ukrainer"/„ukrainisch". So war nun von „ukrainischen Abgeordneten", „ukrainischem Volk" und „ukrainischer Nation" die Rede. Da der Ukraine-Begriff nach wie vor von keiner österreichischen Behörde sanktioniert war, behielt man allerdings dort, wo es um die Schaffung einer eigenen Provinz unter Einschluss der Bukowina ging, den staatsoffiziellen Begriff „ruthenisch" (in der „Rückübersetzung: *rus'ka provincija*) bei. Noch ein weiterer Begriff floss in die neue Version ein, der in den vergangenen Jahren zunehmend Verwendung in deutschsprachigen Beiträgen und Parlamentsreden gefunden hatte: Reichsunmittelbarkeit. Dieser alte Terminus der deutschen Rechtssprache stand im gegebenen Kontext in einem gegensätzlichen Verhältnis zur Landesautonomie als herrschendem staatsrechtlichem Prinzip. Durch die Landesautonomie, so die Implikation, wurden die Länder zwischen die zum „natürlichen Subjekt" erklärte Nation und den österreichischen Staat geschoben anstatt selbst und gleichgewichtet mit allen anderen Nationen am Staat teilzuhaben. In der ruthenischen Version fand man kein befriedigendes Äquivalent zu dem gewichtigen Wort der „Reichsunmittelbarkeit", so dass hier die entsprechende Stelle etwas nüchterner „unmittelbare Zugehörigkeit zum österreichischen Staat" lautete.[343])

Im Jahre 1907 hatten die Russophilen, auch deren radikale Exponenten, die damalige staatsrechtliche Verwahrung noch mitunterzeichnet. Nun, nach ihrer definitiven Absonderung, reichten Markov und Kurylovyč eine eigene Verwahrung der „russischnationalen Abgeordneten" ein. Auch dieser Text baute auf einem historischen Diskurs auf, der die eigenen nationalen Rechte an der Provinz Galizien begründen sollte. Demnach setzte das Jahr 1867 der von Wien zunächst geförderten „geschichtlichen und naturgemäßen Entwicklung" der eigenen Nation ein Ende, indem es die polnische Macht im Kronland installierte. Allerdings wurde dieser Diskurs durch einen zweiten überlagert, welchen man als denjenigen des zweiten Verrats am ursprünglichen und daher legitimen Zustand zur Zeit der Eingliederung Galiziens in den österreichischen Staat bezeichnen könnte. Es war dies die Abkehr von der ursprünglichen Konzeption der Bewohner Ostgaliziens als Glieder der gesamtrussischen Nation. Als Belege wurden die in Staatsdokumenten des 18. und frühen

---

[342]) Neue Freie Presse 21. 7. 1911 (16850), S. 4.

[343]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 2. Sitzung (19. 7. 1911), S. 15 sowie – die ruthenische Version – Dilo 20. 7. 1911 (158), S. 1.

19. Jahrhundert noch gebräuchlichen Bezeichnungen „Russe“, „Kleinrusse“ und „Rotrusse“ anstelle des später allgemein verwendeten Terminus „Ruthene“ angeführt.

Der polnischen Machtpolitik nach der Zäsur von 1867 wurde es zugeschrieben, dass „ein beträchtlicher Teil der kleinrussischen Intelligenz (sprich: die Ukrainophilen, H. B.) den geschichtlichen Weg der kulturellen und nationalen Entwicklung seines Volkes“ verließ und auf die geheiligten Zeichen des gemeinsamen Erbes (Schrift, Orthographie, Ritus) verzichteten. In Anspielung auf die jüngsten politischen Entwicklungen stellten die Verfasser fest, dass „das Bekennen der geschichtlich und wissenschaftlich vollkommen begründeten kulturellen und nationalen Einheit der galizischen Kleinrussen mit dem übrigen Russentum“ heute als Verrat gelte und dass sie selbst als diejenigen, welche diese Einheitsidee noch hochhalten „in diesem Staate seit einiger Zeit für rechtlos erklärt werden.“ Die Verlesung dieser Rechtsverwahrung war wie jeder Auftritt der Russophilen von lauten Zwischenrufen aus den Reihen der ukrainischen Klubs begleitet. Für die beiden russophilen Abgeordneten war diese Proklamation im Grunde bereits der Höhepunkt ihrer Tätigkeit in der 12. Legislaturperiode. Nicht einbezogen in die nun bald folgenden politischen Verhandlungen, marginalisiert im Rahmen des Klubs, dem sie angehörten, stigmatisiert in den Augen der Regierung als Parteigänger Russlands, vermochten Markov und Kurylovyč kaum Akzente im Rahmen des Abgeordnetenhauses zu setzen. Nur durch ihre Interpellationen machten sie aufmerksam auf die Verfolgung ihrer Partei und ihrer Meinungsorgane oder auch der Anhänger der orthodoxen Kirche.[344])

Auf die – trotz Drohobycz-Debatte – doch vorwiegend klimatisch heiße Sommersitzung (es war der bislang heißeste Juli des Jahrhunderts) folgte der politisch heiße Herbst des Jahres 1911 mit dem Regierungswechsel von Gautsch zu Stürgkh. Aus der Sicht der Ruthenen bedeutete dieser Wechsel eine klare Verschlechterung. Während seiner vorangegangenen Amtsperiode als Ministerpräsident war Gautsch, der Schöpfer der ursprünglichen Wahlreformvorlage des Jahres 1905, bekanntlich ein Opfer des Polenklubs geworden, was ihn grundsätzlich sympathisch machte. Stürgkh, zur selben Zeit Mitglied der Fraktion des Verfassungstreuen Großgrundbesitzes, hatte sich dagegen – in einer berüchtigten Brandrede im März 1906 – als scharfer Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ausgewiesen. Was war da von ihm in der Frage der Landtagswahlreform zu erwarten, die nun mehr und mehr in den Vordergrund rückte?

Zudem hatte Gautsch zu Beginn seiner dritten Amtsperiode immerhin die Freundlichkeit gehabt, sich wohlwollend, wenn auch unverbindlich über die Wünsche der Ruthenen zu äußern. Stürgkh machte sich nun nicht einmal die Mühe, sie in seiner programmatischen Antrittserklärung überhaupt zu erwähnen. Schließlich kam noch hinzu, dass der neue Regierungschef sein Kabinett mit einem zusätzlichen Polen als Portefeuille-Minister ergänzte, auch dies für die Ruthenen kein Grund zur Freude. Entsprechend differenziert gestaltete sich die Kritik, welche die ruthenischen Klubs ukrainischen Bekenntnisses im Oktober bzw. November 1911 jeweils aus Anlass einer Budgetdebatte in Richtung altem bzw. neuem Ministerpräsidenten verlauten ließen. Nur die Tonart war dieselbe, ein sinis-

---

[344]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 2. Sitzung (18. 7. 1911), S. 16–17; Dilo 20. 7. 1911 (158), S. 2. Das ukrainophile Blatt übersetzte „russisch“ selbstverständlich mit „rossyjs'kyj“ (und nicht mit „russkyj), also dem staatsbezogenen Begriff, um den politischen Verrat der Russophilen kenntlich zu machen.

tres Moll: Solange an den Grundsätzen im österreichischen Staat und in Galizien im besonderen nichts geändert werde, sähen sich die Ruthenen in der Opposition. Auch in der 12. Legislaturperiode stimmten sie zunächst konsequent gegen jede der vorgelegten Budgetvorlagen.[345])

Die schlimmsten Befürchtungen der Ruthenen hinsichtlich der Person des neuen Ministerpräsidenten bewahrheiteten sich allerdings nicht. Stürgkh stand vielmehr Pate für einen nun in Gang gebrachten Verhandlungsreigen zwischen dem Polenklub und dem Ukrainischen Klub. Für den letzteren bedeuteten diese Gespräche von gleich zu gleich mit dem mächtigen galizischen Kontrahenten zweifellos eine politische Aufwertung. Für die Beziehungen zum Radikalen Klub, der in die Verhandlungen nicht einbezogen wurde, stellten sie hingegen – wie bereits bemerkt – eine Belastung dar. Dabei wäre eine Einbeziehung der Radikalen durchaus im Interesse des Ukrainischen Klubs gelegen, hätte man dann doch viel eher den Anspruch vertreten können, im Namen der gesamten ruthenischen Nation in Galizien zu verhandeln. So musste man sich im Plenum Klagen von Seiten der Radikalen gefallen lassen.[346]) Versuche, den Klub der Radikalen für eine Homogenisierung des Ukrainischen Verbands zu gewinnen, scheiterten trotz zunächst positiven Signalen seitens dieser Minorität. Die Radikalen stellten ein Reformprojekt vor, welches eher in die Richtung einer stärkeren Föderalisierung gegangen wäre und folglich chancenlos blieb. Am Ende des Jahres bestätigte der Parteitag der URP die bisherige Politik der parlamentarischen Eigenständigkeit und trat für eine Beibehaltung des Status Quo im Ukrainischen Verband ein. Das bedeutete die Bewahrung einer Institution, die fast nur noch auf dem Papier existierte.[347])

In einer Angelegenheit allerdings, der man unverzüglich den Stellenwert des Grundsätzlichen zuerkannte, erwachte der Verband zu Leben. Der Jungtscheche Karel Kramář, bekannt als Wortführer russophiler Tendenzen im tschechischen Lager und bereits früher negativ aufgefallen mit ukrainophoben Äußerungen, hatte Mitte November in einem Interview mit der Petersburger Zeitung *Novoje Vremja* zur Situation der Ruthenen in Galizien Stellung genommen, und zwar bezogen auf deren Auswirkungen auf die Beziehungen Österreich–Ungarns zu Russland. Ein Krieg zwischen den beiden Ländern, so Kramář, drohe viel weniger wegen der Lage auf dem Balkan als vielmehr wegen Galizien, das sich durch die von Regierungsseite mächtig unterstützte ukrainophile Bewegung zu einem auf russisches Staatsgebiet ausstrahlenden antirussischen Herd entwickle. Gegenüber der „Neuen Freien Presse“ gab der jungtschechische Politiker kurz darauf zu verstehen, er hätte seine Warnung nicht auf eine Förderung der Ukrainophilen, sondern auf die Bekämpfung der galizischen Russophilen („Altrussen“ in seiner Diktion) bezogen.

So oder so löste das Interview große Entrüstung in den ruthenischen Fraktionen aus. Der Ukrainische Verband reagierte mit einer Resolution, in der er einmal mehr die Existenz von Russen („ob Alt- oder Jungrussen“) in Österreich in Abrede stellte und im weiteren sein „Bedauern und Befremden“ darüber ausdrückte, dass Kramář durch sein Interview Misstrauen gegen die Ukrainer sowohl in der russischen als auch in der österreichischen

---

[345]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 23. Sitzung (28. 10. 1911), S. 1306–1315; 26. Sitzung (8. 11. 1911), S. 1436–1443.

[346]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 40. Sitzung (11. 12. 1911), S. 2008–2014.

[347]) Dilo 20. 10. 1911 (233), S. 1 f.; 25. 12. 1911 (284), S. 5; 26. 12. 1911 (285), S. 4.

Regierung gesät habe. In einem Schreiben an den Vorstand des jungtschechischen Parlamentsklubs wurde „schmerzliches Bedauern“ ausgesprochen, dass gerade ein politischer Führer, der als „besonderer Vorkämpfer der slavischen Verbrüderung auftritt, solch eine feindselige Haltung gegen die nationale Entwicklung des slavischen Brudervolkes – der Ukrainer –“ einnehme. Im Dezember 1912 erlebte das Plenum des Abgeordnetenhauses wegen dieser Affäre, die einen Tiefpunkt in den tschechisch–ruthenischen Beziehungen markiert, einen heftigen Schlagabtausch zwischen Kramář und dem ruthenischen Sozialdemokraten Vityk.[348]) Die Angelegenheit kam zu einem vorläufigen Abschluss, als Kramář in der österreichischen Delegation am Ende des Jahres seine Ausführungen rechtfertigte und dabei auf heftige Kritik und Polemik seitens der Mitglieder des Ukrainischen Verbands Grygorij Ceglins'kyj (Ukrainischer Klub) und Mykolaj Vasyl'ko (Bukowiner Klub) stieß, die von Tomaš Masaryk unterstützt wurden. Eine derartig extensive Behandlung der ukrainischen Problematik im Rahmen des für Außenpolitik zuständigen Gremiums hatte es bis dahin nicht gegeben, und die Tageszeitung *Dilo* titulierte denn auch nicht ohne Stolz auf ihrer ersten Seite: „Die ukrainische Frage in der österreichischen Delegation“.[349])

Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1912, die im Juni dieses Jahres in der geschilderten Regierungskrise kulminierten, wurden bereits an anderer Stelle nachgezeichnet.[350]) Den Verhandlungsführern der Ruthenen ging es darum, ihre beiden großen Themen, Landtagswahlreform und Universitätsfrage, strikt auseinander zu halten. Die Wahlreform gehöre als landesbezogene Machtfrage in den Landtag, die Universität dagegen als gesamtstaatliche Kulturfrage in den Reichsrat, so der Tenor.[351]) Damit brachen die Ruthenen mit ihrem stets hochgehaltenen Prinzip, möglichst alle politischen Agenden aus der Kompetenz des *Sejm* in das Abgeordnetenhaus zu verlagern, wo sie stets auf offene Ohren und unterstützungswillige Kollegen zählen durften. Der Grund für diese strikte Zuweisung der Wahlreform des Landtags in dessen eigenen Kompetenzbereich lag in der durchaus begründeten Befürchtung, dass die in der Gunst der Machtträger in Lemberg und Wien stehenden und stets geschickt agierenden polnischen Strategen das eine gegen das andere ausspielen würden. So forderte man bereits von den Ruthenen als Vorleistung für ein Entgegenkommen in der Universitätsfrage die Einstellung der Obstruktion im Landtag. Die zwingende Konsequenz ihrer eigenen Politik der scharfen Abgrenzung zwischen den beiden Parlamenten war es sodann, dasselbe Druckmittel, welches man im Landtag zur Erreichung der Wahlreform anwandte, nun konsequent für die Lemberger Universität auch im Reichsrat einzusetzen: die Obstruktion.

Bereits im März 1912 stellten die Ruthenen die Zeichen erstmals auf Obstruktion, und der Gegenstand war nicht zufällig die Wasserstraßennovelle. Um deren parlamentarische Behandlung zu verhindern, glänzte der Abgeordnete Tymotej Staruch in einer politisch ab-

---

[348]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 41. Sitzung (12. 12. 1911), S. 2128–2130.

[349]) Dilo 30. 12. 1911 (289), S. 1. Der übersetzte Wortlaut des Interviews sowie die korrigierte Version in Neue Freie Presse 20. 11. 1911 (16972), S. 5. Die Resolution des Ukrainischen Verbands in Dilo 24. 11. 1911 (261), S. 2 und Neue Freie Presse 23. 11. 1911 (16975), S. 8. Die Verhandlungen in der Delegation in: Sten. Prot. Deleg., 46. Session, 2. Sitzung (29. 12. 1911), S. 22–30 und 50–52.

[350]) Vgl. S. 465–467.

[351]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 79. Sitzung (17. 5. 1912), S. 3853–3857.

solut peripheren Angelegenheit (Tabaklizenzen) mit einer vom späten Vormittag bis vier Uhr dauernden Marathonrede, gefolgt vom Klubobmann, der die Obstruktion (das Bekämpfen „mit allen Mitteln“, so die gängige euphemistische Umschreibung) gewissermaßen offiziell machte.[352]) Man erzwang durch diese Ankündigung eine Erklärung des Ministerpräsidenten, die Universitätsfrage werde nach Ostern einer Lösung zugeführt. Damit war die weitere Obstruktion vorerst vom Tisch, was die Ruthenen selbstverständlich nicht daran hinderte, in der nun zugelassenen Debatte dezidiert gegen die „polnischen Kanäle“ aufzutreten. Als Grund für ihre ablehnende Haltung genügte schließlich schon die Tatsache, dass es sich dabei um den erklärten Herzenswunsch des Polenklubs handelte. Man konnte aber auch sachbezogen argumentieren, dass man in die Ausarbeitung der Novelle nicht einbezogen worden sei, dass die nun entgegen der ursprünglichen Vorlage von 1901 geplante prioritäre Ausführung der Verbindung von Krakau nach Schlesien (der Weichsel-Dnjestr-Kanal war nunmehr erst für das Jahr 1923 vorgesehen) West- gegenüber Ostgalizien bevorzuge und dass zudem einem angeblichen Industrialisierungsschub der Vorrang eingeräumt werde gegenüber den Bedürfnissen des ruthenischen Bauernvolks, welches vor allem auf Flussregulierungen und Meliorationen angewiesen sei. Der Wirtschaftspolitik ging es nicht anders als anderen Bereichen des öffentlichen Lebens: Engstirniges nationales Besitzstandsdenken hatte auch hier schon längst jedes Reflektieren in größeren Zusammenhängen in den Hintergrund gedrängt.

Stürgkh ließ seinem Versprechen Taten folgen, denn im April 1912 begann tatsächlich eine Phase allseitiger intensiver Verhandlungen. Gleichzeitig nützten die ruthenischen Abgeordneten jede Gelegenheit, um im Plenum auf ihr eigenes Herzensanliegen, die Universität, hinzuweisen, die mittlerweile alles andere in den Hintergrund gedrängt hatte. Man setzte der Regierung entsprechend ihrem eigenen Versprechen regelrecht ein Ultimatum, bei dessen Verstreichen man – so Kost’ Levyc’kyj Mitte Mai vor dem versammelten Parlament – das „Haus stürzen“ werde.[353]) Diese selbstbewussten Worte des Klubobmanns waren nicht zuletzt deshalb angezeigt, weil Levyc’kyj inzwischen nicht nur für seinen engeren Klubs, sondern im Namen des Ukrainischen Verbands sprechen konnte. War nämlich die Aufwertung des Verbands zu einer vollwertigen Fraktion noch im März erneut am Widerstand der Fraktion der Radikalen gescheitert, so hatte inzwischen die Brisanz der Universitätsfrage das Problem der Verzettelung der ruthenischen Kräfte gewissermaßen auf natürliche Weise gelöst.

Ende April machten die versammelten ruthenischen Abgeordneten die Universitätsfrage offiziell zu einer „gemeinsamen“ Angelegenheit. Dadurch wurde erstmals der Verband, der bisher nur in kurzfristigen taktischen Manövern oder Deklamationen aktiv geworden war, zur verantwortlichen repräsentative Instanz für ein politisches Anliegen erklärt. In derselben Sitzung wurde ein Universitätsausschuss gewählt, in den abgesehen vom Klubobmann vier „Fachleute“, sprich Universitätsprofessoren, Einsitz nahmen: Oleksandr Kolessa und

---

[352]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 62. Sitzung (22. 3. 1912), S. 3012–3037 und S. 3040. Siehe auch den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung ebd. S. 3057.

[353]) Sten. Prot. AH, 21. Session, 79. Sitzung (17. 5. 1912), S. 3854. „Wenn dieses Versprechen nicht bis zum 29. eingelöst wird, dann sollen die Herren die Folgen tragen und an uns herantreten und sagen: ‚Ruthenen, warum stürzt ihr das Haus?’ Nein, wir können nicht anders und werden nicht anders können.“

Stanislav Dnistrjans'kyj von der Universität Lemberg, Stefan Smal-Stoc'kyj (Czernowitz) sowie das Herrenhausmitglied Ivan Horbačevs'kyj (Prag). Das Argument einer fachlichen Qualifikation war im übrigen eine elegante Lösung, um die Ansprüche der Radikalen auf eine Vertretung in diesem Ausschuss zu verhindern. Alle Mitglieder standen der Nationaldemokratischen Partei zumindest nahe, wobei faktisch Levyc'kyj die Verhandlungen führte – nun allerdings, wie gesagt, im Namen des Ukrainischen Verbands und nicht des Ukrainischen Klubs, also mit einer breiter abgestützten politischen Autorität.

Am 3. Juni 1912 gelangte der erste Entwurf eines kaiserlichen Handschreibens zur ruthenischen Universität an die Öffentlichkeit, der insofern den polnischen Wünschen entgegenkam, als der zukünftige Sitz der Institution darin nicht festgelegt war. In einer Versammlung am Folgetag bezeichnete der Ukrainische Verband den Entwurf daher als in jeder Hinsicht unannehmbar. Und er kündigte „entsprechende taktische Konsequenzen" an. Dass dies keine leere Drohung war, zeigte sich sehr bald in den parlamentarischen Ausschüssen, in denen zwei „Staatsnotwendigkeiten" vorberaten wurden: der Haushaltsentwurf und die Wehrvorlage. Sowohl im Budget- als auch im Wehrausschuss setzten sich die Abgeordneten aller drei Klubs des Ukrainischen Verbands in Szene, um mit Dauerreden deren Tätigkeit lahm zu legen. Zu ihnen gehörte auch der vermeintlich gemäßigte Bukowiner Mykola Vasyl'ko, der die Mitglieder des Budgetausschusses mit einer fünfstündigen Rede unterhielt. Klar überboten wurde er von seinem Kollegen aus der Fraktion der Radikalen, Lev Bačyns'kyj, der am 13. Juni im Wehrausschuss um halb elf Uhr abends das Wort ergriff und die ganze Nacht hindurch bis halb zwölf Uhr mittags sprach. Mit seiner annähernd dreizehnstündigen Rede brach er ganz knapp den bisherigen Rekord des Tschechisch-Agrariers Kotlař aus dem Jahre 1909, der seinerseits jene berühmte zwölfstündige Plenarrede des Deutschfortschrittlichen Otto Lecher während der Badeni-Krise überboten hatte. Mit spöttischem Unterton vermerkte die „Neue Freie Presse", dass solche „oratorische Hochgebirgstouren" in einer Zeit, da „die Menschen für den Eindruck körperlicher Kraftleistungen sehr empfänglich" seien, den Rekordredner zum Nationalhelden machten. Und wie recht sie hatte: Am Folgetag titulierte *Dilo* auf seiner ersten Seite: „Ukrainischer Rekord".[354])

Mit der von Innenminister Heinold überbrachten kaiserlichen Botschaft vom 18. Juni kam die aufgestaute Spannung schließlich zur Entladung. Vorangegangen war eine Erklärung des Unterrichtsministers im Budgetausschuss über die Errichtung der ruthenischen Universität, welche die ruthenischen Vertreter dazu veranlasst hatte, die Obstruktion vorläufig einzustellen. Der Wortlaut der kaiserlichen Botschaft war folgender: „Se. Majestät der Kaiser, den die anfängliche Stellungnahme der Ruthenen zur Wehrvorlage befremdet hat, hat mit besonderer Befriedigung wahrgenommen, daß der Ukrainische Verband zur rechten Zeit eingelenkt und sich für eine besonnene und dem Ernste der in Frage stehenden Angelegenheiten Rechnung tragende taktische Haltung entschieden hat. Se. Majestät erwartet mit Bestimmtheit von der bewährten patriotischen Gesinnung und der Kaisertreue des ruthenischen Volkes, daß dessen Vertreter in dieser ihrer nunmehr den Militärvorlagen gegenüber eingenommenen Haltung folgerichtig auch beharren werden."[355]) Abgesehen von ihrem

---

[354]) Neue Freie Presse 14. 6. 1912 (17172), S. 1; Dilo 15. 6. 1912 (8122), S. 1.

[355]) Siehe den Wortlaut in Neue Freie Presse 18. 6. 1912 (17178), S. 2.

symbolischen Gehalt wurde der Proklamation auch deshalb große Bedeutung zugemessen, weil in ihr erstmals offiziell das Wort „ukrainisch“ statt „ruthenisch“ verwendet wurde.[356])

Obwohl die Verlautbarung also mit einer kritischen Bemerkung begann und zudem gezielt auf die momentane Situation und die Erledigung der militärischen Erfordernisse Bezug nahm, wollte man sie im ruthenischen Lager nicht als Danksagung für das Einstellen der Obstruktion gedeutet wissen, sondern als eine politische Kundgebung grundsätzlicher Art. Man stellte sie – wie immer in solchen Momenten – in einen historischen Bezug und erinnerte insbesondere daran, wie der Monarch die ruthenische „Massendeputation“ nach den berüchtigten Badeni-Wahlen, mit den Worten „Adieu, meine Herren“ abgespeist hatte. Die Botschaft vom 18. Juni schien nun, so der Obmann des Ukrainischen Verbands, zu sagen: „Kommen Sie näher!“ Erstmals habe die geplagte ruthenische Nation „den warmen Hauch der Sympathie und des Mitgefühles“ verspüren dürfen, das sei der innerste Sinn der kaiserlichen Botschaft. Aus der Sicht der politischen Vertreter der Ruthenen war sie zudem eine dringend notwendige Bestätigung jahrzehntelanger Arbeit im Dienste des Volkes. Um dem Ereignis die erhoffte Breitenwirkung zu geben, wurde der Text der Verlautbarung unverzüglich in den ostgalizischen Dörfern ausgehängt. Gleichzeitig nahm man mit großer Befriedigung zur Kenntnis, dass sogar die internationale Presse zunächst über die Obstruktion und nun über die Botschaft berichtete. Im österreichischen Staat endlich zu einem gleichwertigen Mitglied der Völker aufgewertet, war man also im Begriff, endlich auch international die Wahrnehmungsschwelle zu überwinden.[357])

Selbstverständlich wurde die Bedeutung der kaiserlichen Botschaft, was ihre Intention und ihre Signalwirkung für die Zukunft betraf, weit überschätzt. Die folgenden Tage sollten vielmehr zeigen, dass der Polenklub Nutzen aus der Krise zu ziehen vermochte, während die Ruthenen letztlich ohne greifbare Resultate in der Form einer für sie günstigen Lösung der Universitätsfrage dastanden. Die Verschärfung der internationalen Krise und der Ausbruch des Ersten Balkankriegs schwächten die Position der Ruthenen weiter, da in einer Situation der außenpolitischen Bedrohung die Anwendung obstruktionistischer Mittel als schweres moralisches Vergehen gewertet worden wäre. Die Strategie lautete nun, dass man aus politisch-symbolischen Gründen gegen die Budgetvorlagen weiterhin opponierte (nicht obstruierte), während man die sich nun häufenden Militärvorlagen – entgegen den bisherigen Gepflogenheiten etwa bei den Rekrutenvorlagen – unterstützte. Dieser Wandel war viel weniger eine Nachwirkung der kaiserlichen Botschaft vom 18. Juni als eine Reaktion auf die konkret gewordene Kriegsgefahr. Das Reich müsse gerüstet sein, so Romančuk in einer Plenarrede Mitte Dezember 1912, auch um den Frieden zu erhalten, denn die Ruthenen hätten am meisten zu leiden unter einem Krieg mit Russland, der unweigerlich im kollektiven Brudermord enden würde. So manchem nüchterneren Zeitgenossen hätte eigentlich klar werden müssen, wie sehr sich die Lage von Polen und Ruthenen, Völker zwischen verfeindeten Staaten, gerade in dieser Hinsicht ähnelte. Der in Galizien gezüchtete nationale Hass machte jedoch blind. Die Lösung der brennenden innerga-

---

[356]) Vgl. CDIAL, Fond 746, Opis 1, Spr. 2. Słowo Polskie 19. 6. 1912 (282), S. 2.

[357]) Die Äußerungen Levyc’kyjs ebd. Zur geschilderten Deutung der kaiserlichen Botschaft auch: Wladimir Kuschnir, Die kaiserliche Botschaft an die Ruthenen, in: Ukrainische Rundschau, Jg. 1912, Nummer 4/5, S. 65–68. Nach anderer Überlieferung hatten die Worte des Kaisers von 1895 gelautet: „Also Adieu“. Siehe: Ruthenische Massendeputation, S. 14.

lizischen Probleme wurde jedenfalls durch die prekäre Lage, soweit sie als eine für beide bedrohliche erkannt wurde, kaum erleichtert.[358])

Das Jahr 1913 brachte vielmehr weitere Folgen im galizischen Dauerkonflikt. Nachdem der Ukrainische Verband im Januar auf den angekündigten kaiserlichen Entwurf zur Universitätsfrage mit dem Abbruch der Gespräche reagiert hatte, rückte wieder die Landtagswahlreform in den Vordergrund. Nach einem munteren Wechsel von ruthenischer Obstruktion und Verhandlung im Landtag erlebte die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt am Ende des Jahres im Reichsrat. Obwohl die politischen Führer der Ruthenen ja selbst das Prinzip der strikten Eingrenzung der Wahlreform auf den Landtag formuliert hatten, setzten sie nun doch den Hebel im Zentralparlament an. Nicht zuletzt die Erfahrungen vom Juni 1912 hatten ihnen deutlich gemacht, dass hier die Wirkung der Obstruktion unverhältnismäßig größer war. Als nun im Dezember 1913 eine Sondersession des *Sejm* ohne Ergebnisse zu Ende ging, gab der die Verhandlungen führende ruthenische Landtagsklub den Reichsratsabgeordneten den Auftrag mit auf den Weg, in der im Abgeordnetenhaus anstehenden Beratung des Finanzplans alle politischen Mittel anzuwenden, um die Angelegenheit in Lemberg voranzubringen. Die Landtagsabgeordneten gaben ihren Kollegen allerdings neben dem mündlichen Auftrag auch noch etwas anderes mit, die physischen Instrumente nämlich, mit dem sie den Auftrag ausführen sollten:

Am 9. Dezember 1913 erlebte das Wiener Parlament dank seinen ruthenischen Abgeordneten eine Szene, die einen Platz in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus verdient. Die Ruthenen gaben eine weitere Kostprobe ihres musikalischen Talents, wobei der akustische Eindruck doch ein ganz anderer war als bei jenem bedrückenden Klagegesang des Jahres 1907. Man war ja inzwischen selbstsicherer geworden, und dazu passten die aus Lemberg mitgebrachten Instrumente: Sirenen, Pfeifen, Trompeten, Ratschen, Autohupen, dazu im Rhythmus das Schlagen der Pultdeckel. Die eigentliche Sensation bildeten jedoch die großen elektrischen Glocken, die durch Anschluss an eine Trockenbatterie einen dauerhaften Lärm erzeugten. Ursprünglich als Signalapparate für Touristen gedacht, waren diese angeblich in einem Pariser Warenhaus speziell für die Ruthenen im Landtag umgebaut worden. Ein fünfter, besonders großer elektrischer Apparat, der einer Eisenbahnsignalglocke glich, war eigens als Obstruktionsmaschine konstruiert worden. Diese „parlamentarischen Höllenmaschinen“ (Neue Freie Presse), die alle eine Leistungskapazität mehrerer Wochen hatten, erlebten nun also ihre Wiener Premiere, und die Ruthenen behaupteten stolz, noch über ein größeres Reservoir zu verfügen. Für einmal schien also der technische Fortschritt aus Lemberg zu kommen. Früher hatten sich die Obstruktionisten zumindest noch plagen müssen. Nun, so kommentierte ein scharfsinniger Korrespondent, profitiere sogar die parlamentarische Obstruktion von jener „berühmten Arbeitsersparnis, welche bekanntlich die vollendeten Maschinen auszeichnet“.[359])

---

[358]) Siehe die Rede Romančuks in Sten. Prot. AH, 21. Session, 126. Sitzung (12. 12. 1912), S. 6186. In der Delegationssitzung vom Oktober desselben Jahres hatte Romančuk aus den bekannten Beweggründen ruthenischer Fundamentalopposition noch seine Zustimmung zum anstehenden Heeresbudget verweigert, dies im Gegensatz zu seinem Konnationalen aus der Bukowina. Sten. Prot. Deleg., 14. Session, 46. Sitzung (15. 10. 1912), S. 834–35 und S. 853–859.

[359]) Vgl. die Berichte in: Neue Freie Presse 10.–11. 12. 1913 (17706–17707). Die Obstruktion wurde formal dadurch ausgelöst, dass der Ministerpräsident einem Ansuchen von Seiten der Ru-

Die Ruthenen schufen sich allerdings keine Freunde durch ihren spektakulären Auftritt. Kritik kam nicht nur von den unmittelbar physisch betroffenen Parlamentariern, denen sehr bald Ohrenwatte verteilt wurde, sondern auch bei jenen, die in den Redaktionsstuben über die politischen Konsequenzen nachdachten. Alle diejenigen, die sich über die Zukunft des Parlamentarismus Sorgen machten und die dringlich anstehenden Sachgeschäfte erledigt sehen wollten, waren empört über die Taktik der Ruthenen. Zu den Tadelnden gehörte auch der alte Verbündete, die „Neue Freie Presse", welche die Wiederkehr dieser „abscheulichen, die Würde des Mandats herabsetzenden und die Achtung des Volkes zerstörenden Formen der Obstruktion" beklagte, mit der Österreich unter den europäischen Staaten inzwischen alleine dastehe.[360]) In den Augen anderer Zeitgenossen war es wieder einmal Galizien, das seine hässliche Fratze zeigte, indem es seine innere Unordnung auf die Tätigkeit des Zentralparlaments abwälze: „Wohin wir blicken, überall stehen uns galizische Dinge im Wege", urteilte Otto Bauer in der sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf". Der Ruthenenklub halte das ganze Reich durch seine Obstruktion im Banne, während der in politische Ränkespiele verwickelte Polenklub „heute den, morgen jenen Minister" stürze. „Ist der Vertretungskörper der acht Nationen Österreich-Ungarns nur noch eine Bühne, auf der die widrige Komödie galizischer Parteikämpfe Tag für Tag aufgeführt wird, bis das Spiel mit dem Feuer die Bühne selbst in den Brand steckt?"[361]) Das waren in der Tat prophetische Worte.

Diese auf der Höhe der „galizischen Krise" niedergeschriebene Analyse des intellektuellen Führers der österreichischen Sozialdemokratie wurde zunächst allerdings politisch obsolet, als sich die verantwortlichen Führer der beiden Nationalitäten doch noch auf jenen Kompromiss in der Landtagsreform einigten und damit den Schwarzen Peter wieder an das andere Sorgenkind unter den österreichischen Kronländern abgaben: an Böhmen. Dieses behielt ihn denn auch bis zur Vertagung des Parlaments am 16. März 1914. Dass die Geschichte des cisleithanischen Parlamentarismus faktisch mit dem deutsch–tschechischen Konflikt endete (erneut verhinderte tschechische Obstruktion eine ersprießliche Tätigkeit), war nicht ohne logische Konsequenz, denn letztlich hatte doch Böhmen – trotz aller galizischen Kapriolen gegen Ende der Periode – seit der Einführung des Konstitutionalismus die größte innenpolitische Belastung dargestellt. Vier Monate nach der Vertagung begann der Erste Weltkrieg, der alles veränderte.[362])

5. Die Kriegssession (1917/18)

a) Der Polenklub: Der gewundene Weg zur Loslösung

Mit der Schließung der 21. Session zeitgleich mit der Mobilmachung am 25. Juli 1914 endete zwar für drei Jahre die Funktion des Wiener Parlaments, nicht jedoch Wiens als

---

thenen entgegentrat, die Sitzung für eine Stunde zu unterbrechen. Jene wollten die Pause offenbar dazu benutzen, um ihre Forderung nach Abschließung der Landtagswahlreform mit dem weiteren Prozedere im Reichsrat zu verknüpfen. Die undiplomatische Abweisung des ruthenischen Vorstoßes mit den beschriebenen Konsequenzen trug Stürgkh einmal mehr den Vorwurf ein, kein Sensorium für die parlamentarischen Feinheiten zu besitzen.

[360]) Neue Freie Presse 10. 12. 1913 (17706), S. 1

[361]) Otto Bauer, Erwachende Völker, in: Der Kampf 7 (1912), H. 1, S. 145–151.

[362]) Rumpler, Parlament und Regierung, S. 892.

zentraler politischer Ort. Das gilt in besonderem Maße für die politischen Eliten Galiziens, die ihren Stammplatz in Lemberg durch die russische Besetzung ganz Ostgaliziens und großer Teile Westgaliziens verloren hatten. Wien war aber auch insofern der angemessene Ort für die Tätigkeit der parlamentslosen Parlamentarier, als gerade jetzt der enge Kontakt zwischen den politischen Führern und der Regierung essentielle Bedeutung erhielt. Für die Polen wurde Wien zur Hauptstadt der sogenannten „austro-polnischen" Lösung, welche die Errichtung eines wiedervereinigten polnischen Staatswesens unter dem Zepter der Habsburger beinhaltete. Im Rahmen dieses Projekts blieb der Polenklub auch ohne Parlamentssitzungen das legitime politische Gegenüber der Verantwortlichen im Staate. Als militärisch-politischer Zweig des austro-polnischen Projekts fungierte das am 16. August 1914 gegründete Oberste Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN), welches die von Österreich unterstützten polnischen Legionen organisierte. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen beiden Organen, die wesentlich bedingt waren durch deren unterschiedliche parteipolitische Zusammensetzung (im Polenklub fehlten die Sozialdemokraten, im NKN seit Herbst 1914 die Nationaldemokraten und die ostgalizischen Konservativen) wurden mit einer großen, am 30. April 1916 von allen Parteien sanktionierten Ausgleichsaktion bereinigt. Zum Vorsitzenden wählten nun beide Gremien den seit Februar 1915 amtierenden Obmann des Polenklubs Leon Biliński, der wie kaum ein anderer dazu prädestiniert schien, die Funktion einer Verbindungsstelle zu den Wiener herrschenden Kreisen wahrzunehmen.

Damit war ein Höhepunkt erreicht, sowohl was die austro-polnische Option als auch was den zwischenparteilichen Konsens betrifft. Es ist hier nicht der Ort, das sukzessive Verblassen der anfänglichen polnisch–österreichischen Euphorie zu erörtern. Belastend auf das wechselseitige Verhältnis wirkten militärische Fragen wie die Unterordnung der Legionen Piłsudskis sowie enttäuschte politische Erwartungen nach der Zweikaiserproklamation vom 5. November 1916. Vor allem aber ging es um die desolaten Zustände in Galizien. Die Provinz lag nach dem Abzug der Russen danieder, und die Bemühungen für einen Wiederaufbau kamen angesichts der angespannten Lage nur langsam voran. Mit der Durchführung kriegspolitischer Maßnahmen auf Kosten der Bevölkerung und der polnischen Selbstverwaltung Galiziens hatte man zudem Abschied nehmen müssen von der Sicherheit, das „eigene" Land Galizien zu regieren. Große Verbitterung löste die Tatsache aus, dass nun ein Militärgouverneur anstelle des gewohnten, polnisch kontrollierten zivilen Statthalters die oberste Autorität innehatte, während gleichzeitig in einzelnen Verwaltungsressorts, insbesondere im militärisch wichtigen Eisenbahnwesen, das Deutsche als Dienstsprache wieder Einzug hielt.[363])

Als das Parlament am 30. Mai 1917 zu seiner 22. und letzten Session einberufen wurde, befand sich das Verhältnis des Polenklubs zu dem seit Dezember 1916 amtierenden Kabinett unter Heinrich Graf Clam-Martinic bereits auf einem Tiefpunkt. Kurz zuvor hatte die Regierung klarmachen müssen, dass ein noch unter der Regentschaft Franz Josephs am

---

[363]) Aufschlussreich für die rasche Verschlechterung der Beziehungen zur Regierung ist die geheime Denkschrift des Polenklubs vom Juni 1916, im Wortlaut veröffentlicht bei Biliński, Wspomnienia, Bd. 2, S. 398–412. Zur Ausgleichsaktion zwischen Polenklub und NKN ebd., S. 42–50 sowie Konstanty Srokowski, NKN. Zarys historii Naczelnego Komitetu Narodowego [NKN. Abriss der Geschichte des Obersten Nationalkomitees], Kraków 1923.

4. November 1916 abgegebenes Versprechen hinsichtlich einer staatsrechtlichen Sonderstellung Galiziens nicht umgesetzt würde. Mit der legislativen Ausgestaltung dieses Konzept, welches bekanntlich eine lange, abwechslungsreiche Geschichte besaß, hatte sich die parlamentarische Kommission des Polenklubs seit Dezember 1916 beinahe pausenlos beschäftigt. Alle diese Kraftanstrengungen und diplomatischen Verrenkungen schienen nun mit einem Male völlig ohne Nutzen gewesen zu sein.

Vergessen wurde in diesem Moment der Demütigung die Tatsache, dass die anfängliche Einmütigkeit in dieser Angelegenheit nach der Februarrevolution und den Deklarationen der Regierung Kerenskij ohnehin nicht mehr gegeben war. Im Polenklub schwebte seither die Frage im Raum, ob man trotz der veränderten Situation zum Postulat der Sonderstellung stehen sollte. Uneinigkeit herrschte zwischen den Konservativen, die nach wie vor stark an traditionellen politischen Lösungen im Rahmen Österreichs orientiert waren, und denjenigen, die konsequent gesamtpolnisch dachten und folglich in der Bekräftigung einer galizischen Autonomie sogar ein mögliches Hindernis für einen zukünftigen polnischen Einheitsstaat sahen. Diese letztere Haltung wurde von den Sozialdemokraten eingenommen, welche ohnehin am wenigsten in den überkommenen staatspolitischen Kategorien dachten, aber auch von den Nationaldemokraten, die stets offen waren für alternative Signale aus dem benachbarten Russland. Die „Endecja“ stand wiederum in einem engen Verhältnis zur PSL-Piast, also jenem von Wincenty Witos geführten rechten Flügel der ehemaligen PSL-Unterfraktion, die im Polenklub verblieben war und sich seit Frühjahr 1916 zum Hort der Opposition gegen Biliński entwickelt hatte. Hier zeichnete sich bereits jene Konfliktstellung innerhalb des Polenklubs ab, die bis zum Ende der Monarchie andauern sollte.[364])

Mitte Mai 1917, kurze Zeit nach Bekanntwerden der Wiedereinberufung des Reichsrats, versammelte sich der Polenklub zu einer dreitägigen Sitzung, die wegweisende Bedeutung erlangen sollte. Am ersten Tag trat Biliński als Klubobmann zurück. Abgesehen vom immer offenkundiger werdenden Scheitern seines austro-polnischen Konzepts war ihm eine Geste zum Verhängnis geworden, die noch in früheren Jahren keinerlei Aufsehen erregt hätte, nun aber die national erregten Kreise in Aufruhr versetzte und die innerfraktionelle Opposition gegen ihn stärkte: Er hatte in Krakau, auf polnischem Boden also, den jungen Kaiser Karl bei dessen Goodwill-Besuch zu Beginn des Monats auf Deutsch begrüßt. Mitentscheidend für Bilińskis Rücktritt war aber auch der Umstand, dass er nicht Mitglied des Abgeordnetenhauses, sondern des Herrenhauses war. Im Februar 1915, nach seinem Rücktritt als gemeinsamer Finanzminister, hatte man eigens im Hinblick auf die geplante Wahl Bilińskis zum neuen Obmann eine entsprechende Statutenänderung beschlossen.[365]) Nun aber, im Frühjahr 1917, als die Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit des Abgeordnetenhauses un-

---

[364]) Siehe dazu auch die für jene Jahre besonders ergiebigen Erinnerungen Bilińskis, Wspomnienia, Bd. 2, hier insbes. S. 122–144. Noch bevor das Konzept der Sonderstellung Galiziens zu einem Dissens zwischen den einzelnen Unterfraktionen der galizischen Abgeordneten führte, belastete es aufs Schwerste das Verhältnis zu den Mitgliedern des Polenklubs aus Österreichisch-Schlesien, welche mit Recht fürchteten, dass die polnische Bevölkerung dieses Kronlands ohne den Beistand aus Galizien der wiedererstarkten deutschen Vormacht zum Opfer fallen würde.

[365]) CDIAL, Fond 717, Opis 1, Spr. 1, 3 sowie die Sitzungsprotokolle ebd, 5–10. Głąbiński stimmte damals gegen die Statutenreform, jedoch für Biliński.

mittelbar bevorstand, musste zwangsläufig der Fraktionschef aus der Mitte der Fraktion kommen, wenn effektive parlamentarische Arbeit geleistet werden sollte.

Auf die personelle Entscheidung folgten die politischen Weichenstellungen. Dabei ging es zum einen um die Frage der Sonderstellung Galiziens. Nachdem zwei scharf formulierte Anträge von Seiten der Sozialdemokraten und der Volkspartei zunächst durchgefallen waren, schloss die Mehrheit der Fraktion sich der Meinung des Demokraten Zieleniewski an, dass gegenwärtig keine Grundlage zu einem Beschluss in der Frage der Sonderstellung Galiziens bestünde. Damit war ein Herzstück der Politik Bilińskis und der Konservativen vorerst begraben. Dagegen wurde auf Antrag des PSL-Abgeordneten Włodzimierz Tetmajer eine Resolution verabschiedet, welche in einem gegenüber dem Vorschlag der vorberatenden Kommission deutlich schärferen Ton die Lösung der polnischen Unabhängigkeitsfrage forderte. Deren Wortlaut wurde zunächst noch der Öffentlichkeit vorenthalten. Die höchsten Wellen schlug ein dritter Beschluss, mit dem kundgetan wurde, dass der Polenklub angesichts der politischen Enttäuschungen der vergangenen Monate nicht in der Lage sei, die Regierung zu unterstützen. Kommentatoren in Wien relativierten allerdings die Bedeutung dieser Resolution unter Hinweis auf die schmale Basis von nur 35 Zustimmenden und die Stimmenthaltung der Konservativen. Sie sollten sich irren.[366])

Die politische Grundlage der Beschlüsse vom 16. Mai schien allerdings auch denjenigen polnischen Politikern zu dürftig, welche auf eine gegenüber den Staatsverantwortlichen unabhängigere Interessenwahrnehmung der polnischen Politik drängten. Sie wünschten sich eine breite, öffentlichkeitswirksame Manifestation des nationalen Willens und beschlossen daher die Einberufung einer Vollversammlung der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten zu einem symbolträchtigen Datum an einen symbolträchtigen Ort – zu Pfingsten nach Krakau. Zunächst, am Pfingstsonntag, versammelten sich erneut die Abgeordneten des Polenklubs und beschlossen nunmehr mit 49 Stimmen, den Antrag Tetmajer der Vollversammlung zur Annahme zu empfehlen. Der Pfingstmontag, der 28. Mai, wurde dann als nationales Großereignis inszeniert: Einem feierlichen Gottesdienst folgte ein imposanter Umzug durch die Stadt mit zahlreichen Ansprachen und dem Singen nationaler Lieder.

Die im Krakauer Rathaus abgehaltene Sitzung kannte als einzigen Tagesordnungspunkt den Antrag Tetmajer, der schließlich einmütig verabschiedet wurde. Der (nochmals leicht modifizierte) Text lautete: „Die Plenarversammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsmitglieder stellt fest, dass das einzige Streben der polnischen Nation die Wiederherstellung des unabhängigen vereinigten Polen mit dem Zutritt zum Meere ist und erklärt sich mit diesem Streben solidarisch.“ Für die Konservativen, die erst in letzter Minute dem gewaltigen öffentlichen Druck nachgegeben hatten, bedeuteten die Krakauer Ereignisse insbesondere wegen der ultimativen Forderung nach einem Zugang zum Meer einen Sieg der antiösterreichischen Koalition. Nun reichte auch der zweite starke Mann der Konservativen in Wien, Michał Bobrzyński, seinen Rücktritt als Minister für Galizien (in dieser Funktion seit Oktober 1916) ein und besiegelte damit das Ende des kurzen Revivals polnisch-konservativer Macht in Wien.[367])

---

[366]) CDIAL, Fond 717, Opis 1, Spr. 1, 56–86; Neue Freie Presse 17. 5. 1917 (18942), S. 2–3; Kurjer Lwowski 18. 5. 1917 (232), S. 1.

[367]) Siehe die Beschreibung der Krakauer Ereignisse in Neue Freie Presse 29. 5. 1917 (18953), S. 6. Auch Biliński, Wspomnienia, Bd. 2, S. 152. Im Zuge ihrer politischen Instrumentalisierung ging

Die Proklamation des 28. Mai 1917 sollte den Rang eines eigentlichen Grundsatzprogramms einnehmen, dem sich insbesondere die Reichsratsdeputierten – zumindest nominell auch die konservativen – verpflichtet fühlten. Die Abgeordneten reisten unmittelbar nach dem Krakauer Großereignis wieder zurück nach Wien, um an der feierlichen Eröffnung des Reichsrats teilzunehmen. Vieles an dieser Eröffnung schien so, wie es immer gewesen war: die Thronrede in der Hofburg (allerdings mit einem neuen Kaiser), die alten Räumlichkeiten des Hauses am Ring, die Formalien der Konstituierung. Und doch sollte sich bald zeigen, dass die alten Grundbedingungen parlamentarischen Handelns – gerade was die Rolle des Polenklubs betraf – nicht mehr galten. Der effektive Bestand des Abgeordnetenhauses war um annähernd 40 Mandate zurückgegangen, da seit Beginn des Krieges keine Ersatzwahlen durchgeführt worden waren. Nur in den galizischen Landwahlbezirken konnten die vakant gewordenen Sitze dank der Ersatzmann-Regelung nachbesetzt werden. Es gab nun zwei Arten von Verstorbenen: diejenige, die auf eine natürliche Weise den Tod gefunden hatten und die Gefallenen, insgesamt 4 von 24. Ein Mandatar war entmündigt worden, und zwar ein Pole: Włodzimierz Kozłowski, einer der einflussreichsten und umstrittensten galizischen Politiker der vergangenen Jahre. Die Ausnahmebedingungen eines Parlamentarismus im Krieg schlugen sich auch in der hohen Zahl von Abgeordneten nieder, die ihr Mandat nach der Aufhebung ihrer Immunität und einer rechtsmäßigen Verurteilung verloren hatten. Schließlich gab es aus Galizien, vor allem unter den Ruthenen eine Reihe von Abgeordneten zu beklagen, die von den Russen verschleppt worden waren. Einige waren bereits zur Zeit der Eröffnung des Reichsrats zurückgekehrt, andere fanden sich erst im Laufe der Session wieder im Haus am Ring ein.

Der Polenklub umfasste zur Zeit der Eröffnung der Kriegssession 75 Mitglieder, also vier mehr als im März 1914. Diesen Zuwachs verdankte er dem Beitritt der Sozialdemokraten im Frühjahr 1916. Bei einer normal funktionierenden Medienöffentlichkeit hätte dieser Schritt wohl ein gewaltiges Echo ausgelöst. Unter den gegebenen Bedingungen konnte er relativ lautlos vollzogen werden. Schließlich waren die Sozialdemokraten als Teilnehmer an der TKSSN schon dem NKN beigetreten; die Integration in den Polenklub im Zusammenhang mit der Ausgleichsaktion des Frühjahr 1916 schien da nur ein kleiner Schritt. Heftige Kritik gab es immerhin von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, die über Jahre hinweg mit der politischen Dynamik und der Eloquenz Daszyńskis hatte rechnen können und zuletzt noch von der Treue der polnischen Genossen im deutsch–tschechischen Streit gezehrt hatte. Nach sozialdemokratischer Deutung war es einerseits

---

gänzlich verloren, dass die Proklamation des 28. 5. auch eine proösterreichische Note enthielt, da man darin explizit auf die Hilfe Österreichs und des Kaisers bei der Wiederaufrichtung des polnischen Staates zählte. Gemäß den Erinnerungen Daszyńskis waren es ohnehin gar nicht die maßgebenden Kreise in Wien, welche sich an der Proklamation stießen, sondern die deutschösterreichischen Politiker und Parteien. Auf Wunsch Czernins erklärte sich der Polenklub in der Folge bereit, der Forderung nach einem Zugang zum Meer die Spitze zu nehmen, indem er auch eine Kanalisierung der Weichsel bis Danzig als einen solchen interpretierte: Dabei fiel gerade dem stets auch in nationalen Belangen besonders resolut auftretenden Daszyński die undankbare Rolle zu, eine derartige abschwächende Erläuterung vor dem Parlamentsplenum zu geben – ein schwerer Fehler, wie der Sozialdemokrat später bekannte. Daszyński, Pamiętniki, 2. Bd., S. 269 f. Sten. Prot. AH, 22. Session, 7. Sitzung (15. 6. 1917), S. 308.

der mangelnde proletarische Charakter, der die Polen in den Schoß ihrer alten konnationalen Rivalen geführt hatte, vor allem aber die nationale Ideologie. Der Wandel von einer radikaldemokratischen zu einer nationalradikalen Partei, so die Meinung, sei nun zum Abschluss gelangt.[368]) Für die polnische Vertretung im Abgeordnetenhaus bedeutete der Eintritt der Sozialdemokraten in den Polenklub hingegen, dass von einer relevanten innernationalen Opposition nun nicht mehr die Rede sein konnte. Stapiński war gänzlich ins Abseits geraten, von wo er Töne vernehmen ließ, die sich in Nichts von dem dominierenden nationalpolnischen Standpunkt unterschieden. Im Dezember 1917 fand auch er mit seiner auf vier Mann reduzierten Gruppe den Weg zurück in den Polenklub.[369])

Abgesehen von dem Beitritt der Sozialdemokraten hatte sich auch die Kräfteverteilung unter den übrigen Gruppierungen verändert. Im Falle von Mandatserledigungen in der Landgemeindekurie war es ja wahlgesetzlich keineswegs sichergestellt, dass der in der Hauptwahl von 1911 bestimmte Ersatzmann dieselbe politische Richtung vertrat wie der Zurückgetretene bzw. Verstorbene, dessen Platz er einnahm.[370]) Auf diese Weise verloren die Konservativen zwei Mandate an einen Vertreter der Volkspartei bzw. der Demokraten. Zudem hatten die inneren Zerwürfnisse seit dem Ausbruch des Krieges Wanderungsbewegungen zwischen den Unterfraktionen ausgelöst. So hatte die Gruppe der Nationaldemokraten drei Anhänger verloren. Sie kam auf nunmehr lediglich sieben Mandatare, unter Einrechnung eines Vertreters der nur noch nominell existierenden Christlichen Volkspartei. Die Hauptprofiteure des nationaldemokratischen Aderlasses waren die Konservativen, welche dadurch einige Fälle von Mandatserledigung kompensieren konnten und noch 19 Mitglieder vereinigten. Die Gruppe hatte an Homogenität zurückgewonnen, nachdem mit Kozłowski der letzte Exponent einer dezidierten innerkonservativen Opposition ausgeschieden war. Die Volkspartei (Piast-Gruppe) hatte mit 20 Mandataren ihren Bestand in etwa halten können, während die Demokraten (14 Mitglieder, inkl. Adolf Gross) sogar etwas hinzugewonnen hatten. Zuwachs hatte auch die Gruppe der „Wilden“ erhalten (7), der Kreis derjenigen Abgeordneten also, die nicht an eine der existierenden Unterfraktionen gebunden waren.[371])

Am Tage der Eröffnung des Reichsrats wählte der Polenklub Stanisław Łazarski zum Nachfolger Bilińskis. Wie schon im Jahre 1911 kam der Advokat aus Wadowice erneut zum Zuge, als man in einer kritischen Phase der Fraktionsgeschichte einer parteiunabhängigen Persönlichkeit bedurfte. Dennoch machte der Neugewählte gleich bei seinem ersten Auftritt während der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses klar, dass er eine sichtlich

---

[368]) H. Walecki, Der Weg zum Polenklub, in: Der Kampf 1916, S. 25–27.

[369]) Siehe das Eintrittsgesuch und den Verlauf der Sitzung in Kurjer Lwowski 7. 12. 1917 (573), S. 1 f. Außerhalb des Polenklubs verblieb daher neben dem zunächst noch internierten Ernest Breiter der jüdische Demokrat Henryk Reizes, der sich vor allem für die jüdischen Flüchtlinge einsetzte.

[370]) Der dahingehenden Behauptung Höbelts ist also zu widersprechen ebenso wie dessen Meinung, nur in den ostgalizischen Landwahlkreisen seien die Ersatzmänner nachgerückt (Parteien, S. 999–1000).

[371]) Vgl. die Verzeichnisse der Abgeordneten und ihrer Gruppenzugehörigkeit in CDIAL, Fond 717, Opis 1, 1–2 sowie 6–7. Beide Listen sind ohne Datum, können aber infolge der inkludierten bzw. nicht vorhandenen Namen auf Juni/Juli 1917 bzw. Februar 1918 datiert werden.

andere Linie zu steuern gedachte als sein Vorgänger: Der neue Obmann sprach seine einleitenden Worte in Polnisch, und dies noch vor jener kurz darauf verabschiedeten Revision der Geschäftsordnung, durch welche nicht-deutschsprachige Reden in das Protokoll aufgenommen und damit offiziell sanktioniert wurden. In jedem Fall wäre es einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen, dass der Obmann des Polenklubs sich einer politischen Geste bediente, welche früher als Signum der national-radikalen Gruppierungen gegolten hatte.[372])

In diesem selben Auftritt vor dem Parlamentsplenum stellte sich Łazarski zudem in eine Reihe mit jenen Abgeordneten diverser Nationalität, welche erneut eine staatsrechtliche Verwahrung abgaben. Von polnischer Seite gab es zwar keine Verwahrung, sondern nur eine „Erklärung". Diese nahm jedoch explizit Bezug auf die bei herrschenden Kreisen in Wien mit Befremden aufgenommene Proklamation vom 28. Mai.[373]) Eine ausführliche politische Kundmachung folgte allerdings erst einige Wochen später, und dies wie üblich im Rahmen der ersten Lesung der Budgetvorlage, in Anschluss an eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Diese zweite Rede des Klubobmanns war nichts anderes als eine Philippika an die Adresse der Regierung, die mit der Erklärung endete, der Polenklub werde – entsprechend dem Beschluss vom 16. Mai – die Regierung (und also kurzfristig die Budgetvorlage) nicht unterstützen. Damit war das Schicksal von Clam-Martinic besiegelt, der wenige Tage später seine Demission einreichte.[374])

Unter dem nachfolgenden Kabinett Ernst von Seidler gab der Polenklub das Bild einer gegen außen instabilen, im Innern zerrissenen Fraktion wider. Im Herbst 1917 trat Łazarski frustriert von der Obmannfunktion zurück, worauf über mehrere Monate die Vizeobmänner (gleichzeitig Vorsitzende der einzelnen Unterfraktionen) die Geschäfte führten.[375]) Erst nach mehrmaligem Anlauf gelang es anfangs Februar 1918, den Brauereibesitzer Jan Goetz v. Okocim, zu wählen, der allerdings seinerseits bereits einen Monat später das Handtuch warf. Im Innern praktisch führungslos geworden, galt hinsichtlich des Verhältnisses zur Regierung noch immer offiziell die Absage vom 16. Mai 1917. Tatsächlich lavierte man allerdings in den maßgeblichen Abstimmungen zwischen Ja, bedingtem Ja und Stimmenthaltung.

Die Unfähigkeit des Polenklubs, die Rolle eines soliden Partners im Rahmen einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit zu finden, hing dabei aufs Engste mit der sich rasant ändernden internationalen Lage zusammen. So etablierte sich neben der tagespolitischen Kleinarbeit jene zweite, diskursive Ebene, wo es um das Grundsätzliche ging, um das zukünftige polnische Staatswesen und die Weiterexistenz der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das Abgeordnetenhaus selbst, verfassungsrechtlich nicht das Organ für außenpolitische Angelegenheiten, wurde mehrfach zum Debattierforum über die polnische Frage, so etwa anlässlich der Berliner Verhandlungen des Außenministers Ottokar Graf Czernin anfangs November 1917 und dann vor allem während der Friedens-

---

[372]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 1. Sitzung (30. 5. 1917), S. 37.

[373]) Ebd.

[374]) Siehe die Verlautbarung in CDIAL, Fond 717, Opis 1, Spr. 3, 161.

[375]) Siehe die Austrittserklärung Łazarskis und dessen Bitte um eine möglichst schnelle Ersatzwahl, damit er von der zunächst noch von ihm selbst wahrgenommenen Pflicht der Amtsführung entlastet würde: CDIAL, Fond 717, Opis 1, 2–3.

verhandlungen in Brest-Litovsk. Obwohl alle involvierten polnischen Politiker die Friedensverhandlungen mit wachsender Sorge beobachteten, konnte man doch aus den Parlamentsreden die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Fraktion ablesen. Auf der einen Seite standen die Krakauer Konservativen (Władysław L. Jaworski), welche grundsätzlich Vertrauen gegenüber dem Außenminister verspüren ließen, auf der anderen Seite die Nationaldemokraten (Głąbiński), die in deutlichen Worten ihrer Empörung Ausdruck gaben, dass keine polnischen Vertreter in die Verhandlungen einbezogen wurden.[376])

Der Ausgang der Verhandlungen, der „Brotfriede“ vom 9. Februar 1918 mit der Ukraine, sollte die innerfraktionell angespannte Situation endgültig klären. Nachdem die polnische Öffentlichkeit in Galizien auf den „Brester Gewaltakt“ mit tagelangen Demonstrationen, Streiks und der öffentlichen Entweihung österreichischer Staatssymbole (etwa: Orden um Hundehälse) reagiert hatte, entwickelte sich die Budgetdebatte vom 20. Februar 1918 zu einer eigentlichen Brest-Kontroverse. Am meisten Aufsehen erregte einmal mehr Daszyński, dessen Rede in der abschließenden Äußerung gipfelte, am 9. Februar 1918 sei „der Stern der Habsburger am polnischen Himmel erloschen“.[377]) Solches ging nun freilich wiederum den polnischen Konservativen und Demokraten zu weit, die ihren sozialdemokratischen Klubkollegen – vergeblich – zu einer mäßigenden Abänderung im Stenographischen Protokoll zu bewegen versuchten.

Nachhaltigere Folgen zeitigte die Meinungsverschiedenheit darüber, wie man sich nun, nach all den Worten und Gesten des Protests, in der Abstimmung zum Budgetprovisorium sowie zu einer gleichen Tags anstehenden Kriegsanleihenermächtigung zu verhalten habe. Zur Auswahl standen Enthaltung und Ablehnung. Nach einer – von National- und Sozialdemokraten boykottierten – Audienz bei Kaiser Karl in Baden sprach sich die Fraktionsmehrheit mit 42 zu 21 Stimmen für Enthaltung aus, um nicht die Verantwortung für die möglicherweise endgültige Ausschaltung der parlamentarischen Tribüne übernehmen zu müssen.[378]) Darauf verließen die unterlegenen National- und Sozialdemokraten, der PSP-Abgeordnete Śliwiński sowie zwei abtrünnige PSL-Mandatare den Polenklub. Dieser verlor damit nicht nur über ein Viertel seiner Mandate, sondern seine politische Legitimität und moralische Autorität als gesamtpolnische Vertretung. Nach Überzeugung der Sezessionisten waren ihm diese Qualitäten allerdings schon zuvor durch seine prinzipienlose Politik abhanden gekommen: Vor die Wahl gestellt zwischen der Solidarität mit dem Volk

---

[376]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 36. Sitzung (9. 11. 1917), S. 1866–1911; 50.–51. Sitzung (18.–19. 12. 1917), S. 2665–2690 und 2699–2729; 53.–55. Sitzung (22.–23 u. 29. 1. 1918), S. 2803–2846, 2855–2898, 2906–2909.

[377]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 61. Sitzung (20. 2. 1918), S. 3173–74 und 3185–3193, hier S. 3193. Das Protokoll vermerkte: „Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen“. Unter anderen Parlamentariern erregte diese Äußerung jedoch Hass und Abscheu. So ist im „Nachlass“ des Polenklubs eine anonyme Schmähschrift erhalten, die auf Papier des Abgeordnetenhauses geschrieben ist, offensichtlich also von einem „Kollegen“ stammte: „Ihr nichtswürdigen Pollaken – Hochverräter – ihr wollt den Stern Habsburgs erlöschen sehen. Pfui, Ihr Gaunervolk.“ CDIAL, Fond 717, Opis 1, Spr. 6. Siehe auch Daszyński, Pamiętniki, 2. Bd., S. 299 f.

[378]) Vgl. die Erklärung des amtierenden Vizepräsidenten Jerzy Baworowski in Sten. Prot. AH, 22. Session, 70. Sitzung (7. 3. 1918), S. 3583.

und der Solidarität mit dem Polenklub hätten die Nationaldemokraten selbstverständlich Ersteres gewählt, so Głąbiński in seinem Rechtfertigungsschreiben an das Präsidium des Polenklubs. Erneut, wie zur Zeit der sozialemanzipatorischen Opposition gegen den Polenklub, wurde also das Volk als imaginäre Größe gegen den Polenklub ins Spiel gebracht, wo dieser doch selbst seine ganze Existenz auf den Idealen der nationalen Solidarität aufgebaut hatte.[379])

Trotz seiner empfindlichen Schwächung gelang es dem Polenklub doch noch einmal, eine Regierung zu stürzen. Als im Frühjahr 1918 die geheime Zusatzvereinbarung zum Vertrag von Brest-Litovsk, welche eine Teilung Galiziens in einen polnischen und einen ukrainischen Teil vorsah, an die Öffentlichkeit drang, verdoppelten sich die Entrüstungsstürme im polnischen Lager. Am 10. Juni erklärte sich die in Krakau tagende parlamentarische Kommission des Polenklubs für die Entfernung der Regierung Seidler. Diese wurde nicht nur des „Attentats auf die Unteilbarkeit Galiziens" beschuldigt, sondern habe generell mit ihrem selbstherrlichen Vorgehen den Frieden zwischen den Nationalitäten zerrüttet, das parlamentarische Leben untergraben und das Staatsbewusstsein lahmgelegt.[380]) Am 21. Juni bestätigte die Gesamtfraktion diesen Beschluss, nachdem Seidler am Tag zuvor gegenüber Vertretern der Polen erklärt hatte, nicht willens zu sein, eine ihm vorgelegte Resolution zu unterschreiben, gemäß derer keinerlei administrative Änderung ohne die Zustimmung des Polenklubs durchgeführt werde.[381])

Am selben 21. Juni wählte die durch die einhellige Auflehnung gegen Seidler innerlich gestärkte Fraktion einen neuen Obmann, Tadeusz Tertil, einen ehemaligen Nationaldemokraten, der sich inzwischen der demokratischen Unterfraktion angeschlossen hatte. Tertil fand in seiner Funktion als Fraktionssprecher erstmals am 17. Juli 1918 die Gelegenheit, das Zusatzprotokoll des Brester Vertrags im Parlament zu geißeln. Diese „hinterhältig geschmiedeten Pläne" stellten nach seiner Ansicht einen eklatanten Verstoß gegen die Deklaration des November 1916 dar, durch welche Galizien „eine Art staatsrechtliche Standeserhöhung" erfahren habe.[382]) Mit dieser Stellungnahme durch den Obmann des Polenklubs war klar geworden, dass die seit Mitte Juni laufenden Verhandlungen zwischen den deutschen Fraktionen, welche Seidler stark zuneigten, und dem Polenklub um eine parlamentarische Erledigung des erneut anstehenden Budgetprovisoriums unter dem amtierenden Regierungschef nicht zu erreichen sein würde.

Nach Seidlers Demission gelang es zunächst seinem Nachfolger Max Freiherr von Hussarek, mittels beruhigender Gespräche das Vertrauen des Polenklubs zurückzuge-

---

[379]) CDIAL, Fond 717, Opis 1, Spr. 12, 7–8. Die Erklärung Śliwińskis ebd, 5. Diese Austritte erfolgten erst eine bzw. zwei Wochen nach der entscheidenden Sitzung des Polenklubs vom 7. 3. 1918. Die Sozialdemokraten hatten sich bereits unmittelbar nach jener Sitzung verabschiedet, um freie Hand für eine Ablehnung des Budgets zu haben. Gegen dieses stimmten auch die beiden Volksparteiler Myjak und Kubik, die folglich wegen Verstoß gegen das Statut ausgeschlossen wurden. Zu den Ereignissen siehe unter anderem ausführlich: Neue Freie Presse 8. 3. 1918 (19230), S. 2–5.

[380]) Siehe den Wortlaut in: Neue Freie Presse 11. 6. 1918 (19322), S. 1.

[381]) Vgl. Biliński, Wspomnienia, Bd. 2, S. 169, falsch interpretiert bei Wolfdieter Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 8), Wien–Köln–Graz 1970, S. 127.

[382]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 76. Sitzung (17. 7. 1918), S. 3950–56.

winnen und folglich auch das Budgetprovisorium von der Mehrheit des Hauses absegnen zu lassen. Die aus dem Polenklub ausgetretenen Sozial- und Nationaldemokraten unterstrichen freilich ihre Rolle als Opposition, indem sie gegen die Vorlage stimmten. Sie waren mittlerweile nicht mehr bereit, nur einen Groschen auf jenes in ihren Augen kleinkarierte Spiel um Worte und Gesten in den Hinterzimmern des Kabinetts zu setzen.[383])

Im Herbst 1918 verloren die im Polenklub verbliebenen Kräfte angesichts der unabwendbar gewordenen Niederlage der Mittelmächte endgültig die Initiative an die Sozial- und Nationaldemokraten. Diese waren die Urheber einer am 2. Oktober im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung, die nach einer Mehrheitsentscheidung des Polenklubs auch die Unterschrift von dessen Obmann Tertil trug. Darin wurde das Recht auf nationale Selbstbestimmung bekräftigt und zu einem internationalen Friedenskongress unter Beteiligung polnischer Vertreter aufgerufen, der zur Wiederherstellung des „aus sämtlichen polnischen Teilen zusammengesetzten polnischen Staates, somit mit eigener Meeresküste (…)“ führen müsse.[384]) Eine Woche später traten auch die Konservativen offiziell dieser Erklärung bei und schlossen sich dem Bekenntnis zur Unabhängigkeitsproklamation des Warschauer Regentschaftsrats an.

Nur noch einen letzten Akzent zugunsten Österreichs vermochten die Konservativen zu setzen, als in der Delegation auf Druck Bilińskis hin die von Daszyński erarbeitete Erklärung der polnischen Vertreter zugunsten des polnischen Staates mit dem Wörtchen „auch“ im Sinne einer doppelten, österreichischen und polnischen Zugehörigkeit abgeschwächt wurde. Er selbst habe nur unter dieser Bedingung unterschrieben, so der dreimalige Finanzminister einen Tag später am selben Ort, „weil viele alte Österreicher dem Staate nicht den Rücken kehren wollen, in dem sie so lange gelebt haben.“[385]) Die Dynamik der politischen Entwicklung ließ nun allerdings solche über viele Jahre eingeübte verbale Feinheiten vollends wirkungslos erscheinen. Offiziell aufgelöst wurde der Polenklub am Ende des Monats durch die polnische Liquidationskommission. Diese erklärte in ihrer konstituierenden Sitzung einigermaßen lapidar, dass mit der nicht mehr vorhandenen Existenzgrundlage des Wiener Parlaments auch der Polenklub in Wien gegenstandslos geworden sei.[386])

---

[383]) Vgl. die Erklärung Tertils (Sten. Prot. AH, 22. Session, 83. Sitzung (26. 7. 1918), S. 4252), der seine Zustimmung zum Budgetprovisorium mit bestimmten – allerdings nicht genannten – Zusicherungen begründete, welche der Polenklub vom Regierungschef erhalten habe. Im Kontrast dazu die Ausführungen Głąbińskis ebd. 83. Sitzung (26. 7. 1918), S. 4256.

[384]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 85. Sitzung (2. 10. 1918), S. 4334; Neue Freie Presse 3. 10. 1918 (19435), S. 7.

[385]) Neue Freie Presse 18. 10. 1918 (19450), S. 4. Der Vorschlag, das Wort „auch“ in den Resolutionstext einzufügen, kam allerdings – so Biliński in seinen Erinnerungen – von dem Führer der Demokraten Ludomil German. Diese Seiten der Erinnerungen Bilińskis sind im übrigen stark geprägt von dem Willen des konservativen Politikers, seinen Loyalismus gegenüber Österreich zu rechtfertigen. Wspomnienia, S. 174–177. Zu diesen Vorgängen auch Daszyński, Pamiętniki, 2. Bd., S. 310.

[386]) Zitiert unter anderem in Kurjer Lwowski 27. 10. 1918 (498), S. 2.

b) Die Ukrainische Parlamentarische Vertretung: Trotz Opposition Anhänglichkeit bis zuletzt

In mancher Hinsicht erscheint die Situation der ruthenischen parlamentarischen Elite in den Kriegsjahren vergleichbar mit derjenigen der Polen. Auch im ruthenischen Fall fand im Zuge der militärischen Ereignisse eine Verlagerung des politischen Zentrums von Galizien nach Wien statt. Am 1. August 1914 wurde aus dem Kreis der Parlamentarier der so genannte „Ukrainische Hauptrat" (*Holovna Ukrajins'ka Rada*, HUR) gebildet, dessen Vorsitz der Präses des Ukrainischen Klubs Kost' Levyc'kyj übernahm.[387]) Ähnlich wie das NKN sah auch der HUR seine Aufgabe in einer Koordinierung der politischen Einflussnahme und in der Organisierung eigener militärischer Formationen (in diesem Fall der *Sič*-Schützenlegionen) an der Seite Österreichs im Kampf gegen Russland. Auch der HUR, der sich im April/Mai 1915 unter Ausweitung seines Tätigkeitsfelds und Teilnehmerkreises als „Allgemeiner Ukrainischer Rat" (*Zahal'na Ukrajins'ka Rada*, ZUR) rekonstituierte, wirkte infolge der Beteiligung der Sozialdemokraten an seiner Organisation als Wegbereiter für die spätere Integration derselben in den parlamentarischen Klub.

Eine zweite durchaus neuartige Parallele zum polnischen Fall, welche dann im Forum des reaktivierten Parlaments deutlich Niederschlag finden sollte, ist in der Internationalisierung der ukrainischen Frage zu sehen. Bisher hatten im wesentlichen nur die Polen unter Hinweis auf ihre eigene staatliche Vergangenheit im Kräftefeld der Mächtepolitik die polnische Frage als internationales Problem zu definieren vermocht. Seit der Gründung des ukrainischen „Zentralrats" (*Central'na Rada*) in Kiew im März 1917 und seiner Legitimierung durch den Nationalkongress im Folgemonat bestand erstmals auch für die Ruthenen eine anerkannte politische Institution, die durch ihre Proklamationen eine gewisse Sogwirkung auf die in Wien und zu diesem Zeitpunkt auch wieder in Lemberg agierenden politischen Führer ausübte. Die Ruthenen standen wie die Polen vor der Frage, in welches Verhältnis sie ihr traditionelles Konzept einer nationalen Autonomie innerhalb des Habsburgerreichs mit der real gewordenen Perspektive eines die bestehenden Grenzen übergreifenden ukrainischen Nationalstaats bringen sollten.

Mit der Reaktivierung des Abgeordnetenhauses im Mai 1917 wurden weitere Parallelen erkennbar. Unter Berücksichtigung der politischen Vorkommnisse seit dem Ausbruch des Krieges setzte sich bei den Auftritten der Ruthenen im Parlament ein diskursives Muster durch, das durch die Motive des Leidens und der Undankbarkeit gekennzeichnet war: Galizien war durch die russische Invasion und deren Folgewirkungen von der Provinz des sozialen und politischen Elends zur blutenden Provinz geworden. Beide rivalisierenden Nationalitäten buhlten um die Gunst, die größten Opfer erbracht zu haben und beide sahen sich gleichzeitig in der Rolle des Anklägers: Die militärische Hilfestellung, die sie durch ihre Legionen erbracht hätten, seien – so der Diskurs – in keinster Weise auf politischer

---

[387]) Kost' Levyc'kyj, Istorija vyzvol'nych zmahan' halyc'kych Ukrajinciv z času svitovoji vijny 1914–1918 [Geschichte der Freiheitsbestrebungen der galizischen Ukrainer in der Zeit des Weltkriegs 1914–1918], L'viv 1928, S. 13–17. Dieses in drei Teilen veröffentlichte Werk Levyc'kyjs über die Politik der Ruthenen in den Kriegsjahren bis zum Brester Frieden bietet wie schon die Darstellung desselben Autors über die Zeit von 1848 bis 1914 das umfangreichste Material zu unserem Thema, wenn auch unter der ukrainisch-nationalen Perspektive.

Ebene entsprechend honoriert worden. Im Gegenteil. Während die Polen, wie angedeutet, vor allem statt Sonderstellung und wirtschaftlichem Wiederaufbau Entpolonisierung der Verwaltung wahrnahmen, beklagten die Ruthenen, dass mit der Sonderstellungs-Proklamation vom 4. November 1916 jenes politische Konzept adoptiert worden war, welches ihrer ureigensten zentralen Forderung, der Schaffung einer autonomen Provinz Ostgalizien, gerade diametral entgegenstand. Aus ruthenischer Sicht war das in verschärfter Form die Fortsetzung jener propolnischen Politik, welche den Ruthenen schon in Friedenszeiten das Selbstbild der leidenden und mit Undankbarkeit behandelten Nation auferlegt hatte. Zudem hatten Hochverratsprozesse weit mehr Opfer unter den als „Russen" missverstandenen Ruthenen gefunden als unter den Polen. Dass es auch eine jüdische Leidensgeschichte gab, ging trotz mancher Versuche von Benno Straucher und Henryk Reizes, dieses Faktum zu thematisieren, im parlamentarischen Diskurs weitgehend unter.

Angesichts dieser Ausgangslage kam es kaum überraschend, dass zwei Wochen vor Eröffnung des Reichsrats die Ruthenen ihren oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung proklamierten.[388]) Urheber der Kundmachung war die Ukrainische Parlamentarische Vertretung (UPV). Unter diesem Namen hatte sich als unmittelbare Folge der Novemberdeklarationen von 1916 eine überparteiliche Fraktion der ruthenischen Abgeordneten konstituiert. Im Gegensatz zum Ukrainischen Verband war die UPV allerdings nicht eine Zweckunion autonomer Klubs, sondern eine eigenständige Fraktion mit anerkanntem Klubstatus im Parlament. Beteiligt waren alle Parteirichtungen, nicht aber die Bukowiner (mit Ausnahme des stark galizisch orientierten Stefan Smal-Stoc'kyj), da sich die Mehrheit der Galizier vor dem stets eigenwilligen, auf Wien hin orientierten Kurs Vasyl'kos fürchtete.[389]) Nicht beteiligt waren selbstverständlich auch die Russophilen: Dmytro Markov und Volodymyr Kurylovyč waren ihres Mandats verlustig gegangen, nachdem sie im November 1916 wegen Hochverrats zugunsten Russlands verurteilt worden waren. Nur dem zuletzt Genannten folgte ein Ersatzmann verwandter politischer Gesinnung, der allerdings unter den gegebenen Bedingungen keine Akzente setzen konnte.[390])

Auch die UPV erreichte erst im Laufe der Session ihren nominellen Bestand von 25 Abgeordneten, da zu Beginn drei Mandatare noch in russischer Gefangenschaft verweilten (Teofil Okunevs'kyj, Tymotej Staruch, Mychajlo Petryc'kyj). Ohne deren Beteiligung hatte die UPV zunächst Julijan Romančuk zu ihrem Obmann gewählt, den neben Vasyl'ko einflussreichsten ruthenischen Politiker in Wien, der außerdem bei der Konstituierung des

---

[388]) Dilo 18. 5. 1917 (114), S. 1.

[389]) Levyc'kyj, Istorija vyzvol'nych zmahan', S. 433. Anfang Dezember 1916 bekräftigten die Bukowiner durch eine Versammlung der Landtags- und Reichsratsabgeordneten sowie anderer Honoratioren jenes Kronlands, dass sie eine gegenüber der UPV eigenständige Politik zu betreiben gedächten. Ebd. S. 470–472.

[390]) Zur fraktionellen Zugehörigkeit siehe die Klubverzeichnisse XX/1 (Mai 1917) und XX/2 (Ende 1917). Ein besonderes Ereignis in der Geschichte der Ruthenen in Wien war die erstmalige Berufung eines Konnationalen zum Minister im Rahmen des restrukturierten Kabinetts Seidler II. Es handelte sich um den Prager Universitätsprofessor Ivan Horbačevs'kyj, der von Ende August 1917 bis zur Auflösung der Monarchie das Ministerium für Volksgesundheit leitete. Auch diese nationalsymbolisch bedeutsame Konzession an die Ruthenen war, wie fast alles, die Folge eines parlamentarischen Tauschgeschäftes. Siehe Levyc'kyj, Istorija vyzvol'nych zmahan', S. 593.

Parlaments im Mai 1917 erneut zu einem der Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde. Seine von den Fraktionskollegen skeptisch beäugte Nähe zum Wiener politischen Establishment war dafür mitverantwortlich, dass Romančuk zu Beginn der Herbstsession durch den resoluten Advokaten Jevhen Petruševyč abgelöst wurde. Dieser war zuvor wegen seiner österreichkritischen Haltung als Vizepräsident des ZUR zurückgetreten, stand also nicht gerade für politische Mäßigung.[391])

Die erste politische Handlung der UPV war die Einbringung einer Rechtsverwahrung während der ersten Sitzung am 30. Mai 1917. Wie ihre Vorgängerversionen von 1907 und 1911 baute auch sie auf einem historischen Narrativ auf. Dennoch war der Text nun völlig neu gestaltet, musste doch auf die politische Entwicklung seit dem Kriegsausbruch und insbesondere auf das kaiserliche Handschreiben vom 4. November 1916 Bezug genommen werden. Hatten die beiden früheren Verwahrungen noch von national-territorialer Autonomie gesprochen, ohne die Teilung Galiziens explizit zu machen, wurde nun mit aller Deutlichkeit „das unverjährte Staatsrecht des ukrainischen Königreiches Galizien und Lodomerien“ hervorgehoben und die Forderung aufgestellt, „dass die ukrainischen Gebiete der ehemaligen Krone des Königs Daniel von Halytsch, als besondere staatsrechtliche Einheit im Rahmen der gesamtstaatlichen Organisation wiederhergestellt werde.“ Das zweite neue Element war der Bezug zu den ukrainischen Gebieten jenseits der österreichischen Grenzen. Jeder Versuch, die geschichtlich mit Galizien verbundenen historischen Länder Cholm, Podlachien und Wolhynien in einen polnischen Staat einzugliedern würde – so der Text – „vor der gesamten Kulturwelt und vor der Geschichte als ein[en] Gewaltakt an dem lebendigen Körper des ukrainischen Volkes, als eine Verletzung seiner geschichtlichen Rechte und als Hohn gegen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ zu verurteilen sein. Als dritter Punkt folgte schließlich eine Solidaritätserklärung gegenüber den Ukrainern Russlands und deren Bestreben, ein Selbstbestimmungsrecht zu erlangen. Von einer zukünftigen Vereinigung beider Teile auf Grundlage eines errungenen territorial-autonomen Status war allerdings nicht ausdrücklich die Rede.[392])

Der eben zitierte Text lässt bereits vermuten, dass sich die Resonanz des polnisch–ruthenischen Konflikts im Wiener Parlament nun erweiterte: von einem bislang stets als innergalizische Kontroverse wahrgenommenen Phänomen zu einem internationalen Problem, in das Österreich als eine der beiden neuordnenden Kräfte Ostmitteleuropas unmittelbar hineingezogen war. Hatte schon bisher gegolten, dass die politische Position der Ruthenen in der Regel das negative Abbild der polnischen Haltung war, so setzte sich dies nun also im Rahmen einer internationalisierten Konstellation fort. In den Debatten des Abgeordnetenhauses und der Delegation zur internationalen Lage und zur „polnischen Frage“ im speziellen markierten die Vertreter der Ruthenen ausnahmslos die Position von Kontrahenten einer austro-polnischen Lösung. In Anspielung an die Idee, ein vereinigtes Polen als Königreich dem Habsburgerstaat anzugliedern, lautete die mehrfach geäußerte Devise: Dem Habsburger als österreichischem Kaiser sind wir zu Treue verpflichtet, als polnischen Kö-

---

[391]) Der Ablösung Romančuks ging eine schon im Juni 1917 ausgebrochene Krise in der Fraktion voraus. Dazu ebd. S. 583–585.

[392]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 1. Sitzung (30. 5. 1917), S. 36. Die Fraktion der Bukowiner schloss sich später der Verwahrung an. Siehe die Rede Vasyl’kos in Sten. Prot. AH, 22. Session, 8. Sitzung (16. 6. 1917), S. 396.

nig kennen wir ihn nicht. Misstrauen erweckten nicht nur die in die Zukunft gerichteten Proklamationen des November 1916, sondern auch das Vorgehen Österreichs in den okkupierten Gebieten, die man als die eigenen definierte. Schließlich rief die Übertragung von Verwaltungskompetenzen an polnische Kräfte im Cholmer Land und in Wolhynien ureigenste Erfahrungen in Galizien wach. Auch während der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk dauerte das Misstrauen gegenüber dem Außenministerium und seinem Leiter Graf Czernin unvermindert an, zumal erst in der Endphase ein Vertreter der österreichischen Ruthenen, der Bukowiner Mykola Vasyl'ko, einbezogen wurde.[393])

Die Anerkennung der Ukraine unter Einschluss des Cholmer Lands und Podlachiens durch den Separatfrieden vom 9. Februar 1918 war sodann in gleichem Maße ein Triumph für die Ruthenen wie er ein Fiasko für die polnische politische Elite in Wien darstellte. Durch den Friedensvertrag, so Kost' Levyc'kyj am 20. Februar 1918, habe „die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes auf seinem eigenen nationalen Territorium anerkannt". Als nächstes müsse die Abtrennung Ostgaliziens folgen.[394]) Dass jene geheime Zusatzvereinbarung zum Brester Vertrag eine solche Maßnahme tatsächlich vorsah, war zu diesem Zeitpunkt auch den Ruthenen noch nicht bekannt. Kurzfristig kam es nun, als Folge des Friedensschlusses, zu einem präzedenzlosen Rollenwechsel zwischen dem Polenklub und der parlamentarischen Vertretung der Ruthenen. Während die Polen, wie beschrieben, in der Abstimmung zum Budgetprovisorium Opposition markierten – wenn auch mehrheitlich mutlos durch Stimmabstinenz –, votierten die Ruthenen aus Dankbarkeit für die außenpolitische Wende für die Haushaltsvorlage.

Allerdings folgte die Ernüchterung auf dem Fuß. Der Sturz Czernins und die Berufung István Buriáns zum Außenminister sowie die Demission Seidlers als Folge polnischer Machtpolitik in Wien waren aus ruthenischer Sicht ein klares Anzeichen dafür, dass „eine Neuorientierung im Sinne der annexionistischen großpolnischen Bestrebungen Oberhand gewonnen hat".[395]) Der solidere und verlässlichere Bündnispartner unter den Mittelmächten war nun aus ruthenischer Sicht eindeutig Deutschland, das im Gegensatz zu Österreich den Friedensvertrag mit der Ukraine ratifiziert, eine ukrainische Verwaltung eingeführt und ukrainische Zeitschriften und Schulen zugelassen habe. Auch in der Einschätzung der beiden Mittelmächte unterschieden sich also die Ruthenen diametral von den Polen, welche bei aller Kritik an den Wandlungen der jüngsten Vergangenheit weit mehr Vertrauen in Österreich hatten, auf dessen Politik sie zudem direkt Einfluss nehmen konnten. Im Abgeordnetenhaus ging das Spiel mit den kleinen politischen Demonstrationen jedenfalls weiter: Hussarek, der Nachfolger Seidlers, wurde von den Ruthenen als ein Produkt des Polenklubs disqualifiziert, das Budget wurde ihm verweigert.[396])

---

[393]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 51. Sitzung (19. 12. 1917), S. 2727–28; 53. Sitzung (22. 1. 1918), S. 2833–2836.

[394]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 61. Sitzung (20. 2. 1918), S. 3174–3179; 63. Sitzung (22. 2. 1918), S. 3272–3278.

[395]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 83. Sitzung (26. 7. 1918), S. 4254.

[396]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 78. Sitzung (19. 7. 1918), S. 4093–4099; 83. Sitzung (26. 7. 1918), S. 4255.

Der scharfe Gegensatz der Ruthenen zum Duo Hussarek/Burián blieb bis zum Ende der Monarchie bestehen. Die ruthenische Vertretung im österreichischen Parlament endete also dort, wo sie in den letzten Dezennien stets anzutreffen gewesen war: in der Opposition. In Anbetracht eines militärisch besiegten, sich in seine nationalen Bestandteile auflösenden Staates fiel es allerdings leichter, die letzten Hüllen der Scham abzulegen und mit dem politischen Gebilde abzurechnen, dem man so lange Jahre hindurch vergeblich die Treue gehalten hatte. Diese Aufgabe fiel dem Obmann der UPV zu. Aus Anlass der Friedensnote Buriáns und der letzten Regierungserklärung Hussareks und unter dem Eindruck unzähliger Manifestationen in Galizien zur „Verteidigung des ukrainischen Lands" (*v oboroni ukrajin'skoji zemli*) hielt Jevhen Petruševyč am 4. Oktober 1918 eine Rede, die als letzter großer parlamentarischer Auftritt eines ruthenischen Politikers im Wiener Reichsrat in die Geschichte einging. Daher soll hier ausführlicher aus ihr zitiert werden:

„Es gibt vielleicht in der ganzen Kulturwelt keinen anderen Staat, in welchem die Gerechtigkeit, der ursprünglichste Gerechtigkeitssinn, die ursprünglichsten menschlichen Rechte auf das freie Dasein unter dem falschen konstitutionellen Deckmantel so rücksichtslos mit den Füßen getreten, in den Boden gestampft wären, wie in unserer Monarchie. […] Ein Staat, in welchem die große Mehrzahl der Nationen in der furchtbarsten Sklaverei ihr Leben fristen muß, in welchem die ganze Verfassung ein Lug und Trug ist, ein Deckmantel für den ekelhaftesten Absolutismus einer rückschrittlichsten Bureaukratie, in welchem nach dem Willen und den Wünschen der Völker nie gefragt wird und der erste beste Politiker in der Fasson des Grafen Burián das Recht haben kann, über das Schicksal der Millionen von Menschen sogar gegen ihren Willen allein zu entscheiden, ein solcher Staat will der Menschheit den Frieden verkünden! […] Wir waren Österreich immer treu; in allen Kriegen Österreichs gehörten die ukrainischen Soldaten immer zu den treuesten und opferwilligsten und das war vielleicht unser ärgstes Verhängnis, denn Österreich belohnt nie die Treue. Österreich hat uns immer betrachtet und betrachtet uns auch heute nur als ein Ausbeutungsobjekt und als einen Gegenstand, für den man einen anderen kaufen kann und bezahlt mit uns die Polen Jahrzehnte lang, so, daß schon für uns selber nichts geblieben ist. […] So ist das heutige Österreich ein Schandfleck Europas, kein Staat im rechtliche Sinne, ein Kerker, in welchem das Leben der Völker die schrecklichste Qual ist. […] Wird Österreich das alte Österreich, das Österreich von heute bleiben wollen, wird es auch die Teilung Galiziens nicht durchführen wollen, dann müsste das ukrainische Volk in Österreich die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft in diesem Staate verlieren und auf diesen Fall reklamieren wir schon heute das für uns nicht weniger wie für ein jedes Volk heiligste Recht auf die Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einen ukrainischen selbständigen Staat und verlangen den Anschluss aller ukrainischen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie, somit auch des in Ungarn gelegenen ukrainischen Gebietes, an den Staat Ukraina."[397])

Solch schonungslos harte Worte gegenüber Österreich hatte es nicht einmal von den ruthenischen Radikalen je gegeben. Und doch weist der letzte hier zitierte Satz, mit dem auch die Rede beschlossen wurde, auf einen Unterschied gegenüber den Verhältnissen im polnisch-galizischen Lager hin. Dort hatten im Oktober 1918 die Fürsprecher einer Zukunft

[397]) Sten. Prot. AH, 22. Session, 87. Sitzung (4. 10. 1918), S. 4401–4407.

in einem erneuerten Habsburgerstaat bei aller Verbalkosmetik Bilińskischer Prägung politisch keine Chance mehr. Im Völkermanifest von Kaiser Karl vom 16. Oktober waren sie auch nicht mitgedacht gewesen; bei dessen Vorbereitung weilten ihre Führer bereits in Warschau und stellten die Weichen für eine selbständige polnische Republik. Anders bei den Ruthenen: Trotz des vernichtenden Urteils Petruševyčs hatten diese die Hoffnung auf eine Revision im Rahmen des österreichischen Staats noch nicht aufgegeben. Der Anschluss an eine vereinigte Ukrainische Republik wurde, wie in der zitierten Passage, als allerletzte Option, als Drohgebärde betrachtet. Petruševyč selbst wurde am 18. Oktober 1918 in Lemberg zum Präsidenten des „Ukrainischen Nationalrats" (*Ukrajin'ska Narodna Rada*) gewählt, der einen unabhängigen ukrainischen Staat proklamierte, und zwar innerhalb des Habsburgerstaats und auf der legitimen Grundlage des Völkermanifests vom 16. Oktober. Dass letztlich die politischen Eliten jener Nation, welche im Dauerkonflikt mit dem nationalen Rivalen stets auf der Schattenseite gestanden war, am Ende Österreich länger die Treue hielt, mag als eine letzte Ironie der Geschichte Galiziens gelten.

D. Zusammenfassung

„Galizien in Wien", der Titel dieses Buchs, bezeichnete im nun zum Abschluss gelangten Abschnitt III zunächst einmal den Umstand, dass das Parlament an der Wiener Ringstraße Diskurse über Galizien führte, welche über die Schnittstelle der Medien an eine breite Öffentlichkeit gelangten. In der Tat gab es kein Forum, aus dem heraus mit vergleichbarer Wirksamkeit Bilder und Vorstellungen über eine Region oder Nation in der ganzen Monarchie medial verbreitet wurden. Politische Auseinandersetzungen, welche auf Landesebene, das heißt in den Landtagen und in der jeweiligen sprachregionalen Presse, ausgetragen wurden, fanden ihren Widerhall in jenem politischen Körper, der für die Repräsentation des gesamten cisleithanischen Gebiets zuständig war. Der Reichsrat hatte demnach nicht nur eine Zentralfunktion in seinem verfassungsrechtlichen Verhältnis zu den Länderparlamenten, sondern auch in seiner Rolle als diskursives Forum. Die Rolle der Medien war umso größer, als die Tagespresse zu jener Zeit in einer heute kaum mehr vorstellbaren Ausführlichkeit über die parlamentarischen Vorgänge berichtete und je nach politischer Position kommentierte. Wo disparate, vorurteilsgeprägte und auf individualbiographischen Zufälligkeiten basierende Fremdbilder über eine ferne, in mancherlei Hinsicht exotische Region wie Galizien bestanden, wirkte die mediale Berichterstattung und Kommentierung vereinheitlichend auf die existierenden Vorstellungen in der Gesellschaft. Da diese Bilder allerdings im Kontext parlamentarischer Auseinandersetzungen geprägt wurden, waren sie zunächst einmal vor allem politischer Natur und darüber hinaus notwendigerweise scharf konturiert, wenn nicht gar verzerrt durch polemische Überspitzung.

Simplifizierungen und Übertreibungen waren allerdings keineswegs alleine Sache derjenigen, die Galizien als Exotikum aus der Distanz betrachteten. Urheber waren vielmehr in erster die „Galizianer" selbst, die ihre Bilder des „eigenen Anderen" hier replizierten. Dabei war es nicht nur der nationale Konflikt, den sie in das Parlament hineintrugen. Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass gerade bei der Selbstorganisation der parlamentarischen Gruppierungen von Beginn an das nationale Kriterium die primäre Ordnungsfunktion innehatte.

Dennoch hat dieser Abschnitt gezeigt, dass es doch gerade im Falle der galizischen Abgeordneten wesentliche Elemente gab, die nicht mit der Existenz rigider nationaler Blöcke im Parlament in Einklang zu bringen sind. Man denke an die Offenheit des Polenklubs gegenüber allen ethnisch-nationalen Gruppierungen, eine Maxime, welche der Jagiellonischen Idee eines Vielvölkerpolens entsprach. Es wäre viel zu einfach, diesen Anspruch mit dem Hinweis auf eine hegemoniale politische Strategie der polnischen Eliten abzutun. Die Armenier vermochte der Polenklub bis zuletzt zu integrieren, die Juden in ihrer Mehrheit, die Ruthenen – der große nationale Rivale – allerdings seit der Emanzipierung der Ukrainophilen von polnischen Vorbildern kaum mehr.

Auch die Fraktionsbildung selbst folgte nicht ausschließlich dem nationalen Kriterium. Am bekanntesten ist der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, dem bis zu seiner Auflösung im Jahre 1911 unter anderen polnische, ruthenische und jüdische Abgeordnete Galiziens angehörten. Das Beispiel der Sozialdemokraten wird allerdings besonders gerne herangezogen, um gerade die fortschreitende Nationalisierung des politischen Lebens in allen seinen Formationen zu belegen. Weniger geläufig ist die fraktionsbindende Kraft des slawisch-konservativen Elements. Als polnische Parlamentarier christlichsozialantisemitischer Provenienz (Anhänger Stojałowskis) während einer kurzen Periode im Jahre 1901 an die von Südslawen angeführte Slawische Union angeschlossen waren, saßen sie tatsächlich zusammen in einer Fraktion mit ihren Kollegen vom ruthenisch-nationalklerikalen Lager. Gerade letzteren bot diese parlamentarische Gruppierung eine willkommene Möglichkeit, ihre eigene Position zwischen Regierung und Opposition formell auszudrücken. Für parlamentarische Kleingruppen, zu denen die Barvins'kyj-Gruppe gehörte, stellten lose strukturierte übernationale Fraktionen insofern eine Alternative dar, als sie den Teilhabenden Eigenständigkeit garantierten und ihnen dennoch Teilnahme an einem einflussreichen Verband versprachen, der auch Einzelnen den Zugang zu parlamentarischen Ausschüssen öffnete. Noch im Jahre 1909 entstand in Gestalt der „Slawischen Union" eine mächtige – nun allerdings oppositionell ausgerichtete – Fraktion, an der die (russophilen) Ruthenen aktiv teilnahmen. Gleichzeitig war allerdings seit 1907 die Sammelkraft der ukrainophilen Ruthenen in der nationaldemokratischen Fraktion des „Ruthenenklubs" bereits weit vorangeschritten.

Als drittes ist zu bemerken, dass die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses diverse parlamentarische Instrumente zur Verfügung stellte, welche ein Agieren jenseits nationaler Grenzen ermöglichte. Gemeinsame Handlungsbasis polnischer, ruthenischer und später auch jüdischer Abgeordneter war die verbindende Identifikation mit der Rolle einer parlamentarischen Opposition gegen die Regierung und „das System", wie es sich insbesondere im eigenen Kronland Galizien manifestierte. Auch hier war es freilich auch die eigene Schwäche, welche zu koordiniertem Handeln zwang. Gemeint ist die Tatsache, dass Anträge und Interpellationen eine Mindestanzahl von Unterschriften verlangten, welche von den einzelnen nationalen Oppositionsgruppierungen nicht erreicht wurde. Gerade wenn es um Angelegenheiten ging, welche spezifisch die Missstände im eigenen Kronland betrafen, war es unabdingbar, die Vertreter der anderen Nationalität um Sukkurs anzugehen. Damit setzte sich die Opposition zeitweilig noch stärker einem Vorwurf aus, mit dem sie ohnehin aufgrund ihres Abseitsstehens von der dominanten Fraktion konfrontiert war, nämlich dem Vorwurf des Verrats an der nationalen Sache. Dass nach der großen Wahlreform von 1907 diese Formen der übernationalen Kooperation zurückgingen, hing folge-

richtig nicht nur mit der Dynamik der nationalen Integration zusammen, sondern ebenso mit parlamentseigenen Mechanismen: Die (ukrainophilen) Ruthenen brauchten keinen Beistand mehr, um ihre parlamentarischen Vorstöße zu lancieren, und ebenso wenig war die Polnische Volkspartei auf Unterstützung der ruthenischen Oppositionellen angewiesen. Im Falle der PSL war dies ein Faktor, welcher ihr den Weg in den Polenklub erleichterte.

Spricht man über Aspekte parlamentarischer Realität jenseits fest gefügter nationaler Kategorien, so muss man auch auf jene eingangs erwähnten Bilder und Stereotypen hinweisen, welche das Abgeordnetenhaus von Galizien insgesamt entwarf. In der Tat ließen diese Bilder erst relativ spät die Risse eines tiefgreifenden nationalen Konflikts erkennbar werden. Nach der Ära der Verfassungskämpfe in den 1860er und 1870er Jahren dominierte lange Zeit ein konservativ geprägtes Bild von Galizien als „Österreichisch-Polen", das nicht nur historisch zu Polen gehörte, sondern sich auch politisch fest im Griff seiner adlig-konservativen, staatsloyalen Elite befand. Dies war nichts anderes als ein Spiegelbild der Vorherrschaft der Stańczyken, denen es gelang, ihre politischen Vorstellungen in Wien durchzusetzen und dabei alternative Diskurse, namentlich denjenigen der Ruthenen, weitgehend in den Hintergrund zu drängen.

Eine gewisse politische und mediale Hilfestellung bekamen letztere immerhin von deutschliberaler Seite. Die wechselseitige Sympathie beruhte einerseits auf dem gemeinsamen Bekenntnis zum Zentralismus, von dem sich die Ruthenen erwarteten, dass er ihrer politisch-strukturell angelegten Minderheitsposition im galizischen Landtag und in der Verwaltung entgegenwirke. Zum zweiten gab es im deutschliberalen Lager noch immer Strömungen, welche der Freiheitsidee, der Gleichberechtigung und der Emanzipation das Wort redeten. Der sich verstärkende nationale Antagonismus zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen und die Minderheitsposition, in welche die Deutschliberalen seit dem Antritt Taaffes gerieten, drängten allerdings das emanzipatorische Moment zugunsten des nationalen Gedankens zurück. Statt Stärkung des Zentralismus wurde eine Absonderung Galiziens zur Option, um die Vorherrschaft der Deutschen wiederherzustellen. Ambivalent war auch das Verhältnis der Polen zu ihren „natürlichen" Verbündeten, den ebenfalls um Landesautonomie ringenden Tschechen. Hier blieb das bereit seit 1861 virulente Spannungsverhältnis zwischen tschechischem staatspolitischem Radikalismus und polnischem Staatsloyalismus und Pragmatismus eine Konstante. Am wohlsten fühlte sich der Polenklub in einer Vermittlerrolle zwischen Deutschen und Tschechen, denn eine solche Position garantierte ihm ein Maximum an Einfluss in Wien und wirkte gleichzeitig stabilisierend auf die Situation innerhalb der Fraktion, in der stets germanophile und slawophile Strömungen nebeneinander existierten.

Spätestens seit der Ära Taaffe vermochte sich der Polenklub selbst als zentrales Element des politischen Bilds von Galizien zu etablieren, vermittelte er doch den Eindruck einer rigoros zusammengehaltenen nationalen Fraktion, die stabilisierend auf die Mehrheitsverhältnisse wirkte. Im Zuge der Etablierung polnischer Machtpositionen in Wien und als Folge von Zugeständnissen an eine polnische Selbstverwaltung vor allem im Bereich von Sprache und Bildungswesen verfestigte sich die antagonistische Rolle von Polen und Ruthenen. Es entstand ein wiederum gegensätzlich definierter Diskurs: Ein Diskurs der Dankbarkeit auf polnischer Seite für die Gewährung nationalautonomer Rechte vor allem im Kontrast zu den Lebensbedingungen der Konnationalen im Russischen Reich stand der

ruthenische Diskurs des Undanks gegenüber, den man von den österreichischen Regierungen erfahren habe, indem man der polnischen Macht ausgeliefert worden sei.

Entsprechend im Gegensatz zueinander standen die historischen Bezüge, mit welchen politische Argumente im reichsrätlichen Forum sehr oft unterlegt wurden: Als Kontrastfolie diente beiden Gruppen insbesondere die Zeit des aufgeklärten Absolutismus – Joseph II. als Inbegriff des antipolnischen Germanisierers bzw. als Befreier der Ruthenen von polnischem Joch – und das politisch prägende Jahr 1848, in dem die antagonistischen Schlagwörter der „Tiroler des Ostens" und „der Erfindung der Ruthenen" ihren Ursprung hatten. Kennzeichnend für den gegebenen diskursiven Rahmen des Nationalitätenparlaments war auch die Definition einer bestimmten zeitgenössischen Rolle im Vergleich mit dem Schicksal der anderen Nationalitäten. Die Ruthenen als „Aschenbrödel der Nationen" wurde zum vielfach wiederholten Topos, der vom Reichsrat seinen Ausgang nahm.

Aus diesem relativ statischen Zustand verbreitete sich nun im Zuge der wachsenden Differenzierung des politischen Spektrums und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit ein ins Negative gewendeter Diskurs über „Galizien im Würgegriff der Schlachzizen". Die stärkste Wirkung entfalteten die zu Beginn jeder Legislaturperiode seit 1897 wiederkehrenden Wahlmissbrauchsdebatten, welche im Terminus „Galizische Wahlen" sogar über ihren ursprünglichen regionalen Kontext hinaus allgemein begriffsbildend wurden. Als Alternative dazu bot sich mit dem Anwachsen des Antisemitismus in den späten 1890er Jahren die Variante „Galizien unter der Knute der Juden" an. Beide Figuren, der „Schlachzize" und der Jude, verschmolzen nicht selten zu einer Vorstellung gewaltsamer und unmoralischer Herrschaft über das darbende Volk, politisch verkörpert durch die Ruthenen.[398]) Ein dritter, ebenfalls negativ besetzter Diskurs verbreitete sich in den Vorkriegsjahren infolge des Niedergangs polnischer Dominanz: Galizien als Herd eines der heftigsten nationalen Konflikte in der Monarchie, der seit 1912 sogar mehrfach das Geschehen im Reichsrat beherrschte. Das erwähnte Motto „Die Polen stürzen Regierungen, die Ruthenen lähmen das Parlament" entstand im Jahre 1912, während einer der großen „Galizien-Krisen" im Reichsrat. Die meisten Regierungen pro Zeiteinheit stürzte der Polenklub allerdings während der Kriegssession (Clam-Martinic 1917, Seidler 1918).

Zwischen dem politischen Image von Galizien als einem durch den Polenklub geprägten Hort der Stabilität und jenen tiefgreifenden Erschütterungen, welche am Ende von Galizien aus auf den Reichsrat einwirkten, liegen gerade einmal zwei Jahrzehnte und zwei Zäsuren: 1897 und 1907. Diese stehen für zwei Schübe, durch welche vermittels einschneidender Wahlreformen die politische Modernisierung in das parlamentarische Forum eindrang. Zunächst, 1897, veränderte sich der Diskurs mehr als die Machtlage. Über die allgemeine Wählerkurie, aber auch infolge der geschwächten Stellung der traditionellen Eliten auf dem Land, gelangten politische Repräsentanten bäuerlicher, klerikal-antisemitischer und sozialdemokratischer Provenienz in den Reichsrat, welche das exklusive Recht

---

[398]) Alle drei Komponenten findet man als Charakterisierung Galiziens in einer zeitgenössischen humoristischen Landkarte:
„Land voll Schlachta und voll Schnaps!/Hier ist nichts zu holen/Die Erde dreht sich um den Pol/Öst'reich um die – Polen/Die Ruthenen zählen nicht, dürfen aber zahlen/Und den Rebbach macht der Jud'/Hoch geschätzt von allen !" Humoristisch-politische Land- und Seekarte von Österreich-Ungarn, hrg. v. F. G. Ilger, Wien o. J.

des Polenklubs auf Vertretung der polnischen Nation fundamental in Frage stellten. Die Spannung zwischen dem individuell-oppositionellen Standpunkt dieser Gruppierungen, die sich als einzige demokratisch legitimierte Repräsentanten sahen, und ihrem kollektiv-integrativen Selbstverständnis als Glieder der polnischen Nation blieb ein Dauerthema für die nächsten 10 Jahre.

„Wien", hier konkret das Abgeordnetenhaus, förderte beide Tendenzen, wirkte also bezüglich des Nationalen desintegrativ und integrativ zugleich: Einerseits öffnete der Reichsrat über das – zunächst nur partiell eingeführte – allgemeine Wahlrecht die Pforte den Sozialdemokraten, welche als Träger einer explizit übernationalen Ideologie dauerhafter als alle anderen oppositionellen Gruppierungen das Bild des polnischen Monoliths im Abgeordnetenhaus zerstörten. Andererseits aber wirkte gerade die politische Realität in einem multinationalen Parlament, zudem in einer „fremden" Stadt, konsolidierend auf ein national definiertes Selbstverständnis aller polnischen Gruppierungen – dies gerade wieder im Unterschied zum Landtag, wo die Organisation des auch dort bestehenden Polenklubs eine wesentlich losere war.

Im Falle der ruthenischen Deputierten wirkte die Zäsur von 1897 ebenfalls desintegrierend, allerdings auf etwas andere Weise. Mit neun Abgeordneten, welche vier verschiedene Richtungen vertraten, erreichten die Ruthenen im Jahre 1897 tatsächlich ein Maximum an Zersplitterung. Ursächlich war zum einen die verstärkte Protegierung klerikal-konservativer („gemäßigter") Ruthenen durch das politisch-kirchliche Establishment im Gefolge des Scheiterns der „Neuen Ära" (Romančuk gegen Barvins'kyj) und zum anderen die Tatsache, dass die Demokratisierung des Abgeordnetenhauses chronologisch vor der parteipolitischen Konsolidierung des nationalliberalen Lagers in der UNDP im Jahre 1899 erfolgte. Nicht eindeutig integrativ, sondern ambivalent war im ruthenischen Lager die Wirkung des nationalen Diskurses. So sehr auch hier Solidaritätsparolen verschiedenster Herkunft die Abgeordneten zur nationalen Einheit im Wiener Parlament aufriefen, führte gerade eine Akzentuierung von Identitätsdiskursen die nationalkulturelle Spaltung der Ruthenen in Ukrainophile und Russophile vor Augen. So lange allerdings konservativ-gemäßigte Russophile ins Parlament gelangten und die Bewegung insgesamt schwach war, konnten diese (wie 1901–1906) in einen gemeinsamen oppositionellen Ruthenenklub eingegliedert werden.

Die allgemeine Wahlreform veränderte die Koordinaten erneut, nun allerdings im Sinne einer realen Machtverschiebung. Jetzt stand ein geschwächter, weil verkleinerter Polenklub einem zu voller parlamentarischer Handlungsfähigkeit aufgestiegenen Ruthenenklub gegenüber. Dieser Wandel in den relativen Größenverhältnissen (in absoluten Zahlen war der Polenklub noch immer mehr als doppelt so groß) wurde noch akzentuiert durch die unterschiedliche Konstitution im Innern der beiden nationalen Fraktionen. Während sich der Polenklub föderalisierte und damit eine Entwicklung nachvollzog, welche die polnische Wahlorganisation, der Nationalrat (*Rada Narodowa*), vorgespurt hatte, zeichnete sich die ruthenische Fraktion durch ein relativ hohes Maß an Homogenität aus. Dies verdankte sie primär der mittlerweile dominierenden Rolle der ruthenischen Nationaldemokratischen Partei, aber auch der definitiven Absonderung der Russophilen, welche wiederum vorübergehend (bis 1909) die Integration der Bukowiner Ruthenen erleichterte. Die polnische politische Gesellschaft war zu heterogen, zu zersplittert in verschiedene Milieus und Sozialgruppen, um eine solche dominierende politische Kraft zu entwickeln, welche dann

in entsprechend prägender Weise auf die parlamentarische Vertretung hätte einwirken können. Der Polenklub vermochte zwar das Defizit an Größe im Jahre 1908 wieder auszugleichen, die Integration der Polnischen Volkspartei leistete allerdings der inneren Differenzierung und Desintegration noch weiter Vorschub.

Der nach den Wahlen von 1911 voll ausgebrochene Gegensatz zwischen einem Statthalter- und einem Anti-Statthalterblock modifizierte die im Statut des Polenklubs vorgesehene föderale Struktur in eine real existierende Dualität zweier konkurrierender politischer Richtungen mit den polnischen Nationaldemokraten als führender Kraft einer ausgeprägter nationalen (vor allem antiruthenischen), staatsskeptischeren (insbesondere hinsichtlich der Außenpolitik und des existierenden Bündnissystems) innerfraktionellen Opposition. Im ruthenischen Lager verfestigte sich dagegen aufgrund der integrativen Wirkung der beiden großen landespolitischen Themen, der Landtagswahlreform und der Lemberger Universitätsfrage, die Rolle der Ruthenen als einer Kraft der Fundamentalopposition gegen das herrschende „System Galizien". Zur selben Zeit führten die Veränderungen in Russland zu einem weiteren Erstarken einer radikalisierten russophilen Bewegung, die nun nicht mehr das Stigma des Konservatismus und Österreich-Loyalismus trug. Insgesamt war es paradoxerweise die gestärkte Position des Ruthenenklubs, welche diesen nun in der letzten Session vor Kriegsausbruch zu einem Herd der Obstruktion machte, paradox deshalb, weil die Obstruktion gerade von den Ruthenen als eine Form der Notwehr im parlamentarischen System gerechtfertigt wurde. Umgekehrt war es gerade der geschwächte Polenklub, der seine inneren Dissonanzen in Drohgesten gegen die Regierung umsetzte und die entsprechenden parlamentarischen Krisen auslöste.

Während der Sistierung der Reichsratssitzungen (1914–1917) veränderte sich die Rolle Wiens, das nun vom Zentralort des Parlamentarismus zum Hort des politischen Lobbyings ohne Parlament wurde. Die Proklamationen des November 1916 erweckten zunächst große Hoffnungen auf polnischer Seite, die jedoch bald enttäuscht wurden. Mit der Wiedereröffnung des Parlaments trat sodann wieder die diskursive Ebene in den Vordergrund. Beide nationalen Vertretungen, Polenklub und Ukrainische Parlamentarische Vertretung, erhoben nun für sich den Anspruch, die meisten Opfer im Krieg erbracht und gleichzeitig die größte Undankbarkeit erfahren zu haben. Auf der politischen Ebene internationalisierte der Krieg das antagonistische Verhältnis zwischen Polen und Ruthenen im Reichsrat. Die fundamental konträren Forderungen nach einer Sonderstellung Galiziens einerseits und der Teilung dieses Kronlands andererseits bildeten nun – nachdem sie in den Jahren von 1873 bis 1905 teilweise in den Hintergrund geraten waren – den zentralen Bestandteil der Positionskämpfe um eine territoriale Neuordnung Europas. Damit wurde deutlich, dass bei aller Erweiterung der Perspektive auf neue, nach dem Krieg zu schaffende staatliche Gebilde Galizien als Einheit im Denken der Politiker weiterbestand.

Dasselbe gilt auch für die inneren Grenzen: In beiden Lagern bewahrten trotz der Integration der Sozialdemokraten in den jeweiligen Fraktionsverband die Vertreter der nichtgalizischen Abgeordneten eine Sonderstellung. Im polnischen Fall schlossen sich die Schlesier nie einer der organisierten Untergruppen an, während bei den Ruthenen die stets um größere Loyalität bemühten Abgeordneten der Bukowina bis zuletzt außerhalb der Ukrainischen Parlamentarischen Vertretung verblieben. Als sich die Staatsgewalt im Oktober/November 1918 auflöste, kehrten nur die Polen – mit Ausnahme der Konservativen – der Habsburgermonarchie dezidiert den Rücken. Dafür gibt es mannigfaltige Gründe. Be-

schränkt man sich auf den Aspekt der Fraktionsgeschichte, so erscheint die Tatsache maßgebend, dass nur die polnischen Sozialdemokraten und Nationaldemokraten, deren Stunde nun schlug, spätestens seit ihrem Ausscheiden aus dem Polenklub im März 1918 konsequent auf eine alternative Orientierung zum bestehenden Staatswesen hingearbeitet hatten, unter gezielter Ausnutzung der über Jahre hinweg aufgebauten intensiven Kontakte zu den Parteistrukturen jenseits der Grenze.

Überblickt man nochmals die gesamte Epoche vom Beginn des Konstitutionalismus in den frühen 1860er Jahren bis zur Auflösung der Monarchie im Jahre 1918, so drückte trotz der oben beschriebenen Formen zwischennationaler Kooperation zweifellos der polnisch–ruthenische Gegensatz in zunehmendem Maße der Präsenz Galiziens im Wiener Abgeordnetenhaus den Stempel auf. Die Juden, das dritte große ethnisch-nationale Element, waren vorwiegend als Objekte im parlamentarischen Diskurs präsent, wo sie, weitgehend wehrlos, dem allseits gepflegten negativen Galizien-Bild als Projektion dienten. Diese Wehrlosigkeit war wiederum eine Konsequenz der Machtlosigkeit im Parlament, und diese stand doch in deutlichem Kontrast zur gewichtigen Rolle der Juden als Machtfaktor im Wahlprozess, wie er in Abschnitt II beschrieben wurde. Dort bildeten sie ein verhältnismäßig homogenes *Cluster* innerhalb des Wahlvolks, dem alle Teilnehmer im Kräftespiel Rechnung tragen mussten. Im Parlament hingegen marginalisierten sie sich selbst infolge ihrer eigenen nationalkulturellen und ideologischen Zersplitterung und ihrer Abhängigkeit von dem Wohlwollen der sie aufnehmenden Großformationen. Konsequenterweise konnte trotz gewisser überfraktioneller jüdischer Solidaritätsgesten nur der national orientierte Jüdische Klub (1907 bis 1911) eine kohärente jüdische Verteidigungs- und Interessenpolitik im parlamentarischen Rahmen betreiben. Mit der seit den Balkankriegen aktualisierten Frage nach der staatlichen Neuordnung des östlichen Europas verschwand dann die jüdische Thematik gänzlich von der parlamentarischen Bühne, um freilich in dem Moment umso heftiger und unmittelbarer in der Gesellschaft wieder hervorzutreten (in den Lemberger Pogromen von 1918), als der Parlamentarismus als konstitutionelles Machtkorrektiv und der Staat als Ordnungsfaktor nicht mehr existierten.

IV. Abgeordnete

A. Theoretische Vorüberlegungen

Eine politische Studie sollte sich nicht nur mit Strukturen und Handlungsmechanismen auseinandersetzen, sondern auch mit den Personen, welche hinter ihnen stehen. Das theoretische Rüstzeug für eine solche Betrachtungsweise wird zum einen von der Elitentheorie zur Verfügung gestellt, einem alten und wichtigen Zweig der Politikwissenschaft, der aus dem scheinbaren Widerspruch zwischen demokratischer Gesellschaft und dem (positiv oder negativ bewerteten) Fortbestehen von Führungsgruppen entstanden ist und bis heute aktuell bleibt.[1]) Da die Elitenforschung demnach ihren Hauptimpuls von der normativen Diskussion erhalten hat, wurde sie vorwiegend zur Analyse der jeweiligen Gegenwartsgesellschaft verwendet und weit weniger an die Geschichte herangetragen.[2]) In der kontrovers geführten Diskussion um die Abgrenzung des Elitenbegriffs hat sich das in Anschluss an Otto Stammer geprägte Konzept der Funktionselite etabliert. Demnach sind Funktionseliten, allgemein gefasst, soziale Gruppen, welche sich mittels Konkurrenz oder Delegation aus der Masse der Gesellschaft herauslösen und aufgrund ihrer Funktion besonderen Einfluss in der Gesellschaft ausüben.[3])

Im Falle der Parlamentsabgeordneten, denen sich dieses Kapitel widmet, wird die Elitenselektion durch den Wahlprozess und die Elitenfunktion durch die Teilhabe an der gesetzgebenden Körperschaft im politischen System definiert und reglementiert. Bezogen auf das Personenkollektiv sind diese beiden bestimmenden Elemente, also Wahlprozess und Parlamentarierstatus, allerdings nicht deckungsgleich. Vielmehr sind die Abgeordneten eine Teilmenge der durch die Wahl Selektionierten. Im Falle der Habsburgermonarchie sei an die lange Zeit des tschechischen Reichsratsboykotts erinnert, als die jeweils zuvor durch den Wahlakt Legitimierten den Schritt ins Deputierten-Dasein nicht folgen ließen. Man denke ferner an diejenigen Abgeordneten, deren Ersatzwahl unmittelbar vor einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments erfolgte und deren offizielle Aufnahme ins Abgeordnetenhaus durch den Akt der Angelobung daher nicht mehr stattfinden konnte. Im weiteren ist das Instrument der wahlrechtlichen Annullierung durch jenes parlamentseigene Verfahren zu nennen, das in Abschnitt II beschrieben wurde. Schließlich gilt es den ebenfalls mehrfach genannten Sonderfall der Ersatzmänner in den galizischen Landwahlkreisen zu erwähnen, die durch ihre Wahl in einen gewissen politischen Schwebezustand gerieten: Sie wa-

---

[1]) Siehe die Klassiker der Elitenforschung von Vilfredo Pareto, Gaetano Mosca und Robert Michels, die alle noch vor dem Ersten Weltkrieg erschienen sind. Dass das Verhältnis zwischen demokratischer Idee und Eliten bis heute ein Thema ist, zeigen Veröffentlichungen wie: Wilfried Röhrich, Eliten und das Ethos der Demokratie, München 1991. Als neuere Überblicke über die Elitentheorie in Vergangenheit und Gegenwart exemplarisch: Robert D. Putnam, The Comparative Study of Political Elites, Engelwood Cliffs 1976; Dietrich Herzog, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982.

[2]) Zu „Altösterreich“ siehe die wenig ergiebige sozialstrukturell angelegte Elitenstudie: Nikolaus von Preradovich, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen 1804–1918, Wiesbaden 1956. Außerdem Gernot Stimmer, Eliten in Österreich, 1848–1970, 2 Bde., Wien–Köln–Graz 1997.

[3]) Otto Stammer, Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Demokratische Elitenherrschaft, hrg. von Wilfried Röhrich, Darmstadt 1975, S. 513–540.

ren gewissermaßen potentielle Parlamentarier in Wartestellung, wobei faktisch nur ein kleiner Teil tatsächlich den Abgeordnetenstatus erreichte.

Ein zweiter Vorbehalt betrifft die pauschalisierende Zuordnung der Abgeordneten zur politischen Elite. Sie stellt insofern eine Vereinfachung dar, als unter den gruppenkonstituierenden Mitgliedern erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihres tatsächlichen Einflusses auf politische Entscheidungsprozesse bestehen. In historischer Perspektive förderte, insgesamt betrachtet, die Entwicklung des Parlaments zu einem zunehmend komplexen politischen Betrieb die Ausdifferenzierung von Elitenfunktionen. Das gilt sowohl für das Parlament als Ganzes als auch für die Fraktionen. Beide schufen im Zuge interner Delegierungs- und Spezialisierungsprozesse Positionen, die es erlauben, von parlamentsinternen Karrieren zu sprechen. Im vorangegangenen Teil haben wir verschiedentlich jene Positionen erwähnt, durch welche einzelne Parlamentarier aus der Gesamtgruppe herausgehoben wurden, um bestimmenden Einfluss auf die Politik zu nehmen. In diesem Abschnitt wird darauf noch kurz zurückzukommen sein.

Neben der Elitentheorie liegt diesem Teil als zweites theoretisches Konzept die Kollektivbiographie zugrunde. Einer anerkannten Definition gemäß handelt es sich dabei um „die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem gesellschaftlichen Kontext anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder“.[4]) Wie bei der eigentlichen Biographie steht bei der Kollektivbiographie der Mensch und sein Handeln im Zentrum, freilich nun hier nicht als Individuum, sondern als Teil eines Personenkollektivs, welches entweder durch ein spezifisches soziales Merkmal (bspw. eine ethnische Minderheit) oder eine bestimmte, oftmals rechtlich oder statutarisch festgelegte Position bzw. Funktion (bspw. Vereinsmitglieder) definiert ist. Das Kollektivbiographische steht jedoch keinesfalls im Widerspruch zum Individualbiographischen, wenn auch das Selbstverständnis und das akademische Umfeld der beiden Forschungsrichtungen („Struktur gegen Persönlichkeit“) dies zuweilen so erscheinen lässt.[5]) Tatsächlich muss es gerade sinnvoll und erkenntnisfördernd sein, im Kollektiv wahrnehmbare Strukturen auf die Ebene des Individuellen rückzubeziehen, sei dies zur Illustration des typischen Falls oder gerade umgekehrt zur Analyse und Erklärung des Untypischen, „Einzigartigen“, dessen besondere Züge ja gerade vor der Folie des Allgemeinen deutlich werden.[6])

---

[4]) Wilhelm H. Schröder, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Lebenslauf und Gesellschaft, hrg. von Wilhelm H. Schröder, Stuttgart 1985, S. 7–17, hier S. 8.

[5]) Theodor Schieder, Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: Historische Zeitschrift 195 (1962), S. 265–296.

[6]) Als Beispiele kollektivbiographischer Monographien über politische Führungsgruppen seien genannt: Heinrich Best, Die Männer von Besitz und Bildung. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990; Beate Fieseler, Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie 1890–1917. Eine kollektive Biographie, Stuttgart 1995. Thomas Weiser, Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 72), München 1999.

Parlamentsabgeordnete gehören schon aus forschungstechnischen Gründen zu den beliebteren Objekten kollektivbiographischer Studien. Die Gruppe ist geschlossen und einwandfrei definierbar, und die biographischen Einzeldaten sind vergleichsweise gut zugänglich. Wichtiger ist freilich die Tatsache, dass sich am Gegenstand der Parlamentarier Kollektivbiographie und Elitentheorie zu einem gebündelten theoretischen Ansatz vereinigen lassen, der eine Fülle von Fragestellungen erlaubt, welche Gesellschaft und politisches System an zentraler Stelle berühren. Die Berufs- und Sozialstruktur der Abgeordneten macht aufmerksam auf die spezifische Auswahl der im Parlament repräsentierten Elite im Verhältnis zur jeweiligen Gesellschaft (bzw. Subgesellschaft) und lässt eventuell Rückschlüsse auch auf das interessenbedingte Handeln des Parlaments zu. Zum Berufsprofil von Abgeordneten gehört auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Beruf und Politik, das von Max Weber paradigmatisch formuliert wurde. Webers Konzept der Professionalisierung der Politik definiert als Gegenbild des modernen Berufspolitikers jenen Honoratiorenparlamentarier, der gerade dank seiner beruflichen Stellung Politik als Nebenbeschäftigung betreiben kann.[7]) Soziale Herkunft und politische Karrieren können als Hinweis auf Chancen und Typen sozialen und politischen Aufstiegs verstanden werden, die wiederum Aussagen zulassen über die Gesellschaft und über die Offenheit des politischen Systems. Das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und ihrem Wahlkreis weist auf die Rolle der intermediären Organisationen zwischen Ersteren und dem Wahlvolk hin, insbesondere auf die Bedeutung der Parteien als Rekrutierungsinstanzen. Die Präsenz in Vereinen und Verbänden lässt Fragen nach der Verquickung von Politik und organisierter Gesellschaft zu. Was der Honoratiorenparlamentarier durch seine berufliche Position in die Politik einbringt, wird dann über die Vermittlung dieser mediatisierenden Organisationen institutionalisiert.

Diese Auswahl von Fragestellungen, die sich dem Forscher mit einem kollektivbiographischen Ansatz eröffnen, stehen unter dem verbindenden Konzept der Modernisierung. Will man die Modernisierung historisch im gegebenen zeitlichen und räumlichen Rahmen verankern, so gilt es auch hier wiederum auf die Rolle des in den 1860er Jahren verankerten konstitutionellen Systems in Österreich hinzuweisen. Erst dieses schuf die freiheitlichen Grundbedingungen und die institutionellen Positionen, auf denen traditionale Rekrutierungsmuster der Honoratiorengesellschaft durchbrochen und moderne politische Karrieren aufgebaut werden konnten. Vereinswesen und Medien sind zu nennen, aber auch die diversen Ebenen der autonomen Repräsentativkörperschaften. Die mit dem Gemeindegesetz von 1862 verankerte Selbstverwaltung auf lokaler Ebene schuf ein Potential an politischem Erfahrungsschatz, das sich dann auch im Reichsrat und Landtag niederschlagen musste. Die erste Generation der Parlamentarier konnte auf solche Karrieremuster nicht zurückgreifen, wohl aber diejenige Gruppe, mit der wir uns hier zu beschäftigen haben. Demgegenüber stellten Elitepositionen in der Staatsverwaltung und dem Militär eher ältere Formen politischer Rekrutierung dar. Dieses gesamte Potential der modernen Elitenbildung muss beleuchtet werden vor dem Hintergrund einer Provinz und eines Kulturraums, der gemeinhin als rückständig galt und gilt.

---

[7]) Max Weber, Politik als Beruf, in: Ders., Gesammelte Schriften, hrg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1958, S. 493–548.

Nun ist allerdings die Betrachtung der Parlamentarier als biographisches Kollektiv nicht nur ein Ansatz der retrospektiven Analyse. Vielmehr ist sie ganz ohne moderne Theoriebildung schon von den Zeitgenossen betrieben worden. Notgedrungen war sie allerdings damals nicht zu trennen von politischer Polemik. Man denke etwa an die Qualifizierung des Frankfurter Parlaments von 1848 als „Professorenparlament". Soziologisch richtiger wäre es gewesen, von einem Beamtenparlament zu sprechen, überstieg doch der Anteil der Verwaltungs- und Justizbeamten denjenigen der Hochschullehrer um mehr als das Vierfache.[8]) Allein die spöttische Zuschreibung eines Parlaments ohne Tuchfühlung mit dem Volk, aber ausgestattet mit einem geballten Maß rhetorischer Brillanz, ließ den Begriff des Professorenparlaments treffend erscheinen. Ähnliche kollektive Zuschreibungen unter bewusster Inkaufnahme von Verzerrungen soziologischer Realitäten können wir auch in unserem Gebiet Galizien feststellen, etwa wenn die polnische Elite pauschal mit der *Szlachta*, also dem Landadel, identifiziert wurde, oder wenn die Ruthenen ebenso pauschal als Priester und Bauern (*chłopy i popy*) abqualifiziert wurden. Im folgenden wird es also auch darum gehen, solche rhetorischen Muster mit der Realität zu konfrontieren, ohne allerdings die Wirksamkeit von Stereotypenbildungen im politischen Diskurs zu verkennen.

Nicht nur die zeitgenössische Polemik legte allerdings die Wahrnehmung politischer Kollektive als soziobiographische Gruppen nahe. Die in vielen Facetten nachwirkende alteuropäische Ordnung hatte ja letztlich die kollektive Markierung von Menschen als konstitutives Element der Gesellschaftsordnung über Jahrhunderte hinweg geprägt. Zu den nachwirkenden Teilbereichen gehörte auch der Parlamentarismus in seiner modernisierten Form des Kurienparlaments, das in der Februar- und Dezemberverfassung als eine Übergangsvariante von traditionaler Stände- und moderner Interessenvertretung konzipiert worden war. Wie stark die Zeitgenossen das Kollektiv der Abgeordneten in solchen soziobiographischen Kategorien erlebten, zeigt besonders eindrucksvoll die Eröffnung des galizischen Landtags im Jahre 1861. In ihrem feierlichen Einzug in das Skarbek-Theater, das damals provisorisch als Parlament diente, waren die einzelnen Gruppen durch ihre Kleidung klar voneinander zu unterscheiden: Man sah die Gewänder der Geistlichen, die farbigen Kleider der Bauern, die nationale Tracht des Adels und auch die akademische Toga des Universitätsrektors.[9])

Mit der Modernisierung der Gesellschaft und der Demokratisierung des Parlaments verloren solche repräsentative Bilder allerdings an Bedeutung. Der Anteil von Priestern und Bauern ging zurück, der Typus des Parlamentariers homogenisierte sich in seiner Kleidung. Auch die politischen Veränderungen spielten eine Rolle. Gerade die Eliten der Polen verspürten nicht mehr das Bedürfnis, sich in Wien in national-symbolischer Manier zu präsentieren, sondern – bei aller Selbstverständlichkeit ihres Patriotismus – als loyale, kaisertreue Staatsbürger. Die gegen Ende des Jahrhunderts auftretenden modernen politischen Massenbewegungen verstanden sich dann ebenfalls nicht mehr als Glieder einer statischen Gesellschaft, der sie als Teileinheit angehörten, sondern identifizierten sich und die von ihnen repräsentierte Gruppe mit der Nationalgesellschaft. Als daher im Jahre 1897 der Abgeordnete Tomasz Szajer, welcher ja schon im Zusammenhang mit seiner Entlassung

---

[8]) Best, Männer von Bildung und Besitz, S. 59 und 68.

[9]) Vgl. die Beschreibung bei Bartoszewicz, Dzieje, S. 112 ff. sowie Czas 14. 4. 1861 (86), S. 1.

aus dem Gefängnis die beschriebenen Turbulenzen verursacht hatte, in einer farbenfrohen bäuerlich-nationalen Tracht im Parlament erschien, sah man darin doch primär etwas Theatralisches, das dem auf politischer Ideologie und Rationalismus gegründeten Zeitgeist zu widersprechen schien.[10])

Zeremonie und Repräsentation beschränkten sich seither weitgehend auf formelle Anlässe wie etwa die Eröffnung des Reichsrats in der Hofburg, wo die österreichischen Staatssymbole dominierten.[11]) Im Haus am Ring selbst kehrte dagegen im Zuge der Umwandlung des Parlaments in eine funktionale politische Anstalt trotz aller Irrationalität des politischen Kampfs der Rationalismus des Verfahrens ein. Die Funktion des kollektivbiographischen Moments wandelte sich nun von einem kollektiven Bedürfnis nach Repräsentation fest gefügter sozialer Rollen hin zu einer politisch-soziologischen Analyse. Im Abgeordnetenhaus des allgemeinen Wahlrechts versuchte man gerade die versteckten Mechanismen sichtbar zu machen, welche das moderne Parlament regierte. Diese Sichtweise kennzeichnet das in zwei Ausgaben (1907, 1911) erschienene kleinformatige Abgeordnetenhandbuch von Fritz Freund, welches als Quelle für die Erstellung der Einzelbiographien unersetzliche Dienste leistet. Vom methodischen Ansatz ist es deshalb interessant, weil es nicht nur den einzelnen Mandatar nach modernen Kriterien wie Parteizugehörigkeit und gesellschaftliche Affiliationen kategorisiert, sondern auch gleich eine quantitativ-soziologische Analyse der Abgeordneten mitliefert: geordnet nach den Variablen Alter, Religionsbekenntnis und Beruf. In dieser Vorgehensweise widerspiegelt sich eine vollkommen andere Betrachtung der Parlamentarier als in jener etwa 30 Jahre zuvor herausgebrachten großformatigen Serie „Das Parlament. Die politischen Persönlichkeiten Österreich-Ungarns in Wort und Bild“. Damals, um 1880, war noch der Parlamentarier als Einzelpersönlichkeit, als politischer Honoratior im Zentrum gestanden. Nun ging es – auch – um die Analyse des Kollektivs. Damit war schon im Handbuch von Freund jener Zugang ansatzweise verwirklicht, dem wir auch hier in der Kollektivbiographie nachgehen wollen.[12])

---

[10]) Vgl. Neue Freie Presse 6. 4. 1897 (11718, Abendblatt), S. 2: Der Korrespondent bewunderte die „jugendliche, kraftstrotzende Gestalt in polnischem National-Costüm, das an den Ärmeln breite rothe Streifen und schwefelgelbe Stickereien um Kragen und Brust zeigt. Eine helle buntgestickte Weste ergänzt das bunte Costüm und hebt die hübsche Gestalt des polnischen bäuerlichen Abgeordneten vortheilhaft hervor“, so dass „sämmtliche Augengläser der dicht mit Damen besetzten Galerien […] auf Szajer gerichtet waren.“

[11]) So schrieb die Kleiderordnung Folgendes vor: „Die Adjustierung ist bei dieser Gelegenheit in Gala, mit dem Bande des österreichisch-ungarischen Ordens-Großkreuzes, für die Herren vom Militär auch mit dem Dienstabzeichen, für jene vom Civil, welche nicht in der Lage sind, sich einer Uniform oder eines National-Costumes zu bedienen, im schwarzen Frack, mit weißer Cravatte.“ Ceremoniel für die feierliche Eröffnung des österreichischen Reichsrathes. CDIAL, Fond 201, Opis 4, Spr. 14616.

[12]) Fritz Freund, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. 1907–1913. XI. Legislaturperiode (XVIII. Session), Wien – Leipzig o. J.; Ders., Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. 1911–1917. XII. Legislaturperiode, Wien o. J. Das Parlament (=Die politischen Persönlichkeiten Österreich-Ungarns in Wort und Bild), hrg. von Adolf Eckstein, Wien 1879–1882.

B. Das österreichische Abgeordnetenhaus als Nationalitätenkollektiv, 1897–1918

1. Die Definition des Personenkollektivs

Jede kollektivbiographische Studie muss zunächst mit der Definition des Kollektivs beginnen. Im Falle von Abgeordneten scheint dies, wie schon angedeutet, ein relativ leichtes Unterfangen zu sein, da Parlamentarier im Gegensatz etwa zu sozialen Gruppen wie „Großbürgern", „Industriellen" oder anderen Inhabern rein gesellschaftlich bezeichneter Elitepositionen eine klar abgegrenzte Einheit darstellen. Da im Zeitraum zwischen 1897 und 1918, auf den wir uns hier beschränken, kein Mandat nachträglich annulliert wurde, ist unser Personenkollektiv durch das Faktum der Angelobung (Eidesleistung) definiert, welche zu Beginn der Legislaturperiode oder im Falle einer Nachwahl zum Zeitpunkt des erstmaligen Eintritts in das Parlament vollzogen wurde. Dieser offizielle Akt lässt sich in den Stenographischen Protokollen einwandfrei zeitlich festmachen, ebenso wie das offizielle Ausscheiden des Parlamentariers infolge von Tod, Mandatsniederlegung oder, in Ausnahmefällen, der Aberkennung des Mandats.

Denkt man an eine primäre Strukturierung des Kollektivs, so stehen zunächst einmal das Kronland und die Nationalität im Vordergrund – zwei Kategorien, die sich freilich hinsichtlich ihres öffentlich-rechtlichen Charakters in fundamentaler Weise unterscheiden: Während das Kronland die historisch legitimierte, oberste politisch-administrative Einheit darstellte, galt bekanntlich die Nationalität weder in politischer noch demographischer Hinsicht als eine offiziell anerkannte Entität. Die Nationalität als kollektives „Merkmal" der Abgeordneten ergibt sich im Rahmen dieser Studie nicht aus einer ethnischen Beschreibung, sondern allein aus der politischen Selbsteinordnung der betreffenden Parlamentarier. Im Zeitalter der fortgeschrittenen Nationalisierung und der sich etablierenden Massenparteien erscheint eine solche Vorgehensweise relativ unproblematisch, denn die Gruppenbildung im Parlament folgte weitgehend nationalen Kriterien. Allerdings trifft dies nicht überall zu. Die Fraktion des böhmisch-feudalen Gutsbesitzes etwa war nicht national definiert, stand allerdings dem tschechischen Nationalprogramm nahe.

Einen besonderen Fall stellen die jüdischen Abgeordneten Galiziens dar, die sich einer eindeutigen Zuweisung entziehen. Zwei Fälle seien beispielhaft genannt: Ernest Breiter, wohl jüdischer Herkunft, jedoch über das Elternhaus konvertiert, selbst konfessionslos, in seinen Presseorganen und Broschüren stets polnisch schreibend, aber Hospitant im Ruthenenklub und später Mitbegründer des Ukrainischen Nationalrats: einer, der zwischen alle Kategorien fällt. Oder sein Weggefährte Henryk Reizes, aus jüdischer Familie stammend und dem nationaljüdischen Programm verpflichtet, aber nicht zionistisch orientiert, sondern (wie sein Pendant in Krakau, Adolf Gross) genauso dem polnisch-progressiven urbanen Milieu nahestehend. In der Kollektivbiographie wurde dieses Problem der Doppelzugehörigkeit zum Polentum und Judentum, das ja, freilich mit einer stärkeren Affinität zum Polentum, auch für die sogenannten „Assimilierten" (Jüdisch-Polen) gilt, durch überlappende Kategorienbildung gelöst: Diejenigen jüdischen Abgeordneten, welche sich der polnischen Nation zurechneten (also ohne die Zionisten), wurden zunächst einmal als Polen eingestuft, in einem eigenen Kapitel jedoch dann auch dem jüdischen Kollektiv eingeordnet.

Die folgende Tabelle berücksichtigt nur die primäre Einordnung, definiert also die Abgeordneten hinsichtlich ihrer Nationalität allein nach dem Kriterium der Klubzugehörigkeit[13]):

Tabelle IV.1: Anzahl der Abgeordneten nach Nationalität und Kronländern

Nationalitäten	Deutsche Erbländer*	Südslaw.-ital. Länder**	Böhmische Länder***	Galizien	Bukowina	TOTAL
Deutsche	337	–	204	–	7	548
Tschechen	–	–	242	–	–	242
Polen	–	–	5	218	2	225
Ruthenen	–	–	–	49	8	57
Italiener	25	30	–	–	–	55
Slowenen	15	30	–	–	–	45
Kroaten	–	23	–	–	–	23
Rumänen	–	–	–	–	16	16
Serben	–	5	–	–	–	5
Jüdischnationale	–	–	–	4	1	5
TOTAL	377	88	451	271	34	1221

Anmerkung: Im Falle einer Wahl in verschiedenen Kronländern wurde dasjenige Kronland berücksichtigt, für welches der Betreffende die längere Zeit das Mandat innehatte.
* Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten
** Krain, Istrien, Görz u. Gradiska, Dalmatien, Triest
*** Böhmen, Mähren, Schlesien

Wir werden uns im Rahmen dieses Abschnitts auf die in der Tabelle hervorgehobenen 271 Fälle von galizischen Abgeordneten beschränken. Die Fokussierung dreier nationaler Gemeinschaften, der polnischen, ruthenischen und nationaljüdischen, auf ein Kronland machte Galizien nicht zuletzt im Abgeordnetenhaus zu einem derart heftig umstrittenen Territorium. Obwohl für alle drei Gruppen gilt, dass Galizien das Kernland ihres nationalpolitischen Strebens darstellte, übten doch in unterschiedlichen Phasen der Fraktionsgeschichte die konnationalen Abgeordneten der galizischen Nachbarprovinzen, Österreichisch-Schlesien bzw. die Bukowina, einen erheblichen Einfluss auf die Konstitution der Galizier aus. Das gilt freilich weniger für die Polen als für die Ruthenen und Nationaljuden, nicht zuletzt wegen der politischen Ausnahmeerscheinungen Mykola Vasyl'ko und Benno Straucher, beide aus der Bukowina.

Eine zweite Möglichkeit, das zu betrachtende Personenkollektiv zu strukturieren, orientiert sich an einem zeitlichen Verlauf. Maßgebend sind die extern vorgegebenen politischen Größen, also Legislaturperiode, Haupt- und Ergänzungswahlen (siehe Tab. IV.2).

Tabelle IV.2 weist den galizischen Nationalitäten eine überdurchschnittlich hohe Nachgewähltenquote aus. Diese ist nicht interpretierbar ohne einen Blick auf die Gründe, welche zu einem vorzeitigen Ausscheiden eines Parlamentariers führten. Drei Ursachenbündel stechen im polnischen Fall besonders hervor, nämlich die Fälle von Ableben während der Mandatsausübung, die Berufungen ins Herrenhaus und schließlich die Mandatsniederle-

[13]) Die Abgeordneten des Böhmisch-Feudalen Großgrundbesitzes wurden hier den Tschechen zugeordnet.

Tabelle IV.2: Anzahl der Abgeordneten nach Nationalität, Wahlperiode und Haupt-/Ergänzungswahl

Nationalität	9. WP			10. WP			11. WP			12. WP		
	HW	NW	%	HW	NW	%	HW	NW	%	HW	NW	%
Deutsche	213	13	5,8	214	32	13,0	232	12	4,9	231	9	3,8
Tschechen	76	4	5,0	77	15	16,3	108	5	4,4	108	4	3,8
Polen	71	10	12,3	72	15	17,2	79	7	8,1	82	9	9,9
– Galizien	69	10	12,7	70	15	17,6	76	7	8,4	79	9	10,2
Ruthenen	11	2	15,3	10	0	,0	32	2	5,9	31	4	11,4
– Galizien	9	1	10,0	8	0	,0	27	2	6,9	26	4	13,3
Slowenen	16	1	5,8	15	3	16,7	23	2	8,0	23	1	4,2
Italiener	19	2	9,5	19	4	17,4	19	2	9,5	19	0	,0
Kroaten	11	0	,0	10	1	9,0	12	1	7,7	12	0	,0
Rumänen	5	0	,0	5	4	44,0	5	1	16,7	6	0	,0
Serben	2	0	,0	2	0	,0	2	0	,0	2	0	,0
Jüdischnational	1	0	,0	1	0	,0	4	0	,0	2	0	,0
– Galizien	0	0	–	0	0	–	3	0	,0	1	0	,0
TOTAL	425	32	7,0	425	74	14,8	516	33	6,0	516	27	5,0

HW = Hauptwahl
NW = Nachwahl, im Falle Galiziens ggf. Nachrücken des Ersatzmannes
% = Quote Nachgewählte zu Gewählte insgesamt pro Wahlperiode

gung wegen Ernennung in ein anderes Amt (Landesausschuss, Minister, Statthalter). Deutet die erste Ursache auf eine bestimmte Altersstruktur hin, so lässt sich für die beiden zuletzt genannten ein Zusammenhang zu einem bestimmten Typus politischer Karrieren annehmen, für welche das Abgeordnetenhaus nur Zwischenstation bedeutete. In jedem Fall spricht aus den überdurchschnittlichen Werten eine gehobene soziale Stellung der polnischen Parlamentarier im politischen System der Monarchie. Näheres wird dazu weiter unten zu ergänzen sein. Die 12. Legislaturperiode, das wäre hier noch anzufügen, stellte insofern eine Ausnahme dar, als infolge der Ersatzmännerregelung in den galizischen Landwahlbezirken nur in Galizien überhaupt Nachbesetzungen von Mandaten möglich waren. Daraus ergibt sich in diesem Fall hauptsächlich der erhöhte Wert.[14])

2. Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Ein dritte, ebenfalls die zeitliche Dimension betreffende Frage ist diejenige nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Abgeordnetenmandaten. Dieser Aspekt ist besonders interessant, weil er uns die Möglichkeit gibt, die schon mehrmals berührte Frage von Kontinuität und Bruch über die zwei Wahlreformen von 1897 und 1907 zu stellen. In der folgenden Tabelle IV.3 werden die Haupt- und Nachgewählten berücksichtigt.

[14]) Zur Statistik der Ausscheidungsgründe siehe Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 1. Bd., S. 261.

Tabelle IV.3: Nationalitäten nach Anteil der Neugewählten pro Wahlperiode (Haupt- und Nachwahl)

Nationalität	9. WP			10. WP			11. WP			12. WP			TOTAL
	NG	T	%	NG	T	%	NG	T	%	NG	T	%	%
Deutsche	109	226	48,2	98	246	39,8	143	244	58,6	74	240	30,8	44,4
Tschechen	33	80	41,3	35	92	38,0	77	113	68,1	48	112	42,9	48,6
Polen	45	81	55,6	36	87	41,4	55	87	63,2	46	91	50,5	52,6
– Galizien	45	79	57,0	34	85	40,0	52	83	62,7	46	88	52,3	52,8
Ruthenen	8	13	61,5	5	10	50,0	29	34	85,3	9	35	25,7	55,4
– Galizien	6	10	60,0	4	8	50,0	26	29	89,7	8	30	26,7	57,1
Slowenen	8	17	47,0	6	18	33,3	16	25	64,0	6	24	25,0	42,9
Italiener	14	21	66,7	13	23	56,5	14	21	66,7	6	19	31,6	56,0
Kroaten	3	11	27,3	4	11	36,4	5	13	38,5	2	12	16,7	29,8
Rumänen	1	5	20,0	7	9	77,8	4	6	66,7	0	6	,0	46,2
Serben	1	2	50,0	1	2	50,0	1	2	50,0	1	2	50,0	50,0
Jüdischnat.	1	1	100	0	1	,0	3	4	75,0	1	2	50,0	62,5
– Galizien	0	0	–	0	0	–	3	3	100	1	1	100	100
TOTAL	223	457	48,8	205	499	41,1	347	549	63,2	193	543	35,5	47,3

NG Neu Gewählte
T Subtotal
% Quote der Neugewählten zu allen Gewählten pro Wahlperiode

In Tabelle IV.3 wird der Einschnitt der beiden Wahlreformen deutlich, wobei es dem Kompromisscharaker der „kleinen“ Wahlreform von 1897 entsprach, wenn die personelle Umschichtung im Jahre 1907 doch deutlich markanter ausfiel: Über 63 % der in den ersten allgemeinen und gleichen Wahlen bestimmten Abgeordneten gelangten erstmals ins Abgeordnetenhaus. Den Brüchen von 1897 und 1907, die jeweils mit einem Schub junger Kräfte verbunden waren, folgte erklärlicherweise eine deutliche Minderung der Neugewähltenquote in den nachfolgenden Legislaturperioden. Dort, wo außergewöhnlich hohe Neugewähltenquoten zu verzeichnen sind (wie bei den Ruthenen), wiesen die Werte in der folgenden Wahlperiode entsprechend klar in die andere Richtung. Dies gilt auch insgesamt für das höhere Gefälle zwischen der 11. und 12. im Vergleich zur 9. und 10. Wahlperiode.

Allerdings ist dieser Vergleich dadurch zu relativieren, dass das Haus jeweils im Zuge der Wahlreform vergrößert worden war, im Jahre 1897 von 353 auf 425, im Jahre 1907 von 425 auf 516 Sitze. Dadurch vermindert sich der Neugewählten-Faktor erheblich, so dass man dann gerade bezogen auf das Jahr 1907 tatsächlich versucht ist, von einem durchaus moderaten Übergang zwischen „altem“ und „neuem“ Parlament in kollektivbiographischer Hinsicht zu sprechen: Angesichts der fundamentalen staatsrechtlichen Neulegitimierung des Parlaments, der grundlegenden Neustrukturierung der Wahlberechtigten (Abschaffung der Wahlkurien) und den gewichtigen Änderungen der Wahlpraxis (Abschaffung der indirekten Wahlen) scheint es bemerkenswert, dass beinahe 40 % der Abgeordneten bereits in dem alten (und kleineren!) Kurienparlament vertreten waren. Im Vergleich zwischen den Nationalitäten scheint es zunächst einleuchtend, dass Nationalitäten, welche ihre Repräsentanz im Abgeordnetenhaus durch die Wahlreform von 1907 stark ausweiten konnten, eine entsprechende hohe Neugewähltenquote aufzuweisen hatten.

Die Kontinuitätsrate von 40 % zwischen Kurienparlament und Volksvertretung muss nun sinnvollerweise in Beziehung zur Kurien-Herkunft der Wiedergewählten gesetzt werden. Es ist zu erwarten, dass die Abgeordneten derjenigen Wahlkurien, welche sich durch eine schmale Wählerbasis und ein niedriges Niveau der Wahlkampforganisation auszeichneten, also der Großgrundbesitzer oder der Handelskammerkurie, entsprechend schwer in das neue Parlament gelangten.[15]) Die folgende Tabelle IV.4 zeigt, dass der personelle Bruch der 11. Wahlperiode tatsächlich vorwiegend diese beiden Kurien traf: Bei einer Gesamt-Wiedergewähltenquote von annähernd einem Drittel waren lediglich 7,6 % der Abgeordneten des Großgrundbesitzes und 14,3 % der Vertreter der Handels- und Gewerbekammern im Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wieder zu finden (Summenzeile). Die Unterschiede zwischen den übrigen Kurien waren dagegen gering, überraschenderweise auch zur fünften Kurie, welche ja das allgemeine Wahlrecht im Rahmen des Kurienparlaments vorweggenommen hatte. Die Erklärung hierfür ergibt sich aus der Tatsache, dass die modernen Parteien bzw. Wahlkomitees schon vor 1897 auf die Wählerschaft der Land- und Stadtwahlkurie hatten zugreifen können, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die jetzt erst die Chance hatten, in den Reichsrat zu gelangen.

Tabelle IV.4: Nationalitäten nach Wiedergewählten der 11. Wahlperiode und Wahlkurien-Herkunft

Nationalität	1. WK		2. WK		3. WK		4. WK		5. WK		TOTAL	
	W	%	W	%	W	%	W	%	W	%	W	%
Deutsche	2	3,2	42	37,2	3	10,0	33	41,8	21	44,7	101	30,5
Tschechen	0	0,0	13	36,1	1	20,0	11	31,4	8	29,6	33	28,9
Polen	6	18,2	8	30,8	2	40,0	7	20,0	8	33,3	31	25,2
– Galizien	6	19,4	8	30,8	2	40,0	7	21,2	8	33,3	31	26,1
Ruthenen	0	–	0	–	0	–	4	28,6	1	20,0	5	26,3
– Galizien	0	–	0	–	0	–	3	25,0	0	–	3	20,0
Italiener	0	–	3	21,4	0	–	2	28,6	1	20,0	6	17,6
Slowenen	0	–	0	0	0	–	5	35,7	4	80,0	9	39,1
Kroaten	0	–	1	33,3	0	–	5	62,5	1	50,0	7	46,7
Rumänen	1	20,0	0	–	0	–	1	25,0	0	–	2	16,7
Serben	0	–	0	–	0	–	1	33,3	0	–	1	33,3
Jüdischnat.	0	–	1	100	0	–	0	–	0	–	1	100
– Galizien	0	–	0	–	0	–	0	–	0	–	0	–
TOTAL	9	7,6	68	34,5	6	14,3	69	34,7	44	37,3	202	30,0

WK Wahlkurie;
W Wiedergewählte
% Quote der in der 11. WP Wiedergewählten gemessen an allen Abgeordneten der 9. und 10. WP.
Bei Wahl in verschiedenen Kurien wurde die letzte (=10. Wahlperiode) als die maßgebliche definiert. Nicht berücksichtigt wurden die insgesamt 6 Fälle von Abgeordneten der 11. Wahlperiode, die vor der 9. Wahlperiode im Abgeordnetenhaus vertreten waren, nicht aber in der 9. oder 10. Wahlperiode.

[15]) Zur Repräsentationsstärke vgl. Tabelle II.2.

Wenden wir uns im weiteren der Lage bei den einzelnen Nationalitäten zu, so wäre zu erwarten, dass sogenannte dominante Nationalitäten mit einem bedeutenden Anteil in den „Privilegien-Kurien" einen stärkeren kollektivbiographischen Einbruch erlebten als solche, die ihre Repräsentation vor allem den Volkskurien verdankten. Innerhalb Galiziens war diese soziale Rollenverteilung besonders klar gezeichnet, gehörten doch sämtliche Gewählten der 1. und 3. Kurie der polnischen Nation an. Nun zeigt sich jedoch, dass der erwartete Einbruch hier nicht stattfand. Aussagekräftig sind insbesondere die Verhältnisse in der 1. Kurie, die eine besondere Situation für Galizien beschreiben: Zwei Drittel der Fälle von Wahlkontinuität in der Großgrundbesitzerkurie gingen auf (polnische) Abgeordnete Galiziens zurück und umgekehrt fanden hier 6 von 31 Vertretern der Großgrundbesitzerklasse ihren Weg von der Privilegienkurie in das neue Parlament. Bei aller Vorsicht, die insbesondere wegen der niedrigen Zahlen geboten ist, lässt sich die These formulieren, dass Teile der polnischen Elite relativ unabhängiger von Wählerbasis und Wahlorganisationen operierten. Diese These geht konform mit unserer Vorstellung vom prämodernen Charakter der galizischen Gesellschaft. Die noch stärker verwurzelte gesellschaftliche Vormachtstellung des meist adligen Großgrundbesitzes und die enge, politisch unkontrollierte Verklumpung politischer und sozialer Interessensträger schufen „außerpolitische" Freiräume, die es der ländlichen Elite ermöglichten, auch über eine wahlrechtliche Reform hinaus ihre Machtposition vergleichsweise gut zu behaupten.

Wendet man sich nun den demokratischen Kurien zu, so erlaubt ein Vergleich zwischen dem Ausmaß der kollektivbiographischen Zäsur bei den deutschen, tschechischen und kroatischen Abgeordneten die Konstruktion dreier idealtypischer Fällen, die durch das zeitliche Verhältnis zwischen parteipolitischem und wahlrechtlichem Umbruch definiert sind: Während im deutschen Fall die parteipolitische Zäsur – die klerikal-christlichsoziale Verschmelzung miteingerechnet – zumindest teilweise der wahlrechtlichen Neuordnung von 1907 voranging – was eine vergleichsweise hohe Wiedergewähltenquote in den „demokratisch(er)en" Kurien bewirkte –, fiel im tschechischen Fall der Bruch in der Parteienlandschaft mit der großen Wahlreform zusammen und resultierte in einer entsprechend niedrigeren Quote, insbesondere im ländlichen Bereich. Im kroatischen Fall wurde der Zeitpunkt des Umbruchs erst nach der Wahlreform, im neuen südslawischen Staat, erreicht, weshalb das Jahr 1907 für die kroatische politische Vertretung in Wien keinen Einschnitt bedeutete.[16])

Wie sind nun die galizischen Abgeordneten in diese drei Fälle einzuordnen? Die Polen sind wir geneigt, dem tschechischen Typus zuzuweisen. Die Tatsache, dass die großen Wahlsiege auf das Konto der Bauernbewegung (PSL) und des „neuen Nationalismus" (SDN) gingen, findet durchaus ihre parteipolitische Parallele im tschechischen Fall. Ein Widerspruch bleibt jedoch bestehen zur oben festgestellten personellen Kontinuität der Abgeordneten der Großgrundbesitzer-Kurie, die wir gerade mit der machtpolitischen Stabilität der ländlichen Eliten über die Wahlreform hinaus zu erklären versuchten. Etwas einfacher stellt sich der Fall der Ruthenen dar. Wenn sich hier nur 5 von 19 Abgeordneten aus dem Kurienwahlrecht behaupten konnten, so lässt sich dies damit erklären, dass die klerikal-konservativen Ruthenen, welche vor 1907 die Mehrheit der ruthenischen Mandate in-

[16]) Siehe dazu meine näheren Ausführungen in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 1. Bd., S. 232–235.

nehatten, keine Chance auf Wiederwahl besaßen, weil ihnen die politische Legitimität und die Hilfestellung der polnischen Behörden nun abgingen. Die niedrige Wiedergewähltenquote der Ruthenen muss also auf die besonderen „galizischen Verhältnisse“ und ihre parteipolitischen Konsequenzen zurückgeführt werden.

3. Biographische Grundvariablen

Als biographische Grundvariablen bezeichnen wir hier Alter, Konfession, Beruf und Bildung. Die Altersstruktur des Abgeordnetenhaus, gegliedert nach Nationalitäten, gibt die folgende Tabelle wieder:

Tabelle IV.5: Nationalitäten nach Durchschnittsalter pro Wahlperiode, 1897–1918

Nationalität	9. WP		10. WP		11. WP		12. WP	
	∅	Min/Max	∅	Min/Max	∅	Min/Max	∅	Min/Max
Deutsche	49,5	30/81	49,9	31/85	47,6	31/73	48,8	31/71
Tschechen	47,7	31/70	47,2	31/74	44,2	31/66	44,9	30/65
Polen	46,0	31/72	48,0	32/76	47,0	32/68	48,1	33/72
– Galizien	45,9	31/72	48,0	32/76	47,4	32/68	48,1	33/72
Ruthenen	49,8	32/70	51,3	33/73	42,9	31/65	45,5	35/69
– Galizien	48,7	35/69	53,8	41/73	43,0	31/65	45,6	35/69
Slowenen	48,7	31/59	49,2	34/60	45,3	32/62	45,9	32/66
Italiener	51,2	31/64	49,6	33/73	43,8	32/57	46,3	30/61
Kroaten	48,5	33/61	50,6	35/63	53,5	40/64	53,3	30/68
Rumänen	51,6	33/79	48,2	35/65	39,5	36/43	43,0	40/47
Serben	42,5	42/43	53,0	46/60	48,0	43/53	46,5	36/57
Jüdischnat.	45,0	45	49,0	49	40,5	34/55	46,0	33/59
– Galizien	–	–	–	–	35,7	34/37	33	33/33
TOTAL	48,6	30/81	49,0	31/85	46,3	31/73	47,5	30/72

N = 1216 (fehlende Werte = 5)
∅ Arithmetisches Mittel
Min/Max Minimal- und Maximalalter

Als maßgebliche Größe galt das (nach Jahrgang gerechnete) Alter beim Eintritt in die jeweilige Wahlperiode. Das Alter der Nachgewählten wurde daher nicht auf den Beginn der Wahlperiode, sondern auf den Zeitpunkt ihres Eintritts in das Parlament (Vereidigung) bezogen.

Die Summenspalte der Tabelle IV.5 zeigt ein Durchschnittsalter beim Eintritt in die jeweilige Wahlperiode von etwas unter 50 Jahren. Ca. zwei Drittel der Abgeordneten fielen in den mittleren Altersbereich (40 bis 60 Jahre). Diese Altersstruktur entspricht derjenigen anderer Parlamente und auch derjenigen Nachkriegsösterreichs.[17]) Sie steht offensichtlich in einem direkten Zusammenhang mit politischen Karrieremustern. Die Abgeordnetentätigkeit fügte sich in den professionellen Werdegang ein, ja wurde statusmäßig zu einem

[17]) Herbert Matis, Dieter Stiefel, Der österreichische Abgeordnete. Der österreichische Nationalrat 1919–1979 – Versuch einer historischen Kollektivbiographie (= Studien zur Soziologie 21), Wien 1982., S. 19 ff.

Höhepunkt der Laufbahn und teilweise zu einem eigenen Berufstypus. Die Ähnlichkeit der Zahlenverhältnisse zur Situation der Ersten und Zweiten österreichischen Republik widerlegt die mitunter geäußerte Vermutung, das Wahlsystem spiele bei der Determinierung der Altersstruktur eine wichtige Rolle[18]): Ob das Senioritätsprinzip durch die innerparteiliche Organisation begründet war, wie dies häufig beim modernen Parteienstaat unter den Bedingungen des Listen- und Verhältniswahlrechts der Fall ist („Ersitzen" von Funktionen in der Parteihierarchie), oder ob wir es – wie in unserem Fall – mit einem noch schwach ausgebildeten Parteiensystem, Einerwahlkreisen und Mehrheitswahlrecht zu tun haben und folglich in nicht unbeträchtlichem Ausmaße noch mit außerparteilichen Rekrutierungsmustern: Dieser Unterschied scheint, zumindest was die durchschnittlichen Alterswerte anbelangt, ohne Bedeutung zu sein. Nur eine nähere Betrachtung (berufliche Herkunft, Partei) kann hier ein differenzierteres Bild vermitteln.

Obwohl sich die Ausübung des Abgeordnetenmandats auf die mittleren Jahrgänge konzentrierte, zeigt Tabelle IV.5 gleichzeitig eine große Spannweite zwischen den Extremwerten. Gesetzlich war das Alter der Abgeordneten nur nach unten festgelegt: Laut Reichsratswahlordnung betrug das Mindestalter für die Ausübung des passiven Wahlrechts 30 Jahre.[19]) Dieser unterste Wert wurde auch in der 9. und 12. Wahlperiode realisiert, in der 10. und 11. Wahlperiode nur um ein Jahr überschritten. In der 9. Legislaturperiode erregte die rhetorische Schlagfertigkeit des polnischen Sozialdemokraten Ignacy Daszyński auch deshalb Aufsehen, weil dieser mit seinen 30 Jahren das jüngste Mitglied des Hauses war. Neben diesen Jungparlamentariern gab es eine nicht unbedeutende Zahl von Abgeordneten, die über das übliche berufliche Arbeitsalter hinaus ein politisches Mandat ausübten. In der 9. Wahlperiode waren es sieben, in der 10. Wahlperiode neun Abgeordnete, welche in einem Alter von über 70 Jahren ihre Mandatstätigkeit begannen. Dem ältesten Mitglied des Hauses kam zu Beginn der Legislaturperiode eine besondere Funktion zu, da es dazu bestimmt war, als sog. „Alterspräsident" bis zur ordentlichen Wahl des Präsidiums die Geschäfte des Parlaments zu leiten. Einmal in unserer Zeitperiode wurde dieses Amt von einem galizischen Abgeordneten, dem Demokraten Ferdynand Weigel (1901), bekleidet. Andere besonders einflussreiche Mitglieder des Polenklubs blieben bis in ein hohes Alter politisch aktiv, so Apolinary Jaworski und Dawid Abrahamowicz, deren parlamentarische Laufbahn im 79. Lebensjahr erst durch höheres Schicksal (Ableben bzw. Auflösung der Monarchie) beendet wurde. Solche exponierte Figuren in fortgeschrittenem Alter prägten zweifellos unter den Reichsratsfraktionen und in der Öffentlichkeit das Bild des Polenklubs als einer traditionsreichen und gleichzeitig erzkonservativen Institution.[20])

---

[18]) Ebd., S. 23–25.

[19]) Gesetz v. 2. April 1873, RGBl. Nr. 40, § 7, E (Bernatzik, Verfassungsgesetze, S. 594).

[20]) Eine weitergehende Interpretation der in Tabelle wiedergegebenen Daten lässt sich nicht ohne weiteres bewerkstelligen. Der amerikanische Historiker Stanley Z. Pech hat den Versuch unternommen, die Altersstruktur der hauptgewählten Abgeordneten des Jahre 1911 vergleichend zu analysieren. Seine Interpretation, welche auf eine Erklärung der Unterschiede des Durchschnittsalters zwischen den Nationalitäten Cisleithaniens abzielt, erscheint jedoch weit mehr irreführend als hilfreich. Vgl. Stanley Z. Pech, Parliamentary Deputies in Pre-1914 East Central Europe. A Comparative Age Profile, in: East Central European Quarterly 19 (1985), S. 31–44, sowie meine ausführliche Kritik in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 1. Bd., S. 237–239.

Die konfessionelle Struktur des Abgeordnetenhauses findet sich in der folgenden Tabelle:

Tabelle IV.6: Nationalitäten und Konfession, 1897–1918

Nationalität	röm.-kath.	griech.-kath.	armen.-kath.	alt-kath.	griech.-orth	evang.	mos.	konf.-los	N	TOTAL	Fehl. Wert
Deutsche	397	–	–	4	–	42	9	23	475	548	73
Tschechen	196	–	–	–	1	4	1	22	224	242	18
Polen	194	2	5	–	–	3	17	1	222	225	3
– Galizien	191	2	3	–	–	2	17	0	215	218	3
Ruthenen	–	52	–	–	3	–	–	1	56	57	1
– Galizien	–	47	–	–	0	–	–	1	48	49	1
Italiener	45	–	–	–	1	–	1	3	50	55	5
Slowenen	43	–	–	–	–	–	–	–	43	45	2
Kroaten	22	–	–	–	–	–	–	–	22	23	1
Rumänen	–	–	–	–	16	–	–	–	16	16	0
Serben	–	–	–	–	5	–	–	–	5	5	0
Jüdischnat.	–	–	–	–	–	–	5	–	5	5	0
– Galizien	–	–	–	–	–	–	4	–	4	4	0
TOTAL	894	54	5	4	25	49	33	50	1118	1221	103

Rund 80 % der Reichsratsabgeordneten unseres Betrachtungszeitraums waren Anhänger der römisch-katholischen Konfession. Auch eine Berücksichtigung der fehlenden Werte unter Annahme einer entsprechenden proportionalen Verteilung würde diesen Wert nicht wesentlich erhöhen. In der Dominanz des Katholizismus einerseits und der Vielfalt der konfessionellen Bekenntnisse andererseits kommt auch im österreichischen Abgeordnetenhaus das in der Geschichte der Habsburgermonarchie teilweise spannungsreiche Nebeneinander von einem sich kulturell primär (römisch-)katholisch definierenden Staat und seiner Dynastie auf der einen Seite und der multikonfessionell geprägten Gesellschaftsstruktur auf der anderen Seite zum Ausdruck. Kennzeichnend für die konfessionelle Situation in Cisleithanien und auch weitgehend bestimmend für die Verhältnisse des Abgeordnetenhauses diesbezüglich ist der parallele Verlauf von nationaler und konfessioneller Grenze. Den sechs Nationalitäten, welche einen Anteil an römisch-katholischen Abgeordneten von zwischen 83 % und 100 % aufwiesen, standen vier Nationalitäten gegenüber, die ausschließlich nicht dieser Konfession anhingen: die mehrheitlich griechisch-katholischen Ruthenen, die zur Gänze griechisch-orthodoxen Rumänen und Serben und die der mosaischen Konfession anhängenden Jüdischnationalen. Bei einigen Nationalitäten, etwa den Ruthenen Galiziens oder den Kroaten und Serben Dalmatiens, war das Verhältnis von Konfession und Nationalität derart eng verwoben, dass man von Konfessions-Nationen sprechen kann.

Deutsche und Polen wiesen eine etwas komplexere konfessionelle Struktur auf. Hier verteilten sich die Abgeordneten auf vier bzw. fünf Konfessionen. Bei den Abgeordneten deutscher Nationalität war die evangelische Konfession von besonderer Bedeutung, wobei nicht anders als in der Bevölkerung das Augsburger (Lutherische) Bekenntnis deutlich überwog. Die noch junge und kleine altkatholische Kirche war mit vier Abgeordneten vertreten. Territorial konzentrierten sich Protestanten und Altkatholiken auf die böhmischen Länder, was mit der eigenen Geschichte dieser Länder und der „Los-von-Rom“-Bewegung

zusammenhängt. Die Abgeordneten deutscher Nationalität und mosaischer Konfession waren zwar territorial weit gestreut (von Niederösterreich bis in die Bukowina), jedoch umso mehr politisch klar einseitig dem „linken“ Lager zuzuordnen. Ihre politische Zugehörigkeit reichte von der deutschfortschrittlichen zur sozialpolitischen und zur sozialdemokratischen Partei. Von den sieben unter dem Kurienwahlrecht gewählten deutsch-jüdischen Abgeordneten kamen vier aus der Handels- und Gewerbekammer.

Abgeordnete mosaischer Konfession fanden sich mit Abstand am häufigsten in Galizien, unter den Parlamentariern polnischer Nationalität. Während die Konzentration auf dieses Kronland dem besonders hohen jüdischen Anteil in den östlichen Teilen Cisleithaniens entsprach, fußte die Assimilation an das polnische Element, wie bereits bemerkt, auf der soziokulturellen Dominanz dieser Nationalität in Galizien. Neben den national nicht re-ukrainisierten polnischen Griechisch-Katholiken (3 Fälle) und den in Schlesien und dem westlichsten Rand Galiziens konzentrierten protestantischen Abgeordneten polnischer Nationalität trugen auch die Armenier dazu bei, dass im österreichischen Parlament die Polen als eine durch religiös-kulturelle Vielfalt auffallende Gruppe dastanden – trotz des gerade bei den Polen vielleicht am stärksten ausgeprägten römisch-katholischen kollektiven nationalen Bewusstseins. Die weit überproportionale Vertretung der Armenier im Abgeordnetenhaus im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil ergab sich aus ihrer gehobenen gesellschaftlichen Stellung in den östlichen Kronländern Cisleithaniens, wo sie vornehmlich der Gutsbesitzerklasse angehörten.

Ebenso wie für die Polen die Grenze zwischen Galizien und Schlesien konfessionelle Bedeutung hatte, unterschieden sich die galizischen und bukowiner Ruthenen in ihrem Bekenntnis zur griechisch-katholischen bzw. (mehrheitlich) griechisch-orientalischen Konfession. Dies, ein Produkt des ganz unterschiedlichen Weges, den diese beiden Kronländer bis zu ihrer Zusammenführung in einem Staat unter Österreich genommen hatten, spiegelte sich auch im Abgeordnetenhaus wider. Während jedoch alle galizischen Ruthenen griechisch-katholischer Konfession waren, haben wir es trotz des Übergewichts der Orthodoxie in der Bukowina auch bei den ruthenischen Abgeordneten dieses Kronlands mehrheitlich mit Griechisch-Katholischen zu tun. Eine Ursache hierfür finden wir in den Biographien der betreffenden Abgeordneten, die in drei von fünf Fällen in Galizien geboren wurden. Dieser „Export“ galizischer Politiker in die Bukowina könnte ein Hinweis sein auf die wichtige Rolle Galiziens auch für das östliche Nachbar-Kronland, was die Entwicklung einer eigenständigen ruthenischen Nationalgesellschaft und ihrer Elite in Cisleithanien betrifft.

Die insgesamt größte Diskrepanz zwischen der Bevölkerung und den Abgeordneten im Hinblick auf die konfessionelle Struktur zeigt sich jedoch in der quantitativen Bedeutung der Konfessionslosen. Diese Gruppe konzentrierte sich fast zur Gänze auf drei „westliche“, (teil)modernisierte Nationalitäten, in welchen der Antiklerikalismus bereits Tradition hatte, – Deutsche, Tschechen und Italiener – und war bezeichnenderweise völlig absent bei solchen Nationalitäten, welche in ihrer jungen Nationalgeschichte stark klerikal geprägt waren, wie etwa Slowenen und Kroaten. Zu den klerikal geformten Nationalbewegungen gehörten, wie an anderer Stelle ausgeführt, auch die Ruthenen. Freilich hatte sich hier – konzentriert um die Radikale Partei – eine vergleichsweise starke antiklerikale Bewegung entwickelt, von der ein Fall eines Konfessionslosen im Abgeordnetenhaus Zeugnis gibt.

Als drittes muss von der Berufsstruktur die Rede sein. Die folgende Tabelle IV.7 basiert auf den in den Individualbiographien angegebenen Hauptberufen, gibt also das weiter ge-

fasste berufliche Umfeld (Zweit- und Drittberufe, berufliche Prägung) nicht wieder. Auch die Kategorienbildung folgt einem groben Schema, das insbesondere die Dimension sozialer Differenzierungen innerhalb der Sparten außer Acht lässt.

Tabelle IV.7: Nationalitäten nach sektorieller Berufsstruktur, 1897–1918

	Land-wirtsch	Ind. u. Gewerbe	Lehr-beruf	Justiz/ Verw.	Freie Berufe	Geist-lichkeit	Red. u. Schriftst	Privat-beamte	Andere	TOTAL N
Deutsche	32,8	17,0	8,9	6,8	10,4	4,2	8,2	8,4	3,3	548
Tschechen	32,2	11,1	9,9	6,2	14,5	3,7	13,2	8,7	0,4	242
Polen	43,1	7,6	11,6	14,2	13,8	4,4	3,6	1,3	0,4	225
– Galizien	44,0	8,2	11,0	14,2	13,3	4,6	3,2	1,4	0,5	218
Ruthenen	5,3	0	19,3	14,0	35,1	14,0	12,3	0	0	57
– Galizien	4,1	0	16,3	10,2	38,8	16,3	14,3	0	0	49
Italiener	14,5	14,5	7,3	10,9	25,5	14,5	5,5	3,6	3,6	55
Slowenen	26,7	4,4	17,8	13,3	20,0	11,1	2,2	2,2	2,2	45
Kroaten	8,7	0	21,7	8,7	39,1	13,0	8,7	0	0	23
Rumänen	18,8	0	18,8	37,5	0	6,3	6,3	6,3	6,3	16
Serben	0	0	0	20,0	80,0	0	0	0	0	5
Jüdischnat.	0	0	20,0	0	40,0	0	40,0	0	0	5
– Galizien	0	0	25,0	0	25,0	0	50,0	0	0	4
TOTAL N	383	147	131	113	181	67	101	74	24	1221
9.–12.	*31,4*	*12,0*	*10,7*	*9,3*	*14,8*	*5,5*	*8,3*	*6,1*	*2,0*	*100*
9.–10.	*33,9*	*14,7*	*11,1*	*8,3*	*17,0*	*5,3*	*5,0*	*2,1*	*2,5*	*100*
11.–12.	*27,3*	*9,3*	*12,0*	*10,0*	*14,2*	*5,7*	*11,2*	*9,2*	*1,2*	*100*

%-Werte in den Hauptspalten sowie den Untersummen

Der Agrarsektor stellte zwar mit über 30 % den höchsten Anteil der Abgeordneten, war aber angesichts einer Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung von etwa 50 % um die Jahrhundertwende dennoch unterrepräsentiert. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts führte vorwiegend wegen des Wegfallens der Großgrundbesitzerkurie zu einem prozentuellen Rückgang der in der Landwirtschaft Tätigen. Ein Vergleich zwischen den Nationalitäten zeigt, dass gerade in den noch stark in der Agrarwirtschaft verwurzelten Gruppen der Anteil der beruflich mit der Landwirtschaft verbundenen Abgeordneten ausgeprägt niedrig war. Ein besonders markantes Beispiel bieten die Ruthenen, die trotz ihrer weithin bekannten Eigenart als „Bauernvolk“ nur 5 % der Abgeordneten aus der Landwirtschaft rekrutierten. Vergleicht man diesen Befund mit dem relativ hohen Anteil des Agrarsektors in den stärker modernisierten deutschen und tschechischen Gesellschaften, so kann man von einem reziproken Verhältnis zwischen dem Anteil der Landwirtschaft in der Bevölkerung und dessen Gewicht im Berufsbild der Parlamentarier sprechen. Sieht man einmal vom Großgrundbesitz ab, der als Kategorie bei den Ruthenen wegfällt, so steht hinter dieser Reziprozität der ganze Komplex der Entwicklung des Parteiwesens und der politischen Eliten. Darauf wird in Kürze zurückzukommen sein.

In der Kategorie der gewerblich-kommerziellen Privatwirtschaft, die allerdings hinsichtlich der Berufszweige (Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) wie auch des sozialen Spektrums (vom Arbeiter bis zum Großindustriellen), besonders breit definiert ist, lässt sich hingegen eine Kongruenz zwischen der Bedeutung dieses Berufszweigs und dem Grad der Modernisierung feststellen (höhere Werte für Deutsche, Tschechen und Italie-

ner). Die übrigen Berufsgruppen, welche pauschal den Intelligenzberufen zuzuordnen sind, erscheinen im Vergleich zur „produzierenden Wirtschaft“ am stärksten überrepräsentiert: Das gilt vor allem für die freien Berufe und hier wiederum für die Advokaten. Deren Anteil (inklusive Konzipienten) lag fast überall jenseits der 10 %–Marke, bei den Ruthenen erreichte oder übertraf er die Schwelle von einem Drittel. Deutlich übervertreten waren auch die staatlichen Justiz- und Verwaltungsbeamten sowie die im Lehrfach Tätigen (etwa die Hälfte Universitäts- und Hochschulprofessoren, ein Viertel Gymnasiallehrer). Beide letztgenannten Berufssparten traten deutlich gehäuft unter den Nationalitäten der östlichen Kronländer auf. Dies wird uns ebenfalls in den folgenden Kapiteln dieses Abschnitts beschäftigen. Schließlich wiesen diejenigen Nationalitäten, bei denen der Einfluss der Kirche in der Gesellschaft traditionell groß war, Südslawen sowie wiederum die Ruthenen, Anteile von Abgeordneten aus der Geistlichkeit von über 10 % auf.

Die letzten Spalten zeigen zwei Berufsgruppen, die als charakteristisch für einen professionellen Politiker gelten können: Zeitungsredakteure als Exponenten auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung, Privatbeamte (in Krankenkassen, Genossenschaften, Berufsverbänden, etc.) als Kämpfer für die Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation ihrer politischen Klientel. Hier ist wieder von Kongruenz zu sprechen, wiesen doch diesbezüglich vor allem Deutsche und Tschechen einen überdurchschnittlich hohen Anteil auf. Der quantitative Sprung, den insbesondere die Privatbeamten nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts erfuhren, zeigt in Verbindung mit dem Rückgang der direkt in der Privatwirtschaft tätigen Parlamentarier, dass hier offenbar ein fundamentaler Wandel in der politischen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen stattgefunden hat, der charakteristisch für das 20. Jahrhundert werden sollte: ein Wandel von den in der Wirtschaft selbst Tätigen zu den Verbandsfunktionären. Allerdings ist anzumerken, dass über die Hälfte der betreffenden Abgeordneten der Sozialdemokratie zuzurechnen ist, so dass man nicht alleine von einer Veränderung in der Funktionalität der wirtschaftlichen Interessenvertretung sprechen kann, sondern auch von einer Verlagerung der repräsentierten Interessen selbst.

Das Berufsbild einer Personengruppe lässt Schlüsse auf ihr Bildungsniveau zu, dem wir uns nun zuletzt noch zuwenden. Der hohe Anteil der Freiberufler, der Staatsbediensteten und der Intelligenzberufe lässt bereits vermuten, dass das Bildungsniveau gemessen an der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch war. Das ist nichts Ungewöhnliches für eine Elite, und es entsprach dem Anforderungsprofil eines Parlamentariers. Ein hoher Bildungsstand zeichnete jedoch auch diejenigen Berufszweige aus, bei denen der Nachweis eines höheren Schul- oder Ausbildungsabschlusses nicht als Berufsvoraussetzung zu gelten hatte. So ist etwa bei rund 57 % der in der Landwirtschaft tätigen Abgeordneten ebenfalls der Besuch einer Mittelschule nachweisbar, und nicht weniger als 30 % konnten eine Hochschulbildung belegen. Freilich sind die Großgrundbesitzer in diesen Anteilen stark übervertreten. Die entsprechenden Zahlen für den gewerblichen-kommerziellen Sektor sind nahezu gleich hoch (56 % bzw. 31 %), während Redakteure und Privatbeamte zusammengenommen den Wert von 50 % bzw. 33 % erreichten.

Interessanterweise begegnen wir hier erneut einem Reziprozitätsverhältnis, und zwar in der Relation zwischen Bevölkerungsstruktur und dem Erscheinungsbild der Abgeordneten: Diejenigen Nationalitäten, welche sich durch eine hohe Analphabetenrate auszeichneten, wiesen die höchste Bildungsrate (entsprechend dem höchsten Anteil an Intelligenzbe-

rufen) ihrer Eliten auf. Dies zeigt folgende Tabelle, die, um das Ergebnis deutlicher zu machen, in drei Gruppen aufgegliedert ist:[21])

Tabelle IV.8: Bildungsniveau der Abgeordneten und Analphabetismus der Bevölkerung, 1897–1918

Nationalität[1]	TOTAL	Hochschule[2]	Anteil Hochschule	Analphabetenrate (1900)[3]
Deutsche	548	219	40,0	19,53
Tschechen[4]	242	118	48,8	19,04
Slowenen	45	28	62,2	35,88
Italiener	55	35	63,6	36,73
Polen	225	165	73,3	28,25
Rumänen	16	14	87,5	76,68
Ruthenen	57	50	87,7	80,13
Kroaten u. Serben	28	26	91,3	78,31
TOTAL[5]	1221	659	54,0	22,73

[1] Nach Maßgabe der Umgangssprache
[2] Tertiärstufe I (nichtuniversitäre Hochschulen, Priesterseminare) und Universität
[3] Prozent-Anteil der weder Schreib- noch Lesefähigen an der Zivilbevölkerung
[4] Inkl. slowakische Umgangssprache
[5] Inkl. 5 zionistische Juden (Juden als Nationalität nach Umgangssprache nicht ausweisbar)

Tabelle IV.8 lässt die These zu, dass die Bildung als Kriterium für die Elitenselektion dort die größte Rolle spielte, wo der Anteil der Illiteraten am höchsten war. Interessanterweise finden sich Parallelen zu diesem Verhältnis in zeitgenössischen Entwicklungsländern.[22]) Auch wenn Skepsis gegenüber allzu großzügigen Vergleichen über Kultur- und Zeiträume hinweg angebracht ist, lässt sich doch die recht plausible These formulieren, dass in solchen Gesellschaften, in denen die Ressourcen für gesellschaftlichen Einfluss – und dazu gehört die Bildung allemal – auf eine schmale Elite beschränkt ist, auch die politische Macht stärker monopolisiert wird durch eben diese Elite, während gleichzeitig eine gesellschaftliche Basisbewegung geringere Erfolgschancen hat, insbesondere dort, wo andere, etwa institutionelle Möglichkeiten des Aufbaus politischer Karrieren (z. B. ein modernes Parteiwesen) beschränkt bleiben. Dies ist nur ein Ansatz. Ein zweiter, der hier nur erwähnt werden kann, bezieht sich auf die spezielle Funktion der Intelligenz in der Nationalbewegung „kleiner Nationen“, zu denen die Ruthenen gerechnet werden. Näheres soll im anschließenden Kapitel C folgen.

---

[21]) Quelle: Eigene Datenbank sowie, bezüglich der Analphabetenrate, die Volkszählung von 1900, hier: Österreichische Statistik, hrg. von der k. k. Statistischen Central-Commission, Bd. 63, 2. Heft, Wien 1903, S. 129–131.

[22]) Siehe Putnam, Comparative Study, S. 163: „Formal education is most common among elites precisely in those countries in which formal education is least common among non-elites.“

C. Die Abgeordneten Galiziens, 1897–1918

1. Die Polen

a) Politische Generationen

Obwohl der Zeitrahmen dieser Untersuchung nur gute 20 Jahre umschließt, verteilen sich die Geburtsjahrgänge der polnisch-galizischen Abgeordneten über eine Zeitspanne von über 50 Jahre. Apolinary Jaworski, der langjährige Präses des Polenklubs, war gerade 23 Jahre alt, als die Revolution von 1848 ausbrach, während der PSL-Abgeordnete Franciszek Myjak im selben Alter den Anbruch des 20. Jahrhunderts erlebte. Wir haben es also bei dem hier betrachteten engeren Kollektiv mit mehreren Generationen zu tun. In Anbetracht der gewaltigen Umwälzungen, welche Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte, kommt gerade dieser Tatsache besondere Bedeutung zu, gilt doch gerade in einem solchen Fall des intensiven Wandels, dass die jeweilige generationenspezifische politische Sozialisierung unterschiedlichen prägenden politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Bedingungen folgte.[23])

Wir können im Falle der polnischen Reichsratsabgeordneten versuchsweise drei Generationen unterscheiden. Eine erste Generation erlebte ihre prägenden Jahre noch unter den Bedingungen des politischen Kampfes gegen die Teilungsmächte. Geboren in den Jahren bis 1850, war dies im wesentlichen noch die Generation der Aufstände von 1846/1848 und dann vor allem 1863 und des anschließenden Kampfes um die Galizische Resolution (bis ca. 1870). Eine nächste Generation, geboren zwischen 1851 und 1869, erlebte die Zeit der Etablierung der galizischen Autonomie und der Konsolidierung der adlig-konservativen Macht in Galizien. Die dritte Generation schließlich (ab 1870) wurde unter den Bedingungen des verstärkten gesellschaftlichen und politischen Wandels sozialisiert, der sich seit den letzten beiden Dezennien bemerkbar machte.[24])

---

[23]) Aus der umfangreichen Literatur zum Problem der Generation als historisch-soziologischer Kategorie vgl. aus der Perspektive des Historikers: Hans Jaeger, Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429–452, sowie die klassische Abhandlung von Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, hrg. von Kurt H. Wolff, Berlin – Neuwied 1964, S. 509–565.

[24]) Dieser lebensbiographische Generationsbegriff ist zu unterscheiden von dem im Abschnitt über die Entwicklung der Parteien verwendeten Begriff der politischen Generation im engeren Sinne, der sich auf eine jeweils neue parteipolitische Richtung innerhalb eines ideologischen Lagers bezog (Altkonservative, Stańczyken, Neokonservative). Auch in diesem letzteren Falle spielt zwar das Alter eine wichtige Rolle. Nicht dieses ist freilich für die Abgrenzung gegenüber der vorangehenden parteipolitischen Generation das Entscheidende, sondern die Festlegung eines alternativen politischen Kurses. Einer neuen parteipolitischen Generation können sich verschiedene Altersgruppen anschließen, während sich der soziologisch definierte Generationsbegriff auf eine objektivierbare und quantifizierbare Größe, nämlich eine spezifische Gruppe von Jahrgängen, bezieht.

Tabelle IV.9: Generationen nach Abgeordnetenmandat (Polen)

Generationen	Nur 9. u. 10. WP		11. u. 12. WP		TOTAL	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Geb. bis 1850	44	37,0	16	11,9	52	23,9
Geb. 1851–1869	74	62,2	93	68,9	140	64,2
Geb. seit 1870	1	,8	26	19,3	26	11,9
TOTAL	119	100	135	100	218	100

Die Generation der Jahrgänge bis 1850 war nicht nur indirekt von der allgemeinen politischen Atmosphäre der Aufstände geprägt.[25]) In 9 der 52 Fälle, welche wir dieser ersten Generation zurechnen, ist eine Teilnahme am Januaraufstand von 1863 in Kongresspolen nachweisbar. Die ambivalente Politik der österreichischen Regierung gegenüber dem Januaraufstand, welche einerseits in einer restriktiven Handhabung im Innern, andererseits aber auf der diplomatischen Ebene aus einer Unterstützung oder zumindest Duldung der politischen Ziele der Aufständischen bestand, fand ihren Niederschlag auch in den Biographien dieser Parlamentarier.[26]) Die repressive Seite der österreichischen Politik erlebten diejenigen, welche während des Aufstands in Österreich aufgrund der Ausnahmezustands verhaftet wurden.[27]) Die konziliante Seite kam denjenigen zugute, die, in Russisch-Polen geboren, nach Niederschlagung des Aufstands oder nach Verbüßung einer längeren Haft in Österreich Exil fanden.[28])

Die individuelle politische Vorbelastung dieser Personen wirkte sich nicht negativ auf ihre öffentliche Karriere aus, denn etliche der 1863/64 Internierten fanden in späteren Jahren zu hohen Staatswürden, im Rahmen der Administration oder des Militärs.[29]) Vielmehr

---

[25]) Zu dieser Generation siehe die kollektivbiographisch angelegte Studie von Maria Kruczkowska, Deputowani Koła Polskiego w Wiedniu w latach 1865–1879 [Die Deputierten des Polenklubs in Wien in den Jahren 1865–1879], in: Społeczeństwo polskie 18.–19. w. Studia grupach elitarnych [Die polnische Gesellschaft des 18. und 19. Jh. Studien über Elitengruppen], hrg. von J. Leskiewczowa, Warszawa 1988, S. 219–233.

[26]) Zur Haltung Österreichs gegenüber dem Januaraufstand siehe Henryk Wereszycki, Austria a powstanie styczniowe [Österreich und der Januaraufstand], Lwów 1930.

[27]) Leon Chrzanowski, Apolinary Jaworski, Teofil Merunowicz, Tadeusz Romanowicz. Zur aufständischen Vergangenheit des Letztgenannten vgl. die Spezialstudie von Halina Kozłowska-Sabatowska, Między konspiracją a pracą organiczną. Młodość Tadeusza Romanowicza [Zwischen Konspiration und organischer Arbeit. Die Jugend von T. R.], Kraków 1986.

[28]) Antoni Chamiec, Józef Popowski.

[29]) Apolinary Jaworski wurde nicht nur Obmann des Polenklubs, sondern auch zwischen 1887 und 1893 Mitglied des Reichsgerichts. Józef Popowski avancierte im österreichischen Militär zum Major, Antoni Chamiec-Jaxa trat wenige Jahre nach der Niederwerfung des Aufstands in den österreichischen Staatsdienst ein und erreichte den Rang eines Statthaltereisekretärs und Bezirkshauptmanns. Teofil Merunowicz und Tadeusz Romanowicz, beide Aktivisten des demokratischen Lagers und in Österreich inhaftiert, wurden in den 1870er Jahren in den Staatsdienst aufgenommen. Zu den nachmaligen Abgeordneten, welche ihre Ausbildung zugunsten der Beteiligung am Januaraufstand unterbrachen, gehörte auch Stanislaw Madeyski, Kultusminister 1893–1895 im Kabinett Windischgrätz. Er versuchte später in seinen Erinnerungen, diese seine „aufständischen Jahre“ zu

konnte die Beteiligung am Aufstand im nationalen Diskurs und in der Selektion von Kandidaten als Gütezeichen verwendet werden. Insbesondere den Konservativen war ein derartiger biographischer Bezugspunkt als Beweis des Patriotismus höchst willkommen, um denjenigen Kritikern zu begegnen, die im Polenklub eine zu lasche Haltung in nationalen Fragen zu erkennen glaubten.[30]) An den Biographien dieser Persönlichkeiten lässt sich somit die für die Jahre seit 1867 charakteristische Hinwendung vom Aufstandsdenken zum Austroloyalismus ablesen.

Die folgende Generation, geboren zwischen 1851 und 1869, erlebte die Etablierung der sprachlich-kulturellen „Autonomie" Galiziens. Die positive Integration der Eliten in den österreichischen Staat spiegelt sich unter anderem auch in der Vätergeneration[31]) der betreffenden Abgeordnetengruppe wider, da jene bereits in nicht unbedeutender Zahl Funktionen im Rahmen der staatlichen Administration oder der politischen Selbstverwaltung ausübte: Bei über einem Viertel der Abgeordneten ist nachweisbar, dass schon ihre Väter auf einer der Ebenen der autonomen bzw. staatlichen Verwaltung ein politisches Amt innehatten. 7 stammten von einem Reichsratsabgeordneten oder Minister ab.[32]) Berücksichtigt man die nicht unerheblichen Lücken im Informationsstand über die Vätergeneration, so ist davon auszugehen, dass das Ausmaß des öffentlichen Engagements noch über dem durch diese Zahlen wiedergegebenen Niveau lag. Kein Zweifel kann darüber bestehen, dass das politische Bewusstsein und die spätere Karriere der Abgeordneten durch die aktive Mitwirkung ihrer Väter mitgeprägt wurde. Das Konzept der „organischen Arbeit" war durch diese bereits angelegt.

Die Frage stellt sich nun, inwieweit mit der öffentlichen Tätigkeit der Vätergeneration bereits politische Vordispositionen der zukünftigen Abgeordneten geschaffen wurden. Die folgende Tabelle IV.10 thematisiert den Zusammenhang zwischen öffentlicher Tätigkeit der Väter und der politischen Richtung der Abgeordneten über alle drei Generationen hinweg.

Alle diejenigen Abgeordneten, deren Väter auf der obersten politischen Ebene tätig waren oder aber dem mit Kaiser und Hof verbundenen Berufsmilitär angehörten, waren selbst ausschließlich dem konservativen Lager zuzurechnen. Während auch noch bei den auf Bezirksebene tätigen Vätern die nachmaligen Konservativen dominierten, waren diese

---

rechtfertigen. Siehe dazu Joanna Radzyner, Stanisław Madeyski 1841–1910. Ein austro-polnischer Staatsmann im Spannungsfeld der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 20), Wien 1983, S. 52–54.

[30]) Als Beispiel unter vielen sei die Werbekampagne zugunsten der Reichsratskandidatur von Leon Chrzanowski, welche der konservative *Czas* mittels einer im Sonderdruck erschienenen Broschüre veranstaltete: Leon Chrzanowski, Sonderdruck Krakau 1891. Chrzanowski war bereits Veteran des Aufstands von 1846 und wurde nur zwei Jahre nach seiner Amnestierung in den Krakauer Gemeinderat und ein Jahr später in den Landtag gewählt.

[31]) Hier kommt ein dritter Generationsbegriff zur Anwendung, der als der genealogische bezeichnet wird und das Verhältnis zwischen Personen umschreibt, die in direkter Abstammungsfolge zueinander stehen.

[32]) Vgl. die Tabelle bei Binder, Polen, Ruthenen, Juden. Söhne von Ministern: Wacław Zaleski, Adam Gołuchowski; Söhne von Herrenhausmitgliedern: Andrzej Lubomirski, Paweł Sapieha, Stanisław Starowieyski; Söhne von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses: Włodzimierz Kozłowski, Kazimierz Szeptycki. Alle diese gehörten dem Adel an.

Tabelle IV.10: Öffentliche Tätigkeit der Väter (Polen)

Öffentliche Tätigkeit	Konservative	Demokraten	„Massenparteien“	TOTAL
Aufstand	0	1	4	5
Gemeindeebene	4	3	6	13
Bezirksebene	13	3	3	19
Landesebene	4	3	1	8
Reichsebene	9	0	0	9
Andere öffentliche Funktionen	2	0	0	2
Militär	3	0	0	3

Anmerkung: Bei öffentlicher Tätigkeit wurde jeweils nur die höchste Hierarchieebene berücksichtigt. „Massenparteien“: Nationaldemokraten, Volkspartei, Klerikale Bauernparteien, Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialisten

auf der Ebene der Gemeinden in der Minderheit. Aus diesen Zahlen lässt sich die Tendenz ablesen, dass mit steigender Integrationsebene der Väter in die politische Machtsphären des habsburgischen Staats die nachmaligen Abgeordneten konservativer wurden. Freilich hingen die Zugangsmöglichkeiten zu den verschiedenen Ebenen der Repräsentativkörperschaften auch mit den jeweiligen Selektionsregeln zusammen (etwa: Landtags- gegenüber Bezirksrats-Wahlrecht). Auf diese Zusammenhänge wird weiter unten zurückzukommen sein.

Die jüngste Generation der Abgeordneten (geb. seit 1870) war nicht nur von den verschiedensten Erscheinungen des gesellschaftlichen Wandels des späten 19. Jahrhunderts geprägt. Die veränderten Bedingungen fanden auf der politischen Ebene ihren Ausdruck in den aufkommenden neuen Massenparteien, die nun diese junge Generation aufnahmen:

Tabelle IV.11: Politische Richtung nach Generationen (Polen)

Politische Richtung	Geb. bis 1850		Geb. 1851–1869		Geb. seit 1870		TOTAL	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Konservative	29	55,8	48	34,3	4	15,4	81	37,2
Demokraten	17	32,7	30	21,4	1	3,8	48	22,0
„Massenparteien“	6	11,5	62	44,3	21	80,8	89	40,8
TOTAL	52	100	140	100	26	100	218	100

Fehlende Werte = 0

Vier Fünftel der seit 1870 Geborenen gehörten den politischen Gruppierungen der Bauern- und Arbeiterbewegung sowie den modernen nationalen Parteien an, während Konservative und Liberale, welche als die politischen „Stammlager“ in der ältesten Generation noch beinahe 90 % der Abgeordneten umfasst hatten, in jener Altersgruppe nur mehr mit knapp einem Fünftel vertreten waren. Der Fall der altliberal orientierten Demokraten erscheint besonders bemerkenswert: Obwohl diese auch nach 1907 noch eine starke Gruppe innerhalb des polnischen Lagers bildeten (1911: 14 Abgeordnete), gehörte nur noch ein einziger Abgeordneter dieser Richtung zur jüngsten Generation. Während sich also die Liberaldemokraten zwar politisch in den Wahlen verhältnismäßig gut behaupten konnten, war ihre Basis, was die Rekrutierung junger Politiker und überhaupt die Attrak-

tivität für die neue Generation betraf, äußerst schmal geworden. Aufgrund dieses Befunds mussten die mittelfristigen Zukunftschancen der Liberaldemokraten als ungünstig eingestuft werden, eine Zukunft, die jedoch nach dem Zerfall der Monarchie dann ohnehin unter ganz anderen Bedingungen stattfand.

b) Berufs- und Sozialstruktur

Nachdem in Kapitel B3 die Berufsverteilung über das gesamte Abgeordnetenhaus nach Sektoren dargestellt wurde, sollen an dieser Stelle die polnischen Abgeordneten Galiziens etwas eingehender betrachtet werden. Nun geht es darum, in drei Richtungen zu differenzieren: Die Verteilung der Berufe innerhalb der Sektoren sollte einen besseren Einblick in die sozialen Abstufungen erlauben, die Unterscheidung zwischen 9./10. und 11./12. Wahlperiode den durch die große Wahlreform bedingten Wandel der Berufs- und Sozialstruktur der Abgeordneten sichtbar machen, und schließlich eine Ausweitung des Berufsbegriffs eine realitätsnähere Erfassung dieses Kriteriums ermöglichen. Vor allem bei Parlamentariern, welche längere Zeit ein Mandat innehatten, waren ja Wechsel in der als Hauptberuf deklarierten Tätigkeit keine Seltenheit. Soziologisch lässt sich außerdem argumentieren, dass auch solche Berufe, welche im Zuge der beruflichen Laufbahn aufgegeben wurden, nicht nur als individuell prägende Lebensabschnitte, sondern auch in der Form aufrechterhaltener gesellschaftlicher Kontakte weiter wirksam blieben.[33]) Insgesamt folgt aus diesen Überlegungen, dass die Zuordnung allein nach Maßgabe der in den Quellen angegebenen Hauptberufe zu einem bestimmten Zeitpunkt (etwa dem Mandatsantritt) ein ungenügendes Abbild der Beschäftigungsstruktur vermittelt. Stattdessen sollte man unter Heranziehung von Nebenberufen und ehemals ausgeübten Berufen von einer weiter gefassten Berufskategorie ausgehen. Wir wollen in diesem Zusammenhang von einem „beruflichen Umfeld“ sprechen.

Konzentriert man sich zunächst auf die Hauptberufe, so zeigt Tabelle IV.12, dass dort, wo von einer sozialen Hierarchie innerhalb der jeweiligen Berufssparte zu sprechen ist, fast durchwegs die hohen Ränge vorherrschten: Gutsbesitzer (der am stärksten vertretene Berufszweig überhaupt) gegenüber Bauern und einfachen Landwirten[34]); Industrielle und

---

[33]) So ist etwa davon auszugehen, dass ein Abgeordneter, der den Staatsdienst zugunsten der Bewirtschaftung seines Gutes aufgab, die Verbindungen zu den Kreisen der Administration bewahrte. Ein Advokat, der sich der Herausgabe einer Zeitung zuwandte, betrieb gewissermaßen die Advokatur auf einer anderen, allgemein-politischen Ebene weiter. Genügend andere Beispiele wären zu nennen.

[34]) Die berufliche Zuordnung wurde im Falle der Gutsbesitzer (poln.: *właściciel dóbr*) wie bei allen Berufsangaben direkt den Quellen entnommen. In der Mehrzahl, aber keineswegs in allen Fällen handelte es sich dabei um einen tabularen, d. h. in die galizische Landtafel eingetragenen, Gutsbesitz. Nur stichprobenweise wurde dies anhand der galizischen Ortsschematismen, welche das Gutsgebiet einzeln ausweisen, überprüft. Freilich waren die Größenunterschiede zwischen den Tabulargütern derart gross, dass auch eine klare Unterscheidung nach diesen beiden Rechtskategorien nur bedingt Aussagen über die tatsächlichen wirtschaftlichen Ressourcen der jeweiligen Abgeordneten zugelassen hätte, zumal die Verschuldung auch der Gutsbesitzer teilweise gewaltig war. Die Unterscheidung in tabularen und nicht-tabularen Gutsbesitz war freilich dort von Bedeutung, wo es um wahlrechtliche Selektionskriterien im Kurienwahlrecht (Bezirkswahlen an aufwärts) ging. Vgl. dazu auch Kapitel e) dieses Abschnitts.

Tabelle IV.12: Beruf und Abgeordnetenmandat (Polen) (Prozentwerte)

Beruf	9. u. 10. WP		11. u. 12. WP		TOTAL	
	Haupt-beruf	Berufl. Umfeld	Haupt-beruf	Berufl. Umfeld	Haupt-beruf	Berufl. Umfeld
1. Landwirtschaft	47,9	60,5	38,5	45,9	44,0	52,8
Landwirte (Bauern)	9,2	9,2	23,0	23,0	15,6	15,6
Gutsbesitzer	38,7	51,3	15,6	23,0	28,4	37,2
2. Gewerbe, Industrie, Handel	4,2	6,7	10,4	14,1	7,8	11,5
Arbeiter, Unselbständige	,0	,0	,0	,7	,0	,5
Selbst. Gewerbetreibende	,8	,8	1,5	2,2	1,4	1,8
Industrielle, Großunternehmer	2,5	3,4	7,4	8,1	5,0	6,0
Händler, Kaufleute, Geschäftsinhaber	,8	,8	1,5	1,5	1,4	1,4
Angestellte	,0	1,7	,0	1,5	,0	1,8
3. Lehrberufe	12,6	20,2	12,6	16,3	11,0	16,1
Hilfslehrer	,0	,8	,0	,7	,0	,5
Volksschullehrer	,8	1,7	,7	1,5	,9	1,4
Mittelschullehrer	3,4	5,0	3,0	3 ,7	2,8	4,1
Lehrer an höherer Lehranstalt	1,7	1,7	,7	1,5	,9	1,4
Universitätslehrer	6,7	10,9	8,1	8,9	6,4	8,7
4. Justiz u. Verwaltung	12,6	27,7	14,1	25,2	14,2	27,1
Niedere Verwaltungsbeamte	,0	5,9	,0	4,4	,0	5,5
Mittlere Verwaltungsbeamte	2,5	4,2	1,5	3,0	1,8	3,2
Hohe Verwaltungsbeamte	5,0	11,8	5,2	9,6	5,5	11,0
Niedere Justizbeamte	,0	,8	,0	,7	,0	,5
Hohe Justizbeamte	4,2	4,2	7,4	7,4	6,4	6,4
Minister a. D.	,8	,8	,0	,0	,5	,5
5. Freie Berufe	13,4	15,1	11,9	15,6	13,3	16,1
Ärzte	2,5	2,5	2,2	2,2	2,3	2,3
Advokaten	9,2	10,1	8,9	11,1	9,6	11,0
Advokaturkandidaten	1,7	2,5	0,0	,7	,9	1,8
Notariatskandidaten	,0	,0	,7	1,5	,5	,9
6. Geistliche	5,0	5,0	5,2	5,2	4,6	4,6
Niedere Geistliche	1,7	1,7	3,7	3,7	2,3	2,3
Mittlere Geistliche u. Katecheten	,8	,8	,0	,0	,5	,5
Hohe Geistliche	2,5	2,5	1,5	1,5	1,8	1,8
7. Redakteure u. Schriftsteller	4,2	18,5	4,4	23,7	3,2	19,3
Redakteure	4,2	17,6	4,4	23,7	3,2	18,8
Schriftsteller	,0	,8	,0	,0	,0	,5
8. Privatbeamte	,0	,0	2,2	2,2	1,4	1,4
Privatbeamte	,0	,0	2,2	2,2	1,4	1,4
9. Andere	,0	5,9	,7	2,2	,5	4,6
Bürger, Private, Realitätenbesitzer etc.	,0	,8	,7	1,5	,5	,9
Militärs	,0	5,9	,0	,7	,0	3,7
TOTAL N	119		135		218	

Fehlende Werte = 0

Anmerkung: Da im Falle der Kategorie „Berufliches Umfeld“ pro Analyseeinheit (= einzelner Abgeordneter) mehrere Angaben (= jeweiliger Beruf) zulässig waren, ergeben sich Prozentwerte über 100.

Großunternehmer vor mittleren und kleinen Gewerbetreibenden[35]); Universitätslehrer vor Mittel- und Volksschullehrern; hohe Beamte vor mittleren und niederen[36]) Bei der Geistlichkeit hielten sich höherer und mittlerer Klerus einerseits und niederer Klerus andererseits in etwa die Waage.[37]) Berücksichtigt man im Weiteren Ärzte und Advokaten, so lässt sich summarisch sagen, dass die obersten Ränge der Gesellschaft mit ungefähr zwei Dritteln der Abgeordneten die polnische Vertretung beherrschten. Das übrige Drittel setzte sich vorwiegend aus wirtschaftlich selbständigem, das heißt gehobenem agrarischem und kleinstädtischem Mittelstand zusammen sowie aus Staatsbediensteten (Beamten und Lehrern) der mittleren Ränge. Die niederen gesellschaftlichen Ränge waren praktisch nicht vertreten.

Inwieweit hat nun die Wahlreform von 1907 eine sozial- und berufsstrukturelle Wandlung mit sich gebracht? Auf der Ebene der Berufssparten sehen wir die größten Veränderung in der Landwirtschaft, deren Präsenz, um ca. 10 Prozentpunkte zurückgestuft, sich dem Durchschnitt des Abgeordnetenhauses annäherte (Tab. IV.7). Am stärksten profitierte von dieser Entwicklung der Sektor Gewerbe, Industrie und Handel, der entgegen der allgemeinen Tendenz des Abgeordnetenhauses signifikant an Bedeutung gewann. In allen anderen Sparten kann man eher von Konstanz sprechen, erreichten doch die Veränderungen in der einen oder anderen Richtung nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte. Die neuen, mit der Professionalisierung der Politik zusammenhängenden Berufe (Redakteure und Privatbeamte) erlebten dagegen nur – auch dies entgegen dem vorherrschenden Trend – einen bescheidenen Aufschwung.

Noch erstaunlicher erscheint die Tatsache, dass bezüglich der sozialen Zuordnung der Berufe wiederum mit Ausnahme der Landwirtschaft (hier allerdings sehr deutlich) kein Wandel zugunsten der unteren sozialen Ränge stattgefunden hat. Nicht die Kleingewerbetreibenden, schon gar nicht die Unselbständigen, waren nun stärker vertreten, sondern der Anteil der Industriellen und Unternehmer verdreifachte sich.[38]) Dasselbe gilt für die Uni-

---

[35]) Auch hier gilt, dass wirtschaftliche Daten etwa bezüglich Kapitalausstattung oder Anzahl Beschäftigter nicht zur Verfügung standen. Die Kategorisierung konnte sich daher nur auf die Produktionsart stützen, welche im großen bzw. kleinen Maßstab durchgeführt wurde. So wurden Bäcker und Maler dem gewerblichen Bereich, Ziegelei- und Brauereibesitzer den industriellen Unternehmern zugerechnet.

[36]) Zu den hohen Beamten wurden gerechnet: Alle mit einem höheren Amtstitel Versehenen (Hofräte, Regierungsräte etc.), auf Bezirksebene Bezirkshauptleute. Im Finanzbereich Finanzbezirksdirektoren bis Finanzräte. Im Justizbereich Oberlandes- und Landesgerichtsräte, Gerichtssekretäre sowie Bezirksgerichtsvorsteher. Zu den mittleren Beamten wurden gerechnet: untergeordnete Chargen, soweit im Staatsschematismus verzeichnet (Bezirkskommissäre, Rechnungsrevidenten, Adjunkte). Zu den niederen Beamten wurden solche gerechnet, die nicht im Schematismus verzeichnet waren (Hilfspersonal). Zum österreichischen Beamtentum und seinen Hierarchien siehe Karl Megner, Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k.-k. Beamtentums (= Studien zur Geschichte der österr.-ungar. Monarchie, 21), Wien ^{2}1986.

[37]) Hohe Geistlichkeit: Mitglieder des Domkapitels, des Konsistoriums und der Diözesan-Lehranstalten; mittlere Geistlichkeit: Dekane und geistliche Professoren; niedere Geistliche: Pfarrer ohne weitere Chargen (in Staatsschematismus nicht verzeichnet).

[38]) Zu den 1907 Neugewählten gehörte etwa auch der Besitzer einer der größten Maschinenfabriken Galiziens, Edmund Zieleniewski.

versitätsprofessoren und -dozenten sowie die hohen Beamten. Allein bei der Geistlichkeit erscheint eine geringfügige Verschiebung zugunsten der niederen sozialen Ränge feststellbar. Fazit: Die polnische Vertretung in Wien wurde im Parlament des allgemeinen Wahlrechts mit der gewichtigen Ausnahme der Stärkung der Bauernvertreter nicht volksnaher und damit auch nicht repräsentativer für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung.

Bezieht man nun das erweiterte „berufliche Umfeld" ein, so erweist sich die Reichweite der im Abgeordnetenhaus vertretenen Berufe als bedeutend größer. Es wird deutlich, dass über die Hälfte der Abgeordneten (insgesamt 115 Fälle) mit der Landwirtschaft beruflich verbunden war, über ein Drittel (vor 1907 über die Hälfte) mit dem Gutsbesitz. Aus der signifikanten Differenz, die sich gegenüber der Berücksichtigung nur des Hauptberufs ergibt, leitet sich die Frage ab, welche Berufssparten sich besonders häufig mit dem Agrarbereich kreuzten. Eine solche Kreuztabelle weist als häufigste Kombinationsvariable den Staatsdienst aus.[39]) Dahinter verbirgt sich eine relativ klar umrissene Gruppe, die zudem charakteristisch für die Elite dieses politisch-kulturellen Raums war. Es handelte sich fast ausschließlich um Gutsbesitzer aus dem niederen Adel (*Szlachta*), welche zunächst eine Karriere im öffentlichen Dienst begonnen hatten, um in der Folge durch Erbe, günstige Heirat oder durch Kauf ein Gut zu übernehmen. Die Karriere im Staatsdienst bildete gerade für den weniger begüterten oder sogar verarmten Kleinadel einen Ersatz für die nur noch schwache wirtschaftliche Basis auf dem Land. Verfolgt man die Biographien im einzelnen, so zeigt sich, dass nur bei einem kleineren Teil der Fälle der Staatsdienst zugunsten der Bewirtschaftung des Gutes dann aber tatsächlich aufgegeben wurde. Meist liefen Gutsbesitz (eventuell über Verpachtung) und Tätigkeit im Staatsdienst nebeneinander. An diesem Personenkreis lässt sich am besten die in Galizien im 19. Jahrhundert weitgehend bestimmende „landed elite" ausmachen mit ihrem traditionellen sozialen Rollenverständnis, welches aus einer Verbindung von Bodenbesitz und gesellschaftlicher Stellung einerseits und öffentlicher Tätigkeit im Gemeinwesen andererseits bestand.

59 polnische Abgeordnete Galiziens oder über ein Viertel des Gesamtbestands hatten einen Teil ihrer beruflichen Laufbahn im öffentlichen Dienst verbracht, wobei die Staatsverwaltung deutlich Vorrang hatte gegenüber der Justiz. Dabei waren die meisten bis in die hohen Ränge der Hierarchie gelangt. Die berufliche Verbindung eines gewichtigen Teils der polnischen Parlamentarier mit der höheren staatlichen Administration kann durchaus in Zusammenhang gebracht werden mit der ausgeprägten Loyalität der polnischen politischen Elite gegenüber dem österreichischen Staat.[40]) Der Zusammenhang ist jedoch kei-

---

[39]) Vgl. die Tabelle in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 269 (Tab. E17).

[40]) Die umgekehrte Sichtweise, also nicht die Bedeutung des Staatsdienstes für die politische Sozialisation der polnischen Elite, sondern die Bedeutung der polnischen hohen Staatsdiener für den österreichischen Staat wird in verschiedenen Aufsätzen behandelt: Walter Goldinger, Das polnische Element in der Wiener Hochbürokratie 1848–1918, in: Studia Austro-Polonica 1, Krakau 1978, S. 63–83; Stanisław Grodziski/Andrzej Partyka, Die Polen in der österreichischen Rechtspflege 1772–1914, in: Studia Austro-Polonica 1, Krakau 1978, S. 85–105; Stanisław Grodziski, Polnische Juristen an den höchsten Gerichten der Habsburger Monarchie (1848–1918), in: Studia Austro-Polonica 4, Krakau 1989, S. 93–108. Siehe auch: Ders., Zur politischen Karriere von Polen in

neswegs zwingend, wie sich am starken Anteil der staatskritischen Nationaldemokraten unter der Beamtenschaft zeigt (siehe unten). Einwandfrei lässt sich jedoch an den Biographien ablesen, dass eine öffentlichkeitswirksame berufliche Tätigkeit im Rahmen des Staatsdienstes in vielen Fällen direkt in die Politik hineinführte.

Inhaltlich war es tatsächlich ein kleiner Schritt von der Repräsentation des Staates zur Repräsentation einer Wählerschaft, welche weitgehend mit Wesen und Zielen dieses Staates einverstanden war. Da, wie gesehen, oftmals die Betroffenen eine hohe Stellung im Staatsdienst erklommen hatten, konnten sie ihren Einfluss als Abgeordnete auf die Administration in besonders effektiver Weise geltend machen.[41]) Beamtenstatus und parlamentarisches Mandat schlossen sich trotz Bestrebungen aus der Frühzeit des Konstitutionalismus, Beamten vom passiven Wahlrecht auszunehmen, gesetzlich nicht aus.[42]) In der Regel unterbrachen die Staatsdiener jedoch für die Zeit ihrer Abgeordnetentätigkeit ihre Berufsausübung, obwohl im Grundgesetz über die Reichsvertretung auch eine solche Beurlaubung ausdrücklich nicht zur Voraussetzung für die Übernahme eines parlamentarischen Mandats gemacht worden war.[43]) Sofern der Staatsdienst tatsächlich infolge einer Mandatsübernahme quittiert wurde, hing dieser Entschluss in der Regel mit dem Wunsch zusammen, sich intensiver der Politik und der Vertretung des eigenen Wahlkreises zu widmen.

Eine zweite gesondert zu behandelnde Gruppe bilden die Redakteure und Schriftsteller, welche diese Tätigkeit nur in 3 % der Fälle als Hauptberuf ausübten, in 19 % der Fälle (42 von 218) aber eine Nebentätigkeit oder eine berufliche Vergangenheit als Redakteur aufzuweisen hatten. An der letztgenannten Zahl lässt sich die Bedeutung der Presse für die Politik in Galizien nun auch auf dieser kollektivbiographischen Ebene ablesen. Dabei stellte das Jahr 1907 keine eigentliche Zäsur dar, wie die Tabelle belegt Dies entspricht der an anderer Stelle getroffenen Feststellung, dass die Presse bereits vor dem Zeitalter der Massenparteien als Forum einer intellektualisierten Politik im Rahmen eines schwach entwickelten politischen Organisationswesens von Bedeutung war. Die These von der Professionalisierung der Politik durch den Journalismus ist also nicht haltbar. Der Zusammenhang zwischen Mandatsausübung und redaktioneller Tätigkeit für den individuellen Werdegang der Abgeordneten kann nur im einzelnen untersucht werden. Ein Überblick zeigt jedoch, dass hier in vielen Fällen die redaktionelle Tätigkeit dem Abgeordnetenmandat voranging, ja der Einstieg in die Politik über die Zeitung erfolgte.[44])

Österreich, in: Polen und Österreich. Aus der Geschichte einer Nachbarschaft, hrg. von Walter Leitsch und Maria Wawrykowa, Wien–Warschau 1988, S. 181–201.

[41]) Ein prominentes Beispiel hierfür wäre Leon Piniński, eine der einflussreichsten Figuren der Polen in Wien, der kurz nach seiner Pensionierung im Range eines Sektionschefs im Innenministerium im Alter von 52 Jahren noch ein Mandat im Abgeordnetenhaus errang. Witold Korytowski, im Finanzministerium aufgestiegen bis zum Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion in Lemberg und ab 1906 Finanzminister, wurde anschließend als 57-jähriger ins Abgeordnetenhaus gewählt.

[42]) Megner, Beamte, S. 209 f.

[43]) RGBl. 1867, Nr. 141, § 8 (Bernatzik, Verfassungsgesetze, S. 359).

[44]) Von den 24 Fällen, in denen der Beginn der redaktionellen Tätigkeit feststellbar war, lag dieser Zeitpunkt in 21 Fällen vor der Mandatsübernahme im Abgeordnetenhaus. Als Beispiele von Abgeordneten, deren politischer Aufstieg unauflösbar mit der Führung einer Zeitung verbunden war,

c) Parteien und politische Lager

In den folgenden Betrachtungen wollen wir nun die Berufsstruktur der polnischen Abgeordneten nach den behandelten politischen Richtungen und Parteien differenzieren.

Tabelle IV.13: Beruf und politische Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volkspartei		Klerikale		Sozdem.	
Beruf	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU
1. Landwirtschaft	66,7	81,5	8,3	16,7	27,3	27,3	66,7	74,4	33,3	33,3	,0	,0
Landwirte (Bauern)	,0	,0	,0	,0	18,2	18,2	61,5	61,5	33,3	33,3	,0	,0
Gutsbesitzer	66,7	81,5	8,3	16,7	9,1	9,1	5,1	12,8	,0	,0	,0	,0
2. Gew., Ind., Handel	2,5	6,2	14,6	16,7	9,1	9,1	7,7	12,8	5,6	5,6	20,0	40,0
Arbeiter, Unselbst.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	10,0
Angestellte	,0	1,2	,0	2,1	,0	,0	,0	2,6	,0	,0	,0	10,0
Selbst. Gewerbetr.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	2,6	5,1	5,6	5,6	10,0	10,0
Industr., Unternehmer	2,5	4,9	12,5	12,5	4,5	4,5	5,1	5,1	,0	,0	,0	,0
Händler, Kaufleute	,0	,0	2,1	2,1	4,5	4,5	,0	,0	,0	,0	10,0	10,0
3. Lehrberufe	8,6	14,8	18,8	20,8	27,3	31,8	,0	5,1	11,1	16,7	,0	10,0
Hilfslehrer	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	10,0
Volksschullehrer	,0	,0	,0	,0	4,5	4,5	,0	2,6	5,6	5,6	,0	,0
Mittelschullehrer	,0	,0	8,3	10,4	9,1	9,1	,0	2,6	,0	5,6	,0	,0
Höhere Lehranst.	,0	,0	2,1	2,1	,0	4,5	,0	,0	5,6	5,6	,0	,0
Universitätslehrer	8,6	14,8	8,3	8,3	13,6	13,6	,0	,0	,0	,0	,0	,0
4. Justiz u. Verwaltung	11,1	35,8	22,9	35,4	18,2	22,7	15,4	17,9	,0	,0	10,0	10,0
Niedere Verw.	,0	8,6	,0	10,4	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
Mittlere Verw.	,0	3,7	6,3	6,3	4,5	4,5	,0	,0	,0	,0	,0	,0
Hohe Verw.	6,2	17,3	6,3	8,3	,0	4,5	7,7	10,3	,0	,0	10,0	10,0
Niedere Justiz	,0	1,2	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
Hohe Justiz	3,7	3,7	10,4	10,4	13,6	13,6	7,7	7,7	,0	,0	,0	,0
Minister a. D.	1,2	1,2	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
5. Freie Berufe	7,4	8,6	27,1	33,3	13,6	13,6	5,1	7,7	11,1	11,1	30,0	40,0
Ärzte	,0	,0	2,1	2,0	9,1	9,1	,0	,0	5,6	5,6	10,0	10,0
Advokaten	7,4	7,4	25,0	31,3	4,5	4,5	,0	,0	,0	,0	20,0	20,0
Advokaturkand.	,0	1,2	,0	,0	,0	,0	2,6	2,6	5,6	5,6	,0	10,0
Notariatskand.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	2,6	5,1	,0	,0	,0	,0
6. Geistliche	3,7	3,7	,0	,0	4,5	4,5	,0	,0	33,3	33,3	,0	,0
Nied. Geistl.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	27,8	27,8	,0	,0
Mittl. Geistl.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	5,6	5,6	,0	,0
Hohe Geistl.	3,7	3,7	,0	,0	4,5	4,5	,0	,0	,0	,0	,0	,0

wären etwa zu nennen: Ernest Breiter (*Monitor*), Ignacy Daszyński (*Naprzód*), Leon Chrzanowski (*Czas*), Tadeusz Romanowicz (*Nowa Reforma*), Stanisław Stojałowski (*Wieniec/Pszczółka*) und Stanisław Głąbiński (*Gazeta Narodowa*). Letzerer stellt in seinen Erinnerungen explizit fest, dass er sich jener Welt der Politik und den Zentren des gesellschaftlichen Lebens entscheidend angenähert habe, als er im Jahre 1890 vorübergehend die Redaktion der damals auflagenstärksten Lemberger Tageszeitung übernahm. Głąbiński, Wspomnienia, S. 18.

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volkspartei		Klerikale		Sozdem.	
Beruf	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU
7. Red, Schriftsteller	,0	8,6	4,2	22,9	,0	9,1	2,6	20,5	5,6	33,3	30,0	80,0
Redakteure	,0	7,4	4,2	22,9	,0	9,1	2,6	20,5	5,6	33,3	30,0	80,0
Schriftsteller	,0	1,2	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
8. Privatbeamte	,0	,0	4,2	4,2	,0	,0	,0	,0	,0	,0	10,0	10,0
Privatbeamte	,0	,0	4,2	4,2	,0	,0	,0	,0	,0	,0	10,0	10,0
9. Andere	,0	8,6	,0	2,1	,0	,0	2,6	2,6	,0	5,6	,0	,0
Bürger, Private …	,0	,0	,0	,0	,0	,0	2,6	2,6	,0	5,6	,0	,0
Militärs	,0	8,6	,0	2,1	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
TOTAL (N)	81		48		22		39		18		10	

Prozentzahlen; Fehlende Werte = 0
HB: Hauptberuf; BU: Berufliches Umfeld

Konservative und Demokraten, die Repräsentanten der beiden politisch-ideologischen „Stammlager“ des 19. Jahrhunderts, zeichneten sich bis zu einem gewissen Grade durch ein entgegengesetztes Berufsbild aus. Während sich zwei Drittel der Konservativen hauptberuflich als Gutsbesitzer bezeichneten und vier Fünftel sekundär dem Gutsbesitz zuzuordnen waren, traf dies nur für 8 % bzw. 16 % der Demokraten zu. Unterscheidet man weiter innerhalb der Konservativen zwischen „Stańczyken“ und „Podolaken“, also *grosso modo* zwischen west- und ostgalizischem konservativem Milieu, so wird deutlich, dass letztere Gruppe, so verschwommen auch zumindest bis 1911 ihre Grenzen waren, in der Tat ausschließlich mit dem Gutsbesitz verbunden war. Bei den „Krakauern“ trifft dies für weniger als zwei Drittel der Fälle zu. Hier spielten die Juristen und vor allem das Universitätsmilieu eine erhebliche Rolle.

Die Liberaldemokraten waren insgesamt stärker vertreten im gewerblich-industriellen Sektor sowie in den städtischen Intelligenzberufen. 80 % von ihnen (aber nur 30 % der Konservativen) lebten in einer der 17 Städte (1900), welche über 10000 Einwohner zählten. Jeweils über ein Drittel der Abgeordneten beider Gruppen war im beruflichen Umfeld des Staatsdiensts anzusiedeln. Während dieser jedoch für die Liberalen mehrheitlich im Zentrum der beruflichen Tätigkeit stand, gehörte er bei den Konservativen zum Nebenerwerb oder war während der beruflichen Laufbahn aufgegeben worden. Hier haben wir es mit der oben geschilderten, für die Konservativen typischen Kombination von Gutsbesitz und Staatsdienst zu tun. Bei den Demokraten spielte die Advokatur eine besonders wichtige Rolle. Aus ihr rekrutierte sich beinahe ein Drittel der jeweiligen Abgeordneten, und ein Viertel war mit ihr während der Ausübung des Mandats hauptberuflich beschäftigt. Der linke Flügel war hingegen stärker über den Journalismus politisch groß geworden, wie am Lebenslauf der „Drei großen R.“ (Romanowicz, Rutowski und Rotter) ablesbar ist.

Die Polarität zwischen den landgestützten Konservativen mit Affinität zum Staatsdienst und den auf die Intelligenzberufe und den gewerblich-industriellen Sektor gestützten Liberaldemokraten weist auf ein nahes Verhältnis zwischen dem jeweiligen politischen Selbstverständnis der beiden Gruppierungen im 19. Jahrhundert und dem Berufsbild ihrer Elite hin: Im überkommenen Gedankengut der Konservativen war die politische Eigenberechtigung und das Recht auf Repräsentation im Staate noch lange mit dem Besitz von Land verbunden. Erst seit dem späten 19. Jahrhundert wurde der Kreis derjenigen Grup-

pen in der Bevölkerung, welche sich gemäß dem konservativen Verständnis zur politischen Nation rechnen durften, auf breitere Schichten ausgedehnt. Diesem Konzept stand das vorrangige Ziel der Demokraten entgegen, den Anschluss an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den westlichen Ländern Europas herzustellen. Das hieß unter anderem Stärkung des politischen Gewichts der Städte und Förderung von Urbanisierung und Industrialisierung. Diesem Ziel entsprach die verhältnismäßig gewichtige Vertretung der Industriellen und Unternehmer in ihren Reihen. Nicht uninteressant ist die Tatsache, dass sich der Anteil des gewerblich-industriellen Sektors zwischen der oben definierten ersten zur zweiten Generation der Demokraten mehr als verdreifachte, während das Gewicht der Landwirtschaft auf die Hälfte zurückging.[45]) In dieser Verbürgerlichung fanden die – wenngleich langsamen – Fortschritte von Industrialisierung und Urbanisierung in Galizien ihren Ausdruck.

Die parlamentarischen Repräsentanten der Nationaldemokraten (SDN), welche das nationale Erbe der Liberaldemokraten im Sinne des modernen, integralen Nationalismus auf Massenbasis fortführten, wiesen ein heterogenes Berufsbild auf: Landwirtschaft und Lehrberufe, dann Staatsbedienstete, freie Berufe und gewerblich-kommerzieller Sektor. Schließlich finden wir auch einen Geistlichen in den Reihen dieser Gruppe. Diese breite Abstützung entsprach nicht dem Fremdbild, den die politischen Gegner von der Sozialstruktur der Partei entwarfen. Einer vielfach geäußerten Meinung nach stützte sich die politische Macht der „Allpolen“ vorwiegend auf das Beamtentum in Ostgalizien, auf eine Berufsgruppe also, die von dem sukzessiven Vormarsch der Ruthenen im öffentlichen Sektor und der drohenden Aushöhlung polnischer Vorrechte auf dem Sprachsektor besonders bedroht war. Das mochte für die politische Basis gelten, nicht aber für die Abgeordneten. Deren heterogenes Berufsprofil kam eher dem Bild entgegen, welches die Partei gerne von sich selbst entwarf, nämlich die einzige Kraft zu sein, welche für die nationale Integration aller Gesellschaftsgruppen stand. Dieser Anspruch konnte allerdings in Anbetracht der klaren Übervertretung der gehobenen Berufsstellungen wiederum nur in horizontaler, nicht in vertikaler Hinsicht erhoben werden. Besonders bedeutsam war das Lehrer- und Professorenmilieu, aus dem sich ein Drittel der Nationaldemokraten rekrutierte und dem auch der Führer der Fraktion angehörte.[46])

Die parlamentarische Vertretung der Polnischen Volkspartei (PSL) setzte sich zu zwei Dritteln aus hauptberuflichen Landwirten zusammen, während ein weiteres Viertel im beruflichen Umfeld der Landwirtschaft anzusiedeln war. Obwohl diese Partei, wie festgestellt, ihren Ursprung in der dem demokratischen Lager zuzuordnenden fortschrittlichen Intelligenz zu verdanken hatte, spielte die letztere zumindest in der Fraktion nur eine untergeordnete Rolle. Advokaten und Lehrer, zwei der wichtigsten Intelligenzberufe, fehlten beinahe vollkommen. Immerhin bestätigt sich der säkulare Charakter der Partei durch die

---

[45]) Die Zahlen, die hier nicht in einer eigenen Tabelle dargestellt werden, lauten (nur gemessen am Hauptberuf): Gewerbe, Industrie, Handel: Generation geb. bis 1850 = 5,9 %, Generation geb. 1851 bis 1869=19,4 %; Landwirtschaft: Generation geb. bis 1850 = 11,8 %, Generation geb. 1851 bis 1869= 6,5 %. Eine klar interpretierbare Entwicklung bei den Konservativen lässt sich hingegen nicht feststellen. Der Anteil der Landwirtschaft nahm hier zwischen erster und zweiter Generation noch leicht zu (62,1 % bzw. 68,8 %).

[46]) Stanisław Głąbiński, Universitätsprofessor in Lemberg, Fraktionsführer und von 1907 bis 1911 Obmann des Polenklubs.

völlige Absenz von Geistlichen, eine bemerkenswerte Tatsache für eine Partei, welche sich auf die noch stark traditionsbehaftete Landbevölkerung stützte. Schicksalsträchtig für die Volkspartei wurde jedoch der soziostrukturelle Wandel, der mit ihrem Aufstieg zu einer der mächtigsten polnischen Fraktionen (1907) und ihrem Ausgleich mit den konservativen Kräften (1908) einherging. Verfolgt man die berufliche Zusammensetzung der Fraktion über diese Jahre, so stellt man fest, dass der Anteil der Landwirte kontinuierlich von 100 % (10. LP) auf 79 % (11.) bis 54 % (12.) sank. Mit ihm reduzierte sich auch die Bedeutung der Redakteure, derjenigen, welche ursprünglich durch die Bauernzeitungen (nicht zuletzt Stojałowskis *Wieniec* und *Pszczółka*) Anschluss an die Bauernbewegung und die Volkspartei gefunden hatten. Gleichzeitig stieg der Anteil der Abgeordneten, die im beruflichen Umfeld von Gutsbesitz und Agrarunternehmertum anzusiedeln waren, von 0 % auf 11 % bis 21 %.[47]) Auch die in der Tabelle ausgewiesenen Staatsbeamten zogen erst nach 1907 in die Fraktion ein. Dieser tiefgreifende Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Führungsriege belastete die Partei umso mehr, als deren Einheit ohnehin durch den politischen Richtungswechsel von 1908 bedroht schien.

Einige Parteiexponenten unter dem Parteiführer Stapiński versuchten nun, der PSL wieder ein klarer konturiertes Erscheinungsbild als Bauernpartei zu geben, ein Ziel, das gerade im diametralen Gegensatz zur eben erwähnten nationalen Integrationsideologie der SDN stand. Der Kampagne unter dem Motto „Bauern, wählt Bauern !“ stand die pragmatische und den konservativen wirtschaftlichen und politischen Interessen verpflichtete Linie des rechten Flügels gegenüber. Wie relevant dieser berufliche Hintergrund der Abgeordneten und der damit verknüpfte parteiideologische Inhalt tatsächlich waren, wurde deutlich, als sich im Jahre 1913 die Partei weitgehend entlang dieser Linie spaltete: Sämtliche der erwähnten Exponenten des landwirtschaftlich-industriellen Unternehmertums wie auch die Repräsentanten des Staatsdienstes gingen nach der Parteispaltung zur rechten „ PSL-Piast“, in deren Reihen dann nur noch weniger als die Hälfte der Abgeordneten der Landwirtschaft zuzuordnen war. Demgegenüber bestand die Linke („PSL-Lewica“) fast ausschließlich aus Bauern. Die Ausnahme bildete ausgerechnet Stapiński, der zwar bäuerlichen Verhältnissen entstammte, selbst aber nie aktiv in der Landwirtschaft tätig gewesen war.[48])

Die in der Tabelle als „Klerikale“ bezeichnete Abgeordnetengruppe setzte sich aus verschiedenen politischen Gruppierungen zusammen, welche im Jahre 1905 als „Polnisches Zentrum“ (PCL) zu einer eigenständigen Organisation vereinigt worden waren (Abschnitt I). Trotz dieser Heterogenität spiegelt sich die insgesamt bäuerlich-klerikale Ausrichtung der Gesamtgruppe im Berufsbilds der Abgeordneten wider: Landwirte und Geist-

---

[47]) Vor allem zwei einflussreiche Abgeordnete der Partei standen für diese neue Gruppe: Klaudiusz Angermann, Ingenieur und Unternehmer in der Erdölindustrie sowie der Minister Władyslaw Długosz, ebenfalls Petroleumunternehmer und Gutsbesitzer.

[48]) 9 Mitglieder von PSL-Lewica (8 Landwirte, 1 Redakteur); 19 Mitglieder von PSL-Piast (9 Landwirte, 1 Gutsbesitzer, 3 Gewerbetreibende und Unternehmer, 5 Staatsangestellte, 1 Notariatskandidat). Eine andere Frage wäre diejenige nach der sozialen und wirtschaftlichen Zusammensetzung der Gruppe der Landwirte in der Polnischen Vokspartei. Man ist sich in der Literatur darüber einig, dass es sich hierbei um das Gross- und Mittelbauerntum handelte, während die Masse der Kleinbauern weder personell noch politisch in der Partei vertreten war. Vgl. Dunin-Wąsowicz, Dzieje, passim.

liche machten je ein Drittel ihrer Repräsentanten aus, das letzte Drittel fiel auf andere Berufe. Während unter den Anhängern Stojałowskis von Beginn an trotz (oder wegen) dessen gegen die kirchliche Hierarchie gerichteter Agitation die niedere Geistlichkeit eine wichtige Rolle spielte, bestanden die Parteiaktivisten des ZSCh vorwiegend aus der Bauernschaft, zu der auch die Parteigründer, die Brüder Potoczek, gehörten.[49]) Gerade in Abgrenzung zu der als antiklerikal gebrandmarkten PSL spielte jedoch die Frage nach dem Einfluss des Klerus auf dem Lande eine große Rolle. Die Politiker des klerikalen PCL beantworteten diese Frage nicht nur inhaltlich klar im positiven Sinne, sondern verkörperten dies auch durch ihren beruflichen Hintergrund.

Bei den polnischen Sozialdemokraten besaßen interne Auseinandersetzungen über die Konformität des sozialen und beruflichen Profils ihrer parlamentarischen Führer mit dem eigenen politischen Programm als Arbeiterpartei scheinbar keine Relevanz, oder es kam ihnen zumindest nicht jene Sprengkraft zu, wie dies für die PSL kennzeichnend war. Diskrepanz bestand durchaus, denn auch die zehn zwischen 1897 und 1918 im österreichischen Parlament vertretenen galizischen sozialdemokratischen Abgeordneten (inkl. ein unabhängiger Sozialist) gehörten schwergewichtig den Intelligenzberufen an. Auch das weitere, die berufliche Vergangenheit umfassende Umfeld zeigt, dass im persönlichen Werdegang nur in zwei Fällen die Existenz des Lohnabhängigen durchlaufen worden war (Arbeiter, Angestellte). Dies gilt auch für die späteren Redakteure und Privatbeamten, welche meistens den direkten Weg von der universitären Ausbildungsstätte in die Dienste der Partei genommen hatten.[50]) Insgesamt waren neun von zehn sozialdemokratischen Abgeordneten im Laufe ihrer Karriere haupt- oder nebenberuflich als Redakteure tätig, auch dies ein Hinweis auf den Intellektuellencharakter der Gruppe. Es steht zu vermuten, dass der Nachweis, auf journalistischem Gebiete rhetorische Brillanz geübt zu haben, gerade potentiellen sozialdemokratischen Reichsratskandidaten zugute kam, denn insbesondere das Wiener Parlament galt in Zeiten sozialdemokratischer Machtlosigkeit gegenüber dem polnisch-konservativen Apparat als geeignetes Forum, in möglichst plastischer Art und Weise die Missstände im Kronland anzuprangern.

d) Soziale Herkunft

Nicht nur die berufliche Erfahrung hat eine prägende Wirkung auf die Persönlichkeit und den politischen Werdegang, sondern auch das elterliche Milieu. Anhand der oben angestellten Überlegungen zur öffentlichen Tätigkeit der Vätergeneration wurde deutlich, dass sich

---

[49]) Vgl. die Mitgliederliste der Partei, publiziert im Jahrbuch für die Geschichte der Bauernbewegung: Spis członków Związku Stronnictwa Chłopskiego. Oprac. Jan Sałkowski [Die Mitgliederliste des Verbands der Bauernpartei. Bearbeitet von Jan Sałkowski], in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 26 (1986).

[50]) Als Sozialdemokraten mit Arbeiterhintergrund kann man nur zwei polnisch-galizische Abgeordnete bezeichnen: Jan Kozakiewicz, von Beruf Schuhmacher, Steinmetz und schließlich Zimmermaler, und Józef Hudec. Letzterer war zunächst als Schriftsetzer in einer Druckerei tätig, dann als Redakteur und wurde schließlich Direktor der Lemberger Krankenkasse. Diese Karriere, insbesondere auch die Herkunft aus dem zur geistigen Arbeiterelite gehörenden Druckermilieu, ist im gesamteuropäischen Maßstab nicht untypisch und lässt sich in Zusammenhang mit der wichtigen Rolle der Drucker und Schriftsetzer für die galizischen Arbeiterbewegung bringen.

die positive Integration der gesellschaftlichen Eliten in den Staat nach 1867 vornehmlich über deren Betätigung in der autonomen Verwaltung vollzog. Ein Zusammenhang zur politischen Richtung der Generation der Söhne konnte darin gesehen werden, dass sich alle diejenigen Abgeordneten, welche von Vätern abstammten, die auf der höchsten Staatsebene tätig waren, im konservativen Lager befanden. Allgemein wird nun der Beruf des Vaters als zuverlässigster statistisch erfassbarer Indikator für die soziale Herkunft angesehen. Darüber hinaus gibt die Größe des Geburtsorts einen Anhaltspunkt über das weitere Milieu – ländlich, kleinstädtisch, städtisch –, in welchem die fragliche Person die Kindheit verlebte.

Tabelle IV.14: Beruf des Vaters nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Soziald.		TOTAL	
Beruf Vater	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
1. Landwirtschaft	57	71,3	10	21,7	11	52,4	33	84,6	12	75,0	0	,0	123	58,0
Häusler	0	,0	0	,0	2	9,5	2	5,1	0	,0	0	,0	4	1,9
Landwirte	0	,0	0	,0	5	23,8	27	69,2	11	68,8	0	,0	43	20,3
Gutsbesitzer	53	66,3	5	10,9	2	9,5	3	7,7	0	,0	0	,0	63	29,7
Gutsverwalter	4	5,0	5	10,9	2	9,5	1	2,6	1	6,3	0	0	14	6,6
2. Gew. Ind. H.	5	6,3	13	28,3	4	19,0	3	7,7	2	12,5	6	60,0	33	15,6
Arbeiter, Unselbst.	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	1	6,25	3	30,0	5	2,4
Angestellte	1	1,3	1	2,2	1	4,8	1	2,6	0	,0	1	10,0	5	2,4
Selbst. Gew.	0	,0	3	6,5	1	4,8	1	2,6	1	6,25	0	,0	6	2,8
Ind., Untern.	3	3,8	3	6,5	1	4,8	0	,0	0	,0	1	10,0	8	3,8
Händler, Kaufleute	1	1,3	5	10,9	1	4,8	1	2,6	0	,0	1	10,0	9	4,2
3. Lehrberuf	3	3,8	2	4,3	1	4,8	0	,0	2	12,5	0	,0	8	3,8
Volksschullehrer	0	,0	2	4,3	1	4,8	0	,0	2	12,5	0	,0	5	2,4
Mittelschullehrer	1	1,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
Universitätslehrer	2	2,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	,9
4. Justiz u. Verw.	9	11,3	10	21,7	5	23,8	2	5,1	0	,0	4	40,0	30	14,2
Niedere Verw.	3	3,8	5	10,9	2	9,5	1	2,6	0	,0	0	,0	11	5,2
Mittlere Verw.	1	1,3	1	2,2	2	9,5	0	,0	0	,0	3	30,0	7	3,3
Hohe Verw.	1	1,3	2	4,3	1	4,8	0	,0	0	,0	1	10,0	5	2,4
Hohe Justiz	4	5,0	2	4,3	0	,0	1	2,6	0	,0	0	,0	7	3,3
5. Freie Ber.	5	6,3	4	8,7	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	9	4,2
Ärzte	4	5,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	4	1,9
Advokaten	1	1,3	3	6,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	4	1,9
Notare	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
6. Geistliche	0	,0	2	4,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	,9
Niedere Geistliche	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
Hohe Geistliche	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
7. Red., Schr.	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
Schriftsteller	0	,0	1	2,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
9. Andere	1	1,3	4	8,7	0	,0	1	2,6	0	,0	0	,0	6	2,8
Bürger, Private	1	1,3	4	8,7	0	,0	1	2,6	0	,0	0	,0	6	2,8
TOTAL	80	100	46	100	21	100	39	100	16	100	10	100	212	100

Fehlende Werte = 6
Anmerkung: Nur Hauptberufe

Ein Blick auf Tabelle IV.14 lässt zunächst erkennen, dass auch in der Vätergeneration die Berufsstruktur keineswegs repräsentativ für die Gesamtgesellschaft war. Der landwirtschaftliche Sektor war zwar im Vergleich zur Gruppe der Abgeordneten selbst stärker vertreten, erreichte aber bei weitem nicht die quantitative Bedeutung, welche er in der Gesamtgesellschaft gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts besaß. Übervertreten waren dagegen die Intelligenzberufe sowie der kommerziell-gewerbliche Sektor, Berufsbereiche also, welche vorwiegend in einer städtischen Umgebung ausgeübt wurden. Letzteres spiegelt sich auch in den Geburtsortgrößen wider. Während gemessen an der Gesamtgesellschaft noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg 60 % der Bevölkerung in Gemeinden unter 2000 Einwohnern lebten, fielen ein halbes Jahrhundert früher nur 40 % der Geburtsorte der nachmaligen Abgeordneten in diese Kategorie. Über 20 % der polnisch-galizischen Abgeordneten des Zeitraums zwischen 1897 und 1918 waren in Gemeinden von über 50.000 Einwohnern geboren. Davon gab es in Galizien um die Jahrhundertmitte nur drei: Lemberg, Krakau und Przemyśl.[51])

Bemerkenswert erscheint im weiteren die Tatsache, dass die Väter zu einem gleich hohen Prozentsatz im Staatsdienst beschäftigt waren wie die nachmaligen Abgeordneten. Ergänzen wir dieses Ergebnis mit der festgestellten Tätigkeit der Vätergeneration im Rahmen der autonomen Verwaltung, so verstärkt sich der Eindruck, dass nicht nur das Intelligenz-Milieu im allgemeinen prägend auf die späteren Politiker wirkte, sondern die Neigung zu einem Engagement in der öffentlichen Sphäre zu einem bedeutenden Ausmaß von den Vätern auf die Söhne tradiert wurde.[52]) Die Lehrberufe, die freien Berufe und hier insbesondere die Advokatur wiesen zwar niedrigere relative Werte auf als wir für die Abgeordneten festgestellt hatten, auch sie waren aber bereits in der Vätergeneration stärker vertreten als in der damaligen Gesamtgesellschaft. Die größere Bedeutung des gewerblich-kommerziellen Sektors weist darauf hin, dass sich einige Abgeordnete aus niederen Arbeiter- oder Angestelltenverhältnissen rekrutierten. Die Geistlichkeit schließlich finden wir ebenfalls in der Vätergeneration vertreten. Hier handelte es sich um zwei Priestersöhne polnischer Nationalität, welche der griechisch-katholischen bzw. mosaischen Konfession angehörten.[53])

Differenzieren wir nun wiederum die soziale Herkunft nach den diversen politischen Gruppierungen, so können wir von einer insgesamt deutlichen Vorprägung der Abgeordneten durch das elterliche Milieu sprechen. Zwei Drittel der Konservativen stammten von Gutsbesitzern ab, während dies nur für jeden Zehnten unter den Demokraten zutraf. Umgekehrt war über ein Viertel der Väter von Liberaldemokraten im gewerblich-industriellen Sektor tätig, während dies für nur 6 % der Konservativen zutraf. Noch deutlicher als durch ihre eigene berufliche Tätigkeit (s. o.) waren also die Repräsentanten der beiden politischen „Stammlager“ durch ihre Herkunft aus dem ländlichen und nicht-ländlichen Milieu voneinander geschieden, was ihr oben erwähntes politische Credo bezüglich der zukünfti-

---

[51]) Siehe die Zahlen im Detail bei Binder, Polen, Ruthenen und Juden, 2. Bd., S. 273.

[52]) Zählt man das Engagement in der autonomen Verwaltung und die Lehrberufe dem Staatsdienst hinzu, so erhält man das Resultat, dass nachweislich über 40 % der Abgeordneten-Väter bereits mit dem öffentlichen Bereich verbunden waren.

[53]) Teofil Merunowicz, Sohn eines griechisch-katholischen Pfarrers, und Natan Loewenstein von Opoka, Sohn eines Rabbiners.

gen gesellschaftlichen Struktur Galiziens – Agrarland oder Industrialisierung – zusätzlich plausibel erscheinen lässt.

Während ein vergleichbar hoher Prozentsatz von Liberal- und Nationaldemokraten aus Beamtenfamilien stammte (über 20 %!), zeichneten sich letztere durch eine wesentlich stärkere Milieuverankerung in der Landwirtschaft aus. Vergleichen wir die niedrigen Statuspositionen der Väter innerhalb der Berufsbereiche (einfache Landwirte, Angestellte, Volksschullehrer, niedere und mittlere Beamte) mit den von den Söhnen und Abgeordneten erreichten Berufspositionen, so können wir sagen, dass in dieser Partei am deutlichsten ein Element des sozialen Aufstiegs festzustellen ist. Es muss eine offene Frage bleiben, inwieweit über die parlamentarische Elite der nationaldemokratischen Partei hinaus ein Zusammenhang bestand zwischen der individuellen Aufstiegserfahrung und der politischen Stoßrichtung der Partei.

Sowohl die Abgeordneten des säkularen als auch des klerikalen Zweigs der Bauernbewegung waren herkunftsmäßig bäuerlicher geprägt als dies in Bezug auf die eigene Berufstätigkeit der Fall war. Überwiegend stammten die Abgeordneten dieses Lagers aus dem ländlichen Milieu, wie durch eine Erfassung der Geburtsorte belegbar ist.[54]) Auch hier lässt sich also sagen, dass die eigene soziale Herkunft prägend auf die spätere politische Ausrichtung war. Entsprechendes wäre im Falle der Sozialdemokraten zu bemerken, die sich, obwohl selbst nur zu einem kleinen Teil im gewerblich-kommerziellen Sektor tätig, zu über der Hälfte aus diesem rekrutierten – drei waren Arbeitersöhne – und zu zwei Dritteln in größeren städtischen Zentren (ab 5000 Einwohner) geboren wurden. Wer von den nachmaligen sozialdemokratischen Abgeordneten nicht aus einem gewerblich-kommerziellen Milieu stammte, kam aus einer meist mittelgestellten Beamtenfamilie.[55])

Lohnend erscheint schließlich auch eine Verknüpfung der beruflichen Zuordnung von Vätern und Söhnen, denn sie gibt Aufschluss über die intergenerationale Mobilität (siehe Tab. IV.15).

Die höchste Berufskontinuität von der Väter- zur Söhnegeneration weist mit über 90 % sicherlich nicht überraschenderweise der landwirtschaftliche Sektor auf. Die Selbstrekrutierungsquote der Gutsbesitzer lag dabei nur insignifikant tiefer als diejenige der Bauernschaft (91 % zu 97 %). Auch Abgeordnete, welche im gewerblich-kommerziellen Bereich tätig waren, stammten zu annähernd zwei Dritteln aus ebensolchen Milieus. Während sich die hohe Selbstrekrutierungsquote in diesen beiden Berufssektoren weitgehend aus der Besitzweitergabe durch Erbfolge herleiten lässt, greift dieses Erklärungsmuster nicht im Falle der Justiz- und Verwaltungsbeamten, von denen über ein Viertel selbst aus Beamtenfamilien stammte. Hier haben wir es mit der auch in anderen Ländern festgestellten soziokulturellen Eigenart eines Berufszweiges zu tun, der sich durch eine traditionell hohe Berufs-

---

[54]) Vgl. Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 273 (Tab. E22).

[55]) Ignacy Daszyński war Sohn eines Bezirksbeamten, während sein engster Mitstreiter Herman Lieberman Sohn eines Grubenarbeiters war, welcher sich allerdings bis zum Verwalter einer Erdölgesellschaft heraufarbeitete. In seinen Erinnerungen schildert Lieberman, welchen tiefen, letztlich politisch prägenden Eindruck die im Elternhaus untergebrachten Grubenarbeiter auf den damals Sechsjährigen machten. Siehe Lieberman, Pamiętniki, S. 20.

Tabelle IV.15: Sektor Hauptberuf nach Sektor Beruf des Vaters (Polen)

	Hauptberuf der Abgeordneten									TOTAL
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Beruf des Vaters										
1. Land-wirtschaft	88 92,6 %	2 14,3 %	11 45,8 %	12 40,0 %	4 13,8 %	4 44,4 %	1 14,3 %	1 33,3 %	0 ,0 %	123 58,0 %
2. Gew., Ind, Handel	1 1,1 %	9 64,3 %	4 16,7 %	3 10,0 %	12 41,4 %	2 22,2 %	1 14,3 %	1 33,3 %	0 ,0 %	33 15,6 %
3. Lehr-berufe	0 ,0 %	0 ,0 %	3 12,5 %	2 6,7 %	1 3,4 %	1 11,1 %	1 14,3 %	0 ,0 %	0 ,0 %	8 3,8 %
4. Justiz u. Verwaltung	3 3,2 %	2 14,3 %	4 16,7 %	8 26,7 %	9 31,0 %	1 11,1 %	3 42,9 %	0 ,0 %	0 ,0 %	30 14,2 %
5. Freie Berufe	2 2,1 %	1 7,1 %	1 4,2 %	2 6,7 %	1 3,4 %	1 11,1 %	1 14,3 %	0 ,0 %	0 ,0 %	9 4,2 %
6. Geistliche	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	1 3,3 %	1 3,4 %	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	2 ,9 %
7. Redakt. u. Schriftsteller	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	1 3,3 %	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	0 ,0 %	1 ,5 %
9. Andere	1 1,1 %	0 ,0 %	1 4,2 %	1 3,3 %	1 3,4 %	0 ,0 %	0 ,0 %	1 33,3 %	1 100 %	6 2,8 %
TOTAL	95 100 %	14 100 %	24 100 %	30 100 %	29 100 %	9 100 %	7 100 %	3 100 %	1 100 %	212 100 %

Fehlende Werte bei Beruf des Vaters = 6
Anmerkung: Die Zahlen der Spaltenbezeichnung beziehen sich auf die Berufskategorien

kontinuität auszeichnet.[56]) In Bezug auf die Fremdrekrutierung spielte die Landwirtschaft als der mit Abstand größte Berufszweig der Vätergeneration entsprechend die wichtigste Rolle, wobei deutlich nachweisbar ist, dass hohe Berufspositionen in fremden Berufszweigen weit öfters von Gutsbesitzersöhnen erreicht wurden als von Bauernsöhnen.[57]) Daraus ergibt sich die Feststellung, dass insgesamt die intergenerationale Mobilität in beruflicher Hinsicht (Wechsel der Berufssektoren zwischen Vätern und Söhnen) höher war als in sozialer Hinsicht. Einen geringen Anteil an Söhnen aus der Landwirtschaft hatten neben dem gewerblich-kommerziellen Sektor vor allem die freien Berufe aufzuweisen, die sich vorwiegend aus dem letztgenannten Sektor sowie aus dem Staatsdienst rekrutierten.

---

[56]) Über die übergreifend feststellbare hohe Berufskontinuität der österreichischen Beamtenschaft siehe Megner, Beamte, S. 79.

[57]) Von den acht Universitätslehrern, welche aus agrarischen Verhältnissen stammten, waren sieben Abkömmlinge von Gutsbesitzern und -pächtern und ein einziger – Józef Buzek – der Sohn eines Landwirts. Bei den hohen Verwaltungsbeamten waren entsprechend fünf von sieben Gutsbesitzersöhne, bei den Advokaten stammten alle drei von Gutsbesitzern ab.

e) Gesellschaftliche Dekorationen

Gesellschaftliche Dekorationen zeigen einen gehobenen gesellschaftlichen Status des Einzelnen bzw. des zu analysierenden Kollektivs an. Wir wollen hierbei durchaus unterschiedliche Kategorien zusammenfassen: Adelstitel, Orden sowie Hof-, Ehren- und Amtstitel. Dekorationen scheinen kennzeichnend für „prämoderne" Staaten, in denen die herausgehobene Positionen innerhalb der Gesellschaft nicht durch individuelle Leistung und monetäre Abgeltung, sondern durch familientradierte oder staatlich verliehene Auszeichnungen zugeschrieben werden. Gerade an dem ungebrochen hohen kulturellen Stellenwert von Dekorationen in der österreichisch-ungarischen Monarchie manifestieren sich die Grenzen der Modernisierung eines Staates, der sich seit den 1860er Jahren auch über die staatsbürgerliche Gleichheit und eine parlamentarische Kontrolle der Herrschaft definierte. Auch der Adelstitel wird hier als Dekoration interpretiert, obwohl er gewiss eine andere Qualität darstellt als eine verliehene Auszeichnung. Er verbindet individuelles Prestige mit einem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer historisch privilegierten Schicht (teilweise überhöht, etwa im Sarmatismus der polnischen Adelsnation) und wird stets neu gestiftet durch kollektive Erinnerung und Familientradition.[58]) Er gehört andererseits im modernisierten Staatswesen insofern zu den Dekorationen, als er eben nicht mehr unmittelbar mit politischen Rechten verbunden war. Dazu muss allerdings einschränkend bemerkt werden, dass es gerade in Galizien substantielle Relikte adliger politischer Herrschaft gab. Zu nennen wäre etwa die Maßgeblichkeit des Tabularbesitzes für das Wahlrecht zur Großgrundbesitzerkurie auf allen Ebenen legislativer Körperschaften oder die Ausscheidung des Gutsbesitzes aus dem Gemeindeverband. Diese mit dem Landbesitz gekoppelten Rechte waren allerdings nicht an einen Adelstitel gebunden, sondern an den Besitz und an spezifische ökonomische Werte (Minimalsteuerleistung im Falle des Wahlrechts), standen also auch anderen Schichten offen.

Tabelle IV.16 zeigt, dass über die Hälfte der galizisch-polnischen Abgeordneten und 9 von 10 Konservativen Träger einer solchen ererbten oder verliehenen Dekoration waren. Über 40 % der galizischen Abgeordneten polnischer Nationalität waren adliger Herkunft. Im Abgeordnetenhaus insgesamt lag dieser Anteil bei lediglich knapp einem Fünftel. Umgekehrt waren 4 von 10 adligen Abgeordneten des gesamten Hauses den Polen Galiziens zuzurechnen. In diesen Zahlen spiegelt sich sowohl die bekannte Tatsache, dass in Galizien der Adel besonders zahlreich vertreten war – wenn auch von einem „Massenadel" im eigentlichen Sinne nicht zu sprechen ist[59]) – wie auch der Umstand, dass dieser seine gesellschaftliche Vorrangstellung bis ins 20. Jahrhundert bewahren und politisch umsetzen konnte. Die Wahlreform bewirkte zwar eine Senkung der Adligenquote der galizischen Po-

---

[58]) Bis 1884 waren Ordensverleihung und Nobilitierung nicht vollständig unabhängig voneinander, da mit der Verleihung des Ordens der Eisernen Krone und des Leopoldsordens die Erhebung in den Ritterstand verbunden war. Vgl. Peter Frank-Döfering, Adelslexikon des österreichischen Kaisertums, Wien 1989, S. 610. Auf unser Kollektiv trifft diese Regelung jedoch durchwegs nicht mehr zu, da alle entsprechenden Orden nach 1884 verliehen wurden.

[59]) Am Ende des 18. Jahrhunderts lag der Anteil der *Szlachta* in Galizien bei ca. 3 % und ging dann zurück auf nicht mehr als 1 % der Bevölkerung. Vgl. Irena Rychlikowa, Studia nad ziemiaństwem Galicji [Studien über den Gutsbesitz Galiziens], in: Przegląd historyczny 77 (1986), S. 535–559, hier 539 f.

Tabelle IV.16: Adel, Orden und Titel nach politischer Richtung (Polen)

Dekoration	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Adel	67	82,7	13	27,1	4	18,1	4	10,3	–	–	1	10,0	89	40,8
Ritterstand	47	58,0	11	22,9	3	13,6	2	5,1	–	–	1	10,0	65	29,4
von	1	1,2	1	2,1	–	–	1	2,6	–	–	–	–	3	1,4
Edler	3	3,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3	1,4
Ritter	43	53,1	10	20,8	3	13,6	1	2,6	–	–	1	10,0	58	26,6
Herrenstand	20	24,7	2	4,2	1	4,5	2	5,1	–	–	–	–	25	11,5
Freiherr	3	3,7	1	2,1	–	–	–	–	–	–	–	–	4	1,8
Graf	14	17,3	1	2,1	1	4,5	2	5,1	–	–	–	–	18	8,3
Fürst	3	3,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3	1,4
Orden	22	29,7	18	37,6	3	13,6	2	5,1	–	–	–	–	45	20,6
Franz-Josephs-O.	12	14,8	13	27,1	2	9,1	1	2,6	–	–	–	–	28	12,8
Leopoldsorden	5	6,2	2	4,2	1	4,5	–	–	–	–	–	–	8	3,7
Eiserner Kronen-O.	15	18,5	8	16,7	1	4,5	1	2,6	–	–	–	–	25	11,5
Titel	35	43,2	20	41,7	5	22,7	4	10,3	–	–	–	–	64	29,4
Hof- u. Ehrentitel	27	33,3	5	10,4	2	9,1	1	2,6	–	–	–	–	35	16,1
Geheimrat	13	16,0	3	6,3	1	4,5	1	2,6	–	–	–	–	18	8,3
Kaiserl. Rat	–	–	2	4,2	1	4,5	–	–	–	–	–	–	3	1,4
Kämmerer	13	16,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13	6,0
Päpstl. Kämmerer	1	1,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	,5
Amtstitel	10	12,3	16	33,3	3	13,6	3	7,7	–	–	–	–	32	14,7
Ldgerichtsrat	1	1,2	3	6,3	2	9,1	1	2,6	–	–	–	–	7	3,2
Obldgerichtsrat	2	2,5	1	2,1	1	4,5	–	–	–	–	–	–	4	1,8
Hofrat	4	4,9	3	6,3	–	–	1	2,6	–	–	–	–	8	3,7
Regierungsrat	–	–	5	10,4	–	–	1	2,6	–	–	–	–	6	2,8
Ministerialrat	1	1,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	,5
Sektionsrat	–	–	1	2,1	–	–	–	–	–	–	–	–	1	,5
Statthaltereirat	1	1,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	1,2
Berufstitel														
Bergrat	–	–	1	2,1	–	–	–	–	–	–	–	–	1	,5
Kommerzialrat	2	2,5	2	4,2	–	–	–	–	–	–	–	–	4	1,8
Dekorierung	74	91,4	32	66,7	10	45,5	7	17,9	–	–	1	10,0	124	56,9
Keine Dekor.	7	8,6	16	33,3	12	54,5	32	82,1	18	100	9	90,0	94	43,1
TOTAL	81	100	48	100	22	100	39	100	18	100	10	100	218	100

Fehlende Werte = 0
Anmerkung: Dekorierungen nach Ausübung des Mandats im Abgeordnetenhaus unberücksichtigt. Innerhalb der Kategorie Amtstitel wurde nur die höchste erreichte Charge berücksichtigt.

len auf 28 %. Die Verbürgerlichung und Verbäuerlichung blieb freilich unter dem Durchschnitt des Gesamthauses: In der Zeitspanne nach 1907 lag der Anteil der Polen an den Adligen des Hauses noch höher als während des gesamten Zeitraums, nämlich bei annähernd 50 %.[60])

Der überwiegende Teil der Adligen unter den polnischen Abgeordneten Galiziens hatte diesen Rang den Nobilitierungen nach der Angliederung des Kronlands im Jahre 1772 zu

[60]) Vgl. auch Preradovich, Führungsschichten, S. 61.

verdanken.[61]) Aufgrund des Maria-Theresianischen Dekrets aus dem Jahre 1775 und den folgenden Erlässen unter Joseph II wurde der größte Teil des Adels der altpolnischen „Adelsrepublik“ von Österreich übernommen, freilich unter starker Beschneidung seiner bisherigen gesellschaftlichen und politischen Vorrechte und unter Einführung einer in der *Szlachta*-Gesellschaft bisher nicht bekannten Rangierung und Titulierung. Unterschieden wurde zwischen Herren- und Ritterstand. Der Herrenstand wurde abgesehen von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Familien, welche bereits unter der *Rzeczpospolita* den Fürsten- bzw. Grafentitel ihr eigen genannt hatten, Nachkommen von Senatoren und bestimmten titulierten Amtsträgern auf Landesebene (Grafentitel) bzw. auf Distriktsebene (Freiherrentitel) verliehen. Den Ritterstand erhielten jene Familien, welche diese Voraussetzungen nicht erfüllten, ihre adlige Herkunft jedoch nachweisen konnten oder mindestens 25 fl. Grundsteuer zu erbringen vermochten. Diese „Ritter aus Galizien“ bildeten unter den polnisch-galizischen Abgeordneten mit einem Adelstitel den weitaus größten Teil, wie die Tabelle deutlich macht. Während also in allen offiziellen österreichischen Dokumenten, auch in den Stenographischen Protokollen, der Rittertitel stets als Teil des Namens beigefügt war, kam er im Kronland selbst überhaupt nicht vor, weder in offiziellen Schriftstücken noch im öffentlichen Diskurs. „*Rycerz*“ (Ritter) wurde nie verwendet, „Baron“ äußerst selten. In gewisser Weise schien demnach die galizische Elite in Wien adliger als in Lemberg.[62])

Die Tatsache, dass die meisten Abgeordneten ihre Adelswürde nicht auf ihre wirtschaftliche oder soziale Stellung, sondern auf altpolnische standesrechtliche Privilegien zurückführten, lässt vermuten, dass die Unterschiede zwischen ihnen in Bezug auf eben jene Stellung groß war, da zwischen der Anerkennung des Adelstitels und der hier behandelten Zeit drei bis vier Generationen und eine Epoche tiefgreifenden Wandels in der ländlichen Gesellschaft lag. 2 von 10 Abgeordnete, die einen Adelstitel im Namen führten, hatten keine Verbindung mehr zur Landwirtschaft. Andere nannten nur einen kleinen Besitz ihr eigen. Von den 44 Fällen, für welche sich eine Besitzgröße eindeutig personell zuordnen ließ, gehörten 9 dem kleinen Tabularbesitz an (bis 500 ha.), 22 einer mittleren Größe (500–2000 ha.), 12 einem großen Besitz und ein Abgeordneter war ein Latifundienbesitzer (über 5000

---

[61]) Nur fünf Abgeordnete verdankten ihren Adelstitel einer persönlichen Standeserhebung, welche im übrigen durchwegs in die Zeit der Ausübung des Mandats im Abgeordnetenhaus fiel. In drei Fällen war dies eine Erstnobilitierung: Herman Czecz-Lindenwald zum Freiherrn 1898, Arnold Rapoport zum „Edler von“ 1890 und Natan Loewenstein „von“ 1910 (Prädikat „von Opoka“ 1912). In zwei Fällen handelte es sich um eine Anhebung des Adelsranges: Jan Goetz von Okocim, Freiherr 1908 und Stefan Moysa, Ritter 1898, Freiherr 1910 (in beiden Fällen Erstnobilitierung des Vaters).

[62]) Stanisław Grodziski, Historia ustroju społeczno-politycznego Galicji 1772–1848 [Geschichte des gesellschaftlich-politischen Systems Galiziens 1772–1848], Kraków 1971, S. 40–48; Frank-Döfering, Adelslexikon, S. 629–634. Die maßgeblichen Rechtstexte in Ernst Mayrhofer, Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, hrg. von Graf Anton Pace, 7 Bände, 2 Ergänzungsbände, Register, Wien [5]1895–1913, hier 5. Bd., S. 120–124. Vgl. auch den Überblick über den historischen Adel bei Andrzej Zajączkowski, Szlachta Polska. Kultura i struktura [Die polnische Szlachta. Kultur und Struktur], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Warszawa 1993.

ha.). Der ganz große adlige Gutsbesitz Galiziens saß im Herrenhaus, nicht in der Volkskammer.[63])

Politisch konzentrierte sich der Adel auf das konservative Lager. Nicht weniger als 83 % der konservativen Abgeordneten rekrutierten sich aus diesem Milieu, während dies nur für eine Minderheit der anderen politischen Richtungen zutraf. Die zentrale wahlrechtliche Verknüpfungsstelle zwischen Adel und Konservatismus bildete die Großgrundbesitzerkurie, denn alle dort Gewählten gehörten dem konservativen Lager an (siehe unten Tab. IV.23) und alle mit nur zwei Ausnahmen führten einen Adelstitel. Auch ist festzustellen, dass das konservative Übergewicht tendenziell mit dem Rang innerhalb der Adelshierarchie anwuchs.[64]) Solches fügte sich nun wiederum gut in jenen innerpolnischen Diskurs ein, der eine politische Trennlinie zwischen Magnaten und Kleinadel konstruierte. Teilweise spielte dieser Diskurs noch in den Jahren der Vorherrschaft der Stańczyken eine Rolle, als die oppositionellen Demokraten die Magnatenfamilien mit Kosmopolitismus und Targowica, dem „Verrat" von 1792, identifizierten und im Zusammenhang mit dem sich etablierenden Austroloyalismus erneut unter den Verdacht des mangelnden Patriotismus stellten. Im späteren, vor allem sozialdemokratisch und bäuerlich geprägten Diskurs rückte dann die ökonomische Macht, vor allem die immensen Ländereien dieser Familien in den Vordergrund. Mit dem wachsenden integrativen Potential des polnischen Patriotismus nach 1900 ließ sich der Adel immer schlechter als agitatorisches Moment instrumentalisieren, war er doch zu sehr mit der polnischen nationalen Identität vermischt, die es gerade zu stärken galt. Die Abkehr der PSL von einer Partei der sozialen Opposition hin zu einer der Besitzeliten führte schließlich sogar zwei Grafen in deren Reihen.[65]) Am konsequentesten behielten die Sozialdemokraten eine Anti-*Szlachta*–Rhetorik bei, wobei es deren Gegnern wiederum Freude bereitete, Daszyńskis angebliche kleinadlige Herkunft ins Feld zu führen.

Im Gegensatz zum Adelstitel waren die übrigen in Tabelle IV.16 bezeichneten Orden und Titel *ad personam* verliehen und standen damit in engerer Beziehung zum persönlichen Lebensweg des Einzelnen. Die Dekorierung war in zweifacher Weise Ausdruck eines Nahverhältnisses zum Staat: Für die von den höchsten Staats- und Hofstellen besorgte Verleihung von Titeln und Orden galt ein staatstreues und staatsdienendes Verhalten als Voraussetzung und schuf dann andererseits eine Loyalitätsbindung der Dekorierten selbst. Inwieweit diese Loyalitätsbindung tatsächlich wirksam war, mochte freilich individuell sehr verschieden sein.[66]) Dennoch passt es gut ins Bild des Polenklubs als staatsloyalster aller

---

[63]) Józef Buzek, Własność tabularna w Galicji według stanu z końca 1902 r. [Der Tabularbesitz in Galizien nach dem Stand am Ende des Jahres 1902] (=Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych, 20/3), Lwów 1905, insbes. S. 59–64; Ignaz Tittel, Schematismus und Statistik des Großgrundbesitzes im Königreiche Galizien mit Lodomerien und dem Herzogtume Krakau, dann im Herzogtume Bukowina, Prag 1913. Der einzige adlige Latifundienbesitzer war Paweł Tyszkowski (Bezirk Przemyśl).

[64]) Ganz oben standen drei Fürsten, Andrzej Lubomirski, Aleksander Poniński und Paweł Sapieha.

[65]) Zygmunt Graf Lasocki und Mikołaj Graf Rey von Werzowec, beide im Jahre 1911 erstmals gewählt.

[66]) Zu den Dekorationen mit Prestigewirkung zählten auch die militärischen Grade, auf deren Wiedergabe in Tabellenform hier verzichtet wurde. Annähernd 20 % der polnisch-galizischen Abge-

Fraktionen, dass die Polen unter den Dekorierten weit übervertreten waren: Jeweils annähernd ein Viertel der galizischen Polen war mit einem Orden oder Titel bekleidet, während der Durchschnitt des Hauses bei 21 % bzw. 16 % lag. Die verhältnismäßig große Zahl von Amtstitel-Trägern steht allerdings auch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem oben konstatierten bedeutenden Anteil der hohen Staatsbediensteten unter den Abgeordneten. Daher war der Amtstitel nicht eine Domäne nur der Konservativen. Entsprechendes gilt für die Träger der Kämmererwürde, welche allerdings dem Adel vorbehalten war.[67])

Ein interessanter Aspekt betrifft den zeitlichen Zusammenhang zwischen politischer Karriere und gesellschaftlicher Dekorierung. Es zeigt sich, dass die Ordensverleihungen bei 90 % der Betroffenen in die Zeitspanne ihrer Mandatsausübung fielen.[68]) Nicht von ungefähr kamen daher manche spöttischen Bemerkungen und Mutmaßung von Seiten der Opposition, dass es sich hier um ein politisches Tauschgeschäft handelte: Dekorationen gegen Loyalismus. Einem besonders markanten Beispiel von Verbindung zwischen politischer Leistung und Ordensverleihung sind wir weiter oben bereits begegnet: der Auszeichnung Apolinary Jaworskis mit dem Orden der Eisernen Krone, die vom damaligen Ministerpräsidenten Koerber ganz offen als Zeichen des Dankes an den Vorsitzenden des Polenklubs für dessen politische Leistung zugunsten des österreichischen Staats gerechtfertigt wurde. Die Akten der Ordenskanzlei zeigen nicht wenige andere Fälle, bei denen ebenfalls die Ordensverleihung direkt mit dem politischen Mandat zusammenhing. Honoriert wurden die besonderen Verdienste um die Arbeit in der Legislative oder die Tätigkeit in den autonomen Organen auf anderen Ebenen des Staatswesens, wobei stets die loyale und staatsdienende Gesinnung hervorgehoben wurde. Sieht man also die Verleihung eines Ordens als höchste Form staatlicher und damit auch gesellschaftlicher Anerkennung an, so erscheint hier die Ausübung eines parlamentarischen Mandats als Katalysator für die Erreichung eines solchen Ziels.[69])

---

ordneten unseres Untersuchungszeitraums bekleideten den Offiziersrang. Überwiegend handelte es sich dabei um Leutnants in der Reserve, welche aus der seit 1868 bestehenden, den Sekundärstufen-Absolventen vorbehaltenen Institution der Einjährigen Freiwilligen hervorgegangen waren. Die obgenannte Ziffer erklärt sich also vorwiegend aus dem hohen Bildungsniveau der hier betrachteten Gruppe. Von den Truppengattungen waren Infanterie und Kavallerie vorherrschend.

[67]) Nicht alle Kämmerer gehörten freilich dem Herrenstand an: 5 der 13 betreffenden Abgeordneten waren lediglich Ritter. Bei der Kämmererwürde war der Nachweis einer altadligen Herkunft wichtiger als der Adelsrang.

[68]) Siehe die Tabelle in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 274 (Tab. E24).

[69]) Hierzu nur drei Beispiele: Dawid Abrahamowicz wurde 1897 mit dem Leopoldsorden ausgezeichnet wegen dem „hervorragenden Anteil an den großen Erfolgen, welche der abgelaufene Sessionsabschnitt auf dem Gebiete der Legislation aufzuweisen hatte." (HHStA, Kabinettskanzlei 1897/687). Stefan Stefanowicz erhielt 1899 das Komturkreuz des Franz-Josef-Ordens aufgrund seines öffentlichen Wirkens und seines Mandats im Landtag und Reichsrat, das er stets „in regierungsfreundlichem Sinne ausübte" (HHStA, Kabinettskanzlei 1899/585). Jan Kleski bekam 1913 den Eisernen-Kronen-Orden dank seines Wirkens als Bürgermeister von Kolomea und seiner politischen Tätigkeit im Landtag und Reichsrat, wo er stets seine „loyale Gesinnung" demonstriert habe (HHStA, Kabinettskanzlei 1913/567).

f) Bildung und Bildungsweg

Die starke Vertretung der Intelligenzberufe insbesondere bei Berücksichtigung des beruflichen Umfelds (Tab. IV.12) findet ihre Entsprechung im hohen Bildungsniveau der polnischen Abgeordneten Galiziens:

Tabelle IV.17: Höchste erreichte Bildungsstufe nach politischer Richtung (Polen)

Bildungsstufe	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Primarstufe	1	1,3	0	,0	3	14,3	15	38,5	3	17,6	0	,0	22	10,3
Sekundärst. I	0	,0	1	2,1	0	,0	5	12,8	0	,0	1	10,0	7	3,3
Sekundärst. II	6	7,7	2	4,2	1	4,8	2	5,1	4	23,5	0	,0	15	7,0
Tertiärstufe I	10	12,8	5	10,4	3	14,3	4	10,3	3	17,6	2	20,0	27	12,7
Universität	61	78,2	40	83,3	14	66,7	13	33,3	7	41,2	7	70,0	142	66,7
Total Fälle	78	100	48	100	20	100	39	100	17	100	10	100	213	100

Fehlende Werte = 5
Primarstufe: Dorf-, Volks- und Bürgerschule; Sekundärstufe I: Untergymnasium, Unterrealschule, Realgymnasium; Sekundärstufe II: Obergymnasium, Oberrealschule; Tertiärstufe I: Akademien, nichtuniversitäre höhere Lehranstalten und Hochschulen

Nur einer von 10 Abgeordneten verfügte lediglich über Volksschul- oder Bürgerschulbildung, weitere 10 % hatten das Mittelschulniveau erreicht und die restlichen 80 % konnten den Besuch einer höheren Bildungsinstitution vorweisen (Tertiärbereich). Zwei Drittel der polnischen Abgeordneten waren ehemalige Hörer an einer Universität.[70]) So stellt sich die formal erfassbare Bildung dar, zu der noch eine ganze Palette außerinstitutioneller Bildungsmöglichkeiten hinzuzurechnen wäre. Für die kommunikative Wirklichkeit im Abgeordnetenhaus und für die Verhältnisse innerhalb der Fraktionen spielte das Bildungsniveau dort die größte Rolle, wo es um die Kenntnis der deutschen Sprache ging. Die Abgeordneten aus dem Bauerntum erschienen, wie schon in Abschnitt III bemerkt, äußerst selten auf der parlamentarischen Tribüne, auch wenn sie im Rahmen ihres Besuchs einer Volksschule oder gegebenenfalls eines Gymnasiums durchaus mit der deutschen Sprache in Kontakt gekommen waren. Für die rhetorischen Erfordernisse im Reichsrat genügte das kaum, und es war daher gerade für sie eine Erleichterung, als im Jahre 1917 die Muttersprache im parlamentarischen Forum offiziell anerkannt wurde.

Diejenigen politischen Kräfte, welche wir dem prämodernen Parteitypus zuzurechnen geneigt sind, also Konservative und altliberale Demokraten, hatten, ihrem hohen durchschnittlichen Berufsstatus entsprechend, das höchste Bildungsniveau aufzuweisen (jeweils über 90 % Tertiärstufe I und II). Immerhin ließ sich dies in einer solchen Deutlichkeit

---

[70]) Zur Differenzierung nach Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich siehe das Schema bei Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichische Bildungswesens, 4. Bd., Wien 1986, S. 511. Zum nichtuniversitären Tertiärbereich gehörten insbesondere die technische Hochschule (16 Abgeordnete inkl. spätere Universitätshörer); Hochschule f. Bodenkultur (3); Theologische Lehranstalt (6); höhere militärische Lehranstalten (4); Lehrerbildungsanstalt (4); Land-, Forst- u. Bergakademie (5); andere (3).

nicht unbedingt von den Konservativen erwarten, die ja beruflich überaus stark im Gutsbesitz verhaftet waren und daher – soweit sie nicht eine Vergangenheit etwa im höheren Staatsdienst aufzuweisen hatten – einer solchen höheren Qualifikation nicht bedurften. Die polemische Feststellung Wilhelm Feldmans (nach einer Äußerung von Tadeusz Romanowicz), die Podolaken seien das dümmere Abbild der Krakauer Konservativen, trifft somit trotz des in der Tat bestehenden unterschiedlichen Berufsbildes nicht zu, wenn wir das formale Kriterium des erreichten Bildungsstands heranziehen: Das Bildungsniveau der ostgalizischen Gutsbesitzer lag nicht wesentlich tiefer als dasjenige der westgalizischen Konservativen.[71])

Betrachten wir noch die übrigen Fraktionen, so erkennen wir zunächst, dass auch ein Drittel der Mitglieder der PSL ein Universitätsstudium hinter sich hatte. Dieses Drittel konzentrierte sich freilich auf die oben erwähnten, nach 1907 verstärkt vertretenen nichtlandwirtschaftlichen Berufe sowie die Gutsbesitzer in der Fraktion. Unter den Landwirten hatte dagegen nur ein einziger studiert, das Studium freilich nicht zuende geführt.[72]) Auch dieses Bildungsgefälle vertiefte wohl die oben erwähnte Spaltung der Partei entlang einer berufs- und soziostrukturellen Linie. Immerhin gilt es festzustellen, dass auch von den Landwirten mehr als die Hälfte die Real- oder Gymnasialstufe erreicht und damit zumindest partiell am politisierten Milieu der sekundären Bildungsinstitutionen teilgenommen hatte. Der beruflich nicht unmittelbar motivierte Besuch einer Mittelschule kann als Indiz dafür gewertet werden, dass ein wichtiger Teil unter den Landwirten dieser Fraktion aus einer bäuerlichen Oberschicht stammte, die sich eine solche höhere Schulausbildung leisten konnte (Bauern-Intelligenz). Die gehobene Schulbildung, die oftmals durch weitere Privatstudien ergänzt wurde, erleichterte es den Landwirten dann doch etwas, sich den Kommunikationserfordernissen der modernen politischen Organe anzupassen.

Die parlamentarischen Repräsentanten der SDN wie auch diejenigen der Sozialdemokraten waren, dies bestätigt sich hier, von der Intelligenz dominiert. Während jedoch die Nationaldemokraten in den meisten Fällen das an der Universität Gelernte im Berufsleben umsetzten, traf dies weit seltener auf die Sozialdemokraten zu, wie sich bereits aus einem Vergleich mit dem Berufsbild dieser Gruppe ersehen lässt. Konkret bedeutet dies, dass auch diejenigen unter den sozialdemokratischen Abgeordneten, welche dann die gewissermaßen „klassische“ professionelle Politikerkarriere einschlugen und zu Verbandsfunktionären und Redakteuren von Parteiorganen wurden, einen universitären Hintergrund aufzuweisen hatten. Nicht selten führte hier der Weg von einem freiwillig oder unfreiwillig abgebrochenen Studium direkt zur eben genannten Tätigkeit.[73])

---

[71]) Die Qualifizierung Feldmans in Stronnictwa, 1. Bd., S. 227. Über 85 % der Abgeordneten, welche von den Zeitgenossen als „Podolaken“ qualifiziert wurden, hatten den tertiären Bildungsbereich durchlaufen. Dabei spielten im Tertiärbereich die land- und forstwirtschaftlichen Akademien, die Hochschule für Bodenkultur und die technischen Hochschulen für die berufliche Qualifikation eine größere Rolle. Immerhin waren auch bei den „Podolaken“ ca. 3/4 der Abgeordneten ehemalige Universitätshörer.

[72]) Wincenty Myjak.

[73]) Zu den Studienabbrechern und nachmaligen Redakteuren gehörte unter anderen auch der Parteiführer Daszyński. Dieser war bereits zur Zeit seiner Zwangsrelegation von der Universität auf verschiedenen Ebenen agitatorisch tätig und übernahm kurz danach eine Redaktionstätigkeit in Ber-

Wegen der besonderen Bedeutung der Universitäten als Institutionen von Bildung und politischer Sozialisierung wollen wir uns den ehemaligen Studenten unter den Abgeordneten etwas genauer zuwenden. Zusammengefasst finden wir diesen Aspekt in der folgenden Tabelle:

Tabelle IV.18: Studienfach und akademischer Abschluss nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Studienfach														
Theologie	2	3,3	0	,0	2	14,3	1	7,7	4	57,1	0	,0	9	6,3
Jurist.-Staatsw.	55	90,2	32	80,0	7	57,1	11	84,6	2	28,6	5	71,4	113	79,6
Medizin	0	,0	1	2,5	2	14,3	0	,0	1	14,3	2	28,6	6	4,2
Phil. I	7	11,5	10	25,0	3	21,4	2	15,4	0	,0	1	14,3	23	16,2
Phil. II	3	4,9	3	7,5	1	7,1	1	7,7	0	,0	2	28,6	10	7,0
Agronomie	0	,0	1	2,5	0	,0	1	7,7	0	,0	0	,0	2	1,4
Pharmazie	0	,0	1	2,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,7
Unbekannt	1	1,6	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,7
Abschluss														
Dr. theol.	1	1,6	0	,0	1	7,1	0	,0	1	14,3	0	,0	3	2,1
Dr. iur.	31	50,8	23	57,5	4	28,6	5	38,5	1	14,3	3	42,9	68	47,9
Staatsprfg. (J)	8	13,1	3	7,5	4	28,6	3	23,1	0	,0	0	,0	18	12,7
Dr. med.	0	,0	1	2,5	2	14,3	0	,0	1	14,3	1	14,3	5	3,5
Dr. phil.	5	8,2	5	12,5	2	14,3	0	,0	0	,0	0	,0	12	8,5
Lehramtsprfg.	2	3,3	3	7,5	1	7,1	0	,0	0	,0	0	,0	6	4,2
Mag. Pharm.	0	,0	1	2,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,7
Andere	0	,0	0	,0	0	,0	1	7,7	0	,0	1	14,3	2	1,4
Abgebrochen	1	1,6	3	7,5	0	,0	2	15,4	0	,0	2	28,6	8	5,6
Unbekannt	14	23,0	1	2,5	0	,0	2	15,4	4	57,1	0	,0	21	14,0
Total Fälle	61	100	40	100	14	100	13	100	7	100	7	100	142	100

Unter den Studienfächern dominierten die Rechts- und Staatswissenschaften. Über 80 % der ehemaligen Studierenden unter den Abgeordneten hatten diese Fakultät im Laufe ihrer universitären Laufbahn besucht, 6 von 10 hatten einen entsprechenden Abschluss (Promotion oder Staatsprüfung) vorzuweisen und beinahe die Hälfte trug den Titel eines Dr. iur. Insgesamt ergibt sich – wiederum freilich nach den rein formalen Kriterien der durchlaufenen Institutionen – ein sehr hoher juristischer Qualifikationsgrad der polnischen Abgeordneten des Reichsrats. Die Berührung mit Problemen der Gesellschaft und der öffentlichen Ordnung war in diesen Fällen bereits früh durch das Studium angelegt worden, auch dort wo im weiteren ein anderer Berufsweg eingeschlagen wurde.

Ein Vergleich mit den weiter oben im Text aufgeführten Berufstabellen zeigt nun in der Tat, dass die Zahl der im Rahmen einer Universität juristisch Geschulten um ein Dreifaches über der Zahl derjenigen lag, die hauptberuflich im rechtlichen Bereich tätig waren

---

lin und ab 1893/94 das sozialdemokratische Parteiblatt *Naprzód*. Ernest Breiter wurde nach abgebrochener Lehrerausbildung „hauptberuflich“ politischer Agitator und Zeitungsherausgeber. Zygmunt Klemensiewicz war nach seinem vorzeitig beendeten Medizinstudium nur zeitweise als Assistent tätig, bevor er sich ganz der politischen Publizistik widmete.

und noch immer doppelt so hoch wie die Zahl derjenigen Abgeordneten, welche im Laufe ihrer beruflichen Karriere mit diesem Bereich in Berührung gekommen waren. Isoliert man die Fälle von ehemaligen Rechts- und Ökonomiestudenten, welche – soweit bekannt – später nicht im Rechtsbereich tätig waren, so stellt man fest, dass es sich in 26 von 31 Fällen wiederum um Gutsbesitzer handelte, die sich nach abgebrochenem oder vollendetem Rechtsstudium der Bewirtschaftung ihres geerbten Guts und meist parallel dazu einer öffentlichen Tätigkeit im lokalen Rahmen widmeten. Diese Fälle unterscheiden sich von den oben genannten zahlreichen Abgeordneten, welche als Gutsbesitzer eine Vergangenheit im Staatsdienst hatten, nur dadurch, dass die doppelte Schiene von angestrebter Staatstätigkeit und Gutsbesitz aufgrund des individuellen Schicksals bereits früher zugunsten des Zweitgenannten aufgegeben wurde.[74])

Während Studierende der philosophisch-naturwissenschaftlichen, der theologischen und der medizinischen Fakultät in den meisten Fällen in ihrem Ausbildungsfeld (nicht selten aber wiederum im Staatsdienst) tätig waren, war dies bei ehemaligen Studenten der Geisteswissenschaften – der insgesamt zweitgrößten Studienrichtung bestehend vornehmlich aus den Fachbereichen Philosophie und Geschichtswissenschaft – seltener der Fall. Ein Vergleich mit den Berufstabellen zeigt, dass die Anzahl der in diesem Bereich beruflich Beschäftigten, im wesentlichen Gymnasiallehrer und Universitätsprofessoren, ebenfalls weit geringer war als die Gesamtzahl der ehemaligen Studenten philosophisch-historischer Richtung. Zu einem wesentlichen Teil lässt sich dieser „Überschuss“ auf die Rolle des philosophisch-historischen Studiums als abgebrochenes Erststudium oder als Zweitstudium nach bereits erfolgtem universitären Abschluss zurückführen.[75]) Inwieweit gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen nationalen Geschichte im Rahmen des universitären Studiums auch ein geistiges Fundament für ein bestimmtes Handeln während der späteren politischen Karriere bildete, kann nicht ohne tiefere Kenntnis der individuellen Biographien beurteilt werden.[76])

Die Universitäten wirkten freilich nicht nur als Vermittler sachlicher und geistiger Inhalte auf die nachmaligen Abgeordneten, sondern mindestens ebenso sehr als Sozialisierungsinstanzen. Dies gilt vor allem seit den 1860er Jahren, als die Universitäten im Zuge der Liberalisierung zunehmend zum Hort einer politisch aktiven Studentenschaft wurden, sei dies nun im älteren, im Jahre 1863 kulminierenden polnisch-patriotischen Geiste oder sei dies dann später unter dem Szepter der neuen politischen und national-egoistischen Ideologien, welche organisatorisch von den Studentenverbindungen verschiedenster Richtung getragen wurden. Zu differenzieren ist dieser allgemeine Befund freilich nach der je-

---

[74]) Hier seien nur einige typische solche Fälle genannt: Stefan Ritter von Moysa, Mikołaj Graf Rey von Werszowec, Stanisław Ritter von Dąmbski, Władysław Wiktor Ritter von Czaykowski. Siehe Näheres im biographischen Teil (Band 2) bei Binder, Polen, Ruthenen, Juden.

[75]) Ein Studienabbrecher sei hier genannt: Ernest Breiter, Führer der unabhängigen Sozialisten, der seine gescheiterte Ausbildung zum Gymnasiallehrer in eine erfolgreiche politische Karriere verwandelte.

[76]) Dies gilt mit Sicherheit für Michał Bobrzyński, die große politische Figur der Konservativen, der parallel zu seinem Rechtsstudium Geschichtsvorlesungen besuchte und später neben seiner Tätigkeit als Professor der Rechte als bedeutender Historiker wirkte. Als Protagonist der Krakauer Schule war seine politische Vision eng mit seinem Geschichtsbild verbunden.

weiligen Universität und in zweiter Linie auch, innerhalb derselben, nach der besuchten Fakultät.

Differenziert man schließlich nach dem Kriterium der besuchten Universitäten, so lagen insgesamt Krakau, Lemberg und Wien mit Abstand an der Spitze, wie die folgende Übersicht zeigt:

Tabelle IV.19: Besuchte Universität nach politischer Richtung (Polen)

Universität	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Soz.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Czernowitz	0	,0	1	2,5	0	,0	1	7,7	0	,0	1	14,3	3	2,1
Graz	1	1,6	1	2,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	1,4
Innsbruck	2	3,3	0	,0	1	7,1	0	,0	1	14,3	0	,0	4	2,8
Krakau	27	44,3	19	47,5	7	50,0	8	61,5	4	57,1	6	85,7	71	50,0
Lemberg	29	47,5	22	55,0	5	35,7	5	38,5	2	28,6	3	42,9	66	46,5
Prag	3	4,9	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	3	2,1
Wien	24	39,3	12	30,0	5	35,7	2	15,4	1	14,3	3	42,9	47	33,1
Ausland	16	26,2	8	20,0	2	14,3	0	,0	1	14,3	4	57,1	31	21,8
Unbekannt	2	3,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	1,4
Total Fälle	61	100	40	100	14	100	13	100	7	100	7	100	142	100

Prag und Czernowitz (je 3 Fälle bei insgesamt 142 Studierten) spielten eine unerwartet marginale Rolle. Dagegen hatte ein Drittel der Studierten unter den Abgeordneten einen ausländischen Studienaufenthalt vorzuweisen, der sie vor allem nach Deutschland – Berlin vor Breslau – geführt hatte.[77]) Die galizischen Universitäten konnten im letzten Viertel des Jahrhunderts nicht nur konform mit der gesamteuropäischen Entwicklung einen großen Aufschwung in quantitativer Hinsicht verzeichnen. Seit ihrer Polonisierung im Zuge der sogenannten „galizischen Autonomie“ galten sie für die Polen als Zentren der polnischen Nationalkultur und Wissenschaft und strahlten weit über Galizien in die anderen Teilungsgebiete aus. Das Professorenmilieu der Krakauer Universität wurde zur Elitenschmiede der Krakauer Konservativen, während die Universität Lemberg seit dem späten 19. Jahrhundert zunehmend in den Strudel des polnisch–ruthenischen nationalen Konflikts geriet. Die Politisierung und Radikalisierung der Studentenschaft wurde in beiden Universitäten nicht unwesentlich verstärkt durch den Zuzug aus den anderen Teilungsgebieten, obwohl in dieser Hinsicht der größte Schub erst nach dem hier relevanten Zeitraum im Zusammenhang mit der russischen Revolution von 1905 erfolgte.[78])

---

[77]) Nach Studienrichtung waren die philosophisch-historischen Fächer überrepräsentiert, da bei diesen der Erwerb eines staatlich anerkannten Leistungsnachweises nicht so sehr im Vordergrund stand wie bei der juristischen Fakultät (Staatsprüfung, Advokaturpatent etc.), sondern es vielmehr auch um eine Erweiterung des geistigen Horizonts ging. Wie sich diese insgesamt quantitativ bedeutende Kontaktnahme der zukünftigen Abgeordneten mit dem geistigen und politischen Klima in den unter preußischer Hoheit stehenden Universitäten auf ihr Denken und Handeln ausgewirkt hat, lässt sich pauschal schwer ermessen.

[78]) Zu Krakau siehe Józef Buszko, Die kulturelle und sozial-politische Rolle der Krakauer Universität zur Zeit der Autonomie Galiziens 1869–1918, in: Österreichische Osthefte 6 (1964), S. 260–272; Henryk Dobrowolski et al., Postępowe tradycje młodzieży akademickiej w Krakowie [Fortschritt-

Die Bedeutung der Universitäten für die kollektive Biographie der polnischen Abgeordneten war jedoch keineswegs auf diese gewissermaßen passive Sozialisierungsfunktion beschränkt. Vielmehr lässt sich an den individuellen Lebensläufen vielfach nachweisen, dass die Universitäten den Rahmen für das erste öffentliche Auftreten der zukünftigen Parlamentarier abgaben. Führungsautorität, das Bestehen im politischen Schlagabtausch und die Bewältigung organisatorischer Probleme in einer studentischen Vereinigung konnten hier – nicht selten aber auch schon im Gymnasium – erprobt werden. In nicht wenigen Fällen kann somit gesagt werden, dass die politische Karriere bereits an der Universität begann, dies umso mehr, als in den noch immer verhältnismäßig kleinen Universitäten Verbindungen geknüpft wurden, die ihre Fortsetzung in außeruniversitären politischen Zirkeln, Redaktionen und schließlich Parteien und Parlamenten fanden. Weichen im individuellen Lebenslauf der zukünftigen Parlamentarier wurden auch dort gestellt, wo die politische Agitation zum ersten Mal den Konflikt mit der Staatsmacht bescherte und in manchen Fällen gerade über das Scheitern der beruflichen Karriere der Weg in die Politik vorgespurt wurde.[79])

g) Vereins- und Verbandswesen

Kennzeichnend für die modernen westlichen Industriegesellschaften ist die Verflechtung von Parteien und Verbänden, von Politik und Wirtschaft und die Doppelfunktion der Politiker einerseits als Mandatsträger in Repräsentativkörperschaften und andererseits als Inhaber von Funktionen in Vereinen, Verbänden und wirtschaftlichen Interessenvertretungen.[80]) Sowohl die Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des so genannten organisierten Kapitalismus als auch die Veränderung des engeren politischen Bereichs in die Richtung eines Parteienstaats trugen zu dieser Entwicklung bei. Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg bildeten dabei die kritische Zeit für die Herausbildung der neuen Strukturen. Inwieweit sich auch das schwergewichtig agrarische und gemeinhin als gesellschaftlich rückständig qualifizierte österreichische Kronland Galizien an dieser gesamteuropäischen Dynamik beteiligte, kann hier pauschal nicht beantwortet werden. Ein Blick auf die Präsenz der galizischen Politiker im Vereins- und Verbandswesens lässt jedoch

---

liche Traditionen der akademischen Jugend in Krakau], Kraków 1962; zu Lemberg: Hugo Lane, State Culture and National Identity in a Multi-ethnic Context: Lemberg 1772–1914, phil. Diss. Univ. of Michigan 1999; Binder, Nationaler Konflikt.

[79]) Zahlreich sind die Namen derjenigen, die bereits als Studenten in exponierter Stellung tätig waren. Leon Graf Piniński (Konservativer), Aleksander Lisiewicz (Demokrat), Władysław L. Jaworski (Konservativer), Zygmunt Marek (Sozialdemokrat) und Ernest Breiter (unabhängiger Sozialist) waren jeweils zu unterschiedlichen Zeiten Vorsitzende des akademischen Lesezirkels in Lemberg bzw. in Krakau. Vom Gymnasium oder der Universität aus politischen Gründen ausgeschlossen, relegiert oder inhaftiert wurden unter anderem Tadeusz Romanowicz (Demokrat, 1863), Ignacy Daszyński, Herman Lieberman und Zygmunt Klemensiewicz (alle Sozialdemokraten), Stanisław Stojałowski und Ludwik Dobija (beide Christlichsoziale). Im Falle der sozialdemokratischen Abgeordneten gilt durchwegs, dass sie bereits in ihrer Studentenzeit zu progressiven oder sozialistischen akademischen Organisationen gehört hatten.

[80]) Dazu auch kurz für die Zeit nach 1918 Matis/Stiefel, Abgeordnete, S. 77–79.

den Eindruck entstehen, dass auch hier diese Verflechtung eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat[81]):

Tabelle IV.20: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach politischer Richtung (Polen)

Ausrichtung	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerik.		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Landwirtschaft	30	37,0	5	10,4	7	31,8	23	59,0	6	33,3	0	,0	71	32,6
Industrie	26	32,1	19	39,6	6	27,3	5	12,8	2	11,1	0	,0	58	26,6
Finanzwesen	28	34,6	12	25,0	8	36,4	18	46,2	3	16,7	2	20,0	71	32,6
Beruf	8	9,9	19	39,6	2	9,1	1	2,6	0	,0	5	50,0	35	16,1
Bildung	2	2,5	8	16,7	6	27,3	2	5,1	4	22,2	5	50,0	27	12,4
Kultur	19	23,5	9	18,8	4	18,2	4	10,3	0	,0	4	40,0	40	18,3
Politik	5	6,2	5	10,4	8	36,4	6	15,4	1	5,6	3	30,0	28	12,8
Total Fälle	81	100	48	100	22	100	39	100	18	100	10	100	218	100

Tabelle IV.20 gliedert die Beteiligung am Vereins- und Verbandswesens nach den verschiedenen inhaltlichen Bereichen auf.[82]) Stark vertreten sind die agrarischen Verbände sowie der Bereich Banken, Kreditinstitutionen und Versicherungen. Diese beiden Sektoren waren eng miteinander verbunden, da sich gerade die agrarischen Verbände auch intensiv mit der Verschuldungsfrage auf dem Land zu beschäftigen hatten. Eine im Vergleich zum Industrialisierungs- und Kommerzialisierungsgrad hohe Repräsentanz erreichte der Sektor Industrie, Handel und Gewerbe. Dabei ist daran zu erinnern, dass die Handels- und Gewerbekammern bis 1907 eine eigene Kurie bildeten und daher einen gesicherten Platz im Abgeordnetenhaus einnahmen.

Berufsbild und politisches Programm der Parteien lassen sich in der inhaltlichen Ausrichtung der Verbandstätigkeit der Abgeordneten erkennen. So findet sich etwa eine überdurchschnittlich hohe Vertretung der Demokraten im industriell-kommerziellen oder eine solche der Bauernparteien und der stark in der Gutswirtschaft verankerten Konservativen im landwirtschaftlichen Sektor. Gerade bezüglich der beiden letztgenannten politischen Richtungen trügt jedoch das damit entworfene Bild einer harmonischen Vertretung der agrarischen Interessen. Es muss vielmehr deutlich unterschieden werden nach Art und politischer Stossrichtung der jeweiligen landwirtschaftlichen Organisationen.

Die Domäne der Konservativen waren die beiden großen, aus der Tradition der aufgeklärt-absolutistischen Wirtschaftsförderung erwachsenen galizischen Landwirtschaftsgesellschaften: die „k. k. Galizische Landwirtschaftsgesellschaft“ in Lemberg (*Galicyjskie To-*

---

[81]) Landwirtschaft: Landwirtschaftliche Verbände ohne agrarische Kredit- und Finanzinstitutionen; Industrie: Industrie, Handel und Gewerbe; Finanzwesen: Banken, Kreditinstitutionen, Versicherungen; Beruf: Berufsverbände, berufsspezifische Interessenorganisationen; Kultur: Kultur, Wissenschaft und karitative Organisationen; Bildung: Schulvereine, Volksschulvereine, Lesehallen; Politik: Politische Vereine im engeren Sinne (ohne Parteien).

[82]) Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass aufgrund der Quellenlage Funktionen in Vereinen und Verbänden nur lückenhaft zu erfassen sind. Die tatsächlichen Zahlen liegen zweifellos weit höher als hier angegeben. Die Tabelle bringt im weiteren nicht zum Ausdruck, dass manche Abgeordnete in zahlreichen Organisationen desselben Bereichs tätig waren.

warzystwo Gospodarskie) und die „k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft" in Krakau (*Krakowskie Towarzystwo Gospodarskie*), beide verhältnismäßig spät, nämlich erst 1845 errichtet.[83]) Noch in dem hier besprochenen Zeitraum findet sich die traditionelle adlige Vorherrschaft in diesen Gesellschaften: Von den 31 Abgeordneten, welche nachweislich in diesen Gesellschaften tätig waren, gehörten 23 dem konservativen Lager an. Erst spät gelangten einzelne Politiker der Bauernpartei in die Organisation. Da sowohl die Lemberger als auch die Krakauer Gesellschaft auf einem weitverzweigten, nach politischen Bezirken geordneten Filialnetz aufbauten, gab es breiten Raum für die Ausübung von Funktionen auf lokaler Ebene. Neben zahlreichen Filialleitern finden wir aber in den Reihen der Abgeordneten auch solche, welche die höchsten Stellen in der Zentrale bekleideten und auf diesem Weg beträchtlichen Einfluss ausübten, der weit in den politischen Bereich hineinwirkte.[84])

Als dritte großräumige landwirtschaftliche Organisation ist die „Gesellschaft der Landwirtschaftskreise" (TKR) in Lemberg zu nennen. Ursprünglich als unabhängige genossenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Interessen der Bauern unter dem Namen „Volksverband für Bildung und Arbeit" (*Towarzystwo Ludowe Oświaty i Pracy*) aufgebaut, begab sich die Organisation im Jahre 1882 unter die Fittiche der Lemberger Landwirtschaftsgesellschaft, unter deren Patronage sie sich zu einem den Interessen des Landadels angepassten, bürokratischen Apparat wandelte.[85]) Seit dem Entstehen einer politischen Bauernbewegung in den 1890er-Jahren geriet sie in den Sog der Parteipolitik, und seit 1905 wurde sie zum Hauptschauplatz des Ringens zwischen PSL und SDN um den Einfluss auf dem Land.[86]) Abgesehen von diesem parteipolitischen Aspekt bot das von der Dachorganisation und höchsten Stellen protegierte und geförderte Gründungsfieber lokaler, aber in den Verband integrierter landwirtschaftlicher Genossenschaften zahlreichen initiativen Persönlichkeiten aus der Bauernschaft, dem Landadel und auch der Intelligenz die Möglichkeit, sich öffentlich zu profilieren. So erstaunt es nicht, dass sich auch unter den Abgeordneten zahlreiche Personen finden, die Gründer und Leiter in dieser weitverzweigten Organisation waren, bevor sie zu einem politischen Mandat gelangten. Einer von ihnen, Pater Stanisław Stojałowski, gehörte zu den Wegbereitern des Genossenschaftswesens in Galizien überhaupt und verdankte dieser Tätigkeit seine Bekanntheit schon lange bevor er in die Arena der Politik – und der politischen Skandale – einstieg.[87])

---

[83]) Siehe dazu Antoni Gurnicz, Kółka rolnicze w Galicji. Studium społeczno-ekonomiczne [Landwirtschaftskreise in Galizien. Eine gesellschaftlich-ökonomische Studie], Warszawa 1967, hier S. 43–46.

[84]) Zu den Präsidenten der k. k. galizischen Landwirtschaftsgesellschaft in Lemberg gehörten die Abgeordneten Dawid Abrahamowicz, Włodzimierz Kozłowski, zu den Vizepräsidenten Kazimierz Szeptycki. Abrahamowicz war zeitweilig auch Vizepräsident der Krakauer Gesellschaft genauso wie Mikołaj Rey v. Werzowec und Antoni Wodzicki.

[85]) Gurnicz, Kółka, S. 46–59.

[86]) Ebd., S. 134–57.

[87]) Begründer und Vorsteher von landwirtschaftlichen Genossenschaften waren die Abgeordneten Stanisław Starowieyjski (Krosno), Jan Zamorski (Tarnopol), Antoni Bomba (Budziwoj), Józef Jachowicz (Strażów), Michał Jedynak (Paszczyzna), Franciszek Krempa (Padew/Mielec), Jakub Madej (Ujazd), Mikołaj Rey von Werzowec (Pilzno), Józef Rusin (Bienkówka) und Jan Potoczek (Neusandez). Leitende Funktionen im Zentralorgan übten neben Stojałowski unter anderem aus: Stanisław Głąbiński (Vizepräsident), Adam Kopyciński, Jan Potocki, Stanisław Potoczek und Franciszek Wójcik (alle im Hauptausschuss).

Von den Finanz- und Kreditgesellschaften war der Lemberger Boden-Kredit-Verein, der wie die Landwirtschaftsgesellschaften nach Filialen organisiert war, von Bedeutung. Er war wiederum fest in konservativen Händen. Von den 24 Abgeordneten, welche – oftmals in leitender Position – in dieser Gesellschaft tätig waren, gehörten 23 dem konservativen Lager an.[88]) Eine andere, ebenfalls konservativ beherrschte Organisation bildete die wechselseitige Versicherungsgesellschaft in Krakau[89]), während die galizische Landesbank in Lemberg[90]), die galizische Aktien-Hypothekenbank ebenfalls in Lemberg[91]) und die galizische Bank für Handel und Industrie in Krakau[92]) konservativ-liberal geprägt waren. Alle diese Institutionen hatten einen halböffentlichen Charakter. Leitende Funktionen in ihnen waren schon deshalb nicht zufällig oftmals von Politikern besetzt, weil die politischen Organe, insbesondere der Landesausschuss, mitzuständig bei der Vergabe der Posten waren.

Neben diesem mächtigen, mit dem Staat verwobenen wirtschaftlichen Organisationswesen bestand auf dem Land ein weit schwerer zu erfassendes Netz von Raiffeisenkassen, Sparkassen und kleinen Bauernvereinen, welche mit der Bauernbewegung und der modernen nationalen Bewegung einhergingen und sich parallel mit der politischen Oppositionsbewegung gegen die herrschende Machtelite entwickelten. Entsprechendes gilt für die städtischen, vorwiegend sozialdemokratisch getragenen Arbeitervereine, Bildungsvereine, Krankenkassen, Volkshochschulgesellschaften, Konsumgenossenschaften und beruflichen Vereinigungen, welche eine bedeutende Rolle bei der vorparlamentarischen Karriere mancher Politiker spielten.[93]) Von den nationalen Vereinen ist insbesondere die Sokol-Bewegung zu nennen, die, von Böhmen ausgehend, im späten 19. Jahrhundert auch in Galizien Fuß fasste und vor allem bei der SDN, aber auch unter Parlamentariern der PSL aktive Mitstreiter fand.[94])

---

[88]) Filialleiter waren unter anderem Fryderyk Breza (Neusandez), Włodzimierz Gniewosz (Buczacz), Jan Goetz (Brzesko) und Eustachy Zagórski (Skałat).

[89]) Direktor war hier zeitweilig der Abgeordnete Michał Garapich, zu den Vizedirektoren gehörten Włodzimierz Gniewosz und Antoni Górski und zu den Ausschussmitgliedern Antoni Wodzicki und Kazimierz Wysocki.

[90]) Zu den Aufsichtsräten zählten hier die Abgeordneten Dawid Abrahamowicz, Henryk Kolischer (Demokrat), Stefan Moysa, Aleksander Skarbek und Andrzej Średniawski (PSL).

[91]) Präsident war zeitweilig Adam Gołuchowski, zum Aufsichtsrat zählten Jerzy Baworowski, Antoni Chamiec und Natan Loewenstein (Demokrat).

[92]) Präsident des Verwaltungsrat Jan Goetz von Okocim, Verwaltungsratsmitglied Wilhelm Binder.

[93]) Leitende Positionen in der Volkshochschul-Gesellschaft *Adam Mickiewicz* bekleideten unter anderem die sozialdemokratischen Abgeordneten Emil Bobrowski, Herman Diamand, Zygmunt Marek und Jędrzej Moraczewski, im Berufsverband der Drucker war Józef Hudec groß geworden, derselbe war auch Vorsitzender des sozialdemokratischen Bildungsvereins *Siła*. Als Vorsitzende von Krankenkassen fungierten Zygmunt Klemensiewicz (Wieliczka), Herman Lieberman (Przemyśl) und Zygmunt Marek (Krakau), Präses der Konsumgenossenschaften in Galizien war Jędrzej Moraczewski.

[94]) Zu den in der Sokol-Bewegung aktiven Abgeordneten gehörten unter anderem als Präsidenten von Ortsgruppen Jan Godek (Husiatyn), Roman Krogulski (Rzeszów), Władyslaw Dębski (Złoczów), Franciszek Tomaszewski (Sambor), Stanislaw Biały (Brzozów), Jan Zamorski (Tarnopol), Jan Potocki (Rymanów) und Stanisław Stojałowski (Biała). Zum Sokol in Galizien: Jan Snopko, Oblicze ideowo-polityczne „Sokola“ galicyjskiego w latach 1867–1914 [Das ideell-politische Antlitz des galizischen Sokol in den Jahren 1867–1914], in: Kwartalnik historyczny 99 (1992), H. 4, S. 35–55.

Die vielfältigen, inhaltlich und politisch differenzierten Ausprägungen des Vereins- und Verbandswesens, die hier selbstverständlich keineswegs vollständig aufgeführt wurden, waren folglich vielfach äußerst eng mit der politischen Sphäre und mit der öffentlichen Tätigkeit der meisten Abgeordneten verwoben. Inwieweit diese Organisationen als Rekrutierungsinstanzen für die Parlamentarier wirkten, lässt sich hier generell nicht beantworten. Dies traf am ehesten auf diejenigen politischen Richtungen zu, bei denen das restriktive Wahlrecht eine Tätigkeit in den parlamentarischen Organen verhinderte, in der Gesellschaft aber bereits zuvor die Voraussetzungen für eine politisch-organisatorische Tätigkeit bestand, also vor allem für die Arbeiter- und Bauernbewegung seit den 1880er Jahren. Damit wiederholte sich ein Vorgang, der sich bereits ein halbes Jahrhundert vorher abgespielt hatte: Auch die in den 1840er Jahren eingerichteten Landwirtschaftsgesellschaften hatten damals dem landbesitzenden Adel eine öffentlich wirksame Tätigkeit erlaubt, bevor der Konstitutionalismus ihm offiziell Mitverantwortung am Staatsgeschehen übertrug.

h) Politische Karrieren

Die Rekonstruktion politischer Karrieren gehört zu den zentralen, aber gleichzeitig schwierigsten Bereichen der kollektivbiographischen Erforschung politischer Eliten. In einem rein quantitativen Ansatz müssten mittels eines aufwendigen Prozesses der Erhebung und Aufbereitung von Daten minutiös die einzelnen Stationen im Lebenslauf erfasst werden mit dem Ziel, die verlaufstypischen Muster und die kritischen institutionellen Schaltstellen im Übergang vom privaten Leben zum öffentlichen Engagement erkennbar zu machen. Wir haben bereits einige solcher Schaltstellen genannt: das studentische Milieu, die Zeitungsredaktionen, das berufliche Leben, insbesondere die Konfrontation mit öffentlichen Fragen im Rahmen des Staatsdienstes oder der Advokatur, schließlich gesellschaftliche Verbände und Vereine. Die politische Sozialisierung durch das Elternhaus ist nur insoweit erfassbar, als ein politisches Engagement der Eltern feststellbar ist oder die berufliche Ausrichtung des Vaters eine bestimmte Vorprägung vermuten lässt.

Während die zeitliche Abfolge von Berufspositionen oder von vereins- und verbandspolitischen Funktionen aus Gründen der Informationserhebung nur schwer zu rekonstruieren ist, lässt sich die politische Karriere dort etwas einfacher festmachen, wo wir es mit öffentlichen Funktionen im Rahmen des Gemeinwesens zu tun haben. Angesprochen ist damit im speziellen die im dualistischen Staatsaufbau des österreichischen Konstitutionalismus durchgestaltete Selbstverwaltung auf den verschiedenen Staatsebenen. In Galizien war die Selbstverwaltung stärker ausgebaut als in den meisten anderen Kronländern, da hier zwischen der Landes- und der Gemeindeebene noch die autonome Bezirksverwaltung in Funktion war.[95]) Zu fragen wäre nun, inwieweit die Ausübung des Mandats im Abgeordnetenhaus auf eine Tätigkeit in den untergeordneten Ebenen der Selbstverwaltung aufbaute, in welchem Ausmaße folglich auch politische Erfahrung aus diesen Organen in den Reichsrat eingebracht wurde.

---

[95]) Auf Bezirksebene kam es außer in Galizien nur noch in Böhmen und der Steiermark zur Errichtung von Selbstverwaltungsorganen, obwohl im weiteren auch für die Bukowina, Schlesien, Tirol und Mähren entsprechende Landesgesetze erlassen worden waren.

Die Möglichkeit des Aufbaus einer politischen Karriere im Rahmen der Selbstverwaltung muss zunächst den Jahrgang der betreffenden Person bzw. der Personengruppe berücksichtigen. Da in den 1860er Jahren, als die autonome Selbstverwaltung auf allen Ebenen eingeführt wurde, über 97 % der hier behandelten Personen jünger als 30 Jahre alt oder noch nicht geboren waren, haben wir es mit einem Kollektiv zu tun, dem theoretisch ein solcher Weg praktisch ausnahmslos offen stand. Ausschlaggebend mussten umso mehr die wahlrechtlich reglementierten Zugangschancen zu den einzelnen Repräsentativkörperschaften sein, die sich jeweils auch in Abhängigkeit von der Zeitepoche unterschiedlich gestalteten. In historischer Perspektive waren Gemeinde- und Bezirksebene einerseits und Landes- und Reichsebene andererseits voneinander zu trennen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke, letztere auch Gemeinden höherer Ordnung genannt, beruhte auf dem Gedanken der freien Gemeinde als der „natürlichen" Zelle des bürgerlich-liberalen Staates und legitimierte sich als Gegenprinzip zur tradierten adligen Patrimonialgewalt. Sie wurde durch das Reichsgemeindegesetz von 1862 eingeführt und in den folgenden Jahren (in Galizien im Jahre 1866) in der Form von Landesgesetzen durch die Landtage verabschiedet.[96]) Landes- und Reichsparlament entstanden demgegenüber in Auseinandersetzung mit der landesfürstlichen Gewalt und konnten sich einerseits auf die Tradition der Ständeversammlungen und andererseits in Abgrenzung zu diesen als gewählte Volksvertretungen der historischen Länder bzw. des Gesamtstaates (d. h. seiner westlichen Reichshälfte) definieren.

Relevant für unseren Zusammenhang ist der eben besprochene Sachverhalt deshalb, weil auch in wahltechnischer und damit personeller Hinsicht Gemeinde- und Bezirksvertretung einerseits und Landtag und Reichsrat andererseits eng miteinander verknüpft waren. Die Bezirksvertretungen waren wie Landtag und Abgeordnetenhaus (bis 1897/1907) in der Regel in vier Kurien – Gutsbesitz, Handel- und Industrie, Stadt- sowie Landgemeinden – unterteilt.[97]) Nun wurden aber in den beiden letztgenannten Kurien die Wahlberechtigten nicht direkt von einem entsprechenden Segment der Bevölkerung des Bezirks gebildet, sondern indirekt durch die nach Bildungskriterien und Steuerzensus gewählten Gemeindevertretungen (inkl. die Gemeindevorsteher) mittels eines internen Selektionsverfahrens bestimmt.[98]) Aufgrund dieser Regelung war eine enge personelle Verflechtung zwischen Gemeinderäten[99]) bzw. Gemeindevorständen und Bezirksvertretungen vorgegeben, insoweit es sich um diese beiden Kurien handelte. Demgegenüber war der Gutsbesitz

---

[96]) Für Galizien gehören daher zusammen: Landesgesetzblatt (L.G.B) 1866, Nr. 19 (Landesgemeindegesetz), Nr. 20 (Landesgesetz betreffend die Ausscheidung der Gutsgebiete aus dem Gemeindeverband) und Nr. 21 (Landes-Bezirksvertretungsgesetz). Siehe die entsprechenden Gesetzestexte bei Mayrhofer, Handbuch, Bd. 2, S. 455 ff.

[97]) Das für die Bezirksvertretungen gültige Kurienwahlrecht unterschied sich freilich von demjenigen für die Landtage und das Abgeordnetenhaus darin, dass der jeweilige Anteil der Kurien an der Vertretungskörperschaft zahlenmässig nicht festgelegt, sondern abhängig von der jeweiligen relativen kumulierten Steuerleistung war (L.G.B. 21/1866, I, § 8). Dazu auch Jiří Klabouch, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848–1918 (= Österreich Archiv), Wien 1968, S. 79.

[98]) L.G.Bl. 21/1866, II, § 6 und § 7. Städte, welche einen eigenen Landtagsabgeordneten entsandten, wählten die ihr zustehenden Bezirksvertreter direkt (ebd., § 5).

[99]) Im Gegensatz zur vorherrschenden Terminologie hießen die Gemeindevertretungen in Galizien nicht Gemeindeausschuss sondern Gemeinderat.

aufgrund der Ausscheidung der Gutsgebiete aus dem Gemeindeverband von einer solchen personellen Verknüpfung zwischen Gemeinde- und Bezirksebene zunächst nicht betroffen. Fraglich bleibt dennoch, ob sich die Gutsbesitzer auf die Verwaltungsfunktionen im Rahmen ihres Gutsgebietes beschränkten oder ob sie sich am Gemeindeleben beteiligten und Einsitz in die Gemeindeorgane nahmen. Eine solche Beteiligung war nicht grundsätzlich von Gesetzes wegen ausgeschlossen.[100]) Indirekten Einfluss auf die Gemeinden konnten die Gutsbesitzer darüber hinaus dank ihrer durch die Bezirkswahlordnung gegebenen Vorzugsstellung in den Bezirksvertretungen und -ausschüssen ausüben.[101])

Eine noch engere personelle Verknüpfung finden wir bis 1873 zwischen Landtag und Abgeordnetenhaus. Da bis zu diesem Zeitpunkt die Mitglieder des Zentralparlaments von den Landtagen gewählt wurden, hatte das Abgeordnetenhaus bekanntlich nicht mehr als den Charakter eines Ausschusslandtags. Auf der Basis der im Abgeordnetenhaus repräsentierten Personengruppe betrug folglich die Überschneidungsrate zwischen jenem und den Landtagen 100 %. Mit der unabhängigen Konstituierung des Abgeordnetenhauses seit dem Jahre 1873 ging eine personelle Abkoppelung zwischen beiden sie konstituierenden Personengruppen einher. Die schrittweise Demokratisierung des Reichsratswahlrechts stand dem konservativen Prinzip der Landtage entgegen, welche das 4-Kurienwahlrecht auch nach 1897/1907 bewahrten.

Vor diesem rechtlichen Hintergrund sind die Zahlenverhältnisse in der folgenden Tabelle IV.21 zu betrachten.

Zunächst fällt die hohe Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung (Gemeinde und Bezirksebene) auf. Beide Ebenen zusammen ergeben eine Quote von drei Vierteln kommunalpolitisch engagierter Reichsratsabgeordneter. Da die politische Tätigkeit auf Gemeindeebene mit Sicherheit nicht zur Gänze erfasst wurde, ist davon auszugehen, dass diese Zahl in Wirklichkeit noch höher lag.[102])

---

[100]) Weder im Landesgemeindegesetz noch im Gesetz betreffend die Gutsgebiete findet sich eine Bestimmung, wonach dem Gutsbesitzer des örtlichen landtäflichen Gutes der Status eines Gemeindemitglieds und damit das aktive und passive Wahlrecht in der zugehörigen Ortsgemeinde verwehrt gewesen wäre. Vielmehr eröffnete einerseits die Bestimmung, dass Eigentümer von Realbesitz in der Gemeinde als sogenannte Gemeindegenossen Gemeindemitglieder sein konnten und andererseits die Möglichkeit des Erhalts des Ehrenbürgerrechts auch für die Gutsbesitzer die Chance, politische Rechte in der Gemeinde zu erwerben. Im weiteren gilt zu beachten, dass diejenigen Gutsgebiete, welche nicht zu den ausgeschiedenen gehörten, sondern in den Gemeindeverband einverleibt waren (weil sie entweder nach 1866 gebildet worden waren oder um Integration in den Gemeindeverband angesucht hatten) und mindestens 25 fl. direkte Steuern abführten, direkt (d. h. ohne Wahlprozedere) im Gemeinderat einsitzberechtigt waren (L.G.Bl. 19/1866, 3. Hauptstück, § 16).

[101]) Diese Vorzugsstellung war nicht weniger ausgeprägt als im Landtag oder im Abgeordnetenhaus. In einigen Bezirken war die Anzahl der Gutsbesitzer in einem Bezirk gleich groß oder sogar kleiner als die in der Bezirksvertretung für sie aufgrund ihrer Steuerleistung vorgesehenen Sitze. In diesen Fällen zogen die Gutsbesitzer ohne Wahl in die Bezirksvertretung ein: siehe L.G.Bl. 21/1866, II, § 2) (Mayrhofer, Handbuch, 2. Bd., S. 864).

[102]) Im galizischen Landesschematismus wurden die Bezirksvertretungen vollständig verzeichnet, während dies von den Gemeinden nur für die Städte Krakau und Lemberg gilt und im übrigen lediglich die Bürgermeister und ihre Stellvertreter verzeichnet sind.

Tabelle IV.21: Mandate in den autonomen Vertretungsorganen nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Gemeinde														
Gemeinderat	16	19,8	19	39,6	7	31,8	5	12,8	6	33,3	5	50,0	58	26,6
G.-Vorsteher	2	2,5	10	20,8	5	22,7	16	41,0	1	5,6	0	,0	34	15,6
G.-Vorst.-Stv.	2	2,5	1	2,1	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	3	1,4
Keine Funkt.	61	75,3	18	37,5	10	45,5	18	46,2	11	61,1	5	50,0	123	56,4
Bezirk														
Bezirksrat	16	19,8	4	8,3	7	31,8	12	30,8	2	11,1	0	,0	41	18,8
Bez.-Aussch.	11	13,6	8	16,7	5	22,7	7	17,9	3	16,7	0	,0	34	15,6
Bez.-Obmann	22	27,2	3	6,3	1	4,5	5	12,8	1	5,6	0	,0	32	14,7
Bez.-Obm-Stv.	7	8,6	1	2,1	1	4,5	3	7,7	1	5,6	0	,0	13	6,0
Keine Funkt.	25	30,9	32	66,7	8	36,4	12	30,8	11	61,1	10	100	98	45,0
Land														
Abgeordneter	45	55,6	18	37,5	8	36,4	14	35,9	3	16,7	0	,0	88	40,4
LdAusschuss	3	3,7	1	2,1	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	4	1,8
LdAussch.Stv.	1	1,2	1	2,1	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	,9
LdHauptmann	1	1,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
LdHauptm.Stv	1	1,2	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
Keine Funkt.	30	37,0	28	58,3	14	63,6	25	64,1	15	83,3	10	100	122	56,0
Total Fälle	81	100	48	100	22	100	39	100	18	100	10	100	218	100

Bezeichnend sind sodann die deutlichen Unterschiede zwischen den politischen Richtungen. Während etwa nur ein knappes Viertel der Konservativen auf Gemeindeebene nachweislich politisch in Erscheinung trat, galt dies für beinahe zwei Drittel der Liberaldemokraten und für über die Hälfte der Nationaldemokraten und der Angehörigen der Volkspartei. Im Falle der beiden Erstgenannten handelte es sich hier fast ausnahmslos um städtische kommunale Mandate, wobei die Demokraten diese Funktion vorwiegend in den Zentren Krakau und Lemberg ausübten. Bei den Vertretern der PSL ist demgegenüber eine kommunalpolitische Tätigkeit in kleinen Landgemeinden feststellbar. Dies gilt vor allem für die Landwirte dieser Partei: Drei von vier waren Gemeinderäte und beinahe zwei von drei Gemeindevorsteher (40 % der Fraktion insgesamt). Die starke Präsenz der PSL in den ländlichen Kommunalorganen deutet erneut darauf hin, dass sich ihre Exponenten vorwiegend aus einer dörflichen Elite rekrutierten, die sich nicht zuletzt auf eine wirtschaftliche Vorzugsstellung der jeweiligen Herkunftsfamilie in der Dorfgemeinschaft zurückführen lässt. Obwohl in einigen Fällen die Übernahme des Amts des Gemeindevorstehers nachweislich noch vor der Gründung der Partei erfolgte, ist als wesentlicher Hintergrund für die hervorragende Position der PSL im Dorfe doch auch der seit 1895 konsequent und mit großem organisatorischem Einsatz vorangetriebene Eroberungszug der Volkspartei auf den niederen Ebenen der politischen Selbstverwaltung zu nennen. Anzumerken gilt, dass sich interessanterweise Parallelen zu anderen Kronländern ergeben: So hat eine Studie über die tschechischen Reichsratsabgeordneten unlängst gezeigt, dass bei

den Deputierten der tschechischen Agrarpartei ein vergleichbar hoher Anteil an Gemeindevorstehern bestand.[103])

Die im Verhältnis zu den anderen Parteien geringere Präsenz der Konservativen in den Gemeindeorganen lässt sich vorwiegend mit der besprochenen weitgehenden Selbstausgrenzung des Gutsbesitzes aus der Gemeinde begründen. Ein zusätzliches Indiz in diese Richtung bietet die folgende Tabelle, in welcher der Ort des kommunalpolitischen Engagements mit dem Hauptwohnsitz (Ort der Ausübung des Hauptberufs) in Beziehung gesetzt wurde.

Tabelle IV.22: Ortsverhältnis zwischen Wohnort und Kommunalpolitik (Polen)

	Kons.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Gemeinde														
Gleicher Ort	12	70,6	28	90,3	9	91,8	18	90,0	5	71,4	4	80,0	76	84,4
Gleicher GB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleicher PB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Anderer PB	5	29,4	2	6,7	2	18,2	2	10,0	2	28,6	1	20,0	14	15,6
Anderes KL	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
TOTAL	17	100	30	100	11	100	20	100	7	100	5	100	90	100
Bezirk														
Gleicher PB	43	76,8	13	76,5	11	84,6	24	88,9	6	85,7	0	,0	97	80,8
Anderer PB	13	23,2	4	23,5	2	15,4	3	11,1	0	,0	0	,0	22	18,3
Anderes KL	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	14,3	0	,0	1	,8
TOTAL	56	100	17	100	13	100	27	100	7	100	0	,0	120	100

Soweit es sich beim Wohnort um ein Gutsgebiet handelte, wurde dieses der jeweiligen gleichnamigen Ortsgemeinde zugewiesen.
GB = Gerichtsbezirk; PB = Politischer Bezirk; KL = Kronland

Die Aufstellung zeigt, dass die Tätigkeit in Gemeindeorganen in der überwiegenden Zahl der Fälle an dem Ort stattfand, wo der Betreffende seinen Lebensmittelpunkt hatte, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass dies für die Konservativen in geringerem Masse galt als für die anderen politischen Richtungen. Schaut man sich im weiteren die 12 in der Tabelle ausgewiesenen Fälle von Konservativen an, welche am Ort ihres Hauptwohnsitzes im Gemeinderat tätig waren, so handelte es sich hier meist gerade nicht um Gutsbesitzer sondern um andere Berufskategorien. Es bestätigt sich auf diese Weise die oben getroffene Vermutung, dass der Gutsbesitz in der Gemeindepolitik nur schwach in-

[103]) Robert Luft, Gemeinde oder Gesamtstaat? Zur politischen Karriere tschechischer Politiker vor 1914, in: Ústřední moc a regionalný samosprava [Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung] (=XXIII. Mikulovské Sympozium 1993), Brno 1995, S. 269–280, hier S. 273. Danach waren 49 % der Reichsratsabgeordneten der Tschechischen Agrarier zwischen 1907 und 1914 Gemeindevorsteher, 66 % waren Mitglieder der Gemeindevertretung. Die Zahlen für die Gesamtgruppe lauteten 22 % bzw. 40 %.

volviert war.[104]) Ganz anders sah die Situation auf Bezirksebene aus. Hier waren es die Konservativen, welche mit 70 % weit überdurchschnittlich in den Selbstverwaltungsorganen vertreten waren. Mehr als einer von drei konservativen Abgeordneten bekleidete im Laufe seiner Karriere das Amt eines Bezirksobmanns (in Galizien: „Präses“) oder Bezirksobmann-Stellvertreters. Dessen Gewicht lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, dass in beiden Fällen die Wahl der Bestätigung des Kaisers bedurfte. Berücksichtigt man nun im weiteren unter den Konservativen nur die Gutsbesitzer, so erhöhen sich diese Zahlen auf 80 % bzw. 45 %. Dank dieser ausgeprägten Beteiligung an der autonomen Bezirksverwaltung, die nicht zuletzt auf das gültige Wahlrecht zurückzuführen war, konnten die vorwiegend dem konservativen Lager zuzurechnenden Gutsbesitzer ihre nahezu unangreifbare Stellung im Verwaltungsbereich des eigenen Gutsgebiets zusätzlich von oben absichern. Aufgrund der Kompetenzen der Bezirksvertretungen gegenüber den ihnen hierarchisch untergliederten Gemeinden konnte zudem der mangelnde direkte Einfluss in Gemeindeangelegenheiten kompensiert werden.[105])

Die bisherigen Erörterungen lassen noch keine Schlüsse über die zeitlichen Abfolgemuster hinsichtlich der erwähnten öffentlichen Funktionen zu. Diese für den Aspekt der Karriere zentrale Frage wird in der folgenden Tabelle IV.23 berücksichtigt.

Die Tabelle zeigt, dass die politische Karriere „von unten“, das heißt über die lokalen Selbstverwaltungsorgane, die Regel war: 84 % der Abgeordneten, welche ein Mandat auf Gemeindeebene ausübten, hatten dieses vor ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus angetreten. Im Falle der Bezirksvertretungen waren es 74 %. Vergleichbare Zahlenverhältnisse finden wir, wenn wir die Landtagsmandate mit den Gemeinde- und Bezirksmandaten in Beziehung setzen.[106]) Derselbe Sachverhalt spiegelt sich auch in den Altersverhältnissen wider. Für die nachmaligen Reichsratsabgeordneten mit kommunalpolitischer Erfahrung gilt, dass der Eintritt in die lokalen Selbstverwaltungsorgane im Schnitt zwischen dem 37. und 38. Lebensjahr vollzogen wurde, während die Wahl ins Abgeordnetenhaus durchschnittlich erst sechs Jahre später erfolgte.[107])

---

[104]) Hier seien die wenigen Ausnahmen namentlich genannt: Herman Czecz-Lindenwald, Gutsbesitzer in Kobiernice und Kozy, Bez Biała u. a. – Gemeinderat v. Kozy; Włodzimierz Gniewosz, Gutsbesitzer in Potok Złoty, Bez. Buczacz – Gemeinderat v. Potok Złoty. Kazimierz Rojowski, Gutsbesitzer in Humenów, Bez. Kałusz – Gemeindevorsteher in Humenów.

[105]) Etwas überraschender erscheint die Tatsache, dass der Anteil der Abgeordneten der Polnischen Volkspartei mit Bezirksratserfahrung auf gleicher Höhe lag wie derjenige der Konservativen. Die bedeutende Stellung dieser Partei in den Bezirksvertretungen gründete auf ihrer Position in den Gemeinden, wo sie, wie gesehen, unter den Gemeindevorstehern eine wichtige Rolle spielte. Während die Gutsbesitzer vom Kurienwahlrecht in den Bezirksvertretungen profitierten, war das indirekte Wahlverfahren für die Bestellung der Landgemeindekurien und der darin verankerten bevorzugten Stellung der Gemeindevorsteher wohl dafür verantwortlich, dass die PSL diese Position einnehmen konnte.

[106]) Immerhin waren die Zahlen für die Gemeindeebene weniger ausgeprägt: 65 % der Gemeindemandate und 72 % der Bezirksmandate wurden vor der Übernahme eines Landtagsmandats angetreten. Basis dieser Zahlen sind freilich nur diejenigen Abgeordneten, die Teil unserer Grundgesamtheit sind, also die Reichsratsabgeordneten, welche zugleich im Landtag vertreten waren.

[107]) Siehe die Tabelle in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, Bd. 2, S. 278 (E31).

Tabelle IV.23: Zeitliche Abfolge von Mandaten nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Gemeinde														
Vor AH	15	83,3	23	85,2	12	100	12	85,7	5	71,4	3	60,0	70	84,3
Gleichzeitig AH	1	5,6	1	3,7	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	2,4
Nach AH	2	11,1	3	11,1	0	,0	2	14,3	2	28,6	2	40,0	11	13,3
TOTAL	18	100	27	100	12	100	14	100	7	100	5	100	83	100
Bezirk														
Vor AH	45	80,4	14	81,3	11	73,3	19	70,4	1	14,3	0	,0	89	73,6
Gleichzeitig. AH	4	7,1	2	12,5	0	,0	4	14,8	1	14,3	0	,0	11	9,1
Nach AH	7	12,5	1	6,3	4	26,7	4	14,8	5	71,4	0	,0	21	17,4
TOTAL	56	100	18	100	15	100	27	100	7	100	0	,0	121	100
Land														
Vor AH	26	51,0	11	55,0	6	75,0	11	78,6	0	,0	0	,0	54	56,3
Gleichzeitig. AH	4	7,8	2	10,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	6	6,3
Nach AH	21	41,2	7	35,0	2	25,0	3	21,4	3	100	0	,0	36	37,5
TOTAL	51	100	20	100	8	100	14	100	3	100	0	,0	96	100

„Gleichzeitig“ bezieht sich auf dasselbe Jahr

Der Einstieg in die Politik auf der lokalen Ebene lässt sich nicht nur auf den selbstevidenten Tatbestand zurückführen, dass öffentliches Engagement zunächst einmal im engeren, vertrauteren Rahmen beginnt. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Wahlorganisationen und hier insbesondere das bis 1897 allmächtige Polnische Zentralwahlkomitee (CKW), ab 1907 auch der Nationalrat (RN), bei der Auswahl der Kandidaten eng mit den lokalen Machtträgern zusammenarbeiteten, vor allem also mit den Vorstehern der Gemeinde- und Bezirksselbstverwaltungen. Ein Zurückgreifen auf Personen, welche bereits in den jeweiligen lokalen Gremien tätig waren, lässt sich aus dieser Tatsache unmittelbar nachvollziehen. Wenn sich also politische Karrieren von unten aufbauten, so nicht nur deshalb, weil das Wahlrecht einen solchen Einstieg gerade für die Gutsbesitzer erleichterte und weil die Lokalverwaltungen den geeigneten Proberaum für weitere politische Erfahrungen abgab, sondern auch deshalb, weil die politischen Organisationen selbst eine hierarchische, auf den untergeordneten Territorialeinheiten aufgebaute Struktur aufwiesen und die Rekrutierung ihrer Kandidaten auf lokale Machteliten stützen konnten.[108])

Ein ähnlich klar erkennbares chronologisches Muster zwischen Reichsrats- und Landtagsmandat lässt sich aufgrund der Tabelle hingegen nicht erkennen. Nur wenig über die Hälfte jener Parlamentarier, welche auch *Sejm*-Abgeordnete waren, übten diese Funktion bereits aus, als sie das Mandat im Abgeordnetenhaus übernahmen. Umgekehrt zogen bei-

[108]) Vgl. dazu die Ausführungen in Abschnitt II. Zur engen Zusammenarbeit des Zentralwahlkomitees mit den Gemeinde- und Bezirksratsvorstehern siehe auch Kruczkowska, Deputowani, S. 221.

nahe 40 % bereits als Reichsratsabgeordnete in den Landtag ein.[109]) Die annähernde zeitliche Gleichordnung von Mandaten in Zentral- und Landesparlament entspricht nicht nur dem oben erwähnten engen historischen und verfassungsmäßigen Verhältnis zwischen den beiden Organen, sondern lässt sich auch auf den ähnlichen Stellenwert und die parallel geführte Organisation der Wahlen zurückführen. In Abschnitt II haben wir gesehen, dass für die Organisierung des Wahlkampfs in beiden Fällen dieselben Wahlkomitees (CKW/RN) verantwortlich waren. Es bleibt weiteren Forschungen vorbehalten zu eruieren, welche Kriterien (etwa Sprachfähigkeit, Abkömmlichkeit) bei der Selektion von Kandidaten innerhalb der Wahl- bzw. Parteiorganisationen maßgeblich waren.[110])

Nun sollten diese Ausführungen nicht den Eindruck erwecken, dass der Weg ins Abgeordnetenhaus über die Lokalpolitik die Regel war. Bei der Mehrheit der Abgeordneten war dies nicht der Fall, wie die Tabellen gezeigt haben. Dazu ist allerdings wiederum einschränkend zu bemerken, dass sich ein lokales öffentliches Engagement nicht unbedingt in einem politischen Mandat niederschlagen musste: Viele spätere Mandatare waren durchaus in ihrem Wohnmilieu engagiert, etwa beim Aufbau eines lokalen Vereinsnetzes oder einer politischen Organisation, ohne dass sie in eine Gemeindevertretung gelangten. Das gilt namentlich für die Sozialdemokraten, denen mit Ausnahme der großen Städte der Weg über die Kurien- und Zensusparlamente versperrt war. Sie fanden den Weg direkt ins Zentralparlament (Tab. IV.19), wo sie dementsprechend bei ihrem Eintritt einen um fünf Jahre niedrigeren Altersdurchschnitt aufwiesen. Zuvor hatten sie jedoch in der jeweiligen Stadt, in der sich ihr Arbeits- und Lebensmittelpunkt befand, die lokale Arbeiterbewegung aufgebaut, wo sie oftmals mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren.[111]) Was den Konservativen ihre Dekoration und den National-Patrioten ihre Beteiligung am Aufstand war, war den Sozialdemokraten ihre monate- bis jahrelange Haft in einer der Gefängnisse der Monarchie.

Wirkte für die Sozialdemokraten die Partei als alternatives Rekrutierungsinstrument zu den ihnen verwehrten politischen Ämtern, so lässt sich an diese Feststellung die allgemeine Frage nach der Bedeutung der Parteiorganisation für die anderen politischen Richtungen anschließen. Klassische Parteikarrieren, wie sie heute üblich sind, gab es nicht, denn es fehlte der bürokratische Apparat. Hier lässt sich nahtlos an die Feststellung des Abschnitts I anknüpfen, dass die Parteien erst in der letzten Phase vor dem Ersten Weltkrieg moderne Organisationsstrukturen aufbauten. Sehr oft erfolgte die Orientierung an einer Partei nicht

---

[109]) Da nur drei Abgeordnete vor 1873 gewählt wurden, fiel der größte Teil bereits in jene Zeitperiode, als die beiden Häuser unabhängig voneinander bestellt wurden. Weiters gilt zu beachten, dass die festgestellte zeitliche Gleichordnung nicht für die Abgeordneten der Nationaldemokraten und der Polnischen Volkspartei galt. Wenn diese beiden Parteien mehrheitlich zunächst in den Landtag einziehen konnten, lag dies daran, dass vor 1907 im Landtag mehr Sitze für die „demokratischeren" (Städte- und Landwahl-) Kurien bestanden.

[110]) Ein Beleg für die Relevanz der Abkömmlichkeit findet sich etwa beim Abgeordneten Arnold Rapoport, der im Jahre 1885 das Reichsratsmandat nach eigenen Angaben deshalb (vorübergehend) niederlegte, weil ihn sein Beruf zu sehr beschäftigte. Gleichzeitig behielt er jedoch sein Abgeordnetenmandat im Landtag. Vgl. Sten. Prot. AH, 10. Session, 1. Sitzung (28. 9. 1885), S. 4.

[111]) Gute Beispiele bilden die Abgeordneten Herman Lieberman (Przemyśl), Jan Kozakiewicz (Neusandez) oder Tadeusz Reger (Teschen).

vor oder während, sondern nach der Wahl, im Zuge der Selbstorganisation der Fraktion. Andererseits gab es den Weg von der Parteizeitung zur Kandidatur und dann zum Abgeordnetenstatus, der sogar institutionell abgesichert war durch die Teilnahme der Redakteure an den Leitungsgremien der Partei. In vielen Fällen fand die Anbindung eines Abgeordneten an eine Partei bereits zu seiner Studentenzeit statt.

Eine weitere institutionalisierte Einwirkung der Partei auf die Rekrutierung der Abgeordneten erfolgte durch die im Abschnitt II beschriebene Wirkungsweise des RN als parteienföderaler Wahlorganisation. Damit bekamen die innerhalb dieser Institution agierenden Parteien freie Hand, um Personen zu rekrutieren, die gar nicht unbedingt zuvor parteipolitisch aktiv waren. Wie diese Kontaktnahme im Detail erfolgte, lässt sich nur in einzelnen Fällen eruieren, etwa über Erinnerungen oder wenn ein Gerichtsprozess Details preisgab. Letzteres war der Fall, als der PSL-Minister Władysław Długosz anlässlich eines Rechtsstreits zwischen seinem damaligen Parteigefährten Stapiński und dem Organ *Ojczyzna* Auskunft über seinen ersten Kontakt mit der Politik gab. Ohne zuvor in irgendeiner Weise politisch involviert gewesen zu sein, erhielt er vom Sekretär der SDN die Aufforderung, sich für die Partei zu engagieren. Die zentrale Rolle spielte in diesem Fall zweifellos die Tatsache, dass er bereits ein vermögender Erdölunternehmer war. Nicht wegen seines gesellschaftlichen Einflusses, sondern wegen seiner Geldressourcen war er letztlich für eine politische Organisation interessant. Es gibt andere Beispiele, insbesondere in den ostgalizischen Städten, wo die finanziellen Möglichkeiten eines „unpolitischen" Kandidaten dessen Weg zum Abgeordneten freigemacht hatten. Die politisch-ideologische Bindung des Betreffenden erfolgte dann oftmals erst nach seinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus.[112])

Zum Schluss soll noch kurz auf Karriereverläufe eingegangen werden, die sich innerhalb der parlamentarischen Führungsgruppe abspielten. Wie einleitend in Anknüpfung an Abschnitt III festgestellt wurde, gab es im Kollektiv der Abgeordneten stets eine relativ kleine Gruppe von Personen, die über gewisse Funktionen einen bestimmenden Einfluss auf die polnische Politik in Wien ausübten. Dazu gehörte vor allem der Obmann des Polenklubs, dessen zunächst sehr starke Stellung allerdings sukzessive zugunsten des Fraktionspräsidiums (Vizeobmann bzw. -männer, parlamentarische Kommission, Sekretäre) und später, im Zuge der Parteienföderalisierung (ab 1907), durch die Vorsitzenden der Unterfraktionen zurückgestuft wurde. Dazu gehörte als zweites das Ministerium für Galizien, welches der Polenklub als seinen verlängerten Arm im Ministerium betrachtete. Die Einflussnahme auf dessen Besetzung galt auch für ein Portefeuille-Ministerium, falls ein solches angeboten wurde. Drittens ist das Parlamentspräsidium zu nennen, dessen personelle Besetzung ebenfalls durch die Fraktion bestimmt wurde. Schließlich gehört auch die Ernennung zum Herrenhausmitglied zu den innerparlamentarischen Karriereoptionen, wobei in diesem Fall eine Steigerung des Prestiges mit einer Minderung des politischen Einflusses einherging. Steckt man mit diesen vier Positionen die „internen" Karrieremuster der Abgeordneten ab, so zeigt sich tatsächlich, dass in den allermeisten Fällen eine einflussreiche Position im Polenklub die Ausgangsposition für weitere Schritte darstellte – Schritte übrigens, die mit einer nicht unbeträchtlichen finanziellen Avance verbunden waren.[113])

---

[112]) Zum Fall Długosz: Czas, 10. 5. 1912 (212), S. 1 f.

[113]) Besonders illustrativ sind folgende Beispiele: Dawid Abrahamowicz, 1881 erstmals in den Reichsrat gewählt, Führer der Podolaken, 1893 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses (1897 Präsident),

i) Politisches Mandat und Mobilität

Am Schluss dieses Unterkapitels kommen wir zu den eigentlichen Mandaten im Wiener Abgeordnetenhaus. Der Zugang zum Parlament war vor 1907 wesentlich durch die Wahlkurien kanalisiert. Auch nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wurde die Unterteilung in Städte- und Landwahlkreise aufrecht erhalten, wobei in Ostgalizien diese beiden Wahlkreistypen als Folge der Wahlkreisgeometrie stärker vermischt wurden und die Wahlbezirke oftmals einen ländlich-(klein)städtischen Mischcharakter erhielten. Trotz dieser dadurch gegebenen Unschärfe lässt sich die Frage stellen, inwieweit die Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen relevant waren als Selektionskriterien für die einzelnen politischen Gruppierungen.

Tabelle IV.24 lässt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Wahlkurie und politischer Richtung erkennbar werden. Im Kurienwahlsystem waren die ersten drei Kurien – Großgrundbesitz, Städtewahlkurie und Handels- und Gewerbekammern – beinahe ausschließlich von den Vertretern des konservativen und liberal-demokratischen Lagers besetzt. Innerhalb dieser Wahlkurien herrschte ebenfalls eine klare Trennung: Die Konservativen dominierten den Großgrundbesitz zur Gänze. Ein liberaler Großgrundbesitz nach westösterreichisch-böhmischem Muster konnte sich in Galizien offenbar nicht durchsetzen, obwohl freilich daran zu erinnern ist (Abschnitt B), dass die galizischen Konservativen ein breites Spektrum zwischen den vor allem in Westgalizien beheimateten Liberalkonservativen (gerade auch im Sinne der Bejahung des Konstitutionalismus und des österreichischen Staats) und den in Ostgalizien dominierenden Rechtskonservativen aufzuweisen hatten. In den Städten und Handelskammern waren demgegenüber die Demokraten in der Mehrheit. Erneut bestätigt sich also der Befund, dass zwischen Demokraten und Konservativen die Zugehörigkeit zum städtischen bzw. ländlichen politischen Milieu von erstrangiger Wichtigkeit war nicht nur für die gegenseitige ideologische Abgrenzung, sondern auch für den Selektionsprozess der Wahlen.

Die „Massenparteien“ gelangten vor 1907 über die Landgemeindekurie und die Kurie des allgemeinen Wahlrechts in das Abgeordnetenhaus. Die Tabelle zeigt, dass sie jedoch in beiden Kurien noch die Minderheit stellten. Die Sozialdemokraten waren auf die im

---

1906 Obmann des Polenklubs, 1907–1909 Minister für Galizien, 1912 Herrenhaus; Apolinary Jaworski: 1871 erstmals gewählt, seit 1888 Obmann des Polenklubs, 1893–1895 Minister für Galizien, 1901 Eiserner Kronen Orden (1904 gestorben); Wojciech Dzieduszycki, 1879 erstmals gewählt, als Führer der *Ateńczyki* und Obmann des Zentralwahlkomitees sehr einflussreich in der Fraktion, 1904 Obmann des Polenklubs, 1906–7 Minister für Galizien (1909 gestorben); Adam Jędrzejowicz: 1891 erstmals gewählt (seit 1883 im *Sejm*), 1894 Vizepräsident des Polenklubs, 1898–1899 Minister für Galizien, 1907 Herrenhaus; Władysław Dulęba: 1897 erstmals gewählt, Führer der Rechtsdemokraten, 1902 bis 1908 Vizepräsident des Polenklubs, 1909 bis 1910 Minister für Galizien, 1917 Herrenhaus; Leonard Piętak: 1893 erstmals gewählt, 1899 als zweite Leitfigur der Rechtsdemokraten zum 1. Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, 1900–1906 Minister für Galizien, 1907 Herrenhaus. Etwas anders verlief die Karriere von Leon Biliński, der zwar schon 1883 in das Abgeordnetenhaus eintrat und dort aufgrund seiner intellektuellen Kapazität als Universitätslehrer eine Rolle als Unabhängiger im Polenklub spielte, schließlich aber über seine hohen Staatsämter (Finanzminister 1895–1897, Gouverneur der österreichisch-ungarischen Bank 1900–1909) erst 1911 und erneut 1915 (als Herrenhausmitglied) Obmann des Polenklubs wurde.

Tabelle IV.24: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach politischer Richtung (Polen)

Wahlperiode	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerik.		Soziald.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
9. WP														
GG	22	45,8	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	22	27,8
SG	5	10,4	11	64,7	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	16	20,3
HGK	2	4,2	1	5,9	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	3	3,8
LG	12	25,0	2	11,8	0	,0	2	40,0	7	100	0	,0	23	29,1
AWK	7	14,6	3	17,6	0	,0	3	60,0	0	,0	2	100	15	19,0
TOTAL	48	100	17	100	0	,0	5	100	7	100	2	100	79	100
10. WP														
GG	26	60,5	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	26	30,6
SG	3	7,0	14	60,9	2	66,7	0	,0	0	,0	0	,0	19	22,4
HGK	1	2,3	3	13,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	4	4,7
LG	9	20,9	3	13,0	0	,0	4	80,0	5	55,6	0	,0	21	24,7
AWK	4	9,3	3	13,0	1	33,3	1	20,0	4	44,4	2	100	15	17,6
TOTAL	43	100	23	100	3	100	5	100	9	100	2	100	85	100
11. WP														
Städte-Wkrs. I	0	,0	10	58,8	4	22,2	0	,0	0	,0	4	80,0	18	21,7
Städte-Wkrs. II	10	71,4	4	23,5	4	22,2	0	,0	0	,0	1	20,0	19	22,9
Land-Wkrs.	4	28,6	3	17,6	10	55,6	19	100	10	100	0	,0	46	55,4
TOTAL	14	100	17	100	18	100	19	100	10	100	5	100	83	100
12. WP														
Städte-Wkrs. I	0	,0	7	41,2	4	36,4	0	,0	0	,0	6	66,7	17	19,3
Städte-Wkrs. II	8	38,1	7	41,2	2	18,2	0	,0	0	,0	2	22,2	19	21,6
Land-Wkrs.	13	61,9	2	12,2	6	50,0	28	100	2	100	1	11,1	52	59,1
TOTAL	21	100	16	100	12	100	28	100	2	100	9	100	88	100

WP = Wahlperiode; GG = Großgrundbesitz; HGK = Handels- und Gewerbekammern; SG = Stadtgemeinden; LG = Landgemeinden; AWK = Allgemeine Wählerklasse
Städte-Wkrs I = Groß-/ Mittelstädte-Wahlkreise; Städte-Wkrs II = Kleinstädte-Wahlkreise (Erklärung siehe Text)

Jahre 1896 neu eingeführte allgemeine Wahlkurie angewiesen, wo sie jeweils die Wahlkreise einnahmen, welche die Städte Lemberg und Krakau umfassten. Die Vertreter der politischen Bauernbewegung konnten dank der parteipolitischen Konstituierung und Konsolidierung dieses Lagers in den 1890er Jahren sowie der Senkung des Steuerzensus auf vier Gulden im Jahre 1896 sowohl in die allgemeine Wählerklasse als auch in die Landgemeindekurie einziehen.

Im Jahre 1907 änderten sich bekanntlich die wahlrechtlichen Verhältnisse grundlegend. Die Konservativen konnten sich in den Wahlkreisen der Großstädte und der mittelgroßen Städte nicht mehr durchsetzen.[114]) In diese zogen neben den Liberaldemokraten Vertreter

[114]) Die Größe-Kategorien der Städte sind hier auf der Grundlage der Wahlkreise definiert: Zur Kategorie Großstadt und mittelgrosse Stadt („Städte-Wkrs I“ in der Tabelle) gehören demnach diejenigen Städte, welche mehr als einen Wahlkreis umfassten (Lemberg und Krakau: Wahlkreise 1 bis

der National- und Sozialdemokraten ein. In den Kleinstädten, welche aufgrund der Wahlreform mit einem bedeutenden ländlichen Anteil vermengt waren, konnten sich die Konservativen dagegen verhältnismäßig gut behaupten und stellten die relative Mehrheit aller politischen Gruppierungen. In den Landwahlkreisen schließlich machten die „Massenparteien", allen voran die PSL und die SDN, die klare Mehrheit der Abgeordneten aus. Während die Letzteren jedoch auch in den Städten erfolgreich waren und auch hier wiederum ihren Anspruch, eine national-integrierende Kraft zu sein, erfüllen konnten, waren sowohl die PSL als auch die bäuerlich-klerikalen Richtungen ausschließlich auf die Landgemeinde-Wahlbezirke angewiesen.

Das aufgezeigte Verhältnis zwischen Wahlkreis und politischer Richtung führt uns zur weiteren Frage nach dem biographischen Bezug der Abgeordneten zu dem von ihnen besetzten Wahlkreis. Bezüglich des kommunalpolitischen Engagements wurde bereits festgestellt, dass ein enger Zusammenhang zwischen diesem und dem Ort der beruflichen Tätigkeit (Wohnort) bestand (Tab. IV.21). Die Frage lautet nun, ob sich dies auch für das Mandat im Reichsrat feststellen lässt. Im weiteren gilt es auch hier, nach politischen Richtungen zu differenzieren. Typischerweise ist der Honoratiorenpolitiker dadurch gekennzeichnet, dass sich seine politische Tätigkeit im Umkreis seines örtlichen beruflichen Wirkens und eines lokalen sozialen Netzes verwirklichte, während der moderne Parteipolitiker einer übergeordneten Organisation oder Institution – Partei, Verband, Presse – gehorchte und daher in der Regel unabhängiger von seinem örtlichen biographischen Bezug war. Diese theoretische Aussage sollte anhand der entsprechenden Parteitypen für die 11. und 12. Wahlperiode empirisch geprüft werden.[115])

Tabelle IV.25: Ortsverhältnis Geburtsort/Wohnort zu Wahlkreis nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerik.		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Geburtsort														
Im Wahlkreis	2	6,9	4	15,4	8	36,4	27	71,1	6	54,5	2	22,2	49	36,3
Nicht im Wahlkreis	27	93,1	22	84,6	14	63,6	11	28,9	5	45,5	7	77,8	86	63,7
TOTAL	29	100	26	100	22	100	38	100	11	100	9	100	135	100
Wohnort														
Im Wahlkreis	9	31,0	16	61,5	17	77,3	31	81,6	7	63,6	8	88,9	88	65,2
Nicht im Wahlkreis	20	69,0	10	38,5	5	22,7	7	18,4	4	36,4	1	11,1	47	34,8
TOTAL	29	100	26	100	22	100	38	100	11	100	9	100	135	100

In den vier Fällen, in denen ein Abgeordneter in der 11. und 12. Wahlperiode in zwei unterschiedlichen Wahlkreisen gewählt wurde, wurde derjenige Wahlkreis berücksichtigt, der im Geburts- bzw. Wohnort lag.

---

7 bzw. 8 bis 12), während als mittelgroße Städte diejenigen bezeichnet werden, welche alleine einen Wahlkreis ausmachten (Przemyśl, Stanislau, Tarnopol, Tarnów, Kolomea: Wahlkreise 13–17). Kleinstädte sind solche, welche gemeinsam mit anderen einen Städtewahlkreis bildeten (Wahlkreise 18–34).

[115]) Die Wahlkreise unter dem Kurienwahlrecht waren in ihrem Umfang zu unterschiedlich, als dass sie eine sinnvolle gemeinsame Bezugsbasis abgegeben hätten. Deshalb beschränken wir uns hier auf die 11. und 12. Wahlperiode.

In Tabelle IV.25 wird die Relation zwischen Wahlkreis und Biographie unter Verwendung der Indikatoren Geburtsort und Wohnort dargestellt. Bezüglich des Erstgenannten wird deutlich, dass sich die Abgeordneten in ihrem politischen Mandat bereits mehrheitlich vom örtlichen Milieu ihrer Kindheit gelöst hatten: Beinahe 2/3 der Abgeordneten wurden nicht in dem Wahlkreis gewählt, zu dem der Ort ihrer Geburt gehörte. Dies galt am ausgeprägtesten für Konservative, Demokraten und Sozialdemokraten. Demgegenüber stand der Wohnort während der Ausübung des Mandats in einem weit engeren Verhältnis zum Wahlkreis. In zwei Dritteln der Fälle lag jener im Wahlkreis selbst, in einem Drittel außerhalb desselben. Hier gilt, dass vor allem die Konservativen und in zweiter Linie die Liberaldemokraten den geringsten Bezug zum Wahlkreis aufwiesen, während von den Nationaldemokraten, der Polnischen Volkspartei und nun auch den Sozialdemokraten zwischen 81 % und 90 % im Wahlkreis selbst tätig waren. Nicht die oben genannte theoretische Annahme bestätigt sich also, sondern eher das Gegenteil: Gerade die konservativen Parlamentarier wiesen aufgrund dieser Zahlen die höchste politische Mobilität auf, während die neuen Massenparteien scheinbar am stärksten in ihrem Wahlkreis verwurzelt waren.

Was die sozialdemokratischen Abgeordneten betrifft, so muss zunächst zur Erklärung der eben genannten Tatsache darauf hingewiesen werden, dass es in Galizien mit Ausnahme der Erdölgebiete im Osten des Kronlands keine bedeutenderen industriellen Zentren außerhalb der großen Städte gab. Das bedeutete, dass sich die Sozialdemokraten nicht auf ein Industrieproletariat stützen konnten, sondern ihre Wählerbasis in den großen Städten (sprich: Krakau und Lemberg) unter den urbanen Unterschichten und der progressiven Intelligenz suchen mussten. Genau in diesen urbanen Zentren wohnten jedoch die Sozialdemokraten bevorzugterweise selbst und waren als Redakteure, Advokaten oder Funktionäre beschäftigt. Aus diesem Zusammenhang lässt sich ihre geringe „politische Mobilität“ ableiten. Als Gegenbeispiel wäre etwa Böhmen zu nennen, wo viele in Prag ansässige Sozialdemokraten nicht in der Hauptstadt, sondern in den böhmischen Industrieorten gewählt wurden.

Im weiteren erscheint es nützlich, zur Erklärung des erwähnten Tatbestands diejenigen Abgeordneten, welche einen solchen biographischen Bezug vermissen ließen, im einzelnen etwas näher zu betrachten. In 14 von 47 Fällen handelte es sich um Abgeordnete, welche in Klein- oder Mittelstädten wohnten, aber im zugehörigen Landwahlbezirk gewählt wurden. Etwa ein Drittel der Fälle politischer Mobilität bei den Demokraten sowie die Hälfte bei der SDN und der PSL lassen sich auf diese Konstellation zurückführen.[116]) Vielfach handelte es sich dabei um Staatsangestellte oder auch Advokaten und Lehrer. Es mag nicht allzu sehr erstaunen, dass bei dem festgestellten hohen Anteil von Intelligenzberufen die Stadt Ausgangspunkt für die Eroberung der umliegenden Landwahlkreise wurde. Gerade für die Demokraten, welche traditionell schlecht im Land verwurzelt waren, aber auch für denjenigen Teil der Bauernparteien, welcher zur Intelligenzschicht gehörte, gilt dies in besonderem Maße. Im weiteren sind einige Fälle zu nennen, bei denen ein sekundärer bio-

---

[116]) Im entsprechenden Landwahlkreis wurden gewählt: Władysław Czaykowski, Andrzej Lubomirski (Konservative); Franciszek Bujak, Edmund Galik, Jan Godek, Jan Zarański (Liberaldemokraten); Władysław Dębski, Jan Zamorski (SDN); Władysław Grzędzielski, Adam Ruebenbauer, Włodzimierz Tetmajer (PSL); Michał Żyguliński (Klerikaler) und Zygmunt Klemensiewicz (PPSD).

graphischer Bezug nachweisbar ist (Geburtsort, Wirkungsort des Vaters, früherer Wohn- und Arbeitsort).[117]) Im Falle der Gutsbesitzer sind schließlich einige Fälle von Bedeutung, wo der Besitz von Gütern in verschiedenen Bezirken mit dem Ausüben des politischen Mandats in einem anderen Bezirk als demjenigen des Hauptwohnorts und Hauptguts verbunden war.[118])

Diese bisher genannten Fälle entsprechen nicht oder nur bedingt dem Tatbestand der politischen Mobilität im oben genannten Sinne, also im Sinne eines von der individuellen Biographie unabhängigen Einsetzens von Kandidaten in einem bestimmten Wahlbezirk. Ein solcher Zusammenhang ist jedoch tatsächlich in einem großen Teil der bisher nicht genannten Fälle anzunehmen, und dies betrifft insbesondere die Konservativen. Dabei erscheint bemerkenswert, dass es sich gerade in jenen Fällen, wo weder ein naheliegender territorialer noch ein biographischer Bezug zum Wahlkreis bestand, oft um die einflussreichsten konservativen Politiker handelte.[119]) Aus diesem Faktum lässt sich wiederum die These ableiten, dass zum erfolgreichen Abschneiden bei den Wahlen gerade diejenigen Persönlichkeiten die lebensgeschichtliche und örtliche Nähe zur Wahlbevölkerung nicht nötig hatten, welche bereits im Machtgefüge etabliert waren und über die engeren Grenzen der jeweiligen Wahlbezirke bekannt und einflussreich waren. Im Hinblick auf die Frage nach der Modernität und der Bedeutung einer institutionalisierten politischen Auseinandersetzung muss nochmals festgestellt werden, dass die für die Modernisierung der politischen Kultur gemeinhin verantwortlich gemachten Parteien in Galizien hinsichtlich ihrer organisatorischen Effizienz in den Anfängen steckten. Die einzigen wirklich übergreifenden Organisationen waren die konservativen Wahlkomitees: das Polnische Zentralwahlkomitee und der spätere Nationalrat. Sie konnten aufgrund ihrer Erfahrung, aufgrund des sie tragenden sozialen Netzes und schließlich mit Hilfe der lokalen Administration die Wahlen auch ohne lokal verwurzelte Politiker bestreiten.

Dass die polnischen Konservativen nicht nur verhältnismäßig unabhängig von dem Wahlkreis waren, in dem sie gewählt wurden, sondern auch bezüglich ihres rekonstruierbaren Lebenslaufs einen hohen Grad an räumlicher Mobilität aufwiesen, verdeutlicht Tabelle IV.26, in welcher der Schul-, Ausbildungs- und Hauptberufsort in Relation zum Geburtsort gesetzt wurde.

Etwa ein Fünftel der Konservativen war außerhalb Galiziens geboren worden, weitere 11 % wurden zwar im Kronland geboren, hatten aber ihre Schulbildung außerhalb dessel-

---

[117]) Dazu zählen: Stanisław Starzyński (Konservativer); Roger Battaglia (Demokrat); Stanislaw Bieniowski (Nationaldemokraten); Andrzej Kędzior (PSL); Andrzej Szponder (Klerikaler).

[118]) Beispiele wären Jerzy Baworowski, Stanisław Moysa und Bronisław Osuchowski (alle Konservative, die letzteren beiden auch in den Bezirksräten ihres Reichsratswahlbezirks vertreten).

[119]) Dazu gehörten unter anderem Michał Bobrzyński, Universitätsprofessor in Krakau und bis 1901 Landesschulratsvizepräsident in Lemberg, 1907 gewählt im Städtewahlbezirk Mielec-Kolbuszowa; Wojciech Dzieduszycki, Gutsbesitzer im Bezirk Stanislau, langjähriger Obmann des Zentralwahlkomitees und Minister für Galizien, 1907 gewählt im Stadtwahlbezirk Sambor-Gródek; Leon Biliński, Sektionschef und Minister in Wien, zeitweise Obmann des Polenklubs, 1907 und 1911 gewählt im Stadtwahlbezirk Rzeszów etc.; Ignacy Rosner, Ministerialrat in Wien und ehemaliger Chef des Pressebüros, 1911 gewählt im Städtewahlkreis Mielec-Kolbuszowa.

Tabelle IV.26: Ortsverhältnis Schule/Ausbildung/Beruf zu Geburtsort nach politischer Richtung (Polen)

	Konserv.		Demokr.		Natdem.		Volksp.		Klerikale		Sozdem.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
Schule														
Gleicher Ort	12	16,7	16	37,2	6	30,0	12	32,4	4	26,7	2	22,2	52	26,5
Gleicher GB	0	,0	0	,0	0	,0	5	13,5	2	13,3	0	,0	7	3,6
Gleicher PB	2	2,8	0	,0	0	,0	1	2,7	0	,0	0	,0	3	1,5
Gleiches KL	36	50,0	22	51,2	10	50,0	18	48,6	8	53,3	6	66,7	100	51,0
Untersch. KL	8	11,1	2	4,7	1	5,0	0	,0	1	6,7	0	,0	12	6,1
Geb. außerh. Galiz.	14	19,4	3	7,0	3	15,0	1	2,7	0	,0	1	11,1	22	11,2
TOTAL	72	100	43	100	20	100	37	100	15	100	9	100	196	100
Ausbildung														
Gleicher Ort	2	2,7	6	13,0	1	6,3	2	11,8	1	8,3	1	10,0	13	7,5
Gleicher GB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleicher PB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleiches KL	25	34,2	20	43,5	6	37,5	9	52,9	7	58,3	2	20,0	69	39,7
Untersch. KL	32	43,8	17	37,0	6	37,5	5	29,4	4	33,3	6	60,0	70	40,2
Geb. außerh. Galiz.	14	19,2	3	6,5	3	18,8	1	5,9	0	,0	1	10,0	22	12,6
TOTAL	73	100	46	100	16	100	17	100	12	100	10	100	174	100
Hauptberuf														
Gleicher Ort	16	20,3	12	25,0	5	22,7	24	61,5	4	22,2	2	20,0	63	29,2
Gleicher GB	1	1,3	0	,0	1	4,5	3	7,7	3	16,7	0	,0	8	3,7
Gleicher PB	2	2,5	1	2,1	0	,0	0	,0	2	11,1	0	,0	5	2,3
Gleiches KL	41	51,9	32	66,7	13	59,1	11	28,2	9	50,0	7	70,0	113	52,3
Untersch. KL	5	6,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	5	2,3
Geb. außerh. Galiz.	14	17,7	3	6,3	3	13,6	1	2,6	0	,0	1	10,0	22	10,2
TOTAL	79	100	48	100	22	100	39	100	18	100	10	100	216	100

ben genossen, und sogar über ein Drittel der in Galizien geborenen nachmaligen konservativen Abgeordneten hatte seine nachschulische Ausbildungsphase außerhalb Galiziens durchlaufen. Schließlich lag sogar in fünf Fällen der Hauptwohnsitz zur Zeit der Ausübung des Reichsratsmandats außerhalb des Kronlands.

Diese für die Konservativen gültigen Zahlen liegen durchwegs höher als die entsprechenden Werte der anderen politischen Richtungen. Die nicht in Galizien Geborenen stammten zum überwiegenden Teil aus den anderen polnischen Teilungsgebieten. Der internationale Hintergrund der Konservativen hatte teilweise politische Gründe – dort, wo es sich um Aufstandsveteranen handelte, die im Zuge ihrer Flucht nach Österreich gelangten[120]) – oder sie hing mit der akademischen Karriere zusammen, mit der Berufung an eine der beiden galizischen Universitäten[121]). In den meisten Fällen lässt sich jedoch der Inter-

[120]) Antoni Cẖamiec, Leon Chrzanowski, Józef Popowski.
[121]) Ludwik Ćwikliński, Józef Milewski.

nationalismus der Konservativen, sofern man ihn auf den Geburtsort bezieht, auf den über die Teilungsgebiete verstreuten Besitz des polnischen Adels zurückführen.[122])

Andere Gründe sind für die hohe Mobilität im Bereich von Schule und Ausbildung zu nennen.[123]) Was die Schule betrifft, so spielten Wien und hier wiederum die sozial-elitären Schulen Theresianum und Kalksburg (Jesuitengymnasium) die mit Abstand wichtigste Rolle.[124]) Für die gesamte Gruppe der galizischen Abgeordneten gilt, dass eine deutliche Mehrheit bereits für die Schulzeit die Grenzen ihres Heimatbezirks überschritten. Diese Tatsache lässt sich unschwer mit dem außerordentlich hohen Anteil der Gymnasialabsolventen und der noch geringen Dichte der Gymnasien in Galizien erklären.[125]) Die Ausbildungsphase bildete zweifellos einen Höhepunkt in der Mobilität. Vier von zehn der nachmaligen Abgeordneten konnten auf eine Ausbildungszeit außerhalb Galiziens zurückblicken. Den größten Anteil hatten hier selbstverständlich die oben behandelten Universitäten – allen voran Wien – sowie die technischen Hochschulen. Einige außeruniversitäre Ausbildungsstätten wie etwa die landwirtschaftliche Akademie in Proskau (Preußen), die Hochschule für Bodenkultur in Wien oder Kunstakademien spielten ebenfalls eine Rolle.[126])

Die berufliche Tätigkeit als dritter Indikator zur Erfassung der räumlichen Mobilität wird hier zweifellos durch die Beschränkung auf den jeweiligen Hauptberuf nur ungenügend erfasst.[127]) Immerhin ergibt sich aus den wiedergegebenen Zahlen, dass über 60 % der Abgeordneten nicht mehr in ihrem Geburtsort und über die Hälfte nicht mehr in ihrem Geburtsbezirk tätig waren. Diese Gegebenheit steht in starkem Kontrast zur Situation in der Gesamtbevölkerung, welche zu annähernd 80 % am Ort ihrer Geburt lebte.[128]) Erklärbar wird dies erneut durch den hohen Prozentsatz an Intelligenzberufen, Staatsbediens-

---

[122]) Nur vereinzelt waren die Güter auch in anderen österreichischen Kronländern, so bei Ferdinand Graf Hompesch, Gutsbesitzer auf Joslowitz in Mähren oder bei der aus der Bukowina stammenden armeno-polnischen Familie Abrahamowicz.

[123]) Beim Lesen dieser Tabellenabschnitte muss freilich berücksichtigt werden, dass die Grundgesamtheit, auf welche sich die Prozentzahlen beziehen, von denjenigen Fälle gebildet wird, bei denen der Schul- bzw. Ausbildungsort bekannt ist. Bei fehlenden Angabe ist in den meisten Fällen mit einer Grundschulbildung im lokalen Rahmen zu rechnen. Die Mobilität nach Maßgabe der relativen Zahlen wäre folglich geringfügig nach unten zu korrigieren.

[124]) Das Theresianum besuchten Jerzy Baworowski, Wojciech Dzieduszycki, Włodzimierz Gniewosz, Władysław Serwatowski und Wacław Zaleski, das Jesuitengymnasium ebenfalls Serwatowski und Henryk Starzeński, durchwegs nachmalige Abgeordnete adliger Herkunft.

[125]) Siehe dazu Henryk Kramarz, Stan ilościowy gimnazjów Galicyjskich w latach 1867–1914 [Der zahlenmäßige Bestand der galizischen Gymnasien in den Jahren 1867–1914], in: Studia Historyczne 29 (1986), S. 359–383.

[126]) Zum Studium von Polen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Veterinärwissenschaft vgl. Stanisław Brzozowski, Studia rolnicze, leśne i weterynaryjne Polaków w Wiedniu od XVIII do XX wieku [Studien der Agrar-, Forst- und Veterinärwissenschaft von Polen in Wien vom 18. bis ins 20. Jh.], Wrocław 1967.

[127]) Zu den Biographien, welche sich durch höchste Mobilität auszeichneten, gehört etwa diejenige von Ludwik Dobija, der nach Wanderjahren und Episoden der Flucht aus politischen Gründen über Wien, Ungarn und Bielitz schließlich wieder in sein Heimatdorf zurückkehrte.

[128]) Bujak, Galicja, Bd. 1, S. 65 (78,4 % errechnet für 1900).

teten, Advokaten und Lehrern, alles Berufsbereiche, welche sich durch einen häufigen Ortswechsel des Beschäftigten auszeichneten. Eine vergleichsweise geringere Mobilität wiesen lediglich die Abgeordneten der PSL auf, dies aufgrund der bedeutenden Zahl von örtlich verwurzelten Landwirten in den Reihen dieser Partei, die sich – wie gesehen – dann auch mehrheitlich im Rahmen ihres örtlichen Wahlbezirks politisch engagierten.

Als Fazit ergibt sich die Feststellung, dass wir es bei den polnischen Abgeordneten mit einer Gruppe zu tun haben, die sich durch einen breiten räumlichen Erfahrungshorizont auszeichnete, der nicht selten – insbesondere im Zusammenhang mit der Ausbildung – über die Grenzen des Kronlands hinaus reichte. Am ausgeprägtesten war diese Mobilität bei den Konservativen, am geringsten bei den Bauernvertretern. Die Wahl ins Abgeordnetenhaus und der folgende oftmals lange dauernde Aufenthalt in Wien mochte für die einen ein Wiedersehen mit einem bereits recht vertrauten Milieu bedeutet haben, das sie aus der Studienzeit oder auch – bei einigen Beamten – aus einer früheren beruflichen Tätigkeit kannten. Für nicht wenige war es aber doch wohl die erste Begegnung mit der Reichshaupt- und Residenzstadt.

In Wien gehörten die Abgeordneten dank ihres Parlamentarierstatus zwei sozialen Sphären an, die sich kaum überlappten: einerseits dem Milieu der Politik und der Elitengesellschaft in der Reichshauptstadt, mit der sie unter anderem durch diverse offizielle Verpflichtungen verbunden waren, und andererseits dem in der Reichshauptstadt sehr aktiven polnischen gesellschaftlichen Milieu aus Vereinen, Kirche und Presse.[129]) Wie intensiv die Partizipation an der Wiener Gesellschaft war, hing in erster Linie von dem politischen und gesellschaftlichen Rang ab, den der Einzelne in diese einbringen konnte. Die Spitzen der polnischen Politik wie Biliński, Jaworski oder Dzieduszycki waren ohne Zweifel geübte und gewandte Gäste in der Wiener Gesellschaft, während so mancher Abgeordnete der hinteren Ränge möglicherweise eher Zuflucht im polnischen Minderheitsmilieu der Donaumetropole suchte. Genaues wissen wir darüber bislang wenig.

Eine recht interessante Informationsquelle bieten in diesem Zusammenhang die in den Namensverzeichnissen des Abgeordnetenhauses angeführten Wohnadressen der Parlamentarier. Es lässt sich etwa nachweisen, dass deutlich über die Hälfte der polnischen Abgeordneten privat untergebracht war und zahlreiche politisch und wohl auch persönlich befreundete Mandatare an derselben Adresse wohnten. Da sich die überwiegende Zahl in der Nähe des Parlamentsgebäudes, im 8. Bezirk (Josefstadt) niederließ, kann man annehmen, dass es sich hier tatsächlich um eigens gemietete Wohnungen handelte und nicht um ein Unterkommen in einem polnischen Bekanntenkreis. Ferner können einige Hotels als regelrechte Versammlungsstätten der Parteien identifiziert werden, so für die PSL das Hotel „Zum Wolf in der Au“ im 8. Bezirk und für die Sozialdemokraten das Hotel „Höller“ im 7. Bezirk. Nur selten kam es vor, dass sich Vertreter verschiedener Parteirichtungen im selben Hotel zusammenfanden. Die Konservativen und Liberaldemokraten bevorzugten un-

---

[129]) Eine breit angelegte Studie zur Kultur und Gesellschaft der polnischen Minderheit in Wien, die ein reges Vereins- und Pressewesen pflegte, steht noch aus. Bruchstücke finden sich in: Jakub Forst-Battaglia, Polnisches Wien, Wien 1983; Roman Taborski, Polacy w Wiedniu [Polen in Wien], Wrocław–Warszawa–Kraków 1992. Erhellend sind teilweise die Erinnerungen von Kazimierz Chłędowski, die jedoch ebenfalls aus der Perspektive des Politikers geschrieben sind: Pamiętniki, 2. Bd: Wiedeń (1881–1901), Kraków 1957.

zweifelhaft die teureren Hotels im 1. Bezirk, am Graben (Hotel „Müller“), an der Kärntnerstrasse (Hotel „Erzherzog Karl“) oder am Ring („Grand Hotel“, „Hôtel de France“). Nicht unamüsant erscheint es daher, hier abschließend festzustellen, dass sich die soziale und politische Distanz innerhalb des polnisch-galizischen Abgeordnetenkollektivs auch in den jeweiligen Wohnumständen in Wien widerspiegelte.[130])

2. Die Ruthenen

a) Überblick

Bei einer kollektivbiographischen Betrachtung der zwischen 1897 und 1918 gewählten galizischen Reichsratsabgeordneten ruthenischer Nationalität muss zunächst daran erinnert werden, dass diese Gruppe nur 49 Personen umfasste, also insgesamt wesentlich kleiner war als diejenige der Polen. Eine Differenzierung nach Untergruppen wird dort problematisch, wo eine bestimmte kritische Größe unterschritten wird, unter der statistische Aussagen kaum mehr sinnvoll sind. Obwohl die einzelnen Tabellen nach den politischen Richtungen gegliedert sind, werden wir uns daher in den folgenden Ausführungen auf die Gesamtgruppe konzentrieren und nur gelegentlich auf besonders augenfällige Unterschiede zwischen den Parteirichtungen hinweisen. Lediglich für die als besonders wichtig geltende Berufsvariable wollen wir darüber hinaus die Kandidaten berücksichtigen, um damit unsere Aussagen über die Sozial- und Berufsstruktur der einzelnen politischen Richtungen auf eine etwas breitere Basis stellen zu können.

Wie an anderer Stelle dieser Arbeit ausgeführt, war die Vertretung der Ruthenen im Wiener Reichsrat, sowohl was ihre zahlenmäßige Stärke als auch was ihre politische Schattierung betrifft, bis 1907 weitgehend von der Politik der Polen gesteuert. Unter dem Kurienwahlrecht bildeten die ruthenischen Abgeordneten aus Galizien eine äußerst kleine Gruppe. Im Vergleich zu ihren innergalizischen nationalen Rivalen, deren Mandat im Abgeordnetenhaus teilweise bis auf die Anfänge des Konstitutionalismus in Österreich zurückging, stellten die ruthenischen Abgeordneten daher auch eine politisch vergleichsweise unerfahrene Gruppe dar. Nur diejenigen Parlamentarier, welche während der Zeit der unumschränkten Herrschaft des Polnischen Zentralwahlkomitees in den 1880er und 1890er Jahren zumindest zeitweise eine polenfreundliche Linie vertreten hatten – zu erinnern sei insbesondere an die „Neue Ära“ der Jahre 1890 bis 1894 – besaßen überhaupt die Chance, auf eine etwas längere Zeit im Abgeordnetenhaus zurückblicken zu können.[131]) Der größte Teil der ruthenischen Abgeordneten wurde nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts erstmals gewählt. Die Gruppe insgesamt war daher auch überdurchschnittlich jung

---

[130]) Namensverzeichnis der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Wien, diverse Jahrgänge.

[131]) Nur vier Abgeordnete fallen in diese Kategorie: Oleksandr Barvins'kyj, 1897 und 1901 gewählt, seit 1891 im Abgeordnetenhaus, Kornel Mandyčevs'kyj, ebenfalls 1897 und 1901 gewählt, seit 1885 im Abgeordnetenhaus, Ksenofont Ochrymovyč, 1897 gewählt und seit 1885 Abgeordneter und Julijan Romančuk, 1901 gewählt und seit 1891 Abgeordneter. Die drei Erstgenannten gehörten dem klerikal-konservativen Lager an, Romančuk war der Führer der „Neuen Ära“, dessen Wiederwahl nach seiner Abkehr von der Versöhnungspolitik mit den Polen 1897 zunächst noch erfolgreich verhindert werden konnte.

(Tab. IV.5) und gehörte überwiegend den Jahrgängen der 1850er bis 1870er Jahre an (Tab. IV.27). Nur die Vertreter der national-konservativen Richtung, welche alle vor der großen Wahlreform gewählt wurden, waren mehrheitlich einer Generation zuzurechnen, welche vor der Jahrhundertmitte geboren wurde.

Tabelle IV.27: Geburtsjahrgänge nach politischer Richtung (Ruthenen)

Geburtsjahrgänge	Russophile		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Vor 1840	0	,0	1	12,5	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,0
1840er Jahre	0	,0	4	50,0	2	7,4	0	,0	0	,0	6	12,2
1850er Jahre	2	33,3	3	37,5	5	18,5	0	,0	0	,0	10	20,4
1860er Jahre	3	50,0	0	,0	12	44,4	3	60,0	1	33,3	19	38,8
1870er Jahre	1	16,7	0	,0	7	25,9	2	40,0	2	66,7	12	24,5
1880er Jahre	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	0	,0	1	2,0
TOTAL	6	100	8	100	27	100	5	100	3	100	49	100

b) Berufs- und Sozialstruktur

Die folgende Tabelle IV.28 führt uns die Berufsstruktur der ruthenischen Abgeordneten vor Augen, zum einen unter Berücksichtigung nur des Hauptberufs und zum anderen unter Heranziehung des oben definierten beruflichen Umfelds, das sowohl die berufliche Vergangenheit als auch die nebenberufliche Tätigkeit umfasst. Aus Gründen der Darstellung können hier wiederum nur die Prozentwerte angegeben werden.

Der bereits festgestellte hohe Anteil der Intelligenzberufe und die entsprechend geringe Bedeutung der Landwirtschaft ändert sich auch nicht, wenn wir das berufliche Umfeld berücksichtigen. Besonders erwähnenswert erscheint, dass auch unter den Abgeordneten der Radikalen Partei (R-URP) nur ein einziger (von 5) beruflich mit der Landwirtschaft verbunden war. Gemessen an ihrer parlamentarischen Elite verabsäumte es diese Partei, die nach 1900 sogar in ihrem Namen zuweilen das Etikett einer Bauernpartei führte, die Diskrepanz zwischen ihrem politischen Selbstverständnis und ihrem kollektivbiographischen Profil zu schließen. Dabei hätte eine dem Slogan der PSL nachgebildete Kampagne unter dem Motto „Bauern für Bauern" der Partei eventuell gute Dienste leisten können in ihrem stets virulenten Bemühen, sich von ihrem großen Rivalen von der UNDP abzugrenzen. Während also die PSL im Zuge ihres Wandels seit den 1890er Jahren von einer Intellektuellenpartei zu einer Bauernpartei mutierte (zwei Drittel der Abgeordneten waren der Landwirtschaft zuzuordnen), blieb die parlamentarische Vertretung der Radikalen das, was sie von Beginn an gewesen waren: eine Partei der radikalen Intelligenz. Damit fügten sie sich nahtlos ein in das Gesamterscheinungsbild der Ruthenen im Abgeordnetenhaus in den letzten 20 Jahren vor dem Ende der Monarchie.

Der Unterschied in der parlamentarischen Vertretung der polnischen und ruthenischen Bauernparteien lässt sich im Anschluss an die Ausführungen in Abschnitt I unter anderem auf die Qualität der jeweiligen Bauernbewegungen zurückführen. Die „autochtone", also nicht oder nicht primär intelligenzgesteuerte Bauernbewegung war unter der polnischen Landbevölkerung in Westgalizien weit stärker entwickelt als dies für die ruthenische in

Tabelle IV.28: Beruf nach politischer Richtung (Ruthenen)

Beruf	Russophile		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU	HB	BU
1. Landwirtschaft	,0	,0	,0	12,5	3,7	3,7	20,0	20,0	,0	33,3	4,1	8,2
Landwirte	,0	,0	,0	12,5	3,7	3,7	20,0	20,0	,0	33,3	4,1	8,2
2. Gew., Ind., Handw.	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
3. Lehrberufe	,0	,0	37,5	37,5	18,5	22,2	,0	,0	,0	,0	16,3	18,4
Hilfslehrer	,0	,0	,0	,0	,0	3,7	,0	,0	0	,0	,0	2,0
Mittelschullehrer	,0	,0	25,0	25,0	11,1	11,1	,0	,0	,0	,0	10,2	10,2
Höhere Lehranstalt	,0	,0	12,5	12,5	,0	,0	,0	,0	,0	,0	2,0	2,0
Universitätslehrer	,0	,0	,0	,0	7,4	7,4	,0	,0	,0	,0	4,1	4,1
4. Justiz u. Verw.	16,7	16,7	25,0	25,0	7,4	11,1	,0	,0	,0	,0	10,2	12,2
Hohe Verwaltung	,0	,0	,0	,0	,0	3,7	,0	,0	,0	,0	,0	2,0
Hohe Justiz	16,7	16,7	25,0	25,0	7,4	7,4	,0	,0	,0	,0	10,2	10,2
5. Freie Berufe	50,0	50,0	12,5	12,5	40,7	44,4	60,0	60,0	33,3	33,3	38,8	40,8
Ärzte	,0	,0	12,5	12,5	,0	,0	,0	,0	33,3	33,3	4,1	4,1
Advokaten	16,7	16,7	,0	,0	33,3	33,3	60,0	60,0	,0	,0	26,5	26,5
Advokaturkandidaten	33,3	33,3	,0	,0	7,4	11,1	,0	,0	,0	,0	8,2	10,2
6. Geistliche	33,3	50,0	25,0	25,0	14,8	18,5	,0	,0	,0	,0	16,3	20,4
Niedere Geistliche	16,7	33,3	,0	,0	11,1	11,1	,0	,0	,0	,0	8,2	10,2
Mittlere Geistliche	,0	,0	,0	,0	,0	3,7	,0	,0	,0	,0	,0	2,0
Hohe Geistliche	16,7	16,7	25,0	25,0	3,7	3,7	,0	,0	,0	,0	8,2	8,2
7. Redakt., Schriftst.	,0	,0	,0	25,0	14,8	51,9	20,0	20,0	66,7	100	14,3	40,8
Redakteure	,0	,0	,0	25,0	14,8	51,9	,0	,0	66,7	100	12,2	38,8
Schriftsteller	,0	,0	,0	,0	,0	,0	20,0	20,0	,0	,0	2,0	2,0
8. Privatbeamte	,0	,0	,0	,0	,0	3,7	,0	,0	,0	,0	,0	2,0
Privatbeamte	,0	,0	,0	,0	,0	3,7	,0	,0	,0	,0	,0	2,0
9. Andere	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0	,0
TOTAL (N)	6		8		27		5		3		49	

Prozentwerte
HU = Hauptberuf; BU = Berufliches Umfeld
Natkons. = Nationalkonservative; Natdem. = (Ruthenische) Nationaldemokraten; Sozdem. = Sozialdemokraten

Ostgalizien der Fall war. Zu erklären war dies nicht nur mit dem Bestehen eines innernationalen Gegensatzes zwischen adliger Herrenschicht und Bauerntum. Zusätzlich zu erwähnen ist das allgemeine soziokulturelle Gefälle zwischen den beiden Teilen des Landes sowie die Tradition des selbständigen politischen Handelns der polnischen Bauernschaft, die bis auf das Jahr 1848 zurückging. Im weiteren muss für den polnischen Fall das Bestehen einer bäuerlichen Mittel- und Oberschicht und einer entsprechenden, auch über den höheren Bildungsweg verankerten Elitenbildung erwähnt werden. Dies stand im Gegensatz zur ruthenischen Agrargesellschaft, wo die Priester eine solche Elitenfunktion übernahmen und die Agrarbevölkerung selbst weniger differenziert war. Bedeutsam war schließlich auch die Tatsache, dass im westlichen Teil des Kronlands die soziale, kulturelle und ökonomische Emanzipation nicht von der nationalen Frage überlagert war und daher die selbstgesteuerte Emanzipationsbewegung gezielter angegangen werden konnte.

Unter den in Tabelle IV.28 angeführten Berufsbereichen verdient die Geistlichkeit besondere Aufmerksamkeit. In Bezug auf die einzelnen politischen Richtungen ist zunächst insofern ein gewisser Zusammenhang zwischen Berufsprofil und politischer Ideologie festzustellen, als in den Reihen der Russophilen und Klerikal-Konservativen, welche am stärksten klerikale Elemente in ihrem Programm vertraten, immerhin jeweils zwei Geistliche unter den Repräsentanten im Abgeordnetenhaus zu finden waren. Unter den antiklerikal ausgerichteten Radikalen und Sozialdemokraten fanden sich dagegen keine Vertreter des Klerus, während die vier Priester in den Reihen der Nationaldemokraten (UNDP) auch als Ausdruck der Integration und der Versöhnung dieser Partei mit dem Klerus und dessen konservativer gesellschaftspolitischer Haltung gedeutet werden können. Drei von ihnen wurden erst seit 1907 gewählt, als dieses Selbstverständnis als Integrativkraft bereits etabliert war.[132])

Wenn der Anteil der Geistlichkeit mit 16 % (insgesamt 8 Abgeordnete) noch immer eine der höchsten Quoten im Gesamtparlament darstellt (Tab. IV.7), so signalisiert diese Zahl doch gleichzeitig auch die starke Säkularisierung, welche die politische Elite der Ruthenen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Beginn der modernen nationalen Bewegung durchlaufen hatte. Im Jahre 1848 war die Politik der Ruthenen bekanntlich weitgehend eine Sache der griechisch-katholische Kirchenhierarchie („St.-Georgs-Partei") gewesen, und noch im Zeitraum zwischen 1861 und 1891 gehörten von allen 32 Reichsratsabgeordneten 18 dem Priesterstand an.[133]) Der Bedeutungsrückgang des Klerus kann unter verschiedenen Aspekten erörtert werden. Zunächst als innerruthenischer politischer Wandel: Die stark klerikal geprägten russophil-konservativen Eliten wurden seit den 1880er-Jahren sukzessive zurückgedrängt durch die neue nationalukrainische Politikergeneration, welche auch ein neues, säkular geprägtes Berufsprofil mitbrachte. Allerdings ist zu betonen, dass auch die Russophilen die Entwicklung hin zu einer nicht-klerikalen, professionalisierten Politikerkaste vollzogen. Wie unter anderen Aspekten auch – etwa hinsichtlich der Hinwendung zur Basispolitik – glichen sich Russophile und Ukrainophile auch unter diesem Gesichtspunkt stärker als gemeinhin angenommen.[134])

In einem erweiterten Kontext geht der Säkularisierungsprozess auch konform mit dem von Miroslav Hroch erarbeiteten Stufenmodell der nationalen Bewegungen.[135]) Er war sodann auch nicht losgelöst von den institutionellen Rahmenbedingungen, denn erst in der zweiten Jahrhunderthälfte stieg der Bedarf an Intelligenzberufen im Zeichen der Bürokratisierung und Verrechtlichung des öffentlichen Lebens. Schließlich gilt es zu berücksichtigen, dass sich die dörfliche Struktur selbst und die Rolle der Priester im Dorf in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts stark veränderte. Die zuvor dominierende soziale Stellung der Geistlichen als einziger Instanz, welche allgemeingültige und ideelle Inhalte in einer weitgehend analphabetischen Dorfbevölkerung zu vermitteln vermochte, wurde in dem Mo-

---

[132]) Es handelte sich um Josip Folys, Stepan Onyškevyč und Tyt Vojnarovs'kyj. Der vierte war Danylo Tanjačkevyč, einer der Jungruthenen der ersten Stunde, der also noch einer anderen Generation angehörte und über das Studentenmilieu zur nationalukrainischen Bewegung gestoßen war.

[133]) Siehe auch die Zahlenverhältnisse im Landtag bei Binder, Parteiwesen und Parteibegriff, S. 239.

[134]) Wendland, Russophile, S. 337–393, hier insbes. S. 341.

[135]) Miroslav Hroch, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas, Prag 1968, S. 132.

ment geschmälert, als die von der Geistlichkeit selbst geförderte Aufklärungsbewegung das Dorf erreichte. Der Klerus als Vermittler zwischen städtischer Intelligenz und Bauernschaft wurde in dem Moment überflüssig, als es kulturelle, politische und wirtschaftliche Institutionen gab, welche der Intelligenz die Möglichkeit gaben, direkt in Kontakt mit der Dorfbevölkerung zu treten.[136])

Den höchsten Anteil unter den säkularen Intelligenzberufen nahmen die freien Berufe ein und hier insbesondere die Advokatur. 17 ruthenische Abgeordnete, also mehr als jeder Dritte, war Advokat oder Advokaturanwärter. Diese Quote überstieg bei weitem das übliche Maß der ohnehin hohen Repräsentanz der Advokatur in der Politik, die sich allgemein mit der inhaltlichen Nähe der Advokatur zur politischen Sphäre und zu öffentlichen Fragen im allgemeinen begründen lässt. Die überdurchschnittliche Vertretung des Advokatenberufs unter den ruthenischen Abgeordneten kann verschieden begründet werden. In einem nationalen Umfeld, in dem sich die politischen Ziele zu einem wesentlichen Teil aus dem Gedanken der Emanzipation von der sozialen und rechtlichen Bevormundung einer anderen gesellschaftlichen Gruppe (der Polen) entwickelte, musste die Advokatur nicht nur als Institution zur individuellen Rechtsvertretung, sondern darüber hinaus als geeignetes Instrument zur Wahrung der kollektiven nationalen Rechte erscheinen. Die Advokatur war also in diesem Sinne nicht nur politiknah. Sie war selbst Politik und der Parlamentarier Advokat der Nation.

Zweitens müssen die beruflichen Alternativen bedacht werden, die einem ruthenischen Absolventen der Rechtswissenschaft offen standen. Dem spätestens im studentischen Milieu zum Nationalpatrioten gewordenen jungen Juristen konnte unter den Bedingungen eines polnisch kontrollierten Verwaltungsapparats eine Karriere im Staatsdienst kaum als eine attraktive Option erscheinen. Nicht nur bot sich ihm keinerlei Chance, seine nationale Mission zu erfüllen. Seine beruflichen Aufstiegschancen waren, so zumindest die herrschende Meinung im innerruthenischen Diskurs, gering und das Konfliktpotential mit den Vorgesetzten in der Behörde umso größer. So erstaunt es nicht, dass kein ruthenischer Abgeordneter hauptberuflich in der politischen Verwaltung beschäftigt war. Ein einziger Mandatar, der im Rahmen des „beruflichen Umfelds“ dem Verwaltungsdienst zuzuordnen ist, war ein ehemaliger Finanzrat, dessen Fall gerade als Paradebeispiel einer verhinderten Karriere gelten durfte und auch als solches der Öffentlichkeit präsentiert wurde.[137]) Im

---

[136]) John-Paul Himka, Religion and Nationality, sowie Ders., The Greek Catholic Church and Nation Building in Galicia 1772–1918, in: Harvard Ukrainian Studies 8 (1984), S. 426–452.

[137]) Es handelte sich dabei um Vasyl’ Ritter von Javors’kyj, Co-Redakteur der „Ruthenischen Revue“ (später „Ukrainischen Rundschau“) in Wien. Dieser war zunächst bis zum Finanzrat avanciert, geriet aber in dem Moment in Schwierigkeiten, als er 1897 für den Reichsrat kandidierte und sich entsprechend an der Wahlagitation beteiligte. Er wurde daraufhin nach Westgalizien und anschließend, nach weiterer politischer Agitation unter der lokalen Bevölkerung der Lemken, nach Krakau zwangsversetzt und zum Hilfsbeamten degradiert. Er gab schließlich den Staatsdienst auf zugunsten der Journalisten- und Politikerkarriere. Im Reichsrat nutzte er seine politischen Möglichkeiten, um im Rahmen politischer Vorstöße sein Schicksal als exemplarisch für das Vorgehen der Staatsbehörden gegenüber der ruthenisch-patriotisch engagierten Beamtenschaft darzustellen. Siehe dazu: Basil Ritter von Jaworskyj, Die Ruthenophobie der galizischen Finanz-Landesdirektion, in: Ruthenische Revue 1 (1903), S. 83–89.

Vergleich zur Verwaltung war das Justizwesen hingegen weniger stark polnisch-nationaler Kontrolle unterworfen. Wie der Advokat konnte auch der Richter sich als Diensthaber an der Nation begreifen, der um Gerechtigkeit für das eigene Volk kämpfte. So erklärt sich, dass immerhin 5 (inklusive der Bukowina 6) ruthenische Abgeordnete Richter waren, eine Quote, die deutlich über derjenigen der Polen lag.[138])

Einen weiteren besonders wichtigen Berufssektor bildeten die Lehrberufe. Mit 9 ruthenischen Abgeordneten aus Galizien, die vor oder während ihrer Mandatsausübung als Lehrer tätig waren, lag der Anteil hier ebenfalls insgesamt höher als bei den Polen. Auf der Motivationsebene lässt sich dabei ähnlich argumentieren wie im Falle der Advokatur und der Justiz, nämlich nationalpolitisch: Das Ringen um den „nationalen Besitzstand" zwischen Polen und Ruthenen in Ostgalizien war zu einem wesentlichen Teil gerade ein Kampf um Bewahrung bzw. Eroberung von Positionen im Bereich der Bildungsinstitutionen. Die Bewilligung eines ruthenischen Gymnasiums war gerade deshalb eine derart hochpolitische Angelegenheit, weil damit der kulturelle Boden geschaffen und gefestigt wurde, auf dem die ruthenische nationale Bewegung überhaupt aufbauen konnte. In diesem Umfeld sah sich die Lehrerschaft von Beginn an in einem stärkeren Maße in die politische Sphäre hineingezogen als dies in anderen politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen der Fall war. So ist es kein Zufall, dass drei der führenden national-ukrainischen Parlamentarier der ersten Generation dem Lehrerberuf angehörten. Allerdings mussten auch sie aufgrund der Kompetenzen des polnisch kontrollierten Landesschulrats eventuell Grenzen in ihren beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten in Kauf nehmen.[139]) Etwas anders sah die Situation bei den Hochschullehrern aus, deren Bedeutung unter den Abgeordneten alleine wegen der geringen Anzahl ukrainisch-sprachiger Lehrstühle nicht an diejenige der Polen herankommen konnte. Allerdings sahen sich die beiden Lemberger Universitätsprofessoren in den Reihen der Ruthenen umso mehr dazu berufen, im großen politischen Streit um die ruthenische Universität in der Landeshauptstadt die Phalanx der Kämpfer in dieser Sache anzuführen und den polnischen Professoren-Politikern Paroli zu bieten.[140])

---

[138]) Es handelte sich bei den Galiziern um Ivan Dluzans'kyj, Modest Karatnyc'kyj (beide nationalkonservativ), Lev Levyc'kyj, Volodymyr Singalevyč (beide nationaldemokratisch) sowie Volodymyr Kurylovyč (russophil).

[139]) Das galt für Oleksandr Barvins'kyj, Lehrer an der Lehrerbildungsanstalt in Lemberg, dem Mitte der 1880er Jahre aus politischen Gründen der Posten eines Rektors verweigert worden war. Siehe: Oleksandr Barvins'kyj, Spomyny z moho žyttja. Obrazky z hromadianskoho i pysmenskoho rozvytku rusyniv [Erinnerungen aus meinem Leben. Bilder aus der gesellschaftlichen und literarischen Entwicklung der Ruthenen], 2 Bde., L'viv 1912–1913, hier 2. Bd., S. 350. Die anderen beiden führenden *Narodovci* waren Anatol Vachnjanyn, Gymnasiallehrer am Franz-Josephs-Gymnasium in Lemberg, und Julijan Romančuk, Gymnasialdirektor am ruthenischen Gymnasium der Landeshauptstadt. Dieser zog sich im Jahre 1899 überhaupt aus dem Lehrberuf zurück, um sich ganz der Politik widmen zu können.

[140]) Es handelte sich um die Abgeordneten Stanislav Dnistrjans'kyj und Oleksandr Kolessa. Hinzu kam der Bukowiner Stepan Smal-Stoc'kyj, der den Galiziern näherstand als dem Kreis um Vasyl'ko und in den Kriegsjahren auch als einziger Bukowiner der Ukrainischen Parlamentarischen Vertretung angehörte. Zur Rolle der Professor-Parlamentarier im Universitätsstreit siehe auch Binder, Der nationale Konflikt, insbes. S. 213.

Als dritte herausragende Gruppe sind die Zeitungsredakteure zu nennen. Der politische Journalismus konnte zwar nur in 6 Fällen als hauptberufliche Beschäftigung identifiziert werden, bildete aber darüber hinaus bei nahezu 40 % einen Teil des beruflichen Umfelds. Vor allem die freien Berufe und die Lehrberufe waren mit einer Tätigkeit als Redakteur verbunden.[141]) Betrachtet man dies nach der jeweiligen Chronologie des Lebenslaufs, so wird ersichtlich, dass der Weg in die journalistische Tätigkeit sehr früh einsetzte, oft während der Studentenzeit. Die Etablierung in einem Beruf erfolgte dann erst später, die politischen Verbindungen zur Zeitung blieben jedoch bestehen. Allgemein zeigt sich hier erneut nicht nur, dass die Presse für die galizische Politik insgesamt von großer Bedeutung war, sondern auch dass der hohe Professionalisierungsgrad der Politik nationalitätenübergreifend Gültigkeit hatte. Die bedeutendsten Mitbegründer, Chefredakteure und Herausgeber der wichtigsten ruthenischen Zeitungen Galiziens waren im österreichischen Parlament vertreten, weil ihre Präsenz in der Legislative die Garantie für eine reibungslose Koordination zwischen politisch-parlamentarischer Tätigkeit und Einflussnahme auf die Öffentlichkeit lieferte.[142])

Wenn damit in etwa das berufliche und soziale Profil der ruthenischen Reichsratsabgeordneten umrissen wurde, so stellt sich doch die Frage, ob die relativ schmale Zahlenbasis ausreicht, um Aussagen über die Struktur der politischen Elite zu treffen. Um unsere Beurteilungsgrundlage zu verbreitern, wollen wir daher für einen Moment zusätzlich zu den Parlamentariern die Kandidaten heranziehen, zu denen die Abgeordneten selbst als Teilgröße gehören. Die Scheidung der einen von den anderen ist ja zunächst nur dadurch gegeben, dass die Abgeordneten im Gegensatz zu den übrigen Kandidaten in der Wahl erfolgreich abschnitten und daher am Machtprozess als Funktionselite oder „decision-makers“ beteiligt waren. Sehen wir jedoch den Elitenbegriff nicht allein durch die Funktion definiert, sondern verstehen wir ihn als Abgrenzung zu demjenigen Teil der Bevölkerung, der sich nicht aktiv am politischen Geschehen beteiligte, so lassen sich die Kandidaten doch durchaus sinnvoll in den Kreis der politische Elite in diesem weiteren Sinne einbeziehen.[143])

Aufgrund von Tabelle IV.29 und einer damit auf annähernd 200 Personen erweiterten Grundgesamtheit muss das bisher entwickelte Berufsbild nicht unwesentlich korrigiert werden. Die freien Berufe und im Speziellen die Advokatur gehören zwar weiterhin zu den am stärksten repräsentierten Berufsbereichen, auf annähernd gleicher Höhe finden wir jedoch nun die Landwirtschaft und die Geistlichkeit (jeweils ca. 22 %). Mit anderen Worten: Der oben festgestellte unagrarische und weitgehend säkularisierte Charakter der poli-

---

[141]) Siehe die hier nicht wiedergegebene Kreuztabelle in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 282 (E39).

[142]) Allein *Dilo*, die größte und einflussreichste ruthenische Zeitung Galiziens, findet sich mit zwei ehemaligen Mitbegründern aus dem Jahr 1880 (Oleksandr Barvins'kyj und Anatol Vachnianyn) sowie drei Chefredakteuren (L'ongin Cehel's'kyj, Jevhen Levyc'kyj und Volodymyr Ochrymovyč) im Abgeordnetenhaus vertreten.

[143]) Es ist daran zu erinnern, dass zu den Reichsratskandidaten zahlreiche einflussreiche Persönlichkeiten gehörten, die jedoch nie gewählt wurden. Der bekannteste Fall unter den Ruthenen ist der Schriftsteller Ivan Franko, der sich 1897 und 1900 erfolglos für ein Mandat im Abgeordnetenhaus bewarb. Zur Eruierung der Berufe der Kandidaten wurden die Tageszeitungen verwendet.

Tabelle IV.29: Reichsratskandidaten: Hauptberuf nach politischer Richtung (Ruthenen)

Beruf	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		Unbek.		TOTAL	
	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%	A.	%
1. Landwirtschaft	22	29,3	0	,0	3	6,0	6	42,9	4	33,3	8	22,9	43	21,9
Landwirte	22	29,3	0	,0	3	6,0	6	42,9	4	33,3	8	22,9	43	21,9
2. Gew., Ind., H.	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	5,7	2	1,0
Selbst. Gew.	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	5,7		
3. Lehrberuf	3	4,0	4	40,0	6	12,0	0	,0	0	,0	2	5,7	15	7,7
Mittelschullehrer	3	4,0	2	20,0	3	6,0	0	,0	0	,0	2	5,7	10	5,1
Höhere Lehranstalt	0	,0	1	10,0	1	2,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	1,0
Universitätslehrer	0	,0	1	10,0	2	4,0	0	,0	0	,0	0	,0	3	1,5
4. Justiz, Verw.	14	18,7	3	30,0	4	8,0	0	,0	0	,0	2	5,7	23	11,7
Hohe Verwaltung	1	1,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	,5
Niedere Justiz	1	1,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,9	2	1,0
Hohe, mittlere Justiz	12	16,0	3	30,0	4	8,0	0	,0	0	,0	1	2,9	20	10,2
5. Freie Berufe	14	18,7	1	10,0	16	32,0	5	35,7	4	33,3	8	22,9	48	24,5
Ärzte	3	4,0	1	10,0	0	,0	1	7,1	1	8,3	2	5,7	8	4,1
Advokaten u. -kand.	11	14,7	0	,0	14	28,0	4	28,6	3	25,0	6	17, 1	38	19,4
Notare u. -kandidaten	0	,0	0	,0	2	4,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	1,0
6. Geistliche	17	22,7	2	20,0	15	30,0	0	,0	0	,0	9	25,7	43	21,9
7. Red, Schriftst.	0	,0	0	,0	4	8,0	3	21,4	4	33,3	0	,0	11	5,6
Redakteure	0	,0	0	,0	4	8,0	0	,0	4	33,3	0	,0	8	4,1
Schriftsteller	0	,0	0	,0	0	,0	3	21,4	0	,0	0	,0	3	1,5
8. Privatbeamte	1	1,3	0	,0	2	4,0	0	,0	0	,0	2	5,7	5	2,6
9. Andere	4	5,3	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	5,7	6	3,1
TOTAL	75	100	10	100	50	100	14	100	12	100	35	100	196	100

tischen Elite gilt für diesen erweiterten Personenkreis in weit geringerem Maße als für die Abgeordneten alleine. Hierzu bieten sich verschiedene Erklärungen an. Möglicherweise haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das der These Robert Michels von der für politische Organisationen charakteristischen Loslösung der Elite von der Basis, hier im soziologischen Sinne, entspricht. Zu Erhärtung dieser These müssten die beiden hier definierten Elitenkreise (Abgeordnete, Kandidaten) um zusätzliche Kreise zur Erfassung regionaler und basisnäherer Eliten (etwa Gemeindevertretungen, politisch-kulturelle Vereine etc.) erweitert werden.[144]) Aus diesem Modell müsste sich dann, falls die These von der soziologischen Entfernung durch zunehmende Nähe zur Machtspitze zutrifft, eine entsprechende Angleichung der äußeren Kreise an die Struktur der Durchschnittsbevölkerung ergeben. Vorhandenes Datenmaterial zur sozialen Zusammensetzung der Funktionäre in den ruthe-

[144]) Solche pyramidenartig aufgebaute Modelle zur Beschreibung der Abstufung politischer Macht von einer breiten Basis zu einer dünnen Spitze ist in der elitentheoretischen Literatur üblich. Siehe Putnam, Comparative Study, S. 10–11.

nischen Lesevereinen, welche einem solchen äußeren Kreis politischer Partizipation zuzurechnen wären, liefert eine Bestätigung für diese Annahme.[145])

Die These von der bildungs-, berufs- und soziostrukturellen Entfernung und Entfremdung der Spitze von der Basis geht konform mit empirischen Untersuchungen zu modernen politischen Gesellschaften und lässt sich als „Gesetz der zunehmenden Disproportionalität" (Robert Putnam) zusammenfassen.[146]) Selten beantwortet wird freilich die Frage nach den eigentlichen Mechanismen, welche dieses Phänomen zu erklären vermögen. Für den hier gegebenen Fall müsste im Rahmen eines möglichen Erklärungsansatzes bedacht werden, dass die Scheidung von erfolgreicher und nicht erfolgreicher Bewerbung um ein Mandat (also von Abgeordneten und „Nur-Kandidaten") ja keineswegs nur einen individuellen Erfolg oder Misserfolg darstellte, sondern wesentlich auch institutionelle Ursachen hatte. Je nach der prospektiven Erfolgschance gab es wie für alle teilnehmenden Gruppen auch für die Ruthenen insgesamt sogenannte sichere (dies kaum vor 1907), unsichere und hoffnungslose Wahlkreise. Mit dem neuen Wahlrecht von 1907 kamen neue Möglichkeiten hinzu, intern zu selektionieren. Seither waren bekanntlich für jeden Landwahlkreis in Ostgalizien nicht nur zwei sondern maximal vier Kandidaten pro Wahlorganisation aufzustellen, von denen zwei als Stellvertreter geringe Chancen hatten, überhaupt in den Reichsrat einzuziehen. Die Zuweisung der Kandidaten zu entsprechenden Wahlkreisen bzw. zu einer Haupt- oder Stellvertreter-Kandidatur stellte damit eine der wichtigsten Vorentscheidungen bezüglich Selektion zwischen einem potentiellen „Nur-Kandidaten" und einem Abgeordneten dar. Sie war parteiinternen bzw. wahlkomiteeinternen Entscheidungs- und Selektionsprozessen unterworfen, die sich freilich nur mit entsprechendem Quellenmaterial rekonstruieren lassen.

Das Datenmaterial zeigt jedoch als Indiz für eine interne „Deselektionierung" von Nicht-Intelligenzberufen, dass unter den als Stellvertreter kandidierenden Personen der Anteil der Bauern doppelt so hoch war wie unter den Hauptkandidaten. Zur Erklärung möge der Hinweis genügen, dass in jeder auf Kommunikation aufgebauten sozialen Organisation akademisch geschulte und im öffentlichen Leben versierte Personen zweifellos größere Chancen haben sich durchzusetzen als der nicht akademische – in diesem Fall bäuerliche – Durchschnitt. Offen bleibt die Frage, weshalb auch die Priester unter den Kandidaten relativ selten zum Abgeordnetenstatus gelangten. In jedem Fall lässt sich die anhand des westeuropäischen Modernisierungsprozesses des 19. Jahrhunderts entwickelte These von der verzögerten Transformation der Elite im Vergleich zur Gesellschaft hier nicht bestätigen.[147]) In dem Moment, als die Säkularisierung erst einsetzte (Ende des 19. Jahrhunderts), gehörten die Spitzen der Elite bereits zur säkularen Intelligenz, während die Geistlichen, welche nach der Verzögerungsthese entsprechend noch die Spitzen hätten einnehmen sollen, bereits nicht mehr über den zweiten Rang (Kandidatenstatus) hinauskamen.

---

[145]) Vgl. John-Paul Himka, Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the 19th Century, Edmonton 1988, S. 89. Danach waren zwei Drittel der Funktionäre in den Lesevereinen Bauern. Gleichzeitig gilt auch hier, dass die leitenden Funktionen nicht von Bauern, sondern von gesellschaftlichen Eliten, Priestern und Lehrern, ausgeübt wurden.

[146]) Putnam, Comparative Study, S. 33 ff.

[147]) Vgl. dazu Putnam, Comparative Study, S. 178 ff. („The lagged response of elite composition to industrialization").

c) Soziale Herkunft

Wir kehren nun zurück zu dem engeren Kreis der Abgeordneten und wenden uns der sozialen Herkunft zu.

Tabelle IV.30 spricht eine deutliche Sprache: Über die Hälfte der ruthenischen Abgeordneten entstammte einem griechisch-katholischen Pfarrhaus. Ein weiteres Fünftel kam aus einem nicht-geistlichen Intelligenz-Milieu (Lehrer, Beamte, Redakteure), während nur acht Abgeordnete aus bäuerlichen Verhältnissen stammten. Diese Zahlen sind – es sei nochmals betont – vor dem Hintergrund einer fast ausschließlich bäuerlichen Gesellschaft zu sehen, zumal die Herkunftsvariable ja auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Jahrhundertmitte zu beziehen ist. Geistliche und Lehrer bildeten die Notabeln in der dörflichen oder kleinstädtischen Umgebung, aus dem der überwiegende Teil der Abgeordneten stammte: Drei von vier ruthenischen Mandataren wurden an einem Ort geboren, dessen Einwohnerzahl unter 5000 Personen lag. Einige, insbesondere Lehrer- und Beamtensöhne, stammten auch aus größeren Zentren, Hauptorten von Gerichts- oder politischen Bezirken. Nur ein Einziger wurde in der Landeshauptstadt Lemberg geboren.

Tabelle IV.30: Beruf des Vaters nach politischer Richtung (Ruthenen)

Beruf d. Vaters	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
1. Landwirtschaft	1	20,0	0	,0	4	14,8	2	40,0	1	33,3	8	16,7
Landwirte	1	20,0	0	,0	4	14,8	2	40,0	1	33,3	8	16,7
2. Gew., Ind., H.	0	,0	1	12,5	1	3,7	0	,0	0	,0	2	4,2
Arbeiter, Unselbst.	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	0	,0	1	2,1
Selbst. Gewerbetreibende	0	,0	1	12,5	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,1
3. Lehrberuf	0	,0	0	,0	5	18,5	1	20,0	0	,0	6	12,5
Volksschullehrer	0	,0	0	,0	2	7,4	1	20,0	0	,0	3	6,3
Mittelschullehrer	0	,0	0	,0	2	7,4	0	,0	0	,0	2	4,2
Höhere Lehranstalt	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	0	,0	1	2,1
4. Justiz u. Verwaltung	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	1	33,3	2	4,2
Niedere Verwaltung	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	1	33,3	2	4,2
5. Freie Berufe	1	20,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,1
Advokaturkandidaten	1	20,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,1
6. Geistliche	2	40,0	7	87,5	14	51,9	2	40,0	1	33,3	26	54,2
Niedere Geistliche	2	40,0	6	75,0	12	44,4	2	40,0	1	33,3	23	47,9
Mittlere Geistliche	0	,0	1	12,5	2	7,4	0	,0	0	,0	3	6,3
7. Red. u. Schriftst.	1	20,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,1
Redakteure	1	20,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,1
9. Andere	0	,0	0	,0	2	7,4	0	,0	0	,0	2	4,2
Bürger, Private etc.	0	,0	0	,0	2	7,4	0	,0	0	,0	2	4,2
TOTAL	5	100	8	100	27	100	5	100	3	100	48	100

Besonderes Augenmerk gilt natürlich der Geistlichkeit. Es geht in diesem Zusammenhang nicht wie bisher um deren Bedeutung als eine in die Politik involvierte Gruppe, sondern um das Pfarrmilieu und dessen prägende Wirkung auf die zukünftige politische Elite.

Angesichts der Deutlichkeit der präsentierten Zahlen kann kein Zweifel bestehen, dass das elterliche Milieu eine der – wenn nicht die – entscheidendsten Variablen darstellte zur Rekonstruktion der kollektiven Biographie der ruthenischen Abgeordneten. Die Frage ist, inwieweit das politisierende Pfarrmilieu der „vorsäkularisierten Ära" ruthenischer Politik der Jahrhundertmitte den unmittelbaren Hintergrund zur politischen Karriere der folgenden Generation der Jahrhundertwende bildete. Auf der individuellen Ebene fehlen uns leider weitgehend Informationen zum öffentlichen Engagement der Vätergeneration, da jenes meist auf einer lokalen, unpolitischen Ebene stattgefunden hat.[148])

Es spricht freilich einiges dafür, dass die unmittelbare Politisierung in diesem engen Sinne nicht der entscheidende Faktor für die Rekrutierung der zukünftigen Elite darstellte. Vielmehr war der Weg vom Pfarrhaus zum Abgeordnetenhaus weit eher ein indirekter: Er führte über die Intelligenz. Es war zunächst die dünne Schicht der städtischen Intelligenz, welche sich aus dem Milieu der Geistlichkeit rekrutierte und welche dann ihrerseits den Boden für die noch dünnere Schicht der in die Politik Involvierten bildete. Es ist verschiedentlich festgestellt worden, dass die Intelligenz insgesamt – und nicht nur derjenige Teil, der dann eine politische Karriere einschlug – unter den Ruthenen zu einem überaus gewichtigen Teil aus dem Pfarrmilieu stammte.[149]) Dass nicht primär die Politisierung in eine bestimmte Richtung, etwa in diejenige einer ukrainischen (ruthenischen) Nationalbewegung auf der Grundlage der kulturellen Eigenständigkeit der griechisch-katholischen Kirche ausschlaggebend war, zeigt sich etwa darin, dass sich Vertreter aller politischen Schattierungen, auch der russophil gefärbten, aus einem klerikalen Milieu rekrutierten.

Die Bedeutung des Pfarrhauses als biographischer Hintergrund für die ruthenische Intelligenz lässt sich soziologisch begründen. In den Jahrzehnten, in denen der größte Teil unserer Untersuchungsgruppe Kindheit und Jugend verlebte, war zumindest auf dem Land die Geistlichkeit zusammen mit den Lehrern die einzige Autorität, die aufgrund ihrer Bildung und ihrer gesellschaftlichen Aufgabe die Vermittlung ideeller – nicht unbedingt politischer – Werte übernehmen konnte. Dank dieser Autorität und ihres Sozialprestiges, aber auch durch ihre bessere materielle Lage, hoben sich die Priester gleichzeitig ab von der umliegenden Gesellschaft.[150]) Unter diesen Umständen war der Weg der Priestersöhne zu einem Dasein als Landwirte kaum naheliegend. Es blieb die Übernahme des väterlichen Berufs oder aber ein anderer durch das „intellektuelle" Milieu des Zuhauses vorgezeichneter Weg. Beides

---

[148]) Nur bei vier Abgeordneten-Vätern, die gleichzeitig Priester waren, liess sich rekonstruieren, dass sie in den Bezirksvertretungen saßen: Roman Jarosevyč, Modest Karatnyc'kyj, Jevhen Olesnyc'kyj und Volodymyr Singalevyč.

[149]) Siehe etwa Himka, Greek Catholic Church, S. 446 oder kurz erwähnt bei Andreas Kappeler, Aspekte der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, hrg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler, Baden-Baden 1993, S. 70–81, hier 74. Der hohe Anteil der Priestersöhne unter den Studenten wird auch deutlich sichtbar, wenn man die Studentenkataloge (Nationale) der Universität Lemberg durchblättert. Zur sozialen Zusammensetzung der Gymnasiasten siehe Sirka, Nationality Question.

[150]) Dazu vor allem Himka, Villagers, S. 106–117. Zu den Dorfnotabeln zählt Himka neben den Priestern Lehrer und Kantoren. Letztere lassen sich unter den Berufen der Vätergeneration unserer Untersuchungsgruppe nicht feststellen, während unter den Lehrerkindern nur drei von Volksschullehrern in kleineren Orten und weitere drei von Gymnasiallehrern abstammten.

führte zu Gymnasium und Universität oder Priesterseminar. Auch wenn es durchaus möglich war, dass der Vater selbst zum politisierenden Teil des Klerus gehörte, so schuf in der Folge das akademische Milieu eine mindestens ebenso wesentliche Instanz der politischen Sozialisierung.[151]) Erst jetzt, mit der örtlichen Entfernung vom Dorf oder kleinstädtischen Milieu, mit der Übernahme von intelligenzspezifischen Kommunikationsformen und der Schaffung neuer sozialer Netze vergrößerte sich im übrigen die Distanz zur ländlichen Bevölkerung entscheidend. Erst jetzt, nachdem das trotz seiner exponierten Stellung in die umliegende Dorfgesellschaft integrierte Pfarrmilieu verlassen wurde, entstand der Bedarf an intermediären Organisationen zur Politisierung der Bauernbevölkerung.

Es bliebe zum Abschluss noch die Frage zu beantworten, welche Rolle das adlige Milieu bei den Ruthenen spielte. Unter dem größtenteils polonisierten Adel, der auf ein ukrainisches Geschlecht zurückging und sich zur griechisch-katholischen Kirche bekannte, befanden sich Elemente, welche im 19. Jahrhundert unter Rückgriff auf die Kosakentradition den Weg zu einem modernen ukrainischen Nationalismus fanden. Auch ein solches Elternhaus hätte theoretisch ein geeignetes Milieu schaffen können, um eine nationalpolitisch bewusste Generation heranzuziehen. Ein Blick auf unsere Untersuchungsgruppe zeigt jedoch, dass dem „re-ukrainisierten" Landadel nur ein einziger ruthenischer Abgeordneter aus Galizien entstammte, der zudem offensichtlich auf anderem Wege seine politische Sozialisierung erfuhr.[152])

d) Bildung und Bildungsweg

Noch deutlicher als das Berufsbild zeigt das Bildungsniveau der ruthenischen Abgeordneten ihre bereits mehrfach festgestellte überwiegende Zugehörigkeit zur Intelligenz:

Tabelle IV.31: Höchste erreichte Bildungsstufe nach politischer Richtung (Ruthenen)

Bildungsstufe	Russophile		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Primarstufe	0	,0	0	,0	1	3,7	1	20,0	0	,0	2	4,1
Sekundärstufe I–II	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	2	66,7	2	4,1
Tertiärstufe I	1	16,7	1	12,5	2	7,4	0	,0	0	,0	4	8,2
Universität	5	83,3	7	87,5	24	88,9	4	80,0	1	33,3	41	83,7
TOTAL	6	100	8	100	27	100	5	100	3	100	49	100

[151]) Eine mögliche interessante historische Parallele zu dem griechisch-katholischen Priestermilieu findet sich in der Bedeutung des evangelischen Pfarrhauses für die Rekrutierung eines wichtigen Teils der geistigen Elite in der deutschen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Vgl. Martin Greiffenhagen (Hg.), Das evangelische Pfarrhaus. Eine Kultur- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1984.

[152]) Es handelt sich um den bereits erwähnten Vasyl' Ritter von Javors'kyj. Ein anderer, Volodymyr Singalevyč Ritter von Schilling entstammte möglicherweise deutschem Adel. Seine Adelsherkunft konnte nicht eruiert werden. Einen besonderen Fall bildet Kazimierz Graf Szeptycki (Šeptyc'kyj). Er entstammte ebenfalls einer polonisierten ukrainisch-stämmigen Adelsfamilie, wechselte aber erst vor dem Ersten Weltkrieg zur griechisch-katholischen Konfession und bekannte sich im Gegensatz zu seinem berühmteren Bruder, dem Lemberger Metropoliten Andryj, zur polnischen Nationalität.

Mehr als 90 % der Abgeordneten hatten eine Ausbildung im Tertiärbereich genossen, über 80 % waren ehemalige Besucher einer Universität. Studienabbrecher spielten eine geringe Rolle: Von den Universitätshörern hatten außer zweien alle einen akademischen Abschluss erreicht. Über 40 % aller ruthenischen Abgeordneten Galiziens und über 60 % der ehemaligen Universitätshörer trugen den Doktortitel.

Zu ergänzen ist dieser Befund durch einen Überblick über die akademischen Richtungen:

Tabelle IV.32: Studienfach und akademischer Abschluss nach politischer Richtung (Ruthenen)

	Russophile		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Studienfach												
Theologie	2	40,0	2	28,6	4	16,7	0	,0	0	,0	8	19,5
Jur.-Staatsw.	4	80,0	2	28,6	17	70,8	3	75,0	0	,0	26	63,4
Medizin	0	,0	1	14,3	1	4,2	1	25,0	1	100	4	9,8
Phil. I	0	,0	3	42,9	5	20,8	0	,0	1	100	9	22,0
Phil. II	0	,0	0	,0	1	4,2	0	,0	0	,0	1	2,4
Abschluss												
Dr. theol.	0	,0	1	14,3	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,4
Abs. Theologie	1	20,0	0	,0	4	16,7	0	,0	0	,0	5	12,2
Dr. iur.	3	60,0	1	14,3	13	54,2	3	75,0	0	,0	20	48,8
Staatsprfg. (Jus)	1	20,0	1	14,3	3	12,5	0	,0	0	,0	5	12,2
Dr. med.	0	,0	1	14,3	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,4
Dr. phil.	0	,0	0	,0	1	4,2	0	,0	1	100	2	4,9
Lehramtsprfg. (Phil)	0	,0	3	42,9	2	8,3	0	,0	0	,0	5	12,2
Abgebrochen	0	,0	0	,0	1	4,2	1	25,0	0	,0	2	4,9
Total Fälle	5	100	7	100	24	100	4	100	1	100	41	100

Die bevorzugte Studienrichtung war, dem später gewählten Berufsweg entsprechend, die juristische. Auch hier lag allerdings der Anteil der juristisch Geschulten höher als die Quote derjenigen Abgeordneten, welche später in Rechtsberufen tätig waren. So hatten etwa drei der vier später hauptberuflichen Redakteure ein Jurastudium hinter sich. Zum Teil waren sie sogar als Juristen tätig, bevor sie ganz in den politischen Journalismus einstiegen.[153]) Überrepräsentiert im Verhältnis zum ausgeübten Beruf waren auch die philosophisch-historischen Fächer, denen alle nachmaligen Gymnasiallehrer zuzuordnen sind. Die Bedeutung der Geisteswissenschaften für die ukrainische (ruthenische) Nationalbewegung, die auch um die Jahrhundertwende noch mitten in der Phase der kulturellen und historischen Selbstfindung steckte, war dabei natürlich eine besondere, die weit über das eigentliche Berufsleben hinausging. Es ist denn auch kein Zufall, dass unter den Hörern dieser Fakultät die philologischen Fächer (slawische und klassische Philologie) am stärksten vertreten waren. Das Studium wurde oftmals für den Einzelnen zur Entdeckung der

[153]) Dies gilt für Jevhen Levyc'kyj (ehem. Advokaturkandidat) und den erwähnten Vasyl' Ritter von Javors'kyj (ehem Finanzbeamter). Dem Typus des Studienabbrechers folgt dagegen Vjačeslav Budzynovs'kyj, der nach seiner Relelgation aus der Universität wegen politischer Agitation den direkten Weg in die Politik nahm.

persönlichen nationalkulturellen Identität.[154]) Als Lehrer, vor allem als Gymnasiallehrer, verbreiteten und vertieften sie in den Schulen für die junge Generation das Bewusstsein der historischen und sprachlich-kulturellen Eigenständigkeit der ukrainischen (ruthenischen) Nation.

In der folgenden Tabelle wird schließlich die besuchte Universität erkennbar:

Tabelle IV.33: Besuchte Universität nach politischer Richtung (Ruthenen)

Universität	Russophile		Klerikale		Nationaldem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Czernowitz	1	20,0	1	14,3	2	8,3	1	25,0	0	,0	5	12,2
Innsbruck	1	20,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,4
Krakau	1	20,0	0	,0	0	,0	3	75,0	1	100	5	12,2
Lemberg	4	80,0	4	57,1	21	87,5	2	50,0	1	100	32	78,0
Wien	1	20,0	7	100	10	41,7	1	25,0	1	100	20	48,8
Ausland	0	,0	0	,0	3	12,5	0	,0	0	,0	3	7,3
Total Fälle	5	100	7	100	24	100	4	100	1	100	41	100

An erster Stelle stand erwartungsgemäß Lemberg, nicht allein wegen der geographischen Lage der Stadt im Osten des Kronlands, sondern auch weil hier eine ruthenische studentische Kultur und ukrainisch-sprachige Lehrstühle, darunter zwei in der Rechtsfakultät, existierten. 17 von 41 ehemaligen Universitätshörern studierten an mehr als einer Universität. In diesen Fällen war fast immer Lemberg die erstbesuchte Lehrstätte, von welcher aus weitere Universitäten frequentiert wurden. Für die Wahl einer Zweituniversität war die geographische Nähe nicht ausschlaggebend: Wer nicht oder nicht nur in Lemberg studieren wollte, war selten dazu geneigt, die Universität Krakau, den Hort des Polentums und der polnisch-konservativen geistigen Elite, zu besuchen. Er ging vielmehr gleich nach Wien, wo die Universität multikultureller war und wo er infolgedessen weit besser etwa unter anderen slawischen Studenten seine kulturelle Identität pflegen konnte. Beinahe die Hälfte der ehemaligen Studenten unter den ruthenischen Abgeordneten studierte in Wien. Von diesen machte wiederum die Hälfte auch ihren Abschluss an der Wiener Universität. Unter den Studienrichtungen waren alle Fakultäten vertreten. Interessanterweise besuchten jedoch gerade die Studenten der philosophisch-historischen Fakultät beinahe ausnahmslos die Wiener Universität, auch dies ein Hinweis auf den freieren Umgang mit dem slawischen sprachlich-kulturellen Erbe in der Universität der Reichshauptstadt. Daraus ergibt sich eine bemerkenswerte Parallele zur Rolle Wiens in der politischen Sphäre, wo die Stadt und die hier konzentrierten Institutionen (nicht zuletzt der Reichsrat) für die Ruthenen ebenfalls als wichtigster Gegenpol zu den entsprechenden polnisch beherrschten Institutionen (vor allem dem Landtag) im Kronland Galizien fungierten.

---

[154]) Für Oleksandr Kolessa, nachmaliger Professor für ruthenische (ukrainische) Sprache und Literatur in Lemberg, fiel beispielsweise die Studienzeit – wie er selbst in seinem Curriculum Vitae anlässlich seiner Promotion bekannte – zusammen mit einem intensiven Sammeln ruthenischer (ukrainischer) Märchen und Volkslieder. Dies gab ihm Ansporn und emotionales Fundament für seine spätere wissenschaftliche Karriere.

Was für die Polen festgestellt wurde, gilt selbstverständlich auch für die Ruthenen: Die Universität wirkte prägend nicht nur über die vermittelten Lehrinhalte, sondern auch als Ort der politischen Sozialisierung. In Lemberg war neben der Abgrenzung zu den Polen die inner-ruthenische politische Lagerbildung von Bedeutung. Die Studentenschaft teilte sich seit 1870 in Anhänger einer russophilen und einer ukrainophilen Richtung. Auf der Grundlage einer neuen prosopographischen Studie zu den studentischen Organisationen an der Lemberger Universität war es nun möglich, über die Hälfte derjenigen nachmaligen Abgeordneten, welche seit diesem Jahr an der Universität studierten, als Mitglieder einer Studentenorganisation zu identifizieren. Bemerkenswerterweise finden sich sämtliche späteren russophilen Abgeordneten in der entsprechenden studentischen Organisation und sämtliche jungruthenischen (d. h. Nationalkonservative, Nationaldemokraten, Radikale und Sozialdemokraten) in den ukrainophilen Organisationen.[155])

Die Übereinstimmung von politisch-akademischer und späterer politisch-parlamentarischer Lagerzugehörigkeit bedeutet nichts anderes, als dass bereits während der Studienzeit oder noch früher, im Elternhaus oder in den ebenfalls stark politisierten Gymnasien, im wesentlichen die Weichen für die politische Ausrichtung gestellt worden sind. Nicht erst der Eintritt in die Politik und die Beschäftigung mit konkreten politischen Problemen bewirkte also die parteiliche Differenzierung, die ideologische Ausrichtung fand vielmehr bereits im politischen Vorfeld statt. Diese Tatsache kann als ein charakteristisches Merkmal einer nicht primär nach sachpolitischen, sondern nach kulturellen oder weltanschaulichen Kriterien ausgerichteten politischen Differenzierung gelten. Auch auf diesem Weg bestätigt sich damit erneut, dass wir es bei den Ruthenen Galiziens mit zwei (und nicht drei) politischen Großlagern zu tun haben, die sich bereits individual- und kollektivbiographisch im Vorfeld der eigentlichen „politischen Phase" ihrer Exponenten voneinander schieden.

Wie im Falle der polnischen zeigte sich auch bei zahlreichen nachmaligen ruthenischen Abgeordneten schon zur Studenten- oder Gymnasiastenzeit, dass sie über das bloße passive Engagement in den akademischen Organisationen hinaus eine Führerrolle in denselben zu übernehmen bereit und fähig waren. Zur Übung organisatorischer und rhetorischer Fähigkeiten bot sich neben den genannten Organisationen in Lemberg auch die ruthenische Studentenvereinigung in Wien (*Sič*) an. Einige der späteren Abgeordneten bezahlten ihre Risikobereitschaft mit Verhaftung oder Relegation von der Universität, was ihnen umso mehr den Ansporn zum Ergreifen einer politischen Karriere gegeben haben mochte.[156])

---

[155]) Zwei nachmalige Abgeordnete gehörten zur russophilen Studentenvereinigung *Akademičeś'kyj Kružok* (Mychajlo Korol' und Vasyl' Davydjak), elf zur ukrainophilen *Družnyj Lykvar* und vier zu deren Nachfolgeorganisationen *Akademične Bratstvo* bzw. *Akademična Gromada*. Ich verdanke diese Informationen Frau Viktorija Sereda-Artemjeva, Lemberg, welche die genannten Studie im Rahmen ihrer Diplomarbeit durchgeführt hat.

[156]) Zu den während des Studiums bekanntermaßen besonders aktiven nachmaligen Abgeordneten gehörten Kyrylo Tryl'ovs'kyj (1888 Präsident des *Akademične Bratstvo*), Vjačeslav Budzynovs'kyj, L'ongin Cehel's'kyj, Mychajlo Korol', Mykola Lahodyns'kyj, Jevhen Levyc'kyj, Vasyl' Stefanyk und Danylo Tanjačkevyč.

e) Vereins- und Verbandswesen

Eine wichtige Rolle spielte auch bei den Ruthenen die Tätigkeit in Vereinen, Verbänden und wirtschaftlichen Interessenorganisationen:

Tabelle IV.34: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach politischer Richtung (Ruthenen)

Ausrichtung	Altruth.		Klerik.		Natdem.		Radik.		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Landwirtschaft	0	,0	0	,0	7	25,9	2	40,0	0	,0	9	18,4
Industrie	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Finanzwesen	0	,0	4	50,0	11	40,7	1	20,0	0	,0	16	32,7
Beruf	1	16,7	1	12,5	10	37,0	3	60,0	1	33,3	16	32,7
Bildung	0	,0	2	25,0	13	48,1	2	40,0	0	,0	17	34,7
Kultur	1	16,7	3	37,5	11	40,7	1	20,0	0	,0	16	32,7
Politik	3	50,0	1	12,5	11	40,7	2	40,0	0	,0	17	34,7
Total Fälle	6	100	8	100	27	100	5	100	3	100	49	100

Auch hier gilt, dass die gesellschaftlichen Vereinigungen nur teilweise im staatsfreien Raum angesiedelt waren. Zu den öffentlichrechtlich reglementierten Organisationen gehörten etwa die Advokatenkammern. Die dort herrschende Zwangsmitgliedschaft sowie der hohe Anteil der Rechtsanwälte unter den ruthenischen Abgeordneten erklärt einen guten Teil der in dieser Rubrik wiedergegebenen Zahl, zumal unter den Ruthenen Gewerbe und Industrie, welche im allgemeinen berufsspezifische Interessenorganisationen als erste entwickelten, weder als Haupt- noch als Nebenberuf vertreten waren (Tab. IV.28). Wenn das gesellschaftliche Engagement der ruthenischen Abgeordneten nur wenig mit dem von ihnen ausgeübten Beruf zu tun hatte, so stand es dafür umso mehr im Zeichen der national-kulturellen Erweckung und der Hebung des sozialen und wirtschaftlichen Stands der Bevölkerung. Die starken Jahrgänge unserer Untersuchungsgruppe waren, wie gesehen, die 1850er bis 1870er Jahre. Die meisten nachmaligen Abgeordneten erlebten damit gerade zu der Zeit, als sie zur persönlichen Reife und zum selbständigen politischen Handeln kamen, das Entstehen des selbstorganisierten Vereinslebens in der ruthenischen Gesellschaft Ostgaliziens.

Zu den frühesten Erscheinungen eines national-kulturellen Vereinswesens gehörten die dörflichen Lesevereine. Abgesehen von ihrer bildungspolitischen Aufgabe entfalteten sich diese als Kristallisationskerne beim Aufbau einer von der Kirche unabhängigen, oftmals zu dieser in Opposition stehenden handlungsfähigen dörflichen Elite. Zuweilen wirkte dieses in den Lesevereinen konzentrierte antiklerikale Milieu prägend auf die politischen Ansichten von nachmaligen Abgeordneten.[157]) Auf dieser Basis gewannen die Lesevereine auch Bedeutung als Organisationen zur Betreibung der Wahl ihrer Exponenten in verschiedene politische Gremien, unter anderem auch in den Reichsrat.[158]) Wenn hier also durchaus ein

[157]) Die Familie des späteren sozialdemokratischen Führers der ruthenischen Abgeordneten, Semen Vityk, war direkt von einer solchen antiklerikalen Bewegung im Bezirk Drohobycz berührt. Siehe Himka, Socialism, S. 138.

[158]) Himka, Socialism, S. 132.

Potential zum Aufbau einer politischen Karriere „von unten“ gegeben war, so muss doch festgehalten werden, dass gerade dieser Weg in die Politik von den Mitgliedern unserer Untersuchungsgruppe in der Regel nicht beschritten wurde. Die Lesevereine waren mehr oder weniger ausgeprägt Basisbewegungen der dörflichen Gesellschaft, ihre aktiven Mitglieder waren zum größten Teil Bauern, beteiligt waren auch Priester und Dorflehrer, aber nur wenige Städter.[159]) Obwohl die nachmaligen Abgeordneten, wie gesehen, vorwiegend aus kleinen Gemeinden stammten, waren sie zu der Zeit, als sie sich aufgrund ihres Alters an dieser dörflichen Basisbewegung hätten beteiligen können, zum größten Teil bereits an der Universität, wo sie ein eigenes politisierendes Intellektuellenmilieu vorfanden. Später kamen sie als angehende Rechtsanwälte, Beamte oder Gymnasiallehrer in die Städte. Dort entfalteten sie ihre gesellschaftliche Tätigkeit, nicht aber in der dörflichen Gemeinde, aus der sie stammten. Hingegen bemühten sie sich, den Kontakt zur ländlichen Umgebung ihrer Wohngemeinde zu pflegen. Sie wirkten teilweise auch hier als Organisatoren von kulturellen und gesellschaftlichen Vereinigungen, verfassten und übermittelten Broschüren oder traten als bereits bekannte Persönlichkeiten in politischen Versammlungen auf. Den Höhepunkt ihrer Präsenz auf dem Land bildeten freilich jeweils die Zeiten der Wahlkämpfe, wenn der Kontakt zur Landbevölkerung über das Ideologische hinaus essentiell für das Erringen bzw. Aufrechterhalten ihres Elitenstatus wurde. Auf diese „politische Mobilität“ wird weiter unten einzugehen sein.

Dass das Zentrum der gesellschaftlichen Aktivität von Seiten der Abgeordneten am Ort ihrer beruflichen Tätigkeit lag, lässt sich am besten an derjenigen Organisation zeigen, die seit den 1890er Jahren die Schirmherrschaft über die Lesevereine übernahm und unter deren aktiver Koordinationsarbeit ein ganzes Netz von ähnlichen Bildungsinstitutionen entstand: die Volksbildungsgesellschaft *Prosvita*, gegründet im Jahre 1868 und von Beginn an mit dem ukrainophilen (jungruthenischen) politischen Lager affiliiert. Sie kann als wichtigste ruthenische Massenorganisation vor dem Ersten Weltkrieg bezeichnet werden. Sie entfaltete ihre Organisationstätigkeit sowohl auf dem Land als auch in den Städten. Während unter den Aktivisten in den Dörfern die Priesterschaft dominierte, war es in den Städten gerade die Intelligenz, welche die Vorreiterrolle beim Aufbau der *Prosvita* übernahm.[160]) Entsprechend finden wir in unserer Gruppe eine große Zahl von Abgeordneten, welche in die Tätigkeit der *Prosvita* involviert waren. Unter ihnen befanden sich nicht nur der erste Präsident der Gesellschaft sowie ein weiterer Vorsitzender aus späteren Jahren, sondern vor allem zahlreiche Begründer und Vorsitzende städtischer Zweigorganisationen.[161]) Damit

---

[159]) Himka, Villagers, S. 89 (Tab. 13).

[160]) Himka, Villagers, S. 90 f. und Encyclopedia of Ukraine, Art. „Prosvita Societies“.

[161]) Erster Präsident und Mitgbegründer war Anatol Vachnianyn. Zu den Mitgliedern seit Beginn gehörte Danylo Tanjačkevyč. Präsident der Dachorganisation war in späteren Jahren Julijan Romančuk, Vizepräsident zeitweise Oleksandr Kolessa, zum Zentralausschuss gehörte Kost’ Levyc’kyj. Gründer bzw. Präsidenten von Zweigorganisationen waren u. a. Teofil Okunevs’kyj, Advokat in Horodenka, Präsident der Gesellschaft ebendort; Jevhen Olesnyc’kyj, Advokat in Stryj, Gründer und Präsident der Gesellschaft ebendort, Jevhen Petruševyč, Advokat in Sokal, dann in Skole, Präsident der Gesellschaft in Sokal; Danylo Stachura, Advokat in Sambor, Präsident der Gesellschaft ebendort; Tymotei Staruch, Landwirt in Słoboda Złota, Präsident der Gesellschaft ebendort; Stepan Onyškevyč, Pfarrer in Chiszewice, Präsident der Gesellschaft ebendort.

waren viele Abgeordnete am Prozess der national-kulturellen „Erweckung" der Ruthenen beteiligt, bevor ihnen das reformierte Wahlrecht gestattete, ihre politischen Ziele vor dem höchsten parlamentarischen Forum anzubringen. Gerade die Möglichkeit, sich in einem hinsichtlich der gesellschaftlichen Selbstorganisation noch „dünnen" Umfeld über das Vereinswesen als Gründer und Vorsitzende zu profilieren, verschaffte ihnen einen Bekanntheitsgrad und eine Organisationsbasis, die nicht unwesentlich zum Erfolg bei den Wahlen beigetragen haben mochte.

Prosvita war freilich bei weitem nicht die einzige Organisation, in der sich die nachmaligen Abgeordneten als Vorbereitung auf ihr parlamentarisches Mandat betätigen konnten. Zu nennen ist im weiteren die für die Hebung des ökonomischen Standes der Landwirtschaft zuständige Gesellschaft *Sil's'kyj Hospodar* (Landwirt), 1899 im Bezirk Złoczów gegründet. Sie entwickelte sich seit 1909 ebenfalls unter aktiver Mitwirkung von *Prosvita* zur wichtigsten ruthenischen Landwirtschaftsgesellschaft. Die größte Rolle bei deren Umwandlung in eine effiziente und hierarchisch geordnete Massenorganisation spielte einer derjenigen ruthenischen Reichsratsabgeordneten, welche zwei Jahre zuvor, nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts, erstmals in das Wiener Parlament gewählt worden waren. Andere Abgeordnete waren Gründer oder Delegierte von Zweigorganisationen.[162])

Im Bereich des Kredit- und Finanzwesens sind zahlreiche Kreditgenossenschaften, Sparkassen, Vorschusskassen und Versicherungsgesellschaften identifizierbar, welche unter der Leitung von parlamentarischen Mandatsträgern standen. Das Zentrum bildete auch hier die jeweilige Stadt, in welcher der Betreffende ansässig war.[163]) Im weiteren sind die parteipolitisch gefärbten nationalen Vereine zu nennen[164]) sowie kulturelle und wissenschaftliche Gesellschaften, welche auf einem etwas gehobenerem Niveau die ruthenische (ukrainische) Nationalkultur fördern und gegenüber den bestehenden polnischen Organisationen als eigenständige Institutionen etablieren wollten.[165])

---

[162]) Der 1909 gewählte Präsident und große Neuorganisator der Gesellschaft war Jevhen Olesnyc'kyj. Zu den Gründern bzw. Delegierten von Zweigstellen gehörten Mychajlo Petryc'kyj, Tymotei Staruch (Śniatyn), Danylo Tanjačkevyč (Złoczów) und Kyrylo Trylovs'kyj (Jabłonów).

[163]) Lev Bačyns'kyj Direktor der Stadtsparkasse in Stanislau, Grygorij Ceglins'kyj Vorsitzender der ruthenischen Sparkasse in Przemyśl und Präsident des Vorschussvereins *Vira* ebendort; Vasyl' Ritter von Javors'kyj, Begründer der Lemko-Bank in Neusandez; Mykola Lahodyns'kyj, Direktor der Kreditgenossenschaft *Rus'ka Kassa* in Delatyn und der galizischen Sparkasse in Lemberg; Kost Levyc'kyj, Direktor der Centro-Bank in Lemberg; Lev Levyc'kyj, Gründer der Raiffeisenkasse in Skole; Kornel Mandyčevs'kyj, Gründer der Bezirkssparkasse von Nadwórna; Volodymyr Ochrymovyč, Direktor der Versicherungsgesellschaft *Dnistr* In Lemberg; Jevhen Olesnyc'kyj, Gründer und Direktor der Darlehenskasse in Stryj; Stefan Onyškevyč, Gründer des Spar- und Vorschussvereins in Chiszewice; Jevhen Petruševyč, Direktionsmitglied des Bezirkskreditvereins in Sokal, Danylo Tanjačkevyč, Gründer der Kreditgesellschaft *Pravda* etc.

[164]) Vor allem *Narodnyj Dim* als russophiles „Nationales Haus". Zu den Aktivisten zählten Isidor Holubovyč und Vasyl' Davydjak. Ebenfalls russophil: *Rus'ka(ja) Rada* (Vorsitzender Mychajlo Korol'), ukrainophil *Narodna Rada*.

[165]) Vor allem die Wissenschaftsgesellschaft *Ševčenko*. Unter den Abgeordneten von Bedeutung waren als Mitbegründer und Präsident Oleksandr Barvins'kyj, Mitglieder Stanislav Dnistrjans'kyj, Oleksandr Kolessa, Kost' Levyc'kyj, Volodymyr Ochrymovyč, Jevhen Olesnyc'kyj, Julijan Romančuk.

Kennzeichnend für die Situation insgesamt war, dass die im Prinzip übernational angelegten, faktisch aber polnisch dominierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen für die Ruthenen kaum eine Rolle spielten. Sowohl in den oben erwähnten polnisch-konservativ dominierten Landwirtschaftsgesellschaften als auch in den Agrargenossenschaften finden wir nur sporadisch spätere ruthenische Abgeordnete. Daraus lässt sich schließen, dass nicht nur die kulturelle, sondern auch die wirtschaftliche Selbstorganisation der Ruthenen getrennt von derjenigen der Polen verlief. Die Scheidung in zwei separate nationale Gesellschaften hatte sich hier bereits um die Jahrhundertwende weitgehend realisiert. Innerhalb des ruthenischen Lagers waren es vor allem die Ukrainophilen, welche, ihrer bereits in Abschnitt I festgestellten größeren Volksnähe entsprechend, ihre parlamentarische Aktivität auf ein breites gesellschaftliches Engagement stützten.

f) Öffentliche Karrieren

Wenn die Universität bei vielen nachmaligen ruthenischen Abgeordneten ein Experimentierfeld politischer Aktivität war, auf dem sie erste Erfahrungen im öffentlichen Auftreten sammeln, aber auch wichtige, zukunftsträchtige Kontakte untereinander knüpfen konnten[166]), so traf dies weit weniger für die offiziell legitimierte Politik auf der Stufe der Selbstverwaltungsorgane zu. Ein solcher Einstieg in die Politik verhinderte im Wesentlichen das sowohl auf Gemeinde- als auch auf Bezirksebene geltende restriktive Wahlrecht. Wie die folgende Tabelle IV.35 zeigt, fehlte bei den nachmaligen ruthenischen Abgeordneten weitgehend der vor allem in den Reihen der Polnischen Volkspartei identifizierte Politikertypus, der sich auf kommunaler Ebene als Gemeindevorsteher profilieren konnte und aus dieser Position heraus auch Eingang in die Bezirksvertretungen fand.

Aufschlussreich ist im weiteren die örtliche Zuordnung des kommunalpolitischen Engagements: Nicht in ihrer Geburtsgemeinde, sondern dort, wo sie beruflich tätig waren – und dies hieß meist in Städten – wurden die nachmaligen ruthenischen Abgeordneten Mitglieder des Gemeinderats, wenn sie auch nur selten hohe Positionen bekleideten.[167]) Nicht ihre Herkunft aus einem dörflichen Milieu also, nicht ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen Elite im Dorf (etwa als Priestersöhne), sondern erst der Einstieg in einen prestige-

---

Im Weiteren der Theaterverein *Rus'ka Besida*, der von der Aktivität der Abgeordneten Oleksandr Barvins'kyj (Gründer in Tarnopol), Grygorij Ceglins'kyj (Gründer in Przemyśl) und Mykola Lahodyns'kyj (Vorsitzender in Delatyn) profitierte. Schließlich der ruthenische Gesangsverein *Bojan* (Gründer in Lemberg: Anatol Vachnjanyn, Gründer in Brzeżany: Vasyl' Ritter von Javors'kyj).

166) Aufgrund der Tatsache, dass die ruthenischen Abgeordneten altersmäßig eng beieinander lagen und die Studentenzahlen insgesamt nicht sehr groß waren, lässt sich zweifelsfrei rekonstruieren, dass nicht wenige ruthenische Abgeordnete bereits gemeinsam die Studentenbank gedrückt hatten, bevor sie sich dann im Wiener Parlament auf den Abgeordnetenbänken wieder zusammenfanden. Es ist freilich schwer zu beurteilen, wie sich die Tatsache, dass solche enge und seit vielen Jahren bestehenden persönlichen Verbindungen zwischen den Exponenten der politischen Elite bestanden, auf den Charakter dieser Elite selbst auswirkte.

167) Vgl. die Zahlen in Binder, Polen, Ruthenen, Juden, 2. Bd., S. 287 (Tab. E48). Der einzige ruthenische Abgeordnete, der es zum Gemeindevorsteher brachte, war bezeichnenderweise der katholisch-konservative, polenfreundliche Ksenofont Ochrymovyč als Bürgermeister von Drohobycz. Jevhen Petruševyč wurde viel später Vizebürgermeister von Skole.

Tabelle IV.35: Mandate in den autonomen Vertretungsorganen nach politischer Richtung (Ruthenen)

	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Gemeinde												
Gemeinderat	0	,0	3	37,5	4	14,8	1	20,0	0	,0	8	16,3
G.-Vorsteher	0	,0	1	12,5	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,0
G.-Vorsteher-Stv.	0	,0	0	,0	1	3,7	0	,0	0	,0	1	2,0
Keine Funktion	6	100	5	50,0	22	81,5	4	80,0	3	100	39	80,0
Bezirk												
Bezirksrat	2	33,3	0	,0	4	14,8	0	,0	1	33,3	7	14,3
Ausschuss	1	16,7	1	12,5	2	7,4	0	,0	0	,0	4	8,2
Obmann	0	,0	1	12,5	0	,0	0	,0	0	,0	1	2,0
Obmann-Stv.	0	,0	0	,0	2	7,4	0	,0	0	,0	2	4,1
Keine Funktion	3	50,0	6	75,0	19	70,4	5	100	2	66,7	35	71,4
Land												
Abgeordneter	3	50,0	4	50,0	11	40,7	3	60,0	0	,0	21	42,9
Ld.-Ausschuss	0	,0	1	12,5	0	,0	,0	,0	0	,0	1	2,0
Keine Funktion	3	50,0	3	37,5	16	59,3	2	40,0	3	100	27	55,1
TOTAL	6	100	8	100	27	100	5	100	3	100	49	100

trächtigen Beruf eröffnete auch auf dieser untergeordneten staatlichen Ebene die Chance, am politischen Leben teilzunehmen – freilich nur in bescheidenem Rahmen, denn gerade die Städte waren polnisch-jüdisch dominiert. In den nicht sehr zahlreichen Fällen, bei denen ein solches kommunalpolitisches Engagement gegeben war, lässt sich jedoch immerhin nachweisen, dass die Tätigkeit als Gemeinde- bzw. Bezirksrat dem Mandat im Abgeordnetenhaus zeitlich voranging, ein gewisser Erfahrungshorizont also auf sachpolitischem Gebiet beim Eintritt in das Wiener Parlament vorhanden war (Tab. IV.36).[168]) Ein entsprechendes Zeitverhältnis ist auch zwischen der Tätigkeit in den Gemeinde- bzw. Bezirksorganen und der Mitgliedschaft im Landtag festzustellen. Landtag und Reichsrat waren folglich auch hier gleichgeordnet. Die Mehrheit der Reichsratsabgeordneten, welche auch Mitglieder des *Sejm* waren (22 von 49), übernahmen letztere Funktion sogar erst nach ihrem Eintritt in das Abgeordnetenhaus. Die im Landtag herrschenden Machtverhältnisse sind an der Tatsache ablesbar, dass nur ein einziger von diesen 22 als Mitglied des Landesausschusses eine höhere Funktion bekleiden konnte.[169])

[168]) Die zeitliche Vorrangigkeit des kommunalen vor dem landes- und reichspolitischen Mandat war nicht unbedingt strukturell begründet. Oleksandr Barvins'kyj, der Führer der Nationalkonservativen, beschreibt in seinen Erinnerungen, dass er im selben Jahr 1885, in dem er in den Gemeinderat von Tarnopol gewählt wurde, auch vom ruthenischen Landeswahlkomitees als Reichsratskandidat aufgestellt wurde, dann aber zugunsten eines internen Rivalen verzichten musste. Siehe Barvins'kyj, Spomyny, 2. Bd., S. 338–345.

[169]) Es handelte sich um den bereits erwähnten Ksenofont Ochrymovyč, der diese Stellung im Jahre 1908 einnahm.

Tabelle IV.36: Zeitliche Abfolge von Mandaten nach politischer Richtung (Ruthenen)

Politische Ebene	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Gemeinde												
Vor AH	0	,0	3	75,0	4	80,0	1	100	0	,0	8	80,0
Nach AH	0	,0	1	25,0	1	20,0	0	,0	0	,0	2	20,0
TOTAL	0	,0	4	100	5	100	1	100	0	,0	10	100
Bezirk												
Vor AH	3	100	2	100	6	75,0	0	,0	0	,0	11	78,6
Nach AH	0	,0	0		2	25,0	0	,0	1	100	3	21,4
TOTAL	3	100	2	100	8	100	0	,0	1	100	14	100
Land												
Vor AH	2	66,7	3	60,0	4	36,4	0	0	0	,0	9	40,9
Nach AH	1	33,3	2	40,0	7	63,6	3	100	0	,0	13	59,1
TOTAL	3	100	5	100	11	100	3	100	0	,0	22	100

g) Politisches Mandat und Mobilität

Entsprechend der Vorgehensweise im vorigen Unterabschnitt setzt die folgende Tabelle IV.37 die ruthenischen Parlamentarier in Beziehung zu ihrer Wählerbasis. Bereits aus Abschnitt II wissen wir, dass sämtliche ruthenischen Mandatare in ländlichen politischen Milieus gewählt wurden: vor 1907 in der Wahlkurie der Landgemeinden oder in denjenigen Wahlkreisen der fünften Wahlkurie, welche eine überwiegend ländliche Bevölkerung aufwiesen; nach 1907 dann in den neu territorial definierten Landwahlkreisen. Der Kontrast zwischen dem beruflichen Profil der politischen Elite, die sich vor allem aus der städtischen Intelligenz rekrutierte, und der Sozialstruktur der Bevölkerung findet sich hier übersetzt auf die politische Ebene in einer entsprechenden Diskrepanz zwischen der kollektivbiographischen Struktur der Gewählten und der Sozialstruktur der Wählerschaft.

Diesem Sachverhalt entsprechend, gestaltete sich auch die biographische Beziehung der Abgeordneten zu ihrem Wahlkreis. Es wurde bereits im Zusammenhang mit dem Vereins- und Verbandswesen darauf hingewiesen, dass nicht die Heimatgemeinde, sondern der Ort des beruflichen Wirkens den Ausgangspunkt für das gesellschaftspolitische Wirken der Abgeordneten bildete. Entsprechendes lässt sich aus der folgenden Tabelle IV.38 für die Wahlbezirke ablesen (wiederum nur 11. und 12. Wahlperiode): Nur 4 von 37 Abgeordneten wurden in dem Wahlbezirk gewählt, in dem ihre Geburtsgemeinde lag. Zur Erinnerung: Bei den Polen insgesamt lag die entsprechende Zahl bei über einem Drittel, im Falle der PSL sogar bei annähernd drei Vierteln. Diese „politische Mobilität“ war zweifellos ein Ausdruck der örtlichen und sozialen Mobilität, welche den aus einem oftmals dörflich-priesterlichen Milieu Stammenden im Zuge seines beruflichen Lebens weit von seiner Heimatgemeinde weggeführt hatte.

Tabelle IV.37: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach politischer Richtung (Ruthenen)

Wahlperiode	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
9. WP												
Landgemeinden	0	,0	6	85,7	2	100	0	,0	0	,0	8	80,0
Allg. Wahlkurie	0	,0	1	14,3	0	,0	0	,0	1	100	2	20,0
TOTAL	0	,0	7	100	2	100	0	,0	1	100	10	100
10. WP												
Landgemeinden	1	100	4	100	2	66,7	0	,0	0	,0	7	87,5
Allg. Wahlkurie	0	,0	0	,0	1	33,3	0	,0	0	,0	1	12,5
TOTAL	1	100	4	100	3	100	0	,0	0	,0	8	100
11. WP												
Landwahlkreise	5	100	0	,0	18	100	4	100	2	100	29	100
TOTAL	5	100	0	,0	18	100	4	100	2	100	29	100
12. WP												
Landwahlkreise	3	100	0	,0	21	100	5	100	1	100	30	100
TOTAL	3	100	0	,0	21	100	5	100	1	100	30	100

Tabelle IV.38: Ortsverhältnis Geburtsort/Wohnort zu Wahlkreis nach politischer Richtung (Ruthenen)

Orte	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%			A	%	A	%	A	%	A	%
Geburtsort												
Im Wahlkreis	1	16,7	–	–	1	4,2	2	40,0	0	,0	4	10,8
Nicht im Wahlkreis	5	83,3	–	–	23	95,8	3	60,0	2	100	33	89,2
TOTAL	6	100			24	100	5	100	2	100	37	100
Wohnort												
Im Wahlkreis	2	33,3	–	–	4	16,7	3	60,0	1	50,0	10	27,0
Nicht im Wahlkreis	4	66,7	–	–	20	83,3	2	40,0	1	50,0	27	73,0
TOTAL	6	100			24	100	5	100	2	100	37	100

Nur 11. und 12. Wahlperiode

Ein geringer örtlicher Bezug scheint nun zunächst überraschenderweise aufgrund des zweiten Teils der obigen Tabelle auch zwischen dem Ort des beruflichen Wirkens und dem Wahlkreis bestanden zu haben. Nur bei 10 von 37 ruthenischen Abgeordneten lässt sich feststellen, dass sie in demjenigen Ort wohnhaft und beruflich tätig waren, in dem sie gewählt wurden. Dieser scheinbare Widerspruch zum oben erwähnten intensiven Engagement der Abgeordneten im Umkreis ihres Wohnorts löst sich teilweise auf, wenn man erneut bedenkt, dass die jeweiligen Provinzstädte einen von der ländlichen Umgebung getrennten Wahlkreis bildeten. Fügt man jeweils die städtischen und die umliegenden ländlichen Wahlkreise rechnerisch zu einer Einheit zusammen, so wird erkennbar, dass annähernd zwei Drittel der ruthenischen Abgeordneten (24 von 37) in der ländlichen Umgebung ihres Wohnorts gewählt wurden. Dieser Sachverhalt entspricht im übrigen auch der

Organisation des Wahlkampfs selbst. Die nach Bezirken gegliederten Zweigstellen der ruthenischen Wahlkomitees – insbesondere auch des „Nationalkomitees" – waren in den jeweiligen Bezirkshauptstädten domiziliert und organisierten von dort aus den Wahlkampf des umliegenden Landes. Aufgrund ihrer beruflichen und sozialen Stellung in der Stadt und ihrer geschilderten politischen Präsenz im umliegenden Land waren die jeweiligen in der politischen Bewegung führend tätigen Exponenten der städtischen Intelligenz am besten dazu geeignet, nicht nur diesen Wahlkampf zu organisieren, sondern sich selbst als Kandidaten aufzustellen.[170])

Es bleibt die Frage nach dem restlichen Drittel, nach denjenigen Abgeordneten also, welche weder im Wahlkreis selbst noch in dessen Umgebung wohnhaft und tätig waren. Ein etwas genauerer Blick auf diese Gruppe zeigt zunächst, dass wir es hierbei fast ausschließlich mit solchen Abgeordneten zu tun haben, die in der Landeshauptstadt Lemberg ansässig waren. Unter ihnen dominierte nun tatsächlich derjenige Typus, den wir als politischen Funktionär bezeichnen können: Fast durchwegs handelt es sich dabei um haupt- oder nebenberuflich tätige Redakteure. Lemberg bedeutete hier das Zentrum des politischen Lebens, der Wahlkampforganisation und des Pressewesens. Die Interpretation liegt nahe, dass der Einfluss über diese Kommunikationsmedien als Ersatz für den mangelnden örtlichen Bezug zum Wahlkreis wirkte.[171])

Die große örtliche Mobilität der ruthenischen Abgeordneten, die wir als Folge ihres Bildungs- und Berufsprofils verstehen können, lässt sich nochmals anhand der drei Variablen Schule, Ausbildung und Hauptberuf (jeweils gemessen an dem Geburtsort) erfassen. Dies geschieht in der folgenden Übersicht (Tab. IV.39).

Beinahe neun von zehn Abgeordneten besuchten die Schule außerhalb desjenigen politischen Bezirks, in dem sie geboren wurden. Bei der Wahl des Gymnasiums spielten offenbar die geographische Lage oder persönliche Umstände der Familie eine größere Rolle als die national-sprachliche Zugehörigkeit der Schule: Nur rund ein Viertel der ehemaligen Gymnasiasten absolvierte diese Zeit in Lemberg, wo bis in die späten 1880er Jahre das ein-

---

[170]) Zur Veranschaulichung sollen nur drei Beispiele aus drei verschiedenen Berufsbereichen genannt werden: Lev Bačyns'kyj, Advokat in Stanislau, 1907 und 1911 gewählt im Landwahlkreis Stanislau (Nr. 59), Grygorij Ceglins'kyj, Gymnasialdirektor in Przemyśl, 1907 und 1911 gewählt im Landwahlkreis Przemyśl-Dobromil (Nr. 61), Lev Levyc'kyj, Gerichtsvorsteher in Skole, 1911 gewählt im Landwahlkreis Bóbrka, Stryj, Skole (Nr. 57).

[171]) Auch hier seien einige Beispiele angeführt: Vjačeslav Budzynovs'kyj, Redakteur in Lemberg, 1907 und 1911 gewählt im Landgemeindebezirk Buczacz, Podhajce (Nr. 60); L'ongin Cehel's'kyj, Advokaturkandidat und Redakteur in Lemberg, 1910 gewählt im Landwahlkreis Jarosław, 1911 im Landwahlkreis Bóbrka, Stryj etc. (Nr. 67); Semen Vityk, Redakteur in Lemberg, gewählt im Landwahlkreis Sambor, Drohobycz (Nr. 54); Mychajlo Petryc'kyj, Redakteur in Lemberg, 1907 und 1911 gewählt im Landwahlkreis Skałat, Husiatyn (Nr. 70). In diesem letztgenannten Fall lag freilich der Geburtsort im zukünftigen Wahlbezirk (Kopyczyńce, Bezirk Husiatyn). Zu den nicht im Wahlkreis oder dessen Umkreis ansässigen Abgeordneten gehörten ferner die beiden Lemberger Universitätsprofessoren Stanislav Dnistrjans'kyj (1907 und 1911 gewählt im Landwahlkreis Rawa Ruska, Żółkiew – Nr. 62) und Oleksandr Kolessa (1907 und 1911 gewählt im Landwahlkreis Trembowla, Mikulińce – Nr. 69). Ihre Zugehörigkeit zu dem kleinen Kreis der ruthenischen Universitätslehrer mochte ihnen einen Bekanntheitsgrad gegeben haben, der ebenfalls die Grenzen ihres Wohnbezirks gesprengt hat.

Tabelle IV.39: Ortsverhältnis Schule/Ausbildung/Beruf zu Geburtsort nach politischer Richtung (Ruthenen)

	Russoph.		Natkons.		Natdem.		Radikale		Sozdem.		TOTAL	
	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%	A	%
Schule												
Gleicher Ort	0	,0	0	,0	1	4,2	0	,0	0	,0	1	2,4
Gleicher GB	1	25,0	1	14,3	0	,0	0	,0	0	,0	2	4,8
Gleicher PB	0	,0	0	,0	2	8,3	0	,0	0	,0	2	4,8
Gleiches KL	3	75,0	6	85,7	21	87,5	4	100	3	100	37	88,1
Unterschiedl. KL	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
TOTAL	4	100	7	100	24	100	4	100	3	100	42	100
Ausbildung												
Gleicher Ort	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleicher GB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleicher PB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleiches KL	2	40,0	1	12,5	15	60,0	2	50,0	0	,0	20	46,5
Unterschiedl. KL	3	60,0	7	87,5	10	40,0	2	50,0	1	100	23	53,5
TOTAL	5	100	8	100	25	100	4	100	1	100	43	100
Hauptberuf												
Gleicher Ort	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	1	33,3	1	2,1
Gleicher GB	0	,0	0	,0	0	,0	2	40,0	1	33,3	3	6,3
Gleicher PB	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0	0	,0
Gleiches KL	5	100	7	87,5	26	96,3	3	60,0	1	33,3	42	87,5
Unterschiedl. KL	0	,0	1	12,5	1	3,7	0	,0	0	,0	2	4,2
TOTAL	5	100	8	100	27	100	5	100	3	100	48	100

zige ruthenisch-sprachige Gymnasium bestand. Der überwiegende Teil besuchte ein polnisch-, wenige ein deutschsprachiges Gymnasium.[172]) Die Tertitärausbildung, im Falle der Ruthenen praktisch gleichbedeutend mit der Universität, wurde zur Gänze außerhalb des Geburtsbezirks absolviert. Über die Hälfte verließ für die nachschulische Ausbildung sogar das Kronland. Der Beruf schließlich führte sie nur selten an ihren Heimatort zurück. Mehr als 9 von 10 ruthenischen Abgeordneten wohnten zur Zeit ihrer Mandatsausübung außerhalb ihres Heimatbezirks, in zwei Fällen lag der Wohnsitz außerhalb des Kronlands.[173]) Auch hier gilt, dass die Mobilität noch bedeutend größer war als dies allein aufgrund des Hauptberufs zur Zeit der Mandatsausübung zum Ausdruck kommt. Als Advokaten, Staatsbeamte, Lehrer und Priester waren die meisten ruthenischen Abgeordneten in Berufen tätig, zu deren charakteristischem Merkmal gerade eine Tätigkeit an verschiedenen Orten gehörte.[174])

---

[172]) Das erste akademische Gymnasium in Lemberg führte in der Oberstufe auch erst seit 1878 ruthenischsprachige Klassen. 1888 folgte Przemyśl mit Parallelklassen (1895 selbständig), 1893 Kolomea (1900 selbständig). Deutschsprachige Gymnasien gab es seit 1867 nur noch zwei: Lemberg (2. k. k. Gymnasium) und Brody (bis 1907). Vgl. die Übersicht bei Sirka, Nationality Question, S. 206 f.

[173]) Ivan Dluzans'kyj, Landesgerichtsrat am Handelsgericht in Wien, Vasyl' Ritter von Javors'kyj, Redakteur der deutschsprachigen Ruthenischen Revue/Ukrainischen Rundschau in Wien.

[174]) Die Advokaten absolvierten ihr Advokaturpraktikum, oftmals auch ein Gerichtspraktikum, an einem anderen Ort als dort, wo sie sich niederließen. Ähnliches gilt für die Berufslaufbahn der Leh-

Der mit der Wahl in den Wiener Reichsrat verbundene längere Aufenthalt in der Reichshauptstadt mochte unter diesen Umständen trotz der großen Distanz zur ostgalizischen Heimat für die meisten Abgeordneten kein großes Problem dargestellt haben, zumal auch im Falle der Ruthenen eine eigene griechisch-katholische Kirche und ein nationales Vereinswesen in Wien existierten. Beinahe die Hälfte hatte, wie gesehen, in Wien studiert, in sieben Fällen lässt sich außerdem ein berufsbedingter Aufenthalt in Wien nachweisen. Bereits bestehende persönliche Kontakte trugen wahrscheinlich dazu bei, dass die meisten ruthenischen Abgeordneten in der Zeit ihrer Mandatsausübung privat wohnen konnten. Unter Verwendung einer Stichprobe von 33 Abgeordneten aus der 11. und 12. Wahlperiode zeigt sich eine unübersehbare Parallele zu den Parlamentarier-Kollegen aus dem polnischen Lager: Auch sie wohnten, soweit sie privat untergebracht waren, in dem in Parlamentsnähe gelegenen 8. Wiener Gemeindebezirk, und auch bei ihnen sind die Parteigrenzen in der Wohnsituation ablesbar.[175]) Dies gilt sogar für diejenigen Fälle, bei denen eine polnisch–ruthenische *Cohabitatio* in einem Hotel nachweisbar ist.[176]) Unter den frequentierten Hotels befanden sich nur solche bescheideneren Zuschnitts, kein einziges im ersten Bezirk, die meisten in der Nähe des Parlaments und zwei in dem sozial niedrig eingestuften zweiten Gemeindebezirk nahe desjenigen Bahnhofs, an dem sie alle, Polen, Ruthenen und Juden, jeweils zu Sessionsbeginn von Galizien aus mit der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn ankamen.

3. Die Juden

Abschließend wollen wir uns kurz mit den jüdischen Abgeordneten beschäftigen. Unseren obigen Überlegungen folgend, verstehen wir hierunter sowohl die sich zu einer jüdischen Nation bekennenden Jüdischnationalen und Zionisten als auch diejenigen Abgeordneten mosaischer Konfession, welche durch ihre Teilnahme an bestimmten politischen Formationen der Polen (Klubs, Parteien) ihre Zugehörigkeit zur polnischen Nation demonstrierten und diese Position auch verbal im innerjüdischen Richtungsstreit vertraten. Die Letztgenannten gingen in diesem Abschnitt bereits in das Kollektiv der Polen ein und werden, ihrer kulturellen Doppelzugehörigkeit entsprechend, hier nun auch als Juden betrachtet. Wir werden freilich darauf verzichten, in den tabellarischen Darstellungen nach den unterschiedlichen polnischen Parteirichtungen, denen sie angehörten, zu differenzieren.

---

rer. Die Staatsbeamten wurden im Zuge ihres Aufstiegs innerhalb der bürokratischen Hierarchie mehrmals versetzt und für die Priester gilt, dass sie vor ihrer Übernahme einer eigenen Pfarrei an verschiedenen Orten in Hilfsstellungen tätig waren. Zu letzterem vgl. Himka, Villagers, S. 115.

[175]) Die beiden Altruthenen Mykola Hlibovic'kyj und Vasyl' Davydjak wohnten zusammen in der Piaristengasse 42, ihr Parteifreund Mychajlo Korol' zwei Häuser weiter in Nummer 46. Zusammen wohnten auch die beiden Priester der nationaldemokratischen Partei Josip Folys und Stefan Onyškevyč, und sogar zu dritt (Schlösselgasse 19) hausten Tyt Vojnarovs'kyj, Jevhen Petruševyč und Volodymyr Ochrymovyč.

[176]) Einer der wenigen Landwirte unter den ruthenischen Abgeordneten übernachtete im gleichen Hotel wie die Mehrheit der Vertreter der Polnischen Volkspartei, während der Ruthenischradikale Vasyl' Stefanyk im polnisch-sozialdemokatisch frequentierten Hotel „Höller" wohnte.

In der folgenden Übersicht geht es zunächst um die Frage, in welchen Kurien bzw. Wahlkreistypen die jüdischen Abgeordneten gewählt wurden:

Tabelle IV.40: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach nationalem Bekenntnis (Juden)

Wahlperiode	Jüd.-Nationale		„Polen“		TOTAL	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
9. Wahlperiode (Wahlkurien)						
Städte	0	,0	3	42,9	3	42,9
Handels- u. Gewerbekammern	0	,0	3	42,9	3	42,9
Allgemeine Wahlkurie	0	,0	1	14,3	1	14,3
TOTAL	0	,0	7	100	7	100
10. Wahlperiode (Wahlkurien)						
Städte	0	,0	3	42,9	3	42,9
Handels- u. Gewerbekammern	0	,0	3	42,9	3	42,9
Landgemeinden	0	,0	1	14,3	1	14,3
TOTAL	0	,0	7	100	7	100
11. Wahlperiode (Wahlkreistypen)						
Groß-/Mittelstädte-Wahlkreise	0	,0	5	71,4	5	50,0
Kleinstädte-Wahlkreise	1	33,3	2	28,6	3	30,0
Landwahlkreise	2	66,7	0	,0	2	20,0
TOTAL	3	100	7	100	10	100
12. Wahlperiode (Wahlkreistypen)						
Groß-/Mittelstädte-Wahlkreise	0	,0	5	55,6	5	50,0
Kleinstädte-Wahlkreise	1	100	4	44,4	5	50,0
Landwahlkreise	0	,0	0	,0	0	,0
TOTAL	1	100	9	100	10	100

Das Wählerreservoir lag, der Struktur der jüdischen Bevölkerung in Galizien entsprechend, in den Städten. Mit einer Ausnahme wurden sämtliche Abgeordneten der „Jüdisch-Polen“ in städtischen Wahlkurien bzw. -kreisen gewählt. Vor 1907 spielten die Handels- und Gewerbekammern eine besondere Rolle bei der Rekrutierung jüdischer Parlamentarier: Sowohl in der 9. als auch in der 10. Wahlperiode waren alle drei Handelskammermandate (Krakau, Lemberg und Brody) von Juden polnischer Nationalität besetzt. Die nationaljüdisch-zionistischen Abgeordneten (ab 1907) verdankten ihre Wahl hingegen einer ländlichen bzw. kleinstädtischen Wählerschaft. Der Grund lag in jenem ruthenisch–jüdischen Wahlpakt des Jahres 1907, der an anderer Stelle beschrieben wurde und im Parlament zur Gründung des ersten Jüdischen Klubs in der Geschichte führte.

Die mehrheitlich städtische politische Verwurzelung der jüdischen Abgeordneten leitet über zu dem in der folgenden Tabelle IV.41 zusammengefassten Berufsbild der Gruppe.

Neben der bereits bekannten prominenten Stellung der Advokaten lässt sich die überdurchschnittlich hohe Vertretung des gewerblich-kommerziellen Sektors erkennen. Ein Vergleich mit Tabelle IV.13 zeigt, dass diesbezüglich die Juden unter den Abgeordneten polnischer Nationalität einen äußerst wichtigen Platz einnahmen. Von den dort festgestellten 11 Abgeordneten, welche hauptberuflich diesem Zweig zuzuordnen waren, können

Tabelle IV.41: Hauptberuf und berufliches Umfeld nach nationalem Bekenntnis (Juden)

Wahlperiode	Jüd.-Nationale		„Polen“		TOTAL	
Beruf	Haupt-beruf	Berufl. Umfeld	Haupt-beruf	Berufl. Umf.	Haupt-beruf	Berufl. Umf.
1. Landwirtschaft	,0	,0	5,9	17,6	4,8	14,3
Gutsbesitzer	,0	,0	5,9	17,6	4,8	14,3
2. Gew., Ind., Handel	,0	,0	41,2	47,1	33,3	38,1
Industr., selbst. Untern.	,0	,0	29,4	35,3	23,8	28,6
Händler, Kaufleute	,0	,0	11,8	11,8	9,5	9,5
3. Lehrberuf	25,0	25,0	,0	,0	4,8	4,8
Universitätslehrer	25,0	25,0	,0	,0	4,8	4,8
4. Justiz u. Verw.	,0	,0	5,9	5,9	4,8	4,8
Hohe Verw.	,0	,0	5,9	5,9	4,8	4,8
5. Freie Berufe	25,0	25,0	47,1	52,9	42,9	47,6
Ärzte	,0	,0	5,9	5,9	4,8	4,8
Advokaten	25,0	25,0	41,2	41,2	38,1	38,1
Advokaturkandidaten	,0	,0	,0	5,9	,0	4,8
7. Red., Schriftst.	50,0	100	,0	29,4	9,5	42,9
Redakteure	50,0	100	,0	29,4	9,5	42,9
TOTAL (N)	4		17		21	

Prozentwerte

hier nun 7 als solche jüdischer Herkunft identifiziert werden. In der Mehrzahl der Fälle gehörten die betreffenden Abgeordneten der Rohstoffe verarbeitenden Großindustrie an und waren daher oftmals auch auf dem Land begütert.[177]) Die Expansion von einem erfolgreich geführten städtisch domizilierten Handels- oder Produktionsunternehmen auf das Land und der Erwerb einer Gutswirtschaft war teilweise bereits in der väterlichen Generation vollzogen worden und wurde schließlich mitunter durch eine Nobilitierung gekrönt.[178])

[177]) Henryk Kolischer und Henryk Weiser, beide Papierfabrikanten, Rudolf Gall und Edmund Rauch, beide Fabrikanten und Mühlenbesitzer sowie Bernard Stern, Bierbrauereibesitzer. Arnold Rapoport, Advokat in Wien, war gleichzeitig Eisenindustrieller und Besitzer mehrerer Bergwerke in Galizien. Kolischer und Rapoport gehörten zu den ca. 60 größten Gutsbesitzern Galiziens (über 5000 ha.) und zu den vier größten jüdischen Gutsbesitzern des Kronlands. Siehe dazu Buzek, Własność tabularna w Galicji, S. 61 sowie die Tabellen auf den Seiten 70 und 72. Der zunehmende Einkauf von Juden in den Tabularbesitz war ein großes Thema in Galizien zu dieser Zeit, das auch Antisemitismus in eine Gesellschaftsschicht brachte, die zuvor wenig von derartigen Regungen betroffen gewesen war.

[178]) So bei Maurycy Rosenstock, der aber auch dank seines politischen Wirkens 1903 das Prädikat „Edler von Rozstocki“ erhielt und kurz vor dem Ersten Weltkrieg wegen der angeblich negativen Wirkung seines Namens auf die umgebende Bauernbevölkerung mit Erfolg den Antrag stellen konnte, seinen jüdischen Namen gänzlich ablegen zu dürfen. (Vgl. seinen Akt im Adelsarchiv.) Zu

Die Präsenz dieser Abgeordnetengruppe in der galizischen Wirtschaft drückte sich auch in ihrer Vereins- und Verbandstätigkeit aus, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle IV.42: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach nationalem Bekenntnis (Juden)

Ausrichtung	Jüd.-Nationale		„Polen“		TOTAL	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Beruf	1	25,0	8	47,1	9	42,9
Bildung	0	,0	2	11,8	2	9,5
Kultur	0	,0	3	17,6	3	14,3
Politik	3	75,0	2	11,8	5	23,8
Landwirtschaft	0	,0	1	5,9	1	4,8
Industrie	0	,0	8	47,1	8	38,1
Finanzwesen	1	25,0	8	47,1	9	42,9

Ihre Exponenten bekleideten mitunter die einflussreichsten Positionen in Wirtschafts- und Finanzinstitutionen. Folglich bildeten sie sowohl für die neuen, teilweise antisemitisch gefärbten polnischen und ruthenischen Volks- und Massenparteien als auch für die jüdischnationalen und zionistischen Gruppierungen aus zweierlei Gründen ein dankbares Angriffsobjekt: wegen ihrer politischen Zusammenarbeit mit dem polnischen Establishment und aufgrund ihres Reichtums und Einflusses in der kapitalistischen Wirtschaft.[179])

Die aktive Teilnahme der jüdisch-polnischen Abgeordneten am jüdischen Gemeinschaftsleben, die – wie bereits betont – nicht im Widerspruch zu ihrem Bekenntnis zur polnischen Nationalität stand, lässt sich ebenfalls an ihrem außerpolitischen Engagement nachweisen. Wir finden unter ihnen nicht nur drei Präsidenten der jüdischen Kultusgemeinde, sondern auch wichtige Exponenten jüdischer Kultur- und Bildungsvereine.[180]) Ihre Verankerung im jüdischen kulturellen und politischen Leben lässt sich teilweise auch mit ihrer Herkunft in Verbindung bringen.[181])

Neben ihrer wirtschaftlichen Stellung, die sich institutionell vor allem in ihrer Präsenz in den Handels- und Gewerbekammern ausdrückte, und neben ihrem innerjüdischen Honoratiorencharakter als Exponenten des jüdischen gesellschaftlich-kulturellen Lebens lässt

---

den persönlich Nobilitierten gehörten auch Natan Loewenstein von Opoka (1910/1912) und Arnold Rapoport Edler von Porada (1890).

[179]) Als Beispiele seien genannt: Henryk Kolischer unter anderem Verwaltungsrat der Galizischen Landesbank, Vizepräsident des Handels- u. Industrievereins in Lemberg, Ausschussmitglied des Zentralverbands der galizischen Fabrikindustriellen; Natan Loewenstein von Opoka, Aufsichtsrat der Galizischen Aktien- Hypothekenbank in Lemberg; Arnold Rapoport, Verwaltungsrat des Bodenkreditvereins in Krakau und Rechtsberater der österreichischen Länderbank; Jakub Piepes-Poratyński, Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Lemberg.

[180]) Präsidenten der jüdischen Kultusgemeinde waren Emil Byk (Lemberg), Józef Gold (Złoczów) und Maksymilian Trachtenberg (Kolomea); Präsident der jüdischen Ortsgruppe des polnischen Schulvereins in Lemberg war Natan Loewenstein und Präsident des jüdischen humanitären Vereins *Linathhazedek* Bernard Stern.

[181]) Arnold Rapoport war Enkel des berühmten Rabbiners Salomon Rapoport, Henryk Kolischer Sohn des ehemaligen Präsidenten von *Schomer Israel*, Julius Kolischer.

sich als drittes, für die politische Karriere wichtiges Element das kommunalpolitische Engagement anfügen. Vor allem in den ostgalizischen Städten, welche meist eine relative jüdische Mehrheit aufwiesen, kam es nicht selten vor, dass Juden das höchste kommunale Amt bekleideten. Wir finden denn auch in unserer Gruppe unter anderem drei jüdische Bürgermeister, von denen zwei dieses Amt bereits eine sehr lang Zeit bekleidet hatten, als sie das Mandat im Abgeordnetenhaus übernahmen.[182]) Eine hohe Position im wirtschaftlichen und sozialen Leben, ein ausgeprägter Einfluss in der jüdischen Gemeinde und ein politisches Amt in der jeweiligen Heimatstadt – diese drei Elemente waren meist in einer Person vereinigt und bildeten gemeinsam die Basis für die Wahl in das Wiener Parlament.[183])

Die Gruppe der polnisch-jüdischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats gehörte überwiegend zum polnisch-demokratischen Lager. Dies ergab sich vorwiegend aus ihrer städtisch-kommerziellen Herkunft, aber auch aus dem traditionellen jüdischen Liberalismus. Auch diejenigen, welche sich dem konservativen Lager zurechneten, passen jedoch in das eben gezeichnete Bild einer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite, die gerade wegen ihrer Elitenstellung die Assimilation an die polnische Gesellschaft anstrebte. Als eine Besonderheit sind nur die jüdischen sozialdemokratischen Abgeordneten zu betrachten, beide sehr prominente Exponenten der PPSD vor und auch noch nach dem Ersten Weltkrieg. Auch sie gehörten der Intelligenzschicht an, obgleich das Milieu, aus dem sie stammten und damit auch die prägenden Erfahrungen, die sie in der Kindheit genossen, höchst unterschiedlich waren.[184]) Auch die Jüdischnationalen, zwei Redakteure, ein Advokat und ein Universitätslehrer, zählten zur Intelligenz und fügten sich daher gut in das Gesamtbild ein. Dennoch hat man, wie bereits oben festgestellt, gerade die Disparität der Gruppen-

---

[182]) Maksymilian Trachtenberg war bereits seit 17 Jahren Bürgermeister von Kolomea, als er 1895 erstmals in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, Bernard Stern zur Zeit seiner Wahl (1911) sogar seit 35 Jahren Bürgermeister von Buczacz.

[183]) Bernard Stern übernahm bereits in jungen Jahren die Bierbrauerei in Buczacz und wurde mit 28 Jahren Bürgermeister dieser Stadt. Maksymilian Trachtenberg war Advokat und Direktor der städtischen Sparkasse und übernahm dieses Amt mit 34 Jahren. Im gleichen Jahr wurde er Präsident der Kultusgemeinde. Józef Gold, Arzt in Złoczów, wurde in späteren Jahren sowohl Bürgermeister als auch Kultusgemeindepräsident dieser Stadt. Emil Byk wurde im Jahre 1880 in den Vorstand der Kultusgemeinde und im folgenden Jahr zum Gemeinderat von Lemberg gewählt. Seine Wahl in den Reichsrat kam erst zehn Jahre später zustande. Henryk Kolischer, dessen Vater selbst Gemeinderat gewesen war, gelangte dank seiner herausragenden wirtschaftlichen Stellung im Bezirk Gródek bereits 1885 in den Bezirksrat, aber erst 1897 in den Reichsrat. Natan Loewenstein, Jakub Piepes-Poratyński (beide Lemberg) und Arnold Rapoport (Krakau) waren ebenfalls aufgrund ihrer hohen wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Stellung bereits altgediente Gemeinderäte in der Stadt ihres Wirkens, als sie zu Mitgliedern des Abgeordnetenhauses wurden.

[184]) Herman Diamand entstammte einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie und verbrachte seine gesamte Jugend in Lemberg. Sein Vater war ein 1848er Veteran, dessen politisches Engagement und fortschrittlicher, polnisch-patriotischer Geist auf den Sohn wirkten. Herman Lieberman wurde hingegen von den sozialen Zuständen im Erdölgebiet von Borysław geprägt, das nicht zuletzt auch ein jüdisches Proletariat kannte. Auch wenn dem Vater der Aufstieg vom Arbeiter zum Verwalter und sogar Kleinunternehmer gelang, bildeten die frühen Milieuprägungen neben dem Kontakt mit progressiven akademischen Kreisen ein wesentliches Fundament für sein späteres politisches Wirken.

mitglieder für ihr schwaches Abschneiden in der parlamentarischen Szene zwischen 1907 und 1911 verantwortlich gemacht.

D. Zusammenfassung

Auch am Ende des IV. Abschnitts soll die Zusammenfassung dazu dienen, über die Nationalitätengrenzen hinweg Galizien als historisch-politische Einheit ins Visier zu nehmen. Konkret geht es um die Frage, inwieweit die Eliten, insoweit sie hier als Parlamentarier erfassbar werden, national konturiert waren oder ob es auch hier Elemente gab, welche nationalitätenübergreifend ein galizisches Muster definierten.

Geht man zunächst von einer Gegensätzlichkeit in der kollektivbiographischen Konstituierung der polnischen und ruthenischen Eliten aus, so muss man zwangsläufig auf das in diversen Begrifflichkeiten gefasste dichotomische Konzept der mittel- und osteuropäischen Nationen im Zeitalter der Nationalbewegungen zurückgreifen: Kleine/große, unterdrückte/herrschende, junge/alte, bäuerlich-pebejische/aristokratische, historische/nichthistorische Völker – alle diese Terminologien repräsentieren Versuche, ein Phänomen begrifflich zu fassen, das bei allen Gefahren der Vereinfachung und Pauschalisierung wohl unbestritten ist: Es gab innerhalb eines bestimmten politisch-historischen Raums eine innerethnische Rollenverteilung, die dem einen Teil einen dominierenden und dem anderen einen untergeordneten Part in der Geschichte und jeweiligen Gegenwart zuwies, wobei politische Herrschaft stets mit kultureller Assimilationskraft einherging. Das polnische–ruthenische Verhältnis ist eines der markantesten historischen Beispiele für dieses Phänomen. Da es nun bei jenem dichotomischen Konzept der nationalen Gesellschaften an zentraler Stelle um die Existenz bzw. Abwesenheit kontinuitätsstiftender gesellschaftlicher Eliten geht, wäre zu fragen, inwieweit die hier ausgewählte parlamentarischen Führungsgruppen diesen Sachverhalt widerspiegeln. Zeigte sich also die „große“ Nation der Polen bzw. die „kleine“ Nation der Ruthenen auch in dem kollektivbiographischen Gesicht ihrer parlamentarischen Elite?[185])

Zunächst einmal muss diese Frage entschieden bejaht werden. Die herrschende Nation der Polen zeigte gerade im Abgeordnetenhaus klar und deutlich ihr elitäres Gesicht. Sie monopolisierte im Verein mit den „assimilierten“ jüdischen Vertretern die Ausgeprägtesten der Privilegien-Kurien (Großgrundbesitz und Handelskammern) sowie die Städtevertretungen. Der Anteil des Adels betrug im Untersuchungszeitraum über 40 %, während derjenige des Gutsbesitzes annähernd diese Marke erreichte. Über die Hälfte der polnischen Abgeordneten konnte eine Dekoration irgendwelcher Art vorweisen. Für die Ruthenen gilt dagegen: ausschließliche Repräsentanz in der Landgemeindekurie und keine „Dekorierten“, sieht man von zwei kleinadligen Abkömmlingen und wenigen Amtstitelträgern ab.

---

[185]) Zu den Kategorisierungen mit besonderer Berücksichtigung der Ruthenen (Ukrainer) siehe: Andreas Kappeler, Ein „kleines“ Volk von 25 Millionen: Die Ukrainer um 1900, in: Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl, hrg. von Manfred Alexander u. a., Stuttgart 1991, S. 33–42. Kappeler entscheidet sich mit gutem Grund für das am wenigsten belastete Begriffspaar „klein“/„groß“.

Hier, bei der „kleinen“ Nation übernahm die Intelligenz die Funktion der nicht vorhandenen traditionellen Eliten, woraus sich unter anderem das Reziprozitätsverhältnis zwischen Intelligenzanteil und Analphabetismus in der Bevölkerung herleiten lässt. Dominierend in dem hier schwerpunktmäßig gewählten Zeitraum war bereits die säkulare Intelligenz. Die Rolle der Geistlichkeit als Leitschicht der Nationalbewegung gehörte bereits der Vergangenheit an, zumindest was diese höchste Ebene der politischen Elite betrifft. Im dörflichen Milieu sah das Bild hingegen noch immer etwas anders aus.

Im Zeichen der Gegensätzlichkeit standen auch viele andere Aspekte der jeweiligen national-kollektiven Biographien. So ist an die unterschiedlich ausgeprägte Teilhabe am öffentlichen Dienst zu erinnern. Die starke Verwobenheit von Gutsbesitz und Staatsdienst ließ sich sowohl als tradiertes Verhalten einer rückwärtsbezogenen „landed elite“ deuten als auch als kollektivbiographische Entsprechung zum politischen Loyalismus, der sich seit der Etablierung der „galizischen Autonomie“ durchgesetzt hatte. Der Hang zum Verwaltungsdienst auf polnischer Seite entsprach einer Neigung zum Richterberuf bei den Ruthenen. Zurückgeführt wurde dieser Sachverhalt auf die besonderen Umstände der polnischen Verwaltung sowie auf die spezifische nationalpolitische Motivation zum Richterberuf. Die in beiden Fällen starke Vertretung der Rechtsanwälte, an sich kein galizisches oder ostmitteleuropäisches Phänomen, stand auf polnischer Seite im Zusammenhang mit der Qualität des städtischen Elitenberufs, während bei den Ruthenen erneut die Motivationsebene zu berücksichtigen ist: der Dienst des Advokaten am Schwachen, hier der unterdrückten Nation.

Auch die soziale Herkunft der Abgeordneten erwies sich als durchaus konträr: Ein starkes Übergewicht der Landwirtschaft, insbesondere des Gutsbesitzes, auf polnischer Seite, ausgehend von einer Vätergeneration, die bereits intensiv mit einem öffentlichen Engagement für das Staatswesen verbunden gewesen war. Demgegenüber, auf ruthenischer Seite, das Priesterhaus als dominant prägendes Milieu, ebenfalls öffentlich engagiert, aber nicht im staatlichen Sektor, sondern weitgehend auf einer lokalen, dörflichen Ebene. Gerade jener nationalkulturelle Unterschied, welcher die Grenze zwischen Polen und Ruthenen markierte, nämlich die Zugehörigkeit zum römisch- bzw. griechisch-katholischen Glauben, prägte somit über das Faktum der Heiratsfähigkeit des unierten Priesters die unterschiedliche Struktur der jeweiligen Eliten. Entsprechend der Herkunft unterschieden sich auch die Muster des sozialen Aufstiegs sowie die Mobilität. Im polnischen Fall war die öffentliche Karriere in einem nicht unbedeutenden Maße von einem Durchlaufen institutioneller Räume geprägt. Ein politisches Engagement in einer lokalen Repräsentativkörperschaft ging in vielen Fällen dem Reichsratsmandat voraus. Im Falle der Ruthenen wirkte die Universität als eigentlicher Katalysator. Mobilität war hier soziokulturell und räumlich: vom Pfarrhaus zur säkularen Intelligenz und vom Geburtsort über die Landeshauptstadt und wieder zurück in die Provinz, meist allerdings nicht dort, wo der Geburtsort gelegen war. Mobilität, ob soziale, räumliche oder politische (im Sinne des biographischen Bezugs zum Wahlkreis) war in der Summe mehr eine Sache der ruthenischen denn der polnischen parlamentarischen Elite.[186])

---

[186]) Vgl. dazu nochmals die Zahlen in den Tabellen IV.25 und IV. 38 bzw. IV.26 und IV.39, die diesen Befund mit aller Deutlichkeit erhärten.

Wir haben es also trotz des gemeinsam bewohnten historisch-politischen Raums Galizien mit zwei weitgehend segregierten nationalen Eliten mit nur geringfügigen strukturellen Überschneidungen zu tun. Dieses Faktum hatte wiederum spürbare Auswirkungen auf die politischen und diskursiven Interaktionen: Gerade im Falle derart konträrer soziobiographischer Typen konnten politische Feindbilder kollektivbiographisch untermauert werden, zugespitzt etwa in den Schlagwörtern „elitär" gegen „volksverbunden". Auch solche negative Projektionen eines Kollektivmerkmals des „anderen" ist eine Form der Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte, die wir ja zu einer der leitenden Fragestellung in diesem Buch erklärt hatten.

Die demokratische Öffnung des Parlaments seit 1897/1907 förderte immerhin eine gewisse strukturelle Angleichung der Eliten der beiden nationalen Gemeinschaften. Zwei Berufsbereiche sind hier besonders zu nennen: der Journalismus und das Vereinswesen. Die Rekrutierung der Parlamentarier über eine Tätigkeit in der Redaktion einer politischen Zeitung war freilich schon zuvor strukturell im gegebenen kulturellen Raum angelegt: Wo die Konstituierung einer politischen Gesinnungsgemeinschaft zeitlich vor der Verfestigung organisierter, parteimäßiger Institutionen stattfand, musste der Einfluss der Zeitungsmilieus schon vor der Demokratisierung entsprechend groß sein. Im polnischen Fall war dies allerdings vor allem eine Sache des vom *Szlachta*-Konservatismus marginalisierten urbandemokratischen Milieus. Ähnlich verhielt es sich mit dem Vereinswesen. Auch dieses war als Mittel einer um Volksnähe bemühten politischen Strömung bereits seit den 1860er Jahren angelegt. Auch hier kam dieser Typus des nationalkulturell engagierten Exponenten einer basisverbundenen Nationalbewegung im Zuge der Demokratisierung vermehrt in das Abgeordnetenhaus. Jene strukturelle Angleichung des jeweiligen kollektivbiographischen Hintergrunds stiftete freilich nicht politische Harmonie. Im Gegenteil: Der moderne, volksverwurzelte Nationalismus trug eher zum endgültigen Bruch bestehender Verschränkungen der nationalen Gemeinschaften Galiziens bei.

Schlussbetrachtung

Da die einzelnen Abschnitte dieses Buchs jeweils in sich zusammengefasst wurden, kann hier auf eine eingehendere inhaltliche Rekapitulation verzichtet werden. Es sei jedoch nochmals an jene übergreifenden Konzepte erinnert, welche die vier Teile zusammenhielten. Das erste dieser Konzepte bestand darin, dass – anstelle einer strikt chronologisch strukturierten politischen Geschichte – die galizischen Deputierten des österreichischen Abgeordnetenhauses als stets wiederkehrender Bezugspunkt der Analyse gewählt wurden. Dabei erwiesen sich im ersten Abschnitt die Vorgänge im Wiener Parlament als überaus wichtige Impulsgeber für die Konstitutierung und politische Selbsteinordnung der Parteien. Unter den Voraussetzungen des Priviliegien-Parlamentarismus und der Honoratiorenparteien ist die herausragende Rolle des Parlaments als Produzent politischer Inhalte der Normalfall. Dank der Tatsache, dass das Wiener Abgeordnetenhaus seit 1897 als Motor der Demokratisierung fungierte und sich den modernen Massenparteien öffnete, blieb es jedoch auch in Zeiten der Massenpolitik ein zentraler Bezugspunkt politischen Handelns. Als wichtigster institutioneller Schnittpunkt zwischen politischem Handeln der Abgeordneten in Wien und der basisbezogenen Politik im Land Galizien erschienen die periodisch wiederkehrenden Reichsratswahlen, denn hier wurden stets die lokal gegebenen gesellschaftlichen Realitäten und die Bedürfnisse der Bevölkerung mit den politischen Möglichkeiten der Verantwortlichen in Wien in Bezug gesetzt. Der Wille der politischen Akteure, sich eine starke Repräsentanz im Zentralparlament zu bereiten, schuf die Notwendigkeit, im Lande selbst rational durchorganisierte Organisationen aufzubauen, vielfach aber auch die Grenzen der Legalität zu überschreiten. Im dritten Abschnitt, der sich mit den Fraktionen der galizischen Deputierten im Abgeordnetenhaus auseinandersetzte, standen erneut „Wien“, hier das Agieren im Rahmen des Gesamtparlaments, und „Galizien“, die politische Szene im Kronland, nebeneinander. Über weite Strecken lieferte „Wien“ den Handlungsrahmen, „Galizien“ aber die Thematik, wurden doch fast alle gesamtstaatlichen Agenden auf die lokalen Verhältnisse bezogen. Der abschließende Teil zeigte schließlich das galizische Abgeordnetenkollektiv als ein äußerst komplexes Konglomerat, das nur durch seine Rolle als Funktionselite im politischen System zusammengehalten wurde.

Der zweite Grundgedanke dieser Studie war es, über die zeitgenössisch stark im Vordergrund stehende nationale Trennlinie hinweg gemeinsame Strukturen und wechselseitige Wirkungsmechanismen, ein „System Galizien“, sichtbar zu machen. Im Abschnitt über das Parteiwesen konnten diverse derartige übergreifende rechtliche und strukturelle Merkmale bei der Ausbildung und Fortentwicklung von Parteien wie auch politisch-ideologische Berührungspunkte zwischen den nationalen Lagern aufgezeigt werden. Zu nennen sind etwa Funktion und Gestalt der Presse, Probleme der Parteiorganisation im Übergang zur Massenpolitik sowie Formen der politischen Symbolik. Im Falle der Wahlorganisationen und Wahlprozesse (II) lag die Wechselwirkung infolge des Wettstreitens um Mandate in der Sache selbst. Außerdem erlaubte die Erörterung der „Galizischen Wahlen“ einen Blick auf ein toposbildendes galizisches Phänomen. Im Abschnitt zu Fraktionbildung und Fraktionspolitik wurde neben der Beschreibung der jeweiligen nationalen Lager ein Hauptaugenmerk auf parlamentarische Diskurse über Galizien gelegt und damit ebenfalls ein die Nationalitäten übergreifender Sachverhalt thematisiert. Der Galizien-Bezug war

darüber hinaus auch dadurch gegeben, dass sich die Fraktionspolitik des einen nationalen Lagers negativ aus derjenigen des innergalizischen Kontrahenten her ableitete und definierte. Der letzte Abschnitt schließlich hat gezeigt, dass wir es bei den polnischen und ruthenischen Parlamentarier-Kollektiven (die jüdischen bilden einen Spezialfall) mit Eliten zu tun haben, welche weitestgehend konträren Mustern folgten, sei dies bei Sozialisierung, Berufsbild oder politischer Rekrutierung. Dieser Befund entspricht der Tatsache, dass Polen und Ruthenen Nationalgesellschaften repräsentierten, welche jeweils dem konträren Typus „historisch" bzw. „nicht-historisch" zuzuordnen sind. Gerade in den jeweiligen Elitenstrukturen musste diese Gegensätzlichkeit besonders augenfällig werden. Es ist allerdings festzustellen, dass mit der Angleichung der Eliten hin zum modernen Politikertypus keinerlei politische Annäherung einherging. Letztlich bestimmt nicht das Biographische, sondern die trennende Ideologie das politische Verhältnis.

Im Folgenden sollen nun noch unter Rückbezug auf die eingangs erläuterten theoretischen Konzepte dieser Arbeit einige offene Fragen und mögliche fruchtbare Forschungsfelder erörtert werden. Geht man von den theoretischen Vorgaben des Elitenkonzepts aus, muss festgestellt werden, dass Parlamentsabgeordnete nur eine Teileinheit innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Elite eines Territoriums darstellen. Von dem Verhältnis zwischen Abgeordneten und parlamentsexternen Eliten, also etwa Entscheidungsträgern und Autoritätspersonen in Hof und Verwaltung, in Kirche, Wirtschaft und Presse, war in der vorliegenden Studie wenig die Rede. Versteht man die Parlamentarier als Handlungselemente in einem erweiterten Netz kommunizierender Teileliten, so ergäben sich insbesondere auch interessante Möglichkeiten des Vergleichs zum heutigen politischen System. Auch hier wäre also die übergeordnete Fragestellung der Modernisierung heranzuziehen, wenn es etwa zu beurteilen gilt, ob die Parlamentarier eher als Bindeglieder zwischen diesen Teileliten fungierten oder im Sinne des modernen „Lobbyismus" bereits eine Zielgruppe bestimmter „Pressure Groups" darstellten. Da solche erweiterten Kommunikationsnetze zumeist auf inoffiziellen Kontakten aufbauten, müsste man sich methodisch auf einen besonders gut dokumentierbaren Fall konzentrieren. Unter Verwendung persönlicher Nachlässe wäre es dann möglich, die ganze Komplexität politischer Entscheidungsprozesse zwischen Lemberg, Krakau und Wien, auch etwa unter Einschluss kollektivpsychologischer und manch irrationaler Momente, exemplarisch zu analysieren.

Eine thematische Erweiterung kombiniert mit einer inhaltlichen Vertiefung bietet sich auch im Bereich der Kollektivbiographie an. Positionen von Macht und Einfluss gibt es bekanntlich auf allen Ebenen, von der politischen Zentrale bis hinunter zum Dorf. Um ein noch repräsentativeres Bild der politischen Elite, ihrer Struktur, ihrer Mobilitätsmuster und ihrer internen Verbindungen zu gewinnen, wäre es angezeigt, diese verschiedenen Ebenen mit ihren jeweiligen Machtpositionen zu einem komplexen Gebilde zu verknüpfen. Kollektivbiographisch besetzt, würde sich dann ein differenzierteres Bild der tatsächlichen Verhältnissen im Bereich Person und Herrschaft ergeben. Erinnert sei hier nur an das Sample der ruthenischen Reichsratskandidaten, welche als Personengruppe teilweise schon ganz andere Züge aufwies als die Parlamentarier, also die tatsächlich Gewählten. Solche quantitativ fassbaren Differenzen zwischen den verschiedenen Teileliten machen strukturelle Unterschiede erkennbar, die dann allerdings zuweilen wiederum nur auf der Mikroebene, also in den Einzelbiographien, zu ergründen sind. In dieser Arbeit wurde die Einzelbiographie nur im Sinne des Belegs – in formaler Hinsicht als Fußnote – angeführt.

Wiederum unter Auswahl eines Ausschnitts, hier also einer spezifischen Personengruppe, ließe sich zweifellos noch wesentlich tiefer in die Frage nach dem Individuellen und Kollektiven in politischen Biographien eindringen.

Wenn sich diese Studie auf das Wiener Parlament konzentrierte, so hatte dies bekanntlich den Vorteil, dass die untersuchte Personengruppe klar abgegrenzt und hinsichtlich ihres politischen Wirkungsbereichs definiert war, während sich gleichzeitig Vergleichsmöglichkeiten mit den parlamentarischen Eliten anderer Nationalitäten anboten. Nun kann man allerdings vom Wiener Abgeordnetenhaus ausgehend auch alternative Vergleichswege beschreiten, und zwar in die Richtung der anderen repräsentativen Gremien. In erster Linie interessant erscheint das Verhältnis zwischen dem Zentralparlament (Abgeordnetenhaus) und dem Landtag, das hier verschiedentlich berührt wurde. Erinnert sei an die unterschiedlichen Bedingungen der Fraktionsbildung in beiden Parlamenten, an die institutionelle Verknüpfung durch die polnische Zentralwahlorganisation, an die Konzeption des *Sejm* als polnisches (Ersatz-)Nationalparlament, an das Infragestellen gerade dieses Konzepts durch das Zurückbleiben des Landtags in der Wahlrechtsentwicklung seit 1897, weiters an die unterschiedlichen Gestaltungsbedingungen politischen Handelns (etwa der Landtag als Probebühne der ruthenischen Obstruktion), dann aber auch an die kollektivbiographischen Muster, welche beide Parlamente tangierten. Es wäre lohnend, dieses Verhältnis in einem weiteren Rahmen systematisch zu untersuchen. Auch hier würde es sich anbieten, anhand bestimmter Sachthemen die Komplexität politischer Prozesse nicht nur auf der Ebene der Verfassungsnorm, welche das Verhältnis zwischen Landtag und Reichsrat definierte, zu betrachten, sondern die politische Praxis im Detail, etwa anhand eines bestimmten Sachthemas, zu verfolgen.

Ins Blickfeld sollten allerdings vermehrt auch die Repräsentativorgane auf Gemeinde- und Bezirksebene gerückt werden. Hier ist dies wiederum nur in Teilbereichen geschehen. Es wurden Beispiele angeführt, wie Kommunalpolitik der beiden großen Städte auf Parteibildungs- und Wahlprozesse einwirkten, wie politische Karrieren auf der Gemeindeebene aufbauten und wie Machtmissbrauch bei Wahlen vor allem hier betrieben wurde. Es wäre darüber hinaus jedoch angezeigt, die fundamentalen politischen Veränderungen seit dem späten 19. Jahrhundert einmal nicht nur auf der höchsten politischen Ebene zu betrachten, sondern anhand der Entwicklung einer Stadt oder eines einzigen Dorfes zu verfolgen. Die chronologischen Abläufe und die maßgeblichen Faktoren politischer Modernisierung im Dorf waren nicht prinzipiell verschieden von jener höchsten politisch-repräsentativen Ebene. Presse (also Kommunikationsmittel), Vereine (als institutionalisierte Personengeflechte), schließlich Wahl- und Parteiorganisationen drangen sukzessive in zuvor weitgehend statische Gemeinschaften ein. Stellte man diese Ebene der Dorfpolitik der Realität in den urbanen Zentren des Kronlands gegenüber, würde man allerdings nicht nur Parallelen, sondern auch anhaltende Diskrepanzen feststellen können. Während in den Metropolen Wahlen schon früh medial inszenierte Schaukämpfe zwischen programmatisch profilierten Kandidaten waren, kam es in der dörflichen Welt noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg zu dem (hier erwähnten) Fall, dass eine Dorfgemeinschaft ostentativ und persistent den Kaiser als Deputierten wählte. Liefen Wahlen in der Stadt nach eingeübten Regeln und öffentlicher Kontrolle ab, sah sich im Dorf der griechisch-katholische Priester dazu veranlasst, die Ankunft des Wahlkommissärs durch Glockengeläut anzukündigen, um einer Überrumpelungsaktion entgegenzu-

wirken. Eine politische Geschichte als Geschichte politischer Kultur könnte gerade auf der lokalen Ebene viel Anschauungsmaterial beisteuern.

Die Situation in einer der galizischen „Metropolen" oder gar in der Reichshauptstadt Wien im Vergleich zur Wirklichkeit in einem Dorf mit einigen Hundert Einwohnern – das sind gewissermaßen die Extreme, welche die Polarität politischer Wirklichkeit definieren. Zentrum und Peripherie, Stadt und Land finden sich aber auch kleinräumig, innerhalb einer Region oder eines Bezirks. Die staatlich-administrative Ordnung schuf hier die entscheidenden Vorbedingungen, indem sie Bezirkshauptorte als lokale Zentren der politischen und gerichtlichen Verwaltung festlegte. Als sich nun auf der Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und einer zunehmenden Mobilisierung der politischen Öffentlichkeit nicht-staatliche Organisationen – Selbstverwaltungskörper, Vereine, politische Parteien oder Filialen von Wahlorganisationen – etablierten und ausbreiteten, benützten sie das vorgegebene territoriale Schema, indem sie von den Bezirkshauptorten aus das Umland politisch bzw. (national-)kulturell zu bearbeiten versuchten. Damit verstärkte sich einerseits die soziale und funktionale Differenz zwischen lokalem Zentrum und ländlichem Umfeld, andererseits intensivierten sich aber auch – gefördert durch die zunehmende Mobilität – die Wechsel- und Austauschbeziehungen. „Politik im Bezirk" wäre also neben Politik im Dorf ein weiterer Rahmen, der sich für eine Untersuchung anbieten würde.

Spricht man nun allerdings von Dichotomien auf der obersten Ebene galizischer Politik, so wäre in erster Linie an die fundamentale Zweiteilung des Kronlands zwischen dessen Ost- und Westteil zu denken. Wie in den Abschnitten I und II gesehen, stellte das Faktum der ethnisch-nationalen Spaltung Galiziens für das Voranschreiten politischer Integrationsprozesse ein schwerwiegendes Hindernis dar. Die Ruthenen waren trotz einiger Einsprengsel im Südwesten des Kronlands auf Ostgalizien beschränkt, das sie auch ideell (als das „eigentliche Galizien") als ihr Eigenes erklärten. Demgegenüber strebten die polnischen Eliten danach, das ihnen zunächst von fremder Hand aufoktroyierte Kronland als ein Ganzes in das eigene historische Bild zu inkorporieren. Dieses ideelle Unterfangen stieß aber gerade dort an seine politischen Grenzen, wo moderne, auf Massenbasis begründete Organisationen übergreifende Strukturen aufbauen wollten. Es war kein Zufall, dass dies den ausschließlich urban-elitär orientierten Liberaldemokraten schließlich am besten gelang, denn ethno-strukturelle Gemeinsamkeiten über die innere Ost-West-Grenze Galiziens hinweg existierten tatsächlich nur in den Städten mit ihren polnisch-jüdischen Mehrheiten. Zu untersuchen wäre, wie sich abgesehen vom hier dargestellten politischen Auseinanderdriften (akzentuiert seit 1908 in der Gegnerschaft Statthalterblock gegen Antistatthalterblock) die Modernisierung im einzelnen auf das Verhältnis beider Landesteile zueinander auswirkte. Einerseits zeigte sich eine Tendenz der Konzentration politischer und kultureller Macht auf Krakau und Lemberg. Andererseits wirkte dieser selektiven Sogkraft die übergreifende Dynamik der wachsenden Kommunikationsdichte und -geschwindigkeit entgegen. Auch hier geht es also um Fragen der territorialen Vernetzung, die auf den verschiedensten Ebenen, nicht nur der politischen, untersucht werden müssten. Eine moderne politische Geschichte sollte tatsächlich viel mehr noch als dies hier möglich war als Kommunikationsgeschichte geschrieben werden.

Aufs Engste verbunden mit dieser innergalizischen Ost–West-Dichotomie ist also jener Konflikt zwischen polnischer und ruthenischer (ukrainischer) Nationalgesellschaft, der im

Verlauf des späteren 19. Jahrhunderts alle anderen Bereiche des politischen Lebens zunehmend in den Hintergrund drängte. In dieser Studie ging es, wie schon erwähnt, nicht zuletzt darum, auf verschiedenen Ebenen die dennoch existierenden Unschärfen der Grenzziehung sowie die vielfachen Musterbildungen und Wechselbeziehungen nachzuzeichnen, die auf der Tatsache beruhten, dass man in einem gemeinsamen – wiederum kommunikativ offenen – politisch-kulturellen Territorium lebte. Solche Mechanismen, welche die Abgeschlossenheit und Selbstbezogenheit nationaler Gesellschaften zu relativieren vermögen, gäbe es wohl noch viele zu entdecken. Andererseits ließ sich dennoch insbesondere an der Entwicklung des Parteiwesens die geläufige These bestätigen, dass das lange 19. Jahrhundert von einem stetig fortschreitenden Prozess der inneren Homogenisierung und äußeren Abgrenzung der Nationalgesellschaften begleitet war, die gerade wiederum unter den Voraussetzungen eines gemeinsam bewohnten und politisch verwalteten Territoriums zwangsläufig zu einem wachsenden manifesten Gegensatz zwischen jenen führen mussten. Es wäre freilich noch eingehender zu untersuchen, in welchem „logischen“ Zusammenhang die durchgreifende Nationalisierung einerseits und die Entwicklung der Politik der Massen andererseits standen. Fraglich bleibt auch, ob sich die Institutionalisierung der Politik durch Parteien, Wahlen und Parlamentarismus nun ausschließlich verstärkend oder nicht auch mildernd auf den nationalen Gegensatz in Galizien auswirkte. Sicherlich: Parteien auf Massenbasis verfestigten Grenzen, Wahlen steigerten das Konfliktverhalten und das Parlament diente als Forum, den nationalen Gegner stets von Neuem verbal ins Visier zu nehmen. Dennoch schufen diese Institutionen auch wieder die Basis für Verhandlungen, für ein Aufeinanderzugehen, für partielle Kompromisse. Es ist ja doch unter diesem Gesichtspunkt auch kein Zufall, dass erst das Außerkraftsetzen der eingeübten Verhaltensnormen im Großen Krieg diese Fundamente endgültig zerstörte.

ANHANG

1. Hauptwahlen in Galizien 1897–1911

Erläuterungen:

Nr.: (Wahlkreisnummer): 9/10. Legislaturperiode: Erste Ziffer bezeichnet Wahlkurie (1–5), zweite und dritte Ziffer die Wahlkreisnummer innerhalb derselben. 11/12. Legislaturperiode: Durchnummerierte Wahlkreise aufgrund der Wahlordnung von 1907

Wahlbezirk: Orts- bzw. Bezirksnamen wurden gemäß der in den Amtspublikationen vorrangig verwendeten Variante angeführt (siehe die alternativen Ortsbezeichnungen im Ortsregister). PB=Politischer Bezirk, GB=Gerichtsbezirk, SG=Stadtgemeinde, OG=Ortsgemeinde

Kandidatenname: Personennamen erscheinen hier aus Platzgründen ohne Adelstitel und Prädikat (siehe die vollständigen Angaben im Personenregister). Siegreiche Kandidaten und die nachfolgenden Zuordnungen wurden fettgedruckt

Partei (Partei und politische Richtung): Abkürzungen siehe Abkürzungsverzeichnis

W-Org (Wahlorganisation): Wo neben der Partei eine übergeordnete Wahlorganisation einen Kandidaten unterstützte, wurde der Parteiname in der Rubrik „W-Org“ nicht eigens aufgeführt. ( ) Inoffizielle Unterstützung. Abkürzungen: siehe Abkürzungsverzeichnis

Stimmen: Im Falle mehrerer Wahlgänge wurden die einzelnen Wahlgänge durch Schrägstriche (/) getrennt aufgeführt. Die in den statistischen Publikationen veröffentlichten amtlichen Ergebnisse der Reichsratswahlen ließen sich nicht durchwegs auf die einzelnen Kandidaten übertragen, da die Amtsstatistik aus Platzmangel Kandidaten gleicher politischer Couleur teilweise in Rubriken zusammenfasste. In diesen Fällen wurde das in der Tagespresse veröffentlichte provisorische Ergebnis mit einem * wiedergegeben und das über mehrere Kandiaten kumulierte amtliche Ergebnis in Klammern (Σ) hinzugefügt. Weitere Abkürzungen: z: in der amtlichen Statistik unter der Rubrik „Zersplitterte Stimmen“ angeführt, daher ungesichert; ? nicht eindeutig zuzuordnen

E (Ergebnis): 1 bzw. 2=Sieg im 1. bzw. 2. Wahlg.; x=Niederlage im ersten Wahlgang ; e=Niederlage in engerer Wahl bzw. Wahlwiederholung; zu den Abkürzungen bei den Landwahlbezirken (35–70) der 11./12. Periode siehe die Erläuterungen in Abschnitt II, S. 265

9. Legislaturperiode (Hauptwahl 1897)

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
101	PB Krakau, Chrzanów	Górski, Piotr	Poln. Kons.	CKW	39	1
102	PB Wadowice, Biała, Saybusch, Myślenice	Czecz, Herman	Poln. Kons.	CKW	35	1
103	PB Bochnia, Wieliczka, Podgórze, Brzesko	Popowski, Józef	Poln. Kons.	CKW	70	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
104	PB Tarnów, Dąbrowa, Pilzno, Mielec	Struszkiewicz, Władysław	Poln. Kons.	CKW	51	1
105	PB Neusandez, Jasło, Grybów, Limanowa, Neumarkt, Gorlice	Piliński, Włodzimierz	Poln. Kons.	CKW	56	1
106	PB Rzeszów, Strzyżów, Kolbuszowa, Nisko, Łańcut, Tarnobrzeg, Ropczyce	Jędrzejowicz, Adam	Poln. Kons.	CKW	70	1
107	PB Przemyśl, Jaroslau	Chrzanowski, Leon	Poln. Kons.	CKW	34	1
108	PB Sanok, Bircza, Lisko, Brzozów, Krosno	Gniewosz, Włodzimierz	Poln. Kons.	(CKW)	83	1
109	PB Sambor, Staremiasto, Turka, Drohobycz, Rudki	Giżowski, Julian	Poln. Kons.	(CKW)	63	1
110	PB Jaworów, Mościska, Cieszanów	Kozłowski, Włodzimierz	Poln. Kons.	(CKW)	27	1
111	PB Żółkiew, Rawa Ruska, Sokal	Milewski, Józef	Poln. Kons.	CKW	61	1
112	PB Lemberg, Gródek	Abrahamowicz, Dawid	Poln. Kons.	CKW	34	1
113	PB Złoczów, Kamionka Strumiłowa, Brody	Jaworski, Apolinary	Poln. Kons.	(CKW)	42	1
114	PB Brzeżany, Przemyślany, Podhajce	Błażowski, Julian	Poln. Kons.	(CKW)	32	1
115	PB Rohatyn, Bóbrka	Henzel, Seweryn	Poln. Kons.	CKW	24	1
116	PB Stryj, Żydaczów, Dolina, Kałusz	Abrahamowicz, Eugeniusz	Poln. Kons.	(CKW)	54	1
117	PB Stanislau, Bohorodczany, Tłumacz, Buczacz	Dzieduszycki, Wojciech	Poln. Kons.	(CKW)	34	1
118	PB Kolomea, Horodenka, Śniatyn, Kosów, Nadwórna	Wielowieyski, Henryk	Poln. Kons.	CKW	46	1
119	PB Czortków, Zaleszczyki, Borszczów, Husiatyn	Borkowski, Jerzy	Poln. Kons.	(CKW)	40	1
120	PB Tarnopol, Zbaraż, Skałat, Trembowla	Garapich, Michał	Poln. Kons.	(CKW)	52	1
201	SG Lemberg	Piętak, Leonhard	Poln. Dem.	St-Kom.	2665/2957	2
		Dulęba, Władysław	Poln. Dem.	St-Kom.	2549/3124	2
		Rewakowicz, Henryk	SL	SL	1908/2361	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
		Lewakowski, Karol	SL	SL	1924/2501	e
		Łoziński, Bronislaw	Poln. Dem.	Fortschr.-Kom.	1281	x
202	SG Krakau	Sokołowski, August	Poln. Dem.	CKW	1833	1
		Weigel, Ferdynand	Poln. Dem.	CKW	1754	1
		Kasparek, Franciszek	Unabh. Pole	-	856	x
		Propper, Albert	Jüd-Progr.	-	1135	x
203	SG Biała, Neusandez, Wieliczka	Madeyski, Stanisław	Poln. Kons.	CKW	839	1
		Seinfeld, Herman	Unabh. Pole	-	250	x
		Łazarski, Stanisław	Unabh. Pole	-	354	x
204	SG Tarnów, Bochnia	Rutowski, Tadeusz	Poln. Dem.	CKW	1272	1
		Benoni, Karol	Unabh. Pole	-	200	x
		Schützer (Dr.)	Unabh. Pole	-	356	x
205	SG Rzeszów, Jaroslau	Rychlik, Ignacy	Poln. Dem.	St.-Kom.	1103	1
		Bartoszewski, Karol	Unabh. Pole	-	68	x
206	SG Przemyśl, Gródek	Kolischer, Henryk	Poln. Dem.	St-Kom.	1453	1
		Bienczewski, Adolf	Poln. Dem.	St-Kom.	761	x
207	SG Sambor, Stryj, Drohobycz	Roszkowski, Gustaw	Poln. Dem.	CKW	1770	1
		Humiecki, Lucyan	Unabh. Pole	-	247	x
		Ozarkevyč, Jevhen	NR	KRKV	124	x
208	SG Tarnopol, Brzeżany	Rittner, Eduard	Poln. Kons.	CKW	1425	1
209	SG Stanislau, Tyśmienica	Biliński, Leon	Unabh. Pole	-	1484	1
210	SG Kolomea, Śniatyn, Buczacz	Trachtenberg, Maksymilian	Poln. Dem.	St.-Kom.	2091	1
		Goldhammer, Eliasz	Poln. Dem.	CKW	1954	x
211	SG Brody, Złoczów	Byk, Emil	Poln. Dem.	CKW	1021	1
		Bloch, Josef	Unabh. Jude	-	161	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
301	HGK Lemberg	Piepes, Jakub	Poln. Dem.	(CKW)	32	1
302	HGK Krakau	Rapoport, Arnold	Poln. Kons.	(CKW)	22	1
303	HGK Brody	Rosenstock, Maurycy	Poln. Kons.	(CKW)	28	1
401	GB Krakau, Liszki; Wieliczka, Skawina; Podgórze, Dobczyce; Chrzanów, Krzeszowice, Jaworzno	Gunkiewicz, Bronislaw	Poln. Kons.	CKW	95	x
		Wójcik, Franciszek	SL	SL	166	x
		Danielak, Michał	SChL	SChL	389	1
402	GB Biała, Kęty, Auschwitz; Saybusch, Milówka, Slemień	Kramarczyk, Franciszek	ZSCh	CKW	165	x
		Zabuda, Jan	SChL	SChL	227	1
403	GB Wadowice, Andrychów, Kalwarya, Zator; Myślenice, Jordanów, Maków	Klakurka, Mikołaj	Unabh. Pole	CKW	7	x
		Szponder, Andrzej	SChL	SChL	301	1
		Średniawski, Andrzej	SL	SL	120	x
404	GB Neusandez, Altsandez, Krynica; Limanowa, Mszana Dolna; Neumarkt, Czarny-Dunajec, Krościenko; Grybów, Ciężkowice	Potoczek, Jan	ZSCh	CKW	477	1
		Ciszyk, Jan	Unabh. Pole	-	244	x
		Poljans'kyj, Oleksandr	Unabh. Ruth.	-	28	x
405	GB Bochnia, Wiśnicz, Niepołomice; Brzesko, Wojnicz, Radłów	Marzec, Adam	SChL	SChL	54 (*258)	x
		Goetz, Jan	Poln. Kons.	CKW	237/277	2
		Bardel, Adam	SL	SL	184 (*258)/208	e
406	GB Tarnów, Tuchów; Brzostek, Dębica; Dąbrowa, Zabno	Bojko, Jakub	SL	SL	392	1
		Płaziński, Leopold	Unabh. Pole	CKW	152	x
407	GB Ropczyce; Mielec, Radomyśl; Tarnobrzeg, Rozwadów	Dolański, Henryk	Unabh. Pole	CKW	127	x
		Krempa, Franciszek	SL	SL	302	1
		NN	Unabh.	-	34	x
408	GB Rzeszów, Tyczyn, Głogów, Strzyżów; Kolbuszowa, Sokołów	Holtzer, Gustaw	Poln. Dem.	CKW	210	x
		Szajer, Tomasz	SChL	SChL	277	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
409	GB Łańcut, Przeworsk, Leżajsk; Nisko, Ulanów	Hompesch, Ferdynand	Poln. Kons.	CKW	238	1
		Hanusiak, Stanisław	SChL	SChL	21 (?)	x
		Jachowicz, Józef	SL	SL	190	x
410	GB Jasło, Frysztak; Gorlice, Biecz; Krosno, Żmigród, Dukla	Skrzyński, Kazimierz	Unabh. Pole	-	166	x
		Nawrocki, Pawel	SL	SL	298	e
		Sapieha, Pawel	Poln. Kons.	CKW	185	2
411	GB Sanok, Bukowsko, Rymanów; Brzozów, Dynów; Lisko, Lutowiska, Baligród	Rynjavec', Volodymr	Unabh. Ruth.	KRKV	173	x
		Wiktor, Józef	Poln. Kons.	CKW	305	1
		Milan, Grzegorz	SL	SL	124	x
412	GB Przemyśl, Niżankowice, Dubiecko; Dobromil, Bircza, Ustrzyki Dolne; Mościska, Sądowa Wisznia	Franko, Ivan	R-URP	R-URP	205	x
		Tyszkowski, Pawel	Poln. Kons.	CKW	392	1
413	GB Jaroslau, Radymno, Sienieawa, Pruchnik; Cieszanów, Lubaczów	Podolyns'kyj, Filemon	Unabh. Ruth.	KRKV	65	x
		Cena Robert	SChL	SChL	323	1
		Siara, Sebastyan	Poln. Kons.	CKW	29	x
414	GB Sambor, Łąka; Staremiasto, Starasól; Turka, Borynia; Rudki, Komarno	Karatnyc'kyj, Modest	Ruth. Kons.	-	408	1
		Čajkovs'kyj, Kornel	Unabh. Ruth.	KRKV	233	x
415	GB Stryj, Skole; Żydaczów, Mikołajów, Zurawno; Drohobycz, Medenice, Podbuż	Ochrymovyč, Ksenofont	Ruth. Kons.	-	341	1
		Olesnyc'kyj, Jevhen	NR	KRKV	284	x
416	GB Kałusz, Wojnilów; Dolina, Bolechów, Rożniatów; Bóbrka, Chodorów	Romančuk, Julijan	NR	KRKV	238	x
		Nawrocki, Edmund	Poln. Kons.	CKW	352	1
417	GB Lemberg, Winniki, Szczerzec; Gródek, Zalesie; Jaworów, Krakowiec	Nahirnyj, Vasyl'	NR	KRKV	272	x
		Merunowicz, Theophil	Poln. Dem.	CKW	315	1
418	GB Żółkiew, Mosty Wielkie, Kulików; Sokal, Bełz; Rawa Ruska, Uhnów, Niemirów	Korol', Mychajlo	RuR	KRKV	287	x
		Vachnjanyn, Anatol'	Ruth. Kons.	-	344	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
419	GB Brody, Łopatyn, Załośce; Kamionka Strumiłowa, Busk, Radziechów	Barvins'kyj, Oleksandr	Ruth. Kons.	-	380	1
		Mohyl'nyc'kyj, Andronik	RuR	KRKV	121	x
420	GB Złoczów, Zborów, Olesko; Przemyślany, Gliniany	Tanjačkevyč, Danylo	NR	KRKV	291	1
		Glidziuk, Mychajlo	Unabh. Ruth.	-	92	x
		Nalyvajko, Fedko	Unabh. Ruth.	-	153	x
421	GB Brzeżany, Kozowa; Rohatyn, Bursztyn; Podhajce, Wiśniowczyk	Romančuk, Julijan	NR	KRKV	286	x
		Walewski, Jan	Poln. Kons.	CKW	312	1
422	GB Stanislau, Halicz; Bohorodczany, Sołotwina; Tłumacz, Tyśmienica, Ottynia; Nadwórna, Delatyn	Mandyčevs'kyj, Kornel	Ruth. Kons.	- (CKW)	428	1
		Romančuk, Julijan	NR	KRKV	238	x
423	GB Kołomea,,Peczeniżyn, Gwoździec; Kosów, Kuty, Zabie; Sniatyn, Zabłotów	Okunevs'kyj, Teofil	R-URP	KRKV	300	1
		Sanduljak, Jurko	Ruth. Kons.	- (CKW)	249	x
424	GB Zaleszczyki, Tłuste; Borszczów, Mielnica; Horodenka, Obertyn\	Dorundjak, Mychajlo	NR	KRKV	237	x
		Czarkowski, Tadeusz	Poln. Kons.	CKW	340	1
425	GB Buczacz, Potok Złoty, Monasterzyska; Czortków, Budzanów	Romančuk, Julijan	NR	KRKV	169	x
		Horodyski, Kornel	Poln. Kons.	CKW	272	1
426	GB Trembowla, Grzymałów; Husiatyn, Kopyczyńce	Sodomora, Fedko	Unabh. Ruth	KRKV	168	x
		Olpiński-Nałęcz Julian	Poln. Dem.	CKW	227	1
427	GB Tarnopol, Mikulińce; Zbaraż, Nowe Sioło; Skałat	Schmiger, Josaphat	R-URP	R-URP	202	x
		Piniński, Leon	Poln. Kons.	CKW	263	1
501	SG Lemberg; GB Lemberg, Szczerzec	Mochnacki, Edmund	Poln. Dem.	CKW	6592	x
		Breiter, Ernest	Unabh. Soz.	-	4856	x
		Kozakiewicz, Jan	GPSD	GPSD	15769	1
		Baczyński, Józef	Unabh. Pole	-	?	x
		Rudolf, Józef	Unabh. Pole	-	?	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
502	SG Krakau; GB Krakau, Liszki, Podgórze, Skawina	Poniński, Aleksander	Poln. Kons.	CKW	3102	x
		Mikołajski, Szczepan	SL	SL	3515	x
		Daszyński, Ignacy	GPSD	GPSD	22214	1
503	GB Wadowice, Andrychów, Kalwarya, Zator; Biała, Kęty, Auschwitz; Chrzanów, Krzeszowice, Jaworzno; Saybusch, Milówka, Slemień; Myślenice; Wieliczka, Dobczyce	Malocha, Wojciech	SL	SL	154	x
		Kubik, Jan	SChL	SChL	551	1
		Englisch, Jan	GPSD	GPSD	16	x
		Zajaczek, Franciszek	Poln. Kons.	CKW	151	x
504	GB Neusandez, Altsandez, Muszyna; Limanowa, Mszana Dolna; Neumarkt, Czarny Dunajec, Krościenko; Jordanów, Maków; Grybów, Ciężkowice; Gorlice, Biecz	Potoczek, Stanisław	ZSCh	ZSCh	383/341	e
		Znamirowski, Józef	Poln. Kons.	CKW	291/364	2
		Misiołek, Leon	GPSD	GPSD	114	x
505	GB Tarnów, Tuchów; Brzesko, Wojnicz, Radłów; Bochnia, Wiśnicz, Niepołomice; Dąbrowa, Zabno; Mielec, Radomyśl, Brzostek	Winkowski, Franciszek	SL	SL	427/412	2
		Kopyciński, Adam	Poln. Kons.	CKW	404/380	e
		Sulczewski, Franciszek	GPSD	GPSD	56	x
506	GB Rzeszów, Tyczyn, Głogów, Strzyżów; Ropczyce; Dębica; Frysztak; Kolbuszowa, Sokołów; Tarnobrzeg, Rozwadów; Nisko, Ulanów	Maczka, Jan	SL	SL	165	x
		Fischer, Karol	Poln. Kons.	CKW	355/367	2
		Tyburczy, Józef	SChL	SChL	173 (*307)/287	e
		Nehrebec'kyj, Ivan	Unabh. Pole	-	132 (*307)	x
		Piróg, Marcin	Unabh. Pole	-	?	x
507	GB Sanok, Bukowsko, Rymanów; Krosno, Zmigród, Dukla; Jasło; Brzozów, Dynów; Dobromil, Bircza, Ustrzyki Dolne; Lisko, Lutowiska, Baligród; Staremiasto, Starasól	Stapiński, Jan	SL	SL	331/339	e
		Wysocki, Stanisław	Poln. Kons.	CKW	437/426	2
		Krasnosel's'kyj, Juljan	Unabh. Ruth.	KRKV	142	x
508	GB Jaroslau, Radymno, Sieniawa, Pruchnik; Łańcut, Przeworsk, Leżajsk; Cieszanów; Jaworów, Krakowiec; Gródek, Janów	Hospod, Józef	SL	SL	201	x
		Pastor, Leon	Poln. Kons.	CKW	349/391	2
		Zelaszkiewicz, Kornel	GPSD	GPSD	314/353	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
509	GB Przemyśl, Niżankowice, Dubiecko; Mościska, Sądowa Wisznia; Rudki, Komarno; Sambor, Łąka; Drohobycz, Medenice, Podbuż	Franko, Ivan	R-URP	R-URP	317	x
		Lewicki, Witold F.	Poln. Dem.	CKW	505	1
510	GB Stryj, Skole; Turka, Borynia; Żydaczów, Mikołajów, Zurawno; Bóbrka, Chodorów; Dolina, Bolechów, Rożniatów; Kałusz, Wojnilów	Mohyl'nyc'kyj, Andronik	RuR	KRKV	402	x
		Rojowski, Kazimierz	Poln. Kons.	CKW	477	1
511	GB Brody, Łopatyn, Załośce; Kamionka Strumiłowa, Busk, Radziechów; Zółkiew, Mosty Wielkie; Kulików; Rawa Ruska, Uhnów, Niemirów; Sokal, Bełz	Olijnyk, Mychajlo	R-URP	KRKV	409	x
		Gniewosz Władysław	Poln. Kons.	CKW	522	1
512	GB Tarnopol, Mikulińce; Zbaraż, Nowe Sioło; Złoczów, Zborów, Olesko; Przemyślany, Gliniany; Brzeżany, Kozowa	Myronovyč, Oleksandr	RuR	KRKV	402	x
		Weiser, Henryk	Poln. Kons.	CKW	484	1
	GB Stanislau, Halicz; Rohatyn, Bursztyn;	Huryk, Iosyf	NR	KRKV	456	x
513	Podhajce, Wiśniowczyk; Buczacz, Potok; Monasterzyska; Tłumacz, Tyśmienica, Ottynia	Bogdanowicz, Józef	Poln. Kons.	CKW	469	1
514	GB Borszczów, Mielnica; Zaleszczyki, Tłuste; Czortków, Budzanów; Husiatyn, Kopyczyńce; Trembowla, Grzymałów; Skałat, Podwoloczyska	Jarosevyč, Roman	R-URP, GPSD	KRKV	475/463	2
		Krynicki, Lucjan	Poln. Kons.	CKW	447/428	e
515	GB Kolomea, Peczeniżyn, Gwoździec; Nadwórna, Delatyn; Bohorodczany, Sołotwina; Kosów, Kuty, Żabie; Sniatyn, Zabłotów; Horodenka, Obertyn	Grobels'kyj, Ivan	Ruth. Kons.	- (CKW)	533	1
		Okunevs'kyj, Teofil	R-URP	KRKV	436	x

10. Legislaturperiode (Hauptwahl 1900/1901)

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
101	PB Krakau, Chrzanów	Wodzicki, Antoni	Poln. Kons.	(CKW)	37	1
102	PB Wadowice, Biała, Saybusch, Myślenice	Czecz, Herman	Poln. Kons.	(CKW)	27	1
103	PB Bochnia, Wieliczka, Podgórze, Brzesko	Popowski, Józef	Poln. Kons.	(CKW)	55	1
		Górski, Antoni	Poln. Kons.	(CKW)	45	x
104	PB Tarnów, Dąbrowa, Pilzno, Mielec	Struszkiewicz, Władysław	Poln. Kons.	(CKW)	66	1
105	PB Neusandez, Jasło, Grybów, Limanowa, Neumarkt, Gorlice	Górski, Piotr	Poln. Kons.	(CKW)	82	1
106	PB Rzeszów, Strzyżów, Kolbuszowa, Nisko, Łańcut, Tarnobrzeg, Ropczyce	Jędrzejowicz, Adam	Poln. Kons.	(CKW)	43	1
107	PB Przemyśl, Jaroslau	Szeptycki, Kazimierz	Poln. Kons.	(CKW)	28	1
108	PB Sanok, Bircza, Lisko, Brzozów, Krosno	Gniewosz, Włodzimierz	Poln. Kons.	(CKW)	60	1
109	PB Sambor, Staremiasto, Turka, Drohobycz, Rudki	Sozański, Stanisław	Poln. Kons.	(CKW)	51	1
110	PB Jaworów, Mościska, Cieszanów	Kozłowski, Włodzimierz	Poln. Kons.	(CKW)	20	1
111	PB Żółkiew, Rawa Ruska, Sokal	Starzyński, Stanisław	Poln. Kons.	(CKW)	49	1
		Sokołowski, August	Poln. Dem.	(CKW)	35	x
		Dulęba, Władysław	Poln. Dem.	(CKW)	1	x
112	PB Lemberg, Gródek	Abrahamowicz, Dawid	Poln. Kons.	(CKW)	31	1
113	PB Złoczów, Kamionka Strumiłowa, Brody	Jaworski, Apolinary	Poln. Kons.	(CKW)	43	1
114	PB Brzeżany, Przemyślany, Podhajce	Błażowski, Julian	Poln. Kons.	(CKW)	30	1
115	PB Rohatyn, Bóbrka	Henzel, Seweryn	Poln. Kons.	(CKW)	32	1
116	PB Stryj, Żydaczów, Dolina, Kałusz	Abrahamowicz, Eugeniusz	Poln. Kons.	(CKW)	48	1
117	PB Stanislau, Bohorodczany, Tłumacz, Buczacz	Dzieduszycki, Wojciech	Poln. Kons.	(CKW)	36	1
118	PB Kolomea, Horodenka, Śniatyn, Kosów, Nadwórna	Wielowieyski, Henryk	Poln. Kons.	(CKW)	63	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
119	PB Czortków, Zaleszczyki, Borszczów, Husiatyn	Czaykowski, Władysław Wiktor	Poln. Kons.	(CKW)	24	1
120	PB Tarnopol, Zbaraż, Skałat, Trembowla	Garapich, Michał	Poln. Kons.	(CKW)	33	1
201	SG Lemberg	Dulęba, Władysław	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	2831/1805	e
		Piętak, Leonard	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	3012	1
		Rutowski, Tadeusz	PSD	PSD	1644	x
		Romanowicz, Tadeusz	PSD	PSD	2351/2888	2
		Mokłowski, Kazimierz	PPSD	PPSD	1228	x
202	SG Krakau	Rotter, Jan	PSD	PSD	2859	1
		Weigel, Ferdynand	Unabh. Dem.	(PSD)	2653	1
		Zieleniewski, Edmund	Unabh. Dem.	St.-Kom.	1775 (*3530)	x
		Jordan, Henryk	Unabh. Dem.	St.-Kom.	1775 (*3530)	x
203	SG Biała, Neusandez, Wieliczka	Binder, Wilhelm	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	1130	1
		Lehman, Alojzy	Unabh. Pole	-	153	x
		Danielak, Michał	SNA	SNA	1	x
204	SG Tarnów, Bochnia	Stojałowski, Stanisław	Unabh. Dem.	St.-Kom.	979	1
		Rutowski, Tadeusz	PSD	PSD	860	x
205	SG Rzeszów, Jaroslau	Grek, Michał	PSD	CKW	1409	1
		Rychlik, Ignacy	*Sejm*-Linke	-	412	x
		Barowicz, Antoni	Unabh. Pole	-	24	x
206	SG Przemyśl, Gródek	Kolischer, Henryk	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	1132	x
		Królikowski, Hugo	Unabh. Dem.	St.-Kom.	1392	1
		Lieberman, Herman	PPSD	PPSD	190	x
207	SG Sambor, Stryj, Drohobycz	Roszkowski, Gustaw	*Sejm*-Linke	CKW	1492	1
		Kosiński	Unabh. Pole	-	166	x
		Ochrymovyč, Ksenofont	Unabh. Ruth.	-	112	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
208	SG Tarnopol, Brzeżany	Ćwikliński, Ludwik	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	1146	1
		Danilovyč, Severyn	Unabh. Ruth.	-	382	x
209	SG Stanislau, Tyśmienica	Stwiertnia, Pawel	PSD	CKW	1576	1
		Cieński, Zbigniew	Unabh. Kons.	-	218	x
		Seinfeld, Maksymilian	PPSD	PPSD	18	x
210	SG Kolomea, Śniatyn, Buczacz	Seinfeld, Natan	Unabh. Dem.	St.-Kom.	22	1
		Goldhammer, Eliasz	PSD	PSD	32 (z)	x
		Schorr, Samuel Lazar	PPSD	PPSD	393	x
211	SG Brody, Złoczów	Byk, Emil	*Sejm*-Linke	St.-Kom.	936	1
		Landau, Samuel Rafael	Zionist	-	22 (z)	x
301	HGK Lemberg	Piepes-Poratyński, Jakub	Poln. Dem.	(CKW)	29	1
302	HGK Krakau	Rapoport, Arnold	Poln. Dem.	(CKW)	21	1
303	HGK Brody	Kolischer, Henryk	Poln. Dem.	(CKW)	27	1
401	GB Krakau, Liszki; Wieliczka, Skawina; Podgórze, Dobczyce; Chrzanów, Krzeszowice, Jaworzno	Wójcik, Franciszek	SL	SL	177	x
		Skołyszewski, Wiktor	SChL	SChL	196/235	e
		Wojtyga, Jan	SNA	SNA	300/329	2
402	GB Biała, Kęty, Auschwitz; Saybusch, Milówka, Slemień	Kubik, Jan	SChL	SChL	270	1
		Scibor, Franciszek	Unabh. Pole	-	98	x
		Kramarczyk, Franciszek	ZSCh	ZSCh	11 (z)	x
		Janaczka	Unabh. Pole	-	32	x
403	GB Wadowice, Andrychów, Kalwarya, Zator; Myślenice, Jordanów, Maków	Stojałowski, Stanisław	SChL	SChL	161/165	e
		Stolaski, Józef	SL	SL	89	x
		Szponder, Andrzej	SNA	SNA	12	x
		Opydo, Franciszek	Unabh. Poln. Dem.	CKW	182/251	2

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
404	GB Neusandez, Altsandez, Krynica; Limanowa, Mszana Dolna; Neumarkt, Czarny-Dunajec, Krościenko; Grybów, Ciężkowice	Potoczek, Jan	ZSCh	ZSCh	524	1
		Rekucki, Józef	SL	SL	98	x
		Ciszyk, Jan	SChL	SChL	102	x
405	GB Bochnia, Wiśnicz, Niepołomice; Brzesko, Wojnicz , Radłów	Orzechowski, Jan	Unabh. Pole	CKW	191/221	e
		Dobija, Antoni	SChL	SChL	142	x
		Salabura, Wojciech	SNA	SNA	15 (z)	x
		Olszewski, Michał	SL	SL	161/254	2
406	GB Tarnów, Tuchów; Brzostek, Dębica; Dąbrowa, Zabno etc.	Bojko, Jakub	SL	SL	357	1
		Wcislo, Wojciech	SKN	SKN	1 (z)	x
		Sikorski, Narycz	ZSCh	ZSCh	184	x
407	GB Ropczyce; Mielec, Radomyśl; Tarnobrzeg, Rozwadów	Krempa, Franciszek	SL	SL	230/284	2
		Lewicki, Włodzimierz	SChL	SChL	47	x
		Kopyciński, Adam	Unabh. Klerikaler	CKW	200/181	e
408	GB Rzeszów, Tyczyn, Głogów, Strzyżów; Kolbuszowa, Sokołów	Szajer, Tomasz	SChL	SChL	322	1
		Smagala, Antoni	ZSCh	ZSCh	187	x
		Osiniak, Marcin	SL	SL	0	x
409	GB Łańcut, Przeworsk, Leżajsk; Nisko, Ulanów	Stojałowski, Stanisław	SChL	SChL	187	x
		Hausner, Artur	PPSD	PPSD	?	x
		Stełmach, Józef	SL	SL	?	x
		Komorowski, Stefan	Poln. Kons.	CKW	220	1
		Magrys, Franciszek	ZSCh	ZSCh	?	x
410	GB Jasło, Frysztak; Gorlice, Biecz; Krosno, Zmigród, Dukla	Pastor, Leon	Unabh. Poln. Klerikaler	CKW	405	1
		Stapiński, Jan	SL	SL	207	x
		Chap, Piotr	SChL	SChL	27	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
411	GB Sanok, Bukowsko, Rymanów; Brzozów, Dynów; Lisko, Lutowiska, Baligród	Staruch, Antoni	UNDP	UNDP, SL	277	x
		Potocki, Jan	Poln. Kons.	CKW	329	1
412	GB Przemyśl, Niżankowice, Dubiecko; Dobromil, Bircza, Ustrzyki Dolne; Mościska, Sądowa Wisznia	Jarosevyč, Roman	USDP	(R-URP)	55	x
		Zacharjasevyč, Antoni	UNDP	UNDP	112	x
		Tyszkowski, Paweł	Poln. Kons.	CKW	471	1
413	GB Jaroslau, Radymno, Sieniawa, Pruchnik; Cieszanów, Lubaczów	Stachura, Danylo	UNDP	UNDP, RuR	133/151	e
		Cena, Robert	SChL	SChL	126	x
		Włazowski, Tomasz	Unabh. Klerikaler	CKW	155/225	2
		Novakovs'kyi, Petr	USDP	(R-URP)	1	x
		Kons'kyj, Ivan	Unabh. Ruth.	(SL)	12	x
414	GB Sambor, Łąka; Staremiasto, Starasól; Turka, Borynia; Rudki, Komarno	Zubryc'kyi, Mychailo	UNDP	UNDP	142	x
		Dobrjans'kyj, Aloysyj	RuR	RuR	129	x
		Giżowski, Julian	Poln. Kons.	CKW	342	1
415	GB Stryj, Skole; Żydaczów, Mikołajów, Zurawno; Drohobycz, Medenice, Podbuż	Davydjak, Vasyl'	RuR	RuR, UNDP	288	x
		Dzieduszycki, Karol	*Sejm*-Linke	CKW	333	1
416	GB Kałusz, Wojnilów; Dolina, Bolechów, Rożniatów; Bóbrka, Chodorów	Romančuk, Julian	UNDP	UNDP, RuR	374	1
		Karatnyc'kyj, Modest	Ruth.-Kons.	(CKW)	220	x
417	GB Lemberg, Winniki, Szczerzec; Gródek, Zalesie; Jaworów, Krakowiec	Levyc'kyj, Kost'	UNDP	UNDP, RuR	267	x
		Merunowicz, Theophil	*Sejm*-Linke	CKW	340	1
418	GB Żółkiew, Mosty Wielkie, Kulików; Sokal, Bełz; Rawa Ruska, Uhnów, Niemirów	Korol', Mychajlo	RuR	RuR, UNDP	340	1
		Kraiński, Wincenty	Unabh. Kons.	CKW	284	x
419	GB Brody, Łopatyn, Załośce; Kamionka Strumiłowa, Busk, Radziechów	Barvins'kyj, Oleksandr	Ruth.-Kons.	(CKW)	304	1
		Zel's'kyj, Isidor (Sydir)	UNDP	UNDP, RuR	214	x
420	GB Złoczów, Zborów, Olesko; Przemyślany, Gliniany	Tanjačkevyč, Danylo	UNDP	UNDP, RuR	172	x
		Weiser, Henryk	Unabh. Dem.	CKW	362	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
421	GB Brzeżany, Kozowa; Rohatyn, Bursztyn; Podhajce, Wiśniowczyk	Javors'kyj, Vasyl'	UNDP	UNDP, RuR	313	1
		Traczewski	Unabh. Pole	CKW	297	x
422	GB Stanislau, Halicz; Bohorodczany, Sołotwina; Tłumacz, Tyśmienica, Ottynia; Nadwórna, Delatyn	Mandyčevs'kyj, Kornel	Ruth.-Kons.	(CKW)	385	1
		Karanovyč, Josyf	UNDP ?	UNDP, RuR	249	x
		Borodajkevyč, Ivan	R-URP	R-URP	36	x
423	GB Kołomea, Peczeniżyn, Gwoździec; Kosów, Kuty, Zabie; Sniatyn, Żabłotów	Dluzans'kyj, Ivan	Ruth.-Kons.	(CKW)	377	1
		Okunevs'kyj, Teofil	UNDP	UNDP, RuR	81	x
		Tryl'ovs'kyj, Kyrylo	R-URP	R-URP	129	x
424	GB Zaleszczyki, Tłuste; Borszczów, Mielnica; Horodenka, Obertyn	Chamiec, Antoni	Poln. Kons.	CKW	362	1
		Olesnyc'kyj, Aloysyj	UNDP	UNDP, RuR	264	x
425	GB Buczacz, Potok Złoty, Monasterzyska; Czortków, Budzanów	Błażowski, Maryan	Poln. Kons.	CKW	237	1
		Huryk, Iosyf	UNDP	UNDP, RuR, R-URP	208	x
426	GB Trembowla, Grzymałów; Husiatyn, Kopyczyńce	Voljans'kyj, Ivan	UNDP ?	UNDP, RuR	144	x
		Gołuchowski, Adam	Poln. Kons.	CKW	240	1
427	GB Tarnopol, Mikulińce; Zbaraż, Nowe Sioło; Skałat	Budzynovs'kyi, Vjačeslav	UNDP	UNDP, R-URP	210	x
		Gladyšovs'kyj, Omelian	Ruth.-Kons.	- (CKW)	324	1
501	SG Lemberg; GB Lemberg, Szczerzec	Witoszyński, Ignacy	SKN	CKW, (SNA)	3439	x
		Hudec, Józef	PPSD	PPSD	4990	x
		Breiter, Ernest	Unabh. Soz.	-	14130	1
502	SG Krakau; GB Krakau, Liszki, Podgórze, Skawina	Daszyński, Ignacy	PPSD	PPSD	13153	1
		Ptak, Franciszek	SNA	SNA	6205 (*8497)	x
		Krotoski, Kazimierz	SKN	SKN	2299 (*8497)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
503	GB Wadowice, Andrychów, Kalwarya, Zator; Biała, Kęty, Auschwitz; Chrzanów, Krzeszowice, Jaworzno; Saybusch, Milówka, Slemień; Myślenice; Wieliczka, Dobczyce	Łazarski, Stanisław	Unabh. Demokrat	CKW	410/375	e
		Fijak, Maciej	SChL	SChL	421/414	2
		Maślanka, Jan	SL	SL	26	x
		Serkowski, Jan	PPSD	PPSD	16	x
		Kubik, Jan	ZSCh	ZSCh	9 (z)	x
504	GB Neusandez, Altsandez, Muszyna; Limanowa, Mszana Dolna; Neumarkt, Czarny Dunajec, Krościenko; Jordanów, Maków; Grybów, Ciężkowice; Gorlice, Biecz	Danielak, Michał	SNA	SNA	411	1
		Misiołek, Leon	PPSD	PPSD	78	x
		Smolczyński, Wincenty	SChL	SChL	32	x
		Potoczek, Stanisław	ZSCh	ZSCh	285	x
505	GB Tarnów, Tuchów; Brzesko, Wojnicz, Radłów; Bochnia, Wiśnicz, Niepołomice; Dąbrowa, Zabno; Mielec, Radomyśl, Brzostek.	Żyguliński, Michał	SKN	CKW, (SNA)	336/437	2
		Winkowski, Franciszek	SL	SL	282/393	e
		Jaworski, Piotr	SChL	SChL	130	x
		Sulczewski, Franciszek	PPSD	PPSD	110 (?)	x
		Sikorski, Narycz	ZSCh	ZSCh	26 (?)	x
506	GB Rzeszów, Tyczyn, Głogów, Strzyżów; Ropczyce; Dębica; Frysztak; Kolbuszowa, Sokołów; Tarnobrzeg, Rozwadów; Nisko, Ulanów	Tyszkiewicz, Janusz	Poln. Kons.	CKW	288	x
		Bomba, Antoni	SChL	SChL	433	1
		Frankiewicz, Jan	SL	SL	111	x
		Sabon, Jan	ZSCh	ZSCh	10 (z)	x
507	GB Sanok, Bukowsko, Rymanów; Krosno, Zmigród, Dukla; Jasło; Brzozów, Dynów; Dobromil, Bircza, Ustrzyki Dolne; Lisko, Lutowiska, Baligród; Staremiasto, Starasól	Jabłoński, Wincenty	SNA	CKW	530	1
		Stapiński, Jan	SL	SL	414	x
		Zubryc'kyj, Mychailo	Unabh. Ruth.	-	3 (z)	x
508	GB Jaroslau, Radymno, Sieniawa, Pruchnik; Łańcut, Przeworsk, Leżajsk; Cieszanów, Jaworów, Krakowiec; Gródek, Janów	Koltunjuk, Nykolaj	RuR ?	RuR, UNDP	103 (?)	x
		Wilk, Andrzej	SChL	SChL	338/369	2
		Hospod, Józef	SL	SL	14	x
		Schiffler, Józef	PPSD	PPSD	12 (z)	x
		Hibl, Józef	Unabh. Pole	CKW	374/355	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
509	GB Przemyśl, Niżankowice, Dubiecko; Mościska, Sądowa Wisznia; Rudki, Komarno; Sambor, Łąka; Drohobycz, Medenice, Podbuż	Antonevyč, Nykolaj	RuR	RuR	104	x
		Hankevyč, Mykola	USDP	(R-URP)	169	x
		Doboszyński, Adam	PSD	CKW	583	1
510	GB Stryj, Skole; Turka, Borynia; Żydaczów, Mikołajów, Zurawno; Bóbrka, Chodorów; Dolina, Bolechów, Rożniatów; Kałusz, Wojnilów	Kos, Andrij	UNDP	UNDP, RuR	466	1
		Rojowski, Kazimierz	Poln. Kons.	CKW	428	x
511	GB Brody, Łopatyn, Załośce; Kamionka Strumiłowa, Busk, Radziechów; Zółkiew, Mosty Wielkie; Kulików; Rawa Ruska, Uhnów, Niemirów; Sokal, Bełz	Mekelyta, Danylo	RuR (?)	RuR, UNDP	376	x
		Sapieha, Paweł	Poln. Kons.	CKW	537	1
512	GB Tarnopol, Mikulińce; Zbaraż, Nowe Sioło; Złoczów, Zborów, Olesko; Przemyślany, Gliniany; Brzeżany, Kozowa	Staruch, Tymotei	UNDP	UNDP, R-URP	213	x
		Myronovyč, Oleksandr	RuR	RuR	147	x
		Niementowski, Tadeusz	Unabh. Dem.	CKW	594	1
513	GB Stanislau, Halicz; Rohatyn, Bursztyn; Podhajce, Wiśniowczyk; Buczacz, Potok; Monasterzyska; Tłumacz, Tyśmienica, Ottynia	Walewski, Jan	Poln. Kons.	CKW	499	1
		Huryk, Iosyf	UNDP	UNDP, RuR, R-URP	439	x
		Seinfeld, Maksymilian	PPSD	PPSD	0	x
514	GB Borszczów, Mielnica; Zaleszczyki, Tłuste; Czortków, Budzanów; Husiatyn, Kopyczyńce; Trembowla, Grzymałów; Skałat, Podwoloczyska	Levyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	352	x
		Piniński, Miecisław	Poln. Kons.	CKW	599	1
515	GB Kolomea, Peczeniżyn, Gwoździec; Nadwórna, Delatyn; Bohorodczany, Sołotwina; Kosów, Kuty, Zabie; Sniatyn, Zabłotów; Horodenka, Obertyn	Sanduljak, Ivan	UNDP	UNDP, R-URP	301	x
		Moysa, Stefan	Poln. Kons.	CKW	651	1

11. Legislaturperiode (Hauptwahl 1907)

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
01	Stadt Lemberg I (t. Zentrum, t. Lyczakowskie)	Laskownicki, Bronisław	PSD	PSD	258	x
		Małachowski, Godzimir	Demokrat	St.-Kom.	1118	1
		Slawik, August	PPSD	PPSD	332	x
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	345	x
02	Stadt Lemberg II (t. Zentrum, t. Krakowskie)	Lityński, Michał	PSD	St.-Kom.	485	x
		Stesłowicz, Władysław	Demokrat	-	882/?	e
		Soleski, Jan	PSL	PSL	77	x
		Breiter, Ernest T.	Unabh. Sozialist	-	1657/1843	2
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	313	x
03	Stądt Lemberg III (t. Krakowskie, t. Żółkiewskie)	Horowitz, Samuel	Konservativ	St.-Kom.	1676/2448	e
		Diamand, Herman	PPSD	PPSD	1672/2475	2
		Braude, Markus	JNP	JNP	854	x
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	113	x
04	Stadt Lemberg IV (t. Zentrum, t. Halickie, t. Lyczakowskie)	Głąbiński, Stanisław	SDN	St.-Kom.	1284	1
		Janowicz, Krzysztof	Demokrat	-	214	x
		Górecki, Ferdynand	PPSD	PPSD	340	x
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	213	x
05	Stadt Lemberg V (t. Halickie)	Dwernicki, Tadeusz	PSD	PSD	698/1231	e
		Lisiewicz, Jan	PPSD	PPSD	697	x
		Szyszylowicz, Ignacy	SKN (PCL)	SKN	265	x
		Tomaszewski, Franciszek	SDN	St.-Kom.	861/1274	2
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	230	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
06	Stadt Lemberg VI (t. Halickie)	Hofmokl, Zygmunt	Unabh. Fortschrittl.	-	37	x
		Buzek, Józef	SDN	St.-Kom.	1014/1162	2
		Jaegerman, Józef	Unabh.	-	23	x
		Hausner, Artur	PPSD	PPSD	915/1066	e
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	155	x
07	Stadt Lemberg VII (t. Halickie, t. Krakowskie, t. Żółkiewskie, t. Lyczakowskie)	Maresch, Stanisław	SDN	St.-Kom.	1749	x
		Hudec, Józef	PPSD	PPSD	2911	1
		Ozarkevyč, Jevhen	UNDP	UNDP	441	x
08	Stadt Krakau I (Zentrum)	Staniszewski, Walenty	Demokrat	Bg.-Kom.	1663	1
		Marek, Zygmunt	PPSD	PPSD	941	x
09	Stadt Krakau IV (Nowy Świat, Stradom, t. Piasek)	Sikorski, Tadeusz	PSD	Bg.-Kom.	1228	1
		Englisch, Jan	PPSD	PPSD	854	x
10	Stadt Krakau III (Kleparz, t. Piasek)	Zieleniewski, Edmund	Demokrat	Bg.-Kom.	1478	1
		Misiołek, Leon	PPSD	PPSD	644	x
11	Stadt Krakau II (Wesoła)	Petelenz, Ignacy	PSD	Bg.-Kom.	1328	1
		Daszyński, Ignacy	PPSD	PPSD	1137	x
12	Stadt Krakau V (Kazimierz)	Gross, Adolf	PNZ	PNZ, PPSD	1864	1
		Saare, Józef	Demokrat (Partei Gemäßigter Juden)	Bg.-Kom.	1589	x
		Hilfstein, Chaim	JNP	JNP	123	x
13	Stadt Przemyśl	Królikowski, Hugo	SDN	St.-Kom.	2496	x
		Lieberman, Herman	PPSD	PPSD	3533	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
14	Stadt Stanislau	Stwiertnia, Paweł	PSD	PSD	1151/1976	2
		Rauch, Edmund	Demokrat	RN	1119	x
		Fischler, Eliasz	Demokrat	-	0	x
		Janovyč, Volodymyr	UNDP	UNDP	134	x
		Seinfeld, Maksymilian	PPSD	PPSD	222	x
		Braude, Markus	JNP	JNP	1204/1853	e
15	Stadt Tarnopol	Gall, Rudolf	Demokrat	-	1379/2905	2
		Stand, Adolf	JNP	JNP	1056	x
		Gromnic'kyj, Volodymyr	UNDP	UNDP	1529/1763	e
		Landau, Michał	Unabh.	RN	477	x
		Weiser, Józef	Unabh.	-	0	x
16	Stadt Tarnów	Ciołkosz, Kasper	PSD	PSD	289	x
		Battaglia, Roger	SDN	St.-Kom.	2113/2701	2
		Merz, Salomon	JNP	JNP	728	x
		Drobner, Józef	PPSD	PPSD	1296/1753	e
17	Stadt Kolomea	Kolischer, Henryk	Demokrat	RN	1970	1
		Thon, Oskar (Ozyasz)	JNP	JNP	824	x
		Schorr, Aaron	PPSD	PPSD	1137	x
18	Städte Biała; Saybusch; Kęty; Andrychów, Wadowice	Łazarski, Stanisław	PSD	St.-Kom.	1522/2476	2
		Binder, Wilhelm	Konservativ	-	775	x
		Bogucki, Baltazar	SChL (PCL)	SChL	1413/1609	e
		Gumplowicz, ? (Dr.)	PPSD	PPSD	770	x
19	Städte Bochnia; Wieliczka; Podgórze	Korytowski, Witold	Poln. Kons.	St.-Kom.	3792	1
		Przybylski	Demokrat	-	0	x
		Bobrowski, Emil	PPSD	PPSD	1581	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
20	Städte Neusandez; Altsandez; Neumarkt	Kostka, Edward	PSD	PSD	1461	x
		German, Ludomir	SDN	RN	1644/2781	2
		Kaczanowski, Kazimierz	PPSD	PPSD	2399/2461	e
		Obmiński, Floryan	PSL	PSL	0–9	x
21	Städte Rzeszów; Ropczyce, Sędziszów	Biliński, Leon	Konservativ	RN	2233	1
		Pelzling, Marek	PPSD	PPSD	703	x
		Karas, Eduard	Demokrat	-	514	x
22	Städte Jaroslau; Łańcut; Przeworsk	Dietzius, Adolf	Demokrat	St.-Kom.	2035	1
		Kwiatkowski, Jan	Unabh.	-	546	x
		Toroński, Jan Jabób	Demokrat	-	281	x
		Peller, Karol	PPSD	PPSD	948	x
23	Städte Mielec; Kolbuszowa; Leżajsk; Sokołów; Tarnobrzeg; Nisko, Rudnik	Jezierski, Józef	PSD	PSD	19	x
		Bobrzyński, Michał	Poln. Kons.	RN	3500	1
		Schmelkes, Gedalje	JNP	JNP	1200	x
24	Städte Jasło; Gorlice; Grybów; Biecz; Strzyżów; Frysztak; Pilzno; Dębica	Dihm, Stanisław	PSD	PSD	633	x
		Pastor, Leon	Poln.-Klerik.	RN	3283	1
		Tokarski, Tadeusz	PPSD	PPSD	483	x
25	Städte Sanok; Dobromil; Stary Sambor; Krosno, Korczyna	Jabłoński, Wincenty	SDN	RN	2507	1
		Parfiński, Jan	PSL	PSL	638	x
		Sekela, Roman	UNDP	UNDP	321	x
		Gottlieb, Jesajah	JNP	JNP	0–62	x
26	Städte Sambor; Gródek	Potocki, Bronislaw	PSD	PSD	319	x
		Dzieduszycki, Wojciech	Poln. Kons.	RN	3826	1
		Smyk	Unabh.	-	1194	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
27	Städte Drohobycz; Turka; Bolechów; Skole	Loewenstein, Natan	Demokrat	RN	3935	1
		Zipper, Gerson	JNP	JNP	1231	x
		Haecker, Samuel	PPSD	PPSD	551	x
		Olesnyc'kyj, Jaroslav	UNDP	UNDP	1518	x
		Handiak	Unabh.	-	0	x
28	Städte Stryj; Kałusz	Ashkenaze, Tobias	Demokrat	RN	1331	x
		Moraczewski, Jędrzej	PPSD	PPSD	2015/3380	2
		Salz, Abraham	JNP	JNP	1722/2485	e
		Olesnyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	482	x
29	Städte Brzeżany, Baranówka, Demnia, Hucisko, Kuropatniki, Podwysokie, Rohaczyn, Wulka; Rohatyn, Podkamień; Chodorów, Brzozdowce	Hoser, Jan	PSL	PSL	866	x
		Dulęba, Władysław	Demokrat	RN	2439/3067	2
		Rapoport, Samuel	JNP	JNP	1141/1579	e
		Novakovs'kyj, Mychajlo	USDP	-	743	x
30	Städte Żółkiew, Rawa Ruska; Sokal, Krystynopol, Tartaków M.; Wielkie Oczy; Waręż Miasto, Bełz	Starzyński, Stanisław	Poln. Kons.	RN	4841	1
		Zahajkevyč, Volodymyr	UNDP	UNDP	928	x
		Bloch, Josef	Unabh. Jüd.-Nat.	-	639	x
31	Städte Brody, Stare Brody, Hucisko Brodzkie; Łopatyn, Ruda Brodzka; Radziechów; Podkamień	Wollerner, Szymon	Demokrat	RN	1517/2228	e
		Rosenstock, Maurycy	Poln. Kons.	-	0	x
		Kuncevyč, Ivan	Unabh. Ukrainer	-	533	x
		Stand, Adolf	JNP	JNP	1493/2585	2
		Loewenherz, Henryk	PPSD	PPSD	1244	x
32	Städte Buczacz, Śniatyn, Zaleszczyki; Borszczów, Cygany; Tłumacz, Tarnowica Polna; Bohorodyczyn	Moysa, Stefan	Poln. Kons.	RN	3067/3797	2
		Jarosevyč, Roman	USDP	-	1888	x
		Birnbaum, Natan	JNP	JNP	2194/2434	e
		Stern, Bernard	Demokrat	St.-Kom.	0	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
33	Städte Złoczów; Zborów; Jezierna; Załośce, Gontowa, Huta Pieniacka, Majdan Pieniacki, Maleniska, Palikrowy, Pańkowce, Reniów, Trościaniec Wielki	Gold, Józef	SDN	RN	3903	1
		Vacyk, Jevhen	UNDP	UNDP	1751	x
34	Städte Rozdół; Żydaczów; Ruda; Bóbrka, Hucisko, Stare Sioło; Hanaczów, Hanaczówka; Wołczków, Chorostków, Jeziórko, Kończaki Stare, Maryampol Wieś; Bursztyn, Ludwikówka, Wiszniów, Zurów; Bołszowce, Słobódka Konkolnicka, Zagórze Konkolnickie	Abrahamowicz, Dawid	Poln. Kons.	RN	3542	1
		Breiter, Ernest T.	Unabh. Sozialist	-	1788	x
		Malz, David	JNP	JNP	1269	x
35	GB Jaworzno, Chrzanów, Krzeszowice, Liszki	Olszewski, Stanisław	SDN	RN	1857?	x
		Kurowski, Szczepan	PPSD	PPSD	6397/4997/4850	e
		Dąbek, Andrzej	PSL	PSL	1038/223	x
		Szponder, Andrzej	SChL (PCL)	SChL	1880/4361/5860	3R2
		Stohandel, Stanisław	SChL (PCL)	SChL	3917/5191/6272	3R1
		Dąmbski, Wacław	Unabh.	RN	606?	x
		Bugajski, Stanisław	Unabh.	-	554?	x
		Mahler, Artur	JNP	JNP	1041	x
36	GB Biała, Auschwitz, Kęty, Andrychów	Smieszek, Antoni	PSD	PSD	90	x
		Gross, Daniel	PPSD	PPSD	2923/3191/490	e
		Kubik, Jan	PSL	PSL	2248/787	e
		Hanusiak, Stanisław	SChL (PCL)	RN	3761/3381/9205	3EW
		Dobija, Ludwik	SChL (PCL)	RN	6892/7481	2M
		Kramarczyk, Franciszek	Unabh. Klerik.-bäurl.	-	386	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
37	GB Wadowice, Zator, Kalwarya, Myślenice, Skawina	Sulczewski, Franciszek	PPSD	PPSD	2237/4111	e (W)
		Średniawski, Andrzej	PSL	PSL	10600	1M
		Klakurka, Mikołaj	SChL (PCL)	RN	2327 (?)	x
		Łuszczkiewicz, Marek	Unabh.	RN	3694/8799	2EW
38	GB Maków, Jordanów, Sucha, Milówka, Saybusch	Jaworski, Zygmunt	SDN	SDN	752/1456	e
		Szczepański, Stanisław	PSL	PSL	2810/57	e
		Fijak, Maciej	SChL (PCL)	SChL	7315/7339/ 7314	3R2
		Pawluszkiewicz, Antonin	Unabh.	-	5906/6062/ 7553	3R1
		Stolaski, Józef	SChL (PCL)	SChL	3770/3590/ 4665	e
		Packan, Jan	PPSD	PPSD	1907/986	e
39	GB Limanowa, Mszana Dolna, Neumarkt, Czarny Dunajec, Krościenko	Zuk-Skarzewski, Adam	Poln. Kons.	-	2123/2420	e
		Ptaś, Józef	SDN	SDN	4060/4349/ 7176	3R1
		Kostkiewicz, Zygmunt	Unabh.	-	(~890)/?	e
		Danielak, Michał	PSD	PSD	~1217	x
		Śmiłowski, Stanisław	PSL	PSL	~2819/2881	e
		Rzeszódko, Kazimierz	SChL (PCL)	SChL	4565/5361/ 6409	3R2
		Orzel, Wincenty	Unabh.	-	4138/3755/ 5605	e
		Pietka, Jan	SChL (PCL)	SChL	0	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
40	GB Krakau, Podgórze, Wieliczka, Dobczyce	Bujak, Franciszek	Unabh.	RN	4726/5511/8227	3R1
		Klemensiewicz, Zygmunt	PPSD	PPSD	7858/5480/5222	e
		Wójcik, Franciszek	PSL	PSL	7540/7808/6611	3R2
41	GB Bochnia, Niepołomice, Brzesko, Wiśnicz	Górski, Antoni	Poln. Kons.	RN	4649/5310/5794	e
		Batko, Józef	SDN	SDN	3925/3160	e
		Ruebenbauer, Adam	PSL	PSL	5131/4730/6245	3R2
		Stojałowski, Stanisław	SChL (PCL)	RN	6373/6460/7182	3R1
42	GB Radłów, Wojnicz, Zakliczyn, Tarnów, Tuchów	Olszewski, Michał	PSL	PSL	10105	1M
		Włodek, Filip	Unabh.	-	2182	x
		Żyguliński, Michał	SChL (PCL)	RN	4866	1W
		Habicht, Ernest	SDN	RN	~1353	x
		Paciorek	Unabh.	-	~837	x
		Wiecław, Teofil	SChL (PCL)	SChL	571	x
43	GB Pilzno, Brzostek, Dębica, Ropczyce	Siwula, Jan	PSL	PSL	11038	1M
		Szczeklik, Karol	Kath.-klerikal (PCL)	-	1837* (Σ 3093)/1664	e
		Lewicki, Witold	SChL (PCL)	SChL	1261* (Σ 3093)	x
		Staniszewski, Józef	PSL	PSL	3630/13824	2EW
44	GB Mielec, Radomyśl, Dąbrowa, Żabno	Bojko, Jakub	PSL	PSL	13685	1M
		Kopyciński, Adam	SChL (PCL)	RN	6429	1W
		Krawczyk, Michał	SDN	SDN	~168	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
45	GB Nisko, Ulanów, Sokołów, Tarnobrzeg, Rozwadów	Horodyński, Zbigniew	Poln. Kons.	-	1081* (Σ 4067) /? (Σ 3465)	e
		Wiącek, Wojciech	SDN	SDN	4235/4724	2W
		Krempa, Franciszek	PSL	PSL	9169/9471	2M
		Skołyszewski, Wiktor	SChL (PCL)	SChL	0	x
		Ressegnier, Rudolf hr.	Unabhängig	-	1398* (Σ 4067) /1423* (Σ 3465)	e
		Lasocki, Zygmunt	PSL	PSL	1522 (?) /1977* (Σ 549?)	e
46	GB Kolbuszowa, Rzeszów, Głogów	Jędrzejowicz, Adam	Poln. Kons.	RN	2984/4388	e
		Paduch, Antoni	PSL	PSL	7960	1M
		Szajer, Tomasz	SChL (PCL)	RN	3572/7527	2EW
47	GB Łańcut, Leżajsk, Przeworsk	Lubomirski, Andrzej	Poln. Kons.	RN	5056	1W
		Jachowicz, Józef	PSL	PSL	10071	1M
		Misiag, Andrzej	PSL	PSL	1456	x
		Lukaszkiewicz, Julian	SChL (PCL)	SChL	? (Σ 2469)	x
		Zukliński, Michał	Kath.-klerikal (PCL)	-	? (Σ 2469)	x
		Komarnic'kyj	Unabh. Russophiler	-	588	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
48	GB Neusandez, Altsandez, Grybów, Ciężkowice, Muszyna	Ciągło, Tomasz	PSL	PSL	5250/5218/8060	3R1
		Potoczek, Jan	SChL (PCL)	RN	4368/4078	e
		Potoczek, Stanisław	ZSCh (PCL)	ZSCh	6190/7146/7176	3R2
		Hnatyšak, Gavryl	RuR	RuR	4584/4315/4574	e
		Bednarek, Błazej	SDN	RN	171	x
		Śmialowski	Unabh.	-	1154	x
		Myjak, Wincenty	PSL	PSL	1102	x
49	GB Gorlice, Biecz, Jasło	Groblewski, Henryk	Poln. Kons.	-	1569	x
		Madej, Jakub	PSL	PSL	11007	1M
		Męski, Zygmunt	Kath.-klerikal	-	2051/8682	2EW
		Čislak, Andryj	RuR	RuR	3046/4881	e
50	GB Krosno, Strzyżów, Frysztak, Żmigród	Stapiński, Jan	PSL	PSL	8806/9383	2M
		Nawrocki, Pawel	SChL (PCL)	RN	4554/3699/3196	e
		Silec'kyj, Oleksandr	RuR	RuR	2000/1525	e
		Harnek, Jan	PSL	PSL	2179/2275/9922	3EW
		Teczar, Władysław	Unabh.	-	47	x
51	GB Sanok, Rymanów, Bukowsko, Dukla, Lisko, Ustrzyki Dolne	Stapiński, Jan	PSL	PSL	3871	x
		Fiedler, Bartłomiej	SDN	RN	7957	1W
		Kurylovyč, Volodymyr	RuR	RuR	14846	1M

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
52	GB Brzozów, Tyczyn	Rylski, Edmund	SChL (PCL)	SChL	~236	x
		Biały, Stanisław	SDN	SDN	3756/3621	2W
		Bomba, Antoni	PSL	PSL	6772/7534	2M
		Kneudich	Kath.-klerikal (PCL)	-	644 (?)	x
		Brzek, Marcin	Unabh.	-	2670 (?)	x
53	GB Sądowa Wisznia, Rudki, Starasól, Sambor, Komarno; 2 OG d. GB Łąka	Mleczko, Franciszek	PSL	PSL	3904/12071	2EW
		Surówka, Karol	SDN	RN	6945/9035	e
		Onyškevyč, Stepan	UNDP	UNDP	18407	1M
		Antonevyč, Nykolaj	RuR	RuR	1928	x
54	GB Baligród, Lutowiska, Stary Sambor, Turka, Borynia, Podbuż, Łąka, Drohobycz; 3 OG d. GB Sambor	Zarański Jan	SDN	RN	7141/7737/ 10787	3R2
		Javors'kyj, Ivan	UNDP	UNDP	8841/5552	e
		Krušyns'kyj, Josyf	RuR	RuR	10773/5576/ 10604	e
		Vityk, Semen	USDP	USDP	14043/14034/ 14351	3R1
55	GB Wojnilów, Dolina, Rożniatów, Kałusz, Nadwórna, Delatyn, Sołotwina	Cipser, Stefan	SDN	RN	10035/9865/ 11298	e
		Bohačevs'kyj, Teodor	UNDP	UNDP	694	x
		Romančuk, Julijan	UNDP	UNDP	11157/11525/ 14952	3R1
		Tryl'ovs'kyj, Kyrylo	R-URP	R-URP	15591/13156/ 13576	3R2
		Dudykevyč, Volodymyr	RuR	RuR	8546/6754	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
56	GB Peczeniżyn, Kolomea, Żabie, Kuty, Kosów, Jabłonów, Zabłotów, Gwoździec, Ottynia	Weissglass, Sigmund	Unabh. Jüd.-Nat.	-	1049	x
		Moysa, Stefan	Konservativ	RN	4432	x
		Vojnarovs'kyi, Tyt	UNDP	UNDP	7763/30120	2EW
		Tryl'ovs'kyj, Kyrylo Gregor	R-URP	R-URP	29649	1M
		Dudykevyč, Volodymyr	RuR	RuR	4424/4584	e
57	GB Medenice, Stryj, Skole, Żydaczów, Chodorów, Mikołajów, Gliniany, Bóbra; 12 OG d. GB Komarno; 3 OG d. GB Szczerzec	Skarbek, Henryk	Poln. Kons.	RN	8128/7839/38	e
		Levyc'kyj, Lev	UNDP	UNDP	4748	x
		Olesnyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	19309/22926/23832	3R1
		Davydjak, Vasyl'	RuR	RuR	16759/15263/16475	3R2
		Korkis, Jakob	JNP	JNP	109	x
58	GB Mielnica, Borszczów, Zaleszczyki, Horodenka, Tłuste, Sniatyn; 1 OG d. GB Husiatyn	Mühlner, Karol	Poln. Kons.	RN	9796/499	e
		Ochrymovyč, Volodymyr	UNDP	UNDP	11640/35571	2EW
		Okunevs'kyj, Teofil	UNDP	UNDP	26663	1M
59	GB Obertyn, Tłumacz, Potok Złoty, Stanislau, Halicz, Tyśmienica, Bohorodczany	Cieński, Adolf	Poln. Kons.	RN	6945/6083/7290	e
		Seinfeld, Maksymilian	PPSD	PPSD	2396	x
		Levyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	10598/13306/17305	3R2
		Olesnyc'kyj, Aloysyj	UNDP	UNDP	98	x
		Bačyns'kyj, Lev Leontij	R-URP	R-URP	19852/21237/19859	3R1
		Aleksevyč, Lev	RuR	RuR	7817/3077	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
60	GB Buczacz, Monasterzyska, Wiśniowczyk, Podhajce	Gabel, Heinrich	JNP	JNP	2146/14537	2EW
		Gromnicki, Stanisław	Unabh.	RN	7196/9212	e
		Budzynovs'kyj, Vjačeslav	UNDP	UNDP	19897	1M
		Geciv, Onufrij	RuR	RuR	406	x
		Bieniawski, Tomasz	Unabh. Nationaldem.	-	609	x
		Znamirowski	Unabh.	-	198	x
		Rybicki	Unabh.	-	337	x
61	GB Przemyśl, Dubiecko, Niżankowice, Dynów, Bircza, Mościska, Dobromil	Stapiński, Jan	PSL	PSL	2429/2370	e
		Czaykowski, Władysław	Poln. Kons.	RN	14003/12976/14599	3R2
		Ceglins'kyi, Grygorij	UNDP	UNDP	17039/18536/18888	3R1
		Nestorovyč, Julijan	RuR	RuR	6090/3690/460	e
62	GB Rawa Ruska, Uhnów, Niemirów, Jaworów, Krakowiec, Żółkiew, Kulików, Bełz, Janów	Duczymiński, Jan	SDN	RN	9962/9390/8126	e
		Dnistrjans'kyj, Stanislav	UNDP	UNDP	19623/18644/18869	3R2
		Korol', Mychajlo	RuR	RuR	20201/19520/19114	3R1
63	GB Złoczów, Busk, Kamionka Strumiłowa, Olesko, Przemyślany	Poznański, Karol	PSL	PSL	1247/930	e
		Obertyński, Kazimierz	SDN	RN	12696/12977/14012	3R1
		Zel's'kyj, Isidor	UNDP	UNDP	8147/7714/6161	e
		Hlibovic'kyj, Mykola	RuR	RuR	14479/13314/13283	3R2
		Taubes, Löbl	JNP	JNP	308	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
64	GB Lemberg Umgebung, Winniki, Gródek, Szczerzec	Baranowski, Stanisław	PSL	PSL	2227	x
		Abrahamowicz, Dawid	Poln. Kons.	RN	6121/7166	2W
		Breiter, Ernest T.	Unabh. Sozialist	-	4577/3898	e
		Folys, Josip	UNDP	UNDP	11792/12225	2M
		Pavlykiv, Konstantyn	RuR	RuR	2275/913	e
65	GB Sokal, Radziechów, Zborów, Załośce, Brody, Mosty Wielkie, Łopatyn; 4 OG d. GB Zbaraż; 2 OG d. GB Olesko 9 OG d. GB Nowe Sioło	Gniewosz, Włodzimierz	Poln. Kons.	RN	10280/9162/ 1010	e
		Petruševyč, Jevhen	UNDP	UNDP	17331/15803/ 15875	3R2
		Markov, Dmytro	RuR	RuR	24336/24303/ 24791	3R1
66	GB Brzeżany, Rohatyn, Bolechów, Bursztyn, Bołszowce, Żurawno; 6 OG d. GB Podhajce, 10 OG d. GB Przemyślany	Bobrowski, Maryan	SDN	SDN	3730/1454	e
		Levyc'kyj, Kost'	UNDP	UNDP	16255/15910/ 14807	3R1
		Dudykevyč, Volodymyr	RuR	RuR	9241/9049/ 10346	e
		Staruch, Tymotei	Unabh. Natdem.	-	9020/9129/ 10993	3R2
		Korhauser, ?	Unabh. Jüd.-Nat.	-	154/101	e
67	GB Jaroslau, Radymno, Lubaczów, Cieszanów, Sieniawa, Pruchnik	Jampolski, Kazimierz	PSL	PSL	3505/3580	e
		Kozłowski, Włodzimierz	Poln. Kons.	RN	8224/8727/ 11758	3R1
		Wilk, Andrzej	Unabh.	-	3800 (?)	x
		Stachura, Danylo	UNDP	UNDP	7552/7795/ 8595	3R2
		Hrynevec'kyj, Ivan	RuR	RuR	5315/3926/ 5045	e
		Lychac	Unabh. Ruthene	-	2586 (?)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Partei*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
68	GB Kozowa, Tarnopol, Zbaraż, Nowe Sioło	Zamorski, Jan	SDN	RN	9470/8796/ 9921	3R2
		Holubovyč, Isidor	UNDP	UNDP	5850/6180/ 6521	e
		Kul'matyc'kyj, Stefan	RuR	RuR	2264	x
		Ostapčuk, Jacko	USDP	USDP	11578/12618/ 11604	3R1
69	GB Trembowla, Mikulińce, Budzanów, Czortków	Mahler, Artur	JNP	JNP	2565/12948	2EW
		Wojewoda, Karol	PSL	PSL	1875	x
		Socha, Jan	SDN	RN	5804/8668	e
		Kolessa, Oleksandr	UNDP	UNDP	19495	1M
		Bilyns'kyj, Dionyzyj	RuR	RuR	755	x
70	GB Skałat, Podwoloczyska, Grzymałów, Kopyczyńce, Husiatyn	Braun, Josef	JNP	JNP	1590	x
		Zagórski, Eustachy	Poln. Kons.	RN	9404	1W
		Petryc'kyj, Mychajlo	UNDP	UNDP	18288	1M
		Gissovs'kyj, Teodor	RuR	RuR	2220	x

12. Legislaturperiode (Hauptwahl 1911)

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
01	Stadt Lemberg I (t. Zentrum, t. Lyczakowskie)	Roszkowski, Gustaw	Poln. Dem	Bürgerkreis	484	e
		Rydygier, Ludwik	Kath.-nat. (Zentrum)	-	699/907	2
		Śliwiński, Hipolit	PSP	PSP	1232/1562	2
		Stefanovyč, Oleksandr	UNDP	UNDP	188	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
02	Stadt Lemberg II (t. Zentrum, t. Krakowskie)	Battaglia, Roger	Poln. Dem.	Bürgerkreis	1690	x
		Breiter, Ernest	Unabh. Sozialist	-	2093	1
03	Stadt Lemberg III (t. Krakowskie, t. Zółkiewskie)	Diamand, Herman	PPSD	PPSD	3213	1
		Stand, Adolf	JNP	JNP	2216	x
		Ornstein, Józef	Unabh. Pole	RN	65	x
04	Stadt Lemberg IV (t. Zentrum, t. Halickie, t. Lyczakowskie)	Wyrostek, Michał	PPSD	PPSD	745	x
		Głąbiński, Stanisław	SDN	Bürgerkreis	1189	1
		Zajačkovs'kyj, Mikołaj	UNDP	UNDP	105	x
05	Stadt Lemberg V (t. Halickie)	Tomaszewski, Franciszek	SDN	Bürgerkreis	1384	x
		Lisiewicz, Aleksander	PSP	PSP	1591	1
		Čornyj, Ivan	UNDP	UNDP	123	x
06	Stadt Lemberg VI (t. Halickie)	Buzek, Józef	SDN	Bürgerkreis	1589	1
		Hausner, Artur	PPSD	PPSD	1148	x
		Levyc'kyj, Dmytro	UNDP	UNDP	153	x
07	Stadt Lemberg VII (t. Halickie, t. Krakowskie, t. Zółkiewskie, t. Lyczakowskie)	Hudec, Józef	PPSD	PPSD	3719	1
		Chłamtacz, Marceli	SDN	Bürgerkreis	2454	x
		Pisec'kyj, Oleksandr	UNDP	UNDP	463	x
08	Stadt Krakau I (Zentrum)	Leo, Juliusz	Poln. Dem.	-	1430	1
		Nartowski, Mieczysław	Unabh. Pole	-	388	x
09	Stadt Krakau IV (Nowy Świat, Stradom, t. Piasek)	Marek, Zygmunt	PPSD	PPSD	1160/1652	2
		Sikorski, Tadeusz	Unabh. Pole	-	755	x
		Doboszyński, Adam	Poln. Dem. (PSD)	PSD	973/1029	e
10	Stadt Krakau III (Kleparz, t. Piasek)	Zieleniewski, Edmund	Poln. Dem.	-	1457	1
11	Stadt Krakau II (Wesoła)	Daszyński, Ignacy	PPSD	PPSD	1374	1
		Petelenz, Ignacy	Poln. Dem. (PSD)	PSD	1346	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
12	Stadt Krakau V (Kazimierz)	Gross, Adolf	PNZ	PNZ	2992	1
		NN	Chrsoz (Zentrum)	-	173	x
13	Stadt Przemyśl	Lieberman, Herman	PPSD	PPSD	3432	1
		Adam, Ernest	SDN	RN	3320	x
14	Stadt Stanislau	Rauch, Edmund	Poln. Dem.	RN	2590	1
		Zipper, Gerschon	JNP	JNP	1152	x
		Stwiertnia, Pawel	Poln. Dem.	-	947	x
		Janovyč, Volodymyr	UNDP	UNDP	94	x
		NN	Unabh. Rph	-	51	x
15	Stadt Tarnopol	Gall, Rudolf	SDN	RN	2414	1
		Stand, Adolf	JNP	JNP	2133	x
		NN	Unabh. Ruth.	-	75	x
16	Stadt Tarnów	Bobrowski, Emil	PPSD	PPSD	1016	x
		Tertil, Tadeusz	SDN	St.-Kom.	2596	1
		Malz, David	JNP	JNP	1194	x
17	Stadt Kolomea	Schorr, Samuel	PPSD	PPSD	1209	x
		Kleski, Jan	Poln. Dem.	RN	4318	1
		Zipper, Gerschon	JNP	JNP	1429	x
		Danilovyč, Jevhen	UNDP	UNDP	171	x
18	Städte Biała; Saybusch; Kęty; Andrychów, Wadowice	Łazarski, Stanisław	Unabh. Pole	St.-Kom.	3248	1
		Stankiewicz	PPSD	PPSD	903	x
19	Städte Bochnia; Wieliczka; Podgórze	Bobrowski, Emil	PPSD	PPSD	2564	x
		Korytowski, Witold	Poln. Kons. (SPN)	St.-Kom.	3164	1
20	Städte Neusandez; Altsandez; Neumarkt	Marek, Zygmunt	PPSD	PPSD	2142	x
		German, Ludomil	Poln. Dem.	St.-Kom.	3320	1

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
21	Städte Rzeszów; Ropczyce, Sędziszów	Pelzling, Marek	PPSD	PPSD	649	x
		Biliński, Leon	Poln. Kons.	St.-Kom.	2475	1
		Karas, Adam	Unabh. Pole	-	440	x
22	Städte Jaroslau; Łańcut; Przeworsk	Kaczanowski, Kazimierz	PPSD	PPSD	1535	x
		Rychlik, Ignacy	Poln. Dem.	St.-Kom.	2294	1
		Switalski	Unabh. Pole	-	299	x
23	Städte Mielec; Kolbuszowa; Leżajsk; Sokołów; Tarnobrzeg; Nisko, Rudnik	Rosner, Ignacy	Poln. Kons (SPN)	St.-Kom.	3923	1
		Chciuk, Stefan	SDN	SDN	298	x
		Pastor, Leon	Zentrum	-	864	x
24	Städte Jasło; Gorlice; Grybów; Biecz; Strzyżów; Frysztak; Pilzno; Dębica	Jaworski, Władysław L.	Poln. Kons. (SPN)	St.-Kom.	3776	1
		Starzewski, Maryan	SDN	SDN	1264	x
		Zieliński, Ignacy	Unabh. Pole	-	0	x
25	Städte Sanok; Dobromil; Stary Sambor; Krosno, Korczyna	Jabłoński, Wincenty	SDN	SDN	3113	1
		Goldberg, Moritz	JNP	JNP	1721	x
26	Städte Sambor; Gródek	Skarbek, Aleksander	SDN	SDN	2151	x
		Stesłowicz, Stanisław	Poln. Dem.	-	4207	1
27	Städte Drohobycz; Turka; Bolechów; Skole	Loewenstein, Natan	Poln. Dem.	RN	5976	1
		Balicki, Mateusz	PSP	PSP	361	x
		Zipper, Gerschon	JNP	JNP	603	x
		Kobryn, Volodymyr	UNDP	UNDP	775	x
28	Städte Stryj; Kałusz	Moraczewski, Jędrzej	PPSD	PPSD	2508/3257	2
		Goldhammer, Artur	Poln. Dem.	RN	1517	x
		Reich, Leon	JNP	JNP	1541/2834	e
		Harasymiv, Antin	UNDP	UNDP	281	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
29	Städte Brzeżany, Baranówka, Demnia, Hucisko, Kuropatniki, Podwysokie, Rohaczyn, Wulka; Rohatyn, Podkamień; Chodorów, Brzozdowce	Bačyns'kyj, Volodymyr	UNDP	UNDP	515	x
		Zaleski, Wacław	Poln. Kons.	RN	4656	1
30	Städte Żółkiew, Rawa Ruska; Sokal, Krystynopol, Tartaków Miasto; Wielkie Oczy; Waręż Miasto, Bełz	Starzyński, Stanisław	Poln. Kons.	RN	1947/2713	e
		Steinhaus, Ignacy	Poln. Kons.	-	1823/3976	2
		Rappaport, Samuel	JNP	JNP	1426	x
		Levyc'kyj, Vasyl'	UNDP	UNDP	1292	x
31	Städte Brody, Stare Brody, Hucisko Brodzkie; Łopatyn, Ruda Brodzka; Radziechów; Podkamień	Kolischer, Henryk	Poln. Dem.	RN	3662	1
		Stand, Adolf	JNP	JNP	197	x
		Sanat, Vasyl'	UNDP	UNDP	8	x
		Sochac'kyj	Unabh. Rph	-	58	x
32	Städte Buczacz, Śniatyn, Zaleszczyki; Borszczów, Cygany; Tłumacz, Tarnowica Polna; Bohorodyczyn	Melen, Teofil	USDP	USDP	785	x
		Ringel, Michael	JNP	JNP	2576/3080	e
		Landau, Samuel	Unabh Jüd.-Nat.	-	0 (zerspl.)	x
		Stern, Bernard	Poln. Dem.	RN	3143/3701	2
33	Städte Złoczów; Zborów, Jezierna; Załośce, Gontowa, Huta Pieniacka, Majdan Pieniacki, Maleniska, Palikrowy, Pańkowce, Reniów, Trościaniec Wielki	Gold, Józef	Poln. Dem.	RN	1133	x
		Breiter, Ernest	Unabh. Sozialist	-	3269	1
		Srokowski, Stanisław	Unabh. Natdem.	-	1259	x
34	Städte Rozdół; Żydaczów; Ruda; Bóbrka, Hucisko, Stare Sioło; Hanaczów, Hanaczówka; Wołczków, Chorostków, Jeziórko, Kończaki Stare, Maryampol Wieś; Bursztyn, Ludwikówka, Wiszniów, Żurów; Bołszowce, Słobódka Konkolnicka, Zagórze Konkolnickie	Halban, Alfred	Poln. Kons.	RN	5204	1
		Levyc'kyj, Dmytro	UNDP	UNDP	1024	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
35	GB Jaworzno, Chrzanów, Krzeszowice, Liszki	Zulawski, Zygmunt	PPSD	PPSD	5321/4300/6072	e
		Wróbel, Ignacy	PSL	PSL	2959/5433/6278	3R1
		Zarański, Jan	Poln. Dem.	-	3740/5658/6252	3R2
		Stojałowski, Stanisław	SChL	SChL	3618/2680	e
		Rybacki	Unabh. Pole	-	54	x
		Olas	Unabh. Volksparteiler	-	180	x
		Lobczowski, Józef	Poln. Zentrum	-	957	x
36	GB Biała, Auschwitz, Kęty, Andrychów	Misiołek, Leon	PPSD	PPSD	2578	x
		Kubik, Jan	PSL	PSL	3022	3R1
		Poniński, Adolf	Poln. Kons. (SPN)	SPN	1007	x
		Smieszek, Antoni	Unabh. Pole	-	1271/1782	e
		Dobija, Ludwik	SChL	SChL	1992/3708/4195	3R2
		Stohandel, Stanisław	SChL	SChL	2824/2324/2085	e
		Kramarczyk, Franciszek	Unabh. Volksparteiler	-	1062	x
		Pawica	Unabh. Pole	-	1062	x
37	GB Wadowice, Zator, Kalwarya, Myślenice, Skawina	Sulczewski, Franciszek	PPSD	PPSD	1458/422	e
		Średniawski, Andrzej	PSL	PSL	4220/4522/5533	3R1
		Korzeniowski, Teofil	PSL	PSL	2002* (Σ 5465?)/ 1370* (Σ 5156)	e
		Baścik, Michał	Unabh. Volksparteiler	-	4198* (Σ 5465)/ 3780* (Σ 5156)	e
		Banaś, Antoni	Unabh. Volksparteiler	-	3568/4737/5442	3R2
		Woyczyński, Roman	Poln Kons.	-	1011	x
		Jedrys	Unabh. Pole	-	715	x
		Swiergula	Unabh. Volksparteiler	-	571* (Σ 5465?)	x
		Stypula	Unabh. Volksparteiler	-	791* (Σ 5465?)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
38	GB Maków, Jordanów, Sucha, Milówka, Saybusch	Rusin, Józef	PSL	PSL	3011/4810/5665	3R2
		Haller, Cezary	Poln. Kons. (SPN)	SPN	3360/3868/6458	3R1
		Danielak, Michał	Poln. Dem.	-	945/129	e
		Służewski, K. (Dr.)	PSP	PSP	1340	x
		Krupka, Edward	SDN	SDN	1470/1927	e
		Fijak, Maciej	SChL	SChL	3294/4066/5545	e
		Kołodziej, Michał	Poln. Zentrum	-	?	x
		Pluta, Józef	Unabh. Volksparteiler	-	2561 (?)	x
		Kakol	Unabh. Pole	-	1306?	x
		Dudzik	PPSD	PPSD	998/661	e
39	GB Limanowa, Mszana Dolna, Neumarkt, Czarny Dunajec, Krościenko	Curus, Józef	PSL	PSL	4526* (Σ 7122)/ 4507/5541	e
		Śmiłowski, Stanisław	PSL	PSL	3908/5332/6136	3R2
		Ptaś, Józef	SDN	SDN	5080/5708/7277	3R1
		Rzeszódko, Kazimierz	Chrsoz (Zentrum)	-	2622/2455	e
		Król, Stanisław	Unabh. Volksparteiler	-	745* (Σ 7122)	x
		Liszka	Unabh. Volksparteiler	-	739* (Σ 7122)	x
		Orzel	Unabh. Volksparteiler	-	697* (Σ 7122)	x
		Dziurdzik	Unabh. Volksparteiler	-	266* (Σ 7122)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
40	GB Krakau, Podgórze, Wieliczka, Dobczyce	Daszyński, Ignacy	PPSD	PPSD	13771	1M
		Wójcik, Franciszek	PSL	PSL	4720/196	e
		Tetmajer, Włodzimierz	Unabh. Volksparteiler	-	4074/12732	2EW
		Zgórniak, Stanisław	Chrsoz (Zentrum)	-	938	x
		Stobiecki, Stefan	Unabh. Pole	-	62	x
41	GB Bochnia, Niepołomice, Brzesko, Wiśnicz	Ruebenbauer, Adam	PSL	PSL	3591/9268	2EW
		Bardel, Franciszek	PSL	PSL	1322	x
		Goetz, Jan	Poln. Kons. (SPN)	SPN	12600	1M
		Stojałowski, Stanisław	SChL	SChL	2812/6128	x
		Pilch, Jan	Unabh. Pole	-	1289	x
42	GB Radłów, Wojnicz, Zakliczyn, Tarnów, Tuchów	Witos, Wincenty	PSL	PSL	9271	1M
		Matakiewicz, Antoni	Poln. Kons. (SPN)	SPN	6291	1W
		Luka, Wawrzyniec	SDN	SDN	740	x
		Holewicki, Stanisław	Unabh. Volksparteiler	-	1985	x
		Włodek, Filip	Unabh. Volksparteiler	-	23	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
43	GB Pilzno, Brzostek, Dębica, Ropczyce	Szydlik, Maryan	PPSD	PPSD	503	x
		Scibor, Franciszek	PSL	PSL	2818* (Σ 8338)/ 751* (Σ 6530)	e
		Staniszewski, Józef	PSL	PSL	3405* (Σ 8338)/ 4061* (Σ 6530)/ 4227	e
		Babicz, Jan	PSL-Fronde	-	1611* (Σ 8338)	x
		Rey, Mikołaj	Poln. Kons.	-	3872/4567/6548	3R1
		Sapecki, Pawel	SDN	SDN	1414/1096	e
		Siwula, Jan	Unabh. Volksparteiler	-	? (Σ 8338)	x
		Przetacznik	Unabh. Volksparteiler	-	? (Σ 8338)/1511* (Σ 6530)	e
		Krezel	Unabh. Volksparteiler	-	? (Σ 8338)	x
		Jedynak, Michał	Unabh. Volksparteiler	-	2624/3308/4984	3R2
44	GB Mielec, Radomyśl, Dąbrowa, Żabno	Kędzior, Andrzej	PSL	PSL	6955/7994/8152	3R1
		Bojko, Jakub	PSL	PSL	7126/6884/6481	3R2
		Krempa, Franciszek	Unabh. Volksparteiler	-	4564/3911/2714	e
		Maksys, Mikołaj	Unabh. Volksparteiler	-	924	x
		NN	Poln. Kons.	-	69	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
45	GB Nisko, Ulanów, Sokołów, Tarnobrzeg, Rozwadów	Lasocki, Zygmunt	PSL	PSL	7466/9490	2M
		Niemiec, Władysław	PSL	PSL	1334* (Σ 2229)	x
		Wiącek, Wojciech	SDN	SDN	3971/4210	e
		Bochniewicz	Unabh. Pole	-	1540	x
		Bis, Jan	Unabh. Volksparteiler	-	3908/4639	2W
		Orzeł	Unabh. Volksparteiler	-	983* (Σ 2229)	x
		Białobrzeski	Unabh. olksparteiler	-	616	x
46	GB Kolbuszowa, Rzeszów, Głogów	Angermann, Klaudiusz	PSL	PSL	6260/6393/6550	3R1
		Róg, Jan	PSL	PSL	483* (Σ 2311)/ 1485 (?)	e
		Baran	Unabh. Volksparteiler	-	622* (Σ 2311)	x
		Tomak	Unabh. Volksparteiler	-	87* (Σ 2311)	x
		Szajer, Tomasz	SChL	SChL	2406/1753/1742	e
		Siara, Stanisław	Unabh. Volksparteiler	-	1006* (Σ 2311)	x
		Paduch, Antoni	Unabh. Pole	-	694	x
		Lewicki, Antoni	SDN	SDN	2757/3547/4295	3R2

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
47	GB Łańcut, Leżajsk, Przeworsk	Jachowicz, Józef	PSL	PSL	6532/6048	2W
		Lubomirski, Andrzej	Poln. Kons. (SPN)	SPN	7373/9177	2M
		Wesoliński, Adam	Chrsoz (Zentrum)	-	2050	x
		Sobek, Jan	PSL-Fronde	-	181	x
		Borowiec, Józef	SChL	SChL	0	x
		Mach, Józef	SDN	SDN	2597/2983	e
		Komarnic'kyj, Mychajlo	UNDP	UNDP	170	x
48	GB Neusandez, Altsandez, Grybów, Ciężkowice, Muszyna	Kubisz, Jan	PSL	PSL	1705* (Σ 6772)	x
		Cieluch, Jan	PSL	PSL	2592* (Σ 6772)	x
		Myjak, Wincenty	PSL (PSL-Fronde)	-	2551/3852/7017	3R2
		Bednarek, Błazej	SDN	SDN	2241/2959	e
		Ciągło, Tomasz	Unabh. Volksparteiler	-	718* (Σ 6772)/ 4879 (?)	e
		Potoczek, Jan	Zentrum	-	2511/3934/8009	3R1
		Hnatyšak, Gavryl	RNO	RNO	4536/4449/4754	e
		Švedyk, Mychajlo	UNDP	UNDP	39	x
		Potoczek, Stanisław	Unabh. Volksparteiler	-	913* (Σ 6772)	x
		Śmiałowski	Unabh. Pole	-	1652* (Σ 2521)/ 87 ?	e
		Maciuszek	Unabh. Volksparteiler	-	624* (Σ 6772)	x
		Olpiński	Unabh. Pole	-	205* (Σ 2521)	x
		Zyczkowski	Unabh. Pole	-	654* (Σ 2521)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
49	GB Gorlice, Biecz, Jasło	Długosz, Władysław	PSL	PSL	7581/9080	2M
		Madej, Jakub	PSL	PSL	4442/3909/7039	3EW
		Męski, Zygmunt	Chrsoz (Zentrum)	-	2720/3527/4863	e
		Zajkowski, Stanisław	SDN	SDN	1333	x
		Kačmarčyk, Ljubomir	RNO	RNO	0	x
50	GB Krosno, Strzyżów, Frysztak, Żmigród	Stapiński, Jan	PSL	PSL	8871	1M
		Łyszczarz, Franciszek	PSL	PSL	3500/10427	2EW
		Gruszecki, Jan	SDN	SDN	2729/2123	e
		Konstankevyč, Vasyl'	RNO	RNO	1182	x
51	GB Sanok, Rymanów, Bukowsko, Dukla, Lisko, Ustrzyki Dolne	Starowieyski, Stanisław	Poln. Kons.	RN	6133/8073/10910	3R1
		Szafran, Lucjan	Unabh. Volksparteiler	-	? (Σ 2309)	x
		Fiedler, Bartłomiej	SDN	SDN	3376/3276	x
		Pawłowski	Unabh. Pole	-	1584* (Σ 2309)	x
		Zalozec'kyj, Roman	UNDP	UNDP	4175/3556/4215	e
		Kurylovyč, Volodymyr	RNO	RNO	9096/8820/8743	3R2
52	GB Brzozów, Tyczyn	Biały, Stanisław	PSL	PSL	5972/7135	2M
		Bomba, Antoni	PSL	PSL	4182/4329	2W
		Głogoczewski, Andrzej	PSL-Fronde	-	589* (Σ 807)/124 (?)	e
		Dobrzański, Stefan	Unabh. Volksparteiler	-	242* (Σ 1355)/ 421	e
		Matusz, Józef	Unabh. Volksparteiler	-	184* (Σ 807)	x
		Pluta	Unabh. Volksparteiler	-	1129* (Σ 1355)	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
53	GB Sądowa Wisznia, Rudki, Starasól, Sambor, Komarno; 2 OG d. GB Łąka	Skarbek, Alexander	SDN	RN	12349/12689	2M
		Mleczko, Franciszek	PSL-Fronde	-	362/152	e
		Breiter, Ernest Teodor	U-abh. Sozialist	-	1153	x
		Onyśkevyč, Stepan	UNDP	UNDP	13117/12055	2W
		Kulčyc'kyj, Ivan	RNO	RNO	2366/374	e
54	GB Baligród, Lutowiska, Stary Sambor, Turka, Borynia, Podbuż, Łąka, Drohobycz; 3 OG d. GB Sambor	Osuchowski, Bronisław	Poln. Kons.	RN	6691/7943/13215	3R1
		Krušyns'kyj, Josyf	HRR	HRR	2497* (Σ 11237)	x
		Javors'kyj, Ivan	UNDP	UNDP	9010* (Σ 13022)/ 9909/11841?	e
		Olesnyc'kyj, Jaroslav	UNDP	UNDP	3913* (Σ 13022)	x
		Hošovs'kyj, Ignacij	RNO	RNO	8750* (Σ 11237)/ 7903	x
		Vityk, Semen	USDP	USDP	8718/12566/ 12181	3R2
55	GB Wojnilów, Dolina, Rożniatów, Kałusz, Nadwórna, Delatyn, Sołotwina	Zarański, Jan	SDN	RN	10383/10476/ 12203	e
		Sojka, Volodymyr	HRR	HRR	1198* (Σ 6973)	x
		Romančuk, Julian	UNDP	UNDP	15842/13797/ 14819	3R1
		Lahodyns'kyj, Mykola	R-URP	R-URP	8501/10610/ 13724	3R2
		Geciv, Onufrij	RNO	RNO	5637* (Σ 6973)/ 5342	e
		Jarosevyč, Roman	USDP	USDP	829	x

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
56	GB Peczeniżyn, Kolomea, Żabie, Kuty, Kosów, Jabłonów, Zabłotów, Gwoździec, Ottynia	Swoboda, Alojzy	Unabh. Pole	RN	8149/7249/9912	e
		Skvarko, Zachar	UNDP	UNDP	5628/4112	e
		Lavruk, Pavlo	R-URP	R-URP	14733/14477/ 14600	3R1
		Tryl'ovs'kyj, Kyrylo Gregor	R-URP	R-URP	5630/7641/12953	3R2
		Gulla, Antoni	RNO	RNO	3779/3462	e
		Serbenjuk, Vasyl'	Unabh. Radikaler	-	785	x
		Schalitt, Isidor	JNP	JNP	1774/279	e
57	GB Medenice, Stryj, Skole, Żydaczów, Chodorów, Mikołajów, Gliniany, Bóbrka; 12 OG d. GB Komarno; 3 OG d. GB Szczerzec	Frey, Juliusz	SDN	RN	3530	x
		Davydjak, Vasyl'	HRR	HRR	3505* (Σ 12349)	x
		Levyc'kyj, Lev	UNDP	UNDP	6410/24801	2EW
		Olesnyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	23159	1M
		Dudykevyč, Volodymyr	RNO	RNO	8834* (Σ 12349)/ 579	e
58	GB Mielnica, Borszczów, Zaleszczyki, Horodenka, Tłuste, Sniatyn; 1 OG d. GB Husiatyn	Kaliszczak, Marcin	SDN	RN	10068/9714/66	e
		Okunevs'kyj, Teofil	UNDP	UNDP	20247/18463/ 18234	3R1
		Stefanyk, Vasyl'	R-URP	R-URP	11113/13200/ 12864	3R2
		Smol'nyj, Ivan	RNO	RNO	1435/786	e
59	GB Obertyn, Tłumacz, Potok Złoty, Stanislau, Halicz, Tyśmienica, Bohorodczany	Dzieduszycki, Władysław	Poln. Kons.	RN	9951/67	e
		Levyc'kyj, Jevhen	UNDP	UNDP	15465/15151/ 15488	3R2
		Bačyns'kyj, Lev Leontij	R-URP	R-URP	14724/16915/ 15701	3R1
		Aleksevyč, Lev	RNO	RNO	3319/2844/703	e
		Bačyns'kyj, Julijan	USDP	USDP	1555	x
		NN	Unabh. Ukrainer	-	721/99	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
60	GB Buczacz, Monasterzyska, Wiśniowczyk, Podhajce	Serwatowski, Władysław	Poln. Kons.	RN	9343	1W
		Orlowski	Unabh. Volksparteiler	-	959	x
		Budzynovs'kyi, Vjačeslav	UNDP	UNDP	15915	1M
		Mohylyc'kyj, Vladimir	RNO	RNO	1143	x
		Salz, Abraham	JNP	JNP	1742	x
61	GB Przemyśl, Dubiecko, Niżankowice, Dynów, Bircza, Mościska, Dobromil	Czaykowski, Władysław	Poln. Kons.	RN	15692/16936	2M
		Jaworski, Jan	Unabh. Volksparteiler	-	2647/216	e
		Ceglins'kyi, Grygorij	UNDP	UNDP	14405/13162	2W
		Już'čyns'kyj, Zynovij	RNO	RNO	5278/3339	e
62	GB Rawa Ruska, Uhnǫw, Niemirów, Jaworów, Krakowiec, Zółkiew, Kulików, Bełz, Janów	Wysocki, Kazimierz	Poln. Kons.	RN	10708	3R2
		Korol', Mychajlo	HRR	HRR	5317* (Σ 17133)	x
		Dnistrjans'kyj, Stanislav	UNDP	UNDP	19176	3R1
		Labens'kyj, Semen	RNO	RNO	10708* (Σ 17133)	x
63	GB Złoczów, Busk, Kamionka Strumiłowa, Olesko, Przemyślany	Dębski, Władysław	SDN	RN	12312/12366/ 12556	3R1
		Poznański, Karol	PSL-Fronde	-	2155/61	e
		Hlibovic'kyj, Mykola	HRR	HRR	465* (Σ 7903)	x
		Singalevyč, Volodymyr	UNDP	UNDP	12135/11542/ 12169	3R2
		Markov, Dmytro	RNO	RNO	6770* (Σ 7903)/ 7739/6889	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
64	GB Lemberg Umgebung, Winniki, Gródek, Szczerzec	Abrahamowicz, Dawid	Poln. Kons.	RN	9173/8443/9591	3R1
		Dąbski, Jan	PSL-Fronde	-	3431/3083/3618	e
		Folys, Josip	UNDP	UNDP	7990/7120/8558	3R2
		Martovyč, Les'	R-URP	R-URP	120 ?	x
		Javorovs'kyj, Vjačeslav	RNO	RNO	3542/2095	e
		Hankevyč, Mykola	USDP	USDP	2648/1596	e
		NN	Unabh. Pole	-	283	x
65	GB Sokal, Radziechów, Zborów, Załośce, Brody, Mosty Wielkie, Łopatyn; 4 OG d. GB Zbaraż; 2 OG d. GB Olesko, 9 OG d. GB Nowe Sioło	Kraus, Maryan	SDN	RN	11027/11305/ 11747	e
		Kostec'kyj, Ivan	HRR	HRR	1542	x
		Petruševyč, Jevhen	UNDP	UNDP	16347/16343/ 16297	3R2
		Danilovyč, Severyn	R-URP	R-URP	1404	x
		Markov, Dmytro	RNO	RNO	19467/19512/ 18939	3R1
66	GB Brzeżany, Rohatyn, Bolechów, Bursztyn, Bołszowce, Zurawno; 6 OG d. GB Podhajce, 10 OG d. GB Przemyślany	Zborowski, Józef	Unabh. Pole	RN	6181/5200	e
		Levyc'kyj, Kost'	UNDP	UNDP	14505/14239/ 14085	3R1
		Staruch, Tymotei	UNDP	UNDP	12057/11817/ 12733	3R2
		Senyk, Kornylij	RNO	RNO	6455/5952/7449	e
67	GB Jaroslau, Radymno, Lubaczów, Cieszanów, Sieniawa, Pruchnik	Kozłowski, Włodzimierz	Zentrum	RN	13323/11879/ 12619	3R1
		Jampolski, Kazimierz	PSL-Fronde	-	2362/363	e
		Ginilewicz	Unabh. Pole	-	461* (Σ 740?)	x
		Szpak	Unabh. Pole	-	206* (Σ 740?)	x
		Wilk, Andrzej	Unabh. Volksparteiler	-	441* (Σ 740?)	x
		Cehel's'kyj, L'ongin	UNDP	UNDP	5405/5459/6999	3R2
		Stančak, Ivan	RNO	RNO	4498/4316/5226	e
		Savčak	Unabh. Ruth.	-	3302/3265	e

Nr.	*Wahlbezirk*	*Kandidatenname*	*Parteirichtung*	*W-Org.*	*Stimmen*	*E*
68	GB Kozowa, Tarnopol, Zbaraż, Nowe Sioło	Zamorski, Jan	SDN	RN	8858/ 9147/ 9386	3R2
		Kominek	Unab. Pole	–	404/339	e
		Sochanik, Ignacy	Poln. Kons.	-	2813/112	e
		Holubovyč, Isidor	UNDP	UNDP	12579/12571/ 12556	3R1
		Ostapčuk, Jacko	USDP	USDP	2663/3454/681	e
		Kostec'kyj, Grygorij	Unabh. Rph	-	507	x
		Bačyns'kyj, Lev Leontij	R-URP	R-URP	0	x
69	GB Trembowla, Mikulińce, Budzanów, Czortków	Baworowski, Jerzy	Poln. Kons.	RN	10539	1W
		Wojewoda, Karol	Unabh. Volksparteiler	-	675	x
		Kolessa, Oleksandr	UNDP	UNDP	15814	1M
		Ivanuś, Mychajlo (Iwankov)	RNO	RNO	507	x
		Jurčyns'kyj	Unabh. Ruth.	-	2275	x
		Rappaport, Samuel	JNP	JNP	1518	x
70	GB Skałat, Podwoloczyska, Grzymałów, Kopyczyńce, Husiatyn	Gołuchowski, Adam	Poln. Kons.	RN	8837/8431	2W
		Bieniowski, Stanisław	Unabh. Natdem.	-	3159/3078	e
		Petryc'kyj, Mychajlo	UNDP	UNDP	13314/13860	2M
		Gissovs'kyj, Teodor	RNO	RNO	2752/2025	e
		Temnyc'kyj, Volodymyr	USDP	USDP	221/9	e
		Reich, Leon	JNP	JNP	1980/22	e

2. Galizische Abgeordnete des österreichischen Abgeordnetenhauses, 1897–1918

Erläuterungen:

Name: Personennamen erscheinen hier aus Platzgründen ohne Adelstitel und Prädikat (siehe den vollständigen Namen im Personenregister)
Berufliche Tätigkeit: Ortsnamen nach den Veröffentlichungen der Parlamentskanzlei; ( ) Politischer Bezirk
Partei/Polit. Richtung: Abkürzungen siehe Abkürzungsverzeichnis
AH von/bis: Erstmalige Vereidigung im Abgeordnetenhaus bis zum Ableben bzw. zur offiziellen Mandatsniederlegung; ohne Berücksichtigung von Mandatsunterbrüchen
Wahlkreisnummer: 9.–12. = Legislaturperioden; * = Nachgewählt; ** = Ausgeschieden vor Ablauf der Legislaturperiode; Schl = Schlesien; Vgl. die Zuordnung der Nummern in Anhang 1.

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Abrahamowicz, Dawid	1839–1926	Gutsbesitzer in Siemianówka (Lemberg-Land)	Poln. Konservativer (Podolake)	26. 03. 1881 12. 11. 1918	112	112	034 **	064
Abrahamowicz, Eugeniusz	1851–1905	Bezirksrichter in Stryj und Gutsbesitzer	Poln. Konservativer (Podolake)	09. 04. 1891 05. 01. 1905	116	116 **		
Angermann, Klaudiusz	1861–1922	Erdöl-Unternehmer in Boguchwała (Rzeszów)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				046
Bačyns'kyj, Lev Leontij	1872–1930	Advokat in Stanislau	R-URP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			059	059
Bačyns'kyj, Volodymyr	1880–1927	Advokaturkandidat in Lemberg	UNDP	23. 10. 1917 12. 11. 1918				064 *
Banaś, Antoni	1874–1936	Bezirksrichter in Kalwarya	PSL	17. 07. 1911 12. 11. 1918				037
Barvins'kyj, Oleksandr	1847–1926	Professor an der Lehrerbildungsanstalt in Lemberg	Ruthen. National-Konservativer	09. 04. 1891 30. 01. 1907	419	419		

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Battaglia, Roger	1873–1950	Zeitungsherausgeber und Ministerial-Vizesekretär	SDN, Poln. Demokrat	24. 04. 1906 30. 03. 1911		204 *	016	
Baworowski, Jerzy	1870–1933	Gutsbesitzer in Ostrów (Tarnopol) etc.	Poln. Konservativer (Podolake)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				069
Biały, Stanisław	1868–1932	Bezirksrichter in Brzozów	SDN, 1908 PSL, 1913 PSL/Piast	17. 06. 1907 12. 11. 1918			052	052
Bieniowski, Stanisław	1874 – nach 1934	Direktor der Volksschule in Zaleszczyki	SDN	25. 01. 1909 30. 03. 1911			070 *	
Biesiadecki, Franciszek	1869–1941	Gutsbesitzer auf Firlejów (Rohatyn)	Poln. Konservativer	07. 07. 1909 30. 03. 1911			034 *	
Biliński, Leon	1846–1923	Sektionschef und Minister a. D. in Wien	Poln. Konservativer (Unabh.)	07. 04. 1883 05. 03. 1912	209 **		021	021 **
Binder, Wilhelm	1853–1928	Hof- und Gerichtsadvokat in Wien	Poln. Konservativer (Krakauer)	04. 12. 1899 30. 01. 1907	203 *	203		
Bis, Jan	1861–1915	Landwirt in Nisko	PSL, 1913 PSL/Lewica	17. 07. 1911 12. 02. 1915				045 **
Błażowski, Julian	1852 – ?	Gutsbesitzer in Czeremchów (Podhajce)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 30. 01. 1907	114	114		
Błażowski, Maryan	1855–1913	Gutsbesitzer in Nowosiółka (Buczacz)	Poln. Konservativer (Podolake)	03. 06. 1898 30. 01. 1907	425 *	425		
Bobrowski, Emil	1876–1938	Krankenkassenarzt in Krakau	PPSD	21. 10. 1913 12. 11. 1918				019 *

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Bobrzyński, Michał	1849–1935	Universitätsprofessor in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	22. 09. 1885 05. 05. 1908		102 *	023 **	
Bogdanowicz, Józef	1866 – ?	Gutsbesitzer in Kosów (Czortków)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	513			
Bojko, Jakub	1857–1943	Grundbesitzer in Gręboszów (Dąbrowa)	PSL, 1913 PSL/Piast	27. 03. 1897 12. 11. 1918	406	406	044	044
Bomba, Antoni	1868–1956	Grundbesitzer in Budziwoj (Rzeszów)	SChL, dann PSL, 1913 PSL/Lewica	31. 01. 1901 12. 11. 1918		506	052	052
Borkowski, Jerzy	1856–1908	Gutsbesitzer in Gródek	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	119			
Breiter, Ernest Teodor	1865–1935	Redakteur in Lemberg	Unabh. Sozialist	31. 01. 1901 12. 11. 1918		501	002	002
Breza, Fryderyk	1859–1908	Gutsbesitzer in Witowice (Neusandez)	Poln. Konservativer	24. 04. 1906 30. 01. 1907		105 *		
Budzynovs'kyi, Vjačeslav	1868–1935	Journalist u. Schriftsteller in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			060	060
Bujak, Franciszek	1852–1915	Oberlandesgerichtsrat in Krakau	Poln. Demokrat (Rechts)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			040	
Buzek, Józef	1873–1936	Universitätsprofessor in Lemberg	SDN	17. 06. 1907 12. 11. 1918			006	006
Byk, Emil	1845–1906	Advokat in Lemberg	Poln. Demokrat (Rechts)	09. 04. 1891 23. 06. 1906	211	211 **		

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Čajkovs'kyj, Roman	1864–1937	Griech.-kath. Pfarrer in Tarnawa Górna (Lisko)	RNO	30. 05. 1917 12. 11. 1918				051 *
Ceglins'kyi, Grygorij	1853–1912	Gymnasialdirektor in Przemyśl	UNDP	17. 06. 1907 23. 10. 1912			061	061 **
Cehel's'kyj, L'ongin	1875–1950	Advokaturkandidat und Redakteur in Lemberg	UNDP	24. 11. 1910 12. 11. 1918			060 *	067 057
Cena, Robert	1863–1945	Landwirt in Morawsko (Jaroslau)	SChL	27. 03. 1897 07. 09. 1900	413			
Chamiec, Antoni	1840–1908	Gutsbesitzer und Statthaltereisekretär in Lemberg	Poln. Konservativer (Podolake)	07. 10. 1879 30. 01. 1907		424		
Chrzanowski, Leon	1829–1899	Gutsbesitzer und Schriftsteller in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	20. 05. 1867 17. 03. 1899	107 **			
Ciągło, Tomasz	1850–1912	Landwirt in Podegrodzie (Neusandez)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			048	
Ćwikliński, Ludwik	1853–1942	Universitätsprofessor in Lemberg	Poln. Konservativer (Krakauer)	04. 12. 1899 07. 02. 1902	208 *	208 **		
Czarkowski, Tadeusz	1850–1945	Majoratsherr in Zagrobela (Tarnopol) etc.	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	424			
Czaykowski, Władysław	1846–1919	Landesadvokat in Przemyśl	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 06. 1907 30. 01. 1918			061	061 *
Czaykowski, Władysław Wiktor	1844–1917	Gutsbesitzer in Medwedowce (Buczacz)	Poln. Konservativer (Podolake)	22. 09. 1885 30. 01. 1907		119		

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Czecz, Herman	1854–1904	Gutsbesitzer in Kobiernice (Wadowice)	Poln. Konservativer (Krakauer)	30. 01. 1889 16. 08. 1903	102	102 **		
Dąmbski, Stanisław	1865–1941	Gutsbesitzer in Rudna (Rzeszów)	Poln. Konservativer	18. 10. 1899 22. 02. 1900	107 */**			
Danielak, Michał	1865–1918	Advokaturkonzipient und Redakteur in Krakau	SChL, Antisemit	27. 03. 1897 30. 01. 1907	401	504		
Daszyński, Ignacy	1866–1936	Redakteur in Krakau	PPSD	27. 03. 1897 12. 11. 1918	502	502	Schl 015	011
Davydjak, Vasyl'	1850–1922	Griech.-kath. Pfarrer in Lemberg	RuR, 1909 Altkursler (HRR)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			057	
Dębski, Władysław	1863–1920	Gerichtssekretär in Złoczów	SDN	08. 11. 1907 12. 11. 1918			063 *	063
Dembiński, Bronisław	1858–1939	Universitätsprofessor in Lemberg	SDN	30. 06. 1914 12. 11. 1918				029 *
Diamand, Herman	1860–1931	Kaufmann in Lemberg	PPSD	17. 06. 1907 12. 11. 1918			003	003
Dietzius, Adolf	1852–1920	Arzt und Bürgermeister in Jaroslau	SDN	17. 06. 1907 30. 03. 1911			022	
Długosz, Władysław	1864–1937	Erdölunternehmer und Gutsbesitzer in Siary (Gorlice)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				049
Dluzans'kyj, Jan	1850–1930	Landesgerichtsrat am Handelsgericht in Wien	Ruthen. National-Konservativer	31. 01. 1901 30. 01. 1907		423		
Dnistrjans'kyj, Stanislav	1870–1935	Universitätsprofessor in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			062	062

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Dobija, Ludwik	1873–1944	Bäcker in Rybarzowice (Biała)	Poln. Klerikaler (PCL)	17. 06. 1907 12. 11. 1918			036	036
Doboszyński, Adam	1852–1929	Advokat in Krakau und Gutsbesitzer	Poln. Demokrat (Links)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		509		
Dulęba, Władysław	1851–1930	Landesadvokat in Lemberg	Poln. Demokrat (Rechts)	27. 03. 1897 30. 03. 1911	201	208 *	029	
Dylo, Tomasz	1871–1958	Landwirt in Borek Wielki (Ropczyce)	PSL/Piast	30. 05. 1917 12. 11. 1918				043 *
Dzieduszycki, Karol	1847–1902	Gutsbesitzer in Siechów (Stryj)	Poln. Demokrat (Rechts)	31. 01. 1901 14. 09. 1902		415 **		
Dzieduszycki, Wojciech	1848–1909	Gutsbesitzer in Jezupol (Stanislau)	Poln. Konservativer (Podolake)	07. 10. 1879 23. 03. 1909	117	117	026 **	
Fiedler, Bartłomiej	1865–1920	Landwirt in Besko (Sanok)	SDN	17. 06. 1907 30. 03. 1911			051	
Fijak, Maciej	1862–1949	Grundbesitzer in Pietrzykowice (Saybusch)	SChL; Poln. Klerikaler (PCL)	31. 01. 1901 30. 03. 1911		503	038	
Fila, Błażej	1854 – ?	Grundbesitzer in Wola Raniżowska (Kolbuszowa)	PSL	30. 05. 1917 12. 11. 1918				045 *
Fischer, Karol Józef	1847–1931	Ehrendomherr in Przemyśl	Poln. Konservativer (Unabh.)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	506			
Folys, Josip	1862–1917	Griech.-kath. Pfarrer in Sknylów (Lemberg-Land)	UNDP	17. 06. 1907 09. 10. 1917			064	064 *

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Gabel, Heinrich	1873–1910	Advokat in Lemberg	Zionist	17. 06. 1907 30. 07. 1910			060 **	
Galik, Edmund	1866–1942	Bezirksgerichts-Vorsteher in Jaroslau	Poln. Demokrat	05. 06. 1917 12. 11. 1918				067 *
Gall, Rudolf	1873 – nach 1939	Großindustrieller in Tarnopol	SDN	17. 06. 1907 12. 11. 1918			015	015
Garapich, Michał	1850–1917	Gutsbesitzer in Cebrów (Tarnopol)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 03. 01. 1906	120	120 **		
German, Ludomił	1851–1920	Landesschulinspektor f. Mittelschulen in Lemberg	SDN, Poln. Demokrat	17. 06. 1907 12. 11. 1918			020	020
Giżowski, Julian	1852-1938	Oberlandesgerichtsrat in Lemberg	Poln. Konservativer (Podolake)	30. 03. 1897 30. 01. 1907	109	414		
Głąbiński, Stanisław	1862–1941	Universitätsprofessor in Lemberg	SDN	20. 05. 1902 12. 11. 1918		201 *	004	004
Gladyšovs'kyj, Omelian	1843 – nach 1918	Ober-Bezirksarzt in Tarnopol	Ruthen. National-Konservativer	26. 09. 1898 30. 01. 1907	427 *	427		
Gniewosz, Władysław	1847–1925	Gutsbesitzer in Konty (Złoczów)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 30. 01. 1907	511	113 *		
Gniewosz, Włodzimierz	1841–1909	Gutsbesitzer in Potok Złoty (Buczacz)	Poln. Konservativer (Podolake)	09. 04. 1891 30. 01. 1907	108	108		
Godek, Jan	1865–1936	Finanzsekretär in Husiatyn u. Przemyśl	SDN	25. 06. 1912 12. 11. 1918				070 *

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Goetz, Jan	1864–1931	Brauerei- und Gutsbesitzer v. Okocim	Poln. Demokrat; Poln. Konservativer	27. 03. 1897 12. 11. 1918	405			041
Gold, Józef	1864 – nach 1939	Arzt und Bürgermeister in Złoczów	SDN	25. 09. 1906 30. 03. 1911		211 *	033	
Gołuchowski, Adam	1855–1914	Gutsbesitzer in Husiatyn	Poln. Konservativer (Podolake)	22. 09. 1885 21. 06. 1912		426		070 **
Górski, Antoni	1862–1928	Universitätsprofessor in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	28. 11. 1905 30. 03. 1911		101 *	023 *	
Górski, Piotr	1858–1906	Gutsbesitzer in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	27. 03. 1897 21. 02. 1906	101	105 **		
Grek, Michał	1862–1929	Advokat in Lemberg	Poln. Demokrat (Links)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		205		
Grobels'kyj, Ivan	1859–1926	Griech.-kath. Domherr in Stanislau	Ruthen. National-Konservativer	27. 03. 1897 29. 09. 1898	515 **			
Gross, Adolf	1862–1936	Advokat in Krakau	Poln. Demokrat/ Jüd. Unabh.	17. 06. 1907 12. 11. 1918			012	012
Grzędzielski, Władysław	1864–1925	Bezirksrichter in Przemyśl	PSL/Piast	19. 02. 1918 12. 11. 1918				061 *
Halban, Alfred	1865–1926	Universitätsprofessor in Lemberg	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				034

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Haller, Cezary	1875–1919	Gutsbesitzer in Jurczyce (Podgórze-Land)	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				038
Hanusiak, Stanisław	1865–1957	Pfarrer in Poręba-Wielka (Brzesko)	Poln. Klerikaler (PCL)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			036	
Harnek, Jan	1861–1914	Landwirt in Gogolów (Strzyżów)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			050	
Henzel, Seweryn	1836–1907	Gutsbesitzer v. Szołomyja (Bóbrka)	Poln. Konservativer (Podolake)	09. 04. 1891 30. 01. 1907	115	115		
Hlibovic'kyj, Mykola	1876–1918	Advokaturskandidat in Złoczów	RuR, 1909 Neu-, dann Altkursler (HRR)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			063	
Holubovyč, Isidor	1873–1938	Advokat in Tarnopol	UNDP	17. 07. 1911 12. 11. 1918				068
Hompesch, Ferdinand	1843–1897	Gutsbesitzer auf Joslowitz (Mähren) etc.	Poln. Konservativer (Unabh.)	22. 09. 1885 27. 10. 1897	409 **			
Horodyski, Kornel	1828–1898	Gutsbesitzer in Kolędziany (Czortków)	Poln. Konservativer (Podolake)	11. 11. 1895 12. 02. 1898	425 **			
Hudec, Józef	1863–1915	Direktor d. städt. Krankenkasse in Lemberg	PPSD	17. 06. 1907 28. 01. 1915			007	007 **
Jabłoński, Wincenty	1863–1923	Bezirksgerichtsvorsteher in Krosno	Poln. Demokrat, SDN	31. 01. 1901 12. 11. 1918		507	025	025
Jachowicz, Józef	1862–1941	Landwirt in Strażów (Łańcut)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 06. 1907 12. 11. 1918			047	047

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Jarosevyč, Roman	1862–1934	Stadtarzt in Borszczów	R-URP, 1899 USDP	27. 03. 1897 07. 09. 1900	514			
Javors'kyj, Vasyl'	1852–1926	Redakteur in Wien	UNDP	31. 01. 1901 30. 01. 1907		421		
Jaworski, Apolinary	1825–1904	Gutsbesitzer in Skwarzawa (Złoczów)	Poln. Konservativer (Podolake)	28. 12. 1871 20. 10. 1904	113	113 **		
Jaworski, Władysław L.	1865–1930	Universitätsprofessor in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				024
Jędrzejowicz, Adam	1847–1924	Gutsbesitzer in Staromieście (Rzeszów)	Poln. Konservativer (Krakauer)	09. 04. 1891 30. 01. 1907	106	106		
Jedynak, Michał	1870–1916	Landwirt in Paszczyzna (Ropczyce)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 04. 10. 1916				043 **
Karatnyc'kyj, Modest	1858–1940	Bezirksgerichts-Vorst. in Kałusz	Ruthen. National-Konservativer	27. 03. 1897 07. 09. 1900	414			
Kędzior, Andrzej	1851–1938	Amtsdirektor in Lemberg	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				044
Klemensiewicz, Zygmunt	1874–1948	Redakteur u. Schriftsteller in Krakau	PPSD	21. 07. 1911 12. 11. 1918				040
Kleski, Jan	1860–1934	Großgrundbesitzer in Wierbiąż (Kolomea)	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 12. 11. 1918				017
Kolessa, Oleksandr	1867–1945	Universitätsprofessor in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			069	069
Kolischer, Henryk	1853–1932	Fabrikant in Czerlany	Poln. Demokrat (Rechts)	27. 03. 1897 12. 11. 1918	206	303	017	031

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Komorowski, Stefan	1863–1929	Stadtprobst in Przeworsk	Poln. Konservativer (Unabh.)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		409		
Kopyciński, Adam	1849–1914	Pfarrer in Gawłuszowice (Mielec)	Poln. Klerikaler (PCL), dann SDN	22. 09. 1885 30. 03. 1911			044	
Korol', Mychajlo	1856–1925	Advokat in Żółkiew	RuR, 1909 Altkursler (HRR)	31. 01. 1901 30. 03. 1911		418	062	
Korytowsk, Witold	1850–1923	Gutsbesitzer auf Grochowiska (Posen)	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 06. 1907 15. 05. 1913			019	019 **
Kos, Andrij	1860–1918	Advokat in Kałusz	UNDP	31. 01. 1901 30. 01. 1907		510		
Kozakiewicz, Jan	1857–1927	Maler in Lemberg	PPSD	27. 03. 1897 07. 09. 1900	501			
Kozłowski, Włodzimierz	1858–1917	Gutsbesitzer v. Zabłotce (Przemyśl)	Poln. Konservativer (Podolake/ Unabh.)	12. 05. 1889 17. 04. 1917	110	110 116	067	067 **
Krempa, Franciszek	1853–1935	Landwirt in Padew (Mielec)	PSL, 1913 PSL/Lewica	27. 03. 1897 30. 03. 1911	407	407	045	
Krogulski, Roman	1868–1936	Advokat in Rzeszów	Poln. Demokrat	14. 05. 1912 12. 11. 1918				021 *
Królikowski, Hugo	1849–1915	Landesgerichtsrat in Przemyśl	Poln. Demokrat (Rechts)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		206		
Krupka, Edward	1851–1918	Kaufmann in Sucha (Myślenice)	SDN	26. 11. 1908 30. 03. 1911			038 *	

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Kubik, Jan	1859–1918	Landwirt und Tischler in Janowice (Biała)	SChL, dann PSL, 1913 PSL/Lewica	27. 03. 1897 12. 11. 1918	503	402		036
Kurylovyč, Volodymyr	1867–?	Bezirksgerichts-Vorsteher in Rymanów	RuR, 1909 Neukursler (RNO)	17. 06. 1907 21. 08. 1915			051	051 **
Lahodyns'kyj, Mykola	1866–1919	Advokat in Delatyn (Nadwórna)	R-URP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			055	055
Lasocki, Zygmunt	1867–1948	Statthaltereirat in Dzików (Tarnobrzeg)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				045
Lavruk, Pavlo	1865 – ?	Landwirt in Ispas (Kolomea)	R-URP	17. 07. 1911 12. 11. 1918				056
Łazarski, Stanisław	1849–1938	Advokat in Wadowice	Poln. Demokrat (Links)	17. 06. 1907 12. 11. 1918			018	018
Leo, Juliusz	1861–1918	Universitätsprofessor und ehem. Bürgermeister von Krakau	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 21. 02. 1918				008 **
Levyc'kyj, Jevhen	1870–1925	Redakteur in Złoczów	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			059	059
Levyc'kyj, Kost'	1859–1941	Landesadvokat in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			066	066
Levyc'kyj, Lev	1863–1928	Gerichtsvorsteher in Skole	UNDP	17. 07. 1911 12. 11. 1918				057
Lewicki, Antoni	1863–1944	Landwirt in Majdan (Kolbuszowa)	SDN	17. 07. 1911 12. 11. 1918				046
Lewicki, Witold	1859–1931	Vizesekretär des Landesausschusses in Lemberg	Poln. Demokrat	09. 04. 1891 07. 09. 1900	509			
Lieberman, Herman	1870–1941	Advokat in Przemyśl	PPSD	17. 06. 1907 12. 11. 1918			013	013

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Lisiewicz, Aleksander	1859–1916	Landesadvokat in Lemberg	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 12. 05. 1916				005 **
Loewenstein von Opoka, Natan	1859–1929	Advokat in Lemberg	Poln. emokrat (Rechts)	17. 06. 1907 12. 11. 1918			027	027
Lubomirski, Andrzej	1862–1953	Majoratsherr und Fabrikant in Przeworsk	Poln. Konservativer (Podolake)	17. 06. 1907 12. 11. 1918			047	047
Łuszczkiewicz, Marek	1873–1932	Gutsbesitzer in Frydrychowice (Wadowice)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			037	
Łyszczarz, Franciszek	1868–1927	Landwirt in Przedmieście (Strzyżów)	PSL, 1913 PSL/Lewica	17. 07. 1911 12. 11. 1918				050
Madej, Jakub	1868–1964	Landwirt in Ujazd (Jasło)	PSL, 1913 PSL/Lewica	17. 06. 1907 12. 11. 1918			049	049
Madeyski, Stanisław	1841–1910	Minister a. D.	Poln. Konservativer (Unabh.)	07. 10. 1879 17. 09. 1899	203 **			
Mahler, Artur	1871–1916	Privatdozent in Prag	Zionist	17. 06. 1907 30. 03. 1911			069	
Małachowski, Godzimir	1852–1908	Advokat in Lemberg und Gutsbesitzer	Poln. Demokrat (Rechts)	30. 11. 1904 23. 06. 1908		301 *	001 **	
Mandyčevs'kyj, Kornel Stanislav	1828–1914	Pfarrer und Ehrendomherr in Nadwórna	Ruthen. National-Konservativer	28. 09. 1885 30. 01. 1907	422	422		
Marek, Zygmunt	1872–1931	Advokat in Krakau	PPSD	17. 07. 1911 12. 11. 1918				009

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Markov, Dmytro	1868–1938	Advokaturkandidat in Lemberg	RuR, 1909 Neukursler (RNO)	17. 06. 1907 21. 08. 1915			065	065 **
Maślanka, Antoni	1852–1923	Landwirt in Zubrza (Lemberg-Land)	SDN	03. 07. 1907 30. 03. 1911			064	
Matakiewicz, Antoni	1873–1937	Bezirksgerichtsvorsteher in Tuchów	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				042
Merunowicz, Theofil	1846–1919	Sekretär d. Bezirksausschusses v. Lemberg	Poln. Demokrat (Rechts)	27. 03. 1897 30. 01. 1907	417	417		
Męski, Zygmunt	1872–1949	Pfarrer und Katechet in Dębowiec (Jasło)	Poln. Klerikaler (PCL)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			049	
Milewski, Józef	1859–1916	Universitätsprofessor in Krakau und Gutsbesitzer	Poln. Konservativer (Krakauer)	27. 10. 1894 07. 09. 1900	111			
Mleczko, Franciszek	1864 – ?	Landwirt in Strzałkowice (Sambor)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			053	
Moraczewski, Jędrzej	1870–1944	Bau-Ober-Kommissär d. Staatsbahnen in Stryj	PPSD	17. 06. 1907 12. 11. 1918			028	028
Moysa, Stefan	1853–1920	Gutsbesitzer in Rudniki am Pruth	Poln. Konservativer (Podolake)	04. 11. 1898 30. 03. 1911	515 *	515	032	
Myjak, Wincenty	1877–1927	Landwirt in Zagorzyn (Neusandez)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				048
Nawrocki, Edmund	1841–1906	Bezirkshauptmann in Dolina	Poln. Konservativer (Unabh.)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	416			

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Niementowski, Tadeusz	1858 – ?	Gutsbesitzer in Zbaraż	Poln. Demokrat (Rechts)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		512		
Obertyński, Kazimierz	1840–1926	Gutsbesitzer in Stronibaby (Złoczów)	SDN	17. 06. 1907 22. 10. 1907			063 **	
Ochrymovyč, Ksenofont	1846–1916	Obergymnasiallehrer in Drohobycz	Ruthen. National-Konservativer	22. 09. 1885 07. 09. 1900	415			
Ochrymovyč, Volodymyr	1870–1931	Advokat und Redakteur in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 06. 04. 1908			058 **	
Okunevs'kyj, Teofil	1858–1937	Advokat in Horodenka	R-URP, 1899 UNDP	27. 03. 1897 12. 11. 1918	423		058	058
Olesnyc'kyj, Jevhen	1860–1917	Advokat in Stryj Stryj, seit 1909 in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 26. 10. 1917			057	057 **
Olpiński-Nałęcz, Julian	1847–1908	Arzt und Postmeister in Trembowla	Poln. Demokrat	27. 03. 1897 07. 09. 1900	426			
Olszewski, Michał	1868–1924	Großbauer in Lusławice (Zakliczyn)	PSL, 1913 PSL/Lewica	31. 01. 1901 30. 03. 1911		405	042	
Onyškevyč, Stepan	1861–1945	Pfarrer in Chiszewice (Rudki)	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			053	053
Opydo, Franciszek	1856–1923	Arzt und Bürgermeister in Wadowice	Poln. Demokrat; Poln. Klerik. (PCL)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		403		
Ostapčuk, Jacko	1873–1959	Redakteur in Zbaraż	USDP	20. 06. 1907 30. 03. 1911			068	

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Osuchowski, Bronisław	1851–1929	Gutsbesitzer in Wiśniowczyk (Podhajce)	Poln. Konservativer (Podolake)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				054
Paduch, Antoni	1868–1942	Bauer in Brzostowa Góra (Kolbuszowa)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			046	
Pastor, Leon	1846–1912	Probst in Biecz (Gorlice), später in Leżajsk	Poln. Klerikaler (PCL), dann PSL	13. 10. 1893 30. 03. 1911	508	410	024	
Pawluszkiewicz, Antoni	1863–1908	Sägereibesitzer und Bürgermeister in Sucha (Saybusch)	Poln. Demokrat (Links)	17. 06. 1907 18. 09. 1908			038 **	
Petelenz, Ignacy	1850–1911	Realschuldirektor in Krakau	Poln. Demokrat (Links)	17. 10. 1901 30. 03. 1911		202 *	011	
Petruševyč, Jevhen	1863–1940	Advokat in Skole	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			065	065
Petryc'kyj, Mychajlo	1865–1921	Redakteur in Lemberg	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			070	070
Piepes-Poratyński, Jakub	1846–1904	Apotheker in Lemberg	Poln. Demokrat (Rechts)	27. 03. 1897 18. 10. 1904	301	301 **		
Piętak, Leonard	1841–1909	Universitätsprofessor in Lemberg a. D.	Poln. Demokrat (Rechts)	10. 10. 1893 30. 01. 1907	201	201		
Piliński, Włodzimierz	1856–1912	Advokat in Rzeszów und Gutsbesitzer	Poln. Konservativer (Krakauer)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	105			
Piniński, Leon Jan	1857–1938	Gutsbesitzer in Grzymałów (Skałat)	Poln. Konservativer (Podolake)	30. 01. 1889 01. 04. 1898	427 **			

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Piniński, Miecisław	1862–1918	Gutsbesitzer v. Grzęda (Lemberg Land)	Poln. Konservativer (Podolake)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		514		
Piniński, Stanisław	1854–1911	Gutsbesitzer v. Grzymałów (Skałat)	Poln. Konservativer (Podolake)	06. 03. 1906 30. 01. 1907		120 *		
Pohorec'kyj, Omelian	1867 – nach 1938	Katechet in Jaroslau	UNDP	09. 11. 1917 12. 11. 1918				067 *
Poniński, Aleksander	1856–1915	Gutsbesitzer in Horyniec (Cieszanów) etc.	Poln. Konservativer (Podolake)	03. 03. 1903 30. 01. 1907		110 *		
Popowski, Józef	1841–1910	Gutsbesitzer und Privatier in Krakau	Poln. Konservativer (Krakauer)	22. 09. 1885 30. 01. 1907	103	103		
Potocki, Jan	1867–1942	Gutsbesitzer in Posada Górna (Sanok)	Poln. Konservativer (Unabh.)	18. 10. 1899 30. 01. 1907	411 *	411		
Potoczek, Jan	1857–1941	Landwirt in Świniarsko (Neusandez)	ZSCh; Poln. Klerikaler (PCL)	09. 04. 1891 12. 11. 1918	404	404		048
Potoczek, Stanisław	1849–1919	Landwirt in Rdziostów (Neusandez)	ZSCh; PCL; PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			048	
Ptaś, Józef	1864–1942	Bezirksrichter in Mszana Dolna	SDN	17. 06. 1907 12. 11. 1918			039	039
Rapoport, Arnold	1840–1907	Hof- und Gerichtsadvokat in Wien	Poln. Konservativer (Krakauer)	07. 10. 1879 30. 01. 1907	302	302		
Rauch, Edmund	1863–1923	Fabrikant und Mühlenbesitzer in Stanislau	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 12. 11. 1918				014

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Reizes, Henryk	1878–1931	Redakteur in Lemberg	Unabh. Jüdisch-Progressiver	07. 12. 1911 12. 11. 1918				033
Rey, Mikołaj	1866–1932	Gutsbesitzer in Przyborowie (Pilzno)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 06. 1917				043 **
Rittner, Eduard	1845–1899	Sektionschef und Minister a. D. in Wien	Poln. Konservativer (Unabh.)	30. 11. 1880 27. 09. 1899	208 **			
Rojowski, Kazimierz	1851–1906	Gutsbesitzer in Humenów (Kałusz)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 07. 09. 1900	510			
Romančuk, Julijan	1842–1932	Gymnasiallehrer i. R. in Lemberg	NR, 1899 UNDP	09. 04. 1891 12. 11. 1918		416	055	055
Romanowicz, Tadeusz	1843–1904	Redakteur in Lemberg	Poln. Demokrat (Links)	31. 01. 1901 17. 02. 1902		201 **		
Rosenstock, Maurycy	1856–1916	Gutsbesitzer in Skałat	Poln. Konservativer (Podolake)	05. 04. 1886 07. 09. 1900	303			
Rosner, Ignacy J.	1865–1926	Ministerialrat in Wien	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				023
Roszkowski, Gustaw	1847–1915	Universitätsprofessor in Lemberg	Poln. Demokrat (Rechts)	09. 04. 1890 30. 03. 1911	207	207	001 *	
Rotter, Jan	1850–1906	Dir. d. Staatsgewerbeschule in Krakau	Poln. Demokrat (Links)	31. 01. 1901 22. 07. 1906		202 **		
Ruebenbauer, Adam	1867–1930	Gutsbesitzer in Jawornik polski (Tyczyn)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 06. 1907 12. 11. 1918			041	041

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Rusin, Józef	1860–1927	Grundbesitzer in Bienkówka (Myślenice)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				038
Rutowski, Tadeusz	1852–1918	Leiter d. gewerbestatistischen Landesbüros in Lemberg	Poln. Demokrat	25. 01. 1888 07. 09. 1900	204			
Rychlik, Ignacy	1856–1938	Gymnasialdirektor in Jaroslau	Poln. Demokrat	27. 03. 1897 12. 11. 1918	205			022
Rzeszódko, Kazimierz	1870–1937	Pfarrer in Cocholów (Neumarkt)	Poln. Klerikaler (PCL)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			039	
Sapieha, Paweł	1860–1934	Gutsbesitzer in Siedliska (Rawa Ruska)	Poln. Konservativer (Podolake)	06. 04. 1897 30. 01. 1907	410	511		
Seinfeld, Nathan	1860 – ?	Staatsbahn-Direktor-Stv. in Stanislau	Poln. Demokrat (Links)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		210		
Serwatowski, Władysław	1873–1940	Gutsbesitzer in Jezierzany (Buczacz)	Poln. Konservativer (Podolake)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				060
Sikorski, Tadeusz	1851–1937	Universitätsprofessor in Krakau	Poln. Demokrat (Links)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			009	
Singalevyč, Volodymyr	1875–1945	Bezirksrichter in Gliniany	UNDP	17. 07. 1911 12. 11. 1918				063
Siwula, Jan	1862–1931	Landwirt in Paszczyzna (Ropczyce)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 06. 1907 12. 11. 1918			043	043 *
Skarbek, Alexander	1874–1922	Gutsbesitzer in Rudki	SDN	20. 10. 1909 12. 11. 1918			026 *	053
Śliwiński, Hipolit	1866–1932	Architekt u. Baumeister in Lemberg	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 12. 11. 1918				001

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Śmiłowski, Stanisław	1858 – ?	Realitätenbesitzer in Limanowa	PSL	17. 07. 1911 12. 11. 1918				039
Sokołowski, August	1848–1921	Gymnasiallehrer in Krakau	Poln. Demokrat	04. 12. 1890 07. 09. 1900	202			
Sołtysik, Tomasz	1847–1916	Direktor des 3. Staatsgymnasiums in Krakau	Poln. Demokrat	24. 10. 1906 30. 01. 1907		202 *		
Sozański, Stanisław	1859–1939	Gutsbesitzer in Grabowiec (Tarnopol) etc.	Poln. Konservativer (Podolake)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		109		
Średniawski, Andrzej	1857–1931	Landwirt in Górna wieś (Myślenice)	PSL, 1913 PSL/Piast	17.06.1907 12.11.1918			037	037
Stachura, Danylo	1860–1938	Advokat in Sambor	UNDP	17. 06. 1907 30. 03. 1911			067	
Stand, Adolf	1870–1919	Redakteur in Lemberg	Zionist	17. 06. 1907 30. 03. 1911			031	
Staniszewski, Józef	1870–1953	Wirtschaftsbesitzer in Bukowa (Pilzno)	PSL	17. 06. 1907 30. 03. 1911			043	
Staniszewski, Walenty	1859–1920	Sparkassendirektor in Krakau	Poln. Demokrat (Rechts)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			008	
Stapiński, Jan	1867–1946	Redakteur in Krakau	PSL, 1913 PSL/Lewica	26. 09. 1898 12. 11. 1918	507 *		050	050
Starowieyski, Stanisław	1866–1926	Gutsbesitzer in Bratkówka (Krosno)	Poln. Konservativer	17. 07. 1911 12. 11. 1918				051
Staruch, Tymotei	1860–1923	Landwirt in Słoboda Złota (Brzeżany)	UNDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			066	066
Starzeński, Henryk	1856–1922	Gutsbesitzer in Hnizdyczów (Żydaczów)	Poln. Konservativer (Podolake)	02. 12. 1902 30. 01. 1907		415 *		

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Starzyński, Stanisław	1853–1935	Universitätsprofessor in Lemberg und Gutsbesitzer	Poln. Konservativer (Podolake)	04. 12. 1884 30. 03. 1911		111	030	
Stefanyk, Vasyl'	1871–1936	Schriftsteller in Stecowa (Śniatyn)	R-URP	09. 04. 1908 12. 11. 1918			058 *	058
Steinhaus, Ignacy	1859–1928	Advokat in Jasło	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				030
Stern, Bernard	1848–1920	Bierbrauereibesitzer und Bürgermeister in Buczacz	Poln. Konservativer (Krakauer)	17. 07. 1911 12. 11. 1918				032
Stesłowicz, Władysław	1867–1940	Sekretär der Handelskammer in Lemberg	Poln. Demokrat	17. 07. 1911 12. 11. 1918				026
Stohandel, Stanisław	1875 – ?	Redakteur in Biała	Poln. Klerikaler (PCL)	17. 06. 1907 30. 03. 1911			035	
Stojałowski, Stanisław	1845–1911	Redakteur	SChL; PCL	21. 03. 1898 30. 03. 1911	409 *		041	
Stojałowski, Stanisław	1856–1906	Advokat und Gutsbesitzer in Tarnów	Poln. Konservativer (Krakauer)	31. 01. 1901 02. 02. 1906		204 **		
Struszkiewicz, Władysław	1846–1919	Hofrat und Gutsbesitzer in Niewiarów (Bochnia)	Poln. Konservativer (Krakauer)	28. 10. 1887 30. 01. 1907	104	104		
Stwiertnia, Paweł	1854–1923	Staatsbahn-Inspektor in Stanislau	Poln. Demokrat (Links)	06. 06. 1900 30. 03. 1911	209 *	209	014	
Szajer, Tomasz	1860–1914	Landwirt in Słocina (Rzeszów)	SChL; PCL	06. 04. 1897 30. 03. 1911	408	408	046	

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Szeptycki, Kazimierz	1869–1951	Gutsbesitzer in Dziewiętniki (Bóbrka)	Poln. Konservativer (Podolake)	08. 05. 1900 30. 01. 1907	107 *	107		
Szponder, Andrzej	1856–1945	Pfarrer in Krakau	SChL, dann PCL	27. 03. 1897 30. 03. 1911	403		035	
Tanjačkevyč, Danylo	1842–1906	Griech.-kath. Pfarrer in Zakomarze (Złoczów)	NR, 1899 UNDP	27. 03. 1897 07. 09. 1900	420			
Tertil, Tadeusz	1864–1925	Advokat in Tarnów	SDN	17. 07. 1911 12. 11. 1918				016
Tetmajer, Włodzimierz	1862–1923	Maler in Krakau-Bronowice	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				040
Tomaszewski, Franciszek	1852–1912	Direktor des Franz-Josefs-Gymnasiums in Lemberg	SDN	17. 06. 1907 30. 03. 1911			005	
Trachtenberg, Maksymilian	1844–1924	Advokat und Bürgermeister in Kolomea	Poln. Demokrat	14. 12. 1895 07. 09. 190 0	210			
Tryl'ovs'kyj, Kyrylo Gregor	1864–1941	Landesadvokat in Kolomea	R-URP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			056	056
Tyszkowski, Paweł	1856–1920	Gutsbesitzer in Huwniki (Dobromil)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 11. 1896 30. 01. 1907	412	412		
Vachnjanyn, Anatol	1841–1908	Gymnasiallehrer in Lemberg	Ruthen. National-Konservativer	22. 02. 1894 07. 09. 1900	418			
Vityk, Semen	1876–1937	Redakteur in Lemberg	USDP	17. 06. 1907 12. 11. 1918			054	054
Vojnarovs'kyi, Tyt Jevhen v.	1856–1938	Griech.-kath. Pfarrer in Balince (Kolomea)	UNDP	17. 06. 1907 30. 03. 1911			056	

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Walewski, Jan	1860 – nach 1914	Gutsbesitzer in Nosów (Podhajce)	Poln. Konservativer (Unabh.)	27. 03. 1897 19. 06. 1905	421	513 **		
Weigel, Ferdynand	1828–1901	Advokat und Handelskammersekretär in Krakau	Poln. Demokrat (Rechts)	11. 12. 1869 28. 06. 1901	202	202 **		
Weiser, Henryk	1859 – nach 1918	Papier-Fabrikant in Sasów (Złoczów)	Poln. Demokrat (Rechts)	27. 03. 1897 30. 01. 1907	512	420		
Wiącek, Wojciech	1869–1944	Landwirt in Machów (Tarnobrzeg)	SDN	17. 06. 1907 30. 03. 1911			045	
Wielowieyski, Henryk	1860–1924	Gutsbesitzer und Dozent in Lemberg	Poln. Konservativer (Podolake)	09. 04. 1891 30. 01. 1907	118	118		
Wierzchowski, Hieronim	1860–1942	Bezirksrichter in Halicz	Poln. Demokrat	28. 11. 1905 30. 01. 1907		513 *		
Wiktor, Józef	1854–1899	Gutsbesitzer in Wojkówka und Polanka (Krosno)	Poln. Konservativer (Podolake)	27. 03. 1897 15. 03. 1899	411 **			
Wilk, Andrzej	1848–1934	Grundbesitzer und Schmied in Sieniawa	SChL; PCL	05. 02. 1901 30. 01. 1907		508		
Winkowski, Franciszek	1856–1903	Advokaturkandidat und Redakteur in Tarnów	PSL	27. 03. 1897 07. 09. 1900	505			
Witos, Wincenty	1874–1945	Landwirt in Wierzchoslawice (Tarnów)	PSL, 1913 PSL/Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				042
Włazowski, Tomasz	1858–1938	Probst und Katechet in Sieniawa	Poln. Konservativer; PCL	31. 01. 1901 30. 01. 1907		413		

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Wodzicki, Antoni	1848–1918	Gutsbesitzer auf Kościelec (Chrzanów)	Poln. Konservativer (Krakauer)	18. 12. 1890 16. 08. 1905		101 **		
Wójcik, Franciszek	1863–1941	Landwirt in Wyciąże (Krakau-Land)	PSL, 1913 PSL/Lewica	17. 06. 1907 30. 03. 1911			040	
Wojtyga, Jan	1854–1913	Volksschullehrer und Schuldirektor in Krakau	Poln. Konservativer; Poln. Klerik. (PCL)	31. 01. 1901 30. 01. 1907		401		
Wróbel, Ignacy	1862–1941	Staatsbahndirektor-Stv. in Czatkowice (Chrzanów)	PSL, 1913 PSL/Lewica, 1914 Piast	17. 07. 1911 12. 11. 1918				035
Wysocki, Kazimierz	1855–1935	Gutsbesitzer in Ostobuż (Rawa Ruska)	Poln. Konservativer	17. 07. 1911 12. 11. 1918				062
Wysocki, Stanisław	1850–1898	Diplomat a. D. und Gutsbesitzer in Krakau	Poln. Konservativer (Unabh.)	22. 09. 1885 17. 03. 1898	507 **			
Zabuda, Jan	1859–1917	Landwirt in Jawiszowice (Auschwitz)	SChL	27. 03. 1897 07. 09. 1900	402			
Zagórski, Eustachy	1851–1912	Gutsbesitzer in Kołodziejówka (Skałat)	Poln. Konservativer (Podolake)	17. 06. 1907 20. 01. 1909			070 **	
Zahajkevyč, Volodymyr	1876–1949	Advokat in Przemyśl	UNDP	11. 11. 1912 12. 11. 1918				061 *
Zaleski, Wacław	1868–1913	Gutsbesitzer auf Ostapie (Skałat)	Poln. Konservativer	17. 07. 1911 24. 12. 1913				029 **
Zamorski, Jan	1874–1948	Lehrer in Tarnopol	SDN	17. 06. 1907 12. 11. 1918			068	068

Name	*Lebensdaten*	*Berufliche Tätigkeit*	*Partei / Polit. Richtung*	*AH von/bis*	*Wahlkreisnummer*			
					9.	*10.*	*11.*	*12.*
Zarański, Jan	1866–1940	Amtsvorsteher in Drohobycz	SDN, Poln. Demokrat	17. 06. 1907 12. 11. 1918			054	035
Zieleniewski, Edmund	1855–1919	Fabrikdirektor in Krakau	Poln. Demokrat (Rechts)	17. 06. 1907 12. 11. 1918			010	010
Znamirowski, Józef	1839–1906	Gutsbesitzer und Grubenbesitzer in Lipiny (Jaworów)	Poln. Demokrat	27. 03. 1897 07. 09. 1900	504			
Żyguliński, Michał	1864–1912	Lehrer am Bischofsseminar in Tarnów	Poln. Klerikal-Konservativer	31. 01. 1901 30. 03. 1911		505	042	

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen

Staatliches Historisches Zentralarchiv Lemberg (Central'nyj deržavnyj istoryčnyj archiv u L'vovi, CDIAL): Fond 146 (Statthalterei); 201 (Griechisch-katholisches Konsistorium); 524 (Rada Narodowa); 717 (Polenklub 1915–1918); 746 (Ukrainische Parlamentarische Vertretung 1915–1917), 810 (Zentralwahlkomitee)

Staatsarchiv des Lemberger Bezirks (Deržanvnyj Archiv Lvivskoi Oblasti, DALO): Fond 26 (Universität)

Wissenschaftliche Bibliothek der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften Lemberg, Handschriftenabteilung (L'vivska Naukova Biblioteka Ukrajins'koji Akademiji Nauk, viddil rukopysiv, LNB): Fond 9 (O/N), Nr. 1330 (Rada Narodowa); 59 (Kozłowski); 167 II (Ivan O. Levyc'kyj)

Hauptarchiv Alter Akten, Warschau (Archiwum Główne Akt Dawnych, AGAD): Justizministerium Sign. 316–324 (Galizische Wahlen)

Bibliothek des Ossolineum, Wrocław (BOss) : Papiere Jan Rozwadowski

Zur Erstellung der biographischen Datenbank außerdem:

Stadt- und Landesarchiv Wien (StLA): Totenbeschauprotokolle, Sterbebücher IKG; Meldearchiv MA 8

Haus-, Hof und Staatsarchiv, Wien (HHSTA): Oberstkämmererarchiv, Kabinettskanzlei, Konsularakademie)

Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien (AVA): Ackerbau, Inneres, Justiz, Verkehr (Personalstandsausweise, Pensionsakten, Diensttabellen)

Adelsarchiv, Wien (Standeserhebungsakten)

Kriegsarchiv, Wien (Offiziers-Conduite-Listen, Qualifikationslisten)

Staatsarchiv Krakau (Archiwum Państwowe, AP): Einwohnerliste, Hauptkatalog des Lehrerseminars

Parlamentsarchiv Wien: Fragebogen der Abgeordneten, 1897, 1907

Universitätsarchive Berlin, Graz, Innsbruck, Krakau, Lemberg (siehe DALO), Leipzig, Zürich, Prag, Wien; TU Wien, Zürich; BOKU Wien

Archiv des Polnischen Biographischen Lexikons, Krakau: Biographische Kartei

Zivilstands- und Pfarreiämter Polen, Ukraine

Zeitgenössische Broschüren und politische Abhandlungen

Adin, Koło Polskie wobec wyborów [Der Polenklub gegenüber den Wahlen], Wiedeń 1897

Austerlitz, Friedrich, Pressfreiheit und Pressrecht. Eine Studie über den Pressgesetz-Entwurf, Wien 1902

Balicki, Zygmunt, Demokratyzm i liberalizm – studium socjologiczne [Demokratismus und Liberalismus – eine soziologische Studie], in: Przegląd Spoleczny 1886, VIII–X

Balicki, Zygmunt, Egoizm narodowy wobec etyki [Nationaler Egoismus und Ethik], Lwów 1902

Baran, Stepan, Naša prohrama i organizacyja. Prohrama i organizacyja ukrajins'koji nacyonal'no demokratyčnoji (narodnoji) partyji [Unser Programm und unsere Organisation. Programm und Organisation der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei], L'viv 1913

Bartoszewicz, Kazimierz, Dzieje Galicji. Jej stan przed wojną i „wyodrębnienie" [Die Geschichte Galiziens. Ihr Stand vor dem Krieg und die Sonderstellung], Warszawa–Kraków 1917

Bauer, Otto, Erwachende Völker, in: Der Kampf 7 (1912), H. 1, S. 145–151

Birnbaum, Nathan, Die Assimilationssucht. Ein Wort an die sogenannten Deutschen, Slaven, Magyaren etc. mosaischer Confession von einem Studenten jüdischer Nationalität, Wien 1884

Bobrzyński, Michał, Z chwili rozstroju [Aus Zeiten der Zerrüttung], Kraków 1889

Das in Österreich geltende Vereins- und Versammlungsgesetz erläutert von Jur. Dr. S. Freund, k. k. Polizei-Ober-Commissär, Wien 1900

Denk- und Beschwerdeschrift der galizisch-ruthenischen Landtagsabgeordneten über die Beschlüsse und Vorgänge im galizischen Landtage in der verflossenen sechsjährigen Periode (1861–1866), Lemberg 1867

Die Reichsrathswahlen in Ostgalizien im Jahre 1897. Verfasst vom Ausschusse des ruthenischen Landeswahlcomités, Wien 1898

Die ruthenische Massendeputation in Wien, Lemberg 1895

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. 1. Heft, 18. Session. Hrg. im Auftrage des Klubs der deuschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus, Wien 1909

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. 4. Heft, 20. Session. Hgg. im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus, Wien 1911.

Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat, 5. Heft (17. Juli bis 20. Dezember 1911), Wien 1912.

Dmowski, Roman, Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], Lwów 1902

Dwie opinie. Odpowiedź „Nowej Reformy" na książkę Stanisława hr. Tarnowskiego p. t. „Z doświadczeń i rozmyślań" [Zwei Meinungen. Entgegnung der „Nowa Reforma" auf das Buch des Grafen St. Tarnowski u. d. T. ‚Erfahrungen und Betrachtungen'], Kraków 1891

Dzieduszycki, Adalbert, Das Programm der Autonomisten-Partei Österreichs, Lemberg 1897

Feldman, Wilhelm, Stronnictwa i programy polityczne w Galicyi 1846–1906 [Parteien und politische Programme in Galizien 1846–1906], 2 Bde., Kraków 1907

Franko, Ivan, Z veršyn i nyzyn. Zbirnyk poezij [Von Höhen und Niederungen. Sammlung von Gedichten], L'viv 1887

Głąbinski, Stanisław, Idea samodzielności a finanse Galicji [Die Idee der Selbständigkeit und die Finanzen Galiziens], Lwów 1902

Górski, Antoni, Stronnictwa konserwatywne wobec reformy wyborczej [Die konservativen Parteien gegenüber der Wahlreform], Kraków 1907

Hickmann, Anton Leo, Der österreichische Reichsrat. Seine Parteien und Wahlverhältnisse 1873–1901, Wien 1901

Instrukcya dla mężów zaufania Polskiego Związku katolicko-ludowego [Instruktion für die Vertrauensmänner des katholischen-völkischen Verbands], Tarnów o. J.

Jaworski, Władysław Leopold, Dwanaście lat istnienia Klubu Konserwatywnego [Zwölf Jahre Konservativer Klub], Kraków 1908

Jaworski, Władysław Leopold, Po wyborach [Nach den Wahlen], Kraków 1907

Jaworskyj, Basil Ritter von, Die Ruthenophobie der galizischen Finanz-Landesdirektion, in: Ruthenische Revue 1 (1903), S. 83–89

Kos, Andreas, Die gegenwärtige politische Lage der galizischen Ruthenen, in: Ruthenische Revue 1 (1903), S. 17–22

Kuschnir, Wladimir, Die kaiserliche Botschaft an die Ruthenen, in: Ukrainische Rundschau, Jg. 1912, Nummer 4/5, S. 65–68

Landau, Saul Raphael, Der Polenklub und seine Hausjuden. Fort mit den Hausjuden. Grundzüge jüdischer Volkspolitik, Wien 1907

Limanowski, Bolesław, O kwestii robotniczej [Über die Arbeiterfrage], Lwów 1871

Madeyski, Stanisław, Nasza opozycja [Unsere Opposition], Kraków 1889

Najbliższe zadania [Die allernächsten Aufgaben], Kraków 1907

Odezwa wyborcza Rady stronnictwa chrześciańsko-ludowego do polskiego ludu [Wahlaufruf des Rats der Christlichen Volkspartei an das polnische Volk], Bielsko 1900

Pamiętnik 1. wiecu narodowego odbytego we Lwowie w dniach 30. maja i 1. czerwca 1903 r. [Erinnerungsalbum an den ersten Nationaltag in Lemberg vom 30. 5. bis 1. 6. 1903], Lwów 1903

Polski Kalendarz chrześcijańsko-socyalny na rok 1910 [Polnischer christlichsozialer Kalender für das Jahr 1910], Kraków 1910

Program i organizacya Stronnictwa Chrześciańsko-ludowego [Programm und Organisation der Christlichen Volkspartei], o. O. 1895

Program „Stronnictwa Pracy Narodowej“ z siedzibą w Krakowie (Programm der ’Partei der Nationalen Rechten’ mit Sitz in Krakau], Kraków 1912

Program Polskiego Centrum Ludowego czyli stronnictwa chrześciańskie demokracyi [Programm des Polnischen Volkszentrums oder der Christlich-Demokratischen Partei], Biała 1906

Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego [Programm der Polnischen Demokratischen Partei], Lwów 1900

Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego uchwalony we Lwowie dnia 25. marca 1912 na krajowym zjeździe delegatów i mężów zaufania Stronnictwa [Programm der Polnischen Demokratischen Partei, beschlossen in Lemberg am 25. 3. 1912 auf der Landesversammlung der Delegierten und der Vertrauensmänner der Partei], Lwów o. J.

Program Polskiego Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w Państwie Austrjackiem. Projekt uchwalony przez komisją programową na posiedzeniach z dn. 2 i 19 lutego, 5, 7 i 13 marca, 16 i 17 kwietnia 1904 r. [Programm der Polnischen Demokratisch-Nationalen Partei im Österreichischen Staat. Das durch den Programmausschuss verabschiedetes Projekt …], Lwów 1904

Program PSL uchwalony 27. 2. 1903 w Rzeszowie [Das am 27. 2. 1903 in Rzeszów beschlossene Programm der PSL], Lwów 1903

Program Stronnictwa ‚Chrześciańsko-Ludowego‘ czyli ‚Chrześcijańsko-Społecznego’ oraz Statut ‚Związku chrześciańsko-społecznego‘ w Białej [Das Programm der Christlichen Volkspartei bzw. der Christlichsozialen Partei sowie das Statut des christlichsozialen Verbands in Biała], o. O./o. J.

Program Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w Państwie Austryackim. Uchwalony na II. Zjeździe stronnictwa w dn. 8. i 9. XII. 1905 r. we Lwowie [Das Programm der Demokratisch-Nationalen Partei im österreichischen Staat. Verabschiedet an der zweiten Parteiversammlung am 8. und 9. 12. 1905 in Lemberg], Lwów 1905

Romanowicz, Tadeusz, Polityka Stańczyków. Odpowiedź na referat Prof. Dra Leona Bilińskiego o stronnictwie Stańczyków [Die Politik der Stańczyken. Antwort auf ein Referat von Prof. Dr. Leon Biliński über die Partei der Stańczyken], Kraków 1882

Sąd nad Wyborami Galicyjskimi w Parlamencie Austryackim. Stenograficzne sprawozdanie z 7 i 8 posiedzenia Izby poslów z dnia 3 i 4 lipca 1907 [Das Urteil über die Galizischen Wahlen im österreichischen Parlament. Stenographische Protokolle von den Sitzungen …], Kraków o. J.

Slavischer christlich-nationaler Verband. Programm und Statuten, Wien 1897

Starzewski, Tadeusz, Sursum Corda! Partya konserwatywna a ruch ludowy [Sursum Corda. Die konservative Partei und die Volksbewegung], Kraków 1899

Statut Chrystyjans'ko-Suspil'noho Sojuzu u L'vovi [Das Statut des Christlich-Sozialen Verbands in Lemberg], L'viv 1911

Statut i program Związku Stronnictwa Chłopskiego oraz regulamin zgromadzeń towarzystwa [Statut und Programm des Verbands der Bauernpartei sowie das Versammlungsreglement des Vereins], Gródek 1894

Statut Polskiego Towarzystwa Demokratycznego we Lwowie [Statut des Polnischen Demokratischen Vereins in Lemberg], Lwów 1910

Statut Stowarzyszenia „Stronnictwo Prawicy Narodowej" [Statut der Gesellschaft ‚Partei der Nationalen Rechten'], Kraków 1910

Statut towarzystwa „Agudas Achim" – „Przymierze Braci" we Lwowie [Statut des Vereins 'Agudas Achim' – ‚Przymierze Braci' in Lemberg], Lwów 1883

Statut Towarzystwa Demokratycznego Polskiego [Statut des Polnischen Demokratischen Vereins], Lwów 1894

Statut Towarzystwa Demokratycznego [Statut des Demokratischen Vereins], Kraków 1901

Statut Towarzystwa ‚Klub Konserwatywny' w Krakowie [Statut des Vereins 'Konservativer Klub'], Kraków 1901

Statuti političeskoho obščestva „Russkaja Rada" [Statuten des politischen Vereins 'Russkaja Rada'], L'viv 1870

Statuti političeskoho obščestva „Russkaja Rada" [Statuten des politischen Vereins 'Russkaja Rada'], L'viv 1890

Studnicki, Władysław, Wyodrębnienie Galicji [Die Aussonderung Galiziens], Lwów 1902

Szczepanowski, Stanisław, Nędza Galicji w cyfrach i program energicznego rozwoju gospodarstwa krajowego [Das Elend Galiziens in Ziffern und ein Programm zur energischen Entwicklung der Wirtschaft des Landes], Lwów 1888

Tarnowski, Stanisław, Z doświadczeń i rozmyślań [Erfahrungen und Betrachtungen], Kraków 1891

Trzecieski, Jan, O stronnictwach Sejmowych w latach 1889 do 1900 [Über die Landtagsparteien in den Jahren 1889 bis 1900], Kraków 1900

Verhandlungen des dritten österreichischen socialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 in den Drei Engel-Sälen, Wien 1892

Vtoryj zjezd mužej dovirja Russko-narodnej partii vo Lvovi [Die zweite Vertrauensmännerversammlung der Russisch-Nationalen Partei in Lemberg], Lvov 1904

Walecki, H., Der Weg zum Polenklub, in: Der Kampf 1916, S. 25–27

Walne zgromadzenie Stronnictwa Prawicy Narodowej odbyte w dniu 7 maja 1910 roku w sali Rady powiatowej w Krakowie [Generalversammlung der Partei der Nationalen Rechten am 7. 5. 1910 im Bezirkssaal in Krakau], Kraków 1910

Winiarski, Ignacy, Rusini w Radzie Państwa 1907–1908 (=Nasze sprawy na Rusi, 3) [Die Ruthenen im Reichsrat 1907–1908 (=Unsere Angelegenheiten in der Rus, 3)], Lwów 1909

Wybory Galicyjskie przed sądem parlamentu. Mowy posła Ignacego Daszyńskiego. Według stenogramu [Galizien vor dem Gericht des Parlaments. Die Reden des Abgeordneten I. D.], Kraków 1897

Wysłouch, Bolesław, Szkice programowe [Programmatische Skizzen], in: Przegląd Społeczny 1886, Nr, 4, S. 251–253

Wysocki, Alfred, Stronnictwa polskie w Galicji [Polnische Parteien in Galizien], in: Przewodnik Naukowy i Literacki 40 (1912), S. 193–208/289–302/385–396

Zawiązanie Klubu Konserwatywnego [Die Gründung des Konservativen Klubs], Kraków 1896

Zeitungen (Erscheinungsjahrgänge bis 1918)

Arbeiterzeitung, Wien (1889–1918)
Budučnist [Zukunft], Lemberg (1899)
Czas [Zeit], Krakau (1848–1918)
Die Welt, Wien (1899–1905)
Dilo [Tat], Lemberg (1880–1918)
Dziennik Polski [Polnisches Tagblatt], Lemberg (1869–1916)
Fremden-Blatt, Wien (1847–1919)
Gazeta Kołomyjska [Kolomeaer Zeitung], Kolomea (1891–1918)
Gazeta Lwowska [Lemberger Zeitung], Lemberg (1811/1848–1918)
Gazeta Narodowa [Nationalzeitung], Lemberg (1862–1915)
Gazeta Powszechna [Allgemeine Zeitung], Krakau (1908–1910)
Głos Narodu [Volksstimme], Krakau (1893–1918)
Goniec Pokucki [Pockucker Bote], Kolomea (1907–1908)
Grzmot/Łączność [Donner/Vereinigung], Lemberg/Krakau (1896–1901)
Halyčanyn [Der Galizier], Lemberg (1893–1913)
Hromads'kyj Holos/Novyj Hromads'kyj Holos [Gemeindestimme/ Neue Gemeindestimme], Lemberg (1895–1914)
Jedność [Einheit], Lemberg (1907–1912)
Kurjer Lwowski [Lemberger Kurier], Lemberg (1883–1918)
Kurjer Stanisławowski [Stanislauer Kurier], Stanislau (1886–1918)
Naprzód [Vorwärts], Krakau (1892–1918)
Narod [Volk], Lemberg/Kolomea/Lemberg (1890–1894)
Narodna Časopys [Volkszeitung], Lemberg (1891–1918)
Neue Freie Presse, Wien (1864–1918)
Nowa Reforma [Neue Reform], Krakau (1882–1918)
Ojczyzna [Vaterland], Lemberg/Krakau (1903–1914)
Postęp [Fortschritt], Krakau (1905–1910)
Pravda [Wahrheit], Lemberg (1867–1896)
Przegląd Polityczny, Społeczny i Literacki [Politische, gesellschaftliche und literarische Rundschau], Lemberg (1885–1914)
Przeglad Polski [Polnische Rundschau], Krakau (1866–1914)
Przyjaciel Ludu [Volksfreund], Lemberg/Krakau (1889–1914)
Rewera [Rewera], Stanislau (1911–1914)
Ruch Społeczny [Soziale Bewegung], Krakau (1898–1899)
Rus' [Rus], Lemberg (1909)
Ruslan [Ruthene], Lemberg (1897–1914)
Selbst-Emancipation, Wien (1885–1886, 1890–1893)
Slovo [Wort], Lemberg (1861–1887)
Słowo Polskie [Polnisches Wort], Lemberg (1895–1918)
Svoboda [Freiheit], Lemberg (1897–1918)
Tygodnik [Woche], Krakau (1905–1914)
Vpered [Vorwärts], Lemberg (1911–1913)
Wieniec/Pszczółka [Kranz/Bienchen], Lemberg–Cieszyn–Wien–Czaca–Biała (1875–1913)
Wschód [Der Osten] (1900–1913)
Związek Chłopski [Bauernverband], Neu-Sandez (1894–1908)

Sekundärliteratur

Allmayer-Beck, Johann Christoph, Der Konservativismus in Österreich, München 1959

Antoševs'kyj, Taras, Do istoriji chrystyjans'ko-suspil'noho ruchu v. Schidn. Halyčyni kincja XIX – poč XX st. [Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Ostgalizien], L'viv 1997

Arkuša, Olena, Halyc'kyj Sejm. Vyborči kampaniji 1889 i 1895 rr. [Der galizische Landtag. Die Wahlkampagnen von 1889 und 1895], L'viv 1996

Avineri, Shlomo, The Presence of Eastern and Central Europe in the Culture and Politics of Contemporary Israel, in: Eastern European Politics and Societies 10/2 (1996), S. 163–172

Barvins'kyj, Oleksandr, Spomyny z moho žyttja. Obrazky z hromadianskoho i pysmenskoho rozvytku rusyniv [Erinnerungen aus meinem Leben. Bilder aus der gesellschaftlichen und literarischen Entwicklung der Ruthenen], 2 Bde., L'viv 1912–1913

Bachmann, Klaus, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland 1907–1914 (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 25), Wien 2001

Bąk-Koczarska, Celina, Juliusz Leo – twórca wielkiego Krakowa, Wrocław 1896

Bartel, Wojciech M., Zur Geschichte des galizischen Landesschulrates 1867–1918 (= Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 114), Wien 1977

Berchtold, Klaus, Die politischen Parteien und ihre parlamentarischen Klubs bis 1918, in: Österreichs Parlamentarismus. Werden und System, hrg. von Herbert Schambeck, Berlin 1986, S. 137–167

Berchtold, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967

Bernatzik, Edmund, Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, Wien ²1911

Best, Heinrich, Die Männer von Besitz und Bildung. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990

Best, Heinrich (Hg.), Politik und Milieu. Ergebnisse der Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989

Beyme, Klaus von, Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch–sozialen Sprache in Deutschland, hrg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1974–1984, 4. Bd., S. 678–733

Beyme, Klaus von, Parteien in den westlichen Demokratien, München ²1984

Bihl, Wolfdieter, Die Juden, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3: Die Völker des Reiches, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 880–948

Bihl, Wolfdieter, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 8), Wien–Köln–Graz 1970

Biliński, Leon Ritter v., Wspomnienia i dokumenty 1846–1922 [Erinnerungen und Dokumente], 2 Bde., Warszawa 1924–25

Binder, Harald, Der nationale Konflikt um die Universität Lemberg, in: Místo národnich jazyku ve výuce, vědě a vzdělání v Habsburské monarchii 1867–1918/Position of National Languages in Education, Educational System and Science of the Habsburg Monarchy 1867–1918, hrg. von Harald Binder, Barbora Křivohlavá und Luboš Velek, Praha/Prag 2003, S. 183–215

Binder, Harald, Die polnische Presse, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (im Druck)

Binder, Harald, Die ruthenische Presse, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (im Druck)

Binder, Harald, Die Wahlreform von 1907 und der polnisch–ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: Österreichische Osthefte 38 (1996), S. 293–320

Binder, Harald, Die Wasserstraßenvorlage und die wirtschaftlich-politische Lage Österreichs im Jahre 1901, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3 (1992), H. 1, S. 43–62

Binder, Harald, Kirche und nationale Festkultur in Krakau 1861 bis 1910, in: Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrg. von Martin Schulze-Wessel (im Druck)

Binder, Harald, Making and defending a Polish Town: „Lwów“ (Lemberg), 1848–1914, in: Austrian History Yearbook 34 (2003), S. 57–81

Binder, Harald, Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen, in: Österreichische Osthefte 42 (2000), H. 3/4 (Sonderheft Ukraine), S. 211–240

Binder, Harald, Perspektyvy doslidžennja istoriji partij v austrijs'kij Halyčyni [Forschungsperspektiven einer Parteiengeschichte im österreichischen Galizien], in: Ukrajina moderna 8 (2003), S. 143–155

Binder, Harald, Polen, Ruthenen, Juden. Politik und Politiker in Galizien 1897–1918, 2 Bde., phil. Diss. Bern–Wien 1997

Binder, Harald, Politische Öffentlichkeit in Galizien: Lemberg und Krakau im Vergleich, in: Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939 (=Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 14), hrg. von Andreas R. Hofmann und Anna Veronika Wendland, Stuttgart 2002, S. 259–280

Bobrzyński, Michał, Z moich pamięţików [Aus meinen Erinnerungen], Wroclaw – Kraków 1957

Bobrzyński, Michał; Jaworski, Władysław L.; Milewski, Józef, Z dziejów odrodzenia politycznego Galicji 1859–1873 [Aus der Geschichte der politischen Wiedergeburt Galiziens], Warszawa 1905

Boyer, John W., Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897, Chicago 1981

Brauneder, Wilhelm, Das Regierungssystem bis 1918, in: Österreichs Parlamentarismus. Werden und System, hrg. von Herbert Schambeck, Berlin 1986, S. 169–184

Brauneder, Wilhelm, Lachmayer, Friedrich, Österreichische Verfassungsgeschichte, Wien [5]1989

Brauneder, Wilhelm, Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 69–237

Brix, Emil, Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 72), Wien 1982

Brock, Peter, Boleslaw Wyslouch, Pioneer of Polish Populism, in: Ders., Nationalism and populism in partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 181–211

Brock, Peter, The Early Years of the Polish Peasant Party 1895–1907, in: Journal of Central European Affairs 14/3 (1954), S. 219–235

Brzozowski, Stanisław, Studia rolnicze, leśne i weterynaryjne Polaków w Wiedniu od XVIII do XX wieku [Studien der Agrar-, Forst- und Veterinärwissenschaft von Polen in Wien vom 18. bis ins 20. Jh.], Wrocław 1967

Burger, Hannelore; Wohnout, Helmut, Eine polnische Schufterei? Die Badenischen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, in: Politische Affären und Skandale in Österreich, hrg. von Michael Gehler und Hubert Sickinger, Wien 1995, S. 79–98

Buszko, Józef, Die kulturelle und sozial-politische Rolle der Krakauer Universität zur Zeit der Autonomie Galiziens 1869–1918, in: Österreichische Osthefte 6 (1964), S. 260–272

Buszko, Józef, Ludowcy w parlamencie wiedeńskim [Die Volksparteiler im Wiener Parlament], in: Chłopi–naród–kultura, Bd. 2: Działalność polityczna ruchu ludowego [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätgkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 111–128

Buszko, Józef, Polacy w parlamencie wiedeńskim 1848–1918 [Die Polen im Wiener Parlament], Warszawa 1996

Buszko, Józef, Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905–1914 [Die Landtagswahlreform in Galizien 1905–1914], Warschau 1956

Buszko, Józef, Polnische Sozialisten im Wiener Parlament, in: Studia Austro-Polonica 4, Krakau 1989, S. 45–81

Chłędowski, Kazimierz, Pamiętniki [Erinnerungen], 2. Bd: Wiedeń 1881–1901 [Wien 1881–1901], Kraków 1957

Ciuciura, Theodore B., Ukrainian Deputies in the Old Austrian Parliament 1861–1918, in: Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der ukrainischen Wissenschaften, XIV, München 1977, S. 38–56

Ciuciura, Theodore B., The Polish–Ukrainian Conflicts and Co-operation in the Galician Diet and Austrian Parliament 1861–1914, in: Jahrbuch der Ukrainekunde, München 1983, S. 152–169

Čornovol, Ihor, Pol's'ko–ukrajins'ka ugoda 1890–1894 rr. [Der polnisch–ukrainische Ausgleich 1890–1894], L'viv 2000

Čornovol, Ihor, Ukrajins'ka frakcja halyc'koho krajovoho Sejmu 1861–1901 [Die ukrainische Fraktion des galizischen Landtags 1861–1901], L'viv 2002

Daszyk, Krzysztof Karol, Osobliwy Podolak. W kręgu myśli historiozoficznej i społeczno-politycznej Wojciecha Dzieduszyckiego [Ein besonderer Podolake. Im Kreise des historiosophischen und gesellschaftlich-politischen Denkens von W. D.], Kraków 1993

Daszyński, Ignacy, Pamiętniki [Erinnerungen], 2 Bde., Warszawa 1957

Dobrowolski, Henryk et al., Postępowe tradycje młodzieży akademickiej w Krakowie [Fortschrittliche Traditionen der akademischen Jugend in Krakau], Kraków 1962

Dunin-Wąsowicz, Krzysztof, Czasopismiennictwo ludowe w Galicji [Die Volkszeitung in Galizien], Wrocław 1952

Dunin-Wąsowicz, Krzysztof, Dzieje Stronnictwa Ludowego w Galicji [Geschichte der Volkspartei in Galizien], Warszawa 1956

Dunin-Wąsowicz, Krzysztof, Zjednoczenie Stronnictw Ludowych (1900–1901) [Die Vereinigung der Volksparteien, 1900–1901], in: Studia z dziejów ruchu ludowego 1969, S. 60–78

Duverger, Maurice, Die politischen Parteien, Tübingen 1959

Engelbrecht, Helmut, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, 4. Bd., Wien 1986

Everett, Leila P., The Rise of Jewish National Politics in Galicia, 1905–1907, in: Nationbuilding and the Politics of Nationalism, hrg. von Andrei S. Markovits, Frank Sysyn, Cambridge 1982, S. 149–177

Fieseler, Beate, Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie 1890–1917. Eine kollektive Biographie, Stuttgart 1995

Forst-Battaglia, Jakub, Die polnischen Konservativen Galiziens und die Slawen 1866–1879, phil. Diss. Wien 1975

Forst-Battaglia, Jakub, Polnisches Wien, Wien 1983

Fras, Zbigniew, Demokraci w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873 [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens in den Jahren 1848–1873], Wrocław 1997

Fras, Zbigniew, Die liberale Strömung unter den galizischen Demokraten 1848–1882, in: Liberale Traditionen in Polen (Histor. Kolloquium), hrg. von Hans-Georg Fleck und Ryszard Kołodziejczyk, Warszawa 1994, S. 143–158

Fras, Zbigniew, Florian Ziemiałkowski (1817–1900). Biografia polityczna [F. Z. Eine politische Biographie], Wrocław–Warszawa–Kraków 1991

Fras, Zbigniew, Zjazd polityczny stronnictw postępowych we Lwowie (8–9 VI 1870) [Die politische Zusammenkunft der fortschrittlichen Parteien in Lemberg (8.–9. 6. 1870)], in: Studia Historyczne 1981, H. 1, S. 17–40

Friedmann, Filip, Die galizischen Juden im Kampfe um ihre Gleichberechtigung, Frankfurt/Main 1929

Friedman(n), Filip, Dzieje Żydów w Galicji (1772–1914) [Geschichte der Juden in Galizien], Warszawa 1933

Gaisbauer, Adolf, Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien 1988

Garlicki, Andrzej, Powstanie Polskiego Stronnictwa Ludowego–Piast 1913–14 [Die Entstehung der Polnischen Volkspartei–Piast 1913–14], Warszawa 1966

Garlicki, Andrzej, Geneza Legionów. Zarys dziejów Komisji Tymczasowej Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych [Die Genese der Legionen. Abriss der Geschichte der Vorläufigen Kommission der Konförderierten Unabhängigkeitsparteien], Warszawa 1964

Giza, Antoni, Neoslavizm i Polacy 1906–1910 [Der Neoslawismus und die Polen], Szczecin 1984

Głąbiński, Stanisław, Wspomnienia polityczne. Część pierwsza: Pod zaborem austriackim [Politische Erinnerungen. Erster Teil: Unter dem österreichischen Teilungsgebiet], Pelpin 1939

Goldinger, Walter, Das polnische Element in der Wiener Hochbürokratie 1848–1918, in: Studia Austro-Polonica 1, Krakau 1978, S. 63–83

Greiffenhagen, Martin (Hg.), Das evangelische Pfarrhaus. Eine Kultur- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1984

Grodziski, Stanisław, Der Landtag des Königreiches Galizien und Lodomerien, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 2131–2169

Grodziski, Stanisław, Historia ustroju społeczno-politycznego Galicji 1772–1848 [Geschichte des gesellschaftlich-politischen Systems Galiziens 1772–1848], Kraków 1971

Grodziski, Stanisław, Polnische Juristen an den höchsten Gerichten der Habsburger Monarchie (1848–1918), in: Studia Austro-Polonica 4, Krakau 1989, S. 93–108

Grodziski, Stanisław, Sejm Krajowy Galicyski 1861–1914 [Der galizische Landtag 1861–1914], 2 Bde., Warszawa 1993

Grodziski, Stanisław, Zur politischen Karriere von Polen in Österreich, in: Polen – Österreich. Aus der Geschichte einer Nachbarschaft, hrg. von Walter Leitsch und Maria Wawrykowa, Wien–Warschau 1988, S. 181–201

Grodziski, Stanisław, Partyka, Andrzej, Die Polen in der österr. Rechtspflege 1772–1914, in: Studia Austro-Polonica 1, Krakau 1978, S. 85–105

Gruchała, Janusz, Rząd austriacki i polskie stronnictwa w Galicji wobec kwestii ukrainskiej 1890–1914 [Die österreichische Regierung und die polnischen Parteien in Galizien gegenüber der ukrainischen Frage], Katowice 1988

Gruchała, Janusz, Koło Polskie w austriackie Radzie Państwa wobec kwestii czeskiej i Śląska Cieszyńskiego 1879–1889 [Der Polenklub im österreichischen Reichsrat gegenüber der tschechischen Frage und Teschener Schlesiens 1879–1889], Wroclaw 1982

Grzybowski, Konstanty, Galicja 1848–1914. Historia ustroju politycznego na tle historii ustroju Austrii [Galizien 1848–1918. Geschichte der politischen Ordnung vor dem Hintergrund der Verfassungsgeschichte Österreichs], Kraków – Wrocław – Warszawa 1959

Gurnicz, Antoni, Kółka rolnicze w Galicji. Studium społeczno-ekonomiczne [Landwirtschaftskreise in Galizien. Eine gesellschaftlich-ökonomische Studie], Warszawa 1967

Gurnicz, Antoni, O „równą miarkę" dla chłopów. Poglądy i działalność pierwszej chłopskiego organizacji politycznej w Polsce – Związku Stronnictwa Chłopskiego 1893–1908 [Über das gleiche Maß. Ansichten und Tätigkeit der ersten politischen Bauernorganisation in Polen – der Verband der Bauernpartei 1893–1908], Warszawa 1963

Haider, Barbara, Die Protokolle des Verfassungsausschusses des Reichsrates vom Jahre 1867 (=Fontes rerum Austriacarum, II/88), Wien 1997

Handl, Alfred, Gesetz vom 26. Jänner 1907 betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit, Czernowitz 1907

Hasiba, Gernot D., Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917). Notwendigkeit und Missbrauch eines ‚staatserhaltenden Instruments' (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 22), Wien 1985

Haumann, Heiko, Geschichte der Ostjuden, München [3]1991

Heppner, Harald, Die galizischen Studenten in Graz, in: Österreichische Osthefte 29 (1987), S. 158–168

Herzog, Dietrich, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982

Himka, John-Paul, Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the 19th Century, Edmonton 1988

Himka, John-Paul, Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia 1867–1900, Montreal–Kingston 1999

Himka, John-Paul, Socialism in Galicia. The Emergence of Social Democracy and Ukrainian Radicalism 1860–90, Cambridge/Mass. 1983

Himka, John-Paul, The Construction of Nationality in Galician Rus': Icarian Flights in Almost All Directions, in: Intellectuals and the Articulation of the Nation, hrg. von Ronald G. Suny and Michael D. Kennedy, Ann Arbor 1999, S. 109–164

Himka, John-Paul, The Greek Catholic Church and Nation Building in Galicia 1772–1918, in: Harvard Ukrainian Studies 8 (1984), S. 426–452

Himka, John-Paul, Young Radicals and Independent Statehood: The Idea of a Ukrainian Nation-State 1890–1895, in: Slavic Review 41 (1982), S. 219–235

Höbelt, Lothar, Die Vertretung der Nationalitäten im Reichsrat, in: Österreichs Parlamentarismus. Werden und System, hrg. von Herbert Schambeck, Berlin 1986, S. 185–222

Höbelt, Lothar, Das Verhältnis von polnischen und deutschen Liberalen im Rahmen der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Liberale Traditionen in Polen (Historisches Kolloquium), hrg. von Hans-Georg Fleck und Ryszard Kołodziejczyk, Warszawa 1994, S. 159–178

Höbelt, Lothar, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, S. 895–1006

Holzer, Jerzy, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jh., in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 37 (1989), S. 217–227

Homola, Irena, „Kwiat społeczeństwa". Struktura społeczna i zarys położenia intelligencji krakowskiej w latach 1860–1914 [„Blüte der Gesellschaft". Die soziale Struktur und ein Abriss der Lage der Krakauer Intelligenz in den Jahren 1860–1914], Kraków 1984

Hornowa, Elżbieta, Ukraiński obóz postępowy i jego współpraca z polską lewicą społeczną w Galicji (1876–95) [Das ukrainische fortschrittliche Lager und dessen Zusammenarbeit mit der polnischen sozialen Linken in Galizien (1876–95)], Wrocław 1968

Hroch, Miroslav, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas, Prag 1968

Hryniuk, Stella, Peasants with promise: Ukrainians in Southeastern Galicia 1880–1890, Edmonton 1991

Hüchtker, Dietlind, Der ‚Mythos Galizien'. Versuch einer Historisierung, in: Nationalisierungen von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, hrg. von Michael G. Müller und Rolf Petri (=Tagungen des Herder-Instituts zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16), Marburg 2002, S. 81–107

Hye, Hans-Peter, Die Länder im Gefüge der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 2427–2464

Jaeger, Hans, Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429–452

Jakubowska, Urszula, Z dziejów Narodowej Demokracji w Parlamencie Wiedeńskim [Aus der Geschichte der Nationalen Demokratie im Wiener Parlament], in: Studia Historyczne 26 (1983), H. 2, S. 243–255

Janik, Michał, W służbie idei niedpodległości. Pamięci Hipolita Śliwińskiego [Im Dienste der Unabhängigkeitsidee. Die Erinnerungen von Hipolit Sliwiński], Kraków 1934

Janowski, Maciej, Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy ideowe polskiej demokracji liberalnej w Galicji w latach 1889–1914 [Die Intelligenz gegenüber den Herausforderungen der Moderne. Ideelle Dilemmata der polnischen Liberaldemokraten in Galizien in den Jahren 1889–1914], Warszawa 1996

Janowski, Maciej, Polska myśl liberalna do 1918 roku [Polnisches liberales Denken bis 1918], Kraków 1998 (engl.: Polish Liberal Thought before 1918, Budapest–New York 2004)

Jaskólski, Michał, Kaduceus Polski. Myśl polityczna konserwatystów krakowskich 1866–1934 [Polnischer Kaduceus. Politisches Denken der Krakauer Konservativen]. Warszawa 1990

Jenks, William Alexander, The Austrian Electoral Reform of 1907, New York 1950

Jobst, Kerstin, Der Mythos des Miteinander. Galizien in Literatur und Geschichte (= Die Ostreihe, NF 8), Hamburg 1998

Jobst, Kerstin S., Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996

Kącki, Franciszek, Ksiądz Stanisław Stojałowski i jego działalność społeczno-polityczna [Pater Stanisław Stojałowski und seine gesellschaftlich-politische Tätigkeit], Lwów 1937

Kappeler, Andreas, Aspekte der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, hrg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler, Baden-Baden 1993, S. 70–81

Kappeler, Andreas, Ein „kleines" Volk von 25 Millionen: Die Ukrainer um 1900, in: Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl, hrg. von Manfred Alexander et al., Stuttgart 1991, S. 33–42

King, Jeremy, Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948, Princeton 2002

Klabouch, Jiří, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848–1918 (= Österreich Archiv), Wien 1968

Kocka, Jürgen, Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2000), S. 159–174

Kohli, Martin, Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt – Neuwied 1978

Kolmer, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde., Wien–Leipzig 1902–1914

Konefał, Jan, Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim na przełomie XIX i XX stulecia [Katholisch-völkische politische Organisation im österreichischen Teilungsgebiet an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert], in: Chłopi–naród–kultura, Bd. 2: Działalność polityczna ruchu ludowego [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätgkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 35–46

Kowal, Józef, Towarzystwo Demokratyczne Polskie we Lwowie i jego rola w organizowaniu Stronnictwa Ludowego w Galicji [Der Polnische Demokratische Verein in Lemberg und seine Rolle bei der Organisierung der Volkspartei], in: Studia z dziejów ruchu ludowego [Studien zur Geschichte der Volksbewegung], Warszawa 1969, S. 47–58

Kowalczyk, Stanisław, Ruch ludowy wobec wyborów do Sejmu w Galicji w 1895. Materiały i dokumenty [Die Bauernbewegung gegenüber den Landtagswahlen in Galizien im Jahre 1895], in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 7 (1965), S. 280–318

Kowalski, Tadeusz, Początki ruchu ludowego w powiecie rzeszowskim 1895–1918, in: Rocznik Dzieje Ruchu Ludowego 12 (1970), S. 3–24

Kozik, Jan, The Ukrainian National Movement in Galicia 1815–1849, Edmonton 1986

Kozłowska-Sabatowska, Halina, Ideologia pozytywizmu galicyjskiego 1864–1881 [Die Ideologie des galizischen Positivismus 1864–1881], Wrocław – Kraków 1978

Kozłowska-Sabatowska, Halina, Między konspiracją a pracą organiczną. Młodość Tadeusza Romanowicza [Zwischen Konspiration und organischer Arbeit. Die Jugend von Tadeusz Romanowicz], Kraków 1986

Kramarz, Henryk, Stan ilościowy gimnazjów Galicyjskich w latach 1867–1914 [Der zahlenmäßige Bestand der galizischen Gymnasien in den Jahren 1867–1914], in: Studia Historyczne 29 (1986), S. 359–383

Kretschmer, Werner, Die Ausbildung des Wahlrechts in Cisleithanien. Die geschichtlichen, rechtlichen und politischen Fundamente des österreichischen Wahlrechts, rechtswiss. Diss., Graz 1990

Kriedte, Peter, Katholizismus, Nationsbildung und verzögerte Säkularisierung in Polen, in: Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrg. von Hartmut Lehmann, Göttingen 1997, S. 249–274

Król, Marcin, Konserwatyści a niepodłegość. Studia nad polską myślą konserwatywną XIX wieku [Die Konservativen und die Unabhängigkeit. Studien zum polnischen konservativen Denken im 19. Jahrhundert], Warszawa 1985

Kruczkowska, Maria, Deputowani Koła Polskiego w Wiedniu w latach 1865–1879 [Die Deputierten des Polenklubs in Wien in den Jahren 1865–1879], in: Społeczeństwo polskie XVIII i XIX w. Studia grupach elitarnych [Die polnische Gesellschaft des 18. und 19. Jh. Studien über Elitengruppen], hrg. von J. Leskiewczowa, Warszawa 1988, S. 219–233

Kudłaszyk, Andrzej, Katolicka myśl społeczno-polityczna w Galicji na przełomie XIX i XX wieku [Katholisches gesellschaftlich-politisches Denken in Galizien an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert], Wrocław 1980

Kudłaszyk, Andrzej, Myśl społeczno-polityczna Bolesława Wysłoucha 1855–1937 [Das gesellschaftlich-politische Denken von Bolesław Wysłouch 1855–1937], Warszawa 1978

Kulisch, Max, Beiträge zum österreichischen Parlamentsrecht (= Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen, hgg. v. G. Jellinek u. G. Meyer), Leipzig 1900

Kurkow, Andrei, Galizien ist anders, in: Neue Zürcher Zeitung 10. 5. 2003

Landau, Moses, Geschichte des Zionismus in Österreich-Ungarn, phil. Diss. Wien 1932

Landwehr, Achim, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001

Lane, Hugo, State Culture and National Identity in a Multi-ethnic Context: Lemberg 1772–1914, phil. Diss. Univ. of Michigan 1999

Łazuga, Waldemar, Rządy polskie w Austrii. Gabinet Kazimierza hr. Badeniego 1895–1897 [Polnische Regierungen in Österreich. Das Kabinett Kasimir Graf Badeni 1895–1897], Poznań 1991

Łazuga, Waldemar, Michał Bobrzyński. Myśl historyczna a działalnośc polityczna [Michał Bobrzyński. Historisches Denken und politische Tätigkeit], Warszawa 1982

Lechicki, Czesław, Chrześcijańska Demokracja w Krakowie [Christliche Demokratie in Krakau], in: Studia Historyczne 17 (1974), H. 4., S. 585–608

Levyc'kyj, Kost', Istorija polityčnoji dumky halyc'kych Ukrajinciv 1848–1914 [Geschichte des politischen Denkens der galizischen Ukrainer], L'viv 1926

Levyc'kyj, Kost', Istorija vyzvol'nych zmahan' halyc'kych Ukrajinciv z času svitovoji vijny 1914–1918 [Geschichte der Freiheitsbestrebungen der galizischen Ukrainer in der Zeit des Weltkriegs 1914–1918], L'viv 1928

Lieberman, Herman, Pamiętniki [Erinnerungen], hrg. von Andrzej Garlicki, Warszawa 1996.

Lipset, Seymour M., Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, New York 1967

Listy ks. St. Stojałowskiego do Jana Stapińskiego z lat 1894–1896 [Briefe von Pater St. Stojałowski an Jan Stapiński aus den Jahren 1894–1896], bearb. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 4 /1962

Listy Jana Stapińskiego z lat 1895–1926 [Briefe von Jan Stapiński aus den Jahren 1895–1926], hrg. von Janusz Albin und Józef R. Szaflik, Wrocław etc. 1977

Löw, Raimund, Der Zerfall der „Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreichs 1889–1914, Wien 1984

Ludwikowski, Rett R., Główne nurty polskiej myśli politycznej 1815–1890 [Hauptströmungen polnischen politischen Denkens], Warszawa 1982

Luft, Robert, Gemeinde oder Gesamtstaat? Zur politischen Karriere tschechischer Politiker vor 1914, in: Ústřední moc a regionalný samosprava [Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung] (=XXIII. Mikulovské Sympozium 1993), Brno 1995, S. 269–280

Luft, Robert, Übernationale Zusammenarbeit im Wiener Parlament. Zur Organisation der Slawischen Union (Slovanská jednota) im Jahre 1909, in: Der Reichstag von Kremsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa, Kremsier 1998, S. 299–311

Mack, Karlheinz (Hg.), Galizien um die Jahrhundertwende: Politische, soziale und kulturelle Verbindungen mit Österreich (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 16), Wien–München 1990

Magocsi, Paul R., Old Ruthenianism and Russophilism: A New Conceptual Framework for Analyzing National Ideologies in Late 19th Century Eastern Galicia, in: American Contribution to the Ninth International Congress of Slavists, Kiev, September 1983, hrg. von Paul Debreczeny, Columbus 1983, s. Bd., S. 305–324

Manekin, Rachel, Politics, Religion, and National Identity: The Galician Jewish Vote in the 1873 Parliamentary Elections, in: Polin Vol. 12 (1999): Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918. hrg. von Israel Bartal und Antony Polonsky, 1999, S. 100–119

Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, hrg. von Kurt H. Wolff, Berlin–Neuwied 1964, S. 509–565

Mark, Rudolf A., Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung–Kirche–Bevölkerung (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 13), Marburg 1994

Marschall von Bieberstein, Christoph Freiherr, Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch–ungarischen Ausgleich von 1867. Ein konservativer Aufbruch im mitteleuropäischen Vergleich, Wiesbaden 1993

Materiały źródłowe do historii polskiego ruchu ludowego [Quellenmaterialien zur Geschichte der polnischen Volksbewegung], Bd. 1: 1864–1918, hrg. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Warszawa 1966

Matis, Herbert, Stiefel, Dieter, Der österreichische Abgeordnete. Der österreichische Nationalrat 1919–1979 – Versuch einer historischen Kollektivbiographie (Studien zur Soziologie 21), Wien 1982

Maurer, Trude, Plädoyer für eine vergleichende Erforschung der jüdischen Geschichte Deutschlands und Osteuropas, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 308–326

McCagg Jr., William, O., A History of Habsburg Jews 1670–1918, Bloomington 1989

Megner, Karl, Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k.-k. Beamtentums, Wien ²1986

Melk, Vasilij, Wahlen im alten Österreich am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung, Wien–Köln–Weimar 1997

Melik, Vasilij, Zusammensetzung und Wahlrecht der cisleithanischen Landtage, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, S. 1311–1352

Mendelsohn, Ezra, Jewish Assimilation in L'viv: The Case of Wilhelm Feldman, in: Nationbuilding and the Politics of Nationalism, hrg. von Andrei S. Markovits und Frank Sysyn, Cambridge / Mass. 1982, S. 94–110

Miller, Alexej, Galicia after the Ausgleich. Polish–Ruthenian Conflict and the Attempts of Reconcilation, in: Central European University History Department Yearbook, Budapest 1993, S. 135–143.

Mommsen, Hans, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Bd. 1, Wien 1963

Morscher, Siegbert, Die parlamentarische Interpellation, Innsbruck 1973

Myśliński, Jerzy, Prasa polska w Galicji w dobie autonomicznej 1867–1918 [Die polnische Presse in Galizien zur Zeit der Autonomie], Warszawa 1976

Najdus, Walentyna, Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska 1890–1919 [Die Polnische Sozialdemokratische Partei von Galizien und Schlesien], Warschau 1983

Najdus, Walentyna, The Relation of the Polish Social Democrats in Galicia to the Habsburg Empire and the Austrian Social Democratic Workers Party, in: Studies in East European Social History, hrg. von Keith Hitchins, Leiden 1977, Bd. 1, S. 66–93, hier 80f.

Neisser, Karl u. Otto, Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates. Ihre Geschichte und ihre praktische Handhabung 1861 bis 1909, 2 Bde., Wien 1909

Nödl, Andreas, Parlamentarische Kontrolle. Das Interpellations,– Resolutions- und Untersuchungsrecht. Eine rechtsdogmatische Darstellung mit historischem Abriss und empirischer Analyse, Wien 1995

Olechowski, Thomas, Das Pressrecht der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (im Druck)

Ożóg, Maria Ewa, Powstanie stronnictwa ludowego [Die Entstehung der Volkspartei], in: Chłopi–naród–kultura, Bd. 2: Działalność polityczna ruchu ludowego [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2:

Die politische Tätgkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 23–32

Pacholkiv, Svjatoslav, Emanzipation durch Bildung. Entwicklung und gesellschaftliche Rolle der ukrainischen Intelligenz im habsburgischen Galizien 1890–1914, Wien 2002

Pajakowski, Philip, The Polish Club and Austrian Parliamentary Politics 1873–1900, Ann Arbor 1989

Partacz, Czesław, Od Badeniego do Potockiego. Stosunki polsko–ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908 [Von Badeni bis Potocki. Polnisch–ukrainische Beziehungen in Galizien in den Jahren 1888–1908], Toruń 1996

Pawłowski, Ignacy, Stronnictwa i programy polityczne w Galicji 1864–1918 [Parteien und politische Programme in Galizien 1864–1914], Warszawa 1966

Pech, Stanley Z., Parliamentary Deputies in Pre-1914 East Central Europe. A Comparative Age Profile, in: East Central European Quarterly 19 (1985), S. 31–44

Pepłowski, Franciszek, Słownictwo i frazeologia polskiej publicystyki okresu Oświęcenia i Romantyzmu [Wortschatz und Phraseologie der polnischen Publizistik in der Zeit der Aufklärung und Romantik], Warszawa 1961

Piasecki, Henryk, Sekcja Żydowska PPSD i Żydowska Partia Socjalno-Demokratyczna 1892–1919/20 [Die jüdische Sektion der PPSD und die Jüdische Sozialdemokratische Partei], Wrocław 1982

Polacy w austriackim parlamencie. W 130. rocznicę Koła Polskiego/Die Polen im österreichischen Parlament. Zum 130. Jahrestag des Polenklubs, Lublin – Wien 1997

Polskie Programy Socjalistyczne 1878–1918. Zebrał i opatrzył komentarzem historycznym Feliks Tych [Polnische sozialistische Programme 1878–1918, zusammengestellt und historisch kommentiert von F. T.], Warszawa 1975

Porter, Brian, When Nationalism Began to Hate: Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, New York 2000

Preradovich, Nikolaus von, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen 1804–1918, Wiesbaden 1956

Protokoły Koła Polskiego w wiedeńskiej Radzie Państwa (lata 1867–1868) [Die Protokolle des Polenklubs im Wiener Reichsrat (Jahre 1867–1868)], hrg. u. eingeleitet von Zbigniew Fras und Stanisław Pijaj, Kraków 2001

Putnam, Robert D., The Comparative Study of Political Elites, Engelwood Cliffs 1976

Radzyner, Joanna, Stanisław Madeyski 1841–1910. Ein austro-polnischer Staatsmann im Spannungsfeld der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (= Studien zur Geschichte der österreichisch–ungarischen Monarchie, 20), Wien 1983

Rasevyč, Vasyl', Ukrajins'ka Nacjonal'no-Demokratyčna Partija 1899–1918 [Die Ukrainische Nationaldemokratische Partei 1899–1918], Geisteswiss. Kandidaten-Dissertation, Universität L'viv 1996

Rauchberg, Heinrich, Die statistischen Unterlagen der österreichischen Wahlreform, in: Statistische Monatsschrift 1907 (Separatdruck), Brünn 1907

Reifowitz, Ian, Imagining an Austrian Nation, Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity 1846–1918, New York 2003

Röhrich, Wilfried, Eliten und das Ethos der Demokratie, München 1991

Rozenblit, Marsha L., The Jews of Germany and Austria. A Comparative Perspective, in: Austrians and Jews in the Twentieth Century. From Franz Joseph to Waldheim, hrg. von Robert S. Wistrich, New York 1992, S. 160–180

Rozenblit, Marsha L., Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität (=Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 12) Wien–Köln–Graz 1989

Rudnytsky, Ivan L., Drahomanov as a Political Theorist, in: Essays in Modern Ukrainian History, hrg. von Peter L. Rudnytsky, Edmonton 1987, S. 203–253

Rudziński, Władysław, Władysław Dulęba. Minister dla Galicji [Władysław Dulęba. Minister für Galizien], Poznań 1998

Rumpler, Helmut, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 667–894

Ruzicka, August-Karl, Geschichte des Klubs der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten von 1897–1918, phil. Diss, Wien 1953

Rychlikowa, Irena, Studia nad ziemiaństwem Galicji [Studien über den Gutsbesitz Galiziens], in: Przegląd historyczny 77 (1986), S. 535–559

Schieder, Theodor, Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: Historische Zeitschrift 195 (1962), S. 265–296

Schröder, Wilhelm H., Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographik und kollektiver Biographie, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 31 (1984), S. 38–62

Schröder, Wilhelm H., Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Lebenslauf und Gesellschaft, hrg. von Dems., Stuttgart 1985, S. 7–17

Schultze, Rainer-Olaf, „Partei“, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, München–Zürich [3]1989

Sereda, Ostap, Shaping of a National Identity. Early Ukrainophiles in Austrian Eastern Galicia, 1860–1873, phil. Diss. Budapest (Central European University) 2003

Seredjak, Alla, Dijal'nist' tovarystva „Prosvita“ v 1868–1914rr. [Die Tätigkeit des Vereins „Prosvita“ von 1868–1914], in: Narys Istoriji „Prosvity“ [Abriss der Geschichte der „Prosvita“], hrg. von Roman Ivanyčuk u. a., L'viv – Kraków – Paris 1993, S. 18–41

Seton-Watson, Robert W., Ungarische Wahlen. Beitrag zur Geschichte der politischen Korruption, Leipzig 1912

Shanes, Joshua, Neither Germans nor Poles. Jewish Nationalism in Galicia before Herzl, 1883–1897, in: Austrian History Yearbook 34 (2003), S. 191–213

Sirka, Ann, The Nationality Question in Austrian Education. The Case of Ukrainians in Galicia 1867–1914 (= European Studies CXXIV), Frankfurt 1979

Śliwa, Michał, Kwestia rolna w myśli programowej Polskiej Partii Socjalno-Demokratycznej Galicji i Śląska [Die Agrarfrage im programmatischen Denken der PPSD], in: Studia Historyczne 28/2 (1985), S. 245–265

Snopko, Jan, Oblicze ideowo-polityczne „Sokola“ galicyjskiego w latach 1867–1914 [Das ideell-politische Antlitz des galizischen Sokol in den Jahren 1867–1914], in: Kwartalnik historyczny 99 (1992), H. 4., S. 35–55

Spis członków Związku Stronnictwa Chłopskiego. Oprac. Jan Sałkowski [Die Mitgliederliste des Verbands der Bauernpartei. Bearbeitet von Jan Sałkowski], in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 26 (1986)

Srokowski, Konstanty, NKN: Zarys historii Naczelnego Komitetu Narodowego [NKN. Abriss der Geschichte des Obersten Nationalkomitees], Krakau 1923

Stammer, Otto, Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Demokratische Elitenherrschaft, hrg. von Wilfried Röhrich, Darmstadt 1975, S. 513–540

Stapiński, Jan, Pamiętnik [Tagebuch], hrg. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Warszawa 1958

Staudacher, Anna, Der Bauernagitator Stanisław Stojałowski: Priester, Journalist und Abgeordneter zum Österreichischen Reichsrat. Ein biographischer Versuch, in: Römische Historische Mitteilungen 25 (1983), S. 165–202

Stauter-Halsted, Keely, Patriotic Celebrations in Austrian Poland. The Kościuszko Centennial and the Formation of Peasant Nationalism, in: Austrian History Yearbook 25 (1994), S. 79–95

Stauter-Halsted, Keely, The Nation in the Village. The genesis of peasant national identity in Austrian Poland 1848–1914, Ithaca (NY) u. a. 2001

Stimmer, Gernot, Eliten in Österreich 1848–1970, 2 Bde., Wien–Köln–Graz 1997

Stourzh, Gerald, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3: Die Völker des Reiches, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 975–1206

Stourzh, Gerald, Galten die Juden als Nationalität Altösterreichs? Ein Beitrag zur Geschichte des cisleithanischen Nationalitätenrechts, in: Ders., Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates (=Studien zu Politik und Verwaltung, 29), Wien–Köln 1989, S. 259–307

Stourzh, Gerald, Verfassungsbruch im Königreich Böhmen: ein unbekanntes Kapitel zur Geschichte des richterlichen Prüfungsrechts im alten Österreich, in: Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels. Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag, hrg. von Bernd-Christian Funk u. a., Wien–New York 1992, S. 675–690

Struve, Kai, Bauern und Nation in Ostmitteleuropa: Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, hrg. von Ulrike von Hirschhausen und Jörn Leonhard, Göttingen 2001, S. 347–371

Sutter, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer, 2 Bde. (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 46 u. 47), Graz–Köln 1960/1965.

Sylvester, Julius, Vom toten Parlament und seinen letzten Trägern, Wien 1928

Taborski, Roman, Polacy w Wiedniu [Polen in Wien], Wrocław–Warszawa–Kraków 1992

Tezner, Friedrich, Die Volksvertretung, Wien 1912

Toury, Jakob, Die jüdische Presse im österreichischen Kaiserreich. Ein Beitrag zur Problematik der Akkulturation 1802–1918, Tübingen 1983

Turowski, Konstanty, Historia ruchu chrześcijańsko-demokratycznego w Polsce [Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Polen], 1. Bd., Warszawa 1989

Unowsky, Daniel L., The Pomp and Politics of Patriotism. Imperial Celebrations in Habsburg Austria, 1848–1916, phil. Diss. Univ. of Columbia 1999

Urban, Otto, Die tschechische Gesellschaft 1848–1918, 2 Bde., Wien–Köln–Weimar 1994

Urbanitsch, Peter, Zum Verhältnis von Staatsmacht, (politischen) Vereinen und Parteien, in: Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, hrg. von Ulfried Burz u. a., Klagenfurt 2000, S. 279–304

Wagner, Walter, Die k. (u.) k. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd 5: Die bewaffnete Macht, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1987, S. 142–633

Wapiński, Roman, Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej [Nationale Demokratie 1893–1939. Studien über die Geschichte des nationalistischen Denkens], Wrocław etc. 1980

Wątor, Adam, Działalność Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w zaborze austriackim do roku 1914 [Die Tätigkeit der Nationaldemokratischen Partei im österreichischen Teilungsgebiet bis 1914], Szczecin 1993

Wątor, Adam, Narodowi Demokraci wobec galicyjskiej Rady Narodowei [Die Nationaldemokraten gegenüber dem galizischen Nationalrat], in: Przegląd Zachodniopomorski 25 (1991), S. 39–56

Wątor, Adam, Powstanie grupy „Rzeczpospolitej“ [Die Entstehung der Gruppe ‚Rzeczpospolita'], in: Szczecińskie Studia Historyczne (1992), S. 91–120

Wątor, Adam, Unia Demokratyczna. Z życia politycznego Galicji (1907–1909) [Die Demokratische Union. Aus dem politischen Leben Galiziens 1907–1909], in: Szczeciskie Studia Historyczne 5 (1990), S. 93–106

Wątor, Adam, Ziemianin-polityk Tadeusz Cieński 1856–1925. Z dziejów konserwatyzmu wschodniogalicyjskiego [Der Gutsbesitzer und Politiker T. C. 1856–1925. Aus der Geschichte des ostgalizischen Konservatismus], Szczecin 1997

Weber, Max, Politik als Beruf, in: Ders., Gesammelte Schriften, hrg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 158, S. 493–548

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen [5]1972

Weiser, Thomas, Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 72), München 1999

Weiss, Matthias, Die Ausbreitung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der westlichen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, phil. Diss. Heidelberg 1965

Wendland, Veronika, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915 (= Studien zur Geschichte der österreichisch–ungarischen Monarchie, 27), Wien 2001

Wendland, Veronika, Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte: Neue Aspekte der ukrainischen Nationsbildung in Galizien, 1848–1914, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 49 (2001), H. 2, S. 178–199

Wendland, Veronika, Galizien: Westen des Ostens, Osten des Westens, in: Österreichische Osthefte 42 (2000), H. 3/4 (Sonderband Ukraine), Wien 2000, S. 389–421

Wereszycki, Henryk, Austria a powstanie styczniowe [Österreich und der Januaraufstand], Lwów 1930

Widder, Helmut, Parlamentarische Strukturen im politischen System, Berlin 1979

Wistrich, Robert S., Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary, London–Toronto 1982

Wistrich, Robert S., The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph, Oxford 1989

Wróbel, Piotr, The Jews of Galicia under Austrian-Polish Rule 1869–1918, in: Austrian History Yearbook 25 (1994), S. 97–138

Zajączkowski, Andrzej, Szlachta polska. Kultura i struktura [Die polnische Szlachta. Kultur und Struktur], Warszawa 1993

Zamorski, Krzysztof, Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji: Ludność Galicji w latach 1857–1910 [Statistischer Informator zur sozial-ökonomischen Geschichte Galiziens: Die Bevölkerung Galiziens in den Jahren 1857–1910], Kraków 1989

Żbikowski, Andrzej, Żydzi krakowscy i ich gmina w latach 1869–1919 [Die Krakauer Juden und ihre Gemeinde in den Jahren 1869–1919], Warszawa 1994

Zdrada, Jerzy, Organizacja i stanowisko prawne Koła Polskiego Wiedeńskiej Rady Państwa w 1861–1862 r. [Organisation und rechtliche Stellung des Polenklubs des Wiener Reichsrats in den Jahren 1861–1862] (=Zeszyty naukowe UJ 71, Prace Historyczne 12), Kraków 1963, S. 45–78

Zdrada, Jerzy, Galicyskie wybory Sejmowe i parlamentarne w latach 1861–1889 [Galizische Landtags- und Parlamentswahlen in den Jahren 1861–1889], in: Rocznik Biblioteki Polskiej Akademii Nauk (PAN) w Krakowie 19 (1973), S. 229–256

Zdrada, Jerzy, Udział Koła Polskiego w pracach ustawodawczych pierwszej austriackiej Rady Państwa (1861–1862) [Die Teilnahme des Polenklubs an der Gesetzgebungstätigkeit des ersten österreichischen Reichsrats (1861–1862)], in: Małopolskie Studia Historyczne 5 (1962), S. 49–78

Lexika, Handbücher, Verzeichnisse, Protokolle[1])

Almanach i Leksykon Żydowstwa Polskiego [Almanach und Lexikon des polnischen Judentums], 2 Bde, Lwów 1938

Almanach Říšské Rady 1901–1906 [Almanach des Reichsrats 1901–1906], hrg. von Michal Navrátil, Tabor 1901

Almanach Żydowski [Jüdischer Almanach], hrg. v. Herman Stachlo, Lwów – Warszawa – Poznań 1937

Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder, München 1979 ff.

Buzek, Józef, Własność tabularna w Galicji według stanu z końca 1902 r. [Der Tabularbesitz in Galizien nach dem Stand am Ende des Jahres 1902] (=Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych, 20/3), Lwów 1905

Clubs des Abgeordnetenhauses, Wien (div. Jg.)

Czy wiesz kto to jest [Weißt du wer das ist], hrg. von Stanislaw Łoza, Warszawa 1938

Der Reichsrath (2. Lieferung), Wien 1891

Der Reichsrath. Biographische Skizzen der Mitgl. des Herren- und Abgeordnetenhauses des österr. Reichsrathes nebst den Programmen der verschiedenen Parteien usw. H. 1 u. 2, Wien 1861

Dunin-Borkowski, Jerzy, Almanach Blękitny. Genealogia zyjących rodów polskich [Adelsalmanach. Genealogie der lebenden polnischen Geschlechter], Lemberg 1909

Das Parlament (=Die politischen Persönlichkeiten Österreich-Ungarns in Wort und Bild), hrg. von Adolf Eckstein, Wien 1879 -1882

Elencus Venerabilis Cleri (diverse Jahrgänge)

Encyclopaedia Judaica. Das Judentum in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1–10, Berlin 1928–1934

Encyclopedia of Ukraine, 5 Bde, Toronto 1984–1993

Encyklopedia katolicka [Katholische Enzyklopädie], Lublin 1989 ff.

Encyklopedja nauk politycznych [Enzyklopädie der politischen Wissenschaften], Warszawa 1936

Frank-Döfering, Peter, Adelslexikon des österreichischen Kaisertums, Wien 1989

Freund, Fritz, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. 1907–1913. XI. Legislaturperiode (XVIII. Session), Wien – Leipzig o. J.

Freund, Fritz, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. 1911–1917. XII. Legislaturperiode, Wien o. J.

Genealogisches Taschenbuch der Adeligen Häuser Österreichs, Bd. 1–5, Wien 1905–1913

Gothaisches Genealogisches Taschenbuch (diverse Jahrgänge)

Große Jüdische National-Biographie mit mehr als 8000 Lebensbeschreibungen namhafter jüdischer Männer und Frauen aller Zeiten und Länder, Bd. 1–7, Czernowitz 1925 -1936

Hahn, Sigmund (Hg.), Reichsraths-Almanach für die Session …, 1.–5. Ausgabe, 1867 (Prag), 1873, 1879, 1885, 1891 (Wien)

Heller, Hermann (Hg.), Mährens Männer der Gegenwart, 2. Aufl., 2 Bde, Brünn 1912

Hof- und Staatshandbuch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, Wien 1874

---

[1]) Vornehmlich zur Erstellung der individualbiographischen Daten für Abschnitt IV. Hier wurden nur die wichtigeren Nachschlagewerke berücksichtigt. Eine vollständige Liste findet sich in: Binder, Polen, Ruthenen, Juden, Bd. 2., S. 254–257.

Kalendarz Krakowski J. Czecha [J. Czechs Krakauer Kalender], Kraków 1904 ff. (1849–1904: Kalendarz Krakowski [Krakauer Kalender])

Kalendarz Przyjaciel Ludu na roku 1911, Kraków 1911

Knauer, Oswald, Das österreichische Parlament zwischen 1848 und 1966, Wien 1966

Kolmer (Kohn), Gustav (Hg.), Parlamentarisches Jahrbuch, Jg. 1–5, Wien 1888–1897

Księga pamiątkowa Gimnazium … [Erinnerungsbuch des Gymnasiums …] (diverse Gymnasien)

Kto był Kim w Drugiej Rzeczypospolitej [Wer war wer in der Zweiten Republik], Warszawa 1994

Levyc'kyj, Kost', Ukrajins'ki polityky. Sylvety našych davnich posliv i polityčnych dijačiv [Ukrainische Politiker. Silhouetten unserer gewesenen Abgeordneten und politischen Aktivisten], 2 Bde, L'viv 1936–37

Mayrhofer, Ernst, Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, hrg. von Graf Anton Pace, 7 Bände, 2 Ergänzungsbände, Register, Wien [5]1895–1913

Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hrg. von Ernst Mischler und Josef Ulbrich, 4 Bde., Wien [2]1905–1909

Namensverzeichnis der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Wien (diverse Jahrgänge)

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, hrg. von der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien – Graz – Köln 1954 ff.

Österreichische Statistik, Wien 1880 ff.

Österreichisches statistisches Handbuch, 1882 ff.

Parlament Rzeczypospolitej Polskiej 1919–27 [Das Parlament der Polnischen Republik], Warszawa 1928

Polski Słownik Biograficzny (Polnisches Biographisches Lexikon), Wrocław etc. 1935 ff.

Rzepecki, Tadeusz u. Witold, Sejm i Senat 1922–27/1928–33 [Sejm und Senat 1922–27/1928–33], Poznań 1923/1928

Rzepecki, Tadeusz, Sejm Rzeczypospolitej Polskiej 1919 roku [Der Sejm der polnischen Republik des Jahres 1919], Poznań 1920

Schematismus universi venerabilis Cleri (Przemyśl; Lemberg) (diverse Jahrgänge)

Skorowidz Wszystkich Miejscowości położonych w królestwie Galicyi i Lodomerii jakoteż w Wielkiem Księstwie Krakowskiem i Księstwie Bukowińskiem/Alphabetisch geordnetes Ortschafts-Verzeichnis der Königreiche Galizien und Lodomerien sowie des Großherzogthums Krakau und des Herzogthums Bukowina, Lemberg 1855

Słownik Biograficzny Działaczy Ruchu Ludowego [Biographisches Wörterbuch der Aktivisten der Volksbewegung], Warszawa 1989

Słownik Biograficzny Adwokatów Polskich [Biographisches Wörterbuch der polnischen Advokaten], hrg. von Z. Czeszejko-Sochacki, Warszawa 1980–1985

Słownik Biograficzny Działaczy Polskiego Ruchu Robotniczego [Biographisches Wörterbuch der Aktivisten der polnischen Arbeiterbewegung], hrg. von Feliks Tych, 2 Bde., Warszawa 1985–1987

Słownik Biograficzny Katolicyzmu Społecznego w Polsce [Biographisches Wörterbuch des sozialen Katholizismus in Polen], hrg. von Ryszard Bender, 3 Bde., Warszawa 1991–1995

Słownik Polskich Teologów Katolickich [Wörterbuch polnischer katholischer Theologen], hrg. von Hieronim E. Wyczawski, 4 Bde., Warszawa 1981–1983

Słownik Pracowników Książki Polskiej [Wörterbuch polnischer Buchgelehrter], hrg. von Irena Treichel, Warszawa – Łódz 1972–1986

Sochoc'kyj, Izydor, Budivnyči novitnoji ukrainskoji deržavnosty v Halyčyni [Erbauer einer modernen ukrainischen Staatlichkeit in Galizien], in: Istoryčni postati Halyčyny XIX-XX st. [Historische Gestalten Galiziens im 19.–20. Jh.] (Biblioteka ukrajinoznavctva, 8), New York u. a. 1961, S. 77–125

Sprawozdania Dyrekcyi Gimnazium … [Bericht der Direktion des Gymnasiums …] (diverse Gymnasien und Jahrgänge)

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes, Wien 1861–1918

Stenographische Protokolle der Delegation des Reichsrathes, Wien 1869–1918

Szematyzm Królestwa Galicyi i Lodomeryi [Schematismus des Königreiches Galizien und Lodomerien], Lwów 1870 ff.

Tittel, Ignaz, Schematismus und Statistik des Großgrundbesitzes im Königreiche Galizien mit Lodomerien und dem Herzogtume Krakau, dann im Herzogtume Bukowina, Prag 1913

Volynec, Stepan, Peredvisnyky i tvorci lystopadovoho zryvu: zachidn'o-ukrajins'ki hromads'ki i polityčni dijači [Vorboten und Schöpfer des Novemberaufstands: westukrainische öffentliche und politische Aktivisten], Winnipeg 1965

Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych [Statistische Nachrichten über die Landesverhältnisse], Lwów 1873 ff.

Wilhelm, Arthur, Die Reichsratsabgeordneten des allgemeinen Wahlrechtes. Ausführliche Biographien, Wien 1907

Wurzbach, Constant, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche 1750 bis 1850 im Kaiserstaate und in seinen Kronländern gelebt haben, 60 Bde, Wien 1856–1891

Życiorysy posłów Galicyskich zasiadających w r. 1885 w Radzie Państwa. Odbitka z dwutygodnika „Unia" [Lebensläufe der galizischen Abgeordneten des Jahres 1885 im Reichsrat. Abdruck aus der Halbmonatsschrift ‚Unia'], Tarnów 1885

4. Tabellenverzeichnis

Tab. I.1: Politische Zeitungen in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910 32
Tab. I.2: Politische Vereine in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910 33
Tab. II.1: Vertretung Galiziens im Abgeordnetenhaus 186
Tab. II.2: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen und deren Gewichtung in Galizien 187
Tab. II.3: Zivilbevölkerung und Wahlberechtigte in Galizien 189
Tab. II.4: Kandidaturen 1897 nach Wahlorganisationen bzw. Parteien 221
Tab. II.5: Wahlergebnis 1897 nach Parteien bzw. Wahlorganisationen 223
Tab. II.6: Anzahl der Kandidaturen pro Wahlorganisation und Wahlkurie 1900 240
Tab. II.7: Wahlergebnis 1900 nach Parteien bzw. Wahlorganisationen 241
Tab. II.8: Kandidaturen und beworbene Wahlkreise pro Wahlorganisation bzw. Partei 1907 264
Tab. II.9: Wahlausgang 1907 nach Stadt- und Landwahlkreisen 266
Tab. II.10: Abgegebene gültige Stimmen im ersten Wahlgang pro Partei(richtung) nach Landesteil und Wahlkreistypus 1907 272

Tab. II.11: Kandidaturen und beworbene Wahlkreise pro Wahlorganisation bzw. Partei 1911 .. 288
Tab. II.12: Wahlausgang 1911 nach Stadt- und Landwahlkreisen 290
Tab. II.13: Abgegebene gültige Stimmen im ersten Wahlgang pro Partei(richtung) nach Landesteil und Wahlkreistypus 1911 293
Tab. III.1: Anzahl der Fraktionen des Abgeordnetenhauses nach Nationalitäten, 5.–12. Legislaturperiode 319
Tab. III.2: Fraktionszugehörigkeit der galizischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus 1861–1891/97 321
Tab. III.3: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1897–1900 353
Tab: III.4: Interpellationen als Instrumente der polnisch-galizischen Opposition (12.–15. Session) 365
Tab. III.5: Interpellationen als Instrumente der ruthenisch-galizischen Opposition (12.–15 Session) 377
Tab. III.6: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1901–1907 380
Tab. III.7: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1907–1911 413
Tab. III.8: Politische Richtungen/Parteien und deren Fraktionen im Abgeordnetenhaus, 1911–1914 456
Tab. IV.1: Anzahl der Abgeordneten nach Nationalität und Kronländern 523
Tab. IV.2: Anzahl der Abgeordneten nach Nationalität, Wahlperiode und Haupt-/Ergänzungswahl 524
Tab. IV.3: Nationalitäten nach Anteil der Neugewählten pro Wahlperiode (Haupt- und Nachwahl) 525
Tab. IV.4: Nationalitäten nach Wiedergewählten der 11. Wahlperiode und Wahlkurien-Herkunft 526
Tab. IV.5: Nationalitäten nach Durchschnittsalter pro Wahlperiode, 1897–1918 528
Tab. IV.6: Nationalitäten und Konfession, 1897–1918 530
Tab. IV.7: Nationalitäten nach sektorieller Berufsstruktur, 1897–1918 532
Tab. IV.8: Bildungsniveau der Abgeordneten und Analphabetismus der Bevölkerung, 1897–1918 534
Tab. IV.9: Generationen nach Abgeordnetenmandat (Polen) 536
Tab. IV.10: Öffentliche Tätigkeit der Väter (Polen) 538
Tab. IV.11: Politische Richtung nach Generationen (Polen) 538
Tab. IV.12: Beruf und Abgeordnetenmandat (Polen) 540
Tab. IV.13: Beruf und politische Richtung (Polen) 544
Tab. IV.14: Beruf des Vaters nach politischer Richtung (Polen) 549
Tab. IV.15: Sektor Hauptberuf nach Sektor Beruf des Vaters (Polen) 552
Tab. IV.16: Adel, Orden und Titel nach politischer Richtung (Polen) 554
Tab. IV.17: Höchste erreichte Bildungsstufe nach politischer Richtung (Polen) 558
Tab. IV.18: Studienfach und akademischer Abschluss nach politischer Richtung (Polen) 560
Tab. IV.19: Besuchte Universität nach politischer Richtung (Polen) 562
Tab. IV.20: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach politischer Richtung (Polen) 564
Tab. IV.21: Mandate in den autonomen Vertretungsorganen nach politischer Richtung (Polen) 570
Tab. IV.22: Ortsverhältnis zwischen Wohnort und Kommunalpolitik (Polen) 571
Tab. IV.23: Zeitliche Abfolge zwischen Mandaten nach politischer Richtung (Polen) 573
Tab. IV.24: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach politischer Richtung (Polen) 577

Tab. IV.25: Ortsverhältnis Geburtsort/Wohnort zu Wahlkreis nach politischer Richtung (Polen) 578
Tab. IV.26: Ortsverhältnis Schule/Ausbildung/Beruf zu Geburtsort nach politischer Richtung (Polen) 581
Tab. IV.27: Geburtsjahrgänge nach politischer Richtung (Ruthenen) 585
Tab. IV.28: Beruf nach politischer Richtung (Ruthenen) 586
Tab. IV.29: Reichsratskandidaten: Hauptberuf nach politischer Richtung (Ruthenen) 591
Tab. IV.30: Beruf des Vaters nach politischer Richtung (Ruthenen) 593
Tab. IV.31: Höchste erreichte Bildungsstufe nach politischer Richtung (Ruthenen) 595
Tab. IV.32: Studienfach und akademischer Abschluss nach politischer Richtung (Ruthenen) ... 596
Tab. IV.33: Besuchte Universität nach politischer Richtung (Ruthenen) 597
Tab. IV.34: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach politischer Richtung (Ruthenen) 599
Tab. IV.35: Mandate in den autonomen Vertretungsorganen nach politischer Richtung (Ruthenen) 603
Tab. IV.36: Zeitliche Abfolge zwischen Mandaten nach politischer Richtung (Ruthenen) 604
Tab. IV.37: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach politischer Richtung (Ruthenen) 605
Tab. IV.38: Ortsverhältnis Geburtsort/Wohnort zu Wahlkreis nach politischer Richtung (Ruthenen) 605
Tab. IV.39: Ortsverhältnis Schule/Ausbildung/Beruf zu Geburtsort nach politischer Richtung (Ruthenen) 607
Tab. IV.40: Wahlkurien bzw. Wahlkreistypen nach nationalem Bekenntnis (Juden) 609
Tab. IV.41: Hauptberuf und berufliches Umfeld nach nationalem Bekenntnis (Juden) 610
Tab. IV.42: Tätigkeit in Vereinen und Verbänden nach nationalem Bekenntnis (Juden) 611

5. Abkürzungsverzeichnis

Bg.-Kom.	Bürgerkomitee
ChSS	Christlichsozialer Verband [Chrystyjans'ko-Suspil'nyj Sojuz]
Chrsoz	Christlichsoziale
CWJG	Central-Wahlcomité der Juden in Galizien
CKW	(Polnisches) Zentralwahlkomitee [Centralny Komitet Wyborczy]
Dem.	Demokrat
GPSD	Galizische Sozialdemokratische Partei [Galicyjska Partia Socjaldemokratyczna]
HRR	Galizisch-Russischer/Ruthenischer Rat [Halycko-Russkaja Rada]
HUR	Ukrainischer Hauptrat [Holovna Ukrajins'ka Rada]
JNP	Jüdische Nationalpartei
Kons.	Konservativer
KOŻ	Jüdische Landesorganisation [Krajowa Organizacya Żydowska]
KRKV	Ruthenisches Landeswahlkomitee [Krajevyj Rus'kyj Komitet Vyborčyj]
KRNS	Katholischer Ruthenisch-Nationaler Verband [Katolyc'kyj rusko-narodnyj Sojuz]
Natdem	Nationaldemokrat
NKN	Oberstes Nationalkomitee [Naczelny Komitet Narodowy]
NR	(Ukrainischer) Volksrat [Narodna Rada]
NZCh-L	Nationaler Christlicher Volksverband [Narodowy Związek chrześcijańsko-ludowy]
PChVP	Polnisch-Christliche Volkspartei (Fraktion)
PCL	Polnisches Volkszentrum [Polskie Centrum Ludowe]
PNŻ	Partei der Unabhängigen Juden [Partia Niezawisłych Żydów]

PPS	Polnische Sozialistische Partei [Polska Partia Socjalistyczna]
PPSD	Polnische Sozialdemokratische Partei [Polska Partia Socjalno-Demokratyczna]
PR	Arbeiterpartei [Partia Robotnicza]
PSChS	Polnische Christlichsoziale Partei [Polskie Stronnictwo Chrześcijańsko-Socjalne]
PSD	Polnische Demokratische Partei [Polskie Stronnictwo Demokratyczne]
PSL	Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe]
PSL-ZNzL	Polnische Volkspartei – Vereinigung der Unabhängigen Volksparteiler [Polskie Stronnictwo Ludowe – Zjednoczenie Niezawisłych Ludowców]
PSP	Polnische Fortschrittspartei [Polskie Stronnictwo Postępowe]
PVP	Polnische Volkspartei (Fraktion)
RN	(Polnischer) Nationalrat [Rada Narodowa]
RNO	Russische Nationale Organisation [Russkaja Narodnaja Organizacja]
RNP	Ruthenisch-Nationale Partei [Russko-narodnaja partija]
Rph	Russophiler
RuR	Ruthenischer Rat [Rus(skaj)a Rada]
R-URP	Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei [Rusins'ka-Ukrajins'ka Radykal'na Partija]
Ruth.	Ruthene
SChL	Christliche Volkspartei [Stronnictwo Chrześciańsko-Ludowe]
SDKPiL	Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen [Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy]
SDN	Polnische Demokratisch-Nationale Partei [Polskie Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe]
SKN	Katholisch-Nationale Partei [Stronnictwo Katolicko-Narodowe]
SKL	Katholische Volkspartei [Stronnictwo Katolicko-Ludowe]
SL	Volkspartei [Stronnictwo Ludowe]
SNA	National-Antisemitische Partei [Stronnictwo Narodowo-Antysemickie]
Soz.	Sozialist
SPN	Partei der Nationalen Rechten [Stronnictwo Prawicy Narodowej]
St.-Kom.	Städte-(Wahl)Komitee
TDP	Polnischer Demokratischer Verein [Towarzystwo Demokratyczne Polskie]
TKSSN	Provisorische Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien [Tymczasowa Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych]
UNDP	Ukrainische Nationaldemokratische Partei [Ukrajins'ka Nacjonal'no-Demokratyčna Partija]
UPV	Ukrainische Parlamentarische Vertretung
Uph	Ukrainophiler
URP	Ukrainische Radikale Partei [Ukrajins'ka Radykal'na Partija]
USDP	Ukrainische Sozialdemokratische Partei [Ukrajins'ka Socijalnodemokratyčna Partija]
ZN–L	Nationaler Volksverband [Związek Narodowo-Ludowy]
ŻPSD	Jüdische Sozialdemokratische Partei [Żydowska Partia Socyalno-Demokratyczna]
ZSCh	Verband der Bauernpartei [Związek Stronnictwa Chłopskiego]
ZUR	Allgemeiner Ukrainischer Rat [Zahal'na Ukrajins'ka Rada]

NAMENSREGISTER

Abrahamowicz, Dawid Ritter v. 63, 226, 269, 294, 352–357, 362, 381, 385, 388, 391, 394 ff., 412, 414 f., 417 ff., 422, 424, 434, 457, 529, 557, 565 f., 575, 624, 631, 644, 652, 668, 670
Abrahamowicz, Eugeniusz Ritter v. 624, 631, 670
Adam, Ernest 282, 655
Adler, Victor 304, 398, 433, 445, 473, 475, 478
Aehrenthal, Aloys Baron 463
Aleksevyč, Lev 650, 666
Andruchovyč, Jurii 20
Angermann, Klaudiusz 547, 662, 670
Antonevyč, Nykolaj 638, 649
Ashkenaze, Tobias 643
Auersperg, Carlos Fürst 330, 334, 345, 348

Babicz, Jan 661
Bačyns'kyj, Julijan 130, 666
Bačyns'kyj, Lev 437, 442 f., 447, 489, 601, 650, 666, 669, 670
Bačyns'kyj, Volodymyr 657, 670
Baczyński, Józef 628
Badeni, Jan 95
Badeni, Kazimierz Graf 127, 141, 227 f., 278, 296, 299, 302, 304, 316, 336, 347, 351, 352, 356 ff., 361 f. 376, 378, 385, 407, 458, 489 f.
Baernreither, Joseph Maria 358
Balicki, Mateusz 656
Balicki, Zygmunt 114, 115, 117
Banaś, Antoni 658, 670
Bandrowski, Ernest 234
Bandurski, Władysław 124
Baranowski, Stanisław 652
Bardel, Adam 626
Bardel, Franciszek 660
Bareuther, Ernst 301
Barevyč, Toma 342
Barowicz, Antoni 632
Bartoszewski, Karol 625
Barvins'kyj, Oleksandr 137 ff., 141, 217, 347, 373 f., 375, 404 f., 408–411, 435, 447, 508, 511, 584, 589 f., 601 ff., 628, 635, 670
Baścik, Michał 658
Batko, Józef 646
Battaglia, Roger 71, 430, 580, 641, 654, 671
Bauer, Otto 492, 696
Baworowski, Jerzy Graf 499, 566, 580, 582, 669, 671
Beck, Max Vladimir 395, 408, 417 f., 423, 425, 433, 442, 445, 450
Bednarek, Błazej 648, 663
Benoni, Karol 625
Beust, Friedrich Frhr. v. 327
Biały, Stanisław 649, 664, 671
Bienczewski, Adolf 625
Bienerth, Richard Frhr. v. 423 f., 426, 43 f., 433, 445 f., 450, 474
Bieniawski, Tomasz 651
Bieniowski, Stanisław 280, 580, 669, 671
Bierer, Ruben 54, 162
Biesiadecki, Franciszek 671
Bilczewski, Józef 95
Biliński, Leon Ritter v. 269, 298, 352, 357, 424–430, 456, 458, 460 ff., 464, 471, 475, 477, 493 ff., 497, 501, 507, 576, 580, 583, 625, 642, 656, 671
Bilyns'kyj, Dionyzyj 653
Binder, Wilhelm 641, 671
Birnbaum, Nathan 162, 163 ff., 170, 260, 643
Bis, Jan 662, 671
Bismarck, Otto Graf 359
Błażowski, Julian Frhr. v. 624, 631, 671
Błażowski, Maryan Frhr. v. 636, 671
Bloch, Joseph Samuel 55, 156, 161 f., 197, 226, 237, 261, 350, 625, 643
Bobrowski, Emil 566, 641, 655, 671
Bobrowski, Maryan 652
Bobrzyński, Michał 61, 63, 83, 97, 100, 121, 123, 147, 178, 269, 276–280, 283 ff., 291 f., 294, 296 f., 308, 310, 395, 422, 429, 443, 455, 457, 459, 463, 469, 471, 495, 561, 580, 642, 672

Bogdanowicz, Józef 210, 630, 672
Bogucki, Baltazar 641
Bohačevs'kyj, Teodor 649
Bojko, Jakub 80, 84, 626, 634, 646, 661, 672
Bomba, Antoni 565, 637, 649, 664, 672
Borkowski, Jerzy Reichsgraf 624, 672
Borochov, Ber 169
Borodajkevyč, Ivan 636
Borowiec, Józef 663
Boworowski, Jerzy Graf 256
Bráf, Albin 428
Braude, Markus 259, 268, 307, 639, 641
Braun, Josef 653
Breiter, Ernest 105, 173, 235, 242, 259, 306, 396, 398 f., 400–403, 405, 408, 419, 421, 431 f., 435, 451, 473, 483, 497, 522, 544, 560, 561, 563, 628, 636, 639, 644, 652, 654, 657, 665, 672
Breuer, Josef 348
Breza, Fryderyk Graf 566, 672
Brzek, Marcin 649
Budzynovs'kyj, Vjačeslav 129, 444 f., 596, 598, 606, 636, 651, 667, 672
Bugajski, Stanisław 644
Bujak, Franciszek 579, 646, 672
Bülow, Bernhard v. 389
Burián, István 505, 506
Buzek, Józef 552, 556, 640, 654, 672, 713
Byk, Emil 54, 197, 226, 237, 261, 350, 360 f., 395, 611 f., 625, 633, 672
Byk, Oswald 261

Čajkovs'kyj, Kornel 627
Čajkovs'kyj, Roman 673
Ceglins'kyi, Grygorij 444, 487, 601 f., 606, 651, 667, 673
Cehels'kyj, L'ongin 590, 598, 606, 668, 673
Cena, Robert 627, 635, 673
Chamiec-Jaxa, Antoni Ritter v. 536, 566, 581, 636, 673
Chap, Piotr 634
Chciuk, Stefan 656
Chłamtacz, Marceli 654
Chłędowski, Kazimierz 362, 583
Chrzanowski, Leon Ritter v. 192, 536 f., 544, 581, 673
Ciągło, Tomasz 648, 663, 673
Cieluch, Jan 663
Cieński, Tadeusz Ritter v. 62, 246 f., 250, 252, 273 f., 276, 283, 294, 650
Cieński, Zbigniew Ritter v. 633
Cingr, Petr 473
Ciołkosz, Kasper 641
Čipser, Stefan 649
Čislak, Andryj 648
Ciszyk (Ciszek), Jan 626, 634
Clam-Martinic, Heinrich Graf 493, 498, 510
Člary-Aldringen, Manfred Graf 361 ff., 377 f.
Čornyj, Ivan 654
Čurus, Józef 659
Ćwikliński, Ludwik 581, 633, 673
Czarkowski-Golejewski, Tadeusz Ritter v. 628, 673
Czartoryski, Jerzy Fürst 36, 62, 331, 336
Czaykowski, Władysław Ritter v. 579, 651, 667, 673
Czaykowski, Władysław Wiktor Ritter v. 561, 632, 673
Czecz-Lindenwald, Herman 361, 555, 572, 623, 631, 674
Czerkawski, Eusebiusz 330
Czernin, Ottokar Graf 498, 505
Czerwieński, Bolesław 103, 113, 136

Dąbek, Andrzej 644
Dąbski, Jan 80 ff., 274, 668
Dąmbski, Stanisław Ritter v. 561, 674
Dąmbski, Wacław 644
Danielak, Michał 96, 367 f., 384, 393, 626, 632, 637, 645, 659, 674
Danilovyč, Jevhen 655
Danilovyč, Severyn 633, 668
Daniluk, Józef 105
Daszyński, Feliks 113
Daszyński, Ignacy 105, 108 f., 111, 172, 174, 210, 214, 220, 225 ff., 233 ff., 242, 258 f., 270, 288, 355, 357, 364, 367–372, 376, 384, 388, 396, 398, 400–403, 433, 435, 472 f., 475–480, 496, 499, 501, 529, 544, 551, 556, 559, 563, 629, 636, 640, 654, 660, 674
Davydjak, Vasyl' 270, 441, 444 f., 598, 601, 608, 635, 650, 666, 674
Dębski, Władysław 566, 579, 667, 674
Dembiński, Bronisław Ritter v. 674
Diamand, Herman 173, 174, 259, 268, 286, 287, 418, 433, 453, 460, 473, 476, 566, 612, 639, 654, 674
Dietzius, Adolf 412, 642, 674
Dihm, Stanisław 642

Długosz, Władysław 81, 84 f., 462, 46 f., 471 f., 547, 575, 664, 674
Dluzans'kyj, Ivan 410 f., 589, 607, 636, 674
Dmowski, Roman 114 f., 117, 125
Dnistrjans'kyj, Stanislav 290, 444, 489, 589, 601, 606, 651, 667, 674
Dobija, Antoni 634
Dobija, Ludwik 464, 563, 582, 644, 658, 675
Doboszyński, Adam 70, 274, 288, 638, 654, 675
Dobrjans'kyj, Alojsy 635
Dobrjans'kyj, Ivan 151
Dobrzański, Jan 193, 195
Dobrzański, Stefan 664
Dolański, Henryk 626
Dorundjak, Mychajlo 628
Drahomanov, Mychajlo 102, 127–130, 132, 173
Drexel, Karl 453
Dreyfus, Alfred 360
Drobner, Józef 641
Duczymiński, Jan 651
Dudykevyč, Volodymyr 154, 263, 270, 285, 292, 440, 649 f., 652, 666
Dulęba, Władysław Ritter v. 219, 226, 235, 243, 282, 297, 391, 415, 424, 427, 430, 576, 624, 631 f., 643, 675
Dunajewski, Julian Ritter v. 41, 334
Dunin-Wąsowicz, Władysław 86
Duverger, Maurice 28, 101
Dwernicki, Tadeusz 639
Dylo, Tomasz 675
Dzieduszycki, Karol Graf 635, 675
Dzieduszycki, Władysław Graf 666
Dzieduszycki, Wojciech Graf 207, 226, 269, 301, 305, 353 f., 357 f., 381, 385, 390–393, 395 f., 400 f., 414, 417 f., 422, 576, 580, 582 f., 624, 631, 642, 675

Ebenhoch, Alfred 450
Ehrenberg, Kazimierz 96, 211
Engels, Friedrich 103, 113
Englisch, Jan 629, 640

Fedorovyč, Volodyslav 345
Feldman, Wilhelm 40, 220
Fiedler, Bartłomiej 648, 664, 675
Fijak, Maciej 637, 645, 659, 675
Fila, Błażej 675
Fischer, Karol 354, 629, 675
Fischler, Eliasz 641
Folys, Josip 587, 608, 652, 668, 675
Frankiewicz, Jan 637
Franko, Ivan 103, 127 f., 130 f., 142, 215, 217, 226, 439, 590, 627, 630
Franz Joseph I. (Kaiser) 55, 161, 310, 334, 465 ff., 493, 712
Franzos, Karl-Emil 20
Freund, Fritz 521
Frey, Juliusz 666
Friedlein, Józef 219, 234
Fuchs, Victor v. 362

Gabel, Heinrich 451, 452 ff., 651, 676
Galik, Edmund 579, 676
Gall, Rudolf 262, 282, 412, 610, 641, 676
Garapich, Michał Ritter v. 566, 624, 632, 676
Gautsch, Paul Baron 358, 393 ff., 406, 408, 461, 473, 475, 482, 485
Gawłowicz, Feliks 211
Geciv, Onufrij 651, 665
Georgi, Friedrich Frhr. v. 446
German, Ludomił 73, 429, 457, 501, 642, 655, 676
Gessmann, Albert 304, 336, 450
Gissovs'kyj, Teodor 653, 669
Giżowski, Julian (Juliusz) 624, 635, 676
Głąbiński, Stanisław 115 ff., 119 f., 122, 259, 277, 391, 395, 414 f., 417 f., 420, 422 f., 425, 427–431, 456 f., 459, 494, 499, 500 f., 544, 546, 656, 639, 654, 676
Gladyšovs'kyj, Omelian 636, 676
Glidziuk, Mychajlo 628
Głogoczewski, Andrzej 664
Gniewosz, Eduard Ritter v. 392
Gniewosz, Władysław Ritter v. 630, 676
Gniewosz, Włodzimierz Ritter v. 356, 566, 572, 582, 624, 631, 652, 676
Godek, Jan 566, 579, 676
Goetz v. Okocim, Jan 498, 555, 566, 626, 660, 677
Gold, Józef 280 f., 442, 611 f., 644, 657, 677
Goldberg, Moritz 656
Goldhammer, Eliasz 218, 625, 633, 656
Goldman, Bernard 54
Gołuchowski, Adam Graf 280, 537, 566, 636, 669, 677
Gołuchowski, Agenor Graf d. Ä. 37, 44, 280, 329

Gołuchowski, Agenor Graf d. J. 280, 352, 363, 388, 405
Górecki, Ferdynand 639
Górski, Antoni Ritter v. 253, 566, 631, 646, 677
Górski, Piotr Ritter v. 352, 623, 631, 677
Gottlieb, Jesajah 642
Grabski, Stanisław 114, 120–123, 125
Grek, Michał 632, 677
Grobels'kyj, Ivan 630, 677
Groblewski, Henryk 648
Grocholski, Kazimierz Ritter v. 326, 329, 334 f., 430
Gromnicki, Stanisław 651
Gromnic'kyj, Volodymyr 641
Gross, Adolf 158 f., 220, 234, 258 f., 268, 288, 291, 431 f., 453, 455, 460, 474, 497, 522, 547, 640, 655, 677
Gross, Daniel 644
Grossman, Henryk 174
Gruszecki, Jan 664
Grzędzielski, Władysław 579, 677
Gulla, Antoni 666
Gumplowicz, ? (Dr.) 641
Gunkiewicz, Bronisław 626

Habicht, Ernest 646
Haecker, Samuel 643
Halban, Alfred Edler v. 677
Halban, Heinrich Ritter v. 352
Haller, Cezary Ritter v. 659, 678
Hankevyč, Mykola 134, 135, 259, 638, 668
Hanusiak, Stanisław 627, 644, 678
Harasymiv, Antin 656
Harnek, Jan 648, 678
Hausner, Artur 634, 640, 654
Hausner, Otto 332 f., 335
Heinold, Karl 465 ff., 489
Henzel, Seweryn 624, 631, 678
Herzl, Theodor 161 f., 166, 171
Hibl, Józef 637
Hilfstein, Chaim 640
Hlibovic'kyj, Mykola 436 f., 444, 608, 651, 667, 678
Hnatyšak, Gavryl 648, 663
Hochenburger, Victor 428, 461, 475
Hofmokl, Zygmunt 640
Hohenlohe, Konrad Prinz 395
Hohenwart, Karl Graf 329, 330
Holewicki, Stanisław 660
Holtzer, Gustaw 626
Holubovyč, Isidor 601, 653, 669, 678
Hompesch, Ferdynand Graf 582, 627, 678
Hönigsmann, Oswald 348, 349
Horbačevs'kyj, Ivan 489, 503
Horodyński, Zbigniew Ritter v. 647
Horodyski, Kornel Ritter v. 628, 678
Horowitz, Leon 231, 259
Horowitz, Samuel 259, 639
Hoser, Jan 643
Hošovs'kyj, Ignacij 665
Hospod, Józef 629, 637
Hroch, Miroslav 587
Hrynevec'kyj, Ivan 307, 652
Hušalevyč, Ivan 341 ff.
Hudec, Józef 235, 242, 260, 433, 435, 548, 566, 636, 640, 654, 678
Humiecki, Lucyan 625
Huryk, Josyf 630, 636, 638
Hušalevyč, Ivan 341, 342, 343
Hussarek, Max 500, 505 f.

Imber, Naftali Herz 170
Inlaender, Ludwik 103
Ivanuś, Mychajlo 669

Jabłoński, Wincenty Ritter v. 637, 642, 656, 678
Jachowicz, Józef 565, 627, 647, 663, 678
Jaegerman, Józef 640
Jahl, Władysław 72, 275
Jampolski, Kazimierz 652, 668
Janovyč, Volodymyr 641, 655
Janowicz, Krzysztof 639
Jarosevyč, Roman 239, 376 ff., 594, 630, 635, 643, 665, 679
Javorovs'kyj, Vjačeslav 668
Javors'kyj, Vasyl' Ritter v. 408, 588, 595 f., 601 f., 607, 636, 679
Javors'kyj, Ivan 649, 665
Jaworski, Apolinary Ritter v. 58, 226, 335, 353, 355 f., 358 f., 363, 367, 379, 381, 386, 388–392, 405, 430, 466, 468, 472, 529, 535 f., 557, 576, 583, 624, 631, 637, 667, 679
Jaworski, Władysław L. Ritter v. 59, 63, 292, 499, 563, 656
Jaworski, Zygmunt 645
Jędrzejowicz, Adam Ritter v. 353, 362, 576, 624, 631, 647, 679
Jedynak, Michał 565, 661, 679

Jezierski, Józef 642
Jordan, Henryk 234, 632
Joseph II (Kaiser) 299, 510, 555
Južčyns'kyj, Zynovij 667

Kačala, Stefan 345
Kačmarčyk, Ljubomir 664
Kaczanowski, Kazimierz 642, 656
Kaiser, August 301
Kaliszczak, Marcin 666
Kallir, Nathan 348, 349
Karanovyč, Josyf 636
Karas, Adam 656
Karas, Eduard 642
Karatnyc'kyj, Modest 589, 594, 627, 635, 679
Kasparek, Franciszek 625
Kathrein, Theodor 351
Kędzior, Andrzej 580, 661, 679
Kerenskij, Aleksandr 494
Klakurka, Mikołaj 626, 645
Klemensiewicz, Zygmunt 480, 560, 563, 566, 579, 646, 679
Kleski, Jan 655, 679
Klofáč, Václav 389, 390
Kniaziołucki, Seweryn 362
Kobryn, Volodymyr 656
Koc'ko, Adam 463
Koerber, Ernest v. 227, 363, 377 f., 386, 388–393, 400, 406 ff., 557
Kolessa, Oleksandr 488, 589, 597, 600 f., 606, 653, 669, 679
Kolischer, Henryk 218, 237, 244, 261, 453, 566, 610 ff., 625, 632 f., 641, 657, 679
Kolischer, Julius 611
Kołodziej, Michał 659
Koltunjuk, Nykolaj 637
Komarnic'kyj, Mychajlo 663
Komorowski, Stefan Graf 634, 680
Konopiński, Adam 70
Kons'kyj, Ivan 635
Konstankevyč, Vasyl' 664
Kopyciński, Adam 226, 412, 565, 629, 634, 646, 680
Korkis, Jakob 650
Korol', Mychajlo 153 f., 263, 290, 404 f., 408, 437, 441, 598, 601, 608, 627, 635, 651, 667, 680
Korytowski, Witold Ritter v. 63, 395, 414, 417, 423, 457, 462, 469, 543, 641, 655, 680
Korzeniowski, Teofil 658
Kos, Andryj 298, 404, 408, 638, 680
Kościuszko, Tadeusz 35, 75, 87, 113, 126
Kostec'kyj, Grygorij 669
Kostec'kyj, Ivan 668
Kostka, Edward 642
Kostkiewicz, Zygmunt 645
Kotlař, Vacláv 489
Koval's'kyj, Vasyl 338, 344, 346
Kozakiewicz, Jan 110, 225 f., 242, 548, 574, 628, 680
Kozłowski-Bolesta, Włodzimierz Ritter v. 62, 97, 226, 247, 273, 275, 283, 294, 297, 353, 385, 415 f., 430 f., 464–497, 537, 565, 631, 652, 668, 680
Kraiński, Wincenty 635
Kramář, Karel 352, 425, 428, 486 f.
Kramarczyk, Franciszek 215, 626, 633, 644, 658
Krasnosels'kyj, Juljan 629
Kraus, Maryan 668
Krawczyk, Michał 646
Krempa, Franciszek 399, 408, 565, 626, 634, 647, 661, 680
Krogulski, Roman 566, 680
Król, Stanisław 659
Królikowski, Hugo Ritter v. 244, 632, 640, 680
Kronawetter, Ferdinand 347
Krotoski, Kazimierz 234, 636
Krupka, Edward 659, 680
Krušyns'kyj, Josyf 649, 665
Krynicki, Lucjan 630
Krzeczunowicz, Kornel 328 f., 331
Kubik, Jan 398, 500, 629, 633, 637, 644, 658, 681
Kubisz, Jan 663
Kulačkovs'kyj, Denys 346
Kulčyc'kyj, Ivan 665
Kulmatyc'kyj, Stefan 653
Kuncevyč, Ivan 643
Kuranda, Ignaz 452, 484
Kurowski, Szczepan 644
Kurylovyč, Volodymyr 481, 484 f., 503, 589, 648, 664, 681
Kwiatkowski, Jan 642

Labens'kyj, Semen 667
Lahodyns'kyj, Mykola 482, 598, 601 f., 665, 681
Landau, Joachim 161, 237, 348, 641, 657, 707
Landau, Michael 262

Landau, Samuel 633
Laskownicki, Bronisław 639
Lasocki, Zygmunt Graf 84, 556, 647, 662, 681
Lassalle, Ferdinand 102, 113
Lavrivs'kyj, Julijan 46 ff., 175, 343, 345
Lavruk, Pavlo 666, 681
Łazarski, Stanisław 430, 455, 497 f., 625, 637, 641, 655, 681
Lecher, Otto 489
Lehman, Alojzy 632
Lelewel, Joachim 35
Leo, Juliusz 70, 73, 257 f., 288, 292, 417, 464 f., 467 f., 472, 654, 681
Levyc'kyj, Kost' 145, 406, 437, 443, 447, 482, 488 f., 502, 505, 600 f., 635, 652, 668, 681
Levyc'kyj, Dmytro 654, 657
Levyc'kyj, Jevhen 447, 590, 596, 598, 638, 650, 666, 681
Levyc'kyj, Lev 589, 601, 606, 650, 666, 681
Levyc'kyj, Vasyl' 657
Levyns'kyj, Volodymyr 134, 135
Lewakowski, Karol 75, 77, 219, 226, 335 f., 347, 625
Lewicki, Antoni 662, 681
Lewicki, Witold 630, 646, 681
Lewicki, Włodzimierz 634
Lieberman, Herman 158, 268, 401, 479, 551, 563, 566, 574, 612, 632, 640, 655, 681
Limanowski, Bolesław 102 f., 109, 113 f., 136
Lisiewicz, Aleksander 72, 563, 654, 682
Lisiewicz, Jan 639
Lityński, Michał 639
Lobczowski, Józef 658
Łobos, Ignacy 95
Loewenherz, Henryk 643
Loewenstein, Natan 160, 251, 309, 310, 312, 452 f., 455, 460, f., 550, 555, 566, 611 f., 643, 656, 682
Lubomirski, Andrzej Fürst 537, 556, 579, 647, 663, 682
Lueger, Karl 93, 177, 302, 351, 368, 399, 453
Luka, Wawrzyniec 660
Lukaszkiewicz, Julian 647
Łuszczkiewicz, Marek 645, 682
Luxemburg, Rosa 109, 402
Łyszczarz, Franciszek 664, 682
Lytvynovyč, Spyrydion 339, 340

Mach, Józef 663
Maczka, Jan 629
Madej, Jakub 565, 648, 664, 682
Madeyski, Stanisław Ritter v. 335, 354, 536, 625, 682
Magrys, Franciszek 634
Mahler, Artur 449, 450, 452 f., 644, 653, 682
Maksys, Mikołaj 661
Małachowski, Godzimir Ritter v. 68, 235, 259, 307, 639, 682
Malocha, Wojciech 629
Malz, David 644, 655
Mandyčevs'kyj, Kornel 373, 411, 584, 601, 628, 636, 682
Mańkowski, Antoni 113
Marek, Zygmunt 563, 566, 640, 654 f., 682
Maresch, Stanisław 640
Markov, Dmitryj 153 ff., 421, 436 f., 440 f., 447, 484 f., 503, 652, 667 f., 683
Martovyč, Les' 668
Marx, Karl 103, 110, 113, 129, 132
Marzec, Adam 626
Masaryk, Tomaš G. 444, 453, 487
Maślanka, Antoni 683
Maślanka, Jan 637
Matakiewicz, Antoni 660, 683
Matusz, Józef 664
Mekelyta, Danylo 638
Melen, Teofil 657
Mendelsburg, Albert 331, 350
Merunowicz, Teofil 360, 536, 550, 627, 635, 683
Merz, Salomon 641
Męski, Zygmunt 648, 664, 683
Mickiewicz, Adam 35, 113, 126
Mikołajski, Szczepan 211, 629
Milan, Grzegorz 627
Milewski, Józef Ritter v. 273, 352, 581, 624, 683
Mises, Hermann 348, 349
Misiag, Andrzej 647
Misiołek, Leon 629, 637, 640, 658
Mleczko, Franciszek 649, 665, 683
Mochnacki, Edmund 210, 219, 226, 628
Mohylnyc'kyj, Andronik 628, 630
Mohylnyc'kyj, Antin 340
Mohylyc'kyj, Vladimir 667
Mokłowski, Kazimierz 632
Moraczewski, Jędrzej (Andrzej) Ritter v. 307, 478, 566, 643, 656, 683
Moysa, Stefan Ritter/Frhr. v. 555, 561, 566, 580, 638, 650, 683

Mühlfeld, Eugen 340
Mühlner, Karol 650
Musil, Robert 11
Myjak, Wincenty 500, 559, 648, 663, 683
Myronovyč, Oleksandr 630, 638

Nahirnyj, Vasyl' 627
Nartowski, Mieczysław 654
Naumovyč, Ivan 48, 343, 345
Nawrocki, Edmund 627, 683
Nawrocki, Paweł 627, 648
Nehrebec'kyj, Ivan 629
Nestorovyč, Julijan 651
Niementowski, Tadeusz Ritter v. 638, 684
Niemiec, Władysław 662
Nimhin, Artur 251, 262
Novakovs'kyi, Petr 635
Novakovs'kyj, Mychajlo 643

Obertyński, Kazimierz Ritter v. 651, 684
Obmiński, Floryan 642
Ochrymovyč, Ksenofont 584, 602, 627, 632, 684
Ochrymovyč, Volodymyr 590, 601, 608
Ofner, Julius 453
Okunevs'kyj, Teofil 302, 307, 373, 375, 376, 377, 378, 447, 482, 503, 600, 628, 630, 636, 650, 666, 684
Olesnyc'kyj, Jaroslav 643
Olesnyc'kyj, Jevhen 270, 443, 594, 600 f., 627, 636, 643, 650, 665 f., 684
Olijnyk, Mychajlo 630
Olpiński-Nałęcz, Julian 628, 684
Olszewski, Michał 80, 402, 634, 644, 646, 684
Onyškevyč, Stepan 587, 600 f., 608, 649, 665, 684
Opydo, Franciszek 633, 684
Ornstein, Józef 287, 654
Orzechowski, Jan 634
Orzel, Wincenty 645
Osiniak, Marcin 634
Ostapčuk, Jacko 653, 669, 684
Ostaszewski-Barański, Kazimierz 230
Osuchowski, Bronisław Ritter v. 580, 665, 685
Ozarkevyč, Jevhen 263, 346, 625, 639, 640

Packan, Jan 645
Paduch, Antoni 427, 647, 662, 685
Parfiński, Jan 642
Pastor, Leon 96 f., 247, 384, 393, 395, 415, 422, 427, 629, 634, 642, 656, 685
Pattai, Robert 361
Pavlyk, Mychajlo 128, 130
Pavlykiv, Konstantyn 652
Pawlikowski, Gwalbert 122
Pawluszkiewicz, Antoni 412, 645, 685
Peller, Karol 642
Pelzling, Marek 642, 656
Pernerstorfer, Engelbert 301, 347, 368, 432 ff., 452
Petelenz, Ignacy 70, 258, 288, 395, 415, 640, 654, 685
Petruševyč, Jevhen 504, 506 f., 600 ff., 608, 652, 668, 685
Petryc'kyj, Mychajlo 503, 601, 606, 653, 669, 685
Pfersche, Emil 369
Piepes-Poratyński, Jakub 611 f., 626, 633, 685
Piętak, Leonard 219, 226, 235, 243, 360, 362, 363, 380, 393, 576, 624, 632, 685
Pietka, Jan 645
Pihuliak, Jerotej 404
Pilch, Jan 660
Piliński, Włodzimierz Ritter v. 624, 685
Piłsudski, Józef 73, 109, 493
Piniński, Leon Graf 159, 354, 356, 358, 360, 391, 400, 543, 563, 628, 685
Piniński, Miecisław Graf 638, 686
Piniński, Stanisław Graf 686
Pinsker, Leon 162 f.
Piróg, Marcin 629
Pisec'kyj, Oleksandr 654
Płaziński, Leopold 626
Pluta, Józef 659
Podolyns'kyj, Filemon 627
Pohorec'kyj, Omelian 686
Poljans'kyj, Oleksandr 626
Poniński, Aleksander Fürst 211, 556, 629, 658, 686
Popławski, Jan Ludwik 114 f., 117
Popowski, Józef 536, 581, 623, 631, 686
Potocki, Adam 329
Potocki, Alfred Graf 329
Potocki, Andrzej Graf 61, 152, 278, 285, 296, 306, 391, 443
Potocki, Bronislaw 642
Potocki, Jan Graf 565 f., 635, 686
Potoczek, Jan 99, 215, 255, 354, 369 f., 383, 464, 548, 565, 626, 634, 648, 663, 686

Potoczek, Stanisław 90, 92, 97, 214, 225, 255, 548, 565, 629, 637, 648, 663, 686
Poznański, Karol 651, 667
Propper, Jan Albert 220, 226 f., 625
Proskowetz, Emanuel 355
Ptak, Franciszek 234, 636
Ptaś, Józef 431, 645, 659, 686
Puzyna, Jan 98

Rapoport, Arnold Edler v. 350, 354, 360, 387, 555, 574, 610 ff., 626, 633, 686
Rapoport, Salomon 611
Rapoport, Samuel 643
Rappaport, Samuel 657, 669
Rauch, Edmund 261 f., 268, 282, 610, 641, 655, 686
Rayski, Albin 247, 297
Reger, Tadeusz 433, 574
Reich, Leon 656, 669
Reizes, Henryk 473, 483, 497, 503, 522, 687
Rekucki, Józef 634
Renner, Karl 448
Ressegnier, Rudolf 647
Rewakowicz, Henryk 77, 219, 226, 624
Rey, Mikołaj Graf 556, 561, 565, 661, 687
Ringel, Michael 657
Rittner, Eduard 352, 357, 625, 687
Róg, Jan 662
Rojowski, Kazimierz Ritter v. 357, 572, 630, 638, 687
Romančuk, Julijan 47, 140 f., 145, 14 f., 216, 225 f., 237, 243, 336, 347, 375, 383, 396, 403, 405–410, 437 f., 443 f., 447, 490 f., 503 f., 511, 584, 589, 600 f., 627 f., 635, 649, 665, 687
Romanowicz, Tadeusz 39, 42, 64, 66, 68, 70, 193, 218, 229, 235, 243, 258, 381, 385, 387, 536, 544 f., 559, 563, 632, 687
Rosenstock, Maurycy 610, 626, 643, 687
Rosner, Ignacy 580, 656, 687
Roszkowski, Gustaw Ritter v. 625, 632, 653, 687
Roth, Joseph 20
Rotter, Jan 66, 68, 70, 211, 234, 243, 258, 381, 383, 545, 632, 687
Rozwadowski, Jan 273
Rubinstein, Salomon 173
Rudolf, Józef 628
Ruebenbauer, Adam 579, 646, 660, 687
Rusin, Józef 659, 688
Rutowski, Tadeusz 73, 218, 235 f., 243, 354, 545, 625, 632, 688
Rychlik, Ignacy 218, 625, 632, 656, 688
Rydygier, Ludwik 95, 653
Rylski, Edmund 649
Rynjavec, Volodymyr 627
Rzeszódko, Kazimierz 645, 659, 688

Saare, Józef 640
Sabon, Jan 637
Salabura, Wojciech 634
Salz, Abraham 260, 643, 667
Samelson, Simon 37
Sanat, Vasyl' 657
Sanduljak, Ivan 638
Sanduljak, Jurko 628
Sapecki, Pawel 661
Sapieha, Adam Fürst 193
Sapieha, Paweł Fürst 537, 556, 627, 638, 688
Sare, Józef 258
Sawczyński, Zygmunt 342
Schalitt, Isidor 666
Schiffler, Józef 637
Schmelkes, Gedalje 642
Schmerling, Anton v. 325
Schmid, Heinrich 453
Schmiger, Josaphat 628
Schönerer, Georg v. 379, 395
Schorr, Aaron 641
Schorr, Samuel 633, 655
Schreiber, Simon 55, 350
Schreiner, Gustav 428
Scibor, Franciszek 633, 661
Seidler, Ernst v. 498, 500, 503, 505, 510
Seinfeld, Herman 625
Seinfeld, Maksymilian 633, 638, 641, 650
Seinfeld, Nathan 688
Sekela, Roman 642
Sembratovyč, Josyf 49
Sembratovyč, Sylvester 49, 136 f., 203, 215, 243, 345, 346
Ş̌enyk, Kornylij 668
Ş̌eptyc'kyj, Andrij 138, 243
Serbenjuk, Vasyl' 666
Serkowski, Jan 637
Ş̌erwatowski, Władysław Ritter v. 582, 667, 688
Ševčenko, Taras 45, 132
Siara, Sebastyan 627
Siara, Stanisław 662
Sikorski, Narycz 634, 637

Sikorski, Tadeusz 258, 288, 640, 654, 688
Silec'kyj, Oleksandr 648
Singalevyč, Volodymyr Ritter v. 589, 594 f., 667, 688
Siwula, Jan 661, 688
Skarbek, Aleksander Graf 270, 274, 462, 566, 656, 665, 688
Skarbek, Henryk Graf 650
Skołyszewski, Wiktor 633, 647
Skrzyński, Kazimierz 627
Skrzyński, Ludwik 332
Skvarko, Zachar 666
Ślawik, August 639
Śliwiński, Hipolit 463, 499 f., 653, 688
Smagala, Antoni 634
Smal-Stoc'kyj, Stefan 489, 503, 589
Śmieszek, Antoni 644, 658
Śmiłowski, Stanisław 645, 659, 689
Smolczyński, Wincenty 637
Smolka, Franciszek 38, 78, 107, 326, 329, 334
Smol'nyj, Ivan 666
Sobek, Jan 663
Socha, Jan 653
Sochanik, Ignacy 669
Sochor, Eduard 321, 348
Sodomora, Fedko 628
Sojka, Volodymyr 665
Sokołowski, August 219, 224, 227, 239, 625, 631, 689
Soleski, Jan 639
Sołtysik, Tomasz 689
Sozański, Stanisław Ritter v. 631, 689
Śperber, Manès 20
Średniawski, Andrzej 276, 566, 626, 645, 658, 689
Srokowski, Stanisław 281 f., 657
Stańczyken 38
Stachura, Danylo 600, 635, 652, 689
Stammer, Otto 517
Stančak, Ivan 668
Stand, Adolf 260, 268, 286, 306 f., 421, 448, 449, 451 ff., 641, 643, 654 f., 657, 689
Staniszewski, Józef 646, 661, 689
Staniszewski, Walenty 257 f., 640, 689
Stapiński, Jan 63, 75, 77 f., 80, 81–86, 88, 92, 225, 242, 275 f., 292, 294, 367, 369, 372, 397 f., 422, 426–429, 431 f., 462, 470 ff., 497, 547, 575, 629, 634, 637, 648, 651, 664, 689
Starowieyski, Stanisław Ritter v. 59, 537, 664, 689
Staruch, Antoni 635
Staruch, Tymotei 233, 441, 443, 487, 503, 600 f., 638, 652, 668, 689
Starzeński, Henryk Graf 582, 689
Starzewski, Maryan 656
Starzyński, Stanisław Ritter v. 239, 283, 292, 294, 358, 395, 403, 415 f., 438 f., 455, 580, 631, 643, 657, 690
Stasiuk, Andrzej 20
Stefanovyč, Oleksandr 653
Stefanowicz, Stefan 557
Stefanyk, Vasyl' 598, 608, 666, 690
Stefczyk, Franciszek 84
Steinhaus, Ignacy 283, 291, 657, 690
Stełmach, Józef 634
Stern, Bernard 610 ff., 643, 657, 690
Stesłowicz, Władysław 639, 656, 690
Stobiecki, Stefan 660
Stohandel, Stanisław 658, 690
Stojałowski, Stanisław 88–95, 97, 100 f., 121, 124, 173, 177, 193, 212–215, 222 f., 225 f., 231, 239, 242, 250, 253, 275 f., 291 f., 298, 361, 364, 369–372, 383 f., 396 ff., 402, 405, 415, 420, 422, 429, 508, 544, 547 f., 563, 565 f., 633 f., 646, 658, 660, 690
Stojałowski, Stanisław Ritter v. 632, 690
Stolaski, Józef 633, 645
Stölzel, Artur 422, 428
Stránský, Adolf 395
Straucher, Benno 167 f., 448 f., 453, 503, 523
Stremayr, Karl v. 345
Struszkiewicz, Władysław Ritter v. 624, 631, 690
Stürgkh, Karl Graf 461 f., 471, 475, 485, 486, 488, 492
Stwiertnia, Paweł 261 f., 268, 282 f., 415, 418, 422, 431, 633, 641, 655, 690
Sulczewski, Franciszek 629, 637, 645, 658
Śurówka, Karol 649
Šusteršič, Ivan 374, 404, 426, 447
Švedyk, Mychajlo 663
Swoboda, Alojzy 666
Szafran, Lucjan 664
Szajer, Tomasz 298, 354, 359, 367, 368, 389, 520 f., 626, 634, 647, 662, 690
Szczeklik, Karol 646
Szczepański, Stanisław 645
Szczepanowski, Stanisław 12, 42, 698

Szemelowski, Teodor 340
Szeptycki, Kazimierz Graf 537, 565, 595, 631, 691
Szponder, Andrzej 96, 368, 580, 626, 633, 644, 691
Szujski, Józef 39
Szukiewicz, Aleksander 194
Szydlik, Maryan 661
Szyszylowicz, Ignacy 639

Taaffe, Eduard Graf 41, 54, 188, 194, 204, 334 ff., 346, 348, 351, 509
Tanjačkevyč, Danylo 375 ff., 587, 598, 600 f., 628, 635, 691
Tarnowski, Stanisław Graf 39, 157
Taubes, Löbl 651
Teczar, Władysław 648
Temnyc'kyj, Volodymyr 669
Tertil, Tadeusz 462, 500 f., 655, 691
Tetmajer, Włodzimierz 495, 579, 660, 691
Thon, Oskar 641
Thun, Franz Graf 358 f., 361, 369, 372, 378
Tokarski, Tadeusz 642
Tolstoi, Lev Graf 449
Tomaszewski, Franciszek 566, 639, 654, 691
Toroński, Jan 642
Trachtenberg, Maksymilian 218, 611 f., 625, 691
Tryl'ovs'kyj, Kyrylo 130, 271, 443–446, 598, 601, 636, 649 f., 666, 691
Tyburczy, Józef 629
Tyszkiewicz, Janusz Graf 637
Tyszkowski, Paweł Ritter v. 556, 627, 635, 691

Vachnjanyn, Anatol 137, 138, 141, 373, 375, 589, 602, 627, 691
Vacyk, Jevhen 644
Vasyl'ko, Mykola 405, 408, 437, 439, 447, 461, 482, 487, 489, 503, 505, 523, 589
Vityk, Semen 134 ff., 305, 401, 421, 481, 483, 487, 599, 606, 649, 665, 691
Vogel, Aleksander 230
Vojnarovskyi, Tyt 587, 608, 650, 691
Voljans'kyj, Ivan 636

Wałęga, Leon 99
Walewski-Colonna, Jan Ritter v. 210, 628, 638, 692
Waryński, Ludwik 103, 113, 136
Wcislo, Wojciech 634
Weber, Max 28, 29, 519
Weigel, Ferdynand 65, 219, 224, 227, 234, 243, 332, 354, 380, 385, 529, 625, 632, 692
Weiser, Henryk 354, 610, 630, 635, 692
Weiser, Józef 262, 641
Weiskirchner, Richard 415 f., 418, 440, 442, 450, 452, 453
Weissglass, Sigmund 650
Wesoliński, Adam 663
Wiącek, Wojciech 647, 662, 692
Wiecław, Teofil 646
Wielowieyski, Henryk Ritter v. 624, 631, 692
Wierzchowski, Hieronim Ritter v. 692
Wiktor, Józef Ritter v. 627, 692
Wilhelm II. (Kaiser) 389
Wilk, Andrzej 384, 637, 652, 668, 692
Winkowski, Franciszek 372, 398, 629, 637, 692
Witos, Wincenty 85, 494, 660, 692
Witoszyński, Ignacy 235, 636
Wittek, Heinrich 363
Włazowski, Tomasz 635, 692
Włodek, Filip 646, 660
Wodzicki, Antoni Graf 565 f., 631, 693
Wójcik, Franciszek 565, 626, 633, 646, 660, 693
Wojewoda, Karol 653, 669
Wojtyga, Jan 633, 693
Wolf, Karl Hermann 356, 379, 387, 395
Wollerner, Szymon 268, 297, 643
Wolski, Ludwik 332, 335
Woyczyński, Roman 658
Wróbel, Ignacy 658, 693
Wyrostek, Michał 654
Wysłouch, Bolesław 74 f., 77 f., 81 f., 90, 114, 369, 402
Wysocki, Kazimierz Ritter v. 566 f., 693
Wysocki, Stanisław Ritter v. 629, 693

Zabuda, Jan 626, 693
Žáček, Jan 427, 428, 440
Zacharjasevyč, Antoni 635
Zagórski, Eustachy Ritter v. 566, 653, 693
Zahajkevyč, Volodymyr 643, 693
Zajačkovs'kyj, Mikołaj 654
Zajaczek, Franciszek 629
Zajączkowski, Liberat 193
Zajkowski, Stanisław 664
Zaleski, Wacław Ritter v. 430, 457, 459, 462, 537, 582, 657, 693

Zalozec'kyj, Roman 664
Zamorski, Jan 97, 122, 565, 566, 579, 653, 693, 712
Zarański, Jan 579, 649, 658, 665, 694
Zborowski, Józef 668
Zelaszkiewicz, Kornel 629
Zels'kyj, Isidor 635, 651
Zgórniak, Stanisław 660
Zieleniewski, Edmund 70, 234, 258, 288, 495, 541, 632, 640, 654, 694
Zieliński, Ignacy 656
Ziemiałkowski, Florian 37, 328, 329, 330
Zipper, Gerson 260, 643, 655, 656
Znamirowski, Józef Ritter v. 629, 651, 694
Zubryc'kyj, Mychajlo 635, 637
Zukliński, Michał 647
Zuk-Skarzewski, Adam 645
Zulawski, Zygmunt 658
Zyblikiewicz, Mikołaj 193, 328
Żyguliński, Michał 95, 236, 422, 579, 637, 646, 694

ORTSREGISTER

Altsandez [Stary Sącz] 655
Altsandez [Stary Sącz] (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 648, 663
Andrychów [Andrichau] 641, 655; *Bezirk* 626, 629, 633, 637, 644, 658
Auschwitz [Oświęcim] (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 644, 658, 693

Baligród (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 649, 665
Baranówka 643, 657
Bełz [Belz] 643, 657; *Bezirk* 627, 630, 635, 638, 651, 667
Berlin 562
Besko 675
Biała 270, 566, 625, 632, 641, 655, 690; *Bezirk* 572, 623, 626, 629, 631, 633, 637, 644, 658, 675, 681
Biecz 642, 656, 685; *Bezirk* 627, 629, 634, 637, 648, 664
Bienkówka 565, 688
Bircza (Bezirk) 624, 627, 629, 631, 635, 637, 651, 667
Bóbrka [Bibrka] 226, 644, 657; *Bezirk* 606, 624, 627, 630 f., 635, 638, 650, 666, 678, 691
Bochnia 71, 236, 239, 243, 253, 625, 632, 641, 655; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 634, 637, 646, 660, 690
Boguchwała 670
Bohorodczany [Bohorodčany] (Bezirk) 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666
Bohorodyczyn [Bohorodyčyn] 643, 657
Bolechów [Bolechiv] 643, 656; *Bezirk* 627, 630, 635, 638, 652, 668
Bołszowce [Bilšivci] 162, 644, 657; *Bezirk* 652, 668
Borek Wielki 675
Borszczów [Borščiv] 643, 657; *Bezirk* 624, 628, 630, 632, 636, 638, 650, 666
Borynia (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 649, 665
Borysław [Boryslav] 401
Bratkówka 689
Breslau [Wrocław] 562
Brody 154, 198, 237, 260, 262, 268, 282, 297, 348, 609, 625 f., 633, 643, 652, 657; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 635, 638, 668
Brzesko 566; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 634, 637, 660, 678
Brzeżany [Berežany] 602, 625, 633, 643, 657; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 636, 638, 652, 668, 689
Brzostek (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 661
Brzostowa Góra 685
Brzozdowce [Berezdivci] 643, 657
Brzozów 566, 671; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 635, 637, 649, 664
Buczacz [Bučač] 218, 282, 286, 566, 612, 625, 633, 643, 657, 690; *Bezirk* 255, 403, 572, 606, 624, 628, 630 f., 636, 638, 651, 667, 671, 673, 676, 688
Budapest 327
Budzanów [Budzaniv] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 653, 669
Budziwoj 565, 672
Bukowa 689
Bukowina (Kronland) 20, 32 ff., 67, 96, 130, 136, 143, 152, 167, 169 f., 189, 301, 321, 333, 339, 353, 372, 374, 380, 382, 404 ff., 413, 427, 435–439, 444, 446 f., 449, 456, 461, 481–484, 487, 489, 503, 505, 511 f., 523, 531, 589
Bukowsko (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 648, 664
Bursztyn [Burštyn] 644, 657; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 652, 668
Busk (Bezirk) 628, 630, 635, 638, 651, 667

Cebrów [Cebriv] 676
Chiszewice [Chyševici] 600 f.
Chodorów [Chodoriv] 643, 657; *Bezirk* 627, 635, 638, 650, 666
Chorostków [Chorostkiv] 644, 657
Chrzanów 224, 234, 254; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 633, 637, 644, 658, 693

Cieszanów (Bezirk) 629, 631, 635, 637, 652, 668, 686
Ciężkowice (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 648, 663
Cocholów 688
Csacza [Čadča] 214
Cygany 643, 657
Czaca 214
Czarny-Dunajec (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 645, 659
Czatkowice 693
Czeremchów [Ceremchiv] 671
Czerlany [Čerlany] 679
Czerniejów [Černijiv] 227
Czernowitz [Černivci] 34, 133, 164, 489, 562, 597
Czortków [Čortkiv] (Bezirk) 624, 628, 630, 632, 636, 638, 653, 669, 672, 678

Dąbrowa 624, 631; *Bezirk* 626, 629, 634, 637, 646, 661, 672
Dawidów [Davidiv] 227
Dębica 642, 656; *Bezirk* 626, 629, 634, 637, 646, 661
Dębowiec 683
Delatyn 601, 681; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 649, 665
Demnia 643, 657
Dobczyce (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 646, 660
Dobromil 642, 656; *Bezirk* 627, 629, 635, 637, 651, 667, 691
Dolina [Dolyna] 683; *Bezirk* 624, 627, 630, 631, 635, 638, 649, 665
Drohobycz [Drohobyč] 162, 260, 262, 270, 282, 292, 401, 455, 460, 474, 481, 485, 602, 625, 632, 643, 656, 694; *Bezirk* 599, 606, 624, 627, 630, 631, 635, 638, 649, 665
Dubiecko (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 651, 667
Dukla (Bezirk) 627, 629, 634, 637, 648, 664
Dynów (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 651, 667
Dziewiętniki 691
Dzików 681

Firlejów [Firlejiv] 671
Frydrychowice 682
Frysztak 642, 656; *Bezirk* 627, 629, 634, 637, 648, 664

Gawłuszowice 680
Gliniany [Hlyniany] 688; *Bezirk* 628, 630, 635, 638, 666
Głogów (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 647, 662
Gogolów 678
Gontowa [Gontova] 644, 657
Gorlice 642, 656; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 634, 637, 648, 664, 674, 685
Górna wieś (Myślenice) 689
Grabowiec [Hrabowec] 689
Graz 562
Gręboszów 672
Grochowiska 680
Gródek [Horodok] 218, 237, 244, 274, 580, 625, 632, 642, 656, 672; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 635, 637, 652, 668
Grybów 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 648, 663
Grzęda [Hrjada] 68
Grzymałów [Grymajliv] 685, 686; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 653, 669
Gwoździec [Gvizdec] (Bezirk) 628, 630, 638, 650, 666

Hainfeld 107, 109 f., 129
Halicz [Halyč] 692; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 650, 666
Hanaczów [Hanačiv] 644, 657
Hanaczówka [Hanačivka] 644, 657
Hnizdyczów [Hnizdyčiv] 689
Horodenka 600, 684; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666
Horucko 270
Horyniec [Horynec] 686
Hucisko 643, 644, 657
Hucisko Brodzkie 643, 657
Humenów [Humeniv] 572, 687
Husiatyn [Husjatyn] 280, 566, 676 f.; *Bezirk* 606, 624, 628, 630, 632, 636, 638, 650, 653, 666, 669
Huta Pieniacka 644, 657
Huwniki [Huvnyky] 691

Innsbruck 562
Ispas 681

Jabłonów [Jabloniv] 601; *Bezirk* 650, 666
Janów [Janiv] (Bezirk) 629, 637, 651, 667
Janowice 681
Jaroslau [Jarosław] 218, 221, 236, 625, 632, 642, 656, 674, 676, 686, 688; *Bezirk* 629, 635, 637, 652, 668, 673
Jasło 642, 656, 690; *Bezirk* 200, 624, 627, 629, 631, 634, 637, 648, 664, 682, 683

Jawiszowice 693
Jawornik polski 687
Jaworów [Javoriv] (Bezirk) 624, 627, 629, 631, 635, 637, 651, 667, 694
Jaworzno (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 644, 658
Jezierna [Ozerna] 644, 657
Jezierzany [Ozerjany] 688
Jeziórko 644, 657
Jezupol [Jezupil] 675
Jordanów (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 645, 659
Jurczyce 678

Kalksburg 582
Kałusz [Kaluš] 226, 572, 643, 656, 679, 680; *Bezirk* 624, 627, 630 f., 635, 638, 649, 665, 687
Kalwarya (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 645, 658
Kamionka Strumiłowa [Kaminka Strumilova] (Bezirk) 624, 628, 630 f., 635, 638, 651, 667
Kęty 641, 655; *Bezirk* 626, 629, 633, 637, 644, 658
Kiew [Kyjiv] 22, 502
Kobiernice 674
Kolbuszowa 580, 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 647, 662, 675, 681, 685
Kolędziany [Kolyndiany] 678
Kołodziejówka [Kolodijivka] 693
Kolomea [Kołomyja, Kolomyja] 128, 140, 170, 197, 218, 237, 260 f., 282, 557, 578, 607, 611 f., 625, 633, 641, 655, 691; *Bezirk* 130, 264, 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666, 681, 691
Komarno (Bezirk) 627, 635, 649 f., 665, 666
Kończaki Stare [Končaky Stari] 644, 657
Konty [Kuty] 676
Kopyczyńce [Kopyčynci] 606; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 653, 669
Korczyna 642, 656
Kościelec 693
Kosów [Kosiv] 672; *Bezirk* 624, 628, 630, 631, 636, 638, 650, 666
Kozowa [Kozova] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 653, 669
Kozy 572
Krakau [Kraków] 21, 31, 38, 40, 42, 53 f., 56, 58, 64 ff., 68–73, 76, 90, 93–96, 98 f., 103, 105, 109, 111, 113, 115, 117, 121, 135, 158, 167, 170, 174, 176 ff., 180, 193 f., 198 f., 204 ff., 208–212, 214, 219 f., 224–227, 231, 233–237, 242 ff., 253–260, 270, 276, 287 f., 332, 338, 350, 353 f., 368, 380, 383, 385, 391, 395, 399, 413, 425, 437, 453, 455, 464 f., 471, 488, 494 ff., 500, 522, 537, 550, 562, 565 f., 570, 577, 579, 597, 609, 617, 619, 626, 629, 632 f., 636, 640, 654, 655, 671–675, 677, 679, 681 ff., 685–689, 691–694; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 633, 636, 646, 660
Krakowiec [Krakovec] (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 651, 667
Krościenko (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 645, 659
Krosno 565, 656, 678; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 634, 637, 642, 648, 664, 689, 692
Krynica (Bezirk) 626, 634
Krystynopol 643, 657
Krzeszowice (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 644, 658
Kulików [Kulikiv] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 651, 667
Kuropatniki [Kuropatnyky] 643, 657
Kuty (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666

Ladzkie 403
Łąka [Luka] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 649, 665
Łańcut 642, 656; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 634, 637, 647, 663, 678
Lemberg [Lwów, L'viv] 11, 18, 20 f., 23, 31, 37 f., 40, 44, 47, 48 f., 50, 53, 55, 63–6, 68, 70–5, 77, 81, 83, 89, 92, 94 f., 102–105, 111, 115 ff., 121 ff. 128, 131, 133 ff., 137 f., 140, 142, 145 f., 148 f., 151, 158, 160, 162 f., 16 f., 172, 176 f., 180, 193 f., 197–200, 202–208, 210, 212, 215, 219, 221 f., 224–227, 233, 235 ff., 242 f., 250 f., 259 f., 262 f., 271, 275, 280, 286, 294, 329, 332, 335, 344, 348, 350, 388, 392, 398, 400 f., 410, 423, 429, 433, 435, 439 f., 442 f., 44 f., 451, 455, 463 ff., 469, 478, 481, 483, 487, 489, 491, 493, 502, 507, 512, 550, 555, 562, 564 ff., 570, 577, 579, 593, 597 f., 601, 606, 609, 617, 619, 624, 626, 628, 632 f., 636, 639, 640, 653, 654, 670, 672–692; *Bezirk* 624, 627 f., 631, 635 f., 652, 668, 670
Leżajsk 642, 656, 685; *Bezirk* 627, 629, 634, 637, 647, 663
Limanowa 689; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 645, 659

Lipiny 694
Lisko (Bezirk) 624, 627, 629, 631, 635, 637, 648, 664, 673
Liszki (Bezirk) 626, 629, 633, 636, 644, 658
Łopatyn [Lopatyn] 643, 657; *Bezirk* 628, 630, 635, 638, 652, 668
Lubaczów [Lubačiv] (Bezirk) 635, 652, 668
Ludwikówka [Ludvikivka] 644, 657
Lusławice 684
Lutowiska [Lutovyska] (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 649, 665

Machów 692
Majdan 681
Majdan Pieniacki 644, 657
Maków (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 645, 659
Maleniska 644, 657
Maryampol Wieś [Maryampil Selo] 644, 657
Medenice [Medenyči] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 650, 666
Medwedowce [Medvedivci] 673
Mielec 565, 580, 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 646, 661, 680
Mielnica [Melnycia] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Mikołajów [Mikolajiv] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 666
Mikulińce [Mikulince] 606; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 653, 669
Milówka (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 645, 659
Monasterzyska [Monastyryska] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 667
Morawsko [Moravsko] 673
Mościska [Mostys'ka] (Bezirk) 624, 627, 630 f., 635, 638, 651, 667
Mosty Wielkie [Mosty Velyki] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 652, 668
Mszana Dolna 686; *Bezirk* 626, 629, 634, 637, 645, 659
Muszyna (Bezirk) 629, 637, 648, 663
Myślenice 224; *Bezirk* 310, 623, 626, 629, 631, 633, 637, 645, 658, 680, 688

Nadwórna [Nadvirna] 601, 682; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 636, 638, 649, 665, 681
Neumarkt [Nowy Targ] 642, 655; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 645, 659, 688
Neusandez [Nowy Sącz] 101, 212, 218, 255, 565 f., 574, 601, 625, 632, 642, 655; *Bezirk* 90, 101, 214, 255, 271, 624, 626, 629, 631, 634, 637, 648, 663, 672, 673, 683, 686
Niemirów [Niemiriv] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 651, 667
Niepołomice (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 660
Niewiarów 690
Nisko 642, 656, 671; *Bezirk* 624, 627, 629, 631, 634, 637, 647, 662
Niżankowice [Nyžankovyci] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 651, 667
Nosów [Nosiv] 692
Nowe Sioło [Nove Selo] 653; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 652, 669
Nowosiółka [Novosilka] 671

Obertyn (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Okocim 677
Olesko (Bezirk) 628, 630, 635, 638, 651 f., 667
Ostapie [Ostapje] 693
Ostobuż 693
Ostrów [Ostriv] 671
Ottynia [Otynija] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666

Padew 565, 680
Palikrowy [Palykrovy] 644, 657
Pańkowce [Pankivci] 644, 657
Paszczyzna 565, 679, 688
Peczeniżyn [Pečenižyn] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Pidbuż [Podbuž] (Bezirk) 649, 665
Pietrzykowice 675
Pilzno 565, 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 631, 634, 646, 661, 687, 689
Podbuż [Pidbuž] (Bezirk) 627, 630, 635, 638
Podegrodzie 673
Podgórze 641, 655; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 633, 636, 646, 660, 678
Podhajce [Pidhajci] 210, 606; *Bezirk* 624, 628, 630, 636, 638, 652, 667, 668, 671, 692
Podkamień [Pidkamin'] 643, 657
Podwoloczyska [Podvoločyska] 669; *Bezirk* 630, 638, 653
Podwysokie [Pidvysoke] 643, 657
Polanka 692
Poręba-Wielka 678
Posada Górna 686
Potok Złoty [Potik Zolotyj] 572, 628, 630, 636, 638, 650, 666, 676
Prag [Praha] 123, 370, 489, 562, 579, 682
Proskau 582
Pruchnik (Bezirk) 629, 635, 637, 652, 668

Przedmieście 682
Przemyśl [Peremyšl'] 71, 111, 173, 206, 218, 237, 244, 354, 550, 566, 574, 578, 601 f., 606 f., 624 f., 632, 640, 655, 673, 675 ff., 680 f.; *Bezirk* 556, 627, 630 f., 638, 651, 667, 680
Przemyślany [Peremyšljany] (Bezirk) 624, 628, 630 f., 635, 638, 651 f., 667 f.
Przeworsk 642, 656, 680, 682; *Bezirk* 627, 629, 634, 637, 647, 663
Przyborowie 687

Racławice 87
Radłów (Bezirk) 254, 626, 629, 634, 637, 646, 660
Radomyśl (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 661
Radymno (Bezirk) 629, 635, 637, 652, 668
Radziechów [Radechiv] 643, 657; *Bezirk* 628, 630, 635, 638, 652, 668
Rawa Ruska [Rava Rus'ka] 643, 657; *Bezirk* 606, 624, 627, 630 f., 635, 638, 651, 667, 688, 693
Rdziostów 686
Reniów [Reniv] 644, 657
Rohaczyn [Rohačyn] 643, 657
Rohatyn 210, 643, 657; *Bezirk* 162, 624, 628, 630 f., 636, 638, 652, 668, 671
Ropczyce 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 646, 661, 675, 679, 688
Rozdół [Rozdil] 644, 657
Rożniatów [Rožniativ] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 649, 665
Rozwadów (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 647, 662
Ruda 644, 657
Ruda Brodzka [Ruda Bridska] 643, 657
Rudki 688; *Bezirk* 624, 627, 631, 635, 649, 665
Rudna 674
Rudnik 642, 656
Rudniki 683
Rybarzowice 675
Rymanów [Rymaniv] 566; *Bezirk* 627, 629, 635, 637, 648, 664
Rzeszów 76, 121, 162, 206, 209, 217 f., 236, 274, 566, 625, 632, 642, 656, 680, 685; *Bezirk* 298, 624, 626, 629, 631, 634, 637, 647, 662, 670, 672, 674, 679, 690

Sądowa Wisznia [Sudowa Wyšnja] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 649, 665
Sambor [Sambir] 566, 580, 600, 625, 632, 642, 656, 689; *Bezirk* 274, 606, 624, 627, 630 f., 635, 638, 649, 665, 683
Sanok 642, 656; *Bezirk* 221, 263, 279, 624, 627, 629, 631, 635, 637, 648, 664, 686
Sasów [Sasiv] 692
Saybusch [Żywiec] 626, 633, 641, 655; *Bezirk* 623, 629, 631, 637, 645, 659, 675, 685
Schlesien (Kronland) 67, 78 f., 93, 96 f., 321, 324, 333, 352 f., 362, 380, 382, 413, 431, 433, 456, 462 f., 474, 488, 523, 531
Sędziszów 642
Siary 674
Siechów [Sichiv] 675
Siedliska [Selyska] 688
Siemianówka 670
Sieniawa 692; *Bezirk* 629, 635, 637, 652, 668
Skałat [Skalat] 280, 566, 606, 687; *Bezirk* 256, 279, 624, 628, 630, 632, 636, 638, 653, 669, 685 f., 693
Skawina (Bezirk) 626, 629, 633, 636, 645, 658
Sknylów [Sknyliv] 675
Skole 600 ff., 643, 656, 681, 685; *Bezirk* 627, 635, 650, 666
Skwarzawa [Skvarjava] 679
Slemień (Bezirk) 626, 629, 633, 637
Słoboda Złota [Sloboda Zolota] 600, 689
Słobódka Konkolnicka [Slobidka Konkolnycka] 644, 657
Ṣłocina 690
Śniatyn [Snjatyn] 218, 601, 625, 643, 657; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666, 690
Sokal 230, 600 f., 643, 657; *Bezirk* 624, 627, 630 f., 635, 638, 652, 668
Sokołów 642, 656; *Bezirk* 626, 629, 634, 637, 647, 662
Sołotwina [Solotvyna] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 649, 665
Stanislau [Stanisławów, Stanislaviv] 112, 128, 162, 167, 206, 209 f., 236, 251, 259–262, 268, 282, 409, 578, 601, 606, 625, 633, 641, 655, 670, 677, 686, 688, 690; *Bezirk* 227, 580, 606, 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666, 675
Starasól [Stara Sil'] (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 649, 665
Stare Sioło [Stare Selo] 644, 657

Staremiasto [Staremisto] (Bezirk) 624, 627, 629, 631, 635, 637
Staromieście 679
Stary Sambor [Staryj Sambir] 642, 656; *Bezirk* 649, 665
Stecowa [Steceva] 690
Strażów 678
Stronibaby [Storonybaby] 684
Stryj 112, 162, 260, 263, 268, 285, 297, 601, 625, 632, 643, 656, 670, 683, 684; *Bezirk* 606, 624, 627, 630, 631, 635, 638, 650, 666, 675
Strzałkowice [Stralkovici] 683
Strzyżów 642, 656
Strzyżów (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 648, 664, 678, 682
Stuttgart 11
Ṣucha 680, 685; *Bezirk* 645, 659
Ṣwiniarsko 686
Szczerzec [Syrec'] (Bezirk) 627, 628, 635 f., 650, 652, 666, 668
Szołomyja [Solomyja] 678

Tarnawa Górna [Tarnava Horišna] 673
Tarnobrzeg 642, 656; *Bezirk* 624, 626, 629, 631, 634, 637, 647, 662, 681, 692
Tarnopol [Ternopil] 167, 260 f., 281, 282, 295, 356, 565 f., 578, 602 f., 625, 633, 641, 655, 676, 693; *Bezirk* 285 f., 624, 628, 630, 632, 636, 638, 653, 669, 671, 673, 676, 689
Tarnów 77, 80, 82, 95, 162, 166, 209, 218, 236, 243, 578, 625, 632, 641, 655, 690 ff., 694; *Bezirk* 99, 254, 624, 626, 629, 631, 634, 637, 646, 660, 692
Tarnowica Polna 643, 657
Tartaków Miasto [Tartakiv Misto] 643, 657
Teschen [Cieszyn] 92, 111, 231, 388, 402
Tłumacz [Tlumač] 643, 657; *Bezirk* 624, 628, 630 f., 636, 638, 650, 666
Tłuste [Tluste] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Trembowla [Terebovlja] 256, 606, 684; *Bezirk* 256, 624, 628, 630, 632, 636, 638, 653, 669
Trościanіec Wielki [Trostjanec Velykyj] 644, 657
Tuchów 683; *Bezirk* 626, 629, 634, 637, 646, 660
Turka 643, 656; *Bezirk* 298, 624, 627, 630 f., 635, 638, 649, 665
Tyczyn (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 649, 664, 687
Tyśmienica [Tysmenycja] 236, 625, 633; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 650, 666

Uhnów [Uhniv] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 651, 667
Ujazd 682
Ulanów (Bezirk) 627, 629, 634, 637, 647, 662
Ustrzyki Dolne [Ustryky Dolišni] (Bezirk) 627, 629, 635, 637, 648, 664

Wadowice 254, 497, 641, 655, 681, 684; *Bezirk* 224, 254, 623, 626, 629, 631, 633, 637, 645, 658, 674, 682
Wareż Miasto [Varjaž Misto] 643, 657
Warschau [Warszawa] 18, 22, 103, 114, 507
Wieliczka 224, 234, 566, 625, 632, 641, 655; *Bezirk* 623, 626, 629, 631, 633, 637, 646, 660
Wielkie Oczy 643, 657
Wierbiąż [Verbiž] 679
Wilna [Vilnius] 173
Winniki [Vynnyky] (Bezirk) 627, 635, 652, 668
Wiśnicz (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 660
Wiśniowczyk [Vyšnivčyk] 685; *Bezirk* 628, 630, 636, 638, 667
Wiszniów [Višniv] 644, 657
Witowice 672
Wojkówka 692
Wojnicz (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 660
Wojnilów [Vojniliv] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 649, 665
Wola Raniżowska 675
Wołczków [Volčkiv] 644, 657
Wulka [Vulka] 643, 657
Wyciąże 693

Żabie [Žabje] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Zabłotce [Zabolotci] 680
Zabłotów [Zablotiv] (Bezirk) 628, 630, 636, 638, 650, 666
Żabno (Bezirk) 626, 629, 634, 637, 646, 661
Zagórze Konkolnickie [Zahirje Konkolnycke] 644, 657
Zagrobela [Zahrobela] 673
Zakliczyn (Bezirk) 646, 660, 684
Zakomarze [Zakomarija] 691
Zalesie [Zalisie] (Bezirk) 627, 635

Zaleszczyki [Zališčyky] 643, 657, 671, *Bezirk* 624, 628, 630, 636, 638, 650, 666
Załośce [Založci] 644, 657, *Bezirk* 628, 630, 635, 638, 652, 668
Zator (Bezirk) 626, 629, 633, 637, 645, 658
Zbaraż 668, 669, 684, *Bezirk* 624, 628, 630, 632, 636, 638, 652, 653
Zborów [Zboriv] 644, 657, *Bezirk* 628, 630, 635, 638, 652, 668
Złoczów [Zoločiv] 260, 279–282, 566, 601, 611 f., 625, 633, 644, 657, 674, 677 f., 681, *Bezirk* 601, 624, 628, 630 f., 635, 638, 651, 667, 676, 679, 684, 691 f.
Żmigród (Bezirk) 627, 629, 634, 637, 648, 664
Żółkiew [Zovkva] 239, 260, 263, 283, 606, 643, 657, 680, *Bezirk* 624, 627, 630 f., 635, 638, 651, 667
Żubrza 683
Żurawno [Žuravno] (Bezirk) 627, 630, 635, 638, 652, 668
Żurów [Žuriv] 644, 657
Żydaczów [Žydačiv] 644, 657, *Bezirk* 624, 627, 630 f., 635, 638, 650, 666, 689

SACHREGISTER

Admas Jeschurun 163
Agrarstreik 110, 116, 129, 133, 147, 152, 401 ff., 410
Agudas Achim 54
Ahavas Zion 166
Allgemeiner Ukrainischer Rat (ZUR) 504
Allgemeines Ruthenisches Wahlkomitee 202
Alttschechen 48, 176, 323, 334 f., 362
Anarchistengesetz 104
Antiklerikalismus 35, 57, 138, 216, 220, 232, 422, 531, 548, 587, 599
Antisemitismus 97, 100, 116, 124 f., 139, 156 f., 159 ff., 171 ff., 210, 212, 214, 220, 226 ff., 231, 262, 268, 279, 288, 300, 350, 356, 359, 360 f. 366, 368 ff., 385, 510
Arbeiterpartei (PR) 104, 105 f., 132
Assimilation/Akkulturation 52 ff., 106, 157, 161, 170 f., 531, 612 f.
Ausnahmezustand (1898) 95, 228, 359 f., 369, 371, 375, 475, 536

Balkankriege 83, 126, 468, 470, 479, 490
Batkivščyna (Zeitung) 48
Borba (Zeitung) 136
Brüderlichkeit (Arbeiterbildungsverein) 172, 174
Budučnist (Zeitung) 142, 144, 150
Bund (Partei) 106, 173 f.

Christliche Volkspartei (SChL) 92–101, 121, 124, 212, 214 f., 221–224, 231 f., 234, 236, 240 ff., 255, 275 f., 287, 290, 293, 353, 364, 380 f., 383 f., 397 ff.
Christlichsoziale Partei 93, 96, 98, 101, 138, 291, 336, 347, 351, 358, 360 f., 366, 368, 377, 379, 396 f., 399, 411, 415 f., 418, 425, 434, 439, 442, 450, 452–455, 475, 483
Christlichsozialer Verband (ChSS) 138 f.
Coronini-Klub 316, 346
Czas (Zeitung) 38, 43, 58, 193 f., 217, 219 f., 225, 231, 338, 459

Demokratische Konzentration (Parteibündnis) 68 f., 77, 228–236, 241, 256, 381 f., 395, 419
Demokratische Union 62, 67, 70, 119, 121, 274, 416 f., 419 f.
Demokratische Union (Fraktion) 429
Demokratischer Verein (Krakau) 69 f.
Demokratischer Verein (Lemberg) 71
Der Arbeiter (Zeitung) 173
Der jüdische Sozialdemokrat (Zeitung) 174
Deutsche Agrarpartei 411
Deutsche Fortschrittspartei 351, 379
Deutsche Gemeinbürgschaft 228, 231, 345, 358, 378
Deutsche Volkspartei 351, 365, 377, 379, 411
Deutscher Nationalverband 411, 424 f., 454, 461, 483
Dezemberverfassung 24, 30, 32, 36, 328, 330, 520
Die Arbeiterstimme (Zeitung) 173
Dilo (Zeitung) 48 ff., 143, 216, 243, 286, 487, 489, 590
Dnistr (Versicherungsgesellschaft) 601
Dziennik Lwowski (Zeitung) 38
Dziennik Polski (Zeitung) 38, 64
Dzwon (Zeitung) 92

Februarverfassung 29, 30, 186, 325 ff., 520
Friede von Brest-Litovsk 499 f., 505

Galizische Sozialdemokratische Partei (GPSD) 104–107, 110, 113, 132, 172, 177, 215, 221–224, 353, 365, 376 f.
Galizische Wahlen 13, 18, 295–308, 312, 364, 367, 376, 416, 432, 452, 460, 480, 510, 616
Galizisch-Ruthenischer Rat (HRR) 155, 285, 290, 293
Gazeta Ludowa (Zeitung) 81, 275
Gazeta Narodowa (Zeitung) 38, 62, 102, 115, 230, 246, 268, 276, 280
Gazeta Robotnicza (Zeitung) 114
Gemeindegesetz (1862) 326, 519, 568
Geschäftsordnung Abgeordnetenhaus 303, 315, 357, 367, 382, 407, 429, 434, 440, 446, 450, 498, 508

Gesellschaft der Landwirtschaftskreise (TKR) 89, 115, 121, 565
Głos Narodu (Zeitung) 94, 96, 98 f., 210 f., 214, 231, 254
Graves de communi (Enzyklika) 95, 383
Grunwald-Feier 113, 124
Gwiazda (Handwerkerverein) 102

Halyčanyn (Zeitung) 150, 216, 436
Haskala 52, 55
Hasło (Zeitung) 94
Herbst-Kaiserfeld-Klub 316, 341
Hilsner-Prozess 231, 360, 453
Hohenwart-Klub 316, 320, 334, 336, 351, 374, 425
Honoratiorenparteien 28, 48, 61, 177
Hromads'kyj Holos (Zeitung) 129

Italienische Volkspartei 411

Jad Chazaka 172
Januaraufstand 36, 40, 45, 54, 102, 126, 325, 327, 342, 535, 536
Jedność (Arbeiterverein) 94
Jedność (Zeitung) 251
Jüdische Landesorganisation (KOŻ) 251, 256, 260
Jüdische Nationalpartei 168, 177 f., 264, 266, 272, 290, 293
Jüdischer Nationalverein 169
Jüdische Sozialdemokratische Partei [ŻPSD] 174, 177 f., 259
Jüdische Zentralwahlorganisation 202, 204
Jüdisches Volksblatt 173
Jüdisch-Nationale Partei 164 ff.
Jungtschechen 323, 335 f., 351 f., 355, 357, 362 f., 371 f., 379, 395, 397, 407, 411, 416, 429, 454

Kačkovs'kyj-Verein 48, 153
Kadimah 162 f., 171
Kahal 53, 159, 164, 204, 220, 231
Katholikentag 94, 100, 138, 157, 165, 177
Katholische Volkspartei 351, 379, 411
Katholische Volkspartei (SKL) 99
Katholischer Ruthenisch-Nationaler Verband (KRNS) 137 f., 178, 203, 217, 284, 353, 373, 380
Katholischer Volksklub (Landtagsfraktion) 90
Katholisch-Nationale Partei (SKN) 95–99, 101, 178, 230 f., 234 ff., 239 ff., 255
Klerikalismus 97, 124, 232, 432, 452
Komitee der Lemberger Ruthenen 142
Kommission (Provisorische) der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien ((T)KSSN) 73, 83, 84, 109, 126, 469, 496
Konservatismus 34, 36, 39, 43, 56 f., 61, 84, 94, 141, 441, 512, 556
Konservative Union 55 f., 66, 294
Konservativer Klub 56, 58 f., 61, 179, 352
Kraj (Zeitung) 38
Kurjer Lwowski (Zeitung) 64, 75, 77 f., 82, 212

Landtagsresolution (1868) 37 ff., 46, 48, 64 f., 176, 192, 199, 322, 325, 329 f., 343, 459, 535
Landtagswahlen *1866* 327; *1870* 39, 47, 202; *1876* 193; *1883* 194; *1889* 42, 64, 104, 127, 199 f., 203; *1895* 76, 142, 201, 203, 205, 207, 215, 278, 296; *1901* 77, 130, 383, 409; *1908* 61, 119, 247, 420, 443 f.; *1913* 63, 83 f., 123, 294 f.
Landtagswahlreform 60 f., 63, 70, 82, 108, 119 f., 123 f., 131, 139 f., 169, 257, 286, 294, 463, 469 f., 472, 483, 485, 487, 491, 512
Landwirtschaftsverein 59
Łączność (Zeitung) 95
Lex Falkenhayn 357 f., 372, 418
Lex Starzyński 396, 408
Liberalismus 34 f., 43, 52, 55, 57 f., 67, 158, 449, 612
Linzer Programm 378
Lud Katolicki (Zeitung) 99

Mameluken 37, 329
Massenparteien 27 f., 31, 50, 55, 86 ff., 144, 171, 217, 235, 284, 304, 310, 538, 543, 576, 578 f., 611
Meta (Zeitung) 45
Mikra Kodesch 54, 162
Minister für Galizien 84, 329 f., 352, 362 f., 417 f., 424, 449, 458 f., 462, 465 f., 471, 495
Misrachi 169, 170
Monitor (Zeitung) 105
Myr (Zeitung) 136
Myśl Robotnicza (Zeitung, klerikal) 98

Naprzód (Zeitung) 105, 111, 210, 225
Narodne Slovo (Zeitung) 144

Narodniki 74, 114, 156, 177
Narodnyj Dim [Volkshaus] 153, 155, 216
Narodovci (Ukrainische Populisten) 45–50, 90, 127 f., 137 f., 140 ff., 144, 149 f., 202, 216, 225, 237, 344, 366, 435, 589
National-Antisemitische Partei (SNA) 96, 231, 236, 239, 240, 241
Nationalbewegung 21, 161, 165, 189, 531, 534, 589, 594, 596, 613 ff.
National-Demokratischer Verein (TND) 38
Nationale Liga 114, 117, 122, 178
Nationaler Arbeiterverband 121
Nationaler Christlicher Volksverband (NZCh-L) 98, 100
Nationaler Volksverband 97, 121, 123 f., 287, 429
Nationalismus 12, 21 ff., 114, 121, 156, 181, 252, 321, 337, 371, 391 f., 527, 546, 595, 615
Nationalrat (Rada Narodowa, RN) 192, 245–257, 260–264, 266–270, 273–284, 286 f., 290, 293 ff., 297, 311 f., 412, 414, 469 f., 573 ff., 580
Nauka (Zeitung) 48
Neoslawismus 97, 125, 425
Neue Ära (1890–94) 128, 137, 140 ff., 149, 150, 203, 205, 347, 373, 375, 511, 584
Neue Freie Presse (Zeitung) 224, 277, 379, 392, 443, 489, 491, 492
Novoje Vremja (Zeitung) 486
Nowa Reforma (Zeitung) 42, 64, 66, 68 ff., 210, 212, 226, 243, 257, 269, 288, 289, 417

Oberstes Nationalkomitee (NKN) 63, 73, 126, 493, 496, 502
Obrona Ludu (Zeitung) 95, 234
Obstruktion 18, 123, 147, 318, 357 f., 360, 362 f., 366, 372, 386, 390 f., 406, 410, 423, 425, 427 ff., 431, 434, 439, 442, 446, 450, 463, 465 f., 469 f., 474, 480 f., 487–492, 512, 618
Ojczyzna (Zeitung, jüdisch-polnisch) 54
Ojczyzna (Zeitung, nationaldem.) 98, 121, 575
Orientkrise 40, 332–335
Österreichisch-Israelitische Union 156

Partei der Nationalen Rechten (SPN) 59–63, 177 ff., 276, 283, 287, 289, 291 f.
Partei der Unabhängigen Juden (PNŻ) 158 f., 220, 242, 258, 264, 266, 272, 290, 293, 413, 431, 456, 460
Patriotismus 38, 40, 158, 252, 338, 357, 392, 402, 435, 452, 476 f., 520, 537, 556
Pfingstprogramm 362, 378
Piast (Zeitung) 84
Poale Zion 169
Podolaken 41 f.2, 62, 194, 223, 246, 274, 276, 278, 280 f., 283 ff., 287, 292, 334, 352 f., 358, 380, 382, 395 f., 413 f., 425, 455 ff., 459 f., 465, 471, 545, 559
Polak (Zeitung) 115
Polenklub 19, 41, 54 f., 67 f., 73, 79 f., 84 f., 91, 94, 96 f., 108, 116, 120, 122 f., 157, 159 f., 175, 190 f., 194, 206, 212, 215, 220, 224 ff., 228–234, 236, 241–245, 247, 249 f., 252, 256, 258, 260 f., 268 ff., 273 ff., 282, 287 f., 294, 307, 316, 319–337, 342 ff., 347, 350–365, 367 f., 370–403, 405, 407, 411–434, 439, 442, 446, 450, 452–480, 482, 485 f., 488, 490, 492–501, 505, 508–513, 529, 535, 537, 556 f., 575
Politischer Kreis [koło polityczne] 37, 38
Polnische Christlichsoziale Partei (PSChS) 98, 99, 101, 275, 422
Polnische Demokratische Gesellschaft (1832) 35
Polnische Demokratische Partei (PSD) 66, 69–73, 85, 177 f., 232, 234 ff., 239 ff., 243 f., 248, 256–259, 264, 266, 270, 272, 287 ff., 413, 456
Polnische Fortschrittspartei (PSP) 275, 286, 290, 293, 455 f., 460, 463, 469, 478, 499
Polnische Liga 114
Polnische Nationaldemokratische Partei (SDN) 62, 68, 70 f., 83, 97 f., 113–127, 177 f., 180 f., 252–256, 259, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 276–395, 414, 423, 429, 455 ff., 459 f., 527, 546 f., 559, 565 f., 575, 578 f.
Polnische Presseagentur (Paris) 246 f.
Polnische Sozialdemokratische Partei (PPSD) 73, 106–113, 121 f., 133–136, 173 ff., 180, 233, 235 f., 239 ff., 259, 264, 266, 270, 272, 286, 290, 293, 380, 413, 456, 473, 474, 612
Polnische Sozialistische Partei (PPS) 109
Polnische Volkspartei (PSL/SL) 62 f., 65 f., 68, 70, 74–90, 95, 97, 99, 113 f., 116, 119–122, 124, 177–180, 205, 207, 211–215, 217, 219, 221–225, 228, 232 f., 236, 240–243, 247 f., 253 f., 257, 264, 266 f., 269–

278, 287, 290–95, 311 f., 336, 353, 364, 380–384, 397 ff., 405, 409, 411 ff., 419–429, 431 f., 441, 455–459, 462, 464, 467, 469–472, 494 f., 497, 499, 509, 512, 527, 535, 546 ff., 556, 559, 565 f., 570, 575, 578, 579, 583, 585, 602, 604
Polnischer Demokratischer Verein (TDP) 65, 72, 75 ff., 87, 91 f., 158, 178
Polnischer Fortschrittsklub 38 f.
Polnischer Kreis 37 f.
Polnisches Volkszentrum (PCL) 97, 99, 101, 247, 250, 253 ff., 264, 266, 269 f., 272, 291, 547 f.
Polnisches Zentralwahlkomitee (CKW) 190–201, 203–212, 214 f., 217–224, 226, 228–236, 239–249, 251, 255, 260, 295, 311, 324, 348, 352 ff., 373, 392, 412, 573 f., 580, 584
Postęp (Arbeiterverein) 174
Postęp (Zeitung, jüd.-progressiv.) 158
Postęp (Zeitung, klerikal) 98
Postup (Bildungsverein) 129
Praca (Arbeiterverein) 94, 172
Praca (Zeitung) 103 ff.
Pravda (Zeitung) 45, 48
Pressegesetz 31, 326
Proletariat (Partei) 103
Prosvita (Volksbildungsverein) 46 ff., 50, 146, 202, 600 f.
Przegląd (Zeitung) 464
Przegląd Polski (Zeitung) 37 f., 43, 58
Przegląd Społeczny (Zeitung) 74, 78, 114
Przegląd Wszechpolski (Zeitung) 115
Przyjaciel Ludu (Zeitung) 75, 77, 86 f., 90 f.
Przyjaźń (Arbeiterverein) 94, 211
Przyszłość (Zeitung) 164 f.
PSL-Fronde 81 ff., 274 f., 282, 287, 290 f., 293

Rechtsverwahrung 405, 485, 504
Reichsratswahlen *1867* 201; *1871* 343; *1873* 54, 204, 343, 348, 349; *1879* 48, 194, 205; *1885* 49, 199, 202, 346, 347; *1891* 65, 200 f., 203, 218, 335; *1897* 66, 94, 137, 150, 201, 205–227; *1900/01* 66, 96, 167, 228–245; *1907* 59, 69, 80, 119, 147, 153, 168, 170, 174, 245–272, 451; *1911* 62, 71, 99, 123, 138, 170, 273–293, 473
Reichsratswahlreform *1873* 30, 39, 185 f., 191, 205, 330, 569; *1882* 188; *1893* 336; *1897* 16, 30, 63, 185, 187 f., 206 ff., 301, 320, 336, 347, 524 f.; *1907* 69, 108, 111 f., 131, 144 f., 151, 153, 167, 185, 187, 189, 245 f., 252, 262 ff., 303, 343, 393–396, 408, 416, 418, 446, 450, 485, 508, 511, 524 f., 527, 532 f., 539, 541, 543, 553, 576 ff., 585; *allgemein* 76, 118 f., 147, 181, 189, 213, 383, 406, 510
Rerum Novarum (Enzyklika) 92–95, 177, 231, 383
Resolutionisten-Klub 37 f.
Robotnik (Zeitung) 103 f., 111
Rohatyn (Bezirk) 162
Ruch katolicki (Zeitung) 95
Rückständigkeit 12, 28, 32, 172, 180, 295, 307 ff., 311 f., 335, 519
Rus' (Zeitung, russophil) 154
Rus'ka Besida 46, 50
Ruslan (Zeitung) 137 f., 217, 264
Russenmanifest 46, 342 f.
Russische Nationale Organisation (RNO) 155, 285, 290 f., 293
Russkaja Rada (Zeitung) 48
Russkoje Slovo (Zeitung) 150
Russophilenprozess 49, 149, 346
Ruthenenklub 149, 153, 155, 175, 316, 346 f., 373, 380, 398 f., 404–411, 413, 417, 425, 436–439, 441–447, 450 f., 492, 508, 511 f., 522
Ruthenischer Hauptrat (1848) 44, 47, 49
Ruthenischer Rat (RuR) 47, 49, 149–152, 154 f., 175 f., 178, 201 f., 204, 221, 223, 238, 240 f., 263 f., 266, 272, 343 f., 380, 456
Ruthenisches Landeswahlkomitee (KRKV) 216 f., 221 ff.
Ruthenisch-Nationale Partei (RNP) 150–154, 177 f., 237 f., 380, 442, 456
Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei (R-URP) 127–134, 140, 142, 144, 150, 177, 179, 181, 216 f., 221 ff., 239 ff., 264, 266, 271 f., 285 f., 290, 293, 353, 373, 375 ff., 480 f., 483, 531, 585
Rzeczpospolita (Zeitung) 122

Schomer Israel 53 f., 204, 237, 611
Sič (Schützenbewegung) 129, 443, 502
Sič (Studentenverbindung) 149, 598
Sila (Arbeiterverein) 104 f., 172
Slawenkongress (1908) 154

Slawisch Christlich-nationaler Verband 351, 372, 374, 379, 404
Slawische Union (Fraktion) 320, 424–429, 431, 434, 446 f., 508
Slawischer Verband 409 f.
Slawisches Zentrum 320, 379 f., 397, 404 f., 409
Slovo (Zeitung) 45 f., 50, 201
Slowenischer Klub 411
Slowenisch-kroatischer Verband 379, 404
Słowo Polskie (Zeitung) 68, 116 f., 235, 277, 417
Sobieski-Feier (1883) 41, 90
Sokol 115, 123, 126, 280, 566
Sonderstellung/Autonomisierung Galiziens 37, 69, 78, 116, 119, 175, 192, 201, 283, 329 f., 345, 378, 395, 407, 494 f., 503, 512
Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL) 109
Sozialismus 102 f., 107, 113, 129 f., 132, 150, 169 f., 172, 226
Sozialistenprozesse 103
Städtetag (1889) 42, 56, 63 ff., 199, 200
Stańczyken 38–43, 56 ff., 78, 90, 103, 116, 121, 192 ff., 203, 210, 215, 225, 330, 332 ff., 358, 362, 509, 545, 556
Statthalterblock 62, 73, 82 f., 125, 178, 273, 277, 279, 287, 291, 293 f., 470, 480, 512, 619
Südslawischer Klubs 320
Svoboda (Zeitung) 143
Świt (Bildungsverein) 105
Szlachta 42, 57, 89, 207, 335, 360, 403, 420, 432, 520, 542, 553, 555 f.

Thronadresse/Adressdebatte 318, 326 ff., 340, 342, 346, 358, 404, 460
Tschechische Agrarier 379, 384, 396, 399, 411, 436, 454, 571
Tschechische Katholisch-Nationale 411
Tschechische Nationalsoziale Partei 379, 389, 399, 408, 454, 481
Tygodnik (Zeitung, jüd.-progressiv) 158

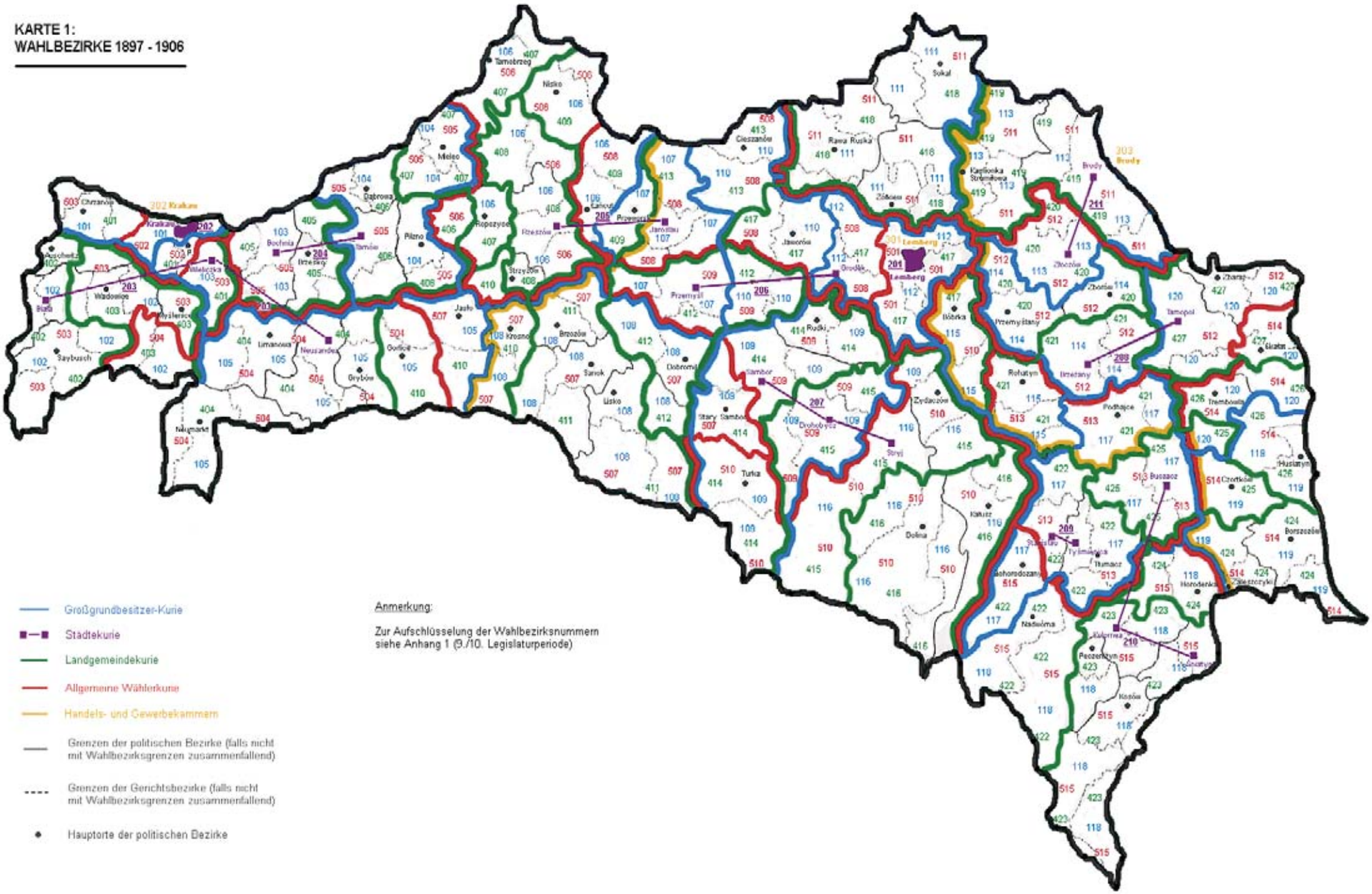
Ukrainische Nationaldemokratische Partei (UNDP) 130 f., 138 ff., 142–148, 150 ff., 177–181, 237–241, 243, 263 f., 266, 270, 272, 284 ff., 290 f., 293, 366, 37 f., 380, 404 f., 408, 413, 436, 456, 481 f., 489, 511, 585, 587
Ukrainische Parlamentarische Vertretung (UPV) 503, 504, 506, 512
Ukrainische Sozialdemokratische Partei (USDP) 133 f., 136, 180, 233, 239 ff., 259 f., 264, 266, 272, 285, 290, 293, 456
Ukrainischer Hauptrat (HUR) 502
Ukrainischer Klub 456, 482, 486 f., 489, 502
Ukrainischer Verband (Fraktion) 482 ff., 486–491, 503
Unionisten-Klub 341, 343
Universitätskonflikt in Lemberg 116, 121, 123, 131, 134, 140, 143, 148, 247, 262, 286, 294, 410, 442, 444, 446 f., 463–466, 469 f., 473, 478, 483, 487–491, 512

Verband der Bauernpartei (ZSCh) 90–97, 99 ff., 177–180, 201, 212, 214 f., 221 ff., 225, 232, 236, 239 ff., 255, 353 f., 380, 383, 548
Verband der katholischen Arbeitervereinigungen 95
Verband der Polnischen Jugend (Zet) 114
Vereinigte Deutsche Linke 334 ff.
Vereinigung der Polnischen Bauernabgeordneten 366
Vereinigung der Volksparteien 397 ff.
Vereinsgesetz 32, 33, 38, 47, 50, 71, 179, 340
Volja (Bildungsverein) 134
Volja (Zeitung) 133
Volksrat (Narodna Rada) 49 f., 138, 140–146, 150, 177 ff., 202, 215 f., 221, 223, 347, 353, 366, 373, 375, 377, 405
Volksrat [Narodnij Sovet] 151
Volksschulverein (TSL) 115, 121
Vpered (Zeitung) 135

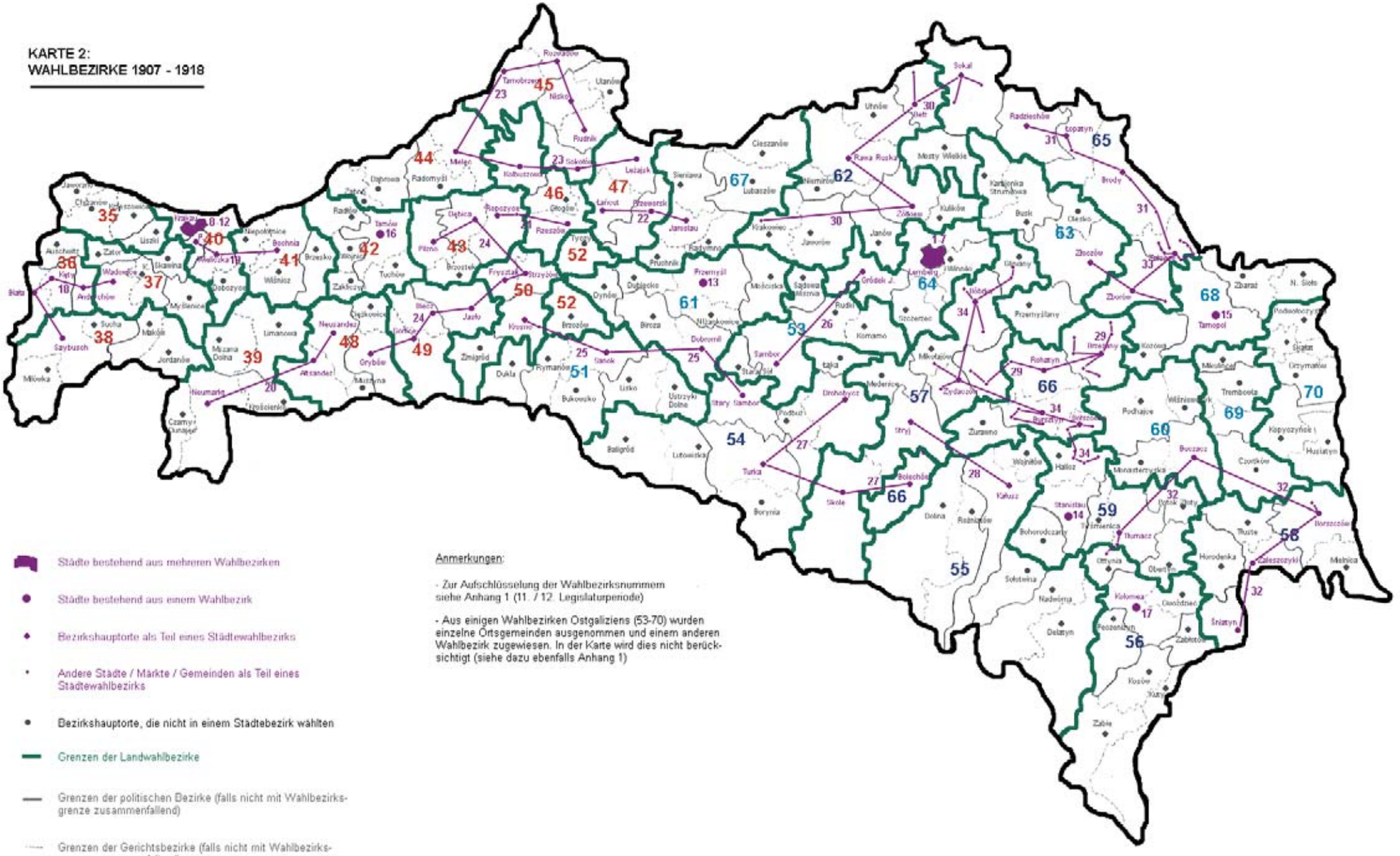
Wahlschutzgesetz 304
Wasserstraßenvorlage 386 f., 425, 430 f., 434, 458, 461, 478 f., 487
Wieniec/Pszczółka (Zeitung) 89 f., 97 f., 231, 547
Wisła (Versicherungsanstalt) 81

Zemlja i Volja (Zeitung) 133, 135 f.
Zentrales Nationalkomitee 126
Zentrumsklub (Landtag) 41, 294, 465
Zgoda (Handwerkerverein) 94
Zion (Verband) 163, 165
Zion (Verein) 54, 162, 164
Zionismus 116, 158, 162, 165 f., 169 f.
Zjednoczenie (Jugendorganisation) 174
Związek Chłopski (Zeitung) 91, 255

KARTE 1:
WAHLBEZIRKE 1897 - 1906



KARTE 2:
WAHLBEZIRKE 1907 - 1918



Städte bestehend aus mehreren Wahlbezirken

Städte bestehend aus einem Wahlbezirk

Bezirkshauptorte als Teil eines Städtewahlbezirks

Andere Städte / Märkte / Gemeinden als Teil eines Städtewahlbezirks

Bezirkshauptorte, die nicht in einem Städtebezirk wählten

Grenzen der Landwahlbezirke

Grenzen der politischen Bezirke (falls nicht mit Wahlbezirksgrenze zusammenfallend)

Grenzen der Gerichtsbezirke (falls nicht mit Wahlbezirksgrenze zusammenfallend)

39 Rein polnisch definierte Landwahlkreise

54 Rein ruthenisch definierte Landwahlkreise

67 Ruthenisch-polnisch definierte Landwahlkreise

Anmerkungen:

- Zur Aufschlüsselung der Wahlbezirksnummern siehe Anhang 1 (11. / 12. Legislaturperiode)

- Aus einigen Wahlbezirken Ostgaliziens (53-70) wurden einzelne Ortsgemeinden ausgenommen und einem anderen Wahlbezirk zugewiesen. In der Karte wird dies nicht berücksichtigt (siehe dazu ebenfalls Anhang 1)